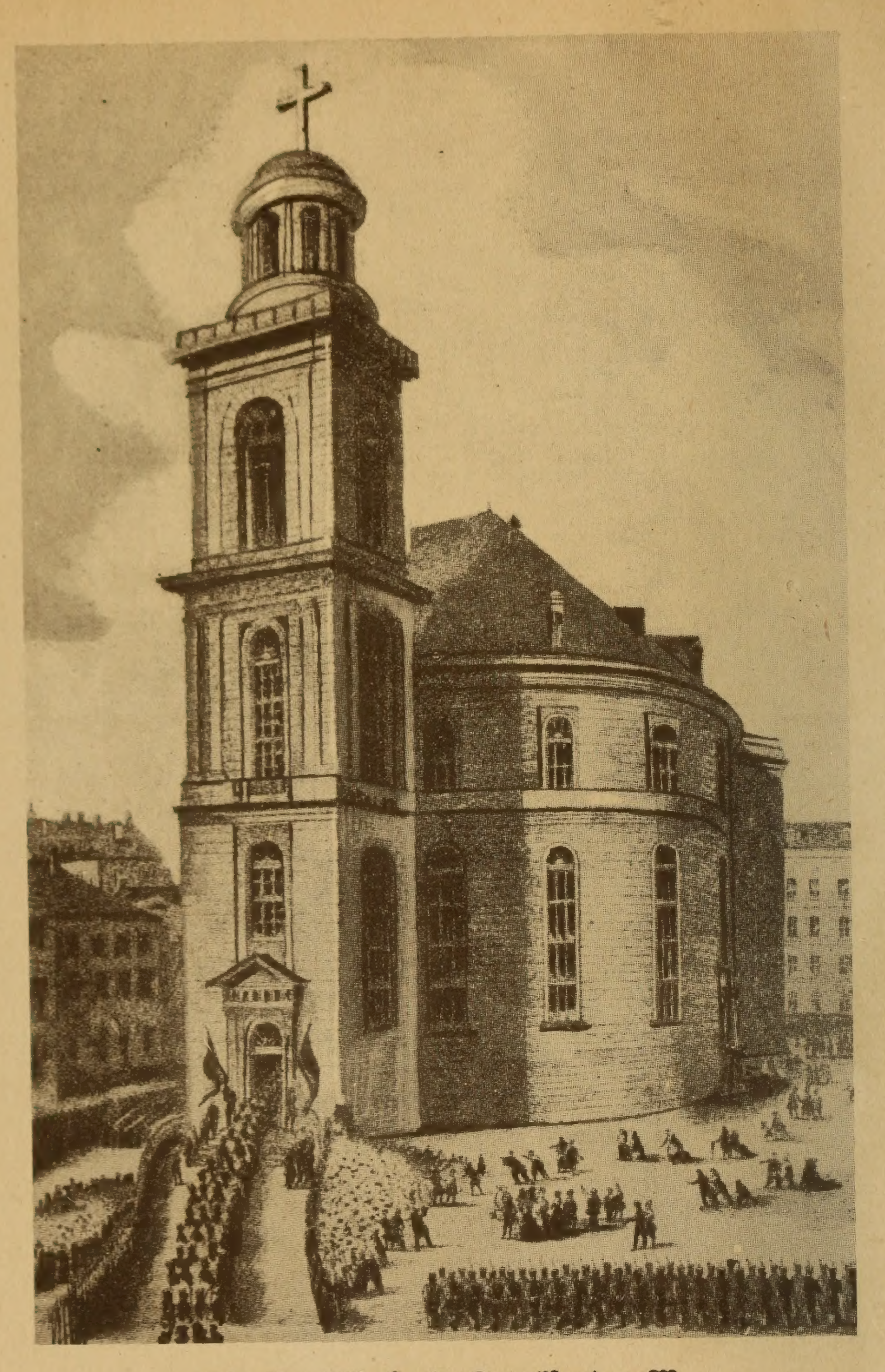
Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919

in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates

9 Bde.

75.–

DF.–



Die Paulskirche in Frankfurt a. M.
beim Einzug der Deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848.
(Nach der „Leipziger Ill. Ztg.")

Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919

in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates

Herausgegeben von

Geh. Justizrat Prof. Dr. Ed. Heilfron

1. Band

Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48


LIBRARY
MAR 21 1966
UNIVERSITY OF TORONTO

Inhalt des ersten Bandes.

Einleitender Teil.

Erster Teil:

Zur Geschichte der verfassunggebenden Nationalversammlungen.

Zweiter Teil:

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Anhang:

Um Deutschlands Zukunft.

Hauptteil:

Die Verhandlungen der Nationalversammlung.

Einleitender Teil:

Zur Geschichte der Nationalversammlungen.

Erster Teil.

Zur Geschichte der Nationalversammlungen.

Wenn eine staatliche Umwälzung sich vollzieht, wenn das Volk, unzufrieden mit den bisherigen Regierungsmethoden, sich zusammenschließt, um die alten Gewalten durch neue zu ersetzen, entsteht zunächst ein Zwischenzustand, während dessen ausgesprochen oder unausgesprochen eine Diktatur derer herrscht, die sich zu Führern der Bewegung aufgeworfen haben. Die alte Verfassung ist zusammengebrochen, eine neue noch nicht geschaffen. Es tritt ein mehr oder weniger chaotischer Zustand ein; das Funktionieren der Staatseinrichtungen hört völlig auf oder wird wenigstens auf das empfindlichste gestört. Die neuen Gewalthaber haben in der Regel nicht nur mit den bisherigen um die Herrschaft zu kämpfen, sondern sie müssen sich auch des Ansturms erwehren, der von den radikalen Elementen ihrer eigenen Partei gegen sie eröffnet wird. Diese Fiebererscheinungen des Staatskörpers mit möglichster Schnelligkeit zu beseitigen, die neue Staatsform auf eine gesetzmäßige Grundlage zu stellen, die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen, das ist die erste Aufgabe, deren alle besonnenen Elemente und insbesondere diejenigen, die als Führer an verantwortungsvoller Stelle stehen, sich bewußt sein müssen. Wenn das Volk die gegen die bisherige Regierung und ihr System gerichtete Bewegung in Szene gesetzt hat, ist es natürlich, daß auch nur das Volk in seiner Gesamtheit sich berufen fühlt, die neuen verfassungsmäßigen Unterlagen zu schaffen. Alle großen Revolutionen haben daher zunächst in eine aus Vertretern des Volkes zusammengesetzte Versammlung gemündet, deren hauptsächliche Aufgabe die Herstellung einer neuen Verfassung war.

Die deutsche Revolution von 1918 zeigt diese Erscheinungen staatlicher Umwälzungen mit besonderer Deutlichkeit. Sie ist von der sozialdemokratischen Partei in die Wege geleitet worden, deren Führer sich sodann zu einer vorläufigen Regierung zusammengetan haben. Vom ersten Augenblick an ist aber bei ihnen — und zwar grundsätzlich sowohl bei den Angehörigen der Mehrheitssozialisten als bei den Unabhängigen — das klare Bewußtsein vorhanden gewesen, daß dem deutschen Volksstaate durch eine Nationalversammlung die endgültige Verfassung gegeben werden müsse.

Ebenso war es bei den drei großen Umwälzungen des 18. und des 19. Jahrhunderts: den französischen von 1789 und 1870 und der deutschen von 1848. Auch hier sind zur Schaffung der neuen Verfassungen Nationalversammlungen berufen worden. Es ist nicht nur ein geschichtliches Interesse, das uns veranlaßt, jenen Nationalversammlungen im gegenwärtigen Augenblick unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wer im politischen Leben steht, kann die Darstellung solcher geschichtlichen Vorgänge nicht als Selbstzweck behandeln, sondern sucht sie zu erforschen, um aus ihnen zu lernen und die Fehler zu vermeiden, die früher bei ähnlicher Gestaltung der politischen Lage gemacht worden sind. Daher sollen, ehe wir an die Darstellung der Vorgeschichte der deutschen Nationalversammlung von 1919 gehen, die Geschehnisse erörtert werden, die sich 1789 und 1871 in Frankreich und 1848 in Deutschland um die damaligen verfassunggebenden Nationalversammlungen gruppiert haben. Es wird sich hierbei zeigen, daß auch Staatsumwälzungen und die Bestrebungen zum Wiederaufbau des in revolutionären Zuckungen aus den Fugen gegangenen Staatsgebäudes gewissen Gesetzen unterliegen, die ihre Entfaltung und Fortentwicklung in bestimmte Bahnen lenken. Wir werden erkennen, daß die Revolutionen mit einer gewissen Gleichförmigkeit zu verlaufen pflegen. Zunächst bestimmt eine mit den gegebenen Verhältnissen rechnende mildere Richtung den Gang der Ereignisse. Dann versucht die schärfere Richtung ihre idealen und theoretischen Grundsätze in die Praxis umzusetzen. Die gemäßigten und besonnenen Volksteile, die in der Regel die weitaus größte Mehrheit bilden, werden von einigen wenigen rücksichtslos und herrschsüchtig auftretenden Führern unterdrückt, und es wird damit eine Überspannung herbeigeführt, die durch ein Übermaß von Energie eine Gegenwirkung der unterdrückten Mehrheit auslöst; diese stellt sodann die meisten Errungenschaften der Volksbewegung wieder in Frage.

Auch die mit dem 9. November 1918 einsetzende deutsche Revolution läßt diesen Entwicklungsgang erkennen. Im Augenblick des Zusammentritts der Nationalversammlung in Weimar erscheint es daher zeitgemäß, auf die Erfahrungen hinzuweisen, die 1789, 1848 und 1871 gemacht worden sind. Ein großer Teil der anfänglichen Erfolge ist in diesen Fällen infolge der Zügellosigkeit eines Teiles der Volksführer wieder verloren gegangen. Auf die größte Freiheit folgte der schärfste Rückschritt. Versuchen wir, aus diesen Vorgängen zu lernen. Vestigia terrent!

Wir werden in den folgenden Abschnitten eine Übersicht der Nationalversammlungen geben, die zwecks Schaffung einer neuen Verfassung in Frankreich und in Deutschland berufen gewesen sind. Diese sind durch revolutionäre Bewegungen veranlaßt worden. Auf anderer Grundlage beruhen die verfassungberatenden Versammlungen, durch welche im Jahre 1867 die Verfassung des Norddeutschen Bundes und im Jahre 1871 die des Deutschen Reiches festgelegt worden ist. Diese Reichstage sind im Gegensatz zu den Nationalversammlungen auf durchaus gesetzmäßigem Wege berufen, die von ihnen geschaffenen Verfassungen sind durch zustimmende Erklärungen der gesetzgebenden Organe der in Betracht kommenden alten Staaten zu Gesetzen der neugeschaffenen Staatskörper, des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches, geworden. Sie unterscheiden sich somit ihrer Entwicklung nach grundsätzlich von den übrigen hier besprochenen Versammlungen, die verfassunggebende sein sollten oder wenigstens sein wollten, während die von 1867 und 1871 verfassungvereinbarende waren. Wenn auch sie im nachfolgenden mitdargestellt sind, so war hierbei die Erwägung leitend, daß zum Verständnis der Umwälzung von 1918 und der Arbeiten der Nationalversammlung von 1919 die Kenntnis des Verfassungszustandes und seiner Entwicklung bis zur Revolution vom 9. November 1918 unentbehrlich ist.

Die Nationalversammlungen der französischen Revolution von 1789.

Unter Ludwig XV. hatte der Absolutismus seine schärfste Ausprägung erfahren. „Der Staat bin ich" — in diesen viel angeführten Worten kennzeichnet sich die Vereinigung der ganzen Fülle der Regierungsmacht in der Person des Königs. Mit seiner schrankenlosen Herrschaft verband sich ein Klassenregiment rücksichtslosester Art. Alle Vorrechte standen den weltlichen und geistlichen Aristokraten zu. Der „tiers état", das Volk, die Handwerker, Bauern und Arbeiter hatten nur Pflichten, keine Rechte. Die Verwaltung wurde von Intendanten geleitet, die das Volk bedrückten und ausbeuteten. So war der Keim zur Revolution, trotz allen äußeren Glanzes, schon unter Ludwig XIV. gelegt. Als fünfjähriges Kind kam sein Urenkel Ludwig XV. auf den Thron von Frankreich. Unter seiner sittenlosen und unheilvollen Regierung erreichte die Unzufriedenheit des französischen Volkes ihren Höhepunkt. Das Finanzwesen war zerrüttet, die Rechtspfege verwahrlost, die soziale Ungleichheit offenkundig. Voltaire und Jean Jacques Rousseau wiesen in flammenden Worten auf die durch den Hof, den Adel und die Kirche geschaffenen unhaltbaren Zustände hin. Paris, das Herz Frankreichs, war mit revolutionärem Zündstoff geladen. Es bedurfte nur eines Funkens, um die Explosion herbeizuführen.

Ludwigs XV. Enkel, der bei seinem Regierungsantritt 20 Jahre alte Ludwig XVI., war von gutem Willen beseelt, aber schwach und ohne bestimmte Ziele. Er nahm einen Anlauf zur Herbeiführung einer Reform: Turgot wurde zum Finanzminister ernannt. Dieser plante die Aufhebung der Staatsfronen und Zünfte, die Beschränkung der Ausgaben für den Hof und die Beamten und die endliche Heranziehung der privilegierten Klassen zur Mittragung der unerträglich gewordenen Steuerlasten. Adel und Klerus fühlten sich in ihrer bevorrechteten Stellung bedroht und erreichten bei dem schwachen König die Entfernung Turgots, ebenso später die des zum Finanzminister berufenen Bankiers Necker, der den Versuch, die Finanzen Frankreichs in Ordnung zu bringen, aufgenommen hatte. Sein Nachfolger Callone führte Frankreich an den Rand des Bankrotts. Da eine Reform an Haupt und Gliedern unvermeidlich erschien, wurde aus der Mitte der beiden herrschenden Klassen, des Adels und der Geistlichkeit, eine Notabelnversammlung berufen, die durch Heranziehung der privilegier-

ten Klassen zur Steuerleistung die Finanznöte beseitigen sollte. Die Notabelnversammlung ging im Mai 1787 auseinander, ohne irgend ein positives Ergebnis gezeitigt zu haben. Im August 1788 wurde Necker an die Spitze der Regierung berufen. Es wurden Wahlen zu Generalständen ausgeschrieben, in denen der dritte Stand ebensoviel Vertreter (600) haben sollte, wie die beiden bisher herrschenden Stände, der Adel und die Geistlichkeit, zusammen. Am 5. Mai 1789 wurde die Versammlung der Generalstände in Versailles eröffnet. Die Regierung war nicht in der Lage, ein festes Programm vorzulegen. Die Vertreter des Volkes verlangten, daß nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen abgestimmt werde; als der größte Teil der beiden anderen Stände das ablehnte, erklärte der „tiers état" sich selbst zur Nationalversammlung, zur „Assemblée nationale constituante".

Die Regierung hörte das dumpfe Grollen der kommenden Revolution noch immer nicht. Sie versuchte, die Nationalversammlung zu sprengen. Am 20. Juni 1789 begaben sich darauf die Mitglieder des „tiers état" in das Ballhaus, wo der berühmte feierliche Schwur erfolgte, nicht eher auseinander zu gehen, bis Frankreich eine neue Verfassung erhalten hätte. Unter dem Einfluß der Hofkamarilla versuchte der König erneut, die Versammlung durch Militär auseinander zu treiben. Die Soldaten versagten der Regierung jedoch die Gefolgschaft und gingen zum Volk über. Am 14. Juli 1789 wurde die Bastille, das berüchtigte Staatsgefängnis, das Wahrzeichen des alten Regimes, gestürmt, und es begann nun eine Reihe von sich überstürzenden Ereignissen, durch welche die bisherigen Gewalten von Grund auf zerstört wurden. Am 26. August 1789 erfolgte die „Déclaration des droits de l'homme et du citoyen", die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, dieses weltgeschichtliche Dokument, auf das später immer wieder zurückgegangen wurde, wenn es sich darum handelte, gegenüber den Anforderungen des Obrigkeitsstaates die Rechte des Volkes verfassungsmäßig zur Geltung zu bringen und urkundlich festzustellen. Die Erklärung beginnt:

„Die zur Nationalversammlung zusammengeschlossenen Vertreter des französischen Volkes haben, in Erwägung, daß die Unkenntnis, die Vernachlässigung und die Mißachtung der Menschenrechte die wahren Gründe des öffentlichen Unglücks und der Mißwirtschaft in der Verwaltung sind, beschlossen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Menschenrechte festzulegen, damit diese Erklärung allen Mitgliedern des Volkskörpers fortwährend vor Augen stehe und ihnen ihre Rechte wie ihre Pflichten ins Gedächtnis zurückrufe; damit die Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung in jedem Augenblicke mit dem Ziel jeder politischen Institution verglichen werden und dadurch an Ansehen gewinnen; damit die Forderungen der

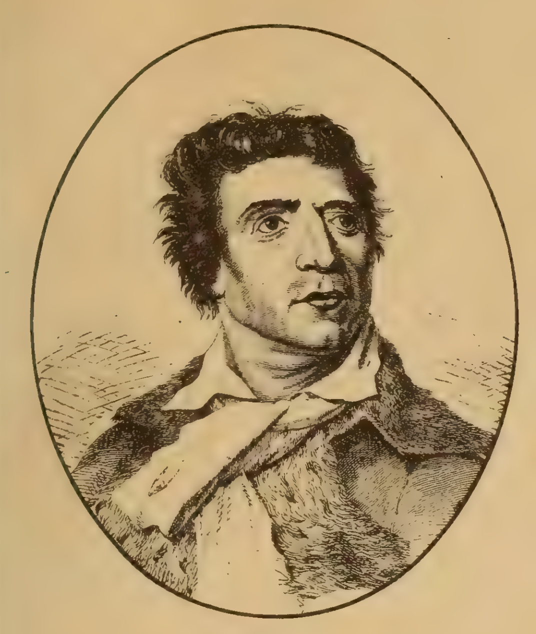
Bürger, die sich nunmehr auf einfache und unbestreitbare Grundsätze stützen können, zur Aufrechterhaltung der Verfassung dienen und das Glück aller herbeizuführen vermögen."

Bald wurde aber die ruhige Fortentwicklung gestört. Ein königlicher Prinz, der Herzog Philipp von Orléans, stellte sich an die Spitze des Pariser Pöbels; der König wurde gefangen genommen und gezwungen, den Sitz der Nationalversammlung von Versailles nach Paris zu verlegen. So wurde diese der Herrschaft der Straße preisgegeben. Grundlegende Neuerungen wurden beschlossen. Frankreich wurde ohne Rücksicht auf die geschichtlichen Zusammenhänge in 83 Departements zerschlagen, die Geistlichkeit wurde dem Staate unterstellt und gezwungen, die neu geschaffene Verfassung zu beschwören, das Kirchengut wurde eingezogen, der Adel abgeschafft. Der fähigste Führer der Besonnenen, Graf Mirabeau, starb am 4. April 1791. Nunmehr kam in der Nationalversammlung die extrem-revolutionäre Gruppe, die Führer des Klubs der Jakobiner: Robespierre, Marat, Danton zur Macht. Immerhin gelang es, das Verfassungswerk zu einem gewissen Ende zu führen. Am 3. September 1791 wurde die neue Verfassung verkündet, durch welche die königlichen Rechte beschränkt wurden, wenn auch das Königtum selbst noch als Staatseinrichtung erhalten blieb.

Auf Grund der neuen Verfassung wurde nun eine gesetzgebende Nationalversammlung, die „Assemblée nationale législative" mit 745 Mitgliedern gewählt. Auch hier hatten zunächst die gemäßigten Führer der republikanischen Partei, die Abgeordneten des Gironde-Departements, die Girondisten, die Leitung. Sehr bald aber ging diese auf die radikaleren Elemente über, die die höchsten Sitzreihen der Versammlung einnahmen und danach der „Berg" („La Montagne") benannt wurden. Sie standen unter der Führung des rücksichtslosen Georges Danton. Auf dessen Betreiben wurden im September 1792 zahllose politisch Verdächtige der Guillotine überliefert.

Am 21. September 1792 trat eine dritte Nationalversammlung, der Nationalkonvent („Convention Nationale"), zusammen. Die große Masse des französischen Volkes hatte sich, wie die Wahlen zeigten, von den Extremrevolutionären zurückgezogen und Anhänger der gemäßigten Parteien in den Konvent gesandt. Die „Gironde" hatte die Mehrheit. Sie wagte aber nicht, gegen den „Berg" mit kraftvollen Maßnahmen vorzugehen, da diesem das bewaffnete Pariser Proletariat zur Verfügung stand. Das Königtum wurde abgeschafft, die Republik erklärt. Am 17. Januar 1793 verurteilte der Konvent den König mit

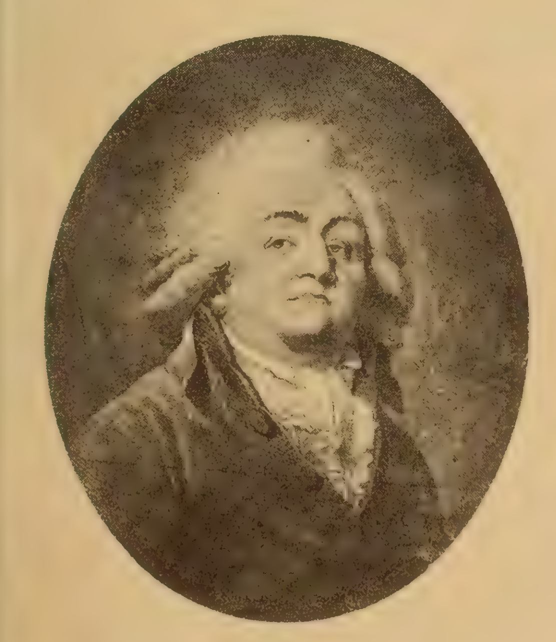
Führende Männer der Französischen Nationalversammlung 1789.



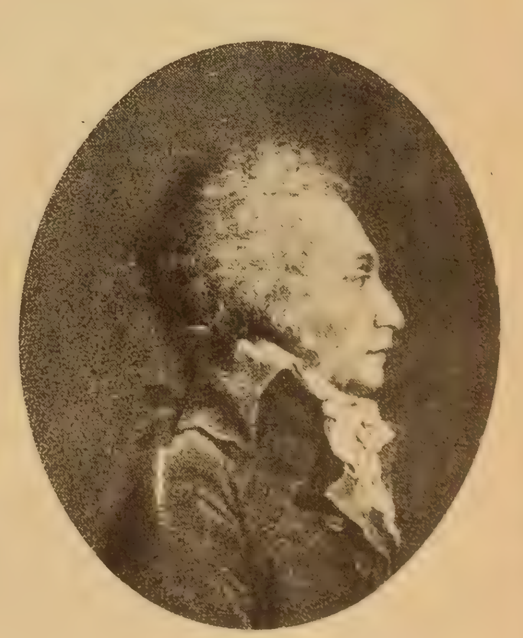
Marat



Danton



Mirabeau



Robespierre

einer Stimme Mehrheit zum Tode, vier Tage später wurde dieses Bluturteil vollstreckt. Nun begann der Terror gegen alle, die des Widerstandes gegen die neuen Herrscher verdächtig waren. Der Konvent bildete aus seiner Mitte einen Wohlfahrtsausschuß, mit Robespierre und Danton an der Spitze. Ueberall wurden Revolutionstribunale eingerichtet, die in einer den Schein des Rechtes wahrenden Form nach Willkür richteten. Das Schreckensregiment griff immer weiter um sich. Die Führer der Girondisten wurden hingerichtet. Am 16. Oktober 1793 mußte die Königin Marie Antoinette, die verhaßte „Oesterreicherin", das Schaffot besteigen. Aber schon traten die ersten Anzeichen einer Auflehnung gegen diese Schreckensherrschaft hervor, die von einer verschwindend kleinen Zahl brutaler Gewaltmenschen ausgeübt wurde, während die überwiegende Menge des französischen Volkes die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen ersehnte. Toulon rief die Engländer zu Hilfe, in der Vendée erhoben sich königstreue Bauern unter Führung der Edelleute. Inzwischen hatte die „Bergpartei" aber das Proletariat, auf das sie sich stützte, bewaffnet und militärisch organisiert. Die sich auflehnenden Provinzen wurden noch einmal unterworfen und auf das furchtbarste gestraft.

Aber der Bogen war überspannt. Robespierre, der allmählich auch seine Parteigenossen, darunter Danton, dem Schaffott überliefert hatte, sobald sie anfingen, ihm bedrohlich zu werden, wurde am 9. Thermidor, dem 27. Juli 1794, mit zahlreichen anderen Führern der Jakobiner des Konvents und der Pariser Stadtverwaltung, der Commune, verhaftet und hingerichtet. Die Girondisten bekamen im Konvent wieder die Oberhand, die Reaktion der gemäßigten Elemente begann. Eine neue Verfassung wurde ausgearbeitet, nach welcher die Gesetzgebung von zwei Kammern, einem Rat der Fünfhundert und einem Rat der Alten, ausgeübt wurde, während ein Direktorium von 5 Männern die Exekutive leiten sollte.

Aber auch diese Staatsform stellte nur einen Uebergang und die Rückkehr zum Absolutismus in anderer Aufmachung dar: Bonapartes Stern war im Aufgehen. Der siegreiche junge Feldherr, der dem Volke Ruhe im Innern und „gloire" nach außen zu gewährleisten schien, übernahm mit starker Hand die Zügel der Regierung; die große Revolution war beendet. Die Regierungsgewalt war wieder in einer Person vereint.. Doch die alten Formen waren zerschlagen. Ein vorwärtsstürmender, die Forderungen des Tages verstehender Geist erfüllte Gesetzgebung und Verwaltung. Die blutigen Opfer waren nicht umsonst gebracht.

Die Deutsche Nationalversammlung von 1848.

I. Die Vorversammlungen.

Die Freiheitskriege hatten im deutschen Volke die Hoffnung ausgelöst, daß auch in Deutschland der Absolutismus einer freiheitlichen Regierungsform weichen werde. Die Bundesakte vom 8. Juni 1815 hatte zugesagt, daß „in allen Bundesstaaten eine Landständische Verfassung stattfinden werde“. Dieses Versprechen wurde aber nur in wenigen Staaten — Baden, Bayern, Württemberg, Sachsen-Weimar — eingelöst. Die übrigen, insbesondere die beiden Großstaaten Oesterreich und Preußen, standen unter Metternichs Einfluß und unter der Aufsicht der russischen Agenten als der Vertreter der Vormacht der heiligen Allianz. Das Wartburgfest der Jenaer Burschenschaft vom 18. Oktober 1817 gab den ersten Anstoß zu einer rückschrittlichen Bewegung. Die vom Bundestag am 20. September 1819 bestätigten Karlsbader Beschlüsse führten, entgegen der Zusicherung in Art. 18 der Bundesakte, die Zensur ein und schufen die Zentraluntersuchungskommission in Mainz. Alle freiheitlichen Bestrebungen wurden unterdrückt, hochgesinnte Männer wie Jahn, Arndt, Welcker wurden verhaftet und jahrelang im Gefängnis festgehalten.

Die Pariser Julirevolution von 1830 erregte auch in Deutschland die Gemüter. Aber die Volksmassen waren weder politisch reif noch organisiert. Noch einmal gelang es den reaktionären Gewalten, die liberale und auf einen festen Zusammenschluß aller deutschen Bundesstaaten gerichtete Bewegung zu unterdrücken. Wieder wurde eine Zentraluntersuchungskommission, diesmal in Frankfurt a. M., eingesetzt, die viele Hunderte deutscher Patrioten ins Ausland trieb oder in die Gefängnisse warf. Der Bundestag bildete den Mittelpunkt und den festen Hort dieser rückschrittlichen Bestrebungen.

1. Die Heidelberger Vorbesprechung.

Erst die französische Februarrevolution brachte auch in Deutschland den Stein ins Rollen. Schon am 27. Februar 1848 beantragte Heinrich von Gagern in der Hessischen Kammer die Errichtung einer deutschen Zentralgewalt und einer Vertretung des deutschen Volkes. Am 5. März 1848 versammelten sich 51 vaterländisch gesinnte deutsche Männer aus eigenem Antriebe in Heidelberg zur Besprechung über die Einberufung einer Nationalversammlung. Sie sprachen einstimmig als ihre Ueberzeugung aus:

„Die Versammlung einer von allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächstliegenden äußeren Gefahren, wie zur Entwicklung zur Kraft und Blüte deutschen Nationallebens."

2. Das Vorparlament.

Ein Ausschuß von 7 Mitgliedern (Siebenerkommission) wurde beauftragt, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer größeren Versammlung ergehen zu lassen. Der Ausschuß forderte die Mitglieder der früheren und gegenwärtigen Landtage auf, am 30. März in Frankfurt a. M. zu Vorberatungen zu erscheinen. An diesem Tage trat ein aus 500 Mitgliedern, meist Preußen und Süddeutschen, bestehendes „Vorparlament" zusammen; aus Österreich waren nur 2 Mitglieder erschienen.

Das Vorparlament wurde am 31. März 1848 im „Römer" zu Frankfurt a. M. feierlich eröffnet und hielt seine Beratungen in der Paulskirche ab.

a) Der Versammlung vorgelegt wurde das nachfolgende Programm des Siebener-Ausschusses:

I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.
II. Ein Senat der Einzelstaaten.
III. Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70 000.
IV. Kompetenz des Bundes durch Verzicht der Einzelstaaten auf folgende Punkte zugunsten der Zentralgewalt:
  1. Ein Heerwesen.
  2. Eine Vertretung gegenüber dem Auslande.
  3. Ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen.
  4. Einheit der Zivil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht.
  5. Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.
V. Der Beschluß der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden.
VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern wird beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung hier wieder am 3. oder 4. Mai zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen.

b) Im Vorparlament machten sich von vornherein zwei Hauptrichtungen bemerkbar: die Monarchisten, welche für eine allmähliche Entwicklung zu einer freiheitlichen Verfassung, aber unter Aufrechterhaltung des Königtums, eintraten; und die der

Republikaner, welche die Herrscherhäuser völlig zu beseitigen wünschte. In beiden Gruppen fanden sich mehrfache Schattierungen. Insbesondere schreckten zahlreiche der Republik geneigte Abgeordnete, wie z. B. der Leipziger Robert Blum, vor dem Gedanken der gewaltsamen Beseitigung der Herrscherhäuser zurück und versuchten, den Weg friedlicher Verständigung zu gehen, während andere, wie Hecker und Struve, eine segensreiche Zukunft und eine wirkliche Befreiung Deutschlands von den Banden, die seine Entwicklung bisher gehemmt hatten, nur in einer vollständigen Beseitigung der bisherigen Gewalten auf jede dieses Ziel erreichende Weise erblickten. Die Republikaner hatten im Vorparlament nur etwa 1/8 der Gesamtzahl zu ihrer Verfügung. Aber diese Minderheit war von Begeisterung durchglüht, und fast jeder einzelne zeichnete sich durch zielbewußtes Vorgehen, Geist, Talent und Rednergabe aus.

c) Der Zusammenstoß kam schon in der ersten Sitzung vom 31. März. Gegenüber dem vom Siebenerausschuß vorgelegten sehr gemäßigten Programm (S. 11) beantragte der Mannheimer Struve namens der radikalen Partei die Beratung des nachfolgenden

Programm der radikalen Partei.

Sicherheit des Eigentums und der Person, Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle, ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens ist das Ziel, nach welchem das deutsche Volk strebt. Die Mittel, zu demselben zu gelangen, sind:

1. Aufhebung des stehenden Soldatenheeres und Verschmelzung desselben mit der Bürgerwehr zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.

2. Aufhebung der bestehenden Heere von Beamten und Ersetzung derselben durch eine wohlfeile Regierung, welche aus freigewählten Volksmännern besteht.

3. Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben, welche an dem Marke des Volkes zehren, insbesondere aller derjenigen Abgaben, welche den inneren Verkehr Deutschlands hemmen, Binnenzölle und Schiffahrtsabgaben, welche die Landwirtschaft drücken, Zehnten, Gülten, Frohnden usw., welche die Gewerbe belasten, Gewerbesteuern, Akzise usw. und Ersetzung derselben
   a) durch eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, bei welcher der notwendige Lebensunterhalt frei von allen Abgaben verbleibt;
   b) durch einen an den Grenzen Deutschlands zum Schutze seines Handels, seiner Industrie und seiner Landwirtschaft erhobenen Zoll.

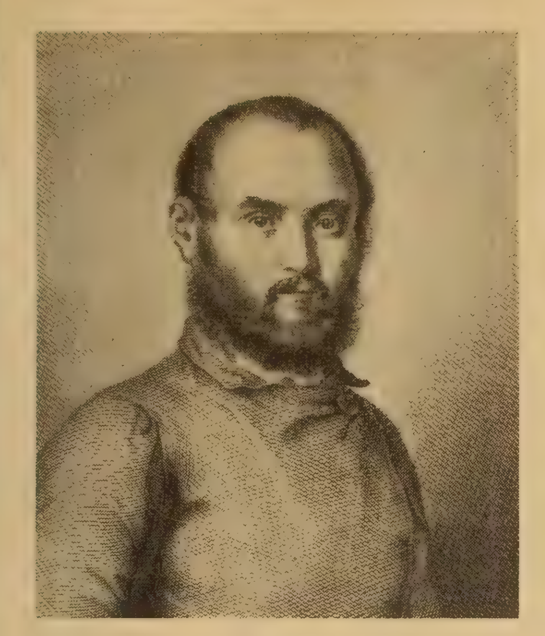
4. Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben auch tragen mögen, insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichtums, Zensus, der bevorzugten Gerichtsstände und Ersetzung derselben durch ein allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht.

5. Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und Ersetzung derselben durch ein auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhendes Gemeindegesetz.

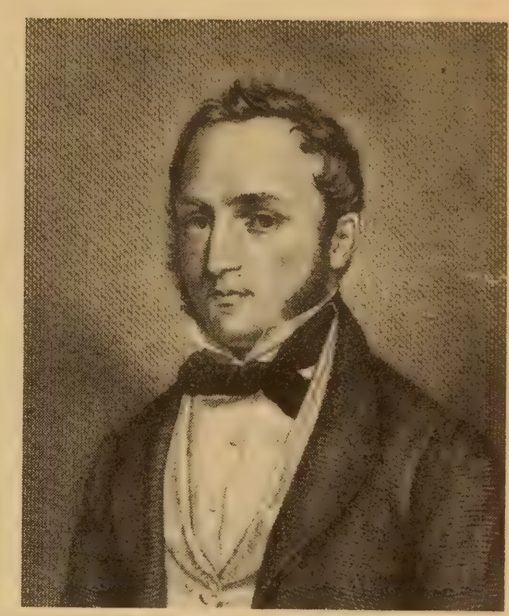
6. Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen.

7. Auflösung des Bundes, welcher bisher bestand zwischen Kirche und Staat, und Kirche und Schule, und Ersetzung desselben durch:

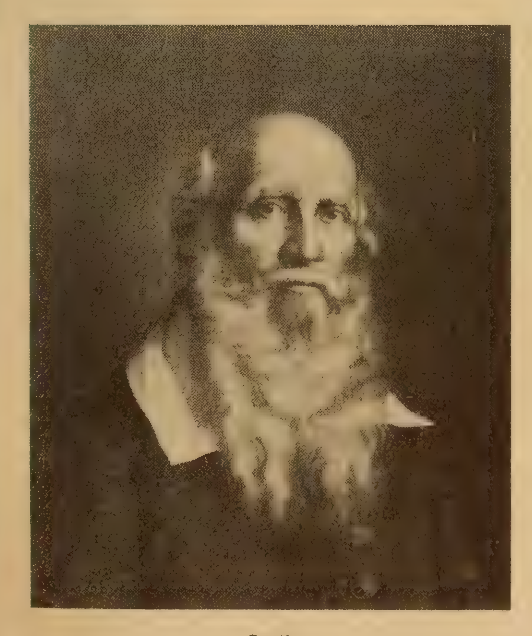
Führende Männer der Deutschen Nationalversammlung 1848.
I.



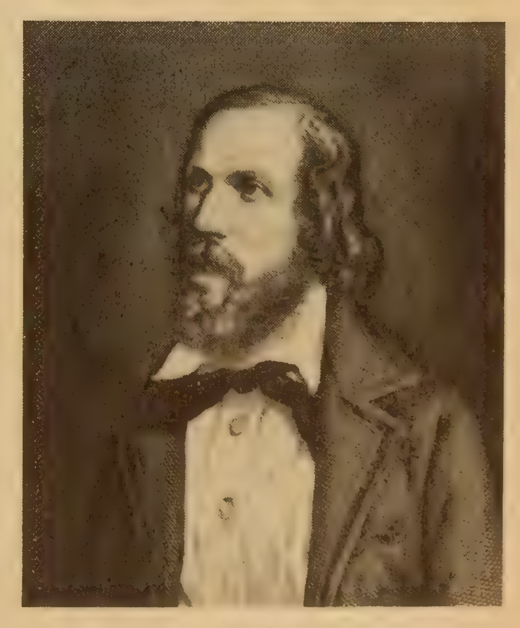
Struve



Bassermann



Jahn



Hecker

a) die Grundsätze der gleichen Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse, der ungeschmälerten Glaubens- und Gewissensfreiheit, des freien Assoziationsrechts, der Selbstverwaltung der Gemeinden und namentlich des Rechts derselben, ihre Geistlichen, Lehrer und Bürgermeister selbst und frei zu wählen;
b) Besserstellung des Lehrerstandes und gleichmäßigere Ordnung der Pfarrbesoldungen;
c) Abschaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren.

8. Abschaffung der Zensur, Konzessionen und Kautionen und Ersetzung dieser Zwangsanstalten durch den Grundsatz der Preßfreiheit in seiner weitesten Ausdehnung.

9. Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und Ersetzung derselben durch öffentlich und mündlich gepflogene Schwurgerichte.

10. Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Deutschen der verschiedenen Stände und Sicherstellung derselben durch ein besonderes Gesetz (Habeas Corpus-Akte im ausgedehntesten Sinne des Wortes), welches insbesondere auch das Vereins- und Versammlungsrecht des Volkes feststellt.

11. Beseitigung des Notstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, des Gewerbestandes und der Landwirtschaft. Die bisherigen ungeheuren Zivillisten, Apanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfachen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften sowie die Domänen des Landes bieten hierzu reiche Mittel.

12. Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital vermittels eines besonderen Arbeiterministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Anteil an dem Arbeitsgewinne sichert.

13. Abschaffung der tausendfältig untereinander abweichenden deutschen Gesetze des Privatrechts, Strafrechts, des Prozesses, des Kirchenrechts und des Staatsrechts, in Sachen der Münze, des Maßes, des Gewichtes, der Post, der Eisenbahnen usw. und Ersetzung derselben durch Gesetze, welche dem Geiste unserer Zeit entspringend, die innere Einheit Deutschlands in geistiger und materieller Beziehung gleichmäßig, wie seine Freiheit feststellen.

14. Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands und Wiederherstellung der Einteilung in Reichskreise mit billiger Berücksichtigung der Zeitverhältnisse.

15. Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft) und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.

d) Der Antrag, eine Kommission zur Prüfung und Vervollständigung des Siebenerprogramms zu ernennen und damit den Struveschen Antrag zu beraten, wurde von der Versammlung abgelehnt. Sie endete am 4. April 1848 unter Feststellung der nachfolgenden

Leitsätze des Vorparlaments.

Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen sind in den Deutschen Bund aufzunehmen. Polen ist wieder herzustellen. Es wird eine Nationalversammlung gewählt; auf je 50 000 Seelen entfällt ein Abgeordneter. Wahlberechtigt und wählbar ist ohne Rücksicht auf Wahlzensus, Religion oder Stand jeder volljährige selbständige deutsche Staatsangehörige in jedem deutschen Staate. Die Nationalversammlung tritt am 1. Mai 1848 in Frankfurt a. M. zusammen. Ein

permanenter Ausschuß von 50 Mitgliedern verweilt in Frankfurt a. M. mit dem Auftrage, die Bundesversammlung einzuladen, mit ihm bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung ins Vernehmen zu treten, die Bundesversammlung selbständig zu beraten und bei eintretender Gefahr des Vaterlandes das Vorparlament sofort wieder einzuberufen. Der Ausschuß soll bei den Regierungen darauf dringen, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern schleunigst ins Leben gerufen werde. Der Bundestag wird aufgefordert, sich von den gemachten Ausnahmeverfassungsbeschlüssen loszusagen und die Männer aus seinem Schoße zu entfernen, welche zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben. Als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit soll das konstituierende Parlament die nachfolgenden Grundrechte anerkennen:

Gleichstellung der politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Volle Preßfreiheit. Freies Vereinigungsrecht. Petitionsrecht. Eine freie volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister. Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft. Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts. Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern. Unbedingtes Auswanderungsrecht. Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. Lehr- und Lernfreiheit. Schutz der persönlichen Freiheit. Schutz gegen Justizverweigerungen. Unabhängigkeit der Justiz. Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen. Ein volkstümliches Kreditsystem mit Ackerbau- und Arbeiterkassen. Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerbslosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerb- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln. Anerkennung endlich der Auswanderung als Nationalangelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer.

3. Der Bundestag.

Der Bundestag fühlte den Boden unter seinen Füßen schwanken. Er hielt es für zeitgemäß, sich von der bisher verfolgten volksfeindlichen Politik abzuwenden. In der Hoffnung, dem Anwachsen der umstürzlerischen Bewegung noch entgegentreten zu können, erließ er am 1. März 1848 die nachstehende

Offizielle Proklamation.

Der Deutsche Bundestag, als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands, wendet sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk.

Verfassungsmäßig berufen, für die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Überzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmütigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werde.

Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach außen und die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe sowie die Sicherheit der Personen und des Eigentums im Innern. Die Geschichte Deutschlands gibt den Beleg hierzu sowie die bitteren Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den

Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittern und schwächen und ihr Inneres zerreißen.

Mögen diese teuer erkauften Erfahrungen in der bewegten Gegenwart unvergessen sein und während der stürmischen Zukunft benützt werden, die möglicherweise Deutschland nicht fern steht.

Der Deutsche Bundestag fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt — und andere Deutsche gibt es nicht — im Namen des gesamten Vaterlandes dringend auf, es möge jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten und die gesetzliche Ordnung nirgend verletzt werde.

Der Bundestag wird von seinem Standpunkte aus alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen.

Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt; aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und die einheitliche Entwicklung führt dahin.

Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volkes.

Frankfurt, den 1. März 1848.

Die Deutsche Bundesversammlung
und in deren Namen
Das Präsidium: Dönhoff.

In der Sitzung vom 10. März 1848 beschloß der Bundestag weiter, die Bundesregierungen aufzufordern,

„Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der 17 Stimmen des engeren Rates einen, alsbald, spätestens bis zu Ende dieses Monats, mit dem Auftrage abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichem Beirat an die Hand zu gehen."

Unter dem Eindruck der Wiener und der Berliner Revolution vom 13. und 18. März 1848 entschloß sich der Bundestag endlich zu einem schnelleren Vorgehen und faßte am Tage vor dem Zusammentritt des Vorparlaments den Bundesbeschluß vom 30. März 1848, der als rechtliche Grundlage der späteren Nationalversammlung anzusehen ist. Er lautet:

„Zu beschleunigter Entwerfung der Grundlage einer neuen Bundesverfassung hat die Bundesversammlung mit einleitenden Arbeiten zu diesem Zweck unter Zuziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens bereits begonnen.

Zu weiterer Förderung dieser wichtigen Angelegenheiten beschließt dieselbe, die Bundesregierung aufzufordern, in ihren sämtlichen, dem deutschen Staatensystem angehörenden Provinzen auf verfassungsmäßig bestehender oder sofort einzuführender Weise Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden, möglichst kurzen Termin zusammenzutreten haben und zwischen den Regierungen und dem Volk das deutsche Verfassungswerk zustande bringen."

In dem ergänzenden Bundesbeschluß vom 7. April 1848 wurde statt des ursprünglich in Aussicht genommenen Verhältnisses von einem Abgeordneten auf 70 000

Seelen dem Wunsche des Vorparlaments entsprechend ein solches von 1 : 50 000 bestimmt. Widerstandslos beugte sich der Bundestag auch dem Verlangen des Vorparlaments nach Aufhebung der Ausnahmegesetze und Abberufung aller der Bundesgesandten, die an der Abfassung dieser Ausnahmevorschriften Anteil genommen hatten.

4. Die Verhandlungen des Fünfzigerausschusses.

Gemäß den Leitsätzen des Vorparlaments (S. 11) blieb ein Ausschuß desselben von 50 Mitgliedern in Frankfurt a. M. versammelt. Seine Verhandlungen sind gerade gegenwärtig wieder von besonderem Interesse wegen der Ähnlichkeit der sie veranlassenden Ereignisse mit den der deutschen Nationalversammlung von 1919 vorausgehenden und sie begleitenden Geschehnissen.

a) Am 6. April 1848 erließ der Ausschuß die nachfolgende Proklamation:

An das deutsche Volk!

Deutsche!

Euch allen, die ihr deutsche Lande bewohnt und ein deutsches Herz im Busen tragt, Euch allen gilt unser Ruf. Hört auch Ihr es, Männer in Schleswig, in Ost- und Westpreußen, bisher durch Diplomatenkünste von uns getrennt, jetzt mit uns innig verbundene Brüder! Unser deutsches Vaterland muß einig, groß, frei werden. Das ganze deutsche Volk will es, und was ein Volk will, geschieht.

Männer des öffentlichen Vertrauens haben in Frankfurt sich vereinigt, die Ausführung des Volkswillens vorzubereiten.

Nicht aus regelmäßigen Wahlen hervorgegangen, haben sie es für Pflicht erachtet, eine konstituierende Nationalversammlung zu berufen und dieser einzig und allein die Bestimmung der künftigen Verfassung Deutschlands zu überlassen.

Das ganze deutsche Volk muß in der Nationalversammlung vertreten sein. Kein Unterschied des Standes, des Vermögens, des Glaubens wird die Freiheit der Wahlen beschränken. Jeder volljährige, selbständige Staatsangehörige ist in seinem Lande Wähler, in ganz Deutschland wählbar.

Als Grundlage des Volkswohls hat die Versammlung anerkannt: Unbedingte Freiheit der Meinungsäußerung, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Vereinigungsrecht, Schutz der persönlichen Freiheit, Unabhängigkeit der Rechtspflege und Schwurgericht, Schutz der arbeitenden Klassen, gerechte Verteilung der Staatslasten, Selbständigkeit der Gemeinden, mithin volle Gewährung dessen, was die Gerechtigkeit gegen alle, die Unterordnung des einzelnen unter das Gesamtwohl und die freie Entwicklung des Volksgeistes fordern.

Zum Schutze dieser höchsten Güter und damit nie mehr der Einzelwille dem Gesamtwillen sich widersetzen könne, hat die Versammlung allgemeine Volksbewaffnung beschlossen.

Wehrhaft und gerüstet müssen wir auch gegen äußere Feinde dastehen. Die Versammlung hat Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen, hat die Schmach der Teilung Polens von Deutschland abgewälzt und dem deutschen Volke die Pflicht auferlegt, dahin zu wirken, daß den Polen das Vaterland zurückgegeben werde. Was immer aus diesen Beschlüssen folge,

Deutschland ist stark genug, die Folgen auf sich zu nehmen. Der Geist der Eintracht, die allgemeine Wehrhaftigkeit sind Bürgschaft des Sieges.

Männer Deutschlands! Ihr wißt jetzt, was geschehen, was bevorsteht! An Euch ist es, zu vollenden, was die Versammlung, in deren Namen wir zu Euch sprechen, begonnen hat. In ihrem Namen fordern wir Euch auf, in Ernst und Ordnung an das Wahlgeschäft zu gehen, zu der Nationalversammlung Männer zu entsenden, schlicht und bieder, Männer, die vor den Augen des Volks bekundet haben, daß ihnen das Gesamtwohl höher steht als jedes Sonderinteresse, die Gerechtigkeit höher als Standesrücksichten und Vorurteile, die Wahrheit höher als der Sieg der eigenen Meinung.

Bedenkt, was in Eure Hand gelegt ist! Bedenkt, daß Eure Väter auf Euch sehen, daß Eure Enkel dereinst von Euch Rechenschaft fordern, wie Ihr den großen Augenblick zum Heile des Vaterlands benutzt habt. Seid einig, seid wachsam und tätig! Ruhet nicht, bis das große Werk: ein einziges, freies Deutschland, vollendet ist.

Frankfurt a. M., 6. April 1848.

Der Fünfziger-Ausschuß:

Soiron, als Vorsitzender. Simon, als Schriftführer.

b) Obgleich der 50er-Ausschuß nur die Verbindung zwischen dem Vorparlament und der Nationalversammlung herzustellen berufen war, hielt er sich doch für berechtigt und verpflichtet, dem im Anfang April überall wieder aufflackernden Aufruhr gegen die bestehenden Staatseinrichtungen entgegenzutreten und die Bürger mit Rücksicht auf die bevorstehende Nationalversammlung von unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert — und wiederum zu vergleichen mit den der Deutschen Nationalversammlung von 1919 vorhergehenden Verfügungen der vorläufigen Regierung — ist unter den mehreren Aufrufen eine Proklamation vom 6. April 1848:

Deutsche!

In wenigen Wochen wird eine freigewählte konstituierende Nationalversammlung unserem Vaterlande eine Verfassung geben, welche die unveräußerlichen Volksrechte, welche Freiheit und Wohlstand für immer begründen soll. Ganz Deutschland sieht mit Spannung dem großen Zeitpunkte entgegen; es bedarf zu diesem Werke vor allem der Ruhe und Ordnung.

Dennoch ist in verschiedenen Teilen des Vaterlandes die Sicherheit der Person und des Eigentums angetastet, der freie Verkehr durch Zerstörung von Eisenbahnen und Dampfschiffen gehemmt worden.

Solche Friedensbrüche wirken der Erringung der Freiheit feindlich entgegen, sie führen zur Anarchie, und diese war oft schon das Grab der Freiheit. Die Geschichte beweist es; ein in Anarchie versunkener Staat wird leicht der Raub eines kühnen, gewaltigen Menschen, den Zeiten der Gewalt noch immer geboren.

Männer Deutschlands! Im Namen der großen Versammlung der Volksfreunde, die uns verpflichten, sprechen wir zu Euch, wir sprechen im Namen von Millionen deutscher Brüder, die eins mit uns sind in der Begeisterung für die heilige Sache des Vaterlandes.

Haltet fest zusammen, nichts darf Eure Einigkeit, nichts Euren Eifer, Euer Wirken für die Freiheit stören, selbst die Frage: ob Republik, ob

Monarchie? darf Euch nicht trennen: denn nicht die Form, sondern das Wesen einer Verfassung ist es, was die Bürgschaft der Freiheit in sich trägt.

An Euch auch richten wir unser Wort, die Ihr der Ordnung und dem Eigentume den Krieg erklärt habt. Glaubt Ihr die Freiheit zu fördern, indem Ihr sie aufhebt, glaubt Ihr für den Wohlstand aller tätig zu sein, indem Ihr das Eigentum einzelner zugrunde richtet, glaubt Ihr Quellen des Erwerbs zu öffnen, indem Ihr Verkehr und Handel lähmt? Laßt ab von Eurer Verirrung, schließt Euch den wahren Freunden des Vaterlandes an, die für unseres Volkes Ehre und Freiheit alles zu opfern bereit sind.

Ihr insbesondere, deutsche Jünglinge und Wehrmänner, seid eingedenk, daß Ihr die Waffen tragt zum Schutze der Freiheit gegen innere und äußere Feinde; seid eingedenk der großen Aufgabe der Zeit! Ihr habt die Kraft, jede Unordnung zu verhindern, die der Wiedergeburt unseres Vaterlandes hemmend entgegentritt; schart Euch zusammen, bildet eine Schutzwehr dem Rechte und der Freiheit; sie wird unüberwindlich sein und Deutschlands große Zukunft fest und sicher stellen.

Frankfurt a. M., den 6. April 1848.

Namens der Fünfziger-Ausschusses
Soiron, Vorstand. Simon, Schriftführer.

c) Das Vorparlament hatte, entgegen dem Wunsche der radikalen Minderheit, es jedem einzelnen deutschen Staate überlassen, auf welche Weise er die Wahlen zu ordnen angemessen finden würde, und hatte nur grundsätzlich die direkte Wahl als zweckmäßigste empfohlen. Mit Ausnahme von Württemberg und Kurhessen hatten die Bundesregierungen die **indirekte** Wahl angeordnet und dadurch eine starke Beeinflussung im rückschrittlichen Sinne ermöglicht. Sie hatten ferner den Beschluß des Vorparlaments, wonach jeder volljährige **selbständige** Staatsangehörige wahlberechtigt und wählbar sein sollte, in sehr einschränkendem Sinne ausgelegt und dadurch mehrere Millionen deutscher Männer um ihr Wahlrecht gebracht. Mit den Beschwerden gegen diese beiden Hauptpunkte der Wahlordnungen hatte sich der Fünfziger-Ausschuß in zahlreichen Sitzungen zu beschäftigen. Da ihm weder die Legitimation noch die Macht zustand, die Wahlordnungen in freiheitlichem Sinne umzugestalten, so beschränkte er sich auf die Empfehlung, daß der Wahlberechtigung ein möglichst weiter Umfang verliehen werden möge. Er hielt sich auch sonst von Übergriffen fern und entzog z. B. Hecker, der in Baden die Republik verkündet und einen bewaffneten Aufstand unternommen hatte, die Mitgliedschaft. Er erließ ferner zur Unterdrückung der die ordnungsmäßige Entwicklung störenden gewaltsamen Eingriffe die nachstehende **Proklamation an die Badenser:**

Das verbrecherische Unternehmen einzelner, mit bewaffneter Hand Deutschland eine Staatsverfassung aufzudringen, ist aller Abmahnung ungeachtet zum blutigen Ausbruch gekommen.

Nochmals erhebt der Ausschuß des Vorparlaments seine Stimme, er erhebt sie namens des deutschen Volkes, er erhebt sie für die Zukunft Deutschlands.

Jene, die sich Freunde des deutschen Volkes nennen, sind seine schlimmsten Feinde. Um ihren Willen geltend zu machen, setzen sie alles aufs Spiel, was Deutschland nach langem Kampfe und mit schweren Opfern errungen hat: seine Einheit, seine Freiheit. Der Reaktion öffnen sie Tür und Tor; den äußeren Feinden stellen sie das deutsche Land bloß.

Auf denn, ihr deutschen Brüder, in den bedrohten Landen, die ihr treu seid der Sache des Vaterlandes, unzugänglich der Verlockung zum Abfall, fest in eurem Vertrauen, daß in den Tagen des Mai freigewählte Abgeordnete aller deutschen Brüderstämme einen Bau deutscher Einheit und deutscher Freiheit gründen werden, der feststeht für alle Zeiten — auf denn zu männlicher Tat!

Die badische Regierung hat zur Unterdrückung des Aufruhrs ein Gesetz verkündet, welches die Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde findet. Unterstützt die Ausführung dieses Gesetzes! Deutsche Krieger eilen herbei zur Bekämpfung der Empörer. Erkennt in diesen Kriegern Eure Brüder, als Eure Freunde nehmt sie auf und steht ihnen bei, soweit Ihr könnt. Wenn Ihr das tut, wenn Ihr den Aufrührern Eure Städte, Eure Dörfer verschließt, wenn Ihr die Unterstützung verhindert, die Übelgesinnte ihnen bieten möchten, so wird bald der Aufruhr unterdrückt und in friedlicher Weise der freie Ausdruck des wahren Volkswillens möglich werden, von welchem allein die Aufrichtung der künftigen Verfassung von ganz Deutschland und von jedem deutschen Einzelstaat abhängen kann.

Frankfurt a. M., den 28. April 1848.

Der Fünfziger-Ausschuß.

Abegg. Brigleb, als Schriftführer.

II. Die Verhandlungen der Nationalversammlung.

1. Die Deutsche Nationalversammlung wurde am 18. Mai 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. feierlich eröffnet. Unter den 586 Mitgliedern befanden sich die feinsten Köpfe Deutschlands, darunter etwa 100 Gelehrte. Wenn es dieser auf geistiger Höhe stehenden Versammlung, wie aus dem Folgenden sich ergeben wird, nicht gelang, eine brauchbare und von neuzeitlichem Geist erfüllte Verfassung zustande zu bringen, so lag dies an verschiedenen Umständen äußerlicher und innerer Natur.

Vor allem war die Stellung der Nationalversammlung zu den bisherigen Regierungsgewalten völlig im Unklaren gelassen. Der Bundestag hatte zwar von einem mit den „17 Männern des öffentlichen Vertrauens" (S. 15) zusammenarbeitenden Ausschuß einen Verfassungsentwurf fertigen lassen. Dieser wurde von dem gänzlich in Untätigkeit erstarrten Bundestag der Nationalversammlung aber gar nicht vorgelegt. Ebenso wenig kamen andere von einzelnen Mitgliedern des Bundestags gemachte Vorschläge zur Ausführung, weder der eines Triumvirats, das vorläufig die Exekutive übernehmen sollte, noch der

einer vom Bundesrat bei der Nationalversammlung zu bestellenden Kommission, welche die Verbindung zwischen dem Bundestag und der Nationalversammlung herzustellen habe, noch endlich der Vorschlag, die Bundesversammlung zu einer Art von Oberhaus auszugestalten, welches neben der Nationalversammlung und gleich dieser öffentlich und in parlamentarischen Formen tagen und mit ihr die neue Verfassung vereinbaren sollte.

Der Mangel jeder Ordnung der Beziehungen zwischen Nationalversammlung und Bundesregierungen führte zu gänzlicher Unsicherheit der der ersteren gebührenden Zuständigkeit und der von ihr zu erfüllenden Aufgaben. Das zeigte sich in der Verschiedenheit der Auffassungen seitens der einzelnen, nach ihren Versammlungsstätten benannten Fraktionen. Die Konservativen (Partei Milani: v. Radowitz, Vincke) konnten auf den Bundesbeschluß vom 30. März 1848 (S. 15) hinweisen. Dieser stellte eine verfassungsmäßige Grundlage der Nationalversammlung dar und gab ihr eine von den bisherigen rein privaten Veranstaltungen (der Heidelberger Versammlung, dem Vorparlament und dem Fünfziger-Ausschuß) völlig abweichende und sozusagen legitime Stellung. In diesem Bundesbeschluß ist der einzuberufenden Nationalversammlung die Aufgabe zugewiesen, „zwischen den Regierungen und dem Volk das deutsche Verfassungswerk zustande zu bringen“. Aus diesen Worten leiteten die Konservativen zweierlei ab: einmal, daß die Nationalversammlung lediglich die neue Verfassung zu beraten, sich also von allen übrigen gesetzgeberischen Unternehmungen und noch in höherem Maße von dem Eingriff in die Exekutive zurückzuhalten habe; und ferner, daß es eine Verfassung nicht festzustellen, sondern nur den Regierungen in Vorschlag zu bringen und ihnen zu vereinbaren habe.

Das rechte Zentrum (Kasinopartei: Bassermann, Dahlmann, Heckscher, Simson, Welcker) erklärte grundsätzlich die Nationalversammlung für souverän, war aber bereit, mit den Regierungen der Einzelstaaten über die Gestaltung der Verfassung zu verhandeln. Einen schärferen Standpunkt nahm das linke Zentrum (Württemberger Hof) ein, während die Linke (Deutscher Hof) der Nationalversammlung die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt zusprach; in ihr neigten die radikaleren Elemente offen der Republik zu, während die gemäßigteren jedem einzelnen Staat die Wahl freistellten, ob er sich als demokratischer Freistaat oder als demokratische Republik konstituieren wollte.

2. Die erste beratende Versammlung der Nationalversammlung fand am 18. Mai 1848 statt. Der Bundestag begrüßte sie mit dem folgenden, als erneute Anerkennung ihrer Gesetzmäßigkeit aufzufassenden Glückwunschschreiben:

„Die Macht außerordentlicher Begebenheiten, das Verlangen, welches sich laut in unserm ganzen Vaterlande ausgesprochen hat und der aus beidem hervorgegangene Aufruf der Regierungen haben in dieser großen Stunde eine Versammlung hierher geführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah.

In seinen Grundvesten hat das alte politische Leben gebebt, und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volks begrüßt, erhebt sich eine neue Größe: das Deutsche Parlament.

Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Zeit, reichen den Nationalvertretern die Hand zum Willkomm und wünschen ihnen Heil und Segen."

Die Frage des Alterspräsidenten Dr. Lang von Verden, ob auf dieses Glückwunschschreiben eine Erwiderung zu erlassen sei, löste einen Sturm der Entrüstung aus, ebenso das Verlangen des Bischofs Müller von Münster nach einem feierlichen Gottesdienst.

3. In der zweiten Sitzung vom 19. Mai wurde der hessische Staatsminister Heinrich v. Gagern mit 305 von 397 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten erwählt. In seiner Antrittsrede führte er aus:

„Wir sollen schaffen eine Versammlung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland will eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes, unter der Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch den Staatenregierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung."

4. In den nächsten Wochen beschäftigte sich die Nationalversammlung, statt sich sogleich ihrer Hauptaufgabe, der Schaffung einer Verfassung, zuzuwenden, mit einer großen Zahl anderer Angelegenheiten, für die ihre Zuständigkeit mindestens zweifelhaft war. Einen erheblichen Teil ihrer Zeit verwendete sie zu Verhandlungen über die Frage, ob die in der preußischen, bisher nicht zum Deutschen Bunde gehörenden, Provinz Posen gewählten Abgeordneten zur Nationalversammlung zuzulassen seien. Bemerkenswert ist eine von einer polnischen Deputation überreichte, unter anderem von Ledochowski, Niegolewski, Kroslowski, Lyskowski unterzeichnete Eingabe, in der die Wiederherstellung Polens verlangt und dagegen die Versicherung abgegeben wird:

„1. daß Polen gern bereit ist, die erlittenen Kränkungen zu vergessen und die brüderliche Eintracht mit den Deutschen durch Bündnisse und Handelsverträge zu betätigen;

2. daß Polen einen Staat mit demokratischen Institutionen bilden und die Rechte aller Nationalitäten und Konfessionen im politischen und bürgerlichen Verbande des Staates gleichstellen wird;

3. daß Polen nach Wiedererlangung seiner Selbständigkeit bei der künftigen Grenzbestimmung alle diejenigen Landstriche an Deutschland abtreten wird, wo sich die Majorität der Bevölkerung durch eine freie und legale Abstimmung dafür erklären wird."

Nach stürmischer Verhandlung wurden die posenschen Abgeordneten vorläufig zugelassen, die Frage ihrer endgültigen Teilnahme an den völkerrechtlichen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen. Dagegen wurde der Antrag, zwei Abgeordneten aus Ungarn Ehrensitze in der Versammlung einzuräumen, abgelehnt, nachdem der Heidelberger Staatsrechtler Robert v. Mohl auf die Unmöglichkeit hingewiesen hatte, Abgeordnete fremder Staaten in die Mitte einer deutschen Versammlung aufzunehmen.

Zahlreiche Sitzungen werden durch Verhandlungen über die Kriegsmarine, die deutsche Volkswehr, die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten, die Maßnahmen gegen eine etwaige Reaktion und die Anträge über die Vereinheitlichung der deutschen Gesetzgebung ausgefüllt.

5. Von der 18. Sitzung am 19. Juni 1848 an befaßte sich die Nationalversammlung ausschließlich mit der Schaffung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland.

Ein von der Nationalversammlung eingesetzter Ausschuß beantragte durch den Berichterstatter Dahlmann die Annahme folgender 8 Punkte:

1. Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll ein Bundesdirektorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.

2. Dasselbe soll aus 3 Männern bestehen, welche von den deutschen Regierungen bezeichnet und, nachdem die Nationalversammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Diskussion abgegeben haben wird, von denselben ernannt werden.

3. Das Bundesdirektorium hat provisorisch

a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen;

b) die Oberleitung des gesamten Heerwesens zu übernehmen und namentlich den Oberfeldherrn der Bundestruppen zu ernennen;

c) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.

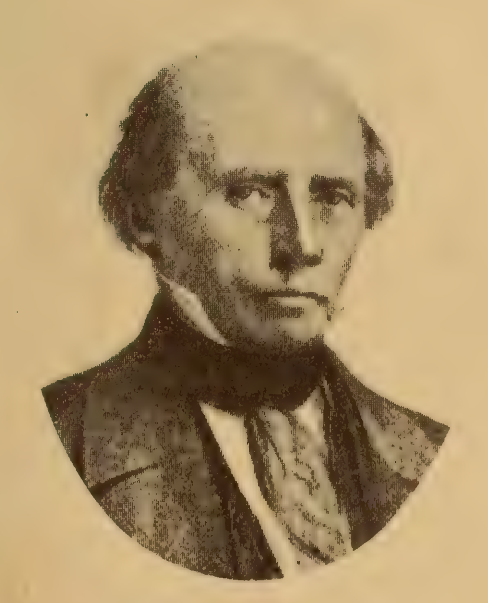
4. Über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirektorium im Einverständnis mit der Nationalversammlung.

5. Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit des Bundesdirektoriums ausgeschlossen.

Führende Männer der Deutschen Nationalversammlung 1848.
II.


Dahlmann


Gagern


Uhland


Blum

6. Das Bundesdirektorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.

7. Die Minister haben das Recht, den Beratungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirektoriums mit der eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar.

8. Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Tätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf.

Nach langwierigen und vielfach stürmischen Verhandlungen wurde der Ausschußantrag verworfen und beschlossen, die provisorische Zentralgewalt einem Reichsverweser zu übertragen, der von der Nationalversammlung frei gewählt wird, seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister ausübt und dessen Anordnungen zur Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers bedürfen. Am 28. Juni 1848 beschloß die Versammlung mit überwältigender Mehrheit (510 gegen 35 Stimmen):

„Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf."

Damit wurde der Bundesrat für aufgehoben erklärt. In der gleichen Sitzung wurde endgültig angenommen das

Gesetz über Einführung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland.

1. Bis zur definitiven Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation gestellt werden.

2. Dieselbe hat:

a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen;

b) die Oberleitung der gesamten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen;

c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.

3. Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Wirksamkeit der Zentralgewalt ausgeschlossen.

4. Über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Zentralgewalt im Einverständnis mit der Nationalversammlung.

5. Die provisorische Zentralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung frei gewählt wird.

6. Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.

7. Der Reichsverweser ist unverantwortlich.

8. Über die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen.

9. Die Minister haben das Recht, den Beratungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden.

10. Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung zu erscheinen und Auskunft zu erteilen.

11. Die Minister haben das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind.

12. Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar.

13. Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf.

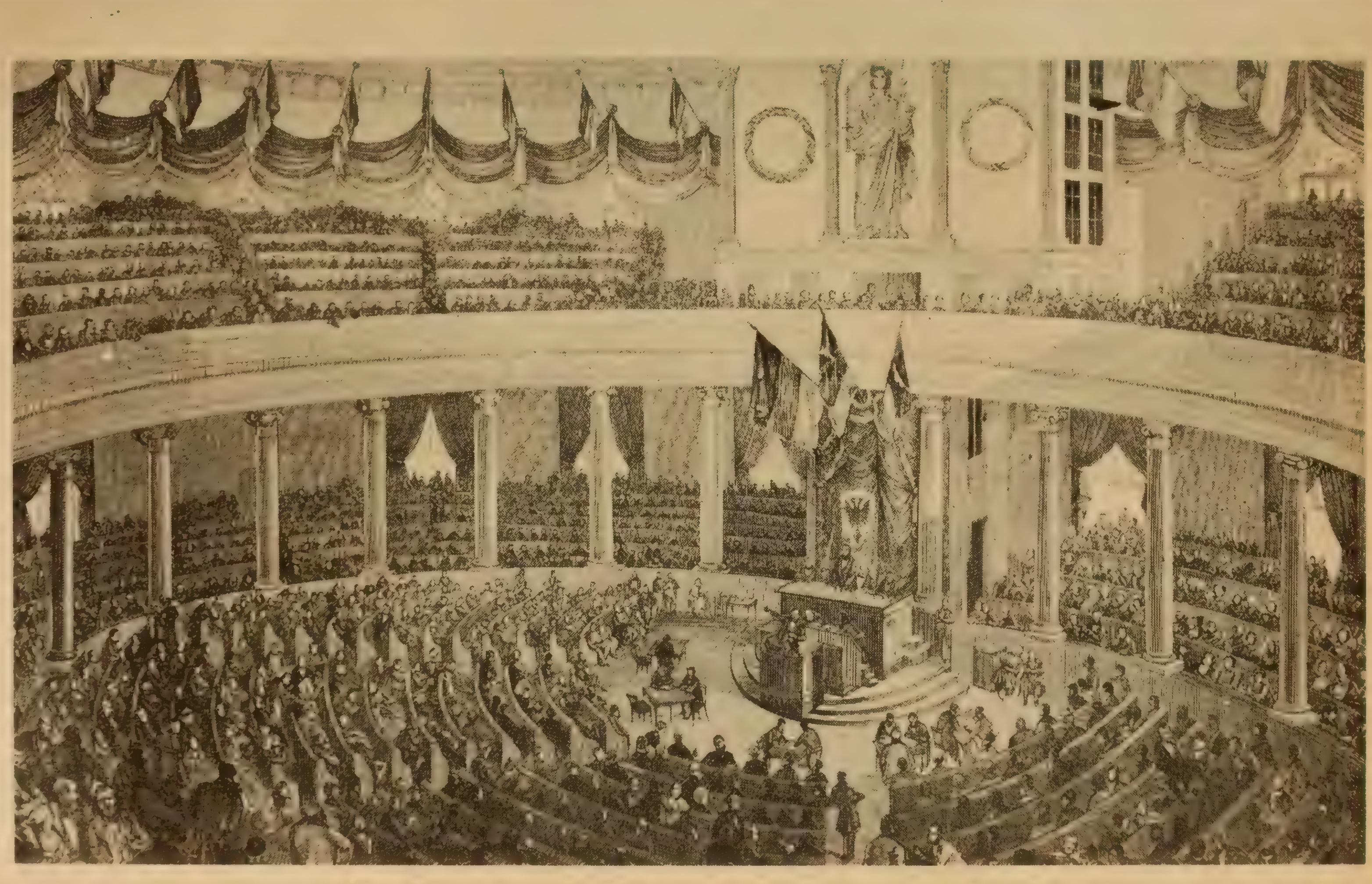
14. Die Zentralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit tunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen.

15. Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Tätigkeit der provisorischen Zentralgewalt auf.

In der Sitzung vom 29. Juni 1848 wurde Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser von Deutschland mit 436 von 521 abgegebenen Stimmen proklamiert.

Die Wahl eines österreichischen Erzherzogs als Reichsverwesers war ein Sieg der bisherigen Vormacht im Deutschen Reich und eine Zurückdrängung des Einflusses Preußens, in welchem ein großer Teil des deutschen Volkes den gegebenen Führer zur Vereinigung aller rein deutschen Gebiete erblickte. Seither werden die Verhandlungen und Entschlüsse der deutschen Nationalversammlung in schwerwiegender Weise von diesem Gegensatz zwischen den beiden Großstaaten beeinflußt. Der von Heinrich von Gagern geführten „kleindeutschen“ Partei, welche den Ausschluß Österreichs aus dem zu schaffenden deutschen Staatenbunde anstrebte, stand die „großdeutsche“ Partei gegenüber, die Österreichs Einbeziehung wünschte.

Der Reichsverweser Erzherzog Johann bildete ein Reichsministerium, dessen Vorsitz er dem Fürsten von Leiningen übertrug, während der Österreicher von Schmerling das Ministerium des Innern und des Äußeren, der preußische General von Peucker das Kriegswesen, der Hamburger Rechtsanwalt Heckscher die Justiz, Beckerath die Finanzen und der Bremer Duckwitz das Handelsministerium übernahm. Trotz der Wahl eines Österreichers



Eine Sitzung der Deutschen Nationalversammlung 1848
in der Paulskirche zu Frankfurt a. M.

zum vorläufigen Reichsoberhaupt hätte Preußen damals die Möglichkeit gehabt, die deutsche Vormacht in Deutschland zu werden. Die Vorliebe für Österreich nahm sehr schnell wieder ab. Der Befehl des Reichsministeriums, daß die Truppen auf den Reichsverweser vereidigt werden sollten, blieb in Österreich unberücksichtigt, während Friedrich Wilhelm IV. von Preußen in einem Armeebefehl vom 21. Juli die Wahl des Reichsverwesers anerkannte. Österreich hätte auch gar keine Möglichkeit gehabt, einem kraftvollen Vorgehen Preußens Widerstand entgegenzusetzen; denn es war durch innere Konflikte geschwächt. Der König von Preußen verstand es aber in der ihm eigenen Unsicherheit und Unentschlossenheit nicht, die Situation auszunutzen.

Bis in den Oktober hinein hatte sich die Nationalversammlung nun mit allerhand Dingen beschäftigt, die die Stellungnahme zu Fragen der inneren und auswärtigen Politik betrafen. Vom Juli ab hatte sie die „Grundrechte des deutschen Volkes“ einer eingehenden, vielfach ins Uferlose geratenden Erörterung unterzogen. Sie wurden am 27. September gesondert verkündet, später (S. 35) aber in die Verfassung aufgenommen. Im September war sie genötigt, sich mit dem zwischen Preußen und Dänemark geschlossenen Waffenstillstand von Malmö vom 24. August 1848 zu befassen. Seine Billigung durch die Nationalversammlung vom 16. September rief, da man darin ein Aufgeben von Schleswig-Holstein erblickte, maßlose Empörung hervor, die sich am 18. September in einem Versuch der Sprengung der Versammlung äußerte. Der Putsch wurde durch Militär unterdrückt. Zwei Mitglieder der Mehrheit, General von Auerswald und Fürst Lichnowski, fielen dabei der Volkswut zum Opfer. Am 20. Oktober endlich besann sich die Nationalversammlung auf die ihrer harrende Hauptaufgabe, die Beratung einer Verfassung, und begann dieselbe auf Grund eines ihr von dem Verfassungsausschuß vorgelegten Entwurfes. Die Hauptgrundsätze des letzteren waren: das Reich wurde für ausschließlich berechtigt erklärt, Deutschland nach außen hin zu vertreten; die Reichsgewalt erhielt die Verfügung über die Heeresmacht, die Gesetzgebung des Reiches wurde auf weiten Gebieten anerkannt. Gegen Österreich richtete sich die Vorschrift, daß deutsche und nichtdeutsche Staaten nur in Personalunion miteinander verbunden sein durften. Auch hieraus ist die wachsende Verstimmung der Nationalversammlung gegenüber Österreich zu erkennen. Sie erreichte ihren Höhepunkt, als der österreichische Ministerpräsident Fürst Felix Schwarzenberg seinen Plan, die gesamten dem Hause Habsburg unter-

tänigen Länder zu einem Einheitsstaate zu verbinden, erkennen und zwei Mitglieder der Linken, die sich an den Wiener Herbstaufständen beteiligt hatten, verhaften und einen derselben, den Leipziger Robert Blum, am 9. November 1848 erschießen ließ. Dieser Entwicklung entsprechend legte Schmerling seine Ämter im Reichsministerium nieder. An seine Stelle trat der Führer der kleindeutschen Partei, Heinrich von Gagern, der seinerseits als Präsident der Nationalversammlung durch den Königsberger Abgeordneten Martin Eduard Simson ersetzt wurde. Gagern verlangte in seinem am 18. Dezember in der Nationalversammlung entwickelten Programm die verfassungsmäßige Ausschaltung Österreichs und die Regelung seines völkerrechtlichen Verhältnisses zu Deutschland auf dem Wege eines Staatsvertrages. Österreich protestierte gegen seinen Ausschluß und gegen den am 30. Januar 1849 in erster Lesung durchberatenen Verfassungsentwurf. Der letztere hatte die Würde des Reichsoberhauptes einem der regierenden Fürsten übertragen. Die „erbkaiserliche" Partei, welche diese Würde im Hause des Fürsten, dem sie übertragen werden sollte, für erblich erklären wollte, unterlag dabei zunächst gegenüber der Linken, welche die Erblichkeit der Kaiserwürde verwarf. Die österreichischen Versuche, die Führung in Deutschland wiederzugewinnen, mußten scheitern, als am 7. März 1849 in Wien eine Verfassung verkündet wurde, wonach ganz Österreich nebst Ungarn, der Lombardei und Venetien für eine einige und unteilbare Monarchie erklärt wurde. Nunmehr hatte die kleindeutsche Partei in der Nationalversammlung die Oberhand. Die Verfassung wurde in zweiter und dritter Lesung durchberaten und nach Aufnahme der Erblichkeit der Kaiserwürde verkündet als

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849.

Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung:

Verfassung des Deutschen Reiches.

Abschnitt I. Das Reich.

Artikel I.

§ 1. Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes.

Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogtums Schleswig bleibt vorbehalten.

§ 2. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben. In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden.

Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern.

§ 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dieses entweder in seinem deutschen Lande residieren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.

§ 4. Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.

§ 5. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.

Abschnitt II. Die Reichsgewalt.

Artikel I.

§ 6. Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus.

Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schiffahrtsverträge, sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§ 7. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten.

Auch dürfen dieselben keine besonderen Konsuln halten. Die Konsuln fremder Staaten erhalten ihr Exequatur von der Reichsgewalt.

Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reichsoberhaupt ist den einzelnen Regierungen unbenommen.

§ 8. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen.

Ihre Befugnis zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.

§ 9. Alle Verträge nicht rein privatlichen Inhalts, welche eine deutsche Regierung mit einer anderen deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnisnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei beteiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Artikel II.

§ 10. Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und des Friedens zu.

Artikel III.

§ 11. Der Reichsgewalt steht die gesamte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.

§ 12. Das Reichsheer besteht aus der gesamten, zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Die Stärke und Beschaffenheit des deutschen Reichsheeres wird durch das Gesetz über die Wehrverfassung bestimmt.

Diejenigen Staaten, welche weniger als 500 000 Einwohner haben, sind durch die Reichsgewalt zu größeren militärischen Ganzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, zu vereinigen oder einem angrenzenden größeren Staate anzuschließen.

Die näheren Bedingungen einer solchen Vereinigung sind in beiden Fällen durch Vereinbarung der beteiligten Staaten unter Vermittlung und Genehmigung der Reichsgewalt festzustellen.

§ 13. Die Reichsgewalt ausschließlich hat in betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrolle.

Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Reichsgesetze und der Anordnungen der Reichsgewalt und beziehungsweise in den Grenzen der nach § 12 getroffenen Vereinbarungen zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird.

§ 14. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen.

§ 15. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem Reiche zur Last.

§ 16. Über eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz.

§ 17. Den Regierungen der einzelnen Staaten bleibt die Ernennung der Befehlshaber und Offiziere ihrer Truppen, soweit deren Stärke sie erheischt, überlassen.

Für die größeren militärischen Ganzen, zu denen Truppen mehrerer Staaten vereinigt sind, ernennt die Reichsgewalt die gemeinschaftlichen Befehlshaber.

Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandierenden Generale der selbständigen Korps sowie das Personal der Hauptquartiere.

§ 18. Der Reichsgewalt steht die Befugnis zu, Reichsfestungen und Küstenverteidigungswerke anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären.

Die Reichsfestungen und Küstenverteidigungswerke des Reiches werden auf Reichskosten unterhalten.

§ 19. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reiches. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten oder Kaperbriefe auszugeben.

Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Teil der deutschen Wehrmacht. Sie ist unabhängig von der Landmacht.

Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte gestellt wird, ist von der Zahl der von demselben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das Nähere hierüber sowie über die Kostenausgleichung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten bestimmt ein Reichsgesetz.

Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus.

Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte und die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und See-Arsenalen ob.

Über die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marine-Etablissements nötigen Enteignungen sowie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze.

Artikel IV.

§ 20. Die Schiffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lotsenwesen, das Fahrwasser usw.) bleiben der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen. Die Uferstaaten erhalten dieselben aus eigenen Mitteln.

Ein Reichsgesetz wird bestimmen, wie weit die Mündungen der einzelnen Flüsse zu rechnen sind.

§ 21. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen.

Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern.

§ 22. Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den Schiffen und deren Ladungen für die Benutzung der Schiffahrtsanstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten notwendigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt.

§ 23. In betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen.

Eine höhere Belegung fremder Schiffe kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schiffahrt fließt in die Reichskasse.

Artikel V.

§ 24. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die in ihrem schiffbaren Lauf mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüsse und Seen und über die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse sowie über den Schiffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben.

Auf welche Weise die Schiffbarkeit dieser Flüsse erhalten oder verbessert werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz.

Die übrigen Wasserstraßen bleiben der Fürsorge der Einzelstaaten überlassen. Doch steht es der Reichsgewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Verkehrs für notwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schiffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben zu erlassen, sowie einzelne Flüsse unter derselben Voraussetzung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleichzustellen.

Die Reichsgewalt ist befugt, die Einzelstaaten zu gehöriger Erhaltung der Schiffbarkeit dieser Wasserstraßen anzuhalten.

§ 25. Alle deutschen Flüsse sollen für deutsche Schiffahrt von Flußzöllen frei sein. Auch die Flößerei soll auf schiffbaren Flußstrecken solchen Abgaben nicht unterliegen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein.

§ 26. Die Hafen-, Kran-, Wag-, Lager-, Schleusen- und dergleichen Gebühren, welche an den gemeinschaftlichen Flüssen und den Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anstalten nötigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt.

Es darf in betreff dieser Gebühren keinerlei Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutscher Staaten stattfinden.

§ 27. Flußzölle und Flußschiffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladungen nur durch die Reichsgewalt gelegt werden.

Artikel VI.

§ 28. Die Reichsgewalt hat über die Eisenbahnen und deren Betrieb, soweit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§ 29. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für notwendig erachtet, die Anlage von Eisenbahnen zu bewilligen, sowie selbst Eisenbahnen anzulegen, wenn der Einzelstaat, in dessen Gebiet die Anlage erfolgen soll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eisenbahnen für Reichszwecke steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei.

§ 30. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen.

§ 31. Die Reichsgewalt hat über die Landstraßen die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung, soweit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§ 32. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für notwendig erachtet, zu verfügen, daß Landstraßen und Kanäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder deren Schiffbarkeit erweitert werde.

Die Anordnung der dazu erforderlichen baulichen Werke erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit den beteiligten Einzelstaaten durch die Reichsgewalt.

Die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen geschieht von Reichs wegen und auf Reichskosten, wenn eine Verständigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird.

Artikel VII.

§ 33. Das Deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnengrenzzölle.

Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietsteile aus der Zollinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten.

Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landesteile mittels besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen.

§ 34. Die Reichsgewalt einschließlich hat die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftlich sein sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung.

§ 35. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle sowie der gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt.

Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Teil nach Maßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reiches vorweggenommen, das übrige wird an die einzelnen Staaten verteilt.

Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen.

§ 36. Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt.

§ 37. Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen.

§ 38. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schiffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

§ 39. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbewesen Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§ 40. Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichs wegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes erteilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, jedes unbefugte Nachahmen von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigentums zu.

Artikel VIII.

§ 41. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portoteilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen.

Dieselbe sorgt für gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrolle.

Der Reichsgewalt steht es zu, die innerhalb mehrerer Postgebiete sich bewegenden Kurse im Interesse des allgemeinen Verkehrs zu ordnen.

§ 42. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur von der Reichsgewalt oder mit deren Genehmigung geschlossen werden.

§ 43. Die Reichsgewalt hat die Befugnis, insofern es ihr nötig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten.

§ 44. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen oder auf dem Wege der Enteignung zu erwerben.

Weitere Bestimmungen hierüber sowie über Benutzung von Telegraphen für den Privatverkehr sind einem Reichsgesetz vorbehalten.

Artikel IX.

§ 45. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen.

Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen.

§ 46. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht sowie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaren zu begründen.

§ 47. Die Reichsgewalt hat das Recht, das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

Artikel X.

§ 48. Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichs wegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt aus den Miteln des Reiches zu bestreiten.

§ 49. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Anteil an den Einkünften aus den Zöllen und den gemeinsamen Produktions- und Verbrauchssteuern angewiesen.

§ 50. Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen.

§ 51. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen sowie Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu kontrahieren.

Artikel XI.

§ 52. Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reiches bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht.

Artikel XII.

§ 53. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren.

§ 54. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

Sie hat die für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen:

1. wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird;
2. wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außerstande ist, oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint,
3. wenn die Verfassung eines deutschen Staates gewaltsam oder einseitig aufgehoben und verändert wird und durch das Anrufen des Reichsgerichts unverzügliche Hilfe nicht zu erwirken ist.

§ 55. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1. Erlasse, 2. Absendung von Kommissarien, 3. Anwendung von bewaffneter Macht.

Ein Reichsgesetz wird die Grundsätze bestimmen, nach welchen die durch solche Maßregeln veranlaßten Kosten zu tragen sind.

§ 56. Der Reichsgewalt liegt es ob, die Fälle und Formen, in welchen die bewaffnete Macht gegen Störungen der öffentlichen Ordnung angewendet werden soll, durch ein Reichsgesetz zu bestimmen.

§ 57. Der Reichsgewalt liegt es ob, die gesetzlichen Normen über Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzusetzen.

§ 58. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Heimatsrecht Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§ 59. Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte gewährleisteten Rechts der freien Vereinigung und Versammlung Reichsgesetze über das Assoziationswesen zu erlassen.

§ 60. Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche die Anerkennung und Echtheit in ganz Deutschland bedingen.

§ 61. Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesamtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen.

Artikel XIII.

§ 62. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung, soweit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überlassenen Anstalten erforderlich ist.

§ 63. Die Reichsgewalt ist befugt, wenn sie im Gesamtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maßregeln notwendig findet, die zur Begründung derselben erforderlichen Gesetze in den für die Veränderung der Verfassung vorgeschriebenen Formen zu erlassen.

§ 64. Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke zu begründen.

§ 65. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichs wegen.

§ 66. Reichsgesetze gehen den Gesetzen der Einzelstaaten vor, insofern ihnen nicht ausdrücklich eine nur subsidiäre Geltung beigelegt ist.

Artikel XIV.

§ 67. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus.

Die Dienstpragmatik des Reiches wird ein Reichsgesetz feststellen.

Abschnitt III. Das Reichsoberhaupt.

Artikel I.

§ 68. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden Fürsten übertragen.

§ 69. Die Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannesstamme nach dem Rechte der Erstgeburt.

§ 70. Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen.

§ 71. Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residieren.

So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten.

§ 72. Der Kaiser bezieht eine Zivilliste, welche der Reichstag festsetzt.

Artikel II.

§ 73. Die Person des Kaisers ist unverletzlich.

Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus.

§ 74. Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

Artikel III.

§ 75. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des Deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomatischen Verkehr.

§ 76. Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden.

§ 77. Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstages, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist.

§ 78. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnisnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei beteiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

§ 79. Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht das Volkshaus aufzulösen

§ 80. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzesvorschlages. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nötigen Verordnungen.

§ 81. In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung von Untersuchungen kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstages erlassen.

Zugunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurteilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zugunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu.

§ 82. Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

§ 83. Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht.

§ 84. Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm als Träger dieser Gewalt stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

Abschnitt IV. Der Reichstag.

Artikel I.

§ 85. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus.

Artikel II.

§ 86. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten.

§ 87. Die Zahl der Mitglieder verteilt sich nach folgendem Verhältnis: Preußen 40 Mitglieder, Österreich 38, Bayern 18, Sachsen 10, Hannover 10 Württemberg 10, Baden 9, Kurhessen 6, Großherzogtum Hessen 6, Holstein (=Schleswig, s. Abschn. I § 1) 6, Mecklenburg=Schwerin 4, Luxemburg=Limburg 3, Nassau 3, Braunschweig 2, Oldenburg 2, Sachsen=Weimar 2, Sachsen=Coburg=Gotha 1, Sachsen=Meiningen=Hildburghausen 1, Sachsen=Altenburg 1, Mecklenburg=Strelitz 1, Anhalt=Dessau 1, Anhalt=Bernburg 1, Anhalt=Cöthen 1, Schwarzburg=Sondershausen 1, Schwarzburg=Rudolstadt 1, Hohenzollern=Hechingen 1, Liechtenstein 1, Hohenzollern=Sigmaringen 1, Waldeck 1, Reuß ältere Linie 1, Reuß jüngere Linie 1, Schaumburg=Lippe 1, Lippe=Detmold 1, Hessen=Homburg 1, Lauenburg 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 1, zusammen 192 Mitglieder.

So lange die deutsch=österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht teilnehmen, erhalten nachfolgende Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause, nämlich Bayern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Württemberg 12, Baden 10, Großherzogtum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2.

§ 88. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt.

In denjenigen deutschen Staaten, welche aus mehreren Provinzen oder Ländern mit abgesonderter Verfassung oder Verwaltung bestehen, sind die durch die Volksvertretung dieses Staates zu ernennenden Mitglieder des Staatenhauses nicht von der allgemeinen Landesvertretung, sondern von den Vertretungen der einzelnen Länder oder Provinzen (Provinzialständen) zu ernennen.

Das Verhältnis, nach welchem die Zahl der diesen Staaten zukommenden Mitglieder unter die einzelnen Länder oder Provinzen zu verteilen ist, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Wo zwei Kammern bestehen und eine Vertretung nach Provinzen nicht stattfindet, wählen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit.

§ 89. In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied in das Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt.

Auf dieselbe Weise ist in denjenigen Staaten, welche eine ungerade Zahl von Mitgliedern senden, in betreff des letzten derselben zu verfahren.

§ 90. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa notwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses.

§ 91. Mitglied des Staatenhauses kann nur sein, wer

1. Staatsbürger des Staates ist, welcher ihn sendet,
2. das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat,
3. sich im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet.

§ 92. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert.

Auf welche Weise nach den ersten drei Jahren das Ausscheiden der ersten Hälfte stattfinden soll, wird durch ein Reichsgesetz bestimmt. Die Ausscheidenden sind stets wieder wählbar.

Wird nach Ablauf dieser drei Jahre und vor Vollendung der neuen Wahlen für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, so treten, soweit die neuen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, die früheren Mitglieder ein.

Artikel III.

§ 93. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

§ 94. Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt.

Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze[1]) enthaltenen Vorschriften.

Artikel IV.

§ 95. Die Mitglieder des Reichstages beziehen aus der Reichskasse ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.[2])

§ 96. Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen nicht gebunden werden.

§ 97. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein.

Artikel V.

§ 98. Zu einem Beschluß eines jeden Hauses des Reichstages ist die Teilnahme von wenigstens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich.

Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet.

§ 99. Das Recht des Gesetzvorschlages, der Beschwerde, der Adresse und der Erhebung von Tatsachen sowie der Anklage der Minister steht jedem Hause zu.

§ 100. Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Übereinstimmung beider Häuser gültig zustande kommen.

§ 101. Ein Reichstagsbeschluß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden.

Ist von dem Reichstage in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Beschluß unverändert gefaßt worden, so wird derselbe, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit dem Schlusse des dritten Reichstages zum Gesetz. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt.

§ 102. Ein Reichstagsbeschluß ist in folgenden Fällen erforderlich:

1. wenn es sich um die Erlassung, Aufhebung, Abänderung oder Auslegung von Reichsgesetzen handelt;
2. wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahiert werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt oder Matrikularbeiträge oder Steuern erhebt;
3. wenn fremde See- und Flußschiffahrt mit höheren Abgaben belegt werden soll;
4. wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden sollen;

---

[1]) Am 12. April vollzogen, s. den Anhang unten S. 45.

[2]) Vgl. unten S. 48.

5. wenn Handels-, Schiffahrts- und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten;
6. wenn nicht zum Reich gehörige Länder oder Landesteile dem deutschen Zollgebiete angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietsteile von der Zollinie ausgeschlossen werden sollen;
7. wenn deutsche Landesteile abgetreten oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen.

§ 103. Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1. Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus.
2. Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen. Jede Bewilligung gilt nur für den besonderen Zweck, für welchen sie bestimmt worden. Die Verwendung darf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen.
3. Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist ein Jahr.
4. Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reiches und über den Reservefonds sowie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstage durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöbung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß.
5. Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstage zuerst dem Volkshause vorgelegt, von diesem in seinen einzelnen Ansätzen nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregirung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder teilweise bewilligt oder verworfen.
6. Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht innerhalb des Gesamtbetrages des ordentlichen Budgets so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt.
7. Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen gleich einer Erhöhung des ordentlichen Budgets eines Reichstagsbeschlusses.
8. Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerst dem Volkshause, zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Artikel VI.

§ 104. Der Reichstag versammelt sich jedesmal am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupt bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt.

Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jederzeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden.

§ 105. Die ordentlichen Sitzungsperioden der Landtage in den Einzelstaaten sollen mit denen des Reichstages in der Regel nicht zusammenfallen. Das Nähere bleibt einem Reichsgesetz vorbehalten.

§ 106. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden.

In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder zu versammeln.

§ 107. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge.

Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben.

§ 108. Das Ende der Sitzungsperiode des Reichstages wird vom Reichsoberhaupt bestimmt.

§ 109. Eine Vertagung des Reichstages oder eines der beiden Häuser durch das Reichsoberhaupt bedarf, wenn sie nach Eröffnung der Sitzung auf länger als vierzehn Tage ausgesprochen werden soll, der Zustimmung des Reichstages oder des betreffenden Hauses.

Auch der Reichstag selbst sowie jedes der beiden Häuser kann sich auf vierzehn Tage vertagen.

Artikel VII.

§ 110. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und seine Schriftführer.

§ 111. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können.

§ 112. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über die Zulassung derselben.

§ 113. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe."

§ 114. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses.

Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet.

§ 115. Weder Überbringer von Bittschriften noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden.

§ 116. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Häusern werden durch Übereinkunft beider Häuser geordnet.

Artikel VIII.

§ 117. Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer Tat.

§ 118. In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntnis zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen.

§ 119. Dieselbe Befugnis steht jedem Hause in betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist.

§ 120. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel IX.

§ 121. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werden.

§ 122. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstages in demselben zu erscheinen und Auskunft zu erteilen oder den Grund anzugeben, weshalb dieselbe nicht erteilt werden könne.

§ 123. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein.

§ 124. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat.

Abschnitt V. Das Reichsgericht.

Artikel I.

§ 125. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§ 126. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören:

a) Klagen eines Einzelstaates gegen die Reichsgewalt wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Erlassung von Reichsgesetzen und durch Maßregeln der Reichsregierung sowie Klagen der Reichsgewalt gegen einen Einzelstaat wegen Verletzung der Reichsverfassung.

b) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhause und dem Volkshause unter sich und zwischen jedem von ihnen und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Teile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.

c) Politische und privatrechtliche Streitigkeiten aller Art zwischen den einzelnen deutschen Staaten.

d) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den Einzelstaaten.

e) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung.

f) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung.

Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regiegierung wegen Verletzung der Landesverfassung können bei dem Reichsgericht nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfassung gegebenen Mittel der Abhilfe nicht zur Anwendung gebracht werden können.

g) Klagen deutscher Staatsbürger wegen Verletzung der durch die Reichsverfassung ihnen gewährten Rechte. Die näheren Bestimmungen über den Umfang dieses Klagerechts und die Art und Weise, dasselbe geltend zu machen, bleiben der Reichsgesetzgebung vorbehalten.

h) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe erschöpft sind.

i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.

k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.

l) Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Hoch- und Landesverrats gegen das Reich.

Ob noch andere Verbrechen gegen das Reich der Strafgerichtsbarkeit des Reichsgerichts zu überweisen sind, wird späteren Reichsgesetzen vorbehalten.

m) Klagen gegen den Reichsfiskus.

n) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, sowie wenn die gemeinschaftliche Verpflichtung gegen mehrere Staaten in einer Klage geltend gemacht wird.

§ 127. Über die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst.

§ 128. Über die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Diesem Gesetze wird auch die Bestimmung, ob und in welchen Fällen bei dem Reichsgericht die Urteilsfällung durch Geschworene erfolgen soll, vorbehalten.

Ebenso bleibt vorbehalten: ob und wie weit dieses Gesetz als organisches Verfassungsgesetz zu betrachten ist.

§ 129. Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten, Admiralitäts- und Seegerichte zu errichten sowie Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit der Gesandten und Konsuln des Reiches zu treffen.

Abschnitt VI.

Die Grundrechte des deutschen Volkes[3]).

§ 130. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Artikel I.

§ 131. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das Deutsche Reich bilden.

§ 132. Jeder Deutsche hat das deutsche Staatsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Über das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.

§ 133. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimatsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

§ 134. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeßrechte machen, welcher die letzteren als Ausländer zurücksetzt.

§ 135. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privatrechte verletzt werden.

§ 136. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reiches.

Artikel II.

§ 137. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben.

Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.

---

[3]) Dieser Abschnitt ist bereits am 27. September 1848 für sich publiziert worden. Vgl. S. 25.

Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden.

Kein Staatsangehörgier darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen.

Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

Artikel III.

§ 138. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.

Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur geschehen inkraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden.

Die Polizeibehörde muß jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben.

Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Gerichte zu bestimmenden Kaution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen.

Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nötigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugtuung und Entschädigung verpflichtet.

Die für das Heer- und Seewesen erforderlichen Modifikationen dieser Bestimmungen werden besonderen Gesetzen vorbehalten.

§ 139. Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt oder das Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, sowie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft.

§ 140. Die Wohnung ist unverletzlich.

Eine Haussuchung ist nur zuläßig:

1. inkraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Beteiligten zugestellt werden soll,
2. im Falle der Verfolgung auf frischer Tat durch den gesetzlich berechtigten Beamten,
3. in den Fällen von Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet.

Die Haussuchung muß, wenn tunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen.

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hindernis der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten.

§ 141. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung nur inkraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Beteiligten zugestellt werden muß.

§ 142. Das Briefgeheimnis ist gewährleistet.

Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen.

Artikel IV.

§ 143. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Zensur, Konzessionen, Sicherheitsbestellungen,

Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs, beschränkt, suspendiert oder aufgehoben werden.

Über Preßvergehen, welche von Amts wegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurteilt.

Ein Preßgesetz wird vom Reiche erlassen werden.

Artikel V.

§ 144. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.

§ 145. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Übung seiner Religion.

Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.

§ 146. Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch tun.

§ 147. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.

Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche.

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§ 148. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

§ 149. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe".

§ 150. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Zivilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Zivilaktes stattfinden.

Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehindernis.

§ 151. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt.

Artikel VI.

§ 152. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§ 153. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben.

§ 154. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu erteilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat.

Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung.

§ 155. Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden.

Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

§ 156. Die öffentlichen Lehrer haben das Recht[*]) der Staatsdiener.

Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Beteiligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksschulen an.

§ 157. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt.

---

*) In der „amtlichen Ausgabe": die Rechte.

Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

§ 158. Es steht einem jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Artikel VII.

§ 159. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden.

Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als von Korporationen und von mehreren im Vereine ausgeübt werden; beim Heer und der Kriegsflotte jedoch nur in der Weise wie es die Disziplinarvorschriften bestimmen.

§ 160. Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht notwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen.

Artikel VIII.

§ 161. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis dazu bedarf es nicht.

Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§ 162. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

§ 163. Die in den §§ 161 und 162 enthaltenen Bestimmungen finden auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, insoweit die militärischen Disziplinarvorschriften nicht entgegenstehen.

Artikel IX.

§ 164. Das Eigentum ist unverletzlich.

Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden.

Das geistige Eigentum soll durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden.

§ 165. Jeder Grundeigentümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder teilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Teilbarkeit alles Grundeigentums durch Übergangsgesetze zu vermitteln.

Für die tote Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege der Gesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig.

§ 166. Jeder Untertänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

§ 167. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1. die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei samt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben; 2. die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§ 168. Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar; ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen.

Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden.

§ 169. Im Grundeigentum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eignem Grund und Boden.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben.

Nur ablösbar jedoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen lästigen, mit dem Eigentümer des belasteten Grundstückes abgeschlossenen Vertrag erworben ist; über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen.

Die Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden.

§ 170. Die Familienfideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

Über die Familienfideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten.

§ 171. Aller Lehensverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen.

§ 172. Die Strafe der Vermögenseinziehung soll nicht stattfinden.

§ 173. Die Besteuerung soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Stadt und Gemeinde aufhört.

Artikel X.

§ 174. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen.

§ 175. Die richterliche Gewalt wird selbständig von den Gerichten geübt. Kabinetts- und Ministerialjustiz ist unstatthaft.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sollen nie stattfinden.

§ 176. Es soll keinen privilegierten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben.

Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburteilung militärischer Verbrechen und Vergehen sowie der Militärdisziplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand.

§ 177. Kein Richter darf, außer durch Urteil und Recht, von seinem Amt entfernt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden.

Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß erfolgen.

Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden.

§ 178. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein.

Ausnahmen von der Öffentlichkeit bestimmt im Interesse der Sittlichkeit das Gesetz.

§ 179. In Strafsachen gilt der Anklageprozeß.

Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urteilen.

§ 180. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

§ 181. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig sein.

Über Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Einzelstaaten entscheidet ein durch das Gesetz zu bestimmender Gerichtshof.

§ 182. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte.

Der Polizei steht keine Strafgerichtsbarkeit zu.

§ 183. Rechtskräftige Urteile deutscher Gerichte sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar.

Ein Reichsgesetz wird das Nähere bestimmen.

Artikel XI.

§ 184. Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung:
a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter,
b) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates,
c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes,
d) Öffentlichkeit der Verhandlungen als Regel.

§ 185. Jedes Grundstück soll einem Gemeindeverbande angehören.
Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Artikel XII.

§ 186. Jeder deutsche Staat soll eine Verfassung mit Volksvertretung haben.
Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich.

§ 187. Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, bei der Besteuerung, bei der Ordnung des Staatshaushaltes; auch hat sie — wo zwei Kammern vorhanden sind, jede Kammer für sich — das Recht des Gesetzesvorschlages, der Beschwerde, der Adresse sowie der Anklage der Minister.
Die Sitzungen der Landtage sind in der Regel öffentlich.

Artikel XIII.

§ 188. Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.

Artikel XIV.

§ 189. Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze des Reiches.

Abschnitt VII. Die Gewähr der Verfassung.

Artikel I.

§ 190. Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen in der Art, wie er das letzte Mal zusammengesetzt war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstages einen Eid auf die Reichsverfassung.
Der Eid lautet: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe."
Erst nach geleistetem Eide ist der Kaiser berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen.

§ 191. Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reiches.

§ 192. Über die Verantwortlichkeit der Reichsminister soll ein Reichsgesetz erlassen werden.

§ 193. Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt.

Artikel II.

§ 194. Keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzelstaates darf mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen.

Faksimile der letzten Seite der Reichsverfassung vom 28. März 1849.

Frankfurt a/M. den 28. März 1849.

Dr. Martin Eduard Simson aus Königsberg in Preußen

d. Z. Präsident der verfassunggebenden Reichsversammlung.

Carl Kirchgeßner aus Würzburg d. Z. II. Stellvertreter des Vorsitzenden, Abgeordneter d. Wahlbezirks Weiler in Bayern

Friedrich Siegm. Jucho aus Frankfurt a/M., d. Z. Schriftführer

Carl August Fetzer aus Stuttgart, Schriftführer.

Dr. Anton Riehl aus Wien. Abgeordneter für Zwettl. Schriftführer

Karl Biedermann aus Leipzig Abgeordneter für den 14. sächsischen Wahlbezirk Schriftführer

Gustav Robert v. Maltzahn aus Cüstrin Abgeordneter für den Wahlkreis Königsberg i. d. N. Schriftführer.

Unterschriften der Vorsitzenden und Schriftführer, denen sich auf dem Original (in der Reichstagsbibliothek) die Unterschriften der Abgeordneten anschließen.

§ 195. Eine Änderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Änderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen gegeben werden.

Artikel III.

§ 196. Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhauptes erfolgen.

Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser 1. der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder, 2. zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß, 3. einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen.

Der Zustimmung des Reichsoberhaupts bedarf es nicht, wenn in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Reichstagsbeschluß unverändert gefaßt worden. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt.

Artikel IV.

§ 197. Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden, jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

1. die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesamtministerium des Reiches oder Einzelstaates ausgehen;
2. das Ministerium des Reiches hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß dieselben zusammengerufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten.

Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

Zur Beurkundung:

Frankfurt a. M., den 28. März 1849.

[Es folgen die Unterschriften der Vorsitzenden, der 6 Schriftführer und der übrigen 392 Abgeordneten. Vgl. die beigegebene Tafel mit den Unterschriften der Vorsitzenden und Schriftführer.]

Anhang.

Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 27. März 1849, verkündet als Gesetz:

Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

Artikel I.

§ 1. Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§ 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen;
2. Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens;

3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§ 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden:

Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntnis nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urteil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

§ 4. Des Rechts zu wählen soll, unbeschadet der sonst verwirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch strafrichterliches Erkenntnis verlustig erklart werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.

Artikel II.

§ 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem deutschen Staate angehört hat.

Erstandene oder durch Begnadigung erlassene Strafe wegen politischer Verbrechen schließt von der Wahl in das Volkshaus nicht aus.

§ 6. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs.

Artikel III.

§ 7. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100 000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§ 8. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Überschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden.

Ein Überschuß von weniger als 50 000 Seelen ist unter die anderen Wahlkreise des Einzelstaates verhältnismäßig zu verteilen.

§ 9. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis.

Diesen soll die Stadt Lübeck gleichgestellt werden.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50 000 Seelen haben, werden mit andern Staaten nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt.

§ 10. Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingeteilt.

Artikel IV.

§ 11. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

Der Standort der Soldaten und Militärpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, wenn derselbe seit drei Monaten nicht gewechselt worden ist. — In den Staaten, wo Landwehr besteht, tritt für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren Heimatsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen zur Ausführung dieser Bestimmung bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.

§ 12. In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe

und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen.

Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Artikel V.

§ 13. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden.

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschied ausgeübt.

§ 14. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen.

Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Male nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 15. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§ 16. Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt.

Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.

§ 17. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist oder durch Anordnung der Reichsgewalt noch festgestellt werden wird, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

Frankfurt, den 12. April 1849.

Der Reichsverweser
Erzherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister

H. v. Gagern. v. Peucker. v. Beckerath. Duckwitz. R. Mohl.

Reichswahl-Matrikel.

Zum Zwecke der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause werden zusammengelegt:

1. Liechtenstein mit Österreich.
2. Hessen-Homburg mit dem Großherzogtum Hessen. Das Hessen-Homburgische Oberamt Meisenheim auf dem linken Rheinufer mit Rheinbayern.
3. Schaumburg-Lippe mit Hessen-Cassel.
4. Hohenzollern-Hessen mit Hohenzollern-Sigmaringen.
5. Reuß Ältere Linie mit Reuß Jüngere Linie.
6. Anhalt-Cöthen mit Anhalt-Bernburg
7. Lauenburg mit Schleswig-Holstein.
8. Birkenfeld mit Rheinpreußen.
9. Pyrmont mit Preußen.

Reichsgesetz
über die Tagegelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstag.

Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Tagegeld von 7 Gulden rheinisch und eine Reisekosten-Entschädigung von 1 Gulden für die Meile sowohl der Hinreise, als auch der Rückreise, und genießen Portofreiheit für alle an sie gelangenden oder von ihnen ausgehenden Korrespondenzen und Drucksachen.

Am 28. März 1849 fand die Wahl des Erbkaisers statt. Von 538 Mitgliedern enthielten sich 248 der Abstimmung; die übrigen 290 wählten den König von Preußen. Friedrich Wilhelm IV. wurde darauf unter dem Jubel der Bevölkerung zum „Kaiser der Deutschen“ ausgerufen. Die Reichsverfassung hatte einen unzweifelhaft unitarischen Zug und gewährte dem Reichsoberhaupt eine Gewalt, die weit über die dem Deutschen Kaiser durch die deutsche Reichsverfassung von 1871 übertragene hinausging. Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Ausland gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus. Diese haben nicht das Recht, Gesandte zu empfangen oder zu halten, ebensowenig besondere Konsuln. Sie können zwar untereinander Verträge abschließen, mit nichtdeutschen Regierungen aber nur betreffs der Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei. Solche Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts sind der Reichsgewalt zur Kenntnisnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei beteiligt ist, zur Genehmigung vorzulegen. Der Reichsgewalt steht die gesamte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung. Sie hat inbetreff des Heerwesens die alleinige Gesetzgebung und Organisation und eine ständige Kontrolle über deren Durchführung in den Einzelstaaten. Ebenso ist die Seemacht ausschließlich Sache des Reichs. Hinsichtlich der Wasserstraßen und Eisenbahnen hat das Reich das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht. Das Deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, alle Binnenzölle fallen fort. Die Reichsgewalt übt auch hinsichtlich des Postwesens Gesetzgebung und Oberaufsicht aus und ist befugt, das gesamte deutsche Postwesen für Reichsrechnung zu übernehmen. Ihr liegt es ferner ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Scheckrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke zu begründen. Die Reichsgesetze gehen den Gesetzen der Einzelstaaten vor.

Die Würde des Reichsoberhauptes ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden ist, und zwar in seinem Mannesstamme nach dem Rechte der Erstgeburt. Das Reichs-

oberhaupt führt den Titel „Kaiser der Deutschen", seine Person ist unverletzlich. Er übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus; alle seine Regierungshandlungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt. Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden; er vereinbart die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist. Er kann Gesetze vorschlagen und übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nötigen Verordnungen.

Der Reichstag besteht aus 2 Häusern: dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Das Staatenhaus wird gebildet aus 192 Vertretern der deutschen Staaten, die zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretungen auf 6 Jahre ernannt werden. Das Volkshaus besteht aus den das erstemal auf 4, sonst immer auf 3 Jahre gewählten Abgeordneten des deutschen Volkes, die nach dem (am 12. April verkündeten) Reichswahlgesetz gewählt werden. Wähler ist jeder unbescholtene, mehr als 25 Jahre alte Deutsche, wählbar jeder 25jährige wahlberechtigte Deutsche, der seit mindestens 3 Jahren einem deutschen Staate angehört. Je 100 000 Seelen der letzten Volkszählung bilden einen Wahlbezirk und wählen einen Abgeordneten. Auch Soldaten sind aktiv und passiv wahlberechtigt. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel, unmittelbar und nach absoluter Stimmenmehrheit.

Ein Reichstagsbeschluß kommt nur durch die Übereinstimmung beider Häuser zustande, bedarf aber zur Gesetzeskraft der Zustimmung der Reichsregierung. Ist diese nach unveränderter Beschlußfassung in 3 sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden nicht zu erlangen, so wird der Beschluß auch ohne Zustimmung der Reichsregierung mit dem Schlusse des 3. Reichstags Gesetz. Das Staatenhaus hat die Stellung eines Oberhauses, seine Auflösung ist unzulässig, wohl aber die des Volkshauses.

Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt. Zu seiner Zuständigkeit gehören unter anderem alle Streitigkeiten öffentlichrechtlicher Art zwischen einem Einzelstaat und der Reichsgewalt, zwischen Staatenhaus, Volkshaus und Reichsregierung, zwischen den einzelnen deutschen Staaten, zwischen deren Regierungen und den Volksvertretungen, zwischen den Bürgern und ihrer Regierung;

ferner Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege sowie die Strafgerichtsbarkeit über Anklagen gegen die Reichsminister und die Minister der Einzelstaaten hinsichtlich ihrer ministeriellen Verantwortlichkeit sowie in den Fällen des Hoch- und Landesverrats gegen das Reich. Endlich Klagen gegen den Reichsfiskus.

Abschnitt VI enthält die Grundrechte des deutschen Volkes. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten als Norm dienen und dürfen von den letzteren nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Dieser Abschnitt ist, wie schon oben S. 39 bemerkt, bereits vor der Verfassung beraten und veröffentlicht worden. Er enthält in Nachbildung der nordamerikanischen und französischen Verfassungsbestimmungen die Normen über die öffentlichrechtliche Stellung der Staatsbürger: Staatsbürgerrecht, Abschaffung der Standesvorrechte, allgemeine Wehrpflicht, Unverletzlichkeit der Personen und der Wohnung, Gewährleistung des Briefgeheimnisses, Preß-, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Trennung von Staat und Kirche, Freiheit von Wissenschaft und Lehre, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Sicherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts, Unverletzlichkeit des Eigentums, Beseitigung jedes Untertänigkeitsverbandes sowie der Patrimonialgerichtsbarkeit und der grundherrlichen Polizei, Ablösbarkeit der dinglichen Lasten, Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden sowie der Familienfideikommisse und Lehen, Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Schwurgerichte, Begründung einer Verfassung mit Volksvertretung und verantwortlichen Ministern in jedem deutschen Staat und endlich Gewährleistung der volkstümlichen Entwicklung aller nicht deutsch redenden Volksstämme Deutschlands unter Anerkennung der Gleichberechtigung ihrer Sprache im Kirchenwesen, beim Unterricht, in der inneren Verwaltung, in der Rechtspflege.

und jeder Reichsbeamte hat beim Amtsantritt die Reichsverfassung zu beschwören.

Vom Jubel der Bevölkerung umbraust, begab sich eine Abordnung der Nationalversammlung zu Friedrich Wilhelm IV., um ihm die Kaiserkrone anzubieten. Es war bekannt, daß der König die Revolution, vor der er sich am 18. März 1848 hatte beugen müssen, im tiefsten Herzen verabscheute. Er hatte bereits am 15. August 1848 in Cöln einer Abordnung der Nationalversammlung gegenüber erklärt:

„Seien Sie überzeugt, daß Ich nie vergessen werde, welch ein großes Werk zu gründen Sie berufen sind, wie Ich überzeugt bin, daß Sie nicht vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten gibt und Ich zu denselben gehöre."

In gleichem Sinne antwortete er der Abordnung beim Empfange im Berliner Schloß am 3. April 1849, daß er den Wert der Wahl zu schätzen wisse, daß er die ihm angetragene Würde aber ohne das freie Einverständnis der Fürsten und Freien Städte Deutschlands nicht annehmen könne. Um die hierdurch angedeutete Vereinbarung in die Wege zu leiten, lud eine Note des preußischen Ministeriums vom 4. April 1849 die deutschen Regierungen zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Frankfurt ein, und die Nationalversammlung ernannte ihrerseits einen Ausschuß von 30 Mitgliedern. Österreich berief daraufhin seine Abgeordneten aus der Nationalversammlung ab. Es wäre damals aber nicht imstande gewesen, gegen die Übernahme der Vormachtstellung durch Preußen Widerstand zu leisten; denn es war vollauf mit dem ungarischen Aufstande beschäftigt und hatte schwere Niederlagen erlitten. Außer den vier Königreichen Württemberg, Bayern, Sachsen und Hannover erklärten sämtliche anderen 28 Regierungen ihre Zustimmung zur Reichsverfassung und zur Wahl Friedrich Wilhelm IV., und auch die Königreiche hätten sich mit Rücksicht auf die dieser Lösung günstige Volksstimmung ihrer Länder gefügt. Inzwischen hatten aber in Preußen selbst die rückschrittlichen Strömungen die Überhand gewonnen. Die preußische zweite Kammer hatte am 21. April auf Antrag von Rodbertus die deutsche Reichsverfassung als rechtsbeständig anerkannt. Sie wurde aber am 27. April wegen dieses angeblichen Eingriffs in die Rechte des Königs aufgelöst, und dieser erklärte in einer Note vom folgenden Tage, daß er nur eine von der Nationalversammlung mit den Regierungen vereinbarte Verfassung anerkennen werde.

Dies Verhalten der preußischen Regierung und ihres Königs verstärkte in der Nationalversammlung das Gewicht der revolutionären Elemente. Im Mai 1849 brach in der Pfalz, in Baden, Württemberg, Hessen und Dresden von neuem die Revolution aus. Die preußische Regierung stellte ihre Truppen zur Bekämpfung dieser aufrührerischen Bewegungen zur Verfügung. Die Nationalversammlung verfiel nun allmählich der Auflösung. Nacheinander riefen Preußen, Sachsen und Hannover ihre Abgeordneten zurück. Der Rest der „erbkaiserlichen" Partei mit Heinrich v. Gagern an der Spitze trat aus. Die noch verbleibenden Mitglieder der Versammlung, das sog. Rumpfparlament, flüchtete vor den in bedrohlicher Nähe von Frankfurt a. M. zusammengezogenen Truppenmassen nach Stuttgart. Hier wurde eine Reichsregentschaft aus 5 Mitgliedern zur Durchführung der Reichsverfassung eingesetzt. Am 18. Juni

wurde die Versammlung aber durch Truppen der württembergischen Regierung auseinander getrieben.

Der deutsche Freiheitstraum war damit beendet. Die Hoffnungen, welche das Volk auf diese große, von den edelsten Geistern gebildete Versammlung gesetzt hatte, waren endgültig zu Grabe getragen. Österreich, das mit russischer Hilfe die ungarische Gefahr beseitigt hatte, übernahm wieder die Führung der deutschen Geschäfte, berief die Mitglieder des deutschen Bundes zur erneuten Entsendung ihrer Gesandten nach Frankfurt a. M. Im Olmützer Vertrage vom 29. November 1850 mußte Preußen, das seine Armee bereits mobilgemacht hatte, aber mit Rücksicht auf die dabei zutage getretenen Mängel sich zu einem kriegerischen Waffengange mit seinem Rivalen außerstande fühlte, auf seine Vormachtpläne verzichten. Vom Mai 1851 ab konnte der alte Bundestag als wiederhergestellt angesehen werden.

Immerhin waren die Opfer nicht umsonst gebracht. In der deutschen Reichsverfassung vom 29. März 1849 war eine Grundlage geschaffen worden, auf die nicht nur Bismarck bei Gründung des Norddeutschen Bundes wieder zurückgriff, sondern die auch dem Entwurf einer deutschen Reichsverfassung von 1919, wie später darzutun ist, in wesentlichen Punkten zum Vorbild gedient hat.

Der verfassunggebende Reichstag des Norddeutschen Bundes und die Entstehung der Reichsverfassung.

1. In der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866 machte Preußen die Niederlage wett, die es im Vertrage von Olmütz Österreich gegenüber erlitten hatte. Österreich hatte damit endgültig seine Vormachtstellung in Deutschland verloren; Otto von Bismarcks Genie zeigte sich in hellstem Lichte. Die gegen ihn während der Konfliktszeit aufgetretenen Widersacher beugten sich einer nach dem anderen vor der Größe seines weitausschauenden und die politischen Ereignisse meisternden Geistes. Als der deutsche Krieg endgültig zugunsten Preußens entschieden war, war es Bismarcks geschicktester Schachzug, die niedergeworfenen Gegner möglichst zu schonen, um in den bisherigen Feinden Mitarbeiter und Helfer am Aufbau des neuen Deutschlands zu finden.

In der berühmten Sitzung des Bundestags vom 14. Juni 1866 hatte der Antrag Österreichs zur Beratung gestanden, sämtliche nicht preußischen Bundesarmeekorps mobil zu machen. Als dieser einer Kriegserklärung gleichkommende Antrag von der Mehrheit angenommen wurde, erklärte der preußische Bundestagsgesandte von Savigny:

„Nachdem die hohe Bundesversammlung unerachtet des von dem Gesandten im Namen seiner Allerhöchsten Regierung gegen jede geschäftliche Behandlung des österreichischen Antrags eingelegten Protestes zu einer dem entgegenstehenden Beschlußfassung geschritten ist, so hat der Gesandte nunmehr die ernste Pflicht zu erfüllen, hoher Versammlung diejenigen Entschließungen kundzugeben, zu welchen, gegenüber der soeben erfolgten Beschlußfassung des Gesandten Allerhöchste Regierung in Wahrung der Rechte und Interessen der preußischen Monarchie und ihrer Stellung in Deutschland, zu schreiten für geboten erachtet.

Der Akt der Einbringung des von der Kaiserlich Österreichischen Regierung gestellten Antrages an sich selbst steht nach der festen Überzeugung des Königlichen Gouvernements zweifellos mit der Bundesverfassung in offenbarem Widerspruch und muß daher von Preußen als ein Bruch des Bundes angesehen werden.

Das Bundesrecht kennt Bundesgliedern gegenüber nur ein Exekutionsverfahren, für welches bestimmte Formen und Voraussetzungen vorgeschrieben sind; die Aufstellung eines Bundesheeres gegen ein Bundesglied auf Grund der Bundes-Kriegsverfassung sind dieser ebenso fremd wie jedes Einschreiten der Bundesversammlung gegen eine Bundesregierung außerhalb der Normen des Exekutionsverfahrens.

Insbesondere aber steht die Stellung Österreichs in Holstein nicht unter dem Schutz der Bundesverträge, und Seine Majestät der Kaiser von Österreich kann nicht als Mitglied des Bundes für das Herzogtum Holstein betrachtet werden.

Aus diesen Gründen hat die Königliche Regierung davon Abstand genommen, irgendwie auf die materielle Motivierung des Antrages einzugehen, für welchen Fall es ihr eine leichte Aufgabe gewesen sein würde, den gegen Preußen gerichteten Vorwurf des Friedensbruches zurückzuweisen und denselben gegen Österreich zu richten.

Dem Königlichen Kabinett erschien vielmehr als das allein rechtlich gebotene und zulässige Verfahren, daß der Antrag wegen seines widerrechtlichen Charakters von vornherein seitens der Bundesversammlung abgewiesen werden müßte.

Daß diesem ihrem bestimmten Verlangen von ihren Bundesgenossen nicht entsprochen worden ist, kann die Königliche Regierung im Hinblick auf das bisherige Bundesverhältnis nur aufs tiefste beklagen.

Nachdem das Vertrauen Preußens auf den Schutz, welchen der Bund jedem seiner Mitglieder verbürgt hat, durch den Umstand tief erschüttert worden war, daß das mächtigste Glied des Bundes seit 3 Monaten im Widerspruch mit den Bundesgrundgesetzen zu dem Behufe der Selbsthilfe gegen Preußen gerüstet hat, die Berufungen der Königlichen Regierung aber an die Wirksamkeit des Bundes und seiner Mitglieder zum Schutze Preußens gegen willkürlichen Angriff Österreichs nur Rüstungen anderer Bundesglieder ohne Aufklärung über den Zweck derselben zur Folge gehabt haben, mußte die Königliche Regierung die äußere und innere Sicherheit, welche nach Art. II. der Bundesakte der Hauptzweck des Bundes ist, bereits als im hohen Grade gefährdet erkennen.

Diese ihre Auffassung hat der vertragswidrige Antrag Österreichs und die eingehende, ohne Zweifel auf Verabredung beruhende Aufnahme desselben durch einen Teil ihrer bisherigen Bundesgenossen nur noch bestätigen und erhöhen können.

Durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesglied, welche durch den Antrag Österreichs und das Votum derjenigen Regierungen, welche ihm beigetreten sind, bedingt ist, sieht das Königliche Kabinett den Bundesbruch als vollzogen an.

Im Namen und auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs, seines allergnädigsten Herrn erklärt der Gesandte daher hiermit, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich ansieht, denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln wird.

Indes will Se. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen, als zerstört betrachten.

Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest, und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die letzteren den angemessenen Ausdruck zu finden.

Die Königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Verhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor und erklärt sich bereit, auf den alten, durch eine solche Form modifizierten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen.

Der Gesandte vollzieht die Befehle seiner Allerhöchsten Regierung, indem er seine bisherige Tätigkeit hiermit nunmehr für beendet erklärt.

Schließlich hat der Gesandte seiner Allerhöchsten Regierung in deren Namen und Auftrag alle derselben aus dem bisherigen Bundesverhältnis zustehenden und sonst noch daraus entspringenden Rechte und Ansprüche jeder Art auf das Eigentum und alle Zuständigkeiten des Bundes vorzubehalten und zu wahren, insbesondere ist er noch angewiesen, gegen jede Verwendung bewilligter Bundesgelder resp. gegen jede Disposition darüber, welche ohne ihre besondere Zustimmung etwa erfolgen sollte, ausdrücklich Protest einzulegen."

Die von dem Gesandten vorgelegten
Grundzüge

lauteten:

Artikel I.

Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der Kaiserlich Österreichischen und Königlich Niederländischen Landesteile.

Artikel II.

Die gesetzgebende Gewalt des Bundes wird auf denjenigen Gebieten, welche derselben zugewiesen sind, von dem Bundestage in Gemeinschaft mit einer periodisch zu berufenden Nationalvertretung ausgeübt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die Übereinstimmung der Mehrheit des Bundestages mit der Mehrheit der Volksvertretung erforderlich und ausreichend.

Artikel III.

Die Umgestaltung des Bundestages ist unter den Bundesregierungen und mit dem nach dem preußischen Antrage vom 19. April zu berufenden Parlamente zu vereinbaren. Solange bis dies geschehen sein wird, bleibt das Stimmverhältnis, welches für die Mitglieder des Bundes auf dem bisherigen Bundestage gültig war, in Kraft.

Artikel IV.

Die Nationalversammlung geht aus direkten Wahlen hervor, welche nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmen sind.

Artikel V.

Die Bundesstaaten bilden ein gemeinsames und einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, in welchem die Errichtung von Freihäfen vorbehalten bleibt.

Artikel VI.

Der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1. die Zoll- und Handelsgesetzgebung;
2. die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundiertem und unfundiertem Papiergelde;
3. die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen;
4. die Erfindungspatente;
5. der Schutz des geistigen Eigentums;
6. die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Ansiedlungsverhältnisse, den Gewerbebetrieb, die Kolonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern;
7. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt und ihrer Flaggen zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird;
8. das gesamte deutsche Eisenbahnwesen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs;
9. der Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle;
10. das Post- und Telegraphenwesen;
11. die gemeinsame Zivilprozeßordnung und das gemeinsame Konkursverfahren.

Artikel VII.

Die Bundesgewalt hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden sowie Bündnisse und Verträge zu schließen in völkerrechtlicher Vertretung des Bundes Gesandte zu ernennen und zu empfangen.

Die Kriegserklärung hat bei feindlicher Invasion des Bundesgebietes oder bei kriegerischem Angriff auf seine Küste unter allen Umständen zu erfolgen in den übrigen Fällen ist zur Kriegserklärung die Zustimmung der Souveräne von mindestens zwei Dritteilen der Bevölkerung des Bundesgebietes erforderlich.

Artikel VIII.

Die Kriegsmarine des Bundes mit den erforderlichen Hafen- und Schiffahrtsanlagen wird nach folgenden Grundsätzen errichtet:

Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl.

Bei Ernennung der Offiziere und Beamten konkurrieren die Küstenstaaten auf Grund besonderer Vereinbarungen.

Der Kieler und der Jahde-Hafen werden Bundeskriegshäfen.

Als Maßstab der Beiträge zur Gründung und Erhaltung der Kriegsmarine und der damit zusammenhängenden Anstalten dient im allgemeinen die Bevölkerung unter Gestellung eines Präzipuums zu Lasten der Uferstaaten und Hansestädte nach Maßgabe des Lastengehalts der Handelsmarine der einzelnen Staaten.

Ein Bundesmarinebudget wird nach diesen Grundsätzen vereinbart.

Das Anwerben von Matrosen und Mannschaften für die Bundeskriegsmarine wird durch ein Gesetz geregelt, welches zugleich die Verpflichtung für jeden einzelnen Uferstaat feststellt, für Deckung des Bedarfs pro rata des Lastengehalts der Handelsmarine aufzukommen. Durch dasselbe Gesetz wird der Maßstab festgestellt, nach welchem die Mannschaftsgestellungen für die Marine auf diejenigen des Landheeres des Bundes in Abzug gebracht werden.

Artikel IX.

Die Landmacht des Bundes wird in zwei Bundesheere eingeteilt, die Nordarmee und die Südarmee.

In Krieg und Frieden ist Se. Majestät der König von Preußen Bundesoberfeldherr der Nordarmee, Se. Majestät der König von Bayern Bundesoberfeldherr der Südarmee.

Jeder der beiden Bundesoberfeldherren hat das Recht und die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb der von ihm befehligten Armee die bundesbeschlußmäßigen Kontingente vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind, und daß die notwendige Einheit in der Organisation, Formation, in Bewaffnung und Kommando in der Ausbildung der Mannschaften sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt wird.

Das Recht unter Voraussetzung übereinstimmender Vorbildung bis zur Grenze des eigenen Kontingentes die Offiziere zu ernennen steht jeder Regierung zu, diejenigen Kommandos, unter welchen mehr als ein Kontingent steht, besetzt der Oberfeldherr.

Dieselben müssen auch im Frieden jederzeit besetzt und in Funktion sein, nach Maßgabe der Heereseinteilung, wie sie bisher in der preußischen resp. bayerischen Armee stattfindet, so daß mindestens für je drei Bataillone ein Regimentskommandeur, für höchstens drei Regimenter ein Brigadekommandeur, für je zwei Brigaden ein Divisionär, für jedes Korps der Bundesarmee der kommandierende General jederzeit in Funktion ist.

Der Oberfeldherr hat das Recht, in den nach seiner Überzeugung dringenden Fällen die kriegsbereite Aufstellung jedes Teils der von ihm befehligten Bundesarmee innerhalb des Gebietes der letzteren vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluß anzuordnen, und verpflichten sich die Bundes-

regierungen, eine solche Anordnung in Betreff ihrer Kontingente unverzüglich aufzuführen.

Für jedes der Bundesheere wird ein gemeinschaftliches mit der Nationalvertretung zu vereinbarendes Militärbudget für Feldarmee und Festungswesen aus Matrikularbeiträgen der zu dem betreffenden Heere ihre Truppen stellenden Regierungen gebildet. Die Höhe der Matrikularbeiträge richtet sich nach der Bevölkerung der betreffenden Staaten.

Die Verwaltung jedes der beiden Bundesmilitärbudgets wird unter Leitung des Oberfeldherrn von einem aus Vertretern der beitragenden Regierungen gebildeten Bundeskriegsrat geführt und hat der Nationalvertretung jährlich Rechnung abzulegen.

Jede Regierung leistet selbst die Auslagen für die von ihr gestellten Truppen, vorbehaltlich gemeinsamer Abrechnung nach Maßgabe der Beitragspflicht.

Ersparnisse an dem Militärbudget, mögen sie an den Gesamtausgaben oder an denen für die einzelnen Kontingente gemacht werden, fallen unter keinen Umständen der einzelnen Regierung, welche sie macht, sondern dem für jede der beiden Bundesarmeen gemeinsamen Bundeskriegsschatze zu. Die Kontrolle des letzteren steht der Nationalvertretung zu.

Artikel X.

Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landesteilen des österreichischen Kaiserstaates werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlamente durch besondere Verträge geregelt werden.

Artikel 2 der Nikolsburger Friedenspräliminarien zwischen Preußen und Österreich vom 26. Juli 1866 bestimmte:

„Seine Majestät der Kaiser von Österreich erkennt die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und gibt Seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des Österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Seine Majestät, das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches Seine Majestät der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden daß die südlich von dieser Linie gelegenen Deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt."

Im Prager Frieden zwischen Preußen und Österreich vom 23. August 1866, Art. 4, ist die vorstehende Vereinbarung wörtlich übernommen mit dem Hinzufügen, daß der Verein zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Südstaaten „eine internationale unabhängige Existenz haben wird".

Am 18. August 1866 schlossen die Regierungen von Preußen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuß jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg

„ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis zur Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität, sowie der innern und äußern Sicherheit ihrer Staaten, und treten sofort zur gemeinschaftlichen Verteidigung ihres Besitzstandes ein, welchen sie sich gegenseitig durch dieses Bündnis garantieren."

Die für die Neugestaltung Deutschlands bedeutungsvollen Bestimmungen dieses Bündnisvertrages sind:

Art. 2. Die Zwecke des Bündnisses sollen definitiv durch eine Bundesverfassung auf der Basis der preußischen Grundzüge vom 10. Juni 1866 sichergestellt werden, unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlaments.

Art. 5. Die verbündeten Regierungen werden gleichzeitig mit Preußen, die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Parlament anordnen, und letzteres gemeinschaftlich mit Preußen einberufen. Zugleich werden sie Bevollmächtigte nach Berlin senden, um nach Maßgabe der Grundzüge vom 10. Juni d. J. den Bundesverfassungs-Entwurf festzustellen, welcher dem Parlament zur Beratung und Vereinbarung vorgelegt werden soll.

Art. 6. Die Dauer des Bündnisses ist bis zum Abschluß des neuen Bundesverhältnisses eventuell auf ein Jahr festgesetzt, wenn der neue Bund nicht vor Ablauf eines Jahres geschlossen sein sollte.

Nachdem die noch fehlenden Norddeutschen Staaten und Hessen-Darmstadt sowie die Gebietsteile nördlich des Mains diesem Bündnisvertrage beigetreten waren, traten am 15. Dezember 1866 die Bevollmächtigten der zum Norddeutschen Bunde vereinigten 22 Regierungen behufs Feststellung des Bundes-Verfassungs-Entwurfs in Berlin zusammen. Die Bevollmächtigten vereinbarten auf Grund der ihnen von der Preußischen Regierung mitgeteilten Vorlage den „Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes". Der Preußischen Regierung wurde die Berechtigung erteilt, dem einzuberufenden Reichstage diesen Entwurf vorzulegen und ihn zu vertreten. Am 12. Februar 1867 fanden die Wahlen zum verfassungsberatenden Reichstage des Norddeutschen Bundes statt. Er wird in der Regel als „konstituierender Reichstag" bezeichnet. Das entspricht insofern nicht der Rechtslage, als entgegen dem Bündnisvertrage, wonach der Verfassungsentwurf dem einzuberufenden Parlament „zur Beratung und Vereinbarung" vorgelegt werden sollte, die Mehrzahl der Wahlgesetze, die inhaltlich mit dem Reichswahlgesetze von 1849 (ob. S. 45) im wesentlichen übereinstimmten, die Vorschrift enthielten, daß der Reichstag nur zur Beratung ermächtigt sein sollte, so insbesondere das Preußische Wahlgesetz vom 15. Oktober 1866. Demgemäß wurde der im verfassungsberatenden Reichstage am 16. April 1867 in letzter Lesung im Reichstage und am gleichen Tage auch von den Vertretern der verbündeten Regierungen angenommene Verfassungs-Entwurf nicht schon damit Bundesgesetz; vielmehr mußte er in den einzelnen Staaten den Gesetzgebungsorganen vorgelegt werden, da mit seiner Annahme eine Änderung der Landesverfassungen herbeigeführt wurde. In der Thronrede,

mit der König Wilhelm am 24. Februar 1867 den verfassungberatenden Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnete, heißt es:

„Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es Mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen Deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke Ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblick auf die Geschichte Deutschlands erkennen.

Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab.

Niemals aber hat die Sehnsucht des Deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem Deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen.

Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir die Nothwendigkeit, die Einigung des Deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern.

In diesem Sinne haben die verbündeten Regierungen im Anschlusse an gewohnte frühere Verhältnisse sich über eine Anzahl bestimmter und begrenzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, welche ebenso im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit, wie des zweifellosen Bedürfnisses liegen.

Der Ihnen vorzulegende Verfassungsentwurf muthet der Selbständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Gesamtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich sind, um den Frieden zu schützen, die Sicherheit des Bundesgebietes und die Entwickelung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten.

Meinen Hohen Verbündeten habe Ich für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher sie den Bedürfnissen des gemeinsamen Vaterlandes entgegengekommen sind. Ich spreche diesen Dank in dem Bewußtsein aus, daß ich zu derselben Hingebung für das Gesammtwohl Deutschlands auch dann bereit gewesen sein würde, wenn die Vorsehung Mich nicht an die Spitze des mächtigsten und aus diesem Grunde zur Leitung des Gemeinwesens berufenen Bundesstaates gestellt hätte. Als Erbe der Preußischen Krone aber fühle ich Mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der Deutschen Macht und Ehre geworden sind.

Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens, und obschon die gewaltigen Ereignisse des letzten Jahres die Unentbehrlichkeit einer Neubildung der Deutschen Verfassung zu allseitiger Überzeugung gebracht und die Gemüther für die Annahme derselben empfänglicher gemacht hatten, als sie früher waren und später vielleicht wiederum sein würden, haben wir doch in den Verhandlungen

von Neuem die Schwere der Aufgabe empfunden, eine volle Übereinstimmung zwischen so vielen unabhängigen Regierungen zu erzielen welche bei ihren Zugeständnissen obenein die Stimmungen ihrer Landstände zu beachten haben.

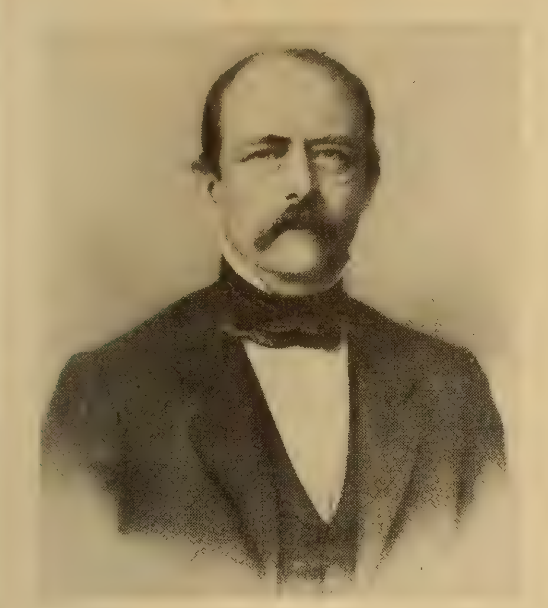
Je mehr Sie, meine Herren, Sich diese Schwierigkeiten vergegenwärtigen, um so vorsichtiger werden Sie, davon bin ich überzeugt, bei Prüfung des Verfassungs-Entwurfes die schwer wiegende Verantwortung für die Gefahren im Auge behalten, welche für die friedliche und gesetzmäßige Durchführung des begonnenen Werkes entstehen könnten, wenn das für die jetzige Vorlage hergestellte Einverständnis der Regierungen für die vom Reichstage begehrten Änderungen nicht wieder gewonnen würde. Heute kommt es vor Allem darauf an, den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu versäumen; der vollendetere Ausbau desselben kann alsdann getrost dem ferneren vereinten Wirken der Deutschen Fürsten und Volksstämme überlassen bleiben.

Wie die Richtung des Deutschen Geistes im Allgemeinen dem Frieden und seinen Arbeiten zugewandt ist, so wird die Bundesgenossenschaft der Deutschen Staaten wesentlich einen defensiven Charakter tragen. Keine feindliche Tendenz gegen unsere Nachbaren, kein Streben nach Eroberung hat die Deutsche Bewegung der letzten Jahrzehnte getragen, sondern lediglich das Bedürfnis, den weiten Gebieten von den Alpen bis zum Meere die Grundbedingungen des staatlichen Gedeihens zu gewähren, welche ihnen der Entwicklungsgang früherer Jahrhunderte verkümmert hat. Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die Deutschen Stämme, und daß ihre Verbrüderung auch von ihren Nachbarvölkern in diesem Sinne aufgefaßt wird, beweist die wohlwollende Haltung der mächtigsten Europäischen Staaten, welche ohne Besorgnis und ohne Mißgunst Deutschland von denselben Vortheilen eines großen staatlichen Gemeinwesens Besitz ergreifen sehen, deren sie sich ihrerseits bereits seit Jahrhunderten erfreuen. Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es daher in diesem Augenblicke ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von der Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Entwicklung und seine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag."

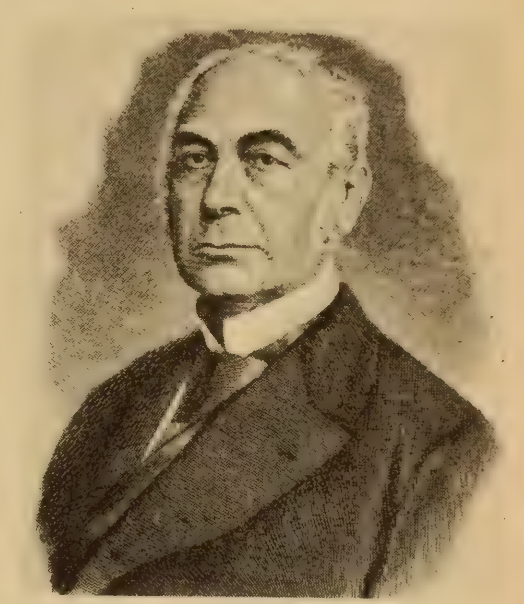
In der Sitzung vom 4. März 1867 brachte der Vorsitzende, der Bundeskommissar Graf Bismarck, beim Reichstage den Entwurf der Bundesverfassung ein. Er führte dabei aus:

„Es liegt ohne Zweifel etwas in unserem National-Charakter, was der Vereinigung Deutschlands widerstrebt. Wir hätten die Einheit sonst nicht verloren, oder hätten sie bald wiedergewonnen. Wenn wir in die Zeit der deutschen Größe, die erste Kaiserzeit, zurückblicken, so finden wir, daß kein anderes Land in Europa in dem Maße die Wahrscheinlichkeit für sich hatte, eine mächtige nationale Einheit sich zu erhalten, wie gerade Deutschland. Blicken Sie im Mittelalter von den Rurik'schen Fürsten bis zu den westgothischen und arabischen Gebieten in Spanien, so werden Sie finden, daß Deutschland vor allen die größte Aussicht hatte, ein einiges Reich zu bleiben. Was ist der Grund, der uns die Einheit verlieren ließ und uns bis jetzt verhindert hat, sie wieder zu gewinnen? Wenn ich es mit einem kurzen Worte sagen soll, so ist es, wie mir scheint, ein gewisser Überfluß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welche in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen, als auf die der Gesammtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern. —

Führende Männer
des konstituierenden Norddeutschen Bundestags 1867 und des verfassunggebenden Deutschen Reichstags 1871. (I)



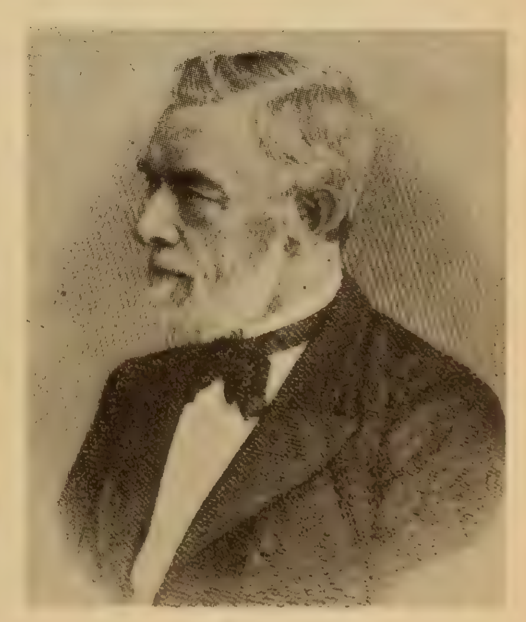
Bismarck



Simson



Bennigsen



Miquel

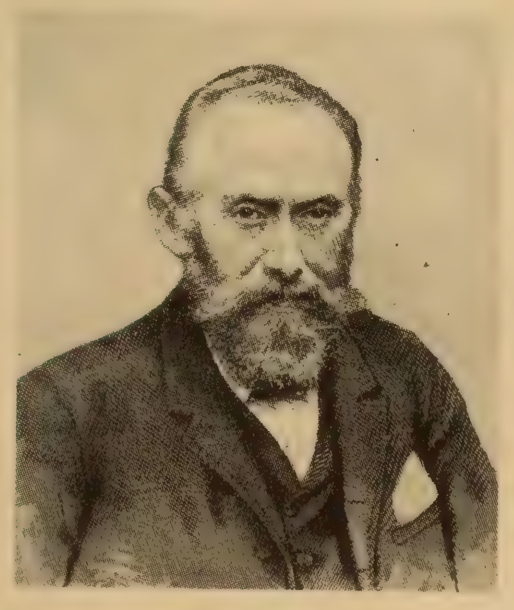
Führende Männer des konstituierenden Norddeutschen Bundestags 1867 und des verfassunggebenden Deutschen Reichstags 1871. (II)



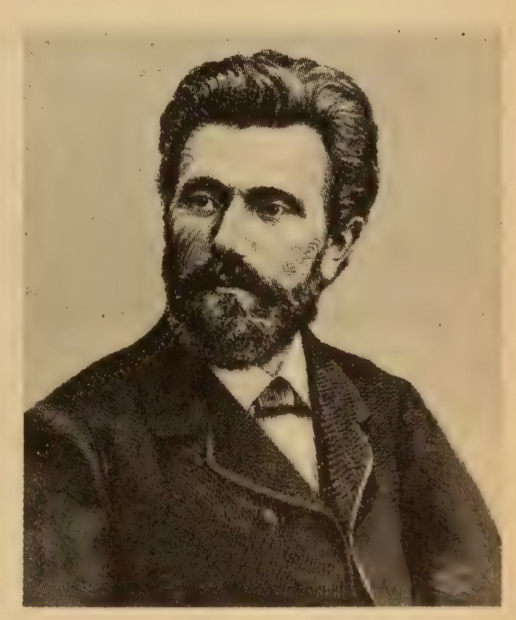
Forckenbeck



Windthorst



Bamberger



Bebel

Die Regierungen, meine Herren, haben Ihnen, glaube ich, im jetzigen Falle ein gutes Beispiel gegeben. Es war keine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken, mehr oder weniger berechtigte Wünsche dem bisher erreichten Ziele hat opfern müssen. Liefern auch wir den Beweis, meine Herren, daß Deutschland in einer 600-jährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt; daß wir — und Alle, die wir hier sind, wir haben es selbst erlebt — Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und Erfurt ziehen mußten. Das Mißlingen des damaligen Werkes hat in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit herbeigeführt, der 16 Jahre lang gedauert hat, und der schließlich durch eine Katastrophe wie die des vorigen Jahres, nach irgend einer Seite hin, wie es Gott gefiel, seinen Abschluß finden mußte. Das Deutsche Volk, meine Herren, hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Sie mit den verbündeten Regierungen nichts mehr am Herzen liegen haben, als diese gerechten Erwartungen des Deutschen Volkes zu erfüllen."

3. Die Beratungen im Reichstag führten zu erheblichen Abänderungen des von den Bundeskommissaren vorgelegten Entwurfes. Die verbündeten Regierungen erklärten bei Beginn der Schlußberatung am 15. April 1867 durch den Grafen Bismarck, daß die Abänderungen des Reichstags von den Regierungen angenommen werden würden, wenn zwei Punkte deren Wünschen angepaßt würden. Nämlich einmal die Sicherstellung der Heereseinrichtung und ferner die Beseitigung der vom Reichstag verlangten Gewährung von Diäten an die Abgeordneten. In beiden Beziehungen gab der Reichstag nach, und der so geänderte Entwurf wurde am 16. April 1867 vom Reichstag angenommen, am nächsten Tage erklärte Graf Bismarck, daß auch die Regierungen dem Entwurf zustimmten, und darauf wurde der Reichstag geschlossen.

Damit war aber der Norddeutsche Bund noch nicht entstanden. Vielmehr mußte die zwischen dem Reichstag und den Regierungen vereinbarte Verfassung noch den Landtagen der Einzelstaaten vorgelegt und in diesen angenommen und als Landesgesetz veröffentlicht werden. In Preußen geschah dies zum Beispiel durch das Publikationspatent vom 24. Juni 1867.

„Wir Wilhelm tun kund und fügen hiermit zu Wissen:

Nachdem die Verfassung des Norddeutschen Bundes von den verbündeten Fürsten und Freien Städten mit dem Reichstag vereinbart worden ist, und die Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie erhalten hat, verkünden Wir nachstehend, daß dieselbe im ganzen Umfange der Monarchie einschließlich des Jadegebiets und der durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 mit derselben vereinigten Landesteile am 1. Juli d. J. in Kraft treten soll."

Entsprechende Landesgesetze wurden in allen anderen Bundesstaaten angenommen, und am 26. Juli 1867 erklärte der

König von Preußen in einem Publikandum vom 26. Juli 1867, welches nebst der Verfassung in die erste Nummer des neugeschaffenen Bundesgesetzblattes aufgenommen wurde, daß die Bundesverfassung am 1. Juli 1867 in Kraft getreten sei, und daß er die ihm durch diese übertragenen Rechte, Befugnisse und Pflichten für sich und seine Nachfolger in der Krone Preußens übernehme.

4. Die Mainlinie war die Grenze, welche den Norddeutschen Bund von den 4 Südstaaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen trennte. Aber es führten schon Brücken herüber: Einmal die militärischen Schutz- und Trutzbündnisse und ferner der Zollverein, durch den, wenn auch nur auf wirtschaftlichem Gebiet, ein die ganzen deutschen Lande umschließendes Band mit organischen Einrichtungen (Zollbundesrat und Zollparlament) geschaffen war. Es war nur eine Frage der Zeit, wann diese lose Verbindung sich zu einem festen bundesstaatlichen Gefüge entwickeln würde.

Den Anstoß gab der Krieg von 1870; die staatsrechtliche Grundlage wurde durch die November-Verträge mit Baden und Hessen vom 15., mit Bayern vom 23. und mit Württemberg vom 25. November 1870 gegeben. Gegenüber der Gründung des Norddeutschen Bundes war die Aufnahme der Südstaaten erleichtert, denn Artikel 79 der Verfassung des Norddeutschen Bundes schrieb vor:

„Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundes-Präsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung."

Danach bedurfte es im Norddeutschen Bunde nur noch eines Bundesgesetzes, während in den Südstaaten Landesgesetze erforderlich waren. Diese Voraussetzungen wurden noch während des Krieges erfüllt. Am 21. März 1871 trat der erste deutsche Reichstag zusammen. Von ihm wurde unter Berücksichtigung der Novemberverträge die Verfassung des Norddeutschen Bundes umgeformt und durch ein Reichsgesetz vom 16. April 1871 verkündet.

5. Die Reichsverfassung hat in der Folgezeit zahlreiche Abänderungen erfahren. Die einschneidensten vollzogen sich kurz vor der Umwälzung vom 9. November 1918, als die bis dahin herrschenden Parteien noch die Hoffnung hatten, durch Zugeständnisse an den Volkswillen den befürchteten Sturm zu beschwören.

Die Reichsverfassung hatte bis zum 9. November 1918 die nachstehende Form erhalten.

Die Verfassung des Deutschen Reichs
(nach ihrem vor der Umwälzung vom 9. November 1918 geltenden Wortlaut).

Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein, für die südlich vom Main belegenen Teile des Großherzogtums Hessen, schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende

Verfassung

haben.

I. Bundesgebiet.

Artikel 1.

Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen mit Lauenburg, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg.

II. Reichsgesetzgebung.

Artikel 2.

Innerhalb dieses Bundesgebietes übt das Reich das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Die Reichsgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichs wegen, welche vermittels eines Reichsgesetzblattes geschieht. Sofern nicht in dem publizierten Gesetze ein anderer Anfangstermin seiner verbindlichen Kraft bestimmt ist, beginnt die letztere mit dem vierzehnten Tage nach dem Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Berlin ausgegeben worden ist.

Artikel 3.

Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Untertan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen, auch in betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist.

Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnis durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden.

Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden durch den im ersten Absatz ausgesprochenen Grundsatz nicht berührt.

Ebenso bleiben bis auf weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Übernahme von Auszuweisenden, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehörigen bestehen.

Hinsichtlich der Erfüllung der Militärpflicht im Verhältnis zu dem Heimatslande wird im Wege der Reichsgesetzgebung das Nötige geordnet werden.

Dem Auslande gegenüber haben alle Deutschen gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reichs.

Artikel 4.

Der Beaufsichtigung seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1. die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungs-Verhältnisse, Staatsbürgerrecht, Paßwesen und Fremdenpolizei und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens, soweit diese Gegenstände nicht schon durch den Artikel 3 dieser Verfassung erledigt sind, in Bayern jedoch mit Ausschluß der Heimats- und Niederlassungs-Verhältnisse, desgleichen über die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern;
2. die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die für die Zwecke des Reichs zu verwendenden Steuern;
3. die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundiertem und unfundiertem Papiergelde;
4. die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen;
5. die Erfindungspatente;
6. der Schutz des geistigen Eigentums;
7. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Reiche ausgestattet wird;
8. das Eisenbahnwesen, in Bayern vorbehaltlich der Bestimmung im Artikel 46, und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs;
9. der Flößerei- und Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle, desgleichen die Seeschiffahrtszeichen (Leuchtfeuer, Tonnen, Baken und sonstige Tagesmarken);
10. das Post- und Telegraphenwesen, jedoch in Bayern und Württemberg nur nach Maßgabe der Bestimmung im Artikel 52;
11. Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen in Zivilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt;
12. sowie über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden;
13. die gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren;
14. das Militärwesen des Reichs und die Kriegsmarine;
15. Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei;
16. die Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen.

Artikel 5.

Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag. Die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetze erforderlich und ausreichend.

Bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35 bezeichneten Abgaben gibt, wenn im Bundesrate eine Meinungsverschiedenheit stattfindet, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht.

III. Bundesrat.

Artikel 6.

Der Bundesrat besteht aus den Vertretern der Mitglieder des Bundes, unter welchen die Stimmführung sich in der Weise verteilt, daß Preußen mit den ehemaligen Stimmen von Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau

und Frankfurt	17	Stimmen führt,
Bayern	6	"
Sachsen	4	"
Württemberg	4	"
Baden	3	"
Hessen	3	"
Mecklenburg-Schwerin	2	"
Sachsen-Weimar	1	"
Mecklenburg-Strelitz	1	"
Oldenburg	1	"
Braunschweig	2	"
Sachsen-Meiningen	1	"
Sachsen-Altenburg	1	"
Sachsen-Coburg-Gotha	1	"
Anhalt	1	"
Schwarzburg-Rudolstadt	1	"
Schwarzburg-Sondershausen	1	"
Waldeck	1	"
Reuß älterer Linie	1	"
Reuß jüngerer Linie	1	"
Schaumburg-Lippe	1	"
Lippe	1	"
Lübeck	1	"
Bremen	1	"
Hamburg	1	"
zusammen	58	Stimmen.

Jedes Mitglied des Bundes kann so viel Bevollmächtigte zum Bundesrate ernennen, wie es Stimmen hat, doch kann die Gesamtheit der zuständigen Stimmen nur einheitlich abgegeben werden.

Artikel 6a.

Elsaß-Lothringen führt im Bundesrate drei Stimmen, solange die Vorschriften im Artikel II § 1, § 2 Abs. 1 und 3 des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 31. Mai 1911 in Kraft sind.

Die elsaß-lothringenschen Stimmen werden nicht gezählt, wenn die Präsidialstimme nur durch den Hinzutritt dieser Stimmen die Mehrheit für sich erlangen oder im Sinne des Artikel 7 Abs. 3 Satz 3 den Ausschlag geben würde. Das gleiche gilt bei der Beschlußfassung über Änderungen der Verfassung.

Elsaß-Lothringen gilt im Sinne des Artikel 6 Abs. 2 und der Artikel 7 und 8 als Bundesstaat.

Artikel 6a neu hinzugefügt durch Reichsgesetz vom 31. Mai 1911.

Artikel 7.

Der Bundesrat beschließt:

1. über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse;

2. über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas anderes bestimmt ist;
3. über Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der vorstehend erwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortreten.

Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Beratung zu übergeben.

Die Beschlußfassung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen in den Artikeln 5, 37 und 78, mit einfacher Mehrheit. Nicht vertretene oder nicht instruierte Stimmen werden nicht gezählt. Bei Stimmengleichheit gibt die Präsidialstimme den Ausschlag.

Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Bundesstaaten gezählt, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.

Artikel 8.

Der Bundesrat bildet aus seiner Mitte dauernde Ausschüsse.

1. für das Landheer und die Festungen;
2. für das Seewesen;
3. für Zoll- und Steuerwesen;
4. für Handel und Verkehr;
5. für Eisenbahnen, Post und Telegraphen;
6. für Justizwesen;
7. für Rechnungswesen.

In jedem dieser Ausschüsse werden außer dem Präsidium mindestens vier Bundesstaaten vertreten sein, und führt innerhalb derselben jeder Staat nur eine Stimme. In dem Ausschuß für das Landheer und die Festungen hat Bayern einen ständigen Sitz, die übrigen Mitglieder desselben sowie die Mitglieder des Ausschusses für das Seewesen werden vom Kaiser ernannt; die Mitglieder der anderen Ausschüsse werden von dem Bundesrate gewählt. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse ist für jede Session des Bundesrates resp. mit jedem Jahre zu erneuern, wobei die ausscheidenden Mitglieder wieder wählbar sind.

Außerdem wird im Bundesrate aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg und zwei, vom Bundesrate alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, in welchem Bayern den Vorsitz führt.

Den Ausschüssen werden die zu ihren Arbeiten nötigen Beamten zur Verfügung gestellt.

Artikel 9.

Jedes Mitglied des Bundesrates hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrates nicht adoptiert worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein.

Artikel 10.

Dem Kaiser liegt es ob, den Mitgliedern des Bundesrates den üblichen diplomatischen Schutz zu gewähren.

IV. Präsidium.

Artikel 11.

Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völker-

rechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.

Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

Absatz 2 und 3 neu gefaßt gemäß Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918.

Artikel 12.

Dem Kaiser steht es zu, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen.

Artikel 13.

Die Berufung des Bundesrates und des Reichstages findet alljährlich statt, und kann der Bundesrat zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrat berufen werden.

Artikel 14.

Die Berufung des Bundesrates muß erfolgen, sobald sie von einem Drittel der Stimmenzahl verlangt wird.

Artikel 15.

Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist.

Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrates vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.

Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.

Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.

Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

Absatz 3 bis 5 zugefügt durch Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918.

Artikel 16.

Die erforderlichen Vorlagen werden nach Maßgabe der Beschlüsse des Bundesrates im Namen des Kaisers an den Reichstag gebracht, wo sie durch Mitglieder des Bundesrates oder durch besondere von letzterem zu ernennende Kommissarien vertreten werden.

Artikel 17.

Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Überwachung der Ausführung derselben zu. Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reichs erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Vergl. hierzu Reichsgesetz, betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (28. Oktober 1918).

§ 1.

Die zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers erforderliche Gegenzeichnung des Reichskanzlers sowie die sonstigen demselben durch die Verfassung und die Gesetze des Reichs übertragenen Obliegenheiten können durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers in Fällen der Behinderung desselben ernennt.

Die Stellvertreter des Reichskanzlers müssen im Reichstag auf Verlangen jederzeit gehört werden.

§ 2.

Es kann ein Stellvertreter allgemein für den gesamten Umfang der Geschäfte und Obliegenheiten des Reichskanzlers ernannt werden.

§ 3.

Dem Reichskanzler ist vorbehalten, jede Amtshandlung auch während der Dauer einer Stellvertretung selbst vorzunehmen.

§ 4.

Die Bestimmung des Artikel 15 der Reichsverfassung wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Artikel 18.

Der Kaiser ernennt die Reichsbeamten, läßt dieselben für das Reich vereidigen und verfügt erforderlichen Falles deren Entlassung.

Den zu einem Reichsamte berufenen Beamten eines Bundesstaates stehen, sofern nicht vor ihrem Eintritt in den Reichsdienst im Wege der Reichsgesetzgebung etwas anderes bestimmt ist, dem Reiche gegenüber diejenigen Rechte zu, welche ihnen in ihrem Heimatlande aus ihrer dienstlichen Stellung zugestanden hatten.

Artikel 19.

Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist vom Bundesrat zu beschließen und vom Kaiser zu vollstrecken.

V. Reichstag.

Artikel 20.

Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor.

Bis zu der gesetzlichen Regelung, welche im § 5 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetzbl. 1869 S. 145) vorbehalten ist, werden in Bayern 48, in Württemberg 17, in Baden 14, in Hessen südlich des Mains 6 Abgeordnete gewählt, und beträgt demnach die Gesamtzahl der Abgeordneten 382.

Gemäß Reichsgesetz vom 25. Juni 1873 wurden für Elsaß-Lothringen 15 Abgeordnete gewählt. Dadurch erhöhte sich die Gesamtzahl auf 397, durch das Reichsgesetz vom 24. August 1918. (S. 94.) auf 441 Abgeordnete.

Artikel 21.

Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag.

Wenn ein Mitglied des Reichstages ein besoldetes Reichsamt oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in dem Reichstag, und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.

Absatz 2 beseitigt durch Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918.

Artikel 22.

Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Artikel 23.

Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reichs Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrate resp. Reichskanzler zu überweisen.

Artikel 24.

Die Legislaturperiode des Reichstages dauert fünf Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrates unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.

Neugefaßt durch Reichsgesetz vom 19. März 1888 Ursprünglich 3 Jahre.

Artikel 25.

Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden.

Artikel 26.

Ohne Zustimmung des Reichstages darf die Vertagung desselben die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Artikel 27.

Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

Artikel 28.

Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich.

Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Mitglieder gezählt, die in Bundesstaaten gewählt sind, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.

Absatz 2 aufgehoben durch Reichsgesetz vom 24. Februar 1873.

Artikel 29.

Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Artikel 30.

Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 31.

Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich.

Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Artikel 32.

Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung beziehen. Sie erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes.

Vergl. Reichsges., betr. die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages, vom 21. Mai 1906 (22. Juni 1918) und Bek., betr. die freie Fahrt der Mitglieder des Reichstages auf den deutschen Eisenbahnen, vom 27. Juni 1906 (29. August 1918).

VI. Zoll- und Handelswesen.

Artikel 33.

Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietsteile.

Alle Gegenstände, welche im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, können in jeden anderen Bundesstaat eingeführt und dürfen in letzterem einer Abgabe nur insoweit unterworfen werden, als daselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen.

Artikel 34.

Die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen.

Der Einschluß erfolgte für Hamburg durch Reichsgesetz vom 16. Februar 1882, für Bremen durch Reichsgesetz vom 31. März 1885.

Artikel 35.

Das Reich ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteuerung des im Bundesgebiete gewonnenen Salzes und Tabaks, bereiteten Branntweins und Bieres und aus Rüben oder anderen inländischen Erzeugnissen dargestellten Zuckers und Sirups, über den gegenseitigen Schutz der in den einzelnen Bundesstaaten erhobenen Verbrauchsabgaben gegen Hinterziehungen sowie über die Maßregeln, welche in den Zollausschlüssen zur Sicherung der gemeinsamen Zollgrenze erforderlich sind.

In Bayern, Württemberg und Baden bleibt die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Bundesstaaten werden jedoch ihr Bestreben darauf richten, eine Übereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung auch dieser Gegenstände herbeizuführen.

Artikel 36.

Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern (Art. 35) bleibt jedem Bundesstaate, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen.

Der Kaiser überwacht die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens durch Reichsbeamte, welche er den Zoll- oder Steuerämtern und den Direktivbehörden der einzelnen Staaten, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrates für Zoll- und Steuerwesen beiordnet.

Die von diesen Beamten über Mängel bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 35) gemachten Anzeigen werden dem Bundesrate zur Beschlußnahme vorgelegt.

Artikel 37.

Bei der Beschlußnahme über die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 35) dienenden Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen gibt die Stimme des Präsidiums alsdann den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechthaltung der bestehenden Vorschrift oder Einrichtung ausspricht.

Artikel 38.

Der Ertrag der Zölle und der anderen in Artikel 35 bezeichneten Abgaben, letzterer soweit sie der Reichsgesetzgebung unterliegen, fließt in die Reichskasse.

Dieser Ertrag besteht aus der gesamten von den Zöllen und den übrigen Abgaben aufgekommenen Einnahme nach Abzug:

1. der auf Gesetzen oder allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Steuervergütungen und Ermäßigungen,
2. der Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen,
3. der Erhebungs- und Verwaltungskosten, und zwar:
   a) bei den Zöllen der Kosten, welche an den gegen das Ausland gelegenen Grenzen und in dem Grenzbezirke für den Schutz und die Erhebung der Zölle erforderlich sind,
   b) bei der Salzsteuer der Kosten, welche zur Besoldung der mit Erhebung und Kontrollierung dieser Steuer auf den Salzwerken beauftragten Beamten aufgewendet werden,
   c) bei der Rübenzuckersteuer und Tabaksteuer der Vergütung, welche nach den jeweiligen Beschlüssen des Bundesrates den einzelnen Bundesregierungen für die Kosten der Verwaltung dieser Steuern zu gewähren ist,
   d) bei den übrigen Steuern mit fünfzehn Prozent der Gesamteinnahme.

In Ansehung der Brausteuer aufgehoben durch Reichsgesetz vom 3. Juni 1916 § 5.

Die außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze liegenden Gebiete tragen zu den Ausgaben des Reichs durch Zahlung eines Aversums bei.

Bayern, Württemberg und Baden haben an dem in die Reichskasse fließenden Ertrage der Steuern von Branntwein und Bier und an dem diesem Ertrage entsprechenden Teile des vorstehend erwähnten Aversums keinen Teil.

Artikel 39.

Die von den Erhebungsbehörden der Bundesstaaten nach Ablauf eines jeden Vierteljahres aufzustellenden Quartal-Extrakte und die nach dem Jahres- und Bücherschlusse aufzustellenden Finalabschlüsse über die im Laufe des Vierteljahres beziehungsweise während des Rechnungsjahres fällig gewordenen Einnahmen an Zöllen und nach Artikel 38 zur Reichskasse fließenden Verbrauchsabgaben werden von den Direktivbehörden der Bundesstaaten nach vorangegangener Prüfung in Hauptübersichten zusammengestellt, in welchen jede Abgabe gesondert nachzuweisen ist, und es werden diese Übersichten an den Ausschuß des Bundesrates für das Rechnungswesen eingesandt.

Der letztere stellt auf Grund dieser Übersichten von drei zu drei Monaten den von der Kasse jedes Bundesstaates der Reichskasse schuldigen Betrag vorläufig fest und setzt von dieser Feststellung den Bundesrat und die Bundesstaaten in Kenntnis, legt auch alljährlich die schließliche Feststellung jener Beträge mit seinen Bemerkungen dem Bundesrate vor. Der Bundesrat beschließt über diese Feststellung.

Artikel 40.

Die Bestimmungen in dem Zollvereinigungsvertrage vom 8. Juli 1867 bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Vorschriften dieser Verfassung abgeändert sind und solange sie nicht auf dem im Artikel 7 beziehungsweise 78 bezeichneten Wege abgeändert werden.

VII. Eisenbahnwesen.

Artikel 41.

Eisenbahnen, welche im Interesse der Verteidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für notwendig erachtet werden, können kraft eines Reichsgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, für Rechnung des Reichs angelegt oder an Privatunternehmer zur Ausführung konzessioniert und mit dem Expropriationsrechte ausgestattet werden.

Jede bestehende Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, sich den Anschluß neu angelegter Eisenbahnen auf Kosten der letzteren gefallen zu lassen.

Die gesetzlichen Bestimmungen, welche bestehenden Eisenbahn-Unternehmungen ein Widerspruchsrecht gegen die Anlegung von Parallel- oder Konkurrenzbahnen einräumen, werden, unbeschadet bereits erworbener Rechte, für das ganze Reich hierdurch aufgehoben. Ein solches Widerspruchsrecht kann auch in den künftig zu erteilenden Konzessionen nicht weiter verliehen werden.

Artikel 42.

Die Bundesregierungen verpflichten sich, die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behuf auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen.

Artikel 43.

Es sollen demgemäß in tunlichster Beschleunigung übereinstimmende Betriebseinrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahnpolizeireglements eingeführt werden. Das Reich hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nötige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfnis es erheischt.

Artikel 44.

Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, die für den durchgehenden Verkehr und zur Herstellung ineinander greifender Fahrpläne nötigen Personenzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit, desgleichen die zur Bewältigung des Güterverkehrs nötigen Güterzüge einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr, unter Gestattung des Überganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere, gegen die übliche Vergütung einzurichten.

Artikel 45.

Dem Reiche steht die Kontrolle über das Tarifwesen zu. Dasselbe wird namentlich dahin wirken:

1. daß baldigst auf allen deutschen Eisenbahnen übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden;
2. daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt, insbesondere, daß bei größeren Entfernungen für den Transport von Kohlen, Koks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen ein dem Bedürfnis der Landwirtschaft und Industrie entsprechender ermäßigter Tarif, und zwar zunächst tunlichst der Einpfennig-Tarif, eingeführt werde.

Artikel 46.

Bei eintretenden Notständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Teuerung der Lebensmittel, sind die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet, für den Transport, namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, zeitweise einen dem Bedürfnis entsprechenden, von dem Kaiser auf Vorschlag des betreffenden Bundesrats-Ausschusses festzustellenden, niedrigen Spezialtarif einzuführen, welcher jedoch nicht unter den niedrigsten auf der betreffenden Bahn für Rohprodukte geltenden Satz herabgehen darf.

Die vorstehend sowie die in den Artikeln 42 bis 45 getroffenen Bestimmungen sind auf Bayern nicht anwendbar.

Dem Reiche steht jedoch auch Bayern gegenüber das Recht zu, im Wege der Gesetzgebung einheitliche Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der für die Landesverteidigung wichtigen Eisenbahnen aufzustellen.

Artikel 47.

Den Anforderungen der Behörden des Reichs in betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zweck der Verteidigung Deutschlands haben sämtliche Eisenbahnverwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militär und alles Kriegsmaterial zu gleichen ermäßigten Sätzen zu befördern.

VIII. Post- und Telegraphenwesen.

Artikel 48.

Das Postwesen und das Telegraphenwesen werden für das gesamte Gebiet des Deutschen Reichs als einheitliche Staatsverkehrsanstalten eingerichtet und verwaltet.

Die im Artikel 4 vorgesehene Gesetzgebung des Reichs in Post- und Telegraphenangelegenheiten erstreckt sich nicht auf diejenigen Gegenstände, deren Regelung nach den in der Norddeutschen Post- und Telegraphenverwaltung maßgebend gewesenen Grundsätzen der reglementarischen Festsetzung oder administrativen Anordnung überlassen ist.

Artikel 49.

Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens sind für das ganze Reich gemeinschaftlich. Die Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen bestritten. Die Überschüsse fließen in die Reichskasse (Abschnitt XII).

Artikel 50.

Dem Kaiser gehört die obere Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung an. Die von ihm bestellten Behörden haben die Pflicht und das Recht, dafür zu sorgen, daß Einheit in der Organisation der Verwaltung und im Betriebe des Dienstes sowie in der Qualifikation der Beamten hergestellt und erhalten wird.

Dem Kaiser steht der Erlaß der reglementarischen Festsetzungen und allgemeinen administrativen Anordnungen sowie die ausschließliche Wahrnehmung der Beziehungen zu anderen Post- und Telegraphenverwaltungen zu.

Sämtliche Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung sind verpflichtet, den Kaiserlichen Anordnungen Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Diensteid aufzunehmen.

Die Anstellung der bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie in den verschiedenen Bezirken erforderlichen oberen Beamten (z. B. der Direktoren, Räte, Ober-Inspektoren), ferner die Anstellung der zur Wahrnehmung des Aufsichts- usw. Dienstes in den einzelnen Bezirken als Organe der erwähnten Behörden fungierenden Post- und Telegraphenbeamten (z. B. Inspektoren, Kontrolleure) geht für das ganze Gebiet des Deutschen Reichs vom Kaiser aus, welchem diese Beamten den Diensteid leisten. Den einzelnen Landesregierungen wird von den in Rede stehenden Ernennungen, soweit dieselben ihre Gebiete betreffen, behufs der landesherrlichen Bestätigung und Publikation rechtzeitig Mitteilung gemacht werden.

Die anderen bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie erforderlichen Beamten sowie alle für den lokalen und technischen Betrieb bestimmten, mithin bei den eigentlichen Betriebsstellen fungierenden Beamten usw. werden von den betreffenden Landesregierungen angestellt.

Wo eine selbständige Landespost- resp. Telegraphenverwaltung nicht besteht, entscheiden die Bestimmungen der besonderen Verträge.

Artikel 51.

Bei Überweisung des Überschusses der Postverwaltung für allgemeine Reichszwecke (Art. 49) soll, in Betracht der bisherigen Verschiedenheit der von den Landespostverwaltungen der einzelnen Gebiete erzielten Reineinnahmen, zum Zwecke einer entsprechenden Ausgleichung während der unten festgesetzten Übergangszeit folgendes Verfahren beobachtet werden.

Aus den Postüberschüssen, welche in den einzelnen Postbezirken während der fünf Jahre 1861 bis 1865 aufgekommen sind, wird ein durchschnittlicher Jahresüberschuß berechnet und der Anteil, welchen jeder einzelne Postbezirk an dem für das gesamte Gebiet des Reichs sich darnach herausstellenden Postüberschusse gehabt hat, nach Prozenten festgestellt.

Nach Maßgabe des auf diese Weise festgestellten Verhältnisses werden den einzelnen Staaten während der auf ihren Eintritt in die Reichs-Postverwaltung folgenden acht Jahre die sich für sie aus den im Reiche aufkommenden Postüberschüssen ergebenden Quoten auf ihre sonstigen Beiträge zu Reichszwecken zugute gerechnet.

Nach Ablauf der acht Jahre hört jene Unterscheidung auf, und fließen die Postüberschüsse in ungeteilter Aufrechnung nach dem im Artikel 49 enthaltenen Grundsatz der Reichskasse zu.

Von der während der vorgedachten acht Jahre für die Hansestädte sich herausstellenden Quote des Postüberschusses wird alljährlich vorweg die Hälfte dem Kaiser zur Disposition gestellt zu dem Zwecke, daraus zunächst die Kosten für die Herstellung normaler Posteinrichtungen in den Hansestädten zu bestreiten.

Artikel 52.

Die Bestimmungen in den vorstehenden Artikeln 48 bis 51 finden auf Bayern und Württemberg keine Anwendung. An ihrer Stelle gelten für beide Bundesstaaten folgende Bestimmungen.

Dem Reiche ausschließlich steht die Gesetzgebung über die Vorrechte der Post und Telegraphie, über die rechtlichen Verhältnisse beider Anstalten zum Publikum, über die Portofreiheiten und das Posttaxwesen, jedoch ausschließlich der reglementarischen und Tarifbestimmungen für den internen Verkehr innerhalb Bayerns, beziehungsweise Württembergs, sowie, unter gleicher Beschränkung, die Feststellung der Gebühren für die telegraphische Korrespondenz zu.

Ebenso steht dem Reiche die Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande zu, ausgenommen den eigenen unmittelbaren Verkehr Bayerns beziehungsweise Württembergs mit seinen dem Reiche nicht angehörenden Nachbarstaaten, wegen dessen Regelung es bei der Bestimmung im Artikel 49 des Postvertrages vom 23. November 1867 bewendet.

An den zur Reichskasse fließenden Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens haben Bayern und Württemberg keinen Teil.

IX. Marine und Schiffahrt.

Artikel 53.

Die Kriegsmarine des Reichs ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt, und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind. Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Der Kieler Hafen und der Jadehafen sind Reichskriegshäfen.

Der zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten erforderliche Aufwand wird aus der Reichskasse bestritten.

Die gesamte seemännische Bevölkerung des Reichs, einschließlich des Maschinenpersonals und der Schiffshandwerker, ist vom Dienste im Landheere befreit, dagegen zum Dienste in der Kaiserlichen Marine verpflichtet.

Absatz 1 Satz 3 zugefügt durch Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918.

Artikel 54.

Die Kauffahrteischiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche Handelsmarine.

Das Reich hat das Verfahren zur Ermittlung der Ladungsfähigkeit der Seeschiffe zu bestimmen, die Ausstellung der Meßbriefe sowie der Schiffszertifikate zu regeln und die Bedingungen festzustellen, von welchen die Erlaubnis zur Führung eines Seeschiffes abhängig ist.

In den Seehäfen und auf allen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen der einzelnen Bundesstaaten werden die Kauffahrteischiffe sämtlicher Bundesstaaten gleichmäßig zugelassen und behandelt.

Auf natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für solche Anstalten (Werke und Einrichtungen) erhoben werden, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Sie dürfen bei staatlichen und kommunalen Anstalten die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Die Herstellungs- und Unterhaltungskosten für Anstalten, die nicht nur zur Erleichterung des Verkehrs, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke und Interessen bestimmt sind, dürfen nur zu einem verhältnismäßigen Anteil durch Schiffahrtsabgaben aufgebracht werden. Als Kosten der Herstellung gelten die Zinsen und Tilgungsbeträge für die aufgewendeten Kapitalien.

Die Vorschriften des Abs. 4 finden auch Anwendung auf die Abgaben, die für künstliche Wasserstraßen und für Anstalten an solchen sowie in Häfen erhoben werden.

Der Bemessung von Befahrungsabgaben können im Bereiche der Binnenschiffahrt die Gesamtkosten für eine Wasserstraße, ein Stromgebiet oder ein Wasserstraßennetz zugrunde gelegt werden.

Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen insoweit Anwendung, als sie auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird.

Auf fremde Schiffe oder deren Ladungen andere oder höhere Abgaben zu legen, als von den Schiffen der Bundesstaaten oder deren Ladungen zu entrichten sind, steht keinem Einzelstaate, sondern nur dem Reiche zu.

Neugefaßt durch Reichsgesetz vom 24. Dezember 1911.

Artikel 55.

Die Flagge der Kriegs- und Handelsmarine ist schwarz-weiß-rot.

X. Konsulatwesen.

Artikel 56.

Das gesamte Konsulatwesen des Deutschen Reichs steht unter der Aufsicht des Kaisers, welcher die Konsuln, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrates für Handel und Verkehr, anstellt.

In dem Amtsbezirk der deutschen Konsuln dürfen neue Landeskonsulate nicht errichtet werden. Die deutschen Konsuln üben für die in ihrem Bezirk nicht vertretenen Bundesstaaten die Funktionen eines Landeskonsuls aus. Die sämtlichen bestehenden Landeskonsulate werden aufgehoben, sobald die Organisation der deutschen Konsulate dergestalt vollendet ist, daß die Vertretung der Einzelinteressen aller Bundesstaaten als durch die deutschen Konsulate gesichert von dem Bundesrate anerkannt wird.

XI. Reichskriegswesen.

Artikel 57.

Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.

Artikel 58.

Die Kosten und Lasten des gesamten Kriegswesens des Reichs sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen, so daß weder

Bevorzugungen noch Prägravationen einzelner Staaten oder Klassen grundsätzlich zulässig sind. Wo die gleiche Verteilung der Lasten sich in natura nicht herstellen läßt, ohne die öffentliche Wohlfahrt zu schädigen, ist die Ausgleichung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit im Wege der Gesetzgebung festzustellen.

Artikel 59.

Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten zwanzigsten bis zum beginnenden achtundzwanzigsten Lebensjahre, dem stehenden Heere, die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März des Kalenderjahres, in welchem das neununddreißigste Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an.

Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften der Kavallerie und reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienste bei den Fahnen verpflichtet.

In bezug auf die Auswanderung der Reservisten sollen lediglich diejenigen Bestimmungen maßgebend sein, welche für die Auswanderung der Landwehrmänner gelten.

Neugefaßt durch die Reichsgesetze vom 11. Februar 1888 und 15. April 1905.

Artikel 60.

Die Friedenspräsenzstärke des Deutschen Heeres wird bis zum 31. Dezember 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normiert und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt.

Artikel 61.

Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Reiche die gesamte preußische Militärgesetzgebung ungesäumt einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instruktionen und Reskripte, namentlich also das Militärstrafgesetzbuch vom 3. April 1845, die Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845, die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843, die Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Servis- und Verpflegungswesen, Einquartierung, Ersatz von Flurbeschädigungen, Mobilmachung usw. für Krieg und Frieden. Die Militärkirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen.

Nach gleichmäßiger Durchführung der Kriegsorganisation des Deutschen Heeres wird ein umfassendes Reichsmilitärgesetz dem Reichstage und dem Bundesrate zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Artikel 62.

Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesamte deutsche Heer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind bis zum 31. Dezember 1871 dem Kaiser jährlich sovielmal 225 Taler, in Worten zweihundertfünfundzwanzig Taler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Artikel 60 beträgt, zur Verfügung zu stellen. Vgl. Abschnitt XII.

Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beiträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Reichskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Artikel 60 interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Reichsgesetz abgeändert ist.

Die Verausgabung dieser Summe für das gesamte Reichsheer und dessen Einrichtungen wird durch das Etatsgesetz festgestellt.

Bei der Feststellung des Militärausgabeetats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zugrunde gelegt.

Artikel 63.

Die gesamte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht.

Die Regimenter usw. führen fortlaufende Nummern durch das ganze deutsche Heer. Für die Bekleidung sind die Grundfarben und der Schnitt der Königl. Preußischen Armee maßgebend. Dem betreffenden Kontingentsherrn bleibt es überlassen, die äußeren Abzeichen (Kokarden usw.) zu bestimmen.

Der Kaiser hat die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des deutschen Heeres alle Truppenteile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind und daß Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt und erhalten wird. Zu diesem Behufe ist der Kaiser berechtigt, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der einzelnen Kontingente zu überzeugen und die Abstellung der dabei vorgefundenen Mängel anzuordnen.

Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Einteilung der Kontingente des Reichsheeres, sowie die Organisation der Landwehr, und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebiets die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Teils des Reichsheeres anzuordnen.

Behufs Erhaltung der unentbehrlichen Einheit in der Administration, Verpflegung, Bewaffnung und Ausrüstung aller Truppenteile des Deutschen Heeres sind die bezüglichen künftig ergehenden Anordnungen für die preußische Armee den Kommandeuren der übrigen Kontingente, durch den Artikel 8 Nr. 1 bezeichneten Ausschuß für das Landheer und die Festungen, zur Nachachtung in geeigneter Weise mitzuteilen.

Artikel 64.

Alle deutsche Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingte Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahneneid aufzunehmen.

Der Höchstkommandierende eines Kontingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser *unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers* ernannt. Die von Demselben ernannten Offiziere leisten Ihm den Fahneneid. Bei Generalen und den Generalstellungen versehenden Offizieren innerhalb des Kontingents ist die Ernennung von der jedesmaligen Zustimmung des Kaisers abhängig zu machen.

Der Kaiser ist berechtigt, behufs Versetzung mit oder ohne Beförderung für die von Ihm im Reichsdienste, sei es im preußischen Heere, oder in anderen Kontingenten zu besetzenden Stellen aus den Offizieren aller Kontingente des Reichsheeres zu wählen.

Die gesperrten Worte zugefügt durch Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918.

Artikel 65.

Das Recht, Festungen innerhalb des Bundesgebietes anzulegen, steht dem Kaiser zu, welcher die Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel, soweit das Ordinarium sie nicht gewährt, nach Abschnitt XII beantragt.

Artikel 66.

Wo nicht besondere Konventionen ein anderes bestimmen, ernennen die Bundesfürsten, beziehentlich die Senate die Offiziere ihrer Kontingente, mit der Einschränkung des Artikels 64. Sie sind Chefs aller ihren Gebieten angehörenden Truppenteile und genießen die damit verbundenen Ehren. Sie haben namentlich das Recht der Inspizierung zu jeder Zeit und erhalten, außer den regelmäßigen Rapporten und Meldungen über vorkommende Veränderungen, behufs der nötigen

landesherrlichen Publikation, rechtzeitige Mitteilung von den die betreffenden Truppenteile berührenden Avancements und Ernennungen.

Auch steht ihnen das Recht zu, zu polizeilichen Zwecken nicht bloß ihre eigenen Truppen zu verwenden, sondern auch alle anderen Truppenteile des Reichsheeres, welche in ihren Ländergebieten disloziert sind, zu requirieren.

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents.

Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Absatz 3 und 4 zugefügt durch Reichsgesetz vom 28. Oktober 1918.

Artikel 67.

Ersparnisse an dem Militäretat fallen unter keinen Umständen einer einzelnen Regierung, sondern jederzeit der Reichskasse zu.

Artikel 68.

Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines die Voraussetzungen, die Form der Verkündigung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 (Gesetzsamml. für 1851 S. 451 ff.).

Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt.

Die in diesem Abschnitt enthaltenen Vorschriften kommen in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 (Bundesgesetzbl. 1871 S. 9) unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 (Bundesgesetzbl. 1870 S. 658) zur Anwendung.

XII. Reichsfinanzen.

Artikel 69.

Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt.

Artikel 70.

Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen und gemeinsamen Steuern, aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen sowie aus den übrigen Verwaltungszweigen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche in Höhe des budgetmäßigen Betrags durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden. Insoweit diese Beiträge in den Überweisungen keine Deckung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahresschluß in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reichs dessen Bedarf übersteigen.

Etwaige Überschüsse aus den Vorjahren dienen, insoweit durch das Gesetz über den Reichshaushaltsetat nicht ein anderes bestimmt wird, zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben.

Neugefaßt durch Reichsgesetz vom 14. Mai 1904, vgl. Reichsgesetz vom 3. Juni 1906 § 3.

Artikel 71.

Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden.

Während der im Artikel 60 normierten Übergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Heer dem Bundesrate und dem Reichstage nur zur Kenntnisnahme und zur Erinnerung vorzulegen.

Artikel 72.

Über die Verwendung aller Einnahmen des Reichs ist durch den Reichskanzler dem Bundesrate und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen.

Artikel 73.

In Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses kann im Wege der Reichsgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe sowie die Übernahme einer Garantie zu Lasten des Reichs erfolgen.

Schlußbestimmung zum XII. Abschnitt.

Auf die Ausgaben für das bayerische Heer finden die Artikel 69 und 71 nur nach Maßgabe der in der Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt erwähnten Bestimmungen des Vertrages vom 23. November 1870 und der Artikel 72 nur insoweit Anwendung, als dem Bundesrate und dem Reichstage die Überweisung der für das bayerische Heer erforderlichen Summe an Bayern nachzuweisen ist.

XIII. Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen.

Artikel 74.

Jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit oder die Verfassung des Deutschen Reichs, endlich die Beleidigung des Bundesrates, des Reichstages, eines Mitgliedes des Bundesrates oder des Reichstages, einer Beörde oder eines öffentlichen Beamten des Reichs, während dieselben in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind oder in Beziehung auf ihren Beruf, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung, werden in den einzelnen Bundesstaaten beurteilt und bestraft nach Maßgabe der in den letzteren bestehenden oder künftig in Wirksamkeit tretenden Gesetze, nach welchen eine gleiche gegen den einzelnen Bundesstaat, seine Verfassung, seine Kammern oder Stände, seine Kammer- oder Ständemitglieder, seine Behörden und Beamten begangene Handlung zu richten wäre.

Veraltet; vgl. Strafgesetzbuch §§ 81, 93, 105, 196, 197, 339.

Artikel 75.

Für diejenigen in Art. 74 bezeichneten Unternehmungen gegen das Deutsche Reich, welche, wenn gegen einen der einzelnen Bundesstaaten gerichtet, als Hochverrat oder Landesverrat zu qualifizieren wären, ist das gemeinschaftliche Ober-Appellationsgericht der drei Freien und Hansestädte in Lübeck die zuständige Spruchbehörde in erster und letzter Instanz.

Die näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit und das Verfahren des Ober-Appellationsgerichts erfolgen im Wege der Reichsgesetzgebung. Bis zum Erlasse eines Reichsgesetzes bewendet es bei der seitherigen Zuständigkeit der Gerichte in den einzelnen Bundesstaaten und den auf das Verfahren dieser Gerichte sich beziehenden Bestimmungen.

Veraltet; vgl. Gerichtsverfassungsgesetz § 136.

Artikel 76.

Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Teils von dem Bundesrate erledigt.

Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Teiles der Bundesrat gütlich auszugleichen oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen.

Artikel 77.

Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hilfe nicht erlangt werden kann, so liegt dem Bundesrate ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des betreffenden Bundesstaates zu beurteilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen und darauf die gerichtliche Hilfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.

XIV. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 78.

Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich haben.

Diejenigen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.

Der Reichstag hatte sich gemäß Art. 27 der Reichsverfassung eine Geschäftsordnung gegeben, die in der letzten, auch für die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung von 1919 maßgebenden Fassung den nachfolgenden Wortlaut hatte:

Die Geschäftsordnung für den Reichstag.

I. Zusammentritt des Reichstages und Prüfung der Wahlen.

Zusammentritt des Reichstages.

§ 1.

Beim Eintritt in eine neue Legislaturperiode treten nach Eröffnung des Reichstages die Mitglieder desselben unter dem Vorsitze ihres ältesten Mitgliedes zusammen. Das Amt des Alterspräsidenten kann von dem dazu Berufenen auf das im Lebensalter ihm am nächsten stehende Mitglied übertragen werden.

Für jede fernere Session derselben Legislaturperiode setzen die Präsidenten der vorangegangenen Session ihre Funktionen bis zur vollendeten Wahl des Präsidenten fort (§ 9).

Der Vorsitzende ernennt provisorisch, für die Frist bis zur Konstituierung des Vorstandes (§ 10), vier Mitglieder zu Schriftführern.

Bildung der Abteilungen.

§ 2.

Der Reichstag wird durch das Los in sieben Abteilungen von möglichst gleicher Mitgliederzahl geteilt.

Jede Abteilung wählt mit absoluter Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden und einen Schriftführer sowie Stellvertreter für beide.

Die Abteilungen bestehen fort, bis der Reichstag auf einen durch 50 Unterschriften unterstützten Antrag ihre Erneuerung beschließt. Dieselben sind ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig (§ 30).

Prüfung der Wahlen.

§ 3.

Behufs Prüfung der Wahlen wird jeder Abteilung eine möglichst gleiche Anzahl der einzelnen Wahlverhandlungen durch das Los zugeteilt.

§ 4.

Wahlanfechtungen und von seiten eines Reichstagsmitgliedes erhobene Einsprachen, welche später als zehn Tage nach Eröffnung des Reichstages und bei Nachwahlen, die während einer Session stattfinden, später als zehn Tage nach Feststellung des Wahlergebnisses erfolgen, bleiben unberücksichtigt.

§ 5.

Von der Abteilung sind die Wahlverhandlungen, wenn

1. eine rechtzeitig (§ 4) erfolgte Wahlanfechtung oder Einsprache vorliegt, oder
2. von der Abteilung die Gültigkeit der Wahl durch Mehrheitsbeschluß für zweifelhaft erklärt wird, oder
3. zehn anwesende Mitglieder der Abteilung einen aus dem Inhalte der Wahlverhandlungen abgeleiteten, speziell zu bezeichnenden Zweifel gegen die Gültigkeit der Wahl erheben,

an eine besondere Wahlprüfungskommission abzugeben.

Diese Kommission wird in jeder Session für die Dauer derselben gewählt. Für die Kommission sind die §§ 26, 27, 29—31 der Geschäftsordnung maßgebend.

§ 6.

Findet die Abteilung sonstige erhebliche Ausstellungen, ohne daß die Voraussetzungen für Abgabe an die Wahlprüfungskommission (§ 5) vorliegen, so ist von der Abteilung an den Reichstag Bericht zu erstatten.

§ 7.

Wahlen, bei denen keiner der in den §§ 5 und 6 bezeichneten Fälle vorliegt, werden vom Präsidenten nachrichtlich zur Kenntnis des Reichstages gebracht und wenn bis dahin der zehnte Tag (§ 4) noch nicht verflossen, einstweilen als gültig betrachtet, nach Ablauf der zehntägigen Frist sind sie definitiv gültig.

§ 8.

Bis zur Ungültigkeitserklärung einer Wahl hat der Gewählte Sitz und Stimme im Reichstage.

Mitglieder, deren Wahl beanstandet wird, dürfen in Beziehung auf ihre Wahl alle ihnen nötig scheinenden Aufklärungen geben, nicht aber an der Abstimmung teilnehmen.

II. Vorstand des Reichstages.

Wahl der Präsidenten.

§ 9.

Sobald die Anwesenheit einer beschlußfähigen Anzahl von Mitgliedern des Reichstages durch Namensaufruf festgestellt ist, vollzieht der Reichstag die Wahlen der Präsidenten und der Schriftführer.

Der Präsident, sodann jeder der drei Vizepräsidenten wird in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen fünf Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl er-

halten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Los, welches durch die Hand des Präsidenten gezogen wird. Bei Ausmittelung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf die engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Los.

Wahl der Schriftführer.

§ 10.

In einer einzigen Wahlhandlung erfolgt demnächst nach relativer Stimmenmehrheit die Wahl von acht Schriftführern.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, welches durch die Hand des Präsidenten gezogen wird.

Dauer der Amtsführung.

§ 11.

Der Präsident und die Vizepräsidenten werden zu Anfang einer Legislaturperiode das erstemal auf vier Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Session gewählt. In den folgenden Sessionen einer Legislaturperiode erfolgt die Wahl sofort für die ganze Dauer der Session.

Die Wahl der Schriftführer geschieht für die Dauer jeder Session, jedoch kann der Gewählte nach Ablauf von vier Wochen zurücktreten.

Konstituierung des Reichstages.

§ 12.

Die Konstituierung des Reichstages und das Ergebnis der Wahlen wird durch den Präsidenten dem Kaiser angezeigt.

Der Präsident.

§ 13.

Dem Präsidenten liegt die Leitung der Verhandlungen, die Handhabung der Ordnung und die Vertretung des Reichstages nach außen ob. Er hat das Recht, den Sitzungen der Abteilungen und Kommissionen mit beratender Stimme beizuwohnen.

Der Präsident bestimmt im Einvernehmen mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.

§ 14.

Der Präsident beschließt über die Annahme und Entlassung des für den Reichstag erforderlichen Verwaltungs- und Dienstpersonals sowie über die Ausgaben zur Deckung der Bedürfnisse des Reichstages innerhalb des gesetzlich festzustellenden Voranschlages.

Die Schriftführer.

§ 15.

Die Schriftführer haben für die Aufnahme des Protokolles und den Druck der Verhandlungen zu sorgen, daher auch die Revision der stenographischen Berichte zu überwachen. Sie lesen die Schriftstücke vor, halten den Namensaufruf, vermerken die Stimmen und haben den Präsidenten in der Besorgung der äußeren Angelegenheiten des Reichstages zu unterstützen.

Die Quästoren.

§ 16.

Der Präsident ernennt für die Dauer seiner Amtsführung aus der Versammlung zwei Quästoren für das Kassen- und Rechnungswesen.

III. Behandlung der Vorlagen, Anträge und Petitionen.

§ 17.

Die Vorlagen des Bundesrates sowie alle förmlich (§ 22) eingebrachten Anträge von Mitgliedern des Reichstages werden durch den Präsidenten zum Druck und zur Verteilung an die Mitglieder befördert. Hiernächst tritt der in den §§ 18—31 vorgeschriebene Geschäftsgang ein.

a) Im Plenum des Reichstages.

§ 18.

Die **erste** Beratung über Gesetzentwürfe erfolgt frühestens am dritten Tage, nachdem der Gesetzentwurf gedruckt und in die Hände der Mitglieder gekommen ist, und ist auf eine allgemeine Diskussion über die Grundsätze des Entwurfs zu beschränken.

Vor Schluß der ersten Beratung auf die Vorlage selbst bezügliche Abänderungsvorschläge einzubringen, ist nicht gestattet.

Nach dem Schlusse der ersten Beratung beschließt der Reichstag, ob eine Kommission mit der Vorberatung des Entwurfs zu betrauen ist.

Die allgemeine Diskussion kann auch auf einzelne Abteilungen des Entwurfs gerichtet und abteilungsweise zu Ende geführt werden.

§ 19.

Die **zweite** Beratung erfolgt frühestens am zweiten Tage nach dem Abschlusse der ersten Beratung und, wenn eine Kommission eingesetzt ist, frühestens am zweiten Tage, nachdem die Kommissionsanträge gedruckt in die Hände der Mitglieder gekommen sind.

Ueber jeden einzelnen Artikel wird der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt. Auf Beschluß des Reichstages kann die Reihenfolge verlassen, in gleicher Weise die Diskussion über mehrere Artikel verbunden oder über verschiedene zu demselben Artikel gestellte Abänderungsvorschläge getrennt werden.

Abänderungsvorschläge zu einzelnen Artikeln können in der Zwischenzeit und im Laufe der Verhandlung eingebracht werden. Sie bedürfen keiner Unterstützung.

Nach dem Schlusse der zweiten Beratung stellt der Präsident mit Zuziehung der Schriftführer die gefaßten Beschlüsse zusammen, falls durch dieselben Abänderungen der Vorlage stattgefunden haben.

Diese Zusammenstellung bildet die Grundlage der dritten Beratung. Wenn keine Abänderung in zweiter Beratung beschlossen worden, dient die unveränderte Vorlage als Grundlage der dritten Beratung.

Wird der Entwurf in allen seinen Teilen abgelehnt, so findet eine weitere Beratung nicht statt.

§ 20.

Die **dritte** Beratung erfolgt frühestens am zweiten Tage nach dem Abschlusse der zweiten Beratung, beziehungsweise nach der Verteilung der Zusammenstellung (§ 19).

Abänderungsvorschläge zu einzelnen Artikeln können in der Zwischenzeit und im Laufe der Verhandlung eingebracht werden. Sie bedürfen der Unterstützung von 30 Mitgliedern.

Die Diskussion erfolgt zunächst über die Grundsätze des Entwurfs nach Maßgabe des § 18, und hieran schließt sich unmittelbar die Diskussion über die einzelnen Artikel nach Maßgabe des § 19.

Am Schlusse der Beratung wird über die Annahme oder Ablehnung des Gesetzentwurfs abgestimmt. Sind Verbesserungsanträge angenommen worden, so wird die Schlußabstimmung **ausgesetzt**, bis das Bureau die Beschlüsse zusammengestellt hat.

§ 21.

Eine Abkürzung der im § 19 bestimmten Frist, insbesondere auch die Vornahme der ersten und zweiten Beratung in derselben Sitzung, kann bei Feststellung der Tagesordnung (§ 35) oder überhaupt an einem früheren Tage als an dem der Beratung mit Stimmenmehrheit, eine Abkürzung der übrigen Fristen (§§ 18 und 20) nur dann beschlossen werden, wenn ihr nicht 15 anwesende Mitglieder widersprechen.

Der Reichstag kann wie am Schlusse der ersten (§ 18) so in jedem Stadium einer folgenden Beratung bis zum Beginn der Fragestellung den Gesetzentwurf oder einen Teil desselben zur Berichterstattung an eine Kommission verweisen, welche sich nur mit dem ihr überwiesenen Gegenstande zu beschäftigen hat.

§ 22.

Alle von Mitgliedern des Reichstages ausgehenden Anträge müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterzeichnet und mit der Eingangsformel

„Der Reichstag wolle beschließen"

versehen sein.

In einer folgenden Sitzung, jedoch frühestens am dritten Tage, nachdem der Antrag gedruckt und in die Hände der Mitglieder gekommen ist, erhält der Antragsteller das Wort zur Begründung. Hieran schließt sich, wenn der Antrag einen Gesetzentwurf umfaßt, sofort die erste Beratung.

Eine Abkürzung der Frist ist mit Zustimmung des Antragstellers unter den im § 21 vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

§ 23.

Anträge, welche keine Gesetzentwürfe enthalten, bedürfen nur einer einmaligen Beratung und Abstimmung. Abänderungsvorschläge hierbei bedürfen der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Uebrigens finden alle Bestimmungen über die Behandlung von Gesetzentwürfen auf sie Anwendung.

Die Beratung und Abstimmung über einen derartigen Antrag kann, und zwar auch ohne daß er gedruckt vorliegt, in derselben Sitzung in welcher er eingebracht ist, unter Zustimmung des Antragstellers stattfinden, wenn kein Mitglied widerspricht.

§ 24.

Jeder Antrag kann zurückgezogen, jedoch von jedem anderen Mitgliede wieder aufgenommen werden. Er bedarf alsdann keiner weiteren Unterstützung.

§ 25.

Anträge des Bundesrates sind, auch wenn sie Gesetzentwürfe nicht enthalten, nach den Vorschriften der §§ 18 bis 21 zu behandeln, wenn nicht mit Zustimmung des Bundesrates das im § 23 bestimmte abgekürzte Verfahren beschlossen wird.

b) In den Kommissionen.

§ 26.

Für die Bearbeitung derjenigen Geschäfte, welche

1. die Geschäftsordnung,
2. die eingehenden Petitionen,
3. den Handel und die Gewerbe,
4. die Finanzen und Zölle,
5. das Justizwesen,
6. den Reichshaushaltsetat

betreffen, können besondere Kommissionen nach Maßgabe des sich herausstellenden Bedürfnisses gewählt werden.

Außerdem kann der Reichstag für einzelne Angelegenheiten die Bildung besonderer Kommissionen beschließen.

Alle Abteilungen wählen die gleiche Zahl von Kommissionsmitgliedern durch Stimmzettel nach absoluter Mehrheit ihrer anwesenden Mitglieder. Die Wahl kann sich auf sämtliche Mitglieder des Reichstages erstrecken. Trifft die Wahl mehrerer Abteilungen denselben Abgeordneten, so hat diejenige Abteilung den Vorzug, welcher der Gewählte angehört. Sonst hat die Wahl der ihrer Nummer nach voranstehenden Abteilung den Vorzug. Die Abteilung, deren Wahl in dieser Weise ungültig wird, hat sobald tunlich eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 27.

Die Kommissionen konstituieren sich unter einem aus ihrer Mitte zu wählenden Vorsitzenden und Schriftführer und sind beschlußfähig, sobald mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Nach geschlossener Beratung wählt die Kommission aus ihrer Mitte einen Berichterstatter, der die Ansichten und Anträge der Kommission in einem Bericht zusammenstellt. Dieser Bericht wird gedruckt und mindestens zwei Tage vor der Beratung im Hause an sämtliche Abgeordnete verteilt, auch dem Bundesrate in einer angemessenen Anzahl von Exemplaren übersandt (§ 19).

Die Kommissionen sind auch befugt, durch den gewählten Berichterstatter ohne schriftlichen Bericht im Reichstage mündlichen Bericht erstatten zu lassen. Der Reichstag kann aber in jedem Falle schriftlichen Bericht verlangen und zu diesem Behufe die Sache an die Kommission zurückverweisen.

Wird einer Kommission die Vorberatung eines von Mitgliedern des Reichstages gestellten Antrages überwiesen, so nimmt der Antragsteller und, falls der Antrag von mehreren Mitgliedern ausgegangen ist, das zuerst unterzeichnete Mitglied, auch wenn es nicht Mitglied der Kommission ist, an den Beratungen derselben mit beratender Stimme teil.

Eine Ausschließung der Öffentlichkeit der Kommissionsverhandlungen für die Nichtmitglieder der Kommissionen kann nur der Reichstag beschließen.

§ 28.

Petitionen, welche mit einem Gegenstande in Verbindung stehen, welcher bereits einer Kommission überwiesen ist, können letzterer durch Verfügung des Präsidenten überwiesen werden, jedoch, wenn die Petition bereits an die Petitionskommission abgegeben ist, nur auf Antrag derselben.

Jedes Mitglied der Petitionskommission kann nach achtwöchentlicher Amtsführung seinen Ersatz durch Neuwahl in Anspruch nehmen.

Der Inhalt der eingehenden Petitionen ist von der Kommission allwöchentlich durch eine in tabellarischer Form zu fertigende Zusammenstellung zur Kenntnis der einzelnen Mitglieder des Reichstages zu bringen. Zur weiteren Erörterung im Reichstage gelangen diejenigen Petitionen, bei welchen auf solche Erörterungen entweder von der Kommission oder von 15 Mitgliedern des Reichstages angetragen wird.

Geht der Antrag von der Kommission aus, so hat sie über die von ihr zur Diskussion verwiesene Petition einen Bericht zu erstatten, geht der Antrag von Mitgliedern des Reichstages aus, so tritt das Verfahren des § 23 ein.

In gleicher Art werden von den Fachkommissionen oder den für besondere Vorlagen gewählten Kommissionen die ihnen zugewiesenen Petitionen behandelt.

Ein Bescheid des Reichstages muß jedenfalls erfolgen.

§ 29.

Die Mitglieder des Bundesrates und die Kommissarien desselben können den Abteilungen und Kommissionen mit beratender Stimme beiwohnen. Von

dem Zusammentritt der Kommissionen, wie von dem Gegenstande der Verhandlungen muß dem Reichskanzler Kenntnis gegeben werden.

§ 30.

Die Kommissionen und Abteilungen regeln ihre Tagesordnung selbst; außerdem ist der Präsident befugt, für die Abteilungen Sitzungen anzuberaumen.

§ 31.

Sind die Gegenstände der Verhandlungen durch die Kommissionen vorbereitet, so wird solches dem Präsidenten mitgeteilt, welcher die Einbringung derselben auf die Tagesordnung verfügt und den Tag der Verhandlung feststellt (§ 35).

IV. Anfragen. Interpellationen. Bundesratsentschließungen.

Anfragen.

§ 31 a.

Die Mitglieder des Reichstages können Anfragen an den Reichskanzler stellen.

Die Anfragen sind schriftlich einzureichen; sie müssen sich auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft gewünscht wird, beschränken.

Die Anfragen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs unter fortlaufenden Nummern in ein Verzeichnis eingetragen und den Mitgliedern des Reichstages alsbald mitgeteilt.

Der Präsident teilt die Anfragen unverzüglich dem Reichskanzler mit und bringt sie auf die Tagesordnung der nächsten für Anfragen bestimmten Sitzung.

§ 31 b.

In den Sitzungen am Dienstag und Freitag jeder Woche darf je die erste Stunde auf die Anfragen verwendet werden.

Die Fragesteller werden in der Reihenfolge des Verzeichnisses (§ 31 a, Absatz 3) aufgerufen und verlesen die Anfrage. Der Aufruf unterbleibt, wenn die Anfrage einem Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung vorgreift.

Eine Besprechung der Antwort des Reichskanzlers und Anträge zur Sache sind unzulässig. Zur Ergänzung oder Berichtigung der Anfrage kann der Fragesteller, und falls mehrere Mitglieder gemeinsam eine Anfrage gestellt haben, ihr Wortführer das Wort verlangen.

Anfragen, die an dem für sie bestimmten Tag nicht erledigt werden, scheiden aus, falls nicht der Fragesteller vor Schluß der Sitzung schriftlich ihre Erledigung in der nächsten für Anfragen vorgesehenen Sitzung verlangt.

§ 31 c.

Der Fragesteller kann jederzeit erklären, daß er sich mit einer schriftlichen Antwort begnüge.

Die schriftlichen Antworten, die der Reichskanzler erteilt, werden in das Verzeichnis (§ 31 a, Absatz 3) eingetragen und den Mitgliedern des Reichstages alsbald mitgeteilt.

Interpellationen.

§ 32.

Interpellationen müssen an den Reichskanzler gerichtet, bestimmt gefaßt und von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Der Interpellation können kurze Erwägungsgründe beigefügt werden.

Der Präsident teilt die Interpellation sofort in Abschrift dem Reichskanzler mit, bringt sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstages und fordert in dieser den Reichskanzler zur Erklärung darüber auf, ob und wann er die Interpellation beantworten werde.

Erklärt sich der Reichskanzler zur Beantwortung bereit, so wird an dem von ihm bestimmten Tage dem Wortführer der Interpellation zur Begründung der Interpellation das Wort erteilt.

§ 33.

An die Beantwortung der Interpellation oder die Ablehnung ihrer Beantwortung schließt sich die sofortige Besprechung an, falls mindestens 50 anwesende Mitglieder dies verlangen. Der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation steht es gleich, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, ob er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt. Falls keiner der Interpellanten widerspricht, darf die Besprechung auch in einer späteren Sitzung erfolgen. Schließt sich die Besprechung an die Ablehnung an, so erhält zunächst der Wortführer der Interpellanten das Wort.

Durch Beschluß des Reichstages kann die sofortige Besprechung auch dann zugelassen werden, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, wann er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt, oder die Frist zur Beantwortung auf mehr als 2 Wochen vom Tage ihrer Einbringung an bemißt. Der Beschluß muß spätestens in der drittnächsten Sitzung gefaßt werden.

§ 33 a.

Bei der Besprechung einer Interpellation können Anträge gestellt werden, welche die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstages entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht. Diese Anträge müssen von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern unterstützt werden. Die Abstimmung muß vertagt werden, wenn dies von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern verlangt wird; sie erfolgt alsdann am nächsten Sitzungstage. Andere Anträge zur Sache sind nicht zulässig.

§ 33 b.

Werden Interpellationen in so großer Zahl eingereicht, daß die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichstages verhindert wird, so kann der Reichstag bis zur Beseitigung dieses Hindernisses die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten wöchentlichen Sitzungstag beschränken.

Auch in diesem Falle kann der Reichstag die Verhandlung über einzelne Interpellationen durch Beschluß an einem anderen Sitzungstag zulassen.

Entschließungen des Bundesrats.

§ 34.

Die Übersicht der vom Bundesrat auf die Beschlüsse des Reichstages gefaßten Entschließungen wird zum Druck und zur Verteilung befördert.

Binnen 14 Tagen nach erfolgter Verteilung ist jedes Reichstagsmitglied berechtigt, das Verzeichnis zum Gegenstande von Bemerkungen zu machen, welche sich jedoch zu beschränken haben

a) auf den Mangel der Erledigung bestimmt anzuführender Punkte,
b) auf die Unvollständigkeit der gegebenen Auskunft.

Diese Bemerkungen sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen.

Diejenigen Beschlüsse des Reichstages, welche durch Zustimmung oder Ablehnung des Bundesrates ihre Erledigung gefunden haben, dürfen nicht zum Gegenstande der Bemerkungen gemacht werden.

Sind innerhalb der vierzehntägigen Frist Bemerkungen eingegangen, so werden diese dem Reichskanzler mitgeteilt und sodann auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Stellung eines Antrages ist bei der Verhandlung im Plenum unzulässig, es bleibt aber jedem Mitgliede des Reichstages überlassen, den Gegenstand in den regelmäßigen Formen der Geschäftsordnung weiter zu verfolgen.

V. Geschäftsvorschriften für die Plenarsitzungen.

a) Tagesordnung.

§ 35.

Die Tagesordnung für das Plenum wird durch den Präsidenten vor dem Schlusse jeder Sitzung für die nächste Sitzung verkündigt. Wenn sich dagegen ein Widerspruch erhebt, so entscheidet der Reichstag durch einen Beschluß darüber, ob der Widerspruch begründet ist. Die Tagesordnung wird sodann den Mitgliedern des Reichstages und des Bundesrates durch den Druck mitgeteilt.

In der Regel findet in jeder Woche an einem bestimmten Tage eine Sitzung statt, in welcher an erster Stelle die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge und die zur Erörterung im Plenum gelangenden Petitionen erledigt werden.

Die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge kommen in der Reihenfolge zur Verhandlung, in welcher sie eingegangen sind. Alle Anträge, welche innerhalb der ersten zehn Tage einer Session eingegangen sind, gelten als gleichzeitig eingebracht. Über die Reihenfolge der Beratung gleichzeitig eingebrachter Anträge hat der Präsident sich mit dem Hause zu verständigen. Erfolgt eine Verständigung nicht, so entscheidet das durch den Präsidenten zu ziehende Los. Gesetzentwürfe behalten ihre Priorität bis zu ihrer Schlußberatung; die zweite und dritte Beratung hat mithin, soweit sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet ist, vor denjenigen Anträgen stattzufinden, welche in der Reihenfolge der ersten Beratung diesen Gesetzentwürfen nachgestanden haben. Die Petitionen gelangen in derjenigen Reihenfolge zur Beratung, in welcher sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet sind. Eine Entfernung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträgen und den Petitionen nach der Priorität gebührt, kann nur beschlossen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von 30 Mitgliedern widersprochen wird.

b) Die Sitzungen des Reichstages.

§ 36.

Die Sitzungen des Reichstages sind öffentlich. Der Reichstag tritt auf den Antrag seines Präsidenten, oder von zehn Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen ist.

§ 37.

Der Präsident eröffnet und schließt die Sitzung; er verkündet Tag und Stunde der nächsten Sitzung.

c) Sitzungsprotokolle.

§ 38.

Das Protokoll jeder Sitzung liegt während der nächsten Sitzung zur Einsicht aus und wird, wenn dagegen bis zum Schluß der Sitzung kein Einspruch erhoben ist, als genehmigt erachtet.

§ 39.

Das Protokoll muß enthalten:

1. die gefaßten Beschlüsse in wörtlicher Anführung;
2. die Interpellationen in wörtlicher Fassung, nebst der Bemerkung, ob sie beantwortet sind;
3. die amtlichen Anzeigen des Präsidenten.

§ 40.

Wird gegen die Fassung des Protokolls Einspruch erhoben, welcher sich durch die Erklärung der darüber zu hörenden Schriftführer nicht heben läßt, so befragt der Präsident die Versammlung; im Fall der Einspruch für begründet erachtet wird, muß noch während der Sitzung eine neue Fassung der betreffenden Stelle vorgelegt werden.

§ 41.

Das Protokoll wird von dem Präsidenten und zwei Schriftführern vollzogen.

d) **Redeordnung.**

§ 42.

Kein Mitglied darf sprechen, ohne vorher das Wort verlangt und von dem Präsidenten erhalten zu haben. Will der Präsident sich an der Debatte beteiligen, so muß er den Vorsitz abtreten.

§ 43.

Die Mitglieder des Bundesrates und die zu ihrer Vertretung abgeordneten Kommissarien müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Auch den Assistenten muß auf Verlangen der Mitglieder des Bundesrates oder ihrer Vertreter das Wort erteilt werden.

§ 44.

Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von fünf Minuten nicht übersteigen. Persönliche Bemerkungen sind erst nach dem Schlusse der Debatte oder im Falle der Vertagung derselben am Schlusse der Sitzung gestattet. Faktische Bemerkungen sind unzulässig.

§ 45.

Die Redner sprechen von der Rednerbühne oder vom Platze.

Den Mitgliedern des Reichstages ist das Vorlesen schriftlich abgefaßter Reden nur dann gestattet, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

§ 46.

Der Präsident ist berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzuweisen und zur Ordnung zu rufen (§ 60). Ist das eine oder das andere in der nämlichen Rede zweimal ohne Erfolg geschehen und fährt der Redner fort, sich vom Gegenstande oder von der Ordnung zu entfernen, so kann die Versammlung auf die Anfrage des Präsidenten ohne Debatte beschließen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand genommen werden solle, wenn er zuvor auf diese Folge vom Präsidenten aufmerksam gemacht ist.

§ 47.

Bei allen Diskussionen erteilt der Präsident demjenigen Mitgliede das Wort, welches nach Eröffnung der Diskussion oder nach Beendigung der vorhergehenden Rede zuerst darum nachsucht.

§ 48.

Nimmt ein Vertreter des Bundesrates nach dem Schlusse der Diskussion das Wort, so gilt diese aufs neue für eröffnet.

Antragsteller und Berichterstatter erhalten, wenn sie es verlangen, das Wort sowohl am Beginn wie nach dem Schlusse der Diskussion.

e) Abänderungsvorschläge und Anträge auf motivierte Tagesordnung.

§ 49.

Abänderungsvorschläge (Amendements) oder Anträge auf motivierte Tagesordnung können zu jeder Zeit vor dem Schlusse der Verhandlungen gestellt werden. Dieselben müssen mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen und werden dem Präsidenten schriftlich übergeben.

§ 50.

Über Amendements und Anträge auf motivierte Tagesordnung, welche dem Reichstage nicht gedruckt vorgelegen haben, muß, sofern sie angenommen werden, in der nächsten Sitzung nach deren erfolgtem Drucke und Verteilung nochmals ohne Diskussion abgestimmt werden. Dies findet auch dann Anwendung, wenn solche Amendements oder Anträge bereits in dem Kommissionsbericht als Minoritätsanträge erwähnt sind. Bilden die angenommenen Amendements einen Teil der dem Reichstage vorzulegenden gedruckten Zusammenstellungen (§§ 19 und 20), so bedarf es eines besonderen Abdruckes derselben nicht. In diesem Falle muß der Abstimmung über das Ganze eine nochmalige Abstimmung über diejenigen angenommenen Anträge vorhergehen, welche dem Reichstage noch nicht gedruckt vorgelegen haben. Bei Amendements zu Petitionsberichten ist eine wiederholte Abstimmung jedoch nur dann erforderlich, wenn ein besonderer Antrag hierauf gestellt und von wenigstens 50 Mitgliedern unterstützt wird. Neue Amendements sind dann nicht mehr zulässig.

f) Schluß der Debatte.

§ 51.

Der Präsident stellt die Fragen; über die Stellung derselben kann das Wort begehrt werden. Der Reichstag beschließt darüber. Sind mehrere Fragen vorhanden, so hat der Präsident solche sämtlich der Reihenfolge nach vorzulegen. Die Fragen sind so zu stellen, daß sie einfach durch Ja oder Nein beantwortet werden können. Bei Stimmengleichheit wird die Frage als verneint angesehen.

§ 52.

Die Teilung der Frage kann jeder einzelne verlangen. Wenn über deren Zulässigkeit Zweifel entstehen, so entscheidet bei Anträgen der Antragsteller, in allen andern Fällen der Reichstag.

§ 53.

Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluß der Debatte bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird demnächst ohne weitere Motivierung des Antrages und ohne Diskussion über denselben abgestimmt.

Der Antrag auf einfache Tagesordnung kann zu jeder Zeit gestellt werden und bedarf keiner Unterstützung. Nachdem ein Redner für und ein Redner gegen denselben gehört worden, erfolgt darüber der Beschluß der Versammlung. Im Laufe derselben Diskussion darf der einmal verworfene Antrag auf Tagesordnung nicht wiederholt werden.

Die Anträge auf motivierte Tagesordnung (§ 49) sind vor den übrigen Amendements zur Abstimmung zu bringen.

Über Anträge des Bundesrates kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

g) Abstimmung.

§ 54.

Unmittelbar vor der Abstimmung ist die Frage zu verlesen.

Ist vor einer Abstimmung infolge einer darüber gemachten Bemerkung der Präsident oder einer der fungierenden Schriftführer zweifelhaft, ob eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern anwesend sei, so erfolgt der Namensaufruf.

§ 5. Im Wahlkreis Berlin werden 10, im Wahlkreis Teltow 7, im Wahlkreis Hamburg 5, in den Wahlkreisen Bochum und Leipzig je 4, in den Wahlkreisen Cöln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3 und in den übrigen in §§ 2 bis 4 genannten Wahlkreisen je 2 Abgeordnete nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

§ 6. Beträgt die Zahl der auf einen Wahlkreis entfallenden reichsdeutschen Einwohner nach den beiden letzten allgemeinen Volkszählungen mehr als 300 000, so tritt bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefangenen 200 000 reichsdeutschen Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzu.

Die Abgeordneten dieser Wahlkreise sind nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen.

§ 7. Bei dem Wahlkommissar sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag Wahlvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 50 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen höchstens zwei Namen mehr enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

§ 8. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.

Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

§ 9. Für die Prüfung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung wird für jeden Wahlkreis ein Wahlausschuß gebildet, der aus dem Wahlkommissar als Vorsitzendem und vier Beisitzern besteht. Auf die Beisitzer findet § 9 Abs. 2 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 Anwendung.

Der Wahlausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.

§ 10. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlraums mit den Namen der Bewerber, denen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen.

Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein.

§ 11. Behufs Ermittlung des Wahlergebnisses ist festzustellen, wieviel gültige Stimmen abgegeben und wieviele hiervon auf jeden Wahlvorschlag und auf die verbundenen Wahlvorschläge gemeinschaftlich entfallen sind.

§ 12. Die Abgeordnetensitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen nach § 11 zustehenden Stimmen verteilt. Zu dem Zwecke werden diese Stimmenzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert, als Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält soviel Abgeordnetensitze, als auf ihn Höchstzahlen entfallen. Wenn die an letzter Stelle stehende Höchstzahl auf mehrere Wahlvorschläge zugleich entfällt, entscheidet das Los.

VI. Ordnungsbestimmungen.

§ 60.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen liegt dem Präsidenten ob.

Wenn ein Mitglied die Ordnung verletzt, so wird es vom Präsidenten mit Nennung des Namens darauf zurückgewiesen.

Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann das Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Leistet dasselbe der Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales keine Folge, so hat der Präsident in Gemäßheit des § 61 dieser Geschäftsordnung zu verfahren. Wenn während der Dauer der Ausschließung in anderen als Geschäftsordnungsfragen eine Abstimmung erfolgt ist, bei welcher die Stimme des ausgeschlossenen Mitgliedes den Ausschlag hätte geben können, so muß die Abstimmung in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Das zur Ordnung gerufene ausgeschlossene Mitglied ist berechtigt, spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch zu erheben, auf welchen der Reichstag, jedoch nicht vor dem darauffolgenden Tage, ohne Diskussion darüber entscheidet, ob der Ordnungsruf oder die Ausweisung gerechtfertigt war.

§ 61.

Wenn in der Versammlung störende Unruhe entsteht, so kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben. Kann sich der Präsident kein Gehör verschaffen, so bedeckt er sein Haupt, und ist hierdurch die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Ordnung in den Zuhörerräumen.

§ 62.

Dem Präsidenten des Reichstages steht die Handhabung der Polizei im Sitzungsgebäude und in den Zuhörerräumen zu.

§ 63.

Wer von der Tribüne Zeichen des Beifalls oder Mißfallens gibt, oder sonst die Ordnung oder den Anstand verletzt, wird auf der Stelle entfernt.

§ 64.

Entsteht eine störende Unruhe auf der Tribüne, so kann der Präsident anordnen, daß alle, die sich zurzeit darauf befinden, die Tribüne räumen.

VII. Urlaub, Ausscheiden und Neuwahl der Mitglieder.

Urlaubsgesuche.

§ 65.

Für die Abwesenheit eines Mitgliedes bis zur Dauer von acht Tagen ist der Präsident Urlaub zu erteilen berechtigt; für eine längere Zeit darf nur der Reichstag denselben bewilligen. Urlaubsgesuche auf unbestimmte Zeit sind unstatthaft.

Über die Urlaubsgesuche und Abwesenheitsfälle wird ein Register geführt.

Ausscheiden und Neuwahl.

§ 66.

Wenn aus irgendeiner Ursache die Stelle eines Reichstagsmitgliedes erledigt wird, so macht der Präsident dem Reichskanzler davon Anzeige, damit dieser in der kürzesten Frist die Neuwahl veranlasse.

VIII. Adressen und Deputationen.

Adressen.

§ 67.

Wird beantragt, eine Adresse an den Kaiser zu richten, und haben der oder die Antragsteller dem Reichstage einen formulierten Entwurf zu der Adresse überreicht, so findet die weitere Behandlung in derselben Art, wie bei allen anderen Anträgen, statt.

Beschließt der Reichstag, die Vorberatung des Entwurfs einer Kommission zu übertragen, so wird diese aus dem Präsidenten — bei dessen Behinderung dem Vizepräsidenten — des Reichstages als Vorsitzenden und 21 von den Abteilungen zu wählenden Mitgliedern gebildet.

Liegt ein Entwurf zu einer Adresse nicht vor, so ist dieser von einer in gleicher Weise zusammenzusetzenden Kommission zu fertigen und ohne weiteren Bericht dem Reichstage zu überreichen.

Deputationen.

§ 68.

Soll die Adresse durch eine Deputation überreicht werden, so bestimmt der Reichstag auf den Vorschlag des Präsidenten die Zahl der Mitglieder; das Los bezeichnet sie. Der Präsident ist jedesmal Mitglied der Deputation und führt allein das Wort.

IX. Allgemeine Bestimmungen.

§ 69.

Gesetzesvorlagen werden nach erfolgter Beschlußnahme dem Reichskanzler übersandt.

§ 70.

Gesetzesvorlagen, Anträge und Petitionen sind mit dem Ablaufe der Sitzungsperiode, in welcher sie eingebracht und noch nicht zur Beschlußnahme gediehen sind, für erledigt zu erachten.

X. Beschluß des Reichstages
vom 12. Dezember 1891, betreffend die
Etatsresolutionen.

Die bei der Beratung des Reichshaushalts-Etats in der zweiten Lesung beantragten Resolutionen bedürfen der Unterstützung von 15 Mitgliedern. Die Abstimmung über diese Resolutionen erfolgt frühestens am dritten Tage, nachdem sie gedruckt und in die Hände der Mitglieder gekommen sind. Die Abstimmung ist bis nach endgültiger Festsetzung der Etatsposition auszusetzen, sofern der enge Zusammenhang mit der Etatsposition es angezeigt erscheinen läßt oder ein von 30 Mitgliedern unterstützter Antrag es verlangt.

Den jahrelang geäußerten Wünschen nach gerechterer Einteilung der großen Wahlkreise und der Einführung der Verhältniswahl entsprach das ebenfalls eine Aenderung der Verfassung herbeiführende und für die Wahlordnung zur Nationalversammlung von 1919 (siehe unten) vorbildliche

Gesetz über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen.

Vom 24. August 1918.

Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Die Zahl der Mitglieder des Reichstages wird auf 441 erhöht.

§ 2. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München und Dresden, sowie das Hamburgische Staatsgebiet bilden je einen Wahlkreis.

§ 3. Zu je einem Wahlkreis werden vereinigt:

1. Die Wahlkreise Cöln 1 und 2 sowie der zur Stadt Cöln gehörende Teil des Wahlkreises Cöln 6 (Wahlkreis Cöln).
2. Der Wahlkreis Düsseldorf 4 mit dem zur Stadt Düsseldorf gehörenden Teile des Wahlkreises Düsseldorf 12 (Wahlkreis Düsseldorf).
3. Der Wahlkreis Düsseldorf 2 mit dem zur Stadt Elberfeld gehörenden Teile des Wahlkreises Düsseldorf 1 (Wahlkreis Elberfeld).
4. Der Wahlkreis Düsseldorf 5 mit dem zur Stadt Essen a. d. Ruhr gehörenden Teile des Wahlkreises Düsseldorf 6 (Wahlkreis Essen).
5. Der Wahlkreis Düsseldorf 6 mit dem zur Stadt Oberhausen gehörenden Teile des Wahlkreises Düsseldorf 5 (Wahlkreis Duisburg).
6. Der Wahlkreis Hannover 8 mit dem zur Stadt Linden gehörenden Teile des Wahlkreises Hannover 9 (Wahlkreis Hannover).
7. Die Wahlkreise Sachsen 12 und 13 (Wahlkreis Leipzig).
8. Der Wahlkreis Württemberg 1 mit dem zur Stadt Stuttgart gehörenden Teile des Wahlkreises Württemberg 2 (Wahlkreis Stuttgart).

§ 4. Für die nach den §§ 2 und 3 gebildeten Wahlkreise sowie die Wahlkreise:

Potsdam 6 (Wahlkreis Niederbarnim),
Potsdam 10 (Walhkreis Teltow),
Oppeln 5 (Wahlkreis Königshütte),
Oppeln 6 (Wahlkreis Hindenburg),
Schleswig-Holstein 7 (Wahlkreis Kiel),
Münster 3 (Wahlkreis Recklinghausen),
Arnsberg 5 (Wahlkreis Bochum),
Arnsberg 6 (Wahlkreis Dortmund),
Mittelfranken 1 (Wahlkreis Nürnberg),
Sachsen 16 (Wahlkreis Chemnitz),
Baden 11 (Wahlkreis Mannheim) und
Bremen (Wahlkreis Bremen)

treten an die Stelle des § 6 Abs. 1 und der §§ 11 und 12 des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetzbl. S. 145) die Vorschriften der folgenden §§ 5, 7 bis 15.

Erklärt dagegen auf die erhobene Bemerkung oder den von einem Mitgliede gestellten Antrag auf Auszählung des Hauses der Präsident, daß kein Mitglied des Bureaus über die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl zweifelhaft sei, so sind damit Bemerkung und Antrag erledigt.

§ 55.

Die Abstimmung geschieht nach absoluter Mehrheit durch Aufstehen oder Sitzenbleiben.

Ist das Ergebnis nach der Ansicht des Präsidenten oder eines der fungierenden Schriftführer zweifelhaft, so wird die Gegenprobe gemacht. Liefert auch diese noch kein sicheres Ergebnis, so erfolgt die Zählung des Hauses.

§ 56.

Die Zählung geschieht in der nachstehend angegebenen Weise:

Der Präsident fordert die Mitglieder auf, den Saal zu verlassen. Sobald dies geschehen, sind die Türen zu schließen mit Ausnahme einer Tür an der Nord- und einer an der Südseite. An jeder dieser beiden Türen stellen sich je zwei Schriftführer auf.

Auf ein vom Präsidenten mit der Glocke gegebenes Zeichen treten diejenigen Mitglieder, welche mit „Ja" stimmen wollen, durch die Tür an der Nordseite, rechts vom Bureau, diejenigen, welche mit „Nein" stimmen wollen, durch die Tür an der Südseite, links vom Bureau, in den Saal ein.

Die an jeder der beiden Türen stehenden zwei Schriftführer zählen laut die eintretenden Mitglieder.

Demnächst gibt der Präsident ein Zeichen mit der Glocke, schließt das Skrutinium und läßt die Türen des Saales öffnen. Jede nachträgliche Stimmenabgabe ist ausgeschlossen; nur der Präsident und die diensttuenden Schriftführer geben ihre Stimmen nachträglich öffentlich ab.

Der Präsident verkündet das Resultat der Zählung.

§ 57.

Auf namentliche Abstimmung kann beim Schluß der Beratung vor der Aufforderung zur Abstimmung angetragen werden; der Antrag muß von wenigstens 50 Mitgliedern unterstützt werden. Bei solchen Anträgen auf die Vertagung oder den Schluß der Debatte darf die Unterstützung nur durch Aufstehen geschehen.

§ 58.

Die namentliche Abstimmung erfolgt in folgender Weise:

Der Präsident fordert die Mitglieder auf, ihre Plätze einzunehmen. Die Schriftführer haben alsdann von den einzelnen Mitgliedern die Abstimmungskarten entgegenzunehmen und in Urnen zu sammeln. Die Abstimmungskarten tragen den Namen des Abstimmenden und die Bezeichnung Ja, Nein oder Enthalte mich. Nach Beendigung der Sammlung erklärt der Präsident die Abstimmung für geschlossen. Die Zählung der Stimmen geschieht durch die Schriftführer.

Die Namen der Abstimmenden und ihre Abstimmung werden in den stenographischen Bericht der Sitzung aufgenommen.

§ 59.

Bei allen nicht namentlichen Abstimmungen hat jedes Mitglied des Reichstages das Recht, seine von dem Beschlusse der Mehrheit abweichende Abstimmung kurz motiviert schriftlich dem Bureau zu übergeben und deren Aufnahme in die stenographischen Berichte, ohne vorgängige Verlesung in dem Reichstage, zu verlangen.

Verbundene Wahlvorschläge werden hierbei mit der Gesamtzahl der ihnen nach § 11 zustehenden Stimmen als ein Wahlvorschlag in Rechnung gestellt. Die ihnen zukommenden Abgeordnetensitze werden auf die einzelnen Wahlvorschläge nach Abs. 1 verteilt.

Wenn ein Wahlvorschlag oder eine Gruppe verbundener Wahlvorschläge weniger Bewerber enthält, als auf sie Höchstzahlen entfallen, so gehen die überschüssigen Sitze auf die Höchstzahlen der anderen Wahlvorschläge über.

§ 13. Für die Verteilung der einem Wahlvorschlage zugeteilten Abgeordnetensitze unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen maßgebend.

§ 14. Den Wahlvorständen und den Wahlkommissaren können für die Prüfung der Abstimmung und die Ermittlung des Wahlergebnisses Beamte als Hilfsarbeiter beigegeben werden.

Die Hilfsarbeiter nehmen an der Beschlußfassung nicht teil.

§ 15. Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder nachträglich aus dem Reichstag ausscheidet, tritt an seine Stelle ohne die Vornahme einer Ersatzwahl der Bewerber, der demselben Wahlvorschlag oder, wenn dieser erschöpft ist, einem mit ihm verbundenen Wahlvorschlag angehört und nach dem Grundsatz des § 13 hinter dem Abgeordneten an erster Stelle berufen erscheint.

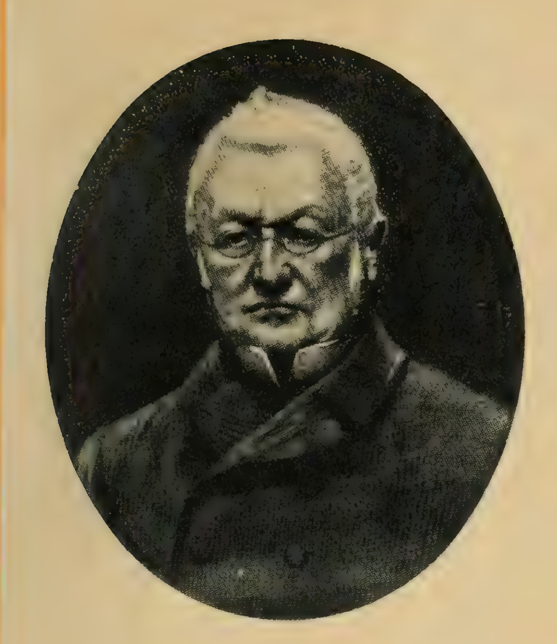
Ist ein solcher Bewerber nicht vorhanden, so bleibt der Abgeordnetensitz für den Rest der Legislaturperiode unbesetzt.

§ 16. Die noch erforderlichen Einzelvorschriften und Ausführungsbestimmungen über die Beschaffenheit und Prüfung der Wahlvorschläge, die Prüfung der Stimmzettel, die Ermittlung des Wahlergebnisses und die Bestimmung von Ersatzmännern erläßt der Bundesrat in einer Wahlordnung.

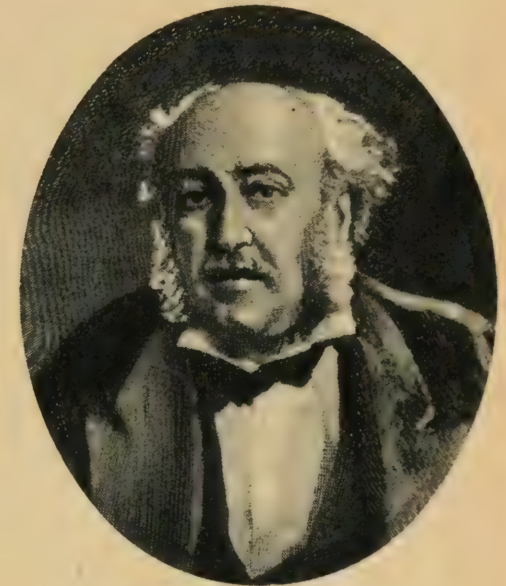
Die Wahlordnung sowie jede Änderung derselben bedarf der Zustimmung des Reichstages.

§ 17. Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 16 erst mit Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode in Kraft.

Führende Männer der Französischen Nationalversammlung 1871.



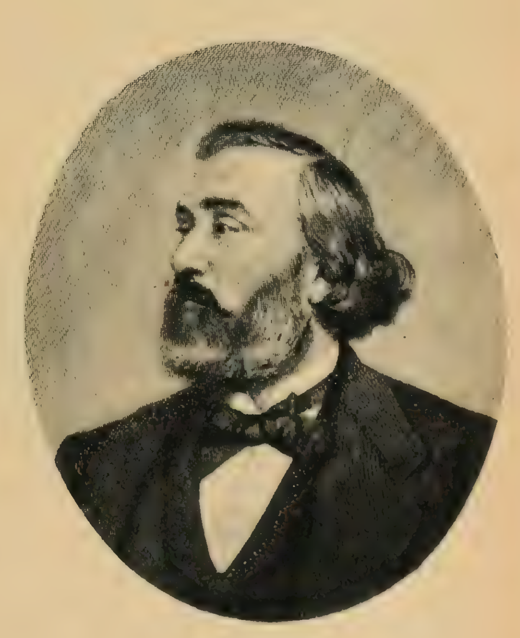
Thiers



Simon



Favre



Gambetta

Die französische Nationalversammlung von 1871.

Am 4. September 1870 war in Verfolg der Kapitulation von Sedan die Republik ausgerufen worden. Es bildete sich eine Regierung der nationalen Verteidigung, in welcher Jules Favre das auswärtige, Gambetta das innere Ministerium erhielt. Die in Paris und Umgegend verbliebenen Deutschen wurden gezwungen, binnen 24 Stunden den Stadtbezirk zu verlassen.

In dem an die Vertreter Frankreichs im Auslande gerichteten Rundschreiben Jules Favres vom 6. September 1870 heißt es:

„Wir haben laut den Krieg verdammt, und indem wir unsere Achtung vor dem Rechte anderer Völker beteuerten, haben wir verlangt, daß man Deutschland Herr seiner Geschicke sein lasse. Die Kaiserliche Regierung, die seit langer Zeit ihre Interessen von denen des Landes getrennt hatte, gab diese Politik auf. Wir nehmen sie mit der Hoffnung wieder auf, daß Frankreich, durch Erfahrung belehrt, die Weisheit haben werde, sie auszuüben. . . . . Ein schimpflicher Friede wäre ein Ausrottungskrieg in kurzer Frist. Wir werden nur wegen eines dauerhaften Friedens verhandeln. . . ."

Nach dem Fall von Paris wurde entsprechend der in dem Übergabevertrage gemachten Bedingung eine Nationalversammlung nach Bordeaux einberufen. Die Wahlen wurden auf den 8. Februar 1871 angesetzt. Gambetta erließ zwar die hierzu erforderlichen Anordnungen, schloß aber durch eine Verfügung vom 31. Januar 1871 alle Bonapartisten von der Wahl aus. Auf Bismarcks Einspruch mußte dieses Dekret jedoch wieder aufgehoben werden, und die Wahlen fanden in ganz Frankreich statt, auch in den von den deutschen Heeren besetzten Landesteilen und sogar in Elsaß-Lothringen, obgleich die Wiederverbindung dieser ehemals deutschen Provinzen mit dem zu schaffenden Deutschen Reiche damals bereits feststand.

Die Nationalversammlung wurde am 16. Februar eröffnet und Grévy zum Präsidenten gewählt. Thiers wurde einstimmig zum Chef der ausführenden Gewalt der französischen Republik ernannt und ermächtigt, seine Minister zu wählen (sog. Pacte de Bordeaux). Am 19. Februar entwickelte Thiers vor der Nationalversammlung sein Programm. Er führte aus, daß nichts dringlicher sei als die Herbeiführung des Friedens, die Wiederaufrichtung des Kredits und die Neuordnung der Arbeit. „Das ist unsere Politik, und bei dieser Politik kann jeder vernünftige Mensch, sei er Monarchist oder Republikaner, im Interesse des Landes nützlich arbeiten."

Am 21. Februar begannen die Unterhandlungen zwischen Thiers und Bismarck, und bereits am

26. Februar wurden die Friedenspräliminarien in Versailles unterzeichnet, unter Verlängerung des Waffenstillstands bis zur Ratifikation durch die Nationalversammlung in Bordeaux.

Bei der Beratung in der Nationalversammlung wurde am 1. März Napoleon III. und seine Dynastie abgesetzt. Die Friedenspräliminarien wurden mit 546 gegen 107 Stimmen angenommen. Unter den der Annahme widersprechenden Abgeordneten befand sich Victor Hugo. In seiner Rede führte er aus:

„Was Frankreich verliert, wird die Revolution gewinnen. Die Stunde wird kommen, Frankreich wird nur einen Gedanken haben: den, sich wiederherzustellen, seine Kräfte zu sammeln, seine Energie zu steigern, seinen heiligen Zorn zu nähren, eine neue Generation zu erziehen, eine Armee zu schaffen, die das ganze Volk darstellen wird, ohne Unterlaß daran zu arbeiten, die Methoden des Vorgehens unserer Feinde zu studieren, das große Frankreich wieder zu werden, das Frankreich von 1792, das Frankreich der Idee und des Degens, und eines Tages wird es sich unbesiegbar wieder erheben. Es wird Lothringen und Elsaß wiedernehmen. Wird dies alles sein? Nein! Es wird Trier, Mainz, Koblenz, Köln, das ganze linke Rheinufer wiedernehmen. Es wird ausrufen: Deutschland hier bin ich! Sind wir Feinde? Nein? Ich bin Deine Schwester. Alle Völker bilden ein Volk, ein einzige Republik, zusammengehalten durch das Band der Brüderlichkeit. Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa werden. Die Freiheit, der Friede! Dann wird Frankreich zu Deutschland sagen: Wir sind Freunde. Niemals werde ich vergessen, daß Du mich von meinem Kaiser befreit hast; ich werde Dich dafür von dem Deinigen befreien."

Am 3. März traten auf Grund der Annahme der Friedenspräliminarien die Abgeordneten von Elsaß und Lothringen aus der Nationalversammlung aus. Sie gaben hierbei die nachfolgende Erklärung ab:

„Die Vertreter von Elsaß und Lothringen haben vor jeder Friedensverhandlung auf dem Tische des Hauses eine Erklärung niedergelegt, welche auf das förmlichste im Namen der genannten Provinzen ihren Willen und ihr Recht, französisch zu bleiben, bekräftigte. Jeder Gerechtigkeit zum Trotz und durch einen gehässigen Mißbrauch der Gewalt der Herrschaft des Auslandes überliefert, haben wir eine letzte Pflicht zu erfüllen. Wir erklären noch einmal für null und nichtig einen Vertrag, der ohne unsere Zustimmung über uns verfügt. Die Zurückforderung unserer Rechte bleibt für immer allen und jedem in der Form und dem Maße offen, welche uns unser Gewissen eingeben wird. Im Augenblicke, wo wir diesen Saal verlassen, in welchem zu sitzen unsere Würde nicht mehr gestattet, und ungeachtet der Bitterkeit unseres Schmerzes ist der letzte Gedanke, welchen wir im Grunde unserer Herzen finden, ein Gedanke der Erkenntlichkeit für die, welche 6 Monate nicht aufgehört haben, uns zu verteidigen, und der unveränderlichen Anhänglichkeit an unser Vaterland, von dem wir gewaltsam weggerissen worden sind. Wir werden sie mit unserm Wunsche begleiten, und wir erwarten mit vollem Vertrauen in die Zukunft, daß das wiedergeborene Frankreich den Lauf seiner großen Schicksalsaufgabe wieder erfüllen wird. Ihre Brüder im Elsaß und in Lothringen, in diesem Augenblicke von der gemeinschaftlichen Familie getrennt, werden Frankreich eine kindliche Zuneigung bis zum Tage bewahren, wo es seinen Platz wieder einnehmen wird."

Auf dem Wege zur Nationalversammlung von 1919.

A. Das Reichswahlgesetz und die Wahlverordnung.

Im Oktober 1918 hatte es sich entschieden, daß der Weltkrieg für Deutschland verloren war. Vom Vierbund war zuerst Bulgarien und dann die Türkei abgefallen, Deutsch-Österreich war in der Auflösung begriffen und zur Kapitulation genötigt. Deutschland stand allein da. Seine Grenzen nach Süden waren dem Feind geöffnet. Das Heer im Westen hielt dem gewaltigen Ansturm der immer neue Kräfte heranführenden Amerikaner zwar noch stand; aber es war durch Hunger und Entbehrungen aller Art und durch eine politische Unterwühlung in erheblichen Teilen zermürbt. Ganze Formationen entfernten sich von der Front, und nur der bewundernswerten Führung war es zu verdanken, daß eine militärische Katastrophe verhindert wurde.

I. Unter diesen Umständen entschloß sich die Reichsregierung, einen Waffenstillstand zu verlangen, der in Wahrheit fast die bedingungslose Übergabe bedeutete. Eine gewisse Grundlage war allerdings durch die berühmten 27 Punkte Wilsons gegeben. Diese Grundsätze hatte Wilson bei verschiedenen Gelegenheiten festgelegt.

a. In der Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 stellte er zunächst die nachfolgenden 14 Punkte auf:

1. Alle Friedensverhandlungen sollen öffentlich sein, alle Friedensverträge öffentlich zustandegebracht werden. Demgemäß dürfen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden: vielmehr soll die Diplomatie ihre Tätigkeit offen und vor aller Welt ausüben.

2. Es soll vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere, außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege herrschen, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch internationale Vereinbarungen zwecks Durchsetzung internationaler Verträge allen verschlossen sind.

3. Größtmögliche Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken; Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Völker, die den Frieden wollen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

4. Es sollen wechselseitige Sicherungen dafür gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit vereinbarte Maß herabgesetzt werden.

5. Alle kolonialen Ansprüche sollen in freier, weitherziger und unparteiischer Art geschlichtet werden. Hierbei soll der Grundsatz Platz greifen, daß bei der Entscheidung aller solcher Hoheitsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ebensoviel Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierungen, deren Rechte bestimmt werden sollen.

6. Verlangt wird ferner die Räumung des ganzen russischen Gebiets. In allen Fragen, die Rußland betreffen, sollen alle Völker mitwirken, um ihm eine unbeeinträchtigte und unbehinderte Gelegenheit zur eigenen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationalen Politik zu gewährleisten und um es in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen willkommen heißen zu können; darüber hinaus würde Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewährt werden müssen.

7. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wieder aufgerichtet werden, ohne jeden Versuch, seine Staatshoheit, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu beschränken. Keine sonstige Maßnahme hat soviel Einfluß auf die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker in die Sicherheit der Gesetze, die den internationalen Verkehr bestimmen sollen. Ohne eine solche Wiederherstellung wäre das Völkerrecht auf immer seiner Kraft entkleidet.

8. Das ganze französische Territorium muß befreit und der besetzte Teil wieder hergestellt, das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde, muß wieder gutgemacht werden. Nur so kann der Weltfrieden, der seit nahezu 50 Jahren fortwährend in Frage gestellt war, wieder im Interesse aller sichergestellt werden.

9. Es soll eine Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand durchgeführt werden.

10. Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen Amerika sichergestellt zu sehen wünscht, muß sofort Gelegenheit zu selbständiger Entwicklung gegeben werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden, Serbien muß einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten. Die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander sollen durch freundschaftliche Vereinbarung unter Mitwirkung des Rates der Nationen gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Zusammengehörigkeit und Nationalität bestimmt werden. Auch müssen internationale Sicherungen der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Unverletzlichkeit des Landbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden.

12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen osmanischen Kaiserreichs muß die unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden. Andererseits sollen aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, die unzweifelhafte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zu selbständiger Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollen dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

13. Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfaßt, der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzen und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag gesichert werden soll.

14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

b. Diesen 14 Punkten fügte Wilson in einer Kongreßrede vom 11. Februar 1918 die folgenden 4 hinzu:

15. Jeder Teil der endgültigen Auseinandersetzung muß nach der dem gegebenen Fall innewohnenden Gerechtigkeit und so behandelt werden, wie die Herbeiführung eines dauernden Friedens am besten gesichert ist.

16. Völker und Provinzen dürfen nicht von einer Staatshoheit an eine andere verschoben werden, als wären sie bloße Gegenstände oder Spielmarken in dem von nun an für alle Zeit beseitigten Spiel des Gleichgewichts der Mächte.

17. Jede durch diesen Krieg aufgeworfene Regelung der Länderverteilung muß unter Berücksichtigung der Interessen der beteiligten Bevölkerungen getroffen werden und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder der Verständigung über die Ansprüche mit einander in Wettbewerb tretender Staaten.

18. Allen klar umschriebenen nationalen Bestrebungen soll die weitgehendste Befriedigung gewährt werden, soweit dies geschehen kann, ohne daß dadurch neue Herde für Streit und Gegnerschaft geschaffen oder alte Streitpunkte verewigt werden, die vermutlich den Frieden Europas und damit der Welt stören würden.

c. Weitere 4 Punkte fügte die an Washingtons Grabstätte gehaltene „Mount-Vernon"-Rede vom 4. Juli 1918 hinzu. Durch sie sollen die Ziele verwirklicht werden, für welche die verbundenen Völker der Welt kämpfen und über die ein Einverständnis herbeigeführt werden muß, ehe der Friede eintreten kann:

19. Jede willkürliche Macht, die für sich allein, heimlich und nach eigener Wahl den Weltfrieden stören könnte, muß vernichtet oder wenigstens zu völliger Machtlosigkeit herabgedrückt werden.

20. Alle Fragen, die das Staatsgebiet, die Souveränität, die wirtschaftlichen Vereinbarungen oder die politischen Beziehungen betreffen, müssen auf der Grundlage der Zustimmung seitens der dadurch unmittelbar betroffenen Völker geregelt werden und nicht mit Rücksicht auf das materielle Interesse oder den Vorteil eines anderen Volkes, das um seines äußeren Einflusses oder seiner Vorherrschaft willen eine andere Regelung wünschen könnte.

21. Alle Nationen sollen sich in ihrem Verhalten zueinander von den gleichen Grundsätzen der Ehre und der Achtung vor dem der zivilisierten Gesellschaft gemeinsamen Recht leiten lassen, dergestalt, daß alle Versprechen und Vereinbarungen gewissenhaft beobachtet, keine Sonderanschläge und Verschwörungen versucht, keine selbstsüchtigen Schädigungen ungestraft zugefügt werden. Nur so kann wechselseitiges Vertrauen auf der edlen Grundlage wechselseitiger Achtung vor dem Recht geschaffen werden.

22. Es soll eine Friedensorganisation geschaffen werden zur Sicherstellung der Verhütung jeder Rechtsverletzung mittels der Gesamtmacht der freien Nationen. Diese Vereinigung wird dazu dienen, Frieden und Gerechtigkeit zu sichern durch Schaffung eines Gerichtshofes der öffentlichen Meinung, dem sich alle beugen müssen und durch den jede zwischenstaatliche Neuordnung sanktioniert werden soll, über die sich die unmittelbar beteiligten Völker nicht im Wege unmittelbarer Verständigung einigen können.

d. Endlich ergänzte Wilson die vorstehenden 22 Forderungen in einer in New York am 27. September 1918 gehaltenen Rede noch durch die nachstehenden 5 Punkte:

23. Will man unparteiische Gerechtigkeit üben, so darf keine Unterscheidung gemacht werden zwischen den Völkern, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Die wahre Gerechtigkeit kennt keine Begünstigten und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

24. Es kann kein besonderes und selbstsüchtiges Interesse einer einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich mit dem gemeinsamen Interesse aller nicht verträgt.

25. In der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es keine Bündnisse und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben. Das bedeutet im einzelnen:

26. Es kann innerhalb des Völkerbundes keine besonderen eigennützigen wirtschaftlichen Kombinationen geben, ebensowenig die Anwendung eines wirtschaftlichen Boykotts in irgendeiner Form oder eine Ausschließung, abgesehen von der dem Völkerbunde zu erteilenden Machtvollkommenheit, wirtschaftliche Strafen durch Ausschluß von den Weltmärkten zu verhängen, und auch diese nur als Mittel der Disziplin und Kontrolle.

27. Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen der übrigen Welt vollinhaltlich mitgeteilt werden. Die besonderen Bündnisse und wirtschaftlichen Rivalitäten und Feindschaften waren in der bisherigen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen und Leidenschaften, die Kriege heraufbeschworen. Ein Friede, der dies nicht in bestimmten Ausdrücken ausschlösse, würde ebenso unaufrichtig wie ungewiß sein.

II. Auf die Bitte um die Bezeichnung der Waffenstillstandsbedingungen antwortete der amerikanische Staatssekretär Lansing mit der nachstehenden Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918, welche lautet:

„Die verbündeten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wieder hergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll."

(„By it they understand that compensation will be made by Germany for all damage done **to the civilian population of the Allies and their property** by the aggression of Germany by land, by sea, and by the air".)

III. Inzwischen hatten sich auch im Innern die Verhältnisse dem Umsturz genähert. Die beiden Häuser des Preußischen Landtags hatten sich in Verkennung der Gefahren, die dem Bestande des Reichs und der Preußischen Monarchie drohten, dem jahrzehntelang erhobenen Verlangen nach einer Neuordnung des überalterten preußischen, auf den Besitz gegründeten Dreiklassen-Wahlrechts hartnäckig widersetzt. Auf der andern Seite wurde das Verlangen nach der Abdankung des Kaisers und dem Thronverzicht des Kronprinzen erhoben, weil in dem Verbleiben dieser Männer, in deren Personen die Entente angeblich die Verkörperung des preußischen Militarismus erblickte, ein Friedenshindernis gesehen wurde.

a. Erst am 9. November veröffentlichte der Reichskanzler Prinz Max von Baden die nachfolgende Bekanntmachung:

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

b. Der Stein war jedoch bereits ins Rollen gekommen und die Umsturzbewegung nicht mehr aufzuhalten. Sonnabend, der 9. November 1918, muß als der Geburtstag des neuen Deutschland angesehen werden, nachdem schon vorher in Kiel die Unbotmäßigkeit der Marineangehörigen den kommenden Sturm angekündigt hatte. Die Republik wurde in Berlin und an den folgenden Tagen in den übrigen Hauptstädten Deutschlands ausgerufen. Die Träger der Kronen dankten teils förmlich, teils tatsächlich ab, und überall übernahmen die Volksführer die Leitung der Geschäfte. In Berlin erließ der Mehrheitssozialist Ebert, ohne daß der in der Veröffentlichung des Reichskanzlers vom 9. November 1918 angekündigte, aber niemals ernannte Regent ihm das Reichskanzleramt hätte übertragen können, als „Reichskanzler" den folgenden Aufruf:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann

sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler. Ebert.

c. Die Mehrheitssozialisten bildeten mit dem radikaleren Teile der Sozialdemokratie, den Unabhängigen, eine Gemeinschaftsregierung. Diese erließ am 12. November 1918 den nachstehenden Aufruf, durch welchen die in dem Erfurter Programm der sozialdemokratischen Partei (siehe unten) aufgestellten Forderungen zum Teil bereits ihre Erfüllung erhielten.

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 *M* ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrecht erhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Führende Männer der Demokratischen Reichsregierung 1918.



Scheidemann



Prinz Max



Payer



Erzberger

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth.

d. Die neue Reichsregierung, die ihre Berechtigung nur aus der Macht der tatsächlichen Verhältnisse ableiten konnte, fühlte selbst das Bedürfnis, die verfassungsmäßige Grundlage wieder herzustellen. Schon in der oben wiedergegebenen letzten Bekanntmachung des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden war die sofortige Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung in Aussicht genommen. Die bisherigen gesetzgebenden Faktoren, der Reichstag und der Bundesrat, wurden als ausgeschaltet behandelt; nur wurde durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten (d. h. der je drei Führer der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen) vom 14. November 1918 dem Bundesrat die Ausübung der ihm nach Gesetzen und Verordnungen des Reichs zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin gestattet.

Am 30. November 1918 erließ der Rat der Volksbeauftragten in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Innern ein Reichswahlgesetz sowie eine Wahlordnung, beide veröffentlicht in der zu Berlin am 30. November 1918 ausgegebenen Nr. 167 des RGBl. (S. 1345 ff.). Diese haben unter Berücksichtigung der späteren Abänderungen den nachfolgenden Wortlaut:

Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz).

Vom 30. November 1918.

Für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wird folgendes angeordnet:

§ 1. Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

§ 3. Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet.

§ 4. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 5. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

§ 6. Die Wahlkreiseinteilung und die Zahl der Abgeordneten, die in den einzelnen Wahlkreisen zu wählen sind, ergeben sich aus der Anlage.

Sie beruht auf dem Grundsatz, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Landes- oder Verwaltungsbezirksgrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Überschuß von mindestens 75 000 Einwohnern vollen 150 000 gleichgerechnet wird.

§ 7. Jeder Wahlkreis wird in Stimmbezirke geteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Große Gemeinden können in mehrere Stimmbezirke zerlegt, kleine mit benachbarten zu einem Stimmbezirke vereinigt werden.

§ 8. Für jeden Wahlkreis wird ein Wahlkommissar, für jeden Stimmbezirk ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter für ihn von der nach der Wahlordnung (§ 22) zuständigen Behörde ernannt.

Der Wahlvorsteher ernennt aus den Wahlberechtigten des Stimmbezirkes drei bis sechs Beisitzer und einen Schriftführer.

Wahlvorsteher, Beisitzer und Schriftführer bilden den Wahlvorstand.

§ 9. Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste angelegt, in welche die dort wohnhaften Wahlberechtigten eingetragen werden.[1])

Die Wählerlisten sind spätestens vier Wochen vor dem Wahltag auf die Dauer von acht Tagen zu jedermanns Einsicht auszulegen. Ort und Zeit werden vorher unter Hinweis auf die Einspruchsfrist öffentlich bekanntgegeben.

Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindeverwaltungsbehörde anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen. Hierauf werden die Listen geschlossen.[2])

Über die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar oder Februar 1919 aus dem Felde heimkehren, ergeht eine besondere Verordnung.[3])

---

[1]) Vgl. hierzu Artikel II der in Anm. 3 abgedruckten Verordnung vom 28. Dezember 1918

[2]) § 9 Abs. 2 und 3 sind geändert durch die Verordnung vom 19. Dezember 1918:
§ 2. Die Wählerlisten sind zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember 1918 auszulegen. Einsprüche gegen die Wählerlisten sind binnen einer Woche zu erledigen.

[3]) Diese am 28. Dezember 1918 erlassene Verordnung lautet:

Artikel I.

Auf Grund von § 9 Abs. 4 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 wird folgendes angeordnet:

§ 1. Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinignng über ihre Heimkehr dort zur Wahl zuzulassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten. § 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung.

§ 2. Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte (§§ 2, 4 des Reichswahlgesetzes) ausgestellt werden.

Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder (an Bord) des Kommandanten nach folgendem Muster ausgestellt [nicht mit abgedruckt].

Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichs-Marineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3. Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

Artikel II.

In Ergänzung des § 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes wird folgendes angeordnet:

Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der zunächstgelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

Für den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reiches befinden, bleibt der Erlaß einer besonderen Verordnung vorbehalten, wonach die Angehörigen dieser Truppenverbände nach ihrer Rückkehr, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgefangenen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer besonderen Nachwahl Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wählen.

§ 10. Das Wahlrecht kann nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist.[4])

Jeder darf nur an einem Orte wählen.

§ 11. Beim Wahlkommissar sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag Wahlvorschläge einzureichen.[5])

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

§ 12. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.

Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den andern Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

§ 13. Für die Prüfung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung wird für jeden Wahlkreis ein Wahlausschuß gebildet, der aus dem Wahlkommissar als Vorsitzendem und vier Beisitzern besteht.

Artikel 1 der vorstehenden Verordnung findet nach der Verordnung vom 14. Januar 1919 auch auf die aus dem Felde, der Internierung und der Gefangenschaft heimkehrenden Angehörigen der Schutztruppen entsprechende Anwendung. Die Bescheinigungen über die Heimkehr werden vom Reichskolonialamt, Kommando der Schutztruppen, ausgestellt.

Nach der Verordnung vom 21. Januar 1919 waren die Angehörigen der im Osten stehenden Truppenverbände berechtigt, am 2. Februar 1919 in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl zwei Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zu wählen, soweit die Angehörigen an diesem Tage wahlberechtigt waren und sich noch außerhalb des Reichsgebiets befanden. Die örtlichen Soldatenräte wurden ermächtigt, die Wahlen unter tunlichster Anlehnung an die für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung geltenden Vorschriften durchführen zu lassen.

[4]) Vgl. hierzu die Verordnung vom 14. Januar 1919.

§ 1. Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 19. Januar 1919 zur Bewachung von Wahlräumen kommandiert und daher verhindert sind, in ihrem Wohnorte zu wählen, sind berechtigt, das Wahlrecht in den Wahlräumen, zu deren Bewachung sie kommandiert sind, auszuüben, auch wenn sie dort in der Wählerliste nicht eingetragen sind. § 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet auf sie keine Anwendung.

§ 2. Das Wahlrecht kann von ihnen auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers mit folgendem Inhalt ausgestellt wird [nicht mit abgedruckt].

Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichs-Marineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3. Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokolle beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

[5]) § 11 Abs. 1 ist geändert durch die Verordnungen vom 19. Dezember 1918 und 9. Januar 1919. Vgl. Wahlordnung § 12 (unten S. 112[9]).

Der Wahlausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.

§ 14. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlraums mit den Namen der Bewerber, denen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen.

Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein.

§ 15. Die Wahlhandlung und die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

§ 16. Gewählt wird mit verdeckten Stimmzetteln. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 17. Über die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorbehaltlich der Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Wahlvorsteher den Ausschlag.

Die ungültigen Stimmzettel sind dem Wahlprotokoll beizufügen. Die gültigen verwahrt der Wahlvorsteher so lange versiegelt, bis die Wahl für gültig erklärt worden ist.

§ 18. Behufs Ermittlung des Wahlergebnisses ist vom Wahlausschusse (§ 13 Abs. 1) festzustellen, wieviel gültige Stimmen abgegeben und wie viele hiervon auf jeden Wahlvorschlag und auf die verbundenen Wahlvorschläge gemeinschaftlich entfallen sind.

§ 19 Die Abgeordnetensitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen nach § 18 zustehenden Stimmen verteilt. Die Berechnungsweise wird in der Wahlordnung (§ 22) geregelt.

§ 20. Für die Verteilung der einem Wahlvorschlage zugeteilten Abgeordnetensitze unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen maßgebend.

§ 21. Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder nachträglich aus der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ausscheidet, tritt an seine Stelle ohne die Vornahme einer Ersatzwahl der Bewerber, der demselben Wahlvorschlag oder, wenn dieser erschöpft ist, einem mit ihm verbundenen Wahlvorschlag angehört und nach dem Grundsatz des § 20 hinter dem Abgeordneten an erster Stelle berufen erscheint.

Ist ein solcher Bewerber nicht vorhanden, so bleibt der Abgeordnetensitz unbesetzt.

§ 22. Das Wahlverfahren wird auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung näher geregelt, die der Staatssekretär des Innern erläßt.

§ 23. Die Kosten für die Vordrucke zu den Wahlprotokollen und für die Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen werden von den Bundesstaaten, alle übrigen Kosten des Wahlverfahrens von den Gemeinden getragen.

§ 24. Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden Sonntag, den 16. Februar 1919, statt.[6])

§ 25. Beschließt die deutsche Nationalversammlung, daß Deutsch-Österreich seinem Wunsche entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-österreichischen Abgeordneten ihr als gleichberechtigte Mitglieder bei.

Voraussetzung für den Beitritt ist, daß die Abgeordneten auf Grund allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahlen unter Beteiligung auch der Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die

---

[6]) Geändert durch § 1 der Verordnung vom 19. Dezember 1918:

§ 1. Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden Sonntag, den 19. Januar 1919, statt.

Zahl der Abgeordneten wird auf der Grundlage bestimmt, daß durchschnittlich auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter entfällt. Der Wahltag braucht mit dem deutschen Wahltag nicht zusammenzufallen.

§ 26. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten. Ebert. Haase.

Der Staatssekretär des Innern. Dr. Preuß.

Anlage.

Nr.	Je einen Wahlkreis bilden	Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mit Einwohnern	In dem Wahlkreis sind an Abgeordneten zu wählen
1	die Provinz Ostpreußen	2 064 175	14
2	die Provinz Westpreußen	1 703 474	11
3	die Stadt Berlin	2 071 257	14
4	die Reichstagswahlkreise Potsdam 1—9, soweit sie zum Regierungsbezirke Potsdam gehören .	1 544 851	10
5	der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirke Potsdam gehört . .	1 314 576	9
6	der Regierungsbezirk Frankfurt a. O.	1 233 189	8
7	die Provinz Pommern	1 716 921	11
8	die Provinz Posen	2 099 831	14
9	der Regierungsbezirk Breslau	1 841 398	12
10	der Regierungsbezirk Oppeln	2 207 981	15
11	der Regierungsbezirk Liegnitz	1 176 583	8
12	der Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt .	1 580 118	11
13	der Regierungsbezirk Merseburg	1 309 510	9
14	die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Lübeck	1 662 304	11
15	die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck	1 041 810	7
16	die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie Braunschweig	2 356 856	16
17	die Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe	1 971 486	13
18	der Regierungsbezirk Arnsberg	2 399 849	16
19	die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner der Kreis Wetzlar vom Regierungsbezirke Coblenz sowie Waldeck	2 251 629	15
20	die Regierungsbezirke Cöln und Aachen . . .	1 940 317	13
		Übertrag . . .	237

Nr.	Je einen Wahlkreis bilden	Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mit Einwohnern	In dem Wahlkreis sind an Abgeordneten zu wählen
	Übertrag . . .		237
21	die Regierungsbezirke Coblenz und Trier, ohne den Kreis Wetzlar, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld	1 750 819	12
22	die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1—5, soweit sie zum Regierungsbezirke Düsseldorf gehören	1 820 598	12
23	die Reichstagswahlkreise 6—12 des Regierungsbezirkes Düsseldorf	1 597 790	11
24	die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben	2 321 918	15
25	die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz	1 324 615	9
26	die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken	2 303 673	15
27	der Regierungsbezirk Pfalz	937 085	6
28	die sächsischen Reichstagswahlkreise 1—9 . . .	1 771 117	12
29	die sächsischen Reichstagswahlkreise 10—14 . .	1 165 330	8
30	die sächsischen Reichstagswahlkreise 15—23 . .	1 870 214	12
31	der Neckarkreis und der Jagstkreis	1 297 538	9
32	der Schwarzwaldkreis und der Donaukreis sowie der Regierungsbezirk Sigmaringen	1 211 047	8
	Durch Verordnung vom 6. Dezember 1918 wurden die Wahlkreise 31 und 32 zu einem das ganze württembergische Staatsgebiet und den Regierungsbezirk Sigmaringen umfassenden Wahlkreis vereinigt, in dem 17 Abgeordnete zu wählen waren.		
33	Baden	2 142 833	14
34	Hessen	1 282 051	9
35	Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck	862 999	6
36	die thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkalden	2 160 692	14
37	Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade	1 743 545	12
38	Elsaß-Lothringen	1 874 014	12
	Zusammen . . .		433

Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Vom 30. November 1918.

Auf Grund des § 22 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918 (RGBl. S. 1345) wird folgende Wahlordnung erlassen:

§ 1. Für jede Gemeinde (selbständigen Gutsbezirk und desgleichen) ist die Wählerliste nach dem in der Anlage A beigefügten Vordruck von dem Gemeindevorstand (Ortsvorstand, Inhaber eines selbständigen Gutsbezirkes, Magistrat usw.) in zwei gleichlautenden Stücken aufzustellen.[7])

In Gemeinden, die in mehrere Stimmbezirke zerfallen, werden die Wählerlisten für die einzelnen Bezirke besonders aufgestellt.

§ 2. In die Wählerliste sind alle Wahlberechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort in alphabetischer Ordnung einzutragen.

Es können nach Geschlechtern getrennte Wählerlisten angelegt werden.

Die Wählerlisten dürfen auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wahlberechtigten eingetragen werden.[8])

§ 3. Der Tag, von dem ab die Wählerlisten auszulegen sind, wird vom Staatssekretär des Innern bestimmt.

Der Gemeindevorstand hat vor der Auslegung der Wählerlisten in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerlisten zu erheben sind.

§ 4. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindeverwaltungsbehörde oder einem von ihr ernannten Kommissar schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Wenn der Einspruch nicht sofort für begründet erachtet wird, entscheidet über ihn die nach § 10 zuständige Behörde.

Die Entscheidung muß binnen vierzehn Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist erfolgt und den Beteiligten bekanntgegeben sein.

§ 5. Im Falle einer Berichtigung der Wählerliste sind die Gründe der Streichungen und Nachträge am Rande der Liste unter Angabe des Datums kurz zu vermerken. Etwaige Belege sind dem Hauptstück der Wählerliste beizuheften.

§ 6. Nach dem Ablauf der Auslegungsfrist können in die Wählerliste Wahlberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnsitz nach einem anderen Stimmbezirke, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Stimmbezirks auf Grund einer hierüber von der Gemeindebehörde auszustellenden Bescheinigung im Stimmbezirke seines neuen Wohnsitzes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

§ 7. Die beiden gleichmäßig berichtigten Stücke der Wählerliste sind nach Ablauf der Frist des § 4 Abs. 3 vom Gemeindevorstand abzuschließen und zu unterschreiben.

Hierbei hat der Gemeindevorstand eine Bescheinigung darüber auszustellen, daß und wie lange die Wählerliste ausgelegen hat, sowie daß die Bekanntmachung hierüber und ebenso die im § 30 vorgeschriebenen ortsüblichen Bekannt-

---

[7]) Anlage A ist nicht mit abgedruckt.

[8]) Abs. 3 neugefaßt durch Verordnung vom 19. Dezember 1918.

machungen erfolgt sind. Außerdem ist auf dem zweiten Stücke der Wählerliste amtlich zu bescheinigen, daß es mit dem Hauptstück völlig übereinstimmt.

§ 8. Das Hauptstück der Wählerliste nebst den Belegen hat der Gemeindevorstand sorgfältig aufzubewahren, das zweite Stück dagegen dem Wahlvorsteher zur Benutzung bei der Wahl zu übersenden.

In Stimmbezirken, die aus mehr als einer Gemeinde bestehen, heften die Wahlvorsteher die ihnen aus den einzelnen Gemeinden zugehenden Wählerlisten zu einer Wählerliste zusammen.

§ 9. Jeder Stimmbezirk soll durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 umfassen.

Die zuständigen Behörden haben dem Wahlkommissar über die Abgrenzung der Stimmbezirke unverzüglich Anzeige zu erstatten.

§ 10. Aus der Anlage B ergeben sich die Behörden, die in den einzelnen Bundesstaaten für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraums zuständig sind.

Sind die dort genannten Behörden durch andere ersetzt worden, so treten diese an ihre Stelle.

§ 11. Die Wahlkommissare sind unverzüglich nach dem Erlasse dieser Verordnung zu ernennen; die Ernennung ist öffentlich bekanntzumachen.

Den Wahlkommissar ernennt für die preußischen Wahlkreise, falls sie mehrere Regierungsbezirke umfassen, der Oberpräsident, sonst der Regierungspräsident. Gehören zu diesen Kreisen die Gebiete anderer Bundesstaaten, so sind zuvor die beteiligten Landesregierungen zu hören.

Den Wahlkommissar für den 32. Wahlkreis ernennt die Landesregierung von Württemberg, für den 35. Wahlkreis die Landesregierung von Mecklenburg-Schwerin, für den 36. Wahlkreis die Landesregierung von Sachsen-Weimar und für den 37. Wahlkreis die Landesregierung von Hamburg nach Anhörung der mitbeteiligten Landesregierungen.

Im übrigen ernennt die Landesregierung den Wahlkommissar.

§ 12. Der Wahlkommissar hat spätestens vier Wochen vor dem Wahltag zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch eine Bekanntmachung in den zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blättern des Wahlkreises aufzufordern.

In der Bekanntmachung sind die Tage zu bezeichnen, an denen spätestens die Wahlvorschläge einzureichen und die Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erklären sind.

Die Bekanntmachung soll die Vorschriften über Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschläge wiedergeben.

Möglichst gleichzeitig, spätestens vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge sind die Namen der Beisitzer des Wahlausschusses (§ 22) öffentlich bekanntzugeben.[9]

§ 13. Wahlvorschläge können auch vor der öffentlichen Aufforderung eingereicht werden, sobald der Wahlkommissar ernannt ist.

§ 14. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

---

[9]) § 12 ist durch § 3 der Verordnung vom 19. Dezember 1918 (vgl. Wahlgesetz § 11) geändert:

§ 3. Die Wahlvorschläge sind spätestens am 4. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen.

Die Wahlkommissare haben die im § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 (RGBl. S. 1353) vorgeschriebene Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort zu erlassen.

Ferner bestimmt die Verordnung vom 9. Januar 1919:

§ 1. Im 8. Wahlkreis (Provinz Posen) sind die Wahlvorschläge spätestens am 10. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen.

§ 15. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlage sind außer den durch § 11 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Gemeindebehörden haben solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei auszustellen.

§ 16. In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschusse, zur Rücknahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmanns bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmanns, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmanns, sobald die Erklärung dem Wahlkommissar zugeht.

§ 17. Der Wahlkommissar hat die Vertrauensmänner unverzüglich zur Beseitigung von Mängeln der eingereichten Wahlvorschläge aufzufordern.

Die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen können nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltag beseitigt werden. Innerhalb derselben Frist müssen Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen desselben Wahlkreises benannt sind, dem Wahlkommissar erklären, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheiden.

§ 18. Bewerber, gegen deren Wählbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, können innerhalb der Frist des § 17 Abs. 2 durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags einen entsprechenden Antrag schriftlich stellt.

In gleicher Weise kann die Zahl der Bewerber bis zur gesetzlichen Höchstzahl (§ 11 des Reichswahlgesetzes) nachträglich ergänzt werden.

§ 19. Der Wahlkommissar soll darauf hinwirken, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen.

§ 20. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

Sind Erklärungen abgegeben worden, nach denen ein Wahlvorschlag verschiedenen Gruppen angehören soll, so hat der Wahlkommissar durch eine Verhandlung mit den Vertrauensmännern auf eine vorschriftsmäßige Verbindung der Wahlvorschläge hinzuwirken.

§ 21. Der Vertrauensmann kann gegen Verfügungen, die der Wahlkommissar auf Grund der §§ 17 bis 20 erläßt, die Entscheidung des Wahlausschusses anrufen.

§ 22. Zwecks Bildung des Wahlausschusses beruft der Wahlkommissar vier Wahlberechtigte aus dem Wahlkreis und verpflichtet sie durch Handschlag an Eides Statt Der Wahlkommissar soll zwei Wahlberechtigte bestimmen, die bei Behinderung der Beisitzer für diese einzutreten haben.

Außerdem hat er einen Schriftführer hinzuziehen und in gleicher Weise zu verpflichten.

Die Beisitzer des Wahlausschusses erhalten keine Vergütung.

§ 23. Der Wahlausschuß entscheidet unverzüglich nach dem Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln (§ 17 Abs. 2) in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen.

§ 24. In den Wahlvorschlägen werden die Namen der Bewerber gestrichen, deren Persönlichkeit nicht feststeht, deren Zustimmungserklärung fehlt, die nach-

gewiesenermaßen nicht wählbar sind oder die auf mehreren Wahlvorschlägen desselben Wahlkreises benannt sind.

Bewerber, die auf demselben Wahlvorschlage mehrmals benannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen.

Bleiben danach auf einem Wahlvorschlage mehr Namen stehen, als nach § 11 des Reichswahlgesetzes zulässig sind, so werden die Namen gestrichen, die in der Reihenfolge der Benennungen der gesetzlich zugelassenen Zahl nachfolgen.

§ 25. Nicht zuzulassen sind Wahlvorschlage oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht oder erklart sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen.

Kommt bei der Verhandlung nach § 20 Abs. 2 eine Einigung nicht zustande, so sind die in Betracht kommenden Verbindungen nicht zuzulassen.

§ 26. Werden Namen auf Wahlvorschlägen gestrichen oder Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen nicht zugelassen so ist hiervon dem Vertrauensmann unter Beifügung von Gründen Mitteilung zu machen.

§ 27. Der Name des Bewerbers der in dem Wahlvorschlag an erster Stelle genannt ist dient zur Bezeichnung des Wahlvorschlags.

§ 28. Der Wahlausschuß hat gleichzeitig sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge in der Form, in der sie zugelassen werden, aber unter Weglassung der Namen der Unterzeichner und Vertrauensmänner, spätestens am 5. Tage vor dem Wahltag durch die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter des Wahlkreises bekanntzumachen.

Hierbei ist zugleich anzugeben, welche Wahlvorschläge miteinander verbunden sind.

In der Bekanntmachung soll die rechtliche Bedeutung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung kurz erläutert werden.

§ 29. Die nach § 10 zuständigen Behörden haben bei der Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters zugleich den Raum zu bestimmen, in dem die Wahl vorzunehmen ist.

In großen Stimmbezirken ist es zulässig, daß die Wahlen gleichzeitig in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes vorgenommen werden, sofern die Wählerlisten nach Geschlechtern getrennt angelegt sind oder sonst geteilt werden können. Voraussetzung hierfür ist, daß beide Wahlräume alle vorgeschriebenen Einrichtungen enthalten, in dem zweiten Wahlraum der Stellvertreter des Wahlvorstehers die Wahl leitet und für den zweiten Wahlraum ein besonderer Schriftführer bestellt wird.[10])

§ 30. Die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, die Bestimmung des Wahlraums sowie Tag und Stunde der Wahlen sind spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag durch die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter zu veröffentlichen und außerdem von den Gemeindevorständen in ortsüblicher Weise bekanntzugeben.

§ 31. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags.

§ 32. Der Wahlvorsteher lädt die Mitglieder des Wahlvorstandes spätestens am 3. Tage vor dem Wahltag ein, bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen.

Die Mitglieder des Wahlvorstandes erhalten keine Vergütung.

§ 33. Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß er von allen Seiten zugänglich ist.

An diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß viereckig sein. Im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder

[10]) Abs. 2 eingefügt durch Verordnung vom 19. Dezember 1918.

Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

Es ist entweder durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstische getrennten Nebentischen Vorsorge dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag.

Je ein Abdruck des Reichswahlgesetzes, dieser Wahlordnung und der nach § 28 für den Wahlkreis erlassenen Bekanntmachung ist im Wahlraum auszulegen.

§ 34. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 : 12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben. Die Umschläge sollen 12 : 15 Zentimeter groß und aus undurchsichtigem Papier hergestellt sein; sie sind in der erforderlichen Zahl bereitzuhalten.

Im Wahlraum dürfen Stimmzettel weder aufgelegt noch verteilt werden.

§ 35. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Schriftführer und die Beisitzer durch Handschlag an Eides Statt verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet.

Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig sein. Der Wahlvorsteher und der Schriftführer dürfen sich während der Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen; verläßt einer von ihnen vorübergehend den Wahlraum, so ist mit seiner Vertretung ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 36. Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wahlberechtigte (§ 2 des Reichswahlgesetzes). Ansprachen darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen.

Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ein Wahlberechtigter des Stimmbezirkes, der hiervon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

§ 37. Der Wahlvorsteher leitet die Wahl. Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum oder Nebentische (§ 33 Abs. 3) aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, steckt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die nicht in dem abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wählern, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentische nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

§ 38. Der Schriftführer vermerkt die Stimmabgabe jedes Wählers neben dessen Namen in der Wählerliste.

§ 39. Um 8 Uhr nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Hiernach dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Umschläge werden aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt. Zugleich wird die Zahl der Abstimmungsvermerke in der Wählerliste festgestellt (§ 38). Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit, so ist dies im Wahlprotokoll anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

§ 40. Kann die Prüfung der Umschläge und Stimmzettel am Wahltag nicht mehr vorgenommen werden, so hat der Wahlvorsteher für die Versiegelung und Aufbewahrung der uneröffneten Wahlvorschläge Sorge zu tragen.

§ 41. Bei der Prüfung des Abstimmungsergebnisses, die spätestens am nächstfolgenden Tage erfolgen muß, öffnet ein Beisitzer die Umschläge, nimmt die Stimmzettel heraus und übergibt sie dem Wahlvorsteher, der sie laut vorliest und nebst den Umschlägen einem anderen Beisitzer zur Aufbewahrung bis zum Ende der Wahlhandlung übergibt.

§ 42. Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. die nicht von weißem Papier sind;
3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
5. aus denen nicht die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist;
6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthalten;
7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten;
8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungültig.

Die gültigen Stimmzettel sind ohne Rücksicht auf ihre Vollständigkeit und die Reihenfolge der Benennungen den einzelnen Wahlvorschlägen zuzurechnen.

§ 43. Der Schriftführer vermerkt im Protokoll jede dem einzelnen Wahlvorschlage zugefallene Stimme und zählt die Stimmen laut.

In gleicher Weise führt einer der Beisitzer eine Gegenliste, die ebenso wie die Wählerliste beim Schlusse der Wahlhandlung vom Wahlvorstande zu unterschreiben und dem Protokoll beizufügen ist.

§ 44. Die Stimmzettel, über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlvorstand Beschluß fassen muß, sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und dem Protokoll beizufügen. Im Protokoll sind die Gründe kurz anzugeben, aus denen die Stimmzettel für gültig oder ungültig erklärt worden sind.

Wenn ein Stimmzettel wegen der Beschaffenheit des Umschlags für ungültig erklärt worden ist, ist auch der Umschlag anzuschließen.

§ 45. Alle Stimmzettel und Umschläge, die nicht nach § 44 dem Wahlprotokoll beizufügen sind, hat der Wahlvorsteher in Papier einzuschlagen, zu versiegeln und aufzubewahren, bis die Wahl für gültig erklärt worden ist.

§ 46. Über die Wahlhandlung ist ein Protokoll nach dem in der Anlage C beigefügten Vordruck aufzunehmen.[11])

§ 47. Den Wahlvorständen und den Wahlausschüssen können für die Prüfung der Abstimmung und die Ermittlung des Wahlergebnisses Beamte als Hilfsarbeiter beigegeben werden.

Zuständig zur Bestellung der Hilfsarbeiter bei den Wahlvorständen sind die für die Ernennung der Wahlvorsteher zuständigen Behörden, für die Bestellung der Hilfsarbeiter bei den Wahlausschüssen die Wahlkommissare.

Die Hilfsarbeiter nehmen an der Beschlußfassung nicht teil.

§ 48. Die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken sind von den Wahlvorstehern ungesäumt, jedenfalls aber so zeitig dem Wahlkommissar einzureichen, daß sie spätestens im Laufe des 3. Tages nach dem Wahltag in dessen Hände gelangen.

Die Wahlvorsteher sind für die pünktliche Ausführung dieser Vorschrift verantwortlich.

§ 49. Zur Ermittlung des Wahlergebnisses beruft der Wahlkommissar den Wahlausschuß auf den 6. Tag nach dem Wahltag in einen von ihm zu bestimmenden Raum.

Es können andere Beisitzer als zur Prüfung der Wahlvorschläge zugezogen werden.

Ort und Zeit der Sitzung sind öffentlich bekanntzugeben. Jeder Wahlberechtigte (§ 2 des Reichswahlgesetzes) hat Zutritt.

§ 50. In der Sitzung des Wahlausschusses werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Stimmbezirken durchgesehen und die Ergebnisse der Wahlen zusammengestellt.

Geben die Wahlen in den einzelnen Stimmbezirken zu Bedenken Anlaß, so kann der Wahlkommissar die von den Wahlvorstehern aufbewahrten Stimmzettel und Umschläge (§ 45) einfordern und einsehen.

§ 51. Zwecks Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Wahlvorschläge gemäß § 19 des Reichswahlgesetzes werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Stimmenzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert werden können, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Abgeordnetensitze wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Wenn die an letzter Stelle stehende Höchstzahl auf mehrere Wahlvorschläge zugleich entfällt, entscheidet das Los.

§ 52. Sind verbundene Wahlvorschläge vorhanden, so wird bei der Verteilung der Abgeordnetensitze auf die einzelnen Wahlvorschläge jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge als ein Wahlvorschlag angesehen und ihr die ihrer Gesamtstimmenzahl entsprechende Zahl von Abgeordnetensitzen zugewiesen.

Ist so die Zahl der Abgeordnetensitze festgestellt, die auf jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge zusammen entfallen, so werden nach den Grundsätzen des § 51 die Abgeordnetensitze auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahlvorschläge unterverteilt.

§ 53. Wenn ein Wahlvorschlag oder eine Gruppe verbundener Wahlvorschläge weniger Bewerber enthält, als auf sie Höchstzahlen entfallen, so gehen die überschüssigen Sitze auf die Höchstzahlen der anderen Wahlvorschläge über.

§ 54. Das Ergebnis der Wahl wird von dem Wahlkommissar sofort nach seiner Feststellung unter Angabe der Zahlen der auf die einzelnen Wahlvorschläge und auf jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge entfallenen gültigen Stimmen sowie der Namen der Gewählten verkündet.

In gleicher Weise wird das Ergebnis der Wahl unverzüglich durch die

[11]) Anlage C nicht mit abgedruckt.

zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter des Wahlkreises bekanntgegeben.

§ 55. Über die Verhandlungen zur Ermittlung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll nach dem als Anlage D beigefügten Vordruck aufzunehmen.[12])

§ 56. Der Wahlkommissar hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären.

Schweigen oder Annahme unter Vorbehalt oder Verwahrung gilt als Ablehnung.

§ 57. Sämtliche Verhandlungen über die Wahlen in den Stimmbezirken und über die Ermittlung des Wahlergebnisses werden von dem Wahlkommissar unverzüglich der vorgesetzten Landeszentralbehörde zur Mitteilung an die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorgelegt.

§ 58. Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder nachträglich aus der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ausscheidet, hat die zur Ernennung des Wahlkommissars zuständige Behörde (§ 11) unverzüglich die nach § 21 des Reichswahlgesetzes notwendigen Feststellungen herbeizuführen. Erforderlichenfalls ernennt sie einen neuen Wahlkommissar und macht dies öffentlich bekannt.

§ 59. Der Wahlkommissar beruft unverzüglich den Wahlausschuß gemäß § 49.

Der Wahlausschuß stellt auf Grund des nach § 55 aufgenommenen Protokolls fest, wer nach § 21 des Reichswahlgesetzes als Ersatzmann in die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung eintritt. § 56 findet Anwendung.

§ 60. Ist ein Bewerber nicht vorhanden, der an die Stelle des Ablehnenden oder Ausscheidenden zu treten hätte, so stellt der Wahlausschuß dies in einem mit Gründen versehenen Beschlusse fest.

§ 61. Wird im Wahlprüfungsverfahren die ganze Wahl in einem Wahlkreis für ungültig erklärt, so hat die nach § 11 zuständige Behörde sofort eine Nachwahl für den Wahlkreis zu veranlassen. Erforderlichenfalls ernennt sie einen neuen Wahlkommissar und macht dies öffentlich bekannt.

§ 62. Die Nachwahl findet nach denselben Vorschriften statt wie die erste.

Die Stimmbezirke, die Wahlräume, die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter bleiben unverändert, soweit nicht eine Änderung nach dem Ermessen der nach § 10 zuständigen Behörde geboten erscheint. Solche Änderungen sind gemäß § 30 öffentlich bekanntzumachen. Die Bescheinigung hierüber ist nicht auf der Wählerliste zu erteilen, sondern von den Gemeindevorständen den Wahlvorstehern noch vor dem Wahltag besonders einzureichen.

§ 63. Findet die Nachwahl binnen Jahresfrist nach dem Wahltag statt, so sind dieselben Wählerlisten anzuwenden wie bei der ersten Wahl. Sie sind zu diesem Zwecke von den Wahlakten zu trennen und den Wahlvorstehern zuzustellen. Eine wiederholte Auslegung und Berichtigung der Listen findet nicht statt.

§ 64. Findet die Nachwahl später als ein Jahr nach dem Wahltag statt, so müssen die gesamten Wahlvorbereitungen, einschließlich der Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten, erneuert werden. Der Tag, an dem die Auslegung der Wählerlisten beginnt, ist von der nach § 11 zuständigen Behörde festzusetzen.

§ 65. Für jede Nachwahl sind neue Wahlvorschläge einzureichen.

Berlin, den 30. November 1918.

Der Staatssekretär des Innern.
Dr. Preuß.

---

[12]) Anlage D nicht mit abgedruckt.

Verzeichnis der Behörden, die in den einzelnen Bundesstaaten für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraums zuständig sind.

I. Preußen.

1. In den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz auf dem Lande: der Landrat, in den Städten: der Magistrat und, wo kein kollegialischer Gemeindevorstand vorhanden ist, der Bürgermeister;

2. in der Provinz Hannover: auf dem Lande und in den Städten, auf die die Hannoversche revidierte Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetzsamml. S. 141) nicht Anwendung findet: der Landrat, in den übrigen Städten: der Magistrat;

3. in Berlin: der Magistrat;

4. in den Hohenzollernschen Landen: der Oberamtmann.

II. Bayern.

In den einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städten: die Magistrate, in den übrigen Distriktsverwaltungsbezirken: die Bezirksämter.

III. Sachsen.

Die Gemeindeobrigkeiten, zugleich für die in ihrem Bezirke gelegenen exemten Grundstücke.

IV. Württemberg.

Für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten: der Gemeinderat, im übrigen: der Oberamtmann, im Stadtbezirke Stuttgart: der Stadtdirektor.

V. Baden.

Die Bezirksräte, in dringenden Fällen für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraums: die Bezirksämter.

VI. Hessen.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten: der Kreisausschuß, im übrigen: die Kreisämter.

VII. Mecklenburg-Schwerin.

Die Ortsobrigkeiten.

VIII. Sachsen-Weimar.

Die Gemeindevorstände.

IX. Mecklenburg-Strelitz.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke und für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter: die Landesregierung in Neustrelitz, im übrigen: die Ortsobrigkeiten.

X. Oldenburg.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke: das Staatsministerium; für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten: die den Wahlvorstehern zunächst vorgesetzten Behörden; für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter: das Staatsministerium, Departement des Innern; für die Bestimmung des Wahlraums: die Wahlvorsteher.

XI. Braunschweig.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten: in den Städten: der Stadtmagistrat, auf dem Lande: die Kreisdirektion, im übrigen: der Gemeindevorstand beziehungsweise der Wahlvorsteher.

XII. Sachsen-Meiningen.

Für die Bestimmung des Wahlraums: der Gemeindevorstand, im übrigen: in den Städten: der Magistrat beziehungsweise das Bürgermeisteramt, auf dem Lande: der Landrat.

XIII. Sachsen-Altenburg.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten: in den Städten: die Stadträte, auf dem Lande: die Landratsämter; für die Bestimmung des Wahllokals: die Wahlvorsteher; im übrigen: das Ministerium, Abteilung des Innern.

XIV. Sachsen-Coburg und Gotha.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten und für die Bestimmung des Wahlraums: die Wahlkommissarien, im übrigen: das Staatsministerium.

XV. Anhalt.

Die Kreisdirektionen.

XVI. Schwarzburg-Rudolstädt.

Für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und für die Bestimmung des Wahlraums: der Gemeindevorstand, im übrigen: das Landratsamt.

XVII. Schwarzburg-Sondershausen.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke: das Ministerium, im übrigen: die Landräte.

XVIII. Waldeck.

Der Kreisamtmann.

XIX. Reuß ä. L.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke: die Landesregierung, im übrigen: das Landratsamt.

XX. Reuß j. L.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke: das Ministerium; für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten: der Gemeindevorstand, im übrigen: das Landratsamt.

XXI. Schaumburg-Lippe.

Das Ministerium.

XXII. Lippe.

Die Regierung.

XXIII. Lübeck.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke: der Senat, im übrigen: der Bürgerausschuß.

XXIV. Bremen.

Die Wahldeputation.

XXV. Hamburg.

Die Zentral-Wahlkommission.

Zweiter Teil.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Der Aufmarsch der Parteien.

Die Umgestaltung aller politischen Verhältnisse durch die Revolution vom 9. November 1918 hat auch eine tiefgreifende Verschiebung der bisherigen Parteiverhältnisse zur Folge gehabt. An dem Wahlkampf für die verfassunggebende Nationalversammlung beteiligten sich die nachfolgend in der Reihenfolge von rechts nach links (von der bisherigen konservativen bis zur bisherigen sozialdemokratischen Partei) aufgeführten Parteien, die sich zumeist neue Namen beigelegt hatten: Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Christliche Volkspartei (Zentrum), Deutsche demokratische Partei, Sozialistische Partei Deutschlands („S. P. D.“), Unabhängige sozialistische Partei Deutschlands („U. S. P. D.“) [1].

I. Die deutschnationale Volkspartei.

a) In der am weitesten rechts stehenden deutschnationalen Volkspartei haben sich alle diejenigen Bestandteile des früheren Reichstags zusammengefunden, die den deutsch-völkischen Gedanken betonten und mit ihm die christliche Weltanschauung als Leitsatz ihrer Politik verbanden.

1. Den Hauptteil der neuen Partei bilden die bisherigen Deutschkonservativen.

---

[1]) Nicht am Wahlkampf beteiligten sich die Polen sowie die radikalsten Teile der Sozialdemokraten, die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführte sog. Spartakusgruppe. Diese Bezeichnung geht auf Spartakus, den Anführer der Bewegung auf Befreiung der Sklaven im alten Rom (73—71 v. Chr.), zurück, die nach anfänglichen Erfolgen mit einer Vernichtung der Sklavenheere geendet hat. Die Spartakusgruppe verfügte bis zur Revolution vom 9. November 1918 über kein eigenes Preßorgan, betrieb ihre Propaganda vielmehr durch Schriftstücke, die vielfach mit „Spartakus“ unterzeichnet waren. Die Spartakisten streben die unbeschränkte „Diktatur des Proletariats“ an, verwerfen daher jedes aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Parlament.

In Elsaß-Lothringen wurden die Wahlen für die Nationalversammlung von der französischen Besatzungsarmee nicht zugelassen im Gegensatz zu dem Verhalten Deutschlands im Jahre 1871.

Nach den Ereignissen von 1848 fanden sich alle Gegner der überwundenen Umsturzbewegung in der konservativen Partei zusammen. Sie hatten in der neu gegründeten „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" ein Organ, das ihre Grundanschauungen in der Oeffentlichkeit vertrat („Kreuzzeitungs-Partei"): Stärkung des Königtums und seiner Stützen, des Adels und der Armee, Rückwärtsrevidierung der oktroyierten Verfassung, Erhaltung des Einflusses der Kirche, Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen. Ihre ersten Führer waren General Leopold von Gerlach (1790—1861), der Generaladjutant Friedrich Wilhelms IV. und Führer der von den Gegnern als „Kamarilla" bezeichneten rückschrittlichen Hofpartei, sein Bruder, der Jurist Ernst Ludwig von Gerlach (1795—1877), Friedrich Julius Stahl (1802—1861), jüdischer Abkunft, seit 1840 Professor der Rechtsphilosophie, des Staats- und Kirchenrechts in Berlin, der der konservativen Partei das geistige Rüstzeug geliefert hat, und Hermann Wagener (1815—1889), der erste Hauptschriftleiter der Kreuzzeitung.

Nach den letzten Wahlen vor dem Umsturz im Jahre 1912 zählte die deutschkonservative Fraktion des Reichstags 45 Mitglieder und 2 Hospitanten. Ihre einflußreichsten Führer waren v. Heydebrand und der Lase, Dr. Oertel, der Leiter des 1893 gegründeten Bundes der Landwirte, Graf Westarp. Ihre Parteirichtung erhellt am besten aus dem „Revidierten Programm" vom 8. September 1892, dem sog.

Tivoliprogramm.

Die Deutschkonservative Partei hält es für geboten, in Anlehnung an die bewährten Grundsätze, welche in ihrem Programm von 1876 ausgesprochen sind, zu den wesentlichen Aufgaben der Gegenwart in nachstehendem Programm Stellung zu nehmen.

1. Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Betätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung.

Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die notwendige Vorbedingung zur Gesundung unseres Volkslebens.

Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränität sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen, andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Übergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten.

Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande.

Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben.

Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler.

2. Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechtigte Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme gewahrt werde.

Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

3. Wir wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangetastet erhalten wissen und bekämpfen, bei gesetzlich gesicherter bürgerlicher Freiheit für alle und bei wirksamer Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung, jeden Versuch, die Monarchie zugunsten eines parlamentarischen Regimentes zu beschränken.

4. Wir können nur eine solche Weiterbildnug unseres öffentlichen und privaten Rechtes als segensreich anerkennen, welche, auf den realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen fußend, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Stetigkeit unserer gesamten politischen, sozialen und geistigen Entwicklung sichert.

Wir erwarten, daß das neue Bürgerliche Gesetzbuch von deutschnationalem Rechtsbewußtsein getragen werde.

5. Für die gebotene Sparsamkeit bei allen öffentlichen Ausgaben in Reich und Staat treten wir ein zur Erhaltung der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der Steuerkraft des Volkes.

6. Wir sehen in der vollen Wehrkraft des deutschen Volkes eine unerläßliche Bedingung für die Machtstellung der Nation und für die Erhaltung des Friedens.

7. Die maßvolle Fortführung einer zielbewußten Kolonialpolitik unter dem Schutze des Reiches werden wir unterstützen.

8. Wir stehen auf dem Boden der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881, welche die Grundsätze des praktischen Christentums in der Gesetzgebung zur Geltung bringt.

Die auf Grund dieser Botschaft erlassenen Gesetze, betreffend die Einrichtung von Krankenkassen, die Versicherung gegen Unfall und die Invaliditäts- und Altersversicherung, bedürfen der Vereinfachung.

Wie wir für die Besserung der Lage der Arbeiter, unter erheblicher Belastung der Arbeitgeber, eingetreten sind, so halten wir nach wie vor die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land und die Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals für die dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Erwerbstätigkeit und gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr.

9. Wir erstreben eine Gestaltung des Erb- und Familienrechtes, welche die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes gewährleistet.

Die Einführung einer zweckentsprechenden Heimstätten-Gesetzgebung für den kleineren Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz lastenden Hypothekenverschuldung in zu amortisierende Rentenschuld erachten wir als wünschenswert.

10. Für die Landwirtschaft, welche unter der Ungunst des Weltmarktes, der internationalen Währungsverhältnisse und der inneren wirtschaftlichen Entwicklung leidet, ist der bestehende Zollschutz aufrechtzuerhalten, im weiteren aber

ein ausreichender Zollschutz für die Zukunft anzubahnen; auch ist für die Umgestaltung der Gesetzgebung, betreffend den Unterstützungswohnsitz, im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit Sorge zu tragen.

11. Für die Industrie ist der durch die Konkurrenz des Auslandes bedingte Zollschutz aufrechtzuerhalten und, wo nötig, zu verstärken.

12. Für das Handwerk erscheint vornehmlich die Einführung des Befähigungsnachweises, die Stärkung der Innungen und Innungsverbände, die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen geboten. Redlicher Handel und Gewerbebetrieb ist zu schützen durch Beschränkung und Beaufsichtigung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte, sowie durch die Beseitigung der Wanderlager und der Wanderauktionen.

13. Die Börsengeschäfte sind durch eine Börsenordnung wirksamer staatlicher Aufsicht zu unterstellen; insbesondere ist dem Mißbrauch des Zeitgeschäftes als Spielgeschäft, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln, entgegenzutreten.

14. Diejenigen Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unseres Volkes gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung zu bekämpfen.

15. Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.

Hochhaltung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutschkonservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat.

2. Bis zum Beginn des durch die Umformung des Heeres herbeigeführten „Konflikts“ war die konservative Partei, wenn sie auch in mehrere nach den Führern benannte Gruppen zerfiel, in sich fest geschlossen. Erst durch den die Konfliktsperiode abschließenden „Indemnitätsantrag“ Bismarcks, durch welchen er „die Enthebung von der Verantwortung dafür, daß der Staatshaushalt ohne Feststellung eines Etats geführt worden war“, nachsuchte, wurde eine Spaltung herbeigeführt. Der größere Teil der konservativen Partei hielt diesen Antrag für überflüssig und politisch verkehrt, mißbilligte auch die das Legitimitätsprinzip verletzenden Annexionen von 1866. Ein kleinerer Teil war bereit, sich auf den Boden der Verfassung zu stellen und mit den Gemäßigt-Liberalen die auf die Zusammenfassung der deutschen Lande unter preußischer Führung gerichtete Politik Bismarcks rückhaltlos zu unterstützen. Dieser linke Flügel der Konservativen unter Prinz Karl von Hohenlohe schloß sich im preußischen Abgeordnetenhause zur freikonservativen Fraktion zusammen. Die neue, die konservativen Grundsätze befolgende, aber zu Zugeständnissen an die neuzeitlichen Bedürfnisse bereite Partei, welche später für den Reichstag den Namen „Reichspartei“ annahm, bildete die festeste Stütze der Bismarckschen Politik, besonders auch in dem seit 1873 entbrennenden Kulturkampfe. Ihr Hauptparteiorgan war die „Post“; nach den Wahlen

von 1912*) hatte die Fraktion im Reichstag 12 Mitglieder (darunter Dr. Arendt, Frhr. v. Gamp-Massaunen und 1 Hospitanten).

3. Links von der Reichspartei saßen im Reichstage von 1912*) zwei kleinere Parteien, die „Wirtschaftliche Vereinigung" mit 8 und die „Deutsche Reformpartei" mit 3 Mitgliedern, beide mit konfessionellem und deutschvölkischem (antisemitischem) Einschlag, in wirtschaftlichen Fragen die Interessen des Mittelstandes vertretend. Sie vereinigten sich im Januar 1916 mit der Reichspartei und Anhängern von rechts und links zur „Deutschen Fraktion" mit 28 Mitgliedern (Frhr. v. Gamp, Schulz-Bromberg, Werner-Gießen).

b) Alle diese Gruppen schlossen sich nach dem Umsturz vom 9. November 1918 für die Wahlen zur Nationalversammlung zu einer einheitlichen „Deutschnationalen Volkspartei" zusammen, deren Ziele ergibt der im Dezember 1918 veröffentlichte

Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei.

Unser Vaterland blutet nach Kriegsnot und Niederlage aus tausend Wunden. Unsere ruhmbedeckten Fahnen, an die auch in diesem Kampf gegen eine Welt von Feinden Sieg auf Sieg sich geheftet hat, liegen im Staube. Das deutsche Kaisertum, das Werk der großen Hohenzollern und Bismarcks, ist zerbrochen, der stolze Bau des Reiches zertrümmert. Wehrlos sind wir dem Willen unbarmherziger Feinde preisgegeben

Die Revolution hat statt eines Friedens der Verständigung unsere völlige Unterwerfung gebracht und rückt den Frieden selbst noch in weitere Ferne. Statt der verheißenen Freiheit gab sie uns Klassendiktatur und unerträgliche Willkür, statt des versprochenen Brotes schwerste Hungersgefahr, statt fruchtbarer Arbeit gefährlichste Zerrüttung unserer Finanzen und unserer ganzen Wirtschaft. Nach außen wie im Innern drohen uns Auflösung und Vernichtung.

Vieles, was uns heilig und teuer war ist unwiederbringlich dahin. Aber wir dürfen dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern, wenn nicht Deutschland unrettbar zugrunde gehen soll.

Wir dürfen es nicht und wir wollen es nicht. Wir wollen unser Volk aufrufen zu neuem Lebens- und Zukunftswillen!

In der tiefen Not dieser Tage bekennen wir uns ungebeugten Mutes zu dem aus heißer Liebe geborenen Glauben an die unzerstörbare Lebenskraft des deutschen Volkes und des deutschen Gedankens. Dieser Glaube wird die Grundlage unseres politischen Schaffens sein. In ihm wollen wir unsere Herzen und Hände stark machen zu opferbereiter, entschlossener Arbeit am Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkstums. Mit denen des nationalen Gedankens sollen die lebendigen Kräfte des Christentums in unserem Volke wirken und fruchtbar werden; von ihrer Vereinigung erwarten wir eine Durchdringung unseres gesamten öffentlichen Lebens mit sozialen Gesichtspunkten, reichen Segen für Schule und Kirche, Gesellschaft und Familie.

Gegenüber den Gefahren und Nöten des Augenblicks verlangen wir:

Reichseinheit aller deutschen Stämme und Gebiete auf föderalistischer Grundlage: Schutz und Erhaltung unserer bedrohten Grenzmarken in Ost, Nord und West: Schutz für die vertriebenen und bedrängten Auslandsdeutschen.

*) Zur Parteiverteilung 1912 vgl. S. 199 ff.

Schutz der persönlichen und politischen Freiheit und des Privateigentums, wirksame Sicherung gegen bolschewistische Umtriebe; sofortige Beseitigung jeder Willkürherrschaft: gleiches Recht für alle.

Unterlassung jeder weiteren Eingriffe in unseren politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechtszustand während der Dauer der provisorischen Regierung.

Beseitigung der wirtschaftlichen Unordnung und finanziellen Mißwirtschaft; strengste Sparsamkeit; öffentliche Finanzkontrolle.

Unbedingte Freiheit der Wahlen zur Nationalversammlung und ihrer Vorbereitung.

Wir sind überzeugt, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens, der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht. Wir werden aber in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes mitarbeiten und unsere politischen Auffassungen zur Geltung zu bringen suchen.

Wir hoffen, daß unsere deutschen Brüder in Österreich deren Bedrängnisse wir wie unsere eigenen empfinden, im Anschluß an das Deutsche Reich Sicherheit für ihr nationales Dasein gewinnen werden.

Mit unauslöschlichem Dank im Herzen grüßen wir unsere tapferen, unbesiegt heimkehrenden Krieger, denen wir ein wohnliches Heim und eine gesicherte Existenz schaffen wollen.

Durch ihre bewundernswerten Leistungen in der Kriegszeit hat die deutsche Frau sich ein volles Anrecht auf die Mitwirkung an der Gestaltung unseres öffentlichen Lebens erworben. Wir heißen die Frauen als gleichberechtigte Mitarbeiter an der Wiederaufrichtung unseres Volkes herzlich willkommen.

Auf einer von nationalem Geiste erfüllten Jugend, die sich frühzeitig ihrer Verantwortung gegenüber dem Ernste der Zeit bewußt wird, ruht die Zukunft unseres Volkes. Das Streben und die Bedürfnisse der deutschen Jugend werden bei uns verständnisvolle Würdigung und Förderung finden.

Mit diesen Zielen und Gedanken tritt die Deutschnationale Volkspartei vor das deutsche Volk.

Deutsche Männer, deutsche Frauen! Legt alle mit Hand an, auf daß die Seele unseres Volkes bewahrt werde vor Zerstörung der christlichen, sittlichen und nationalen Kräfte in Gesellschaft, Schule und Familie, sein Leib vor Erkrankung durch Kommunismus oder Vernichtung durch Bolschewismus! Klärt die Irrenden auf, rüttelt die Gleichgültigen wach, sammelt die Säumigen und Zaghaften! Weckt neuen Lebenswillen im deutschen Volke, damit es nicht in dem Abgrunde versinkt, an dem es schon steht!

Es geht um alles! Um euch selbst, um das Glück eurer Kinder und Kindeskinder!

Es geht um eine heilige Sache!

Um das Dasein und die ganze Zukunft unseres geliebten Vaterlandes!

Richtlinien für unsere politische Arbeit.

I. Volk und Staat.

1. Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremdem Einfluß freihält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein.

2. Der deutsche Staat muß eine gleichberechtigte Stellung im Staatenleben der Welt wiedergewinnen und festhalten. Dazu fordern wir eine zielbewußte von einem einheitlichen festen Willen geführte auswärtige Politik, die jede Zersplitterung unserer außerpolitischen und weltwirtschaftlichen Interessen

vermeidet und die gründliche Reform des deutschen auswärtigen Dienstes, der nur den besten Köpfen ohne Rücksicht auf Namen, Vermögen und Parteistellung anvertraut werden darf. Dem deutschen Staat ist ein Volksheer unentbehrlich, das nach den Lehren des Weltkrieges zu schaffen ist. Wir bekämpfen jede unwürdige Behandlung oder Zurücksetzung von Angehörigen des Heeres und der Marine. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen ist ebenso wie die rechtliche und wirtschaftliche Sicherstellung der Militärpersonen und der Pensionäre eine Ehrenpflicht des Reiches.

3. Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nunmehr die parlamentarische Regierungsform, getragen vom Vertrauen der Mehrheit seiner Bürger und ruhend auf dem gleichen Wahlrecht. Wir begrüßen die deutsche Frau als ein in jeder Beziehung zur Mitarbeit am öffentlichen Leben gleichberechtigtes Mitglied. Die Verwaltung ist zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Ämter in Staat und Gemeinde sind nur nach der Befähigung zu besetzen. Wir treten für eine freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassung unter Berücksichtigung der großen Berufsgruppen ein.

4. Eine planmäßige und opferbereite Bevölkerungspolitik muß unser Volkstum gesund und wachstumskräftig erhalten. Die wichtigsten Mittel dazu sind eine umfassende Siedlungspolitik auf dem platten Lande, die neues Bauernland und Möglichkeiten eigener Wirtschaft für die Landarbeiter schafft und für die auch Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und der Privaten in angemessenem Umfange gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen ist; grundlegende Beseitigung der Wohnungsnot, planmäßige Schaffung von Heimstätten für alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für unsere heimkehrenden Krieger.

II. Religiöse und sittliche Mächte des Volkslebens.

1. Die starke Lebenskraft des Christentums muß unserem Staats- und Volksleben erhalten bleiben und es durchdringen. Sie muß durch den Religionsunterricht dem heranwachsenden Geschlecht zugeführt werden. Für jede religiöse Empfindung, jede kirchliche Einrichtung und jede Religionsgemeinschaft ist Achtung und Schonung zu fordern. Unter allen Umständen muß für die innere Freiheit und für eine rechtlich gewährleistete Stellung der Kirchen und ihrer Diener sowie für eine Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer wohlerworbenen Rechte Sorge getragen werden.

2. Deutsche Sitte muß in Ehe und Familie kraftvoll und lebendig bleiben. Zur Mitarbeit für dieses erste Gebot unserer nationalen Zukunft, für die religiöse und sittliche Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes rufen wir vor allem auf die bewährte und opferbereite Arbeit der deutschen Frau. Sie wird sich in dem Kampf gegen sittliche Gefahren und Alkoholmißbrauch führend zu betätigen haben.

III. Geistiges Leben.

1. Die geistigen Werte und Güter der Nation verständnisvoll zu pflegen, ist eine Hauptaufgabe deutscher Zukunft. Freiheit der Person und des Gewissens, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit von Kunst und Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Die geistig arbeitenden Berufe sind vor der Gefahr der Proletarisierung zu schützen.

2. Die Schule muß die Charakterbildung und die nationale Erziehung auf religiöser Grundlage in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Die Schulaufsicht muß in den Händen von Schulfachkundigen liegen. Weitgehende Fürsorge, namentlich für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes, aber auch für alle anderen Schulgattungen und Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung ist dazu notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Schule ist auch wirtschaftlich zu erleichtern.

IV. Wirtschaft.

1. Das Privateigentum, die Privatwirtschaft, Erwerbssinn und Unternehmungsgeist müssen grundsätzlich die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Arbeit bleiben, die wir gegen jeden offenen und versteckten Kommunismus verteidigen. Wo im sozialen Interesse die Überführung der Privatwirtschaft in die gemeinwirtschaftliche Betriebsform der Genossenschaft, der Gemeinde oder des Staates geboten ist, treten wir dafür ein, fordern aber ihre sachgemäße und fachmännische Durchführung.

2. Wir bekämpfen die Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus. Die im Kriege geschaffene staatliche Zwangswirtschaft ist abzubauen, die Kriegsgesellschaften sind alsbald aufzulösen.

3. Der durch den Krieg schwer geschädigte Mittelstand bedarf zu seiner Wiederaufrichtung einer pfleglichen staatlichen Fürsorge. Alle nationale Arbeit in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr muß Schutz und Förderung finden. Die Sozialpolitik ist fortzusetzen, die Arbeiter- und Angestellten-Gesetzgebung ist auszubauen. Insbesondere sind der Schutz und das Recht der Landarbeiter zeitgemäß neu zu ordnen. Die Berufsverbände und Gewerkschaften sind gesetzlich anzuerkennen. Den erwerbstätigen Frauen ist weitestgehender Schutz in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung zu gewähren. Die Heimarbeit ist auf gesunde Grundlage zu stellen. Die Existenz der Beamten, Geistlichen, Lehrer, Militärpersonen und Pensionäre muß rechtlich und wirtschaftlich sichergestellt sein. Das Koalitionsrecht ist gesetzlich zu gewährleisten. Das Beamten- und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

4. Eine planmäßige Finanzpolitik hat das öffentliche Abgabenwesen nach den Grundsätzen der Tragfähigkeit und sozialen Gerechtigkeit zu ordnen. In dem einheitlich auszubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindelasten in ausgedehntem Maße heranzuziehen, aber unter schonender Behandlung der volkswirtschaftlich produktiven Arbeit. Die Kriegsanleihen müssen sichergestellt, die wirklichen Kriegsgewinne auf das schärfste erfaßt werden.

5. Ein lebensfähiger Kolonialbesitz ist zur Ergänzung seiner heimischen Wirtschaft dem deutschen Volke unbedingt notwendig.*)

II. Die deutsche Volkspartei.

a) Die Deutsche Volkspartei steht im Zusammenhang mit einem Teile der bisherigen Nationalliberalen Partei.

1. Die liberalen Parteien traten parlamentarisch zuerst auf dem preußischen vereinigten Landtage von 1847 und in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 mit fest umschriebenen Programmen hervor. Sie belegten im Frankfurter Parlament in verschiedenen, nach ihren Versammlungsorten bezeichneten Gruppen etwa zwei Drittel aller Sitze. Mit dem Siege der Reaktion und der „Reaktivierung" des Bundestags wurde der Liberalismus zurückgedrängt. In der „Landratskammer" des preußischen Abgeordnetenhauses (1855—1858) verfügten die Liberalen, die 1849 dort 279 Sitze belegt hatten, nur noch über

*) Wahlflugblätter der Partei vgl. S. 158 f., Wahlplakate S. 150 f. und Tafel 14.

48 Plätze. Der Beginn der Regentschaft des Prinz-Regenten, des späteren Königs Wilhelm I. (1861) führte dem Liberalismus in Preußen neue Kräfte zu. Er war auch im übrigen Deutschland von nun an der Verfechter der nationalen Einigung, die vor allem durch den 1859 gegründeten „Deutschen Nationalverein" vorbereitet wurde. An seine Spitze trat Rudolf von Bennigsen. Von 1862—1866 verfügte die „Deutsche Fortschrittspartei" über etwa 250 der damaligen 352 Sitze des preußischen Abgeordnetenhauses. Diese starke Partei trat jedoch gelegentlich der Militärvorlage in schärfsten Widerspruch zu der von Bismarck geleiteten Regierung. Wie bei den Konservativen, so führte auch bei den Liberalen die S. 124 erwähnte Indemnitätsvorlage eine Parteispaltung herbei: die gemäßigt liberalen Elemente schieden sich 1866 von den Radikalen (Virchow, Eugen Richter) und gründeten die Nationalliberale Partei. Diese bildete für die nächsten zehn Jahre die Regierungspartei. Sie gewann einen starken Anhang in den annektierten Provinzen. Die beiden Führer v. Bennigsen und Miquel stammten aus Hannover. Die Partei erreichte ihre Höchstziffer im Reichstage von 1874 (155 Sitze). Ihr ist die Unterstützung von Bismarcks großdeutscher Politik, die Feststellung der Verfassungen und der erste große Abschnitt der Reichsgesetzgebung (Reichsjustizgesetze 1877) zu danken. Sie war eine den jeweiligen Verhältnissen sich anpassende Partei, ein Verhalten, das ihr vielfach den Vorwurf der Prinzipienlosigkeit einbrachte, während die „Prinzipientreue" der Fortschrittspartei stets in der Opposition blieb und z. B. die Norddeutsche Bundesverfassung ebenso ablehnte, wie einen Teil der Reichsjustizgesetze und später die sozialpolitischen Gesetze.

2. Mit dem Jahre 1877 war die große Zeit der Nationalliberalen Partei vorüber. Die Abkehr Bismarcks von der manchesterlich-freihändlerischen Wirtschaftspolitik führte eine erneute Zersetzung der Liberalen herbei. 15 süddeutsche Nationalliberale schieden schon 1879, nachdem sie für den Zolltarif von 15. Juli 1879 gestimmt hatten, aus der Partei aus, und 1880 trennte sich der linke Flügel (Forckenbeck, Bamberger, Rickert) von ihren bisherigen Parteigenossen (Sezession). Sie bildeten zunächst die „Liberale Vereinigung", verbanden sich jedoch 1884 mit der Fortschrittspartei zur „Deutsch-freisinnigen Partei". Auch diese erfuhr gelegentlich der Caprivischen Militärvorlage wieder eine Spaltung in die militärfreundliche „Liberale Vereinigung" (Rickert) und die radikalere „Freisinnige Volkspartei" (Eugen Richter). Erst 1910 fand auf Anregung von Friedrich Naumann eine Wiedervereinigung

der „Freisinnigen Volkspartei" und der „Freisinnigen Vereinigung" mit der demokratischen, 1868 in Süddeutschland gegründeten „Deutschen Volkspartei" zu einer einzigen Partei statt: der „Fortschrittlichen Volkspartei". Ihre politische Grundlage bildete

Das Berliner Einigungsprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei.

Die drei Parteien: Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei haben sich zu einer einheitlichen Partei unter dem Namen Fortschrittliche Volkspartei zusammengeschlossen.

Die Partei tritt ein für Schutz und Stärkung des Reiches und die Aufrechterhaltung seiner bundesstaatlichen Grundlagen.

Die Partei fordert die gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsbürger in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zur Förderung des politischen und sozialen Fortschritts, zur Hebung der Wohlfahrt und Volksbildung, sie bekämpft alle Sonderbestrebungen, die dem Gemeinwohl zuwiderlaufen, und erstrebt den friedlichen Ausgleich der sozialen Gegensätze in einer die Freiheit des einzelnen verbürgenden Gesellschaftsordnung.

Die Partei verpflichtet ihre Mitglieder zu tatkräftiger Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und erwartet von diesem gemeinsamen und planmäßigen Wirken den Ausbau der politischen Freiheit und die für die Gesamtheit unentbehrliche Steigerung des berechtigten Einflusses des deutschen Bürgertums.

Auf dieser Grundlage erhebt die Partei vor allem folgende Forderungen:

I. Volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz, in der Rechtsprechung und in der Verwaltung. Besetzung aller Stellen im Zivil- und Militärdienst nur auf Grund persönlicher Tüchtigkeit. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und Lehrer.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für die Volksvertretungen des Reiches und der Einzelstaaten. Berücksichtigung der Minderheiten. Sicherung der Wahlfreiheit durch Gesetz und Verwaltungsmaßnahmen. Reform des Kommunalwahlrechts unter Beseitigung der Klassenwahlen und der öffentlichen Stimmabgabe. Gerechte Einteilung der Wahlkreise im Reich und Staat. Erhebung der Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaat.

Freiheitlicher Ausbau der Reichsverfassung in konstitutionellem Sinne. Verantwortliches kollegiales Reichsministerium. Festigung und Ausnutzung der Rechte der Volksvertretung, Stärkung ihrer Initiativrechte.

Freiheitliche Ausgestaltung und Handhabung des Vereins-, Versammlungs- und Preßrechts.

Schutz und Ausdehnung der Selbstverwaltung. Vereinfachung des Verwaltungsapparates in Reich, Staat und Gemeinde.

Reichsgesetzliche Reform des Fremden- und Auslieferungsrechts.

II. Volle Gewissens- und Religionsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft, ihrer Forschung und Lehre, Förderung der Kunst, Schutz des künstlerischen Schaffens gegen polizeiliche und kirchliche Bevormundung.

Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse und Religonsgesellschaften.

Beseitigung der vom Staate den Kirchen gewährten Vorrechte. Anerkennung der staatlichen Oberhoheit. Keine Einmischung der Kirchen in staatliche Angelegenheiten. Unabhängigkeit des Unterrichts von der Kirche, Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht.

Allgemeine Volksschule ohne konfessionelle Trennung. Gesetzliche Regelung des Volksschulwesens. Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts.

Zeitgemäße Entwicklung aller Lehranstalten unter Beseitigung veralteter Formen und Einrichtungen. Förderung des staatsbürgerlichen Unterrichts. Verbesserung der körperlichen Ausbildung der Jugend zum Besten der Volksgesundheit und der Wehrhaftigkeit.

III. Sicherung der vollen Wehrkraft des Reiches, aber Vermeidung aller nicht unbedingt gebotenen Aufwendungen und Beseitigung aller Luxusausgaben, Ausgestaltung der Armee zu einem wirklichen Volksheer unter Beseitigung jeder Begünstigung einzelner Klassen, Stände oder Konfessionen. Volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit. Reform des Offizierpensionswesens, keine Verabschiedung wegen Nichtbeförderung. Rücksichtslose Verfolgung aller Soldatenmißhandlungen. Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf militärische Vergehen. Reform des militärischen Strafrechts und Strafvollzugs sowie des Beschwerderechts, Sicherung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des militärischen Strafgerichtsverfahrens.

IV. Unparteiische Rechtsprechung, gleichmäßige Strafverfolgung und gesetzlich geordnete Strafvollstreckung. Verstärkte Mitwirkung des Volks bei der Rechtsprechung; Schwurgerichte für politische und Preßvergehen. Zeitgemäße Reform des Strafrechts, humanes Strafsystem. Bekämpfung der Straffälligkeit der Jugend durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Trennung von Justiz und Verwaltung; volle Durchführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

V. Gerechte Verteilung der Staatslasten nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Sparsamkeit im Staats- und Gemeindehaushalt.

Schrittweise Herabsetzung der Lebensmittel- wie der Industriezölle, Entlastung unentbehrlicher Verbrauchsgegenstände und Rohstoffe von Steuern und Abgaben.

Progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften, Beseitigung aller Steuerprivilegien, insbesondere der Toten Hand.

Keine Zoll-, Steuer- und Verkehrspolitik im Dienste von Sonderinteressen.

VI. Zusammenwirken von Gesetzgebung, Verwaltung und Selbsthilfe bei Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Lohnarbeiter und Angestellten.

Rechtsgleichheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Unparteilichkeit der öffentlichen Gewalt bei wirtschaftlichen Streitigkeiten.

Sicherstellung und Ausdehnung des Koalitionsrechts, reichsgesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen.

Anerkennung der rechtlichen Stellung der Berufsvereine durch Reichsgesetz.

Ausbau des Arbeiterschutzes, vor allem zugunsten der Frauen und Kinder, sowie für die Hausindustrie. Unterstützung der Gewerbeaufsicht durch Hilfskräfte aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen, Förderung der Tarifverträge. Einsetzung paritätischer Einigungsämter und Arbeitsnachweise. Unabhängigkeit der Arbeitnehmer außerhalb des Arbeitsvertrags.

Vereinfachung und Verbesserung der Reichsversicherungsgesetzgebung unter Wahrung der Selbstverwaltung, Ausdehnung der sozialen Fürsorge auf die Privatangestellten. Sicherung der Freizügigkeit der Arbeiter und Angestellten. Maßnahmen zur Sicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit. Förderung der Gesundheitspflege, vor allem durch Beseitigung der Mißstände im Wohnungswesen.

Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten.

Förderung internationaler Vereinbarungen zum Schutze der Arbeitnehmer und des heimischen Wirtschaftslebens.

VII. Gleichberechtigung aller Erwerbsstände in Gesetzgebung und Verwaltung.

Hebung der Fachausbildung für Handwerk und Landwirtschaft durch Fortbildungs- und Fachschulen. Planmäßige Nutzbarmachung der technischen Fortschritte und Hilfsmittel für Handwerk und Landwirtschaft. Pflege des gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, insbesondere zur Erleichterung des gewerblichen und bäuerlichen Kredits.

Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit, Pflege des Kunstgewerbes. Beseitigung der durch die Gefängnisarbeit und die Militärwerkstätten dem freien Gewerbe entstehenden Schäden.

Hebung des wirtschaftlichen Verkehrs durch Tarif- und Handelsverträge mit dem Ausland und durch Ausbau des Bahnverkehrs und der Wasserstraßen. Einheitlichkeit in der Verwaltung der deutschen Eisenbahnen. Tarifreformen zur Erleichterung des Verkehrs. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes und der Borgwirtschaft sowie der schädlichen Auswüchse der Kartelle und des Submissionswesens.

Stärkung der Produktionskraft der Landwirtschaft, vor allem durch Vermehrung des kleineren und mittleren Besitzes, durch Beseitigung der Familienfideikommisse und durch Einschränkung des Besitzes der Toten Hand sowie durch innere Kolonisation und Melioration. Schaffung leistungsfähiger Gemeinde- und Kommunalverbände unter Beseitigung der kommunalen und staatlichen Privilegien des Großgrundbesitzes.

VIII. Erweiterung der Rechte der Frauen und ihres Erwerbsgebietes. Erleichterung der Frauenbildung und Reformen im staatlichen Berechtigungswesen. Aktives und passives Wahlrecht der Frauen für die Kaufmanns- und Gewerbegerichte, Gleichberechtigung in den Einrichtungen der Reichsversicherungsgesetzgebung. Verstärkte Mitwirkung der Frauen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und des Bildungswesens. Heranziehung der Frauen zur Kommunalverwaltung.

IX. Förderung der Bestrebungen auf Annäherung der Völker zu gemeinsamer Kulturarbeit und zur gleichmäßigen Erleichterung der Rüstungslast. Ausbau des Völkerrechts und der internationalen Schiedsgerichtseinrichtungen zum friedlichen Ausgleich entstehender Streitigkeiten.

b) Nach der Umwälzung vom 9. Novemer 1918 und angesichts der kommenden Wahlen teilte sich die Nationalliberale Partei, die im Reichstage von 1912*) noch 40 Mitglieder und 4 Hospitanten gezählt hatte. Der kleinere rechte Flügel bildete sich zur „Deutschen Volkspartei" um.**) Die linksstehenden Mitglieder schlossen sich mit der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei, welche im Reichstage von 1912 41 Mitglieder und 1 Hospitanten umfaßt hatte, zur „Deutschen demokratischen Partei" (unten IV) zusammen.

Im Dezember 1918 erschien der nachstehende

Aufruf der Deutschen Volkspartei.**)

Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der Deutschen Volkspartei zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsere ganze Politik unter den natio-

---

*) Vgl. S. 199 ff.

**) Wahlflugblatt vgl. S. 161, Wahlplakate S. 153 und Tafel 15.

nalen Gedanken, um so schärfer lehnen wir alle diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die Reichseinheit ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können Wir begrüßen mit voller Zustimmung die von den Deutschen Oesterreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den Deutschen im Auslande und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern. Wir beharren auf unserem Recht auf kolonisatorische Betätigung, und wir verlangen die Sicherung der Freiheit der Meere als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung aller Staaten begrüßen auch wir den Gedanken des Völkerbundes.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir verlangen völlige Neuordnung des Auswärtigen Amtes und unserer ausländischen Vertretungen, ein Volksheer, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundsätzen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft. Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte. Weiteste Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz. Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung. Erhaltung und Kräftigung eines breiten Mittelstandes in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand. Warmherzige Fürsorge und würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs. Sicherung der Stellung der Beamten, Offiziere und Lehrer, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenausschüssen.

Wir treten ein für Kräftigung und Mehrung der freien Bauern auf eigener Scholle, wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, für eine großzügige Siedlungspolitik; Domänen, Großgrundbesitz, Fideikommisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des Kleinwohnungswesens, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen auf Grund und Boden und soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts.

Wir verlangen volle Koalitionsfreiheit, ein neues sozial gestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der Sozialpolitik, insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht. Die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatze des Privateigentums und des Erbrechts, wir halten fest an der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betrieb wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. Wir stellen uns in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen. Einer Ueberführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit zuzustimmen sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die geschichtlich übernommene Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden. Volle Gewissensfreiheit. Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule. Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer. Die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Fachaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten ihres Charakters als Standesschulen entkleidet und alles Berechtigungsunwesen beseitigt werden. Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an uns herantreten, werden Steuern und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole, notwendig machen. Reichs-Eisenbahnen sind schon um deswillen erforderlich. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine Reichs-Einkommen- und Erbschaftssteuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbindet.

Die Umwälzung hat der Frau die Gleichberechtigung im politischen Leben gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Aemter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zu ungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für Ruhe und Ordnung sorgt. Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Preßfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder, wir verlangen die Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die uns mit Hungersnot, Anarchie und Staatsbankrott bedrohen.

Wir fordern die Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen, Bankdepositen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge.

Wir fordern den alsbaldigen Abbau der bürokratischen Zwangswirtschaft.

Wir verlangen die sofortige Ueberführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassung- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran setzt, fortan den Frieden zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann. Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grundsätzen und diesen Zielen mit uns zusammen zu arbeiten und sich mit uns zur Deutschen Volkspartei zu vereinigen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsere Aufforderung ergeht insbesondere auch an die deutschen Frauen und an die deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politisch Vollberechtigten eingetreten sind.

Schließen wir uns zusammen unter der Fahne: Freiheit und Vaterland!

III. Die Christliche Volkspartei (Zentrum).

a) Eine „Katholische Fraktion" (1852), seit 1858 Zentrumspartei genannt (nach den üblicherweise in der Mitte der Parlamentssäle von ihr eingenommenen Sitzen), gab es bereits im preußischen Abgeordnetenhause unter Führung der Brüder Peter und August Reichensperger. Die heute

genannte Partei geht aber erst in den Herbst 1870 zurück. ei den Wahlen zum preußischen Landtag vom 16. November 370 und zum ersten Deutschen Reichstag vom 3. März 1871 hlossen sich die Vertreter des christlich-katholischen Gedankens einer eigenen Partei zusammen (Führer: der ehemalige han- översche Justizminister Ludwig Windhorst), die nach rem Programm zwar keine konfessionelle, sondern eine politische raktion sein sollte, auch gelegentlich evangelische Mitglieder ählte, in Wahrheit aber ständig die Vertretung der katholischen nteressen in den Vordergrund ihrer Parteitätigkeit rückte und dem seit dem vatikanischen Konzil entbrannten und im Kultur- mpf fortgesetzten Streit zwischen geistlicher und weltlicher acht die Rechte der ersteren und des Papstes vertraten (daher Ultramontane"). Diese Partei, welche im Reichstag seit 1874 ändig über etwa 90 Sitze verfügte (1912: 88), und die an den r nahestehenden kleineren Fraktionen der Welfen (1912: 5), olen (1912: 18) und Elsaß-Lothringer (9) eine weitere Unter- ützung fand, behielt ihre Geschlossenheit, nachdem seit 1879 eine nnäherung mit Bismarck zustande kam. Die haltende Kraft es Katholizismus ist um so bewunderswerter, als sich in der entrumspartei die einander widerstrebendsten Interessenten- ruppen (Adel, Handwerker, Bauer, Schutzzöllner, Freihändler) isammenfanden. Das Zentrum hat es eben verstanden, bei ler Aufrechterhaltung des leitenden Gedankens die verschiedenen eile der Partei zufriedenzustellen: die Handwerker durch nterstützung einer Mittelstandspolitik, die Arbeiter durch ihr intreten für die von Bismarck seit 1883 begonnene sozial- olitische Gesetzgebung.

Vor dem Umsturz finden sich die von der Zentrumspartei ertretenen Grundsätze zuletzt zusammengefaßt in der

Berliner Erklärung vom 28. November 1909.

Die vereinigten Vorstände der beiden Zentrumsfraktionen des Reichstags d des preußischen Abgeordnetenhauses sowie der Landesausschuß der preußischen entrumspartei sind der Meinung, daß es gegenüber den fortgesetzten Miß- utungen des Charakters der Zentrumspartei genügen könne, auf das seit 1871 verändert bestehende Programm und die fast vierzigjährige Tätigkeit des entrums zu verweisen. Sie glauben gleichwohl, folgendes erklären zu sollen:

Die Zentrumspartei ist grundsätzlich eine politische, nicht konfessionelle artei; sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reichs, welche n den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volkes betrachten. Darum erstrebt die Zentrumspartei den Schutz und die volle leichberechtigung aller Staatsbürger, deren Interessen sie in steter Rücksicht f die Wohlfahrt des Ganzen und auf das Gedeihen aller Klassen zu vertreten cht. Schon das Programm der Zentrumsfraktion des Reichstags von Ende ärz 1871 verlangt unter Ziffer 2: „Für die bürgerliche und religiöse Freiheit er Angehörigen des Reichs ist die verfassungsmäßige Feststellung von

Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen." Mit diesem grundsätzlichen Charakter steht keineswegs im Widerspruch, daß die Zentrumspartei in den langen Jahren des Kulturkampfes die Abwehr der gegen den katholischen Volksteil gerichteten Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung als erste und dringendste Aufgabe betrachten mußte, und daß es auch heute noch eine ihrer vornehmsten Pflichten ist, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der katholischen Minderheit zu wahren. Auch in der Erfüllung dieser Pflicht hat die Zentrumspartei niemals den Charakter einer politischen Partei verleugnet, welche auf den rechtlichen Grundlagen eines konfessionell gemischten Staates zu wirken berufen ist.

Abgesehen von dem Programm bietet die Tatsache der Angehörigkeit fast aller ihrer Wähler und ihrer Abgeordneten zur katholischen Kirche genügende Bürgschaft dafür, daß die Zentrumspartei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklich vertreten wird. Dadurch verliert aber die Zentrumspartei nicht den Charakter einer rein politischen Partei.

Die Zentrumspartei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht, und die Zentrumsfraktion des Reichstags hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nichtkatholischen Glaubensbekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigewohnt haben.

Dabei ist es als selbstverständlich zu betrachten, daß in denjenigen Fragen, welche das religiöse Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet.

Ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumspartei ist ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und erleichtert es, auch dasjenige wirksam zu schützen, das denselben gemeinsam ist. Und daß es ein weites Gebiet solcher gemeinsamen Grundsätze und gemeinsamen Interessen gibt, lehrt das öffentliche, insbesondere auch das politische Leben alle Tage.

In diesem Geiste wird die Zentrumspartei, fest auf dem Boden der Verfassung stehend, auch fernerhin bestrebt sein, unbeirrt durch die das Gemeinwohl schädigende konfessionelle Hetze, ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland zu erfüllen.

b) Nach dem Umsturz vom 9. November 1918 hat die Zentrumspartei, dem demokratischen Zuge der Zeit folgend, zwar ihren Namen durch Zufügen der Worte „Christliche Volkspartei" erweitert, sie hat sich aber in ihren Grundsätzen nicht verändert. Das zeigt der am 30. Dezember 1918 veröffentlichte

Aufruf des Reichsausschusses der Zentrumspartei.*)

Durch gewaltsamen Umsturz ist die alte Ordnung Deutschlands zerstört, sind die bisherigen Träger der Staatsgewalt teils beseitigt, teils lahmgelegt worden. Eine neue Ordnung ist auf dem Boden der gegebenen Tatsachen zu schaffen, diese Ordnung darf nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik erhalten, sondern muß eine demokratische Republik werden.

An der großen und schweren Aufgabe mitzuarbeiten, ist in erster Linie die deutsche Zentrumspartei berufen und bereit. Ihre alten, sturmerprobten Grundsätze bestimmen auch für die neuen Arbeitsziele Richtung und Maß.

---

*) Wahlplakate vgl. S. 154 ff. und Tafel 13.

Gerade in diesen furchtbaren Stürmen soll das deutsche Volk mehr als je erfüllt sein von dem Geist der christlichen Wahrheit, der das öffentliche, wie das private Leben durchdringen muß, wenn das Glück des Ganzen wie des einzelnen erhofft werden will.

Es gilt, ein soziales Recht der Allgemeinheit aufzurichten, das jedem Staatsbürger für seine pflichtmäßige Arbeit und sein Eigentum einen gerechten und zuverlässigen Schutz gewährt.

Es gilt in dem Rahmen der christlichen Grundsätze und des gemeinen Rechts der bürgerlichen Freiheit Raum zu geben, die allein das Leben würdig zu gestalten vermag, indem sie jede Bevormundung und Willkür von seiten einer Bureaukratie, Klassen- oder Parteiherrschaft ausschließt.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf die Zentrumspartei der eifrigen Mitarbeit aller Parteiangehörigen.

Diese Zugehörigkeit zur Zentrumspartei als einer christlichen Volkspartei wird nicht begrenzt durch ein Religionsbekenntnis. Alle Staatsbürger christlicher Religion haben diese Grundlage politischer Arbeit gemeinsam.

Zum erstenmal treten diesmal auch die Frauen auf den politischen Kampfplatz; sie sind uns im Kampf für eine heilige Sache willkommen. Mögen auch sie an der Seite der Männer mit all ihrer Kraft eintreten

für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Die Parteiarbeit wird durch Einhaltung der beiliegenden, vom Reichsausschuß festgesetzten Leitsätze erleichtert werden. Die Ausarbeitung eines Parteiprogramms und einer neuen Parteiorganisation wird vorbehalten.

Frankfurt a. M., den 30. Dezember 1918.

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei:
Gröber.

Leitsätze für die Politik der Zentrumspartei (Christliche Volkspartei).

Die Leitsätze der Zentrumspartei, wie sie am 30. Dezember in Frankfurt a. M. vom Reichsausschuß der Zentrumspartei unter Zugrundelegung der früher bereits veröffentlichten Richtlinien endgültig festgestellt worden sind, haben folgenden Wortlaut:

I. Verfassung.

1. Schleunige Schaffung einer neuen Verfassung für Reich und Bundesstaaten auf demokratischer, alle politischen Bevorzugungen ausschließender Grundlage. Schutz der deutschen Nationalversammlung, die nicht in Berlin tagen kann, und Schutz der Durchführung ihrer Beschlüsse durch Truppen Freiwilliger.

2. Wahrung der Reichseinheit, Stärkung des Reichsgedankens. Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs zum Schutz der Eigenart der deutschen Stämme. Dem Reich ist die ausschließliche Regelung der wehrpolitischen und außenpolitischen Fragen, den Bundesstaaten die ausschließliche Regelung der kirchen- und schulpolitischen Fragen vorbehalten. Reichseinheit und Zusammenschluß mit allen anschlußbereiten deutschen Stämmen.

3. Gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl, Frauenwahlrecht und Wahlpflicht in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden.

4. Volksregierungen die des Vertrauens der Volksvertretung für ihre Amtsführung bedürfen, mit starker Vollzugsgewalt in Reich und Bundesstaaten.

5. Ausbau der Selbstverwaltung und Schulung des Volkes für die gleichberechtigte Teilnahme aller Volksschichten an den öffentlichen Ämtern in Staat und Gemeinden ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung.

6. Erhaltung eines selbständigen Berufsbeamtentums, das durch eine den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragende gerechte Besoldungspolitik in seiner Lebensstellung gesichert und durch selbstgewählte Ausschüsse und Kammern an der würdigen Ordnung seiner Dienstverhältnisse beteiligt ist.

7. Grundrechte, welche allen Staatsbürgern ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses auf dem Boden des gemeinen Rechts und im Geist hochsinnig erfaßter Freiheit den ungehinderten Ausdruck ihrer Überzeugung in Wort und Schrift, sowie deren unbeschränkte Betätigung in Versammlungen, Vereinen und Genossenschaften aller Art gewährleisten.

II. Außenpolitik.

8. Sofortige Herbeiführung eines Präliminarfriedens und baldigster Abschluß des Weltfriedens der Verständigung und Versöhnung der Völker.

9. Feststellung und Durchführung eines den christlichen Grundsätzen entsprechenden Völkerrechts: für die Regelung der Beziehungen der Staaten zueinander muß das ewige Recht, nicht die Gewalt maßgebend sein. Vollkommene, durch völkerrechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles.

10. Schaffung eines Völkerbundes gleichberechtigter großer und kleiner Staaten unter Ausbau der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Ausführung weitgehender gleichzeitiger Abrüstung und Abschaffung der Geheimverträge.

11. Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten in allen Staaten.

12. Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und Gleichberechtigung im Weltverkehr für alle Völker. Freiheit der Meere, insbesondere durch Abschaffung des Seebeuterechts und Gewährleistung ungehinderten Verkehrs der neutralen Handelsschiffe zwischen neutralen Staaten.

13. Internationale Regelung des Arbeiterrechts, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Gleiche Maßnahmen für die Angestellten.

14. Erziehung des Volkes zu besserem Verständnis der außenpolitischen Fragen. Völlige Erneuerung des auswärtigen Dienstes in persönlicher und sachlicher Hinsicht.

15. Herstellung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes. Förderung der Erziehung und Christianisierung der Eingeborenen; Beseitigung jeder Form der Sklaverei.

III. Innenpolitik.

A. Kulturpolitik.

16. Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kultur- und Erziehungsideals im Volksleben.

17. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Religionsgesellschaften ihrer Vereinigungen und Genossenschaften. Verständnisvolles Zusammenarbeiten von Kirche und Staat; keine gewaltsame Änderung der staatlichen Rechtsverhältnisse unter Verletzung der Ueberzeugung und der berechtigten Ansprüche der kirchlich gesinnten Volkskreise.

18. Gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen und Anstalten der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere bei Verleihung öffentlicher Aemter und Zuwendung öffentlicher Mittel.

19. Freiheit der christlichen Liebestätigkeit und paritätische Förderung ihrer Einrichtungen.

20. Schutz und Stärkung der Ehe und Familie. Tatkräftige Fürsorge für kinderreiche Familien. Schutz des Kindes, der heranwachsenden Jugend und

der Frau gegen Ausbeutung. Kampf gegen sittliche Verwilderung im Volke, insbesondere auch gegen eine entartete Kunst und eine verkommene Literatur.

21. Wahrung des Rechts der Eltern und der Religionsgesellschaften auf die Erziehung der Kinder. Erhaltung der konfessionellen Volksschule. Sicherung eines genügenden Religionsunterrichts an allen Schulen. Freiheit des Unterrichts und der Wissenschaft.

22. Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten; Beseitigung eines überlebten Berechtigungswesens und des Kastengeistes im Schulwesen.

23. Freie Entfaltung der Mitarbeit der Frauen bei dem Wiederaufbau und der Pflege des deutschen Volkslebens unter voller Auswertung der weiblichen Eigenart.

B. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

24. Geordneter Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls auf Grundlage der produktiven Arbeit. Grundsätzliche Erhaltung der auf persönlichem Eigentum beruhenden, nach dem Solidaritätsprinzip dem Gesamtwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft.

25. Sicherung der Volksernährung durch planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

26. Gemeinnützige Bodenpolitik. Durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform. Innere Kolonisation. Mehrung und Erweiterung der bäuerlichen Betriebe unter Heranziehung von Staatsdomänen und unwirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes gegen Entschädigung.

27. Schutz und ausgleichende Förderung der einzelnen Berufsstände als notwendiger Glieder eines gesunden Wirtschaftskörpers, insbesondere Aufrichtung eines lebenskräftigen Mittelstandes. Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes, Hebung des durch den Krieg schwer geschädigten Handwerkerstandes mittels Zuweisung von Rohstoffen, Arbeit und Kapital, Wahrung der berechtigten Interessen der Kaufmannschaft, Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisationen, Schutz der Erzeuger wie der Verbraucher und ihrer Organisationen.

28. Fortführung der Sozialpolitik für die städtische und ländliche Bevölkerung unter stärkster Betonung der Persönlichkeit und Menschenwürde.

29. Fortbildung der Rechtspflege im Sinne erhöhter sozialer Gerechtigkeit und vermehrten wirtschaftlichen Schutzes gegen Wucher, unlauteren Wettbewerb, Uebervorteilung und Ausbeutung aller Art. Rechtsprechung durch unabhängige Berufsrichter unter Zuziehung von Laien in erster und zweiter Instanz der Gerichte.

30. Gewissenhafte und weitherzige Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Verbesserung des Rentenfeststellungsverfahrens durch Schaffung von Rechtsgarantien. Einführung eines Heimstättenrechtes unter be-

33. Ablehnung jeder Entwertung der Kriegsanleihen.

C. Finanzpolitik.

31. Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit, unter Berücksichtigung des Familienstandes und der Familiengröße. Schärfste steuerliche Erfassung der hohen Einkommen, der großen Vermögen, des unverdienten Wertzuwachses und der durch den Krieg gemachten Gewinne. Gleichmäßige Durchführung der Reichssteuergesetze in ganz Deutschland.

32. Verhütung der Steuerflucht und der Abwanderung des Kapitals ins Ausland.

33. Ablehnung jeder Entwertung der Kriegsanleihen.

IV. Die Deutsche demokratische Partei.

Die Geschichte der liberalen Parteien ist bereits oben S. 128 ff. bis zum Umsturze dargestellt. Nach dem 9. November 1918 fanden sich die bisherigen Parteigänger der Fortschrittlichen Volkspartei mit denjenigen Mitgliedern der Nationalliberalen, die sich nicht der Deutschen Volkspartei anschlossen, zur „Deutschen demokratischen Partei" zusammen. Ihre Ziele ergibt der

Wahlaufruf der Deutschen demokratischen Partei vom 15. Dezember 1918.*)

Das alte Regierungsystem in Deutschland ist zusammengebrochen. Drei Millionen Tote und Invalide, die Einbuße des größeren Teiles unseres Volksvermögens, der Verlust von Schiffahrt und Außenhandel, Hunger und Elend kennzeichnen das Trümmerfeld, das uns eine verfehlte äußere und innere Politik hinterlassen hat.

Die Bahn zum freien Volksstaat ist offen. Aber allzu lange schon dauert die mit der Revolution verbundene Unordnung und Gesetzlosigkeit. Erleben wir nicht die tägliche Bedrohung durch die Spartakus-Leute, die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens durch politische Streiks und sinnlose Lohnforderungen, die Losreißung deutscher Reichsgebiete durch die Polen, die würdelose Zersplitterung des Reichs im Innern? Wahrlich, die Geschicke Deutschlands sind schlecht aufgehoben, solange nicht Ordnung und Gesetzmäßigkeit wiederkehren.

In dieser Not können nur große Parteien wirksam am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. In der Deutschen demokratischen Partei haben sich alle zusammengeschlossen, die, auf dem Boden der Republik stehend, bei den Wahlen zur Nationalversammlung das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen wollen.

Wir verlangen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung mit größter Beschleunigung anberaumt werden.

Wir wollen die errungenen politischen Freiheiten nicht wieder preisgeben. Wir treten deshalb bei den Wahlen ein für die Errichtung einer deutschen Republik, in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volkes beruht. In ihr sollen die einzelnen deutschen Stämme ihre Eigenart selbständig und frei entwickeln können. Wir fordern die völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis und verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche.

Der ordentlichen Arbeit gebührt als Lohn ein auskömmliches, lebenswertes Dasein und Teilnahme an den Gütern der Kultur. Staatliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenverbände, obligatorisches Schiedsgericht sowie Gewährleistung der durch Tarifverträge festgesetzten Arbeitsbedingungen, insbesondere auch der vereinbarten Mindestlöhne und Mindestgehälter, müssen hierzu verhelfen. Auch den wirtschaftlich Schwachen, vor allen den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen unserer Gefallenen, muß der Staat eine menschenwürdige Existenz schaffen. Den Tüchtigen dürfen weder Standesvorrechte noch

*) Wahlflugblätter vgl. S. 162 ff.

Bureaukratismus, weder Geldmacht noch Klassenvorurteile am Aufstieg hindern. Der Staat hat allen Befähigten die gleiche Ausbildung jeder Art auf Schule und Hochschule zu verbürgeen. Denn nur der Tüchtige hat in einer freien Demokratie gerechten Anspruch auf Vorwärtskommen.

Notwendig ist eine wirklich soziale Steuerpolitik! Einmalige progressive Vermögensabgabe, auf angemessene Zeit verteilt. Gestaffelte Einkommensteuer unter möglichster Schonung der kinderreichen Familien, des Arbeitseinkommens und der kleinen Vermögen. Allgemeine Erbschaftssteuer für jeden größeren Nachlaß. Vor allem aber schärfste Erfassung der Kriegsgewinne. An diesem Kriege darf kein Deutscher sich bereichert haben.

Solche Lasten aber können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsordnung, die das Interesse des einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt. Die unerhörte Verschuldung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise sondergleichen. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten kann den Zusammenbruch verhindern. Darum verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Überführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt! Die Frage der Sozialisierung ist rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erzielt werden kann. Keinesfalls dürfen Staatseingriffe in der Form der Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens erfolgen.

Im Gegensatz zum Parteiprogramm der Sozialdemokratie sind wir von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt. Wir erstreben die Wiederaufrichtung des Handwerks durch schleunige Zuführung von Rohstoffen, Kreditbeschaffung und Fürsorge für das Lehrlingswesen.

Die politische und wirtschaftliche Stellung der Beamten muß auf zeitgemäßer Grundlage gesetzlich aufgebaut werden. Ihre Freiheit muß durch Ausbau des Beamtenrechts gesichert, die Erreichung auch der höchsten Amtsstellen den hierzu Geeigneten ermöglicht werden; wohlerworbene Rechte, besonders Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, müssen gewahrt, die Organisationen der Beamten anerkannt werden.

Auch die Bauern sind nicht untergegangen, wie die Sozialdemokratie prophezeit hat. Mehr denn je brauchen wir heute einen starken Bauernstand. Darum verlangen wir Beschränkung des Großgrundbesitzes, Beseitigung der Fideikommisse und aller ähnlichen feudalen Vorrechte. Der Erwerb von Grundbesitz muß auch den ländlichen Arbeitern durch eine planmäßige Siedelungspolitik erleichtert werden. Kein Wirtschaftszweig ist weniger geeignet zur Verstaatlichung als die Landwirtschaft. Der freie Bauer auf freiem Boden!

Militaristische Gewaltpolitik hüben und drüben hat uns in diesen Krieg geführt. Das Recht muß unter den Völkern herrschen. Wir verlangen eine auswärtige Politik, die getragen ist vom Geiste dauernden Friedens und Deutschlands Geltung in der Welt sichert.

Wir treten ein für einen Bund gleichberechtigter Völker, für internationale Schiedsgerichte und für eine gleichmäßige Beschränkung der Rüstungen. Im Heere verlangen wir die Beseitigung aller Privilegien.

Wir fordern Freiheit der Meere und freie Entwicklung von Handel und Schiffahrt. Der Außenhandel ist unentbehrlich zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Vermehrung der Erwerbsgelegenheiten unseres Volkes.

Vorbedingung für eine gute Auslandspolitik ist eine durchgreifende Reform des auswärtigen Dienstes. Die Rechte der Auslandsdeutschen und die Kolonialinteressen des deutschen Volkes müssen gewahrt werden. Wir verlangen bei den Friedensverhandlungen auch für uns das volle freie Selbstbestimmungs-

recht, das wir den anderen Völkern zugestehen. Wir fordern, daß bei der Regelung der Nationalitätenfrage in Elsaß-Lothringen und in der Ostmark neben den nationalen auch die wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Beziehungen voll berücksichtigt werden. Gegen jede Verletzung dieses Selbstbestimmungsrechtes, das auch den Deutschösterreichern gebührt, werden wir uns dauernd wehren. Wir treten ein für den gesetzlichen Schutz fremdsprachlicher Minderheiten in Deutschland und verlangen das gleiche Recht für die deutschen Minderheiten im Ausland.

Die Welt soll wissen, daß die Kraft der deutschen Nation in aller Zukunft nicht ausgeschaltet werden kann. Wir wollen, daß die Vertreter des deutschen Volkes stolz und aufrecht zur Friedenskonferenz gehen. Wir wollen, daß sie so sprechen, wie es den Abgesandten eines ungeheurer Übermacht unterlegenen, heute freien und selbständigen Volkes geziemt.

Wähler und Wählerinnen!

In Eure Hand ist Eures Volkes Schicksal gelegt. Wer mit uns eintritt für eine demokratische Republik, für volle politische Gleichberechtigung, für die Abwehr jeder Gewaltherrschaft, für den Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe, der stimme für die

Deutsche demokratische Partei!

V. Die sozialistischen Parteien.

a) Der neuere Sozialismus, d. h. die politische Richtung, welche die Beseitigung der Klassenunterschiede und der sie bedingenden ungerechten Verteilung der Güter zum Gegenstand hat, hat seine wissenschaftliche Grundlegung in Frankreich durch den Grafen Saint-Simon, Fourier und Louis Blanc, in Deutschland durch Karl Marx (Hauptwerk „Das Kapital“) und Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus“) erhalten. Die erste sozialistische Organisation in Deutschland war der von Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863 gegründete „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“, der zunächst nur die „friedliche und legale“ Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung als Hauptprogrammpunkt aufstellte. Nach Lassalles Tode (im Zweikampf 31. August 1864) spalteten sich seine Anhänger in mehrere Gruppen. Inzwischen hatten sich die Anhänger von Marx und Engels 1864 zur „Internationalen Arbeiterassoziation“ zusammengeschlossen. Unter Führung von Wilhelm Liebknecht und August Bebel wurde auf einem allgemeinen Arbeiterkongreß in Eisenach im August 1869 die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ als deutscher Zweig der „Internationale“ gegründet. Auf dem Kongreß in Gotha vom 22.—27 Mai 1875 vereinigte sich die neue Partei mit dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Als sie bei den Reichstagswahlen von 1877 fast ½ Million Stimmen erhalten hatte, versuchte

Bismarck nach den Attentaten von Hödel (11. Mai) und Nobiling (2. Juni 1878) auf Kaiser Wilhelm I. das weitere Umgreifen des sozialistischen Gedankens durch ein Ausnahmegesetz, das zunächst bis zum 31. März 1881 erlassene „Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878 zu bekämpfen. Trotz mehrfacher Verlängerung des Sozialistengesetzes verbreiteten sich die sozialistischen Ideen, und bei den Reichstagswahlen von 1887 verfügten die Sozialdemokraten bereits über ¾ Millionen Stimmen. Man verzichtete daher auf die Verlängerung des Sozialistengesetzes, und dieses trat zum 30. September 1890 außer Kraft.

Bis zum Weltkriege hat die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" („S. P. D."), die diesen Namen auf dem Erfurter Kongreß (14.—21. Oktober 1891) (vergl. unten) annahm, trotz vielfacher innerer Spaltungen äußerlich zusammengehalten. Während des Weltkrieges (1916) trennte sich der radikalere, die Kriegskredite verweigernde Teil als „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands" („U. S. P. D.") von dem Hauptteil ab. Bei den Reichstagswahlen von 1912*) hatte die Gesamtfraktion 110 Sitze errungen, die Unabhängigen bildeten bei ihrer Sezession eine Fraktion von 25 Mitgliedern.

b) Die gemeinsamen Ziele der S. P. D. ergibt das

Erfurter Programm.

Die sozialdmemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk, vermittels des Vorschlags und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk. Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

---

*) Vgl. S. 199 ff.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trucksystems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe. Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt. Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

b) In den Wahlkampf nach der Umwälzung vom 9. November 1918 trat die S. P. D. zunächst auf Grund des Erfurter Programms ein. Ende Dezember 1918 schieden die 3 Unabhängigen aus der Reichsregierung aus, und die nunmehr ausschließlich durch Mehrheitssozialisten*) gebildete Reichsregierung erließ am 29. Dezember 1918 den nachfolgenden

Aufruf.

An das deutsche Volk!

Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden. Die verbleibenden Mitglieder des Kabinetts haben dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung gestellt, um ihm vollkommen freie Hand zu lassen. Einstimmig sind sie von ihm aufs neue bestätigt worden. Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz des Handelns: Über jede Partei das Wohl des Volkes, die Unteilbarkeit der deutschen Republik! Zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind auf einstimmigen Beschluß des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Unabhängigen getreten, Noske und Wissell. Alle Mitglieder des Kabinetts sind gleichberechtigt. Vorsitzende sind Ebert und Scheidemann.

Und nun an die Arbeit! Im Innern gilt es, die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen sowie die Zahl der Erwerbslosen zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern und die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen. Nach außen: den Frieden so schnell und so günstig wie möglich herbeizuführen und die Vertretungen der deutschen Republik im Auslande mit neuen, von neuem Geist erfüllten Männern zu besetzen. Das ist in großen Zügen unser Programm bis zur Nationalversammlung. In enger Fühlung mit den deutschen Freistaaten soll es verwirklicht werden. Seine Ausführung im einzelnen soll nicht in Kundgebungen, sondern in Taten zum Ausdruck kommen. Jetzt haben wir Arbeitsmöglichkeiten. Es wäre unsere Schuld allein, wenn wir sie nicht zur Arbeit benützen würden. Uns die Arbeit, Euch allen aber die Mitarbeit. Auch an Euch ist die Frage des Zentralrates gerichtet: Seid Ihr bereit, die öffenliche Ruhe und Sicherheit gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeitsmöglichkeit der Regierung gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten? Ihr müßt diese Frage mit einem Ja beantworten. Die Reichsregierung bekennt sich ohne Einschränkung zu diesem Ja. Ohne dies Ja bleibt jedes Programm Papier und Worte. Wir aber wollen über den Aufruf zum Aufbau. Wir gehen ans Werk. Wir glauben an Euch und an uns. Wir kennen uns.

c) Die Ziele der U. S. P. D. ergibt der am 9. Dezember 1918 erlassene

Aufruf der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 9. Dezember 1918.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Die Nationalversammlung ist vorbehaltlich der Zustimmung der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, die am 16. Dezember d. J. zusammentritt, auf den 16. Februar einberufen worden. Die endgültige Entscheidung ist also in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gelegt worden.

---

*) Wahlflugblätter vgl. S. 165 f., Wahlplakate S. 156 f. u. Tafeln 11, 12.

Dieses geschah auf Betreiben unserer Genossen im Rat der Volksbeauftragten.

Wir müssen uns jedoch schon jetzt politisch so einrichten, als ob der Termin bereits feststünde.

Stolz geht die Partei in den Wahlkampf. Unbefleckt hat sie das rote Banner erhalten. Als alle anderen Parteien vor dem Imperialismus kapitulierten, als sie zu Mitschuldigen des größten Verbrechens der Geschichte wurden oder sich feige duckten vor den entfesselten Geistern des Nationalismus und der Beutegier, da stand sie fest und unerschütterlich zu den Prinzipien des Sozialismus und der internationalen Solidarität. Als die Politik der alten Sozialdemokratie immer weiter abwich von den Pflichten, deren Erfüllung das Klasseninteresse des Proletariats gebieterisch forderte, als uns durch Gewalt und List das Wirken für den Sozialismus unmöglich gemacht wurde, da haben wir die alte Partei, an deren Größe wir unablässig mitgearbeitet hatten, verlassen. Höher als die Partei stand uns der Sozialismus, die Sache des deutschen und des internationalen Proletariats.

Seither haben wir einen mühevollen, unablässigen und furchtlosen Kampf geführt, damit die Macht des deutschen Proletariats nicht in den Dienst der Verlängerung des unseligen Krieges gestellt werde, haben alles darangesetzt, daß die Arbeiterklasse aus einem Instrument des Krieges zu dem Bringer des Friedens werde.

Unsere Arbeit hatte Erfolg. Der Kampf gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution. Bekämpft von allen Parteien, nicht zuletzt von den Rechtssozialisten, war die Unabhängige Sozialdemokratie die Trägerin des revolutionären Gedankens, den die Arbeiter- und Soldatenräte dann in kühner Tat verwirklicht haben.

Der 9. November hat unser Werk gekrönt. Deutschland ist eine sozialistische Republik. Sie gilt es zu sichern. Ihrem Ausbau gilt nun unsere Arbeit.

Noch sind die Mächte des Alten nicht völlig gebrochen. Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt und versucht ihre ersten Schritte. Ihr gilt der erste Kampf. Die Träger des gestürzten Systems müssen sofort beseitigt werden, alle Mittel ergriffen werden, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zur Vollendung der sozialistischen Republik zu steigern.

In unerschütterlichem Festhalten an unseren sozialistischen Prinzipien, deren Richtigkeit der Verlauf der historischen Entwicklung immer von neuem bestätigt, fordern wir den Neuaufbau der Gesellschaft.

Wir fordern den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung, damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gebrochen, die Produktion auf das höchste Maß gesteigert, die Verteilung zugunsten der Gesamtheit der Volksgenossen umgestaltet werde.

Wir treten ein für die möglichst schnelle Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaates in die sozialistische Gesellschaft, auf daß das Reich der Freiheit an Stelle des Reiches der Knechtschaft und der Ausbeutung errichtet werde.

Wir dürfen mit den Vorbereitungen keinen Tag zögern.

Ein großes Stück Aufklärungsarbeit ist zu verrichten. Die Frauen nehmen zum erstenmal an einer politischen Wahl von größter Bedeutung teil, und sie bilden die Mehrzahl der Wähler.

Die Soldaten sind zu Millionen dem politischen Leben jahrelang entrückt gewesen.

In der kurzen Spanne Zeit bis zum Wahltag gilt es, mit aller Kraft die Wähler über die wichtigsten politischen Tatsachen, über die Grundsätze des Sozialismus zu unterrichten. Kein Tag darf ungenützt verstreichen.

Ihr müßt aber auch schon jetzt mit der Organisationsarbeit beginnen. Das Wahlgesetz hat die Wahlbezirke scharf umgrenzt und die Zahl der Kandidaten für jeden Wahlbezirk nach einem gleichen Maßstab festgesetzt.

Die Auswahl der Kandidaten hat im Einvernehmen aller unserer Partei-

organisationen der Wahlbezirke zu erfolgen. In jedem Wahlbezirk sind besondere und vollständige Listen der U. S. P. D. aufzustellen. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, daß Arbeiter, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter in den Betrieben genießen, als Kandidaten aufgestellt werden.

Es handelt sich nicht um die Wahl zu einem Jahre hindurch tagenden Parlament. Unsere Parteigenossen, die in Fabriken, Kontoren, Geschäften, Werkstätten und die auf dem Lande tätigen Arbeiter und Angestellten, sind deshalb durch nichts gehindert, als Vertreter in die Nationalversammlung einzutreten.

Die Frauen, die bis jetzt Schulter an Schulter mit dem Manne für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse gewirkt haben, sind in gleicher Weise wie die Männer zur Vertretung des sozialistischen Proletariats in die Nationalversammlung zu entsenden. Der Tüchtigste ist zu wählen, ohne Rücksicht, ob Mann oder Frau.

Der Streit, wann die Konstituante zusammentreten soll, ist jetzt ein müßiger. Jetzt gilt es, die politische Situation auszunutzen, im Interesse der Arbeiterklasse zum Siege der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Auf, Genossen und Genossinnen, ans Werk! Es geht um die Sicherung und den Ausbau der sozialistischen Republik! Es geht ums Ganze!

Die Parteileitung
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

d) **Der Spartakusbund ist, wie (oben S. 121) erwähnt, in den Wahlkampf nicht eingetreten. Der Vollständigkeit wegen sei aber mitgeteilt das am 14. Dezember 1918 veröffentlichte**

Programm des Spartakusbundes.

Was will der Spartakusbund?

I. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch A.- und S.-Räte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.
4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
5. Entfernung der Offiziere und der Kapitulanten aus allen Soldatenräten.
6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der A.- und S.-Räte.
7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.
8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

II. Auf politischem und sozialem Gebiete.

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik.

2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A.- und S.-Räte sowie deren Ausschüsse und Organe.

3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.

4. Wahl von Delegierten der A.- und S.-Räte im ganzen Reich für den Zentralrat der A.- und S.-Räte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat.

5. Zusammentritt des Zentralrats vorläufig mindestens alle drei Monate — unter jedesmaliger Neuwahl der Delegierten — zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der A.- und S.-Räte im Reich und ihrem obersten Regierungsorgan. Recht der lokalen A.- und S.-Räte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln. Recht des Vollzugsrats, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und -beamten zu ernennen und abzusetzen.

6. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

7. Einschneidende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg; sechsstündiger Höchstarbeitstag.

8. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen.

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.

2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der A.- und S.-Räte festzusetzen ist.

3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.

4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.

5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.

6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.

7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.

8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission, die unter ständigem Zusammenwirken mit den Betriebsräten der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der A.- und S.-Räte sichern soll.

IV. Internationale Aufgaben.

Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslands, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

V.

Das will der Spartakusbund!

Und weil er das will, weil er der Mahner, der Dränger, weil er das sozialistische Gewissen der Revolution ist, wird er von allen offenen und heimlichen Feinden der Revolution und des Proletariats gehaßt, verfolgt und verleumdet.

Kreuziget ihn! rufen die Kapitalisten, die um ihre Kassenschränke zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Kleinbürger, die Offiziere, die Antisemiten, die Preßlakaien der Bourgeoisie, die um die Fleischtöpfe der bürgerlichen Klassenherrschaft zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Scheidemänner, die wie Judas Ischariot die Arbeiter an die Bourgeoisie verkauft haben und um die Silberlinge ihrer politischen Herrschaft zittern!

Kreuziget ihn! wiederholen noch wie ein Echo getäuschte, betrogene, mißbrauchte Schichten der Arbeiterschaft und Soldaten, die nicht wissen, daß sie gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüten, wenn sie gegen den Spartakusbund wüten.

Im Hasse, in der Verleumdung gegen den Spartakusbund vereinigt sich alles, was gegenrevolutionär, volksfeindlich, antisozialistisch, zweideutig, lichtscheu, unklar ist. Dadurch wird bestätigt, daß in ihm das Herz der Revolution pocht, daß ihm die Zukunft gehört.

Der Spartakusbund ist keine Partei, die über der Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.

Der Spartakusbund lehnt es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in einer solchen Zusammenwirkung einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, eine Stärkung der Gegenrevolution und eine Lähmung der Revolution erblickt.

Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten sind.

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.

Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen.

Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.

Auf Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust! Der Spartakusbund.

Wahlplakate und Wahlflugblätter zu den Wahlen zur Nationalversammlung.

(Vgl. auch die beigegebenen Bildtafeln 11 bis 15.)

Wer rettet uns vor dem Untergang?



Die deutschnationale Volkspartei!

Breite 88 cm, Höhe 70 cm. Zeichnung schwarz, der Abgrund rot.

Plakat der Deutschnationalen Volkspartei.
(Vgl. auch die mehrfarbige Tafel 14.)

Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei.

Jch schützte und
rettete die Ostmark
mit dem Schwerte.

Jch verhandelte mit
den Polen und gab
die Ostmark preis.



Darum wähle

Die Deutschnationale Volkspartei

(Originalgröße 65×50)



Breite 88 cm, Höhe 60 cm. Rand schwarz-weiß-rot.



Breite 88 cm, Höhe 70 cm. Fahne und Rand schwarz-weiß-rot.

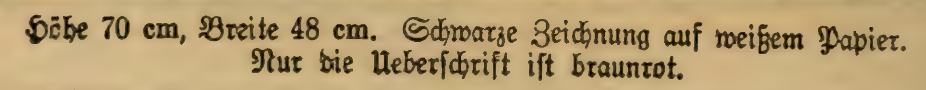
Plakate der Deutschnationalen Volkspartei.

Deutschnationale Volkspartei

Landesverband Groß-Berlin
Geschäftsstelle Berlin W.9, Schellingstr. 1

Wählt

Deutsch-National



Höhe 70 cm, Breite 48 cm. Schwarze Zeichnung auf weißem Papier.
Nur die Ueberschrift ist braunrot.

Plakat der Deutschnationalen Volkspartei.

Wahlplakat der Deutschen Volkspartei.

die deutsche Volkspartei



die Partei des Mittelstandes

Hauptgeschäftsstelle für den Regierungsbezirk Potsdam:
Berlin Lichtenberg, Rathausstr. 7 Fernspr. Lichtenberg 1234, 1056.

(Originalgröße 91×67)



Höhe 98 cm, Breite 66 cm. Schrift schwarz. Glocke grau. Rand orangegelb.

Plakat der Deutschen Volkspartei.
(Vgl. auch die mehrfarbige Tafel 15.)



Höhe 105 cm, Breite 76 cm. Grund schwarz. Flammenschein und Schrift brandrot. Kreuz goldgelb.

Plakat der Christlichen Volkspartei (Zentrum).

(Vgl. auch die mehrfarbige Tafel 13.)

Wahlplakat der Christlichen Volkspartei.



(Originalgröße 101×71)



Höhe 125 cm, Breite 85 cm. Weißes Papier, das eigentliche Bild in Schwarz, die Inschriften und die Umrahmung in kräftigem Saftgrün.

Plakat der Christlichen Volkspartei (Zentrum).



Höhe 135 cm, Breite 88 cm. Rot auf weißem Grund.

Plakat der Sozialdemokratischen Partei.
(Vgl. auch die mehrfarbigen Tafeln 11 und 12.)

Wahlplakat der Sozialdemokratischen Partei.



(Originalgröße 90×68)

Wahlplakat der Sozialdemokratischen Partei.



(Originalgröße 89×69)

Frauen!

Euern Kindern Glück und Brot,

Darum werbt und wählet rot!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Breite 66 cm, Höhe 54 cm. Rote Schrift auf weißem Grund.



Breite 88 cm, Höhe 66 cm. Adler schwarz mit roter Mütze. Urne dunkelrot. Schrift rot.

Plakate der Sozialdemokratischen Partei.

Ist die deutschnationale Volkspartei eine wahre Volkspartei?

Ja! Das zeigt ihr Programm.

Die deutschnationale Volkspartei fordert für den deutschen Staat als die nunmehr gegebene Verfassung die parlamentarische Regierungsform, getragen vom Vertrauen der Mehrheit der Bürger

Die deutschnationale Volkspartei fordert als Mittel für den Ausdruck des Volkswillens eine Nationalversammlung, die aus dem allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrecht hervorgeht

Die deutschnationale Volkspartei tritt ein für eine volkstümliche Vereinfachung der Verwaltung, für eine freiheitliche Ausgestaltung der Gemeindeverfassung unter Heranziehung aller Bevölkerungsschichten zu den Körperschaften der Selbstverwaltung.

Die deutschnationale Volkspartei will eine planmäßige und opferbereite Bevölkerungspolitik um unser Volkstum in allen sozialen Schichten gesund zu erhalten

Die deutschnationale Volkspartei verlangt Freiheit der Person und des Gewissens, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit von Kunst und Wissenschaft.

Die deutschnationale Volkspartei wendet ihre besondere Fürsorge der Ausgestaltung der Volksschule als der Grundlage der Volksbildung zu. Sie verlangt wirtschaftliche Erleichterungen für den Aufstieg von der Volksschule zur höheren Schule.

Die deutschnationale Volkspartei fordert eine Finanzpolitik, die das öffentliche Abgabenwesen nach den Grundsätzen der Tragfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit ordnet. Vermögen sind zur Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindelasten in ausgedehntem Maße heranzuziehen.

Die deutschnationale Volkspartei bekämpft die Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus.

Die deutschnationale Volkspartei fordert zum Schutz unserer Arbeiter und Angestellten einen planmäßigen Ausbau der Sozialpolitik. Sie tritt ein für eine Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Landarbeiter, für die Anerkennung der Gewerkschaften und Berufsvereine, für den Schutz und die Förderung jeder nationalen Arbeit in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie.

Wahlflugblatt der Deutschnationalen Volkspartei.

Verlangt die deutschnationale Volkspartei damit nicht nur dasselbe, was andere Parteien auch fordern? Zum Teil haben sie sich allerdings diesen Forderungen nicht verschließen können. Die deutschnationale Volkspartei fordert aber zur Bekräftigung ihrer wahrhaft volkstümlichen Politik noch mehr:

Die deutschnationale Volkspartei fordert eine umfassende Siedelungspolitik auf dem platten Lande, die neues Bauernland und die Möglichkeit eigener Wirtschaft für die Landarbeiter schafft.

Die deutschnationale Volkspartei fordert zur Behebung der Wohnungsnot die Schaffung von Heimstätten für alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für unsere heimkehrenden Krieger.

Die deutschnationale Volkspartei tritt dafür ein, daß das religiöse Gefühl weitester Volksschichten geachtet und in seiner Betätigung ungestört gelassen wird.

Die deutschnationale Volkspartei verlangt Maßnahmen zur Wiederaufrichtung und zur Stützung des Mittelstandes.

Die deutschnationale Volkspartei verlangt gegenüber den radikalen sozialistischen Bestrebungen Schutz des Privateigentums, ohne sich einer gemeinwirtschaftlichen Betriebsform, da, wo sie angebracht ist, zu widersetzen.

Wer zur Nationalversammlung wählt, muß seine Stimme einer Partei geben, die eine * Politik zum Besten des Volkes treibt *

Das tut allein die deutschnationale Volkspartei.

Aufheben!

Für die Hausfrau!

Willst Du zurückstehen, wenn über Dein Wohl und Wehe entschieden wird? Dein

Haushalt

hängt vom Staatshaushalte ab, darum darf Deine Stimme nicht fehlen bei der Nationalversammlung. Laß Dich die kleine Mühe nicht verdrießen; versäume den Wahltag nicht Ist es Dir gleich, was mit dem

Einkommen Deines Mannes

geschieht? Hast nicht auch Du Privateigentum zu verlieren? Soll die Arbeit und das Sparen Deines Mannes umsonst gewesen sein? Willst und mußt nicht auch Du

Ruhe und Ordnung

haben? Soll

Dein Kind

nach System Adolf Hoffmann erzogen werden? Wenn Du alles das nicht willst, so

Wähle die Deutschnationale Volkspartei!

Soll die Kartenwirtschaft aufhören, und sollen die Kriegsgesellschaften verschwinden, so

Wähle die Deutschnationale Volkspartei!

Willst Du eine gesunde Wohnung und Fürsorge für Dich und die Deinen in Alter und Krankheit, so

Wähle die Deutschnationale Volkspartei!

Welche Partei hat die meisten Frauen in aussichtsreichen Stellen auf die Wahllisten gesetzt und welche Partei vertritt also am meisten Dein Interesse?

Die Deutschnationale Volkspartei!

Darum werbt und wählt für die Deutschnationale Volkspartei!

Wahlflugblatt der Deutschnationalen Volkspartei.

Frauen wählt!

Wen werdet Ihr wählen?

Denjenigen, der Eure Forderungen am besten vertritt.

Was forderst Du, deutsche Frau?

Ein einiges Deutschland,

das wieder geachtet in der Welt dastehen soll.

Ein fleißiges Deutschland,

in dem alle gleichmässig sich bemühen, für Deutschlands Wirtschaft zu arbeiten.

Ein christliches Deutschland,

in dem Religion und Sitte dem deutschen Volke erhalten bleiben.

Wer vertritt Eure Forderungen?

Die Deutsche Volkspartei!



Drum, deutsche Frau, werde Mitglied der Deutschen Volkspartei!

Wahlflugblatt der Deutschen Volkspartei.

Die Demokratie und die Frauen!

Die deutschen Frauen sind Staatsbürger geworden.

Sie sollen die Treue, die sie ihrem Vaterlande arbeitend und duldend in 52 Kriegsmonaten gehalten haben, ihm nun beweisen

als Wählerinnen,

die über die deutsche Zukunft bestimmen.

Was verlangt diese Treue?

Sie verlangt **Glauben an unser Volk**, entschlossenes Abwerfen einer überwundenen Vergangenheit, Bereitschaft zum Neubau nach dem Gebot der Stunde.

Worin besteht dieses Gebot?

Unser Volk bedarf vor allem des **inneren Friedens**, um in schaffender Arbeit wieder zu erstarken. Der innere Friede ist nur denkbar auf der einzigen Grundlage der **vollen sozialen und politischen** Gerechtigkeit für alle Volksgenossen, nicht durch Klassenkampf und Klassenherrschaft, nicht wenn irgend welche Teile unseres Volkes politisch abhängig bleiben und wirtschaftlich verkümmern.

Diese Politik der gleichen bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit vertritt die Deutsche Demokratische Partei.

Die Deutsche Demokratische Partei dient keiner Schicht im besonderen. **Sie dient der Gesamtheit.** Sie will jede Klassenherrschaft beseitigen und allen Teilen des Volkes zu einem lebenswerten Dasein auf der Grundlage werktätiger Arbeit verhelfen. Die Deutsche Demokratische Partei will jedem grundsätzlich die **Freiheit der wirtschaftlichen und kulturellen Betätigung** sichern, aber solche kapitalistische Machtbildung beschränken, die das Wohl der Gesamtheit bedroht.

Die Deutsche Demokratische Partei will durch eine **internationale** Rechtsordnung den Frieden der Menschheit begründen.

Frauen, die Ihr nach so viel Haß und Blutvergießen nichts sehnlicher wünscht als **den inneren Frieden**,

schließt Euch der Deutschen Demokratischen Partei an und werbt für sie.

Recht, Freiheit, Arbeit, Schutz und Wohlfahrt der Frauen ist nur in der wahren Demokratie gesichert. Die Deutsche Demokratische Partei ist die Partei der Frauen!

Die Frauen der Deutschen Demokratischen Partei.

Wahlflugblatt der Deutschen Demokratischen Partei.

An das deutsche Landvolk.

Verbündet mit dem

Deutschen Bauernbund

zieht die

Deutsche Demokratische Partei

in den die deutsche Zukunft bestimmenden Wahlkampf. In dieser Stunde bekennen wir uns zu der Notwendigkeit

eines starken und gesunden deutschen Landvolkes,

das unter auskömmlichen Verhältnissen auf eigener Scholle sitzend, dem vaterländischen Boden in zähem Fleiße die Früchte abgewinnt, deren die Gesamtheit bedarf. In Bauern und Landarbeitern erkennen wir den unversieglichen Jungbrunnen, den in seiner Kraft zu erhalten die erste Aufgabe einer besonnenen und vorsorglichen Staatspolitik sein muß. Niemals darf die Rücksicht auf andere Interessen dem Staatsganzen die Grundlage einer lohnenden und vorwärtsstrebenden Landwirtschaft entziehen. Mehr denn je wird nach diesem Kriege angesichts der Erschwernisse unseres industriellen Lebens und des Auslandsabsatzes die heimische Urproduktion und mit ihr die

Landwirtschaft als das Fundament unseres Wiederaufbaues

da stehen. Diese Grundlage durch umfangreiche Siedlung, die auch für die Städte lohnende Absatzmärkte schafft, zu verstärken und durch zweckmäßige Reform des Boden-Hypotheken- und Erbrechts gesund zu erhalten, wird die Hauptaufgabe deutscher Agrarpolitik sein. Alle Hindernisse, die dem entgegenstehen, müssen beseitigt werden.

Veraltete Feudalrechte und Fideikommisse müssen fallen,

ein verändertes und demokratisches Wahlrecht zu den Kreistagen, provinziellen, landwirtschaftlichen und sonstigen Körperschaften muß die Gleichberechtigung der breiten Massen der Landbevölkerung sicherstellen, ihr Selbstgefühl heben. Die Sonderstellung der Gutsbezirke muß fallen. In freier Wahl sollen die Gemeinden ihre Geistlichen bestimmen. Die Befugnisse der Amtsvorsteher sind nach dem Muster der westlichen Provinzen den Gemeindevorstehern zu übertragen. Dem Holzwucher der großen Privatwaldbesitzer ist nachdrücklich entgegenzutreten. Die Wälder sind für Zwecke der Allgemeinheit mehr als bisher nutzbar zu machen, den Waldarbeitern auskömmliche Bedingungen zu schaffen. Der notwendige Holzschlag ist, wo es erforderlich ist, zwangsweise anzuordnen, der Wildschaden durch ausreichenden Abschuß zu verhüten und unter allen Umständen voll zu entschädigen. Nicht überkommene Herrenansprüche sollen für die Führung in der Landwirtschaft maßgebend sein, sondern nur Tüchtigkeit und persönliche Leistung.

Dem Landarbeiter muß der Erwerb von Eigenland

erleichtert werden. Durch ausreichende und zweckmäßige Entlöhnung, die an dem Ertrag der Wirtschaft beteiligt, durch gesunde und ausreichende Wohnungen ist die Neigung zur Landarbeit zu heben. Uebermäßige Ausbeutung muß verhindert, aber die phantastischen Pläne einer Verwirklichung des Achtstundentages auf dem flachen Lande müssen abgewiesen werden. In der Versicherungsgesetzgebung sind dem Lande die gleichen Vorteile wie der städtischen Bevölkerung zuzuwenden. Insbesondere gilt dies für den Wöchnerinnenschutz. Nicht vom grünen Tische aus sind die das flache Land betreffenden Gesetze und Maßnahmen zu schaffen und durchzuführen, sondern in lebendiger Beziehung mit der Landbevölkerung und nach dem Rat geeigneter landwirtschaftlicher Sachverständiger.

Hinweg mit der Zwangswirtschaft!

Sie hat so rasch als möglich der freien wirtschaftlichen Betätigung Platz zu machen. In der

Liebe zur eigenen Scholle

und in der Gewißheit, sie den Kindern zu vererben, erblicken wir die schöpferischen Kräfte höchster Ertragssteigerung. Deshalb fort mit allen Eingriffen in das ländliche Privateigentum, keine Zusammenlegung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe wie dies von sozialistischer Seite gewünscht wird, aber Aufteilung landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes überall da, wo diese Aufteilung wirtschaftlich und sozial geboten erscheint. Durch Mustergüter, Verbesserung und Vermehrung der landwirtschaftlichen Fach- und Fortbildungsschulen auch für die weibliche Jugend, durch weitgehende Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und andere Maßnahmen ist die Produktivität der Landwirtschaft in jeder Weise zu fördern. Eine gerechte Steuerpolitik muß gleiche Grundlagen schaffen für den freien Konkurrenzkampf zwischen landwirtschaftlichem Klein- und Großbetrieb. Die bisherige Minderbelastung der landwirtschaftlichen Großbetriebe muß fallen, die veraltete Bodenklasseneinteilung ist nachzuprüfen und die gleiche Bodenqualität gleichmäßig hoch zu besteuern bei Klein- und Großbetrieb.

Ein freies Landvolk auf eigener Scholle, eine starke, leistungsfähige Landwirtschaft, das sind die Ziele, denen die Partei nachstrebt. Frei von allen sozialistischen Uebertreibungen tritt die Partei auf gegen alle Vorrechte der ländlichen Herrenschicht.

Auf! Männer und Frauen des flachen Landes.

Schart Euch um das Banner der

Deutschen Demokratischen Partei.

Wahlflugblatt der Deutschen Demokratischen Partei.



Wahlflugblatt der Deutschen Demokratischen Partei.

N. 35.

Frauen!

Schützt Eure Religion

Vor denen, die aus der Religion eine politische Parole machen,

Vor denen, die Eures Herzens stilles Glühen für Hohes, Hehres u. Heiliges hinauszerren in die schmutzüberkrusteten Gefilde politischer Kämpfe!

Wir wollen niemand zu einem religiösen Bekenntnis pressen. —

Wir wollen, daß die Religion nicht zu einem Machtmittel des Staates mißbraucht wird.

Wir wollen daß jeder seinen Glauben seine religiöse Überzeugung behalten und frei bekennen darf.

Darum stimmt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Wahlflugblatt der Sozialdemokratischen Partei.



Wahlflugblatt der Sozialdemokratischen Partei.

„Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands"
bringt folgendes Gedicht zur Wahl:

„Nun tretet an!"

„Gemeinsam wollen Weib und Mann
Heut an die Urne schreiten.
Wir wählen! Und es wird der Bann,
Wie Nebel von uns gleiten ....
Das Volk ist mündig und bereit,
Sein Schicksal sich zu schmieden:
Sei uns gegrüßt, du neue Zeit,
Die du nach Kampf bringst Frieden!"

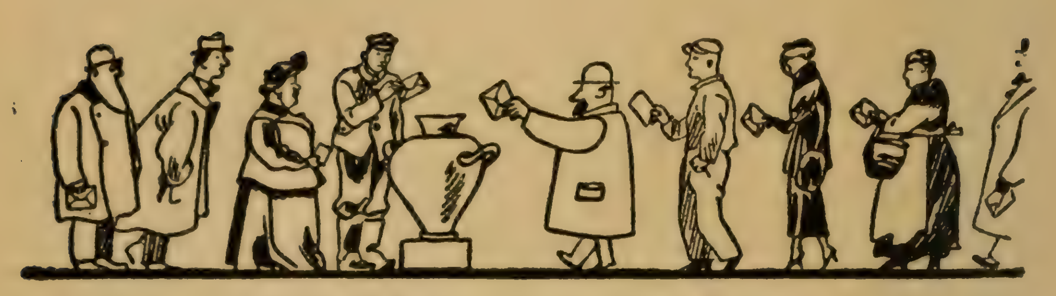
„Wir wollen durch! Wir woll'n empor
Zum Licht! Wer will uns hemmen?
Wer will sich uns am Zukunftstor
Dauernd entgegenstemmen?
Du heil'ge Glut, flamm' lodernd auf,
Erfülle alle Seelen!
Der Tag ist da? Deutschland, Glück auf!
Nun kommt und laßt uns wählen!"



„Die Trommel“

(Nr. 4 vom 18. Januar 1919)

bringt folgende Abbildung zur Wahl:



So wählen Millionen Deutsche am 19. Januar —

und so gibt Spartakus seine Stimme ab.

Ergebnisse der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.*)

Wahlkreis 1.

Provinz Ostpreußen.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 108 032 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Besitzer Adolph Richter in Ebersbach, Kreis Pr. Holland,
2. Vorsitzender des Zentralverbandes der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter Franz Behrens in Bielefeld.

b) **Deutsche Volkspartei:** 72 194 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Dr. Alexander Graf zu Dohna, Professor der Rechte in Königsberg, Pr.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 93 523 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Verbandssekretär Dr. Paul Fleischer in Berlin.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 171 108 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Justizrat Ernst Siehr, Rechtsanwalt in Insterburg,
2. Frau Elisabeth Brönner, Schriftleiterin in Königsberg, Pr.,
3. Franz Bartschat, Klempnermeister in Königsberg, Pr.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 419 201 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Landwirtschaftsminister Otto Braun in Berlin,
2. Frau Wilhelmine Kähler in Berlin-Steglitz,
3. Bezirksleiter Joseph Lübbring in Königsberg, Pr.,
4. Parteisekretär Theodor Wolff in Tilsit,
5. Schriftsteller Heinrich Schulz in Berlin,
6. Sekretär des D. Eisenbahner-Verbandes Th. Kotzur, in Berlin,
7. Postsekretär Willy Steinkopf in Königsberg, Pr.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei** (Vereinigte sozialistische Soldaten Ostpreußens): 45 872 Stimmen.

Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Richter, Graf Dohna und Fleischer waren verbunden. Wahlprotokolle aus 11 Stimmbezirken sind nicht eingegangen.

Wahlkreis 2.

Provinz Westpreußen.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 127 411 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Landgerichtsrat Georg Schultz, Bromberg,
2. Schriftstellerin Fräulein Dr. Käthe Schirmacher, Danzig,
3. Rittergutsbesitzer Dr. Gustav Roesicke, Görsdorf bei Dahme.

*) Vgl. hierzu die kartographische Zusammenstellung S. 184/185.

b) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 79 041 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Schümmer, Wilhelm, Arbeitersekretär, Danzig.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 158 508 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Friedrich Weinhausen, Schriftsteller, Berlin-Steglitz,
2. Katharina Kloß, Schulvorsteherin, Danzig,
3. Wilhelm Gleichauf, Vorsitzender des Gewerkvereins der Metallarbeiter, Berlin, Greifswalder Straße 221.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 161 075 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Gehl, Julius, Parteisekretär, Danzig,
2. Schulz, Hermann, Stadtverordneter, Elbing,
3. Simon, Anna, Sekretärin, Brandenburg a. H.,
4. Reek, Walter, Gewerkschaftssekretär, Danzig.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 28 189 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Gehl und Leu (Unabhängige sozialdemokratische Partei) waren verbunden.

Wahlkreis 3.
Stadt Berlin.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 103 720 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Laverrenz, Wilhelm, Regierungs- und Baurat, Berlin-Halensee.

b) **Deutsche Volkspartei:** 61 876 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Wilhelm Kahl, Universitätsprofessor, Berlin-Wilmersdorf.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 56 053 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Maximilian Pfeiffer, Generalsekretär, Berlin.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 177 555 Stimmen.
Gewählt sind:
1. D. Friedrich Naumann, Schriftsteller, Berlin, Kronprinzenufer 27,
2. Gustav Hartmann, Verbandsvorsitzender, Berlin NO. 55.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 404 604 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Richard Fischer, Geschäftsführer, Berlin, Kreuzbergstraße 24,
2. Wilhelm Pfannkuch, Parteisekretär, Berlin SW. 61,
3. Robert Schmidt, Unterstaatssekretär, Karlshorst b. Berlin,
4. Hugo Heimann, Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter, Berlin,
5. Eugen Ernst, Staatsminister und Polizeipräsident, Berlin C. 25.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 306 672 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Emil Eichhorn, Redakteur, Berlin, Langenbeckstraße 9,
2. Hugo Haase, Rechtsanwalt, Berlin, Brückenallee 22,
3. Gustav Laukant, Metallarbeiter, Berlin, Nordufer 11,
4. Luise Zietz, Sekretärin, Berlin, Hasenheide 75.

g) **Soziale Reformpartei:** 45 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Laverrenz, Pfeiffer und Kahl waren verbunden.

Wahlkreis 4.

Reichstagswahlkreise Potsdam 1—9, soweit sie zum Regierungsbezirk Potsdam gehören.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 109 047 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Franz Behrens, Vorsitzender des Zentralverbandes der christlichen Land- und Forstarbeiter Deutschlands, Berlin, Kochstraße 9.

b) **Deutsche Volkspartei:** 65 476 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Oskar Maretzky, Stadtsyndikus, Berlin-Lichtenberg, Parkaue 6.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 19 872 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 180 351 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Dr. Hermann Pachnicke, Schriftsteller, Berlin-Wilmersdorf,
2. Ernst Remmers, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, Berlin-Niederschönhausen, Kaiser Wilhelmstraße 79.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 363 049 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Rudolf Wissell, Zentral-Arbeitersekretär, Berlin-Treptow,
2. Marie Juchacz, Parteisekretärin, Berlin, Tempelherrenstraße 9 II,
3. Otto Sidow, Zeitungsverleger, Brandenburg (Havel), Steinstr. 22,
4. Emil Stahl, Stadtverordneter, Spandau, Marschallstraße 10,
5. Hermann Müller, Arbeitersekretär, Berlin-Lichtenberg.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 128 859 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Paul Brühl, Metallarbeiter, Berlin-Lichtenberg.

Die Wahlvorschläge Behrens, Maretzky und Lerch (Christliche Volkspartei) waren verbunden.

Wahlkreis 5.

Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 117 647 Stimmen.
Gewählt sind:
1. D. Traub, Pfarrer, Dortmund,
2. Fräulein Anna von Gierke, Charlottenburg, Goethestraße 22.

b) **Deutsche Volkspartei:** 95 621 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Frau Klara Mende, geb. Völker, Berlin-Tempelhof, Dorfstraße 36.

c) **Christliche Volkspartei:** 33 358 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Demokratische Volkspartei:** 186 218 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Dr. Bernh. Dernburg, Staatssekretär a. D., Berlin-Grunewald,
2. Otto Nuschke, Hauptschriftleiter, Berlin-Steglitz, Schützenstraße 14.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 317 967 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Fritz Ebert, Mitglied der Reichsregierung, Berlin-Treptow,*)
2. Franz Krüger, Geschäftsführer, Cöpenick (Uhlenhorst),
3. Elfriede Ryneck, Berlin-Treptow (Baumschulenweg).

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 138 007 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Friedrich Zubeil, Expedient, Berlin, Grünauer Straße 32.

Die Wahlvorschläge Traub, Kahl und Schönborn (Christliche Volkspartei) waren verbunden. Auf diese verbundenen Wahlvorschläge zusammen sind noch 31 Stimmen abgegeben, die der Wahlvorsteher als gültig anerkannt hat.

Wahlkreis 6.

Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 113 143 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Roske, Ferdinand, Bauerngutsbesitzer, Kutschau,
2. Bruhn, Wilhelm, Verleger, Berlin.

b) **Deutsche Volkspartei:** 19 037 Stimmen.
Kein Sitz.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 10 554 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 132 869 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Bruckhoff, Hermann, Lehrer, Guben,
2. Bahr, Max, Fabrikbesitzer, Landsberg a. W.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 308 653 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Wels, Otto, Parteisekretär, Friedrichshagen,
2. Schumann, Oswald, Gewerkschaftsbeamter, Mahlsdorf,
3. Giebel, Karl, Privatangestellter, Berlin-Südende,
4. Schmidt, Richard, Parteisekretär, Berlin.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 4235 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Roske, Löser (Deutsche Volkspartei), Frankenberg (Christliche Volkspartei) und Bruckhoff waren verbunden, von ihnen waren die Wahlvorschläge Frankenberg (Christliche Volkspartei) und Löser (Deutsche Volkspartei) mit einander enger verbunden.

Wahlkreis 7.

Provinz Pommern.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 194 145 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Gustav Malkewitz, Zeitungsverleger zu Stettin,
2. Willi Jandrey, Bauernhofsbesitzer zu Klein Raddow,
3. Margarete Behm, Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen zu Zehlendorf bei Berlin.

*) Infolge der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten ist an seine Stelle als Ersatzmann getreten: Gewerkschaftssekretär Franz Thurow in Neukölln.

b) **Deutsche Volkspartei:** 88 102 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Fritz Mittelmann, Schriftsteller zu Stettin.

c) **Christliche Volkspartei:** 4830 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Demokratische Volkspartei:** 174 716 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Julius Lippmann, Justizrat zu Stettin,
2. Paul Lockenvitz, Leiter der städtischen Berufsberatung für die männliche Jugend in Stettin.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 331 523 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Alwin Körsten, Gewerkschaftssekretär zu Berlin,
2. August Winnig, Verbandsvorsitzender zu Hamburg,
3. Alexander Kuntze, Lagerist zu Stettin,
4. Simon Katzenstein, Schriftsteller zu Charlottenburg,
5. Frau Else Höfs zu Stettin.

f) **Unabhängige Sozialdemokratie:** 15 403 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Malkewitz, Mittelmann und Piontek (Christliche Volkspartei II) waren verbunden.

Wahlkreis 8.

Provinz Posen.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 110 502 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Schultz, Georg, Geheimer Justizrat, Landgerichtsrat, Bromberg,
2. Ohler, Wilhelm, Landwirt, Grabitz, Kreis Birnbaum,
3. Dr. Hugenberg, Alfred, Geheimer Finanzrat, Gut Rohbraken bei Rinteln,
4. Kreft, Karl, Landwirt, Lakomowo, Kreis Bromberg,
5. Knollmann, Friedrich, Arbeitersekretär, Posen, Bukerstraße 41.

b) **Deutsche Volkspartei:** 54 883 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Reineke, Heinrich, Landwirt, Schlehen, Kreis Posen,
2. Beuermann, August, Schulrat, Fraustadt,
3. Aßmann, Julius, Pfarrer, Bromberg.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 33 640 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Sagawe, Robert, Gewerkschaftssekretär, Lissa i. P.,

d) **Deutsche demokratische Partei:** 72 266 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Dr. Herrmann, Alfred, Akademieprofessor, Posen,
2. Bärwald, Moritz, Justizrat, Bromberg, Bismarckstraße 2,
3. Ekke, Elise, Mittelschullehrerin, Posen, Bitterstraße 26.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 53 297 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Schulz, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär, Bromberg, Prinzenhöhe 1,
2. Stoeßel, Paul, Gewerkschaftssekretär, Bromberg.

Die Wahlvorschläge Georg Schultz und Sagawe waren verbunden, ebenso die Wahlvorschläge Reineke und Herrmann.

Wahlkreis 9.

Regierungsbezirk Breslau.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 137 595 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Geh. Reg. Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Semmler, Breslau,
2. Eisenbahnrechnungsrevisor Curt Deglerk, Breslau.

b) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 187 339 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Gewerkschaftssekretär August Grunau, Breslau, Reusche-Straße 1,
2. Arbeitsnachweisleiter Alois Puschmann, Glatz.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 139 188 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Georg Gothein, Bergrat a. D., Breslau, Hohenzollernstraße 155.
2. Wilhelm Schmidthals, Ritterguts pächter, Riemberg b. Obernigk.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 432 066 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Bauer, Gustav, Staatssekretär, Neukölln-Berlin, Pflügerstraße 69.
2. Löbe, Paul, Stadtverordneter, Breslau, Gellertstraße 11,
3. Sachse, Hermann, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, Bochum,
4. Feldmann, Franz, Gemeinderat, Ober Langenbielau,
5. Müller, Hermann, Parteisekretär, Tempelhof-Berlin, Moltkestr. 3,
6. Voigt, Fritz, Sanitätssoldat, Breslau, Hubenstraße 3 b.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 963 Stimmen.
Kein Sitz.

f) **Demokratische Mittelstandspartei:** 208 Stimmen.
Kein Sitz.

Wahlkreis 10.

Regierungsbezirk Oppeln.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 47 516 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Geh. Sanitätsrat Dr. Rudolf Hartmann in Königshütte-Heiduk.

b) **Deutsche demokratische Partei:** 45 780 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Oberbürgermeister Alexander Pohlmann in Kattowitz.

c) **Sozialdemokratische Partei:** 216 970 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Parteisekretär Otto Hörsing in Beuthen O. S.,
2. Hausfrau Drioba Hauke in Kattowitz,
3. Gewerkschaftssekretär Heinrich Löffler in Kattowitz,
4. Parteisekretär Anton Bias in Beuthen-Roßburg,
5. Maler Roman Becker in Gleiwitz.

d) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 32 517 Stimmen.
Kein Sitz.

e) **Katholische Volkspartei:** 321 334 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Pfarrer Karl Ulitzka in Ratibor-Altendorf,
2. Rechtsanwalt Dr. Johannes Herschel in Breslau,

3. Gewerkschaftssekretär Franz Ehrhardt in Kattowitz,
4. Geheimer Justizrat Joseph Bitta in Breslau,
5. Tischlermeister Konstantin Zawadzki in Beuthen O. S.,
6. Rektor Thomas Sczeponik in Myslowitz,
7. Bauerngutsbesitzer Franz Strzoba in Deutsch Müllmen,
8. Tischler Joseph Kubetzko in Gleiwitz.

Wahlkreis 11.

Regierungsbezirk Liegnitz.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 77 687 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Fritz Warmuth, Amtsrichter, Jauer.

b) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 53 640 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Waldemar Otte, Landessekretär, Breslau.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 152 805 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Otto Fischbeck, Handelsminister, Berlin,
2. Dr. Bruno Ablaß, Justizrat, Hirschberg.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 286 855 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Paul Taubadel, Redakteur, Görlitz,
2. Georg Davidsohn, Schriftsteller, Berlin,
3. Emil Girbig, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes, Berlin,
4. Karl Dietrich, Gewerkschaftssekretär, Breslau.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 42 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Warmuth, Otte und Fischbeck waren verbunden.

Wahlkreis 12.

Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 72 583 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Martin Schiele, Rittergutspächter und Fabrikant in Schollene bei Rathenow.

b) **Deutsche Volkspartei:** 26 703 Stimmen.
Kein Sitz.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 12 899 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 214 016 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Staatssekretär Eugen Schiffer, Berlin,
2. Bürgermeister Fritz Hesse, Dessau,
3. Führer des Bauernbundes Dr. Karl Böhme, Berlin-Lichterfelde.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 491 740 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Rechtsanwalt und Volksbeauftragter Otto Landsberg, Berlin,
2. Vorsitzender des Staatsrats Wolfgang Heine, Dessau,
3. Stadtverordneter Hermann Silberschmidt, Cöpenick-Uhlenhorst,

4. Parteisekretär und Stadtrat Hermann Beims, Magdeburg,
5. Gewerkschaftsbeamter Ferdinand Bender, Elberfeld,
6. Chefredakteur Paul Bader, Magdeburg,
7. Ehefrau Minna Bollmann, Halberstadt.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 24 905 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Schiele, Sorge (Deutsche Volkspartei), Tourneau (Christliche Volkspartei) und Schiffer waren verbunden.

Wahlkreis 13.

Regierungsbezirk Merseburg.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 76 797 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Staatsminister a. D. Arthur Graf Posadowsky-Wehner in Naumburg a. S.

b) **Deutsche Volkspartei:** 17 831 Stimmen.
Kein Sitz.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 6573 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 161 272 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Carl Delius, Postsekretär in Halle,
2. William Koch, Landwirt in Unterfarnstedt.

e) **Alte sozialdemokratische Partei:** 109 058 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Adolf Thiele, Schriftsteller, Halle a. S., Bernhardystraße 68.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 294 347 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Kunert, Fritz, Schriftsteller, Berlin-Lichterfelde, Roonstraße 24,
2. Raute, Gustav, Zigarrenfabrikant, Eilenburg, Gr. Mauerstraße 16,
3. Koenen, Wilhelm, Redakteur, Halle, Yorkstraße 78,
4. Düwell, Bernhard, Redakteur, Zeitz, Blumenstraße 5,
5. Hübler, Anna geborene Müller, Buchdruckersehefrau, Schkeuditz.

g) **Deutsche Beamten-, Angestellten- und Mittelstandspartei:** 1438 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Graf Posadowsky-Wehner, Gerlich (Deutsche Volkspartei), Dietrich (Christliche Volkspartei) und Ebert (Deutsche Beamten-, Angestellten- und Mittelstandspartei) waren verbunden, ebenso die Wahlvorschläge Thiele und Kunert.

Wahlkreis 14.

Provinz Schleswig-Holstein und die zu Oldenburg gehörige Provinz Lübeck.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 61 819 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Ernst Oberfohren, Oberlehrer, Kiel.

b) **Deutsche Volkspartei:** 62 950 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Heinrich Runkel, Provinzialschulrat, Schleswig.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 8107 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 219 579 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Felix Waldstein, Justizrat, Altona,
2. Dr. Andreas Blunck, Rechtsanwalt, Hamburg,
3. Dr. phil. Marie Baum, Leiterin der sozialen Frauenschule, Hamburg.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 370 384 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Carl Legien, Reichstagsabgeordneter, Berlin,
2. Carl Frohme, Reichstagsabgeordneter, Hamburg,
3. Louise Schroeder, Sekretärin, Altona,
4. Peter Michelsen, Stadtverordneter, Flensburg,
5. Heinrich Kürbis, Stadtverordneter, Altona.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 27 301 Stimmen.
Kein Sitz.

g) **Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie:** 57 913 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Detlef Thomsen, Landwirt, Winnert (Kreis Husum).*)

Die Wahlvorschläge Runkel, Waldstein, Thomsen waren verbunden, ebenso die Wahlvorschläge Oberfohren und Lau (Christliche Volkspartei).

Wahlkreis 15.

Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie Oldenburg ohne die Provinzen Birkenfeld und Lübeck.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 12 167 Stimmen.
Kein Sitz.

b) **Deutsche Volkspartei:** 68 974 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Syndikus Dr. Gustav Stresemann, Charlottenburg.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 135 017 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Reichsgerichtsrat Eduard Burlage, Leipzig,
2. Arbeitersekretär Josef Hagemann, Osnabrück.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 130 732 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Landwirt Theodor Tantzen, Heering,
2. Hofbesitzer Friedrich Wachhorst de Wente, Groß Mimmelage.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 149 304 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Redakteur Otto Vesper, Osnabrück,
2. Landtagsabgeordneter Paul Hug, Rüstringen.

*) Ist der Deutschen Demokratischen Partei als Hospitant beigetreten.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 22 848 Stimmen.
Kein Sitz.

g) **Deutsch-Hannoversche Partei:** 13 545 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Tergau (Deutschnationale Volkspartei), Stresemann, Burlage, Tantzen und Biester (Deutsch-Hannoversche Partei), waren verbunden, ebenso die Wahlvorschläge Vesper und Kuhnt (Unabhängige sozialdemokratische Partei).

Wahlkreis 16.

Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie Braunschweig.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 32 313 Stimmen.
Kein Sitz.

b) **Deutsche Volkspartei:** 106 673 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Hofbesitzer Wilhelm Dusche, Isernhagen.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum) und Deutsch-Hannoversche Partei:** 270 776 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Lehrer Ludwig Alpers, Hamburg (Deutsch-Hannov.),
2. Arbeitersekretär Lorenz Blank, Hildesheim, (Zentrum),
3. Gutsbesitzer Hermann Colshorn, Wiedenhausen, (Zentrum),
4. Redakteur Heinrich Langwost, Hannover, (Deutsch-Hannov.).

d) **Deutsche demokratische Partei:** 160 624 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Legationsrat a. D. Freiherr von Richthofen in Wendenhof,
2. Schriftleiter der „Hilfe" Wilhelm Heile, Berlin-Zehlendorf.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 535 215 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Verbandsbeamter August Brey, Hannover,
2. Rechtsanwalt Dr. Heinrich Jasper, Braunschweig,
3. Fürsorgerin Frida Lührs, Hannover,
4. Geschäftsführer Friedrich Lesche, Hamburg,
5. Buchdrucker Gustav Fischer, Hannover,
6. Schriftleiter Friedrich Rauch, Linden,
7. Arbeitersekretär Ernst Schädlich, Celle.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 82 566 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Volkskommissar August Merges, Braunschweig.*)

g) **Braunschweigischer Landeswahlverband:** 56 858 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Oberlandesgerichtsrat August Hampe, Braunschweig.**)

Die Wahlvorschläge von der Wense (Deutschnationale Volkspartei), Dusche, Alpers und Hampe waren verbunden.

*) Zurückgetreten. An seiner Stelle Tischler Karl Aderhold, Hannover.

**) Ist der Deutschnationalen Volkspartei als Hospitant beigetreten.

Wahlkreis 17.

Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 86 009 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Wilhelm Wallbaum, Schriftleiter, Berlin-Friedenau.

b) **Deutsche Volkspartei:** 65 102 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Otto Hugo, Generalsekretär, Berlin-Schöneberg.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 418 017 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Matthias Schiffer, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf,
2. Karl Herold, Landesökonomierat, Haus Loevelinloe, Post Münster,
3. Dr. Josef Mausbach, Domprobst, Universitätsprofessor, Münster,
4. Wilhelm Frerker, Bäckermeister, Rheine,
5. Franz Kreutz, Eisenbahnwagenmeister, Essen (Ruhr),
6. Johann Koch, Oberpostschaffner, Essen (Ruhr).

d) **Deutsche demokratische Partei:** 96 630 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Neumann-Hofer, Professor, Detmold, Leopoldstraße 8.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 303 440 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Karl Severing, Redakteur, Bielefeld, Melanchthonstraße 57,
2. Alfred Janschek, Arbeitersekretär, Essen, Rttschdr. 244,
3. Karl Schreck, Parteisekretär, Bielefeld, Breitestraße 39,
4. Wilhelm Schlüter, Gauleiter, Herford, Walgeriestraße 49.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 21 040 Stimmen.
Kein Sitz.

g) **Christlichsoziale Partei:** 664 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Wallbaum, Hugo, Schiffer, Hügel (Christlichsoziale Partei) waren verbunden.

Wahlkreis 18.

Regierungsbezirk Arnsberg.

a) **Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei:** 177 095 Stimmen.
Gewählt sind:
1. August Winnefeld, Bergmann, Günnigfeld (D. V.),
2. Albert Vögler, Generaldirektor, Dortmund (D. V.),
3. D. Reinhard Mumm, Lizentiat, Siegen (D. Nat.).

b) **Christliche demokratische Volkspartei (Zentrum):** 328 818 St.
Gewählt sind:
1. Heinrich Imbusch, Redakteur, Essen, Kampstraße 34,
2. Johann Becker, Arbeitersekretär, Cöln, Aachenerstraße 421,

3. Anton Rheinländer, Rektor, Hagen i. W., Arndtstraße 35,
4. Frau Witwe Agnes Neuhaus, Dortmund, Olpe 13,
5. Anton Gilsing, Arbeitersekretär, Bochum, Christstraße 41.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 115 692 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Paul Ziegler, Gewerkvereinssekretär, Siegen, Sandstraße 51.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 479 021 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Max König, Stadtrat, Dortmund, Stauffenstraße 8,
2. Otto Hue, Redakteur, Essen-Rüttenscheid, Kurtstraße 59,
3. Heinrich Hansmann, Bergmann, Eichlinghofen,
4. Frau Klara Schuch, geb. Bohm, Schriftstellerin, Berlin-Britz,
5. Ewald Budde, Gewerkschaftssekretär, Lüdenscheid, Schillerstr. 6,
6. Nikolaus Osterroth, Arbeitersekretär, Hamm i. W., Bogenstr. 9,
7. Hans Liebig, Redakteur, Hagen-Haspe, Tillmannstraße 12.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 59 952 Stimmen.

Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Winnefeld und Imbusch waren verbunden.

Wahlkreis 19.

Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner Kreis Wetzlar vom Regierungsbezirk Koblenz sowie Waldeck.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 106 078 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Pfarrer Karl Veidt, Frankfurt am Main.

b) **Deutsche Volkspartei:** 64 465 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Universitätsprofessor Geheimer Justizrat Dr. Jakob Rießer, Berlin.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 187 579 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Rentner Richard Müller, Fulda,
2. Sekretär Joseph Becker, Berlin,
3. Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz, Frankfurt a. M.

d) **Deutsche demokratische Volkspartei:** 230 132 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Bürgermeister Dr. Hermann Luppe, Frankfurt a. M.,
2. Oberbürgermeister Erich Koch, Cassel,
3. Professor Walter Schücking, Marburg a. d. Lahn.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 463 113 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Volksbeauftragter Philipp Scheidemann, Berlin-Steglitz,
2. Schriftsteller Dr. Max Quarck, Frankfurt a. M.,
3. Stadtverordneter Georg Thöne, Cassel,

4. Schriftsteller Gustav Hoch, Hanau,
5. Schuhmachermeister Friedrich Brühne, Sachsenhausen,
6. Ehefrau Johanna Tesch, Frankfurt a. M.,
7. Rechtsanwalt Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 42 980 Stimmen.
Kein Sitz.

g) **Sozialaristokraten:** 279 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Veidt, Rießer und Müller waren miteinander verbunden.

Die Meldungen aus 176 Stimmbezirken stehen noch aus.

Wahlkreis 20.

Regierungsbezirke Cöln und Aachen.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 31 071 Stimmen.
Kein Sitz.

b) **Deutsche Volkspartei:** 33 471 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Geheimrat Dr. Weidtmann, Generaldirektor in Stolberg-Aachen.

c) **Christliche Volkspartei:** 579 212 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Geh. Justizrat Karl Trimborn-Unkel a. Rh.,
2. Staatsminister a. D. Dr. Spahn,
3. Gen.-Sekr. Stegerwald, Berlin,
4. Direktor Dr. Brauns, M.-Gladbach,
5. Landwirt Johann Blum, Crefeld,
6. Oberbürgermeister Farwick, Aachen,
7. Gewerkschaftssekretärin Frl. Teusch, Cöln,
8. Kaufmann Josef Nacken, Eschweiler.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 74 000 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Bernhard Falk, Justizrat, Cöln.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 247 114 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Redakteur Johann Meerfeld, Cöln,
2. Stadtverordneter Wilhelm Sollmann, Cöln,
3. Elisabeth Röhl, Cöln.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 5806 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Wassermeyer (Deutschnatl. Volkspartei), Weidtmann und Trimborn waren miteinander verbunden; von ihnen enger verbunden die Wahlvorschläge Wassermeyer und Weidtmann.

Wahlkreis 21.

Regierungsbezirke Koblenz und Trier, ohne den Kreis Wetzlar, ferner die zu Oldenburg gehörige Provinz Birkenfeld.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 17 566 Stimmen.
Kein Sitz.

b) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 475 269 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Professor Dr. Kaas, Trier,
2. Redakteur Ollmert, Saarbrücken,
3. Arbeitersekretär Koßmann, Neunkirchen,
4. Gutsbesitzer Neyses, Meckel,
5. Kaufmann Jakob Astor, Bernkastel,
6. Frl. Oberlehrerin Schmitz, Aachen,
7. Oberpostsekretär Allekotte, Mülheim a. d. Ruhr,
8. Genossenschaftsdirektor Legendre, Trier.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 142 103 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Otto Pick, Gewerkschaftssekretär, Fischbach bei Saarbrücken,
2. Richard Oertel, Pfarrer, Neuerkirch (Hunsrück).

d) **Sozialdemokratische Partei Deutschlands:** 185 367 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Schäfer, Gewerkschaftssekretär, Saarbrücken,
2. Pokorny, Bergarbeiter, Saarbrücken.

Die Wahlvorschläge Julius (Deutschnationale Volkspartei), Kaas, Pick waren verbunden.

Wahlkreis 22.

Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1—5, soweit sie zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören.

a) **Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei:** 148 846 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Wilhelm Koch, Gewerkschaftssekretär, Elberfeld,
2. Adolf Kempkes, Rechtsanwalt, Essen-Ruhr.

b) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 262 252 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Johannes Giesberts, Unterstaatssekretär, Berlin,
2. Wilhelm Marx, Geheimer Justizrat, Düsseldorf,
3. Peter Schlack, Verbandsdirektor, Cöln-Mülheim,
4. Helene Weber, Oberlehrerin, Elberfeld.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 116 391 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Anton Erkelenz, Arbeitersekretär, Wilmersdorf.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 244 044 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Karl Obermeyer, Gewerkschaftsbeamter, Essen-Ruhr,
2. Viktor Jantzen, Gauleiter, Düsseldorf,
3. Ernst Dröhner, Parteisekretär, Elberfeld.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 177 160 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Frau Lore Agnes, Düsseldorf,
2. Otto Braß, Parteisekretär, Remscheid.

Die Wahlvorschläge Koch und Giesberts waren verbunden.

Wahlkreis 23.

Die Reichstagswahlkreise 6—12 des Regierungsbezirks Düsseldorf.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 41 025 Stimmen.

Kein Sitz.

b) **Deutsche Volkspartei:** 66 584 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Dr. Otto Most, Oberbürgermeister, Sterkrade.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 348 294 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Dr. Franz Hitze, Universitätsprofessor, Münster i. W.,
2. Franz Wieber, Verbandsvorsitzender, Duisburg,
3. Hedwig Dransfeld, Schriftstellerin, Werl i. W.,
4. Justizrat Dr. Johannes Bell, Rechtsanwalt und Notar, Essen-Ruhr.
5. Josef Joos, Schrifteiter, M.-Gladbach,
6. Felix Lensing, Landwirt, Nuthum bei Emmerich,
7. Theodor Bergmann, Fabrikant, Kleve.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 49 328 Stimmen.

Kein Sitz.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 188 029 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Otto Braun, Pr. Minister für Landwirtschaft, Berlin-Friedenau,
2. Heinrich Jäcker, Metallarbeiter, Düsseldorf, Burghoffstraße 58,
3. Johannes Thabor, Bauarbeiter, Crefeld, Ritterstraße 181.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 5767 Stimmen.

Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Deerberg (Deutschnationale Volkspartei), Most und Hitze waren verbunden.

Die Ergebnisse vom Stadtkreis Crefeld und Landkreis Geldern stehen noch aus.

Wahlkreis 24.

Oberbayern und Schwaben.

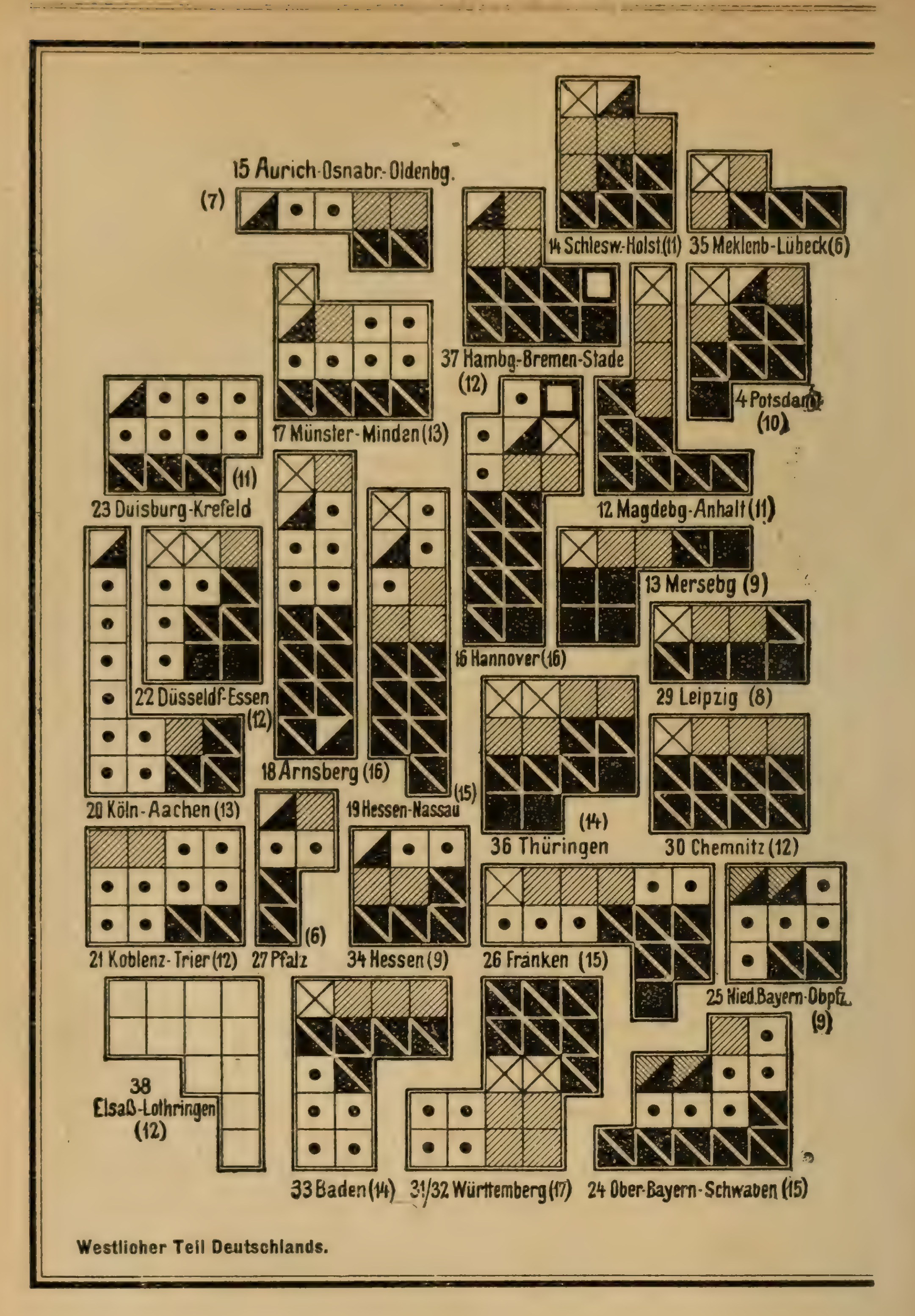
a) **Deutsche Volkspartei*):** 129 798 Stimmen.

Gewählt ist:

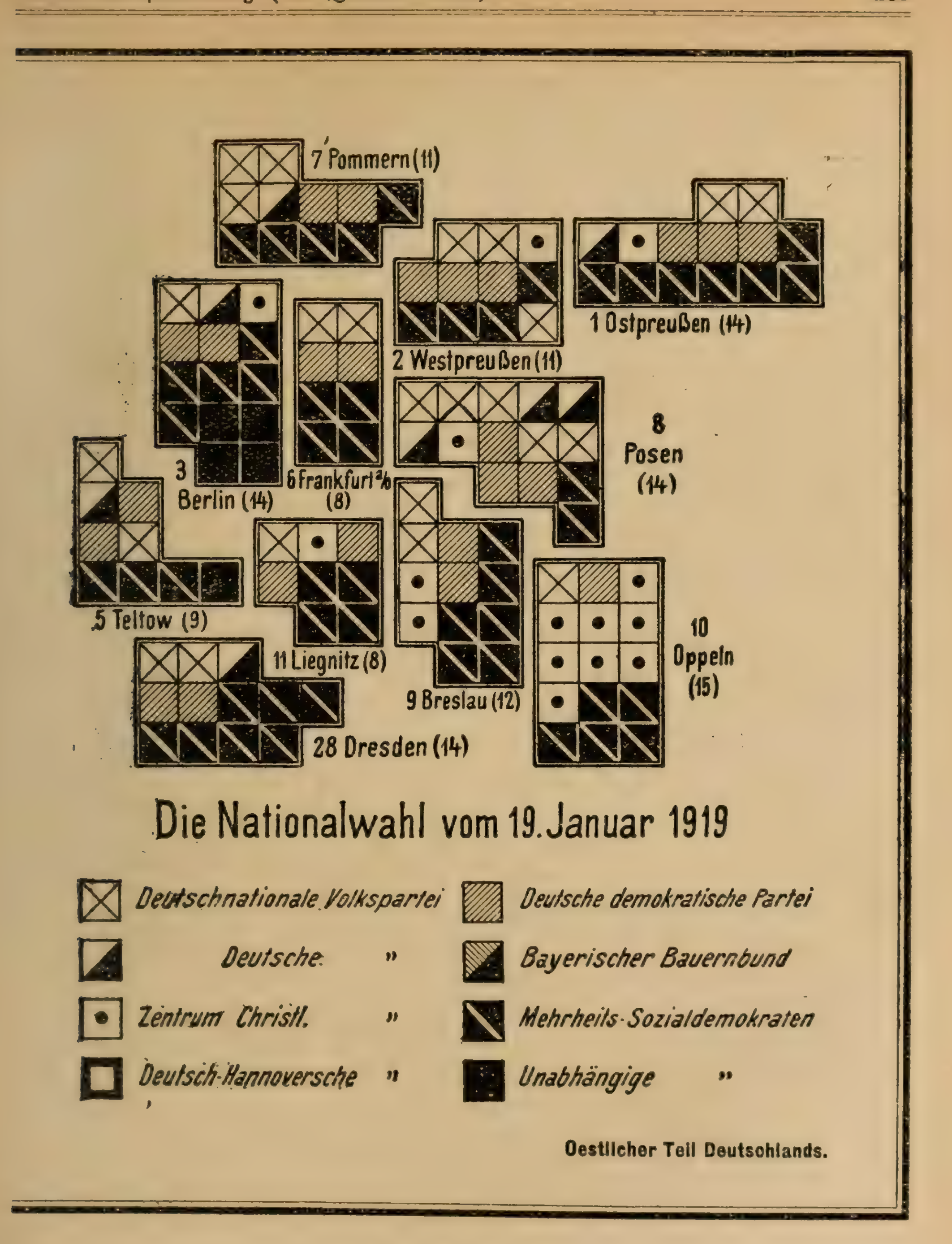
1. Dr. Ludwig Quidde, Privatgelehrter in München, Gedonstraße 4.

---

*) Die bayerische Deutsche Volkspartei zählt zur Deutschen Demokratischen Partei, ist also nicht zu verwechseln mit der „Deutschen Volkspartei" im übrigen Deutschland.



Westlicher Teil Deutschlands.



Darstellung
des Ausfalls der Wahlen zur Nationalversammlung.

Jede umrahmte Zusammenstellung von Quadraten stellt einen Wahlkreis dar, ungefähr seiner geographischen Erstreckung entsprechend.

Die Ziffern links vom Namen des Wahlkreises geben die Wahlkreiszahl, die rechts die Anzahl seiner Abgeordneten an.

Die einzelnen Quadrate zeigen die Parteiverteilung in den Wahlkreisen.

b) **Sozialdemokratische Partei:** 382 362 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Erhard Auer, Minister des Innern in München,
2. Alwin Saenger, Rechtsanwalt in München, Ungererstraße 70,*)
3. Georg Simon, Redakteur und Magistratsrat in Augsburg,
4. Toni Pfülf, Volksschullehrerin in München, Leopoldstraße 77,
5. Heinrich Gölzer, Schreinermeister in Kempten,
6. Martin Gruber, Redakteur, Gemeindebevollm. in München.

c) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 43 614 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Bayerische Volkspartei:** 425 766 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Martin Irl, Malermeister in Erding,
2. Dr. Wilhelm Mayer, Rechtsanwalt in München,
3. Rudolf Schwarzer, Arbeitersekretär in München,
4. Joseph Jaud, Schmiedemeister in Holzkirchen,
5. Benedikt Hebel, Domkapitular in Augsburg,
6. Marie Zettler, Sozialsekretärin in München, Königinstr. 43/3.

e) **Bayerische Mittelpartei und Nationalliberale Landespartei:** 11 914 Stimmen.
Kein Sitz.

f) **Mittelstandspartei:** 640 Stimmen.
Kein Sitz.

g) **Bayerischer Bauernbund:** 172 838 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Georg Eisenberger, Bauer und Bürgermeister in Ruhpolding,
2. Theodor Dirr, Bauer und Bürgermeister in Anhofen, Post Großkissendorf.

Die Wahlvorschläge Irl und Freiherr von Bissing (Bayerische Mittelpartei und Nationalliberale Landespartei) waren verbunden, ebenso die Wahlvorschläge Auer und Eisner (Unabhängige sozialdemokratische Partei).

Wahlkreis 25.

Niederbayern und Oberpfalz.

a) **Sozialdemokratische Partei:** 142 715 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Michael Burgau, Arbeitersekretär, Regensburg,
2. Peter Holl, Kaufmann, Passau.

b) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 2513 Stimmen.
Kein Sitz.

c) **Bayerische Volkspartei:** 274 790 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Dr. Georg Heim, Genossenschaftsdirektor, Regensburg,
2. Michael Stapfer, Bauer in Schlupfing, Post Pocking,
3. Karl Schirmer, Arbeitersekretär, Pasing,

*) Infolge von Saengers Rücktritt ist an seine Stelle getreten: Obersekretär Georg Mauerer, München.

4. Dr. Eugen Taucher, Rechtsanwalt und Justizrat, Amberg,
5. Josef Schefbeck, Bäckermeister, Straubing.

d) **Deutsche Volkspartei:** 30 358 Stimmen.

Kein Sitz.

e) **Bayerischer Bauernbund:** 102 289 Stimmen.

Gewählt sind:

1 Karl Gandorfer, Vors. des Bayerischen Bauernrats, Pfaffenberg,
2. Wilhelm Männer, Kaufmann, Simbach a. J.*)

Wahlkreis 26.

Ober-, Mittel- und Unterfranken.

a) **Deutsche Volkspartei****): 228 467 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Konrad Weiß, Schulrat, Nürnberg,
2. Andreas Kerschbaum, Landwirt, Vorbath, Post Wilhelmsdorf,
3. Christian Dr. von Langheinrich, Privatier, Bayreuth.***)

b) **Sozialdemokratische Partei:** 415 253 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Dr. Adolf Braun, Chefredakteur, Nürnberg,
2. Johann Vogel, Parteisekretär, Fürth,
3. Fritz Endres, Arbeitersekretär in Würzburg,
4. Michael Hierl, Geschäftsführer und Magistratsrat, Schwabach,
5. Johann Panzer, Redakteur und Magistratsrat, Bayreuth.

c) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 69 348 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Simon, Joseph, Verbandsvorsitzender, Nürnberg.

d) **Bayerische Volkspartei:** 320 565 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Tremmel, Peter, Gewerkschaftssekretär, Aschaffenburg,
2. Leicht, Johann, Domkapitular, Bamberg,
3. Gerstenberger, Liborius, Verlagsdirektor, Würzburg,
4. Dr. Beyerle, Konrad, Universitätsprofessor, München,
5. Schneider, Alexander, Amtsgerichtssekretär, Nürnberg.

e) **Bayerische Mittelpartei und Nationalliberale Partei in Bayern:** 107 007 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Luitpold Weilnböck, Oekonomierat, Stadtsteinach, Oberfr.

Die Wahlvorschläge Tremmel und Weilnböck waren verbunden.

---

*) Ist zurückgetreten. An seine Stelle Benedikt Bachmeier, Landwirt in Mitterhaarbach.

**) Vgl. die Anmerkung zum 24. Wahlkreis.

***) Ist zurückgetreten. An seine Stelle Rechtsanwalt Meißner, Würzburg.

Wahlkreis 27.

Regierungsbezirk Pfalz.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 88 352 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Karl Gebhart, Landwirt, Lauterecken.*)

b) **Deutsche demokratische Partei:** 59 417 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Dr. Friedrich Raschig, Fabrikant und Stadtrat, Ludwigshafen a. Rh.

c) **Sozialdemokratische Partei:** 170 216 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Johannes Hoffmann, Staatsminister, München,
2. Jakob Binder, 1. Adjunkt, Ludwigshafen a. Rh.

d) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 7229 Stimmen.
Kein Sitz.

e) **Bayerische Volkspartei:** 124 207 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Johann Sophian Christian Richter, Steuerinspektor, Landau (Pfalz),
2. Hermann Hofmann, Oberlehrer und Stadtrat, Ludwigshafen a. Rh.

Die Wahlvorschläge Gebhart, Raschig und Richter sind miteinander verbunden.

Wahlkreis 28.

Die sächsischen Reichstagswahlkreise 1—9.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 120 283 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Oberkonsistorialrat Superintendent Dr. Franz Kölzsch, Dresden,
2. Glasermeister und Stadtrat Johannes Oskar Wetzlich, Dresden.

b) **Deutsche Volkspartei:** 97 157 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Staatsminister a. D. Dr. Rudolf Heinze, Loschwitz bei Dresden.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 16 477 Stimmen.
Kein Sitz.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 167 898 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Minister a. D. Kaufmann Emil Nitzschke, Leutzsch b. Leipzig,
2. Buchdruckereibesitzer Wilhelm Steinsdorff, Zittau.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 465 069 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Schriftsteller Dr. Georg Gradnauer, Dresden-A.,
2. Arbeitersekretär und Stadtrat Wilhelm Buck, Dresden-N.,
3. Parteisekretär Hermann Kahmann, Potschappel b. Dresden
4. Hausfrau Ernestine Lutze, Dresden-N.,

---

*) Abg. Gebhart ist keiner Partei beigetreten.

5. Gewerkschaftsbeamter Magnus Haack, Dresden-N.,
6. Redakteur Richard Schmidt, Meißen,
7. Redakteur Hermann Krätzig, Berlin O. 34.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 46 976 Stimmen.
Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Burlage (Christliche Volkspartei), Heinze und Költzsch waren verbunden.

Wahlkreis 29.

Die sächsischen Reichstagswahlkreise 10—14.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 72 055 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Oberlehrer Dr. Philipp, Borna (Bez. Leipzig).

b) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 3199 Stimmen.
Kein Sitz.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 177 447 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Rechtsanwalt Dr. jur. Georg Zöphel, Leipzig,
2. Privatangestellter Gustav Schneider, Leipzig.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 128 094 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Photograph Karl Pinkau, Leipzig,
2. Arbeitersekretär August Lüttich, Leipzig.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 238 858 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Redakteur Friedrich Seger, Leipzig,
2. Volksbeauftragter Friedrich Geyer, Dresden,
3. Redakteur Dr. Curt Geyer, Leipzig.

Die Wahlvorschläge Philipp und Burlage (Christliche Volkspartei) waren verbunden.

Wahlkreis 30.

Die sächsischen Reichstagswahlkreise 15—23.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 117 074 Stimmen.
Gewählt ist:
1. Bäckerobermeister Franz Biener Chemnitz, Heinrich-Beck-Str. 51.

b) **Christlich demokratische Volkspartei (Zentrum):** 3627 Stimmen
Kein Sitz.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 188 875 Stimmen.
Gewählt sind:
1. Richter Alfred Brodauf, Chemnitz, Zietenstraße 19,
2. Schulrat Dr. Richard Seyfert, Zschopau,
3. Kaufmann Oskar Günther, Plauen i. V., Lützowstraße 51.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 518 955 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Chefredakteur Gustav Noske, Chemnitz, Weststraße 113,
2. Parteisekretär Richard Meyer, Zwickau, Hohenzollernstraße 35,
3. Redakteur Georg Schöpflin, Berlin N. 65, Seestraße 23,
4. Schriftsteller Daniel Stücklen, Berlin-Steglitz, Lenbachstraße 6 a,
5. Stadtrat Hermann Molkenbuhr, Berlin-Schöneberg, Feurigstr. 36,
6. Hausfrau Minna Schilling, Döbeln, Gartenstraße 5,
7. Arbeitersekretär Paul Röhle, Plauen, Gunoldstraße 49,
8. Parteisekretär Max Jungnickel, Annaberg, Große Sommerleite 12.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 56 068 Stimmen.

Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Biener und Rothe (Christliche Volkspartei) waren verbunden.

Wahlkreis 31/32.

Württemberg.

a) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 303 096 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Gröber, Adolf, Staatssekretär a. D., Heilbronn a. N.,
2. Erzberger, Matthias, Staatssekretär, Berlin-Charlottenburg,
3. Andre, Joseph, Arbeitersekretär, Stuttgart,
4. Bolz, Eugen, Amtsrichter, Rottenburg a. N.

b) **Deutsche demokratische Partei:** 331 963 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Payer, Friedrich, Geheimer Rat, Stuttgart,
2. Haußmann, Conrad, Staatssekretär a. D., Stuttgart,
3. Wieland, Philipp, Dr.-Ing., Fabrikant und Gemeinderat, Ulm,
4. Hermann, Karl, Handwerkskammersekretär, Reutlingen.

c) **Sozialdemokratische Partei:** 470 204 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Keil, Wilhelm, Redakteur, Ludwigsburg,
2. Hildenbrand, Karl, Geschäftsf. der Volksfürsorge, Hamburg,
3. Salm, Albert, Mechaniker, Wangen-Stuttgart,
4. Schlicke, Alex., 1. Vors. des D. Metallarbeiterverb., Stuttgart,
5. Kenngott, Gottlieb, Arbeitersekretär und Gemeinderat, Eßlingen,
6. Steinmayer, Otto, Gewerkschaftsangestellter, Stuttgart,
7. Blos, Anna, Schriftstellerin, Degerloch-Stuttgart.

d) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 36 371 Stimmen.

Kein Sitz.

e) **Württ. Bürgerpartei und Württ. Bauern- und Weingärtnerbund:***) 182 509 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Kraut, Heinrich, Rechtsanwalt, Stuttgart,
2. Vogt, Wilhelm, Oekonomierat, Landwirt, Gochsen.

f) **Deutsche Friedenspartei:** 3503 Stimmen.

Kein Sitz.

*) Diese Abgeordneten zählen zur Deutschnationalen Volkspartei.

Wahlkreis 33.
Baden.

a) **Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden):** 78 976 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Düringer, Dr., Adalbert, Minister a. D., Karlsruhe.

b) **Badische Zentrumspartei:** 381 135 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Fehrenbach, Constantin, Rechtsanwalt u. Stadtrat, Freiburg i. B.,
2. Dr. Zehnter, Johann, Oberlandesgerichtspräsident, Karlsruhe,
3. Ersing, Joseph, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe,
4. Dr. Wirth, Joseph, Professor in Freiburg i. B., z. Zt. Finanzminister, Karlsruhe,
5. Diez, Carl, Landwirt, Radolfzell.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 226 836 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Dietrich, Hermann, Oberbürgermeister in Konstanz, z. Zt. Minister des Auswärtigen, Karlsruhe,
2. Dr. Haas, Ludwig, Minister des Innern, Karlsruhe,
3. Engelhard, Emil, Handelskammerpräsident, Mannheim.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 366 824 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Geck, Oskar, Redakteur und Stadtverordneter, Mannheim,
2. Trinks, Oskar, Parteisekretär und Stadtverordneter, Karlsruhe,
3. Rückert, Leopold, z. Zt. Verkehrsminister, Karlsruhe,
4. Stock, Christian, Arbeitersekretär und Stadtverordneter, Heidelberg
5. Riedmiller, Lorenz, Holzarbeiter, Emmendingen.

Wahlkreis 34.
Hessen.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 43 359 Stimmen.

Kein Sitz.

b) **Deutsche Volkspartei:** 73 349 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Dr. Joh. Becker, Finanzminister, Darmstadt.

c) **Christliche Volkspartei:** 110 853 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Geheimer Justizrat Dr. Adam Josef Schmitt, Mainz,
2. Ministerialdir. von Brentano di Tremezzo, Darmstadt.

d) **Deutsche demokratische Partei:** 124 202 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Konrad Henrich, Ministerialdirektor in Darmstadt,
2. Wilhelm Grünewald, Justizrat in Gießen.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 289 211 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Karl Ulrich, Ministerpräsident, Offenbach a. M.,
2. Dr. Eduard David, Unterstaatssekretär, Berlin.

3. Dr. Ludwig Quessel, Schriftsteller, Darmstadt,
4. Ludwig Hasenzahl, Elfenbeinschnitzer, Erbach i. O.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 12 633 Stimmen.

Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge Werner (Deutschnationale Volkspartei), Becker und Schmitt waren verbunden.

Wahlkreis 35.

Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 58 335 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Albrecht von Graefe, Gutsbesitzer, Goldebee.

b) **Deutsche Volkspartei:** 19 839 Stimmen.

Kein Sitz.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 135 700 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Dr. Hugo Wendorff, Staatsminister, Schwerin,
2. Hans Sivkovich, Staatsminister, Schwerin.

d) **Sozialdemokratische Partei:** 222 496 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Franz Starosson, Staatsminister, Schwerin,
2. Johannes Stelling, Redakteur, Lübeck,
3. Hans Krüger, Staatsminister, Neustrelitz.

e) **Mecklenburgischer Dorfbund (Bauernbund, Raiffeisenorganisation):** 10 901 Stimmen. Kein Sitz.

Die Wahlvorschläge von Graefe, Meyer (Mecklenburgischer Dorfbund) und Faull (Deutsche Volkspartei) waren verbunden.

Wahlkreis 36.

Die thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkalden.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** 176 187 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Albert Arnstadt, Landwirt in Großpargula,
2. Dr. Clemens von Delbrück, Staatsminister in Jena.

b) **Christliche Volkspartei:** 55 748 Stimmen.

Kein Sitz.

c) **Deutsche demokratische Partei:** 246 984 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Dr. Wilhelm Vershofen, Verbandsleiter in Sonneberg S.-M.,
2. Fräulein Gertrud Bäumer, Schriftstellerin in Hamburg,
3. Max Ludewig, Justizrat in Erfurt,
4. Richard Franke, Landwirt in Quaschwitz bei Oppurg (Orla),

d) **Sozialdemokratische Partei:** 387 056 Stimmen.

Gewählt sind.

1. Paul Reißhaus, Kaufmann in Erfurt,
2. August Baudert, Schriftsteller in Weimar,
3. Artur Hofmann, Buchdruckereibesitzer in Saalfeld a. d. Saale,
4. Hermann Käppler, Redakteur in Berlin-Cöpenick,
5. Frau Minna Eichler in Eisenberg, S.-A.

e) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 251 764 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Wilhelm Bock, Schriftleiter in Gotha, Sonnebornstr. 18,
2. Emanuel Wurm, Schriftsteller in Berlin W., Steglitzerstr. 45/46,
3. Dr. Oskar Cohn, Rechtsanwalt in Berlin NW. 87, Levetzowstr. 16a.

Die Wahlvorschläge Breitenstein (Christliche Volkspartei) und Vershofen waren verbunden, ebenso die Wahlvorschläge Reißhaus und Bock.

Wahlkreis 37.

Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade.

a) **Deutschnationale Volkspartei:** I. 15 994 Stimmen. Kein Sitz.
Deutschnationale Volkspartei: II. 6661 Stimmen. Kein Sitz.
Deutschnationale Volkspartei: III. 11 053 Stimmen. Kein Sitz.

b) **Deutsche Volkspartei:** 80 016 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Kaufmann Heinrich Witthoefft in Hamburg, Carlstraße 33.

c) **Christliche Volkspartei (Zentrum):** 12 316 Stimmen.

Kein Sitz.

d) **Deutsche demokratische Partei:** I. 156 056 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Senator Dr. Carl Petersen in Hamburg, Gaedechensweg 16,
2. Beamter Christian Koch in Hamburg, Zimmerstraße 37.

Deutsche demokratische Partei: II. 95 757 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Direktor des Statistischen Amts in Bremen, Dr. Wilhelm Böhmert.

e) **Sozialdemokratische Partei:** 447 172 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Redakteur Otto Stolten in Hamburg, Schmillinskystraße 25,
2. Volksschullehrer E. August Hellmann in Hamburg,
3. Gewerkschaftsangestellter Karl Deichmann in Neuenland b. Bremen,
4. Gewerkschaftssekretär Karl A. Hense in Hamburg,
5. Ehefrau Johanne Reitze, geborene Leopold, in Hamburg,
6. Gewerkschaftsangestellter Carl Winkelmann in Bremen.

f) **Unabhängige sozialdemokratische Partei:** 83 527 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Redakteur Alfred Henke in Bremen, Sulingerstraße 33.

g) **Deutsch-Hannoversche Partei:** 63 680 Stimmen.

Gewählt ist:

1. Reichstagsabgeordneter Lehrer Ludwig F. J. Alpers in Hamburg.

Verbunden waren:

1. die Wahlvorschläge Buchmann (Deutschnationale Volkspartei I), Mahlstaedt (Deutschnationale Volkspartei II), Dr. Schöttler (Deutschnationale Volkspartei III), Nölting (Christliche Volkspartei) und Alpers; von ihnen enger verbunden einerseits die Wahlvorschläge Buchmann, Mahlstaedt und Schöttler, andererseits die Wahlvorschläge Nölting und Alpers;
2. die verbundenen Wahlvorschläge zu 2 mit dem Wahlvorschlag Witthoefft;
3. die Wahlvorschläge Stolten und Henke;
4. die Wahlvorschäge Petersen und Böhmert.

In Elsaß-Lothringen haben keine Wahlen stattgefunden.

Nach den endgültigen Feststellungen der Wahlkommissare haben hiernach an Sitzen erhalten:

Die Deutschnationale Volkspartei (einschl. der Bayerischen Mittelpartei und nationalliberalen Partei in Bayern und der Württembergischen Bürgerpartei und des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes)	42
Die Deutsche Volkspartei	22
Die Christliche Volkspartei (Zentrum, einschließl. der Bayerischen Volkspartei)	90
Die Deutsche demokratische Partei (einschließlich der Deutschen Volkspartei in Bayern)	75
Die Sozialdemokratische Partei	165
Die Unabhängige sozialdemokratische Partei	22
Der bayerische Bauernbund	4
Die Deutsch-Hannoversche Partei	2
Ohne Partei	1
Gewählte Mitglieder zusammen:	423

Verzeichnis der Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

nach Parteien geordnet. †)

(Die mit * bezeichneten Mitglieder gehörten dem letzten Reichstage an.)

Sozialdemokraten. 163 Mitglieder.

Auer.
Bader.
*Baudert.
*Bauer.
Becker (Oppeln).
Beims.
*Bender (Magdeburg).
Bias.
*Binder (Pfalz).
Anna Blos.
Dr. Boerschmann.
Minna Bollmann.
Braun (Düsseldorf).
Dr. Braun (Franken).
*Brey.
*Brühne.
Buck.
Budde.
Burgau.
*Dr. David.
*Davidsohn.
*Deichmann.
Dietrich (Liegnitz).
Dröner.
Minna Eichler.
Endres.
Ernst.
*Feldmann.
*Fischer (Berlin).
*Fischer (Hannover).
*Frohme.
Geck.
Gehl.
*Giebel.
Girbig.
Gölzer.
*Dr. Gradnauer.
Gruber.
Haack.
Hansmann.
*Hasenzahl.
Frieda Hauke.
Heimann.
*Heine (Dessau).
Hellmann.
Hense.
*Hierl (Franken).
*Hildenbrand.
*Hoch.
Else Höfs.
Hörsing.
*Hoffmann (Pfalz).
*Hofmann (Schwarzburg).
Holl.
Hue.
Hug.
Jäcker.
Janschek.
Jantzen.
Dr Jasper.
Marie Juchacz.
Jungnickel.
Wilhelmine Kähler.
*Käppler.
Kahmann.
Katzenstein.
*Keil.
Kenngott.
*König.
*Körsten.
Kotzur.
*Krätzig.
Kronen
Krüger (Mecklenburg).
Krüger (Potsdam).
Kürbis.
Kuntze.
*Landsberg.
Legien.
Lesche.
Liebig.
Frau Lodahl.
Löbe.
Löffler.
Lübbring.
Frida Lührs.
Lüttich.
Frau Lutze.
Mauerer.
Meerfeld.
Meier (Sachsen).
Michelsen.
*Molkenbuhr.
Müller (Breslau).
Müller (Potsdam).
*Noske (Sachsen).
Obermeyer.
Osterroth.
Panzer.
*Pfannkuch.
Toni Pfülf.
*Pinkau.
Pokorny.
*Dr. Quarck.

†) Vgl. hierzu die Biographischen Notizen und die Bilder im Anhang zum Hauptteil.

*Dr. Quessel.
*Rauch.
Reek.
*Reißhaus.
Johanne Reitze.
Riedmiller.
Rodemann.
Elisabeth Röhl (Cöln).
Röhle (Sachsen).
Rückert.
Elfriede Ryneck.
*Sachse.
Salm.
Schaefer.
Schädlich.
*Scheidemann.
Minna Schilling.
Schlicke.
Schlüter.
*Schmidt (Berlin).
Schmidt (Frankfurt).
*Schmidt (Sachsen).
*Schöpflin.
Schreck.
Louise Schroeder.
Klara Schuch.
Schulz (Elbing).
Schulz (Ostpreußen).
Schulz (Posen).
*Schumann.
Severing.
Sidow.
*Silberschmidt.
*Simon (Schwaben).
Anna Simon (Westpreußen).
Dr. Sinzheimer.
Sollmann.
Stahl.
Starasson.
Steinkopf.
Steinmayer.
Stelling.
Stock.
Stolten.
*Stücklen.
*Taubadel.
Johanna Tesch (Hessen-Nassau).
Thabor.
*Thiele.
*Thöne.
Trinks.
Thurow.
*Ulrich.
Vesper.
Vogel.
Voigt (Breslau).
*Wels.
Winkelmann.
Winnig.
Wissell.
Wolff.

Christliche Volkspartei (Zentrum). (Einschließlich bayerische Volkspartei).
89 Mitglieder und 1 Hospitant.

Allekotte.
Andre.
*Astor.
*Becker (Arnsberg).
Becker (Nassau).
*Dr. Bell.
Bergmann.
Dr. Beyerle.
Bitta.
Blank.
Blum.
*Bolz.
Dr. Brauns (Cöln).
v. Brentano di Tremezzo.
Burlage.
*Diez.
Hedwig Dransfeld.
Ehrhardt.
Erfing.
*Erzberger.
Farwick.
*Fehrenbach.
Dr. Fleischer.
*Frerker.
*Gerstenberger.
*Giesberts.
Gilsing.
*Gröber.
Grunau.
Hagemann.
*Hebel.
Dr. Heim.
*Herold.
Dr. Herschel.
*Dr. Hitze.
Hofmann (Ludwigshafen).
Imbusch.
*Irl (Oberbayern).
Jaud.
Joos.
Dr. Kaas (Trier).
Koch (Münster).
*Koßmann.
Kreutz.
Kubetzko.
Legendre.
Leicht.
Lensing.
*Marx.
D. Mausbach.
Dr. Maxen.
*Dr. Mayer (Schwaben).
*Müller (Hessen-Nassau).
*Nacken.
Agnes Neuhaus.
Neyses.
Ollmert.
Dr. Otte.
*Dr. Pfeiffer.

Puschmann.
Rheinländer.
*Richter (Pfalz).
Sagawe.
Schefbeck.
*Schiffer (Münster).
*Schirmer.
Schlack.
Dr. Schmitt (Hessen).
Frau Schmitz.
Schneider (Franken).
Schümmer.
Schwarz (Hessen-Nass.).
Schwarzer (Oberbayern).
*Dr. Spahn.
Stapfer.
Stegerwald.
*Strzoda.
Szczeponik.
Dr. Taucher.
Frau Teusch (Cöln).
Tremmel.
Trimborn.
Ulitzka.
Helene Weber.
Wieber.
Dr. Wirth.
Zawadzki.
*Dr. Zehnter.
Marie Zettler.

Hospitant:

Colshorn.

Deutsche demokratische Partei. 74 Mitglieder und 1 Hospitant.

*Dr. Ablaß.
Bärwald.
Dr. Gertrud Bäumer.
Bahr.
*Bartschat.
Dr. Marie Baum.
*Dr. Blunck.
Dr. Böhme (Magdeburg).
Dr. Böhmert (Bremen).
Brodauf.
Elisabeth Brönner.
Bruckhoff.
Delius.
Dr. Dernburg.
Dietrich (Baden).
Elise Ekke.
Engelhard.
Erkelenz.
Falk.
*Fischbeck.
Franke.
Gleichauf.
*Gothein.
Grünewald.
Günther.
*Dr. Haas (Baden).
Hartmann (Berlin).
*Haußmann.
Heile.
Henrich.
Hermann (Württemb.).
Dr. Herrmann (Posen).
Hesse.
*Kerschbaum.
Katharina Kloss.
Koch (Hamburg).
Koch (Hessen-Nassau).
*Koch (Merseburg).
Dr. Ritter v. Langheinrich.
Lippmann.
Lockenvitz.
Dr. Ludewig.
Dr. Luppe.
*D. Naumann.
*Dr. Neumann-Hofer.
Nitzschke.
Nuschke.
*Dr. Pachnicke.
*v. Payer.
Dr. Petersen.
Pick.
Pohlmann.
Dr. Quidde.
Raschig.
Remmers.
*Freiherr v. Richthofen.
*Schiffer (Magdeburg).
Schmidthals.
Schneider (Sachsen).
Dr. Schücking.
Dr. Seyfert.
*Siehr.
Sivkovich.
Steinsdorff.
Tantzen.
Dr. Vershofen.
Wachhorst de Wente
*Waldstein.
*Weinhausen.
Weiß.
*Dr. Wendorff.
Dr.-Ing. Wieland.
Ziegler.
Dr. Zöphel.

Hospitant:

Thomsen.

Deutsch-nationale Volkspartei. 41 Mitglieder und 1 Hospitant.

*Arnstadt.
Baerecke.
Margarete Behm.
*Behrens.
Biener.
*Bruhn.
Deglerk.
Dr. v. Delbrück.
*Dietrich (Potsdam).

Dr. Düringer.
Anna v. Gierke.
*v. Graefe.
Dr. Hartmann (Oppeln).
Dr. Hugenberg.
Jandrey.
Knollmann.
Koch (Düsseldorf).
Dr. Költzsch.
Kraut.
Kreft.
Laverrenz.
*Malkewitz.
*D. Mumm.
Noske (Frankfurt).
Dr. Oberfohren.
Ohler.
Dr. Philipp.
*Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.
Richter (Ostpreußen).
*Dr. Roesicke.
Schiele.
Dr. Käthe Schirrmacher.
*Schultz (Bromberg).
Dr. Semmler.
D. Traub.
Veidt.
*Vogt (Württemberg).
Wallbaum.
*Warmuth.
*Weilnböck.
Wetzlich.

Hospitant:

Hampe.

Deutsche Volkspartei. 22 Mitglieder.

Assmann.
*Dr. Becker (Hessen).
Beuermann.
Dr. Graf zu Dohna.
Dusche.
Dr. Heinze.
Dr. Hugo.
Dr. Kahl.
Kempkes.
Maretzky.
Klara Mende.
Dr. Mittelmann.
Dr. Most.
Oertel.
Reineke.
*Dr. Rießer.
Dr. Runkel.
*Dr. Stresemann.
Vögler.
Dr. Weidtmann.
Winnefeld.
Witthoefft.

Unabhängige Sozialdemokraten. 22 Mitglieder.

Aderhold.
Lore Agnes.
*Bock.
Braß.
Brühl.
*Dr. Cohn.
Düwell.
Eichhorn.
*Geyer (Leipzig).
Dr. Geyer (Sachsen).
*Haase (Berlin).
*Henke.
Frau Hübler.
Koenen.
*Kunert.
Laukant.
*Raute.
Seger.
Simon (Franken).
*Wurm.
Luise Zietz.
*Zubeil.

Verschiedene Parteien:

Deutsch-Hannoversche Partei. 2 Mitglieder.

*Alpers. Langwost.

Bayerischer Bauernbund. 4 Mitglieder.

Bachmeier. Dirr. Eisenberger. Gandorfer.

Bei keiner Partei (1).

Gebhart.

Die Wahlen von 1912 und die von 1919.

(Vgl. hierzu die folgenden Seiten.)

1912:

Gesamtzahl der Wahlberechtigten: 14 442 387.
Abgegebene gültige Stimmen: 12 207 632.

Sozialdemokraten	4 250 000
Zentrum	1 997 000
Nationalliberale	1 663 000
Freisinnige Volkspartei	1 497 000
Konservative	1 126 000
Reichspartei	367 000
Wirtschaftliche Vereinigung	305 000
Polen	441 000
Andere Parteien	370 000

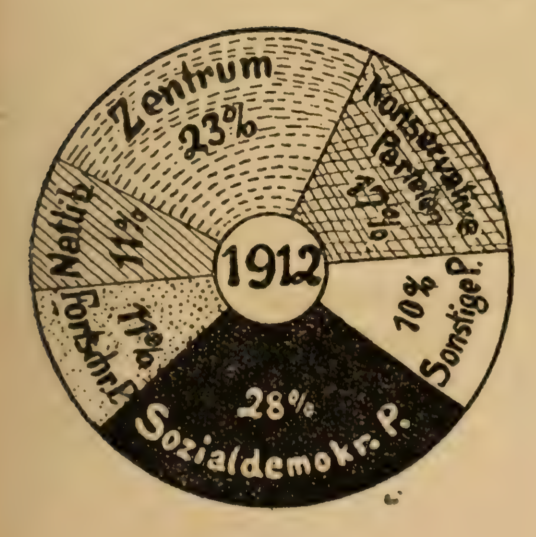
Im ganzen bürgerliche Parteien 7 950 000
gegen Sozialdemokraten 4 250 000

1919:

Sozialdemokraten rund	11 400 000
Unabhängige sozialdemokratische Partei	2 300 000
Deutsch-demokratische Partei	5 600 000
Zentrum oder christliche Volkspartei	6 000 000
Deutsch-nationale Volkspartei	3 200 000
Deutsche Volkspartei	1 200 000
Bayerischer Bauernbund	275 000
Bayerische Mittelpartei, schleswig-holsteinischer Bauernbund und braunschweigischer Landesverband zusammen etwas über	120 000

Im ganzen bürgerliche Parteien rund 16 400 000
gegen Sozialdemokratie 13 700 000

Vergleich in Prozenten:







Zum Vergleich der neuen Wahlkreiseinteilung mit den früheren Reichstagswahlkreisen.

(Vgl. auch S. 109/110 und S. 202 ff.)



Zur Erklärung.

Die Karte stellt gleichzeitig die neuen Wahlkreise zur Nationalversammlung (stärkere Grenzstriche, große Ziffern) und die früheren Reichstagswahlkreise (schwächere Grenzstriche, kleine Ziffern) dar.

Wie sich die neuen Wahlkreise aus den alten zusammensetzen, findet sich in der Uebersicht der neuen Wahlkreise (S. 109/110) und in der Zusammenstellung des Wahlergebnisses der Reichstagswahlen von 1912 (Seite 202 ff.) ausgeführt. Diese Ausführungen sind mit vorliegender Karte zu vergleichen. Die neuen Wahlkreisgrenzen entsprechen zum Teil den Provinzgrenzen (z. B. Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen), während die alte Wahlkreiseinteilung hier nach Regierungsbezirken zählte. Infolgedessen finden sich die kleinen (alten) Ziffern 1, 2, 3 usw. innerhalb eines neuen Wahlkreises mehrfach vertreten. In solchen Fällen sind auch die Regierungsbezirksgrenzen auf der Karte durch eine etwas stärkere Zwischenlinie angedeutet.

Während in Bayern früher ebenfalls die Grenzen der Regierungsbezirke für den Beginn einer neuen Zählung maßgebend waren, zählten andere Bundesstaaten (Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen usw.) durchlaufend, ebenso die Provinz Hannover; die kleinen Bundesstaaten, die nur einen Wahlkreis umfaßten, sind mit Buchstaben gekennzeichnet.

Manche Regierungsbezirke, wie Düsseldorf und Potsdam, sind jetzt in mehrere neue Wahlkreise verteilt, so daß also z. B. die neuen Wahlkreise 22 und 23 die fortlaufenden Ziffern 1—10 der früheren Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks aufweisen.

Parteiverteilung bei der

Nach der jetzt gültigen Wahl-

Neuer Wahl-kreis**)	Umfaßt die früheren Reichstags-Wahlkreise
1	Memel-Heydekrug; Labiau-Wehlau; Stadt Königsberg; Landkreis Königsberg-Fischhausen; Heiligenbeil-Pr. Eylau; Braunsberg-Heilsberg; Pr. Holland-Mohrungen; Rastenburg-Gerdauen-Friedland; Tilsit-Niederung; Ragnit-Pillkallen; Gumbinnen-Insterburg; Stallupönen-Goldap-Darkehmen; Angerburg-Lötzen; Osterode-Neidenburg; Allenstein-Rössel; Oletzko-Lyck-Johannisburg; Sensburg-Ortelsburg
2	Marienburg-Elbing; Landkreis Danzig; Stadtkreis Danzig; Neustadt-Karthaus; Berent-Pr. Stargard; Stuhm-Marienwerder; Rosenberg-Löbau; Graudenz-Strasburg; Thorn-Culm; Schwetz; Konitz-Tuchel; Schlochau-Flatow; Deutsch-Krone.
3	Stadt Berlin Wahlkreis 1—6
4	Westprignitz; Ostprignitz; Ruppin-Templin; Prenzlau-Angermünde; Oberbarnim; Niederbarnim; Potsdam-Osthavelland; Westhavelland-Brandenburg; Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
5	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
6	Arnswalde-Friedeberg; Landsberg-Soldin; Königsberg; Frankfurt-Lebus; Ost- und West-Sternberg; Züllichau-Krossen; Guben-Lübben; Sorau; Kottbus-Spremberg; Kalau-Luckau
7	Demmin-Anklam; Ueckermünde-Usedom-Wollin; Randow-Greifenhagen; Stadt Stettin; Pyritz-Saatzig; Naugard-Regenwalde; Greifenberg-Kammin; Stolp-Lauenburg; Bütow-Rummelsburg-Schlawe; Köslin-Kolberg-Körlin-Bublitz; Belgard-Schivelbein-Dramburg; Neustettin; Rügen-Franzburg-Stralsund; Grimmen-Greifswald
8	Posen; Samter-Birnbaum-Obornik; Meseritz-Bomst; Buk-Kosten; Kroeben; Fraustadt; Schrimm-Schroda; Wreschen-Pleschen; Krotoschin; Adelnau-Schildberg; Czarnikau-Kolmar; Wirsitz-Schubin; Bromberg; Hohensalza-Mogilno-Strelno; Gnesen-Wongrowitz

*) Wie sich die alten Wahlkreise zahlenmäßig in die neuen einordnen, gibt die kartographische Darstellung S. 200 201 wieder.
**) Vgl. auch die neue Wahlkreiseinteilung oben S. 109/110.

Reichstagswahl 1912.

kreiseinteilung geordnet.*)

Frühere Wahlkreiszählung	Anzahl der Wahlberechtigten 1912	Abgegebene gültige Stimmen	Hiervon entfielen auf die Hauptparteien***)	
Reg.-Bez. Königsberg 1—7; Reg.-Bez. Gumbinnen 1—5; Reg.-Bez. Allenstein 1—4	420 966	347 390	D.K. 125 698 R.P. 7 833 N.L. 56 441 W.V. 154	F.V.P. 60 303 Z. 28 071 P. 10 526 S.D. 51 480
Reg.-Bez. Danzig 1—5; Reg.-Bez. Marienwerder 1—7	337 059	291 015	D.K. 29 138 R.P. 54 624 N.L. 43 797 D.R.P. 1 162	F.V.P. 13 115 Z. 20 503 P. 99 469 S.D. 28 263
Stadt Berlin 1—6	507 943	408 567	D.K. 13 194 W.V. 4 414 F.V.P. 70 159	Z. 8 685 P. 2 695 S.D. 307 762
Reg.-Bez. Potsdam 1—9	392 019	332 855	D.K. 50 090 R.P. 42 149 N.L. 4 427 F.V.P. 62 657	Z. 3 196 P. 641 S.D. 169 420
Reg.-Bez. Potsdam 10	339 256	279 049	D.K. 29 238 W.V. 807 F.V.P. 70 089	Z. 3 928 P. 941 S.D. 163 765
Reg.-Bez. Frankfurt 1—10	283 192	241 323	D.K. 60 025 R.P. 17 754 N.L. 50 114 D.R.P. 8 221	F.V.P. 18 446 Z. 127 P. 771 S.D. 85 763
Reg.-Bez. Köslin 1—5; Reg.-Bez. Stettin 1—7; R.-B. Stralsund 1—2	377 846	322 099	D.K. 146 178 N.L. 28 287 F.V.P. 65 366	Z. 30 P. 1 215 S.D. 77 390
Reg.-Bez. Posen 1—10; Reg.-Bez. Bromberg 1—5	399 443	342 800	D.K. 67 827 R.P. 29 114 N.L. 16 873 D.R.P. 514	F.V.P. 19 709 Z. 3 168 P. 191 383 S.D. 12 968

***) D.K. = Deutsch-konservativ; R.P. = Reichspartei; N.L. = Nationalliberal; D.R.P. = Deutsche Reformpartei; W.V. = Wirtschaftliche Vereinigung; F.V.P. = Fortschrittliche Volkspartei; Z. = Zentrum; P. = Polen; S.D. = Sozialdemokraten; A.P. = Andere Parteien.

Neuer Wahlkreis	Umfaßt die früheren Reichstags-Wahlkreise
9	Guhrau-Steinau-Wohlau; Militsch-Trebnitz; Wartenberg-Oels; Namslau-Brieg; Ohlau-Nimptsch-Strehlen; Breslau Ost; Breslau West; Breslau-Neumarkt; Striegau-Schweidnitz; Waldenburg; Reichenbach-Neurode; Glatz-Habelschwerdt; Frankenstein-Münsterberg
10	Kreuzburg-Rosenberg; Oppeln; Groß-Strehlitz-Kosel; Lublinitz-Tost-Gleiwitz; Beuthen-Tarnowitz; Kattowitz-Zabrze; Pleß-Rybnik; Ratibor-Leobschütz; Neustadt; Falkenberg-Grottkau; Neisse
11	Grünberg-Freistadt; Sagan-Sprottau; Glogau; Lüben-Bunzlau; Löwenberg; Liegnitz-Goldberg-Haynau; Landeshut-Jauer-Bolkenhain; Schönau-Hirschberg; Görlitz-Lauban; Rothenburg-Hoyerswerda
12	Salzwedel-Gardelegen; Osterburg-Stendal; Jerichow I u. II; Stadt Magdeburg; Wolmirstedt-Neuhaldensleben; Wanzleben; Aschersleben-Kalbe; Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode; Dessau-Zerbst; Bernburg-Ballenstedt
13	Liebenwerda-Torgau; Schweinitz-Wittenberg; Bitterfeld-Delitzsch; Saalkreis-Stadt Halle; Mansfelder See- u. Gebirgskreis; Sangerhausen-Eckartsberga; Querfurt-Merseburg; Naumburg-Weißenfels-Zeitz
14	Hadersleben-Sonderburg; Apenrade-Flensburg; Schleswig-Eckernförde; Tondern-Husum-Eiderstedt; Dithmarschen-Steinburg; Pinneberg-Segeberg; Kiel; Altona-Stormarn; Oldenburg-Plön; Herzogtum Lauenburg; Fürstent. Lübeck (a. d. alt. Kr. Oldenbg.-Lübeck-Birkenfeld)
15	Emden-Norden; Aurich-Wittmund; Meppen-Bentheim-Lingen; Osnabrück; Melle (aus dem alten Kreise Melle-Diepholz); Oldenburg (aus dem alten Kreise Oldenburg-Lübeck-Birkenfeld); Jever-Westerstede; Vechta-Cloppenburg
16	Diepholz (aus dem alten Kreise Melle-Diepholz); Syke-Hoya; Neustadt a. R.-Nienburg; Hannover-Stadt Linden; Hildesheim; Einbeck-Northeim; Göttingen-Münden; Goslar-Zellerfeld; Gifhorn-Peine; Lüchow-Uelzen; Lüneburg-Winsen; Harburg (aus dem alten Kreise Harburg-Rotenburg-Zeven); Braunschweig-Blankenburg; Helmstedt-Wolfenbüttel; Holzminden-Gandersheim
17	Tecklenburg-Steinfurt-Ahaus; Münster-Koesfeld; Borcken-Recklinghausen; Lüdinghausen-Beckum-Warendorf; Minden-Lübbecke; Herford-Halle; Bielefeld-Wiedenbrück; Paderborn-Büren; Warburg-Höxter; Kreis Schaumburg (aus dem alten Kreise Rinteln-Hofgeismar); Schaumburg-Lippe; Lippe-Detmold

*) D.K. = Deutsch-konservativ; R.P. = Reichspartei; N.L. = Nationalliberal; F.V.P. = Fortschrittliche Volkspartei; Z. = Zentrum

Frühere Wahlkreiszählung	Anzahl der Wahlberechtigten 1912	Abgegebene gültige Stimmen	Hiervon entfielen auf die Hauptparteien *)	
Reg. Bez. Breslau 1—13	381 857	322 451	D.K. 73 930 R.P. 31 047 N.L. 36 138 F.V.P. 26 411	Z. 37 945 P. 394 S.D. 114 913
Reg. Bez. Oppeln 1—12	412 793	303 828	D.K. 7 347 R.P. 10 493 N.L. 36 842 F.V.P. 862	Z. 111 903 P. 93 629 S.D. 42 492
Reg. Bez. Liegnitz 1—10.	257 607	222 416	D.K. 47 945 R.P. 10 683 W.V. 44	F.V.P. 71 938 Z 4 228 S.D. 78 527
R.B. Magdeburg 1—7; Anhalt 1—2	372 848	297 115	D.K. 48 693 R.P. 4 192 N.L. 59 357 W.V. 5 149	F.V.P. 16 706 P. 91 S.D. 147 762
Reg. Bez. Merseburg 1—8	292 611	256 704	D.K. 33 649 R.P. 37 749 N.L. 13 785 W.V. 3 303	F.V.P. 58 394 P. 279 S.D. 109 395
Prov. Schleswig 1—10; Fürstent. Lübeck 1	371 [illegible]33 ohne Fürstentum Lübeck (siehe 15)	315 497	D.K. 17 154 R.P. 9 401 N.L. 44 231 W.V. 6 029 F.V.P. 92 117	Z. 1 311 P. 168 S.D. 127 375 A.P. 17 289
Reg. Bez. Aurich-Osnabrück 1—8; Oldenburg 1—4	257 609 einschl. Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld (siehe 14, 16 u. 21)	210 714	D.K. 12 016 R.P. 4 516 N.L. 50 415 W.V. 183	F.V.P. 38 144 Z. 52 523 P. 88 S.D. 47 751
Reg. Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg 1—16; Braunschweig 1—2	570 472 ohne Kreis Diepholz (siehe 15) und einschl. Kreise Rotenburg-Zeven (siehe 37)	498 065	D.K. 15 789 R.P. 21 010 N.L. 114 502 W.V. 26 587 F.V.P. 41 333	Z. 3 024 P. 552 S.D. 195 034 A.P. 70 071
Reg. Bez. Münster 1—4; Reg. Bez. Minden 1—5; Lippe 1—2	410 389 ohne Kreis Schaumburg siehe 19)	344 899	D.K. 22 553 R.P. 9 255 N.L. 8 513 W.V. 19 927	F.V.P. 30 921 Z. 147 946 P. 7 958 S.D. 75 777

D.R.P. = Deutsche Reformpartei; W.V. = Wirtschaftliche Vereinigung; P. = Polen; S.D. = Sozialdemokraten; A.P. = Andere Parteien.

Neuer Wahlkreis	Umfaßt die früheren Reichstags-Wahlkreise
18	Wittgenstein-Siegen; Olpe-Meschede-Arnsberg; Altena-Iserlohn; Hagen; Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen; Dortmund; Hamm-Soest; Lippstadt-Brilon
19	Landkr. Wiesbaden-Obertaunus; Stadt Wiesbaden; Unterwesterwald-Rheingau; Ober- u. Unterlahnkreis; Dillkreis-Oberwesterwald; Stadt Frankfurt a. M.; Rinteln-Hofgeismar; Cassel-Melsungen; Fritzlar-Homberg-Ziegenhain; Eschwege (a. d. alt. Kr. Eschwege-Schmalkalden); Schmalkalden; Marburg-Frankenberg; Hersfeld-Rotenburg; Fulda-Schlüchtern; Hanau; Wetzlar (a. d. a. Kr. Wetzlar-Altenkirchen); Waldeck
20	Stadt Cöln; Landkreis Cöln; Bergheim-Euskirchen; Rheinbach-Bonn; Siegkreis-Waldbroel; Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach; Schleiden-Malmedy-Montjoie; Eupen-Aachen-Land-Burtscheid; Stadt Aachen; Düren-Jülich; Geilenkirchen-Heinsberg-Erkelenz
21	Altenkirchen (aus dem alten Kreise Wetzlar-Altenkirchen); Neuwied; Coblenz-St. Goar; Kreuznach-Simmern; Mayen-Ahrweiler; Adenau-Kochem-Zell; Daun-Prüm-Bitburg; Wittlich-Berncastel; Trier; Saarburg-Merzig-Saarlouis; Saarbrücken; Ottweiler-St. Wendel; Birkenfeld (aus dem alten Kreise Oldenburg-Lübeck-Birkenfeld)
22	Lennep-Mettmann; Städte Elberfeld-Barmen; Solingen; Düsseldorf; Essen
23	Mülheim a. d. Ruhr-Stadt Duisburg; Mörs-Rees; Cleve-Geldern; Kempen; Gladbach; Crefeld; Neuß-Grevenbroich
24	München I; München II; Aichach; Ingolstadt; Wasserburg; Weilheim; Rosenheim Traunstein Augsburg Donauwörth; Dillingen; Illertissen; Kaufbeuren; Immenstadt
25	Landshut; Straubing; Passau; Pfarrkirchen; Deggendorf; Kehlheim; Regensburg; Amberg; Neumarkt; Neunburg v. W.; Neustadt a. W. N.
26	Hof; Bayreuth; Forchheim; Kronach Bamberg; Nürnberg; Erlangen-Fürth; Ansbach-Schwabach; Eichstädt; Dinkelsbühl; Rothenburg o. T.; Aschaffenburg; Kitzingen; Lohr; Neustadt a. S.; Schweinfurt; Würzburg
27	Speyer Landau; Germersheim; Zweibrücken; Homburg; Kaiserslautern
28	Zittau; Löbau; Bautzen-Kamenz; Dresden rechts der Elbe; Dresden links der Elbe; Amtshauptmannschaft Dresden Altstadt-Dippoldiswalde; Meißen-Großenhain; Pirna; Freiberg

*) D.K. = Deutsch-konservativ; R.P. = Reichspartei; N.L. = Nationalliberal
F.V.P. = Fortschrittliche Volkspartei; Z. = Zentrum

Frühere Wahlkreiszählung	Anzahl der Wahlberechtigten 1912	Abgegebene gültige Stimmen	Hiervon entfielen auf die Hauptparteien*)	
Reg. Bez. Arnsberg 1—8	534 194	463 936	N.L. 101 788 W.V. 31 136 F.V.P. 38 679	Z. 113 699 P. 18 132 S.D. 157 099
Prov. Hessen 1—5; Waldeck (W) Reg.-Bez. Coblenz 1 (Wetzlar)	555 613 einschl. Kreis Schaumburg (siehe 17), Schmalkalden (siehe 36) und Altenkirchen (siehe 21)	471 922	D.K. 18 966 R.P. 3 797 D.R.P. 4 841 N.L. 77 585	W.V. 66 459 F.V.P. 69 863 Z. 50 533 S.D. 155 452
Reg. Bez. Cöln 1—6; Reg. Bez. Aachen 1—5	441 616	349 189	D.K. 830 N.L. 31 883 W.V. 1 859 F.V.P. 6 960	Z. 230 774 P. 213 S.D. 74 239
Reg.-Bez. Coblenz 1—6; Reg. Bez. Trier 1—6	356 459 ohne Kreis Altenkirchen (siehe 19) und Birkenfeld (siehe 15)	297 276	D.K. 12 720 N.L. 75 479 F.V.P. 1 775	Z. 188 224 S.D. 17 964
Reg. Bez. Düsseldorf 1—5	425 279	368 537	R.P. 16 998 N.L. 48 958 W.V. 18 649 F.V.P. 26 193	Z. 88 661 P. 4 406 S.D. 162 597
Reg. Bez. Düsseldorf 6—12	336 825	286 379	D.K. 5 419 N.L. 55 511 W.V. 2 269 F.V.P. 6 237	Z. 145 944 P. 7 590 S.D. 63 216
R.B. Oberbayern 1—8; Reg. Bez. Schwaben 1—6	518 975	408 2[illegible]8	D.K. 1 107 N.L. 32 109 F.V.P. 25 [illegible]88	Z. 193 103 S.D. 110 862 A.P. 21 318
Reg.-Bez. Niederbayern 1—5; R.B. Oberpfalz 1—6	272 962	202 618	R.P. 28 N.L. 6 054 F.V.P. 13 441	Z. 133 538 S.D. 21 287 A.P. 26 901
R.B. Oberfranken 1-5; R.B. Mittelfranken 1-6; R.B. Unterfranken 1—6	514 124	430 124	D.K. 44 419 N.L. 33 170 W.V. 3 248 F.V.P. 67 403	Z. 114 649 S.D. 142 880 A.P. 16 940
Reg. Bez. Pfalz 1—6	204 365	175 576	D.K. 9 770 N.L. 45 588 W.V. 25 224	F.V.P. 8 401 Z. 30 098 S.D. 56 474
Sachsen 1—9	386 213	346 336	D.K. 29 1[illegible] N.L. 65 548 D.R.P. 37 160	F.V.P. 35 657 Z. 2 176 S.D. 176 555

D.R.P. = Deutsche Reformpartei; W.V. = Wirtschaftliche Vereinigung; P. = Polen; S.D. = Sozialdemokraten; A.P. = Andere Parteien

Neuer Wahlkreis	Umfaßt die früheren Reichstags-Wahlkreise
29	Döbeln; Oschatz-Grimma; Stadt Leipzig; Amtshauptmannschaft Leipzig; Borna
30	Mittweida-Burgstädt; Chemnitz; Meerane-Glauchau; Zwickau; Stollberg-Loßnitz-Schneeberg-Hartenstein; Sayda-Marienberg; Annaberg-Schwarzberg; Kirchberg-Auerbach; Plauen
31/32	Stuttgart; Cannstatt-Ludwigsburg; Brackenheim-Heilbronn; Böblingen-Leonberg; Eßlingen-Kirchheim; Balingen-Rottweil; Reutlingen-Tübingen; Nagold-Neuenbürg; Freudenstadt-Oberndorf; Gmünd-Göppingen; Hall-Oehringen; Gerabronn-Künzelsau; Aalen-Ellwangen; Ulm; Ehingen-Laupheim; Biberach-Waldsee; Ravensburg-Saulgau; Sigmaringen
33	Konstanz-Ueberlingen; Donaueschingen-Villingen; Schopfheim-Waldshut; Lörrach-Mülheim; Freiburg; Lahr-Wolfach; Kehl-Offenburg; Bühl-Rastatt; Pforzheim; Karlsruhe; Mannheim; Heidelberg; Bretten-Sinsheim; Adelsheim-Buchen-Tauberbischofsheim
34	Gießen; Friedberg-Büdingen; Lauterbach-Alsfeld; Darmstadt-Groß-Gerau; Offenbach-Dieburg; Erbach-Bensheim; Worms; Bingen-Alzey; Mainz
35	Hagenow-Grevesmühlen; Schwerin-Wismar; Parchim-Ludwigslust; Malchin-Waren; Rostock-Doberan; Güstrow-Ribnitz; Mecklenburg-Strelitz; Lübeck
36	Weimar; Eisenach-Dermbach; Neustadt a. O.; Meiningen-Hildburghausen; Sonneberg-Saalfeld; Sachsen-Altenburg; Coburg; Gotha; Schwarzburg-Sondershausen; Schwarzburg-Rudolstadt; Reuß ältere Linie; Reuß jüngere Linie; Nordhausen; Heiligenstadt-Worbis; Mühlhausen-Langensalza; Weißensee; Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück; Schmalkalden (aus dem alten Kreise Eschwege-Schmalkalden)
37	Hamburg Ost; Hamburg West; Geest- u. Marschlande; Freie Hansestadt Bremen; Rotenburg-Zeven (aus dem alten Kreise Harburg-Rotenburg-Zeven); Stade-Blumenthal; Kehdingen-Neuhaus a. d. Oste
38	Altkirch-Thann; Mülhausen; Colmar Gebweiler; Rappoltsweiler; Schlettstadt; Molsheim-Erstein; Stadtkreis Straßburg; Landkreis Straßburg; Hagenau-Weißenburg; Zabern; Saargemünd-Forbach; Bolchen-Diedenhofen; Metz; Saarburg-Salzburg

Gesamtzahl der Wahlberechtigten 1912: 14 442 387.

Abgegebene gültige Stimmen: 12 207 632.

Frühere Wahlkreiszählung	Anzahl der Wahlberechtigten 1912	Abgegebene gültige Stimmen	Hiervon entfielen auf die Hauptparteien	
Sachsen 10—14	267 465	238 327	D.K. 15 876 N.L. 57 269 W.V. 3 424 F.V.P. 13 698	R.P. 16 143 Z. 105 P. 42 S.D. 131 579
Sachsen 15—23	402 763	348 885	D.K. 29 637 N.L. 81 418 F.V.P. 32 363	Z. 292 S.D. 205 082
Württemberg 1—18	564 719	486 720	D.K. 55 795 N.L. 72 794 W.V. 27 325	F.V.P. 85 782 Z. 90 740 S.D. 153 869
Baden 1—14	478 765	414 604	D.K. 16 946 R.P. 12 179 N.L. 107 947 F.V.P. 31 032	Z. 129 134 P. 46 S.D. 117 154
Hessen 1—9 (einschl. Oberhessen)	293 069	249 480	N.L. 63 716 W.V. 22 120 F.V.P. 39 678	Z. 25 295 S.D. 98 074
Meckl.-Schwerin 1—6; Meckl.-Strelitz; Lübeck	201 844	180 918	D.K. 40 413 R.P. 7 733 N.L. 15 964	F.V.P. 45 796 W.V. 912 S.D. 70 054
Weimar 1—3; Meiningen 1—2; Erfurt 1—4; Coburg Gotha usw. je 1	476 282 ohne Kreis Schmalkalden (siehe 19)	416 087	D.K. 36 631 R.P. 13 085 N.L. 72 659 W.V. 25 967	F.V.P. 57 991 Z. 12 666 P. 70 S.D. 195 854
Hamburg; Bremen; Reg. Bez. Stade 17—19	335 626 ohne Kreise Rotenburg-Zeven (siehe 16)	292 967	N.L. 26 773 W.V. 4 969 F.V.P. 84 890	Z. 1 738 P. 231 S.D. 174 205
Elsaß-Lothringen 1—15	417 701	348 654	R.P. 7 373 F.V.P. 48 944 Z. 18 891	S.D. 110 695 A.P. 162 122

Deutsch-konservativ: 1 126 270; Reichspartei: 367 156; Nationalliberal: 1 662 670; Deutsche Reformpartei: 51 898; Wirtschaftliche Vereinigung: 304 557; Fortschrittliche Volkspartei: 1 497 041; Zentrum: 1 996 848; Polen: 441 744; Sozialdemokraten: 4 250 399; Andere Parteien und zersplittert: rund 500 000.

Anhang.

Um Deutschlands Zukunft.

Aussprüche

von

Mitgliedern der Reichsregierung und der Nationalversammlung.

(Die für das Werk besonders geschriebenen Original-handschriften sind als Autogramme wiedergegeben.)

Koeth,
Reichsminister für Demobilmachung.

Nur wer in einem inneren Verhältnis zu einer Bewegung steht, kann sich für sie begeistern, ohne die Grenzen nüchterner Bewertung zu verlieren.

Koeth

Ebert,
Reichspräsident



Getragen von dem
unerschütterlichen Glauben
an die Schaffenskraft des
deutschen Volkes will ich mein
alles einsetzen für Sicherung
der Demokratie und der Wieder-
aufrichtung unseres Wirtschaftslebens.

Fr. Ebert



Scheidemann,
Präsident des Reichsministeriums

Wir betrachten es als eine
der größten Errungenschaften dieses
neuen Rechtszustandes, daß nun
auch die Frau als gleichberechtigte
Volksgenossin in unsere Reihen
eingetreten ist.

Ph. Scheidemann

Schiffer,
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und
Reichsminister der Finanzen



Es ist der Geist, der sich den Körper baut!

Schiffer



Dr. Preuß,
Reichsminister des Innern

Die Schaffung der neuen Verfassung wird ein erster und bedeutungsvoller Schritt zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes sein. Dabei steht über den Wünschen der Parteien, auch über den Wünschen der einzelnen Landschaften die Einheit und Kraft Deutschlands.

Preuß

Landsberg,
Reichsminister der Justiz



Wer Opfer heut
zu bringen scheut,
verdient erst seine Bande.
(Goethe, die erste Walpurgisnacht).

Landsberg
Reichsminister der Justiz.



Noske,
Reichswehrminister

Es muß gelingen, uns
durchzuarbeiten und Deutschland
wieder hoch zu bringen.

Noske,
Reichswehrminister.

Erzberger,
Reichsminister



Die Nationalversammlung reiht
Deutschland in die großen
Demokratien ein als Auftakt
zum Völkerbund, der nur gleich-
berechtigte Glieder kennt.

Erzberger, Reichsminister.



Dr. David,
Reichsminister

Das Vollkommene ist
zwar unerreichbar, aber
man muss es trotzdem
mit aller Kraft anstreben,
um wenigstens das
Bestmögliche durch-
zusetzen.

Eduard David

Fr. von Payer,
Mitglied der Nationalversammlung
(Deutsche demokratische Partei)



Für ein Volk, das von seinen Feinden geknebelt und zerfleischt, durch innere Wirren gefährdet am Boden liegt, ist es nicht leicht sich eine Verfassung zu geben, die für das freieste und einigste Volk bestimmt ist.

Friedrich Payer



Dr. Spahn,
Mitglied der Nationalversammlung
(Zentrumspartei)

Erst durch Gerechtigkeit wird ein Volk erst recht ein Volk, ein Staat erst recht ein Staat; das hat der alte Görres bereits im römischen Staat ausgesprochen.

Spahn

Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner,
Mitglied der Nationalversammlung
(Deutschnationale Volkspartei)



Nur ein Volk das sittlich
gesund ist, darf hoffen aus
Unglück und Erniedrigung neue
Lebenskräfte zu schöpfen.

Posadowsky



Frau Juchacz,
Mitglied der Nationalversammlung
(Sozialdemokratische Partei)

Durch das Wahlrecht ist
die Frau noch nicht frei. Es ist
nur eine Etappe auf dem
Wege zum Sozialismus, der
ihr erst die Freiheit der Persön-
lichkeit bringt.

Marie Juchacz

Hermann Müller, Berlin,
Mitglied der Nationalversammlung
(Sozialdemokratische Partei)



Recht und Freiheiten sind die einzigen Güter, die wir nicht zu rationieren brauchen. Geben wir sie unserem deutschen Volke wirklich, so wird das seine Einwirkung haben auf andere Völker!

Hermann Müller, Berlin.
M. d. Nat. Vers.

Weimar
5. III. 19.



Franz Behrens,
Mitglied der Nationalversammlung
(Deutschnationale Volkspartei)

Gott wird mit uns sein, sobald Arbeit und Ordnung wiederkehrt. Wir werden unser Deutschland zu alter Kraft und Stärke neu aufbauen. Trotz alledem und dennoch!

Franz Behrens

Frau v. Gierke,
Mitglied der Nationalversammlung
(Deutschnationale Volkspartei)



Eine Erkenntnis ist vor allem in
mir durch den Eintritt in das politische Leben
bestärkt worden, — die, daß je mehr Verant-
wortlichkeit uns auferlegt ist, desto mehr
wir die Fähigkeit bedürfen, das Große
groß, das Kleine klein zu sehen.

Anna v. Gierke



Dr. Rudolf Heinze,
Mitglied der Nationalversammlung
(Deutsche Volkspartei)

Gott ist selber Recht; darum ist ihm Recht lieb. (Sachsenspiegel)

Weimar, den 10. März 1919

Dr. Rudolf Heinze,

Staatsminister a. D.

Hauptteil:

Die Sitzungsberichte der Nationalversammlung nebst Anlagen.

1. Sitzung.

Donnerstag den 6. Februar 1919.

Eberts Eröffnungsrede; Ansprache des Alterspräsidenten.

Ebert, Volksbeauftragter: Die Nationalversammlung Deutschlands einziger Souverän. — Schärfster Protest gegen die Rache- und Vergewaltigungspläne der Feinde. Warnung: „Lieber ärgste Entbehrung als Entehrung." — Deutsch-Österreichs Begrüßung. Sie gehören zu uns: ein einig Volk von Brüdern. — Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens; Appell an Unternehmer und an Arbeiter. — Der Geist von Weimar; Fichtes Losung. —

Pfannkuch, Alterspräsident: Schicksalswende des deutschen Volkes. — Die Nationalversammlung Ausdruck des Volkswillens. — Alles für das Volk und alles durch das Volk. —

Namensaufruf. Anberaumung der nächsten Sitzung.

Um 3 Uhr 15 Minuten ergreift das Wort

Ebert, Volksbeauftragter: Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die **Verfassunggebende**[1]) **Versammlung der deutschen Nation.** Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Bravo!)

In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Zustimmung links. — Lebhafter Widerspruch rechts.) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärts bringen, ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten. (Sehr wahr! links.) Deshalb begrüßt die Reichsregierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. (Bravo! links.) Mit den alten Königen

---

[1]) Diese Bezeichnung ist wohlüberlegt gewählt. In der Nationalversammlung von 1848 war darüber Streit, ob sie als verfassunggebende oder verfassungberatende Versammlung aufzufassen sei. Der sogenannte konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes stellte unzweifelhaft nur eine verfassungberatende Versammlung (vgl. oben Einleitender Teil S. 5) dar. Die Nationalversammlung von 1919 ist dagegen nach Beseitigung aller bisherigen verfassungsmäßigen Gewalten der höchste, souveräne Wille des deutschen Volkes.

und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Bravo! links — Widerspruch rechts.) Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier. Aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. (Lebhafter Beifall links.) Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst. (Bravo! links.) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der **Revolution.** (Sehr wahr! links. — Lebhafter Widerspruch rechts.) Meine Damen und Herren, es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. (Zurufe.) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr richtig! links.) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben (Sehr wahr! links.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. (Widerspruch rechts.)

Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen, Kindern und Greisen zum Opfer gefallen sind, widerlegt die Redensart, daß wir ohne die Revolution mit unsern Lebensmitteln ausgereicht hätten. (Widerspruch rechts.) Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert. Aber nicht nur uns, auch **unsere Gegner** hat der Krieg ungeheuer erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern entspringt ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke, wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hineingetragen. Diese Rache- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. (Bravo!) Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Handinhandgehen der Völker.

Angesichts des Massenelends auf allen Seiten erscheint die Schuld beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges, Opfer unserer früheren Unfreiheit. Weshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um

den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht wieder erstehen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden.

Elsaß wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden. (Hört! hört! und Pfuirufe.)[2]) Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben (erneute Pfuirufe), der deutsche Besitz sequestriert. Das besetzte linksrheinische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschlossen und getrennt. Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuerlich auszuweiten versucht zu einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes.

Während wir längst außerstande und ohne Aussicht sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800 000 Kriegsgefangene noch immer zurückgehalten (erregte Pfuirufe), sind vom seelischen Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aufs schwerste bedroht. (Erneute erregte Zurufe.) Aus diesen Akten alter Gewaltpolitik spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Waffenstillstandsbedingungen wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren. Wie will man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik fortdauernd verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen, den uns auferlegten schwerdrückenden Verpflichtungen gerecht zu werden! Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu

---

[2]) Es ist von gegenwärtigem Interesse, gegenüber dieser Vergewaltigung der deutschen Reichslande während des Waffenstillstandes festzustellen, wie sich die deutsche Regierung in gleichem Falle im Jahre 1871 verhalten hat. Die französische Regierung in Bordeaux hatte die Wahlen auf den 8. Februar 1871 angesetzt. Durch Verfügung vom 2. Februar 1871 ordnete Bismarck an, daß die deutschen Behörden sich jeder Beeinflussung der Wahlen zu enthalten hätten. Er nahm den Standpunkt ein, daß Elsaß-Lothringen, solange es noch nicht durch einen Friedensvertrag Deutschland zugewiesen sei, als französisches Gebiet betrachtet werden müsse. Der Pariser Kassationshof hat in einem Urteil vom 12. August 1871 (Scerey, Recueil I, 163) ausgeführt, daß erst mit dem Tage der Ratifikation des eigentlichen Friedensvertrages, dem 20. Mai 1871, die Bewohner von Elsaß-Lothringen aufgehört haben, französische Bürger zu sein. So wurde damals gehandelt und geurteilt. Heute glaubt man dem niedergebrochenen Deutschland alles bieten zu können.

treiben. (Sehr richtig!) Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten (Beifall und Zustimmung) und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. (Unruhe und Zurufe.) Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. (Stürmischer Beifall.) Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren und nichts mehr zu verlieren fürchten, auch diejenigen kämen, die glaubten, Deutschland habe nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderstehlich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen.

Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilsonfrieden, auf den wir Anspruch haben. (Bravo!) Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. (Bravo!)

Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Länder den wissenschaftlichen **Sozialismus** geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voran zu schreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. Wir wenden uns deshalb noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotz alledem hofnungsvoll bei uns anbahnt. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht im Innern erkämpft. Es kann es jetzt nach außen nicht preisgeben.

Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reichs zu einigen. (Bravo!) Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der großdeutschen Republik erklärt. (Beifall.) Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und ihrer Nationalversammlung gelingen wird, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder neu zu knüpfen. (Erneuter Beifall.) Deutsch-Österreich müsse mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße (lebhafte Zustimmung) und sie mit gleicher, herzlicher Brüderlichkeit erwidere. (Erneuter Beifall.) Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. (Lebhaftes Bravo.) Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen. (Wiederholter Beifall.)

Ich darf auch wohl die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung die künftige Reichsregierung ermächtigt, baldigst mit der Regierung des deutsch-österreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. Dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen. Dann wollen wir sein ein einig Volk von Brüdern. (Lebhafter Beifall.)

Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung und Verengung anheimfallen. (Bravo!) Geschichte und Anlage hemmen zwar, einen straff zentralisierten **Einheitsstaat** zu bilden. Viele Stämme und viele Dialekte sind in Deutschland vereinigt, aber sie müssen zu einer Nation und einer Sprache zusammenklingen. (Lebhafter Beifall.) Die Abgrenzung zwischen Reichsrecht und Stammesrecht mag im einzelnen umstritten bleiben. Im großen müssen wir uns aber alle einig sein, daß nur eine ungehemmte einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügtes, einiges Deutschland die Zukunft unseres Volkes sicherstellen kann. (Bravo!) In diesem starken deutschen Volksstaat soll jeder Stamm seine wertvollsten Eigenschaften frei zu schöner Blüte entfalten können. Nur so können wir hoffen, aus all dem Drang und all der Not der Zeit den Aufstieg zu den Höhen der Menschheit wiederzufinden.

Eine Nationalversammlung, die einer Regierung die unanfechtbare Legitimation gibt, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu handeln, fördert schon dadurch den Frieden nach außen und innen in hohem Maße. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, die **provisorische Regierung** hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren im eigentlichsten Wortsinne die **Konkursverwalter des alten Regimes** (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); alle Scheuern, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte (Lachen rechts) — gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten — Unruhe rechts) unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren

und das Elend der **Übergangszeit** zu bekämpfen. Wir haben der Nationalversammlung nicht vorgegriffen. Aber wo Zeit und Not drängten, haben wir die dringlichsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen uns bemüht. (Zurufe rechts.) Wir haben alles getan, um **das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen.** (Wiederholte Zwischenrufe rechts.) — Meine Herren, gestatten Sie mir diese Zwischenbemerkung: Diese fortgesetzten Unterbrechungen lassen wahrlich erkennen, daß Sie in dieser schweren Zeit, die Deutschland in den letzten Monaten durchgemacht hat, herzlich wenig gelernt haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Ich sage noch einmal: wir haben alles getan — und Sie (nach rechts gerichtet) wissen offenbar gar nicht, was zu tun notwendig war — (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Erfolg nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Umstände, die das verhinderten, gerecht gewürdigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Viele **Unternehmer** haben, verwöhnt durch den großen nationalen Markt der Kriegswirtschaft und die hohen sicheren Gewinne, die der alte monarchisch-militaristische Staat ihnen einräumte, verlernt, die notwendige Initiative zu entfalten. (Sehr gut!) Wir richten deshalb **an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern.** Auf der anderen Seite **rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit, die allein uns retten kann.** (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben Verständnis für die seelischen Stimmungen derer, die nach übermäßiger Kraftausgabe in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen. Wir wissen, wie schwer es denen ist, die jahrelang im Felde gelebt haben, sich wieder in das friedliche Arbeitsleben hineinzufinden. Aber es muß sein! Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Zuruf rechts.)

Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Deckung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft weiter auszudehnen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und mühelosen Kapitalprofit keinen Raum mehr geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen planmäßig den Profit dort ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe zur Vergesellschaftung **reif** gemacht hat.

Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwüstliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preußische Hegemonie, das hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848 (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära das Lassallesche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten, Bravo bei der Deutschen demokratischen Partei.) Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des „Faust" und in „Wilhelm Meisters Wanderjahren" erfaßt hat. Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!

„Denn der Mensch, der zur schwanken Zeit auch schwankend Gesinnung ist,
Der vermehrt das Übel und leitet es weiter und weiter.
(Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich."
(Lebhaftes Bravo links.)

So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern (lebhafter Beifall links) und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen. (Erneuter Beifall links.) So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: „Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt." (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten und links.)

(Abgeordneter Pfannkuch übernimmt den Vorsitz.)

Pfannkuch, Alterspräsident: Geehrte Mitglieder der Nationalversammlung! Ich teile mit, daß nach den seitherigen Feststellungen ich

wohl das älteste Mitglied der Versammlung bin. Ich bin geboren am 28. November 1841 und frage an, ob ein Mitglied vor diesem Termine geboren ist. (Pause.) Es erfolgt keine Meldung. Ich stelle also fest, daß ich nach Herkommen und parlamentarischem Gebrauch berechtigt bin, den Präsidentensitz so lange einzunehmen, bis die Konstituierung der Versammlung vollzogen ist. Sie gestatten mir einige Worte dazu. Ich bekenne, die Übernahme der Würde des Alterspräsidenten an meinem Lebensabend bereitet mir eine große Freude und Genugtuung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Den freien deutschen Volksstaat, das Ideal, dem ich seit meiner frühesten Jugend mit aller Kraft und Hingabe gedient habe, sehe ich der Verwirklichung entgegenreifen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen deshalb in mir Altem nur den Vertreter des ewigjungen Gedankens der Volksfreiheit sehen (Bravo! bei den Sozialdemokraten), welcher durch diese Versammlung in Deutschland endlich zur Tatsache werden soll.

Meine Damen und Herren! Wir stehen an einer Schicksalswende des deutschen Volkes. Die alten Gewalten, die in Deutschland vor dem Kriege regierten, stützten sich nicht auf den ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit, sondern erhoben Anspruch, zu regieren aus eigenem Recht durch eine besondere göttliche Berufung. Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Jetzt muß es die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewaltherrschaft einer Minderheit geraten soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und links.) Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation; sie allein hat von heute an in Deutschland zu entscheiden, sie allein trägt die Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Von der Durchsetzung der allgemeinen Anerkennung der Beschlüsse dieser Versammlung hängt es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft sich selbst in Freiheit regieren wird oder nicht. Die Nationalversammlung ist nicht nur das Symbol der deutschen Demokratie, sie ist die deutsche Demokratie selbst. Wer sie nicht anerkennen will, wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und der Christlichen Volkspartei), der ist ein Feind der deutschen Demokratie, ein Konterrevolutionär. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Nationalversammlung aber muß die deutsche Freiheit in treuen Händen halten. Wenn der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes entscheidet, dann wird auch Deutschland in sozialer Hinsicht die schnellsten Fortschritte machen, dann wird es ihm gelingen, sich aus dem schweren Sturz, den es erlitten, wieder zu erheben und allen

seinen Gliedern ein menschenwürdiges und geachtetes Dasein, dem deutschen Volke als Ganzem aber einen gesicherten und ehrenvollen Platz im Bunde der freien Völker zu erringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ungeheuer groß sind die Gefahren, die unser deutsches Vaterland bedrohen, ungeheuer groß ist die Aufgabe, aus allen diesen Nöten das deutsche Volk zu retten. Sie, meine Damen und Herren, sind die Wegbereiter der deutschen Zukunft. Was Deutschland wahrhaft groß gemacht hat, war nie das Werk seiner Fürsten, sondern stets das Werk seines Volkes. (Oho! bei der Deutschnationalen Volkspartei, lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Einer der Großen in Weimar bezeugt es uns von der Kunst: „Selbst erhub sie sich zum Ruhme, — Sie entfaltete die Blume — Nicht am Strahl der Fürstengunst." Auch des deutschen Volkes politische Größe, die nicht in der Gewaltherrschaft über fremde Völker bestehen konnte, sondern lediglich in vorbildlicher Freiheit und mustergültigen sozialen Zuständen, konnte nicht das Werk des Gottesgnadentums sein. Das deutsche Volk muß sich seine Größe selbst erarbeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu sind Sie berufen. Die Augen der deutschen Nation innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen blicken erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgabe und tun wir alle unsere Pflicht mit all der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unsere Herzen und Köpfe erfüllt. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht durch die gewalttätigen Unternehmungen der Kriege, sondern durch die befreite Gewalt des Friedens.

Mögen Ihre Beratungen, meine Damen und Herren, dazu dienen, Deutschlands Selbstbestimmungsrecht nach innen und außen zu retten und zu bewahren. Lassen Sie sich bei Ihren Beratungen und Beschlußfassungen stets leiten von dem Grundsatz: alles für das Volk und alles durch das Volk! (Beifall.) Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung des Reichstags[3]) einschließlich der in der Verfassung enthaltenen Bestimmungen der Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen unter Fortfall der Bestimmungen über die Abteilungen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; mein Vorschlag ist angenommen. Nach § 1 der Geschäftsordnung ernenne ich zu provisorischen Schriftführern die Herren Abgeordneten Fischer (Berlin), Dr. Neumann-Hofer, Dr. Pfeiffer und Malkewitz. Ich bitte die

[3]) Diese Geschäftsordnung findet sich oben im „Einleitenden Teil" wörtlich wiedergegeben.

genannten Herren, hier oben auf dem Präsidium Platz zu nehmen. (Geschieht.)

Wir fahren in unseren Verhandlungen fort.

Nach § 9 der Geschäftsordnung haben wir nunmehr den **Namensaufruf** vorzunehmen, um die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung festzustellen. Ich bitte die Herren Schriftführer, diesen Namensaufruf vorzunehmen. (Der Namensaufruf erfolgt.) Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Rekapitulation des Alphabets vorzunehmen. (Geschieht.)

Anwesend sind:

Dr. Ablaß. Lore Agnes. Allekotte. Alpers. Andre. Arnstadt. Astor. Auer. Bader. Baerecke. Bärwald. Dr. Gertrud Bäumer. Bahr. Bartschat. Baudert. Bauer. Dr. Marie Baum. Becker (Arnsberg). Dr. Becker (Hessen). Becker (Nassau). Becker (Oppeln). Margarethe Behm. Behrens. Beims. Dr. Bell. Bergmann. Beuermann. Dr. Beyerle. Bias. Biener. Binder (Pfalz). Bitta. Blank. Anna Blos. Blum. Dr. Blunck. Bock. Dr. Böhmert (Bremen). Minna Bollmann. Bolz. Braß. Dr. Braun (Franken). Braun (Düsseldorf). Dr. Brauns (Cöln). v. Brentano di Tremezzo. Brey. Brodauf. Elisabeth Brönner. Bruckhoff. Brühl. Brühne. Bruhn. Buck. Budde. Burgau. Burlage. Dr. Cohn. Dr. David. Davidsohn. Deglerk. Dr. v. Delbrück. Delius. Dr. Dernburg. Dietrich (Baden). Dietrich (Liegnitz). Dietrich (Potsdam). Dr. Graf zu Dohna. Hedwig Dransfeld. Dröner. Dr. Düringer. Düwell. Dusche. Ebert. Ehrhardt. Minna Eichler. Elise Ekke. Endres. Engelhard. Erkelenz. Ernst. Ersing. Erzberger. Falk. Farwick. Fehrenbach. Feldmann. Fischbeck. Fischer (Berlin). Fischer (Hannover). Dr. Fleischer. Franke. Frerker. Frohme. Gandorfer. Gebhart. Geck. Gehl. Gerstenberger. Geyer (Leipzig). Dr. Geyer (Sachsen). Giebel. Anna v. Gierke. Giesberts. Gilsing. Girbig. Gleichauf. Gölzer. Gothein. Dr. Gradnauer. v. Graefe. Gröber. Gruber. Grünewald. Grunau. Günther. Haack. Dr. Haas (Baden). Haase (Berlin). Hagemann. Hampe. Hansmann. Hartmann (Berlin). Dr. Hartmann (Oppeln). Hasenzahl. Frieda Hauke. Haußmann. Hebel. Heile. Dr. Heim. Heimann. Heine. Dr. Heinze. Hellmann. Henke. Henrich. Hermann (Württemberg). Herold. Dr. Herrmann (Posen). Dr. Herschel. Hesse. Hierl (Franken). Hildenbrand. Dr. Hitze. Hoch. Else Höfs. Hörsing. Hoffmann (Pfalz). Hofmann (Ludwigshafen). Hofmann (Schwarzburg). Holl. Anna Hübler. Hug. Dr. Hugenberg. Dr. Hugo. Imbusch. Irl (Oberbayern). Jäcker. Jandrey. Janschek. Jantzen. Dr. Jasper. Jaud. Joos. Marie Juchacz. Jungnickel. Dr. Kaas (Trier). Wilhelmine Kähler. Käppler. D. Dr. Kahl. Kahmann. Katzenstein. Keil. Kempkes. Kenngott. Kerschbaum. Katharina Kloss. Knollmann. Koch (Cassel). Koch (Düsseldorf). Koch (Hamburg). Koch (Merseburg). Koch (Münster). Dr. Koltzsch. Koenen. König. Körsten. Koßmann. Kotzur. Krätzig. Kraut. Kreft. Kreutz. Krüger (Mecklenburg). Krüger (Potsdam). Kubetzko. Kürbis. Kunert. Kuntze. Landsberg. Dr. Ritter v. Langheinrich. Langwost. Laukant. Laverrenz. Legendre. Legien. Leicht. Lensing. Lesche. Liebig. Lippmann. Lockenvitz. Gertrud Lodahl. Löbe. Löffler. Dr. Ludewig. Lübbring. Frida Lührs. Lüttich. Dr. Luppe. Ernstine Lutze. Malkewitz. Maretzky. Marx. Dr. Mausbach. Dr. Mayer

Dr. Mayer (Schwaben). Meerfeld. Meier (Sachsen). Klara Mende. Merges. Michelsen. Dr. Mittelmann. Dr. Most. Müller (Fulda). Müller (Potsdam). D. Mumm. Nacken. D. Naumann. Agnes Neuhaus. Dr. Neumann-Hofer. Neyses. Nitzschke. Noske (Frankfurt). Noske (Sachsen). Nuschke. Oberfohren. Obermeyer. Oertel. Ohler. Ollmert. Osterroth. Dr. Otte. Dr. Pachnicke. Panzer. v. Payer. Dr. Petersen. Pfannkuch. Dr. Pfeiffer. Toni Pfülf. Dr. Philipp. Pick. Pinkau. Pohlmann. Pokorny. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner. Puschmann. Dr. Quarck. Dr. Quidde. Dr. Raschig. Rauch. Raute. Reek. Reineke. Reißhaus. Johanne Reitze. Remmers. Rheinländer. Richter (Ostpreußen). Freiherr v. Richthofen. Riedmiller. Dr. Rießer. Elisabeth Röhl (Cöln). Röhle (Sachsen). Dr. Roesicke. Rückert. Dr. Runkel. Elfriede Ryneck. Sachse. Sagawe. Salm. Schädlich. Schäfer. Schefbeck. Scheidemann. Schiele. Schiffer (Berlin) Schiffer (Münster). Minna Schilling. Schirmer. Dr. Käthe Schirrmacher. Schlack. Schlicke. Schlüter. Schmidt (Berlin). Schmidt (Frankfurt). Schmidt (Sachsen). Schmidthals. Dr. Schmitt (Hessen). Maria Schmitz. Schneider (Franken). Schneider (Sachsen). Schöpflin. Schreck. Louise Schroeder. Klara Schuch. Dr. Schücking. Schümmer. Schultz (Bromberg). Schulz (Ostpreußen). Schulz (Posen). Schulz (Westpreußen). Schumann. Schwarz (Hessen-Nassau). Schwarzer (Oberbayern). Seeger. Dr. Semmler. Severing. Dr. Seyfert. Sidow. Siehr. Silberschmidt. Simon (Franken). Simon (Schwaben). Anna Simon (Westpreußen). Dr. Sinzheimer. Sivkovich. Sollmann. Dr. Spahn. Stahl. Stapfer. Stacosson. Stegerwald. Steinkopf. Steinmayer. Steinsdorff. Stelling. Stock. Stolten. Dr. Stresemann. Strzoda. Stücklen. Szczeponik. Tantzen. Taubadel. Dr. Taucher. Johanna Tesch (Hessen-Nassau). Christine Teusch (Cöln). Thabor. Thiele. Thöne. D. Traub. Tremmel. Trimborn. Trinks. Ulitzka. Ulrich. Veidt. Dr. Vershofen. Vesper. Vögler. Vogel. Vogt (Württemberg). Voigt (Breslau). Waldstein. Wallbaum. Warmuth. Helene Weber. Dr. Weidtmann. Weilnböck. Weinhausen. Weiß. Dr. Wendorff. Wetzlich. Wieber. Dr.-Ing. Wieland. Winnefeld. Winnig. Wissell. Witthoefft. Wolff. Wurm. Zawadzki. Marie Zettler. Ziegler. Luise Zietz. Dr. Zöphel. Zubeil.

Alterspräsident **Pfannkuch**: Der Namensaufruf hat die Anwesenheit von 397 Mitgliedern der Nationalversammlung ergeben. Die absolute Majorität beträgt 211; die Nationalversammlung ist somit beschlußfähig. Wir können deshalb die Sitzung zur Präsidentenwahl auf morgen festsetzen.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung Freitag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung abzuhalten: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 26 Minuten.)

2. Sitzung.

Freitag den 7. Februar 1919.

Wahl der Präsidenten und Schriftführer.

Mitteilungen eingegangener Begrüßungstelegramme: Stadt Frankfurt, Kärnten, Steiermark, Universität Graz, Tirol, Deutsch-Böhmen u. a. — Geschäftliches. —

Wahl des Präsidenten. Gewählt: Dr. David (S.).

Präsident Dr. David: Nimmt an. — Gewaltige Aufgaben. — Gleichberechtigung der Demokratie; Pflicht der Selbstzucht. — Nicht Worte, sondern Taten. — Die Revolution auch eine soziale. — Forderung des Selbstbestimmungsrechts für Elsaß-Lothringen. — Wiedervereinigung mit dem österreichischen Bruderstamm eine Herzenssache des deutschen Volkes.

Wahl der Vizepräsidenten. — Gröber (Chr. V. P.) (zur Geschäftsordnung). — Haase (Berlin) (U. S.) (desgleichen). — Gewählt werden: Fehrenbach (Chr. V. P.), Haußmann (D. d. P.), Dietrich (Potsdam) (D. nat. V. P.). — Wahl der Schriftführer.

Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung. —

Die Sitzung wird um 3 Uhr 15 Minuten durch den Alterspräsidenten Pfannkuch eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen. Die Einläufe bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer**:

Namens der Stadt Frankfurt am Main, die das erste deutsche Parlament in ihren Mauern aufnahm, begrüßt der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung dieser Stadt die Deutsche Nationalversammlung bei deren Zusammentritt mit dem Wunsche, daß die Beratungen einem neuen deutschen einigen Reiche zum Segen werden mögen.

Voigt, Oberbürgermeister,
Dr. Friedleben, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung.

(Bravo!)

In der bestimmten Erwartung des baldigen Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland sendet die provisorische Landesversammlung Kärntens der konstituierenden Nationalversammlung in Weimar brüderliche Grüße.

(Lebhafter Beifall.)

Schweres Leid hat das Kärntner Volk während des Krieges ertragen müssen, und die Opfer, die es bringen mußte, sind ungezählt. Trotzdem blicken wir mit Zuversicht der Zukunft entgegen, die dem deutschen Volke in der gemeinsamen demokratischen Republik Deutschland den wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung bringen wird.

Präsidium der vorläufigen Landesversammlung für Kärnten.

(Stürmischer Beifall.)

Ehrfurchtsvolle Grüße aus erlöstem deutschen Lande. Möge die Stunde der Befreiung den geknechteten Grenzlanden Elsaß-Lothringen, an der Etsch, Drau und Mur, den deutschen Sudetenländern, Schlesien und Posen, Ost- und Westpreußen und den Rheinländern endlich schlagen. Dies unser einziger und heißester Wunsch.

Die Alldeutschen in Steiermark.

(Bravo! rechts.)

Der neuen politischen Paulskirche Großdeutschlands, das alle deutschen Gebiete schirmend umfassen soll, wünscht eine glänzende Zukunft und jene auf Leistung und Zuneigung gegründete Weltgeltung, auf welche das deutsche Volk so berechtigten Anspruch hat

der Rektor der Universität Graz, Puntschart.

(Bravo!)

Die deutschfreiheitliche Partei für Tirol sendet der deutschen Nationalversammlung in Weimar aufrichtigen Gruß. In schweren Kriegstagen haben die Söhne unseres Landes mit den Brüdern im Reiche Schulter an Schulter gekämpft und sind mit ihnen von Sieg zu Sieg geschritten. Unsere Herzenssache ist es, alles in einem Staatsgebilde zu einen, soweit unsere deutsche Zunge klingt. In Not wollen wir uns eins fühlen mit unseren Volksgenossen, und fest wollen wir in unseren ewigen Bergen dafür arbeiten, nicht säbelrasselnd, nicht drohend gegen andere Nationen, sondern mitarbeitend am wirtschaftlichen Aufbau und an der sittlichen Hebung unseres heißgeliebten Volkes wollen wir schaffen und streben, zielbewußte, ernste Arbeit tut uns not, um gemeinsam mit allen deutschen Stammesbrüdern das aufzurichten, was ein mehr als vierjähriger Krieg und volksfremde Elemente dem Vaterlande geraubt haben.

Deutschfreiheitliche Partei für Tirol.

(Lebhaftes Bravo.)

Oberkärnten begrüßt aufs herzlichste den Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung. Mögen die Verhandlungen dem heißgeliebten deutschen Volke Vertrauen, Ruhe, Wohlfahrt und die Größe bringen, welche unsere Besten erstrebt haben. Unser Sehnen gilt der baldigen Mitarbeit unserer Vertreter.

Marktgemeinde Spittal, Kärnten.

(Lebhafter Beifall.)

Allen Vertretern des deutschen Volkes senden anläßlich der Eröffnung der Nationalversammlung herzliche Glückwünsche. Möge ihre Arbeit zum Segen des gesamten deutschen Volkes und des zukünftigen, unzertrennbaren Großdeutschlands gereichen!

Mittlere Beamtenschaft des Postamts II, Halle.

Ein herzliches „Glückauf“ zur Eröffnung und segensreicher Arbeit sendet Ortsgruppe der demokratischen Partei Radiumbad Oberschlema (Erzgebirge).

Im Auftrage: Schachner.

(Bravo!)

Die deutsch-böhmische Landesversammlung hat in ihrer am 3. Februar 1919 abgehaltenen Sitzung beschlossen, folgende Kundgebung an die Deutsche Nationalversammlung gelangen zu lassen: Die durch die Gewalttätigkeiten der Tschechen aus ihrer Heimat vertriebene und daher in Wien tagende deutsch-böhmische Landesversammlung entbietet der neugewählten Deutschen Nationalversammlung in Weimar ihren innigen, freundschaftlichen Gruß und gibt ihrer freudigen Genugtuung darüber Ausdruck, daß das deutsche Volk in der Zeit größter Bedrängnis die Kraft und die Energie gefunden hat, sich eine legitime, gesetzgebende Vertretung auf wahrhaft

demokratischer Grundlage zu schaffen. Die heißesten Wünsche der deutschböhmischen Landesversammlung begleiten Sie bei Ihrem Werk, dem Aufbau der nationalen und wirtschaftlichen Zukunft unseres großen, gemeinsamen Vaterlandes. Die deutsch-böhmische Landesversammlung hofft voll freudiger Zuversicht daß in naher Zeit das Volk Deutsch-Österreichs, insbesondere Deutsch-Böhmens mit seinen Brüdern im Reiche im großen, einheitlichen Nationalstaate vereinigt wird und seine Vertreter bald in der Nationalversammlung Deutschlands an des gemeinsamen deutschen Vaterlandes politischer und wirtschaftlicher Entwicklung werktätig mitarbeiten werden. Hiervon beehre ich mich, der Deutschen Nationalversammlung Kenntnis zu geben.

Dr. Philipp von Langenhan, Geschäftsführender Landeshauptmann-Stellvertreter von Deutsch-Böhmen.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Der hohen Versammlung ein segensreiches Wirken wünschend, bitte als ersten Beschluß die Absetzung aller Arbeiter- und Soldatenräte zu beschließen und Generalfeldmarsall v. Hindenburg zum provisorischen Präsidenten zu wählen.

Kapitän Lender, Neubabelsberg.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Zum Präsidenten Deutschlands vorschlage im Namen vieler Auslandsdeutschen unseren von Freund und Feind im Inland und Ausland gleich hochgeachteten weitblickenden Walther Rathenau.

(Große Heiterkeit.)

Er werde unser Führer!

Eugen Müller, Stockholm.

(Große Heiterkeit rechts.)

Alterspräsident **Pfannkuch**: Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Dr. Böhme (Magdeburg), Molkenbuhr, Müller (Breslau), Thomsen für je 8 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Bender (Magdeburg) für 4 Wochen wegen schwerer Erkrankung. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein:

Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Für die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten ist maßgebend § 9 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Bestimmungen zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer**:

Der Präsident, sodann jeder der drei Vizepräsidenten wird in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.[1])

Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen fünf Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere

---

[1]) Die Fassung dieses Absatzes beruht auf dem Antrag Gröber, angenommen in der Sitzung des Reichstags vom 7. Juni 1918.

Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Los, welches durch die Hand des Präsidenten gezogen wird. Bei Ausmittlung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf die engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Los.

Alterspräsident **Pfannkuch**: Wir schreiten nun zur

Wahl des Präsidenten.

Ich bitte die Damen und Herren, bei Namensaufruf recht deutlich mit „Hier" zu antworten und die Stimmzettel abzugeben. Die Herren Schriftführer wollen den Namensaufruf vornehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A. (Der Namensaufruf erfolgt.) Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Verlesung nicht zu rasch vorzunehmen, und die Mitglieder, Damen und Herren, möchte ich nochmals ersuchen, deutlich „Hier" zu rufen und die Stimmzettel abzugeben. (Der Namensaufruf wird fortgesetzt.) Ich bitte, das Alphabet zu rekapitulieren. (Geschieht.) Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Herren Schriftführer, das Wahlresultat festzustellen. (Geschieht.)

Das Resultat der Präsidentenwahl ist folgendes: Abgegeben sind 399 Stimmen. Davon haben erhalten: Dr. David 374, Dr. Cohn 1, Dr. Heinze 1, Fehrenbach 1; außerdem sind 22 weiße Zettel abgegeben. Somit ist Dr. David mit großer Mehrheit von der Nationalversammlung als Präsident gewählt.

Ich frage den Herrn Abgeordneten Dr. David, ob er die auf ihn entfallende Wahl annimmt.

Dr. **David**, Abgeordneter: Ich nehme die Wahl an. (Bravo!)

Alterspräsident **Pfannkuch**: Dann bitte ich Herrn Dr. David, den Präsidentensitz einzunehmen.

Präsident: Meine Damen und Herren, zunächst glaube ich in Ihrer aller Sinn zu handeln, wenn ich unserem verehrten **Alterspräsidenten** der so freundlich war, die Geschäfte des Hauses bis jetzt zu führen, unseren herzlichsten **Dank** ausspreche. (Bravo!)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zu Ihrem Präsidenten zum Ausdruck gebracht haben. Es ist ein schweres, verantwortungsvolles Amt, das Sie mir auferlegt haben. Ich will es gerecht und unparteiisch verwalten (Bravo!), und ich will mit besten Kräften versuchen, der schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, die Geschäfte dieses hohen Hauses zu betreuen und zu fördern. Ich könnte aber nicht wagen, das zu unternehmen, wenn ich nicht dabei auf Ihren guten Willen und auf

Ihre kollegiale Mithilfe rechnen dürfte. Nur im Vertrauen auf diese übernehme ich die Führung der Geschäfte.

Gewaltige Aufgaben harren unser. Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zermürbt und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengestürzt, wir sollen einen neuen errichten, und dieser Neubau soll ein besseres, wohnlicheres Haus für unser politisches Zusammenleben sein, als das alte es war.

An Stelle des früheren, auf den Vorrechten einzelner und der staatsbürgerlichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung ruhende Demokratie treten. Demokratie — das war bis vor kurzem in Deutschland noch ein recht übel beleumundeter Begriff, und es mag auch heute noch den einen oder anderen rückwärts gerichteten Geist geben, den ein unbehagliches Gefühl beim Klange dieses Wortes beschleicht. Und doch ist Demokratie der Ausdruck des höchsten politischen Ideals. (Bravo!) Das Volk als Ganzes wird, von jeder Bevormundung befreit, Herr über sein Geschick. Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung bei allen Meinungs- und Interessengegensätzen innerhalb des Ganzen. Nur das unerschütterliche Festhalten an diesem Grundsatz kann die Gefahr beschwören, daß die inneren Gegensätze und Kämpfe einen zerstörenden, das Wohl des Ganzen bedrohenden Charakter annehmen.

So legt die Demokratie, indem sie einem Volke das hohe Recht der Selbstbestimmung verleiht, auch die hohe Pflicht der politischen Selbstzucht auf. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das demokratische Recht des einzelnen findet seine Grenze an dem demokratischen Recht der anderen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur bei voller gegenseitiger Achtung der demokratischen Rechte kann ein solches Staatswesen gedeihen. Auch in diesem Hause muß diese Pflicht der Demokratie gelten. Es soll eine Stätte sein des freien Wortes — Ihr Präsident hat darüber zu wachen, daß dem so ist —, aber dieses Haus soll auch eine Stätte der freien demokratischen Unterordnung des einzelnen unter den Willen und das Werk der Gesamtheit sein. Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hart werden die Meinungen aufeinanderplatzen. Aber nie sollen wir vergessen, daß die Augen der Millionen, die uns hierher gesandt haben, ja, die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet sind. (Sehr richtig.)

Und seien wir uns auch dessen wohl bewußt: nicht Worte nur erwartet unser in Not und Qual seufzendes Volk, sondern Taten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Nur

durch rasches, schöpferisches Werk können wir das Vertrauen rechtfertigen, das man auf uns setzt.

Meine Damen und Herren! Neben der großen Aufgabe des Verfassungsneubaues sollen und müssen wir die noch schwierigere Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in Angriff nehmen. Auch hier soll nach Überwindung der schlimmsten Bedrängnisse des Tages neues, besseres an die Stelle des alten treten. Die deutsche Revolution ist nicht nur eine politische, sie ist auch eine wirtschaftliche, eine soziale Revolution. Es wäre verhängnisvoll, das zu verkennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein neues, höheres Wirtschafts- und Gesellschaftsideal lebt in den Massen des werktätigen Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sozialismus — auch dieses Wort hat für viele heute noch einen schreckhaften Klang. Auch hier muß die Brücke des gegenseitigen Verstehens geschlagen werden, damit fruchtbare Zusammenarbeit möglich wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das alte Wirtschaftssystem beruhte auf dem Zwiespalt von Kapitalgewinn und Arbeitsentlohnung. Die aus ihm hervorgegangene gesellschaftliche Kultur zeigte den Gegensatz zwischen einer dünnen, sich aller Genüsse leiblicher und geistiger Kultur erfreuenden Oberschicht und einer breiten, in Kulturarmut, wenn nicht in direktem physischen und geistigen Elend dahinlebenden Unterschicht. Die Idee des Sozialismus ist die Überwindung dieses Gegensatzes. Nur durch die Lösung dieses Problems kann der Dauerfriede im Innern der Völker gewonnen und gesichert werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Zukunft zeigt uns ein Volksganzes, das in allen seinen Schichten ein **Kulturvolk** ist. Ein solches Ideal trägt eine gewaltige Kraft in sich. Das Sehnen der Millionen nach Aufstieg, nach voller kultureller Gleichberechtigung findet in ihm seinen Ausdruck. Nur wer dies versteht, kann unsere Zeit verstehen und wird ohne Haß und Furcht dem Ringen der Arbeitermassen gerecht werden.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit vereint, werden das deutsche Gemeinschaftsgefühl, die Liebe zum deutschen Land und deutschen Volke mächtig erstarken lassen.

Zu diesem deutschen Land und dem deutschen Volk gehört bis zur Stunde auch noch Elsaß-Lothringen. (Lebhafter Beifall.) Zu unserem tiefen Bedauern müssen wir feststellen, daß dort die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung durch die Okkupationsbehörden verhindert worden sind. Wir senden dem elsaß-lothringischen Volk unseren Gruß und werden nicht aufhören, zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung über seine nationale Zugehörigkeit gewährt wird (Lebhaftes Bravo und Hände-

klatschen), wie es den Wilsonschen Grundsätzen entspricht. (Erneuter lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Zu diesem deutschen Land und Volk gehört weiter auch der deutsch-österreichische Bruderstamm. (Lebhaftes Bravo!) Die Begeisterung, mit der alle Kundgebungen auf seinen Wiederanschluß hier aufgenommen worden sind, legt Zeugnis ab, wie sehr diese Wiedervereinigung dem ganzen deutschen Volke Herzenssache ist. (Erneuter lebhafter Beifall.) Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Österreichs in nicht allzu ferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Damen und Herren, die **Arbeit der Nationalversammlung** soll die Freude unseres Volkes an seinen politischen und sozialen Einrichtungen erhöhen. Die Nationalversammlung sei das weithin sichtbare Zeichen eines neuen, großen nationalen Willens, des Willens zur rettenden Neuordnung im Innern und des Willens zur kraftvollen Geltendmachung der Lebensrechte unseres Volkes nach außen. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Möge von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet in dieser düsteren Zeit nationaler und persönlicher Leiden, die ihm neuen Lebensmut und die Kraft gibt, aus dem finsteren Tal der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichteren, glücklicheren Zukunft! (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir schreiten jetzt zur

Wahl dreier Vizepräsidenten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Verehrte Versammelte, nach unserer Geschäftsordnung soll die Wahl der drei Vizepräsidenten je in einem besonderen Wahlgang erfolgen. Diese Bestimmung hängt zusammen mit der früher bestehenden Rangordnung der Vizepräsidenten, die aber schon im vorigen Sommer aufgehoben worden ist. Wir sind deshalb in der Lage, alle drei Vizepräsidenten ganz gut in einem Wahlgang wählen zu können, und ich bin der Meinung, daß wir das tun sollen zur Verkürzung unserer Arbeit. (Allseitige Zustimmung.) Da auch eine Verständigung unter den Parteien stattgefunden hat, was ich durch die Blume ja sagen kann (Heiterkeit.), so ist es sogar möglich, die drei Vizepräsidenten durch Zuruf zu bestimmen, wenn kein Widerspruch erfolgt. Erfolgt Widerspruch, dann muß es bei der Zettelwahl bleiben, und dann können wir auf einem Zettel die drei Namen bezeichnen.

Präsident: Meine Herren, Sie haben den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Gröber gehört. Er geht erstens darauf hin, sämtliche drei

Vizepräsidenten in einem Wahlgang zu wählen, und zweitens, diesen Wahlgang öffentlich durch Zuruf vorzunehmen. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich erhebe Widerspruch gegen die Wahl durch Zuruf, bin aber damit einverstanden, daß in einem Wahlakt die Wahl vollzogen wird.

Präsident: Es ist Widerspruch erhoben worden; das genügt, um die Wahl durch Zuruf unmöglich zu machen. Die Wahl wird also durch Zettel stattfinden. Wir kommen zur Wahl. Der Namensaufruf beginnt mit B. (Der Namensaufruf wird vollzogen.) Ich bitte, das Alphabet zu rekapitulieren. (Geschieht.) Die Wahl der Vizepräsidenten ist geschlossen. Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl der drei Vizepräsidenten ist folgendes: Der Herr Abgeordnete Fehrenbach hat 374 Stimmen erhalten, der Herr Abgeordnete Haußmann 374 Stimmen, der Herr Abgeordnete Dietrich (Potsdam) 356 Stimmen. Außerdem haben erhalten: der Herr Abgeordnete Bauer 5 Stimmen, der Herr Abgeordnete Haase (Berlin) 1 Stimme, der Herr Abgeordnete v. Delbrück 1 Stimme. 25 Stimmen waren ungültig. Danach sind gewählt die Herren Abgeordneten Fehrenbach, Haußmann und Dietrich. Ich frage den Herrn Abgeordneten Fehrenbach, ob er die Wahl annimmt.

Fehrenbach, Abgeordneter: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Ich richte die gleiche Frage an den Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Präsident: Ich richte die gleiche Frage an den Herrn Abgeordneten Dietrich (Potsdam).

Dietrich (Potsdam), Abgeordneter: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Wir kommen zur

Wahl der Schriftführer

gemäß § 10 der Geschäftsordnung. Derselbe lautet:

> In einer einzigen Wahlhandlung erfolgt demnächst nach relativer Stimmenmehrheit die Wahl von acht Schriftführern. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, welches durch die Hand des Präsidenten gezogen wird.

Ich bitte, zum Namensaufruf zu schreiten. Dieser beginnt mit dem Buchstaben C. (Der Namensaufruf erfolgt.) Die Rekapitulation des Alphabets findet statt. (Geschieht.) Die Wahl der Schriftführer ist abgeschlossen. Ich schlage Ihnen vor, die Herren Schriftführer mit

der Feststellung des Ergebnisses der Wahl nach Schluß der Sitzung zu beauftragen. (Zustimmung.) Es erfolgt kein Widerspruch.

Ich schlage Ihnen dann als Tagesordnung für morgen, Sonnabend, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, vor: Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 32 Minuten.)

---

3. Sitzung.

Sonnabend den 8. Februar 1919.

Dr. Preuß über die vorläufige Reichsgewalt.

Mitteilung eingegangener Begrüßungstelegramme, — des Ergebnisses der Schriftführerwahl, — über Mandatsniederlegung (Männer im 25. Wahlkreis). —

Geschäftsordnungsdebatte über einen Vorgang bei der Schriftführerwahl: Geyer (Leipzig) (U. S.). — Präsident. — Fischer (Berlin) (S.). —

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt (Nr. 3 der Anlagen. —

Dr. Preuß, Staatssekretär des Innern: Wie einst in Frankfurt. — Was durch die Revolution geschaffen, bedarf der Fundamentierung. — Drang nach Vereinheitlichung. — Nationalversammlung und Einzelstaaten. — Reichsgewalt, Nationalversammlung, Staatenausschuß. — Wirkungskreis des Reichspräsidenten und Reichsministeriums. — Schnelle Einsetzung Erfordernis der inneren wie äußeren Politik. — „Deutschland über alles." —

Tagesordnung der nächsten Sitzung. —

Die Sitzung wird um 3 Uhr 22 Minuten durch den Prädenten Dr. David eröffnet.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Den Herrn Schriftführer bitte ich, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Dr. Neumann-Hofer:**

Durch Wahlarbeit verhindert, an der Abordnung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung teilzunehmen, begrüßt die Nationaldemokratische Partei Deutsch-Österreichs das größere Deutschland, als dessen Teil sich jeder volksbewußte Deutsch-Österreicher fühlt. Tiefbewegt sehen wir unsere programmatische Forderung des Zusammenschlusses aller Deutschen Mitteleuropas der Erfüllung entgegengehen. Für diesen von uns zuerst in der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ausgesprochenen hohen Gedanken bestehen wir gegenwärtig den Wahlkampf. Nichts vermag uns Deutsch-Österreicher an der innigsten Verbindung mit unseren Brüdern zu hindern. Ein Heil dem eingen Groß-Deutschland!

Für die Nationaldemokratische Partei:
Pantz, Teufel, Hummer, Malik, Kemetter, Hruschka, Brandl.

(Bravo!)

Die Angehörigen der republikanischen Soldatenwehr in Lübeck, größtenteils altgediente Mannschaften, geben die Versicherung ab, daß sie unbeeinflußt durch das Verhalten einiger Soldatenräte oder sonstiger radikaler Strömungen nach wie vor geschlossen auf dem Boden der gegen-

wärtigen Regierung stehen. Sie erklären, daß sie als eine aus Reichsmitteln besoldete Reichstruppe es als ihre Pflicht ansehen, die gegenwärtige republikanische Staatsform und das Nationaleigentum zu schützen sowie für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die republikanische Soldatenwehr in Lübeck.

(Bravo!)

Der Nationalversammlung entbietet der Lissaer Arbeiter- und Soldatenrat seinen Gruß und wünscht guten Erfolg beim Wiederaufbau der deutschen Staatsverfassung. Möge es ihr vergönnt sein, das deutsche Vaterland ruhigen, geordneten Verhältnissen zuzuführen und ihm so die Bahn zu fortschreitender Entwicklung wieder freizumachen. Der Lissaer Arbeiter- und Soldatenrat erwartet von der Nationalversammlung, daß sie sich des arg bedrängten Ostens und der unglücklichen deutschen Volksgenossen annimmt. (Bravo!) Es müssen schleunigst Maßregeln ergriffen werden, um den treuen Kämpfern, die bis jetzt der polnischen Flut einen Damm gesetzt haben, die so bitter notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Arbeiter- und Soldatenrat Lissa.

(Lebhaftes Bravo.)

Der deutschen Nationalversammlung entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche

Josef Wetterhahn, Frankfurt a. Main.

(Große Heiterkeit.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen dann das Ergebnis der Wahl der Schriftführer mitzuteilen. Es haben erhalten die Abgeordneten: Fischer (Berlin) 384 Stimmen, Dr. Neumann-Hofer 384 Stimmen, Stücklen 384 Stimmen, Dr. Pfeiffer 382 Stimmen, Kempkes 382 Stimmen, Bolz 381 Stimmen, Malkewitz 376 Stimmen, Frau Agnes 61 Stimmen; — Binder (Pfalz) 2, Ekke 1, Juchacz 1, Neuhaus 1, Pfülf 1, Schmitz 4, Zettler 8 Stimmen.

Die zuerst verlesenen acht Mitglieder des Hauses sind sonach als Schriftführer gewählt.

Ich habe weiter mitzuteilen, daß das Mitglied der Nationalversammlung Männer, gewählt im 25. Wahlkreis, sein Mandat niedergelegt hat. Das Erforderliche wird geschehen.

Nun bittet der Herr Abgeordnete Geyer (Leipzig) ums Wort zur Geschäftsordnung. Betrifft diese Wortmeldung die zuletzt verlesene Mitteilung?

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Nein, Herr Präsident, sie betrifft die Schriftführerwahl.

Präsident: Dann hat der Herr Abgeordnete Geyer (Leipzig) das Wort zur Geschäftsordnung.

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Bei der Vornahme der Wahl der Schriftführer, deren Ergebnis eben verkündet worden ist, hat sich folgen-

der Vorgang ereignet. Der Schriftführer Richard Fischer nahm, während er sein Amt ausübte, vom Präsidenten Dr. David den Stimmzettel entgegen, riß ein Stück von diesem Zettel mit einem Namen ab (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und übergab den so verstümmelten Stimmzettel dem Schriftführer an der Wahlurne, der ihn in die Urne legte. Ich stelle diesen Mißbrauch des Amtes fest, ohne die Wahl selbst zu beanstanden. (Hört! hört! und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: In bezug auf diesen Vorgang hat das Wort zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Fischer (Berlin).

Fischer (Berlin), Abgeordneter: Der Vorgang, den der Abgeordnete Geyer eben hier zur Sprache gebracht hat, hat sich in der Tat so zugetragen, wie er ihn geschildert hat. Er hat nur eins dabei übersehen, nämlich, daß ich den Stimmzettel im Auftrage des Präsidenten Dr. David übergab und dabei einem Mißverständnis unterlag, das dahin ging, als ob der Name, der an der Spitze des Zettels stand, beseitigt werden sollte. (Hört! hört! und lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Als ich von dem Mißverständnis unterrichtet wurde, ist selbstverständlich das geschehen, was zu geschehen hat: es ist der abgerissene Name im Protokoll der Stimmenzahl zugezählt worden. (Erneute lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich kann dazu meinerseits erklären, daß der Herr Schriftführer Abgeordnete Fischer (Berlin) nach Abschluß der Abstimmung in der vorigen Sitzung zu mir kam und mir davon Mitteilung machte. Er erklärte mir, es sei ihm von einem Kollegen in seiner Nähe die Mitteilung gemacht worden, daß von mir aus gewünscht würde, daß in dieser Weise der Name der Frau Agnes von dem Stimmzettel entfernt würde. (Hört! hört! und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich habe sofort erklärt, daß diese Mitteilung auf einem Irrtum beruht habe (hört! hört!), und habe sofort eine entsprechende Berichtigung des Wahlergebnisses veranlaßt. Also das Wahlergebnis ist in keiner Weise durch den Vorgang beeinflußt worden. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Schlußrufe bei den anderen Parteien.) Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Geyer. (Wiederholte Schlußrufe.)

Geyer (Leipzig), Abgeordneter: Mir ist das Wort erteilt, ich gebe es nicht zurück. Ich stelle nur fest, was der Herr Präsident eben bestätigt hat und was ich gesagt habe, daß ein Mißbrauch des Schriftführeramts vorlag. Mehr habe ich nicht konstatiert. Über die Bewertung der Tat habe ich nichts gesagt. Der Mißbrauch des Amts müßte eigentlich die Mißachtung des ganzen Hauses hervorrufen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Fischer (Berlin).

Fischer (Berlin), Abgeordneter: Ich will nur konstatieren, daß ich im Auftrage des Herrn Präsidenten den Zettel entgegennahm und ihn dem Schriftführer überreichte, der ihn in die Urne legte.

Präsident: Wir treten in den einzigen Punkt der Tagesordnung ein, in die

Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt (Nr. 3 der Drucksachen) [1].

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Staatssekretär des Innern Dr. Preuß.

---

[1]) Der Entwurf lautet:

§ 1.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2.

Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung bedarf unbeschadet des Absatzes 4 der Zustimmung des Staatenausschusses.

In dem Staatenausschuß hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer vollen Million gleich gerechnet wird. Kein Freistaat kann durch mehr als ein Drittel der Stimmen vertreten sein. Demgemäß sind im Staatenausschuß vertreten Preußen mit 19, Bayern mit 8, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 und die übrigen Bundesstaaten mit einer Stimme.

Den Vorsitz im Staatenausschuß führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutsch-Österreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, so erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenausschuß mit einer durch Gesetz festzustellenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Übereinstimmung zwischen Reichsregierung und Staatenausschuß nicht zustande, so kann jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3.

Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses können an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen und jederzeit das Wort ergreifen, um die Ansichten ihrer Regierungen zu vertreten.

§ 4.

Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Der Gebietsbestand eines Freistaates kann jedoch nur mit seiner Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommt ein Gesetz durch Übereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenausschuß zustande. Ist eine solche Übereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen.

Dr. **Preuß**, Staatssekretär des Innern: „Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland will eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch der Staatenregierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung. Wenn über manches Zweifel besteht, über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel; es ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben." — Mit diesen Worten grüßte einst Heinrich von Gagern die erste verfassunggebende **Nationalversammlung** des deutschen Volkes in der Paulskirche zu Frankfurt. Und wenn Sie in dieser hohen Versammlung heute diese Worte wieder hören,

---

§ 5.

Auf die Nationalversammlung finden Artikel 21 bis 23 und 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6.

Die Geschäfte des Reichs werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit den auswärtigen Mächten einzugehen. Kriegserklärungen und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbund mit dem Ziel des Ausschlusses aller geheimen Verträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den in dem Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß der §§ 1—4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

§ 7.

Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8.

Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Heeresleitung unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9.

Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister.

Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

so zweifle ich nicht: Sie empfinden die wunderbare Wiederholung der Erscheinungen; angedeutet sind hier die Aufgaben, vor denen heute wieder die verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar steht, die Schwierigkeiten, die auf diesem Wege zu finden sein werden, und das Ziel, über das hoffentlich bei aller Verschiedenheit der Ansichten über die Mittel und Wege, das Ziel, über das hoffentlich alle Teile dieser Versammlung einig sind. Gewiß, bei aller Ähnlichkeit auch die größten Verschiedenheiten. Damals nach einer langen Zeit des Friedens ein aufsteigendes Volk, ein auch wirtschaftlich aufsteigendes Volk, das beseelt war von dem Wunsche, sich das Ideal seines nationalen Zusammenlebens zu schaffen; heute ein Volk nach schweren Kriegsleiden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande diese schweren Jahre durchgekämpft hat, das Recht gibt, auch nach dem Verlust dieses Krieges festes Vertrauen in seine eigene Zukunft zu hegen, gestützt auf die Leistungen und die Tüchtigkeit, die sich in dieser schweren Zeit bewährt haben, fest an der Hoffnung zu halten, daß es aus diesem Sturz einen Aufstieg geben wird und geben muß, für den die Grundlage zu legen der hohe und heilige Beruf dieser Versammlung ist. (Bravo!)

War damals über die Frage, ob es wirklich der Beruf der **Nationalversammlung** sei, als **Trägerin der Souveränität des Volkes** von sich aus allein den neuen Zustand schaffend zu gestalten[2]) noch mancher Zweifel möglich — und der Gang der Ereignisse hat ja dann leider die Zweifel bestätigt —, so steht heute der Beruf dieser Versammlung, die, auf demokratischer Grundlage aufgebaut, den Willen des souveränen Volkes vertritt, wohl außer jedem Zweifel. (Bravo!) Damals ist wesentlich an dem **Widerstande der dynastischen Mächte** in Deutschland das Werk der Frankfurter Nationalversammlung gescheitert. Solcher Widerstand ist heute durch die Tatsache der **Revolution** ausgemerzt; jedoch so leicht, wie man hätte annehmen können, wird sich auch nach Beseitigung dieses Widerstandes die neue Organisation unseres Reichs nicht schaffen lassen. Damals war das Reich noch ein Traum, das Idealbild nationaler Einheit; heute haben wir das Reich, haben es seit Jahrzehnten gehabt; und es ist durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht aufgelöst, nicht beseitigt; nur seine staatsrechtliche Organisation ist zusammengebrochen und bedarf der Erneuerung. Was durch die Revolution geschaffen ist, bedarf nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir mit Sicherheit erwarten dürfen, daß sie durch den Zutritt unserer deutschen Brüder aus Öster-

[2]) Vgl. hierüber Einleitender Teil S. 11 ff.

reich vollendet wird, ist das feste Besitztum, das wir in den neuen Zustand hinübernehmen.

In den Wirren der letztvergangenen Zeit ist bei allen Störungen und Zwischenfällen, die von revolutionären Zuständen ja untrennbar sind, im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrechterhalten worden. Dafür glaube ich an dieser Stelle den Kräften des *Beamtentums* und der *Wehrkraft*, die sich ohne Unterschied der politischen Überzeugung in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben, Dank und Anerkennung aussprechen zu sollen. (Bravo!)

Ich sagte, so leicht, wie man nach Beseitigung der dynastischen Widerstände vielleicht glauben konnte, wird sich auch heute der neue Bau des Reiches nicht vollziehen. Ein großer und mächtiger *Drang geht nach stärkerer Vereinheitlichung*, ein Drang nicht nur des Gefühls — auch dieses, aber nicht nur des Gefühls —, sondern auch der harten materiellen Notwendigkeiten unserer Lage. (Sehr richtig!) Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher seine Einheit betonen, seine Einheit stärken.

Aber, meine Herren, der Gegensatz dazu lag nicht bloß in den Dynastien. Es ist eine Eigenschaft, eine vielfach segensreiche und fruchtbare Eigenschaft unseres deutschen Volkes, daß es mit Herz und Seele hängt an den Einrichtungen, an dem Leben *engerer Gemeinschaft*. Solche engeren Gemeinschaften wachsen schon in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem festen Organismus zusammen, der den Selbsterhaltungstrieb der Gemeinwesen zeigt, und an dem seine Kinder mit Liebe und Leidenschaft hängen. Und auch von dem gar nicht stark genug zu betonenden Standpunkt der *Reichseinheit* aus wäre es doch verfehlt, diesen Trieb und Hang lediglich bekämpfen zu wollen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Auch in ihm liegen Stärken unseres Volkes. „Wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten." Aber *einfügen* muß sich dieser Sonderungstrieb in die Bedingungen der Stärke und Festigung *unseres gesamtdeutschen Vaterlandes*. (Sehr richtig! links.)

Wenn möglich, soll dieses Werk auf dem **Wege freundlicher Vereinbarung**, gesamtdeutschen Gemeingefühls zustande gebracht werden. Soweit es irgendwie möglich ist, soll Majorisierung zu vermeiden versucht werden. Es ist nicht zu verkennen, daß auch ein Weniger, das *auf dem Wege der Freiwilligkeit* erreicht wird, wertvoller sein kann als ein Mehr, das unwillig durchgesetzt wird. (Sehr richtig!) Aber am letzten Ende dürfen Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit darunter keinen Schaden leiden. (Sehr richtig! links.) Was für die Gesamtheit und ihre besonders erschwerte Lage notwendig ist, um zu erstarken, das muß ihr werden. (Bravo! links.)

Aber, meine Herren, das ist nun ein Werk, das unter den Bedingungen der Gegenwart nicht so schnell, wie es wünschenswert wäre, zu erreichen ist, gerade wenn, wie ich eben mir auszuführen erlaubte, versucht werden soll und muß, soweit es irgend wie möglich ist, im Wege der Verständigung zum Ziele zu kommen. Und die Gewissenhaftigkeit der Deutschen führt dazu, daß vielleicht schwerer noch als unter anderen Völkern eine Verständigung zu erzielen ist, wo jeder sich bewußt ist, nach bestem Wissen die Interessen einer Gesamtheit zu vertreten, sich verpflichtet glaubt, bis zum äußersten die Interessen einer engeren Gesamtheit wahrzunehmen. Das ist ein schwieriges Werk, ein zeitraubendes Werk.

Darauf aber zu warten, bis solche Verständigung nach Möglichkeit durchgeführt ist, bis die Fülle der streitigen Fragen, die hier zu erledigen sind, so oder so geschlichtet sind, das, meine Herren, ist nicht möglich. Denn das eiligste und notwendigste für den Zustand unseres Gesamtvaterlandes ist, *so schnell wie möglich* eine rechtliche Ordnung zu gründen, die durch die Sanktion dieser souveränen Versammlung die Organisation darstellt, die *im Innern* Deutschlands eine demokratisch anerkannte Gewalt ausüben kann; und die *dem Auslande gegenüber*, nun über jeden Zweifel erhaben, berechtigt ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall links.)

Aus der Erkenntnis heraus, daß diese Aufgabe zur höchsten Eile drängt, ist *der Entwurf über die Errichtung einer vorläufigen Reichsgewalt* hervorgegangen, der dem hohen Hause zur Beschlußfassung vorliegt. Von ihm gilt in besonderem Maße das, was ich eben mir auszuführen erlaubte. Um auch nur diesen Entwurf schnell zustande zu bringen, um ihn zustande zu bringen auf der Linie des geringsten Widerstandes, mußten Verhandlungen geführt werden und Kompromisse geschlossen werden. Dem hohen Hause brauche ich nicht zu sagen, daß dieser Entwurf ein *Kompromißentwurf* ist, die erfahrenen Politiker haben es ihm mit Leichtigkeit angesehen. Er kann vor allen Dingen keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Gerade die weitreichendsten, schwierigsten Fragen, die Fragen der Kompetenz sowohl zwischen Reich und Einzelstaaten wie auch gewisse andere *Kompetenzfragen* mußten hier von vornherein absichtlich und bewußt ausgeschaltet werden; denn gerade über diese Fragen wäre nicht schnell und glatt eine Einigung zu erzielen gewesen. Auch sonst läßt zweifellos der Entwurf nicht nur, was die einzelnen Bestimmungen an sich betrifft, sondern in dem, was er überhaupt bietet, viel, sehr viel zu wünschen übrig. Aber die Entschuldigung nicht nur, sondern die Rechtfertigung dafür war die dringende Notwendigkeit, sofort beim Zusammentritt der Nationalversammlung ihr den Entwurf für eine solche provisorische Reichsgewalt vorzulegen, und zwar einen Entwurf, von dem man sich in vorheriger Besprechung versichert hatte, daß er bei der weitaus über-

wiegenden Mehrzahl auch der gegenwärtigen Einzelstaaten keinem entschiedenen Widerspruch begegnen wird. Es war das eine Art Vereinbarung, die vorher erzielt worden war, diesen Vorschlag der Nationalversammlung zu machen. Dabei ist ja der in die Augen springendste Punkt eine Unterscheidung, die zwischen zwei verschiedenen Arten der Gesetzgebung vorgenommen wurde, für die diese hohe Versammlung zuständig ist: einerseits die Funktion, die ihr den Namen gibt, die Verfassungsgebung, andererseits die Erledigung sonstiger dringender, nicht auf die Erledigung durch die endgültig konstituierten Organe zu verweisender Gesetzgebung. In § 1 des Entwurfs werden diese beiden Tätigkeitsgebiete der Nationalversammlung umschrieben: die künftige Reichsverfassung zu beschließen sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze. Im übrigen ist dann in dem Entwurf bezüglich der Mitwirkung von Vertretungen der Einzelstaaten zwischen diesen beiden Funktionen geschieden.

Ich sagte vorhin: die Nationalversammlung ist als Vertreterin des souveränen Volkes in ihrer Tätigkeit souverän, sie hat zunächst mit niemandem zu vereinbaren, sondern sie hat zu beschließen. Aber die Nationalversammlung hat selbstverständlich das Recht und wird sich in ihrer Einsicht der Pflicht nicht entziehen, wo es notwendig und zum Heile des Ganzen, zum schnellen Zustandekommen des Notwendigen erforderlich ist, diese ihre Souveränität selbst zu beschränken. Auch die Klauseln, die in dieser Beziehung in dem vorläufigen Gesetze stehen, basieren auf der Souveränität der Nationalversammlung, indem sie deren **Selbstbeschränkung** voraussetzen. Diese Selbstbeschränkung aber wird nicht erbeten für das Werk, für das im besonderen diese Versammlung berufen ist, die Verfassungsgesetzgebung. Allerdings soll, einem dringenden Verlangen der Einzelstaaten entsprechend, dem hier vorgesehenen Staatenausschuß die Befugnis verliehen werden, vorzuberaten, auch zu dem Verfassungsentwurf vorher Stellung zu nehmen. Aber wie auch die Stellungnahme ausfällt, es bleibt die Möglichkeit, daß der Entwurf der Nationalversammlung vorgelegt und ihrer Entscheidung unterbreitet wird. Diese Entscheidung selbst über die Verfassung ist endgültig.

Eine einzige Beschränkung — wenn Sie es so nennen wollen — ist im § 4 vorgesehen, der den Satz ausspricht: „die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet". — Selbstverständlich endgültig verabschiedet. „Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden." Das heißt, die Einzelstaaten sollen sicher sein können, daß nicht einfach durch Beschluß der Nationalversammlung ohne ihren Willen eine Neueinteilung der Landkarte von Deutschland jetzt ohne weiteres stattfindet.

Meine Herren, ich glaube, diese Einräumung kann gemacht werden, weil das Gegenteil ja doch nicht durchführbar wäre. Sie können nicht

ohne weiteres und mit einem Federstrich glatt jetzt etwa durch Beschluß der Nationalversammlung gegen den Willen der betroffenen Einzelstaaten die Gebiete verschieben. Aber die endgültigen Bestimmungen darüber, wie für die vermutlich notwendigen territorialen Umgruppierungen der Rechtsweg sein soll, ist natürlich der definitiven Verfassung vorbehalten, die Ihrer endgültigen Beschlußfassung unterliegt.

Anders als bei der Verfassung selbst soll der Gang sein bei den anderen, also nicht die Verfassungsgebung betreffenden dringenden Gesetzen, bei denen als gesetzgebende Versammlung die Nationalversammlung tätig wird. Hier wird eine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretung vorgesehen, eine Übereinstimmung zwischen dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung über diese Gesetze. Aber auch darin unterscheidet sich immerhin, wo sie ihm am ähnlichsten ist, die Stellung des Staatenausschusses von der früheren Stellung des Bundesrats gegenüber dem Reichstag, weil mit einer etwaigen Ablehnung eines Beschlusses der Nationalversammlung durch den Staatenausschuß nicht das letzte Wort gesprochen ist, sondern die Möglichkeit gegeben ist, auf dem Wege des Referendums, das der Reichspräsident veranlassen kann, die streitige Frage zur Entscheidung durch die Volksabstimmung zu bringen [8]).

Ich sagte schon: unverkennbar — das läßt sich nicht leugnen — hat der hier vorgesehene Staatenausschuß gewisse Ähnlichkeiten mit dem **früheren Bundesrat**, und wenn das ein Grund ist, aus dem er von der einen Seite willkommen geheißen wird, ist es ein Grund, der ihn der anderen Seite sehr viel weniger willkommen erscheinen läßt. Er hat Ähnlichkeiten mit dem früheren Bundesrat, aber er ist nicht der frühere Bundesrat. Das Stimmenverhältnis, das für den Staatenausschuß vorgesehen ist, kommt zwar auch dem im früheren Bundesrat ungemein nahe, ist aber auf die Bevölkerungszahl im großen ganzen gegründet und wird also einige Abweichungen von der Stimmenverteilung, wie sie früher im Bundesrat war, mit sich bringen, aber unbedeutende Abweichungen. Wichtiger als diese Abweichungen in der Zusammensetzung ist doch der Unterschied gegen früher, daß einmal, wie ich schon sagte, bei Gesetzentwürfen — immer abgesehen von der Verfassung —, bei denen ein Widerspruch zwischen Staatenausschuß und Nationalversammlung besteht, nicht ohne weiteres der negierende Teil, in diesem Falle also der Staatenausschuß, das letzte Wort hat, sondern eine Volksentscheidung herbeigeführt werden kann. Dann aber besonders darin, daß der verantwortlichen Reichsregierung nicht — das halte

[8]) Der Staatenausschuß soll also bei der Verfassung nur beratend mitwirken (§ 4 Abs. 1). Bei sonstigen, der Nationalversammlung zugehenden Gesetzentwürfen ist dagegen seine Zustimmung erforderlich; mangels Übereinstimmung zwischen den beiden gesetzgebenden Faktoren hat der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen. (§ 4 Abs. 2.)

ich für eine Abweichung von besonderem Werte — durch einen Mehrheitsbeschluß des Staatenausschusses so wenig bei der Verfassung wie bei anderen Gesetzen der Weg zur Nationalversammlung abgeschnitten werden kann. Das scheint mir von größter Bedeutung zu sein [4]).

Gewiß, wir müssen und wollen uns, wenn es irgend möglich ist, mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen, ist aber eine Einigung mit der Mehrheit des Staatenausschusses nicht zu erzielen, so war es unter der früheren Reichsverfassung zweifellos ein Mißstand, daß der Reichsregierung damit der Weg an den Reichstag versperrt war; das ist jetzt hier beseitigt. Kommt eine Verständigung im Staatenausschuß nicht zustande, so ist die verantwortliche Reichsregierung befugt, mit ihrem Entwurf als Regierungsentwurf vor diese hohe Versammlung zu treten. Der dissentierenden Mehrheit des Staatenausschusses ist ebenso der Weg geöffnet, ihre Meinung der Nationalversammlung vorzulegen; die Entscheidung steht bei der Nationalversammlung. Das ist also eine Tatsache von erheblicher Bedeutung, daß nicht von vornherein Entwürfe der Regierung im Staatenausschuß verschwinden können.

Im übrigen, meine Herren, sieht der Entwurf an der Spitze des Reichs den Reichspräsidenten vor. Hier ist es vermieden worden, entsprechend den Zwecken des Entwurfs, seiner schnellen Verabschiedung und seinem Charakter als vorläufiger Organisation, in die Einzelheiten der Zuständigkeit einzutreten. Im großen ganzen sind es die Befugnisse, die republikanischen Staatsoberhäuptern zuzustehen pflegen, unter der verantwortlichen Mitwirkung eines Ministeriums, das dieser Nationalversammlung verantwortlich ist und von deren Vertrauen abhängt. Auch gerade durch jene eben erörterte Abweichung von dem bisherigen Bundesratssystem wird die politische Verantwortlichkeit des Reichsministeriums gegenüber der Nationalversammlung, wenn nicht erst möglich, so doch jedenfalls erleichtert.

Wir haben selbstverständlich in diesem Entwurfe Kriegserklärung und Friedensschluß nicht dem Reichspräsidenten vorbehalten, sondern auf den Weg der Reichsgesetzgebung verwiesen [5]). Im übrigen ist bezüglich der internationalen Verträge das bisherige Recht zunächst aufrecht erhalten mit dem weiteren Zusatze, daß im Hinblick auf den **Völkerbund** alle Verträge, wenn Deutschland in einen solchen Völkerbund eintritt, der allen seinen Gliedern diese Verpflichtung

---

[4]) Gemeint ist § 2 Abs. 5 des Entwurfes: Früher konnte, wenn ein sog. Präsidialantrag im Bundesstaate nicht die Mehrheit erhielt, der Gesetzentwurf nicht an den Reichstag gelangen. Nach dem Entwurf (und dem damit übereinstimmenden Gesetz) kann die Regierung einen vom Staatenausschuß abgelehnten Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

[5]) Das entspricht auch der Neufassung des Art. 11 der Reichsverfassung gemäß dem Gesetze vom 28. Oktober 1918. (Vgl. oben Einleitender Teil: Zur Geschichte usw.)

auferlegt, selbstverständlich alle Verträge der parlamentarischen Zustimmung bedürfen sollen und damit dann mit dem **System der Geheimverträge** gebrochen wird.

Wir haben davon Abstand genommen, schon jetzt und ohne weiteres dieses Verfahren vorzuschlagen, wozu an sich ja eine starke Neigung bestehen könnte, aber unter dem Gesichtspunkt, dadurch Deutschland nicht schlechter zu stellen in internationalen Verhandlungen wie etwa andere Staaten. Der Wunsch geht sicher dahin, daß auf diesem Wege mit dem ganzen System der Geheimverträge gebrochen wird.

Über die innere Organisation des Reichsministeriums sind keine näheren Bestimmungen getroffen. Immerhin liegt in der Bestimmung der §§ 8 und 9 bezüglich der Verantwortlichkeit der Reichsminister gegenüber der Nationalversammlung wie auch schon in ihrer Amtsbezeichnung wenigstens die Andeutung einer Abweichung von dem bisherigen System, insofern, als die künftigen Reichsminister für ihre Ressortverwaltung jedenfalls unmittelbar der Nationalversammlung verantwortlich und nicht mehr bloß, wie früher im Prinzip die Staatssekretäre, Gehilfen des Reichskanzlers sein sollen, während der Ministerpräsident beziehungsweise Reichskanzler verantwortlich für die allgemeine Richtung der Politik ist. Daraus wird sich die Notwendigkeit eines kollegialen Zusammenwirkens des Reichsministeriums ergeben, die in der bisherigen Ordnung nicht vorhanden war. Sie als Kollegialsystem hier schon in dem Notgesetz festzulegen, erschien nicht empfehlenswert. Man soll diese Entwicklung der Praxis überlassen.

Daß an der Spitze eines solchen Ministeriums ein Ministerpräsident stehen wird, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Den alten, ehrwürdigen Namen für das leitende Ministeramt, den Reichskanzlernamen, haben wir zunächst hier in diesem provisorischen Entwurf nicht eingesetzt, vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß er zu historisch schwer sei, um in die vorläufige Organisation aufgenommen zu werden. Ich darf sagen: der Entwurf der definitiven Verfassung sieht die Beibehaltung des Reichskanzleramts, aber in der Stellung eines Ministerpräsidenten des Reichsministeriums vor. Sollte es der Wunsch der Versammlung sein, dies hier schon einzufügen, so stehen dem irgendwelche prinzipielle Bedenken keineswegs entgegen.

Ich darf nicht hoffen, auch nach diesen Erläuterungen nicht, daß Ihnen der Entwurf vollständig erscheinen wird. Das war aber nach Lage der Dinge nicht möglich, hätte auch dann sofort die Widerstände vermehrt und verschärft, die bei diesem ersten positiven Werk der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung nach Möglichkeit zu vermeiden sind, auch schon weil, wie ich es immer wiederhole, gerade hier Schnelligkeit der Einsetzung der neuen von der Nationalversammlung sanktionierten Regierung ein dringendstes

Erfordernis unserer inneren wie unserer äußeren Politik ist. (Sehr richtig!)

Eins aber darf man jedenfalls dem Entwurf zugute rechnen: er wird in keiner Weise die Wege versperren, die bei der definitiven Verfassung zu gehen sind. Das war vielleicht der Fehler, wenn ich wieder an die 48er Erinnerungen anknüpfen darf, den das damalige Gesetz über die provisorische Zentralgewalt hatte, daß es die notwendigen Wege der Entwicklung verbaute. Damals war schließlich nur ein kleindeutsches Reich möglich, aber die provisorische Zentralgewalt ward einem österreichischen Erzherzog als Reichsverweser übertragen[6]). Jetzt sind wir in der glücklichen Lage, der umgekehrten Entwicklung die Tore zu öffnen, die großdeutsche Republik zu gründen. Und keine der Bestimmungen dieses vorläufigen Entwurfs steht den von der Nationalversammlung zu beschließenden organisatorischen Bestimmungen der definitiven Verfassung im Wege.

Wie es bei einem Kompromißvorschlag nicht anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird, beiden Teilen nicht gefallen, dem einen zu viel, dem andern zu wenig geben. Aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, daß der Gedanke, der diesem Kompromißentwurf zugrunde liegt, der Gedanke der Vereinbarung, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringen Widerstandes nun das zunächst Notwendige zu schaffen, unserem neuen Reich eine anerkannte Regierung so schnell als möglich zu geben, auf allen Seiten der hohen Versammlung Anklang finden möge. (Bravo!)

Es wird das zugleich der erste und wahrlich nicht bedeutungslose Schritt zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes sein. Gewiß, es müssen Wünsche der Parteien, es müssen Wünsche der einzelnen Landesteile, es müssen auch Wünsche der Reichseinheit bei diesem vorläufigen Entwurf zurückgestellt werden. Aber über all diesen Wünschen, glaube ich, steht allen Teilen dieses hohen Hauses mehr noch als in den Tagen des Glücks in diesen Tagen des Ernstes, der Sorge und der Not die Liebe zum gesamten Vaterland. Mehr noch als im Glück heißt es jetzt in Schmerz und Leid für uns alle: „Deutschland über alles." (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann:** Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die erste Beratung ist geschlossen und damit unsere Tagesordnung erledigt. Ich schlage vor, die nächste Sitzung Montag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, zu halten mit der Tagesordnung: Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 6 Minuten.)

---

[6]) Vgl. Einleitender Teil: S. 24.

4. Sitzung.

Montag, den 10. Februar 1919.

Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt.

Mitteilungen über: angeblichen Aufruhr in Leipzig; eingegangene Begrüßungstelegramme.

Geschäftliches (Urlaub; entschuldigt).

Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt:

Dr. v. Praeger, Bayerischer Gesandter: Der Entscheidung über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorzugreifen.

Ebert, Volksbeauftragter: Das Gesetz nur provisorisch, greift nicht vor.

Zu § 1: Parteierklärungen werden abgegeben durch die Abgg. Löbe (S.), v. Payer (D. D.), Dr. Heim (Ztr.) Dr. v. Delbrück (D. nat. Vp.), Dr. Heinze (D. Vp.); alle stimmen trotz mancherlei Bedenken sofortiger vorläufiger Regelung zu.

Dr. Cohn (U. S.) wünscht klarere Betonung der Richtung der Entwicklung, die die Revolution genommen hat. — Etwas völlig Neues! Soll durch Einzelvorschläge mehr hervorgehoben werden. — Staatenausschuß; einheitliche Republik. — An Stelle des Reichspräsidenten ein Kollegium. — Beibehaltung des Zentralrates; dessen Einspruchsrechts. —

Dr. Gröber (Ztr.): Das Wichtigste möglichste Beschleunigung des Übergangs zur Rechtsordnung; alle Bedenken zurückzustellen.

Zu §§ 3, 4: Haase (U. S.), Dr. Cohn (U. S.).

Zu § 5: Dr. Cohn (U. S.), Hoch (S.), Landsberg (Volksbeauftragter), Löbe (S.), v. Payer (D. D.), Dr. Mayer (Ztr.).

Zu § 6, Abschaffung der Geheimdiplomatie: Haase, Dr. Cohn, Dr. Preuß, Staatssekretär des Innern, Graf Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Blunck (D. D.).

Zu § 7, Wahl des Reichspräsidenten mit „absoluter" Stimmenmehrheit: Haußmann (D. D.), Dr. Preuß, Gröber, Waldstein (D. D.), Dr. Blunck, Fehrenbach (Ztr.), v. Payer.

Zu §§ 8, 9, 10 Unterschrift des Gesetzes: Gothein (D. D.).

Dritte Beratung des Gesetzes.

Zu „Verkündigung und Unterschrift des Gesetzes": Waldstein (D. D.).

Zu § 6, „Geheimdiplomatie": Landsberg, Haase, Dr. Dernburg (D. D.), Dr. Zöphel (D. D.), Dr. Cohn, Waldstein.

Scheidemann: Die vorläufige Regierung legt ihre Macht in die Hände der Nationalversammlung; — auf Ersuchen führt sie die Geschäfte bis zur Bildung eines Reichsministeriums weiter.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 27 Minuten durch den Präsidenten Dr. David eröffnet.

Präsident: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau auf. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, will ich einige Mitteilungen zur Kenntnis des Hauses bringen. Einige Mitglieder des Hauses haben mich gebeten, um den wilden Gerüchten über **Ereignisse**, die angeblich **in Leipzig** stattgefunden haben, entgegenzutreten und Beruhigung zu schaffen, eine Mitteilung zu machen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, diese Mitteilung zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Stücklen:**

An die Deutsche Nationalversammlung.

Die unterzeichneten Abgeordneten aus Leipzig erfahren soeben, daß in Weimar und auch in den Kreisen der Abgeordneten Gerüchte über einen **Aufruhr in Leipzig** verbreitet sind. Diese Gerüchte behaupten, daß in Leipzig Aufruhr herrsche, daß mit Maschinengewehren geschossen werde, daß der Leipziger Oberbürgermeister verhaftet sei.

Die Unterzeichneten, die Leipzig erst gegen 11 Uhr vormittags verlassen haben, teilen der Nationalversammlung mit, daß an diesen Gerüchten kein Wort wahr ist. In Leipzig ist kein Aufruhr. Es wird nicht geschossen. Der Oberbürgermeister ist nicht verhaftet. Tatsache ist, daß die Leipziger Schutzleute, Ratsbeamten und Feuerwehrleute streiken, weil der Stadtrat die Aufbesserungen ihrer Löhne, die für einzelne Kategorien noch 160 ℳ monatlich betragen, verweigert. Aus diesem Grunde ruht der Betrieb im Leipziger Rathaus.

Weimar, 10. Februar.

F. Geyer, F. Seger, Dr. C. Geyer.

Präsident: Es sind einige Telegramme eingelaufen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, sie zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:**

Der deutsche Volksrat für Westpreußen in Danzig begrüßt aufs herzlichste die Deutsche Nationalversammlung, bittet, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß kein Stück ostmarkischen Landes dem Vaterlande entrissen wird, und verspricht, seinerseits alles zu tun, daß polnische Absichten auf unsere Heimatprovinz nicht verwirklicht werden.

Dr. Kaufmann, Vorsitzender.

(Bravo!)

Der vom ostpreußischen Provinzialrat einberufene Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Ostpreußens stellt sich hinter die Nationalversammlung des deutschen Volkes, die allein über die weitere politische Gestaltung unseres Vaterlandes zu entscheiden hat. Er entbietet den Genossen seinen Gruß, wünscht ihren Arbeiten gedeihlichen Verlauf zum Segen des deutschen Volkes und hofft, daß sie entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung unseres Vaterlandes ausüben werden.

Im Auftrage des Kongresses der A.- und S.-Räte Ostpreußens:
Schoepper, 1. Vorsitzender des ostpreußischen Provinzialrats.

(Bravo!)

Der ersten Nationalversammlung des freien deutschen Volksstaates senden die heute versammelten Delegierten aller bayerischen Berufsoffiziere ein „Glück auf" zur Arbeit, verbunden mit der Versicherung, daß alle geschlossen hinter den vom Volksvertrauen getragenen Vertretern stehen.

Aktivbund München.

(Bravo!)

Der vom deutsch-österreichischen Staatsamt Heereswesen Wien anerkannte deutsch-österreichische Arbeiter- und Soldatenrat Dresden entbietet der Deutschen Nationalversammlung Grüße und beste Wünsche zu einer erfolgreichen Arbeit zugleich im Namen der tausend Deutsch-Österreicher, die als Freiwillige bei Ober-Ost unsere Zusammengehörigkeit bekräften.

Deutsch-österreichischer Arbeiter- und Soldatenrat Dresden.

(Bravo!)

Die heute in Danzig versammelten Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Westpreußen entbieten der Nationalversammlung Gruß und Glückwunsch. Vergeßt nicht den bedrängten Osten des Reichs und seine Kohlennot!

Arbeiter- und Soldatenkongreß Westpreußen.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten: Hampe für 2 Tage, Dr. Jasper für 7 Tage, v. Brentano di Tremezzo, Henrich, Dr. Schmitt (Hessen), Ulrich für 8 Tage. Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Dr. Mittelmann.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein:

Zweite und eventuell dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt (Nr. 3 der Drucksachen).

Meine Herren! Es ist eine Reihe von Anträgen zu dem Gegenstand unserer Verhandlungen eingereicht worden, deren Drucklegung noch nicht vollendet ist. Ich lasse die Anträge deswegen verlesen, soweit sie schriftlich vorliegen.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:**

Antrag Arnstadt und Genossen:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

In dem Gesetze über die vorläufige Reichsgewalt

1. In § 2 Absatz 2 die Worte „Deutsche Freistaat" zu ersetzen durch: der bisher im Bundesrat vertretenen Staaten.
2. Im gleichen Absatz die Worte „Freistaaten", „Freistaates", „Freistaat" zu ersetzen durch: „Staaten", „Staates", „Staat".
3. § 2 Absatz 3 folgendermaßen zu fassen: Wenn Gebietsteile der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sich dem Deutschen Reiche anschließen, erhalten sie das Recht der Teilnahme am Staatenausschuß mit einer dem Absatz 2 entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin nehmen sie mit beratender Stimme teil.

4. Im § 4 Absatz 1 das Wort „Freistaat" zu ersetzen durch: „Staaten" (§ 2 Absatz 2).
5. Im § 4 Absatz 2 nach „Reichspräsident" einzuschieben (§ 7).
6. In § 7 die Worte von „zum Amtsantritt" bis „gewählt wird" zu ersetzen durch: „zur anderweitigen Regelung auf Grund der künftigen Reichsverfassung".
7. Nach § 9 anzufügen:

   § 10: Von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ab kommen Gesetze sowie Verordnungen, die nach bisherigem Reichsrecht der Mitwirkung des Reichstages bedurften, nur gemäß § 4 Absatz 2 dieses Gesetzes zustande.

   § 11: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft und spätestens ein Jahr nach derselben außer Kraft.

Schriftführer Abgeordneter Dr. Pfeiffer:

Antrag Agnes und Genossen:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt abzuändern wie folgt:

1. In der Überschrift das Wort „Reichsgewalt" zu ersetzen durch die Worte „Verfassung der deutschen Republik".
2. a) In § 1 Zeile 2 die Worte „künftige Reichsverfassung" zu ersetzen durch die Worte „Verfassung der deutschen Republik";
   b) in § 1 Zeile 3 das Wort „Reichs" zu streichen und hinter „Gesetze" einzufügen „und Verordnungen mit Gesetzeskraft".
3. § 2 zu streichen.
4. a) In § 3 Zeile 1 das Wort „Reichs" zu streichen;
   b) in § 3 Zeile 1 und 2 die Worte „und des Staatenausschusses" zu streichen;
   c) in § 3 Zeile 4 die Worte „damit" bis „vertreten" zu streichen.
5. § 4 zu streichen und an seine Stelle folgende Bestimmungen zu setzen:

   § 4: Legt das Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte gegen ein von der Nationalversammlung in dritter Lesung beschlossenes Gesetz oder gegen eine von der Nationalversammlung beschlossene Verordnung mit Gesetzeskraft innerhalb zwei Wochen nach dem Beschlusse Einspruch ein, so tritt das Gesetz oder die Verordnung zunächst nicht in Kraft (Heiterkeit), sondern es ist die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen. Der Einspruch ist bei der Nationalversammlung schriftlich einzulegen. Die Nationalversammlung überweist ihn der Regierung, diese hat die Volksabstimmung zu veranlassen. Zur Abstimmung sind alle Wahlberechtigten befugt.
6. Für den Fall der Ablehnung des Antrags zu 5 und des Antrags zu 3 dem § 4 des Entwurfs einen Absatz 3, in der Fassung des vorstehenden Antrags 5 zuzufügen.
7. In § 5 Zeile 3 hinter dem Worte „Anwendung" hinzuzufügen: „Mit der Maßgabe, daß Art. 21 auch auf Soldaten Anwendung findet."
8. a) § 6 Absatz 1 wie folgt zu fassen: „Die Geschäfte der Deutschen Republik führt das aus 5 Personen bestehende Präsidium der Republik. Das

Präsidium wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten; dieser leitet die Beratungen des Präsidiums. Im Falle der Behinderung vertritt ihn das an Jahren älteste Mitglied des Präsidiums. Der Präsident hat die Deutsche Republik völkerrechtlich zu vertreten, in ihrem Namen Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen."

b) In § 6 Abs. 2 Zeile 1 das Wort „Reichs" zu streichen.

c) § 6 Abs. 3 wie folgt zu fassen: „Verträge mit auswärtigen Mächten bedürfen der Einwilligung der Nationalversammlung."

d) § 6 Abs. 4 zu streichen.

e) Für den Fall der Ablehnung des Antrags 8 d den § 6 Abs. 4 wie folgt zu fassen: „Sobald die Deutsche Republik einem Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Einwilligung der Nationalversammlung."

f) § 6 Abs. 5 wie folgt zu fassen: „Das Präsidium der Deutschen Republik ist verpflichtet, die Gesetze, die Verordnungen mit Gesetzeskraft und die Verträge der Deutschen Republik im Gesetzblatt der Republik zu verkünden."

9. a) § 7 wie folgt zu fassen: „Die Nationalversammlung wählt die Mitglieder des Präsidiums mit einfacher Stimmenmehrheit. Das Amt der Mitglieder des Präsidiums dauert bis zum Amtsbeginn des neuen Präsidiums, das auf Grund der Verfassung der Deutschen Republik gewählt wird, indes spätestens bis Ende 1919. Ist die Verfassung zu diesem Zeitpunkt noch nicht verabschiedet, so nimmt die Nationalversammlung eine neue Wahl des Präsidiums vor."

b) für den Fall der Ablehnung des Antrags zu 9 a) dem § 7 folgende Worte hinzuzufügen: „Indes spätestens bis Ende 1919. Ist die Verfassung zu diesem Zeitpunkte noch nicht verabschiedet, so nimmt die Nationalversammlung eine neue Wahl des Präsidenten der Republik vor."

c) für den Fall der Ablehnung des Antrags 9 a) in § 7 Zeile 1 und Zeile 3 das Wort „Reichspräsident" zu ersetzen durch die Worte „Präsident der Republik", das Wort „Reichs" in Zeile 4 zu streichen.

10. a) In § 8 Zeile 1 das Wort „Reichspräsident" zu ersetzen durch die Worte „Präsident der Republik".

b) In § 8 Abs. 1 die Worte: „beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichs" zu streichen.

c) In § 8 Abs. 1, Zeile 2 das Wort „Reichsbehörde" zu ersetzen durch die Worte „Behörde der Deutschen Republik".

d) In § 8 Abs. 1 Zeile 2 das Wort „Reichs" zu streichen.

11. a) In § 9 Abs. 1 Zeile 2 das Wort „Reichspräsidenten" zu ersetzen durch die Worte „Präsidiums oder des Präsidenten der Republik".

b) In § 9 Abs. 1 Zeile 3 und Abs. 2 Zeile 1 das Wort „Reichs" zu streichen.

Präsident: Meine Damen und Herren, außerdem ist ein Antrag als § 10 von den Herren Gröber, Payer und Löbe eingelaufen:

Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft.

Der dem Hause gedruckt vorliegende Antrag Schiffer (Berlin) auf Nr. 7 der Drucksachen ist zurückgezogen.

Ich eröffne nunmehr die Beratung über § 1. Das Wort hat der bayerische Gesandte Herr Dr. v. Preger.

Dr. **v. Praeger,** bayerischer Gesandter: Namens der bayerischen und im Auftrage der württembergischen und badischen Regierung habe ich zu erklären: Die genannten Regierungen gehen von der Voraussetzung aus, daß durch die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes der Entscheidung über die **Sonderrechte der einzelnen Freistaaten** nicht vorgegriffen wird.[1])

Präsident: Das Wort hat der Volksbeauftragte Herr Ebert.

Ebert, Mitglied der Reichsregierung: Meine Herren, ich kann im Anschluß an diese Erklärung mitteilen, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimmt. Das Gesetz hat in allen seinen Teilen nur provisorischen Charakter und greift der endgültigen Regelung der Dinge nicht vor. (Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Löbe.

---

[1]) **Sonder- (Reservat-) Rechte** besaßen nach der bisherigen Reichsverfassung:

1. **Bayern** hinsichtlich der Brausteuer (RV. Art. 35 II, 38 IV), der Zuständigkeit der Kaiserlichen Normal-Eichungskommission (Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 § 25), dem Post- und Telegraphenwesen (RV. Art. 4[10], [52]), der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete des Heimats- und Niederlassungswesens (RV. Art. 4[1], eingeschränkt durch das RG. zur Einführung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz im Königreiche Bayern vom 30. Juni 1913), des Immobiliarversicherungswesens (Schlußprotokoll vom 23. November 1870 Ziff. IV, vgl. RG. über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 § 125 IV. und EG. zum Versicherungsvertragsgesetz vom 30. Mai 1908 Art. 2), des Eisenbahnwesens (RV. Art. 4[8], [46]) und des Reichskriegswesens (Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt der RV.). Ferner darf Bayern nach Reichsbankgesetz vom 14. März 1875 § 47 Banknoten bis zur Höhe von 70 Millionen Mark ausgeben (weiter übertragen an die Bayerische Notenbank und erhöht auf 94 Millionen Mark durch BRV. vom 31. Oktober 1918). Schließlich hat Bayern Anspruch auf einen besonderen, durch RG. vom 9. März 1899 geschaffenen Senat beim Reichsmilitärgericht (Bayerischer Senat) und besitzt auf Grund von EGGVG. § 8 ein Oberstes Landesgericht in München.

2. **Württemberg** ist ausgeschlossen von der Brausteuer (Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt der RV.) und dem Reichs-Post- und Telegraphenwesen RV. Art. 52; jedoch benutzt Württemberg seit dem 1. April 1902 die Reichspostwertzeichen; es hat ferner gewisse Sonderrechte hinsichtlich des Militärwesens (Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt der RV.).

3. **Baden** ist ausgeschlossen von der Brausteuer (RV. Art. 35 II, 38 IV).

Über die Sonderstellung von Bayern, Württemberg und Baden hinsichtlich der Branntweinsteuer vgl. das Branntweinsteuergesetz vom 15. Juli 1909 § 154 und das RG. vom 14. Juni 1912 betr. Beseitigung des Branntweinkontingents.

Löbe, Abgeordneter: Im Namen meiner Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion ist von der Notwendigkeit der raschen Verabschiedung eines Gesetzes über eine vorläufige Reichsgewalt durchdrungen. Diese Notwendigkeit ist bedingt durch Gründe der äußeren und der inneren Politik. Denn es bedarf der Schaffung einer vom ganzen Volke gutgeheißenen **vorläufigen Reichsordnung** einmal im Hinblick darauf, daß der Waffenstillstand mit der Entente, der am 16. dieses Monats abläuft, verlängert werden muß, sowie daß in kurzer Zeit die Friedensverhandlungen beginnen sollen, und ferner, weil es gilt, den Grund zum demokratischen Aufbau unseres Landes unverzüglich zu legen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist vom Geiste der Demokratie getragen. Indessen enthält er in den §§ 2 und 4 Abs. 2 Bestimmungen, gegen die wir erhebliche Bedenken haben. Lediglich die Notwendigkeit, den Gesetzentwurf so schnell als möglich zu verabschieden, zwingt uns, diese Bedenken zurückzustellen, nachdem wir uns haben überzeugen müssen, daß wir unseren Ansichten, wenn überhaupt, nur nach harten Kämpfen und unter Überwindung heftiger Widerstände zum Siege verhelfen könnten.

Nach unserer Auffassung ist die verfassunggebende Deutsche **Nationalversammlung** in Deutschland allein **souverän.** (Bravo! links.) Nur unter dem Zwange der Verhältnisse und um den Wiederaufbau des Reichs nicht schwer zu gefährden, haben wir uns dazu verstanden, in eine Einschränkung dieses Grundsatzes zu willigen. Wir stimmen dem Entwurf zu, verwahren uns aber dagegen, daß aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung in der Zukunft gezogen werden, und behalten uns für die Verhandlungen über den Entwurf der endgültigen Verfassung volle Freiheit der Entschließung vor. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Namens der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Das deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausgeübt durch die Wahl der Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt.

Die Nationalversammlung hat diesem Auftrag sofort nachzukommen. Sie hat ein Vorbild an Arbeitswillen zu geben. (Bravo! bei der Deutschen Demokratischen Partei.) Darum soll ihr Reden zum Handeln werden. Sie muß eine verfassungsmäßige Regierung bilden, der es bei aller Rücksicht nicht an der gesetzlichen

Macht fehlt, stark zu sein. (Bravo! bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Die Voraussetzung und Grundlage der Regierungsgewalt muß also, zumal in der Demokratie und in der Republik, die Verfassung sein.

Da aber für dieses unser großes Hauptwerk die Herstellung gesetzlicher Regierungen im Reich wie in den Einzelstaaten unentbehrlich ist, müssen wir vorweg eine **Vorverfassung** schaffen.

Meine Freunde erkennen diese Notwendigkeit an, ebenso weiterhin, daß diese Februarverfassung sofort in Wirksamkeit treten muß und darum nur das Notwendigste enthalten soll. — Auch ich will mich auf das Nötigste beschränken.

Wir behalten uns vor, alle die großen Gesichtspunkte und Bedenken, die ein Verfassungswerk von diesem Umfang und von dieser Bedeutung in einem so außerordentlichen Zeitabschnitt aufrollt, die aber bei dem Provisorium aus gewichtigen politischen Erwägungen heraus zurückgestellt werden können und müssen, bei der in kurzer Frist beginnenden Beratung der Verfassung selbst ohne Rücksicht auf unsere heutige Abstimmung geltend zu machen, und anerkennen dasselbe Recht der anderen Parteien.

Dann erst und nicht heute wird auch der Tag gekommen sein, an dem wir ehrlich und ohne Vorurteil in aller Ruhe an die Prüfung der Frage, über die die Meinungen heute noch weit auseinandergehen und gehen müssen, herantreten können, nämlich wie zum Heile des Ganzen die überragenden Forderungen der **Reichseinheit** mit der Rücksicht auf das historisch Gewordene und Bestehende, auf die Eigenart der deutschen Stämme und auf die verschiedenen Anschauungen über straffere oder losere Zusammenfassung der einzelnen Kräfte unseres Volkslebens am besten vereinigt werden können. Unsere feste Zuversicht ist, daß der Versuch gerechter und vernünftiger Ausgleichung über die Schwierigkeiten staatsrechtlicher Formeln und staatsmännischer Erwägungen Herr werden wird. Verständigung und gegenseitiges Nachgeben haben uns zu vorliegendem Entwurf, der nicht leicht zustande gekommen ist, verholfen, Verständigung und ehrlicher Wille, dem Vaterland zu dienen, werden uns auch eine endgültige Verfassung schaffen, die uns Zusammenhalt wie Bewegungsfreiheit im Innern geben und gegen außen uns für die Stellung in der Welt bürgen soll, die uns gebührt und die uns endgültig niemand vorenthalten kann. Heute aber wollen wir uns die Grundlage bereiten, um morgen arbeiten und Politik machen zu können. Nie war das nötiger. (Sehr richtig! bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Das Volk, das sich aus der Gegenwart durch die Verwirklichung von Zukunftshoffnungen erlösen will, und der Feind, der uns den Frieden grundlos und grausam vorenthält, sollen uns trotz der

gewaltigen Parteigegensätze der letzten Wochen und Monate bei diesem ersten Schritt geeint und entschlossen finden. (Bravo! bei der Deutsch-Demokratischen Partei.)

Die heutige Verabschiedung des ersten großen grundlegenden Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit der Nationalversammlung soll uns und anderen von guter Vorbedeutung sein und als Lohn politischer Einsicht und Selbstbeschränkung den Arbeitsmut erhöhen, den die Deutschen noch nie so notwendig gehabt haben wie heute.

Wenn sich die Nationalversammlung, was sie werden soll, zu einer ernsten und zielbewußten Arbeitsgemeinschaft erhebt, so wäre das ein erster und fruchtbarer Erfolg der demokratischen Idee und der sozialen Annäherung.

Meine Freunde, die dieser Entwicklung im Staatsinteresse rückhaltlos dienen wollen und wegen dieses Willens und kraft ihrer zahlenmäßigen Stellung in diesem Haus dienen können, werden geschlossen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen. (Bravo! bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heim.

Dr. **Heim,** Abgeordneter: Im Namen und Auftrage meiner Freunde von der Bayerischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

> Nach §§ 1 und 4 des gegenwärtigen Gesetzentwurfs soll die Deutsche Nationalversammlung eine Blankovollmacht zur Verabschiedung der künftigen Reichsverfassung erhalten. Nach dem Entwurf soll die Nationalversammlung bei der Verabschiedung der endgültigen Reichsverfassung weder an die Zustimmung der Einzelstaaten noch des Staatenausschusses gebunden sein, und zwar nicht einmal hinsichtlich der in Art. 78 Abs. 2 der bisherigen Reichsverfassung festgesetzten **Sonderrechte der Einzelstaaten.** Die im Entwurf vorgesehene Ermächtigung geht sogar so weit, daß der Nationalversammlung die Beseitigung einzelner oder aller Bundesstaaten und die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik durch die Deutsche Nationalversammlung möglich gemacht wird.

Diesen Weg können die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei in der Deutschen Nationalversammlung nicht mitgehen. Wir hätten gewünscht, daß das Gesetz, betreffend die vorläufige Reichsgewalt, sich an die durch die Revolution nicht beseitigten Bestimmungen der bisherigen Reichsverfassung angelehnt und alle Streitpunkte vermieden hätte.

Wir hegen nach wie vor die Hoffnung, daß es bei Schaffung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den berechtigten Wünschen unseres engeren Heimatlandes Geltung zu verschaffen. Die Fassung des gegenwärtigen Gesetzentwurfs zwingt uns jedoch schon jetzt, ausdrücklich Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Deutsche National-

versammlung ihre Aufgabe und Zuständigkeit, den bundesstaatlichen Charakter des Reichs voll zu wahren, überschreitet. Wir behalten der bayerischen Regierung und dem bayerischen Landtag ausdrücklich alle seine Rechte vor. In Konsequenz dieser unserer Erklärung stimmen wir gegen die §§ 1 und 4 der Vorlage und gegen die Vorlage selbst. (Hört! hört! und Bewegung.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. v. Delbrück.

Dr. **v. Delbrück**, Abgeordneter: Ich habe namens meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben. Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf bestehen bei meinen politischen Freunden und mir die schwersten grundsätzlichen Bedenken. Auch seine gesetzestechnische Gestaltung ist so wenig einwandfrei, daß unter normalen Verhältnissen seine Verabschiedung ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen sein würde. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Wir verkennen aber nicht, daß wir uns in einem Notstand befinden und nicht nur die innere Lage, sondern ganz besonders auch der Ablauf des Waffenstillstandes und das Bevorstehen der Friedensverhandlungen eine schleunige Verabschiedung des Entwurfs gebieterisch erfordern. Wir verkennen auch nicht, daß die Vorlage nur eine vorübergehende, nicht aber eine endgültige Regelung unserer Verfassungsverhältnisse bezweckt. Unter diesen Umständen sind wir bereit, auf eine Kommissionsberatung zu verzichten und die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen.

Wir glauben aber auch, daß das Ansehen der neu zu bildenden Regierung dem feindlichen Ausland gegenüber eine besondere Stärkung erfahren würde, wenn es gelänge, diese Vorlage nicht nur schnell, sondern auch möglichst einstimmig zu verabschieden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind daher bereit, unter Zurückstellung unserer grundsätzlichen schweren Bedenken auch für die **Vorlage** zu stimmen, wenn ihr **provisorischer Charakter** in allen ihren Teilen zweifelsfrei festgestellt wird, so daß ihre Annahme mit unseren Stimmen unserer Stellungnahme bei der Beratung des endgültigen Entwurfs der Reichsverfassung nach keiner Richtung hin vorgreift. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir hatten zu diesem Zweck eine Anzahl von Anträgen gestellt, deren Annahme uns die Möglichkeit geben sollte, für die Vorlage zu stimmen. Unter diesen Anträgen war uns der wichtigste der zu § 7 der Vorlage, welcher den Zweck hatte, die Auffassung auszuschließen, als wenn hier über die zukünftige **staatsrechtliche Stellung des Staatsoberhauptes** des Deutschen Reichs eine endgültige Bestimmung getroffen werden sollte. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nachdem aber nun durch die Verwahrung des Vertreters der süddeutschen Regierungen und die darauf ergangene unzweideutige

Erklärung der Reichsregierung der provisorische Charakter der Vorlage in allen ihren einzelnen Punkten ausdrücklich und feierlich anerkannt ist, ziehen wir hiermit unsere Anträge zurück und sind bereit, für die Vorlage zu stimmen. (Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Die Zustimmung zu diesem Entwurf bedeutet für meine politischen Freunde und mich ein großes Opfer (sehr wahr! bei den Deutschnationalen), das wir nicht ohne Gewissensbedenken bringen können. Trotzdem sind wir dazu bereit, denn wir sind von der Überzeugung durchdrungen, daß in der ungeheueren Not dieser Zeit mehr denn je der Grundsatz gelten muß: Das Vaterland steht über der Partei! (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Die Anträge der Herren Arnstadt und Genossen sind somit zurückgezogen und scheiden aus der Abstimmung aus. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heinze.

Dr. **Heinze,** Abgeordneter: Im Namen der Deutschen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir hegen technisch und juristisch erhebliche Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf, lassen aber diese Bedenken aus politischen Gesichtspunkten zurücktreten. Wir wünschen, daß alsbald eine gesetzliche Gewalt in Deutschland zustandekomme, und sehen deshalb mit Rücksicht auf die äußere wie auf die innere Lage von allen Anträgen ab. Die jetzigen gesetzlosen Zustände müssen sobald als möglich verschwinden. Wir hoffen, daß durch das Gesetz, das wir jetzt verabschieden, Ordnung und Sicherheit gefördert werden und daß jedermann in Deutschland die **provisorische Verfassung** respektieren wird.

Für die endgültige Verfassung behalten wir uns unsere Stellungnahme nach allen Richtungen vor. Für den vorliegenden Entwurf werden wir stimmen. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Auch meine Freunde halten es für notwendig, daß in der jetzigen Phase der revolutionären Entwicklung Rückschau und Umschau gehalten, eine Atempause gemacht und nach Möglichkeit eine Bilanz des Verlaufs der Revolution gezogen werde, soweit sich die Bilanz in der Form von Gesetzentwürfen ziehen läßt. Deshalb sind wir durchaus nicht abgeneigt, jetzt, nachdem die Nationalversammlung gewählt ist, in der souveränen Nationalversammlung eine **provisorische Verfassung** mitzuschaffen. Daß diese Verfassung durchaus den Charakter des Vorläufigen und Unfertigen tragen muß, ist uns ganz klar, da wir ja überzeugt sind, daß eben, wenn ein Abschluß in der Revolution bereits erfolgt ist, es sich nur um den Ab-

schluß einer ersten Phase der Revolution handeln kann. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die geehrte Versammlung kommt mit allen Versuchen, die **Revolution** für abgeschlossen zu erklären und eine Gesetzgebung von dem Standpunkt aus und zu dem Zweck zu unternehmen, um die Revolution als beendet erscheinen zu lassen, — mit diesen Bemühungen kommt die geehrte Versammlung gegenüber den harten Tatsachen des Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht weiter und nicht zum Ziele. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Tatsachen haben ihre eigene harte Logik (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und niemand von uns weiß, ob und wann der provisorischen Verfassung eine endgültige Verfassung auf der Grundlage folgen wird, die Sie durch das Provisorium für die künftige Verfassung schaffen wollen.

Auch der Herr Volksbeauftragte **Ebert** hat sein lebhaftes Bestreben, in seinen Ausführungen bei Eröffnung der Nationalversammlung die Revolution als abgeschlossene Geschichtsperiode Deutschlands zu sehen oder der Umwelt so zu zeigen, doch nicht vermeiden können, sich gerade an diesem Punkt mit immerhin doppeldeutigen Worten auszudrücken. Der Herr Volksbeauftragte Ebert spricht davon, daß sich in der Revolution „das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft" erhoben habe, und er fügt hinzu: „Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit." Das „sobald" ist sehr verdächtig im Sinne der Ausführungen, die ich mir erlaubt habe, soeben zu machen. Auch Herr Ebert scheint zu fühlen, daß dieser Zeitpunkt eben noch nicht gekommen ist, und daß von einer Rückkehr auf den Weg der Gesetzmäßigkeit im Gegensatz zur „gesetzlosen Revolution" noch nicht gesprochen werden könne, sondern höchstens von einem Versuche dazu, von dem niemand weiß, ob und wann und wie er zum Erfolge führen kann. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Staatssekretär Dr. **Preuß** hat in den Geleitworten, die er bei der Einführung des Entwurfs der vorläufigen Verfassung hier gesprochen hat, den Entwurf als nicht vollständig bezeichnet und hat gemeint, daß wohl die meisten in diesem Saale den einen oder anderen Wunsch nach Vervollständigung des Verfassungswerks hegen könnten. Aber wenn man auch volles Verständnis und alle Nachsicht für die Unfertigkeit und Unvollständigkeit dieses Entwurfes haben kann, so hätte man doch auch von dem Standpunkt der Herren Demokraten und der Herren von der Christlichen Volkspartei aus, die sich an dem Verfassungswerk mehrheitsbildend mit den Herren von der Sozialdemokratie beteiligen wollen, wohl verlangen können, daß der Entwurf wenigstens die Richtung der Entwicklung, die nun einmal die Revolution und damit die

deutsche Geschichte genommen hat, stärker und klarer betonte. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In dieser Beziehung bereitet der Entwurf allerdings eine starke Enttäuschung. Zwar hat Herr Ebert in seinen neulichen Ausführungen davon gesprochen, daß wir eine freie Volksrepublik haben, zwar hat Herr Ebert weiter festgestellt, daß die Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit in sich trage; zwar hat Herr Staatssekretär Dr. Preuß uns die Aufgabe zuerkannt, die großdeutsche Republik zu gründen, und er hat von dem Reichspräsidenten als von einem republikanischen Oberhaupt gesprochen. Und dennoch, meine Herren und Damen, werden Sie in diesem Entwurf vergeblich nach dem Worte **„Revolution"** suchen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. Zurufe: Freistaat!)

Ist das ein Zufall, geehrte Versammlung? Ist es nur, daß der Verfasser des Entwurfs am althergebrachten Sprachgebrauch geklebt hätte, ohne sich davon loszumachen, losmachen zu können? (Lebhafte Zurufe: Freistaat!) Oder liegt auch hier eines der Kompromisse vor, von denen der Herr Staatssekretär Dr. Preuß als der Grundlage des Entwurfs gesprochen hat? Mit wem ist das Kompromiß geschlossen? Mit den verschiedenen Volksparteien etwa? Oder haben die Herren von der Reichsregierung das Kompromiß etwa mit sich selber schließen müssen (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), als sie so zaghaft an dem Worte „Republik" (Zuruf aus der Mitte: Freistaat!) vorübergingen? Meine Damen und Herren, in jedem Falle ist auch diese Äußerlichkeit — wenn Sie es denn als Äußerlichkeit ansehen — nur ein Zeichen für die Mutlosigkeit, von der die Politik der Reichsregierung beherrscht ist, seitdem die Reichsregierung in dem jetzigen Zustande ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf aus dem Zentrum.) Aber, geehrte Versammlung, hier gilt das Wort: Wenn ich nicht für mich bin, wer soll für mich sein? Wenn die deutsche Volksrepublik, die sich in den ersten Tagen des Wonnerausches sogar eine sozialistische Republik genannt hat, sich nicht zu sich selbst bekennen, sich nicht auch in der vorläufigen Verfassung Einrichtungen schaffen will, die jeden Zusammenhang mit der überwundenen alten Staatsform vermissen lassen und hoffnungsfroh und stark in die Zukunft schauen, wer soll dann im Lande und namentlich auch jenseits der Grenzen glauben, daß die jetzige Regierung und daß die Parteien, die hinter ihr stehen, mit dem Vergangenen in allen seinen Teilen und in allen seinen Gedanken auch wirklich gebrochen haben? Wer soll dann innen und namentlich außen der Regierung und den verschiedenen „Volks"parteien glauben, daß sie wirklich und rücksichtslos mit der Vergangenheit Schluß machen und den Geist des Alten überwinden wollen, der das deutsche Volk in die jetzige tiefe Not und in das Unglück geführt hat? (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Soziald.)

Geehrte Versammlung, die Geschichte der deutschen Revolution wird aber einstmals nicht nach den Worten urteilen, die zur Begründung des Gesetzentwurfs und die zur Eröffnung der Nationalversammlung gesprochen worden sind, sondern sie wird die große Frage, ob das souverän gewordene deutsche Volk sich seiner Souveränität würdig gezeigt, ob es sie richtig benutzt hat, auch nach den gesetzgeberischen Taten beantworten, und deshalb ist es notwendig, daß es sich in dem Gesetze selbst, in seinem Aufbau, in seinem Inhalt, aber auch in seinem Ausdruck unwiderleglich zeigt, daß wir mit der alten Staatsform des Deutschen Reichs nichts mehr zu tun haben, daß uns die Revolution in den Stand gesetzt, uns aber auch die Verpflichtung auferlegt hat, etwas völlig Neues zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Deshalb haben wir es für nötig gehalten, in den Anträgen — die Ihnen leider noch nicht vorliegen, die aber der Herr Präsident bereits hat verlesen lassen — diesen Charakter des neuen deutschen Staates durchweg durch eine Fülle von Einzelvorschlägen festzulegen.

Geehrte Versammlung, in dieser Erörterung, die jetzt nur den allgemeinen Grundsätzen des Gesetzentwurfs gewidmet ist und nicht weiter auf Einzelheiten eingehen will, als es zum Verständnis der allgemeinen Ausführungen nötig ist, — in dieser allgemeinen Erörterung beabsichtige ich also nicht, auf alle Einzelheiten unserer Anträge einzugehen. Abgesehen von dem Sprachgebrauch, der aber hier mehr als ein Sprachgebrauch ist, der nämlich der Ausdruck eines Geistes oder Ungeistes, eines geistigen Verhältnisses oder Mißverhältnisses zur Revolution ist (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), will ich mich namentlich der Frage des Staatenausschusses, der Frage des Reichspräsidenten, des Aufbaues der höchsten Vertretung des deutschen Freistaates und schließlich der Frage zuwenden, ob als verfassungsmäßiges Organ, abgesehen von Nationalversammlung, Ministerium, Reichspräsident oder gar etwa noch Staatenausschuß, noch ein weiteres Organ einzuführen ist.

Gestatten Sie mir wenige Worte zum **Staatenausschuß**. Meine Freunde haben den Antrag gestellt, den § 2 des Gesetzentwurfes zu streichen, und wollen damit zum Ausdruck bringen, daß der Staatenausschuß kein Fortschritt des Verfassungswerkes gegenüber der Zeit vor dem 9. November 1918 ist, (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) daß der Staatenausschuß ein Hindernis ist und nicht ein Förderungsmittel für die künftige Entwicklung (hört! hört! rechts) der deutschen Einheitsrepublik wäre. Wir sind auch jetzt und gerade jetzt, wo wir die Möglichkeit haben, an der Verwirklichung theoretischer Grundsätze mitzuarbeiten, die wir immer vertreten haben, mit verdoppelter Kraft der Meinung, daß es sich bei diesem Verfassungswerke

und bei dem Aufbau des neuen Staates nur um **die Schaffung der einheitlichen Republik Deutschland** handeln kann, (lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Zurufe) — trotz süddeutscher, trotz bayerischer Schmerzen! (Wiederholte Zurufe.)

Der Herr Staatssekretär Dr. Preuß hat die Befürchtung ausgesprochen, daß die Pflege landsmannschaftlicher Zusammenhänge, die Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Volksstämme und ihrer besonderen geschichtlichen Entwicklung unter der Beseitigung des Staatenausschusses, unter der Einheitsrepublik Schaden leiden könnte. Soweit es sich dabei um Kulturfragen handelt, soweit es darum geht, die Möglichkeit einer freien selbständigen Entwicklung verschiedener Kulturkreise in Deutschland zu sichern, sehen wir in der Einheitsrepublik gegenüber diesem Bedürfnis kein Hindernis. Gewiß, Einheitsrepublik soll uns nicht bedeuten die Uniformierung der Geister. Wir haben davon lange genug unter dem alten Regime zu leiden gehabt, (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) dem wir gerade die Uniformität, nicht nur die äußere, sondern ebenso auch die innere mit Recht zum Vorwurf machten. Wir werden also nicht in denselben Fehler verfallen. Das hat aber mit der staatlichen Einheitlichkeit, mit der politischen Einheit an und für sich gar nichts zu tun. Es hat sich auch unter einem politisch noch viel mehr zerrissenen Deutschland eine einheitliche deutsche Kultur entwickelt, und es haben sich Kulturkreise besonderer Art und Gestalt in dem einheitlichen deutschen Kulturgeist entwickelt, trotzdem die Träger dieser besonderen landsmannschaftlichen Kulturkreise verschiedenen politischen Gebilden auf deutschem Boden angehört haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Selbst wenn man sich aber auf den Standpunkt des Entwurfs stellen wollte, bestehen ganz außerordentlich schwere Bedenken wegen der Bildung und der Zusammensetzung des Staatenausschusses. Jeder deutsche Freistaat soll mindestens eine Stimme haben. Wer bestimmt, wer entsendet diese Stimmen? Das Parlament, eine Volksabstimmung oder die Regierung des betreffenden Freistaates? Wer instruiert die Stimmen? Ist es ein gebundenes Mandat? Alle diese Fragen sind in dem bisherigen Entwurf nicht geklärt, ganz abgesehen davon, daß auch die ziffernmäßige Berechnung der Stimmenanzahl schwierig sein und zu Zweifeln Anlaß geben kann, da ja jede Norm fehlt, wonach die Stimmenzahl berechnet werden soll. Ist es die letzte Volkszählung, ist es eine neu vorzunehmende Volkszählung, oder welcher Maßstab soll für die Berechnung der Einwohnerzahl, nach deren Stärke doch die Stimmen verteilt werden sollen, eigentlich maßgebend sein?

Geehrte Versammlung! Mindestens ebenso schwere, wenn nicht schwerere Bedenken bestehen für uns bei den **Bestimmungen über den Reichspräsidenten.** Auch hier ist der Hauptvorwurf, daß der Entwurf zu sehr am Alten und Veralteten klebt, (sehr gut! bei den Unab-

hängigen Sozialdemokraten) sich krampfhaft bemüht, die Tradition, die sich bis zum 9. November 1918 in den gesetzlichen Bildungen des Deutschen Reiches ausprägte, um jeden Preis fortzusetzen, gleich als ob der revolutionäre Umsturz vom November 1918 eine kleine und bedeutungslose Sache wäre oder sich gar nicht ereignet hätte. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist ja kaum möglich, die Vaterschaft des Gesetzentwurfs hier in der Öffentlichkeit der geehrten Versammlung festzustellen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber ich möchte meinen Kopf zum Pfande setzen, (Zurufe von der Demokratischen Volkspartei) daß dieser Entwurf nicht herrührt von einem der neuen Herren, die durch die neue Zeit an die Spitze gebracht worden sind, sondern von irgendeinem der brauchbaren Herren der früheren Reichsämter, am Ende gar aus dem Reichsamt des Innern selbst; es berührt um so merkwürdiger, daß der Herr Abgeordnete Dr. v. Delbrück gerade dem Amte, an dessen Spitze er so lange Jahre gestanden und dessen Mitarbeiter, wie sie heute noch sind, er sich doch ausgesucht hat, hier öffentlich das Zeugnis einer höchst mangelhaften Gesetzestechnik ausstellt. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Geehrte Versammlung! Von der Einrichtung des Reichspräsidenten, wie sie der Entwurf will, gilt das Wort des alten Dichters: vestigia terrent. Wir haben von der Monarchie ein für allemal genug und möchten sie auch nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder bei uns einführen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Man sollte sich nicht auf das Beispiel der französischen oder der amerikanischen Republik berufen. Dort sind ganz andere Voraussetzungen einer demokratischen Kultur und Tradition, die dem deutschen Volke, die namentlich dem deutschen Bürgertum fehlen oder verloren gegangen sind. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ein Reichspräsident in Deutschland, bei dem zwar nicht gottgewollte, aber von selbst gewollte Abhängigkeit eine Rolle spielen, die nun einmal unser auch geistig uniformiertes Bürgertum sehr auszeichnen, kann eine ganz andere politische Gefahr bedeuten, als sie bei der gleichen Stellung im französischen und amerikanischen Freistaate auftreten kann. Wir ziehen vor, an die Spitze der deutschen Republik ein **Kollegium von gleichberechtigten Männern** zu setzen. Wir schlagen vor, ein **Reichspräsidium** von fünf Köpfen nach dem Vorgange zum Beispiel der Schweiz. Aber über die Zahl wird sich eine Verständigung finden lassen, es muß nur die Bedingung festgesetzt werden, daß die Einzahl verlassen werde. Diesem Kollegium der Gleichen sitzt natürlich zur Erleichterung der Geschäftsführung ein Einzelner vor, den seine Amtsgenossen wählen.

Geehrte Versammlung, es ist mit so außerordentlicher Absichtlichkeit heute wiederholt das Provisorium des Verfassungszustandes betont

worden, den Sie durch die Annahme des jetzigen Gesetzentwurfs schaffen wollen. Habe ich recht verstanden, daß man insbesondere auch die präsidiale Spitze, die **Wählbarkeit des Präsidenten**, als ein Provisorium auffaßt? Sind vielleicht schon die Kräfte am Werke, die dem deutschen Freistaat eine monarchische Spitze geben wollen? Auch das wäre ja nur eine Anknüpfung an die Vergangenheit, die mit dem November 1918 abgeschlossen hat. Die Gelehrten sind sich heute noch nicht darüber einig, ob nicht auch das deutsche Reich theoretisch den Namen einer Republik verdient habe. Auch der deutsche Kaiser war als solcher ja nicht Monarch, sondern er war der Präsident des Bundes, wenn Sie wollen des republikanischen Bundes. (Sehr richtig!) Also aus der siebenjährigen Präsidentschaft sofort oder allmählich eine länger werdende und schließlich eine erbliche Präsidentschaft zu schaffen, das könnte am Ende auf der Linie der Herren, wenigstens eines Teiles der Herren liegen, die vorhin mit einer solchen Absichtlichkeit das Provisorium des Verfassungszustandes betont haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber, geehrte Versammlung, wir wollen die Möglichkeit einer solchen Entwicklung oder Rückentwicklung ein für allemal ausschließen; und so sehr auch wir den nur vorläufigen, wandelbaren Charakter, die zeitliche Begrenztheit der neuen Verfassung anerkennen, so sehr sind wir doch überzeugt, daß einmal beschlossene und in Geltung gewesene Gesetze die Kraft der Trägheit in sich tragen und leicht dazu verführen, daß man die endgültige Ordnung dann wieder an die vorläufige, provisorische Ordnung anknüpfen lasse. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und deshalb sollen schon in der vorläufigen Verfassung für den deutschen Freistaat die Keime liegen zu dem Baume, den wir wachsen zu sehen wünschen. Wir wollen nicht, daß einmal die Geschichte vielleicht von einem Präsidenten Philippus dem Vorläufigen spricht oder von Friedrich dem Einzigen oder von Gustav dem Unüberwindlichen. Wir wollen ein Fünfmännerkollegium haben, das eine solche Rückentwicklung zur Monarchie ein für allemal unmöglich macht. Dabei behalten wir uns für die endgültige Verfassung vor, von neuem zu erwägen, ob nicht überhaupt das Amt des Präsidenten oder das Amt des Fünfmännerpräsidiums im deutschen Freistaat überflüssig ist, ob nicht überhaupt die höchste Vertretung des deutschen Freistaates allein dem Ministerpräsidenten oder dem Ministerium überlassen bleiben kann, das, auf dem Vertrauen der Nationalversammlung, auf dem Vertrauen der Bevölkerung beruhend, die Geschäfte des Parlaments, der Nationalversammlung, des gesamten Landes zu führen hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch hier gilt es ja doch, bewußt einen Fortschritt der Entwicklung zu vollziehen, und man darf sich nicht an das Beispiel der bisher bestehenden Freistaaten halten, die neben oder vielleicht über dem

leitenden Ministerium noch eine präsidiale Spitze in irgend einer Form kennen.

Schließlich, geehrte Versammlung, die Frage, ob neben den Organen, die der Entwurf der vorläufigen Verfassung vorsieht, noch ein **besonderes Organ**, kontrollierend und handelnd und den lebendigen Gang der Revolution darstellend, **in das Gesetz** einzufügen ist. Als vorhin der darauf gerichtete Antrag meiner Freunde verlesen wurde, erhob sich an einzelnen Stellen des Saales Gelächter. Wer glaubt, in dieser Weise zu dem Antrage Stellung nehmen zu können, ist mit Blindheit geschlagen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Er sieht nicht den Gang der Revolution, von ihm gilt gerade das, was ich zu Anfang gesagt habe, daß es ein Irrglaube ist, wir könnten hier dekretieren, der Zustand der Gesetzlosigkeit, wie Sie es nennen, die Revolution, ist beendet, weil einmal eine Wahl zur Nationalversammlung stattgefunden habe. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Von dieser Form der „Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes" ist der Gang der geschichtlichen Entwicklung ganz unabhängig; sie wird für die nächste Zeit von denselben objektiven, wirtschaftlichen und politischen Gründen bestimmt werden, die auch die abgeschlossene Phase der Revolution bestimmt und gekennzeichnet haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Revolution hat sich außerhalb des Staatsorganismus ihre eigenen Köpfe und Hände, ihre eigenen Willens- und Bewegungsorgane geschaffen; das Bedürfnis nach revolutionären Organen dauert auch bis zum heutigen Tage und auch für eine absehbare Zukunft fort. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.) — Sie mögen die Revolution verneinen, daran stirbt sie nicht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie mögen in ein gärendes Faß einen Spund eintreiben, so fest Sie wollen: die Gärung im Fasse beendigen Sie damit nicht. (Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie ändern nur die Bedingungen, unter denen die Gärung nach außen treten kann, und wenn Sie allzu tief den Spund der Gesetzmäßigkeit in das gärende Faß der Revolution hineintreiben wollen, so könnte es sein, daß nicht die Revolution dadurch eingeschlossen und getötet wird, sondern daß sich die Entladung der Revolution in viel heftigerer und für Sie vorsichtigen Leute gefährlicherer Weise geltend machen kann. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was wir in den letzten drei Monaten an revolutionärem Handeln von Kräften erlebt haben, deren Existenz wir doch nicht ableugnen können, zwingt uns, auch diesen Versuch einer Legalisierung der bisherigen Ergebnisse der Revolution nicht vorübergehen zu lassen, ohne gerade das Zentralorgan der Revolution ebenfalls zu legali-

sieren, das Zentralorgan, von dem ja selbst die Reichsregierung bis zur Eröffnung der Nationalversammlung ihre Existenz und ihren Bestand sich hat diktieren lassen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Reichsregierung war es doch selbst, die ein über das andere Mal erklärt hat, sie stehe und falle von des **Zentralrats** Gnaden (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) oder von des Zentralrats Überzeugung, als von der Überzeugung des höchsten Organs der lebendigen revolutionären Entwicklung.

Was wir in dieser Beziehung vorschlagen, verehrte Anwesende, ist das Bescheidenste, was überhaupt der Revolution konzediert werden kann. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie will ja hier nicht als handelnde Person auftreten, sie will die Ruhe Ihrer Beratungen mit unserem Gesetzesvorschlage nicht stören, sie will nur die Gefahr verhindern, daß allzufrüh und in einer für die Volksentwicklung allzu gefährlichen Richtung sich der Versuch betätige, die Ergebnisse der Revolution abzubauen und ungeschehen zu machen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn es infolge solcher Versuche zu unheilvollen Beschlüssen der Nationalversammlung kommt, dann soll der Zentralrat das Recht haben, zur erneuten Erwägung der Angelegenheit das Volk, die mündigen Wähler aufzurufen, dieselben Wähler, geehrte Versammlung, von denen allein Sie und wir alle doch ebenfalls unsere Rechte und Pflichten ableiten. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es kann Sie doch in Ihren Rechten und Pflichten nicht berühren, wenn wir einem Organ, das zwar außerhalb dieses Saales, aber in lebendiger Fühlung mit ihm steht, einem Organ, auf das sich bisher die Reichsregierung gestützt hat, nunmehr das Recht geben wollen, uns zu den Wählern und die Wähler zu uns zurückzurufen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diesen Absichten dient der Abänderungsantrag zu Nr. 5. Ich gestatte mir, ihn nochmals vorzulesen, da leider die Drucklegung der Anträge noch immer nicht beendet ist:

> Legt das Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte gegen ein von der Nationalversammlung in dritter Lesung beschlossenes Gesetz oder eine von der Nationalversammlung beschlossene Verordnung mit Gesetzeskraft innerhalb zwei Wochen nach dem Beschluß Einspruch ein, so tritt das Gesetz oder die Verordnung zunächst nicht in Kraft, sondern es ist die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.

Geehrte Versammlung, gerade auch in der Begrenzung des Einspruchrechts auf zwei Wochen können Sie nicht etwa eine Absicht finden, die Arbeiten dieser Nationalversammlung um jeden Preis durch Aufrufung der außerhalb dieses Saales stehenden Kräfte vernichten zu lassen, sondern gerade den ehrlichen Versuch, lediglich eine Kontrolle durch die Kräfte herbeizuführen, die außerhalb dieses Saales in ganz

Deutschland das Leben des Volkes und der Revolution leben. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn der Zentralrat innerhalb der zwei Wochen sein Einspruchsrecht nicht geltend macht, so darf man annehmen, daß der fehlerhafte Beschluß, der etwa aus der Nationalversammlung hervorgegangen ist, nicht so schwerwiegend ist, nicht so tiefgreifende Folgen haben kann, daß die Öffentlichkeit seine Revision erzwingen müßte. Liegt aber ein verhängnisvoller Beschluß vor, der die Quelle zu großen Schwierigkeiten, zu Unfrieden und zu fehlerhafter Entwicklung bieten kann, dann muß das Volk, repräsentiert und bedient durch sein Willensorgan, den Zentralrat, (lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) die Möglichkeit haben, zu dem verhängnisvollen Beschlusse dieses Hauses Stellung zu nehmen und seine Ausführung und Auswirkung zu verhindern, indem das ganze Volk dagegen aufgerufen wird. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe rechts und im Zentrum.) Verehrte Herren, die Sie sich so lebhaft mit Zwischenrufen gegen unsern Vorschlag wenden: wenn wir noch vor dem 9. November wären, dann würde ich Ihnen zurufen: Seien Sie doch nicht königlicher als der König! (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) So sage ich Ihnen: Seien Sie doch nicht regierungstreuer als die Regierung. Der Zentralrat, dem diese Regierung, die hier im Saale anwesende Regierung, noch vor 5 oder 6 Tagen gefolgt ist, gedient hat und hat dienen müssen, kraft revolutionärer Rechte und kraft revolutionärer Pflichten, als dem ersten Organ der Revolution, dieser Zentralrat kann doch nicht in den 5 Tagen auf einmal so bar aller Weisheit und aller Bedeutung im Leben unseres Volkes geworden sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Sie mißachten ja den Zentralrat!) — Ich mißachte den Zentralrat nicht. Wenn der Zentralrat, der bisher unter dem Vorsitze der Herren Leinert und Max Cohen gewesen ist, vom Schauplatze abtritt, so ist darum die Revolution nicht tot; (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Lachen rechts und im Zentrum) dann werden die Arbeiter- und Soldatenräte, die ja doch in ihrem Bestande geblieben sind, sich eben ein neues Zentralorgan schaffen, (Lachen rechts, im Zentrum und bei den Demokraten) mit der Kraft schaffen, mit der sie auch noch ganz andere Widerstände bisher überwunden haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts und im Zentrum.)

Geehrte Versammlung, ich glaube, Sie handeln nicht weitsichtig, wenn Sie die nun einmal in Fluß geratene Entwicklung der „Selbstbestimmung des deutschen Volkes" mit Stacheldrähten von Verfassungsbestimmungen und durch Ausschließung der bisherigen Spruch- und Willensorgane der Revolution glauben aufhalten zu können. (Lebhafte

Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Kräfte, die sich Ende Oktober und in den ersten Tagen des Novembers in Deutschland erhoben und mit einem kühnen Aufbäumen den gewaltigsten militärischen Mechanismus umgestürzt haben, den die Weltgeschichte jemals gesehen hat, die ein paar Dutzend Monarchien noch nebenbei in diesem kurzen Aufbäumen erledigt haben — (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) diese Gewalt der Revolution werden Sie nicht bändigen können. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn Sie ihr etwa die Organe nehmen, dann werden ihr andere Organe nachwachsen, und ich würde es für eine weitsichtigere Politik halten, wenn Sie sich nicht außerhalb des lebendigen Lebens dieser Entwicklung stellen, sondern die Entwicklung mit Ihrem Rat und mit Ihrer gesetzgeberischen Tat begleiten wollten. Sonst könnte es allerdings geschehen, daß die Revolution, daß diese Bewegung, die doch noch nicht tot ist, die an den politischen Tatsachen und an den wirtschaftlichen Übeln jeden Tag und jede Stunde genährt wird, sich Organe schafft, die in weniger gutem Einvernehmen mit der Reichsregierung sind, als es der bisherige Zentralrat war. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß diese Entwicklung Sie erst recht nicht befriedigen würde. Seien Sie nicht so formalistisch, geehrte Teilnehmer dieser hohen Versammlung, stellen Sie nicht nach alter schlechter Juristenart fest: jetzt ist der Streit vor den Richter, die Nationalversammlung, gebracht, und nun haben die Parteien nichts mehr damit zu tun, jetzt ist die Sache in den Händen des Richters. So läßt sich eine Bevölkerung von 67 Millionen nicht eindämmen, die ihre Gesetze, ihre wahren Lebensgesetze nicht von Ihnen, nicht von uns beziehen kann, sondern aus der Tiefe der wirtschaftlichen Entwicklung, aus der Kraft der Tatsachen heraus. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts und im Zentrum.)

Wenn Sie aber doch dieser Meinung sein sollten, nun, dann knüpfen Sie mit solchem Denken wiederum fehlerhafterweise an die Vergangenheit, an das alte System an, das auch geglaubt hat, alle Bewegungen im Volke damit aus der Welt zu schaffen, daß es sie mit Polizei und Truppengewalt niederzuhalten suchte. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das alte System hat dabei Schiffbruch gelitten. Möge es das gute Geschick der Nationalversammlung und des deutschen Volkes verhindern, daß die neuen Herren, die neue souveräne Regierung des deutschen Volkes, durch das alte, fehlerhafte Denken im Geiste des Obrigkeitsstaats, des Militär- und Polizeistaats ebenfalls Schiffbruch leiden. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Geehrte Versammlung, die Ausführungen des Herrn Vorredners geben mir keinen Anlaß zur Entgegnung. (Sehr gut! beim Zentrum und der Demokratischen Partei.) Für uns ist das Wichtigste in diesem Augenblick, den Übergang von dem revolutionären, rechtlosen Zustand zum Zustand einer Rechtsordnung möglichst rasch zu beschleunigen. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Wer die vergangenen Monate mit uns miterlebt hat, der weiß, was wir alles zu erdulden hatten und wie sehr wir uns gesehnt haben, wieder zu einem Zustande des Rechts zu gelangen. (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Dieser Übergang soll nun beschleunigt werden durch ein **provisorisches Gesetz über die Reichsgewalt.** Angesichts dieser Aufgabe müssen nach unserer Überzeugung alle anderen Bedenken zurückgestellt werden, und sie können auch nach dem Austausch der Erklärungen des Vertreters der süddeutschen Regierungen und des Oberhauptes der provisorischen Regierung zurückgestellt werden.

Die Zentrumsfraktion wird deshalb in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen. Dabei müssen wir uns selbstverständlich unsere Stellungnahme zu den Einzelheiten der endgültigen Verfassung durchaus vorbehalten, wie das auch die anderen Parteien erklärt haben. Wir betrachten die Annahme des zur Beratung stehenden Gesetzes als die notwendige Vorbedingung für die Wiederherstellung der Rechtsordnung, für die Erlangung einer unbestreitbar rechtmäßigen Regierung und damit als Vorbedingung für Frieden und Brot. (Bravo! beim Zentrum.)

Präsident: Die Beratung über den § 1 ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Von den Mitgliedern Frau Agnes und Genossen liegen zwei Abänderungsanträge vor. Die Drucksache ist noch nicht in Ihrer Hand; ich muß deshalb die Anträge noch einmal vorlesen.

1. In § 1 Zeile 2 die Worte „künftige Reichsverfassung" zu ersetzen durch die Worte „Verfassung der Deutschen Republik".

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

2. Im § 1 Zeile 3 das Wort „Reichs" zu streichen und hinter „Gesetze" einzufügen „und Verordnungen mit Gesetzeskraft".

Wer diesem Antrag zustimmen will, möge sich erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wer nun dem § 1 in der Fassung des Entwurfs seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit; der Paragraph ist angenommen.

Wir kommen zu § 2. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Es liegen Anträge vor, und zwar zunächst ein Antrag von Frau Agnes und Genossen:

den § 2 zu streichen;

ferner ein Antrag der Herren v. Payer, Löbe, Gröber, Graf v. Posadowsky, Dr. Rießer, der dahin geht, dem § 2 Abs. 1 folgenden Satz hinzuzufügen:

Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Ferner wird von denselben Herren beantragt, in § 2 Abs. 2 Satz 1 das Wort „deutsche" zu streichen.

Es ist das nur eine redaktionelle Sache.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Es ist so beschlossen.

Wer dem § 2 in der Form, die er nunmehr erhalten hat, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit; der § 2 ist so angenommen. Der Antrag Agnes und Genossen auf Streichung ist mit dieser Abstimmung erledigt.

Wir kommen zu § 3. Hierzu liegen von Frau Agnes und Genossen folgende Anträge vor:

Zeile 1 das Wort „Reichs" zu streichen.

Wer dem seine Zustimmung geben will — — Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Nachdem die Versammlung bei ihrer früheren Abstimmung zum Ausdruck gebracht hat, daß sie ausdrücklich die Worte „Reichsverfassung", „Reichsgesetze", „Reichsregierung" im Entwurf erhalten will, lege ich keinen Wert darauf, daß noch einmal dieselbe Abstimmung vorgenommen wird. Insoweit ziehe ich unsere Anträge zurück.

Präsident: Welche Anträge sind das?

Haase (Berlin), Abgeordneter: Also in § 3 an Stelle des Wortes „Reichsregierung" „Regierung" zu setzen; dann in § 4 an Stelle des Wortes „Reichsverfassung" „Verfassung der Deutschen Republik" usw.

Präsident: Der Antrag Agnes und Genossen zu § 3 ist also zu a zurückgezogen. Unter b ist beantragt, in § 3 Zeile 1 und 2 die Worte „und des Staatenausschusses" zu streichen. Wer diesem Antrage zustimmen will — —

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ist erledigt durch frühere Abstimmung.

Präsident: Also dieser Antrag ist auch erledigt. Ferner ist beantragt, im § 3, Zeile 4 die Worte „damit" bis „vertreten" zu streichen. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung, wenn ich mich auch gänzlich auf Ihren Standpunkt stelle, so muß ich doch bitten, diese Worte zu streichen. Sie sind völlig überflüssig und stören den Aufbau des Paragraphen. Zu welchem anderen Zwecke sollen denn Vertreter des Staatenausschusses hier im Saale das Wort nehmen, als eben dazu, um die Ansichten ihrer Regierung zu vertreten, und zu welchem Zwecke sollen Mitglieder der Reichsregierung hier das Wort nehmen, als dazu, die Ansichten der Regierung zu vertreten? Ich glaube also, die Worte sind überflüssig, sie stören. Wenn sie aber nicht überflüssig sein sollen, dann wird doch jemand auch einen Sinn dahinter finden wollen, und dann können sie auch zu Mißverständnissen Anlaß geben. Dann könnte man auf den Gedanken kommen, zu sagen, daß die Vertreter des Staatenausschusses nur dazu da sind, die Ansichten ihrer Regierung zu vertreten, und man könnte dann, ohne es zu wollen, eine Stärkung des partikularistischen Elements, des zentrifugalen Elements in der Reichsverfassung und in der Reichsentwicklung darin finden, und das ist sicher nicht die Absicht der Herren, die dem Entwurf zustimmen wollen. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrage auf Streichung stattzugeben.

Präsident: Ich habe den Herrn Redner nicht unterbrochen, weil ich annahm, er wollte nur eine Berichtigung seines Antrages geben. Er ist aber in die materielle Diskussion eingetreten; wir waren schon in der Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag der Frau Agnes und Genossen zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Sonach bitte ich diejenigen, die dem § 3 in der Fassung der Vorlage ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit; der § 3 ist angenommen.

§ 4. — Keine Wortmeldungen; die Diskussion ist geschlossen. Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich beantrage, in § 4 Absatz 1 des Entwurfs über die beiden ersten Sätze besonders abzustimmen.

Präsident: Es liegen zu dem § 4 Anträge von Frau Agnes und Genossen unter Ziffer 5 vor:

§ 4 zu streichen und an seine Stelle folgende Bestimmungen zu setzen:

§ 4.

Legt **das Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte** gegen ein von der Nationalversammlung in dritter Lesung beschlossenes Gesetz oder gegen eine von der Nationalversammlung beschlossene Verordnung mit Gesetzeskraft **innerhalb zweier Wochen nach dem Beschlusse Einspruch** ein, so tritt das Gesetz oder die Verordnung zunächst nicht in Kraft, sondern es ist die Entscheidung durch eine **Volksabstimmung** herbeizuführen. Der Einspruch ist bei der Nationalversammlung schriftlich einzulegen. Die Nationalversammlung überweist ihn der Regierung; diese hat die Volksabstimmung zu veranlassen. Zur Abstimmung sind alle Wahlberechtigten befugt.

Wer diesem Antrage seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Frau Agnes und Genossen beantragen weiter unter Ziffer 6, für den Fall der Ablehnung des Antrages, der eben verlesen wurde, und des Antrages zu 3 — er ist auch schon abgelehnt —, dem § 4 des Entwurfes einen Absatz 3 in der Fassung des vorstehenden Antrages 5 zuzufügen. Wenn ich das recht verstehe, wollen Sie (zu der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei) den Antrag, der eben materiell abgelehnt ist, mit diesem Eventualantrag an eine andere Stelle setzen. (Zustimmung und Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Der Antrag soll zugleich einem anderen Gedanken Ausdruck geben. Nachdem der § 2 des Entwurfs entgegen unserem Antrage angenommen ist, der Prinzipalantrag aber abgelehnt worden ist, so kann die Mehrheit des Hauses sich auf den Standpunkt stellen, daß neben dem Staatenausschuß auch dem Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte das Recht, die Volksabstimmung herbeizuführen, eingeräumt werden soll. Deshalb haben wir den Eventualantrag eingebracht.

Präsident: Da die Antragsteller mit dieser Verstellung des Platzes auch eine inhaltliche Änderung gegenüber dem Prinzipalantrag im Auge haben, so trage ich kein Bedenken, über den Eventualantrag abstimmen zu lassen. Wer ihm zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Sonach ist der § 4 nicht verändert.

Der Herr Abgeordnete Haase hat beantragt, den Absatz 1 des § 4 in seinen beiden Sätzen bei der Abstimmung zu trennen. Ich komme dem Wunsche nach.

Wer dem ersten Satze des § 4 zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Dieser Satz ist einstimmig angenommen. (Widerspruch.)

Wer dem zweiten Absatz des § 4 zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Satz ist angenommen.

Wer nunmehr dem ganzen Paragraphen zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Paragraph ist in seiner Gesamtheit angenommen.

Wir kommen zu § 5. Da liegt von Frau Agnes und Genossen folgender Antrag unter Ziffer 7 vor:

> In § 5 Zeile 3 hinter dem Worte „Anwendung“ hinzuzufügen: „mit der Maßgabe, daß Artikel 21 auch auf Soldaten Anwendung findet“.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, möge sich erheben. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ich hatte hier ums Wort gebeten!) — Eine Wortmeldung lag mir nicht vor. Ich eröffne die Diskussion und gebe Herrn Dr. Cohn das Wort.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung, die von uns vorgeschlagene Ergänzung der Übertragung von Verfassungsparagraphen aus der alten Reichsverfassung ist nötig geworden. Artikel 21 der alten deutschen Reichsverfassung, den der Entwurf der jetzigen Gesetzesvorlage heranzieht, spricht nur von den Beamten, die keines Urlaubs bedürfen, um in die Nationalversammlung oder früher in den Reichstag einzutreten. Nun kann es namentlich bei dem Listensystem sehr leicht vorkommen, daß an die Stelle von ausscheidenden Mitgliedern der Nationalversammlung **Soldaten** treten. Es kann auch sein, daß hier im Saal eine Anzahl Soldaten sich befinden. Für alle diese ist die Bestimmung nötig, daß sie eines **Urlaubs**, um in die **Nationalversammlung** einzutreten, so wenig wie Beamte bedürfen. Deswegen unser Antrag, der diese Ergänzung feststellen will.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeornete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich möchte mir eine Frage an die Regierung erlauben. Wenn man den Artikel 21 der alten Verfassung wörtlich nimmt, hat der Herr Vorredner recht. Aber ich meine, es ist selbstverständlich, daß das, was in der alten Verfassung den Beamten gewährt worden ist, auch den Soldaten jetzt gewährt sein muß. Die Frage ist bereits durch die Tatsachen beantwortet. Wir haben, soviel ich weiß, Soldaten hier als Mitglieder des Hauses. Es ist ihnen selbstverständlich ohne weiteres gestattet worden, hierher zu kommen.

Ich richte deshalb die Frage an die Herren Regierungsvertreter, wie die hier in Betracht kommende Bestimmung aufzufassen ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Volksbeauftragte Landsberg.

Landsberg, Volksbeauftragter: Meine Damen und Herren! Die Frage, ob unter Beamten im Sinne des Artikels 21 der Reichsverfassung auch Soldaten zu verstehen seien, ist strittig gewesen. Nach Ansicht der Reichsregierung gehören die Soldaten zu den Beamten im Sinne des Artikels 21. Die Souveränität dieser Versammlung erheischt es, daß jeder ihrer Abgeordneten ohne weiteres an ihren Verhandlungen teilnehmen kann. Unterordnungsverhältnisse irgendwelcher Art dürfen auf die Rechtstellung des Abgeordneten keinen Einfluß haben. Die Reichsregierung wird entsprechend ihrer Auffassung, daß auch Soldaten Beamte im Sinne des Artikels 21 der Verfassung sind, darauf hinwirken, daß jedem gewählten Soldaten, ohne daß er um Urlaub nachsucht, der Eintritt in die Nationalversammlung ermöglicht wird. Die gewählten Soldaten sind tatsächlich in den Stand gesetzt worden, ohne daß sie irgend welche Schritte zu tun brauchten, ihr Mandat auszuüben.

Aus allen diesen Gründen sind wir der Ansicht, daß es der Stellung eines besonderen Antrages nicht bedurft hätte.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren, die Frage ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Der Herr Volksbeauftragte Landsberg kann ja zunächst nicht für die künftige Regierung Erklärungen abgeben. Es wird sich also erstens fragen: welche Stellung nimmt die künftige Regierung zu seiner Auslegung ein? Zweitens aber wird es sich fragen: welche Kraft besitzt die künftige Regierung gegenüber den militärischen Kommandostellen? (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Kraft mag jetzt noch sehr groß sein. Es gibt manche, die es bezweifeln; aber niemand weiß, wie sie etwa in drei Monaten sein wird (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und da möchten wir keinen Abgeordneten dieser hohen Versammlung in die Lage setzen, in die wir alten Abgeordneten des Reichstags gegenüber dem damaligen Militarismus gekommen sind, der es völlig in der Hand gehabt und es auch praktiziert hat, uns wegen unbequemer Abstimmungen oder Äußerungen einzuziehen oder nicht zu beurlauben. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Mir selbst ist es so gegangen, und diese Erfahrung hat mich jetzt auf den Gedanken gebracht, daß wir alles tun müssen, um zu verhindern, daß Abgeordnete an der Teilnahme unserer Verhandlungen verhindert werden. Deswegen muß ich Sie wiederholt bitten: nehmen Sie unseren Antrag an, um so mehr als ja auch die Regierung der Meinung ist, daß Soldaten Anspruch darauf haben, in diesem Saale tätig zu sein, wenn sie gewählt sind.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Löbe.

Löbe, Abgeordneter: In der Sache sind wir alle der gleichen Ansicht. Da aber Zweifel obwalten, werden wir für den Antrag stimmen. Ich spreche zugleich mein Bedauern aus, daß die Anträge der Unabhängigen so spät eingebracht sind, daß eine sachliche Prüfung unmöglich ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnte v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Auch wir halten es für richtiger, für den Antrag zu stimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Mayer (Schwaben).

Dr. **Mayer** (Schwaben), Abgeordneter: Um auch nicht den Schein aufkommen zu lassen, als wollten wir die Soldaten hier anders als die Beamten behandelt wissen, werden auch wir für den Antrag stimmen.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Wer dem Antrage Frau Agnes und Genossen, den ich verlesen habe, zu § 5 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen, die dem so veränderten § 5 ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir kommen zu § 6. Zu § 6 liegen von Frau Agnes und Genossen unter Ziff. 8 folgende Anträge vor: Den Abs. 1 wie folgt zu fassen:

> Die Geschäfte der Deutschen Republik führt das aus fünf Personen bestehende Präsidium der Republick. Das Präsidium wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten; dieser leitet die Beratungen des Präsidiums. Im Falle der Behinderung vertritt ihn das an Jahren älteste Mitglied des Präsidiums. Der Präsident hat die Deutsche Republik völkerrechtlich zu vertreten, in ihrem Namen Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Ich schließe die Diskussion. Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Ferner ist beantragt, in § 6 Absatz 2 Zeile 1 das Wort „Reichs" zu streichen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: ist erledigt!) — Ist also erledigt.

Weiter wird beantragt, § 6 Absatz 3 wie folgt zu fassen:

> Verträge mit auswärtigen Mächten bedürfen der Einwilligung der Nationalversammlung.

Wer dem zustimmen will — (Zurufe von den Unabhängigen Soialdemoraten.) Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Herr Präsident, Sie haben wohl die Diskussion über diesen Paragraphen noch nicht eröffnet. Uns liegt daran, daß zu diesem Antrage, den Sie eben verlesen haben, einige Ausführungen in der Spezialberatung gemacht werden. Ich nehme an, daß Sie uns noch das Wort gestatten werden.

Präsident: Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Es handelt sich in diesem Paragraphen darum, ob mit der **Geheimdiplomatie** von der Nationalversammlung sofort Schluß gemacht werden soll. Ich glaube, es würde der Nationalversammlung gut anstehen, wenn sie auf diesem Gebiete den ersten Schritt täte und nicht, wie es der Entwurf vorschlägt, erst abwartet, bis ein Völkerbund zustande kommt mit dem Ziel des Ausschlusses von Geheimverträgen. Nicht nur bei unserem Volke, sondern auch im Auslande würde es einen guten Eindruck machen, wenn wir uns jetzt zu diesem Entschluß aufrafften. Unser Antrag entspricht auch der augenblicklichen Lage. Ich nehme an, daß zurzeit Geheimverträge nicht bestehen. Ich weiß wenigstens nicht, mit welchem Staate sie bestehen sollten. Es ist auch gar keine Aussicht vorhanden, daß in der nächsten Zeit vor Errichtung des Völkerbundes solche Geheimverträge abgeschlossen werden könnten. Die Vorlage hat also auch keine praktische Bedeutung. Selbst ängstliche Gemüter würden sich nichts vergeben, wenn sie heute schon gemäß unserem Antrag erklären würden: Kein Vertrag darf ohne Zustimmung der Nationalversammlung vom Reichspräsidenten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik abgeschlossen werden. Ich empfehle Ihnen deswegen die Annahme unseres Antrages.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (Zuruf.) — Ich bitte, die Wortmeldungen doch vorher zu geben. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung, darf ich zu diesem Antrage noch auf eine Rechtsfrage aufmerksam machen, die sich sowohl im Absatz 3 des § 6 wie im Absatz 4 des § 6 erhebt? In beiden Fällen ist davon die Rede, daß gewisse Verträge der Zustimmung der Nationalversammlung bedürfen. Anstatt des Wortes „Zustimmung" haben meine Freunde und ich vorgeschlagen, das Wort „Einwilligung" zu setzen. Das geschieht nicht aus einem formellen Grunde, sondern aus einem sachlich wichtigen Grunde. Der Sprachgebrauch unserer Gesetze versteht unter Einwilligung die Zustimmung, die vorher abgegeben wird, während unter Zustimmung im allgemeinen sowohl die vorher abgegebene Zustimmung, das ist die Einwilligung, wie auch die nachträgliche, die Genehmigung, verstanden wird. Nun könnte der Fall eintreten, wenn Sie hier beschließen, daß solche Verträge

nur der Zustimmung bedürfen, daß irgend eine Regierung — ich sage nicht diese, ich will ihr keine böse Absicht unterstellen — daß irgend eine Regierung einen Vertrag abschließt, ohne ihn vorher der Nationalversammlung vorzulegen, und dann sagt: wir brauchen nach dem Gesetz nur die Zustimmung einzuholen, das heißt also, es genügt auch, wenn wir uns nachträglich die Genehmigung erteilen lassen. Ich zweifle nicht, daß die Mehrheit dieser hohen Versammlung mit mir annimmt, daß in der Vorlage mit dem Worte „Zustimmung" die vorherige Zustimmung gemeint ist. Deshalb habe ich das klar zum Ausdruck bringen wollen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Preuß.

Dr. **Preuß**, Staatssekretär des Innern: Den Unterschied, den der Herr Abgeordnete Dr. Cohn eben zwischen „Zustimmung" und „Einwilligung" gemacht hat, kann ich als einen irgendwie rechtlich und namentlich öffentlich-rechtlich feststehenden nicht anerkennen. Ich glaube, das Wort „Zustimmung" durch „Einwilligung" zu ersetzen, hätte gesetzestechnisch gar keinen Sinn.

Was die Anregung des Herrn Abgeordneten Haase betrifft, so ist ganz richtig, daß voraussichtlich bis zu dem erhofften Zustandekommen des Völkerbundes Geheimverträge nicht abgeschlossen werden: aber niemand kann in die Zukunft sehen. Und es liegt doch im Interesse des Deutschen Reichs, nicht von vornherein durch eine verfassungsgesetzliche Vinkulierung das Deutsche Reich schlechter zu stellen (Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aha! — Sehr richtig! bei den Demokraten) bezüglich der Öffentlichkeit von Verhandlungen als alle übrigen Staaten. Das Deutsche Reich erklärt hier seine Bereitwilligkeit, sich genau denselben Bedingungen zu fügen wie die anderen, aber es möchte nicht unter Sonderbestimmungen stehen. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist der Sinn des Vorbehalts, der in diesem Absatz gemacht ist. Ich würde bitten, ihn in dieser Form aufrecht zu erhalten.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Haase (Berlin) hat das Wort.

Haase (Berlin), Abgeordneter: Aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs geht hervor, daß sich die Regierung den Abschluß von Geheimverträgen vorbehalten will. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aus diesem Grunde ist unser Antrag um so mehr erforderlich; das deutsche Volk, das eben einen Akt der Revolution vollzogen hat, verlangt in seinen großen Massen, daß unter allen Umständen mit der Geheimdiplomatie gebrochen wird. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht eine Tür offen lassen,

durch welche die Regierung gehen kann, um von neuem Geheimverträge hinter dem Rücken des deutschen Volkes zu schließen. Wir haben sehr darunter gelitten, daß das deutsche Volk bis zum Jahre 1914, bis zum Ausbruch des Krieges und darüber hinaus nicht einmal gewußt hat, welche Verträge die früheren Regierungen mit Österreich-Ungarn abgeschlossen hatten. Das deutsche Volk darf nicht wieder in die Lage kommen, daß Konflikte herbeigeführt werden, ohne daß es imstande ist, selbst auf sein Geschick und das Geschick der anderen Völker irgendwie einen maßgebenden Einfluß auszuüben, weil ihm von vornherein die Hände durch Geheimverträge gebunden sind. Ich ersuche Sie deshalb, unserem Antrage stattzugeben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau.

Graf Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: Ich möchte vom Standpunkte meines Ressorts aus erklären, daß ich nicht die Absicht habe, Geheimverträge abzuschließen. Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Dr. Preuß an und stehe auf dem Boden der provisorischen Verfassung. Um es noch einmal zu wiederholen: ich bin entschlossen, keine Geheimverträge abzuschließen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen verstärken in hohem Maße meine Ausführungen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Geheimverträge sind also überflüssig. Da wir aber nicht wissen können, wie lange der Herr Staatssekretär in seinem Amte bleibt, und da wir von der Persönlichkeit seines Nachfolgers gar keine Vorstellung haben, also auch nicht überzeugt sein können, daß sein Nachfolger in dieser Frage ebenso vernünftig denkt wie er, so bestehen wir darauf, daß unser Antrag zur Abstimmung kommt, und gerade aus dem Gedankengange des Herrn Staatssekretärs heraus müßte die große Mehrheit des Hauses unserem Antrage zustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Blunck.

Dr. Blunck, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch die wirtschaftlichen Abkommen, die wir mit fremden Staaten treffen, sind Verträge, und ich kann es nicht übersehen, ob es zweckmäßig ist, alle diese Abkommen öffentlich zu machen. Deshalb müssen wir hierfür stimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Es handelt sich hier um eine Frage von großer Bedeutung, und Sie werden also diesem Gegenstande schon

noch einige Minuten widmen müssen. Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Blunck gehen ganz fehl; denn diese wirtschaftlichen Verträge beziehen sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung und bedürfen deswegen auch nach dem Antrage der Regierung ohne weiteres der Zustimmung der Nationalversammlung. (Widerspruch.) — Jawohl! Es wäre ja auch noch schöner, (oh! oh! bei den Demokraten und im Zentrum) wenn wirtschaftliche Verträge als Geheimverträge abgeschlossen werden können. Soweit geht selbst diese Regierung in ihrer Vorlage nicht. Ich bitte Sie deswegen, unserem Antrage zuzustimmen.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrage Frau Agnes und Genossen zustimmen will, möge sich erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; (große Heiterkeit) der Antrag ist abgelehnt.

Es liegen dann noch mehrere Anträge zum § 6 vor, die von den Abgeordneten Frau Agnes und Genossen gestellt sind. Ich bitte den Herrn Schriftführer, diese Anträge zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:**

d) § 6 Abs. 4 zu streichen.

e) Für den Fall der Ablehnung des Antrages 8 d) den § 6 Abs. 4 wie folgt zu fassen:

Sobald die Deutsche Republik einem Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Einwilligung der Nationalversammlung.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Antrag ist ebenso wie der andere durch die früheren Anträge erledigt, Herr Präsident!)

Präsident: Die beiden Anträge sind also erledigt. Es liegt dann noch folgender Antrag Frau Agnes und Genossen vor, den ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:**

f) § 6 Abs. 5 wie folgt zu fassen:

Das Präsidium der Deutschen Republik ist verpflichtet, die Gesetze, die Verordnungen mit Gesetzeskraft und die Verträge der Deutschen Republik im Gesetzblatt der Republik zu verkünden.

Präsident: Die Diskussion ist eröffnet und — geschlossen. Wer dem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen, die dem § 6 in der Fassung der Vorlage zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit; der § 6 ist angenommen.

Wir kommen zu § 7. Hierzu liegen folgende Anträge der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen vor, die ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:**

9. a) § 7 wie folgt zu fassen:

Die Nationalversammlung wählt die fünf Mitglieder des Präsidiums mit einfacher Stimmenmehrheit. Das Amt der Mitglieder des Präsidiums dauert bis zum Amtsbeginn des neuen Präsidiums, das auf Grund der Verfassung der Deutschen Republik gewählt wird, indes spätestens bis Ende 1919. Ist die Verfassung zu diesem Zeitpunkte noch nicht verabschiedet, so nimmt die Nationalversammlung eine neue Wahl des Präsidiums vor.

b) Für den Fall der Ablehnung des Antrags zu 9a dem § 7 folgende Worte hinzuzufügen:

Indes spätestens bis Ende 1919. Ist die Verfassung zu diesem Zeitpunkte noch nicht verabschiedet, so nimmt die Nationalversammlung eine neue Wahl des Präsidenten der Republik vor.

c) Für den Fall der Ablehnung des Antrags 9a in § 7 Zeile 1 und Zeile 3 das Wort „Reichspräsident" zu ersetzen durch die Worte „Präsident der Republik", das Wort „Reichs" in Zeile 4 zu streichen.

Präsident: Die Diskussion ist eröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Zur Verdeutlichung möchte ich eine Anfrage an die Regierung stellen. Es ist hier der Ausdruck gewählt:

Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit **einfacher Stimmenmehrheit** gewählt.

Ich setze voraus, daß das Wort „einfacher" die Verdeutschung des Wortes „absoluter" in der Zusammensetzung mit „Stimmenmehrheit" ist. (Widerspruch und Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Preuß.

Dr. Preuß, Staatssekretär des Innern: Ich kann die Anfrage vollkommen im Sinne des Anfragers beantworten. Einfache Mehrheit soll auf Deutsch absolute Mehrheit bedeuten, das heißt mehr als die Hälfte. (Widerspruch und Zurufe.) Die einfache Mehrheit ist der Gegensatz zur qualifizierten Mehrheit, also zwei Drittel oder drei Viertel usw. In der Tat ist im Sinne der absoluten Mehrheit eine Stimme über die Hälfte gemeint.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Ich halte diese Auslegung nicht für richtig. Einfache Mehrheit ist relative Mehrheit, und absolute Mehrheit ist unbedingte Mehrheit. (Heiterkeit und Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Preuß.

Dr. Preuß, Staatssekretär des Innern: Sie sehen, meine Herren, welche schlimmen Folgen es unter Umständen haben kann, wenn man den sonst so berechtigten Wünschen auf Vermeidung der Fremdworte nachgibt. Absolute und relative Mehrheit sind gang und gäbe Begriffe, die einfache Mehrheit aber, wie ich eben sehe, nicht. Ich stelle anheim, ob Sie sie durch das Wort „absolute Mehrheit" ersetzen wollen. Gemeint ist jedenfalls mindestens eine Stimme über die Hälfte, also absolute Mehrheit.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Haußmann war hiernach außerordentlich wichtig, denn ich kann nur feststellen, daß nach dem bisherigen Sprachgebrauch der deutschen Reichsgesetze mindestens aus den letzten zehn Jahren etwa unter einfacher Stimmenmehrheit nicht die absolute Stimmenmehrheit verstanden worden ist, sondern relative Stimmenmehrheit, und daß, wo die Gesetze absolute Stimmenmehrheit verlangen wollten, sie eine Mehrheit von mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen vorschrieben. Das war die Bezeichnung für die absolute Stimmenmehrheit. Angesichts dieses Sprachgebrauchs wird es jedenfalls nötig sein, daß wir hier einen anderen Ausdruck wählen (Zuruf.) — Nein, es genügt nicht zu sagen: „Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit Stimmenmehrheit gewählt", sondern etwa: „gewählt, und zwar durch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen". Es ist nämlich nötig, klarzustellen, daß nicht die Mehrheit der Nationalversammlung für ihn stimmen, sondern nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf ihn entfallen muß.

Selbst dann bleibt aber immer noch eine Lücke, nämlich die Frage, welches Verfahren eintritt, wenn diese Stimmenmehrheit nicht im ersten Wahlgange erzielt wird. Wir wollen übereinstimmung dahin feststellen, daß dann dasjenige Verfahren eintreten müßte, welches nach unserer Geschäftsordnung bei der Präsidentenwahl im entsprechenden Falle eintreten muß. (Zurufe.) — Das ist nirgends gesagt! Es wird deshalb mindestens nötig sein, daß diese anscheinende Lücke durch übereinstimmung des Hauses festgestellt wird. Wir dürfen uns ja wohl der Hoffnung hingeben, daß die Frage nicht praktisch werden wird, sondern daß der kommende Präsident im ersten Wahlgange mit einer großen Mehrheit des Hauses gewählt werden wird. Immerhin können wir nicht das erste große deutsche Reichsgesetz so wenig schön verabschieden. Ich bitte deshalb, zu sagen:

> Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung gewählt, und zwar durch die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen für die Präsidentenwahl im Reichstage.

Dieses Verfahren bei der Präsidentenwahl ist zwar weitläufig; aber ich wüßte keines, welches man in der Schnelligkeit hier einführen könnte. Hoffentlich wird außerdem dieses Verfahren nicht praktisch werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Blunck.

Dr. **Blunck**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, ich stimme ganz mit meinem Freunde Waldstein überein, daß wir unter „einfacher Mehrheit" die relative Mehrheit zu verstehen haben. Ich bitte, es aber dabei zu belassen. Ich halte es nicht für richtig, daß wir nachher noch verschiedene komplizierte Wahlgänge durchführen, zumal es sich um ein Provisorium handelt, und meine deshalb, daß wir es ruhig lassen können, wie es ist. (Sehr richtig! bei der Demokratischen Partei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fehrenbach.

Fehrenbach, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, die Erörterung wird veranlaßt durch die Absicht, ein deutsches Wort zu nehmen. Ich möchte doch glauben, es wäre zweckmäßig, wenn wir uns der Wortfassung unserer Geschäftsordnung in bezug auf die Präsidentenwahl anschließen würden, namentlich dann, wenn man doch noch Bezug nehmen will auf die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung sagt in § 9 in bezug auf die Präsidentenwahl:

> Der Präsident, sodann jeder der drei Vizepräsidenten wird in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel **mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.**

Das „absolut" ist nun einmal bei uns eingebürgert; machen Sie nicht eine schwerfällige Fassung, die doch wieder Anlaß zu Mißdeutungen gibt. Ich möchte also beantragen, anstatt der Worte „mit einfacher Stimmenmehrheit" zu sagen: „mit absoluter Stimmenmehrheit" — in Übereinstimmung mit § 9 der Geschäftsordnung.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Ich möchte anheimgeben, ob es nicht genügen würde, wenn wir in der Verfassung einfach sagen: „Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung gewählt". Das weitere könnte der Nationalversammlung überlassen werden.

Präsident: Der Antrag des Herrn Abgeordneten Fehrenbach ging darauf hin, statt „mit einfacher Stimmenmehrheit" zu sagen: „mit absoluter Stimmenmehrheit". Wer dem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Er ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge von Frau Agnes und Genossen. Sie sind vorhin verlesen worden, ich brauche sie also wohl nicht nochmals zu verlesen. — Wer dem Antrag von Frau Agnes und Genossen unter Punkt 9a zustimmen will, bitte ich, sich vom

Platze zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Eventualantrag 9b zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Antrag 9c zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Ebenfalls abgelehnt.

Sonach hat der § 7 die Fassung der Vorlage mit der Änderung, welche durch Annahme des Antrags Fehrenbach gegeben ist. Wer dem so veränderten § 7 seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Paragraph ist in dieser Form angenommen.

Wir kommen zu § 8. Da liegt wiederum eine Reihe von Anträgen vor von Frau Agnes und Genossen. Sie beziehen sich wohl alle auf die Bezeichnung, ob „Reich“ oder „Republik“. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: a, c und d wird zurückgezogen.) Dann liegt nur noch der Antrag unter b vor, welcher lautet:

> In § 8 Abs. 1 die Worte „beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichs“ zu streichen.

Ich eröffne die Diskussion — und schließe sie. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem eben verlesenen Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den § 8 in der Fassung der Vorlage. Wer den § 8 in der Fassung der Vorlage annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) § 8 ist angenommen.

Wir kommen zum § 9. Dazu liegen wiederum Anträge von Frau Agnes und Genossen vor. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Antrag zu b ist erledigt.) — Der Antrag zu b ist also erledigt. Der Antrag zu a lautet:

> In § 9 Absatz 1 Zeile 2 das Wort „Reichspräsidenten“ zu ersetzen durch die Worte „Präsidiums oder des Präsidenten der Republik“.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ist erledigt.) — Er scheidet also auch aus. Die Diskussion über diesen Paragraphen ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den § 9 der Vorlage.

Diejenigen, welche den § 9 in der Fassung der Vorlage annehmen wollen, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) § 9 ist in der Fassung der Vorlage angenommen.

Nun kommt ein neuer § 10 auf Grund eines Antrags Gröber und Genossen, der zu Beginn der Sitzung verlesen worden ist. An seine Stelle ist nunmehr ein anderer Antrag getreten, und ich nehme an, daß der erste Antrag Gröber damit zurückgezogen ist. (Wird bejaht.) Ich

stelle das fest. Dieser neue Antrag der Herren Payer, Gröber, Löbe, Graf v. Posadowsky und Dr. Rießer lautet:

Folgenden § 10 anzufügen:

Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen die Gesetze sowie die Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Mitwirkung des Reichstags bedurften, nur gemäß § 4 des Gesetzes zustande.

Ich eröffne die Diskussion über § 10. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Waldstein. — Derselbe verzichtet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es steht hier am Schluß des § 9: „Unterschrift des Reichspräsidenten unter Gegenzeichnung des Reichsministers des Innern." Das widerstreitet meines Erachtens der Souveränität der Nationalversammlung. Wir haben in diesem Moment keinen Reichspräsidenten; infolgedessen muß meines Erachtens dieser in Klammer stehende Satz einfach wegfallen. Ich bitte also, darüber getrennt abzustimmen.

Präsident: Wir sind noch bei § 10, dem neubeantragten Paragraphen. Die Diskussion über diesen Paragraphen ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Antrage der Herren Abgeordneten v. Payer und Genossen zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen, also als neuer § 10 angefügt.

Wir kommen nunmehr zur Einleitung und Überschrift. Dazu liegt ein Antrag von Frau Agnes und Genossen vor:

In der Überschrift das Wort „Reichsgewalt" zu ersetzen durch die Worte: „Verfassung der Deutschen Republik."

Wortmeldungen liegen nicht vor; die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrage von Frau Agnes und Genossen zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit.

Wer Einleitung und Überschrift der Vorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit; es ist so beschlossen.

Die Anregung, die der Herr Abgeordnete Gothein soeben gegeben hat, bezieht sich auf die Unterschrift des Gesetzes. Es ist da in Klammern angefügt: „Unterschrift des Reichspräsidenten unter Gegenzeichnung des Reichsministers des Innern". Wer diese Unterschrift nach dem Antrag des Herrn Abgeordneten Gothein streichen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Es ist so beschlossen.

Einige Herren haben mich ersucht, zu konstatieren, daß die Abstimmung über § 4 Satz 1 nicht einstimmig gewesen sei. Ich korrigiere damit das, was ich vorhin gesagt habe.

Die zweite Lesung ist damit erledigt. Es sind Änderungen gegen diese Vorlage vorgenommen worden; ich glaube indes, diese Änderungen sind nicht so weitgehend, daß die Übersichtlichkeit über die Vorlage irgendwie verloren gegangen wäre. Ich schlage Ihnen also vor, nicht erst eine Drucklegung dieser Änderungen abzuwarten, ehe wir in die

dritte Lesung

eintreten. Ich möchte Ihnen vorschlagen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen. (Zustimmung.) Es erfolgt kein Widerspruch; — dann werden wir so verfahren. Wir treten in die **dritte Beratung** des Gesetzentwurfs ein.

Ich eröffne die allgemeine Debatte. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Meine Herren, ich möchte bei dieser Gelegenheit mit wenigen Worten auf die Frage eingehen, auf die sich der eben angenommene Antrag Gothein bezog, die Unterschrift des Reichspräsidenten und des Reichsministers des Innern zu streichen.

Wir befinden uns in einer ganz eigentümlichen staatsrechtlichen Lage. Wir schaffen hier eine vorläufige Verfassung, und an sich ist es ja zweifellos die normale Voraussetzung für die Wirksamkeit jedes von einer parlamentarischen Versammlung beschlossenen Gesetzes, daß es verkündet wird, und erst mit der Verkündung tritt es frühestens in Kraft. Diese Verkündung setzt aber eine Regierung voraus, die zu dieser Verkündung befugt ist. Dieses Gesetz schafft aber erst die Regierung, die es verkünden könnte. Es entspricht also der natürlichen Lage der Dinge, daß die **Verkündung dieses Gesetzes** nicht erst durch die demnächst zu schaffende Regierung erfolgen kann.

Wir haben deshalb, glaube ich, vollkommen korrekt und der Eigenart der Lage gemäß gehandelt, indem wir beschlossen haben, daß dieses Gesetz in Abweichung von allen anderen normalen Gesetzen nicht erst mit seiner Verkündung in Kraft tritt, sondern schon mit seiner Annahme durch dieses Haus. Es entsteht infolgedessen nur noch die Frage, wie die Authentizität dieses Gesetzes festgestellt wird, und da müssen wir uns darüber klar sein, daß das in diesem Falle dem Präsidenten der Nationalversammlung obliegt. (Sehr richtig!) Der Präsident der Nationalversammlung hat dieses Gesetz zu unterschreiben, und mit dem Augenblick, wo wir dann hier in dritter Lesung dieses Gesetz beschlossen haben werden, wird es kraft unserer Souveränität bestehen.

Diejenigen Juristen, die sich von der Vorstellung nicht trennen können, daß es eine Art Verkündung für jedes Gesetz geben muß, mögen sich damit beruhigen, daß auch hier eine Art Verkündung stattfindet, nämlich dadurch, daß dieses Haus, dessen Öffentlichkeit ungeheuer ist, dessen Öffentlichkeit sozusagen die ganze Welt bedeutet, hier eben dieses Gesetz verkündet. Daß wir als Nationalversammlung kraft unserer gesetzgeberischen Befugnisse in der Lage sind, zu bestimmen: dieses Gesetz tritt in dem Augenblick in Kraft, wo wir es angenommen haben, ist außer allem Zweifel. Ich glaube also, daß sich auch die besorgtesten Gemüter von Juristen und Nichtjuristen — im allgemeinen scheinen ja die Nichtjuristen besorgter zu sein als die Juristen — (Heiterkeit und Widerspruch) beruhigen können, und daß unsere Beschlußfassung der Eigenart der jetzigen staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Lage in besonderem Maße entspricht. (Sehr richtig!)

Präsident: Ich glaube annehmen zu dürfen, daß es der Wille des Hauses ist, dieses Gesetz in der von dem Herrn Abgeordneten Waldstein eben angedeuteten Weise zu verabschieden und durch den Präsidenten dieses Hauses unterzeichnen zu lassen. (Zustimmung.) Die Generaldiskussion ist geschlossen.

Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich werde die einzelnen Paragraphen aufrufen und, wenn keine Wortmeldung und kein Widerspruch erfolgt, annehmen, daß Sie den Paragraphen, wie sie in der zweiten Lesung gestaltet worden sind, Ihre Zustimmung geben wollen. — Ich rufe auf § 1, — § 2, — § 3, — § 4, — § 5. — Die Paragraphen sind angenommen.

Zu § 6 hat das Wort der Volksbeauftragte Herr Landsberg.

Landsberg, Volksbeauftragter: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einige Worte, die den Zweck verfolgen, eine Legendenbildung zu verhüten. Die Mehrheit dieses Hauses hat vorhin einen Antrag Agnes und Genossen auf Offenlegung aller Verträge abgelehnt. Damit ist keine Feindschaft gegen die populäre und durchaus berechtigte Forderung der Abschaffung jeder geheimen Diplomatie zum Ausdruck gekommen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Reichsleitung steht durchaus auf dem Standpunkte, daß die Tage der **Geheimdiplomatie** gezählt sein müssen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wenn wir den § 6 so gestaltet haben, wie er Ihnen vorliegt, so ist das lediglich aus praktischen Gründen geschehen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie wollen sich folgendes vorstellen, meine Damen und Herren: wenn wir uns jetzt die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vor der Öffentlichkeit abzuschließen, so kann daraus der eine oder der andere Staat, der uns

mißgünstig gesinnt ist, die Folgerung ziehen, daß er es nun seinerseits nicht nötig hat, die Geheimdiplomatie abzuschaffen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir könnten also, wenn wir den Antrag Agnes und Genossen annehmen, das Ziel, das wir verfolgen, die Abschaffung der Geheimdiplomatie, geradezu gefährden. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Aus diesem Grunde ist Ihnen der § 6 so unterbreitet worden, wie er Ihnen vorliegt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Geehrte Versammlung, jede Volksvertetung hat die Pflicht, ein Gesetz so zu gestalten, daß es maßgebend und normengebend für jede Regierung ist, darf also nichts auf den Leib einer augenblicklich am Ruder befindlichen Regierung zuschneiden. Die Ausführung des Herrn Landsberg, daß wir durch die Bestimmung, die wir nunmehr in zweiter Lesung geschaffen haben, andere Staaten dazu bewegen könnten, auch den Boden der Geheimdiplomatie schneller zu verlassen, bedarf einer Widerlegung nicht. Soweit kennen wir die Staatsmänner der anderen Staaten auch, um uns selbst zu sagen, daß sie sich auf diesem Gebiete in keiner Weise durch eine Abstimmung im Sinne des Herrn Landsberg beeinflussen lassen werden. Anders, wenn die Deutsche Nationalversammlung als leuchtendes Vorbild auf diesem Gebiete vorangeht, so kann das auch auf die anderen Staaten anfeuernd wirken; insbesondere werden die Pazifisten, die Gegner der Geheimverträge, die Sozialisten in den anderen Ländern einen neuen Ansporn bekommen, mit ihren Regierungen ein ernstes Wort darüber zu reden, nun schneller als bisher der Geheimdiplomatie auf der ganzen Welt ein Ende zu machen. (Beiall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Volksbeauftragte Herr Landsberg.

Landsberg, Volksbeauftragter: Ich möchte den Herrn Abgeordneten Haase darauf aufmerksam machen, daß wir ja vorangehen. Wir rufen der ganzen Welt zu: Wir sind bereit, die Geheimdiplomatie abzuschaffen, wir reichen euch die Hand, schlagt ein! (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dernburg.

Dr. **Dernburg,** Abgordneter: In der Lage, in der wir heute verhandeln müssen, können wir etwas anderes nicht tun, als die Erklärung akzeptieren, die uns der Herr Staatssekretär des Äußern gegeben hat. Die Annahme des Amendements Haase macht uns unter Umständen vertragsunfähig. Wenn nämlich eine andere Regierung darauf besteht,

mit uns nur einen Vertrag zu schließen, der geheim bleiben soll, so könnten wir mit ihr keinen Vertrag schließen. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aus diesem Grunde ist es ganz unmöglich, Ihrem Standpunkt beizutreten. Im übrigen stehe ich allerdings auch für meine Person durchaus auf dem Standpunkt der Regierung.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Die Auffassung des Herrn Abgeordneten Dr. Dernburg widerspricht liberalen Anschauungen, geschweige demokratischen. Ich erinnere daran, daß der englische Minister Grey bei den Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Abgrenzung der Streitfragen in Afrika und in Kleinasien ausdrücklich erklärt hat, diese Abmachungen müßten dem englischen Parlament vorgelegt werden, weil der Minister einer liberalen Regierung einen Geheimvertrag nicht abschließen könnte. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sollte der undenkbare Fall eintreten, Herr Dernburg, daß eine Regierung verlangen würde, wir sollten mit ihr einen Geheimvertrag abschließen, dann wäre es gerade die Pflicht der deutschen Regierung, zu erklären: darauf lassen wir uns nicht ein. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk darf nicht wieder in eine Dunkelkammer geführt werden. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf — und um dieses Recht kommen wir nie mehr herum —, zu wissen, wie über sein Geschick beraten wird. Es darf nicht hinter seinem Rücken in Unkenntnis über eine wichtige, vielleicht seine ganze Zukunft gefährdende Vereinbarung mit einem anderen Staate gehalten werden.

Die Nationalversammlung begeht einen schweren Fehler, wenn sie so handelt, wie hier vorgeschlagen ist. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun noch ein Wort zu der Bemerkung des Herrn Landsberg. Er meint: wir rufen ja die anderen Staaten auf, die Geheimverträge zu beseitigen, und wir wollen es mit ihnen zu gleicher Zeit tun. — Das genügt aber nicht. Sondern tun wir einen kräftigen Schritt durch die Tat, daß Deutschland den Geheimverträgen ein Ende bereitet! Das wird den anderen Staaten zur Nachahmung dienen.

Ich bitte deswegen, Ihre bisherige Stellung zu revidieren. Ich habe allerdings keine Hoffnung, daß das geschieht.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Zöphel.

Dr. **Zöphel**, Abgeordneter: Meine Herren, durch die Verwechselung der Worte „Geheimvertrag" und „Geheimdiplomatie" wird der Gegenstand der Aussprache vollständig verschoben. Ich glaube, daß niemand im Hause, wenigstens von der Deutschen Demokratischen Partei, daran

denkt, noch irgendwelche Geheimverträge zu haben. In den Worten, die hier in der Verfassung niedergelegt sind, ist aber auch zum Ausdruck gebracht, daß kein Geheimvertrag mehr bestehen bleiben kann; denn der ganzen Welt ist damit verkündet: Verträge, die die deutsche Regierung schließt und die nicht von der Deutschen Nationalversammlung genehmigt worden sind, gelten nicht. Damit ist jedem Geheimvertrag der Boden entzogen. Durch Verwendung des Wortes „Einwilligung" im Verhältnis zu dem Begriff „Zustimmung" ist aber der Versuch entstanden, eine Legende zu bilden. Ich möchte darauf hinweisen, daß durch die Annahme der Verfassung tatsächlich auch der Geheimdiplomatie der Boden entzogen wird.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung, ich habe die starke Befürchtung, daß die guten Wirkungen, die die Reichsregierung und alle die Damen und Herren hier von dem schleunigen Abschluß dieses Verfassungswerks erwartet haben, im Ausland durch die Debatte vernichtet werden, die sich jetzt abgespielt hat (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), durch die Erklärungen insbesondere, die der Herr Abgeordnete Dr. Dernburg und vorher der Herr Volksbeauftragte Landsberg abgegeben haben. Wer ein einziges Mal während des Krieges im Ausland war, wer auch nur ein einziges Mal Gelegenheit gehabt hat, mit einem Neutralen zu sprechen, der weiß, daß der Hauptvorwurf gegen die deutsche Diplomatie und die deutsche Kriegspolitik der Vorwurf der Lügenhaftigkeit und Doppelzüngigkeit gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Für die neue Republik und für ihr erstes großes Gesetzgebungswerk handelt es sich darum, diesen Ruf zu zerstören. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Herren haben bei der Begründung der Gesetzesvorlage durchweg gesagt, namentlich mit Rücksicht auf die internationale Stellung des deutschen Volkes, des Deutschen Reichs bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sei es notwendig, daß das deutsche Volk sich sogleich eine Verfassung oder wenigstens eine vorläufige Verfassung gebe. Wenn Sie nun vor das Ausland, vor die Friedenskommission hintreten mit einem Werkzeug, das dem Deutschen Reiche wiederum den Abschluß von hinterhältigen Verträgen wenigstens in thesi möglich macht, dann setzt sich der schlechte Ruf, den leider die jetzigen Volksbeauftragten, den das neue deutsche Volk vom alten System übernehmen mußte, vom alten Regiment fort durch die Schuld der jetzigen Regierung, durch die Schuld der Nationalversammlung. Aus dieser unheilvollen Situation, die schon schlimm war und die noch viel schlimmer geworden ist durch die Erklärungen, die Herr Landsberg und Herr Dr. Dernburg abgegeben haben, gibt es nur eine Rettung und einen Ausweg: Verpflichten Sie sich gegenüber der Welt, niemals einen

Geheimvertrag abzuschließen. Wir nehmen deshalb unseren Antrag aus der zweiten Lesung auf und bitten den Herrn Präsidenten, ihn zur Debatte zu stellen.

Dasjenige, was der Herr Abgeordnete Dr. Dernburg gesagt hat, das klang für einen weniger wohlwollenden neutralen oder gar feindlichen Staat so, daß Herr Dr. Dernburg hier der Nationalversammlung und der Reichsregierung Recht und Pflicht vindiziert, sich scharf zu machen und stark zu machen gerade wieder durch den Abschluß von Geheimverträgen. Herr Dr. Dernburg sagt, man darf sich das Werkzeug zum Abschluß von Geheimverträgen nicht aus der Hand nehmen lassen, d. h. wenn ein ausländischer Staat mit uns nur einen Vertrag schließen will unter der Bedingung, daß er geheim bleibt, dann müssen wir uns auch für einen solchen Fall bereit machen. Das war der Sinn dessen, was Herr Dr. Dernburg gesagt hat, und das ist die große Gefahr, die uns jetzt droht, Herr Dr. Dernburg, die im Ausland entstehen muß, wenn Sie diese Verfälschung des neuen Geistes, den wir für uns und für die Welt haben und pflegen müssen, in die neue Nationalverfassung, in die neue Zeit aus der alten hineinnehmen. Das wollen Sie sicher nicht, und deshalb müssen Sie dafür sein, daß jede Möglichkeit zum Abschluß von Geheimverträgen uns genommen wird. Meine Damen und Herren, braucht man da wirklich handwerksmäßiger zu denken, als der Herr Staatssekretär Graf Rantzau vom handwerksmäßigen Standpunkt aus gedacht und erklärt hat? Er hat erklärt: Ich brauche dieses Werkzeug nicht, ich werde es nie anwenden. Wie es ein Nachfolger von ihm halten wird, das weiß ich nicht; aber wir wollen es dem Nachfolger unmöglich machen, unvernünftiger zu denken als der Herr Graf Rantzau.

Präsident: Das Wort hat der Herr Volksbeauftragte Landsberg.

Landsberg, Volksbeauftragter: Ich stelle diesen Ausführungen gegenüber in aller Kürze fest, daß wir für die Abschaffung der Geheimdiplomatie mehr tun als die Herren Antragsteller, denn wir wollen die Geheimdiplomatie (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) — wollen Sie mich gefälligst ausreden lassen! — wir wollen die Geheimdiplomatie überhaupt abschaffen, und Sie wollen sich darauf beschränken, die deutsche Geheimdiplomatie abzuschaffen und den andern Staaten die Beibehaltung der ihrigen zu ermöglichen. (Beifall bei der Mehrheit. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Frau Agnes und Genossen wollen ihren Antrag aus der zweiten Lesung zur dritten Lesung wieder aufnehmen. Das kann nach der Geschäftsordnung nur dann geschehen, wenn er die Unterstützung von dreißig Mitgliedern dieses Hauses erhält. Ich stelle also zunächst die Unterstützungsfrage.

Wer die Wiederaufnahme dieses Antrages unterstützen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das genügt nicht, die Unterstützung reicht nicht aus; der Antrag ist also nicht aufgenommen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Waldstein.

Waldstein, Abgeordneter: Meine Herren! Wir freuen uns des Bekenntnisses, das der Abgeordnete Cohn mit solcher Emphase zur Öffentlichkeit in der Politik hier abgelegt hat. Wir wollen hoffen, daß diese Öffentlichkeit der Politik auch den Verkehr von Diplomaten mit Fraktionen und mit einzelnen Abgeordneten in Zukunft umfassen wird (lebhafte Zustimmung) und daß auch die Abgeordneten bei allen zukünftigen Aktionen, insbesondere auch mit dem Auslande, sich einer absoluten Öffentlichkeit befleißigen werden. (Lebhafte Rufe: Sehr gut! Russisches Geld! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen schien mir das Bedauern des Abgeordneten Dr. Cohn darüber, daß unsere heutigen Verhandlungen im Auslande den erwünschten Erfolg verfehlen werden, doch wenig am Platze; denn ich habe nicht den Eindruck, daß gerade die Ausführungen der Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie — ich will nicht sagen — den Zweck verfolgten, aber zum mindesten dem Erfolg dienen konnten und sollten, im Auslande diesen Eindruck zu machen. (Sehr richtig!)

Zur Sache selbst möchte ich doch noch folgendes feststellen, um Verdunklungen der Absichten der Deutschen Nationalversammlung zu verhüten. Wir sind offenbar im ganzen Hause, zum mindesten in ganz überwältigender Mehrheit, darüber einig, daß wir möglichst bald von dem System der Geheimdiplomatie zum System der öffentlichen Verträge auf allen Gebieten des öffentlichen Rechts und des völkerrechtlichen Verkehrs übergehen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Augenblick sehnen wir alle herbei, und wir sind höchstens einer verschiedenen Auffassung darüber, ob diejenige Taktik, welche die Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie einschlagen wollen, oder diejenige Taktik, welche die Vorlage wählt, diesem Zwecke besser dient. Über diese taktische Frage mag man streiten, aber man dient den vaterländischen Interessen nur dann, wenn man feststellt, daß wir in der materiellen Frage einig sind, und wenn man nicht nach außen hin den falschen Eindruck hervorhebt, als ob die Nationalversammlung hinter einer Fassung, die sich zu dieser Auffassung bekennt, tatsächlich andere Absichten verbirgt.

Dann nur noch ein Wort bezüglich des **Begriffs der Staatsverträge.** Es hat gar keinen Zweifel, daß unter Staatsverträgen im Sinne dieses Gesetzes nicht nur solche zu verstehen sind, welche in gesetzgeberische Materien eingreifen, also in Materien, die Gegenstand der Reichsgesetzgebung sind, sondern Staatsverträge sind auch alle anderen Verträge, die sich auf dem Gebiete der Verwaltung bewegen,

also z. B. eine Vereinbarung zwischen uns und der Schweiz über den Austausch gewisser Waren während des Krieges oder ähnliche Verträge, die den Charakter internationaler Verwaltungshandlung, aber nicht internationaler Gesetzgebung haben. Daß in solchen Dingen eine absolute Publizität nicht stattfinden kann, aus rein geschäftlichen und natürlichen Erwägungen, ist ganz selbstverständlich. Schon darum verbietet sich eine andere Fassung als die vorliegende. (Sehr richtig!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dernburg.

Dr. Dernburg, Abgeordneter: Um einer Legendenbildung vorzubeugen, auf deren Schaffung es doch vielleicht abgesehen sein könnte, möchte ich sagen, daß ich an die Spitze meiner kurzen Ausführung gestellt habe, daß ich gegen jede **Geheimdiplomatie** bin. Ich habe nur den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts und den Herrn Volksbeauftragten Landsberg unterstützt, indem ich gesagt habe: jetzt ist nicht der Zeitpunkt; und diese Unterstützung habe ich aus der Tatsache hergezogen, daß es nicht möglich ist, einen internationalen Vertrag zu schließen, wenn die eine Seite es ablehnt, einen solchen Vertrag zu veröffentlichen, und die andere Seite gesetzlich dazu gezwungen ist. Das ist eine Realität. (Zuruf von der Unabhängigen Sozialdemokratie: Also wollen Sie — —!) — Warten Sie doch! (Heiterkeit.) Sobald der Völkerbund mit den Zielen des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, fällt diese Sache von Natur. Heute haben Sie ihn nicht. Aber durch die Anschwärzung des Deutschen Reichs oder eines Teils dieses Hauses, daß es einer faulen Geheimdiplomatie das Wort rede, werden Sie den Völkerbund nicht fördern! (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Die Herren Dernburg und Waldstein haben im Verlauf des Krieges oft genug erfahren, daß das neutrale uns wohlgesinnte Ausland — (Rufe: Wo ist das?) — Haben Sie in der Schweiz, haben Sie in Schweden und Holland nicht etwa uns wohlgesinnte weite Kreise der Bevölkerung gehabt? Wollen Sie das bestreiten? — Nachdem ich diesen Zwischenruf zurückgewiesen habe, sage ich: die Herren haben wiederholt im Verlaufe des Krieges die Beobachtung machen müssen, daß die uns wohlgesinnten Kreise des neutralen Auslands sehr gut verstanden haben, unsere Beschlüsse richtig zu interpretieren. Sie würden auch, wenn über den § 6 gar keine Debatte stattgefunden hätte, erkannt haben, daß Sie die Geheimdiplomatie heute nicht erst abschaffen. Wir brauchten hierauf nicht erst aufmerksam zu machen. Dagegen haben wir erfahren, daß gerade Ausführungen, die von den Bänken der Unabhängigen Sozialdemokraten kamen, im neu-

tralen Ausland oft Verständnis gefunden haben und daß wir damit dem deutschen Volke einen Dienst erwiesen haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir werden uns von dieser Auffassung auch in Zukunft nicht abbringen lassen. Die Äußerung des Herrn Dernburg, daß auf den Bänken meiner Fraktion die Absicht bestehe, eine Legendenbildung herbeizuführen, weise ich mit einer Handbewegung, wie sie es verdient, zurück. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Präsident: Die Diskussion über den § 6 ist damit geschlossen. Anträge liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen, die dem § 6 ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) § 6 ist angenommen.

§ 7, — § 8, — § 9, — § 10, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der jetzt vorliegenden Fassung seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz ist mit großer Mehrheit angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte, noch einen Beschluß zu fassen, der Ihren Präsidenten ermächtigt, dies Gesetz zu unterzeichnen. Wer in diesem Sinne beschließen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist mit großer Mehrheit beschlossen. (Rufe: einstimmig!) — Einstimmig war es wohl nicht, aber beinahe einstimmig. (Widerspruch und Zurufe: Gegenprobe!) Ich bitte, die Gegenprobe zu machen. (Sie erfolgt.) Es ist also einstimmig beschlossen. (Bravo!) [1])

Das Wort hat zu einer Erklärung der Herr Volksbeauftragte Scheidemann.

Scheidemann, Volksbeauftragter: Meine Damen und Herren, nachdem die Nationalversammlung zusammengetreten ist und die provisorische Verfassung verabschiedet ist, ist die geschichtliche Mission, die uns als vorläufiger Regierung zugefallen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution

[1]) Demgemäß ist dieses erste von der verfassunggebenden Nationalversammlung angenommene Gesetz von ihrem damaligen Präsidenten David unterzeichnet.

Das Gesetz ist in Nr. 33 des Reichsgesetzblattes, ausgegeben in Berlin, den 11. Februar 1919 (S. 169 ff.), veröffentlicht. Wir bringen es unten anschließend als Anlage.

Die gegenüber dem Entwurf von der Nationalversammlung beschlossenen Änderungen ergeben sich aus einem Vergleich der nachfolgenden Anlage mit diesem Entwurf (oben S. 25/26).

empfangen hatten, hiermit in Ihre Hände. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, ohne Regierung können wir nicht sein. Ich möchte deshalb den Vorschlag machen, daß wir die Herren ersuchen, ihre Ämter so lange weiter zu führen, bis auf Grund der vorläufigen Verfassung ein Reichspräsident gewählt und ein Reichsministerium gebildet ist. (Beifall.)

Präsident: Ich nehme an, daß das dem Willen des Hauses entspricht. — Ich konstatiere das. Das Wort hat der Herr Volksbeauftragte Scheidemann.

Scheidemann, Volksbeauftragter: Ich habe für meine Kollegen in der Regierung zu erklären, daß wir bereit sind, dem Wunsche des Hauses nachzukommen. (Bravo!)

Präsident: Wir kommen zur Festsetzung der nächsten Tagesordnung. Ich schlage vor, die nächste Sitzung zu halten Dienstag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, und als einzigen Punkt der Tagesordnung:

Wahl des Reichspräsidenten.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Anlage.

Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt. Vom 10. Februar 1919.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2.

Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Abs. 4 der Zustimmung eines Staatenausschusses. Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

In dem Staatenausschusse hat jeder Freistaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner eine Stimme, wobei ein Überschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaats gleichkommt, einer vollen Million gleichgerechnet wird. Kein Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten sein. Den Vorsitz im Staatenausschusse führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutsch-Österreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenausschusse mit einer dem Abs. 2 entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschusse nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3.

Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierung vertreten.

§ 4.

Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Übereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatenausschusse zustande. Ist eine solche Übereinstimmung nicht zu erzielen, so kann der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeiführen.

§ 5.

Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21 bis 23, 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß Artikel 21 auch auf Soldaten Anwendung findet.

§ 6.

Die Geschäfte des Reichs werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbunde mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß §§ 1 bis 4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichs-Gesetzblatt zu verkünden.

§ 7.

Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritte des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der künftigen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8.

Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Heeresleitung unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9.

Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister.

Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

§ 10.

Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen Gesetze sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Mitwirkung des Reichstags bedurften, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.

Weimar, den 10. Februar 1919.

Der Präsident der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

David.

5. Sitzung.

Dienstag den 11. Februar 1919.

Ebert wird zum Reichspräsidenten gewählt.

Geschäftliches, Mitteilung eingegangener Begrüßungstelegramme.

Wahl des Reichspräsidenten: Ebert mit 277 von 328 Stimmen.

Präsident David: begrüßt den neuen Reichspräsidenten, rühmt dessen Verdienste um den ruhigen Verlauf der deutschen Revolution. —

Ebert, Reichspräsident: Wird als Beauftragter des ganzen Volkes handeln. — Betont Bedeutung der Arbeiterklasse. — Keine Freiheit ohne staatliche Ordnung. — Freies Selbstbestimmungsrecht nach innen und außen. — Friede nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Dr. David eröffnet.

Präsident: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

An Stelle des Herrn Abgeordneten Saenger (24. Wahlkreis) ist der Herr Abgeordnete Mauerer eingetreten.

Von den rheinischen Abgeordneten ist mir ein Antrag auf Herstellung besserer Zugverbindungen nach dem Rheinlande usw. zugegangen. Das Erforderliche in dieser Hinsicht werde ich veranlassen.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Dusche, Sollmann für 5 Tage, Kraetzig für 8 Tage, Astor für 1 Tag. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Gruber für 4 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich den Herrn Schriftführer, noch einige Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

An die Deutsche Nationalversammlung in Weimar.

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs hat schon vor der Revolution das gebieterische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.
2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfange bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Innen- und

Außenentwicklung der Deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preußische Vorherrschaft beseitigt worden ist.

3. Die planvolle Verwertung der revolutionären Organisationen (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitlich wirkender Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands hat die Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.
4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum so starke Ansprüche auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der neuen Republik — und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung —, daß die Entwicklung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet erscheint und die möglichst rasche Erholung von den Schlägen des Weltkrieges und des wahrscheinlichen Friedensvertrages durch einzelstaatliche Zersplitterung verhindert zu werden droht.
5. Neben der Eingliederung der Arbeiter- und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands, die schädliche Wiedererstarkung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Geltendmachung landsmannschaftlicher Selbstverwaltungs- und Kulturinteressen hinausgeht, auf das entschiedenste zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.
6. Der Reichsnationalversammlung liegt es ob, den Neuaufbau Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten sowie die territoriale Neugliederung des ganzen deutschen Gebietes vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen, beschränkt werden.
7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der Deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme.
8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz, betreffend Regelung der Kommandogewalt, überwiesene Stellung als oberste Berufungsinstanz für die Soldatenräte so lange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik
Max Cohen.

Wien.

Der Akademische Senat hat in der Sitzung vom 4. Februar 1919 folgende Kundgebung beschlossen:

Der Akademische Senat spricht sich einstimmig für den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland aus. Im Augenblick, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker sich überall siegreich durch-

setzt und zur Neukonstituierung Europas auf rein nationaler Grundlage führt, können auch die Deutsch-Österreicher nicht länger von der Gesamtheit des deutschen Volkes getrennt bleiben. Die Vereinigung wird nicht nur das durch die politische Entwicklung der letzten zwei Menschenalter gerissene Band zwischen dem deutschen Volke in Österreich und dem Deutschen Reich wieder knüpfen, sie wird auch gleichermaßen durch allgemein politische, wirtschaftliche und kulturelle Erwägungen unabweislich gefordert.

Ich beehre mich, hiervon mit dem Ersuchen Mitteilung zu machen, diese Kundgebung der deutschen Nationalversammlung zur Kenntnis zu bringen.

Der Rektor der Universität Wien
F. Becke. (Beifall.)

Stuttgart, 3. Februar 1919.

Die Verfassunggebende Landesversammlung für Württemberg hat in ihrer Sitzung vom 1. Februar einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die Verfassunggebende Landesversammlung, als die aus freien Wahlen hervorgegangene Vertretung des württembergischen Volkes, gibt den Gefühlen der tiefen Enttäuschung und der wachsenden Empörung Ausdruck über die grausame Behandlung, die das Deutsche Reich bei den Waffenstillstandsverhandlungen erfahren hat. Im vollen Vertrauen auf die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegten Grundsätze, in denen ein dauerndes, friedliches Zusammenleben der Völker Leitgedanke und Ziel war, hat Deutschland um einen Waffenstillstand gebeten. Es hat alle ihm auferlegten Bedingungen, auch die drückendsten, in loyalster Weise erfüllt, soweit sie überhaupt erfüllbar waren. Trotzdem bringt jeder Tag neue Verschärfungen der Waffenstillstandsbedingungen und neue Übergriffe des Feindes, die ebensoviele Verletzungen der Wilsonschen Grundsätze darstellen. Wenn die Friedensbedingungen von dem gleichen Geiste des Siegesübermutes diktiert werden, so wäre dies eine nie zu tilgende Schmach auf den Namen großer Völker, eine Vernichtung der Gerechtigkeit und des guten Glaubens im Leben der Menschheit. Dann würde unser deutsches Land das Herrengut und unser Volk der Fronsklave unserer Feinde, in seinem Herzen aber würde die furchtbare Saat des Völkerhasses gesät, die neue Rüstungen, neue Kriege und den Untergang der europäischen Kultur notwendig erzeugen muß.

In dem Kampfe gegen die drohende Vergewaltigung stellt sich die Landesversammlung und das württembergische Volk geschlossen hinter die Reichsregierung und die Nationalversammlung. Sie fordert beide auf, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbehauptung, auf Freiheit und auf eigenes wirtschaftliches und geistiges Leben bei den Friedensverhandlungen mit allen Kräften zu verteidigen, die durch entwürdigende Unterdrückung in einem großen Volke wachgerufen werden. Die württembergische Landesversammlung ruft die Stimme der Ehrlichkeit in der ganzen Welt für den versprochenen Frieden der Gerechtigkeit auf, dessen die gequälte Menschheit bedarf.

Ich beehre mich, der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung von diesem Beschluß Kenntnis zu geben.

Der Präsident: Keil. (Lebhaftes Bravo.)

Aigen (Oberösterreich).

Der Gau Böhmerwald, der als Teil Deutsch-Österreichs sich durch Professor Hartmann vertreten erklärt, entbietet der Nationalversammlung brüderlichen Gruß. Wir deutschen Böhmerwälder beugen uns nicht dem tschechischen Joche. Wir wollen an der Seite unserer deutschen Brüder in Deutsch-Österreich und Deutschland frei unsere Zukunft selbst bestimmen, die niemals im tschechischen Staate liegen kann. Dies schwören wir aufs neue.

Gau Böhmerwald. (Lebhafter Beifall.)

Krems (Donau).

Die Stadtverwaltung Krems dankt der Deutschen Nationalversammlung für ihre Kundgebung für den Anschluß Deutsch-Österreichs an die deutsche Republik, welche hier begeisterten und jubelnden Widerhall gefunden hat, und sieht darin den Anbruch der Morgenröte einer glückverheißenden Zukunft nach schwerer, trüber, trüber Zeit. Eine von Männern und Frauen jeden Standes und jeder Parteirichtung massenhaft besuchte öffentliche Versammlung, welche hier am 9. Februar stattfand, bekundete einmütig den unbeugsamen Wunsch der hiesigen Bevölkerung nach baldigster Durchführung des Anschlusses und antwortet auf die Bekundung brüderlicher Gesinnung mit einem brausenden: Es lebe das republikanische Groß-Deutschland, die Erfüllung eines jahrhundertelangen Traumes vieler Geschlechter!

Der Stadtvorstand Krems. (Bravo!)

Innsbruck.

Deutsche des besetzten Südtirols entbieten ihren Brudergruß. Vergeßt es nicht, daß wir seit einem Jahrtausend dem Deutschtum treue Wacht im Süden halten. Groß ist die Gefahr für unsere Bergheimat, und heiß ist unsere völkische Not. Vergeßt uns nicht!

Deutsch-Südtirolische Volksvertreter aller Parteien:
Kraft, Dr. Reut, Nikolussi, Pregant. (Lebh. Beifall.)

Berlin.

Die am 9. Februar in Berlin versammelten Vorstände kaufmännischer Angestelltenverbände Deutschlands, zugleich die Vertreter der überwiegenden Mehrzahl der organisierten deutschen Angestellten überhaupt, begrüßen in dankbarer Begeisterung die Kundgebungen der Nationalversammlung für Deutsch-Österreichs staatliche Vereinigung mit dem Reiche. Gerade in den weit über die Reichsgrenzen hinausgreifenden kaufmännischen Berufsorganisationen ist das Bewußtsein der großen deutschen Volksgemeinschaft jederzeit lebendig gewesen. Durch ein frei von inneren Schranken wieder aufzubauendes starkes und einiges Staatswesen, mit den österreichischen Volksgenossen verbunden, werden wir an unserem Teile alles tun, trotz einem Jahrtausend voll unerhörter Prüfungen den Glauben unseres Volkes an ein größeres und schöneres Deutschland stark zu erhalten.

Bechl (Hamburg), Carlsohn (Leipzig), Dr. Enke (Hamburg), Fürstenberg (Berlin), Reif (Leipzig), Sommer (Berlin) Dr. Thissen (Berlin). (Bravo!)

Stuttgart.

In überaus schwerer Zeit ist nunmehr die vom deutschen Volk dringend geforderte Nationalversammlung auf Weimars denkwürdigem Boden zusammengetreten. Die ungeheuren Anstrengungen und Entbehrungen eines übervierjährigen Weltkrieges, die an seinem unglücklichen Ausgang stehenden, tiefgehenden politischen Umwälzungen und Wirren und nicht zuletzt die auf eine wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands hinzielenden unerhörten feindlichen Waffenstillstandsbedingungen bringen die furchtbare Gefahr eines völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Reichs von Tag zu Tag näher. Von der aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung erwartet das deutsche Volk den Ausdruck einmütigen starken Willens und entschiedenes Handeln gegenüber dem äußeren Feinde wie gegenüber den inneren Widerständen und gewaltsamen Störungen der Neuordnung des staatlichen Lebens und des Wiederaufbaues unserer Wirtschaftsverfassung. Tritt die Nationalversammlung, wie wir vertrauen, kraftvoll und geschlossen, „furchtlos und treu" für die politische und wirtschaftliche Selbsterhaltung des Reiches ein, so darf sie rückhaltloser Zustimmung und Unterstützung der weit überwiegenden Mehrheit des Volkes gewiß sein. Bitter not tut uns ein baldiger Friedensschluß, um den insbesondere von französischem Machthunger und Haß ausgehenden unwürdigen Bestreben, ein von Hungerblockade, Entbehrungen und äußersten Kraftanstrengungen erschöpftes Volk durch Unterbindung aller wirtschaftlichen Blutadern vollends zum Erliegen zu bringen und ihm alsdann einen Gewaltfrieden aufzuerlegen, ein Ende zu machen. Schwer leidet das mit tausend Fäden aufs engste mit der Weltwirtschaft verflochtene Reich unter der gewaltsamen mehrjährigen Abschließung vom Ausland. Nicht minder hart werden weite Wirtschaftsgebiete des Vaterlandes, darunter namentlich Südwestdeutschland, durch die Unterbindung des Verkehrs mit den unentbehrlichen deutschen Kohlen-, Rohstoff- und Absatzgebieten in Rheinland-Westfalen und den benachbarten linksrheinischen Gebieten in Mitleidenschaft gezogen, ja, in ihrer industriellen Weiterarbeit unmittelbar bedroht. Gleiche Gefahren bestehen für den Osten und Norden des Reichs. Seit einem halben Jahrhundert sind die verschiedenen Wirtschaftsgebiete des Reichs zu einer organischen Einheit zusammengefaßt. Die einzelnen Teile sind auf einander angewiesen und können nicht ohne Gefahr für das Ganze von einander wieder geschieden werden. Von diesen Gesichtspunkten aus erwarten die württembergischen Handelskammern, daß die Nationalversammlung Einspruch gegen jeden Versuch erhebt, den Bestand des Deutschen Reiches einschließlich seines für die industrielle Rohstoffversorgung und Ernährung wie für das deutsche Siedlungswerk unentbehrlichen Kolonialbesitzes anzutasten. Aufgabe der Nationalversammlung wird weiterhin sein, durch die neue Reichsverfassung jeder Art von Diktatur ein Ziel zu setzen, wieder geordnete Verhältnisse in Gesetzgebung und Verwaltung zu schaffen und die einzelnen Teile des Reiches noch fester als bisher zu einem geschlossenen Wirtschaftsganzen zusammenzuschweißen. Den einer solchen straffen wirtschaftspolitischen Vereinheitlichung etwa noch immer entgegenstehenden partikularistischen Hemmungen wie auch jedem Versuch zur weiteren Zersplitterung oder gar Absplitterung einzelner bundesstaatlicher Gebiete muß in der Verfassung entgegengetreten werden. Als einer der bedeutendsten Hebel zur dauernden Kräftigung des deutschen Wirtschaftslebens und zur Erhöhung unserer wirtschaftlichen Schlagfertigkeit in dem überaus

schweren Konkurrenzkampf der nächsten Zukunft erachten die württembergischen Handelskammern die in der Reichsverfassung zu gewährleistende volle Vereinheitlichung des Eisenbahn- und Binnenschiffahrtswesens. Andererseits darf die durch die Reichsverfassung zu sichernde kraftvolle Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte des Reiches nicht zu einer bevormundenden Überzentralisierung und zur Ausschaltung frischer Selbstbetätigung wie wirtschaftlicher Initiative der einzelnen Glieder des Reiches führen. Dringendes Gebot der Stunde erscheint ferner, daß die Industrie und Handel noch immer in erheblicher Weise auferlegten Fesseln kriegswirtschaftlicher Natur durch beschleunigten Abbau beseitigt und damit jeder einzelne zu höchster Leistung angespornt, der reiche Schatz kaufmännischen Könnens, kaufmännischer Erfahrung und unbegrenzter alter Geschäftsverbindungen, insbesondere auch nach dem Ausland, voll ausgewertet werden.

Die unendlich schwierige Aufgabe des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens kann indes nur gelingen, wenn die derzeitigen, nicht nur die Konkurrenzfähigkeit, sondern geradezu den Weiterbestand unserer Wirtschaftsverfassung gefährdenden und damit Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich schädigenden unhaltbaren Arbeits- und Produktionsbedingungen wieder auf eine gesunde Grundlage gestellt werden. Hierzu bedarf es der Selbstbestimmung aller beteiligten Kreise, rastloser Arbeit und streng ökonomischer Wirtschaftsweise. Möge die Nationalversammlung die Gesamtheit des Volkes zu solcher für die Existenz und die Zukunft des Vaterlandes unentbehrlichen Zusammenfassung aller Kräfte zu rastlosem Wiederaufbau machtvoll aufrufen!

Im Namen der acht Württembergischen Handelskammern:
Der Vorort des Württembergischen Handelskammertags,
Handelskammer Stuttgart:
Adolf Schiedmeyer, Dr. Klien.

Hamburg, den 10. Februar.

Trotzdem in Hamburg Ruhe und Ordnung herrscht, werden planmäßig weiter Lügennachrichten über die angebliche Zerfahrenheit der hamburgischen Zustände verbreitet. Besonders schamlos schwindeln die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“. (Lachen.)

Die Drahtzieher dieses Preßtreibens suchen offenbar nach einem Vorwand, um Hamburg zu besetzen, ein Blutvergießen unter der Hamburger Arbeiterschaft anzurichten und durch Militarisierung Hamburgs und der Nordseeküste die Reaktion wieder aufzurichten. Wir verlangen eine sofortige Untersuchung dieser konterrevolutionären Umtriebe und ersuchen Sie, dieses Telegramm zur Kenntnis der Nationalversammlung zu bringen.

Die Vertreter der Unabhängigen im A.- und S.-Rat in Hamburg:
Dr. Herz, Kalweit, Rieper.

Präsident: Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die

Wahl des Reichspräsidenten.

Die Wahl wird durch Stimmzettel erfolgen. Ich bitte Sie also, den Namen des zu Wählenden auf einen Zettel zu schreiben. Die Herren

Schriftführer bitte ich, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E. (Der Namensaufruf erfolgt.) Das Alphabet wird wiederholt. (Geschieht.) Die Wahlhandlung ist geschlossen. Ich bitte die Herren Schriftführer, das Ergebnis der Wahl festzustellen. (Geschieht.)

Präsident: Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Abgegeben wurden 379 Zettel, davon waren ungültig, weiß 51, bleiben gültige Stimmen 328. Die absolute Mehrheit davon ist 165. Es haben gültige Stimmen erhalten: Ebert 277, Graf von Posadowsky 49, Scheidemann 1, Erzberger 1. (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete und seitherige Volksbeauftragte Fritz Ebert ist somit zum Präsidenten des Deutschen Reichs gewählt. (Lebhafter Beifall.) Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Ebert, Abgeordneter: Herr Präsident, ich nehme die Wahl zum Reichspräsidenten mit Dank an.

Präsident: Meine Damen und Herren, zum erstenmal hat sich das deutsche Volk ein Oberhaupt aus freier Selbstbestimmung gegeben. **Der neue Reichspräsident** ist der Erkorene der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Die einzige Quelle seines Rechts ist der Wille des Volkes (bravo!), auf ihm allein beruht die Macht und die Würde seiner Stellung. Somit hat das Reich zum erstenmal ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Lebhafter Beifall.) Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht. An seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer. (Sehr richtig! links.)

Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffes zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten inner- und außerpolitischen Sturmes bewiesen. (Sehr richtig links.) Es war wahrlich kein leichtes Erbe, das Herr Ebert am 9. November beim Rücktritt des Prinzen Max von Baden antrat. (Sehr wahr! links.) Selten wohl in der Weltgeschichte ist einer Staatsleitung eine schwerere Aufgabe zugefallen. (Sehr richtig! links.) Man vergegenwärtige sich den jähen Zusammenbruch des alten Systems, gleichzeitig draußen und im Innern, die völlige Niederlage nach vier Jahren Krieges mit allen den Gefahren und Schrecken, mit allen den Zerrüttungen und Wirrnissen, die die Folge sein mußten. Dazu die innere Gefahr, daß die in den Novembertagen fast ohne Kampf vollzogene Staatsumwälzung in einen wilden Bürgerkrieg ausarte. (Sehr richtig! links.)

In dieser gefahrenschwangeren Schicksalsstunde des deutschen Volkes trat Ebert an die erste Stelle. Daß die deutsche Re-

volution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in ein blutiges Chaos, zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung (lebhafte Zustimmung links — Widerspruch und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß sie nicht in Deutschland, wie in Rußland, zur furchtbarsten Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum guten Teil das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen haben. (Lebhafter Beifall links.)

So darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß es der bewährten politischen Klugheit, der Tatkraft, der Willensfestigkeit seines an die erste Stelle berufenen Mannes gelingt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor jeder Gefahr, möge sie kommen, woher sie mag, von rechts oder links. (Erneutes lebhaftes Bravo links.)

Wir dürfen gewiß sein, daß der neue Reichspräsident jedem Versuch, an Stelle des Willens der Volksmehrheit die gewalttätige Diktatur einer Minderheit zu setzen, mit aller Macht entgegentreten wird. (Lebhaftes Bravo links.) Die Demokratie wird in ihm einen starken Hort haben. (Bravo!)

So möge denn die frohe Kunde hinausklingen in die deutschen Lande: ein volkserwählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke (bravo!), ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen (bravo!), ein Mann, erfüllt von starkem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern und nach außen. (Lebhafter Beifall.)

Die Nationalversammlung begrüßt den Präsidenten des Reichs und setzt ihn ein in seine hohen Rechte. Möge er sie wahrnehmen im Geiste dieser Versammlung der frei gewählten Vertreter des freien deutschen Volkes! (Stürmischer andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Das Wort hat der Herr Reichspräsident.

Ebert, Reichspräsident: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zunächst für die freundlichen Worte Ihres Herrn Präsidenten danke. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Der Ruf, den Sie soeben an mich richteten, ist ein Ruf zur Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr denn jemals jeder Deutsche auf dem Platz, auf den er gestellt wird, seine Schuldigkeit zu tun hat. (Bravo!) Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen (bravo!). niemand zuliebe und niemand zuleide. (Bravo!)

Ich gelobe, daß ich die Verfassung der Deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. (Bravo!). Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen

Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. (Bravo!)

Ich bekenne aber auch, daß ich ein **Sohn des Arbeiterstandes** bin (bravo! bei den Sozialdemokraten), aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Ueberzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertrauten, haben Sie — ich weiß es — keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft. (Bravo!)

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Verringerung und Abtragung der **Vorrechte der Geburt.** (Sehr richtig! links.) Jetzt hat das deutsche Volk dieses Vorrecht auf dem Gebiete der Politik restlos beseitigt. Und auch auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen, im Rahmen des menschlich Möglichen, den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäck aufzuladen.

Mögen wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchführen läßt: das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns allen inne wohnen.

Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. (Lebhafte Zustimmung.) Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. (Zustimmung und Beifall.) Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dem Gewaltsprinzip zwischen den Völkern haben wir feierlich abgesagt; auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung komme. Niemand soll in den Verband der deutschen Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt. (Lebhafter Beifall.)

Nur auf das freie **Selbstbestimmungsrecht** wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen. Wir können aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß man unseren Brüdern die Freiheit der Wahl raubt. (Bravo!)

Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. (Lebhafter Beifall.)

Den **Frieden** zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit sondern Kulturfreiheit werde (bravo!), das sei unseres Strebens Ziel. (Erneutes Bravo.)

Ich weiß, daß die Kraft eines einzelnen, wo immer er auch stehe, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes vereinigt. Ein so hartes Geschick unser Volk auch getroffen hat: an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Unser Volk hat sich in großer Bewegung Licht und Luft geschaffen, es wird sich auch durchsetzen draußen in der Welt und zu Hause. (Lebhafter Beifall.)

Die Tüchtigkeit der Männer der Volkswahl, die Ehrlichkeit ihres Strebens und die Reinheit ihres Wollens müssen den Beweis für die Richtigkeit des großen Prinzips der Selbstregierung erbringen.

Alle diese Forderungen stellen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes. Und so, meine Damen und Herren, rufe ich: Unser deutsches Vaterland, unser deutsches Volk, sie leben hoch! — hoch! — hoch!

(Die Nationalversammlung, die sich erhoben hat, stimmt begeistert in das dreimalige Hoch ein.)

Präsident: Meine Damen und Herren, damit ist der einzige so wichtige Gegenstand unserer Tagesordnung erledigt.

Wir schreiten zur Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung. Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 29 Minuten.)

6. Sitzung.

Donnerstag den 13. Februar 1919.

Erklärung der neuen Regierung über ihre Innen- und Außenpolitik.

Mitteilungen über: Amtsniederlegung des Präsidenten Dr. David; über Berufung des Reichsministeriums; über Mandatsniederlegung des Reichspräsidenten Ebert; eingegangene Begrüßungen.

Geschäftliches, Eingaben usw.

Erklärung der neuen Reichsregierung und ihre Besprechung.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Mitteilung der Regierungserklärung. — Ausführungen über: Ertüchtigung. — Beamtenfragen. — Beschwerderecht der Soldaten. — Bekenntnis zu dem Gedanken der Volksherrschaft. — Begrüßung der Frauen. — Tragik des Zusammenbruchs. — Übernahme der provisorischen Regierung; Fehler der Kombination. — Gegen Diktatur der Handgranaten. — Reines Gewissen. — Vor der Geschichte in Ehren. — Wilson-Frieden. — Selbstbestimmungsrecht auch für das deutsche Volk. — Protest gegen Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. — Vorläufige Verfassung: Wehrwesen, Reichsganzes, Gesellschaftsordnung. Bahn frei!

Gröber (Z.): Leitstern Pflichterfüllung gegen Volk und Vaterland. — Friede und Ordnung. Brot und Arbeit. — Wilsons Grundsätze; der deutsche Westen und Osten. — Soldatenräte. — Freiheit der Religionsübung. — Alle Obrigkeit von Gott. — Starke Regierung. — Arbeitsprogramm ein Koalitionsprogramm. — Revolution unnötig. Demokratisierung auf dem Wege. — Republik, Unitarismus, Deutsch-Österreich. — Neuaufbau; Pflicht zur Arbeit.

D. Naumann (D. D.): Nur Mehrheitsregierung der Sozialdemokratie mit Demokratie möglich. — Keine Klassen, ein Volk! — Geschichtliches Verdienst und Versagen der Monarchie. — Auf dem Wege zur Demokratisierung. — Härte der Feinde; Zweifel an Humanität. — Auslieferung der Handelsflotte. — Selbstbestimmung der Nationen: Elsaß, Nordböhmen. — Neubau, Ordnung, keine theoretischen Experimente.

Erzberger, Reichsminister: Mitteilung über die Waffenstillstandsverhandlungen. Handelsflotte. Politik der Risiken können wir uns nicht leisten.

Vertagung. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 17 Minuten durch den Vizepräsidenten Haußmann eröffnet.

Vizepräsident **Haußmann:** Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Es ist mir folgendes Schreiben zugegangen:

Weimar, den 13. Februar 1919.

An den Herrn Vizepräsidenten der Nationalversammlung, Abgeordneten Konrad Haußmann.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Infolge meiner Berufung in die Reichsregierung sehe ich mich genötigt, das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung niederzulegen.

Ich bitte Sie, die Leitung der Geschäfte bis zu einer Neuwahl zu übernehmen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Dr. Eduard David.

Es ist weiter folgendes Schreiben eingegangen: An den Herrn Präsidenten der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beehre mich, von der Berufung des Reichsministeriums gemäß § 8 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt Mitteilung zu machen:

Präsident des Reichsministeriums: Scheidemann,
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Schiffer,
Reichsminister des Auswärtigen: Graf Brockdorff-Rantzau.
Reichsminister des Innern: Dr. Preuß,
Reichsarbeitsminister: Bauer,
Reichswirtschaftsminister: Wissell,
Reichsernährungsminister: Robert Schmidt,
Reichsjustizminister: Landsberg,
Reichswehrminister, dem auch das Reichsmarineamt unterstellt wird: Noske,
Reichskolonialminister: Dr. Bell,
Reichspostminister: Giesberts,
Reichsminister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger, Gothein,
Reichsminister des Demobilmachungsamtes, das nur ein provisorisches Amt ist und mit dem Abschluß der Demobilisation abgebaut wird, gehört dem Reichsministerium nicht an, der Leiter des Amts, Herr Staatssekretär Dr. Köth, wird aber ebenfalls den Amtstitel eines Reichsministers des Demobilisationsamts führen.

Der Reichspräsident
Ebert.

Der Herr Reichspräsident Ebert hat sein Abgeordnetenmandat für die Nationalversammlung niedergelegt. Das Erforderliche ist zu veranlassen.

Es sind Eingaben eingelaufen, die ich zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter **Fischer** (Berlin):

Wir am 9. Februar in Plauen versammelten Vertreter des deutsch-österreichischen Volksbundes für Sachsen und Thüringen, der gleichen Verbände von Bayern und Württemberg und der Vertrauensmänner aus ganz Deutschland sowie die Männer- und Frauenortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande begrüßen die National-

versammlung zu Weimar und erwarten von ihr, daß sie im Sinne der vom Volksbeauftragten Ebert und dem Präsidenten Dr. David der Nationalversammlung in Weimar abgegebenen, von allen Deutsch-Österreichern freudigst begrüßten Erklärungen raschestens jene Voraussetzungen schafft, welche den restlosen Anschluß Deutsch-Österreichs an die großdeutsche Republik zu sichern geeignet sind.

Wir fordern ferner, daß den im Deutschen Reiche lebenden Deutsch-Österreichern ehestens das deutsche Staatsbürgerrecht verliehen wird.

Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß die Nationalversammlung jede zwangsweise Angliederung deutschen Volksgebietes an fremde Staaten mit allen Mitteln verhindert und mit gleicher Entschiedenheit gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen Frankreichs und Polens Einspruch erhebt.

Für den deutsch-österreichischen Volksbund Ortsgruppe Plauen:
Emil Rösler.

Meseritz.

Die Bevölkerung der fast reichsdeutschen Westkreise der Provinz Posen sieht mit bangen Sorgen polnische Banden bereits innerhalb ihrer Grenzen wüten, nur mühsam von den Grenzschutztruppen mit wechselndem Erfolge aufgehalten. Täglich fließt deutsches Blut unter viehischen Roheiten der Polen. Wir blicken voll Vertrauen auf die Nationalversammlung in der Hoffnung, daß es ihr endlich gelingen wird, Ordnung in unserer Heimatprovinz zu schaffen. Verhandlungen mit treulosen Polen sind zwecklos. Mobilmachung aller Waffenfähigen in den noch deutschen Kreisen der Provinz und energische militärische wie politische Führung erscheint unerläßlich zu unserem Schutze. Wir verlangen dringend sofortige Hilfe.

Die Vereinigten Deutschen Volksräte der Westkreise Posens.
J. A.: Henschke (Meseritz).

Präsident: Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten D. Dr. Kahl, Kürbis für 2 Tage, Vogel, Dr. Braun (Franken) für 3 Tage, Müller (Potsdam) für 4 Tage, Beuermann, Dr. Stresemann, Voigt (Breslau) für 5 Tage, Sivkovich für 8 Tage; ferner den Herren Abgeordneten Müller (Fulda) für 5 Tage vom 14. Februar ab, Bahr für 3 Tage vom 15. Februar ab.

Entschuldigt sind die Herren Abgeordneten Schäfer und Pokorny.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand derselben ist die

Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Das Wort hat der Herr Präsident des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hatte mich mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Aus den Mitteilungen, die der Herr Präsident soeben hier gemacht hat, haben Sie ersehen, daß sich das neue

Ministerium unter meinem Präsidium bereits konstituiert hat. Ich kann darauf verzichten, die Namen nochmals zu verlesen; Sie haben sie bereits gehört. Ich will nur hinzufügen, daß diesem Kabinett auch der preußische Herr Kriegsminister ohne Stimmrecht angehören wird.

Das **Programm des Reichsministeriums** für die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft erlaube ich mir Ihnen vorzutragen.

Die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt.

Festigung der Einheit des Reichs durch eine starke Zentralgewalt. Einheitliche Führung der Außenpolitik, einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

I. Außenpolitik.

1. Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten an den Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jeden Gewaltfriedens.

2. Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebiets.

3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen. (Bravo!)

4. Gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund. Gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung. Obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

II. Innenpolitik.

1. Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Bevorzugungen bei der Besetzung von Beamtenstellen. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben.

2. Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen. (Bravo!) Ertüchtigung der Jugend.

3. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres zum Schutz des Vaterlandes unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantine), Urlaub und Unterbringung sowie bei Beschwerden. Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrgangs 1899. Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere.

Für die Übergangszeit Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben.

4. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

5. Einheitliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Verkehrswesens unter voller Wahrung des Reichsinteresses. Das Reich hat in engster Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohle des ganzen Volkes entwickelt. Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden.

6. Rationierung und Höchstpreise werden für notwendige Lebensmittel, und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, vorerst aufrecht erhalten. Die Freigabe der Verteilung der Lebensmittel und die Entfaltung des freien

Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sicher gestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als dies mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. Solange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel von Reichsstellen geleitet wird, sind die Vertreter des Handels und der Verbraucher hinzuzuziehen.

7. Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder nichtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat oder Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren. Ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das gesamte Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

9. Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge. Der Arbeitsnachweis ist auf öffentlich-rechtlicher und paritätischer Grundlage zu regeln und für die Arbeitslosen, soweit ihnen Arbeit beschafft werden kann, zu sorgen.

10. Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechtes zu sichern. Eine zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts.

11. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in kleinbäuerlichen, bäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens. Schaffung von Neuland für Siedlungszwecke durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Grundsätzen, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts oder durch Enteignung.

12. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer. Heranziehung der Vermögen unter Freilassung der kleinsten zur Verminderung der Schuldenlast des Reiches.

Die Einkommenbesteuerung ist tunlichst auf einheitliche Grundlage zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Grundsätzen auszugestalten.

Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der schärfsten Erfassung des Großbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens des Erben auszubauen.

Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Sie werden es verstehen, wenn ich darauf verzichte, alle hier angeführten einzelnen Programmpunkte zu erläutern. Es scheint das durchaus überflüssig zu sein, weil sie vollkommen klar und einwandfrei formuliert sind. An drei Stellen ist gewünscht worden, zu sagen — damit keine Mißverständnisse entstehen —, was wir darunter verstehen. Das Wort „Ertüchtigung" ist angegriffen worden. Unter „Ertüchtigung" verstehen wir die bestmög-

liche **geistige und körperliche Pflege der Jugend.** (Bravo!)

Bei den **Beamtenfragen** war vielseitig gewünscht worden, daß wir näher auch in Einzelheiten auf die geforderten Rechte eingehen sollen. Wir haben geglaubt, in einem programmatischen Arbeitsprogramm nicht in Einzelheiten hineingehen zu können. Spezialwünsche, die sich beispielsweise auf die Personalakten bezogen, können unmöglich in einem solchen Programm erörtert werden. Wir wollen aber ausdrücklich sagen, daß das Beamtenrecht in der weitestgehenden Weise den Wünschen der Beamten entsprechend ausgebaut werden soll.

Bei dem **Beschwerderecht der Soldaten** ist es ähnlich. Es ist nicht möglich, im einzelnen anzuführen, worüber sich der Soldat alles beschweren kann. Das Wort „Beschwerderecht" umfaßt das weiteste Gebiet. Selbstverständlich kommen dabei auch Fragen der Disziplinarstrafen, des Arbeitsdienstes usw. in Betracht. Ich glaube, das dürfte als Anmerkung zu dem vorgetragenen Programm genügen. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Amnestiegesetz!)

Meine Damen und Herren! Das erste Wort der ersten verantwortlichen Regierung der Deutschen Republik muß ein Bekenntnis sein zu Ihnen, ein **Bekenntnis zu dem Gedanken der Volksherrschaft, den diese Versammlung verkörpert.** Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren und zum dauernden Besitz des ganzen Volkes zu machen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In gerechter freier Wahl, bei der es keinen Unterschied des Ranges, des Besitzes und des Geschlechtes gab, hat das Volk Sie zu seinen Vertretern bestimmt. Durch Sie will es sich seine **Gesetze** geben, denen unverbrüchlichen **Gehorsam zu leisten unser aller Pflicht** ist. (Bravo!) Lassen Sie sich alle von der Größe dieser Vorstellung durchdringen, auf daß die Souveränität des deutschen Volkes, die der 9. November verkündet hat, stabilisiert sei wie ein Felsen von Erz. (Erneutes Bravo.)

Die erste Regierung der Revolution ist abgetreten, sie trägt ihre Verantwortung vor Volk und Geschichte. Sie hat — das will ich ihr als ihr einstiges Mitglied sagen — ihre Aufgabe nie anders aufgefaßt als so, daß sie das ihr zugefallene Amt zu treuen Händen zu verwalten hatte bis zu dem Augenblick, in dem das Volk selber in geordneter Abstimmung über die fernere Gestaltung seiner Geschicke entscheiden konnte. (Beifall.) Darum hat sie schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung am 9. November die Wahl dieser verfassunggebenden Versammlung auf Grund des freiesten Volkswahlrechts angekündet und alle Widerstände, die sich der Ausführung dieses Programms entgegenstellten, niedergekämpft. Das ist der Teil ihres Werkes, auf den sie

glaubt, mit restloser Befriedigung zurückblicken zu dürfen. Denn mag auch niemand wissen, welche Stürme unserem Volke noch bevorstehen, die eine Prophezeiung glaube ich wagen zu dürfen, daß die Zeiten der Gewaltherrschaft ein für allemal vorüber sind, (Beifall — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten) und daß keine Macht der Welt jemals ungestraft wird wagen dürfen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten. (Lebhafter Beifall.)

Die Unrechtszustände, unter denen wir früher lebten, waren im Rechtsbewußtsein des Volkes schon tot, als sie noch scheinlebendig waren. Sonst wären sie nicht so widerstandslos zusammengebrochen, sonst hätte sich der neue Rechtszustand der Demokratie nicht mit solcher Selbstverständlichkeit eingebürgert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Niemand wird wagen dürfen, an ihm zu rühren.

Wir betrachten es als eine der größten Errungenschaften dieses neuen Rechtszustandes, daß nun auch die **Frauen als gleichberechtigte Volksgenossinnen** in unsere Reihen eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Ich begrüße die große Zahl von Frauen, denen das Volk das höchste Ehrenamt, das Amt seiner Vertretung, übertragen hat, in dieser Versammlung mit der größten Genugtuung und mit den größten Hoffnungen. (Bravo!) Soll es doch die große Aufgabe der neuen Zeit sein, die Politik menschlicher zu gestalten, als sie es bisher gewesen ist, und wer wäre mehr dazu berufen als jener Teil des menschlichen Geschlechts, der seit urältesten Zeiten Waffen niemals geführt hat.

Von stolzer Höhe ist unser Volk in einen Abgrund gestürzt. Als man uns rief, war längst kein Halten mehr. Das ist das schlimmste an der **Tragik eines zur Niederlage bestimmten Volkes**, daß es sich selbst belügen muß, wenn es sich nicht wehrlos seinem Schicksal ergeben will. Wir aber waren zur Niederlage bestimmt und daher zur vierjährigen Selbsttäuschung verurteilt. Wir mußten vor der brutalen Wahrheit die Augen schließen, daß zehn schließlich immer stärker sind als einer. Wir durften an unsere Niederlage nicht glauben, wenn wir sie nicht herbeiführen wollten, konnten aber mit diesem Glauben an uns selbst das mächtige Gesetz der Zahl nicht aus der Welt schaffen. Als unsere Bundesgenossen alle zusammenbrachen, als wir ein einziges Volk allein standen gegen eine ganze Welt, als entgegen allen täuschenden Voraussagen unserer U-Boot-Propheten das Heer der Amerikaner im Westen stromgleich anschwoll, unsere starke Front ins Wanken geriet und schließlich der geniale Hazardeur des Weltkrieges **Ludendorff** (lebhafte Rufe rechts: oho! unerhört! — starke Zustimmung bei den Sozialdemokraten) mit dem Geständnis seines Bankerotts vor uns hintreten mußte — die-

jenigen, die es miterlebt haben, werden nicht wagen, ein Wort des Widerspruchs hiergegen zu erheben — (lebhafte Oho!-Rufe rechts) da fiel, sage ich, die Binde von den Augen des Volkes, und es erkannte taumelnd die Wahrheit. Deutschland war reif geworden für den 9. November. Daß unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alten Größen zu zertrümmern und seine eigene Herrschaft auszurufen, darin erblicke ich die beste Bürgschaft für unsere Zukunft.

Auch trübe Nebenerscheinungen können mich in diesem Glauben nicht irre machen. Wehen hat jegliche Geburt. Die alte Macht war so gründlich zerbrochen, daß sie jeden Widerstand als nutzlos von vornherein aufgab. Diese Einsicht dürfen wir ihr danken; denn sonst wären Ströme von Blut geflossen, ohne daß dadurch an dem unvermeidlichen Endergebnis auch nur das geringste geändert worden wäre.

Am 9. November nach der Flucht und Abdankung des letzten Kaisers nahm auch **Prinz Max von Baden** seinen Abschied und übertrug die Leitung der Reichsgeschäfte dem Herrn Abgeordneten Ebert, der in Übereinstimmung mit meiner Partei meinen Freund Landsberg und mich in die Regierung berief. Damit begann die aus der Revolution entstandene **provisorische Regierung der Sozialdemokratie**, die bis zum gestrigen Tage gewährt hat.

Ich glaube, sagen zu dürfen, daß Prinz Max damals mit dem Blick eines Staatsmannes eine geschichtliche Notwendigkeit vollzogen hat. (Lachen rechts. — Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) In dem Augenblick, in dem Deutschland reif wurde für das demokratische Prinzip, mußte logischerweise die Fortführung der Geschäfte an diejenige Partei fallen, die seit jeher die Vorkämpferin des demokratischen Prinzips gewesen war, und die sich in diesem Kampf zur stärksten Partei des Reichs emporgearbeitet hat. Weder für den letzten Kampf des alten Regimes noch auch für uns, auf deren Schultern die Last der furchtbaren Verantwortung fiel, gab es eine Wahl. Wir standen unter dem Zwang der geschichtlichen Notwendigkeit.

Am 10. November einigten wir uns mit der Partei der **Unabhängigen Sozialdemokraten** über die Bildung einer **gemeinsamen Regierung.** Wir gingen dabei von der Ansicht aus, die Revolution ohne weitere Verluste an Volksgut und Blut zu ihrem Ziele zu führen, so wie wir dieses Ziel verstanden, zur Aufrichtung einer reinen Volksherrschaft im Staate, die uns als Sozialisten jede legale Möglichkeit praktischer Arbeit eröffnete. Wie ernst unsere Absicht und wie weit unser Entgegenkommen war, ersehen Sie schon aus dem Umstande, daß wir uns bereit erklärten, alle Posten paritätisch zu besetzen, obgleich wir genau wußten, daß unser Anhang im Volke unvergleichlich viel größer war als jener

der andern Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir nahmen das Verhältnis fiktiv als eins zu eins an, während sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung ergab, daß es wie elf zu zwei gewesen ist. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wird schon anders werden. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Warten wir es ab! — Meine Damen und Herren, das war der Geburtsfehler jener Kombination, sie war von vornherein belastet mit einer Erbsünde gegen den Geist der Demokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten — Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Bitte, toben Sie sich erst aus, ich habe Zeit. — Aber es war bei dem damaligen Stande der Dinge ein notwendiges Zugeständnis an eine Partei, die den schweren Fehler begangen hatte, mehr gelten zu wollen, als sie ihrer Zahl nach bedeutete. (Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Sie kennen mich lange genug, um zu wissen, daß das mich nicht irritieren kann. —

Dieser Fehler vergrößerte sich bei einem Teile jener Partei zur tragischen Schuld: er strebte danach, als Splitter des großen deutschen Volkes mit Gewalt die Macht an sich zu reißen, er verkannte das Wesen der Revolution, indem er nicht darauf ausging, die Mehrheit der Köpfe zu revolutionieren, sondern darauf, durch List und Überredung die Mehrheit der bewaffneten Fäuste und die Mehrzahl der Waffen auf seine Seite zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme an, daß die geistigen Urheber jenes Unternehmens glaubten, mit ihm der Sache der Menschheit zu dienen. Aber es ist doch die schlimmste Verwirrung, deren ein menschlicher Geist fähig ist, zu glauben, die Segnungen des Sozialismus könnten einem Volke beigebracht werden durch die Gewaltherrschaft einer verwegenen Minderheit, durch die Diktatur der Handgranaten und des Maschinengewehrs. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Verwirrung haben wir bekämpft; wir haben sie bekämpft mit Worten, solange sie sich in Worten äußerte, mit Taten, als sie wahnwitzigerweise zu Taten übergingen. Wir haben damit nur unsere Pflicht getan. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben unser Programm, unsere Weltanschauung, wir haben die Demokratie, die Zukunft des Sozialismus, die Interessen des ganzen deutschen Volks verteidigt, und so schwer wir uns auch zu diesem Kampfe entschlossen: unser Gewissen ist rein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben zur Vermeidung des **Bürgerkrieges** alles getan, nicht zuletzt auch darum, weil wir wußten, daß nach seiner Entfesselung Scheußlichkeiten auf beiden Seiten nicht zu vermeiden sind, daß sich

keine Seite für die unbedingte Tadellosigkeit aller ihrer Kämpfer verbürgen kann. Wenn am Ende eines Krieges, in dem viele gelernt haben, den Wert eines Menschenlebens gering zu schätzen, wahnwitzige Menschen noch einen solchen Krieg im Innern entfesseln, dann muß man sich auf unausdenkbare Schrecknisse gefaßt machen (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und dann kann man auch billigerweise nicht verlangen, daß neben jeden Soldaten und neben jeden wildgewordenen Spießbürger ein Minister gestellt wird, der darauf achtet und dem anderen fortgesetzt zuredet, daß er nicht über die Stränge schlägt. Die Regierung tut ihre Pflicht, indem sie dafür sorgt, daß das Gesetz auf beiden Seiten gleichmäßig angewendet wird. Und das tut die Regierung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die wirkliche Schuld an allem, was geschehen ist, liegt ganz ausschließlich bei jenen, die trotz aller Warnungen und Beschwörungen das Verderben entfesselt haben. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist Ihnen bekannt, meine Damen und Herren, daß unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt zu dem **Austritt unserer unabhängigen Kollegen aus der Regierung** geführt haben. Was dann folgte, das haben meine Freunde mit den Unabhängigen als Angehörige der sozialdemokratischen Partei, nicht ich als Mitglied der Regierung auszumachen. Wir werden nicht vergessen, welchen ungeheuren Schaden sie dem Grundgedanken der Demokratie zugefügt haben (lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), ungeheuren Schaden, indem sie sich zu einer reinlichen Trennung von den Anhängern der Minoritätsdiktatur nicht entschließen konnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ihr Verdienst ist es wahrhaftig nicht, wenn heute schon die Nationalversammlung das erste Lebensbedürfnis des Volkes erfüllen kann: die Schaffung einer Verfassung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie sind die Sklaven ihrer eigenen Demagogie geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gehorchend dem Geschrei der lautesten Schreier haben sie die Nationalversammlung als Hort und Mittel der Konterrevolution bekämpft, während sie nichts anderes ist und sein kann als die Versammlung, die die magna charta der Revolution beschließen soll. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nicht die Revolution zu beenden, sondern ihr Werk ganz methodisch aufzubauen, ohne Bürgerkrieg und Blutvergießen hervorzurufen, das muß die Aufgabe jeder künftigen deutschen Volksvertretung und auch jeder künftigen deutschen Regierung sein, die vor der Geschichte in Ehren bestehen will. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Lachen und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, ich darf es mir als Minister nicht erlauben, hier Witze zu machen über das, was ich da fortgesetzt höre; aber vielleicht besorgt es später ein anderer. (Zuruf links.)

Auch die gegenwärtige **erste verantwortliche Regierung** der deutschen Republik, die ihr Fortbestehen von Ihrem Vertrauen abhängig weiß, kann ihre Aufgaben nicht anders auffassen. Da das Volk bei den Wahlen vom 19. Januar keiner Partei die absolute Mehrheit zuerkannt hat, ist die Bildung einer auf der Verbindung mehrerer Parteien zusammengefaßten Regierung zur unausweichlichen Notwendigkeit geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) War diese Notwendigkeit einmal erkannt, so war der Vorteil der Bildung einer möglichst breiten Vertrauensgrundlage nicht zu verkennen. Die Schwierigkeiten, die in einer solchen Zusammenfassung liegen, müssen überwunden werden durch die Gemeinsamkeit der Erkenntnis, daß die ganze Welt und mit ihr auch unser Volk in einen neuen Abschnitt der Geschichte eingetreten ist, der die Lösung neuer Aufgaben mit neuen Mitteln erfordert.

Der **Frieden**, den abzuschließen die schwere Aufgabe dieser Regierung ist, soll kein Frieden werden von jener Art, wie ihn die Geschichte kennt, keine mit neuen Kriegsvorbereitungen ausgefüllte Ermattungspause eines ewigen Kriegszustandes der Völker, sondern er soll das harmonische Zusammenleben aller zivilisierten Völker begründen auf dem Boden einer Weltverfassung, die allen gleiche Rechte verleiht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die kommende Friedenskonferenz wird das erneuerte deutsche Volk und seine Regierung bereit finden, an einer solchen Verfassung der Völker mitzuarbeiten nach dem Programm des Präsidenten Wilson, das wir angenommen haben und an dem wir festhalten aus innerer Überzeugung. (Bravo!)

Nach furchtbaren Erfahrungen und schweren Kämpfen hat sich das deutsche Volk sein **Selbstbestimmungsrecht** errungen. Wie anders sollte es nun als freudig zustimmen dem Grundsatz, daß Völker und Volksteile nicht willkürlich verschoben werden dürfen wie Bauern auf dem Schachbrett. (Sehr gut!) Aber wenn man mit Recht verlangt, daß wir Völker und Volksteile nicht mit Gewalt halten, die nicht bei uns bleiben wollen, so verlangen wir mit dem gleichen Recht, daß man keine neuen Sklavereien errichtet und keinen hindert, bei uns zu bleiben oder zu uns zu kommen, der bei uns bleiben oder zu uns kommen will. (Lebhaftes Bravo!) Wie vergeblich wäre auch solches Bemühen; denn das Land des freien deutschen Volkes wird stets das Vaterland aller sein, die Deutsche und als Deutsche frei sein wollen. Die neue Welt, die aus dem Kriege werden soll, kann aber nur bleiben und gedeihen, wenn keins ihrer Glieder in Schmach und Not verkümmert. Die Welt braucht zu ihrer Genesung der radikalen Abkehr von dem Wahnwitz des Kriegsgedankens, daß das

Unglück eines Volkes Glück für das andere bedeute. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.) Heute beruht — ich spreche das offen aus — ein Teil der Hoffnungen des deutschen Volkes darauf, daß es nicht gelungen ist, alle Ernten und alle Transportmittel der bisherigen Feinde zu vernichten, während die restlose Erreichung der Vernichtungsziele im Osten uns wahrlich alles andere als Glück gebracht hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Westen hat noch Brot zu exportieren, das wir uns in ehrlicher Arbeit verdienen wollen, der Osten nichts als Anarchie! (Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Liegt in diesen unseren Erfolgen nicht auch eine Lehre für unsere Gegner? Ein niedergetretenes, gedemütigtes, ewig hungerndes Deutschland wäre für alle Völker der Welt ein Unglück und eine Gefahr. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Man beraube uns nicht der Kraft, wieder gut zu machen, was der Krieg verwüstet hat. Das wird ein ewiges Schuldner- und Sklavenvolk niemals können, nur ein freies, gesundes Volk wird es fertig bringen. Wir fühlen die Kraft in uns, der Welt mehr zu geben, als wir ihr genommen haben, wenn man uns die Arme frei läßt zum Schaffen!

Waren zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen eine Gefahr für die Welt (große Unruhe rechts — lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), so sind es die **Alldeutschen des Auslandes** jetzt. (Lebhaftes Bravo.) Und wir haben nicht gegen unsere Machtpolitiker gekämpft, um uns wie stumme Hunde unter das Gebot fremder Machtpolitiker zu ducken, die Widriges paaren, die Verbindung Gleichgerichteter gewaltsam verhindern wollen, nur daß Deutschland schwach, elend, rechtlos sei, die heute deutsch bevölkerten Ländern das Recht jeder freien Selbstbestimmung verweigern möchten, morgen reiche Kohlenreviere unzweifelhaft deutscher Zugehörigkeit nehmen wollen, übermorgen militärische Grenzen mitten durch deutsches Gebiet ziehen, die mit nichtigen Gründen Deutschlands Recht an der Mitverwaltung des Weltkolonuallandes bestreiten und wilde Drohungen ausstoßen, wenn deutsche Volksteile den Willen zum Anschluß an das ganze deutsche Gebiet bekunden.

Diese Machtpolitiker können uns wohl, wenn ihr Einfluß auf der anderen Seite entscheidend ist, zum Frieden zwingen, aber nie werden sie 70 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im Innersten ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen; (Beifall bei den Mehrheitsparteien) nie werden sie imstande sein, einen wahren Friedensbund der Völker zu begründen, der auf freiem Willen und gemeinsamer Überzeugung beruht. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

In diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort an alle menschlich und gerecht Denkenden auf dem Erdenrund richten, daß sie uns unterstützen und sich uns anschließen in der Forderung, die wir in unserem Programm bereits formuliert haben, daß den **deutschen Kriegsgefangenen** endlich die Heimkehr zu ihren Familien in die Heimat ermöglicht wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Jahrelang von ihren Familien getrennt — (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten) — Dies ist doch der Deutsche Reichstag und nicht der russische! (Stürmische Zustimmung. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Jahrelang von ihren Familien getrennt, erdulden nicht nur die Gefangenen, sondern auch deren Familien, deren Frauen, Mütter, Kinder und Geschwister die schlimmsten Qualen daheim. Indem wir unseren Brüdern die herzlichsten Grüße senden, verbinden wir damit den Wunsch, daß alle Neutralen, daß alle, die ein Gefühl der Menschlichkeit bewahrt haben, unsere Forderung unterstützen möchten. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Damen und Herren! Die, die alte Welt nur in veränderter Form wieder aufrichten wollen, das sind die gefährlichsten Gegenrevolutionäre, und ihnen stellen wir das Prinzip unserer deutschen Revolution entgegen, die eine neue Welt schaffen will — innen und außen. Gegen sie rufen wir als Helfer und Bundesgenossen alle Gleichgesinnten der ganze Erde auf, mit denen wir freudig und ehrlich zusammenzuarbeiten gewillt sind, denen wir auch unsere Bereitschaft erklären, jedes Opfer zu bringen, das die Verwirklichung einer großen Idee von uns fordert.

Einstweilen aber wollen wir unverzagt an unserem eigenen Hause bauen in dem Bewußtsein, daß alles, was auf deutscher Erde gut wird, auch der ganzen Welt zugute kommt.

Die **vorläufige Verfassung,** die aus den Beschlüssen dieses Hauses hervorging, ist nur ein Gerüst für den Aufbau der endgültigen. Es ist unser aller Ehrgeiz, in dieser Verfassung ein Maß von Freiheit zu verwirklichen, wie es keine andere der Welt kennt.

In diesem Geiste wird auch das **Wehrwesen** geordnet werden müssen, so daß jedem einzelnen Angehörigen der bewaffneten Macht jede Freiheit gewahrt bleibt, die mit dem Zweck des Ganzen vereinbar ist. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß sich nie wieder eine Organisation der bloßen Gewalt über die Organisation des Rechts erheben kann. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Es kann in Deutschland keine anderen Soldaten mehr geben als Soldaten der Republik, (sehr gut!) und niemand anders wird die höchste Kommandogewalt haben als das Volk selbst durch seine verfassungsmäßige Vertretung. Dem einzelnen steht seine Überzeugung vollständig frei. Die Armee als Ganzes darf keine eigene **Politik**

treiben, weder royalistische noch bolschewistische. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Ein anderes nicht leicht zu lösendes Problem liegt im Verhältnis des Reichsganzen zu seinen einzelnen Teilen. Die Regierung hofft, in ernster Zusammenarbeit mit Ihnen, das schwere Werk vollenden zu können, das den idealen Grundsatz der Vergangenheit: **„Einheit in Freiheit“** verwirklicht, die unverbrüchliche Solidarität aller Stämme auf dem Boden republikanischer Volkssouveränität zur Wahrheit macht. Sie ist sich auch aber dessen bewußt, daß Staatsverfassungen, auch die vollkommensten, nur leere Formen sind, die ihren Inhalt durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände erhalten. Die Beseitigung der Klassenunterschiede — das ist die große Aufgabe, vor die wir uns gestellt sehen. Und hier, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein paar ganz offene Worte sprechen.

Sinnlos und unnütz wäre es, die Tatsache zu verdunkeln, daß innerhalb der neugebildeten Regierung über das **Ideal einer künftigen Gesellschaftsordnung** verschiedene Auffassungen herrschen. Die Volksabstimmung vom 19. Januar hat keiner dieser Anschauungen eine alleinherrschende Stellung eingeräumt. Aber ich glaube, sagen zu dürfen: kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden, die weder zurückgeschraubt werden kann noch — ohne die schwerste Gefahr für das Ganze — übersehen werden darf. Auch die nichtsozialistischen Mitglieder der Regierung wissen, daß die sozialistischen nicht aufgehört haben und nicht aufhören werden, Sozialisten zu sein, und demgemäß auch im Kabinett für ihre Überzeugung eintreten werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Nicht aber denken wir daran, auf unsere Kollegen oder auf diese Versammlung eine unzulässige, mit dem Geist der Demokratie unvereinbare Pression auszuüben. (Bravo!) Die Nationalversammlung wird bleiben so lange, bis das Volk sie durch eine andere Vertretung ersetzt als Herrin ihrer Entschlüsse. Wir aber wollen, solange wir das Vertrauen ihrer Mehrheit genießen, zusammen arbeiten im Dienste des Volkes, das durch seinen Spruch vom 19. Januar eine Gemeinsamkeit der Arbeit von uns gefordert hat. Was uns zusammenführte, das war das harte Muß, die bittere Not — und nun möge sich das Wort bestätigen, daß die Not gute Kameraden schafft. An die Arbeit, deutsche Frauen und deutsche Männer! Bahn frei für alles, was aus der Tiefe zum Lichte strebt! Bahn frei für das drängende, ungeahnte Neue! Die Bahn frei — dann werden wir's schaffen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Mehrheitsparteien.)

Vizepräsident **Haußmann:** Zur Besprechung der Erklärung der Regierung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Schwere, außerordentlich schwere Tage sind über unser deutsches Volk hereingebrochen. Aber auch im Unglück und noch mehr im Unglück als im Glück offenbart sich die wahre Größe im Menschenleben und im Völkerleben. Hochgemut zu denken und zu fühlen war uns ein Leichtes in den Jahrzehnten unseres Aufstieges, die hinter uns liegen. Heute ist es schwerer, national zu denken und zu fühlen, aber um so ehrenwerter und um so notwendiger. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir sehen in der Nation und im Staat unentbehrliche natürliche und darum **gottgewollte Ordnungen.** Jede Nation, die ihren natürlichen Pflichten gerecht wird, erfüllt nach unserer Auffassung einen Beruf, eine Mission im Dienste der Menschheit. Wir glauben an eine solche Mission auch für unser braves deutsches Volk. Wir glauben daran, heute in bösen Tagen wie vorher in guten Tagen, und unser Glaube an diese Mission ist durch die Kriegsjahre nur geläutert worden und nicht verschwunden.

Darum ist unser oberster Leitstern für all unser politisches Handeln an dieser Stelle der Gedanke der Pflichterfüllung gegen Volk und Vaterland, (Bravo! im Zentrum) einer Pflichterfüllung im edelsten, im religiösen Sinne. Wir würden unsere höchste Pflicht verletzen, wenn wir jetzt nicht alle unsere Kräfte einsetzten an der aufbauenden Arbeit bei der Wiedererrichtung eines geordneten, leistungsfähigen deutschen Staatswesens (Bravo! im Zentrum.)

Und darum ist für uns die allererste große Frage, die ich erörtern will: was hat nunmehr zu geschehen, welches sind die Aufgaben für uns in dieser Nationalversammlung? Und darauf antworte ich: die Hauptaufgabe für uns ist die Schaffung von **Friede und Ordnung,** von **Brot und Arbeit.** (Bravo! im Zentrum.)

Ein baldiger Friede ist für uns eine absolute Notwendigkeit. (Sehr richtig!) Unsere Kriegsgefangenen müssen so rasch wie möglich ihren Familien zurückgegeben und den Schrecken und Härten der Gefangenschaft entzogen werden. (Bravo!) Ihre Angehörigen vergehen fast vor Angst und Sorge und Kummer um das Schicksal der so lange Zeit von ihnen Getrennten.

Die besetzten deutschen Gebiete müssen frei werden von der Abschnürung und von der drückenden Belastung und Quälerei aller Art durch die feindliche Besatzung. (Sehr richtig!) Die ganze deutsche Bevölkerung steht hinter unseren Brüdern im besetzten Gebiete. (Bravo!) Die Grenzgebiete im Osten und im Westen Deutschlands müssen die schwere Sorge um ihr künftiges Schicksal endlich los werden. Das deutsche Wirtschaftsleben muß, so rasch es nur angeht, wieder aufgerichtet werden können. Und nun sind es schon mehr als vier Monate,

viereinhalb Monate, daß Deutschland um den Frieden gebeten hat. Das ist ein Vorgang, wie er in der ganzen Geschichte der Welt noch nie vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet und mehr als vier Monate nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. (Sehr richtig!) Der Waffenstillstand ist dafür kein Ersatz, um so weniger, als seine Verlängerung von vier zu vier Wochen nur unter immer schwereren und härteren Bedingungen gegenüber einem immer schwächer werdenden deutschen Volke geschieht.

Wenn wir an die Einzelheiten des **Friedensschlusses** herantreten, so muß ich vor allem hervorheben, daß wir uns bekennen zu den **14 Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten** Nordamerikas, zu denen sich auch die alliierten Feinde mit einer einzigen Ausnahme, mit Ausnahme des Grundsatzes der Freiheit der Meere, bekannt haben. Wir nehmen unsere Feinde nur beim Wort, wenn wir die Unversehrtheit des deutschen Gebiets auf Grund der Wilson-Punkte fordern. (Sehr richtig!) Wir müssen uns aufs schärfste gegen die Annexionsbestrebungen Frankreichs wenden, namentlich in Bezug auf das **Saargebiet,** ein urdeutsches Gebiet, das unter keinen Umständen und unter keiner Form von Deutschland getrennt werden darf. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Versuche stellen eine schreiende Verletzung der Wilson-Grundsätze und der eigenen Versprechungen und Vereinbarungen, die Frankreich eingegangen hat, dar.

Was den **Osten** anlangt, bekennen wir uns zu den Grundsätzen Wilsons über die unzweifelhaft polnischen Gebiete, aber wir sind der Überzeugung, daß über den deutschen Charakter, zum Beispiel von Danzig, doch wahrhaftig nicht gestritten werden kann (lebhafte Zustimmung), daß nicht gestritten werden kann über den deutschen Charakter von Oberschlesien, das nie zu Polen gehört hat, seit vielen Jahrhunderten niemals zu Polen gehört hat (sehr richtig!), und dessen Erhaltung eine Lebensfrage für Deutschland ist wegen der Kohlen, die von dort bezogen werden.

Wie wir mit den koalierten Parteien, den Mehrheitssozialisten und der heutigen Demokratischen Partei, früher der Fortschrittlichen Volkspartei, die Friedensresolution vom 19. Juni 1917 durchgesetzt haben mit der offenen Erklärung gegen jede Annexion, so erklären wir uns auch heute mit den koalierten Parteien gegen jede französische und polnische Annexionspolitik. (Lebhaftes Bravo!)

Wir protestieren ferner gegen den Plan, den **deutschen Kaiser** vor ein **ausländisches Gericht** zu stellen und dort wegen angeblicher Verschuldung des Krieges aburteilen zu lassen (Bravo! im Zentrum und rechts), ein Versuch, der mit den Völkerrechtsregeln unvereinbar ist und nur die Bedeutung hat, Deutschland herabzusetzen und zu beschimpfen (Sehr richtig!)

Wir fordern unsererseits die Gründung eines **Völkerbundes**, der möglichst alle Kulturnationen umfassen soll; aber ich muß hervorheben, daß ein Völkerbund, der auf Ungerechtigkeit und Gewalt aufgebaut ist, den Todeskeim in sich trägt. (Sehr richtig!) Wie will man auf die Dauer auf die ernstliche Aufrechterhaltung eines Völkerbundes rechnen, wenn uns heute schon angekündigt wird, daß nicht nur unsere Kolonien uns nicht mehr zurückgegeben werden sollen, sondern daß uns auch die Neuerwerbung von Kolonien verwehrt werden soll? Das widerspricht den Wilsonschen Grundsätzen aufs tiefste. (Sehr richtig!) Ein Völkerbund kann auch nicht Bestand haben, wenn schon im voraus einzelne Mächte, die diesen Völkerbund schließen wollen, mit Gewalt Gebietserweiterungen zu vollziehen suchen. Das gilt für Frankreich bezüglich Elsaß-Lothringens, das gilt für das aggressive Vorgehen der Polen im deutschen Gebiet. Das Vorgehen der Polen gegen deutsche Landesteile ist um so auffälliger und verwerflicher, weil gleichzeitig ein anderer Feind, und zwar ein Feind der gesamten Kulturwelt, gegen uns anstürmt, der Bolschewismus. (Sehr richtig!)

Gegen beide Feinde muß sich das deutsche Volk verteidigen und braucht deshalb eine **Volkswehr**. Das Bedürfnis nach einer neuen Heeresverfassung ist für uns alle durchaus klar Wenn je, so empfinden wir heute den Mangel einer zuverlässigen Truppe, und um so mehr müssen wir heute unserer Armee den Dank für alles leisten, was sie für uns getan hat, für all den Schutz den sie dem deutschen Land und dem deutschen Volk in jahrelangem bitteren Kampf gewährt hat. (Beifall und Händeklatschen im Zentrum und rechts.)

Die revolutionäre Entwicklung hat zu einer Zermürbung unserer Armee geführt, und dazu hat wesentlich das System der **Soldatenräte** beigetragen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts. — Aha! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das System der Soldatenräte ist kein Glück für uns gewesen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Ich anerkenne ohne weiteres — damit ich nicht falsch verstanden werde — daß die Soldatenräte als Vertrauensausschüsse Gutes gewirkt haben. In diesem Umfange sollen sie ja auch bestehen bleiben nach dem Arbeitsprogramm, das der Herr Ministerpräsident eben zur Verlesung gebracht hat. Wenn es sich um Beschwerden irgendwelcher Art handelt, seien es allgemeine Dienstbeschwerden, seien es persönliche Beschwerden des einzelnen, da ist die Möglichkeit, solche Beschwerden vor einen **Vertrauensausschuß** zu bringen, ungemein wertvoll (sehr richtig!), namentlich wenn wir die früheren Zustände im Beschwerdeverfahren beim Militär vergleichen (sehr richtig! im Zentrum und links), einem Verfahren, das so mit Fußangeln belegt war, daß gar oft derjenige, der diesen Weg der Beschwerde beschritt, der Leidtragende

geblieben ist. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Wenn also ein unparteiischer Vertrauensausschuß solche Beschwerden und Wünsche und Forderungen entgegennimmt, sie prüft, sie sichtet, sie an der entscheidenden Stelle zum Vortrag bringt, so sehen wir darin nur einen erwünschten Fortschritt gegenüber dem bisherigen Militärrecht.

Was wir aber verwerfen und verwerfen müssen, das ist die **politische Tätigkeit der Soldatenräte** (sehr richtig! im Zentrum und rechts) — darum handelt es sich —, eine politische Tätigkeit, für die die Soldatenräte gar nicht vorbereitet sind und gar nicht organisiert sind. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich behaupte: die Soldatenräte sind als politische Behörden im Grunde genommen mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie sind nicht aus allen Teilen des Volkes, sondern bisher im wesentlichen einseitig aus einer Partei zusammengesetzt gewesen, und das muß auf Grund des demokratischen Prinzips sobald wie möglich aufhören. (Bravo! im Zentrum.) Eine demokratische Regierung kann doch unmöglich eine solche Nebenregierung neben sich dulden, die alle behördlichen Maßnahmen ohne Ausnahme, wenn es ihr zweckmäßig zu sein scheint, in den Rahmen ihrer Beschlußfassung, ihrer Kontrolle und ihres Einspruchs zu ziehen sucht. In jedem Staat muß eine geordnete Gestaltung des Behördenwesens stattfinden. Eine doppelte Reihe von Behörden kann niemals zum Guten führen. Da kontrekariert die eine Reihe die andere. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich will dabei nicht einmal das Hauptgewicht auf die großen Kosten legen, die doch bekanntlich auch mit diesen Soldatenräten verknüpft sind und von deren Notwendigkeit unser Volk gar nicht überzeugt ist. (Sehr gut! im Zentrum und rechts.) Ich will nicht auf die einzelnen Fälle von maßlosen Bemessungen von **Gehaltsbezügen** zu sprechen kommen, die da und dort vorgekommen sind. In den Zeitungen ist die Nachricht gekommen, daß gewisse höchste Soldatenräte bei der Marine einen Monatsgehalt von 12 000 Mark erhalten haben (hört! hört! im Zentrum), also ein Jahresgehalt von 140- bis 150 000 Mark. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Das wird übertrieben sein; das nehme ich auch an. Die Summe ist zu kolossal, daß sie schwerlich richtig ist. Aber wenn nur der zehnte Teil bezahlt worden ist, dann ist es schon viel zu viel. (Lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ist denn das eine Entschuldigung, wenn in der Zeit der Monarchie Verschwendung geherrscht hat, und wenn die Demokratie die Verschwendung fortsetzt? (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit im Zentrum. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich meine, in unserer Zeit, wo wir so riesigen Ausgaben gegenüberstehen, müssen wir alle unnötigen Ausgaben vermeiden. Man denke nur an die Verzinsung unserer Kriegsausgaben und was

alles noch damit zusammenhängt. Die Abtragung der Kriegslasten, die uns von den Feinden auferlegt werden, erfordern eine so ungeheure Summe, daß in diesem Augenblick überhaupt noch niemand imstande ist, zu sagen, wie man diese Lasten aufbringen soll. Daß demgegenüber alle nicht ganz notwendigen Ausgaben beschränkt werden müssen, ist selbstverständlich. (Sehr richtig! im Zentrum. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Warten Sie nur ab, bis einmal die Steuern kommen; dann will ich einmal sehen, was über die verschiedenen Steuern gesagt wird. Der Streit über die indirekten und die direkten Steuern hört in Zukunft ganz auf, die Freunde der direkten Steuern werden dann genug direkte Steuern haben, wenn es so weit kommt, und die Freunde der indirekten Steuern werden auch mit den indirekten Steuern und mit den Monopolen zufrieden sein, die kommen. (Zustimmung und Heiterkeit im Zentrum.) Beide Teile werden mehr als genug bekommen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Von den Punkten, die in dem Arbeitsprogramm behandelt worden sind, hebe ich noch ganz besonders hervor die Sorge für die **Kriegshinterbliebenen** und die **Kriegsbeschädigten.** Meine politischen Freunde und ich betrachten es als eine Ehrenpflicht des Reichs, nach wie vor auch bei den schlimmsten finanziellen Verhältnissen das zu tun, was die Kriegshinterbliebenen und die Kriegsbeschädigten wohl verdient haben, was wir in allererster Linie vor allen anderen Ausgaben bestreiten müssen. (Lebhaftes Bravo im Zentrum.)

Sodann möchte ich noch ein kurzes Wort über die Grundrechte sagen, die ja nach dem Arbeitsprogramm wohl auch in die Verfassung aufgenommen werden. An der Spitze steht der Grundsatz, den wir unsererseits durchaus billigen: **Gewissensfreiheit** und **Freiheit der Religionsübung,** nicht bloß der persönlichen Religionsübung, sondern auch der genossenschaftlichen Religionsübung — das möchte ich ausdrücklich hervorheben. Wenn in diesen Grundsätzen nur die Religionsfreiheit als allgemeiner Grundsatz hervorgehoben wird, so hat das seinen Grund darin, daß wir die Regelung der einzelnen Beziehungen zwischen Staat und Kirche den Einzelstaaten überlassen müssen, je nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und Schule eignet sich nicht zur reichsrechtlichen Regelung, abgesehen von der Aufstellung des Grundsatzes der Freiheit. Die Einzelstaaten haben danach die Einzelregelung zu treffen auf dem Boden der Freiheit, nicht auf dem Boden der Unfreiheit. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Diesen großen Grundsatz wollen wir uns retten für die Gesamtheit des deutschen Volkes. Die Einzelheiten mögen dann in den verschiedenen Bundesstaaten je nach der geschichtlichen Entwicklung geregelt werden.

Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit eine kleine Zwischenbemerkung über gewisse Begleiterscheinungen, die seit den Novembertagen in mehreren deutschen Bundesstaaten zu beobachten waren. Von einzelnen Landesregierungen sind neue Maßnahmen über das **Verhältnis von Staat und Kirche** teils getroffen, teils wenigstens angekündigt worden; auch bezüglich des christlichen Schulwesens sind Eingriffe vorgenommen worden, die sowohl den natürlichen und wohlerworbenen Rechten der Kirche wie dem tiefsten Volksempfinden widersprechen. Ich will auf diese Mißgriffe — wie ich wohl sagen darf — in diesem Augenblick nicht näher eingehen. Die starke Erregung, die diese Maßnahmen hervorgerufen haben, werden den Regierungen gezeigt haben, daß es nicht gut ist, an diesem Punkt so grundstürzende Änderungen vorzunehmen, und ich möchte auch glauben, daß niemand von uns einen Anlaß hat, nach der Richtung solche weitgehenden Änderungen vorzunehmen. Ist es denn etwas so Schreckliches, wenn die alten Verhältnisse zwischen Staat und Kirche im wesentlichen aufrecht erhalten werden, daß Religion gepflegt wird in einer Zeit, wo das Volk sich in einer so niedergedrückten Stimmung befindet und sich nach religiösem Troste sehnt? Auch diejenigen, die nicht auf dem religiösen und ethischen Standpunkt stehen, wie meine politischen Freunde und ich, können ruhig zugeben, daß sie den religiösen Trost denen lassen wollen, die dort ihren Trost suchen (sehr richtig! beim Zentrum), daß sie ihnen diesen Trost nicht verkümmern wollen und ihnen die volle Freiheit lassen wollen, was auch aus den allgemeinen Grundsätzen hervorgeht, wie es jeder mit seinem Gewissen abmachen will. Es soll jeder in seiner Fasson und Form Gott suchen dürfen, und niemand anders soll sich in dieses Bestreben einmischen dürfen, auch wenn es ihm vielleicht nicht ganz geeignet zu sein scheint. (Bravo! beim Zentrum. — Zurufe von der Demokratischen Volkspartei.) — Ja, ich anerkenne, daß die Herren mir zurufen, daß sie das als selbstverständlich ansehen. Ich habe das auch gar nicht anders angenommen. Aber ich hebe hervor, daß in gewissen Landesregierungen sich ein ganz fataler Wind gezeigt hat, und daß es gut ist, wenn ein etwas kräftigerer Sturm vom Reich aus in diese muffigen Räume hineinfährt. (Bravo! beim Zentrum.)

Indessen, wenn alle diese Ziele angestrebt und erreicht werden sollen, eins ist nicht zu vergessen: das Volk braucht, um leben zu können, neben all den Dingen, die ich erwähnt habe, auch **Brot und Arbeit**, und zwar zuerst Brot, um den Hunger zu stillen und um wieder kräftig arbeiten zu können. Es ist bei den Erwerbslosen nicht überall, wie manchmal angenommen wird, bloße Arbeitsscheu — so streng und so hart darf man darüber nicht urteilen —, es ist vielfach auch die Schwächung des Körpers, die Entkräftung durch die fortgesetzte Unterernährung, die eine ständige, anstrengede Arbeit ausschließt. (Sehr

richtig!) Und deshalb sage ich absichtlich: in erster Linie Brot, und nochmals Brot, und nochmals Brot, und dann Arbeit.

Über diese Fragen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet werden andere Mitglieder meiner Fraktion noch Näheres auszuführen haben. Ich wende mich nunmehr der Frage zu: Auf welchem Wege gelangen wir zur Lösung der Aufgaben der Nationalversammlung, die ich gezeichnet habe? Und da sage ich: Wir brauchen eine neue Regierung, eine neue Verfassung, wie brauchen eine Erneuerung in geistiger und sittlicher Beziehung für das ganze Volk.

Wir brauchen eine neue Regierung, und zwar eine Regierung, die als eine rechtmäßige allseitig anerkannt werden muß, und eine starke Regierung. Früher hat man bei der Frage des Friedensabschlusses den Einwand von seiten der Feinde hören können: es fehlt an einer **verhandlungsfähigen Regierung** in Deutschland. Jetzt haben wir eine Regierung, und zwar haben wir eine Regierung, von der wir überzeugt sind, daß ihre Rechtmäßigkeit nicht zu bestreiten ist, und eine Regierung, von der wir auch annehmen, daß sie die nötige Kraft besitzt, um ihre Forderungen durchzusetzen, eine Regierung, die ihren Bestand nicht von der Gewalt und nicht von dem Willen einer einzelnen Partei ableitet, sondern von dem Recht und von dem Willen des gesamten deutschen Volkes.

Die auf der allgemeinsten und freiesten Grundlage vollzogenen Wahlen haben festgestellt, was der Gesamtwille des Volkes ist. Sie haben damit die Vorbedingungen geschaffen für eine neue Regierung, deren Rechtmäßigkeit nach der Beseitigung der Monarchie nicht mehr zu bestreiten ist. Meine politischen Freunde und ich — nicht bloß wir hier in der Versammlung —, die ganze Partei anerkennt die Rechtmäßigkeit der aus den Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung und der von der Nationalversammlung eingesetzten Regierung. (Bravo! im Zentrum.)

Am Eröffnungstage der Nationalversammlung ist die Aufrichtung der neuen höchsten Gewalt in Gegensatz gestellt worden mit dem **Gottesgnadentum des alten Obrigkeitsstaates**, und dieser Gegensatz ist damit begründet worden, daß jene alten Obrigkeiten sich stützen auf eine besondere göttliche Berufung, während nunmehr in diesem Hause allein der freie Wille des Volkes zum Ausdruck komme. Verehrte Versammlung, diese Auffassung beruht auf einem Irrtum. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ein solcher Gegensatz besteht nach unserer Überzeugung überhaupt nicht. (Sehr wahr! im Zentrum.) Nach unserer Überzeugung leitet sich alle öffentliche Gewalt, mag sie monarchisch oder republikanisch oder sonstwie sein, im letzten Grunde aus der Weisheit und dem Willen Gottes her, der in die Natur der Menschen und der Völker die Notwendigkeit gelegt hat, sich

zu Staaten zusammenzuschließen und in den Staaten eine öffentliche Gewalt einzusetzen, die alles nach einer bestimmten guten Ordnung lenkt und leitet, alles auf sein natürliches Endziel, das Wohl des gesamten Volkes, hinordnet. (Bravo! im Zentrum.) Auf dieses naturrechtliche Verhältnis und nicht auf eine besondere, göttliche Berufung des einzelnen Herrschers ist nach unserer Überzeugung das Gottesgnadentum der Fürsten und aller Obrigkeit überhaupt gegründet. Nach unserer Überzeugung ist alle Obrigkeit von Gott (bravo! im Zentrum), die republikanische so gut wie die monarchische, und die Gehorsamspflicht derer, die der Obrigkeit unterstehen, ist ganz gleich, ob die Obrigkeit eine monarchische oder republikanische ist. Der Grundsatz vom Gottesgnadentum ist ein Schutz für diejenigen, die der Herrschaft unterstehen; denn sie erinnert den Herrschenden an seine heilige Pflicht und Verantwortung vor dem ewigen Richter. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Das Gottesgnadentum ist nicht ein Anlaß zur Überhebung und zum Übermut, wenn auch in manchen einzelnen Fällen ein solcher Übermut vorgekommen ist, was ich nicht bestreiten will. Das Gottesgnadentum ist die dringendste Erinnerung an eine demütige Pflichterfüllung im Dienste des Gesamtwohls zur Durchführung des Grundsatzes: Das höchste Gesetz muß sein das Wohl des gesamten Volkes (bravo! im Zentrum) und nicht das Wohl des Herrschenden. Das habe ich doch gegenüber dieser etwa bedenklichen und nach unserer Überzeugung nicht gerechtfertigten, auf einem Irrtum beruhenden Gegenüberstellung geltend machen wollen.

Ich wiederhole, daß wir auch eine starke Regierung brauchen, und zwar schon als Voraussetzung für einen guten Frieden. Je stärker die Regierung ist, desto besser die Aussicht auf einen guten Inhalt des Friedensvertrags. Je breiter die Basis ist, auf der die Regierung beruht, desto zuversichtlicher ist der Erfolg für alle Maßnahmen der Regierung zur Erlangung eines guten Friedens. Und das ist für die Zentrumspartei ein Hauptgrund gewesen, in die Regierung einzutreten, und dadurch die Basis für die Regierung möglichst zu erweitern, die Regierung möglichst zu kräftigen.

Schon die Zahlen geben dafür ein deutliches Bild. An sich wäre ja die Möglichkeit gegeben gewesen, eine **Mehrheit ohne das Zentrum** zu bilden. Das anerkennen wir. Aber diese Mehrheit wäre doch eine recht bescheidene gewesen, die Basis wäre eine sehr schmale und gefährdete geblieben. Wenn von 421 Mitgliedern nur 237 hinter der Regierung stehen, so ist das lange nicht so bedeutend, als wenn durch das Hinzutreten von weiteren 89 Mitgliedern von 421 Mitgliedern 326 hinter der Regierung stehen (sehr richtig!), also wenn die Regierung mehr als drei Viertel der Nationalversammlung hinter sich hat. Das bezeichnet eine moralische Bedeutung von so großem Schwergewicht, daß man

sich eine größere Regierungsmehrheit kaum denken kann, daß jedenfalls eine größere Regierungsmehrheit zurzeit in keinem anderen Staate vorhanden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Indessen will ich meinerseits gar nicht allein auf die Zahlen abheben. Die Zahlen müssen beachtet werden, aber entscheidend sind sie noch lange nicht. Für uns im Zentrum war der andere Gedanke noch sehr viel gewichtiger, daß durch den Beitritt der Zentrumspartei auch die Politik der neuen Regierung eine andere wird, als wenn das Zentrum sich nicht anschließt. Jetzt sind drei Parteien koaliert, zwei bürgerliche Parteien mit zusammen 163 Mitgliedern und eine sozialdemokratische Partei auch mit 163 Mitgliedern. So lautet wenigstens die neueste amtliche Mitteilung, die wir erhalten haben. Vielleicht verschiebt sich das im Laufe der Tage noch um ein paar Mitglieder, aber in der Sache selber wird wohl im wesentlichen nichts geändert werden. Es sind also zwei Parteigruppen von gleicher Stärke. Dem entspricht auch die Zusammensetzung der Regierung, des Kabinetts, 7 bürgerliche Mitglieder, 7 sozialistische Mitglieder

Aber am wichtigsten ist uns das **Arbeitsprogramm**, das uns verlesen worden ist und das auf einer Vereinbarung der drei Parteien beruht. Dieses Arbeitsprogramm ist eben ein **Koalitionsprogramm**, es ist nicht ein sozialistisches Programm. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Jawohl, das stelle ich ausdrücklich fest. — Es ist ein demokratisches Durchschnittsprogramm der drei Parteien, aber kein sozialistisches Programm. Wenn in den letzten Tagen hier im hohen Hause der Ausdruck von der sozialistischen Republik gefallen ist, so wird er in Zukunft nicht mehr gebraucht werden dürfen. (Sehr richtig! im Zentrum. — Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir sind nicht Mitglieder einer sozialistischen Regierung, sondern wir sind Mitglieder einer Koalitionsregierung und wollen es bleiben. (Sehr richtig! Bravo! im Zentrum.) In der Koalitionsregierung ist das wesentliche, daß keine Partei von den anderen beiden majorisiert werden kann. Eine Majorisierung würde notwendig zum Ausscheiden der majorisierten Partei führen. Das ist der beste Schutz gegen eine Majorisierung. Ich denke, das Programm, das heute verlesen worden ist, ist auch so reichlich ausgefallen, daß wir vollauf zu tun haben, um alles auszuführen. (Sehr richtig!) Ich meine, wir werden mit der Ausführung des Programms bis zum Schluß der Nationalversammlung noch nicht ganz fertig sein. (Heitere Zustimmung.)

Mein verehrter Herr Vorredner hat scharf unterstrichen, daß die sozialistischen Mitglieder in der Regierung Sozialisten bleiben. Das ist ganz wahr, und *auch die Zentrumsmitglieder der Koalition bleiben Zentrumsmitglieder*. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Das ist ebenso wahr, und die demokratischen Mitglieder der

Koalition bleiben Demokraten (sehr richtig! bei den Demokraten) und werden nicht Sozialdemokraten. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Vielleicht!) — Ja, Sie sagen: vielleicht. Warten Sie mal einstweilen und lassen Sie sich das Warten nicht verdrießen! (Heiterkeit.)

Also wir brauchen eine neue Regierung, und die haben wir jetzt. Wir brauchen auch eine **neue Verfassung**, und die werden wir hoffentlich bald bekommen. Wir im Zentrum sind *stets eine Verfassungspartei gewesen*. Wir haben auch im Anfang sogar einmal den Titel „Verfassungspartei" geführt. Wir haben stets das größte Gewicht auf eine gute Verfassung gelegt, und wir werden unsererseits mit aller Kraft uns an den Arbeiten bei der Beratung der Verfassung beteiligen. Für uns steht es außer Zweifel, daß die Staatsform, die in der Verfassung festgelegt werden soll, keine andere sein kann als eine demokratische. Die demokratische Staatsform ist für uns der notwendige und gesunde Abschluß einer langen Entwicklung. Es ist auch gar nichts Neues. *Seit Anfang Oktober haben wir sogar in aller Form schon eine demokratische Staatsform in Deutschland gehabt.* (Sehr richtig! beim Zentrum.) Die Verfassungsänderung, die unter der Regierung des *Prinzen Max von Baden* beschlossen worden ist, ist ja nur die Formulierung des demokratischen Gedankens. (Sehr richtig! im Zentrum. — Zuruf rechts.) — Sie sagen, es sei überflüssig gewesen. Darauf will ich später zu sprechen kommen. Für uns war es nicht überflüssig, und Sie werden mir doch gestatten, daß ich einen kleinen geschichtlichen Rückblick auf diese Entwicklung werfe. Sie werden dann später einsehen, warum ich das tue, wenn Sie das jetzt noch nicht wissen.

Meine politischen Freunde haben der damaligen demokratischen Staatsform ausnahmslos zugestimmt. Es bestand auch keine Aussicht, daß das im Krieg so schwer enttäuschte Volk auf die alten Zustände wieder irgendwie zurückgreifen könnte. Meine politischen Freunde stehen rückhaltlos auf dem Boden dieser neuen demokratischen Verfassung unseres Reichs. Wir haben in den letzten Jahren und Monden mit einer Schnelligkeit eine Entwicklung durchlaufen, die sonst viele Menschenalter braucht. Wir wollen nicht verkennen, daß in einer recht organisierten und pflichttreu durchgeführten Demokratie ein entschiedener Fortschritt in der Staatsentwicklung zu finden ist.

Vielleicht läßt sich die ganze staatsrechtliche Entwicklung vom Ständestaat des Mittelalters bis auf unsere Tage auf die Formel bringen, daß der Staatsgedanke, allerdings mit Unterbrechungen und Rückschlägen, aber im Gesamtverlauf der Dinge gesehen doch ständig immer mehr gewinnt und vertieft wird. Fürst und Staat, Volk und Staat, Stand und Staat, Bürger und Staat wachsen immer mehr zu-

sammen. Eine gewisse innere Vereinheitlichung des Staates vollzieht sich, und die Demokratie ist auch ein Schritt auf diesem Wege und als solcher durchaus zu begrüßen.

Weil wir uns in dieser gesunden, organischen Fortentwicklung befinden, weil sie gesichert war, darum haben meine politischen Freunde auch die Ereignisse — und nun komme ich auf den Grund, warum ich diese historische Entwicklung dargelegt habe —, weil wir diese Entwicklung als eine durchaus gesicherte Entwicklung angesehen haben, die auf Dauer rechnen konnte, deshalb haben wir die Ereignisse vom 7. bis 9. November, die gewaltsame Unterbrechung der Ordnung, die **Revolution**, mißbilligt. Wir konnten in der Revolution weder eine innere Notwendigkeit, noch ein Glück für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland finden. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Vor allem haben wir diese Revolution des November nicht als eine notwendige ansehen können. Schon die Regierung des Prinzen Max von Baden hat uns die wichtigsten demokratischen Forderungen gebracht, die überhaupt gestellt werden konnten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich will mich auf die zwei Haupterrungenschaften beschränken und kleinere Dinge beiseite lassen. Die Regierung des Prinzen Max von Baden hat uns vor allem die Einheit der Staatsleitung und zwar die Einheit der Staatsleitung unter dem Reichskanzler gebracht, indem das Militär der Zivilleitung unterstellt worden ist, und wenn man bis dahin mit vollem Recht die Zwiespältigkeit in der Regierung beklagt hat, so war von da ab eine einheitliche Zivilregierung über der Militärregierung geschaffen. Zweitens haben wir die Abhängigmachung des Reichskanzlers, der obersten Staatsleitung, vom Reichstage erlangt, weil die Verfassung bestimmt hat, daß der Reichskanzler des Vertrauens des Reichstags bedürfe, also abzutreten habe, wenn sich die Mehrheit des Reichstags gegen ihn ausspreche. Und das alles ist erreicht worden auf vollständig gesetzmäßigem Wege, ohne Gewalt, mit rechtmäßiger Änderung der Verfassung (sehr richtig! im Zentrum); und was hier erreicht worden ist, das war die Grundlage, auf der alle weiter zu erstrebenden Fortschritte ohne Schwierigkeit hätten erreicht werden können. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Daß es nicht dabei geblieben ist, das ist die Schuld der Revolution vom 9. November.

Ich sage aber auch: die Revolution, diese gewaltsame Unterbrechung einer ruhigen, legalen Entwicklung, war kein Glück für das deutsche Volk. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Demokratie ist gerade durch diese Revolution aufs schwerste geschädigt worden, die Demokratie, die das Vertrauen des deutschen Volkes hatte und die die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hatte. Die November-

ereignisse haben in hohem Maße eine Schädigung verursacht, politisch, militärisch, wirtschaftlich, finanziell; politisch durch die Verzögerung des Friedensschlusses, an der wir heute noch kranken. Die Feinde finden ja immer wieder einen Grund — es sei keine recht zuverlässige Regierung da —, und sie haben den Frieden immer wieder hinausgezögert. Wäre die Regierung des Prinzen Max von Baden geblieben, ich bin überzeugt, wir hätten schon längst den Frieden erlangt. (Sehr wahr! im Zentrum. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Sie mögen eine andere Ansicht haben; ich spreche meine Ansicht aus. —

Militärisch liegt der Schaden darin, daß unser gesamtes **Wehrsystem so zermürbt** und zerrüttet worden ist, daß wir jetzt gezwungen sind, nach Freiwilligentruppen uns umzuschauen, mit allen Mühen und kolossalen Kosten ein Freiwilligenheer zu schaffen, ohne daß wir recht sicher sind, ob wir ein Heer erlangen, das wirklich zuverlässig ist und das Geld wert ist, das man darauf verwendet. Der Novembergeist hat insbesondere gerade auf unsere Soldaten schädlich eingewirkt. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Wirtschaftlich hat uns die Revolution eine so ungeheuerliche, ja geradezu unsinnige Vergeudung des Heeresguts und der Lebensmittelvorräte gebracht, daß wir alle darunter zu leiden haben. (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich hoffe, daß uns im Laufe der Beratung von dem Herrn Schatzsekretär näher mitgeteilt wird, wie hoch sich diese Kosten alle belaufen werden, daß er uns die Zahlen nicht verschweigt, so schwer es ihm auch fallen mag, diese Zahlen mitzuteilen. Ich glaube, wir sind nachgerade an die schlimmsten Nachrichten gewöhnt, wir sind auf alles gefaßt. Lieber die Wahrheit als die Selbsttäuschung! (Sehr richtig! im Zentrum.) Das, verehrte Versammlung, zur Frage der Demokratie.

Nun haben uns die Novemberereignisse noch die **republikanische Staatsform** gebracht. An und für sich war das keine innere Notwendigkeit. Man kann sich ein demokratisches Staatswesen mit einer monarchischen Spitze denken, wie das Beispiel von England und von anderen Staaten zeigt. Ich will aber auf diese Fragen weiter nicht eingehen, weil mir das eine theoretische Frage zu sein scheint, und ich will die Zeit des hohen Hauses damit nicht in Anspruch nehmen. Meine politischen Freunde und ich stellen uns nach allem, was geschehen ist, auf den Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen und ziehen daraus die Konsequenz. Wir tun das, weil wir in der demokratischen Republik die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen (sehr richtig! im Zentrum), und das ist für uns die Hauptsache. Wir müssen heraus aus dieser Unordnung. Wir müssen wieder zu geordneten, rechtmäßigen Zuständen gelangen und wir müssen ver-

hüten, daß sich eine Entwicklung entfaltet, die zur sozialistischen Republik führen müßte. Wir wollen die demokratische Republik, aber keine sozialistische Republik. (Bravo! im Zentrum!)

Wir wollen die demokratische Republik auf föderativer Grundlage, entsprechend dem bisherigen Charakter des Deutschen Reichs und seiner ganzen, viele Jahrhunderte alten geschichtlichen Überlieferungen. Wir in der Zentrumspartei haben diesen Standpunkt stets vertreten, wir sind stets für die Wahrung der Eigenart der deutschen Stämme eingetreten. Über das Prinzip war unter uns niemals ein Zweifel, höchstens ein Streit darüber bei der Abgrenzung, wie weit man gehen solle und wie der föderative Charakter am besten geschützt werden solle.

Ein ungesunder **Unitarismus** hat seine zerstörenden Wirkungen vor allem auf kulturellem Gebiete gezeigt, also namentlich in den Fragen von Kirche und Schule, Kunst und Wissenschaft, und wenn irgend etwas, dann vertragen gerade Religion, Schule, Kunst und Wissenschaft am allerwenigsten die Schablonisierung und die Zentralisierung. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ein abschreckendes Beispiel einer übertriebenen Zentralisierung bietet uns Frankreich, wo das gesamte geistige Leben auf die Verhältnisse von Paris zugeschnitten ist und die Provinzen geistig zu verkümmern drohen. Das Gegenbeispiel ist gerade Deutschland mit seiner Fülle von Kulturzentren in allen Einzelstaaten. Wir, die wir hier in Weimar tagen, brauchen bloß den Namen Weimar zu nennen, damit ist schon vieles gesagt. Und was hat vollends Bayern und das bayrische Königshaus — ihm sei dafür noch nachträglich Dank ausgesprochen! — (bravo! im Zentrum) aus München gemacht, dieser Kunststadt, diesem Sammelplatz von allem Schönen und wissenschaftlich Erhabenen!

In den Kriegsjahren hat leider unter der Not der Zeit eine gewisse Zentralisierung eingesetzt; aber diese Zentralisierung hat einen Aufschrei ausgelöst von einer Gewalt, von einer Heftigkeit, wie man bis dahin noch nichts gehört hat: **Los von Berlin!** (Sehr richtig! im Zentrum.) Man darf nicht glauben, daß darunter bloß eine leere Opposition zu verstehen war. Es haben ganz ruhige und solide Bürger ausgesprochen, daß sie nicht nach der Schablone Berlins behandelt sein wollen, sondern daß sie ihre Selbständigkeit und ihre Selbstbestimmung erhalten wollen. Warum soll man denn den deutschen Stämmen nicht das Recht lassen, daß sie ihre eigenen Angelegenheiten selbst ordnen, natürlich im Rahmen des Ganzen, in Unterordnung unter das Gesamtwohl des Reichs! Diese Voraussetzung muß ausgesprochen werden. Es mag die Abgrenzung im einzelnen Falle schwierig sein, — möglich ist sie. Das haben die bisherigen Verhältnisse gezeigt, und wenn auch die weitere Entwicklung wohl nicht wieder in allen Einzel-

punkten so gestaltet wird, wie es bisher auf diesem Gebiete war, so kann denn doch den einzelnen Bundesstaaten auch fernerhin eine weite Selbständigkeit belassen werden, und diese Selbständigkeit wird von ihnen verlangt und darf von ihnen verlangt werden. Sie werden um so treuere Deutsche sein, je mehr man ihnen auch das Recht läßt, ihrer Stammeseigenart zu leben. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn wir unseren deutschen demokratischen Freistaat auf föderativer Grundlage aufbauen, so bietet sich damit auch die beste Möglichkeit, die **Deutsch-Österreicher**, wenn sie sich uns anschließen wollen, in unseren demokratischen Freistaat aufzunehmen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Meine politischen Freunde würden es begrüßen, wenn die Deutsch-Österreicher zu uns kommen würden (bravo! im Zentrum), nachdem sie so lange Jahre durch eine falsche Machtpolitik aus Deutschland verdrängt worden waren. Nach Abstammung und Geschichte gehören die Deutsch-Österreicher zu uns, und niemand wird es ihnen wehren dürfen, wenn sie ernstlich und energisch von ihrem Selbstbestimmungsrecht zugunsten des Anschlusses an Deutschland Gebrauch machen. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.) Mögen sie recht bald zu uns kommen! Ich, der ich aus dem alten vorderösterreichischen Lande Oberschwaben gebürtig bin, der ich am Ufer der Donau geboren bin, ich rufe den Deutsch-Österreichern ein herzliches „Grüßgott!" entgegen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Wenn wir uns hier anschicken, den gesetzlichen **Neubau des Deutschen Reichs** aufzuführen, so sind wir uns bei aller Wertschätzung unserer Arbeit doch auch wieder unserer Unzulänglichkeit bewußt. Wir schaffen nur den äußeren gesetzlichen Rahmen für das Reich; aber die besten Verfassungen und Gesetze sind schließlich wertlos, wenn die Volksseele sie nicht aufnimmt und durchführt, nicht auf ihren Geist eingeht. Darin liegt zur Stunde alles übels Kern! Da liegt Hoffnung für uns oder Verzweiflung bei der deutschen Volksseele! Sie ist krank, — schwer krank! Darum muß an dieser Stelle — der maßgebendsten zurzeit für unser Volk — ein Appell um Heilung unserer Volksseele an alle erfolgen. Lernen wir wieder einmal, national zu fühlen, nicht im Sinne eines nationalen Chauvinismus, — ich glaube, wir sind gegenwärtig wirklich nicht in der Gefahr, dem Chauvinismus ausgesetzt zu sein; der ist uns Deutschen gründlich ausgetrieben worden! — (Heiterkeit im Zentrum), aber wohl im Sinne jenes Wortes, das da sagt: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre! (Lebhaftes Bravo im Zentrum.)

Allem militärischen Drill haben wir entsagt. Sollen wir aber auch unserer Wehr entsagen in der Not der Gegenwart? Soll der Geist von 1914 so radikal vergehen, daß wir uns nicht mehr wehren gegen bolschewistische und polnische Einfälle, gegen Eroberungen

und Annexionsgelüste kleinerer raublustiger Nachbarn? Soll unser Volk nicht endlich in allen seinen Teilen sich des Ernstes der Stunde bewußt werden und zur Einfachheit der Lebensführung, zum Geiste der Arbeit und der Pflichterfüllung zurückkehren? Diese Tugenden haben uns groß gemacht. Im Glück haben wir sie verloren, im Unglück müssen wir sie wiederfinden.

Wenn die Nationalversammlung demnächst an alle Volkskreise appellieren muß, daß sie Opfer bringen, und zwar Opfer jeglicher Art, dann muß sie es tun, weil nur Selbstverleugnung, nur Opfer und Pflichterfüllung im Dienst der Gesamtheit uns wieder aufrichten können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ohne eine sittliche und geistige Erneuerung des deutschen Volkes werden alle Verbesserungen der Verfassung und der Gesetze, sie mögen lauten, wie sie wollen, und alle wirtschaftlichen Umbildungen vergebens sein. Es sind vor allen die sittlichen Ideen, die das Volk heben müssen, und im Vordergrunde steht die Pflicht zur Arbeit für das Gesamtwohl. (Sehr richtig! im Zentrum.) Diejenigen, die arbeiten können, müssen arbeiten wollen, damit diejenigen, die nicht mehr arbeiten können, nicht hungern müssen. (Bravo! im Zentrum.) Die frühere Größe Deutschlands ist seinerzeit nicht errungen worden durch militärische Gewaltleistungen, sondern durch bürgerlichen Fleiß und Tüchtigkeit. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auf ihm hat der Gottessegen geruht, so haben wir uns emporgearbeitet bis zur zweiten Stelle im Welthandel, und denselben Weg der Arbeit werden wir wieder gehen müssen in der sicheren Hoffnung auf denselben Gottessegen, der uns bei der früheren Arbeit zuteil geworden ist. Wir treten an die schweren Aufgaben, die unserm Volk gesetzt sind, heran mit vollem Gottvertrauen, tief durchdrungen von der Überzeugung, daß immer noch gilt der alte Satz: „Gott verläßt die Deutschen nicht.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen im Zentrum.)

Vizepräsident Haußmann: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Naumann.

D. Naumann, Abgeordneter: Solange eine monarchische Regierung neben und über der Volksvertretung stand, lag für die Volksvertretung kein Zwang vor, sich in bestimmte Mehrheitsgruppierungen zu formieren. Jetzt aber, nachdem die monarchische Regierung nicht mehr vorhanden ist, ist es für den Staat, seine Existenz und seine Leitung eine absolute Vorbedingung und Notwendigkeit, daß aus Gruppen und Parteien dieses Hauses heraus ein gemeinsamer Gedankengang organisatorisch fest gefügt wird. Es ist nun der Inhalt des heutigen Tages, daß durch die Proklamation des neuen Reichskanzlers — ich sage lieber „Reichskanzler“, weil ich mich zwischen der

Mehrheit von allerlei Präsidenten nicht mehr durchfinden kann — eine **Mehrheitsregierung** aufgetreten ist, zu der ebenso, wie die Herren vom Zentrum, auch wir neben den Mehrheitssozialdemokraten gehören. Und nachdem schon mein Herr Vorredner, Abgeordneter Gröber, über die Ursachen und Erwägungen gesprochen hat, aus denen wir in diese neue Mehrheitsregierung eingetreten sind, setze ich seinen Gedankengang noch um etwas weiter fort.

Es gibt auf Grund der Wahlziffern in der Nationalversammlung nur zwei **Mehrheitsmöglichkeiten**, da nämlich die Sozialisten für sich allein eine Mehrheit nicht bekommen haben, gibt es eine Mehrheitsmöglichkeit unsozialistischer Art nach rechts hin, und eine andere Mehrheitsmöglichkeit, die eine Mischung oder eine Koalition zwischen den Mehrheitssozialisten und bürgerlichen Parteien darstellt. Es gibt nun in der Tat innerhalb der bürgerlichen Kreise Deutschlands nicht wenige, die glauben, wir hätten die erste Möglichkeit ergreifen und die **unsozialistische Mehrheit** herstellen sollen, die etwa mit der Deutschen Demokratie beginnt und bis an jene rechte Wand reichen würde. Dabei aber sind, ganz abgesehen von den Gesinnungs- und Gemütswiderständen, die innerhalb dieser Rechten reichlich vorhanden sind, (Zurufe rechts) — Sie haben mich nicht verstanden, hören Sie gefälligst zu! — ich habe nicht davon geredet, daß Sie in ihren Parteien Unterschiede haben, sondern daß zwischen uns und rechts sehr große Gesinnungs- und Meinungsunterschiede vorhanden sind. — Aber also ganz abgesehen von diesen Unterschieden, so würde eine Zusammenfassung der Rechten die zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können. Nämlich es würde zunächst unmöglich sein, mit dieser bürgerlichen Mehrheit der Rechten die Revolution zu beenden. Denn gerade diese Zusammenfassung würde alle sozialistischen Arbeiter, unbeschadet der Differenzen ihrer eigenen Temperaturen und Auffassungen, zusammen zu einer gemeinsamen Opposition formieren, und es würde absolut unmöglich sein, trotz der ziffernmäßigen Mehrheit mit dieser Rechten im Augenblick einen ruhigen Gang der Geschäfte in Deutschland herzustellen oder zu gewährleisten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Und zweitens: dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten niemals als eine Garantie für einen künftigen Weltfrieden erscheinen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn innerhalb dieser Rechten müßten dann unvermeidlicherweise solche zusammengefaßt werden, die immer nur den Verteidigungskrieg haben wollten und auf dem Boden der Friedensresolution vom Juli 1917 standen, mit solchen, die damals dieser Resolution gegenüber den allerlebhaftesten Protest und eine den Krieg weiter fortsetzende und fordernde Agitation durchgeführt haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Und da nun das Ausland mit uns einen Frieden machen soll und machen muß, bei dem wir die Friedenbittenden geworden sind

durch die Übertreibungen des Krieges, die von rechts her verlangt wurden (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), so ist es unmöglich, daß eine Regierungsmehrheit, in die die frühere Vaterlandspartei eingefügt ist, heute vor die Menge der Nationen hintritt und zu ihnen sagt: jetzt kommen wir und wollen Frieden haben!

Es bleibt nichts anderes übrig, als daß die zweite in diesem Hause vorhandene **Mehrheit**, eben die Zusammenfassung der **Mehrheitssozialdemokratie mit den demokratischen Teilen des Bürgertums**, die Verantwortung und Führung übernimmt. Indem diese Gruppen zusammentreten, so können sie sich leicht vereinigen auf dem Gebiet der exakten Demokratie. Das, was Deutschland bisher nicht gehabt hat, eine wirklich bis zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung, kann jetzt vollendet werden, indem Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darüber heute einig sind: wir besitzen von jetzt an keine angeborenen politischen Vorrechte mehr, wir haben keine Kasten und keine Klassen mehr, wir sind ein Volk! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Können wir darüber nicht einig sein? Wir besitzen keine undemokratischen Unterschiede mehr unter uns! Auch darüber aber können wir miteinander klar sein, daß wir der Außenwelt gegenüber den Frieden etwa auf der ideellen Grundlage fordern können, die in unserer Friedensresolution vom Juli 1917 ausgesprochen ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir können auch insbesondere die Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit des ganzen deutschen Volkes, indem wir uns zu einer großen Mehrheit fügen, in viel anderer Weise garantieren, als es durch irgendeine andere Gruppierung denkbar und möglich ist. Wenn Mehrheitssozialdemokratie, Deutsche Demokratie und Zentrum mit allen ihren Verbindungen in Nord und Süd, und wo überhaupt Deutsche sind, ihre Hände ineinander legen, so ist das an sich schon ein nationales Werk: wir wollen zusammen trotz aller Eigenart und trotz aller Differenzen ein gemeinsames deutsches Einheitsreich bilden, wir wollen gemeinsam die eine große Gruppe der Neuaufrichter des Staates sein. Dadurch sind sehr große Gefahren der Abspaltung von Teilen des Deutschtums von vornherein überwunden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Wenn man die Zusammenfassung dieser Mehrheit sich durchdenkt, kommt man zu dem Ergebnis, daß sie allgemeinpolitisch, nationalpolitisch und demokratisch ohne wesentliche Hemmnisse miteinander arbeiten wird. Gewisse Schwierigkeiten bleiben aber wie bei jeder Koalition, und mein Herr Vorredner hat auch davon durchaus in unserem Sinne geredet. Jede der drei Parteien hat ihren eigenen historischen Charakter, und indem wir jetzt zusammen gehen, so bleiben wir doch, was wir sind: Sie

bleiben Sozialisten, wir bleiben bürgerliche Demokraten, Sie bleiben Mitglieder der Zentrumsgruppe! Wir haben miteinander kein einheitliches, formulierbares, sozialwirtschaftliches Programm, da wir unsererseits nicht daran denken, den ersten Teil des sozialdemokratischen Erfurter Programms als unser Lehrbuch anzusehen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir besitzen zwar untereinander einen großen Teil Stimmungen, die ganz ähnlich einem geschichtlichen Zwange unterworfen sind, der auf Sie und auf uns gleich wirkt. Aber wenn jemand heute genau formulieren will, was der gemeinsame Bestand an Wirtschaftslehre und Staatslehre ist, so wird der Konstruktionsversuch mißlingen. Wir teilen im allgemeinen den materialistisch-historischen Grundgedanken der Marxisten nicht. Das erscheint als eine innere Schwierigkeit der neuen Regierung, aber ich halte es sogar für einen Vorteil, daß gerade in jetziger Zeitlage eine dogmatische Bindung nicht besteht. Eine Regierung unter jetzigen Verhältnissen muß etwas anderes sein als eine theoretisch festgelegte Klassenregierung. Sozialisten und Nichtsozialisten müssen sich in ihrem Nebeneinander begreifen wie Protestanten und Katholiken. Die Sozialisten müssen sich gewöhnen, daß auch die Individualisten lebensnotwendig sind, und ebenso müssen die bürgerlichen Kreise begreifen, daß eine große Menge sozialistisch denkender Leute in unserem Vaterlande heute an führender und ausschlaggebender Stelle gefunden werden.

So halten wir dafür, daß die allgemeinen Grundlagen der neuen republikanischen Regierung möglich und richtig sind, und es muß kommen, es muß geschaffen werden der Volksstaat oder, wenn man das Fremdwort lieber hören will, die Republik; denn nach dem Verschwinden der Monarchen, nachdem die Könige und Großherzoge gegangen sind, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als *unseren deutschen Volksstaat mit aller Kraft, mit aller Hingebung und aller Treue zu bauen.* (Bravo! links.) Wir werden dabei nicht unsere eigene deutsche Vergangenheit auslöschen wollen. Die **Vergangenheit** fast aller deutschen Landesteile hat, wie die ganze bisherige deutsche Historie, einen **monarchischen Charakter.** Den können wir unter keinen Umständen aus den vergangenen Jahrhunderten herausstreichen; denn selbst wenn wir es versuchen wollten, würden die Steine der Architektur in ganz Deutschland laut rufen von den Zeitaltern, in denen Fürsten und Völker gruppen- und stammweise zusammen gelebt haben. Mag es Theorie sein, zu untersuchen, ob mehr der Fürst dem Volke gedient hat oder mehr die Völker den Fürsten genützt haben: so waren jedenfalls die ganzen letzten Jahrhunderte voll aus dieser wechselseitigen Gemeinschaft. Und wenn wir uns der letzten Periode erinnern, an die Zeit des großen deutschen Aufstieges vor dem betrübenden Umschwung, an die Zeiten des Glücks vor dem Kriege und vor der Niederlage, so wird bei aller späteren Geschichtsbetrachtung auch die Romantik des nun

vergangenen Fürstentums weiterhin in Wort und Lied eine Rolle spielen. Wir denken nicht daran, uns die Vergangenheit unserer Vorfahren oder selbst die Erlebnisse unserer eigenen, in Bismarcks Tage fallenden Jugend nachträglich etwa verketzern und in den Schmutz ziehen zu lassen. Das Gewesene behält seine Ehre. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Aber so sehr wir der Vergangenheit gegenüber die Ehre hochhalten — deutsche Geschichte bleibt, was sie gewesen ist, eine Geschichte der Fürsten und Völker —, der Strich ist dennoch nun gemacht, und der Strich ist endgültig! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ebenso sicher, wie ich von der Anerkennung der Historie reden mußte, ebenso bestimmt und unzweideutig muß nun auch davon geredet werden, daß heute ein Träumen vom Wiederkommen der Monarchen nur die Bedrohung mit einem Bürgerkriege ist (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten), der das schlimmste und unheimlichste ist, was wir erleben könnten. (Sehr wahr!)

Die Fürsten mögen selbst untersuchen, wie und warum es so weit gekommen ist! An sich war ja eine Neigung, die Fürsten zu verabschieden, in Deutschland nicht sehr lebhaft vorhanden. Auch die Herren von der Sozialdemokratie werden mir darin Recht geben, daß sie zwar immer den Programmpunkt von der Republik gehabt, daß sie aber in kluger Mäßigung auf diesen Punkt nicht ein hervorragendes Gewicht gelegt haben in den Jahren des Kampfes. Wir hatten alle anderes zu tun, als diese Frage staatsrechtlicher Art zu erörtern.

Durch den Krieg aber ist die letzte große Probe der Monarchie gemacht worden, und der **Befähigungsnachweis der Monarchie** wurde nicht geliefert im großen Fegefeuer der Weltgeschichte. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.) Die Monarchie hat uns nämlich im Kriege nicht die Einheit gebracht. Einheitlicher als wir waren demokratisch eingerichtete Völker. Bei uns sind wir nicht darüber hinweggekommen, daß die Einheitlichkeit des Regiments durch die oberste Stelle nicht zustandegebracht wurde. Alle die vier Jahre hat ferner die oberste Stelle jenes historische Gefühl nicht gehabt, das ihr sagte, wann der Friede endgültig unvermeidlich war.

Wenn die bisherige monarchische Führung des Deutschen Reichs noch im Juli 1917 das Ohr für die Mehrheit des Volkes öffnete, — wer weiß, wir hätten jetzt vielleicht staatspolitische Verhältnisse wie in England. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Wir wären vielleicht auf einen Weg gegangen, den man mit dem Doppelwort „Demokratie und Kaisertum“ bezeichnen kann. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir konnten ohne Katastrophe in eine historische Periode hineinkommen, in der das Demokratische wuchs, indem die neue Staatsform sich vollendete, während die alte allmählich würdig in ruhige Ge-

filde hinüberging. Wenn das nicht geschehen ist, so lag das jetzt an der Monarchie selbst; und es ist über uns gekommen als ein deutsches nationales Schicksal, daß wir jetzt nichts anderes können, als aus dem Volke heraus auf Grund des Volkswillens unvermittelt die Republik aufzurichten.

Das würde an sich eine innerlich befreiende und erfreuliche Leistung sein, wenn das **Technische an der Republik** so leicht fertigzustellen wäre, wie der Enthusiasmus dafür sich einbürgern kann. Alle Republiken in der ganzen Welt, die wir als Muster vor uns haben, sind technisch betrachtet schwierige Apparate und recht verwickelte Körper. Jede Republik hat ihren besonderen Typ, ihre eigenen Vorzüge und Hemmnisse. Wenn wir also hier in Weimar zusammengekommen sind, um den Volksstaat zu bauen, so reicht es nicht, daß wir die allgemeine Parole ausgeben: Wir machen die deutsche Republik — das wollte man auch schon im Jahre 1848 —! Zusammengekommen sind wir, um die deutsche Republik nicht nur auszudenken, sondern in Betrieb zu setzen. Wir suchen eine Republik, die nicht nur auf dem Papiere steht, sondern die wirklich funktioniert, die nicht nur das Ideenwerk einer legislativen Versammlung ist, in der man Resolutionen faßt, sondern die auch eine Exekutive, eine ausführende Verwaltung besitzt, in der sich der deutsche Geist und der deutsche Wille tatsächlich verwirklichen. Wir sehen schon aus den verhältnismäßig wenigen Worten, die bisher in diesem Hause gewechselt worden sind, auch aus gewissen Sätzen meines Herrn Vorredners Gröber: hier liegen vor uns ganz große Schwierigkeiten, hier liegen die alten Schwierigkeiten von vor 70 Jahren noch genau so vor wie damals: Dezentralisation und Zentralisation, vorhandene Bundesstaaten und werdende Reichsgewalt; hier zeigen sich noch heute die geographischen Zwiespältigkeiten zwischen Nord und Süd; wir sind kein einheitlich, schematisch gefügtes Volk, sondern voll von Verschiedenheiten, voll innerer Wirrnisse und Dunkelheiten infolge unserer Vergangenheit. Aus dem wirklichen alten Deutschtum ein volksstaatliches, republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, um deretwillen wir hierher geschickt worden sind. Wir sind nicht hierher gesendet worden, um uns sozusagen sentationell hier zu zanken. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn das gelegentlich nebenbei geschieht, ist nichts dagegen zu sagen, beim Holzhacken fallen Späne. Aber wir dürfen nie aus den Augen verlieren, daß man die Nationalversammlung nur bewerten wird nach dem Endergebnis, daß man sie nur danach beurteilen wird, ob wir den deutschen Volksstaat fertiggebracht haben oder ob wir ihn nicht fertiggebracht haben. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Alle anderen Resolutionen, mögen sie über dies oder jenes sein, mögen sie sich auf Sozialpolitik oder Agrarpolitik oder sonst etwas erstrecken, sind Dinge,

die in sich selber zusammenfallen, wenn wir nicht den Staat selbst in seiner Größe und Festigkeit und Selbstverständlichkeit aus unseren Händen auf Grund des ganzen Volkes hier können hervorgehen lassen. Der Abschied der Könige stellt uns, die wir hier beisammen sind, vor eine der größten, kompliziertesten und verwickeltsten Aufgaben, die es geben kann. (Sehr richtig!)

Wir waren in Deutschland schon auf dem Wege zu einer größeren Demokratisierung. Niemand wird verkennen, daß, als wir im letzten Reichstage im August 1914 versammelt waren, um uns für den Verteidigungskrieg miteinander zu stärken, in der Temperatur und in der Wunderstimmung jener Tage bereits eine innere Umformung lag. Wenn damals die Staatsleitenden nicht die Neuorientierung nur immer vor sich hingeschoben hätten auf fernere und weitere Tage (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) hätte man aus jenem Tage die Folgerungen sogleich gezogen! (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Das alte Preußen wäre an diesem Tage zu Ende gewesen! An jenem Tage, als die Sozialdemokratie, meines Erinnerns einschließlich des Herrn Haase (Heiterkeit), damals für die Kriegskredite votiert hat, gab es ein deutsches Staatsbürgerbewußtsein, auf das hin die Staatsgründung an sich möglich gewesen wäre. (Lebhaftes Bravo bei den Deutschen Demokraten.) Diese Entwicklung wurde uns verzögert, weil man im Kriege den Gedanken des rein Militärischen so einseitig in den Vordergrund rückte, daß es immer nur hieß: alles Volkstümliche und Innerpolitische können wir später machen. Als ob man den Krieg führen könnte, ohne ihn mit den Seelen des Volkes zu führen! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Man hat den Krieg technisch glänzend geführt, aber man hat den Krieg in bezug auf Menschenpsychologie unglücklich geführt. (Sehr richtig! links.) Und darum war es dann an einem andern Tage auf einmal alles aus, zerfloß unter den Händen, weil man zu spät kam mit der Demokratisierung des deutschen Volkes, weil man die Folgerungen aus der Tatsache der allgemeinen Wehrpflicht und des Volksheeres nicht rechtzeitig gezogen hat. (Sehr richtig! links.) Darum zwingt nun die Niederlage, darum zwingt auch der Druck des Auslandes dazu, das nachzuholen, was in unserer geschichtlichen Entwicklung vor der Tür stand, aber bis jetzt nicht hereingelassen wurde. Es zwingt, sage ich, auch das Ausland dazu; denn zu allen Zeiten haben die Siegenden einen gewissen Einfluß auf die politischen Formen der Unterliegenden gehabt, und wir wollen auch darüber ganz offen reden: wir stehen in einer Weltsituation, wo der politische Typ von Amerika ausgegeben wird. Genau wie vor mehr als hundert Jahren, in den Jahren 1813 bis 15, nach dem Sieg, der von Rußland ausging, Alexander I. von Rußland seinen Herrschertyp mitbrachte, ihn auf den Wiener Kongreß führte und seine heilige Allianz auf seinem Gedankengang aufbaute, weil er gesiegt hat,

so kommt ein besserer Alexander I. vom Westen — Wilson — herüber mit dem amerikanischen Typ und mit der heiligen Allianz des **Völkerbundes;** jener Zusammenfassung der Nationen aller Zonen nach der jetzigen Gestaltung der Menschheit. Es liegt in unserer geschichtlichen Lage nach dem, was wir erlebt haben, daß wir die Einfügung in diesen Welttyp notwendig brauchen. Es wäre besser gewesen, wir hätten diese Einfügung früher und freiwilliger vollzogen. Wir hatten die Gelegenheit auf den verschiedenen Tagungen der Friedenskongresse im Haag, die Einfügung schmerzloser und sehr viel einfacher zu machen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialkraten.)

Dort liegen die Versäumnisse der Vergangenheit! Jetzt ist es uns schwer; denn jetzt besteht nun die große Legende vom Brutalismus des deutschen Volkes. Wir, die wir uns untereinander kennen, Deutsche unter Deutschen, haben kaum eine genügende Vorstellung, was für einen **Gedankengang** sich die Welt da draußen in vier Jahren **über die Deutschen** zurechtgemacht hat und wie tief er in die Gemüter eingefressen ist. Der Deutsche an sich erscheint dort vielfach als der, der den Krieg um seiner selbst willen geführt hat, als das Raubtier innerhalb der Menschheit, dessen Vernichtung notwendig ist, weil Rauben seine angeborene Natur sei. Dieser Gedankengang beruht darauf, daß das Ausland nur in wenigen Personen eine wirkliche Kenntnis unserer deutschen Seele und Vergangenheit hat. Die deutsche Vergangenheit besagt, daß unser Volk sich einstmals viel zu lange alles hat gefallen lassen, was die anderen ihm zufügen wollten. Die Deutschen waren eigentlich von Haus aus ohne großen politischen Ehrgeiz, waren in ihrer Art harmlos, gute Soldaten, aber ohne einheitlichen Willen. Und darum: dies Deutschland war das Schlachtfeld der Nationen. Hier haben wir den Dreißigjährigen Krieg gehabt, hier haben wir den Siebenjährigen Krieg gehabt, auf diesem deutschen Boden haben sich die napoleonischen Feldzüge abgespielt. Erst auf diesem Untergrunde erwuchs nun im letzten Jahrhundert der Wille der militärischen Selbsterhaltung, und unser Volk, das von Haus aus geneigt war, mit allen Völkern des Erdkreises in Frieden, Harmonie und Austausch des Geistes und der Materie zu leben, ein solches Volk kam durch die unentrinnbare Pflicht der Verteidigung in den Militarismus hinein und ging dann in ihm über die naturgegebene Grenze hinaus. Dieses Psychologische ist für uns, die wir die Kinder unserer Väter und Vorfahren sind, von innen heraus verständlich, aber was wissen von uns die andern draußen? Wenn sie heute sehen, daß wir jetzt aus den Resten, aus dem, was übrig geblieben ist von der opfervollen, herrlichen deutschen Armee, noch wieder kleine Armeeteile formieren, damit wir nicht ganz aufgefressen werden von Polen und Tschechen, dann rufen sie in Frankreich und sagen: Seht, den Leuten ist es nicht ernst mit dem Völkerbunde,

sie wollen ehrlich keinen Frieden! Nein, wir wollen ehrlich Frieden; das ganze Haus der Volksvertreter sagt es dem Auslande; die neue Regierung in allen ihren Gruppen ist darüber unweigerlich einig; aber wir wollen nicht aufgefressen werden auf deutschem Boden von Fremden, die die Zeit unserer Not benutzen (stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Deutschen Demokraten) und denen es scheint, als lägen wir jetzt da, wie ein halb verendetes großes Tier, zu dem nun alles kleine Raubgesindel kommen kann und an Knien und Beinen herumfressen, weil sie meinen, das gestürzte Tier könne sich nicht mehr regen und könne nicht mehr schlagen. Wenn in dieser unserer Lage, in dieser verzweifelten Not der Gegenwart die Staaten der Entente zu uns nichts anderes zu sagen wissen als: Rührt euch nicht, bleibt ganz still, laßt euch weiter fressen! dann bekommen wir tiefe Zweifel gegenüber den großen Deklamationen von der Zivilisation und von der Humanität. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Deutschen Demokraten.)

Wir unsererseits sind bereit, und zwar ausnahmslos, auf den Gedanken: Volk unter Völkern in der Menschheitsgemeinde! mit Herz und Willen einzugehen, denn wenn man uns die Todesgefahr von unsern Grenzen wegnimmt, dann gibt es kein Volk, das mehr Entlastung hätte als das deutsche Volk. Wir standen in der Mitte des Erdteils, beständig unter dem Druck von allen Seiten. Welches Volk haben wir nicht an unsern Flüssen und auf unsern Ebenen gehabt! Wenn uns jemand diese Weltgeschichtslast, bedrückt zu sein in der Mitte Europas, wegnimmt, wirklich wegnimmt, kein Volk atmet freudiger auf und wird aus dem Inneren heraus Freund des Völkerbundgedankens als dieses vielgeplagte Volk der Kriege der vergangenen Jahrhunderte. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Aus unserem deutschen Volke kam, und zwar aus der Hand des größten unserer Denker, aus Kants Hand, der Plan, der durchgedachte Gedankengang vom „ewigen Frieden“ heraus; der liegt im deutschen Sinn tief drin. Aber dann müssen wir auch fühlen, daß die andere Welt, die Welt der Sieger, uns gegenüber Gefühle der Anständigkeit, der Menschlichkeit und der Noblesse besitzt. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Man kann es nicht deutlich genug aussprechen: das, was uns jetzt zerreißt und stört, ist, daß wir seit unserer Niederlage die übrige Welt von einer Härte kennen lernen, die unerhört ist. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf rechts: späte Einsicht! — Gegenrufe von den Deutschen Demokraten.) — Ich weiß nicht, was Sie für späte Einsichten haben! — Kurz, die Völker sind um uns versammelt, und wir sind ihnen als Geschlagene entgegengegangen, indem wir in der Hand die Sätze von Wilson trugen und zu den Völkern sprachen: wir erkennen an, daß wir die Schwächeren gewesen sind, wir

haben ehrlich gekämpft, ihr seid mehr als wir, ihr habt die größeren Erfolge gehabt; wir berufen uns auf die Sätze vom Präsidenten Wilson, jetzt wollen wir Frieden, jetzt wollen wir Schluß, wir wollen mit euch allen zusammen arbeiten an der Menschlichkeit. Da hieß es nun gleich von Anfang an: zuerst gibt es die **Probezeit des Waffenstillstandes.** Und jetzt wird diese Probezeit des Waffenstillstandes hinaus verlängert, bis die anderen unter sich einig sind. Solange es dauert, bis die Weltpolitik der Angelsachsen und der Lateiner geordnet sein wird, solange sitzen wir hinter verschlossenen Türen bei fortdauernder Blockade und warten. Solange haben wir nicht das Notwendige zum Leben. Für uns geht die Not des Krieges weiter, nämlich Leiden des Mangels, die Schmerzen des Sterbens. Für die da draußen ist der Kampf zu Ende, wir ringen aber von Tage zu Tage!

Unsere **Gefangenen,** Hunderttausende, sehnen den Tag der **Heimkehr** herbei, und hier bei uns sitzen ihre Familien und fragen jeden Morgen und Abend: wo ist er? was machen sie mit ihm da draußen? Sollte man die Gefangenen nicht nach Hause gehen lassen? Werden sie etwa eine kämpfende Truppe jetzt bei uns sein wollen? Werden nicht gerade sie unter uns die stärksten Verkündiger sein müssen, daß der Friede absolut notwendig ist? (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Was haben die Feinde für einen Grund, unsere Gefangenen weiter draußen zu lassen? Und wie kommen die Ententenationen dazu, den Waffenstillstand zu benutzen, um aus dem Verhandlungsstoffe des Friedens vorher schon alles das vorwegzunehmen, was sie für sich wünschen und haben wollen?

Wir sehen unsere Unterhändler jetzt zur Verlängerung des Waffenstillstandes abreisen, und dabei scheint es, als ob dabei unsere **deutsche Handelsflotte geopfert** werden sollte. (Widerspruch.) — Seien wir darüber nicht zu sicher! Das, was jetzt vor sich geht, ist ein Handeln um die Auslieferung aller wesentlichen und größeren Schiffe, die es in deutschen Häfen überhaupt gibt. Wir sollen sie in den Weltschiffahrtsverband vor dem Frieden hingeben. Welche Sicherheit haben wir, daß sie wiederkommen? Wenn sich jetzt die Entente, soviel mir bekannt, die Baupläne der Schiffe, die wir erst noch auf die Werft legen, geben läßt, damit sie ihrerseits die ganze Handelsschiffskontrolle in der Hand hat — (Zuruf rechts: Wer hat das unterschrieben? — Gegenrufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen!

D. Naumann, Abgeordneter: — Ich weiß nicht, warum Sie Störungsversuche machen. — Wenn die Entente ihrerseits die Hand so auf unsere kaufmännische Marine legt und wir verlieren sie, **was nützt uns dann die Freiheit der Meere,** wenn wir keine

Fahrzeuge mehr besitzen, um auf den freigewordenen Meeren fahren zu können? (Sehr richtig!) Wenn die Entente jetzt versucht, ihre Hände auf deutsche Bergwerke oder Eisenwerke zu legen, so liegt darin eine dringende Gefahr für die Volkswirtschaft der Zukunft. Wir müssen als Freunde und Mitglieder dieser Regierung hier im Hause in aller Klarheit fragen: wie werden diese hochwichtigen Dinge gemacht und geordnet? (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wird es erlaubt sein, daß man die deutschen Schiffe ausfahren läßt, ehe man weiß, ob man sie je wieder sehen wird? Wir wollen auch wissen, zu welchen Ämtern und Verantwortlichkeiten die Behandlung dieser Sache gehört (bravo!), welche Sachverständigen in Marinefragen (sehr richtig! rechts) von Anfang an dabei gewesen sind. Hier liegt ein so großes allgemeines nationales Interesse vor, daß wir durchaus nicht zögern dürfen, mit dem eigenen und vor dem fremden Volk darüber zu sprechen: was erleben wir im sogenannten Waffenstillstand? (Bravo!)

Und da wir eben von der Entente und von dem Waffenstillstand reden, so haben wir alle Ursache, der Entente zu sagen, daß sie allein die Autorität haben würde, um den **Polen und Tschechen** diejenigen Grenzen anzuweisen, in denen ihr Vorgehen berechtigt und erlaubt ist. Wir wissen genau, was wir Wilson zugesagt haben und was in den Wilsonschen Punkten geschrieben steht. Keiner von uns hat die Absicht, von den Wilsonschen Punkten abzugehen. Denn wenn in Deutschland die frühere Regierung, nicht ohne ihre eigene Schuld, in den Geruch kam, doppelzüngige Politik zu treiben, so darf die jetzige Regierung um keinen Preis in den Verdacht der Doppelzüngigkeit gelangen. Wir haben versprochen, auf Wilsons Punkte einzugehen, mögen sie sauer oder süß sein. Es wird das gehalten bis aufs letzte Wort. Aber darüber hinaus ist nichts bisher versprochen. Darüber hinaus ist nichts abgemacht worden. Wo etwa liegen polnische Rechte, jetzt vor dem Friedenskongreß uns unsere Ostgrenzen zu überfluten? Wir werden uns nach Wilsons Sätzen und weil wir selbst es für das einzig Mögliche halten, auf dem Grundgedanken von der **Selbstbestimmung der Nationen** zurechtfinden. Wir werden durchaus und freiwillig alle diejenigen Glieder des Deutschen Reichs, die als fremdsprachliche und fremdstaatliche Gruppen beieinander wohnen, gehen lassen, wohin sie gehören. Aber ebenso sicher wollen wir das Wort von der Selbstverwaltung angewendet wissen auf die deutsche Nation. Überall, wo es Deutsche gibt, müssen sie das Recht haben, wenn sie wollen, zu uns zu kommen. (Sehr richtig!)

Elsaß-Lothringen! Was ist Elsaß-Lothringen anders als auch ein Stück diplomatisch zurechtgeschnittenes Land aus der alten fürstlichen Epoche, ein Land, in dem es französische, gemischte und deutsche Teile

gibt? Wir sagen nicht: die Elsässer Deutschen sollen mit Gewalt bei uns gehalten werden, aber wir verlangen: man soll den deutschen Elsässern die Möglichkeit geben, daß sie als Deutsche votieren, wie die Franzosen als Franzosen votieren (bravo!), und wenn sie als Neutrale votieren wollen, so soll ihnen das Recht dazu ebenfalls gewährt werden.

Und im übrigen, was man dort jetzt an Austreibungen vornimmt, wie die Deutschen binnen 12 oder 24 Stunden Haus und Heim zu verlassen gezwungen werden! Alles, was über deutsche Brutalität geredet wird, war nicht so stark und bitter wie das, was jetzt über die Deutschen im Elsaß herniederkommt. (Sehr wahr!) Und bei demselben Wort von der Selbstverwaltung der Nationen müssen wir an die **Nordböhmen** denken. Die sind zweifellos Deutsche! Auf der Linie von Reichenberg bis Eger, das ist ein ganz deutscher Strich. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn jetzt die Tschechen kommen und ihr altes böhmisches Staatsrecht verlangen, so ist das doch wahrhaftig auch eines der Rechte aus der Rumpelkammer, von denen man heute nichts mehr hält. Heute heißt es: Nationalität! Mögen die Tschechen unter sich bleiben und ihren Staat begründen; die Deutschen aber, die in Böhmen sind, sollen ihren Anschluß nach der deutschen Seite herüber finden. Und zusammen mit meinem Herrn Vorredner grüße auch ich im Namen der eigenen Partei und zweifellos aller übrigen die **Deutsch-Österreicher** in Ober- und Niederösterreich, in Steiermark und Tirol, im Salzkammergut und sonst im Gebirge, diese Deutschen, die so oft in schweren Zeiten treu ausgehalten haben, denen wir im Jahre 1866 die Hand nicht reichen konnten, die zwei Menschenalter hindurch abgeschlossen waren von der gemeinsamen Fühlung mit der Nation und die nun nach Hunger und Not, nach Opfern ohne Zahl zu uns, zum Reiche kommen von der Donau zum Rhein, von der Etsch bis an den Belt, um wieder Familienblut zu fühlen, damit wir und unsere Deutsch-Österreicher aus dem Kriegsgefängnis herauswandern ins neue Leben als Brüder einer Mutter, die sich wiedergefunden haben in wunderbaren und schweren Erlebnissen. Wir grüßen die österreichischen Brüder. Kommt; wir warten! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Es ist nicht Sitte der Volksvertretung, den Beifall durch Klatschen zum Ausdruck zu bringen. (Zurufe und Unruhe.) Ich bitte, es bei der alten Sitte zu belassen, die am meisten dem Stile des Parlaments entspricht. (Sehr richtig!)

D. **Naumann,** Abgeordneter: Und wenn die österreichischen Deutschen zum Nationalstaate gekommen sein werden und wir haben einmal wieder feste Grenzen unseres Landes gefunden, dann beginnt

der **Neubau.** Unsere Väter haben schon zweimal großen Neubau aufrichten müssen: hinter dem Dreißigjährigen Kriege, als halb Deutschland eine Wüstenei war, als Dörfer zerstört und Menschen haufenweise auf den Feldern gestorben waren, da fingen sie von vorn an und arbeiteten sich in die Höhe mit ganz einfachen elementaren Mitteln: Treue, Fleiß und Gottvertrauen. In aller Einfachheit hat das Volk sich wieder in die Höhe geschafft aus einer Niederlage fast zum Tode. Und hinter den Napoleons-Zeiten ist das **Emporarbeiten des Volkes** im buchstäblichen Sinne des Wortes von neuem zu finden gewesen. Was wir von unseren Vätern als Erbe überkamen an Kultur und Gut, das war alles Folge jener Treue, die in verzweifelter Lage nicht verzweifelt hat, sondern trotz der Not an eine Zukunft glaubte. Und das, was wir heute zum Neubau brauchen, sind nicht zuerst die Paragraphen, sondern weit vor ihnen muß jener Glaube stehen, daß das Aufarbeiten einen Zweck hat, die Überwindung des Pessimismus an sich.

Es leben zahllose Leute, deren Kinder gestorben sind, jetzt dumpf dahin und sagen: wozu sind wir überhaupt noch auf der Erde? Andere haben im Kriege ihre Glieder verloren oder sind matt und schlaff. Wir sind ein krank gewordenes Volk. Aber in aller Krankheit bleibt die Lebensfrage: glaubst du, daß du in der Welt noch einen Zweck hast, oder glaubst du es nicht? Wenn wir aufhören, das zu glauben, dann rettet uns nichts im Himmel und auf der Erde. Wir müssen, müssen daran glauben, daß das deutsche Volk, die deutsche Nation eine Notwendigkeit ist vor sich selbst und vor der Geschichte und vor dem Unsichtbaren und Höheren. Und in diesem Sinne müssen wir alle etwas besitzen und pflegen, was der Religion außerordentlich verwandt ist. In Zeiten, wo es gut geht, wo alles aufsteigt, da kann man verkündigen, daß der Mensch das Produkt seiner Verhältnisse sei. In Zeiten aber, wo es niedergeht, kann und darf man nicht sagen: Sei das Produkt deiner Verhältnisse (sehr gut! bei den Deutschen Demokraten), denn dann wird man schlecht mit den Verhältnissen. In solchen Zeiten tiefer Bedrückung bleibt nichts anderes übrig als jener über die Gegenwart hinausgreifende glaubende Wille: trotzdem und trotz aller Schwierigkeiten, wir wollen unser Volk nicht fallen lassen (bravo! bei den Deutschen Demokraten), wir wollen wieder Lebensaufgaben haben und mit ihm steigen. Und darum müssen wir untereinander die **Ordnung aufrichten** (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), denn der Aufbau, den wir brauchen, kann nur gedeihen, wenn jeder wirklich arbeiten kann. Zur Arbeit gehört zuerst, daß das Ausland uns bald die Türen aufmacht, Rohstoffe und Nahrungsmittel! Ich habe es verschiedenen Ausländern immer wieder gesagt: auch über unsere inneren Schwierigkeiten, den Bolschewismus und die Arbeitslosigkeit, hilft uns nichts anderes als das

Offenmachen der Türen der Welt. (Sehr richtig!) Solange man uns eingeschlossen hält, haben wir notwendigerweise Arbeitslosigkeit; denn durch alle Kunst kann man nicht konstruieren, Arbeit für Millionen zu schaffen, wenn der natürliche Austausch des großen Arbeitsprozesses gehindert ist. Wir können nicht versprechen, ein beruhigtes Volk zu haben, solange man uns vom Ausland durch Blockade absperrt, und dies ist ein Punkt, der dem Ausland gegenüber mit aller Klarheit ausgesprochen werden muß: Ihr verlangt von uns, daß wir zur Ordnung gelangen, aber ihr hindert uns gleichzeitig, daß wir die Ordnung beginnen können. (Lebafte Zustimmung.) Gebt uns die Existenz- und Bewegungsfreiheit, das andere wird dann schon kommen; denn sobald wir normales Leben gewinnen, wird sich sondern, was in der jetzigen revolutionären Bewegung eine gesunde, sozusagen natürliche Grundlage hat, und was in ihr bloß Krankheit und Hungerfolge ist.

Man kann unter den Trägern dieser Revolution, die noch fortdauert und die den jetzigen Abschluß der Regierung nicht für das Ende der **Revolution** ansehen will, verschiedene **Gruppen** unterscheiden. Die einen — und die sind in meinen Augen die wichtigsten — sind die **enttäuschten Sozialisten**, denen man jahrzehntelang verkündigt hat: wenn einmal die Diktatur des Proletariats politisch möglich sein wird, dann werdet ihr den ersten Teil des Erfurter Programms durchführen können! Jetzt gestalten sich nun die politischen Verhältnisse so, daß man zwar noch nicht von einer Diktatur des Proletariats reden kann, aber doch so, daß man für die erste Stelle in Deutschland einen Mann wählt, der aus der sozialistischen Organisation stammt. Die Widerstände der alten Mächte und Parteien sind weg. Statt dessen aber sind neue Widerstände eingetreten. Man hat früher bei den Sozialisten die Verwirklichung des Sozialismus im strengen Sinne des Wortes sich immer zusammengedacht mit einer Zeit günstiger Konjunktur. Man hat immer gedacht: die Entwicklung geht notwendig aufwärts, es werden Gewinne gemacht, es quillt Mehrwert, der Mehrwert steigert sich, irgendeines Tages dann kommt die Menge der Sozialisten zur Herrschaft, faßt zu und sagt: wir nehmen den Mehrwert von nun an für uns! Das Tragische an der deutschen sozialdemokratischen Entwicklung ist: sie ging in der aufsteigenden Periode bis vor dem Kriege in und mit dem Kapitalismus, abwartend, die glänzende Erbschaft eines Tages anzutreten. Inzwischen aber zerbrach die Erbschaft; denn es zerbrach die deutsche Volkswirtschaft in ihren Grundlagen auf Jahrzehnte hinaus. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Im Kriege entstand eine ermattende Wirtschaft voll Verdunklung, voll finanzieller Lasten und Verpflichtungen, ohne Stoffe, eine Wirtschaft mit abgebrauchten Maschinen, mit verlorenen Absatzmärkten, mit zugeschlossenen Straßen der Welt. Gerade in dem Augenblick, wo der deutsche Kapitalismus von seiner Höhe heruntergestürzt ist,

gelangt der Sozialismus an die Führung, besieht sich die Erbschaft und sagt: so können wir die Erbschaft nicht antreten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Lage entsteht natürlich bei vielen, die gutgläubig, aber nicht wirtschaftlich vertieft in ihrer Auffassung sind, die Meinung, hier müsse irgendwo ein großer Betrug oder eine große Schuld vorhanden sein. Sie begreifen nicht, daß und warum sie jetzt zwar die Möglichkeit der Macht, nicht aber die Möglichkeit der grundsätzlichen Sozialisierung haben. Die Möglichkeit ist deshalb nicht da, weil Gewinn und Aufstieg für alle miteinander nicht da sind. Soweit aber Produktionsgewinn und Wirtschaftsertrag vorhanden ist, müssen wir sozial genug werden, um die selbsttätige aktive Teilnahme aller Arbeiter und Angestellten in allen Branchen an Arbeit, Gewinn und Risiko ganz anders zu erreichen als bisher. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ein **Sozialismus** nicht parteidogmatischen Sinnes, sondern als moralische Verpflichtung und gemeinsame Lebenshaftbarkeit des ganzen Volkes muß in uns wirksam sein; denn wir können uns überhaupt nicht emporarbeiten, wenn wir nicht jedem Beteiligten durch die Tat klar machen, daß er am höchstmöglichen Erfolg der nationalen Arbeit sein persönlichstes Interesse hat. Hinter der deutschen Niederlage läßt sich der Aufbau nicht so gestalten, daß man neues Knechtsvolk neben neuem Herrenvolk hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Wir brauchen jetzt organisatorische Rechtsverhältnisse für gemeinsame Arbeit, Arbeiterrecht, Angestelltenrecht, aber wir brauchen ebenso, um nicht alle miteinander tiefer zu sinken als wir gesunken sind, daß man keine Experimente macht (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) um der Theorie willen (erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten); das können wir jetzt, wo wir krank sind und gebrochene Knochen haben, alle miteinander nicht aushalten. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Vorhin haben wir gesagt: es bleiben die Meinungsunterschiede! Sie (zu den Sozialdemokraten) sind Sozialisten. Wir sind bürgerliche Demokraten. Die Herren vom Zentrum sagen: wir bleiben, was wir sind. Das ist wahr, aber ebenso wahr ist: keiner bleibt, was er ist (sehr richtig! und Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten), sondern jeder lernt aus dieser dringenden Umgestaltung, aus dieser Flutung, aus diesem Zwang, in dem wir alle jetzt leben. Wir lernen von rechts her mehr soziale Auffassung. Sie (zu den Sozialdemokraten) lernen links mehr Praxis der Realitäten. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir das beiderseits gelernt haben, dann werden wir zwar nicht einen Katechismus verfassen, der uns an formale Lehrsätze bindet, aber wir werden einen praktischen Gleichtritt und Mittelweg

finden, da es sich darum handelt, mühsam in Jahrzehnten jede selbständige Kraft und jede organisierte Gemeinschaft zur Mitwirkung zu rufen, um als Volk noch einmal sozusagen von den Toten aufzuerstehen. Nahe daran am Tode ist es!

Dabei aber verlangen wir auch, daß uns nicht das **revolutionäre Rubelgeld** von draußen her den Aufbau stört. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.) Daß wir in Deutschland einen linkesten politischen Flügel haben, ist naturgemäß; — den gibt es immer, und das ist sein gutes Recht! Uns mit der äußersten Linken auseinanderzusetzen, wird immer unsere Aufgabe bleiben, und es wird darum auch notwendig sein, sich geistig in die Gedankengänge zu vertiefen, die, abgesehen vom revolutionären, in dem russischen bolschewistischen Projekt enthalten sind. Aber zunächst lebt Deutschland in seiner Gefahr auch in dieser Sache sein Leben für sich. Wir arbeiten nicht für die Russen, sondern für uns. Nicht, daß wir nicht internationale Beziehungen suchen wollten! Die sind gerade auch mit Rußland notwendig. Aber diese Art von Beziehungen, bei denen die Russen den Rubel rollen lassen, so wie er früher für Väterchen in die Balkanstaaten rollte, der Zustand, den Joffe und Radek durch Millionen bei uns hervorgerufen haben, die Politik der Subversion, die mit Geld und Unterstützung von der Fremde aus Groll gemacht wird, das ist etwas, was das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit nicht ertragen will und nicht ertragen wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Wir wünschen hinter dem Kriege kein neues Blut, wir wünschen nur geistigen Kampf und sachliche Auseinandersetzung. Aber dazu gehört die Autorität der Regierung als der einzigen Stelle, an der die Garantie der Ordnung vorhanden sein kann.

So wünschen wir, daß die neue Regierung frei, aber auch fest ihres Amtes walte, und versprechen, daß wir, wenn wir auf republikanische Wege übergehen, die Augen offen haben wollen auch für die Gefahren, die im Wesen der Republik liegen. Es lagen Gefahren im Wesen der Monarchie, — wir haben genug davon; es liegen Gefahren ebenso im Wesen der Republik, denn es ist sehr leicht möglich, daß beim republikanischen Wesen das Verantwortungsgefühl des einzelnen nicht den Grad von Reinheit und Dauerhaftigkeit erreicht, der dazu gehört, um eine Volksregierung dauernd sauber zu erhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Demokraten und rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Über die kapitalistische Gefahr können wir ja, sobald Sie im geordneten Staat mit uns verkehren wollen, jeden Tag weiter verhandeln. Die Steuerprogramme und Wirtschaftsfragen geben Veranlassung genug, über diese Dinge mit einander zu sprechen. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Einen

Volksstaat aufzurichten, ist ebenso ein technisches Kunstwerk als ein moralischer Entschluß. (Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Um beides möglich zu machen, gehen wir mit der neuen Regierung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Damen und Herren, es war nicht meine Absicht, jetzt schon das Wort zu ergreifen. Aber wichtige Verhandlungen führen mich heute abend von Weimar weg. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Naumann dankbar, daß er durch die Anfrage über das Auslaufen unserer Schiffe und ihre Sicherheit mir Gelegenheit geboten hat, einige Worte an das hohe Haus zu richten.

Die **Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte** war die eherne Voraussetzung der Entente für die Verlängerung des Waffenstillstandes im Januar 1919 und weiter die Voraussetzung dafür, daß Deutschland von den Alliierten Lebensmittel und Rohstoffe erhält. (Zurufe rechts.) Bereits im ersten Waffenstillstandsabkommen im November 1918 ist auf den Antrag der deutschen Delegierten die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Alliierten sich verpflichten, für Deutschland Lebensmittel zu liefern. Wiederholte Anfragen an die interalliierte Waffenstillstandskommission in Spaa wegen Ausführung dieser Verpflichtung, welche die Alliierten übernommen haben, haben ein negatives Resultat gezeitigt. Bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstandes im Dezember 1918 war es der englische Admiral Wemyß, der sich bereit erklärte, Deutschland Lebensmittel zu liefern, unter der einen Voraussetzung, daß die deutschen Handelsschiffe in dem Weltpool, der aus allen Flotten der Welt gebildet sei, zu laufen hätten.

Die erste Antwort meinerseits war, es müsse aber unter allen Umständen das deutsche Eigentum gesichert sein und die deutsche Bemannung der Schiffe gleichfalls. Der englische Vertreter antwortete zustimmend. Sofort nach der Rückkehr von Trier fand die erste Besprechung mit den Sachverständigen statt, und zwar mit den Sachverständigen, welche der Kriegsausschuß der deutschen Reederei selbst bezeichnet hatte. Damals war in Trier ausgemacht worden, daß die Fortsetzung der Verhandlungen über die Gestellung der Flotte, über die Lieferung von Lebensmitteln nicht in Trier und nicht in Spaa erfolgen solle, sondern an einem anderen Orte. Die deutsche Regierung schlug Kopenhagen und Rotterdam vor. Die Alliierten gaben darauf keine Antwort, sie haben auch bis in den Januar auf wiederholtes Drängen nicht geantwortet. Unmittelbar vor Verlängerung des Waffenstillstandes im Januar mußte ich nach Süddeutschland reisen, um mit den dortigen Verkehrsministern

wichtige Konferenzen über die Abgabe von Eisenbahnmaterial zu halten. Während meiner Abwesenheit, zwei Tage vor Ablauf des Waffenstillstandes, kam die Aufforderung der Alliierten nach Trier, es müßten nach Trier auch Sachverständige über die Lebensmittel- und Schiffahrtsfrage entsandt werden, und das Auswärtige Amt, an das die Depesche ging, hat die Depesche sofort weitergegeben. Es war ein Ding der Unmöglichkeit für die Sachverständigen, die eingeladen waren, alsbald nach Trier zu reisen. Die Sachverständigen sitzen nicht in Berlin, sondern an der Wasserkante, und es ließ sich daher nicht ermöglichen, sie bei den schlechten Verkehrsverhältnissen auf dem schleunigsten Wege auf den Zug zu bringen, der die Waffenstillstandskommission selbst nach Trier gebracht hat. So sind sie einen Tag später eingetroffen, als die Waffenstillstandskommission selbst.

Beim Eintritt in die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes im Januar hat Marschall Foch die Forderung gestellt, es möchte sofort eine Sonderkonferenz über die Gestellung der Schiffe und über die Lieferung von Lebensmitteln stattfinden. Ich erklärte mich hierzu bereit, fügte aber hinzu, daß die deutschen Sachverständigen für die Schiffahrt noch nicht anwesend wären. Man kam überein, daß der Marinesachverständige der deutschen Waffenstillstandskommission am Nachmittag die Wünsche der Alliierten auf diesem Gebiet entgegennehmen solle. Das ist geschehen. Die sogenannten „Shipping terms“ wurden überreicht, und der Marinesachverständige der Waffenstillstandskommission, Kapitän Vanselow, stellte sofort die Vorfrage: erstens, es müsse sichergestellt werden das Eigentum an den deutschen Schiffen, zweitens das Recht der deutschen Besatzung, und drittens müßte eine angemessene Vergütung gezahlt werden. Diese unverbindlichen Vorbesprechungen, bei denen diese drei Fragen gestellt wurden, sind den ganzen Tag über fortgesetzt worden. Engländer, Amerikaner und Franzosen haben diese drei Fragen bejaht.

Am darauffolgenden Samstag, an welchem es zum Abschluß des Waffenstillstandes kam, hat am Vormittag Marschall Foch erklärt, daß er unter keinen Umständen in eine Verlängerung des Waffenstillstandes willige, wenn nicht eine Verständigung über die Gestellung der deutschen Tonnage herbeigeführt würde, und zwar müsse sie ein wesentlicher Teil des Waffenstillstandsabkommens sein. Ich erklärte, daß ich gar nicht in der Lage dazu sei, da keine Sachverständigen anwesend seien, wenn auch alle Fürsorge getroffen sei, das sie von Cöln, wo sie einreisten, in das besetzte Gebiet, nach Trier, gebracht werden könnten, und daß in ihrer Abwesenheit kein Abschluß der Shipping terms vor sich gehen könne. Marschall Foch erklärte, er würde nicht abreisen, er müsse im Laufe des Tages bestimmt wissen, ob die Verständigung zustande komme, damit er entsprechende Befehle an die ihm unterstellten Truppen geben

könne. Die Sachverständigen trafen um 4½ Uhr in Trier ein, wir haben sofort die Besprechung mit ihnen aufgenommen. Was wir schon wußten, hat sich dabei ergeben: die Herren erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit — um 5 Uhr sollten die Verhandlungen mit Marschall Foch wieder aufgenommen werden — den ganzen Inhalt des Schiffahrtsabkommens zu prüfen. Wir haben es auch nicht von ihnen verlangt. Wir haben aber deutscherseits eine Formulierung vorbereitet, welche das Eigentum an den deutschen Schiffen sicherte, die Zurverfügungstellung der deutschen Schiffe, wenigstens für die Dauer des Waffenstillstandes, einschließt, das Recht ihrer Bemannung mit umfaßt und einen angemessenen Preis für die Zurverfügungstellung der deutschen Schiffe verlangt. Diesen generellen Satz haben die deutschen Sachverständigen vorgelegt. Alle Herren waren noch nicht da, einer der Herren, ein Vertreter einer großen Schiffahrtsgesellschaft, war noch nicht anwesend, er reiste eine ganz andere Tour und war überhaupt nicht aufzufinden trotz verschiedenen Depeschierens, und die Herren erklärten, sie könnten auch dazu keine Stellung nehmen.

Für mich als Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission war die Frage so: soll der Waffenstillstand verlängert werden, soll Deutschland eine Aussicht darauf haben, daß es die unentbehrlichen Lebensmittel bekomme, oder sollen wir abbrechen? Die Verantwortung für das letztere könnte ich nicht übernehmen und hätte ich nicht übernehmen können. Die Politik der Risiken kann das deutsche Volk im jetzigen Augenblick sich nicht mehr leisten (sehr richtig!), und so mußte in die Verhandlungen auf der allgemeinen Basis eingetreten werden. Marschall Foch zog sich nach längerer Besprechung zurück und kam um 7 Uhr mit einem Gegenvorschlag und erklärte, das sei sein letztes Wort. Der Vorschlag des französischen Marschalls lief in Wirklichkeit darauf hinaus, daß er die Worte, die Schiffe würden im Einvernehmen mit der deutschen Regierung den Alliierten zur Verfügung gestellt, gestrichen werden sollten, weil er erklärte, wir seien im Kriegszustande, und im Kriegszustande gebe es kein Einvernehmen mit dem Feinde, das sei unannehmbar. Ich drängte, daß die deutschen Interessen unbedingt vertreten sein müßten, und man kam überein, daß die Deutschen einen Delegierten in den internationalen Pool entsenden sollten. Und so ist das Abkommen abgeschlossen worden, wie es bekannt gemacht worden ist. Die Behauptung — und ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete D. Naumann sie nicht ausgesprochen hat —, als ob die **deutschen Schiffe ausgeliefert** würden, ist ein Grundirrtum. Wer das ausspricht, schadet den deutschen Interessen. Die Schiffe sind nicht ausgeliefert, sondern werden zur Verfügung gestellt. (Zuruf: Abwarten!) — Es ist geradezu unerhört, wenn Sie solche Zwischenrufe machen, Sie wissen nicht, wie Sie das deutsche Interesse schädigen, wie

Sie Bahn brechen für gewisse raubsüchtige Absichten mancher Teile der Alliierten.

Es ist in diesem Abkommen ausgesprochen worden, daß die Schiffe zur Verfügung gestellt werden, es ist ferner ausgesprochen, daß dieses Zurverfügungstellen keine endgültige Entscheidung trifft, daß für die Dauer des Waffenstillstandes eine angemessene Entschädigung gezahlt wird und daß das Eigentum an den deutschen Schiffen durch das Waffenstillstandsabkommen gewährleistet ist. Wenn der Herr Abgeordnete Naumann fragte, welche Sicherheit wir haben, so sage ich: wir haben jene Sicherheit, die durch die internationalen Verträge gewährleistet wird, die solche Verträge in sich bergen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, können Sie überhaupt keinen Waffenstillstand und keinen Friedensvertrag abschließen. Die Sicherheit des Vertrages ist gewährleistet. (Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete D. Naumann sagte, es sollten diese Schiffe vorher nicht auslaufen. Das ist gar nicht die Absicht der Regierung. Es heißt in dem einleitenden Satze: Um die **Versorgung Deutschlands** und Europas **mit Lebensmitteln** sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alles veranlassen für die Zurverfügungstellung der Schiffe. Für die Sicherstellung Deutschlands mit Lebensmitteln sind die folgenden Abkommen getroffen: Erstens das Tonnageabkommen — das ich kurz besprochen habe —, zweitens das Ernährungsabkommen über die Lieferung von Lebensmitteln — das ist abgeschlossen —, drittens das Finanzabkommen, in welchem die Bezahlung der Lebensmittel geregelt wird. Alle Bemühungen, von den Gegnern Darlehne zu bekommen, um auf diesem Wege die Lebensmittel bezahlen zu können, sind — leider muß ich das aussprechen — gescheitert. Die Gegner liefern nur gegen Kasse und haben das auf das allerbestimmteste erklärt; sie lehnen sonst jede Lebensmittellieferung ab. Über dieses Finanzabkommen ist bis zur Stunde keine Einigung erzielt worden. Daher hat die Regierung beschlossen, daß die Schiffe erst auslaufen dürfen, wenn das Finanzabkommen zustandegekommen sei. Da die ganze Frage der Lebensmittelversorgung durch drei Abkommen geregelt ist, kann man sagen, daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln gesichert ist. Die Haltung der Regierung liegt ganz im Rahmen des Schiffahrtsabkommens, aber das kann niemand verlangen, daß wir die Schiffe hinausschicken, wo wir unsicher sind, ob nicht beim Finanzabkommen die Versorgung Deutschlands scheitert, und daher werden die Schiffe in den deutschen Häfen so lange bleiben, bis die drei Abkommen abgeschlossen sind.

Was die **Heranziehung von Sachverständigen** betrifft, so habe ich schon darauf hingewiesen, wie über die Frage des Schiffahrtsabkommens Sachverständige herangezogen wurden, und daß wir in dauernder

Fühlung geblieben sind mit allen beteiligten Ressorts. Zuständig ist das Reichswirtschaftsamt; die Verhandlungen nach außen führt das Auswärtige Amt. Ich glaube, damit die Anfrage des Herrn Abgeordneten Naumann beantwortet zu haben.

Noch ein zweites! Als der Herr Präsident des Reichsministeriums dem einmütigen Wunsch des deutschen Volkes auf sofortige Zurückgabe unserer deutschen Kriegsgefangenen hier Ausdruck gegeben hat und das den fast einmütigen Beifall des Hauses fand, ist leider hier der Zwischenruf gefallen: wir haben die russischen Gefangenen auch nicht herausgegeben. Das ist falsch! **Rußland** hat bis heute die **deutschen Kriegsgefangenen** nicht zurückgegeben (hört! hört!), und alle Bemühungen, die 50 000 elenden Leute draußen in **Sibirien** zurückzubekommen, sind an dem Widerstand der Sowjetrepublik in Moskau gescheitert. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Wir haben nicht einmal die Möglichkeit, mit diesen 50 000 im Elend lebenden Volksgenossen in schriftlichen oder telegraphischen Verkehr zu treten. (Erneute Rufe: Hört! hört!)

Aber ein zweites! Umgekehrt hat Deutschland alsbald im November die große Zahl der russischen Kriegsgefangenen zurückgegeben. Viele Hunderttausende von **russischen Kriegsgefangenen** haben bereits ihr Heimatland erreicht, und wenn jetzt der Rest der russischen Kriegsgefangenen nicht zurückgegeben wird, so ist die Entente dafür verantwortlich zu machen, denn sie hat uns in dem neuen Waffenstillstandsabkommen die Bedingungen auferlegt, daß wir die russischen Kriegsgefangenen nicht mehr zurückgeben dürfen. (Hört! hört!) Sie hat das verlangt aus einem mir erklärlichen Grund. Sie sagt: die großen Massen der russischen Kriegsgefangenen verstärken die Armee der Bolschewisten in Rußland; sobald sie hinüberkommen, werden sie dort zwangsweise eingegliedert (hört! hört!); diese Verstärkung der Bolschewistenarmee wollen wir nicht und können wir nicht dulden; darum müssen die russischen Kriegsgefangenen jetzt unter unserer Aufsicht in große deutsche Sammellager zusammengenommen werden, und wir werden im Einvernehmen mit Deutschland bestimmen, in welche Gegend von Rußland diese so zusammengefaßten russischen Kriegsgefangenen abtransportiert werden können. Deutschland trifft keine Schuld, wenn die russischen Kriegsgefangenen nicht ihre Heimat erreicht haben. Die deutschen Kriegsgefangenen sind noch in Rußland, aber kein Kriegsgefangener der Alliierten befindet sich mehr auf deutschem Boden, alle Kriegsgefangenen der Alliierten sind restlos seit dem 11. Januar 1919 zurückgegeben worden. Darum bedauere ich, daß ein solcher Zwischenruf gemacht werden konnte (lebhafte Zustimmung); denn er schwächt die Stoßkraft der Regierung, er schwächt ab das einmütige und begründete Verlangen des deutschen Volkes, daß schon vor dem

Abschluß des Präliminarfriedens die deutschen Kriegsgefangenen zurückgegeben werden müssen. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich schlage dem Hause vor, hier die Beratung abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die nächste Sitzung schlage ich vor zu halten morgen, Freitag, den 14. Februar, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung; 2. Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; ich stelle das fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 14 Minuten.)

---

7. Sitzung.

Freitag den 14. Februar 1919.

Neue Präsidentenwahl. Weitere Besprechung der Regierungserklärung.

Geschäftliches.

Wahl des Präsidenten: Fehrenbach (Ztr.) gewählt, nimmt die Wahl an.

Wahl eines Vizepräsidenten: Schulz (Ostpreußen) (S.) nimmt die Wahl an.

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung:

Graf Brockdorff-Rantzau, Reichsminister des Auswärtigen: Grundsätze sind die Beseitigung des Kriegszustandes und Herstellung normaler Beziehungen. — Die Waffenstillstandsbedingungen dienen der Rache statt der Gerechtigkeit. — Festhalten an dem Wilsonschen Grundsatz: ohne Entschädigungen, ohne Annexionen. — Auch wirtschaftliche Knechtung für uns unannehmbar. — Freier Seehandel; Kolonialbesitz. — Elsaß-Lothringen, Saargebiet, imperialistische Vergewaltigung. — Ein einiges Reich. — Protest gegen Tschechoslowaken und Polen. — Internationale Regelung der sozialen Frage. — Völkerbund, Abkehr von der Rüstungspolitik. — Dank an die Neutralen. — Festhalten unserer Eigenart auch dem Sieger gegenüber. Wir sind besiegt, aber nicht entehrt. —

Keil (S.): Unglück des deutschen Volkes, daß es bis Ende des Weltkrieges mit Verwirklichung seiner politischen Ideale warten mußte. — Haltung im Kriege, geschichtliches Ruhmeszeugnis der deutschen Arbeiterklasse. — Großes Glück, daß in der Stunde des Zusammenbruchs eine starke sozialdemokratische Partei. Dank den Führern. — Jetzt gesetzlicher Weg zur Ordnung. Wer Gewalt anwendet, versündigt sich an der Demokratie. — Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer unmöglich. Nicht zwei konkurrierende Zentralgewalten. — Das Regierungsprogramm. Gigantische Aufgaben. — Neubau des Reiches. Appell an die Gewissen der Völker gegen Vergewaltigung. — Frei nach innen und außen. —

D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Zeit der Not erfordert von den Parteien Selbstverleugnung. — Gegen den Vorwurf einer früheren Gewaltherrschaft in Deutschland. — Zusammenbruch. Unsere Armee unbesiegt, pflichttreu. — Fehler der Weltpolitik, Flottenpolitik, Kolonialpolitik. — Die Feinde haben den Krieg gewollt. — Zustände der angeblichen Freiheit: Gewaltsame Eingriffe. Ernährung. Löhne. Vergesellschaftung. Kapital wegsteuern. — Kirche und Staat. — Monarchie. — Regierungsgewalt. Kommandogewalt. Siedlungspolitik usw. — Erhaltung des Preußischen Staates. — Waffenstillstand. Reichslande. Ostmark. Polenreich. — Hoffnung auf zukünftige Entwicklung des deutschen Volkes.

Vertagung der Beratung. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 22 Minuten durch den Vizepräsidenten Haußmann eröffnet.

Vizepräsident **Haußmann:** Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten: Irl (Oberbayern) für 2 Tage, Hörsing für 6 Tage, Witthoefft für 8 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Winnig für 14 Tage wegen dringender Dienstgeschäfte. Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung.

Die Wahl des Präsidenten wird, wie bekannt, auf Grund des § 9 unserer Geschäftsordnung vorgenommen werden. Die Wahl geschieht mittels Stimmzettel. Ich bitte einen der Herren Schriftführer, den Namensaufruf ergehen zu lassen, und zwei andere, die Zettel in die Wahlurnen zu legen. Der Namensaufruf beginnt bei dem Buchstaben F. (Der Namensaufruf erfolgt.) Das Alphabet ist zu wiederholen. (Geschieht.) Der Namensaufruf ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.)

Die Präsidentenwahl hat folgendes Ergebnis: abgegeben 334 Stimmen, weiß 32, gültige Stimmen 302, absolute Majorität 152. Erhalten haben: Abgeordneter Fehrenbach 295, Haußmann 2, Dr. David 1, Merges 1, Dr. Spahn 1, Dr. Stresemann 1, Frau Zietz 1. (Heiterkeit.) Damit ist Herr Abgeordneter Fehrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt, und ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Fehrenbach, Abgeordneter: Ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident **Haußmann:** Dann lade ich ihn ein, den Vorsitz zu übernehmen. (Präsident Fehrenbach übernimmt den Vorsitz.)

Präsident: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich übernehme das Amt des Präsidenten der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung mit aufrichtigem Dank für das mir durch die Wahl bewiesene Vertrauen.

Ich werde bestrebt sein, wie im alten Reichstag mit persönlichem Wohlwollen gegen jedes einzelne Mitglied der Versammlung ohne Unterschied der Parteirichtung und mit streng sachlicher Unparteilichkeit meines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und die Würde des Hauses zu wahren. (Lebhaftes Bravo.)

Ich habe eine Pflicht des Dankes zu erfüllen, von der ich glaube, daß sie dem Empfinden der ganzen Versammlung entspricht, der Anerkennung und des Dankes an unseren zurückgetretenen ersten Präsi-

denten Herrn Dr. David für die umsichtige, ausgezeichnete Leitung der Geschäfte während der abgelaufenen Woche. (Bravo!)

Wir gehen über zur

Wahl eines Vizepräsidenten.

Diese Wahl vollzieht sich in der gleichen Weise wie die Wahl des Präsidenten. Ich bitte einen der Herren Schriftführer, den Namensaufruf zu vollziehen. Der Aufruf beginnt mit dem Buchstaben G. (Lebhafte Zurufe: Akklamation!) — Es wird mir zugerufen, die Wahl durch Zuruf vornehmen zu lassen. (Zustimmung.) Das kann nur geschehen, wenn von keiner Seite des Hauses widersprochen wird. Ich frage, ob ein Widerspruch gegen die Wahl durch Zuruf erfolgt? (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ja!) — Es erfolgt ein Widerspruch. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Wahl durch Abgabe von Stimmzetteln vornehmen zu lassen.

Ich bitte einen der Herren Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Aufruf beginnt mit dem Buchstaben G. (Der Namensaufruf erfolgt.) Ich bitte, das Alphabet zu wiederholen. (Geschieht.) Die Wahlhandlung ist geschlossen. (Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das Ergebnis der Wahl eines Vizepräsidenten ist folgendes: Abgegeben wurden 317 Stimmen, ungültig 34, darunter 33 weiße, gültig 283. Die absolute Mehrheit beträgt sonach 142. Stimmen haben erhalten Herr Schulz (Ostpreußen) 279 und je eine Stimme die Herren Dr. Becker, Keil, Rauch und Dr. Stresemann. Es ist sonach Herr Schulz (Ostpreußen) zum Vizepräsidenten gewählt.

Ich frage den Herrn Abgeordneten Schulz (Ostpreußen), ob er die Wahl annimmt.

Schulz (Ostpreußen), Abgeordneter: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir gehen über zum folgenden Gegenstande der Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Die Diskussion ist wieder eröffnet. Das Wort hat der Herr Reichsminister des Auswärtigen.

Graf **Brockdorff-Rantzau**, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren, die neue Regierung hat mich als Minister des Auswärtigen in meinem Amte bestätigt. Das gibt mir Recht und Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die **Grundsätze**, nach denen ich die **auswärtige Politik des Reichs** im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen gedenke.

Die bisherige Regierung, der ich meine Dienste zur Verfügung gestellt hatte, wurde von unseren Gegnern nicht in vollem Umfang als

verhandlungsfähig anerkannt, weil ihr die Bestätigung des Volkswillens fehlte. Dieser Mangel ist jetzt behoben. Der Volkswille hat sich nach dem demokratischen Prinzip der Mehrheit erklärt, und dadurch ist auch für meine Geschäftsführung die feste Grundlage geschaffen, die zu ihrer Wirksamkeit unumgänglich nötig war.

Auch jetzt noch entbehrt allerdings die deutsche Außenpolitik jeder Bewegungsfreiheit. Die Erbschaft, die das zusammengebrochene alte System der neuen Regierung hinterlassen hat, ist eine Konkursmasse, und doch weiß ich, daß ich von der Geschichte regreßpflichtig gemacht werde, wenn ich diese Masse nicht nach freier Entschließung, sondern nach dem Willen der Gläubiger liquidieren muß. Ich stelle diese Tatsache fest! Aber es ist heute nicht Zeit, zurückzuschauen und mit allen den Fehlern zu rechnen, die vor dem Zusammenbruch begangen wurden. Ich wende mich daher zu dem, was mir in der nächsten und in der ferneren Zukunft zu tun obliegt.

Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zu der Völkergemeinschaft.

Die **Beseitigung des Kriegszustandes** ist ein dringendes Bedürfnis der ganzen Welt. An Deutschland hat es nicht gelegen, daß er noch besteht. Als sich die frühere deutsche Regierung mit der Entente und den Vereinigten Staaten auf die Wilsonschen Friedensgrundsätze einigte und auf dieser Basis die harten Waffenstillstandsbedingungen annahm, konnte niemand glauben, daß der Friede noch so lange auf sich warten lassen würde. (Sehr richtig!) Leider hat die **freiwillige Entwaffnung Deutschlands** unsere Feinde nicht versöhnlicher gestimmt, sondern ihnen nur die Möglichkeit gegeben, durch wiederholtes Drohen mit der Erneuerung der Feindseligkeiten weitere Zugeständnisse von uns zu erlangen. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege Fragen zu regeln, die unzweifelhaft zu den Gegenständen des Friedensschlusses gehören und die sie unter dem Drucke der Waffen einseitig zu unserem Nachteil zu lösen gedachten, während sie nach den vereinbarten Friedensgrundsätzen auf dem Boden der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit zu lösen waren. (Sehr richtig!) Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch in Zukunft solche Versuche zurückweisen. (Lebhaftes Bravo.) Verlassen wir in diesen Fragen den Boden der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit, so können wir uns nicht wundern, wenn wir auch beim Friedensschluß als Parias behandelt werden. Man kann uns Gewalt antun; man kann uns aber nicht zwingen, die Gewalt als rechtsverbindlich anzuerkennen. (Lebhafte Zustimmung bei den Demokraten.)

Wir haben einen baldigen Frieden erwartet, weil die **Waffenstillstandsbedingungen** nur Sinn hatten, wenn sie auf kurze Dauer angelegt waren. Um die vorgeblich immer noch gefürchtete deutsche Streitmacht unfähig zur Wiederaufnahme des Kampfes zu machen, behalten die Gegner einseitig die deutschen Kriegsgefangenen zurück, halten sie die Hungerblockade gegen Deutschland aufrecht. Jetzt ist Deutschland längst kein Gegner mehr, den die Entente militärisch zu fürchten hätte. Die Demobilisierung ist vollzogen. Wir haben mehr getan als demobilisiert. Die Demobilisierung, zu der uns der Waffenstillstand verpflichtet, bedeutet die Zurückführung des Feldheeres auf den Friedensstand. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir jetzt im Osten gut brauchen könnten, durch eine neue republikanische Truppe zu ersetzen. Trotzdem werden die Bedingungen des Waffenstillstands von Monat zu Monat verschärft. Wenn die Gegner glauben, uns strafen zu müssen, so *dienen sie der Rache statt der Gerechtigkeit* (sehr richtig! bei den Demokraten) und *töten den Geist*, in dem nach ihren eigenen Erklärungen der Frieden geschlossen werden sollte. (Erneute Zustimmung bei den Demokraten.)

Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschlands und eine Anerkennung der Wahrheit, die einer der Großen von Weimar in die Worte gekleidet hat: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Aber unsere Feinde lehnen wir als Richter wegen Befangenheit ab. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Ihre Zahl macht ihre Zuständigkeit nicht größer. *Nicht dem Spruche des Siegers, nur dem Urteile des Unparteiischen könnnen wir uns innerlich beugen.* (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Deshalb werde ich mich von den Punkten des **Wilsonschen Friedensprogramms**, wie es von beiden Seiten anerkannt ist, nicht abdrängen lassen. Dazu gehört in erster Linie die bindende Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter *eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit* und der Verzicht auf eine Rüstung, die es erlauben würde, einen Nachbar mit Machtmitteln zu überfallen. Zu beiden Beschränkungen unserer Souveränität sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen.

Wir erkennen an, daß die Stellung, die **Deutschland** bei den **Haager Friedenskonferenzen** in diesen beiden grundlegenden Fragen eingenommen hat, *eine historische Schuld* in sich schloß (Zurufe Leider!), für die unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Sie war nicht nur durch eine übertriebene Scheu vor den Schwierigkeiten der Lösung, son

dern auch durch eine falsche Einschätzung des politischen Wertes von Macht und Recht veranlaßt. (Lebhafte Zustimmung bei den Demokraten.)

Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Geständnis ein, daß das deutsche Volk im Sinne der feindlichen Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet (sehr wahr! bei den Demokraten), und daß es ihn mit einer Barbarei geführt habe, die ihm ausschließlich eigen sei. Wir haben uns über jahrelange Kriegspläne unserer Gegner und über schwere Grausamkeiten ihrer Kriegführung zu beklagen und sind bereit, über die **Schuld am Kriege** und über die Schuld im Kriege unparteiische Männer urteilen zu lassen, die das Vertrauen aller Kriegführenden genießen.

Deshalb halten wir an dem Wilsonschen Grundsatz fest, daß dem Sieger keine **Kriegskosten** zu bezahlen und keine Gebiete der Besiegten abzutreten sind. (Bravo! bei den Demokraten.) Verpflichtet und bereit sind wir, die Schäden wieder gutzumachen, die in den von uns besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung durch unseren Angriff entstanden sind. Wenn wir aber in diesen Gebieten das Zerstörte wieder aufbauen wollen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt und etwa den Kriegszustand deshalb verlängert, um einen völkerrechtlichen Vorwand für diese Fronarbeit zu haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Gegner verdanken den Sieg zu überwiegend großem Teile nicht ihrer militärischen, sondern ihrer wirtschaftlichen Kriegführung. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Daraus folgt, daß der Friede, den wir schließen wollen, nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch ein **wirtschaftlicher Friede** sein muß. Mit Recht hat Präsident Wilson den Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichberechtigung als eine Hauptbedingung für den gerechten und dauerhaften Frieden bezeichnet, für den er seine hohe Autorität eingesetzt hat. Wir dürfen daher annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 von der Entente fallen gelassen werden. Sie laufen darauf hinaus, die Deutschen auch nach dem Frieden unter ein Ausnahmerecht zu stellen, das gleichzeitig für ihre Ehre entwürdigend und für ihre wirtschaftliche Betätigung in der Welt lähmend und vernichtend sein würde.

Es ist klar, daß eine auch nur zeitweilige **Differenzierung Deutschlands** auf dem Gebiete des Handels und des Verkehrs für uns unannehmbar wäre. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Man darf ein Volk wie das deutsche nicht als Volk zweiter Klasse behandeln (erneute Zustimmung), man darf ihm nicht vor dem Eintritt eine Quarantänezeit auferlegen, so wie man ein Schiff wegen Pest-

gefahr von dem Hafen zurückhält. (Sehr gut! bei den Demokraten.) Wenn wir uns auf gerechte Friedensbedingungen einlassen und für ihre Erfüllung die Sicherheiten stellen, die ein verständiger Vertragsgegner fordern kann, so liegt kein Grund vor, uns die Meistvergünstigung zu versagen.

Allerdings müssen auch wir auf dem Gebiete der **Handelspolitik** umlernen. Wir haben uns nicht immer von der Wahrheit leiten lassen, daß auch in den Beziehungen der Völker der Satz gilt: „Wenn du nehmen willst, so gib". Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitig bureaukratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. (Sehr wahr! bei den Demokraten.) Mit bureaukratischen Mitteln lassen sich die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker, die durch den Krieg tief zerrüttet sind, nicht wieder herstellen. Es kommt nicht darauf an, daß der eine Staat dem anderen mit den Mitteln der diplomatischen Technik wirtschaftliche Vorteile abgewinnt; auf solche Weise macht man aus Wirtschaftsverträgen, die die Völker fester miteinander verknüpfen sollten, Gegenstände des Streits und Gründe der Entfremdung. Die wirtschaftlichen Unterhändler müssen sich von dem Geist des ehrlichen Kaufmanns leiten lassen, der das Geschäft für das beste hält, an dem beide Teile verdienen. Deshalb ist es mein Plan, erfahrene Praktiker von solcher Geschäftsgesinnung mehr als bisher in den auswärtigen Dienst einzustellen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Den Anfang habe ich bereits gemacht. Ich vertraue darauf, daß unser wirtschaftlicher Auslandsdienst künftig die Handelsfreiheit, die uns ein Rechtsfriede bringen muß, in einer Weise ausnutzen wird, die gleichweit von unsolider Schleuderwirtschaft wie von engherziger Krämerpolitik entfernt ist. Auf diesem Wege werden wir am ersten die Abneigung der anderen Völker gegen die geschäftlichen Methoden Deutschlands aus dem Wege räumen, die wesentlich dazu beigetragen haben, die Atmosphäre des Krieges vorzubereiten.

Handel und Schiffahrt gehören untrennbar zusammen. Die Freiheit des Handels setzt die **Freiheit der Meere** voraus. Deshalb ist für Deutschland der Punkt des Wilsonschen Programms, der von der Freiheit der Meere spricht, einer der wichtigsten. Dabei kommt es uns weniger auf Regeln des Seekriegsrechts an — wir wollen jetzt nicht von neuen Kriegen reden — als vielmehr auf die friedliche Benutzung der Straßen der See und ihrer Küsten und Häfen. Über diesen Hauptpunkt des künftigen Friedensrechts herrscht aber noch keine Klarheit. Die Entente hat sich im vorigen Herbst ihre Zustimmung dafür vorbehalten, und die Bedingungen, die sie Deutschland im Zusammenhang mit dem Versprechen der Lieferung von Lebensmitteln und der Verlängerung des Waffenstillstands gestellt hat, lassen befürchten, daß sie Deutschland seiner gesamten **Handelsflotte** berauben

will. Was bedeutet aber für uns die Freiheit der See, wenn wir keine Schiffe haben, um sie zu befahren? Wie können wir unsere Einfuhr und Ausfuhr mit unseren Wirtschaftsbedürfnissen in Einklang bringen, wenn wir darauf angewiesen sind, die fremde Tonnage zu benutzen, die uns die anderen Völker, vielleicht widerwillig und zu Wucherpreisen, ablassen? Wollte man Deutschland zwingen, ohne Handelsflotte in den Völkerbund einzutreten, so bedeutete das eine gewaltsame Umkehrung seiner Wirtschaftsentwicklung. Eine solche Umgestaltung kann sich nicht ohne krampfhafte Zuckungen vollziehen, die eine stete Bedrohung des allgemeinen Friedens bedeuten würden.

Ohne **Kolonien** kann Deutschland ebensowenig in den Völkerbund eintreten wie ohne Handelsflotte. (Sehr wahr!) Nach dem Programm Wilsons sollen die Kolonialfragen eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung finden. Im Sinne dieses Programms erwarten wir die Rückgewähr unseres Kolonialbesitzes, der uns zum Teil unter Bruch internationaler Verträge, zum Teil unter fadenscheinigen Vorwänden genommen worden ist. (Sehr richtig!) Wir sind bereit, über die Abtretung dieser oder jener Kolonie zu verhandeln; aber wir wollen das als rechtmäßige Eigentümer tun.

Die künftige **Kolonialpolitik** soll, wie Präsident Wilson verlangt, die menschenwürdige Behandlung der Eingeborenen unter allen Umständen gewährleisten; in dieser Richtung sind — wir müssen es bekennen — auch von uns Fehler begangen. Die Tätigkeit der Missionen, an der Deutschland einen so großen, jetzt leider durch den Krieg schwer beeinträchtigten Anteil hatte, muß schon im Interesse der Eingeborenen gesichert werden. Im Zusammenhange hiermit stimmen wir dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über die Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen, und daß Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält. (Sehr richtig!) Freilich wird die Beteiligung an kolonialer Tätigkeit für uns nur Bedeutung haben, wenn den tüchtigen Firmen, die als eigentliche Träger der praktischen Kolonialpolitik Deutschlands zu betrachten sind, Ersatz für die Schäden geleistet wird, die ihnen durch die Feinde zugefügt worden sind.

Wenn wir uns also gegen die Beschlagnahme unserer Kolonien mit allem Nachdruck verwahren, so müssen wir auf der anderen Seite darauf gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von **Elsaß-Lothringen,** unseren Reichslanden, deren Wiedergewinnung die Frucht unserer Siege und das Symbol der deutschen Einheit war. Sie wissen, daß Präsident Wilson die Forderung aufgestellt hat: das Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 durch die Annexion Elsaß-Lothringens

begangen hätte, solle wieder gutgemacht werden. In der Tat, vom Standpunkt der neuen internationalen Moral, die Wilson vertritt, nach der die Bevölkerungen im Spiel der Mächte nicht wie Schachfiguren hin und hergeschoben werden dürfen, war es ein Unrecht, über die Elsässer und Lothringer ohne ihren Willen, ja, ohne Beachtung der Sprachgrenzen zu verfügen. Ich will hier nicht auf Unrecht hinweisen, daß einst dem deutschen Volke zugefügt wurde; ich akzeptiere den Standpunkt Wilsons, weil es auf das Recht der gegenwärtigen Bevölkerung Elsaß-Lothringens ankommt. Diesem Recht wird Gewalt angetan, wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land wie ein endgültig erobertes behandelt, wenn sie alle Elemente vertreibt oder gefangen setzt, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht, und wenn sie den natürlichen Anspruch des Volkes auf seine Sprache durch eine gewaltsame Verwelschung antastet. (Sehr richtig!)

Noch hat die Friedenskonferenz nicht das Siegel unter Elsaß-Lothringens Schicksal gedrückt, noch ist Elsaß-Lothringen von Rechts wegen Reichsland. Daraus leiten wir die Befugnis her, für das Recht der Elsaß-Lothringer einzutreten, daß ihre Stimme bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört wird. Mögen sie französische Departements werden wollen oder ein deutscher Freistaat, mögen sie die Autonomie vorziehen oder die volle Selbständigkeit: Deutschland wird nicht eher glauben, daß das neue Europa auf Gerechtigkeit gegründet ist, ehe nicht die feierliche Zustimmung des ganzen elsaß-lothringischen Volkes den Friedensartikel bekräftigt hat, der die Zukunft des Landes feststellt. (Sehr richtig! und bravo.)

Geht schon die Behandlung der Reichslande über das vereinbarte Friedensprogramm hinaus, so bedeutet der französische Plan, das **preußische Saargebiet** oder die **bayerische Pfalz** an Elsaß und Lothringen anzugliedern, eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so scharf verurteilt werden muß, wie die früheren Pläne deutscher Chauvinisten, das Becken von Longwy und Briey für das Reich zu annektieren. Die historische Begründung, die man auf französischer Seite für den Raub des Saargebietes ins Feld führt, ist zu hinfällig, als daß es sich lohnte, sie zu widerlegen. (Sehr richtig!) In Wahrheit kommt es den Franzosen nur auf die Kohlenschätze des Saarbeckens an, wie den deutschen Imperialisten damals auf die Bodenschätze des Brieybeckens. Wenn solche Gründe bei den Friedensverhandlungen durchschlagen sollten, so möge man jede Hoffnung auf eine Veredelung der internationalen Beziehungen fahren lassen. Die Schätze dieser Erde werden dann immer wieder nach dem Gesetz der Stärkeren von Hand zu Hand gehen und eine Beute der Gewalt werden. (Sehr richtig!)

Wer objektiv ist, muß zugeben, daß Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands ein politisches Interesse hat, solange die beiden großen

europäischen Nationen sich gegenseitig als Erbfeinde betrachten und deshalb, bis an die Zähne bewaffnet, gegenüberstehen, jeder in der Furcht, von dem anderen überfallen zu werden. Aber eine solche Gesinnung zwischen uns und unserem Nachbar kann die Welt auf die Dauer nicht zulassen. Es wird Aufgabe der Friedenskonferenz sein, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen. Nur versuche man nicht, die Garantien darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebiets losreißt, die zu seinen wesentlichsten und lebenswichtigsten Gliedern gehören. Sie wissen, welche Gedanken von Frankreich und Belgien her mit verdächtigem Eifer in den **rheinischen und westfälischen Landen** verbreitet werden: Errichtung einer **selbständigen Republik**, die bald unter französische Führung geraten würde, nachdem die französischen und belgischen Grenzen in deutsches Land vorgeschoben worden wären. Mit großem Geschick machen sich diese Pläne die zentrifugalen Kräfte zunutze, die durch eine übermäßige Zentralisierung des ganzen Wirtschaftslebens in den Kriegsorganisationen der Reichshauptstadt und neuerdings durch gewisse Berliner Begleiterscheinungen der Umwälzung in unserem Westen ausgelöst worden sind. So werden auch treue Deutsche und redliche Anhänger des Reichsgedankens Opfer einer gefährlichen Verführung, vor der ich im Interesse jeder gesunden deutschen Außenpolitik nur auf das nachdrücklichste warnen kann. (Bravo! bei der Deutschen Demokratischen Partei.) Dieselbe Warnung darf ich auch an gewisse Kreise im **Süden** unseres Vaterlandes richten, bei denen der Ruf **„Los von Berlin"** ein bis zu gewissem Grade zwar verständliches, aber darum nicht weniger beklagenswertes Echo findet. (Sehr richtig! bei der Deutschen Demokratischen Partei.) Mag eine Wiederherstellung der Mainlinie für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, die schon während des Krieges eine unterirdische Propaganda unserer Feinde der Bevölkerung glaubhaft zu machen versucht hat; auf die Dauer — das lehren die Jahrhunderte deutscher Geschichte — wird eine solche Trennung mit Sicherheit zum Untergang der staatlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der getrennten Glieder führen. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk ist über alle staatlichen Grenzen, auch über die Grenzen des alten Reichs hinaus eine lebende Einheit, und das einige Reich ist seine natürliche Lebensform. (Erneute Zustimmung bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Es liegt mir fern, hier die Weltgeschichte rückwärts revidieren zu wollen und pangermanistische Ziele zu predigen. Blutsverwandte Völker, die in vielen Jahrhunderten eigener Geschichte sich das Recht erworben haben, als selbständige Nationalität zu gelten, rechnen wir nicht zu den Volksgenossen. Wir denken weder daran, aus Schweizern noch aus Niederländern Deutsche machen zu wollen, und von den skandinavischen

Völkern annektieren wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und die Dichter ihrer Gegenwart. (Sehr gut!) Aber mit unseren **österreichischen Brüdern** hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reichs deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wir haben mit ihnen zusammen in der Paulskirche gesessen, und die kriegerische Auseinandersetzung, die statt der großdeutschen die kleindeutsche Idee verwirklichte, ist für die Besten unter uns immer ein Bruderkrieg gewesen. Wenn wir uns jetzt wieder mit ihnen zusammenfinden, nachdem ihnen alle nichtdeutschen Stämme der Habsburgischen Monarchie die Freundschaft gekündigt haben, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz ihre Sanktion gewiß nicht versagen wird. (Bravo!)

Schon jetzt darf die Deutsche Nationalversammlung und darf ich als Leiter der deutschen auswärtigen Politik Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die den Deutsch-Österreichern von ihren ehemaligen Reichsgenossen angetan wird. (Erneutes Bravo!) Der neue **tschecho-slowakische Staat** verletzt das Gesetz, dem er selbst die Entstehung verdankt, indem er nicht nur die Deutschen Böhmens und Mährens mit Waffengewalt unter seine Botmäßigkeit zu zwingen sucht, sondern auch nach Südosten hin von Deutschen bewohntes Gebiet für sich in Anspruch nimmt. Das österreichische Schlesien und Gebiete von Niederösterreich, dazu deutsche Siedlungen in den österreichisch-ungarischen Grenzgebieten will der neue Staat unter seine Herrschaft beugen, um seinen wirtschaftlichen Ausdehnungsdrang zu befriedigen. Ja, selbst auf deutsches Reichsgebiet droht er überzugreifen. Gegen solche Übergriffe muß hier scharfer Protest eingelegt werden. (Sehr richtig!) Über wirtschaftliche Bedürfnisse des tschecho-slowakischen Staates, die aus seiner Abgeschlossenheit vom Meere herzuleiten sind, wird in Ruhe verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat an dem Gedeihen des aufstrebenden Nachbars ein gleich vitales Interesse, wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit. Nichts würde für das Zusammenleben der beiden Staaten schädlicher sein, als wenn ein Volkskörper dem anderen jetzt Wunden schlüge, die nicht vernarben können, sondern immer wieder zur Vergeltung reizen müßten. (Bravo!)

Sind wir hiernach entschlossen, rings umher zugunsten unserer deutschen Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir dieses Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere jetzige Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das **Volk der Polen.** Wir haben uns dem Präsidenten Wilson gegenüber bereit erklärt, alle unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete unseres Reichs mit dem polnischen Staat verbinden zu lassen, und das Versprechen wollen wir halten. Welche Gebiete unter den dreizehnten Punkt des Wilsonschen Programms fallen, ist strittig! mag eine unparteiische Instanz darüber

entscheiden! Bis sie entschieden hat, gehören diese Gebiete noch zum Reich. (Sehr richtig!) Niemand ist befugt, in ihnen Hoheitsrechte auszuüben, als der preußische Staat und die Reichsregierung. (Lebhafte Zustimmung.) Eine leidenschaftliche, nationale Propaganda hat die Entscheidung der Friedenskonferenz nicht abwarten wollen, sondern sich mit Gewalt gegen die deutschen und preußischen Behörden erhoben. Verlockt durch die leichten Erfolge, die ihnen der militärische Zusammenbruch Deutschlands ermöglichte, haben die Preußen polnischen Stammes auf unzweifelhaft deutsch besiedelte Gebiete übergegriffen, um mit einem möglichst günstigen Besitzstand in die Friedensverhandlungen einzutreten. So tragen sie die Schrecknisse des Krieges von neuem in den deutschen Osten, der gleichzeitig von der größeren Gefahr des bolschewistischen Imperialismus bedroht ist, so verhindern sie uns, die preußischen Ostprovinzen wirksam vor dem gemeinsamen Gegner zu schützen.

Man sollte denken, diese Tatsachen müßten ausreichen, um jedem Politiker klarzumachen, daß es die erste Aufgabe ist, die preußischen Polen zur Ordnung zu rufen, damit sie bis zur Friedenskonferenz von der angemaßten Gewalt Abstand nehmen. Sie können sich nicht mehr auf Notwehr berufen; denn die neue deutsche Regierung hat die drückenden Sondergesetze aufgehoben, und sie war bereit, den Polen auch in der Auswahl der Beamten entgegenzukommen. Trotzdem stellen die Polen uns als Angreifer dar — man wird wirklich an die alte Lafontainesche Fabel erinnert —, und die Entente unternimmt es, uns jede Anwendung von Gewalt gegen die Polen im eigenen Lande zu untersagen. Die Reichsregierung hat diese Zumutung abgelehnt und die Entfernung aller bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet gefordert. (Bravo!) Für jede andere Form der Einwirkung, mit der die alliierten und assoziierten Mächte die Ruhe in den polnischen Gebieten herstellen wollen, wird die deutsche Regierung volles Verständnis haben. Wir sind durch das Waffenstillstandsabkommen verpflichtet, Abordnungen unserer Gegner zu diesem Zweck den Durchzug von der Ostsee nach Kongreßpolen zu gestatten, und werden die Reise der Kommission, die sie uns angekündigt haben, in jeder Weise erleichtern und unterstützen.

Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Atmosphäre des Hasses und der Aufregung, die gegenwärtig die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen der reineren Luft gegenseitigen Verständnisses weicht. Leider können wir nicht voraussehen, daß wir in einem polnischen Staat einen bequemen Nachbar haben werden. (Sehr richtig!) Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Pflege der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der so verschiedenen nationalen Eigenart, einen modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung

des polnischen Rechts auf einen gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch eine vertragsmäßige Regelung der Weichselschiffahrt und durch Konzessionen auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Hafenwesens gelöst werden, ohne daß die Hoheit des Reichs über seine unveräußerlichen westpreußischen Gebiete angetastet zu werden braucht. (Bravo!) Wenn Polen verlangt, daß diese Rechte, wie überhaupt seine staatliche Selbständigkeit, unter internationale Garantien gestellt werden, so wird Deutschland so lange nichts dagegen einzuwenden haben, als darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbar enthalten ist.

Was den deutschen Polen recht ist, ist den **deutschen Dänen** billig, und die deutsche Regierung faßt es als ihre Pflicht auf, das Selbstbestimmungsrecht den Dänen zu gewähren, das sie für die Deutschen verlangt. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß an unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung, in redlichem Ausgleich ein langjähriger Völkerzwist zu aufrichtiger und dauernder Völkerversöhnung geführt wird. (Bravo!) Das deutsche Volk — dessen bin ich sicher — ist in dem Wunsche einig, mit dem dänischen Volke in guten, durch keinen heimlichen Groll gestörten Beziehungen zu leben, und auch das dänische Volk wird gewiß in seiner überwältigenden Mehrheit dafür eintreten, daß nicht Deutschlands Niederlage dazu mißbraucht wird, um deutsches Land dänisch zu machen. (Bravo!) Wer aufrichtig ein gutes Verhältnis der beiden Nachbarländer zueinander wünscht, kann die Gefahren nicht verkennen, die die Beschaffung einer Irredenta nach sich ziehen müßte. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Die Probleme der Gebiets- und Wirtschaftspolitik, die ich bisher gestreift habe, sind in der einen oder anderen Form von jeher Gegenstand der Friedensverhandlungen gewesen, mit denen die Kriegsperioden der Weltgeschichte ihren Abschluß gefunden haben. Die Verhandlungen, die uns erwarten, werden aber einen Gegenstand enthalten, durch den sie sich von allen früheren charakteristisch unterscheiden. Er spielt keine Rolle in dem Wilsonschen Programm; aber in allen Völkern, die an dem Kriege beteiligt waren — und welches Volk der Welt wäre nicht an ihm beteiligt! — verlangen Millionen Herzen, daß diesem Gegenstande die ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet wird, und mühen sich die besten Köpfe, an der Lösung mitzuarbeiten. Ich spreche von der **internationalen Regelung der sozialen Frage.** Wie nach den Stürmen des Reformationszeitalters kein Friedensschluß denkbar war ohne Bestimmungen über die religiöse Freiheit, wie nach den Erschütterungen der französischen Revolution Fragen der politischen Freiheit den Friedenskongreß bewegten, so muß nach diesem Weltkriege der Volksmassen die Frage der sozialen Befreiung der Ar-

beiterschaft international entschieden werden. (Bravo!) Man kann diese Forderung schon aus dem Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung begründen; denn dieses Prinzip, das jedem Gliede der Völkergemeinschaft auf den Märkten der Welt dieselben Möglichkeiten eröffnen will, die den anderen zustehen, würde zum Nachteil der sozial gewissenhafteren und vorgeschritteneren Nation ausschlagen, wenn es den Ausbeutern menschlicher Arbeitskraft freistünde, den ungerechten Vorteil ihrer niedrigen Produktionskosten zur Ausschaltung der Mitbewerber auszunutzen. (Sehr richtig!) Schon deshalb ist es ein gemeinsames Interesse der Arbeiterschaft aller Länder, daß der Arbeiterausbeutung in jeder Form durch eine internationale Annäherung der sozialen Gesetzgebung ein Ende gemacht wird. (Zustimmung.)

Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht nur ein materielles, es ist edlerer Natur. Ihm liegt der Gedanke zugrunde an die gemeinsame Aufgabe aller Menschen, ihr Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten und nicht inmitten einer gesteigerten Zivilisation zu Maschinenteilen des Produktionsprozesses herabzusinken. (Erneute Zustimmung.) Dieser Gedanke hat sich mit so elementarer Kraft Bahn gebrochen, daß die Kreise, die ihm jetzt noch widerstreben und ihn durch andere Ideale ersetzen möchten, seien es nun die Ideale des Händlers oder des Helden, sich schließlich vor der Wucht der sozialen Kräfte werden beugen müssen. (Bravo!) Ich denke dabei nicht an gewaltsame Entscheidungen; im Gegenteil sehe ich zum Beispiel in der Gewaltpolitik der russischen Bolschewiki den Hauptgrund dafür, daß die sozialen Gedanken, die in ihrer Bewegung enthalten sind, zum Elend statt zum Aufstieg geführt haben. (Sehr richtig!) Es handelt sich um eine friedliche Verständigung über den Weg, den die soziale Entwicklung nehmen soll. Gerade Deutschland läuft hier nicht die Gefahr einer zerrüttenden Umgestaltung seiner Verhältnisse. Seit Jahrzehnten hat das Deutsche Reich auf jenem Wege, den alle gemeinsam gehen müssen, bedeutsame Fortschritte gemacht. Der Gedanke der sozialen Befreiung ist nirgends mehr zu Hause als in Deutschland. Die soziale Agitation der ganzen Welt ist aus den Kammern des deutschen Geistes gespeist worden. (Lebhafte Zustimmung.) Das legt uns die vornehme Pflicht auf, diesen Frieden nicht zu schließen, ohne den Versuch unternommen zu haben, unser soziales Programm international zu sichern. Es war eine Verleugnung unseres sozialen Geistes, daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten abschloß, rein kapitalistischen Charakter trugen (sehr richtig!); solche Verträge sind heute für jeden Sieger eine Gefahr. (Zustimmung.)

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei ihren Vorschlägen für die Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz und

Arbeiterversicherung im wesentlichen auf den Boden der Beschlüsse zu stellen, die auf den bekannten Konferenzen in Leeds und Bern gefaßt worden sind.

Die Fülle dieser Bestimmungen, die gewiß für manchen der beitretenden Staaten umwälzende Neuerungen bedeuten werden, bedürfen zu ihrer Verwirklichung einer fortlaufenden internationalen Kontrolle. Der Entwurf der deutschen Regierung regelt daher die Arbeitsaufsicht unter Zuziehung der Berufsorganisationen und will internationale Instanzen zur Überwachung und Fortführung der sozialen Gesetzgebung einrichten. Geplant ist endlich eine **soziale Konferenz**, die alle fünf Jahre in **Bern** zusammentreten soll; eine ständige Kommission soll die laufenden Geschäfte führen und bei ihrer Tätigkeit mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel dauernd Fühlung halten

Meine Damen und Herren, dieses große Programm einer internationalen Sozialpolitik kann nicht durchgeführt werden ohne ein dauerndes, vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller zivilisierten Nationen.

Von dem kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten **Völkerbund**[1]) die feste Organisation schafft, die solche Zusammenarbeit ermöglicht. Der Gedanke der Liga der Nationen, der vor kurzem noch als das Traumbild ideologischer Schwärmer erschien, steigt jetzt aus dem Nebelland der Utopien in das klare Licht der Wirklichkeit, in dem praktische Staatsmänner arbeiten. Schon hat man in Paris dem kommenden Völkerbunde eine große Menge brennender Streitfragen überwiesen, die man im Meinungsaustausch der Interessenten nicht erledigen konnte.

Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung dieses Bundes rückhaltlos mitzuarbeiten. Wir haben allerdings allen Grund, anzunehmen, daß die anderen, die sich jetzt über den Plan des Völkerbundes zu einigen suchen, uns nur mit tiefem Mißtrauen zulassen werden, daß der Bund in erster Linie gegründet wird, um Deutschland an der Fortsetzung einer kriegerischen Politik, die uns doch völlig fernliegt, zu hindern. Wir werden versuchen müssen, dieses Mißtrauen allmählich dadurch zu überwinden, daß wir Beweise unserer aufrichtigen Friedensliebe geben.

Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen **Abkehr von der Rüstungspolitik** liegen. Die Abkehr wird uns Deutschen nicht schwer fallen; denn kein Volk hat stärker als wir empfunden, wie sich der Rüstungswahnsinn schließlich ad absurdum führt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ist Deutschland darauf angewiesen, seine Rüstung auf das

---

[1]) Vgl. zur Entwicklung des Völkerbundsgedankens M. Erzberger, Der Völkerbund, Der Weg zum Weltfrieden. (Berlin 1918, Reimar Hobbing.)

Maß zu beschränken, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und der Sicherung der Grenzen nach außen irgend vereinbar ist. Sollten uns, was ich nicht annehmen will, militärische Vorbereitungen unserer Nachbarn künftig zwingen, über jenes Maß hinauszugehen, so werden gerade wir das als schwere Last empfinden; denn unsere ganze Kraft an Menschen und Mitteln gehört dem inneren Wiederaufbau unseres Vaterlandes. (Sehr richtig!) Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß bei einer Konzentrierung der Kräfte auf die friedliche Arbeit im Innern die äußere Politik zu kurz käme; denn die Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber meist eine schlechte und unfruchtbare Politik. Von mir jedenfalls werden Sie nur eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblicke ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen, sondern den Gegner davon überzeugt, daß es sein eigenes Interesse ist, auf unsere Absichten einzugehen. (Bravo!)

Die äußere Abrüstung allein genügt aber nicht; es muß eine **geistige Abrüstung** mit ihr Hand in Hand gehen, und die Nation, die ihrer Jugend die edleren Ziele zeigt, wird sicherlich nicht am schlechtesten dabei fahren. (Sehr gut!) Alle Differenzen rechtlichen Charakters, die zwischen uns und einem anderen Volke auftauchen, müssen wir in versöhnlichem Geiste behandeln und, wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteil des Schiedsgerichts unterbreiten. Auch auf die Gefahr hin, daß uns einmal Unrecht geschehen könnte, weil wir verkannt werden, müssen wir an dem Schiedsgerichtsgedanken festhalten.

Daneben werden wir es uns angelegen sein lassen, für Interessenfragen, die sich einer rein rechtlichen Beurteilung entziehen, internationale Einrichtungen zur Vermittlung und Einigung auszubauen. Ein Vorbild für solche **Einigungsämter** bieten die bekannten **Bryanschen Verträge**, die schon jetzt zahlreiche Staaten verbinden und sie vor übereilten militärischen Entschlüssen zu bewahren bestimmt sind.[2]) Der Ausbau des Vermittlungswesens im Völkerbund wird dazu führen, daß Meinungsdifferenzen zwischen den Mitgliedern beigelegt werden, ehe sie die Schärfe angenommen haben, die einen Richterspruch fordert. Ich bin überzeugt, daß die positiven Aufgaben, die dem Bunde in Zukunft gestellt werden, sich nur bei einer festen und dauerhaften Organisation

---

[2]) William Jennings Bryan, Staatssekretär unter Präsident Wilson, hat seit dem 7. August 1913 mit zahlreichen amerikanischen und europäischen Staaten Friedenssicherungsverträge geschlossen. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, zwischen ihnen eintretende Streitfälle einer schiedsgerichtlichen Beurteilung zu unterbreiten, ehe einer der Vertragsteile zu den Waffen zu greifen befugt ist. Vgl. Chr. L. Lange, American Peace Treaties (Christiania 1915, H. Aschehoug u. Co., W. Nygaard).

werden erfüllen lassen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit gemeinsamer Verwaltungsbehörden und einer Art von Bundesparlament, wie es von der interparlamentarischen Union vorbereitet ist.

Schließlich bedarf der **Völkerbund** der **Zwangsmittel**, um seine Beschlüsse zu vollstrecken. Damit berühre ich einen der heikelsten Punkte, weil der Staat, der sich im voraus mit einer gewaltsamen Vollstreckung von Entscheidungen einverstanden erklärt, die gegen ihn selbst ergangen sind, auf einen erheblichen Teil seiner Souveränität verzichtet. Ein solches Opfer kann einem freien Volke nur zugemutet werden, wenn es an der Exekutive beteiligt ist und auch seinerseits die Mittel des Zwangs zur Verfügung stellt. In einen Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können. (Beifall.)

Im einzelnen wird die Art der Beteiligung der Staaten an den Organen des Bundes, die Zuständigkeit der Organe und ihre Geschäftsordnung noch manche Schwierigkeit bereiten; aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die durch den Weltkrieg gemarterte Menschheit diese neue und bessere Regelung des Völkerverkehrs als Frucht so vieler Opfer und Leiden davontragen wird. Dann wird es möglich sein, daß der Haß, der uns jetzt noch von unseren Gegnern trennt, allmählich wieder der Achtung Platz macht, ohne die kein menschlicher Verkehr bestehen kann. Das gilt nicht nur für die feindlichen Nationen, mit deren Vertretern wir jetzt im Westen verhandeln, sondern auch von dem Nachbar im Osten, mit dem der Krieg zuerst ausbrach und der erste Friede geschlossen wurde, mit dem wir jetzt ohne Vertrag und diplomatische Beziehungen in einem tatsächlichen Kriegszustande leben. Die russische **Sowjet-Republik** hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einlassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei den anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anlangt, so sehe ich kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben. Man sollte denken, daß ein solches Programm die Staatsmänner aller am Weltkrieg beteiligten Völker zusammenführen müßte. Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Rußland den Punkt der Wilsonschen Forderungen annimmt, der von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker handelt.

Der Völkerbund würde aber ein Torso bleiben, wenn nicht auch diejenigen Völker zugezogen würden, denen es möglich gewesen ist, sich von dem Kriege militärisch fernzuhalten. Es wird nicht angehen, die Bundeseinrichtungen endgültig festzulegen, ohne daß diese **neutralen Staaten** gehört werden. Die kriegführenden Nationen werden sie um so weniger ausschließen wollen, als sie den Neutralen vielfach zu großem

Dank verpflichtet sind für die Leistungen und Opfer, die diese im Verlauf des Krieges zugunsten von Angehörigen der Kriegsparteien auf sich genommen haben. Ich benutze die Gelegenheit, um den Teil der **Dankesschuld,** der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freimütig anzuerkennen und bin dabei der Zustimmung der Deutschen Nationalversammlung gewiß. (Bravo!) Ich denke besonders an die hervorragenden und unvergeßlichen Dienste, die Volk und Regierung in Dänemark, in Schweden, in Norwegen, in den Niederlanden, in Spanien und in der Schweiz den deutschen Internierten und Gefangenen geleistet haben, und der freundlichen Aufnahme, die dort viele unserer Kinder und unserer Kranken während des Krieges finden durften. Möge aus diesen Wohltaten eine Saat völkerverbindender, rein menschlicher Gesinnung entsprießen, die dauernder ist als die Drachensaat des Krieges. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Die Regierung, in deren Namen ich auswärtige Politik treiben soll, steht unter der Führung der deutschen Arbeiterschaft; aber es ist eine Regierung der vereinigten sozialen und bürgerlichen Demokratie. An dem denkwürdigen Tage, der dem Deutschen Reich sein erstes selbstgewähltes Oberhaupt gab, ist darauf hingewiesen worden, daß die Vertreter des demokratischen Deutschlands gegenüber dem Ausland jetzt erst mit vollem Recht im Namen des deutschen Volkes sprechen können. Das bedeutet für mich, solange ich mich von dem Vertrauen der deutschen Volksvertretung getragen weiß, eine mächtige Hilfe, die meine Vorgänger entbehren mußten. Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinen Vorfahren überkommen habe. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich **Graf und überzeugter Demokrat** sein kann. Demokratie bedeutet ja nicht Herrschaft der Masse als solcher. Herrschen und führen sollen immer nur die Besten; ein gesundes Volk will es nicht anders. Der Volkswille mag in der Auswahl seiner Führer daneben greifen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), aber er hat das Mittel, den Fehler zu verbessern. Ich weiß, daß ich nur so lange auf diesem Platz bleiben werde, als Sie mit meiner politischen Geschäftsleitung einverstanden sind.

Meine Damen und Herren! Sie sind hier zusammengetreten, um den Bau des neuen Deutschen Reichs aufzurichten, einen Bau, der nicht kriegerischen Machtzwecken, sondern Werken des Friedens und der Gesittung dienen soll. Wenn ich Ihre Zeit so lange für Fragen der auswärtigen Politik in Anspruch genommen habe, so leite ich das Recht dazu aus dem Umstande her, daß diese Nationalversammlung auch die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen muß, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Die Verfassung, die Sie dem neuen Reiche geben,

wird der feste Grund sein, auf dem die deutschen Vertreter die Verhandlungen mit den Feinden führen werden. Der Geist, der Ihre Debatten leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen, oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu tragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. (Bravo!) Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gutzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); aber wir haben auch unschätzbar wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen und deshalb die Verpflichtung, unsere **Eigenart** und **Selbständigkeit** auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sind besiegt, aber nicht entehrt! (Bravo! links.) Der größte Dichter der deutschen Freiheit sagt: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre". (Sehr richtig! links. — Zurufe rechts.) Die Freudigkeit mag manchem von uns vergangen sein, aber der Wille, der unerschütterliche Wille bleibt bestehen. (Bravo! links.) Zu einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben, und ich gelobe, daß ich sie bewahren will. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Demokraten und Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Keil.

Keil, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! „Wo ich große Wirkungen sehe, da pflege ich auch große Ursachen vorauszusetzen." — So hat einmal Goethe zu Eckermann gesagt. In Deutschland gibt es immer noch politische Kreise, die über die große Revolution, deren Zeugen wir sind, ihre Jeremiaden anstimmen, gegenüber den großen Ursachen dieses weltgeschichtlichen Ereignisses aber beharrlich die Augen verschließen. Daß die deutsche Revolution die Frucht des Weltkrieges ist, ist eine Binsenwahrheit, die jedermann erkannt haben könnte. Aber auch der Weltkrieg kam nicht von ungefähr.

Ich will jedoch in dieser Stunde nicht noch einmal des näheren auf die Ursachen des Weltkrieges eingehen. Dagegen möchte ich mir gestatten, die Aufmerksamkeit auf eine Erscheinung in der deutschen Entwicklung zu lenken, die immerhin im Bereiche der allgemeinen Ursachen des Weltkrieges liegt. Die **deutsche November-Revolution** knüpft, obgleich sie ganz anderen Charakter trägt wie die deutsche März-Revolution von 1848, doch an diese an. Sie führte erst durch, was 70 Jahre vorher vergebens durchzuführen versucht worden war: die Demokratie. Aber es war das Unglück des deutschen Volkes, daß es bis an das Ende des Weltkrieges, bis zum Jahr 1918, auf die Verwirklichung seiner politischen Ideale warten mußte.

Das deutsche Volk hat von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ab eine beispiellos rapide wirtschaftliche Entwicklung erlebt. In raschem Aufstieg ist es, ehemals ein vorwiegend Landwirtschaft betreibendes Volk, zu einem großen Industrie- und Handelsvolk geworden. Die Veränderungen in der sozialen Schichtung, die damit verbunden waren, führten zu dem Ergebnis, daß die Lohnarbeiterklasse rasch zur überwiegend stärksten Volksklasse Deutschlands wurde.

In dieser selben großen Periode wirtschaftlicher Entwicklung, gewaltigen Fortschritts war aber das deutsche Volk dazu verdammt, politisch auf der Stelle zu treten. Gewaltsam wurde der politische Fortschritt, der mit dem wirtschaftlichen Fortschritt hätte parallel gehen müssen, Jahrzehnte hindurch aufgehalten von einer kleinen Klasse, die ihre ererbte Machtstellung mit allen Mitteln einer raffinierten Klassenherrschaft zu hüten und auszunutzen verstand. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die autoritäre Obrigkeitsregierung, die im Dienste dieser Klasse stand, umgab sich mit dem Scheine der Gottähnlichkeit und übte eine rücksichtslose Vormundschaft über die von jeder Beeinflussung des Staatslebens ausgeschlossenen breiten Volksschichten aus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon aus diesen Tatsachen erklären sich viele der großen Fehler, die die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches im Laufe der Jahrzehnte aufweist, und die nun unserem Volke zum Verhängnis geworden sind.

Es ist richtig: die Gegensätze zwischen den Großmächten der Welt, die sich schließlich zu dem unentwirrbaren Knäuel zusammenballten, der dann durch das Schwert zerhauen werden sollte, beruhen auf wirtschaftlichem Untergrund. Aber es ist ebenso richtig, daß auch die sittlich-moralischen Faktoren im Völkerleben eine Rolle spielen. Und so hat neben anderen Ursachen auch der **Stillstand in der politischen Entwicklung Deutschlands** zur Herabminderung des Ansehens Deutschlands in der Welt beigetragen, die uns während des Weltkrieges so entsetzensvoll zum Bewußtsein gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Deutschland, in dem alle lebendigen Volkskräfte sich frei entfaltet und gleichberechtigt mitgewirkt hätten an der Staatsgestaltung im Innern und an der staatlichen Betätigung nach außen, würde nie in der Welt in den Geruch der Herrsch- und Händelsucht gekommen sein. In einem solchen Deutschland würde auch die Kriegspartei, die bei uns ebenso verderbenbringend gewühlt hat, wie die Kriegsparteien in allen Großstaaten der Welt ihr Unwesen treiben, ohne entscheidenden Einfluß auf die staatlichen Geschicke geblieben sein.

Aber nicht genug mit der Ausschaltung der breiten Massen des Volkes von jeder Einflußnahme auf das staatliche Leben, wurde die **Arbeiterklasse**, die größte des Volkes, schon gewaltsam niedergehalten, als sie begann, sich politisch zu regen. Von dem Tage an, an dem freie

Arbeiterorganisationen, die keine Bevormundung ertrugen, ins Leben traten, wurde der ganze staatliche Apparat gegen sie in Tätigkeit gesetzt. Staatsanwälte, Gerichte, Polizei und Verwaltungsbehörden aller Art kannten Jahrzehnte hindurch keine höhere Aufgabe als die, die emporstrebende Arbeiterbewegung zu knebeln und zu ersticken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man begnügte sich nicht mit den gewagtesten Auslegungen von Gesetz und Recht, man schuf ein **Ausnahmegesetz**, das bestimmt war, die politische Organisation der deutschen Arbeiter auszurotten. Verbitterung und unauslöschlicher Haß der Arbeiterschaft nicht nur gegen die Repräsentanten der Staatsgewalt, sondern gegen den Staat selbst waren die Früchte, die aus dieser Saat sprießen mußten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das von Natur aus auch in der Arbeiterschaft schlummernde Staatsgefühl, das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum gemeinsamen Staatswesen wurde brutal unterdrückt.

Daran änderte sich auch nichts, als nach dem jammervollen Fiasko der ausnahmerechtlichen Politik das gemeine Recht zu denselben Zwecken mißbraucht wurde und als vom Träger der deutschen Kaiserkrone Beleidigungen und Beschimpfungen ohne Zahl gegen die sozialdemokratische Partei geschleudert wurden. Die sozialdemokratische Partei ist trotzdem herangewachsen, ihre Ideen haben sich bei den Millionen der deutschen Arbeiter durchgesetzt, sie hat sich starke Organisationen geschaffen, sie hat sich dort, wo die Barriere des Klassenwahlrechts nicht geschlossen war, Eintritt in die öffentlichen Vertretungskörper erzwungen, sie ist zur stärksten Partei im Reich und zur stärksten Fraktion im deutschen Parlament geworden. Aber es blieb auch dann noch bei der **Ächtung der Sozialdemokratie.** War es auch nicht mehr zu verhindern, daß Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei den Präsidentenstuhl des deutschen Reichstages erstiegen, so blieb es doch ausgeschlossen, und zwar bis in die Kriegsjahre hinein, daß ein Mann mit sozialdemokratischer Gesinnung Königlich Preußischer Weichenwärter werden konnte. Die Summe der feindseligen Stimmungen und Empfindungen gegenüber der Staatsgewalt, die sich infolgedessen länger denn ein halbes Jahrhundert hindurch in der Seele der deutschen Arbeiterwelt ansammelte, kommt auf das Schuldkonto derer, die trotz einer revolutionierenden Umschichtung im Volkskörper die feudalbureaukratische Vergewaltigung derselben Massen, die die Träger der modernen Entwicklung waren, mit rücksichtsloser Brutalität aufrecht erhalten zu können glaubten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein geschichtliches Ruhmeszeugnis der deutschen Arbeiterklasse aber war es, daß sie trotz alledem in der Stunde, da ihr Vaterland in Gefahr war, ohne nach dem **Anteil der Schuld** der herrschenden Gewalten des eigenen Staates zu fragen, den alten Groll überwand und für die Sicherung von Heim und Herd,

gegen die Niederwerfung ihres Volkes in die Schranken trat. Was die Arbeiterklasse Deutschlands in den 52 Kriegsmonaten geduldet und gelitten hat, gehört zu den größten Heroentaten der Weltgeschichte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn die Arbeiterschaft dennoch nicht zu verhindern vermochte, was sie verhindern wollte, daß das deutsche Volk niedergeworfen und das Opfer des Siegesübermuts feindlicher Imperialisten wurde, so trifft sie wahrlich nicht das kleinste Quentchen Schuld dafür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Schuld dafür ist zu suchen bei den kleinen, aber mächtigen Gruppen, die den Krieg, das größte Volksunglück, zur Befriedigung ihrer Habgier ausnützten und unter heuchlerisch patriotischem Phrasenschwall Gesetz und Recht und alle Volksmoral mit Füßen traten zur höheren Ehre des Götzen Profit. Die Schuld ist zu suchen bei den Annexionspolitikern, die die feindliche Welt mit der Aufrichtung wahnwitziger imperialistischer Ziele provozierten, die die Kriegsleidenschaften der ebenso schwer wie wir leidenden fremden Völker aufpeitschten, statt der Friedensbereitschaft die Wege zu bahnen. Die Schuld ist zu suchen auch bei dem System des Militarismus mit allen seinen Auswüchsen, dem Kastengeist, der Überheblichkeit, dem Gamaschendrill, durch den unerbittlich alles selbständige Leben in dem millionenköpfigen Organismus des Heeres erdrosselt wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Schuld ist zu suchen bei den verantwortlichen einsichtigen Schwächlingen, die den Mut nicht hatten, zu rechter Zeit den Weg der Vernunft zu gehen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und bei den nichtverantwortlichen einsichtslosen Vabanquespielern, die jedes Augenmaß für weltpolitische Möglichkeiten vermissen ließen (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die in hochmütigem Größenwahn bis zu dem Moment der völligen Erschöpfung des eigenen Volkes die mit den Hilfsmitteln der gesamten übrigen Welt ausgerüstete feindliche Übermacht bezwingen zu können sich einbildeten.

Die Arbeiterschaft hat die Sünden dieser Politik am bittersten zu büßen gehabt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Je härter das empfunden wurde, desto lebhafter tauchten auch die alten Erinnerungen aus der Vorkriegszeit wieder auf. Selbst die Nachwirkungen der Ausnahmegesetze machten sich erneut geltend. War doch der Geist, den diese Brutalisierung einer Geistesbewegung in der deutschen Arbeiterklasse erzeugt hatte, nie völlig erstorben.

Und so kam, was kommen mußte. Nachdem die entscheidende Westfront ins Rutschen gekommen, nachdem auch das lange gepflegte Gewebe der schönfärberischen Pressestimmungsmache zerrissen war, erhoben sich die Arbeiter und die Soldaten und mit ihnen alle leidenden Schichten des deutschen Volkes und schüttelten die alte Herrschaft mitsamt dem militaristischen Zwangssystem ab. Mit einem Schlage ward das alte konservative Deutschland zu einem freien demokratischen Staatswesen.

Die Arbeiterklasse holte damit nach, was das deutsche Bürgertum versäumt hatte. War es England schon vor 300 Jahren gelungen, die Feudalherrschaft zu zertrümmern, war Frankreich vor 130 Jahren mit ihr fertig geworden, so hatte das deutsche Bürgertum nach der mißlungenen Märzrevolution sich mit dem Fortbestehen der Junkerherrschaft abgefunden. Erst die Arbeiterschaft hat der Junkerherrschaft in Deutschland in der November-Revolution für immer ein Ende bereitet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man hört nun den Einwand — und auch der Herr Abgeordnete **Gröber** hat ihn gestern hier erhoben —, die Revolution sei nicht „notwendig" gewesen, weil alle die politischen Freiheiten, die man ihr zuschreibt, schon vor ihrem Ausbruch gewährt worden seien. Herr Gröber fügte sogar hinzu, die Revolution sei direkt schädlich gewesen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dabei hat uns aber der Herr Abgeornete Gröber eine auf die neue Situation zugeschnittene **Lehre vom Gottesgnadentum** vorgetragen, nach welcher letzten Endes auch die November-Revolution der Weisheit und dem Willen Gottes entsprungen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe im Zentrum.) Und in der Tat, die Erlösung von einem unheilvollen Regierungssystem, die der Revolution zu danken ist, läßt sich mit den Vorstellungen, die man sich von der göttlichen Gnade zu machen pflegt, sehr wohl vereinbaren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gröber hat in diesem Zusammenhange auch vorwurfsvoll gemeint, die Revolution habe das **Heer zersetzt** und aufgelöst. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Sehr falsch! Wie kann man nur die Dinge so vollkommen verkehrt sehen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Zersetzung und innere Auflösung des Heeres hatte sich in den vorangegangenen Monaten und Jahren vollzogen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) als Folge der Gewalt- und Eroberungspolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Widerstand der obersten Heeresleitung gegen die wichtigsten und dringendsten Reformvorschläge hinsichtlich der Organisation des Heeres hat sich furchtbar gerächt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Revolution war nicht, wie der Herr Abgeordnete Gröber meinte, die Ursache, sondern die Folge der Zersetzung des Heeres. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter ist der Herr Abgeordnete Gröber der Ansicht, durch die **Revolution** sei der **Friedensschluß** verzögert worden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch das ist falsch; auch das stimmt nicht! Zu meinem Bedauern sehe ich den Herrn Abgeordneten Gröber nicht an seinem Platze; ich würde ihn sonst fragen, ob er sich denn nicht erinnert, wie die Entente es ablehnte, in Friedensverhandlungen mit den Hohenzollern einzutreten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde ihn fragen, ob er nicht aus seiner eigenen Ministerzeit noch weiß, wie

verzweifelt der letzte Vertreter der Hohenzollerndynastie, der nie den Pulsschlag des eigenen Volkes und auch nicht der Welt spürte (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sich an seinen Thron geklammert hat. Es bedurfte der Revolution, um den Thronverzicht des Kaisers zu erzwingen und damit das größte Friedenshindernis aus dem Wege zu räumen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber ich frage mich, ob es nicht überaus müßig ist, darüber nachzusinnen, ob ein Weltereignis, das mit elementarer Naturgewalt ausbrach, notwendig war oder nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn jedoch der Herr Abgeordnete Gröber darauf verweist, was alles vor der Revolution schon gewährt worden sei, so muß immerhin festgestellt werden, daß die Zugeständnisse, die unter der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden der demokratischen Strömung in überstürzter Folge gemacht wurden, nichts anderes waren als die Vorzeichen der Revolution. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie wurden gemacht angesichts der mit Riesenschritten herannahenden Revolution. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die kurzfristige Kanzlerschaft des badischen Prinzen, in die die Ludendorffsche Bankerotterklärung fiel, war bereits das erste Stadium der Revolution. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie ließ sich denn sonst auch der gewaltige Stimmungsumschwung, dem auch der Abgeordnete Gröber sich nicht entziehen konnte, erklären, der in der Wahlrechts- und in anderen Fragen mit überraschender Plötzlichkeit eingetreten ist? Hatten denn nicht wenige Wochen zuvor noch die preußischen Gesetzgeber bis ins Zentrum hinein (sehr gut! bei den Sozialdemokraten) sich für das Dreiklassenwahlrecht ereifert? Hatten Sie nicht versucht, die Herrenkammer in Preußen aufzufrischen? Hatten Sie nicht noch um kirchenpolitischer Sicherungen und um eines Pluralrechts willen gefeilscht und gehandelt? Und wer hat in Deutschland vor dem 9. November 1918 an die Einführung des Frauenwahlrechts in Reich, Staat und Gemeinde ernstlich gedacht außer der sozialdemokratischen Partei? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) An diese Tatsachen muß doch erinnert werden, wenn es so dargestellt wird, als ob ganz aus freien Stücken heraus dem deutschen Volke alle die demokratischen Rechte und Freiheiten gewährt worden wären, die in Wahrheit der Revolution zu verdanken sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Außerdem aber bleiben jene in der Not gemachten Zugeständnisse in vielen Punkten hinter den tatsächlichen Ergebnissen der Revolution zurück.

Meine Damen und Herren! Das Wort „die Weltgeschichte macht keine Sprünge“ hat sich nur als eine halbe Wahrheit erwiesen. Die Weltgeschichte macht keine Sprünge in eine dunkle Zukunft hinaus, sie

eilt nicht den Tatsachen voraus; wohl aber kann sie, wie die November-Revolution beweist, mit einem Sprunge nachholen, was in langer Vergangenheit versäumt worden ist, und dazu war die deutsche Revolution notwendig. Sie hat den politischen Überbau des Deutschen Reichs wieder in Einklang gebracht mit dem Stande der wirtschaftlichen Entwicklung, die weit vorausgeeilt war. Der Arbeiterklasse hat die Revolution die Gleichberechtigung gebracht, für die sie lange vergebens gekämpft hatte, und sie hat damit zugleich die Führung der Staatsgeschäfte der sozialdemokratischen Partei anvertraut.

Es war ein großes Glück für das deutsche Volk, daß in der Stunde des katastrophalen Zusammenbruchs eine starke **sozialdemokratische Partei** vorhanden war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was würde aus unserem Volke geworden sein, wenn in diesem Augenblick eine Partei gefehlt hätte, deren Führung sich die Millionen, die nach Befreiung rangen, anvertrauen konnten? (Zurufe rechts.) Das Chaos wäre die unausbleibliche Folge gewesen! (Erneute Zurufe.) Wenn das Deutsche Reich in seiner kritischsten Stunde erhalten blieb, wenn es nicht rettungslos der Anarchie zum Opfer fiel, so ist das der Sozialdemokratie zu danken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts: den Beamten!) Ich will mich nicht in parteipolitischer Ruhmredigkeit ergehen, aber die nackte Tatsache glaube ich doch feststellen zu müssen, daß die Partei, die ein halbes Jahrhundert lang als staatsfeindlich verschrien worden ist, die in Gegensatz gestellt worden ist zu den sogenannten staatserhaltenden Parteien, sich als die staatserhaltendste Partei erwiesen hat, als der Staat von den staatserhaltenden Elementen im alten Sinne des Wortes an den Rand des Unterganges geführt war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und nicht als Parteimann, sondern als Mensch und als Deutscher möchte ich von dieser Stelle aus den Männern wärmsten Dank sagen, die mit großem persönlichen Mute Reich und Volk über die letzten Monate der größten Not und Gefahr hinübergerettet haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Diese Tat soll ihnen unvergessen bleiben.

Wie nun steht es heute? Der Herr Abgeordnete Naumann hat gestern freimütig bekannt, daß es unmöglich sei, durch eine ohne oder gegen die sozialdemokratische Partei gebildete Regierungsmehrheit eine ruhige Entwicklung in Deutschland zu gewährleisten. Es gibt in der Tat keine politische Macht, die dazu stark genug wäre, und ich hoffe: es wird auch in Zukunft keine wieder geben. Denn die deutschen Arbeiter werden sich von der Stellung im Staate, die sie sich errungen haben, wie ich hoffe, nicht wieder verdrängen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Revolution ist noch nicht abgeschlossen, die Tagung der deutschen **Nationalversammlung** an und für sich ist ein Zeichen der

fortdauernden Revolution. Ein revolutionierender Umbau des ganzen Reichsgebäudes ist auszuführen. Diese Arbeit wird fortdauern über die Lebensdauer der Nationalversammlung hinaus, sie wird sich in ihrer Auswirkung im einzelnen auf Jahre, vielleicht auf Jahrzehnte erstrecken. Ich hoffe aber, daß nunmehr als abgeschlossen gelten kann die Periode der gewaltsamen, der gesetzlosen Umwälzung. Je kürzer der Zeitraum der gesetzlosen Zeit, desto besser für unser Volk. Die gewaltsame Revolution ist nicht Selbstzweck, sie ist das Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zieles. Ist das Ziel erreicht oder sind die Mittel beschafft, mit denen es auf gesetzlichem Wege durchgesetzt werden kann, so muß dieser gesetzliche Weg beschritten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Mittel stehen heute zur Verfügung. Wir haben mit dem freiesten Wahlrecht, das sich denken läßt, diese Nationalversammlung gewählt, die also den unverfälschten Willensausdruck des deutschen Volkes darstellt. Alle die Fesseln, die früher der Beamtenschaft zum Beispiel auferlegt waren, sind gefallen. Die Beamten und alle in abhängiger Stellung befindlichen Volksgenossen haben sich zum erstenmal als vollwertige und voll gleichberechtigte Staatsbürger gefühlt und ihre politische Überzeugung auch dann frei bekennen dürfen, wenn sie nicht dieselbe war, wie die der Vorgesetzten. Die geistigen Arbeiter haben vielfach die alten Vorurteile abgestreift, die ihre Wahl- und Bekenntnisfreiheit beschränkten. So ist die Deutsche Nationalversammlung zustande gekommen, die als alleiniger Träger der Reichsgewalt von allen demokratisch gerichteten Schichten unseres Volkes anerkannt werden muß.

Die Nationalversammlung hat dem deutschen Volke eine neue **vorläufige Verfassung** gegeben, die von unverfälscht demokratischem Geiste erfüllt ist. Sie hat ein Reichsoberhaupt gewählt, daß erstmals von sich sagen kann, daß es seine Macht lediglich aus dem Willen der Volksmehrheit schöpft. Dieser vom Volkswillen getragene Reichspräsident hat durch einen von ihm nach der Verfassung berufenen Ministerpräsidenten eine neue Regierung gebildet, die erstmals vor das Parlament tritt und sich auf das Vertrauen einer starken Dreiviertelsmehrheit der Nationalversammlung stützen kann. So ist die Demokratie in Deutschland endlich verwirklicht. Auf Grund der Demokratie ist die legalisierte Staatsgewalt einer Regierung anvertraut, in der die Sozialdemokratische Partei kraft ihrer Stärke die Führung hat. Die Staatsgeschäfte auf die Dauer allein zu übernehmen, ist die Sozialdemokratie nicht stark genug. Die Entscheidung des deutschen Volkes ging dahin, daß neben der Sozialdemokratie auf demokratischem Boden stehende bürgerliche Gruppen an der Regierung teilnehmen sollen.

Es hat wenig Zweck, nachträglich zu untersuchen, wie viel die links vom gesunden Menschenverstand sich bewegende Taktik des irregeleiteten extremen Bruchteils der Arbeiterschaft

dazu beigetragen hat, daß die Sozialdemokratie eine unbedingte Mehrheit nicht erreichte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns an die Tatsache zu halten und die Willenserklärung des deutschen Volkes zu vollziehen. Die Sozialdemokratische Partei ist also bereit, mit den Parteien, die sich aufrichtig auf den Boden der demokratischen Republik stellen, gemeinsam zu arbeiten. Es fehlt an jedem Grunde und an jedem sittlichen Recht, die politische Entwicklung mit roher Gewalt zu stören, nachdem die vollkommene gleichberechtigte Anteilnahme aller Glieder des Volkes an der Gestaltung der Volksgeschicke gewährleistet ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer dennoch Gewalt anzuwenden versucht, versündigt sich an den Gesetzen der Demokratie und unterscheidet sich in seinem Wesen nicht von den Vertretern des alten autoritären Gewaltprinzips. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterschaft hat ihren Kampf gegen dieses Prinzip nicht geführt, um die alte Gewaltpolitik durch eine neue Gewaltpolitik abzulösen, sondern um an Stelle der Gewalt das göttliche Naturrecht des demokratischen Volkswillens zu setzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit, auch die große Mehrheit der Arbeiterklasse im engeren Sinne des Wortes lehnt mit Entrüstung die Kampfesmethoden ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Kämpfen in den Straßen deutscher Städte geführt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Kämpfe sind provoziert worden mit Unterstützung eines Teils jener während des Krieges herangewachsenen Jahrgänge, die noch keine politische Schulung genossen, denen es infolge der Kriegswirkungen nicht selten auch an der wünschenswerten elterlichen Erziehung gefehlt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht diese unerfahrenen Teile unseres Volkes, sondern die als Führer auftretenden Elemente trifft die schwerste Verantwortung, wenn in diesen ungeschulten Köpfen die Vorstellung hervorgerufen wird, als könne man die gewaltsame Revolution in Permanenz erklären. Wir befinden uns seit fast fünf Jahren in einer gewaltsamen Revolution. Das Zerstörungswerk hat entsetzliche Dimensionen angenommen. Nun aber, nachdem diese Revolution für Deutschland zur reinen demokratischen Volksherrschaft geführt hat, muß die Zeit der Zerstörung zu Ende sein und der sorgsame Wiederaufbau mit vereinten Kräften beginnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Große an der Novemberumwälzung war, daß sie ohne Blutvergießen vor sich gegangen ist. Das Blut, das später vergossen worden ist im Bürgerkriege, kommt auf das Konto derer, die den Volkswillen als entscheidende Macht im Staats-

leben nicht anerkennen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und der Demokratischen Partei.) Diese Regierung der Demokratie ging so weit, daß die begeisterten Anhänger der Sowjetverfassung selbst gegen die Entscheidungen der Arbeiter- und Soldatenräte mit Gewalt anstürmten, wenn sie ihrem diktatorischen Gebot nicht folgten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei dieser Gelegenheit gleich ein Wort über die **Arbeiter- und Soldatenräte!** Die Arbeiter- und Soldatenräte waren notwendig in dem Augenblick, in dem die alte Herrschaft in sich zusammenbrach. Sie konnten, da sie spontan ins Leben traten, nicht auf einer einheitlich und systematisch gestalteten Organisation beruhen. Über ihre Befugnisse und Aufgaben herrschten keine einheitlichen Auffassungen. Sie traten in Tätigkeit, als mit dem inneren Zusammenbruch die Auflösung des Heeres, das Zurückfluten der Truppenmassen, die Demobilisierung des Heeres und der Wirtschaft zeitlich zusammenfiel. Und sie haben dennoch viel Gutes gewirkt und große nationale Güter und auch vielen Vertretern des alten Systems das Leben gerettet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hat sich doch die frühere Kaiserin, haben sich doch zahlreiche andere Fürstlichkeiten und auch mancher von Ihren Gesinnungsgenossen (nach rechts) unter den Schutz der Soldatenräte geflüchtet! (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn in der allgemeinen Verwirrung die großen Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte nicht in vollkommen tadelloser Weise erfüllt worden sind, so ist das wahrlich nicht zu verwundern. Wo ist die Organisation, die unter diesen Umständen eine mustergültig funktionierende Umstellung unseres gesamten Volkslebens verbürgt hätte? Hat es nicht unter der alten Herrschaft in der inneren Wirtschaft sowohl wie in der Heeresorganisation Mißstände gegeben, die zum Himmel schrien?! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer aber gegenüber diesen Mißständen die Augen verschloß, wer die Korruption nicht gesehen hat, die mit der Kriegswirtschaft und der Heeresversorgung verbunden war, ja, wer sogar zu der grenzenlosen Vernichtung von Menschenleben und Kulturgütern, die der Krieg bewirkte, Hosianna rief, wer in der sittlichen Verwilderung des Volkes, die aus dem Kriege erwuchs, ein Stahlbad zur Stärkung der edelsten menschlichen Eigenschaften erblickte, der hat kein Recht, wegen der verhältnismäßig geringfügigen Fehlgriffe, die sich aus der Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte fast notwendig ergeben mußten, „kreuzige ihn!" zu schreien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aus der ergiebigen Produktionswerkstätte der Fraktion Arnstadt und Genossen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) ist uns ein **Antrag** zugegangen, der verlangt, daß festgestellt werde, welche **Vorräte an Nahrungsmitteln, Bedarfsartikeln und Betriebsstoffen** seit dem 9. No-

vember 1919 — soll wohl heißen 1918 — in unrechtmäßiger Weise entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung verwendet worden seien. Einen ähnlichen Wunsch hat gestern auch der Herr Abgeordnete Gröber geäußert. Die Gewissenhaftigkeit, mit der die Herren jetzt als Hüter der Volksgüter auftreten, in allen Ehren! Aber ich frage mich vergebens, warum der Wissensdrang der Herren beim 9. November 1918 halt macht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für die unrechtmäßige Verwendung von nationalen Gütern vor dem 9. November 1918 haben sie merkwürdigerweise keinerlei Interesse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Oder sollten die Herren glauben, dergleichen sei vor diesem Termin nicht vorgekommen? Dann würden die deutschen Kriegsteilnehmer ihnen reichlichen Aufschluß geben können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich so die Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Hetze, der sie ausgesetzt sind, in Schutz zu nehmen genötigt bin, so will ich nicht versäumen, auszusprechen, daß meine Fraktion die Abtretung der politischen Gewalt des **Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte** an die Deutsche Nationalversammlung, die durch eine an die Nationalversammlung gerichtete Kundgebung erfolgt ist, begrüßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zwei konkurrierende Zentralgewalten sind im Deutschen Reiche nicht möglich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die gesetzgebende Gewalt, mit der zugleich die Kontrolle der Reichsregierung verbunden ist, kann nur in einer Hand liegen. Darum war auch der Antrag für uns unannehmbar, der den Arbeiter- und Soldatenräten ein Vetorecht gegenüber den Beschlüssen der Nationalversammlung einräumen wollte. Eine solche Regelung ist schon darum undenkbar, weil die Soldatenräte unmöglich auf die Dauer politische Organe sein können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unser stehendes Heer geht der Auflösung entgegen. Die Männer legen den Waffenrock, den sie jahrelang getragen haben, ab und kehren zu ihren bürgerlichen Berufen zurück. Wir wollen uns ein Volksheer schaffen mit geringer Präsenz und kurzer Ausbildungszeit. Unter den Waffen werden in Zukunft äußerstenfalls einige Hunderttausend junger Männer von 20 und 21 Jahren stehen. Wie kann man in die Hände dieser heranwachsenden Männer, die nur einen verschwindenden Bruchteil des gesamten Volkes bilden, die Entscheidung über die größten Probleme der deutschen Politik legen wollen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Arbeiterräte!) — Geduld, eines nach dem andern. — In dem demokratischen Volksheer, das zu schaffen ist, werden die Vertrauensmänner der Soldaten den Platz erhalten, der ihnen gebührt; eine politische Machtstellung aber werden sie nicht beanspruchen und kann ihnen nicht zugestanden werden.

Und nun die **Arbeiterräte.** Die Arbeiterräte werden nicht mit einem Schlage verschwinden. Die Arbeiterklasse wird von nun ab einen ausschlaggebenden Einfluß in allen Fragen des öffentlichen Lebens ausüben. Zu wünschen aber ist, daß die Arbeiterinteressen wahrgenommen werden auf dem Wege der geordneten, einheitlichen Organisation der deutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die konfessionellen und politischen Gegensätze unter der Arbeiterschaft müssen überwunden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das freieste Vereins- und Koalitionsrecht, dessen sich nunmehr alle Berufsstände erfreuen, und ferner die großen Aufgaben, die den Arbeiterverbänden in Zukunft als öffentlich-rechtlichen Körperschaften zustehen werden, werden eine starke Anziehungskraft auf die nichtorganisierten Arbeiter ausüben. Die Zeit wird daher nicht fern sein, wo die Arbeiter in ihrer Gesamtheit in ihren Organisationen vereinigt sein werden, und diese Organisationen werden die berufenen Organe zur geregelten und wirksamen Geltendmachung der Arbeiterinteressen sein.

Nun hat der Herr Abgeordnete Gröber gestern unter Berufung auf das Programm der neuen Regierung mit starker Betonung hervorgehoben, wie falsch es sei, von dem neuen Deutschland als von einer **„sozialistischen Republik"** zu sprechen. Wenn man unter einer sozialistischen Republik ein in jeder Richtung nach sozialdemokratischen Grundsätzen gestaltetes Staats- und Gesellschaftswesen versteht, so hat der Herr Abgeordneter Gröber natürlich recht; so weit sind wir noch nicht, und es wird noch geraume Zeit dauern, bis wir dahin kommen. (Hört! hört! rechts.) Darüber sind wir uns einig. Aber es hat sich auch kein ernsthafter Sozialdemokrat je träumen lassen, daß wir über Nacht das tief eingewurzelte kapitalistische Wirtschaftssystem in eine wohlgeordnete sozialistische Gesellschaftsform umwandeln könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle sozialistischen Theoretiker und ebenso alle sozialwirtschaftlichen Praktiker der Sozialdemokratie sind stets von der Voraussetzung ausgegangen, daß diese Umwandlung auf dem Wege eines langjährigen organischen Entwicklungsprozesses vor sich gehen werde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der alte Wilhelm Liebknecht hat 1891 schon das Wort vom „allmählichen Hineinwachsen in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat" geprägt. So töricht waren wir also nicht, zu glauben, daß mit einem Schlage das ganze Wirtschaftsleben total umgewandelt werden könnte.

Dachten wir daran schon nicht bei den Zukunftsbetrachtungen, die unter der Voraussetzung einer ruhigen und friedlichen Entwicklung angestellt wurden, so können wir am Schlusse des Weltkrieges, nachdem Deutschland in ein Armenhaus verwandelt ist, noch viel weniger daran denken, aus den Gründen, die — in diesem Falle ganz zutreffend —

der Herr Abgeordnete Naumann gestern dargelegt hat. In dem Zustand, in dem wir uns heute befinden, ist noch viel wichtiger als die Frage der Produktionsweise die Frage der Produktion selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg hat die Produktion gewaltsam unterbrochen. Sie wieder zu beleben und in Gang zu bringen, ist unsere dringendste Aufgabe. (Zustimmung.) Diese Aufgabe bildet die Vorbedingung jedes Versuchs einer Sozialisierung.

Zunächst also haben wir dafür zu sorgen, daß wieder Güter für den menschlichen Bedarf erzeugt werden, und wenn wir dann der **Sozialisierungsfrage** nähertreten, so werden wir uns auch dann noch bewußt bleiben, daß sie nicht im Handumdrehen eine totale Lösung erfahren kann, sondern daß sie nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse gelöst werden kann. Es wird dabei acht zu geben sein, daß das kaum wieder in Gang gesetzte Wirtschaftsleben nicht aufs neue jäh gestört wird; denn auch die Sozialisierung soll nicht um ihrer selbst willen geschehen, sondern zu dem Zweck, den Wohlstand unseres Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, zu hben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist nach Zeit und Umständen bei dem Entwicklungsgrad der in Frage kommenden Wirtschaftszweige von Sozialisierungsversuchen statt einer Hebung eine Schädigung der Volkswohlfahrt zu befürchten, so ist selbstverständlich davon abzusehen und zu warten, bis die Vorbedingungen geeigneter sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf aus dem Zentrum.) — Ich weiß ja, Herr Andre, daß Sie alles besser wissen und klüger sind als das ganze Haus, aber ich bitte doch, ein wenig zu warten, Sie werden auch noch Gelegenheit bekommen, Ihre Auffassungen hier darzulegen.

Wir haben aber auch keinerlei Interesse daran, große Wirtschaftszweige jetzt im Übereifer so zu organisieren, daß die Feinde Deutschlands es recht bequem haben, ihre Hand darauf zu legen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich vergessen wir nicht, daß wir nicht dauernd von der Welt abgeschlossen sein werden und sein wollen. Wir wünschen, so rasch wie möglich wieder mit der ganzen Welt in wirtschaftlichen Verkehr zu treten. Eine vollkommen sozialistische Einöde inmitten einer großen kapitalistischen Wildnis ist aber nicht lebensfähig. Nun werden freilich auch die anderen Staaten der Welt, die am Kriege beteiligt waren, zu moderneren und vorteilhafteren wirtschaftlichen Formen übergehen müssen. Der Druck der ehernen ökonomischen Tatsachen wird sie dazu ebenso zwingen, wie er uns zwingen wird. Vielleicht können wir in Deutschland auf manchen Gebieten der Entwicklung den andern Staaten bahnbrechend vorangehen, aber wir können unser Wirtschaftsleben nicht neu gestalten ohne jegliche Rücksicht auf die Mit- und Umwelt. Wenn so heute und in

naher Zukunft von der sozialistischen Gesellschaftsordnung noch nicht gesprochen werden kann, so ist das Wort von der sozialistischen Republik dennoch nicht, Herr Kollege Gröber, einer überschwenglichen Phantasie entsprungen.

Ein anderer Geist wird von nun an das deutsche Staatswesen beherrschen müssen, als er in der Vergangenheit geherrscht hat. Schenken wir aber ruhig dem Herrn Kollegen Gröber das Wort von der sozialistischen Republik, auf das es wirklich nicht ankommt, so bleibt doch die Tatsache, daß selbst das Zentrum, das so sehr auf die Wahrung seiner eigenen Grundsätze hält, heute Programmpunkte anerkennt, die es noch vor wenig Monaten weit von sich gewiesen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist noch nicht lange her, da hat sich der Sprecher des Zentrums mit aller Entschiedenheit gegen die Übernahme der privaten Bergwerksbetriebe auf das Reich oder den Staat ausgesprochen. Heute bekennt sich die Zentrumspartei ganz allgemein zu dem Grundgedanken, daß Wirtschaftszweige, die nach ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, auf Reich, Staat oder Gemeinde zu übernehmen sind, und nennt als einen solchen Zweig ganz ausdrücklich die Bergwerke. Wenn der Herr Abgeordnete Gröber trotzdem das Wort „sozialistisch" oder „sozialisieren" sorgsam meiden will, so darf ich ihn vielleicht hier in Weimar an Mephisto erinnern: „Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er es am Kragen hätte." (Heitere Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe aus dem Zentrum.)

Aber auch in anderen Punkten bekennt sich das Regierungsprogramm, auf dessen Boden das Zentrum steht, zu Zielen, die bisher von der Sozialdemokratischen Partei allein vertreten worden sind. Oder hat es bisher eine zweite Partei gegeben, die sich — noch dazu in einem Programm der Reichsregierung — dafür ausgesprochen hätte, daß jedem Kinde ohne Rücksicht auf die elterlichen Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Bildungsanstalten gemäß seiner Begabung ermöglicht werden soll? Hat in der Vergangenheit eine bürgerliche Partei daran gedacht, den Soldaten Vertrauensausschüsse zuzugestehen, die bei Beschwerden mitzuwirken haben? Und wo war die zweite Partei, die sich für die Gewährung des unbeschränkten Koalitionsrechts an Beamte erklärt hätte? Selbst den staatlichen Arbeitern hat man in der Vergangenheit weitgehende Beschränkungen im Koalitionsrecht auferlegt. Und welche bürgerliche Partei hätte im Parlament programmatisch in der Vergangenheit verkündet, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den Organisationen der Unternehmer, der Arbeiter und der Angestellten zu vereinbaren und daß die Durchführung derselben von den Arbeitern und Angestellten zu überwachen seien? Wie Sie diese Grundgedanken etikettieren, Herr Kollege Gröber, darauf kommt's nicht an.

Die Hauptsache ist, daß sie anerkannt sind und nun auch verwirklicht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber meine verehrten Damen und Herren, ich denke nicht daran, deshalb nun das **Regierungsprogramm** zu bejubeln. Wir, meine Fraktion, vermissen vieles in ihm; und wenn wir Sozialdemokraten allein ein Regierungsprogramm aufzustellen gehabt hätten, dann würde es erheblich anders ausgefallen sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Heitere Zustimmung im Zentrum.) Doch, ich habe schon gesagt, daß das nicht in unserer Macht liegt; vorläufig hat das Volk entschieden, und an diesen Spruch haben wir uns einstweilen zu halten. Wir werden aber nicht darauf verzichten, unsere weitergehenden Forderungen auch fernerhin zu vertreten. Das Volk soll unsere Beweisgründe kennen lernen und prüfen, und dann werden wir die Kräfte bei kommenden Volksentscheidungen aufs neue messen.

Besonders auf dem Gebiete der **Steuergesetzgebung** werden wir Gelegenheit bekommen, **sozialistische Gedanken** zu vertreten. Hier stehen wir vor geradezu gigantischen Aufgaben. Wir werden Steuern der mannigfachsten Art zu schaffen haben. Wenn aber der Herr Abgeordnete Gröber gestern gemeint hat, wir würden auch an indirekten Steuern genug bekommen, so mag er mir gestatten, darauf aufmerksam zu machen, daß auf diesen Punkt das vereinbarte Regierungsprogramm die Aufmerksamkeit nicht gelenkt hat. (Zurufe vom Zentrum: Monopole!) Das Regierungsprogramm hat das Augenmerk auf die scharfe Erfassung der Einkommen, der Vermögen und der Erbschaften gelenkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich stelle bloß fest, daß das das Regierungsprogramm besonders unterstrichen hat. Wir werden die Riesensummen, die wir brauchen — und da begegne ich mich mit Ihnen (zum Zentrum) —, nicht vollständig aus diesen Quellen schöpfen können, wenn wir unser Wirtschaftsleben nicht für alle Zeiten lahmlegen wollen. (Zurufe aus dem Zentrum: Na also!) Aber wir müssen nachholen, was während des Krieges versäumt worden ist.

Unsere Kriegssteuerpolitik war eine verfehlte, nicht nur weil sie den Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht entsprach, sondern auch weil mit der Schonung, die sie dem Besitz gewährte, eine kriegsverlängernde Wirkung verbunden war. Würden die einflußreichen besitzenden Kreise zur rechten Zeit an der empfindlichsten Stelle, nämlich am Geldbeutel, getroffen worden sein, so würden sie der Politik der Völkerverständigung zugänglicher gewesen sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die wirtschaftliche Lage unseres Volkes erfordert, daß mit der Steuergesetzgebung die Spitzen oben beschnitten werden, so etwa wie man bei den Bäumen die Spitzen beschneidet, damit der Unterbau nicht verkümmert. Den Luxus, der bisher von einer kleinen Oberschicht unseres

Volkes betrieben worden ist, kann sich unser verarmtes Volk in der Zukunft nicht mehr gestatten und nicht mehr ertragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Erbschaftsbesteuerung muß bei einer bestimmten Grenze das Wort Anwendung finden: „was darüber ist, das ist vom Übel". (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Hier kann auf dem Wege der Steuergesetzgebung teilweise durchgesetzt werden, was auf dem Wege der Sozialisierung zunächst nicht erreichbar ist, nämlich die Verwendung großer Einkommen und Vermögen für die Zwecke der Allgemeinheit.

Wenn wir diese sozialistischen Gedanken, meine Herren von der rechten Seite, unserem Volke unterbreiten, wer von Ihnen zweifelt dann daran, daß sie die Zustimmung einer erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes finden? Nach den unermeßlichen Opfern, die unsere besitzlosen Volksmassen in den Kriegsjahren gebracht haben und heute noch bringen, muß nunmehr der Besitz mit größter Schärfe zum Opferbringen angehalten werden.

Wir hätten gewünscht, daß schon in den letzten Monaten die notwendigen Vorkehrungen getroffen worden wären, damit sich die **Steuerobjekte nicht verflüchtigen.** Wie ich höre, ist der Widerstand gegen ein solches rechtzeitiges Zugreifen von zwei einzelstaatlichen Finanzministern erhoben worden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), von dem Finanzminister Sachsens, der vor kurzem zurückgetreten ist (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und von dem Finanzminister Bayerns, der sich noch im Amte befindet, beides Herren, die der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehören. (Erneute Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich fürchte, daß dadurch dem Reich Hunderte von Millionen entgangen sind, die es so bitter vermissen wird. Ich brauche nicht im einzelnen an die Anforderungen zu erinnern, die künftig an die Reichskasse gestellt werden.

Nur eine dringliche und große Pflicht unterstreiche ich: das ist die Fürsorge für die Kriegsverletzten, Kriegswitwen und für die Kriegswaisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Fürsorge muß bald neugeordnet und den Verhältnissen der Gegenwart angepaßt werden, und sie muß ausreichend gestaltet werden.

Der **Neubau des Reichs**, der nunmehr erstellt werden muß, wird zweifellos eine Veränderung in der Konstruktion des Reichsgebäudes zur Folge haben. Das Zwergstaatensystem, das sein Fortbestehen bis ins zwanzigste Jahrhundert nur dynastischen Interessen verdankte, läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten. Bitter not tut uns eine einheitliche auswärtige Politik. Wir brauchen zugleich ein einheitliches Volksheer, eine einheitliche Steuergesetzgebung, einen einheitlichen Verkehr und eine

einheitliche Volkswirtschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie bei dieser notwendigen Zusammenfassung der Kräfte der Eigenart der einzelnen deutschen Stämme, ihrer eigenen Geschichte, ihrem Volkscharakter auch künftig Rechnung getragen werden kann, bedarf sorgsamster Prüfung; denn auch die Stimmungen und Gefühle sind Realitäten, die im Staaten- und Völkerleben Beachtung verdienen.

Im neuen Deutschen Reiche soll, so hoffen wir, auch **Deutsch-Österreich** mit uns vereinigt sein. Wir bereiten uns vor auf seinen Eintritt in das Deutsche Reich. Wir Sozialdemokraten sehen damit den Traum August Bebels aus den ersten Jahren seiner politischen Wirksamkeit in Erfüllung gehen. Wir werden die Stammesbrüder aus der alten, zerfallenen Donaumonarchie, wenn sie zu uns kommen, willkommen heißen im Namen der deutschen Einheit. (Lebhafter Beifall.)

Die Festigung der Einheit des Reichs und die starke Zentralgewalt, die das Regierungsprogramm unterstreicht, ist ein dringendes Erfordernis der Zeit. Nie war sie notwendiger als heute, wo von allen Außenseiten her an der Zerstörung des Reichs gearbeitet wird. Der Siegeshochmut der feindlichen Machthaber bedroht uns mit der Zerstückelung Deutschlands. Wenn es eine deutsche Partei gibt, die sich hiergegen mit aller Leidenschaft, deren sie fähig ist, aufbäumen muß, so ist es die deutsche Sozialdemokratie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in allen Stadien des Krieges, ohne Rücksicht auf die wechselnde Kriegskonjunktur, das Recht der Selbstbestimmung der Völker verteidigt; wir haben uns offen bekannt zu dem Unrecht, das dem schwer geprüften belgischen Volk zugefügt worden ist; wir haben unsere Stimme protestierend erhoben gegen den Frieden der gepanzerten Faust von Brest-Litowsk. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben den Kampf gegen die deutschen Welteroberer geführt im Namen der Gerechtigkeit, und wir sind nicht gesonnen, stumm und geduldig uns selbst, dem deutschen Volke, von den Annexionisten Frankreichs und Englands die Vergewaltigung zufügen zu lassen, die man gegen uns plant. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was deutsch ist, seinem Wesen, seiner Geschichte, seiner Art nach, das soll deutsch bleiben im Osten und im Westen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir appellieren an die Gewissen der Völker, uns den Frieden zu gewähren, auf den wir einen begründeten Anspruch haben. Wir brauchen ihn bald, denn unser Volk ist den schwersten Leiden ausgesetzt. Wir protestieren gegen die Fortdauer und die Verschärfung der Hungerblockade, die auch heute noch, trotzdem die Waffen seit vier Monaten ruhen, täglich ungezählte Menschenopfer fordert.

Im Namen der Humanität fordern wir die Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen (bravo! bei den Sozialdemokraten), deren grausames Martyrium aufs äußerste gesteigert wird durch die seelischen Leiden, die ihre Angehörigen und mit ihnen unser ganzes Volk ertragen angesichts der Ungewißheit ihres Schicksals. Die Arbeiterklasse Deutschlands kann mit reinster Seele den Appell an das Gewissen der Welt richten; denn sie hat in der Situation, in der wir uns befinden, nicht eigene Sünden zu büßen (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), sie ist frei von Schuld. Nicht aus taktischen und nicht aus Zweckmäßigkeitserwägungen, sondern aus alter gefestigter Überzeugung hat sich die Arbeiterschaft stets zu dem Gedanken der internationalen **Völkerverständigung** bekannt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie war und ist und wird sein die Bannerträgerin der Idee der unblutigen Schlichtung internationaler Streitigkeiten. Sie tritt ehrlich ein für die Vereinigung aller Völker in einem Völkerbund, der den dauernden Weltfrieden verbürgen soll, dem die Waffenstillstands- und Friedenspolitik der Entente aber wahrlich nicht förderlich ist.

Die aufrichtige internationale Gesinnung der deutschen Arbeiter hat aber ihr Gefühl für nationale Würde und Ehre nicht ertötet; im Gegenteil, des großen Jaurès' Wort behält hier seine Geltung: Wenig Internationalismus führt weg vom Vaterland, viel Internationalismus führt zum Vaterland. So wenig die deutsche Arbeiterschaft in den patriotischen Jubel eingestimmt hat, der entfacht worden ist in den Zeiten, in denen scheinbar das Glück dem deutschen Volke günstig war, so sehr wird ihr Empfinden verwundet durch die Schmach, die man ihrem Lande antut in der Stunde des tiefsten Leids. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darum noch einmal: Wir fordern die Gerechtigkeit, die uns in den Friedensgrundsätzen des Präsidenten Wilson zugesichert worden ist. Wir fordern einen Frieden, der uns Luft und Licht zum Leben läßt. Wir wollen mit arbeiten in der Reihe der Völker der Welt an den Werken der Kultur und Gesittung, denen die Zukunft gehören muß. Das deutsche Volk hat sich die vollste Freiheit im Innern errungen. Es kann und wird sich nicht von außen her knebeln lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es wird nicht dauernd als der Bittende in der Welt erscheinen, es wird auch in der Zukunft der Welt wieder vieles zu geben haben, wie es ihr in der Vergangenheit schon vieles gegeben hat. Frei will das deutsche Volk seine Kräfte entfalten, frei nach innen und frei nach außen zum Wohle seiner selbst und zum Wohle der Menschheit. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter: Wir haben in den letzten vier Jahren Gewaltiges und Furchtbares erlebt, und wie steht es jetzt? Die staatliche und bürgerliche Ordnung ist aufs schwerste gestört und fortgesetzt gefährdet. Unser Verkehrswesen liegt darnieder, es ist gelähmt, und das Wirtschaftsleben ist schwer geschädigt. Unsere Finanzen sind in einer äußerst gefährlichen und bedenklichen Lage. Unsere Ernährung ist bedroht. In unseren westlichen Landesteilen steht der Feind, und im Osten tobt der polnische Aufruhr. Auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen werden Forderungen an uns gestellt, die alle Menschlichkeit und alle Gerechtigkeit vermissen lassen (sehr richtig! rechts) und die im geraden Gegensatz mit den bisherigen Abkommen stehen. Auch auf Grund der Wilsonschen 14 Punkte, die wir vertrauensvoll angenommen haben, glauben unsere Feinde, an allen unseren Grenzen Fetzen aus dem Körper des Deutschen Reichs herausreißen zu können. (Sehr wahr! rechts.)

In solcher Zeit der Not eines ganzen Volkes verblassen selbstverständlich Parteiunterschiede. Die überragende Aufgabe aller Parteien dieses Hauses ist, das bedrohte Vaterland aus dieser Not zu retten. Dazu gehört aber ein großes Maß von Opfermut und politischer Selbstverleugnung. (Sehr richtig! rechts.)

Man hat geglaubt, daß die Grundlage, die Fürst Bismarck für das neue Reich gelegt hatte, die entscheidende Grundlage sein würde für ungezählte Geschlechter. Wir haben seit der Gründung des neuen Reichs einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Die Wohlhabenheit des Volkes stieg sichtbar, und an dieser zunehmenden Wohlhabenheit des Volkes nahmen alle Schichten der Bevölkerung mittelbar Anteil. (Ser richtig! rechts.)

Der Deutsche war überall hoch geehrt, wie ich im Auslande oft erfahren habe. Man bewunderte seinen Fleiß, seine Tüchtigkeit, seine Schaffenskraft. Und wie steht es jetzt? Wir zählen leider fast nur Feinde und sehr wenige Freunde. Man möchte auf dieses Trauerspiel fast das Goethewort anwenden: „Ein großer Aufwand schmählich ist vertan!"

Man will jetzt das Reich auf vollkommen neuen Grundlagen aufbauen und, um diesen Zukunftsstaat verlockend und verheißend als eine Art Land Kanaan erscheinen zu lassen, sucht man den alten Staat herabzusetzen. Man spricht von einem dynastischen Staate, von einem **Obrigkeitsstaat**, und wir haben gestern sogar gehört, es habe sich der Zusammenbruch einer Gewaltherrschaft vollzogen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man zunächst von einem dynastischen Staat in verächtlichem Sinne spricht, so frage ich: wie sind denn überhaupt die modernen Staaten entstanden? (Sehr gut! rechts.) Wie hat man denn überhaupt aus losen Stammesverbindungen Staaten geschaffen? Doch nur durch dynastische Regierungen! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nordamerika!) — Ich spreche zunächst von den Staaten Europas. — Ich meine, der Staat, gegen den man vorzugsweise diesen Vorwurf richtet, Preußen, hat gerade diese Aufgabe für Norddeutschland und schließlich auch für ganz Deutschland durch die Zusammenfassung der deutschen Bundesstaaten im Reiche geradezu glänzend gelöst. (Sehr wahr! rechts.)

Man spricht ferner von einem Obrigkeitsstaate. Mir ist kein Staat bekannt, wo Obrigkeiten nicht bestehen. (Sehr gut! rechts.) Ich glaube, daß diese die Grundlage jeder kultivierten Staatsverfassung sind. Was sind denn Obrigkeiten überhaupt anders als die durch das Gesetz berufenen Vertreter des Volkes, die die Gesetze auszuführen und die Verwaltung des Landes zu führen haben! (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Man hat auch von einer Gewaltherrschaft gesprochen. Wie sah denn die **Gewaltherrschaft in Deutschland** aus? (Zurufe von den Sozialdemokraten.) In Deutschland bestand das freieste und bedingungsloseste Wahlrecht der Welt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Preußen!) — Ich spreche jetzt von Deutschland! (Lachen bei den Sozialdemokraten und Demokraten.) Daß man in Preußen, meine Damen und Herren, nicht früher erkannt hat, daß das alte Dreiklassenwahlsystem nicht mehr haltbar war, daß man nicht rechtzeitig an eine Reform dieses Gesetzes gegangen ist, und daß die Mehrheit des preußischen Landtags nicht rechtzeitig dazu die Hand geboten hat, das habe ich wiederholt öffentlich als einen bedauerlichen politischen Fehler erklärt. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wir hatten also in Deutschland das freieste Wahlrecht, das man in Europa kennt; wir hatten in Deutschland eine Rechtspflege, die allgemein als vorbildlich anerkannt wurde. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wir hatten eine Rechtspflege mit zahlreichen Instanzen, eine Rechtspflege, an der zum großen Teil Laien beteiligt waren. Wir hatten eine Selbstverwaltung, die von einem obersten unabhängigen Gerichtshof kontrolliert worden ist, und in allen Instanzen der Selbstverwaltung saßen Vertreter des Volkes. Wir hatten ein musterhaftes Schulwesen von der Volksschule bis zur Universität, und diese deutsche Volksschule fand die Anerkennung bei allen anderen Staaten. Fortgesetzt kamen Kommissionen aus anderen Staaten, um die deutsche Volksbildung zu studieren und als Muster für die eigene Gesetzgebung zugrunde zu legen. (Sehr richtig!

rechts.) In keinem Lande ist soviel auf sozialpolitischem Gebiet geschehen wie in Deutschland. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Alles, was andere Staaten auf sozialpolitischem Gebiet getan haben, ist nichts denn ein schwaches und ungenügendes Plagiat. (Sehr richtig! rechts.) Ja bis heute hat die sozialpolitische Gesetzgebung in den anderen europäischen Staaten noch nicht das Maß erreicht, das die deutsche Sozialgesetzgebung den arbeitenden Klassen gewährt. (Zustimmung rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wir hatten endlich ein durchaus freiheitliches Versammlungs- und Vereinsrecht. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Daß durch politische Taktlosigkeiten einzelner Behörden dieses Versammlungs- und Vereinsrecht in einzelnen Fällen mißbräuchlich ausgelegt ist, spricht nicht gegen die allgemeine Tendenz dieses Rechts! — Unser Versammlungs- und Vereinsrecht ist ein durchaus auf freisinniger Grundlage ruhendes Gesetz.

Man hat auch von einer Kastenregierung gesprochen. Man hat gesagt — wir haben es gestern hier von dem Herrn Präsidenten gehört —, in Deutschland habe eine Minderheit regiert, und heute fiel das alte Schlagwort von der **Junkerherrschaft.** In einer der letzten Sitzungen des Deutschen Reichstags ist aus dem Munde des jetzigen Herrn Reichspräsidenten eine ähnliche Äußerung gefallen, und ich habe den damaligen Herrn Abgeordneten Ebert gebeten, mir doch einmal ein Privatissimum darüber zu lesen, was er unter Junkern und Junkerherrschaft versteht. Bisher habe ich leider die Aufforderung noch nicht erhalten, mir dieses Privatissimum anzuhören. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich darf die Damen und Herren bitten, in den Zwischenrufen sich einige Beschränkungen aufzuerlegen.

D. Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter: Meine Herren und Damen, wir leben ja jetzt angeblich im Reich der Freiheit, und ich bitte, daß Sie mir die Gedankenfreiheit gewähren, von der Sie so reichlich Gebrauch machen! (Sehr gut! rechts.)

Ein Reichskanzler glaubte den Schluß seiner Rede damit würzen zu müssen, daß er sagte: „Freie Bahn allen Tüchtigen.“ Es ist das die Wiederholung einer wörtlichen Äußerung in der großen französischen Nationalversammlung von 1789, wo auch das Schlagwort fiel: libre carrière à tous les talents. Ich halte dieses Schlagwort für ein leeres Schlagwort. Denn ich meine: es muß der Grundsatz jedes anständigen Staatswesens sein, daß jeder Tüchtige zu jeder Stellung gelangen kann, und wenn Sie dem Lebenslauf unserer höchsten Staatsbeamten nachforschen, dann werden Sie finden, aus welchen bescheidenen Verhältnissen dieselben zum Teil hervorgegangen sind. Wenn Sie im Staats-

handbuch und im Reichshandbuch nachsehen, werden Sie sich überzeugen, daß tatsächlich das Schlagwort, daß in Deutschland eine Kastenherrschaft bestanden habe, unbegründet ist, Sie werden finden, daß Leute aus allen Schichten der Gesellschaft in der Verwaltung des Landes sitzen. (Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) In keinem Lande der Welt gab es dank unserm ausgezeichneten Schulwesen eine so stark aufsteigende Klassenbewegung wie gerade in Deutschland (sehr richtig! rechts), und durch diese stark aufsteigende Klassenbewegung ist es fortgesetzt möglich gewesen, daß tüchtige Männer aus den niedrigsten Schichten der Gesellschaft in die höchsten aufstiegen.

Fürst Bismarck hat einmal bei Besprechung einer Persönlichkeit, die mehr Segel als Ballast, mehr Ehrgeiz als Können hatte, gesagt: es gibt mutige Menschen, wenn man die fragt, ob sie einmal eine Korvette führen wollten oder eine Staroperation machen wollten, so sagen sie: ich will's mal versuchen, — und wenn man jetzt sieht, was für Persönlichkeiten in der Lokalverwaltung amtliche Befugnisse ausüben, so muß ich immer an dieses Wort des Fürsten Bismarck denken. (Sehr richtig! rechts.) Es sind da wirklich Leute, von denen man sagen kann: sie versuchen es einmal, die wichtigsten Aufgaben der Verwaltung ohne jede Kenntnis der Gesetzgebung, ohne jede Kenntnis der Verwaltung zu lösen (sehr richtig! rechts), und das Wort: „Allen Tüchtigen freie Bahn!" — das scheint jetzt dahin umgekehrt: allen Untüchtigen freie Bahn auf Kosten der Tüchtigen. (Sehr richtig! rechts.)

Gegenüber dieser Herabsetzung des alten Staates möchte ich einen auch Ihnen wohl unverdächtigen Zeugen vorführen, es ist der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten Wilson, früher Professor Wilson. Der sagt in seinem Buch „Der Staat":

Deutschland wird auf Grund von Gesetzen und nicht von Prärogativen regiert.

Und weiter: Preußen ist erfolgreich bestrebt gewesen, eine größere Vollkommenheit in seiner Verwaltungsorganisation zu erreichen als irgendein anderer Staat in Europa. (Hört! hört! rechts.)

Das ist das Urteil Wilsons, eines unparteiischen Mannes, über die preußische und über die deutsche Verwaltung. Und was sagt Wilson über die Verwaltung der französischen Republik?

Frankreich seufzt unter einer von Plutokratie geleiteten Regierung, unter der Regierung einer zusammenhanglosen, auf Volksgunst beruhenden Volksvertretung. (Hört! hört! rechts.)

Ich will nicht leugnen, daß auch bei uns auf dem Gebiete der Stellenbesetzung in einzelnen Fällen persönliche Verbindungen maßgebend gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist aber eine menschliche Schwäche, und wenn Sie sich orientieren wollen

über die Verhältnisse der Republik Frankreich: da ist dieses Konnexionswesen unendlich viel stärker als bei uns in Deutschland. (Sehr richtig! rechts.) Da kann man nur etwas werden unter der Protektion eines Deputierten, und der Deputierte hat zunächst für die Söhne seiner einflußreichen Wähler zu sorgen, und da es sehr viele einflußreiche Wähler im Lande gibt, so kommen andere Leute nur sehr schwer daran. Das ist eine Information, die mir von einem gut unterrichteten Manne in Frankreich selbst gegeben worden ist. Ich halte es überhaupt für unrecht, wenn man das eigene Vaterland beurteilen will, indem man sich einen Idealstaat vorstellt, wo es keine menschlichen Schwächen gibt, sondern nur tugendhafte Spartaner, dann den eigenen Staat mit dem Idealbilde vergleicht und ihn herabsetzt, wenn er nicht diesem Idealbilde entspricht. Wenn man dem eigenen Vaterlande gerecht werden will, kann man nur seine Verhältnisse mit den Verhältnissen anderer Länder vergleichen, und da wird, glaube ich, Deutschland immer recht gut abschneiden. (Sehr richtig! rechts.)

Man wirft dem alten Staate auch den **Militarismus** vor. Aber wunderbar: während man immer jetzt das Schlagwort „Militarismus" wiederholt, stellt man staatliche Zivilbehörden unter die Kontrolle von Soldatenräten. (Hört! hört! rechts.) Es ist Militarismus in der weitesten Form, die Zivilbehörden unter Kontrolle von Personen zu stellen, die der Verwaltung vollständig fernstehen und denen alle Kenntnisse fehlen, um sie überhaupt zu kontrollieren. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch ist eine vollkommene Desorganisation der Verwaltung in vielen Landesteilen eingetreten. (Erneute Zustimmung rechts.)

Man hat gesagt, der **alte Staat ist zusammengebrochen.** Ja, er ist in der Tat zusammengebrochen. Aber warum ist er zusammengebrochen? Weil dieser Weltkrieg das größte technische, wirtschaftliche und finanzielle Unternehmen war, das die Weltgeschichte gekannt hat, und bei der ungeheuren Übermacht unserer Feinde auf diesem Gebiete ist uns allerdings in der Länge der Zeit auf technischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete schließlich der Atem ausgegangen. Unsere Armee ist nicht besiegt, weil sie ihre Pflicht nicht getan hat, sondern wir sind auf wirtschaftlichem, technischem und finanziellem Gebiete besiegt. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wir sind auch ferner dadurch besiegt, weil sich durch sehr perfide Maßregeln unserer Feinde die Manneszucht in unserem Heere zu lockern begann, und weil auch Einflüsse hinter der Front in der gleichen Richtung tätig waren. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir sind besiegt durch Erschlaffung unseres Volkes infolge Unterernährung. Wenn die Gedanken aus einem leeren Magen in ein schwaches Gehirn steigen, tritt leicht eine geistige Verwirrung ein. (Sehr richtig! — Heiterkeit.)

Der alte Staat ist schließlich niedergebrochen, weil die Vollzugsgewalt versagt hat, oder vielmehr diejenigen, in deren Hand die Vollzugsgewalt lag, nicht verstanden, diese rechtzeitig zu gebrauchen. (Sehr richtig! rechts.)

Man hat uns die Schuld am Kriege zugewiesen. Wir weisen den Vorwurf mit Entschiedenheit zurück. (Sehr richtig! rechts.) Solange Fürst Bismarck die auswärtige Politik des Reichs leitete, stand er auf dem Standpunkt: Deutschland muß nach seiner kontinentalen Lage Kontinentalpolitik treiben. (Sehr richtig! rechts.) Er war der Ansicht, daß Deutschland durch seine trockenen Grenzen schon so gefährdet ist, daß es seine Kraft möglichst innerhalb der deutschen Grenzen konzentrieren muß. Aber durch seine geniale Politik hat er es doch fertig gebracht, Deutschland zur leitenden Macht in Europa zu machen, und dadurch war es ihm möglich, auch mit großer Mäßigung und großer Vorsicht einen Einfluß in Fragen der **Weltpolitik** zu üben.

Nach der Entlassung des Fürsten Bismarck sind wir mit vollen Segeln in die Weltpolitik hineingefahren, leider, wie ich sagen muß, in *eine Weltpolitik, die uns nur Feinde gemacht hat*, ohne irgendwelche sichtbaren Resultate damit zu erreichen. (Hört! hört! links.) Es ist interessant, daß in der Zeit seit 1870 Italien, Frankreich, England und selbst das kleine Belgien sich unendlich viel größere Kolonialgebiete angeeignet haben, als wir erworben haben. Trotzdem wirft man Deutschland und der alten deutschen Regierung fortgesetzt Eroberungssucht vor.

Diese Weltpolitik stützte sich auf zwei Gebiete: auf die Kolonialpolitik und auf die Flottenpolitik. Die **Flottenpolitik** wurde damit begründet, daß man eine große Flotte haben müsse, um den Handel zu schützen. Man könnte nun einwenden, daß man im Frieden den Handel nicht zu schützen braucht; denn die paar Zwistigkeiten, die wir mit südamerikanischen Republiken hatten, wurden durch ein paar Kreuzer erledigt. Aber leider konnte unsere Flotte die Aufgaben, die sie eigentlich im Kriege hatte, nicht erfüllen, weil es für Deutschland finanziell unmöglich war, vielleicht auch in bezug auf Mannschaftskräfte, eine Flotte zu schaffen, die der englischen Flotte gleich mächtig hätte gegenübertreten können und namentlich einer mit anderen Flotten verbündeten englischen Flotte. *So konnte unsere Flotte keine der Aufgaben im Kriege lösen*, die eine Flotte eigentlich hätte lösen sollen. (Hört! hört! links.) Sie konnte weder die Blockade sprengen, noch konnte sie unsere Kolonien verteidigen, noch konnte sie verhindern — sie war dazu zahlenmäßig absolut außerstande —, daß englische, afrikanische, asiatische, australische Truppen auf dem europäischen Festland gelandet wurden.

Großes haben unsere U-Boote unzweifelhaft geleistet. Man könnte an sich darüber zweifelhaft sein, ob es richtig war, durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg auch Amerika in die Reihen unserer offenen Feinde zu treiben. (Widerspruch und Zurufe links.) Aber tatsächlich stand es längst auf der Seite unserer Feinde. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch links.) Es ist heute noch zweifelhaft, ob, wenn wir nicht so zögernd an den Bau von U-Booten herangegangen wären, wenn wir den Bau der U-Boote mehr forciert hätten, nicht das Resultat dieses Weltkrieges ein wesentlich anderes gewesen wäre. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch links.)

Wir haben unsere Weltpolitik ferner auf unsere Kolonien gegründet. Es ist klar, daß ein großer Staat wie Deutschland das Bedürfnis hat, Kolonien zu erwerben und die Kolonialprodukte, die er braucht, nicht durch die Vermittlung eines fremden Staates zu beziehen. Aber ich glaube, wenn wir erfolgreich hätten **Kolonialpolitik** treiben wollen, dann durften wir nicht Kolonien in China, im Gelben Meer, im Stillen Ozean, in Afrika erwerben, Kolonien, die so außerordentlich weit auseinander lagen und die so zersplittert waren, daß es im Falle eines Krieges selbstverständlich unmöglich war, diese Kolonien zu verteidigen (sehr richtig!), und man sollte jetzt bei den Friedensverhandlungen den ernsten Versuch machen, ob es nicht möglich wäre, ein geschlossenes Kolonialgebiet zu erwerben, das wir militärisch so ausrüsten und kulturell so durcharbeiten, so durchdringen können, daß wir es auch in einem Kriege — Gott behüte uns vor einem neuen Kriege! — wirksam verteidigen und dem Vaterlande erhalten können. (Zurufe links.)

Wir lehnen es, wie ich gesagt habe, ab, die **Schuld des Krieges** auf Deutschland zu schieben. Wir mögen durch unsere auswärtige Politik an manchen Stellen Verstimmung hervorgerufen haben, ein sachlicher Grund, gegen uns Krieg zu führen, lag in keiner Weise vor; die sachlichen Gründe, uns mit Krieg zu überziehen, lagen auf der Seite unserer Feinde. (Sehr richtig! rechts.) In Rußland war es der Panslavismus, der immer mehr zum Kriege mit Deutschland drängte, der Panslavismus, der auch am russischen Hofe seine mächtigen Vertreter hatte. Dazu kam die Furcht der russischen Zarenregierung vor dem Nihilismus, und man suchte in der Art anderer leichtfertiger Regierungen den billigsten und leichtesten Ausweg in einem auswärtigen Kriege. Rußland hat den Krieg gewollt, das steht unzweifelhaft fest. (Zustimmung rechts.)

Auch **England hat** aus triftigen Gründen **den Krieg gewollt,** und dieser Grund war die irische Frage. Nachdem die irische Selbstverwaltungsbill ergangen war, erklärte Ulster, es würde sich mit den Waffen in der Hand der Durchführung dieser Bill widersetzen. Es trat in

Irland ein für unsere Begriffe unbegreiflicher Zustand ein. Man hob dort 20 000 Menschen aus und exerzierte sie unter den Augen der englischen Behörden ein, um sich gegen eine gewaltsame Einführung dieser irischen Selbstverwaltungsbill zu wehren; die anderen irischen Grafschaften taten dasselbe. England stand unmittelbar vor dem Bürgerkriege. Mir ist noch vor kurzem versichert worden, daß englische Offiziere deshalb bereits ihren Abschied genommen hatten, weil sie erklärten: wir werden nicht gegen die Graffschaften fechten, die treu zum Mutterlande halten. Andere Offiziere hatten erklärt: wenn es zum Bürgerkriege kommt, dann nehmen wir unseren Abschied. Da lag für die englische Regierung der Gedanke sehr nahe, durch einen Krieg eine Diversion zu machen: kommt Zeit, kommt Rat. Ein zweiter Grund aber war, daß England die Kalkulation machte, ob es nicht schließlich billiger wäre, in einen Koalitionskrieg gegen Deutschland einzutreten, als die schweren Flottenrüstungen zu tragen. Der Handelsneid hat eine Rolle dabei gespielt, aber nicht die entscheidende Rolle. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ein sehr interessantes Buch erschienen: „Die Rechtfertigung Großbritanniens". Dieses Buch ist nach glaubhaften Versicherungen entweder von Lord Haldane, dem Flottenunterhändler vom Jahre 1912, selbst geschrieben oder doch von ihm durchgesehen und gebilligt. Die Ergänzung dieses Buches, das unter der Firma eines Herrn Beckly geht, ist ein anderes Buch, von einem englischen Sozialdemokraten geschrieben, von einem Mr. Stevenson: „Die Rechtfertigung Lord Haldanes". Wer sich über die Stellung Englands und die Entwicklung Englands uns gegenüber unterrichten will, wird sehr lehrreiche Fingerzeige in diesem Buche darüber finden, warum England sich unseren Feinden angeschlossen hat. Daß Frankreich, das noch immer hypnotisch nach der Vogesengrenze starrte, sich einem solchen Kriege anschloß, war selbstverständlich.

Man möchte deshalb sagen: Dieser Krieg ist aus dem Übelwollen unserer Feinde fast automatisch entstanden. Nur aus diesen verschiedenen Gründen konnte sich dieser Ring bilden, der jetzt allerdings droht, für uns zu einer wahren Sklavenfessel zu werden. Ich halte es aber für die größte Ungerechtigkeit und für bewußte Lüge, wenn unsere Gegner fortgesetzt wiederholen: Deutschland hat den Krieg gewollt. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, weder die deutsche Regierung noch das deutsche Volk. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der letzte Anlaß dieses Krieges erscheint neben diesen inneren Ursachen fast nebensächlich. Wir haben allerdings rechtzeitig die Gegenmaßnahmen treffen müssen, nachdem wir glaubhaft festgestellt hatten, daß Rußland seine sibirischen Armeekorps bereits an die Westgrenze geworfen hatte.

Prinz Max von Baden hat die Bismarcksche Regierung liquidiert und die **parlamentarische Regierung in Deutschland** amtlich

eingeführt. Man hätte nun glauben können, daß die Einführung der parlamentarischen Regierung den weitgehendsten Politikern genügt hätte. Denn was wäre die parlamentarische Regierung in Deutschland gewesen? Die parlamentarische Regierung hätte dahin geführt, daß eine auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählte Volksvertretung in Deutschland und Preußen — denn da war ja an der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht mehr zu zweifeln — die Vertrauensmänner aus ihrer Mitte gestellt hätte, die die Regierung zu führen hatten. Die Berufung dieser Männer war dann lediglich ein Ehrenrecht des Monarchen. Überraschenderweise genügte aber diese Parlamentasierung unseres Staatslebens den fortgeschrittenen Politikern nicht. Und warum nicht? Weil man damals nicht eine Volksregierung haben wollte, an der alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft beteiligt waren. Man wollte eine rein sozialistische Arbeiterregierung einführen, vorzugsweise gestützt auf die Handarbeiter. — Ich möchte dabei einschalten: man vergesse doch nicht, daß es in Deutschland wenig Müßiggänger gibt. In Deutschland arbeitet fast jeder, und die geistigen Arbeiter sind doch mit den Handarbeitern mindestens gleichberechtigt und verzehren sich manchmal schneller als die Arbeiter, die nur von ihrer Hände Arbeit leben. — Jetzt ist es allerdings anders gekommen. Man hat eine Koalitionsregierung gebildet und unter dem Druck der Verhältnisse bilden müssen. Aber der innere Grund, warum man sich mit der Parlamentasierung nicht begnügte, war doch das Ziel, eine rein sozialistische Regierung mit stark kommunistischem Einschlag ins Leben zu rufen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir hören jetzt so viel von Freiheit und Gleichheit. In Frankreich kann man diese Worte an jedem öffentlichen Gebäude lesen. Aber wie liegen denn jetzt die Verhältnisse bei uns? Unter diesem Zustand der Freiheit müssen wir fortgesetzt **gewaltsame Eingriffe in die Rechtssphäre** jedes einzelnen erleben. Fortgesetzt werden bestehende Gesetze verletzt, die Presse wird durch Gewalt unterdrückt, Versammlungen werden gesprengt, die freie Meinungsäußerung wird unterdrückt. Personen, die frei ihre Ansichten äußern, werden verfolgt und gemißhandelt. Es vollzieht sich eine Auflösung der gesamten bürgerlichen Ordnung. Die Verbrechen nehmen in erschreckender Weise zu. Fortgesetzt finden Mord und Totschlag sowie Erpressung statt. Heute haben wir erst wieder gelesen, daß in Mülheim der Arbeiterrat die Reichsbank gezwungen hat, 75 000 Mark zu zahlen. (Ruf rechts: Unerhört!) Eine reine Erpressung! Bewaffnete Soldatenbanden überfallen Privathäuser und öffentliche Institute, um Geld zu erpressen.

Der Reichspräsident Ebert hat in einer seiner Reden hier gesagt: das sind Kinderkrankheiten, die mit einer Umwälzung nun mal verbunden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Es mag sein, aber diese Kinderkrankheit dauert nun schon drei Monate, und das finde

ich etwas lange. Ich möchte der Regierung empfehlen, sich doch einmal einen geeigneten Arzt zu suchen, der nach dem Grundsatz verfährt: si ferrum non prodest, ignis prodest. Jetzt muß endlich einmal Ernst gemacht werden und die bürgerliche, die staatliche Ordnung wieder hergestellt werden mit allen gesetzlichen Mitteln. Wenn die Regierung das tut, dann hat sie die Unterstützung meiner Partei, und die Unterstützung der ungeheuren Mehrheit der bürgerlichen Parteien wird sie hinter sich haben.

Man beginnt, den Staat neu aufzubauen, und hat zu diesem Zweck auch die Zwanzigjährigen zum aktiven Wahlrecht berufen. Es ist dies ein eigentümlicher Gegensatz. Der Zivilrichter ist der Ansicht, daß ein Zwanzigjähriger noch nicht handlungsfähig genug ist, um sein eigenes Vermögen zu verwalten (Zuruf links); er soll aber befähigt sein, sich an den schwerwiegendsten Aufgaben des Staates durch seine Abstimmung zu beteiligen. (Zuruf links.)

Man entläßt jetzt verdienstvolle Beamte; man entläßt jetzt bewährte Offiziere lediglich wegen ihrer politischen Überzeugung oder weil sie den Mannschaften nicht gefallen. Es wird den Offizieren ganz offen gesagt: Sie sagen uns nicht zu, wir können mit Ihnen nicht arbeiten.

Man stellt die Gemeindebehörden unter die Aufsicht von Personen, denen unbedingt alle Vorkenntnisse für dieses Aufsichtsrecht fehlen. Daß diese Beamten unter diesen Verhältnissen noch fortarbeiten, das ist ein Zeichen der alten deutschen Beamtentreue. (Sehr richtig! rechts.)

Man glaubt jetzt auch fortgesetzt, über das alte Beamtentum wegwerfend urteilen zu können. Im Auslande hat bisher der deutsche Beamte als Muster eines Beamten gegolten (sehr richtig! rechts), und wenn wir jetzt bei den knappen Vorräten in den vier Jahren keine akute Hungersnot gehabt haben, so verdanken wir das der pflichttreuen Tätigkeit des deutschen Beamten. (Sehr richtig!) Es war eine dornenvolle Aufgabe, aber die deutschen Beamten haben diese Aufgabe ohne Ansehen der Person streng nach den Vorschriften durchgeführt. Und damit vergleichen Sie, bitte, die Verhältnisse in anderen Staaten, die ich nicht nennen will, die von der Natur viel mehr gesegnet sind als Deutschland, wo diese Voraussetzungen nicht zutrafen, wo man die Verordnungen nicht durchgefürt hat, wo man drauflos gelebt hat und unmittelbar an den Rand der Hungersnot geraten ist. (Zuruf links.)

So liegt es jetzt im öffentlichen Leben. Wie steht es nun im Wirtschaftsleben?

Wir haben gewiß mit großen Schwierigkeiten der Ernährung in den letzten vier Jahren zu kämpfen gehabt, aber wir haben das deutsche Volk doch vor der Hungersnot bewahrt. Wenn uns aber jetzt fortgesetzt gesagt wird — die Nachrichten wechseln ja sehr —: die Vorräte langen

nur noch auf vier Wochen, nur noch auf zwei Monate, jedenfalls sie langen nicht mehr für das ganze Jahr, so ist doch die Revolution, die große Umwälzung, daran zum größten Teil mitschuld (sehr wahr! rechts — Widerspruch links), weil große Bestände verschleudert, vergeudet oder gewaltsam in Anspruch genommen sind, und weil durch die Umwälzung auch die bekannten Zustände in der Ostmark eingetreten sind, die die Vorratskammer für das übrige Deutschland ist (Zustimmung rechts), und die ihre Rückwirkung auf die Ernährung des gesamten deutschen Volkes geübt haben.

Im Kriege sind unsere Finanzen erschüttert durch Lieferungsverträge, die nur geschlossen werden konnten, weil es meines Erachtens den Vertretern der Behörden, welche diese Verträge abschlossen, an der elementarsten Sachkenntnis fehlte. (Sehr richtig!)

Jetzt bewilligt man aber Löhne, die in keinem Verhältnis mehr zum Bedürfnis und in keinem Verhältnis zur Leistung stehen, und wohin wird diese **unsinnige Lohnsteigerung** führen? Was ist überhaupt eine Banknote? Eine Banknote ist doch nichts wie die Anweisung auf eine Arbeitsleistung, auf ein Rohprodukt oder auf ein Fabrikat. Wenn aber in einem solchen Maße wie jetzt die Arbeitsleistung trotz der hohen Löhne nachläßt, dann muß infolge des Seltenheitswertes der Preis der Rohprodukte und der Preis der Fabrikate steigen. Das sehen wir jetzt von Tag zu Tag. Schließlich kann diese Inflation mit Banknoten auf der einen Seite und die mangelnde Deckung in der Arbeitsleistung des Volkes auf der anderen Seite zu einer solchen Entwertung der Banknoten, der Kassenscheine führen, daß sie nichts mehr sind als Assignate (sehr richtig! rechts), Assignate wie die, mit denen man sich schließlich in der französischen Revolution als Seltenheitswert die Stube tapezierte. Die schließliche Folge wird sein, daß wir bei der Entwertung des Geldes überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die unbedingt notwendige Einfuhr Deutschlands zu bezahlen.

Also auch auf diesem Gebiete muß endlich ein Wandel eintreten. Ich glaube, die jetzige Regierung hat das längst erkannt. Wenigstens muß man das aus Äußerungen, die hier von der Regierungsbank erfolgt sind, und aus amtlichen Kundmachungen schließen.

Man spricht auch viel von der **Vergesellschaftung der Betriebe.** Ich gestehe zu, daß das eine Frage ist, die der Erörterung auf gewissen Gebieten bedarf. Aber eine Voraussetzung sollte doch jede Vergesellschaftung haben. Man soll nicht eine Vergesellschaftung nur aus politischer Theorie oder aus politischer Abneigung vornehmen, sondern man soll sie nur dann vornehmen, wenn man ganz sicher ist, daß durch den gesellschaftlichen Betrieb eines Unternehmens die Produkte billiger und besser gestaltet werden. (Sehr richtig! rechts.) Sonst scheint mir die

Vergesellschaftung zuungunsten der Privatwirtschaft keine richtige wirtschaftliche Maßregel zu sein.

Wir haben auch von amtlicher Stelle gehört, man wolle das arbeitslose Einkommen und das arbeitslose **Kapital wegsteuern.** Nun, das Kapital wegsteuern würde doch weiter nichts heißen, als das Kapital zu konfiszieren. Ich halte es für sehr bedenklich, durch einen solchen allgemeinen Grundsatz in einer Zeit, wo wir im höchsten Maße des Kredits bedürfen, wo wir im höchsten Maße Betriebskapital brauchen, um die darniederliegende, ausgerenkte deutsche Volkswirtschaft wieder zu heben und lebensfähig zu machen, solche Drohung auszusprechen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man das Kapital wegsteuern will, muß man das Kapital überhaupt vernichten. Dann darf man keine Zinsbogen mehr ausgeben, dann darf man keine Papiere mehr emittieren, es muß alles eine große Vergesellschaftung werden; und der Staat würde schließlich, wie es Eugen Richter, der verstorbene fortschrittliche Abgeordnete, einmal meisterhaft dargelegt hat, ein großes Zuchthaus werden, wo man auf Staatskosten geboren, genährt, beherbergt, bekleidet und schließlich auch begraben wird. (Sehr richtig! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Denn wenn Sie das Kapital wegsteuern und Sie vernichten nicht vollständig systematisch das Kapital durch äußeren Zwang, so wird sich ja sofort neues Kapital bilden; denn es werden immer Menschen sein, die fleißiger, intelligenter sind als andere und die wieder neues Kapital ansammeln.

Man hat auch gesagt, man wolle das **arbeitslose Einkommen wegsteuern.** Nun ist doch erstens Kapital weiter nichts wie aufgespeicherte Arbeit und aufgespeicherte Tatkraft der Vergangenheit, wenigstens in den meisten Fällen. Wenn man aber in dieser Weise das arbeitslose Einkommen fortsteuern wollte, wovon sollen denn die Leute leben, die sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen können? Wovon sollen Witwen und Waisen leben? Will man die auch der öffentlichen Obhut und der öffentlichen Fürsorge anempfehlen? (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ja, meine Herren, Ihnen ist das nicht recht, wenn man die praktischen Konsequenzen zieht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die müssen aber gezogen werden, damit das Volk sieht, wohin solche Steuertheorien führen. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man scheint auch die **Heimarbeit** verbieten zu wollen. Ich würde mich mit einer Beschränkung der Heimarbeit insoweit einverstanden erklären können, als die Heimarbeit unter Umständen, in den Räumen der eigenen Wohnung betrieben, äußerst gesundheitsschädliche Folgen haben kann. Aber die Heimarbeit allgemein zu unterdrücken, würde ich für einen schweren Fehler halten. Denn es gibt Personen, die in

der Fabrik nicht arbeiten können, und die nur in der Heimarbeit noch ihr Leben verdienen können. (Sehr richtig! rechts.) Oder will man diese Heimarbeiter alle den Arbeitslosen zuzählen? Es sind jetzt eigentümliche Zustände in Berlin. Eine Heimarbeiterin, die täglich vier Stunden in der Woche arbeitet, verdient, wie mir aus sachverständigster Quelle versichert wird, in der Woche 12 Mark. Wenn sie sich aber beim Arbeitslosenamt meldet, bekommt sie in der Woche 30 Mark. Mir ist aber auch versichert worden, daß der allergrößte Teil der Heimarbeiterinnen einen solchen Weg verschmäht.

Man hat auch eine **Arbeitslosenunterstützung** eingeführt. Die war wohl bei der momentanen Arbeitslosigkeit infolge des Mangels an Rohprodukten unbedingt notwendig. Aber wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht geradezu den Staat und die Gemeinden, denen die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung auferlegt ist, ruinieren will, so muß diese Bestimmung ein Korrelat haben, nämlich, daß derjenige, dem eine seinen Kräften angemessene Arbeit zugewiesen wird, auch gezwungen wird, diese Arbeit zu leisten, ganz abgesehen von seinem Aufenthalt; und wenn er diese Arbeitsleistung abweist, dann muß ihm die Arbeitslosenunterstützung entzogen werden. (Sehr richtig! rechts.)

Zu welchen Mißständen diese Arbeitslosenunterstützung ohne genügende Kontrolle, ohne den Zwang zur Arbeit geführt hat, können wir jetzt in den großen Städten Deutschlands beobachten. (Sehr wahr! rechts.) Einzelne Städte haben schon erklärt, daß sie am Rande des Bankerotts stehen.

Man hat mit einem Federstrich die **Trennung von Kirche und Staat** angeordnet. Der Schlag war nicht nur ein Schlag gegen die Kirche in ihrer äußeren Gestalt; nein, es war doch auch ein Schlag gegen die Religion selbst. Man hat dabei vergessen, daß die Religion noch immer das geistige Organ von Hunderten von Millionen Menschen auf der Erde ist, man hat vergessen, daß die Religion und das religiöse Bekenntnis doch das Flügelpaar ist, das den Menschen über sich selbst erhebt, über seinen kurzen Ausblick, das in Zeiten der Not Entsagung lehrt und Hoffnung einflößt. Man hat vergessen, daß die Religion und insbesondere die christliche, aber auch jede andere kultivierte Religion, eigentlich der reinste Ausdruck des sozialen Gedankens ist. (Sehr richtig! rechts.) Man kann die Kirche nicht behandeln wie einen einfachen Privatverein. Die Kirche ist eine tausendjährige öffentliche Korporation. Sie ist nicht nur eine unsichtbare Kirche, sie ist auch eine sichtbare Korporation, und diese bedarf der äußeren Mittel zu ihrer Erhaltung.

Sehr ernste kirchlich gesinnte Kreise haben auch die Forderung der Trennung von Staat und Kirche verlangt, weil sie glauben, daß sich

unter diesen Verhältnissen die Kirche freier entwickeln kann. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Sie erblicken darin eine Art Jungbrunnen der Kirche (sehr richtig! bei den Demokraten), aber unter einer Bedingung, daß der Staat auch der Kirche die Mittel gewährt, um ihre äußere Existenz fortzuführen. (Sehr richtig! rechts.) Der Staat ist die größte Gemeinschaft der Menschen, und er bedarf der Kirche seinerseits auch zur Aufrechterhaltung der moralischen Ordnung im Staate. (Sehr richtig! rechts.)

Man wird unsere Partei vielleicht fragen: wie stehen wir zur **Monarchie?** Ich habe darauf folgende Erklärung abzugeben:

Wir haben nichts zurückzunehmen von dem, was wir bisher vertreten haben. Wir sind treue und überzeugte Diener unserer Herrscherhäuser gewesen, mit denen das deutsche Volk durch jahrhundertelange Arbeit durch Freud und Leid unauflöslich verbunden schien. Wir haben in dem deutschen Kaisertum, das einst als die Erfüllung jahrhundertelanger Sehnsucht des deutschen Volkes durch die Tat des größten deutschen Staatsmannes erstand, die wirkungsvollste Spitze und das beste Band für die Einheit unseres Vaterlandes erblickt. (Sehr richtig! rechts.) Unter dem Druck der Verhältnisse haben Kaiser und Landesfürsten die Regierung niedergelegt. Das politische und wirtschaftliche Leben eines Volkes steht indessen nicht still und verlangt sofortige eingehende Mitarbeit aller Volksgenossen. Dieser vaterländischen Pflicht können und wollen wir uns nicht entziehen. Wir werden daher an der Wiederaufrichtung des Vaterlandes sachlich und gewissenhaft mitarbeiten. Den gewaltsamen Umsturz haben wir jederzeit verurteilt und halten auch jetzt, wo seine zerrüttenden Folgen für das deutsche Volk immer klarer zutage treten, an dieser Auffassung fest. Dadurch wird indessen nicht unsere grundsätzliche Überzeugung berührt, daß die Monarchie, insbesondere für Deutschland, die beste Staatsform ist, um den ruhigen und geordneten Gang der Staatsgeschäfte zu sichern. (Sehr richtig! rechts.) Wir erwarten alles von der gesetzmäßigen Entwicklung, die auf die zunehmende politische Erkenntnis des deutschen Volkes sich gründet. (Bravo! rechts.)

Wir müssen aber zunächst, wenn wir mit dieser Regierung mitarbeiten, eine vollständige **Klarstellung der Regierungsgewalt** fordern. Ich freue mich, daß mein Herr Vorredner schon mit der größten Bestimmtheit ausgeführt hat, daß es unmöglich ist, daß im Reich oder im Staat zwei Gewalten gleichberechtigt nebeneinander stehen. Nachdem jetzt durch den gesetzmäßigen Beschluß der Nationalversammlung eine Regierung eingesetzt ist, ist es unmöglich, daß noch ein Soldatenrat besteht, der irgend welchen Einfluß auf die Tätigkeit dieser Regierung ausüben kann. (Sehr richtig! rechts.) Diese Regierung ist uns jetzt verantwortlich und niemand anders, und es wird jetzt Sache der Regierung sein, diese Einrichtung unbedingt zu beseitigen. (Sehr richtig! rechts.)

Ebenso unmöglich ist es, daß eine Regierung besteht, die nicht die unbedingte Vollzugsgewalt hat und nicht in der Lage ist, in allen Teilen des Reichs ihren Anordnungen unbedingten Gehorsam zu erzwingen. Die Zustände, wie sie jetzt noch in einzelnen Staaten und einzelnen Städten bestehen, sind mit dem Vorhandensein einer Regierung vollkommen unvereinbar. (Sehr wahr! rechts.)

Aber zu diesem Zweck braucht sie ein durch Manneszucht zusammengehaltenes Heer. (Sehr richtig! rechts.) In einem Heer kann Manneszucht nur gelten, wenn dieses Heer unter einer Autorität steht, und diese Autorität müssen die **Offiziere** sein. Es ist deshalb, wenn die Regierung eine sichere Vollzugsgewalt haben will, unbedingt notwendig, daß die **alte Kommandogewalt** wieder hergestellt wird und die Offiziere in ihre autorative Stellung wieder eingesetzt werden. (Sehr richtig! rechts.) Man mag unter den bisherigen Offizieren eine Auslese treffen, aber die Offiziere, die berufen sind, im Heere zu dienen, müssen auch die volle Autorität haben, die zur Manneszucht unbedingt erforderlich ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man — auch in amtlichen Äußerungen, glaube ich — gedacht hat an die Bildung eines Heeres, bei dem die Offiziere gewählt werden und wo sie abgesetzt werden können, so kann man damit vielleicht ein Heer schaffen, wie es in gewissen südamerikanischen Republiken vorhanden ist, wo die Armee politisiert und beliebig Regierungen einsetzt und absetzt. Aber wenn man ein Heer haben will, daß nicht eine Gefahr für die staatliche und bürgerliche Ordnung ist, sondern daß ein unbedingt zuverlässiges Organ der gesetzlichen Regierung ist, dann muß man auch die Kommandogewalt einführen und den Offizieren die unbedingte Autorität geben, die sie brauchen, um Manneszucht in den Truppen aufrechtzuerhalten. (Sehr richtig! rechts.) Welche Zustände sich heute infolge des Mangels dieser Voraussetzung in den einzelnen Truppen entwickelt haben, das kann man ja leider täglich beobachten.

Wir fordern von der Regierung ferner einen klaren **Rechenschaftsbericht über die Finanzen.** Wir wollen vor allen Dingen wissen, welches Heeresgut am Ende des Krieges vorhanden gewesen ist, welchen Wert dieses Heeresgut hatte, welches der Erlös war, und wohin dieser Erlös geflossen ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir wollen ferner wissen, welche Einnahmen den Soldatenräten zugeflossen sind, aus welchen Quellen, wie hoch diese Einnahmen gewesen sind und zu welchen Zwecken sie verwandt sind. (Sehr richtig! rechts.) Es gehen höchst beunruhigende Gerüchte durch die Presse und durch das Publikum, und wenn man bedenkt, daß jetzt angeblich Milliarden verwirtschaftet sind von unverantwortlichen Organen, während früher die Oberrechnungskammer über jeden Pfennig von den Behörden Rechenschaft verlangte, so sieht man den gewaltigen Unter-

schied zwischen früher und jetzt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es mag dem Vertreter der Reichsfinanzverwaltung höchst unangenehm sein; aber hier muß endlich einmal Wahrheit und Klarheit geschaffen werden. Das Volk will das wissen, es will nicht weiter die wilde Finanzwirtschaft, wie sie jetzt teilweise von Soldaten- und Arbeiterräten getrieben wird (lebhafte Zustimmung rechts), und ich glaube, wenn wir das fordern, unterstützen wir nur die Regierung in ihrem Bestreben. (Bravo! rechts.)

Wir treten auch ein für eine kräftige **Siedlungspolitik.** Dafür sind wir seit langem eingetreten. (Widerspruch links.) — Meine Damen und Herren, mir werden Sie keinen Vorwurf machen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe in unendlich vielen Vorträgen, in Broschüren und Zeitungsartikeln fortgesetzt verlangt, daß endlich eine kräftige Siedlungspolitik in Deutschland getrieben wird (Zurufe links.) Vor allen Dingen handelt es sich um eine kräftige Vermehrung des Bauernstandes. (Sehr richtig!) Es ist die Schwäche Englands, daß in England seit Jahrhunderten der Bauernstand vernichtet ist, und es ist die Stärke Frankreichs, daß es einen so zahlreichen kräftigen und ausgezeichneten Bauernstand besitzt. Wir müssen also jetzt mit äußerstem Nachdruck schleunigst mit einer kräftigen bäuerlichen Siedlungspolitik beginnen. Es ist leider sehr leicht, einen Bauern aufzukaufen: aber wer auf diesem Gebiete Erfahrungen hat (Zuruf links), wird wissen, wie schwer es ist, einen neuen Bauernstand zu schaffen (sehr richtig! rechts), die Gemeinde-, die Kirchen-, die Schulverhältnisse zu ordnen, neue Wege anzulegen, die Gebäude aufzubauen für Wirtschaft und Wohnung, neue Entwässerungsanlagen zu machen. Das ist eine Sache von langer Arbeit, die ein großes Sachverständnis erfordert, wenn die Siedlung gedeihen soll. Aber wir verlangen, daß jetzt kräftig und alsbald mit dieser Siedlungspolitik vorgegangen wird. (Zuruf links.)

Wir sind auch ferner durchaus damit einverstanden, daß **Heimstätten**, wo die geeigneten Verhältnisse vorliegen, gegründet werden. Man kann nicht eine Heimstätte irgendwo auf einer großen öden Fläche gründen, sondern ihre Voraussetzung ist, da der Heimstättenbesitzer von dem Acker, der ihm zur Heimstätte beigegeben wird, nicht leben kann, daß er Gelegenheit hat, seinen Lebensverdienst in der benachbarten Landwirtschaft oder in der benachbarten Industrie zu finden. Eine Zwergbauernschaft zu gründen, deren Eigentümer von seiner Scholle nicht leben kann und keine Gelegenheit hat, seinen Verdienst in der Nähe zu erwerben, das hieße eine sehr bedenkliche Schicht auf dem Lande schaffen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß die **Sozialpolitik** fortgesetzt werden muß. Man hat mir persönlich oft gesagt: jetzt ist es mit Ihrer Sozialpolitik genug! Jetzt mal „Gewehr bei Fuß!" Das ist eine

durchaus falsche politische Auffassung (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Man könnte ebenso sagen: jetzt wollen wir einmal mit der Finanzpolitik oder mit der Handelspolitik aufhören! Die Sozialpolitik ist ein fortgesetztes Bedürfnis der Entwicklung unseres Volkes, und es werden fortgesetzt neue Bedürfnisse auf sozialpolitischem Gebiete nach der Entwicklung unseres ganzen Wirtschaftslebens hervortreten.

Wir verlangen auch eine kräftige **Unterstützung des Mittelstandes.** (Sehr richtig! rechts.) Der Mittelstand in Handwerk und Handel, der einerseits keine Rohprodukte hat, andrerseits keine Waren zu verkaufen hatte, hat durch den Krieg zum Teil unendlich schwer gelitten (erneute Zustimmung rechts), und die Frage sollte sehr ernst erwogen werden, ob es nicht möglich ist, dem Mittelstand von Staats wegen gewisse Erleichterungen bei der Beschaffung von Rohprodukten zu gewähren. (Wiederholte Zustimmung rechts.)

Eine wichtige Frage ist auch die **Regelung der Beamtengehälter.** Die Beamten haben während des Krieges zu der Kategorie gehört, die ihr Vermögen, ihr Einkommen trotz der ungeheuer gesteigerten Preise der Lebensbedürfnisse nicht vermehren konnten. Der Beamte kann kein Nebengewerbe treiben, und so stand der Beamte mit seinem bisherigen Gehalt da, während die Preise für seine Lebensbedürfnisse ins Ungeheure stiegen. Sein Gehalt war seinerzeit nach ganz anderen Preisen bemessen, als jetzt die Preise der Lebensmittel erfordern Es ist dankenswert, daß die Regierungen diesen Übelständen durch Teuerungszulagen, durch einmalige Beihilfen abgeholfen haben. Aber eine Privatwirtschaft kann man auf solche einmalige Zulagen nicht gründen. Daraufhin kann man keinen Haushaltsplan aufbauen. Es wird sehr bald notwendig sein, daß man in Erwägungen darüber eintritt, in welcher Weise und in welchem Umfange die Gehälter der Beamten planmäßig zu erhöhen sind. Denn die Gehälter der Mittel- und Unterbeamten, ja besonders die der studierten Beamten stehen jetzt in einem geradezu grotesken Mißverhältnis zu dem Einkommen von Handarbeitern, und wenn man nicht den Beamten rechtzeitig ein Gehalt gibt, das den gegenwärtigen Preisen der Lebensbedürfnisse entspricht, so ist der Beamte geradezu in der Gefahr, seinen Status zu verlieren; er sinkt damit in eine gesellschaftlich niedere Klasse herab. Es ist ja richtig und gewiß vorauszusehen, daß die Preise der Lebensmittel nicht die bisherige Höhe behalten werden, daß eine Senkung dieser Preise eintreten wird Sie wird aber nur sehr allmählich eintreten, und die Beamten können unmöglich warten, bis ein einigermaßen normales Niveau wieder erreicht ist, da sie schon schwere Entbehrungen während des Krieges gelitten haben. (Sehr richtig! rechts.)

Wir stehen als Partei auf dem Standpunkt, daß der **preußische Staat** in seinem organischen Zusammenhang *unter allen Um-*

ständen **erhalten** werden muß. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der preußische Staat ist ein durch Jahrhunderte zusammengewachsenes Organ, in dem sich die westlichen und östlichen Provinzen gegenseitig ergänzen. Es wäre eine schwere Schädigung Preußens, wenn die anderen Staaten, die deutschen Mittelstaaten, in ihrer bisherigen Abgrenzung selbständige Republiken bildeten, Preußen aber zerschlagen würde Dagegen müssen wir mit aller Entschiedenheit Widerspruch erheben. Wenn man den Gedanken, Preußen zu zerschlagen, weiter fortführen wollte, dann würde sich die Partei derer, die den Einheitsstaat wünschen, fortgesetzt verstärken. Denn das ist unzweifelhaft, daß die preußischen Landesteile, und namentlich die östlichen Landesteile, sich im Einheitsstaat besser stehen würden, als wenn sie vom preußischen Ganzen losgerissen würden.

Man hat jetzt auch die **Frauen** zur gesetzlichen **politischen Tätigkeit** zugelassen, — eine Forderung, die ja bisher in allen Parteien streitig war. (Widerspruch links.) — Ach, meine Herren, ich habe viel Aufsätze auch aus sozialdemokratischer und aus demokratischer Quelle gelesen, die auf einem ganz anderen Standpunkt standen. Ich glaube, ich könnte Ihnen auch aus Erklärungen im deutschen Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause nachweisen, wie streitig diese Frage war! (Erneuter Widerspruch links.) — Nun gut, die Frage ist ja entschieden! Ich meine aber, jetzt haben die Frauen nicht nur das Recht zur politischen Mitarbeit, sondern sie haben auch die Pflicht, weil sie die Mehrheit unseres Volkes bilden und deshalb einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung unserer Geschicke ausüben können.

Man hat einen sogenannten **Waffenstillstand** geschlossen. Ich habe mich immer gewundert, wie man diesen Vertrag, den man mit General Foch geschlossen hat, überhaupt einen Waffenstillstand nennen konnte. (Sehr richtig! rechts.) Nach meiner Kenntnis von Waffenstillstandsverhandlungen pflegt ein Waffenstillstand zwei Punkte zu enthalten, erstens, daß die beiderseitigen Truppen ihre Stellungen nicht verändern dürfen, und zweitens, daß sie während des Waffenstillstandes keine neuen Kräfte heranziehen dürfen. Dieser Waffenstillstand ist aber kein Waffenstillstand, sondern das ist bereits der Vorschuß auf einen Gewaltfrieden. (Sehr richtig! rechts.) Denn wenn in einem Waffenstillstand ausbedungen wird, daß wir die Stellungen in Feindesland, die wir innehatten und hielten, verlassen müssen, daß deutsches Land besetzt wird, daß wir unsere Flotte ausliefern müssen, unser rollendes Material, daß wir unsere Armee entlassen müssen, so ist das kein Waffenstillstand mehr — das ist bereits der richtige Teil eines Gewaltfriedens. (Zustimmung rechts.)

Jetzt ist ja noch die Forderung dazugekommen, daß wir unsere **Handelsflotte ausliefern** sollen. Herr Staatssekretär Erzberger hat zwar

in dieser Beziehung Erklärungen abgegeben; aber ich habe namens meiner Partei zu erklären, daß uns diese seine Ausführungen noch nicht überzeugen, nicht beruhigen, und daß wir entschlossen sind, diese Frage bei anderer Gelegenheit sehr eingehend zu erörtern. (Sehr richtig! rechts.) Denn es muß sich herausstellen, ob auf diesem Gebiete unser Unterhändler seiner Aufgabe gewachsen war oder nicht. (Hört! hört! rechts.)

Wir haben die vierzehn Wilsonschen Punkte gutgläubig unterschrieben. Aber jetzt zieht man aus diesen vierzehn Wilsonschen Punkten Schlüsse, die im Wortlaut der Vorschläge des Präsidenten Wilson durchaus nicht liegen, und man sucht jetzt an allen Grenzen unseres Vaterlandes sich Fetzen aus unserem Leibe herauszureißen. Vor dem Kriege, vor Tische hieß es anders. Da hieß es, die Selbstbestimmung der Völker ist maßgebend. Jetzt erklärt der französische Minister des Auswärtigen Pichon: Wir machen vom Rechte des Siegers Gebrauch und stecken **Elsaß-Lothringen** ein — dieses Elsaß, das zu 94 Prozent ein urdeutsches Land ist. (Sehr wahr! rechts.) Es hat mich außerordentlich überrascht, daß der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts Elsaß eigentlich schon preisgegeben und das Bedauern ausgesprochen hat, daß man damals Elsaß nicht gehört hat, zu welchem Staate es sich stellen will. Es war ein harter Vorwurf gegen die Politik des Fürsten Bismarck. Die Sache lag doch aber mit Elsaß ganz anders. Elsaß war uns geraubt worden, gewaltsam, von den Bourbonen, und wir haben dieses urdeutsche Land einfach zurückgenommen. Da durfte es sich nicht um eine Abstimmung der Bevölkerung handeln, wir haben nur unser eigenes Gut zurückgenommen. (Sehr richtig! rechts.)

Die traurigsten Verhältnisse haben sich aber in der **Ostmark** entwickelt. In den Wilsonschen Sätzen heißt es, man solle überlegen, ob nicht die rein polnischen Landesteile an den polnischen Staat zurückgegeben werden sollten. Rein polnische Landesteile gibt's aber überhaupt nicht. (Sehr richtig! rechts.) In der Provinz Posen sind über 38 Prozent der Bevölkerung deutsch, in Westpreußen sind über 64 Prozent deutsch. Der größte Teil des Grundbesitzes in der Ostmark ist in deutschen Händen. (Sehr richtig! rechts.) Die Städte in den Provinzen Posen und Westpreußen sind überwiegend von deutschen Kolonisten gegründet worden, man kann also von reinpolnischen Landesteilen nicht sprechen, und wenn man die Berichte liest, die bei der Teilung Polens die Beamten Friedrichs des Großen dem Könige erstattet haben, so sieht man, in welchen elenden Verhältnissen damals diese östlichen Landesteile waren. Da lebte ein entarteter Adel und ein auf niedrigster Kulturstufe stehender Bauernstand. Was aus diesen östlichen Landesteilen geworden ist, das ist dank den preußischen Beamten, dank dem deutschen Fleiße und der deutschen Intelligenz so geworden. (Sehr richtig! rechts.)

Ich halte es deshalb für recht leichtherzig, wenn man hier von der Regierungsbank erklärt: die rein polnischen Landesteile werden wir abtreten. Das wird einen höchst üblen Eindruck machen, und ich kann nur eins sagen: die Verhältnisse in der Ostmark sind entsetzlich, da wird gemordet, geraubt, alle Gewalttaten werden an den Deutschen vollbracht, und wenn vor einigen Monaten die Regierung erklärt hat, daß sie nicht über eine sichere Division verfüge, die sie dorthin schicken könne, so meine ich, ist das für ein Volk von 70 Millionen Seelen, das angeblich 10 Millionen Menschen unter den Waffen hatte, ein trauriges Zeichen des Siechtums. (Sehr richtig! rechts.)

Ein trauriges Kapitel ist auch die Frage der **Gründung eines Polenreichs.** Welchen Täuschungen hat man sich da seitens der Regierung hingegeben, weil man dorthin Männer geschickt hatte, die wahrscheinlich das erstemal in ihrem Leben, als sie dorthin kamen, überhaupt einen Polen gesehen haben, die keine Ahnung von Land und Leuten hatten, und wenn schließlich diese Verwaltung so wenig ruhmreich zusammengebrochen ist, so ist das der klassische Beweis dafür, daß verwaltungstechnische und politische Unzulänglichkeit vorlag. (Sehr richtig! rechts.) Wie konnte man überhaupt glauben, wenn man ein polnisches großes Reich gründete, daß nicht in den gemischtsprachigen Landesteilen in der Ostmark der nationale Gedanke hoch auflodern sollte, daß da Zustände eintreten würden, die geradezu in die Revolution führen müßten. Die Vorstellung, daß man durch eine liebenswürdige höfliche Verhandlung mit den sehr geschickten polnischen Herren zu einem Verständnis mit der neuen Macht Polen kommen würde, daß man durch diese Macht Polen ein sicheres Hinterland bekommen würde, daß die Polen, wenn ihnen ihr polnisches Königreich in Aussicht gestellt würde, wie es hieß, in Strömen zu den deutschen Fahnen eilen würden, das ist eine Täuschung gewesen, die nur aus der Unkenntnis von Menschen und Verhältnissen hervorgegangen ist. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Ich nenne keine Namen, ich urteile nur über die Erfolge. Und nun stellen Sie sich vor, wenn uns diese Ostmark verloren geht! Sie können sich sicher darauf verlassen, daß, wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte, was Gott verhüten wolle, dann die feindliche Armee in Polen aufmarschieren wird und die Polen auf der Seite unserer Feinde stehen werden. (Sehr richtig! rechts.) Darüber ist kein Zweifel. Dann wird von der polnischen Grenze aus in etwa 1½ Tagen die Reichshauptstadt Berlin zu erreichen sein. Außerdem wird dieses Polen, wenn die Provinz Posen an dasselbe angegliedert wird, wie ein Keil nach Deutschland hineinstoßen, und schließlich die Mark und Westpreußen trennen. Wenn wir Westpreußen verlieren, wird Ostpreußen von dem übrigen preußischen Staate getrennt, und jetzt treibt man die unsinnigen Forderungen so weit, Litauen und Masuren als einen Teil des zukünftigen litauischen Königreichs zu fordern.

Der Gipfel der Forderungen besteht darin, daß man sogar Ansprüche auf **Mittel- und Niederschlesien** erhebt. Mittelschlesien und Niederschlesien sind urdeutsch. Schlesien ist im Jahre 1253 von der Krone Polen getrennt, und die polnischen Könige haben in wiederholten amtlichen Erklärungen ihren Verzicht auf die Souveränität über Schlesien erklärt. Von **Oberschlesien** hat man vor 20 Jahren noch gar nicht gewußt, daß es ein polnisches Land ist, es ist erst von Posen aus nationalisiert worden. Wenn wir Oberschlesien mit seiner Industrie und seinem Kohlenbergbau verlieren sollten, wäre das ein unersetzlicher Schlag für die ganze deutsche Wirtschaft. (Sehr richtig!)

Ich möchte noch an eine Äußerung des Ministers des Auswärtigen anknüpfen. Er sagte, wenn ich seine Worte richtig verstanden habe, man sollte sich nicht daran stoßen, daß er ein Graf sei, auch ein Graf könne ein ehrlicher Demokrat sein. Ich glaube, er hatte diese Entschuldigung nicht nötig (sehr richtig!); denn es sind schon viele Grafen ehrliche Demokraten gewesen. Ich erinnere nur an den großen Mirabeau, wobei ich aber nicht sagen will, daß ich Mirabeau mit dem Grafen Rantzau auf eine Linie stellen will. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Diese Äußerung hat mich einigermaßen befremdet, aber wir werden ja noch weiteres von dem Herrn Reichsminister Graf Rantzau zu hören bekommen. Wir möchten ihm nur einen Wunsch aussprechen, daß er unsere Rechte auf die Landesteile, die jetzt zu Deutschland gehören, nachdrücklich und energisch bis zum letzten Atemzuge verteidigt.

Man hat seitens der Entente darüber beraten, ob man die **Auslieferung des früheren deutschen Kaisers** verlangen soll. Ich will zu Ehren der holländischen Regierung und des holländischen Volkes annehmen, daß sie sich einer solchen ehrverletzenden Forderung niemals fügen werden. (Bravo!)

Es handelt sich in dieser Nationalversammlung doch lediglich darum, die neue Reichsverfassung und eine Anzahl dringender Finanzgesetze zu verabschieden. Man hätte erwarten sollen, daß es bei dieser Sachlage vielleicht möglich gewesen wäre, alle **bürgerlichen Parteien** für diese Versammlung zu **einigen**. Das ist leider nicht gelungen; ich glaube aber, über die Grundlagen des Aufbaues des neuen Reichs und über die finanziellen Maßregeln, die zu ergreifen sind, waren wesentliche Meinungsunterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien nicht vorhanden. Ich möchte mich aber noch der Hoffnung hingeben, daß bei den Verhandlungen über die Reichsverfassung und über die künftigen Finanzgesetze die bürgerlichen Parteien in einem gewissen gegenseitigen Einverständnis handeln.

Ich möchte meine Ausführungen bei der späten Stunde mit einer Hoffnung schließen. Wir leben in der fürchterlichsten Zeit, die wohl je

ein Volk durchgemacht hat. Aber die Geschichte des deutschen Volkes, die eigentlich seit Jahrhunderten eine Leidensgeschichte ist, hat gezeigt, daß in schwerer Zeit das deutsche Volk immer seine besten Seiten bewährt hat. Und ich möchte hoffen, daß auch bei diesem Wendepunkte unserer politischen, unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung das deutsche Volk diese meine Hoffnung nicht täuschen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Meine Herren, ich schlage Ihnen vor, nunmehr die Debatte über diesen Gegenstand der Tagesordnung abzubrechen. — Die Versammlung ist damit einverstanden.

Dann, meine Damen und Herren, schlage ich Ihnen nunmehr vor, auch die Fachausschüsse zu bilden, und zwar erstens den Ausschuß für den Reichshaushalt mit 28 Mitgliedern, zweitens für die Petitionen mit 28 Mitgliedern, drittens für die Wahlprüfungen mit 14 Mitgliedern, viertens für die Geschäftsordnung mit 21 Mitgliedern, fünftens für die allgemeinen Rechnungen mit 14 Mitgliedern, sechstens für Handel und Gewerbe mit 28 Mitgliedern und siebentens für soziale Angelegenheiten mit 28 Mitgliedern. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle fest, daß die Ausschüsse sich in dieser Stärke bilden werden. Ich werde das Erforderliche veranlassen.

Es ist sodann eine Interpellation von dem Herrn Abgeordneten Dr. Heinze und Genossen eingegangen, die ich zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter **Bolz:** Die Interpellation lautet:

> Nach unwidersprochenen Meldungen hat die deutsche Waffenstillstandskommission in mehreren für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidenden Fragen ohne rechtzeitige Befragung und ohne ausreichende Mitwirkung der zur Verfügung stehenden Sachverständigen Abmachungen von größter Tragweite und verhängnisvoller Einwirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben getroffen, so insbesondere bei Auslieferung der deutschen Handelsflotte und bei den Verhandlungen über die Kohlen- und Erzfragen.
>
> Ist die Reichsleitung bereit:
>
> der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung unverzüglich eine Denkschrift über die bisher seitens der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen und getroffenen Abmachungen vorzulegen und inzwischen Auskunft zu erteilen, ob sie die Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen übernimmt und ob Vorkehrungen getroffen sind, daß in Zukunft weitere Zugeständnisse in wesentlichen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nicht ohne Hinzuziehung von Sachverständigen gemacht werden?
>
> Ist die Reichsleitung ferner bereit:
>
> die Waffenstillstandskommission dem Auswärtigen Amt zu unterstellen?

Präsident: Ich schlage Ihnen nunmehr die Tagesordnung für die morgige Sitzung, Samstag den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr, vor:

1. Die soeben verlesene Interpellation. 2. Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1918.

Ein Widerspruch erfolgt nicht: die Tagesordnung ist damit festgestellt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 5 Minuten.)

---

8. Sitzung.

Sonnabend den 15. Februar 1919.

Besprechung der Regierungserklärung und des Reichshaushaltplans.

Geschäftliches. Mitteilung eingegangener Begrüßungen.

Interpellation Dr. Heinze und Genossen: Vorlegung einer Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen (Nr. 21 der Anlagen). — Gröber (Ztr.), zur Geschäftsordnung. — Dr. Heinze (D. Vp.), desgl. — Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums, ist zur Antwort bereit. — Wird vertagt. —

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung verbunden mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über einen dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsplane für 1918 (Nr. 20 der Anlagen). —

Schiffer, Reichsminister der Finanzen: 25 Milliarden. — Oktober das Reich vor Erschöpfung seiner Mittel. Neuer Weg des Kredits. — Rücksichtsloseste Offenheit über die Lage. — 161 Milliarden. Täglich 135 Millionen. — Riesensummen verschleudert. Das Hindenburgprogramm ein Programm der Verzweiflung. — Folgen der Revolution. — Unglücklich auch die Gestaltung unserer Deckung. Anleihepolitik. — Sparsamkeit nötig. — Gesamtsteuerbedarf von 19 Milliarden jährlich (im Frieden 5). — Keine Entrechtung durch Annulierung der Kriegsanleihen. — Verschwinden der Heeresbestände. — Steuergesetzgebung, eine soziale. — Heranziehung müheloser Geldgewinns. — Papiergeld. — Sittliche Erneuerung nötig; Eigentum und Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit. — Steuermoral. — Glauben an den gesunden Kern des Volkes. —

Haase (Berlin), Abgeordneter: Der Minister hat nicht nur der früheren Finanzpolitik, sondern der gesamten Kriegspolitik das Urteil gesprochen. — Anleihepolitik. Arbeiterräte. — Das Programm der Regierung und die Parteien. — Kriegsgewinne. Reichseinkommensteuer. — Verlangt Amnestie, verurteilt die Gewaltpolitik der Regierung. Schießerlaß. Gefangene. — Bolschewismus. Austritt der Unabhängigen. — Auswärtige Politik. — Bessere Beziehungen zur Sowjetrepublik. — Die Unabhängigen und der Frieden. — Forderung einer sozialistischen Republik.

Noske, Reichswehrminister: Regierungsprogramm lediglich Arbeitsprogramm für die Nationalversammlung. — Die Unabhängigen doch nie zufrieden. — Herr Joffe und der Bürgerkrieg in Deutschland. — Das Heer zersprengt. Dank für die Pflichttreue der Offiziere. Respektierung erworbener Rechte. — Anerkennung der Freiwilligenverbände. — Klarlegung spartakistischen Treibens. — Grenzschutz im Osten. — Verhinderung durch Soldatenräte. — Eingreifen in Münster. — Das Schicksal Hunderttausender muß geschützt werden. — Schießerlaß. — Bremen. — Cuxhaven. — Den Böswilligen mit aller Kraft entgegenzutreten.

Dr. Rießer, Abgeordneter: Gegen Haase und Spartakus. — Revolution und Bürgertum. Nackte Klassenherrschaft. — Folgen der Revolution. —

Schwäche der früheren Regierung. — Liberalismus und Demokratie. — Die Sozialisierungsfrage. — Privatwirtschaft die feste Grundlage. — Persönlichkeit des Unternehmers. — Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. — Wiederaufbau. Freie Bahn! —

Henke (U. S.), persönliche Bemerkung. Schultz (Bromberg) (D. nat. Vp.), zur Geschäftsordnung.

Die Sitzung wird abgebrochen. Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Nach einem Schreiben des Reichsministeriums des Innern sind bei den Wahlen zur Nationalversammlung an der Ostfront am 2. Februar 1919 gewählt der Soldatenrat Paul Rodemann aus Libau und der Eisenbahnunterassistent und Mitglied des Zentralrats der Ostfront und Ostprovinzen Peter Kronen.

Es sind einige Telegramme eingelaufen, um deren Verlesung den Herrn Schriftführer bitte.

Schriftführer Abgeordneter Dr. Pfeiffer:

Salzburg.

Der Landtag des freien deutsch-österreichischen Alpenlandes Salzburg hat in seiner Sitzung vom 14. Februar einstimmig folgenden Gruß an die Nationalversammlung in Weimar beschlossen:

Das deutsche Volk hat seine neue Volksvertretung gewählt, und die Erwählten des Deutschen Reichstages sind in Weimar zur konstituierenden Nationalversammlung zusammengetreten, um die Grundlagen festzulegen, auf welchen sich fortan das Leben des freigewordenen deutschen Volkes gestalten und vollziehen soll. Die Bereitschaft der Deutsch-Österreicher, wieder in ihre alte deutsche Heimat zurückzukehren, dem Deutschen Reiche anzugehören, hat in den Herzen der Volksvertreter zu Weimar begeisterten Widerhall gefunden, weshalb auch die Vertreter des Landes Salzburg nochmals der Hoffnung Ausdruck geben, daß unser Salzburger Volk in freier Volksabstimmung sich dafür ausspreche, für alle ferneren Zeiten Angehörige des Deutschen Reiches zu sein und den Wunsch auszusprechen, daß dieses Ziel, das alle deutschen Herzen erfüllt, sich recht bald verwirklichen möge.

Indem ich mir die Ehre gebe, Ihnen diesen Beschluß mitzuteilen, ersuche ich Sie, denselben an zuständiger Stelle bekanntgeben zu wollen, und zeichne mit dem Ausdruck deutscher Solidarität.

Der Landeshauptmann Winkler. (Lebh. Bravo.)

Patschkau.

Die unter dem tschechischen Joche seufzenden Westschlesier der Provinz Sudetenland grüßen das geeinigte Groß-Deutschland aus vollem Herzen und hoffen auf baldige Befreiung.

Jauernig, Sudetenland. Im Auftrage: Ulner. (Lebh. Bravo.)

Oppeln.

In der am 12. Februar 1919 in Comprachtschütz, Kreis Oppeln, abgehaltenen Versammlung polnischsprechender Männer und Frauen ist laut amtlichen Protokolls von den etwa 350 Versammelten einstimmig folgende Entschließung angenommen worden:

Zahlreiche Männer und Frauen aus der Gemeinde Comprachtschütz, welche sich heute hier versammelt haben, erklären hiermit, daß sie frei und ungehindert ihre Muttersprache gebrauchen, ihre Religion ausüben und wie bisher bei ihrer schlesischen Heimat verbleiben wollen. (Lebhaftes Bravo.) Sie erheben feierlich Einspruch gegen die von großpolnischer Seite unternommenen Versuche, Oberschlesien oder Teile davon dem neu zu gründenden polnischen Reiche einzuverleiben; sie erblicken allein in dem Verbleib bei Deutschland die Gewähr für Aufrechterhaltung ihrer Kultur.

Diese Entschließung wird als Beschluß der Versammlung der Nationalversammlung zur Kenntnis gebracht.

Gemeindevorsteher Wolf. (Lebh. Bravo.)

Präsident: Es sind sonst noch einige Depeschen eingelaufen, die hier bei den Herren Schriftführern eingesehen werden können.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten: Dr Brauns (Cöln) für 4 Tage, Gehl, Hug, Dr Schücking für 8 Tage Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Buck für 14 Tage wegen dringender Geschäfte. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Besprechung der von den Mitgliedern der Nationalversammlung Dr. Heinze und Genossen eingebrachten Interpellation, betreffend Vorlegung einer Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen usw. (Nr. 21 der Drucksachen).

Ich habe zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Regierung zu richten, ob und wann er die Interpellation beantworten will. (Zurufe: Unterstützungsfrage!) — Ich bitte diejenigen Herren, die die Interpellation unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Zuruf: Ist schon von 30 Mitgliedern unterschrieben!) — Ich habe die Interpellation im Augenblick nicht da: sie ist aber von 30 Mitgliedern unterschrieben. Ich stelle das fest.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Zur Besprechung können doch nur anwesende Mitglieder unterstützen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Heinze.

Dr. **Heinze**, Abgeordneter: Die Interpellation kann nur eingebracht werden, wenn 30 Mitglieder sie unterzeichnen. Die Unterzeichnung seitens 30 Mitglieder hat stattgefunden. Die Besprechung der Interpellation erfolgt, wenn 50 Mitglieder sie unterstützen. Aber jetzt fragt der Herr Präsident den Herrn Ministerpräsidenten, ob er bereit ist, die Interpellation zu beantworten. Das hat zunächst mit der Besprechung nichts zu tun. Die Frage ist nicht abhängig von der Unterstützung durch 50 Mitglieder. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Die Sache scheint demnach wohl aufgeklärt zu sein. Ich wiederhole die Anfrage an den Herrn Vertreter der Regierung. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident Scheidemann.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Herr Präsident, die Reichsleitung ist bereit, die Interpellation in den nächsten Tagen zu beantworten. Ich werde mir erlauben, eine Verständigung mit dem Herrn Präsidenten darüber herbeizuführen, an welchem Tage die Interpellation beantwortet werden soll.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Heinze.

Dr. **Heinze**, Abgeordneter: Ich nehme an, daß der Herr Ministerpräsident eine Frist von 14 Tagen meint, welche § 33 der Geschäftsordnung festsetzt. (Heiterkeit.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Ich habe das für ganz selbstverständlich in meinen Worten eingeschlossen geglaubt Wenn ich sagte „in den nächsten Tagen", so verstand ich darunter natürlich keinen Zeitraum, der über die Vorschrift, die in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, hinausgeht. (Sehr richtig!)

Präsident: Damit ist für heute dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit der

ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918 (Nr. 20 der Drucksachen).

Die Besprechung ist wieder eröffnet und zugleich die erste Beratung über den dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsplane.

Das Wort hat der Herr Reichsminister der Finanzen Schiffer.

Schiffer, Reichsminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Die Vorlage, die ich als erste namens der Reichsregierung Ihnen zu unterbreiten die Ehre habe, zerfällt bereits äußerlich und zahlenmäßig in zwei verschiedene Bestandteile, auf der einen Seite der Betrag von 25 Milliarden, auf der anderen die Summe von 300 Millionen. Auch die letztere Summe ist an sich groß genug; aber sie tritt naturgemäß gegenüber dem Riesenbetrag auf der anderen Seite in den Hintergrund. Ich glaube, bezüglich des Betrags von 300 Millionen auf die schriftliche Begründung, die der Vorlage beigegeben ist, verweisen zu dürfen. Etwa notwendige Ergänzungen dieser schriftlichen Begründung wird der Herr Minister des Reichsarbeitsamts auf Wunsch geben.

Aber auch die Summe von 25 Milliarden ist keine einheitliche, auch sie zerlegt sich in zwei, in sich nicht übereinstimmende Teile, deren Zusammenhang nur erfaßt werden kann, wenn man auf die Vorgänge eingeht, die dem Zustandekommen der Vorlage zugrunde liegen. Diese Vorgänge sind in der gedruckten Begründung angedeutet; ich glaube aber, etwas mehr auf sie eingehen zu sollen, um den Zusammenhang vollständig klarzustellen.

Im Oktober des vorigen Jahres stand das **Reich vor der Erschöpfung seiner Mittel.** Da andere Möglichkeiten, diese Mittel aufzufüllen, nicht vorhanden waren, blieb nur der **Weg des Kredits** offen. Dieser Weg wurde beschritten, eine Vorlage wurde ausgearbeitet, und zwar in Höhe von 15 Milliarden. Die Vorlage wurde vom Bundesrat angenommen und ging dem Reichstag zu. Unmittelbar vor ihrer Erledigung trat die Revolution ein. Der Entwurf kam nicht zur Verabschiedung. Die Reichsfinanzverwaltung war damit in eine überaus schwierige Lage gekommen. Die Not des Vaterlandes, das leben mußte, auf der einen Seite, die Unmöglichkeit, den Weg des Gesetzes innezuhalten, auf der anderen! Die Reichsschuldenverwaltung [1]), auf deren Vermittlung wir durch das Gesetz angewiesen waren, lehnte es unter besonderer Berufung auf den Sondereid, den die Mitglieder dieser Behörde geleistet haben, ab, ohne gesetzliche Grundlagen ihre Unterstützung zu gewähren. Wir sahen davon ab, diese Bedenken anzugreifen oder auch nur zu erschüttern; denn wir glaubten, daß in einer Zeit, wo so vieles ins Wanken gekommen war, die peinlichste Gewissenhaftigkeit geschont und nicht angezweifelt werden sollte. Deshalb mußten wir andere Wege einzuschlagen suchen. Wir fanden sie in der Erwägung, daß das Reich eine juristische Person sei, die als solche, wie jede andere physische oder juristische Person, wechselfähig ist. Deshalb machte das Reich von

---

[1]) Vgl. hierzu die Reichsschuldenverordnung vom 19. März 1900 (RGBl. S. 129) §§ 1 und 11.

seiner **Wechselfähigkeit** Gebrauch und bot seine Wechsel der Reichsbank an [2]). Die Reichsbank nahm diese Wechsel, honorierte sie und gab auf Grund dieser von mir im Namen des Reiches ausgestellten Wechsel Banknoten aus, und eröffnete den Giroverkehr. So kamen wir zu der Möglichkeit, die Mittel, die wir brauchten, flüssig zu machen, und wir haben von dieser Möglichkeit bis jetzt im Rahmen der 15 Milliarden, die von Anfang an vorgesehen waren, Gebrauch gemacht. Diese Grenze ist jetzt erreicht; und schon aus diesem Grunde muß ich an das hohe Haus die dringende Bitte richten, bei der Bewilligung der Kredite, wenn Sie sie überhaupt aussprechen wollen, die äußerste Beschleunigung anzuwenden, da sonst die Interessen des Reichs aufs schwerste gefährdet werden.

Die ganze Vorlage zerlegt sich hiernach, soweit die 25 Milliarden in Betracht kommen, einmal in 15 Milliarden, die tatsächlich bereits flüssig gemacht sind, und auf Grund deren bereits im selben Betrage Ausgaben geleistet sind, und in 10 Milliarden, die als ein neuer Kredit anzusprechen sind. Obgleich der Weg, den wir bezüglich der 15 Milliarden beschritten haben, juristisch einwandsfrei ist, glaubte ich doch, mich der nachträglichen Zustimmung der Volksvertretung versichert halten zu sollen. Denn jede Finanzgebahrung ist darauf angewiesen, in möglichst zweifelsfreier, rechtlich unangreifbarer Weise ihre Geschäfte zu führen und nach dieser Richtung eher etwas mehr als etwas weniger zu tun. Bezüglich der Ausgaben, die auf Grund dieser Kredite geleistet worden sind, ist es ja zweifellos, daß wir Ihrer Zustimmung bedürfen; denn diese Ausgaben entbehren in der Tat, solange diese Zustimmung nicht erteilt ist, der gesetzlichen Grundlage.

Damit dürfte die formale Angelegenheit der Sache erledigt sein, und ich muß nunmehr ihre materielle Seite erörtern, das heißt, die Begründung sowohl für die 15 Milliarden, wie für die neu angeforderten 10 Milliarden Ihnen liefern, eine Begründung, die ich nur durch die Aufdeckung der **Schuldenverhältnisse des Reiches** geben kann. Nur im Zusammenhang dieser Verhältnisse kann ich es wagen, an Sie die Bitte zu richten, die Schuldenlast des Reiches um diesen außerordentlich hohen Betrag zu vergrößern.

Wenn ich Ihnen das Bild dieser Verhältnisse entrolle, so werde ich dabei dem Wunsch des Herrn Abgeordneten Gröber Rechnung tragen, mit **rücksichtslosester Offenheit** darzulegen, was ist. (Bravo! im Zentrum.) Es hätte dieses Wunsches, für den ich dankbar bin, nicht bedurft. Ich bin von Anfang an entschlossen, diese Offenheit, diese Wahrheit, walten zu lassen. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Diese meine

[2]) Vgl. das RG., betr. die Anordnung des Bankgesetzes vom 4. Aug. 1914 (RGBl. S. 327, § 2). Danach kann die Reichsbank Wechsel des Reichs diskontieren, auch wenn aus ihnen sonstige Verpflichtete nicht haften.

Überzeugung ist nicht bloß beschränkt auf den Punkt, den wir jetzt erörtern. Nach meiner Ansicht ist Offenheit und Wahrheit überhaupt die Grundlage, die unsere gesamte Politik, die Finanzpolitik wie die allgemeine Politik, die innere Politik wie die äußere Politik beherrschen muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wir kommen auf anderem Wege nicht weiter, und ich habe meine Überzeugung nicht etwa durch die opportunistische Erwägung gewonnen, daß wir zu einer anderen, zu einer mit Heimlichkeiten arbeitenden Politik offenbar sehr wenig Talent haben (Heiterkeit), — denn wir haben bisher sehr wenig Glück mit einer solchen Politik gehabt. Sie entstammt meiner sittlichen Anschauung, daß wir diese Grundlage bewahren müssen, um in der Welt überhaupt bestehen zu können. Das gilt besonders auch für die Finanzpolitik, die ich nach außen zu führen gedenke. Ich will auch der Entente gegenüber keinerlei Heimlichkeiten vornehmen. Ich will unsere Karten auflegen, ich will unsere Bücher auflegen, — kurz, ich will handeln wie ein ehrlicher, anständiger und **reeller Kaufmann** (Bravo! bei den Mehrheitsparteien), der Gläubiger zu befriedigen hat und auch nichts weiter tut, als sagt: das habe ich, seht zu, was ich überhaupt leisten kann. Ich will allerdings auch insoweit dem anständigen, reellen Kaufmann folgen, daß ich mir vorstelle, daß ein solcher Mann auch nichts unterschreibt, was zu halten er nicht in der Lage ist. (Sehr gut!)

Wenn ich auf dieser Grundlage arbeite, so sehe ich darin das einzige Mittel, das Mißtrauen, das gegen uns nun einmal vorhanden ist, zu entkräften. Ich untersuche nicht, ob und wie weit dieses Mißtrauen gerechtfertigt ist oder nicht gerechtfertigt ist; ich rechne damit, daß es da ist, und gegen dieses Mißtrauen hilft keine Beschwörung, keine Versicherung, daß wir es nicht verdienen; dagegen hilft nur ein Verfahren, das diesem Mißtrauen einfach jeden Boden entzieht. So, glaube ich, werden wir am besten auch bei den bevorstehenden Verhandlungen mit unseren Feinden uns verhalten.

Was aber unseren Gegnern und was den anderen Völkern im Verhältnis zu uns recht ist, das muß unserem Volke natürlich billig sein. Zwischen Regierung und Volk müssen Offenheit, Wahrheit und rückhaltloses Vertrauen herrschen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Die Gründe, die bisher ein anderes Verfahren wenn nicht gerechtfertigt, so doch erklärt haben, sind ja jetzt weggefallen, und wenn man davon spricht, daß ein Volk mündig ist, so bedeutet das nicht zum wenigsten, daß dieses Volk auch fähig und bereit ist, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, auch wenn sie noch so ernst und unbequem sind. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Will unser Volk ernst genommen werden, dann muß es auch die Sachen ernsthaft nehmen, von denen sein Schicksal abhängt. Deshalb werde ich mit vollster und, wenn es sein muß, mit grausamer Offenheit sprechen, und ich tue das auch aus einem

anderen Grunde. Ich will damit jenem leichtfertigen — ich möchte beinahe sagen: jenem ruchlosen Optimismus entgegentreten, der leider immer noch in breiten Schichten unseres Volkes herrscht. In breiten Schichten unseres Volkes ist man offenbar immer noch nicht vollständig klar über die Bedeutung der Lage, in der wir uns befinden. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Dem muß man entgegentreten — nicht aus Pessimismus. Der Gegensatz zu diesem Optimismus ist nicht der Pessimismus, sondern ist der Ernst. Und die Wahrhaftigkeit und die Offenheit, die hieraus entspringt, wird zum letzten und nicht zum wenigsten alsdann auch unserem Wirtschaftsleben zugute kommen. Denn so, wie ich dieses Wirtschaftsleben und seine besten Träger kenne, legt es vor allen Dingen Wert darauf, zu wissen, mit welchen Dingen es zu rechnen hat. Der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Landwirt muß kalkulieren können. Das ist die Grundlage seiner ganzen Wirtschaftsführung überhaupt. Er findet sich viel leichter mit Tatsachen ab, die er kennt, als mit einer Ungewißheit, die belastend auf ihm liegt und ihm nicht gestattet, die Zukunft so zu gestalten, wie es seinen Interessen entspricht.

Wenn ich nunmehr dazu schreite, Ihnen die Lage unserer Verschuldung darzulegen, so beginne ich mit den Krediten, die uns seit Beginn des Krieges bewilligt worden sind. Ich werde die Zahlen, um Sie nicht zu sehr zu ermüden, in runden Ziffern geben — es kommt ja auf die Einzelheiten nicht so sehr an — und werde die einzelnen Gesetze nicht besonders aufführen. Sie sind Ihnen bekannt.

Die Summe aller **Anleihekredite**, die uns bewilligt worden sind, einschließlich der 416 Millionen Kredite, die noch aus der Friedenswirtschaft stammen und nicht erschöpft gewesen sind, beträgt mehr als 140 Milliarden. Zu diesen 140 Milliarden treten Schatzanweisungskredite aus dem Gesetz vom 25. Juli 1918 mit 6 Milliarden. Das gibt zusammen 146 Milliarden. Das ist der Anleihekredit, der uns im Oktober zur Verfügung stand. Auf Grund der Kreditbewilligungen sind diese Kredite flüssig gemacht worden, und zwar in folgender Gestalt: in der Gestalt von Kriegsanleihen, jedoch nach Abzug der Rückkäufe in Höhe von 4,7 Milliarden, zusammen beinahe 93 Milliarden; durch Buchschulden, begründet außerhalb der Kriegsanleihe, 53 Millionen; und nun ein Posten von ganz besonderer Höhe und ganz besonderer und schwerwiegender Bedeutung: Schatzanweisungen und Reichswechsel in dem ungeheuren Betrage von über 58 Milliarden. (Hört! hört! rechts.) Wir haben **schwebende Schulden** von 58 Milliarden, vielleicht derjenige Punkt des Problems, der uns die größten Schwierigkeiten in der finanziellen Ausgestaltung machen wird. Dazu kommt noch ein kleinerer Posten: außeretatsmäßige Einnahmen beim Kriegsschatz mit etwa 4 Millionen. Das gibt zusammen 151,5 Milliarden. Mit diesen 151,5

Milliarden haben wir also die bewilligten Kredite von 146 Milliarden bereits um mehr als 5 Milliarden überschritten.

Nun treten zu diesen 151 Milliarden noch die **belegten Kredite** hinzu. Das sind diejenigen Kredite, die zu einem Teil aus der Bereitstellung der Subsidien stammen, die wir unseren Bundesgenossen gewährt haben, zum anderen Teil aus den Krediten, die wir im Verkehr mit den neutralen Ländern genommen haben. Die Summe dieser belegten Kredite beträgt jetzt 9,5 Milliarden, während sie am 30. Juni 1918 noch nicht ganz 8 Milliarden betrugen (7 Milliarden 890 Millionen); es sind also seit dem 30. Juni 1918 mehr als 1½ Milliarden hinzugetreten, und — das bitte ich nicht außer acht zu lassen — der Hauptteil der Verwendung bestand in Schatzanweisungen und Reichswechseln, die wir an Krediten für Geschäfte mit neutralen Ländern aufgewendet haben. Wir kommen damit zu einer Gesamtsumme, wie ich bereits gesagt habe, von 161 Milliarden und haben also den uns bewilligten Kredit um fast 15 Milliarden überschritten.

Diese 161 Milliarden stellen in gewissem Sinne, nämlich ohne Rücksicht auf ihre Verzinsung, die effektiven Kriegskosten, die wir aufgewendet hatten, dar. Aber auch hier muß ich, um nicht der Verschleierung geziehen zu werden, einen Vorbehalt machen. Es stecken nämlich unter den 161 Milliarden etwa eine Milliarde Ausgaben, die nicht für die Zwecke des außerordentlichen, also des Kriegsetats, sondern für Zwecke des ordentlichen Etats gemacht worden sind. Der ordentliche Etat hat in den letzten drei Jahren mit einem Defizit abgeschlossen, dieses Defizit ist, wie den Mitgliedern des früheren Reichstags bekannt, für die Jahre 1916 und 1917 durch Verwendung des Ertrages der Kriegssteuer nachträglich gedeckt worden. Für das Jahr 1918 ist das nicht möglich gewesen, da der Überrest der Kriegssteuer, der ursprünglichen Bestimmung dieser Steuer entsprechend, zur Schuldentilgung verwendet worden ist. Wir haben deshalb diese Milliarde decken müssen aus Krediten, die an sich nicht für Ausgaben des ordentlichen Etats bestimmt waren. Das spielt keine ausschlaggebende Rolle, ich muß es aber doch hervorheben. 161 Milliarden sind es, die wir im wesentlichen für Zwecke des Krieges gebraucht haben.

Wenn ich diese Ausgaben nunmehr im einzelnen verfolge, so stellt sich **der Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln für die verschiedenen Jahre** in folgender Weise, wobei Sie das beinahe regelmäßige Aufsteigen dieser Ausgaben verfolgen wollen: in den fünf Monaten des Jahres 1914 verbrauchten wir 7,5 Milliarden, 1915 23 Milliarden, 1916 26,6 Milliarden, 1917 39,6 Milliarden, 1918 48,5 Milliarden. (Hört! hört!) Verteilen wir das auf den Monatsbedarf, so ergibt sich ein Durchschnitt unserer Kriegskosten im Jahre 1914 von 1,5 Milliarden, 1915 1,9 Milliarden, 1916 2,2 Milliarden, 1917 3,3 Milliarden,

1918 4 Milliarden, und nehmen wir den Tagesdurchschnitt dieser Kriegskosten, so zeigt sich folgendes Aufsteigen: 1914 49,6 Millionen, 1915 63,9 Millionen, 1916 73,9 Millionen, 1917 109,9 Millionen, 1918 135 Millionen den Tag. (Bewegung.)

Wenn wir aus diesen Summen diejenigen Beträge ausscheiden, die sich speziell auf den Bedarf seit dem 1. Juli erstrecken, das heißt, seit der Zeit, bis zu der die letzte Kreditbewilligung gereicht hatte, so zeigt sich, daß im Juli 1918, also drei Monate vor der Revolution, die Kosten etwas über 4 Milliarden betrugen, im August 4,5 Milliarden, im September etwa ebensoviel, im Oktober 4,8 Milliarden, im November 4,1 Milliarden, im Dezember 3,8 Milliarden, im Januar 3,5 Milliarden. Sie sehen — und das bitte ich festzuhalten —, daß ein irgendwie bemerkbares, erhebliches Abflauen in der Zeit nach der Revolution gegenüber der Zeit vor der Revolution nicht festzustellen ist. (Hört! hört!)

Die monatlichen Heeresausgaben im Jahre 1918 betrugen in der ersten Jahreshälfte etwa 3,3 Milliarden, — das sind reine Heeresausgaben, die sich also nicht decken mit den gesamten Kriegsausgaben, in denen erhebliche andere Ausgaben enthalten sind —. Im Juli 1918 betrugen diese Heeresausgaben 3,5 Milliarden, im August 3,6 Milliarden, im September 3,9 Milliarden, im Oktober 4,3 Milliarden, sie sinken im November auf 2,9 Milliarden und steigen im Dezember wiederum auf 3,8 Milliarden. (Hört! hört!)

Ich habe Ihnen damit die ziffernmäßige Entwicklung unserer Schulden und des auf die Kontrahierung dieser Schuld gestützten Verbrauchs gegeben. Ich muß nunmehr auch dazu schreiten, Ihnen auch die innere Begründung für diese Finanzgebarung darzulegen, ich muß versuchen, zu erklären und Ihrer Kritik zu unterbreiten die Methode, nach der wir gewirtschaftet haben, und die sich im Ergebnis in diesen Schulden darlegt.

Der Herr Abgeordnete Keil hat die **Methode unserer Kriegsfinanzierung** einem absprechenden Urteil unterzogen. Ich kann ihm leider nicht widersprechen. Ich halte sowohl die Gestaltung unseres Ausgabewesens wie die Gestaltung unseres Einnahmewesens nicht für tadelsfrei, in vielen Beziehungen für höchst ungünstig. Die Grundlage für diese ungünstige Gestaltung und Beurteilung unserer Kriegsfinanzierung ist vielleicht in demselben Moment zu finden, das meiner Ansicht nach beinahe allen Erscheinungen dieses unglücklichen Krieges zugrunde liegt. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Krieg war als ein kurzer Krieg veranlagt, und dadurch, daß er es nicht war, dadurch, daß er uns sachlich und zeitlich über den Kopf wuchs, zeigte sich mehr und mehr, daß wir ihm nicht gewachsen waren. Das trat sowohl auf der Ausgabeseite wie auf der Deckungsseite zutage. Die Ausgabeseite, die sich ja zunächst in der Beschaffung von Kriegsmaterial offenbarte, hat bereits

nach kurzer Zeit bewiesen, daß wir nicht imstande waren, dieses ungeheure Gebiet mit der Übersicht, mit der Festigkeit, mit der Beherrschung aller in Betracht kommenden Wirtschaftsfaktoren zu bewältigen, wie es notwendig war.

Wir wissen, wie bereits kurz nach Beginn des Krieges jene abscheulichen Erscheinungen zutage traten, daß die zur Beschaffung berufenen Stellen des Reichs die Übersicht verloren und mehr oder minder in die Hände der allerunlautersten Elemente gekommen sind. (Hört! hört!) Es sind damals auf der einen Seite zweifellos Riesensummen verschleudert worden und auf der anderen Seite jene unlauteren Elemente bereichert worden, die nicht bloß in finanzieller, sondern auch in moralischer Beziehung eine schwere Belastung unseres ganzen Volkslebens darstellen. (Lebhafte Zustimmung.) Mehr und mehr trat trotz allen Bekämpfens die Anschauung zutage, daß auch der **Krieg** eine **Konjunktur** sei (sehr richtig!), und in schroffem Widerspruch zu dem Opfermut, den auf allen anderen Gebieten unser Volk bewies, fand sich gerade nach dieser Richtung eine Widerstandslosigkeit materialistischen Empfindens, die uns tief schmerzlich berührt. Ich kann das Reich selbst nicht davon freisprechen, daß durch die mangelhafte Art der Finanzgebarung in diesen Dingen solche Strömungen einen breiteren Einfluß gehabt haben, als es sonst der Fall gewesen wäre. (Hört! hört!) Wir wissen, daß damals noch eine Reihe guter und anständiger Männer es von sich wies, Preise zu nehmen, wie sie ihnen mehr und mehr aufgedrängt wurden. Allmählich stieg dann der Strom und führte so weit, wie es geschehen ist.

Ich übergehe die einzelnen Momente, die auch im übrigen die ganze Finanzgebarung des Gehaltswesens, Entschädigungswesens usw. sehr ungünstig beeinflußten. Als man den Fehler bemerkte, suchte man auch besonders auf Drängen des Reichstags einzugreifen. Es war zu spät! Und vor allen Dingen: als es gelungen war, vielleicht da und dort die bessernde Hand anzulegen, da trat ein neues Moment ein. Dieses neue Moment ist das **Hindenburg-Programm.**

Es steht mir natürlicherweise nicht an, über die militärische Seite und die militärische Notwendigkeit dieses Programms hier ein Wort zu verlieren. Wirtschaftlich war es ein Programm der Verzweiflung. (Lebhafte Rufe links: Hört! hört!) Wirtschaftlich hat es einen so furchtbaren Schaden angerichtet, daß wir noch jetzt die Folgen davon zu tragen haben. (Hört! hört! und sehr richtig! links.) Es entfesselte die wüsteste Profitsucht, die sich überhaupt an Kosten gar nicht mehr zu halten brauchte, da alles bezahlt wurde, was liquidiert wurde. Es machte unsere ganze Arbeiterschaft vollständig unruhig, warf sie durcheinander, setzte Prämien darauf, daß die Arbeiter von der einen Fabrik ausgemietet und zu anderen gebracht wurden, stapelte die Arbeiter-

massen plötzlich auf einer öden Fläche zusammen, schuf dort völlig unzureichende Unterlagen für das Zusammenleben und Arbeiten dieser Massen und schuf auf diese Weise wurzellose Organisationen, die noch jetzt herumflattern und nicht wissen, wohin sie eigentlich gehören. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Das kommt noch! Der finanzielle und der moralische Schade — ich will es nicht verhehlen —, der dadurch angerichtet wurde, ist überaus groß

Dann kam die **Revolution**, und nun mußte jedermann die Vorstellung haben, daß ein grundlegender Wechsel in allen diesen Erscheinungen eintreten würde. Man sagte sich: der Krieg hört auf, damit hört die Arbeit der Munitionsfabriken, die Arbeit für Heeresmaterial auf; es werden Tausende, Hunderttausende, Millionen von Menschen frei, die produktive Arbeit leisten können, die Löhne sinken, die Preise sinken, wir kommen zu geordneten, für unser Vaterland nützlichen Verhältnissen. Die Zahlen, die ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, beweisen Ihnen, daß das nicht der Fall war, daß die Ausgaben nicht wesentlich gesunken sind, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, und wir haben nur zu untersuchen, warum sie sich nicht erfüllt haben.

Der Krieg hat nicht aufgehört! Er hat im Westen aufgehört; aber wir wissen ja, daß er auf breiten Strecken des Ostens weitergeführt wird, und wenn auch durchaus nicht in demselben Umfange wie früher, so ist jetzt dieser Faktor durchaus nicht gänzlich ausgeschaltet. Auch die **Fabriken für Heeresmaterial** hörten nicht sofort auf, zu arbeiten. Natürlich haben wir keine Waffen und keine Munition mehr hergestellt. (Zurufe.) — Wir haben sie nicht hergestellt, sondern wir haben Halbzeug hergestellt, das sofort wieder zerschlagen werden mußte, weil wir es nicht fertigstellen wollten. (Hört! hört!) Es war also eine vollkommen unproduktive Arbeit, die aber geleistet werden mußte, einmal weil wir an Verträge gebunden waren, die wir ohne den Ruin der beteiligten Fabriken nicht ohne weiteres lösen konnten, und zweitens im Interesse der Arbeiter selbst, die wir nicht arbeitslos auf die Straße setzen konnten. Deshalb mußte auch hier eine ganze Anzahl von Arbeiten, die eben nicht produktiver Art waren, fortgeführt werden. Ja, noch mehr: wir mußten die Arbeiter nicht bloß vertragsmäßig bezahlen, sondern mehr als das, wir mußten sogar im Interesse der Arbeiter, die wir gar nicht vollständig ausnutzen konnten, **Feierschichten** einlegen, und wir mußten von Reichs wegen für diese Feierschichten aufkommen. Ja, auch die Arbeit setzte nicht wieder ein; die Arbeit, die während des Krieges — wie wir anerkennen müssen — in außerordentlich hingebender und eifriger Weise geleistet worden war, setzte bei der Umstellung in die Friedenswirtschaft nicht wieder ein. Die Arbeitslust erschlaffte. Wir haben eine Abneigung feststellen müssen, zur regel-

mäßigen Arbeit zurückzukehren. Wir haben feststellen müssen, daß auf der einen Seite Arbeitslosigkeit herrschte, während dicht vor den Toren der Stadt und draußen im Lande Hunderttausende von Arbeitern gesucht wurden. Wir haben gesehen, wie durch **Streiks**, die zum mindesten mehr als zweifelhaft in ihrer Berechtigung waren, vielfach aber sicherlich ganz unzweifelhaft nicht berechtigt waren (lebhafte Zustimmung rechts), die produktive Arbeit nicht geleistet wurde, auf die wir dringend angewiesen waren. (Erneute Zustimmung rechts.) Natürlich blieb infolgedessen auch nicht nur die zu erwartende Folge aus, nämlich eine Senkung der Löhne und Preise — denn beides muß Hand in Hand gehen —, sondern es trat das Umgekehrte ein, und wir alle sind ja Zeugen davon, wie grade nach der Revolution die **Löhne** bis zu einer phantastischen und **grotesken Höhe** gestiegen sind und die Preise einen Wettlauf nach Erhöhung mit ihnen unternahmen.

Alles das wirkte naturgemäß zurück auf die an sich ungeheuren und vielfach im Anfang zu gering veranschlagten Kosten der **Demobilisation.** Es ist keine Kleinigkeit, ein Heer von 8 Millionen Menschen zurückzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Es bedeutet das eine Leistung, die technisch geradezu bewundernswert ist (sehr richtig!), aber natürlich auch eine Leistung, die außerordentlich große Kosten macht, da die Bekleidung, die Verpflegung, die Unterbringung und der Transport dieser Massen, und zwar in der beschleunigtsten Weise, vorgenommen werden mußte. Die Demobilisation ist ja heute zum größten Teile durchgeführt. Zu Ende des Jahres waren nur noch 3 Millionen Menschen unter den Waffen, zu Ende des vorigen Monats vielleicht noch 1 Million. Immerhin hat das, was dafür aufgewendet worden ist, einen außerordentlich hohen Bestandteil der Kosten dargestellt, mit denen wir rechnen müssen.

Wiederum im Zusammenhang mit dieser Entwicklung stehen nun aber die außerordentlichen **Steigerungen der Löhnungen,** die unter der Revolution vorgenommen worden sind. Es sind nach der Revolution eingeführt worden die Heraufsetzung der immobilen Grundlöhnung von monatlich 21 auf 30 Mark — dadurch also monatlich für den Mann mehr 9 Mark — die Arbeitszulage von 3 bis 5 Mark für den Tag — also durchschnittlich 4 Mark mehr —, die Zulage für Grenzschutztruppen von täglich 5 Mark, das einmalige Entlassungsgeld von 50 Mark, die Erhöhung der Marschgebührnisse von durchschnittlich 2 auf 15 Mark, die Besoldung der entlassenen Mannschaften, die im militärischen Arbeitsdienst als freie Arbeiter weiter verwendet werden, — durchschnittlich 15 Mark mehr. Schätzt man dies nun durchschnittlich auf 1 Monat insgesamt, so bedeutet das im Monat an Mehrkosten zu Punkt 1 50 Millionen, zu Punkt 2 60 Millionen, zu Punkt 3 90 Millionen, zu Punkt 4 400 Millionen, zu Punkt 5

100 Millionen — diese beiden letzten Punkte vorübergehender Natur —, zu Punkt 6 200 Millionen, also insgesamt 900 Millionen Mark mehr.

Zu dieser Erhöhung der Löhnungen tritt der Anteil des Staats an der **Erwerbslosenunterstützung.** Auf Grund der Verordnung vom 13. November 1918 war die Reichsbeihilfe für diese Fürsorge vorgesehen. Die geschätzten Beträge sind: Dezember 1918: 17 Millionen Mark, Januar 1919: 57 Millionen Mark (hört! hört! rechts) und Februar 1919: 67 Millionen Mark.

Auch die Familienunterstützung hörte natürlicherweise nicht auf.

Wir haben im allgemeinen für die allgemeine **Kriegswohlfahrtspflege,** einschließlich der Unterstützung für die Textilindustrie, für die Schuhwarenindustrie, Wochenhilfe, Kriegsinvalidenfürsorge bis 31. Januar 1919 1700 Millionen ausgegeben und an gesetzlicher Familienunterstützung 1998 Millionen Mark. Wenn das auch den ganzen Zeitraum umfaßt, so sind doch auch in diesen Beträgen sehr erhebliche Summen enthalten, die auf die letzte Zeit entfallen.

Dazu kommen dann die **Teuerungszulagen** für die Beamten, Offiziere und Unteroffiziere. Sie mußten natürlich geleistet werden; denn bei der sprunghaften Entwicklung der Preise, der Löhne und aller anderen Lebensbedürfnisse konnten die Beamten, Offiziere und Unteroffiziere mit ihrem Einkommen, das ja weit hinter dieser Entwicklung zurückblieb, um so weniger auskommen, als wir auf die Hilfe dieser Klassen in ganz besonders hohem Maße angewiesen waren. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß wir diesem Teil unserer Mitbürger es in der Tat verdanken, daß die Lebensverhältnisse wenigstens so erträglich sind, wie es möglich ist; wir schulden ihnen besonderen Dank, da sie zum Teil unter schwerer Gewissensbedrängnis sich in ihrer Gesamtheit in den Dienst des Vaterlandes in seiner schwersten Stunde gestellt haben. (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.) Das ist anzuerkennen, und dem haben wir auch auf finanziellem Gebiete in durchaus bescheidenen Grenzen Rechnung getragen. (Bravo!)

Dazu kommt der Posten, der ja vorhin durch einen Zwischenruf bereits berührt worden ist: die **Arbeiter- und Soldatenräte.** Ich bin nicht berufen, über die Arbeiter- und Soldatenräte im allgemeinen an dieser Stelle ein Urteil abzugeben. Ich will aber auch vom finanziellen Standpunkt aus doch um der Gerechtigkeit willen feststellen, daß es durchaus verfehlt wäre, auch vom finanziellen Standpunkt aus die Arbeiter- und Soldatenräte in Bausch und Bogen zu verdammen. Das wäre ungerecht und unwahr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt eine große Anzahl Arbeiter- und Soldatenräte, die ihre Pflicht auch gegenüber den Finanzen des Reichs in vollem Umfange erfüllt haben (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die sparsam gewirtschaftet

haben und die sogar in schwerster Zeit dafür eingetreten sind, daß überhaupt das Reichsgut in ihrem Bereiche gewahrt worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Es ist nicht zu leugnen, daß vielfach die Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt der einzige feste Punkt waren, an den man anknüpfen konnte und von dem aus man, da nun einmal alles andere ins Wanken gekommen war, Ordnung hineinzubringen versuchen konnte. Aber daß neben diesen unseres Dankes würdigen Arbeiter- und Soldatenräten leider sehr viele gewesen sind, die mindestens in finanzieller Beziehung dem Reiche nicht zum Vorteil gewirtschaftet haben, das muß der Gerechtigkeit halber auch festgestellt werden. (Zurufe rechts.)

Es kommt hinzu, daß Arbeiter- und Soldatenräte und Arbeiter- und Soldatenräte etwas sehr verschiedenes sind. Es gab so viele wilde Arbeiter- und Soldatenräte, daß man in der Tat nicht richtig weiß, wen man vor sich hat und wem man die Schuld an dem, was geschehen ist, in die Schuhe schieben darf.

Nun hat der Herr Graf **v. Posadowsky-Wehner** den Wunsch geäußert, ich möchte ihm möglichst bald in dieser und anderer Beziehung darlegen, wie die **finanzielle Gebarung der Arbeiter- und Soldatenräte** gewesen ist. Er wollte wissen, was sie bezogen haben, was sie ausgegeben haben, wie sie mit dem Reichsgut gewirtschaftet haben, und vieles andere mehr. Meine Damen und Herren, das möchte ich auch wissen. (Aha! rechts. — Große Heiterkeit.) Ich weiß es nämlich nicht und kann es zunächst noch nicht wissen. Es ist das dringendste Interesse, daß wir Klarheit darüber bekommen; aber es ist ganz natürlich, daß wir diese Klarheit noch nicht haben. Nicht bloß aus dem Grunde, weil die Revolution meistens nicht mit Kalkulatoren zu arbeiten pflegt und damit gewisse Unterlagen für die spätere kalkulatorische Zusammenstellung nicht beschafft, sondern auch, weil die Gestaltung der Dinge einen anderen Weg genommen hat. Es ist nämlich durch Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen festgestellt worden, daß die Kosten der Arbeiter- und Soldatenräte vom November 1918 ab von denjenigen Stellen zu tragen sind, bei welchen die Arbeiter- und Soldatenräte errichtet worden sind. Sind also die Arbeiter- und Soldatenräte bei den Landesstellen oder Kommunen errichtet, was ja vielfach und wohl zumeist der Fall ist, so trägt wohl nicht das Reich die Kosten und hat sie auch nicht getragen. Dann werden von den Landesstellen, Regierungen, kommunalen Verwaltungen diese Kosten getragen, über die ich natürlicherweise Ihnen keine Auskunft geben kann. (Zuruf rechts: Da kann man eine Statistik darüber erheben! Es ist das Geld der deutschen Steuerzahler!) — Herr Graf v. Posadowsky, wenn Sie die große Güte gehabt hätten, das Reichsgesetzblatt mit demjenigen Eifer zu lesen, den ich bei Ihnen voraussetze, hätten Sie gesehen, daß wir gerade nach dieser

Richtung die nötigen Anordnungen getroffen haben. Wir haben alles getan, was überhaupt zu machen ist. Ich kann nicht ein Heer von Tausenden von Statistikern ins Land senden, die die richtigen Unterlagen nicht haben. Die **Unterlagen** müssen wir haben. Dann ist die **Statistik**, Herr Graf v. Posadowsky, eine Kleinigkeit. Die Unterlagen müssen wir beschaffen und dazu dient die Verordnung über das Finanzgebaren der Arbeiter- und Soldatenräte vom 13. Januar 1919, worin ihnen einerseits verboten ist, über Reichseigentum zu verfügen und an Kassen eigene Anweisungen zur Zahlung zu richten und — das ist das wesentliche für Sie — für die rückliegende Zeit ihnen eine Rechnungslegung aufgegeben ist bis zum 31. Januar 1919 dergestalt, daß sie sämtliche Einnahmen und Ausgaben bei den für sie zuständigen Kassen anzugeben haben und für Fehlbeträge, soweit ein Verschulden nachweisbar ist, mit ihrer Persönlichkeit haften. (Hört! hört!) Das ist die Unterlage, mit der wir uns alle einverstanden erklären können. Denn auch die ordentlichen Arbeiter- und Soldatenräte haben ein Recht darauf, daß sie entlastet werden und die anderen an den Pranger gestellt werden. Ohne dies gibt es keine Statistik, Herr Graf v. Posadowsky, weil sie sonst in der Luft schwebt oder der sicheren Unterlagen entbehrt. Man kann nicht Anforderungen an uns stellen, deren Erfüllung einfach unmöglich ist. (Zuruf rechts.) Wir werden, wenn wir diese Unterlagen haben, an der Hand der Rechnungen der Städte, die doch auch nicht jede 14 Tage ausgestellt werden, nachprüfen können. Aber erst müssen wir die Unterlagen haben. Sonst kommen wir überhaupt nicht vorwärts. Ein so allgemeines Verlangen nach der Statistik war ja auch früher schon im Reichstag üblich. Damals, glaube ich, war es aber dem Herrn Grafen v. Posadowsky erheblich weniger sympathisch als jetzt. (Heiterkeit.) Ein solches Verlangen nach Statistik ist bequem zu erheben, aber schwer durchzuführen.

Ich will im übrigen der Wißbegierde des Herrn Grafen v. Posadowsky wenigstens in einem Beispiel entgegenkommen. Wir haben natürlich versucht, was die Bezüge der Arbeiter- und Soldatenräte betrifft, Material zu sammeln. Ich enthalte mich einer Zusammenstellung, da sie wertlos wäre. Ich will das letzte, was mir zu Händen gekommen ist, mitteilen, weil es allerdings immerhin ein bezeichnendes Licht auf die Wertanschauungen in manchen dieser Kreise wirft. Ich habe gestern die **Zusammenstellung der Bezüge** bekommen, die die **Mitglieder des Zentralrats der Marine** erhalten.

Sie erhalten täglich, die Aktiven, volle Verpflegung, Kleidung, Unterkunft, Löhnung, alle Kompetenzen der Aktiven und 25 Mark (hört! hört!), die Inaktiven erhalten Kleidung, Verpflegung, Unterkunft, 25 Mark und außerdem noch 12 Mark. (Hört! hört!) Das sind allerdings Beträge, die zu denken geben. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir haben damit den Ausgabenstand, wie er im Augenblick sich darstellt, in der Vollkommenheit, die wir leisten konnen, Ihnen vorgeführt. Ich frage nunmehr: wie haben wir diese Ausgaben zu decken versucht? — und ich muß sagen, daß genau das, was ich vorhin über die unglückselige Gestaltung unserer Kriegsfinanzierung zu sagen verpflichtet war, auch für die **Gestaltung unserer Deckung** gilt. Nur muß ich hier einen Vorbehalt machen. Jetzt sind wir sehr schnell damit fertig, daß wir die ganze Art und Weise, wie wir die Mittel aufbrachten, verurteilen. Vergessen wir nicht, daß beinahe das ganze deutsche Volk darüber einig war, daß wir den richtigen Weg gegangen waren. Auch der Reichstag. Es hat sich kaum im Reichstag gegen die Deckungspolitik irgend eine Stimme erhoben. Wir müssen das selbst sagen. Nachträglich sehen wir natürlich klarer. Damals standen wir unter dem Bann einer, wie ich zugebe, herrschenden Anschauung. Es war die Anschauung, daß die Mittel im Krieg durch Anleihen und nicht durch Steuern aufzubringen sind. Das war auch die in der Wissenschaft herrschende Anschauung, und man machte sich damals über die Engländer lustig, die von Anfang an den anderen Weg, und mit gutem Grunde, gegangen sind. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wir haben das angefochten!) — Nein, ich glaube, in dem Umfange und in dem Sinne nicht angefochten, daß Sie die **Anleihepolitik** für eine unglückliche gehalten haben. Sie haben dem an sich Rechnung getragen und sind erst später, als diese Art der Finanzierung zu immer unheimlicherer Höhe anwuchs, auf den Weg gegangen, den wir eingeschlagen haben.

Wir haben nämlich folgendes getan, daß wir zunächst von Steuern abgesehen haben und den ganzen Bedarf auf Anleihe brachten. Diese Anleihepolitik wurde bis Ende 1915 durchgeführt, immer natürlich in der Hoffnung, daß der Krieg bald zu Ende gehen werde. Gott, man stand damals auf dem Standpunkt, daß zum Kriege Geld, Geld und nochmals Geld gehöre. Ein Standpunkt, der sich eben als unrichtig erwiesen hat, wie sich unsere ganze **Geldtheorie** als nicht haltbar erwiesen hat. Es hat die sogenannte nominalistische Theorie den Sieg über die metallistische Theorie erfochten. Wir wissen, daß in dem Sinne Geld gar nicht zum Kriegführen gehört. Sonst hätten wir nicht so lange Krieg führen können. Nein, wir haben mit Anleihen gewirtschaftet und haben den Mittelweg gegenüber der englischen Steuerpolitik eingeschlagen, daß wir die Zinsen durch Steuern zu decken versucht haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Das ist geschehen. Wir haben sie im wesentlichen durch unsere Steuern gedeckt. Jedenfalls sind wir aber auf diesem Wege nur so weit gekommen, daß wir eben gerade die Zinsendeckung vornehmen konnten. Was der Herr Kollege Keil jetzt bemerkt, bezieht sich, glaube ich, auf etwas anderes, darauf, daß wir nämlich, um die **Zinsen zu decken**, zum Teil in die-

jenigen Beträge eingreifen mußten, die zur Deckung der Schuld selbst bestimmt waren. Das ist, glaube ich, das, was der Herr Abgeordnete Keil im Sinne hatte. Wir haben nun, indem wir die Kriegskosten selbst auf Anleihen nahmen, um die Zinsen wenigstens auf reguläre Art durch Steuern zu decken, eine große Anzahl **Kriegssteuern** geschaffen, haben sie zum großen Teil auch erhoben. Es handelt sich hier um die Tabaksteuer, und zwar um die Zigarettensteuer mit dem Kriegsaufschlag, um die Weinsteuer, die Schaumweinsteuer, die Mineralwassersteuer, die Reichsstempelabgabe von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften, die Vergütung an Mitglieder von Aufsichtsräten, Warenumsätze, Geldumsätze, die Abgabe vom Personenverkehr, Güterverkehr, die Kohlensteuer, um die Reichsabgabe, die wir mit den Post- und Telegraphengebühren erhoben, den Reingewinn der Reichsbank einschließlich der Notensteuer und dann die Erträge aus den Darlehnskassen, die Erträge, die aus den Ausfuhrgebühren, leider viel zu spät, erhoben wurden, die außerordentliche Kriegsabgabe, die Kriegssteuer mit dem Zuschlag. Das sind die Steuern, deren Erträge nicht einfach denjenigen Beträgen zuaddiert werden können, die im übrigen erhoben wurden, sondern die zum Teil die Fehlbeträge wieder decken müssen, die bei den bisherigen Einnahmen aus Zöllen und Steuern sich ergeben haben.

Das ist das Bild, das wir von den Ausgaben und von den Deckungsmitteln für die Jetztzeit bis zu diesem Augenblick erhalten haben. Wir müssen uns fragen: wie wird es in der nächsten Zukunft weitergehen? Denn diese Frage wird ja für Sie, meine Damen und Herren, entscheidend sein zur Beantwortung meines Wunsches, einen neuen Kredit von 10 Milliarden zu erhalten. Nun, darauf habe ich nur zu sagen, daß, wenn nicht wiederum an sich berechtigte Hoffnungen enttäuscht werden, wir allerdings in nächster Zeit mit einer erheblichen Herabminderung der Ausgaben doch wohl werden rechnen können. Das Heer ist beinahe aufgelöst, die Umstellung in Friedensarbeit ist zu einem großen Teile erfolgt, und wenn es noch gelingen sollte, allmählich auch auf Wegen, die ich hier nicht erörtern kann und will, Preise und Löhne herabzudrücken, dann wird es möglich sein, auch die Reichsfinanzen in einen erheblich erträglicheren Zustand zu bringen.

Dazu aber ist eins unbedingt notwendig: wir müssen nunmehr bewußt die **Ausgaben** in ganz anderem Sinne **senken**, als es bisher geschehen ist. (Zustimmung.) Wir müssen sparsam wirtschaften. (Sehr richtig! rechts und bei den Demokraten.) Meine Damen und Herren! Der Begriff der **Sparsamkeit** ist für uns beinahe ein historischer geworden. Wir haben uns ein — man nennt das wohl — so großzügiges Wesen angewöhnt, daß man mit Kleinigkeiten überhaupt nicht mehr rechnet. Es ist ein bitterernstes Wort, das ein

Berliner Großkaufmann mir gegenüber einmal äußerte, als er warnte: wer die Million nicht ehrt, ist die Milliarde nicht wert. (Sehr gut! und Heiterkeit.) So weit sind wir gekommen, daß wir in der Tat nur mit dem Begriff von Millionen und Milliarden spielen.

Dazu ein anderes, das uns während des Krieges bereits entgegengetreten ist. Es spielte auch in einer neulichen Sitzung eine Rolle, als gesagt wurde: ja, was bedeuten denn die Ausgaben, die wir jetzt haben, gegenüber den Ausgaben des Krieges! Das ist dieselbe falsche Anschauungsweise, wie sie im Kriege auftrat, als man sagte: das können wir ganz gut machen, das bedeutet höchstens die Kosten eines Tages der Kriegführung. Nein, nicht so ist es, daß, weil diese Kosten so hoch sind, man nun erst recht hohe Ausgaben machen kann. Umgekehrt, weil diese Kosten so hoch waren, müssen wir jetzt sparen, müssen jetzt um so weniger ausgeben. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen um so mehr den Daumen darauf halten, daß wir auskommen. Wir müssen diese Sparsamkeit auf allen Gebieten unseres Staatslebens üben, wir müssen sie nach meiner Meinung — und die Frage ist überaus aktuell und brennend — ganz besonders aber üben bei der Frage, ob **neue Behörden- und Beamtenstellen** geschaffen werden sollen. Es ist ein ganz ungesunder Zug, jetzt immer neue Organisationen von Behörden und Beamtenstellen zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das ist ja ein Zug, der übrigens von jeher bei uns Deutschen war, auch nicht bloß bei uns. Alle Reformvorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung kamen schließlich darauf hinaus, neue Stellen zu schaffen. Es erinnert mich das an die Geschichte von jenem Regierungspräsidenten, der zu seinem Landrat kam und ihn fragte, was er da für einen neuen Aktenschrank habe, das sei doch nicht nötig. Da sagte er schmunzelnd: diesen Aktenschrank brauche ich, ich muß darin die Akten einlegen, die zur Verminderung des Schreibwerkes angelegt worden sind. (Heiterkeit.) Genau so ist es hier. Um die Behörden zu vereinfachen, werden uns immer neue Behörden vorgeschlagen. Es bedarf unserer ganzen Energie, um dem Widerstand zu leisten. Natürlich will ich damit nicht sagen, daß nicht irgendwann und irgendwo eine neue Stelle geschaffen werden muß. Das kann unter Umständen durchaus richtig, billig und sparsam sein. Als Prinzip muß gelten, mit Sorgfalt zu prüfen, ob es notwendig ist. Wir müssen Widerstand leisten dem mehr und mehr zutage tretenden Bestreben, sich aus den Oragnisationen des Krieges hinüber zu retten in die neue Organisation des Friedens. Wir sehen, wie man versucht, militärische Institute zu zivilen umzugestalten, eine Kriegswirtschaft in eine andere umzubauen (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und jedenfalls da und dort Unterschlupf zu suchen, weil man — das ist ja menschlich — nicht aus der Arbeit, die man einmal hat, ins Leere hinausgestoßen werden will. Uns müssen die

Interessen der Allgemeinheit höher stehen. Ich glaube, Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich einem solchen Bestreben den Widerstand entgegensetze, den zu leisten ich mich für verpflichtet halte. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wie sind aber nun die **fortlaufenden Ausgaben** zu decken? Dabei darf ich allerdings nicht bloß an die Ausgaben denken, die durch unsere Schulden entstehen, also die Ausgaben für Verzinsung unserer Kriegsschuld und zur allmählichen Amortisation unserer Kriegsschuld. Ja, ich muß das Problem in seiner Gesamtheit fassen; ich muß daran denken, daß ich außerdem noch eine große Menge Aufgaben zu lösen habe, die teils fortlaufend sind und mit dem Krieg überhaupt nicht zusammenhängen oder zum Teil mit dem Krieg in Zusammenhang stehen, indem sie die Folgen des Krieges wett zu machen bestimmt sind, vor allen Dingen natürlich in allererster Reihe die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen derer, die für uns gefallen sind. Ich kann auf die Aufstellung der Forderungen, die sich hieraus für uns an das Reich ergeben, hier nicht eingehen. Ich habe sie einmal überschläglich zusammengestellt. Es ergibt sich jetzt, wo wir nicht wissen, was uns von unseren Feinden etwa auferlegt werden soll, gegenüber einem Steuerbedarf von 2 Milliarden im Frieden für das Reich ein Steuerbedarf von 14 Milliarden für das Reich, und es ergibt sich, wenn wir, was wir doch müssen, Reich, Staat, Gemeinde und Kirche zusammennehmen, jetzt ein **Gesamtsteuerbedarf von 19 Milliarden** gegenüber noch nicht 5 Milliarden jährlich im Frieden. (Hört! hört!) Das sind natürlicherweise Zahlen von einer phantastischen Größe, die uns nur vorläufig einmal die Aufgabe stellen, ganz allgemein Stellung zu nehmen. Ich kann es verstehen, wenn man angesichts dieser furchtbaren Zahlen in eine Beängstigung verfallen ist, die uns Tag für Tag entgegentrat. Man hat gesagt, es sei nicht möglich, der Forderung gerecht zu werden, man müsse in Verzweiflung zum Äußersten greifen, man werde die Kriegsanleihen annullieren, die Bankguthaben beschlagnahmen und das Privatvermögen konfiszieren. Ich kann erklären, daß die Reichsregierung in keinem Falle gewillt ist, einen derartigen Gang zu gehen. (Bravo! bei den Demokraten.) Es wäre nicht bloß die schnödeste Rechtsverletzung, sondern es wäre der Untergang des Reichs, wenn wir einen solchen Weg gingen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Wir werden das Recht halten, wie wir überhaupt glauben, daß der größte Fortschritt, den wir in diesem Augenblick machen können, der ist, auf den Boden des Rechtsstaates zurückzukehren in allen Beziehungen. (Lebhafter Beifall.) Also auf den Weg einer **Entrechtung** zugunsten des Reichs **durch Annullierung der Kriegsanleihen, durch Beschlagnahme der Banken und ihrer Depots** treten wir nicht, diesen Weg wollen wir nicht beschreiten.

Einen anderen Weg, den wir beschreiten wollen, werden wir leider nicht mit demjenigen Erfolg beschreiten können, den wir erhofft haben, und das ist der Weg der **Verwertung unserer Heeresbestände.** Meine Damen und Herren, wir hatten Heeresbestände von einem ungeheuren Umfang. Leider kann ich auch in diesem Punkte dem Wunsche des Herrn Grafen Posadowsky nach einer statistischen Aufmachung nicht Folge leisten. Es ist bisher, obgleich wir uns seit Wochen bemüht haben, eine Inventur dieser Bestände aufzunehmen, leider nicht möglich gewesen, diese Inventur mit irgendeinem Erfolg agbzuschließen. Dieses Heeresgerät hat Flügel bekommen, es ist zu einem großen Teile weg (hört! hört! rechts), und während wir geglaubt haben, daraus mindestens einen Betrag von 8 Milliarden zu erlösen und diesen Betrag zur teilweisen Deckung der Kriegsschulden zu verwenden, werden wir froh sein müssen, wenn wir auf 3 Milliarden kommen. (Hört! hört! rechts.) Dieses Heeresmaterial ist gestohlen, geraubt und geplündert in weitem Umfang. (Hört! hört! und lebhafte Zurufe rechts.) Es gibt aber auch keinen, der das verteidigt. Es ist schandbar verfahren worden, und ich muß den schweren Vorwurf erheben, daß so etwas überhaupt möglich gewesen ist. (Zurufe rechts.) — Ich spreche deutlich genug und brauche nicht angefeuert zu werden. — Auch die **Arbeiter- und Soldatenräte,** von denen ich vorhin sagte, daß sie sich zum Teil um die Verwahrung und Rettung dieses Heeresgeräts große Verdienste erworben haben, haben zu einem anderen Teile leider an der Verschleuderung mitgewirkt. (Hört! hört! rechts.) Zum Teil mögen es unlautere Elemente gewesen sein, die dabei mitgeholfen haben, zum Teil war es Unvernunft und Unkenntnis; sie haben das getan, um ihre eigenen Bezüge zu erhalten, sie haben es getan, um die Löhnung zu erhöhen, sie haben es getan, um dieses oder jenes Zweckes willen, von denen sie glaubten, er müsse im Augenblick erfüllt werden; aber sie haben gehandelt ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse; sie sind zum Teil in die Hände von Schiebern und anderen Elementen gekommen und haben uns insoweit unheilbaren Schaden zugefügt. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen also in dieser Beziehung unsere Hoffnung herabstimmen und werden infolgedessen allerdings darauf angewiesen sein, die Deckung für unsere Schulden und die Deckung für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuern vorzunehmen.

Es ist natürlicherweise jetzt nicht Ort und Zeit, Ihnen ein Steuerprogramm zu entwickeln. Bloß drei Gesichtspunkte gestatten Sie mir, weil sie allgemeinerer Natur sind, hier vorzuführen. Ich gedenke, die **Steuergesetzgebung in möglichstem Einvernehmen aller Glieder des Deutschen Reiches** vorzunehmen unter möglichstem Zusammenwirken zwischen Reich und Einzelstaaten. Ich bin der Ansicht, daß, soweit es irgendwie geht und mit den Interessen des Reichs vereinbar ist, es unsere Pflicht ist, alle vermeidbaren Reibereien auch wirklich zu ver-

meiden. Am letzten Ende ist ja auch gar kein Gegensatz zwischen dem Reich und den Einzelstaaten. Es ist ja derselbe Steuerzahler, der dem Reiche und den Einzelstaaten zahlt; es sind bloß die Bedürfnisse verschieden, und wenn ich sage, ich muß auf die Sorgen der hohen Schullasten der Einzelstaaten und der Gemeinden Rücksicht nehmen, wenn ich meine Reichssteuern mache, so sage ich nichts anderes als: ich muß darauf Rücksicht nehmen, daß nicht nur der Reichsbeamte und der Postbeamte, sondern auch der Schullehrer bezahlt werden muß. Ob das durch das Reich oder durch die Einzelstaaten geschieht, ist gleichgültig. (Sehr richtig!) Ich hoffe und bin überzeugt davon, daß auch die Einzelstaaten unter Würdigung ihrer Interessen das drückende Interesse des Reichs in vollem Umfang würdigen, und daß wir zu einem gedeihlichen Zusammenwirken auf diesem Wege kommen werden. Daß dabei die Reichsinteressen nicht zu kurz kommen, das gehört zu den wesentlichsten Aufgaben meines Ressorts, dem ich zu dienen entschlossen bin.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß, wie die Finanzgebarung im allgemeinen, so auch das **Steuerwesen** sich im engsten **Einvernehmen mit dem Wirtschaftsleben** abspielen muß und niemals von den Anforderungen einer lebenskräftigen Wirtschaft absehen kann. In den zahllosen Zuschriften, die ich täglich bekomme, wird dies gewöhnlich so ausgedrückt, daß mir warnend zugerufen wird, *ich möchte die Henne nicht abschlachten, die die goldenen Eier legt.* Meine Damen und Herren, diese Henne wird mir so oft serviert, daß ich sie überhaupt gar nicht mehr vor mir sehen kann (Heiterkeit), was in dieser fleischarmen Zeit doch wirklich bezeichnend ist. (Erneute Heiterkeit.) Nein, ich will sie auch gar nicht abschlachten, ich werde ihr nur einige Federn ausrupfen müssen, das wird sie tragen können. *Die goldenen Eier soll sie legen, sie soll sie bloß nicht alle behalten,* sondern wir werden ihr einen Teil dieser Eier nehmen. (Große Heiterkeit). Ich glaube, auf dieses Kompromiß kann man sich wohl einlassen.

Und dann das Dritte: *Diese* **Steuergesetzgebung** *soll eine* **soziale** *sein*, weil sie *eine gerechte* sein wird; denn die Gerechtigkeit wird die Grundlage dieser Steuergesetzgebung sein. Deshalb ist es ausgeschlossen, daß wir nicht Rücksicht auf diejenigen nehmen, die, wegen Alters oder Schwachheit, wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht mehr erwerbsfähig sind. Die müssen und sollen geschont werden. Ich denke gar nicht daran, diese Existenzen, die jetzt in ihrer übertriebenen Furcht darum bangen, daß sie auf einmal auf die Straße gesetzt werden sollen, die nichts mehr erwerben können, die vielleicht ihr Letztes aus einem arbeitsamen Leben zugesetzt haben, auf die Straße zu setzen. Ich denke nicht daran, ich muß auf sie Rücksicht nehmen (bravo!), und ich glaube, mit dieser kurzen Bemerkung auch dem Herrn Abgeordneten Grafen **v. Posadowsky** geantwortet zu haben, der uns in

der letzten Sitzung doch in recht einseitiger Weise ein Bild von dem vormachte, was wir angeblich zu tun entschlossen seien. Ich weiß nicht, worauf der Herr Graf Posadowsky die Vorstellung gründet, daß wir alles **arbeitslose Kapital** wegsteuern, das heißt konfiszieren wollen. (Abgeordneter Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Amtliche Erklärung!) — Von einem arbeitslosen Kapital ist niemals in einer amtlichen Erklärung die Rede gewesen, sondern es war nur davon die Rede, daß wir den mühelosen Geldgewinn scharf heranziehen wollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist etwas ganz anderes, Herr Graf v. Posadowsky. Und wenn sich der Herr Graf v. Posadowsky so eifrig für das Kapital einsetzte, so hat er dabei bei mir, der ich von dem Segen und der Notwendigkeit des Kapitals in gewissen Grenzen durchaus durchdrungen bin, Verständnis gefunden; aber nun gar nichts von einem Kapital zu reden, das nicht mit Arbeit verknüpft ist, gar nichts von einem Kapital zu reden, das nicht eine wirtschaftlich befruchtende, sondern lediglich eine Betätigung der Verschwendung mit sich bringt, ist doch wohl etwas einseitig. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls steht diese Auffassung des Kapitals, die nur die Lichtseiten des Kapitals sieht, im Widerspruch mit einer Äußerung, die vor einer Reihe von Jahren im Deutschen Reichstag gefallen ist. Damals fiel folgendes scharfe Wort — es war in der Februarsitzung 1906 —:

> Besitz ist keine Tugend (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), Besitz ist meist auch kein Verdienst, Besitz ist nur eine sehr angenehme Tatsache. (Zurufe links.)

Dieses Wort hat der damalige Herr Staatssekretär Graf v. Posadowsky gesprochen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! und Heiterkeit links. — Zuruf rechts.) Ich muß es dem Herrn Grafen v. Posadowsky überlassen, sich mit sich selbst und seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner: Aus dem Zusammenhang!) — Ich kann doch nicht sämtliche Reden des Herrn Grafen v. Posadowsky hier im Zusammenhang vorlesen. (Lebhafte Zurufe rechts.) — Meine Damen und Herren, ich habe wörtlich aus dem Stenogramm zitiert, es ist damals bereits dieses Wort aus dem Stenogramm zum Gegenstand einer Debatte gemacht worden. (Zuruf rechts.)

Meine Damen und Herren, ich müßte, wenn ich vollständig sein wollte, Ihnen natürlich noch eine Reihe von anderen Fragen darlegen, die auf die Beurteilung unserer Finanzverhältnisse Bezug hätten. Ich müßte über die Valutafrage sprechen, über die Kreditfrage, besonders auch gegenüber dem neutralen Ausland. Ich will das nicht tun. Ich bitte bloß noch in einem Punkte Ihnen einige Mitteilungen machen zu dürfen, nämlich über die **umlaufenden Beträge an Papiergeld.** Hier haben sich in der Tat Erscheinungen herausgestellt, die unserer Aufmerksamkeit in hohem Maße würdig sind. Während nämlich der Umlauf der Reichsbanknoten im Juli 1914 noch nicht 2 Milliarden betrug, be-

trägt er am 31. Januar 1919: 23⅓ Milliarden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Reichskassenscheine 1914: 139 Millionen, 1919: 352 Millionen; Darlehnskassenscheine 10 Milliarden; Privatnotenbanken 1914: 115 Millionen, 1919: 218 Millionen. Das bedeutet gegenüber einem Papiergeldumlauf von etwas über 2 Milliarden im Jahre 1914 einen Umlauf von 34 Milliarden 452 Millionen im Jahre 1919; und dazu noch eine weitere Milliarde von dem Notgeld, das die Kommunen auf Veranlassung oder mit Duldung der Reichsbank gedruckt haben! Einen Trost gegenüber dieser Erscheinung bietet vielleicht der Hinblick auf Frankreich, das, obgleich um so viel kleiner als wir, im Januar dieses Jahres ebenfalls einen Umlauf von 32½ Milliarden Franken gehabt hat.

Nun, meine Damen und Herren, müssen wir uns fragen, wenn wir dieses Bild in seinem ganzen Ernste in uns aufgenommen haben: ist es überhaupt möglich, aus einer derartigen **Bedrängnis noch herauszukommen?** Ist es überhaupt möglich, und auf welchem Wege ist es möglich, und wovon hängt es ab, daß wir dieser finanziellen Nöte jemals Herr werden, daß wir die finanziellen Grundlagen wieder gewinnen, die gerade wir brauchen, um auch unser Wirtschaftsleben — beides steht ja in engem, wechselseitigem Zusammenhang miteinander — zur Gesundung zu bringen? Darauf eine endgültige Antwort zu geben, ist natürlich niemand in der Lage.

Von zwei wesentlichen Punkten hängt es ab: einmal von dem Verhalten unserer Feinde uns gegenüber und sodann von unserem eigenen Verhalten. Wenn unsere Feinde sich so verhalten, wie es der Vernunft und ihrem eigenen Vorteil einerseits und wie es andererseits dem Recht und der Sittlichkeit entspricht, so werden wir die Hoffnung nicht aufgeben dürfen, daß wir nach dieser Seite hin auch wiederum die Basis unseres Fortkommens gewinnen; und darauf wollen wir in ruhiger, würdiger Zurückhaltung warten, wie die Entschließungen dort fallen. Wenn sie dort gefallen sind, dann aber kommt das Entscheidende auf uns an, dann gilt es, alle Kräfte anzuspannen, um die Wege zu finden, die uns zur Höhe führen. Dabei handelt es sich nicht bloß um die Kräfte des Geistes, dabei handelt es sich nicht bloß um Steuertechnik, dabei handelt es sich um die feinste Finanzwissenschaft. Das alles aber reicht nicht aus; dazu bedarf es auch hier auf dem Gebiete der Finanzen, wie überall in unserem Volksleben, eines Anderen, eines Höheren: es bedarf einer **sittlichen Erneuerung.** (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir müssen dieses Wort, das nur zu oft leider ein Wort ist, hier ganz konkret in die Tat umsetzen. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wir müssen den Begriff des Eigentums und der Arbeitskraft noch mehr als bisher loslösen von dem Ich und es in

den Dienst der Allgemeinheit stellen. (Lebhaftes Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Wir wollen, daß das, was dem Menschen gehört, gewiß die materielle Grundlage für das höchste Glück der Erdenkinder, für die Entfaltung der Persönlichkeit sein soll. Aber die Persönlichkeit muß mehr vom Staate in sich aufnehmen und ihr Glück erst finden, wenn sie ihre Pflicht gegenüber dem Staate getan hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eigentum, Arbeitskraft und alles, was wir haben, muß bis zu einem gewissen Grade ein Amt sein, das wir zugleich für die Allgemeinheit verwalten. Das gilt für die Hingabe dessen, was das Reich von uns fordert; das gilt auch für die Aufdeckung dessen, was wir haben. Insofern ist Eigentum nicht mehr in dem Umfange Privatsache, wie es das früher gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin entschlossen, was an mir liegt, zu tun, um alle Machtmittel des Staates anzuwenden gegen diejenigen, die sich den Pflichten gegenüber dem Staate und dem Reiche zu entziehen suchen. (Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.) Ich werde den Betrug gegenüber dem Staate nicht milder, sondern strenger zu strafen suchen, als den Betrug gegenüber irgend einem seiner Mitbürger. Aber ich bin mir auch klar, daß hier wie andererseits die Strafe allein nicht helfen kann; hinter der Strafe darf nicht bloß die Macht des Staates stehen. Mit unserer Staatsmacht allein ist es nicht getan; ein geläutertes sittliches Empfinden der Allgemeinheit muß dahinter stehen; das müssen wir haben. Man nennt es ja Hebung der **Steuermoral**, die freilich sehr im argen liegt. Wir müssen noch tiefer graben; wir müssen die Steuermoral hineinstellen in das, was recht und anständig ist und was jeder anständige Mensch bewahren muß. Können wir die Hoffnung hegen, daß diese sittliche Erneuerung auch Platz greifen wird? Meine Damen und Herren, Erscheinungen der letzten Zeit mögen uns wankend machen. Das Rechtsempfinden ist gesunken, das Gefühl für das Notwendige geschwächt, und manchmal können wir verzweifeln, wenn wir an die Ethik unseres Volkes denken. Aber auch hier wollen wir nicht ungerecht sein. Denken wir daran, was unser Volk durchgemacht hat, und gönnen wir ihm eine gewisse Schonzeit, um sich wieder zurecht zu finden. Wenn ein Mensch von großer Höhe in einen Abgrund gefallen ist, dann steht er auch nicht auf und klopft sich den Staub vom Überzieher, als wenn nichts geschehen ist. Dann taumelt er, ehe er wieder geht, dann wälzt er sich erst in Krämpfen. Das gilt auch für unser armes Volk. Es ist ihm so viel genommen worden, es hat so viel Glauben verloren, und es muß sich erst wieder auf sich selbst besinnen. Deshalb wollen wir nicht ungerecht sein. Wir wollen ihm Zeit lassen oder vielmehr, wir müssen anerkennen, daß es eine gewisse Zeit braucht. Aber jetzt ist es höchste Zeit, zu sich selbst zurückzukehren, jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren; jetzt kann jede Frist das Unheil über uns bringen, daß wir zusammen-

brechen, und dann hilft uns nichts, wenn das furchtbare „zu spät" der Geschichte uns entgegenschallt.

Ich glaube an den gesunden Kern unseres Volkes, und ich glaube, daß dieser gesunde Kern sich jetzt wieder durchringen wird. Ich glaube auch an die geschichtliche Sendung des deutschen Volkes, und ich bin überzeugt, daß es das in sich aufnehmen und zur Wahrheit machen wird. Ich glaube an den Beruf dieser von dem gesamten Volke gewählten Nationalversammlung, unserem Volke voranzugehen auf dem Wege des Rechtes, dem Wege, der auch auf finanziellem Gebiete uns zur Wahrheit, zur Sicherheit und Festigkeit führen wird, und ich bin davon durchdrungen, daß mich dieser Glaube nicht täuschen wird. Hätte ich diesen Glauben, diese Überzeugung nicht, — ich hätte nicht das Recht und nicht die Kraft, die Forderungen an Sie zu richten, die ich heute an Sie richte und in noch höherem Maße später an Sie werde richten müssen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Mehrheitsparteien. — Beifallsklatschen auf den Zuhörertribünen.)

Präsident: Ich bemerke, daß sich auch die Galerie an den Beifallsbezeugungen beteiligt. Es ist wohl zweckmäßig, daß ich der Galerie die bezügliche Bestimmung der Geschäftsordnung mitteile:

§ 63.

Wer von der Tribüne Zeichen des Beifalls oder Mißfallens gibt, . . . wird auf der Stelle entfernt. (Heiterkeit.)

So grausam werden wir wohl nicht sein, obgleich uns die Geschäftsordnung das Recht dazu gäbe. Aber ich möchte die Galerie bitten, in Zukunft sich von jeden Beifalls- und Mißfallenskundgebungen zurückzuhalten. Ich weiß, es ist das etwas schwer in diesem Hause. Für die Künstler, die sonst hier auftreten (große Heiterkeit), ist es ein Lebensbedürfnis, Beifall zu bekommen; die Parlamentarier müssen sich begnügen mit der stillen Übereinstimmung des Volkes. Das bitte ich die Galerie, sich zu merken.

An das hohe Haus möchte ich die Bitte richten, sich wieder der alten Übung anzuschließen (lebhafte Zustimmung) und Beifallskundgebungen nicht durch Händeklatschen zu bezeigen. Es ist das ein Rest aus den vielen Wahlversammlungen, die Sie gehalten haben. Da gönne ich Ihnen ja reichlich jede Summe von Beifall, der Ihnen zuteil geworden ist, hier aber nicht. Wir wollen uns auch wieder an die alte Übung halten, und ich möchte Sie herzlich darum bitten, Klatschen zu unterlassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Von dem Herrn **Minister der Finanzen** haben wir heute ganz andere Töne ver-

nommen als früher von den Staatssekretären des Reichsschatzamts. Jahrelang wurde uns gesagt, daß der Krieg ein Jungbrunnen für unser Volk sei, daß das Volk gekräftigt wie aus einem Stahlbad aus dem Kriege hervorgehen werde, und heute war sein Exposé wie ein Brennspiegel, in dem die Frivolität, die Gemeinheit, die Unmoral und der Wahnsinn des Krieges vereinigt waren. Der Herr Minister der Finanzen hat nicht nur der früheren **Finanzpolitik**, sondern der gesamten **Kriegspolitik** das Urteil gesprochen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Hindenburg-Programm nannte er Programm der Verzweiflung. Richtiger kann man es bezeichnen als das Programm einer geradezu verbrecherischen Bankerotteurpolitik (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und alle Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie, haben bis zum letzten Tage, auch nachdem der Charakter des Krieges klar war, auch als niemand mehr zweifeln konnte, daß wir dem Abgrund entgegengingen, Millionen über Millionen denen bewilligt, die jene Politik betrieben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Programmrede freilich einen Trost sich und anderen spenden wollen. Er sagte: wir waren zur Niederlage bestimmt; wir mußten vor der brutalen Wahrheit die Augen verschließen, daß zehn schließlich stärker sind als einer; wir durften an unsere Niederlage nicht glauben, wenn wir sie nicht herbeiführen wollten. Ein merkwürdiger Fatalismus! (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und so unlogisch wie nur denkbar! Wir haben unsere Aufgabe darin gesehen, nicht die Augen zu verschließen, nicht die Wahrheit dem Volke zu verschleiern oder zu unterdrücken. Wenn es einen Weg gab, uns vor der Niederlage zu bewahren, so konnte dies nur dadurch erreicht werden, daß dem deutschen Volke gesagt wurde, wie unsere Lage war, und daß wir vor dem vollen Zusammenbruche noch aus der Sackgasse herauszukommen suchten, in die wir hineingetrieben worden waren. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit welcher Selbstsicherheit und Überhebung hat Herr **Helfferich**, wie Ihnen allen noch im Gedächtnis ist, der Mann, der aus der hohen Finanz herbeigeholt wurde, um unsere Finanzen im Kriege zu sanieren, unsere **Anleihepolitik** als die Quintessenz der Finanzweisheit bezeichnet! Wie hat er gespottet über das englische System und ihm die deutsche Anleihepolitik entgegengehalten, die heute von dem Herrn Minister der Finanzen als schädlich und als fehlerhaft gebrandmarkt worden ist.

Man hat versucht, um über diese unangenehmen Tatsachen hinwegzukommen, auch der **Revolution** einen Teil der Schuld zuzuschreiben. Daß im Wirbel der Revolution auch hier und da Ausgaben

gemacht wurden, die erspart werden konnten, wird kein Verständiger bestreiten. Aber aus welchen Posten setzen sich denn die Ausgaben zusammen? Im wesentlichen sind sie hervorgerufen durch die Demobilisierung, durch die Kosten für den Grenzschutz, durch Kriegskosten, durch die Renten für Hinterbliebene und Beschädigte, durch Unterstützungsbeiträge an die Familien derjenigen, die noch auf Unterstützung Anspruch haben. Alle haben damit gerechnet, daß nach diesem Kriege, wenn die Massen zurückfluten, eine große Arbeitslosigkeit Platz greifen werde, und daß man deswegen für die Erwerbslosenunterstützung große Summen werde einstellen müssen. Diese Summen fallen nicht der Revolution zur Last; sie wären entstanden, ganz gleich, ob wir durch eine Revolution gegangen wären oder nicht. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dazu hat der Herr Finanzminister hervorgehoben, daß man die Gehälter der Beamten wenigstens einigermaßen der Teuerung habe anpassen müssen. Diese Ausgaben waren notwendig, und Sie haben die Ausführungen des Ministers mit ihrem Beifall begleitet.

Alles das, was man in übertriebener, phantastischer, verleumderischer Weise — außerhalb des Hauses — gegen die **Arbeiter- und Soldatenräte** zusammengetragen hat, hat der Herr Minister der Finanzen unter der Wucht der Wahrheit auf ein richtiges Maß zurückzuführen sich bemüht. Er hat anerkannt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich ein Verdienst erworben haben dadurch, daß sie in dieser Zeit die einzige Instanz waren, das Heeresgut zu hüten, und daß sie diese Aufgabe auch erfüllt haben. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben aber auch zum Beispiel dadurch, daß sie die Verwaltung beaufsichtigten, zu vielen Ersparnissen beigetragen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts!) Wollen Sie etwa behaupten, daß die Regierung zu einer Zeit, wo die Arbeiter- und Soldatenräte noch nicht existierten, bei uns spartanisch wirtschaftete? (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) O nein, die Arbeiter- und Soldatenräte haben auch hier ein Verdienst, daß sie an der Zurückschraubung unnützer Verwaltungskosten erfolgreich mitgewirkt haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.) Wenn die Herren sich mit der Verschwendung des Heeresguts beschäftigen wollen, so sollten sie auch vor allen Dingen prüfen, wie die Intendanturbehörden an der Verschwendung beteiligt sind. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und es ist nicht aus den Augen zu lassen, daß doch recht viele Offiziere im Felde und namentlich in der Etappe den Soldaten ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister der Finanzen hat bemerkt, daß einzelne Arbeiter- und Soldatenräte ihrer Aufgabe nicht gewachsen gewesen sind, und hat gerechterweise hervorgehoben, daß in den meisten Fällen die Un-

kenntnis, die Ungeübtheit, der Mangel an praktischer Verwaltungserfahrung daran schuld seien und nicht böser Wille. Die Ausgaben in dem **Zentralrat der Marine** hat er bemängelt. Ich bin nicht in der Lage, in diesem Augenblick bis ins einzelne nachzuprüfen, wie weit seine Kritik berechtigt ist, ich mache nur auf folgendes aufmerksam: der Zentralrat der Marine ist dem Marineamt angegliedert, und wollen wir feststellen, wieviel er nach den üblichen Besoldungen wohl zu beanspruchen hat, so müssen wir zunächst wissen, welches Maß von Tätigkeit die Mitglieder entwickeln und ferner, wie die Beamten honoriert werden, mit denen sie zusammenarbeiten. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Meine Freunde und ich haben stets nach allen Richtungen hin den Grundsatz vertreten, daß wir in der Verwaltung Sparsamkeit üben müssen, jetzt mehr denn je. Der Versuch, die Arbeiter- und Soldatenräte als eine schädliche Einrichtung hinzustellen, ist jedenfalls gescheitert an den Ausführungen des Herrn Ministers der Finanzen selbst. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Soldatenräte werden noch eine große Reihe von Jahren ihre Aufgabe zu erfüllen haben, und die **Arbeiterräte** sind sicher keine vorübergehende Erscheinung. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Täuschen Sie sich darüber nicht! Sie können eine Zeitlang zurückgedrängt werden, sie werden aber immer wieder auftauchen. Diese Erscheinung zeigt sich nicht nur bei uns, sondern auch in den Ländern, die die Revolution nicht durchgemacht haben, so in England, wo die shop stewards eine ganz erhebliche Rolle spielen. Sie werden für die Zukunft bei der Sozialisierung der Betriebe, die zwar nicht durch die Nationalversammlung herbeigeführt wird, die aber im Flusse der Entwicklung kommen muß, eine wichtige ökonomische Funktion zu erfüllen haben, und auch ihre politischen Aufgaben sind, wie bereits an anderer Stelle von uns ausgeführt worden ist, nicht außer acht zu lassen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich will mich auf diese Bemerkungen beschränken, weil ich sonst für die beiden großen Programmreden des Herrn Ministerpräsidenten und des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen nicht die genügende Zeit hätte.

Das **Programm**, das der Herr **Ministerpräsident** verlas, war jedenfalls für die bürgerlichen Parteien nicht sehr aufregend.

Das Zentrum konnte gewiß damit zufrieden sein und ist es; sieht es doch alte Bekannte wieder, die früher auf seinen eigenen Parteitagen eine Rolle gespielt haben. Das wenige, was neu ist, würde das Zentrum bei seiner Anpassungsfähigkeit an veränderte gesellschaftliche Zustände sehr gut auch von selbst in sein Programm aufgenommen haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Deutsche Demokratische Partei findet von ihrem Standpunkt an diesem Programm nichts auszusetzen. Nirgends widerstreitet es

den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Was diesem Programm fehlt, das ist auch der kleinste Tropfen sozialistischen Öles. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete **Keil** hat gestern versucht, einige wesentliche Neuerungen zu entdecken. Dieser Versuch ist aber verunglückt. Er wies auf die Bestimmungen über das **Koalitionsrecht** hin, das insbesondere auch für die Beamten sichergestellt werden soll. Dabei hat er übersehen, daß bereits seit dem 13. November ein Gesetz in Kraft ist, das den Beamten, den Staatsarbeitern, den Landarbeitern das volle Koalitionsrecht gewährleistet.

Einen großen Fortschritt entdeckte er in der Bestimmung über die **Sozialisierung.** Er hob hervor, daß die dafür reifen Betriebe auf Staat, Reich und Gemeinde übergeführt werden müssen. Dabei ist es ihm entgangen, daß in dem Programm statt der Überführung an jene öffentlichen Körperschaften auch ausdrücklich die gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung vorbehalten ist, und die Kapitalisten werden schon dafür sorgen, daß diese Form des Betriebes eingeführt wird, und daß das Kapital nicht zu kurz dabei kommt. (Zuruf.) — Nein, Herr Keil, dabei werden wir nicht helfen, sondern werden jene Bestrebungen auf das entschiedenste bekämpfen, da, wie Ihnen bekannt ist, wir die konsequentesten und grundsatztreuen Verfechter des Sozialisierungsgedankens sind. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Keil hat in guter Laune gemeint, daß er — um mich höflich auszudrücken — dem **Zentrum** im Nacken sei, ohne daß das Zentrum das merke. Nun, da hat er doch wohl die Wachsamkeit und den Scharfsinn des Zentrums unterschätzt. (Heiterkeit im Zentrum.) Bis jetzt ist nur klar geworden, daß das Zentrum ihn und seine Freunde in der Gewalt hat. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der von ihm und seinen Freunden vorgeschlagene Präsident, Dr. David, hat einem Zentrumsmann den Platz räumen müssen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Präsident Fehrenbach versinnbildlicht und soll nach dem Wunsche der bürgerlichen Parteien versinnbildlichen die Kontinuität mit dem gesetzlichen Zustand vor der Revolution. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er soll den Faden, der am 9. November abgerissen wurde, wieder anspinnen. Der Herr Abgeordnete **Gröber** hat als Führer des Zentrums seinem Abscheu vor der **Revolution** mit erfrischender Deutlichkeit Ausdruck gegeben. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Er führte aus, sie sei nicht notwendig gewesen, sie habe dem Volke kein Glück gebracht, sie habe die schöne demokratische Entwicklung des Oktober unterbrochen und geschädigt. Wäre die Revolution nicht notwendig gewesen, so wäre sie

nicht ausgebrochen. (Widerspruch und Lachen rechts und im Zentrum.) Künstlich kann man keine Revolution machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts und im Zentrum.) Die Zustände waren vielmehr überreif für eine Umwälzung politischer, wirtschaftlicher, sozialer Natur. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts und im Zentrum.) Die objektiven Bedingungen für die Revolution haben diejenigen geschaffen, welche den Krieg inszeniert und die Kriegspolitik des alten Regimes jahraus, jahrein unterstützt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts und im Zentrum.) Ich begreife es ja wohl, daß das Zentrum sich sehr gern mit dem dünnen Aufguß von Demokratie begnügt hätte, den Herr Prinz Max von Baden, vielleicht auch schon Herr v. Hertling zu servieren bereit waren. Aber ohne die Revolution säßen keine Frauen in einem deutschen Parlament. (Lebhafter Widerspruch rechts und im Zentrum. — Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ohne die Revolution wäre in Preußen das Herrenhaus verstärkt (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und der Volkswille gelähmt worden. Ohne die Revolution bestünde noch die Gesindeordnung, bestünden noch die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Das soll nun nicht etwa bedeuten, daß wir durch die Revolution schon gewaltig vorwärts gekommen wären. Die Revolution hat nicht gehalten, was sie versprochen hat (hört, hört! rechts und im Zentrum); sie ist in ein bürgerliches Fahrwasser ausgelaufen, (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und eine Errungenschaft nach der andern droht darin zu versinken. Herr Gröber hat völlig recht: Wir haben **keine sozialistische Republik** mehr. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn wir diese Tatsache nicht ehrlich eingestehen wollten. Bürgerliche Zeitungen verkünden triumphierend und mit großen Lettern das Ende der Revolution.

Geehrte Gesellschaft! (Große Heiterkeit.) — Sie sind eine Gesellschaft, ist doch jede Versammlung eine Gesellschaft. (Erneute große Heiterkeit.) Geehrte Versammlung! Es ist eine naive Geschichtsauffassung, daß eine revolutionäre Bewegung durch ein Dekret zum Stillstand gebracht werden könne. Die Erschütterung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, die Arbeitslosigkeit, die Zerrüttung unserer Finanzen, von der uns ja ein erschreckendes Bild vorher entrollt worden ist, stellen uns vor Probleme, die schwere Kämpfe heraufbeschwören müssen. In welchen Formen diese Kämpfe verlaufen werden, das hängt allerdings von der Politik ab, die Sie treiben werden. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Als wir in dem alten Reichstag auf die Sturmzeichen der nahen Revolution hinwiesen, als ich Ihnen in der letzten Sitzung des Reichstags das Wort von Friedrich Engels vorführte, daß der nächste Krieg ein Weltkrieg sein würde, daß

in diesem Kriege 10 bis 12 Millionen Soldaten einander gegenüberstehen würden, die die Länder kahl fressen würden wie niemals Heuschrecken zuvor, daß die Kronen von den gekrönten Häuptern herunterfallen würden auf das Straßenpflaster und daß sich niemand finden würde, der sie aufheben würde, da glaubten Sie nicht daran. Auch die Freunde des Herrn Keil können nicht an die Revolution geglaubt haben, da sie doch stets bis zum letzten Tage vor einer revolutionären Bewegung warnten. (Zuruf von der Sozialdemokratie: Sehr mit Recht!) Ja, man braucht nur das Reichsgesetzblatt aufzuschlagen; da findet sich ein Erlaß des Reichskanzlers Ebert vom 9. November, in dem er auffordert, die Straße zu verlassen. An demselben Tage wurde er durch die Straße zur revolutionären Macht gebracht. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Politik, die jetzt gemacht wird, hat keinen vielversprechenden Anfang. Der Ministerpräsident erklärt freilich, es sei der Beruf der Regierung, die aus der Revolution geboren sei, das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren und zum dauernden Besitz des ganzen deutschen Volkes zu machen. Herrn Gröbers Ausführungen, die ich bereits erwähnte, gegen die Revolution haben gelehrt, daß diese Worte hohl und ohne Inhalt sind. Das Zentrum hat im Wahlkampf sich vielfach mit den reaktionären Parteien verbündet, hat die Konservativen unterstützt. Wie kann denn jemand erwarten, daß das Zentrum sich für tiefer greifende Forderungen einsetzen wird?

Und der zweite Bundesgenosse der Mehrheitssozialisten in der Regierung, die demokratische Partei! Im Wahlkampfe haben gerade die Mehrheitssozialisten in Flugblättern dieser Partei den Vorwurf gemacht, daß sie eine Schutztruppe des Kapitals sei (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Zurufe links), und jetzt sollen die Vertreter des Handels-, Industrie- und Finanzkapitals antikapitalistische, sozialistische Politik machen? Die Illusionen, die vielleicht hier und da noch bestehen, werden bald grausam zerstört werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Ich glaube schon, Herr Keil, daß Sie sich auch dann noch in Illusionen wiegen werden. Eine starke Erregung wird die unausbleibliche Wirkung sein. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie werden so viel machen, wie sie machen müssen!) — Das ist allerdings ein wahres Wort, nur *dieses Muß, das Gesetz und die Norm des politischen Handelns* werden den Herren nicht von Ihnen vorgeschrieben werden, sondern von ihnen selbst. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie sieht denn das Programm aus? *Auf* **finanzpolitischem Gebiete** *geht es einen Schritt zurück.* Die Massen fordern, daß die **Kriegsgewinne,** soweit es sich nicht um kleine Beträge

handelt, voll weggesteuert werden. An der Not und dem fürchterlichen Elend des Volkes soll sich niemand bereichern. Es soll auch jetzt noch durch finanzpolitische Maßnahmen dem ganzen Volke die Erkenntnis eingehämmert werden, daß der Krieg keine Konjunktur sein durfte. In dem ursprünglichen Finanzprogramm, das der Minister der Finanzen veröffentlicht hat, sollten Kriegsgewinne etwa bis zu 200 000 Mark in steigendem Maße besteuert und der über 200 000 Mark hinausgehende Betrag voll der Staatskasse zugeführt werden. Im Regierungsprogramm wird nur eine verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne gefordert. Das kann auch eine Kriegssteuervorlage im alten Sinne bedeuten.

Bei der Gelegenheit möchte ich an die Regierung eine Anfrage richten. In der Presse ist gestern die Nachricht veröffentlicht worden, daß die **Daimler-Gesellschaft** ebenso wie eine Reihe anderer Kriegsgesellschaften eine Millionenentschädigung in bar erhalten haben, und zwar „für die ihnen infolge des Kriegsendes entgangenen weiteren Gewinne“. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Bei der Daimler-Gesellschaft soll die bisher geleistete Zahlung 34 Millionen Mark betragen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn wir auch an vieles gewöhnt sind, so möchte ich doch diese Zeitungsmeldung nicht für richtig halten. Sollte aber etwas daran wahr sein, so wäre sie allerdings die beste Illustration zu den Bemühungen, den Arbeiter- und Soldatenräten nachzurechnen, ob sie nicht einige Mark oder einige hundert oder tausend Mark zuviel bekommen haben für ihre Tätigkeit. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In dem Programm der Regierung ist eine **Reichseinkommensteuer** nicht gefordert. Sie scheint in der Versenkung verschwinden zu sollen. **Eisenbahnwesen** und **Binnenwasserstraßen** müßten nach der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir genommen haben, und vom Standpunkt des einheitlichen Reichs aus zur Reichssache gemacht werden. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das sagen Sie Eisner!) — Ich sage es allen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist das Hindernis!) — Das Hindernis wäre zu überwinden, wenn die anderen nur zusammenhalten. Sie richten sich ja sonst nicht immer nach Eisner. Weshalb nun gerade in dieser Frage, in der es Ihnen einmal paßt?

Im Programm wird lediglich gefordert, daß das Reichsinteresse gewahrt werden soll. Jene wichtigen Gegenstände bleiben also Sache der Einzelstaaten. Vor den Frauen wird im Programm eine höfliche Verbeugung gemacht. Es wird aber nicht etwa eine Gleichberechtigung auf allen Gebieten der öffentlichen Tätigkeit für die Frauen gefordert. Für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wird eine ausreichende Versorgung zugesagt. Wir betonen an dieser Stelle noch einmal, daß die Versorgung reichlich sein muß, nach den vielen Versprechungen, die

den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gemacht worden sind, unter Berücksichtigung der großen Teuerung. Wir vermissen in dem Programm viel. Es ist keine Rede von einer Reform der Strafprozeßordnung, von einer Reform des veralteten Strafgesetzbuchs, von einer Umgestaltung des Gerichtsverfassungsgesetzes. Nicht einmal ist in Aussicht genommen, daß die Schöffen- und Schwurgerichte aus Klasseninstitutionen zu Institutionen des ganzen Volkes gemacht werden, daß sie zusammengesetzt werden auf Grund desjenigen Wahlrechts, das nunmehr für alle öffentlichen Körperschaften des Deutschen Reichs eingeführt ist. (Zuruf.) — Nein, glauben Sie, Herr Katzenstein, daß die konstituierende Versammlung etwa das Programm, das der Herr Ministerpräsident Scheidemann vorgelesen hat, durchführen wird? Es ist schon von einem Redner darauf hingewiesen, es wird noch lange dauern, bis das alles Gesetz wird.

Wenn sie aber einmal ein Zukunftsprogramm aufstellt, durfte das, was die Massen erwarten, nicht darin fehlen, und wollen Sie eine aktuelle Frage haben, die in dem Programm hätte stehen müssen, so wäre das die Frage der **Amnestie** für diejenigen, die jetzt abgeurteilt werden, weil sie selbst nach dem Zugeständnis des Herrn Ministerpräsidenten nicht in verbrecherischer Absicht, sondern im Übereifer revolutionärer Leidenschaft gegen die Strafgesetze verfehlt haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das erwarten die Massen von einer neuen Regierung und namentlich von einer Regierung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts von Männern und Frauen auch der Nationalversammlung gewählt worden ist. (Zuruf: Sorgen Sie, daß die Kämpfe eingestellt werden; dann kommen die Anordnungen!) — In Berlin haben Sie jetzt keine Kämpfe, und ich werde sogleich sagen, durch wen die Kämpfe vielfach frivol provoziert werden. (Zuruf: Das wissen wir schon! — Heiterkeit.) — Ich kenne diese Stimmung. Sie haben aber mit ihrer Stimmung im Kriege nicht recht behalten und werden bald einsehen, daß Sie auch jetzt die Lage unrichtig beurteilen.

Sie werden in nächster Zukunft die Unzufriedenheit nicht in Zufriedenheit verwandeln, und die Empörung des Proletariats wird gesteigert durch die **Gewaltpolitik der Regierung.** Die Regierung spielt sich gern als die Hüterin der Gesetze auf. Ich sage Ihnen: niemals sind in Berlin so die Gesetze mißachtet worden wie in dem letzten Monat. (Lebhafte Zurufe: Von den Unabhängigen, von den Spartakisten!) Eine Regierung, die sich darauf beruft, daß sie die Gesetze beachte, darf nicht zugleich nach Willkür schalten (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Rufe von den Deutschen Demokraten: Also sind Sie gegen die Revolution!) — Ich spreche von der Regierung, die sich als Hüterin der Gesetzlichkeit aufspielt. Diese selbe Regierung hat die Bestimmungen über den Schutz

des Hausrechts, über die Freiheit der Person, über die persönliche Sicherheit einfach aus der Welt geschafft, ohne zu diesem Zweck ein Gesetz einzuführen. Ihnen muß doch bekannt sein, daß Hunderte von Personen ohne jeden Grund verhaftet worden sind, und ohne daß sich die Verhaftenden dabei auf einen Rechtsboden stellen konnten. Die Verhaftungen erfolgten nicht auf polizeiliche Anordnung, nicht auf richterlichen Befehl, sondern Soldaten nahmen sie vor, Soldaten, die von ihren Vorgesetzten aus den Freiwilligenkorps gesandt wurden. Die Verhafteten wurden nicht dem Richter vorgeführt, sie wurden tagelang festgehalten, ohne richterliches Verhör, im Keller eingesperrt. (Rufe rechts und links: Düsseldorf! Braunschweig!) — Wollen Sie denn dasjenige, was etwa jemand aus dem Volke tut, in Vergleich setzen mit der Tätigkeit einer Regierung und der Tätigkeit von Behörden? (Unruhe und Zurufe.) Behörden sind nicht befugt, Unrecht zu üben, wenn einzelne der Volksgenossen sich gegen die Gesetze vergehen. (Erneute Zurufe links und rechts.) Ich kann mir ja denken, daß Ihnen diese Dinge sehr unangenehm sind. (Lachen links und rechts.) Sie werden sie aber anhören müssen. Die Verhafteten sind oft mit Erschießen bedroht, ihre Wohnungen sind vielfach ausgeraubt worden. (Lachen bei den Deutschen Demokraten.) Wenn Sie das nicht ohne weiteres als richtig annehmen, so brauchen Sie nur bei den Staatsanwälten in Berlin Nachfrage halten. Denn so weit ist es in Berlin im letzten Monate gekommen, daß die Bürger sich an den Staatsanwalt um Schutz wenden müssen (Rufe: Gegen Spartakisten!) und diesen Schutz, wie ich hervorhebe, gegenüber den Willkürmaßregeln der Soldateska öfters genossen haben.

Wie weit wir gekommen sind, das beweist der **Schießerlaß des Herrn Noske.** (Rufe: Aha! Endlich! — Heiterkeit.) Dieser Erlaß ist vom 20. Januar datiert und im Korpsverordnungsblatt veröffentlicht.[8]) In diesem Erlaß spukt der Geist der Kabinettsorder von

[8]) Diese in Nr. 21 des Korpsverordnungsblattes vom 27. Januar 1919 („Freiheit" Nr. 84 vom 31. Januar 1919) veröffentlichte Bekanntmachung lautet:

Waffengebrauch.

Der Oberbefehlshaber der regierungstreuen Truppen in und bei Berlin, Noske, befiehlt:

1. Dem zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit auftretenden Militär ist auf Wachen und Posten, bei Patrouillen, Transporten und allen anderen Kommandos der Gebrauch der Waffen aus eigenem Rechte zu jeder Zeit gestattet:

a) wenn es bei einer dieser Dienstleistungen angegriffen oder mit einem Angriffe gefährlich bedroht wird, oder durch Tätlichkeit oder gefährliche Drohung Widerstand findet, um den Angriff abzuwehren und den Widerstand zu bewältigen;

1820, den nicht nur wir, sondern alle Parteien des Hauses früher längst für vermodert hielten. Herr Gröber, der tapfere Vorkämpfer für die persönliche Freiheit, hat sich wiederholt im Reichstage gegen solche Bestimmungen aufgelehnt, wie sie in diesem Erlaß wieder aufleben. Er hat sich am 24. November 1892 im Reichstage insbesondere dagegen gewendet, daß Posten das Recht haben sollen, auf Fliehende zu schießen, lediglich zur Vereitelung der Flucht. Er hat darauf hingewiesen, daß in Preußen nicht einmal Forst- und Jagdbeamte dieses Recht haben, und daß man es noch weniger einem blutjungen Soldaten einräumen dürfe, der dabei die Gewalt über Menschenleben bekomme. In ähnlichem Sinne haben sich die Führer der anderen Parteien ausgesprochen, von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen. Herr Dr. Hartmann sagte: „Die Bestimmung, daß auf Fliehende geschossen werden darf, ragt aus alter Zeit in unsere Zeit hinein, paßt aber nicht in dieselbe.“ In dem Noskeschen Erlaß heißt es: daß das Militär auf Wachen und Posten, bei Patrouillen und Transporten und allen anderen Kommandos von der Waffe Gebrauch machen darf, wenn das Militär bei einer solchen Dienstleistung zu Ablegung der Waffen oder anderer zum Angriff oder Widerstand geeigneter oder sonst gefährlicher Werkzeuge aufgefordert hat und dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet wird. (Sehr richtig!)

---

b) wenn das Militär bei einer solchen Dienstleistung zur Ablegung der Waffen oder anderer zum Angriff oder Widerstand geeigneter oder sonst gefährlicher Werkzeuge auffordert und dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet wird, oder die abgelegten Waffen oder Werkzeuge wieder aufgenommen werden, um den ihm schuldigen Gehorsam zu erzwingen;

c) wenn bei förmlichen Verhaftungen, sowie bei vorläufigen Ergreifungen und Festnahmen der bereits Verhafteten oder Festgenommenen oder ein dem Militär zur Abführung oder Bewachung anvertrauter Gefangener entspringt oder auch nur einen Versuch dazu macht;

d) zum Schutze der seiner Bewachung anvertrauten Personen oder Sachen.

Das Militär hat von seinen Waffen nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Erreichung der vorstehend angegebenen Zwecke erforderlich ist. Der Gebrauch der Schußwaffe tritt nur dann ein, wenn entweder ein besonderer Befehl dazu erteilt worden ist oder wenn die anderen Waffen unzureichend erscheinen. Niemals kann der Soldat eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Pflicht finden, wenn er nicht in den oben bezeichneten Fällen zur Erreichung der dort angegebenen Zwecke den gesetzlich bestimmten Gebrauch von seinen Waffen rechtzeitig und vollständig gemacht hat.

2. Das Militär ist ferner zum Waffengebrauch befugt und verpflichtet, soweit er erforderlich ist zur Beseitigung einer Störung seiner dienstlichen Tätigkeit, oder um einen Angriff auf Militär oder militärisches Eigentum abzuwehren.

3. Zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze ist das Militär auch ohne Aufforderung der Zivilbehörde selbstverständlich ein-

Es heißt weiter darin, daß das **Recht zum Schießen** gegeben wird, wenn bei förmlichen Verhaftungen sowie bei vorläufigen Ergreifungen und Festnahmen der bereits Verhaftete oder Festgenommene oder ein dem Militär zur Abführung oder Überwachung anvertrauter Gefangener entspringt oder auch nur einen Versuch dazu macht. (Sehr richtig!) Gegen diese Bestimmung haben sich früher alle Parteien aufgelehnt. Ich verweise auf die Verhandlungen des Reichstags vom 22. März 1905, vom 23. Januar 1914.

Ja, es ist wieder die Bestimmung eingeführt worden, daß diejenigen Soldaten, die nicht dem Schießerlaß folgen, obwohl das zur Erreichung seines Zweckes erforderlich ist, damit ihre Pflicht verletzen; und es ist weiter die Vorschrift in diesen Erlaß aufgenommen,

> daß zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze das Militär auch ohne Aufforderung der Zivilbehörde selbständig einzuschreiten befugt und verpflichtet ist, wenn in Fällen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Aufforderung zu erlassen. Über den Zeitpunkt des Einschreitens und den Waffengebrauch hat der Militärbefehlshaber nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden.

Auch diese Vorschrift wurde nicht nur von der Sozialdemokratie einstimmig, sondern auch von den anderen Parteien angegriffen. Herr

---

zuschreiten befugt und verpflichtet, wenn in Fällen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Aufforderung zu erlassen. Ueber den Zeitpunkt des Einschreitens und den Waffengebrauch hat der Militärbefehlshaber nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden.

Handelt es sich um die Zerstreuung von Ansammlungen, Aufläufen und Umzügen, so hat der Militärbefehlshaber die Versammelten dreimal unter Androhung des Waffengebrauchs zum Auseinandergehen aufzufordern, bevor er den Gebrauch der Waffe befiehlt. Nur wenn das Militär während der Aufforderung zum Auseinandergehen selbst tätlich angegriffen wird, so ist sofort einzuschreiten.

Festnahme und Durchsuchung.

1. Verhaftungen sind nur auf Grund eines gerichtlichen Haftbefehls zuläßig:

Im übrigen kann auch eine vorläufige Festnahme erfolgen, und zwar:

a) wenn eine Person bei Verübung eines Verbrechens oder Vergehens auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird und sie der Flucht verdächtigt ist oder ihre Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann;

b) auf Ersuchen von Behörden. Hierzu sind auch die mit Feldjustizbeamten ausgestatteten Kommandos der Freiwilligenkorps zu rechnen.

Verhaftete und vorläurig Festgenommene sind, sofern es sich um Militärpersonen handelt, sofort an die nächste Militärbehörde, Zivilpersonen an die nächste Polizeibehörde abzuliefern.

2. Durchsuchungen von Häusern, Wohnungen usw. nach Waffen haben nur mit bestimmtem Auftrage der Freiwilligenkorps zu erfolgen. Gleichen Ersuchen von Polizei- oder Gerichtsbehörden ist nachzukommen.

Schulz (Erfurt) hat in der letzten Reichstagssitzung, die ich erwähnte, über diese Bestimmung gesagt: Es handelt sich um die Auslieferung der bürgerlichen Freiheit an die Militärgewalt und um die restlose Unterwerfung der Zivilgewalt unter die Kommandogewalt. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber dieser Erlaß geht noch weiter; er ordnet im Handumdrehen an, daß für die **Ergreifung** und für die **vorläufige Festnahme** nicht die Strafprozeßordnung allein maßgebend ist. Sondern zur vorläufigen Festnahme soll in Zukunft auch befugt sein eine Militärperson auf Ersuchen von Behörden schlankweg, und zu diesen Behörden werden auch gerechnet „die mit Feldjustizbeamten ausgestatteten Kommandos der Freiwilligenkorps". (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dazu hat kein Kriegsminister das Recht. Die Regierung konnte — dazu war sie kraft des revolutionären Rechts befugt — den Belagerungszustand einführen. Sie konnte auch andere Ausnahmegesetze erlassen. Aber solange das nicht geschah, verließ der Oberbefehlshaber Herr Noske den gesetzlichen Boden und räumte willkürliche Macht den Behörden ein, die dieses Vertrauen auch nicht entfernt verdienen, die gezeigt haben, daß man ihnen mit dem größten Mißtrauen entgegentreten muß.

Es sind Kinder verhaftet worden, ohne daß die Möglichkeit bestand, sie frei zu bekommen von der Militärbehörde. Zuletzt noch wieder ein 14 jähriger Junge, der gar nichts getan hatte, nur weil man seinen Vater suchte und den Vater zu Hause nicht fand; es ist der kleine Sohn von Liebknecht, der zur Schule geht, zu Hause mit seiner Mutter verhaftet worden, die unpolitisch ist. Es ist Herr Kautsky, der bekannte Theoretiker, der theoretische Gegner der russischen Bolschewisten, verhaftet worden, weil man in der Wohnung der Rosa Luxemburg ein Bankbuch aus dem Jahre 1907 gefunden hatte, aus dem hervorging, daß Herr Kautsky damals, als Rosa Luxemburg nach ihrer Heimat reiste, für sie Geld aufbewahrt hat. Man hat in der Nacht den früheren Reichstagsabgeordneten Herrn Ledebour aus seiner Wohnung herausgerissen und seiner Frau nicht einmal gesagt, wohin man ihn schleppt. (Pfui! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Mit Mühe hat die Frau erfahren, wohin er gekommen ist, er ist festgehalten und nicht dem Richter zugeführt worden; später erst ist ein richterliches Verfahren anhängig gemacht worden. Man hat den Redakteur Meyer ebenfalls in der Nacht aus seinem Bett gerissen und verschleppt, ohne daß seine Frau Kenntnis bekam, wohin ihr Mann komme. Er wurde längere Zeit nicht vor den Richter geführt. Als dies schließlich geschah, wurde er entlassen.

Und soll ich Ihnen hier vor Augen führen, wie man mit den wehrlosen Gefangenen **Liebknecht** und Frau **Luxemburg** umgegangen ist? (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten. — Große Unruhe bei den

Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich habe ein solches Maß von Gefühlsroheit in der Nationalversammlung nicht erwartet. (Große Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich bitte um Ruhe!

Haase (Berlin), Abgeordneter: Die Verhaftung dieser beiden geschah ungesetzlich durch eine Bürgerwehr; sie wurden gegen das Gesetz nicht dem Richter vorgeführt, sondern der Militärbehörde im Edenhotel, und dann wissen Sie ja, in wie scheußlicher Weise sie ums Leben gebracht worden sind. Jetzt gibt die Behörde selbst bekannt, daß ein Soldat, nicht das Publikum — Publikum stand nicht dabei — mit einem Gewehrkolben auf die wehrlosen Gefangenen losgeschlagen hat, daß die kleine zarte Frau mit verschiedenen Gewehrkolben zu Boden geschlagen worden ist; und die Offiziere, die sonst in jenen Tagen in Berlin sofort mit der Waffe in der Hand waren, haben nichts getan, um diesen rohen Patron festzunehmen, so daß es erst später möglich geworden ist, ihn zu ermitteln. Und dann hat man Liebknecht nicht auf geradem Wege in das Gefängnis gebracht, sondern auf Umwegen an eine dunkle Stelle des Tiergartens, und dort ist er von Offizieren erschossen worden. Die Leiche von Rosa Luxemburg, die man weggeschafft hat, ist bis heute nicht gefunden.

Da sage ich folgendes. Gewiß, es gibt niemand, der auf den wahnwitzigen Gedanken kommt, daß die Regierung diese Taten, die Beseitigung dieser Menschen gewollt hat; nein. Aber sie ist politisch und moralisch dafür verantwortlich. (Große Unruhe.) Denn sie rief diese Behörden und räumte ihnen diese Macht ein. Ja, die Schuld ist noch größer. Sie hat, als sie in den nächsten Tagen erfuhr, mit wem sie es zu tun hatte, diese Institutionen und Personen nicht beseitigt, sondern hat ihnen ihre Macht gelassen. So sind nach der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs in feiger und heimtückischer Art vier wehrlose **Gefangene aus Spandau**, die die Militärbehörde dem Tode geweiht hatte, während einer Automobilfahrt, als sie von zehn Soldaten bewacht wurden, von diesen niedergeschossen worden. Als die vier anderen, die mit ihnen zusammen festgesetzt waren, vernommen wurden, stellte sich heraus, daß man den sämtlichen acht auch nichts das geringste vorwerfen konnte. Und die Behörden, die diese Taten auf dem Gewissen haben, läßt man noch gewähren!

Die Stimmung, die zum Entsetzen der zivilisierten Welt sich in diesem Hause bei Erwähnung dieser scheußlichen Vorfälle äußert (große Heiterkeit) — Ihr Lachen zeigt, wie weit Sie entfernt sind von jenen Gemütsregungen, die der zivilisierte Mensch hat —, ist glücklicherweise nicht die allgemeine; denn eine Reihe von Männern und Frauen, die nicht zu unserer Partei gehören, haben sich in den letzten Tagen zu-

sammengetan, um die Gesetze der Anständigkeit und der Moral wiederum zur Geltung zu bringen und der Gewalt ein Ende zu machen.

Sie haben einen **Aufruf** erlassen zur Aufklärung der Schandtaten. Ich nenne nur einige der Unterzeichner des Aufrufs: Professor Blaschko, Frau Minna Cauer, Dr. Adolf Grabowski, Maximilian Harden, Käthe Kollwitz, Annemarie Nathusius, Professor Raden, Dr. Walther Rathenau. In diesem Aufruf, der jeden Menschen packen muß, der noch ein Gefühl für Menschlichkeit hat, der in diesen letzten Jahren nicht ganz und gar eingesponnen ist in das Denken und Fühlen der Gewaltpolitik, heißt es:

> Hier muß strengstes und unparteiisches Gericht gefordert werden gegenüber den Missetätern. Nur absolute Offenheit kann verhindern, daß Liebknechts Tod eine ähnliche Katastrophe für Deutschland wird, wie es seiner Zeit die „Lusitania"-Versenkung wurde —

die ja auch unter dem lauten Beifall des ganzen Volkes erfolgte. Die damaligen Beifallsschreier sind inzwischen verstummt (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und viele, die jetzt lachen, werden auch bald verstummen.

Es heißt an anderer Stelle dieses Aufrufs:

> Man wende uns nicht ein, auch Spartakus habe Schlimmes getan: denn selbst der gemeinste Verbrecher darf nicht der Willkür ausgeliefert sein, sondern steht unter dem Schutze des Gesetzes. (Sehr richtig! links.) Liebknecht aber und Rosa Luxemburg waren keine gemeinen Verbrecher. Das öffentlich zu sagen, hat, so viel wir wissen, nicht ein einziger Mensch gewagt. Geschieht aber etwas Ungesetzliches, wenn auch nicht im Auftrag oder mit Wissen der Regierung, sondern auch nur unter schweigender Duldung der Regierung, so werden dadurch die Grundlagen jeglichen sozialen Zusammenlebens untergraben.

Zum Schluß heißt es:

> Das Verbrechen der Ermordung politischer Gegner, wie wir es in diesen Tagen erlebten, beleuchtet scheinwerfergleich die Lage, in der wir uns befinden, daß jeder Schritt weiter auf diesem Gebiete uns dem Abgrund zuführt. (Sehr richtig! links.)

Heute ist es in der Tat so weit gekommen, daß auch, wenn der Regierung Verhandlungen angeboten werden, wenn sich die Arbeiter bemühen, das Blutvergießen zu vermindern, die Regierung dennoch den Weg der Gewalt beschreitet. Wenn Soldatenräte Beschlüsse fassen, die sich gegen das heutige System richten, so werden sie, auch ohne daß sie irgendwie zur Tat geschritten sind, schon mit militärischen Strafgerichten bedroht. Bei dem Oberbefehlshaber, dem jetzigen Minister für das Heerwesen, ist das Ichbewußtsein in maßloser Weise gesteigert, seine Erlasse sind ganz und gar in dem Tone des früheren Kaisers Wilhelm II. gehalten. (Heiterkeit.) Aber wie das Regime Wilhelms II. zusammengebrochen ist, so wird es auch diese Gewaltpolitik.

Es wird so viel von den **bolschewistischen Methoden** gesprochen. Unter dem Bolschewismus kann verschiedenes verstanden werden: das System der Sozialisierung, die Taktik, die zu diesem Zwecke angewendet wird, die Behandlung politischer Gegner. In letzterer Hinsicht beklagt man sich über Gewaltanwendung. (Sehr richtig!) Wenn man aber in diesem Sinne von bolschewistischen Methoden sprechen will, dann, glaube ich, trifft dieses Wort ganz und gar auf die Politik zu, die die deutsche Regierung im letzten Monat getrieben hat. (Heiterkeit links.)

Es war unter dem Sozialistengesetz schlimm. Wer Sozialdemokrat war, wurde verfolgt. Die Sozialdemokraten galten als die bekannten Bassermannschen Gestalten, und heute wird dieselbe Hetze gegen jeden betrieben, der dem Spartakusbund angehört, der sich zur kommunistischen Partei zählt. Als Gegner dieses Bundes, als Gegner der kommunistischen Partei erkläre ich, daß die Hetze, die draußen im Volke getrieben wird, nicht nur widerwärtig, sondern gemein und niedrig ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Demokraten und Sozialdemokraten.) — Der Rohling, der einen anderen niederschlägt, fängt gewiß mit Gewalt an, Herr Keil (Zuruf von den Sozialdemokraten); aber der Richter darf den Verhafteten nicht auch mit der Keule niederschlagen. Das wäre eine Verwilderung des Rechts. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich schon am 11. Dezember im Geisteskampfe mit Rosa Luxemburg und Liebknecht auseinandergesetzt: wir haben die Grenzlinie scharf gezogen. (Heiterkeit und Zurufe von den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.) Die Gegensätze sind klar zum Ausdruck gebracht worden. Aber gerade deswegen fühle ich mich verpflichtet, dieses gemeine und widerwärtige Treiben zu brandmarken, das jetzt draußen im Lande an der Tagesordnung ist. (Zurufe von den Deutschen Demokraten: Eichhorn! Bremen! Hamburg!)

Geehrte Versammlung! Sie werden mich durch Zwischenrufe nicht aus dem Konzept bringen. Auf diese Zwischenrufe wird noch im Zusammenhange eingegangen werden. Hamburg, Bremen, alles, was Sie wünschen, und vielleicht noch mehr wird beleuchtet werden. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Radek!) — Auch Radek! (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das russische Geld!) — Sie wissen, daß ich kein **russisches Geld** bekommen habe. (Zuruf: Cohn!)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen!

Haase (Berlin), Abgeordneter: Sie haben mir eben zugerufen und zwar, wie sich jetzt herausstellt, obwohl Sie es besser wußten, daß ich das Geld bekommen habe. Das Geld, das mein Freund **Cohn**

bekommen hat, ist für ihn keine Schande; er wird Gelegenheit nehmen, sich darüber hier noch auszulassen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Freunde und ich haben, als wir in der Regierung saßen, das Unglück, das ich geschildert habe, vorausgesehen. Ihr Grund zum **Austritt aus der Regierung** lag darin, daß wir unter keinen Umständen eine Gewaltpolitik mitmachen wollten. Freilich haben wir den Standpunkt eingenommen, daß keine Regierung, auch keine sozialistische, republikanische Regierung etwa Gewalt ruhig dulden soll, daß sie das Recht hat, gegen Gewalt sich mit Gewalt zu wehren. Aber es kommt darauf an, auf wen sie sich bei ihrer Gewaltanwendung stützt, auf die alten Offiziere, auf die jungen Leute vom Lande, auf diejenigen Offiziere, die Sie oft genug wegen ihrer Tätigkeit an der Front oder in der Etappe getadelt haben, oder aber auf die Arbeitermassen, die ihr zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen. (Zurufe: Spartakus!) Die Regierung — — (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten und den Demokraten.) — Durch keine Zwischenrufe werden Sie diese brutalen Tatsachen aus der Welt schaffen, die ich beleuchtet habe. (Erneute Zurufe.) Der Austritt aus der Regierung hat weiter seinen Grund darin, daß die einmütigen Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrätekongresses nicht durchgeführt wurden. Der Ministerpräsident hat also in seiner Rede, als er sich über die Gründe unseres Austritts ausließ, eine Korrektur an der Geschichte vorgenommen. Er hatte das Bedürfnis, die Reichskanzlerschaft des Herrn Kollegen Ebert und das spätere Ministerium als Glieder in einer Kette von Legalitäten darzustellen. Herr Prinz Max von Baden hat Herrn Ebert zum Reichskanzler berufen. Das ist richtig. Herr Ebert soll am 9. November Scheidemann, Ebert und Landsberg in die Regierung berufen haben. So verlief die Geschichte denn doch nicht, sondern am 10. November sind diese drei Mitglieder der mehrheitssozialistischen Partei und drei Mitglieder der Unabhängigen Partei zu gleicher Zeit auf Grund revolutionären Rechtes in die Regierung eingetreten. Und daß wir nicht vom Prinzen Max von Baden, sondern von einer revolutionären Instanz unser Recht herleiteten, haben wir alle ohne weiteres mündlich und schriftlich anerkannt. Stets haben wir den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte als diejenige Quelle bezeichnet, aus der die Regierung während der Revolution die Macht schöpfte. Es ist dem Zentralrat das Recht eingeräumt worden, Minister abzuberufen und Minister einzusetzen. Wir schieden aus freiem Entschluß aus, weil wir die Verantwortung für die Begünstigung der alten militärischen Gewalten, für die Gefährdung der revolutionären Errungenschaften nicht tragen konnten. Obwohl der Zentralrat lediglich aus Abhängigen zusammengesetzt war, hatte er dennoch den Wunsch, daß wir in der Regierung verbleiben sollten. Wir

waren aber nicht in der Lage, eine Politik mitzumachen, die nicht mehr im Geiste der Revolution war.

Herr Scheidemann hat es als eine Erbsünde gegen das demokratische Prinzip dargestellt, daß wir am 10. November in gleichem Verhältnis wie die Rechtssozialisten in die Regierung berufen worden seien, obwohl sich bei den Wahlen herausgestellt habe, daß unsere Wählerzahl nur im Verhältnis von 2 zu 11 sei. Eine merkwürdige Auffassung vom demokratischen Prinzip! Am 10. November waren es die Massen, die einmütig verlangten, daß drei Rechtssozialisten und drei Unabhängige die Regierung übernehmen sollten. Wenn wir trotz schwerer Bedenken in die Regierung eintraten, so nur deswegen, weil wir uns diesem einmütigen Massenwillen unterordneten. (Zurufe von den Demokraten.) — Damit ist dieser Teil der Geschichte richtiggestellt worden. (Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Ich wende mich jetzt zu der **auswärtigen Politik.** Die auswärtige Politik erfordert gerade jetzt nach dem allgemeinen Zusammenbruch eine besonders sorgfältige Behandlung. Der Herr Staatsminister des Auswärtigen hat in seiner gestrigen Rede ausgeführt, daß wir unsere Feinde als Richter über die **Schuld am Kriege** und über das Maß der Verantwortung, die Deutschland zufalle, wegen Befangenheit ablehnen. Damit ist aber die Frage noch nicht erledigt. Der Herr Staatsminister will sich dem Urteil Unparteiischer beugen. Wir wollen uns der Wahrheit beugen. Das Volk kann das nur, wenn es die Wahrheit kennt. Zum Urteilsspruch ist in erster Linie berufen das deutsche Volk selbst. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß dem deutschen Volke das Material zur Prüfung vorgelegt wird Die revolutionäre Regierung hat beschlossen, lückenlos das Material, das in den Archiven über den Ausbruch des Krieges vorhanden ist, herauszugeben. Wir erwarten, daß das bald geschieht, damit das Volk seinen Urteilsspruch fällen kann. Für die Beurteilung der Schuldfrage kommen nicht nur die Kriegsgegner in Betracht, sondern auch die Neutralen. Die unparteiischen Neutralen haben sich bereits zur Sache geäußert, und sie haben das überwiegende Maß der Schuld der alten deutschen Regierung aufgebürdet. Sie haben selbst in neuerer Zeit die Neutralen zu Richtern aufgerufen, sie haben an das Weltgewissen appelliert. Das Weltgewissen hat über die Schuldfrage bereits eine Antwort gegeben, und alles, was in den letzten Monaten veröffentlicht worden ist, verstellt nur dieses Urteil. In Wien ist festgestellt worden, daß an dem vielumstrittenen 15. Juli 1914 der Krieg in Berlin beschlossen worden ist. (Hört! hört! links.) An diesem Tage kam der Graf Hoyos aus Wien mit einem Handschreiben des alten Kaisers Franz Josef an Kaiser Wilhelm, und bei dieser Gelegenheit hat Kaiser Wilhelm sich zum Kriege entschlossen. Am 7. Juli hat Österreich diesem Beschlusse zugestimmt, und von da ab, wie Adler in Bern erklärte, auf

den Krieg hingearbeitet. Das österreichische Ultimatum an Serbien wurde im Einverständnis mit Deutschland so kurz gestellt, um Verhandlungsmöglichkeiten durch Neutrale auszuschließen. Wenn wir das alles wissen, dann sollen wir auf die Frage, die uns vom neutralen Ausland und von den Gegnern gestellt wird: Wie steht ihr zur Schuld der alten Regierung? — offen und klar uns aussprechen; das verlangt die Welt. (Zuruf links.) — So lange zu warten, haben wir keine Zeit (Lachen), und die Regierung, an der Ihre Freunde beteiligt sind, steht auch auf einem anderen Standpunkt, denn die wollen die Archive öffnen.

Der Herr Minister der Finanzen hat erklärt, daß ein starkes Mißtrauen in der Welt besteht gegen uns. Unsere Aufgabe sei, dieses Mißtrauen zu beseitigen, und das kann nur geschehen, wenn wir in jeder Beziehung offen, wahrhaftig und aufrichtig sind.

Der Herr Ministerpräsident erklärte, wie ich schon in anderem Zusammenhange sagte: Wir mußten vor den brutalen Wahrheiten die Augen verschließen, daß zehn schließlich stärker sind als wir; wir durften an unsere Niederlage nicht glauben, wenn wir sie nicht herbeiführen wollten. Das ist nicht eine Politik, die auch nur eine Stunde noch jemals weitergetrieben werden darf. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Kriegspolitiker, die bürgerlichen Parteien und die Mehrheitssozialisten haben viel gesündigt, und das offen zu gestehen, ist die beste Vorbedingung für den Frieden.

Über **Belgien** brauchen nicht mehr viel Worte verloren zu werden. Dieses unglückliche, unter Bruch eines Vertrages überfallene Volk verdient das allgemeine Mitgefühl. Aber wie lange hat es gedauert im Deutschen Reichstage, bis dieses Mitgefühl wach wurde?

Über **Elsaß-Lothringen** hat der Herr Staatsminister eine klare Stellung eingenommen. Als wir Elsaß-Lothringen annektierten, begingen wir ein schweres Unrecht, ein Unrecht, das sich an uns rächt. Aber wir haben stets die Auffassung vertreten und vertreten sie jetzt, daß über das Geschick von Völkern nicht auf Grund historischen Rechts entschieden werden dürfe. Das historische Recht ist verstaubt; man weiß nicht, wo es seinen Anfang nimmt. Es gibt nur ein sicheres Kriterium: das ist der Wille der Bevölkerung. Aus diesem Grunde haben wir schon während des Krieges gefordert, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung selbst in unbeeinflußter Abstimmung darüber entscheiden soll, zu welchem Staate sie gehören will. Wir fordern das auch jetzt. Es wäre ein Unglück, wenn die Entente diese Forderung ablehnte; denn es würde sich dann bei uns in weiten Kreisen die Revanchelust regen, wie sie früher in Frankreich zu Hause war, und es würde allen Kriegshetzern neue Nahrung gegeben werden. Wir brauchen aber die Freund-

schaft mit dem benachbarten französischen Volke. Wenn wir diese Forderung aufstellen, so sind wir uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, wie die Entscheidung ausfallen wird. Die Anhänglichkeit, die in weitem Umfang an Deutschland bestand, ist durch unsere Politik seit 1871 bis in die letzte Zeit, bis in die Kriegsjahre hinein systematisch zerstört worden, und die Sympathie, wo sie für Deutschland bestand, aus den Herzen der Elsaß-Lothringer herausgerissen worden.

Die Ausführungen des Herrn Ministers des Auswärtigen über **Dänemark** unterschreiben wir vollständig, und alle diejenigen, die in Bern auf dem Internationalen Sozialistenkongreß versammelt waren, haben sich mit den Dänen darüber verständigt, daß nur diejenigen Gebiete, die von Dänen bewohnt sind und den Anschluß an Dänemark wollen, Dänemark angegliedert werden. Deutsche Gebiete mit einer Bevölkerung, die deutsch bleiben will, sollen ausgeschlossen sein und bei Deutschland bleiben.

Eine überaus wichtige Frage ist die Frage: **Polen.** Die Politik, die den Polen gegenüber getrieben ist, halte ich für eine verfehlte und beklagenswerte. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Freilich mußten wir streng darauf halten, daß die Wilsonschen Forderungen nicht übertreten wurden; nur unzweifelhaft polnisch besiedelte Gebiete sollen an die neue Republik Polen fallen, deutsche Gebiete nicht. Der polnische Volksrat hat bald nach der Revolution die schriftliche Erklärung abgegeben, daß die Polen nicht daran denken, dem Friedenskongreß vorzugreifen, ein fait accompli zu schaffen. Nun gebe ich zu, daß sich dadurch die Regierung nicht in volle Sicherheit zu wiegen braucht, aber was hat das Aufgebot der Truppen für einen Sinn? Kann denn durch Truppen irgendwie zu unseren Gunsten die territoriale Frage entschieden werden? Nein, es könnte nur und kann nur so kommen, daß, wenn die Polen sich in diesem Kampfe als die Unterdrückten hinstellen können, sie dann bei vielen Gliedern der Entente neue Sympathie als die Unterdrückten gewinnen, und daß die Friedensentscheidungen eher schlechter als besser für uns ausfallen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Deshalb haben meine Freunde und ich, als wir noch in der Regierung waren, stets nur mit der Beschränkung für ein Truppenaufgebot gestimmt, wie es notwendig war zum Schutz unserer Grenzen gegen hereinbrechende Banden, wie auch zum Schutz gegen die Wegschaffung wertvoller Gegenstände aus Deutschland nach Polen. Aber diese Schranke ist nicht eingehalten worden. Wir wollen in diesem Augenblick im einzelnen nicht untersuchen, wer angefangen hat, das führt zu nichts; aber man soll alle Kraft einsetzen, um mit den Polen zu einem Ausgleich zu kommen. Die Verhandlungen, die eingeleitet waren und zu einem günstigen Abschluß zu führen schienen,

durften nicht an dem Prestige scheitern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Politik, die wir jetzt im Innern und nach außen einschlagen: nicht nachzugeben, sich durchzusetzen, koste es, was es wolle, muß auch die Friedensverhandlungen sehr ungünstig gegen uns beeinflussen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Deshalb durfte man nicht die Verhandlungen mit den Polen aufgeben, weil sie eine Bedingung ablehnten. Sie müssen wieder angeknüpft werden, und ich hoffe nach der Rede des Herrn Staatsministers des Auswärtigen, daß Bemühungen nach der Richtung hin aufgewandt werden. Wir brauchen das künftige polnische Reich notwendig ebenso, wie es uns braucht. Wir sind als ein großer Nachbarstaat auf das polnische Reich angewiesen, und da dürfen wir die Beziehungen zu einander nicht im voraus vergiften. (Zuruf.)

Es wird mir **Oberschlesien** zugerufen. In Oberschlesien sollte diese Politik der Verständigung erst recht getrieben werden, und man vergibt sich nichts, wenn man auf diesem Gebiete etwas weiter geht, als es manchem Heißsporn lieb ist. Dadurch, daß Sie polnische Geistliche wie unseren früheren Kollegen aus dem Reichstag Brandys wegen Hochverrats verhaften, dadurch, daß Sie andere vom Kriegsgericht als Hoch- und Landesverräter aburteilen lassen, werden Sie wirklich unsere Sache in Schlesien nicht fördern. Nein, die polnischsprechenden Massen, die, wie ich mich überzeugt habe, als ich noch als Beauftragter der Regierung in Oberschlesien war, trotz ihrer polnischen Sprache an Deutschland hängen, werden, wenn Sie die Märtyrerkrone auf das Haupt ihrer Geistlichen, ihrer Führer setzen, in das andere Lager gegen Deutschland getrieben werden. Diese Politik kann nicht zu einem guten Ende führen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch mit **Rußland** hätten wir nicht nötig gehabt, in einen tatsächlichen Kriegszustand zu kommen, in dem wir uns befinden. Die alte Regierung, die Regierung Prinz Max von Badens hatte die diplomatischen Beziehungen unterbrochen, aber nicht abgebrochen. Herr Bethmann Hollweg hatte unter der Zustimmung, und zwar der ausdrücklichen Zustimmung sämtlicher Parteien im Reichstag, gerade in bezug auf das revolutionäre Rußland gesagt: welche Verfassung sich ein Staat gibt, geht uns nichts an; in die inneren Angelegenheiten mischen wir uns nicht. Die deutsche Regierung hat ferner unter dem Reichskanzler Grafen Hertling mit der Sowjetrepublik verhandelt, Frieden geschlossen, Diplomaten ausgetauscht, ja sie hat mehr getan: sie hat die Sowjetrepublik und die Beamten der Sowjetrepublik vielfach geradezu umschmeichelt. Nicht nur Regierungsmänner, sondern Herren aus der Finanz, Herren aus der Industrie, Herren aus dem Großhandel haben Bemühungen ähnlicher Art angewendet (hört! hört!), weil sie — das nehme ich ihnen gar nicht übel — den sehr ver-

ständigen Gedanken verfolgten, mit diesem Nachbar wiederum in wirtschaftliche Beziehungen zu gelangen. Man hatte in den Bolschewisten, auch nachdem der deutsche Gesandte Graf Mirbach getötet worden war, noch nicht Verbrecher gesehen, mit denen keine Gemeinschaft möglich sei. Erst später hat zu durchsichtigen Zwecken eine Hetze gegen den **Bolschewismus** eingesetzt, die uns den größten Schaden zugefügt hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Meine Stellung zu den Bolschewisten habe ich an anderer Stelle dargelegt. Es gibt nichts Törichteres, als, weil man das bolschewistische System für falsch hält, auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Staate abbrechen zu wollen, in dem dieses System herrscht.

Unsere Soldatenräte von der Front im Osten und sehr viele unserer Soldaten haben uns ausdrücklich versichert, daß die russischen Sowjettruppen immer dann, wenn sie von ihnen forderten, daß der deutsche Rückzug aus dem Osten gesichert werde, bereitwillig zugestimmt haben. Mehr aber konnten wir nicht verlangen — das war auch unsere Auffassung in der Regierung —, als daß unsere Bahnlinien im Osten geschützt wurden, bis der letzte Mann aus dem Osten herauskam.

Wir haben es als ein Verbrechen angesehen, daß man der russischen Sowjetrepublik durch eine feindliche Handlung von unserer Seite Grund gibt, auch gegen uns kriegerisch vorzugehen. Das aber ist geschehen.

Es war Ende Dezember, da verlangte die **polnische Regierung** in Warschau von der deutschen Regierung, daß sie ihr **Wilna überlasse** und Gewehre ausliefere. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Meine Freunde und ich haben dieses Verlangen zurückgewiesen, einmal weil danach die Sowjetregierung mit Recht sagen konnte: ihr habt unsere Feinde bewaffnet! Die Sowjettruppen standen damals in der Nähe von Wilna und marschierten auf Wilna los. Wir wollten aber auch nicht — und das führten wir schon damals aus —, daß unsere eigenen Waffen dazu benützt werden, um etwa nach Lemberger Muster auch in Wilna ein Pogrom zu veranstalten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben es ferner für unverantwortlich gehalten, daß man den Polen Waffen in die Hand gibt, die sie schließlich im deutschen Posen gegen uns selbst noch wenden konnten. Es ist später — wie in der Presse veröffentlicht worden ist — eine andere Entscheidung getroffen, aber wieder zurückgenommen worden. In Wahrheit haben aber die deutschen Militärbefehlshaber den Polen Waffen ausgeliefert. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wilna ist trotz alledem von den Sowjettruppen genommen worden (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten); vorher aber haben die Polen noch eine Razzia gegen die vereinigten sozialistischen Parteien Wilnas unternommen und haben den Vorsitzenden des dor-

tigen Arbeiterrats getötet. (Erneute lebhafte Rufe: Hört! hört bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Jeder, der den realpolitischen Sinn der Entente kannte, mußte erwarten, daß sie eines Tages, obwohl sie die Mitglieder der russischen Sowjetrepublik für vogelfrei erklärt hatte, doch dazu übergehen würde, dieser selben Regierung ein friedliches Abkommen anzubieten. Ich halte es für einen großen Fehler unserer Politik, daß sie hier der Entente den Vortritt gelassen hat. Man konnte — das verstehe ich — eine gewisse Zeit vorübergehen lassen, um die diplomatischen Beziehungen wieder anzuknüpfen. Aber längst hätte man in Verhandlungen mit der russischen Regierung eintreten müssen.

In letzter Zeit ist ja noch das Unglaubliche passiert, daß unsere **Waffenstillstandskommission** — und zwar ist es am 6. Februar geschehen — in einer Note, die sie der Entente übergeben hat, sich zum Preisfechter **gegen den Bolschewismus** angeboten hat. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In dieser Note wird ausdrücklich nicht nur gebeten, dafür zu sorgen, daß alliierte Seestreitkräfte ständig Aufenthalt in Libau nehmen und gegebenenfalls zum Schutze der Küstenplätze gegen bolschewistische Angriffe mit den Waffen eingreifen, sondern es wird auch zum Schlusse gesagt:

> Der Kampf der Deutschen in den baltischen Ländern erbringt den Beweis für die deutsche Handlung. Durch eine den deutschen Vorschlägen zustimmende Entscheidung wird das alliierte Oberkommando zeigen, daß es den Abwehrkampf, den Deutschland im eigenen und im Interesse der Welt gegen den Bolschewismus führt, praktisch zu unterstützen gewillt ist. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was war die Antwort der Entente? Sie lud auf den Vorschlag Wilsons die Mitglieder der Sowjetrepublik nach den Prinzeninseln ein, um mit ihnen Frieden zu schließen und um sich aus Rußland zurückzuziehen. (Erneute Zurufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun hat der Herr Staatssekretär — und das erkenne ich an — gestern eine klare Grundlinie auch für unsere Politik mit Rußland gezogen, wenn auch etwas spät. Diese Grundlinie muß aber verfolgt werden, und zwar unverzüglich. Der Herr Staatssekretär hat für den Friedensschluß die Bedingung gestellt, daß die **Sowjetrepublik** erkläre, daß sie, wenn die **diplomatischen Beziehungen hergestellt** seien, auf unserem Boden keine bolschewistische Propaganda treiben würde. Diese Bedingung ist aber bereits erfüllt. Schon vor ungefähr sechs Wochen, zu der Zeit, als meine Freunde und ich noch im Ministerium waren, ist auf eine Anfrage von der Sowjetrepublik die Erklärung abgegeben worden, daß sie sich jeder Propaganda auf deutschem Boden enthalten werde, wenn die diplo-

matischen Beziehungen wieder hergestellt wären. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) — Meine Herren, wollen Sie die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs damit zugleich kritisieren? Wollen Sie nicht mit Rußland in ein friedliches Verhältnis treten? Wenn die russische Regierung offen eine solche Erklärung abgibt, dann wird sie sie halten. (Rufe: Na! Na! rechts und im Zentrum. — Zurufe: Radek!) — Radek ist nicht die russische Regierung.

Der Herr Staatssekretär hat allerdings noch eine zweite Bedingung aufgestellt, nämlich, daß die Sowjetrepublik auch das Selbstbestimmungsrecht anerkennt. Diese Bedingung braucht er nicht zu stellen; denn die Mitglieder der Sowjetrepublik sind neben den Unabhängigen Sozialisten aus Deutschland und neben ähnlich gesinnten Sozialdemokraten aus anderen Ländern, insbesondere aus Frankreich und Italien, die ersten gewesen, die schon im Kriege selbst diese Forderung ganz allgemein für die Welt erhoben haben, und die Sowjetrepublik hat gezeigt, daß es ihr mit dieser Forderung ernst ist. Sollte allerdings darunter etwa verstanden werden, daß man das Selbstbestimmungsrecht in Kurland, Livland, Estland, Litauen in derselben karikierten, verfälschten Art anwenden wolle, wie es bisher geschehen ist, dann wird die Sowjetrepublik nicht darauf eingehen. Ich nehme an, daß der Herr Staatssekretär diese Absicht nicht hat. Sie haben aber übrigens auch gar kein Recht, der Sowjetrepublik eine solche Bedingung aufzuerlegen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Denn die Gebiete, um die es sich handelt, sind früher niemals streitige Gebiete zwischen Deutschland und Rußland gewesen, über die nun die Bevölkerung zu entscheiden aufgerufen werden müßte. Je schneller wir mit dem russischen Volke in gute Beziehungen kommen, desto besser.

Die Herren aus der Bourgeoisie haben das sehr gut verstanden, als sie sich um Rußland bemühten. Was sollen wir in Zukunft mit dem Überschuß an Intellektuellen machen? In Rußland haben sie ein großes Feld der Betätigung. Wir brauchen Rohstoffe und Futtermittel. Dort können wir sie zuerst bekommen. Rußland braucht landwirtschaftliche Maschinen, Farbstoffe und Chemikalien. Die alte Weltpolitik hat ein Ende, wenn nicht für immer, so für lange Zeit, auch von Ihrem Standpunkt (nach rechts). Sie müssen also sehen, sich auf dem Kontinent zu betätigen, und dürfen deswegen nicht etwa mit Vorurteilen und unter dem Eindruck der Hetze gegen den Bolschewismus die Gelegenheit verpassen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Wilson und an Lloyd George. In der Einladung an die russische Sowjetrepublik sagen sie ausdrücklich, daß das vollkommene Recht des russischen Volkes anerkannt wird, seine eigenen Angelegenheiten zu regeln, ohne daß irgend eine Einmengung, welcher Art auch immer, von außen an sie herantreten soll; und sie setzen hinzu: „wir

erkennen die Revolution vorbehaltlos an", also auch die Revolution, wie sie von der Sowjetrepublik fortgeführt worden ist. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist der Standpunkt, den die deutsche Regierung eine Zeitlang eingenommen, den sie zu unserem eigenen Nachteil aber verlassen hat.

Zu **Österreich** stehen wir alle gleich. Meine Partei hat stets gesagt, daß die Völker nach ihrem eigenen Willen ihr Geschick bestimmen sollen; und da die Österreicher zu Deutschland wollen und da das deutsche Volk sie gern aufnehmen will, wäre es einfach eine Verleugnung unseres Grundsatzes, wenn wir die Österreicher abstoßen. Gelingt es uns, daß wir uns mit ihnen vereinigen, so werden wir mit ihnen, und gerade wir Sozialisten Hand in Hand mit den Sozialisten Österreichs, versuchen, das gemeinsame Staatsgebilde im Geiste unseres Ideals fortzubilden, bis das erreicht ist, was wir wie die österreichischen Sozialisten erhoffen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf der Friedenskonferenz wird die **Kolonialfrage** eine große Streitfrage bilden. Meine Partei hat in dieser Frage nicht umgelernt und braucht nicht umzulernen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir sind Gegner der kapitalistischen Kolonialpolitik und werden es immer bleiben, und wir lassen uns auch von der Entente nicht etwa in den Glauben einlullen, als ob sie lediglich aus Humanitätsgründen die deutschen Kolonien haben wolle. Nein, der Kapitalismus sucht Ausbeutungsobjekte und findet sie in den zurückgebliebenen Ländern. Aber weil wir keinen Menschen, ganz gleich, welcher Rasse, der Ausbeutung preisgeben, deswegen sind wir von jeher gegen die Kolonialpolitik gewesen. Wir halten auch die Kolonien im Gegensatz zu vielen von Ihnen keineswegs für wichtig im Interesse der deutschen Volkswirtschaft. Als Ansiedlungsgebiete, namentlich wenn es sich um tropische Gebiete handelt, kommen sie gar nicht in Frage, und die Rohstoffe bekommen wir, wenn der Welthandel frei ist, auf dem Weltmarkt für unsere Industrie zu demselben Preise, ob wir sie von denjenigen, die die Rohstoffquellen als Deutsche dort ausbeuten, oder aber von den Engländern oder Amerikanern kaufen. Die Kolonien nützen und haben immer nur genützt einer kleinen bevorzugten Schicht von Kapitalisten (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), denen zu dem üblichen Mehrwert ein größerer Mehrwert zugeschanzt worden ist. Sie sind aber ein Ballast für die Volkswirtschaft im ganzen und besonders jetzt, wo Sie nicht wissen, wie Sie die Zinsen und Amortisationsquoten für die Schulden aufbringen sollen. Deutschland ist wahrlich nicht imstande noch große Summen in Kolonialgebiete hineinzustecken, um sie für eine kleine Schar von Kapitalisten fruchtbar zu machen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit dem ganzen Hause sind wir einig in dem Rufe, daß **unsere Kriegsgefangenen** schnell entlassen werden sollten, damit die Sorge und der Kummer der Tausende von Vätern und Müttern, Frauen und Kindern ausgelöscht werden. Wir haben deswegen den gemeinsamen Antrag, nachdem die ursprüngliche Fassung auf meinen Wunsch von mir abgeändert worden war, unterschrieben. Auf der internationalen Konferenz in Bern haben wir auch bei unseren englischen und französischen Freunden volles Verständnis und Bereitwilligkeit zur Hilfe gefunden. (Bravo!) Nun ist ein Zwischenruf, der vorgestern aus den Bänken meiner Freunde kam, völlig falsch gedeutet worden. Sie appellieren selbst in der Gefangenenfrage an das Gewissen der Welt. Aber auf unsern Ruf, daß man aus Menschlichkeit unsere Kriegsgefangenen nach Hause sende, hallt uns das Echo entgegen: Brest-Litowsk, Bukarest. Dann werden wir gefragt, wo war denn die Menschlichkeit, wo war das Mitgefühl auch eurer deutschen Frauen und Töchter, als die belgischen Frauen und Mädchen vielfach in der Nacht aus ihren Familien herausgerissen und nach Deutschland verschleppt wurden zur Zwangsarbeit! (Zuruf.) — Wo war das Mitgefühl, so hallt es uns entgegen, als die nordfranzösische Bevölkerung zur Sklavenarbeit gezwungen wurde! (Zuruf: Wo denn?)

Und wenn der Herr Ministerpräsident auf den Zwischenruf, den ich vorher erwähnte, die Antwort gab: wir befinden uns im deutschen Parlament und nicht im russischen, so hat er dieser großen Sache den allerschlechtesten Dienst geleistet. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Denn der Zuruf wollte nur sagen, auch die Russen wie alle Kriegsgefangenen müssen derselben Regel der Menschlichkeit unterliegen; sie müssen alle nach Hause kommen. Der Ruf ging nicht an die gegenwärtige Regierung, daß sie etwas versäumt habe, sondern richtete sich an die frühere Regierung. Wir wissen, wie die ganze Welt es weiß, daß in der Budgetkommission die Konservativen bei der Beratung des Friedensvertrags mit Rußland gefordert haben, daß die **russischen Gefangenen** nicht sogleich herausgegeben werden sollen, daß man sie behalten soll, um die Felder zu bestellen und durch weitere Zwangsarbeit die Industrie zu beleben. Man hat diesen Gedanken der Menschlichkeit damals nicht in die Tat umgesetzt. Wir dagegen haben für alle Gefangenen zu sorgen, wir haben uns deswegen der russischen Kriegsgefangenen ebenso wie der deutschen anzunehmen. Herr Scheidemann ist ja doch auch internationaler Sozialist, und als internationaler Sozialist sollten ihm doch wohl die Leiden und Beschwerden der russischen Kriegsgefangenen ebenso nahe gehen, sollten diese ebenso wert sein, in der Nationalversammlung behandelt zu werden, wie die Leiden deutscher Männer, deutscher Frauen und Kinder. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß das, was ich Ihnen gesagt habe, in der Tat allgemein in der

Welt bis in die letzten Tage geantwortet wird, dafür kann ich Ihnen einen Beleg aus der jüngsten Zeit vorlegen. Es hatte Eisner in Bern mit Aristide Baran eine Unterhaltung, bei der er sich lebhaft für die sofortige Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen einsetzte. Das Gespräch wird im „Petit Parisien" vom 3. Februar wiedergegeben, und daran knüpft die französische Zeitung folgende Bemerkung: „Eisner hat offenbar vergessen, daß nach dem Brester Frieden Deutschland sich weigerte, die politischen und russischen Gefangenen herauszugeben, sie vielmehr weiter zur Arbeit zwang." Wir haben also nicht irgendein Argument den Feinden in die Hände geliefert. Denn diese kennen die Dinge, die sich in Deutschland zugetragen haben, viel besser als Millionen unserer eigenen Volksgenossen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie haben sie auf das genaueste verfolgt und legen sie uns jetzt vor. Deswegen kommt es für uns darauf an, nicht nur für die Unsrigen zu sorgen, sondern internationales Gefühl, internationales Gewissen alle Zeit zu bekunden.

Ich hoffe, es wird gelingen, die Leidenszeit der Kriegsgefangenen abzukürzen. Was wir zu diesem Zweck tun können, das werden wir tun. Herr Erzberger hat vorgestern, als er durch die Frage aus dem Hause über die Waffenstillstandsverhandlungen in eine ihm unbequeme Lage kam, als geschickter Debatter sofort den Zwischenruf aufgegriffen und, indem er ihn fälschlich deutete, einen Angriff gemacht, der ihm den Beifall des Hauses zuziehen sollte. Das war sein gutes Recht, aber er hat auch bei dieser Gelegenheit dem Hause eine falsche Tatsache unterbreitet, die gerade im Interesse unserer Kriegsgefangenen richtiggestellt werden muß. Es ist nämlich nicht wahr, daß die **Sowjetrepublik** auch nur einen einzigen **deutschen Kriegsgefangenen** mit Zwang **zurückhält.** Die 40 000 Kriegsgefangenen, von denen er sprach, sind in **Sibirien,** und es ist jedem bekannt, daß in Sibirien eine den Bolschewiki feindliche Regierung ist, daß die Bolschewiki-Regierung gar keinen Einfluß auf den Rücktransport dieser Gefangenen hat. Gerade mein Freund Cohn ist es gewesen, der schon vor vielen Wochen sich dazu erboten hat, nach Rußland zu fahren, um das Los dieser Kriegsgefangenen zu erleichtern und sie womöglich aus Sibirien zurückzubekommen. Das ist in einer Weise gehindert worden, die er selbst bei Gelegenheit, wenn eine Attacke gegen ihn erfolgen sollte, in das gebührende Licht stellen wird. Die Sowjetrepublik hat getan, was sie tun mußte und was wir von allen verlangen: sie hat sofort allen Kriegsgefangenen die Freiheit gegeben. Nach dem Brest-Litowsker Friedensvertrag ist es den Kriegsgefangenen erlaubt, in dem Lande der Gefangenschaft zu bleiben. Ein Teil der Deutschen ist freiwillig geblieben, niemand wird dort mit Zwang zurückgehalten.

Die Wahrheit in jeder Beziehung zu verkünden, das muß unsere erste Aufgabe sein. Das Land und die ganze Welt muß an unsere

Ehrlichkeit glauben. Wir müssen alles tun, sie davon zu überzeugen, und das kann nur sein, wenn jede Zweideutigkeit, wenn jede Zwiespältigkeit vermieden wird, und wenn wir vor allen Dingen an dem, was in Deutschland geschehen ist und dem Ausland bekannt ist, nicht etwa deuteln.

In dieser Beziehung hat Herr Keil unserer Sache selbst gestern einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Er sagte: wir haben unsere Stimme erhoben gegen den **Gewaltfrieden von Brest-Litowsk;** die Erhebung der Stimme bestand darin, daß er und seine Freunde sich der Stimme enthielten. Sie haben nicht, was die Welt erwartete, gegen diesen Gewaltfrieden, den sie als solchen erkannten, gestimmt. Er hat vergessen, was aber die Welt ihm jederzeit zuruft, daß er und seine Freunde für den schlimmen Gewaltfrieden von Bukarest gestimmt haben, der auch die Ausbeutung der Petroleumquellen dem deutschen Kapital auslieferte, und die Bevölkerung versklavte in ähnlicher Weise, wie es die Chauvinisten anderer Länder mit uns jetzt machen wollen. Sie haben direkt diese Politik unterstützt. Da gibt es nichts zu vertuschen und zu verschleiern.

Meine Fraktion, die **Unabhängige sozialdemokratische Partei,** hat am 19. Juli 1917 im Deutschen Reichstag eine **Friedensresolution** eingereicht, die wenig bekannt geworden ist, da die Presse unter Zensur stand. Sie hat ein besonderes Schicksal, sie sollte zunächst nach dem Wunsche vieler Herren aus dem Seniorenkonvent nicht einmal im Reichstage gedruckt werden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie steht aber doch in dem stenographischen Bericht vom 11. Juli 1917, und das, was wir dort gefordert haben, sollte noch jetzt die Richtlinie für unser Handeln bilden. Damals verhöhnt, verspottet, als Landesverräter verschrien, haben wir jetzt Genugtuung, leider die traurige Genugtuung erhalten. Vieles ist inzwischen von Ihnen aufgenommen worden, was in den Programmforderungen enthalten ist. Wir sagten:

> Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wir erwarten insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechts. Der Reichstag fordert die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms.

Gestatten Sie mir eine Einschaltung: hätten Sie auf Grund dieses Programms Friedensverhandlungen eingeleitet und nicht auf Grund der Mehrheitsresolution, die nach dem Urteil ihrer Verfasser, des Herrn Erzberger zum Beispiel, sich mit dem Frieden von Brest-Litowsk sehr gut vertrug, dann hätten wir längst einen Frieden gehabt, dann hätten wir Hunderttausenden das Leben und die Gesundheit gespart und wären nicht in den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch hinein-

gekommen wie jetzt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Resolution fährt fort:

Der Reichstag verlangt ein internationales Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs sowie unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Übereinkommen zum Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache und Religion, Schutz der nationalen Minderheiten, obligatorische Schiedsgerichte zur Schlichtung aller Streitigkeiten. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zur Erreichung dieses Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogramms ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der gesamten Verfassung und Verwaltung des Reichs (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluß zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wurde vorgestern, ich glaube von Herrn Naumann, gesagt, daß die sozialdemokratische Partei die Forderung einer Republik früher immer nur als Schmuckstück betrachtet habe. Wir jedenfalls nicht. Wir waren uns, als wir die Resolution einreichten, auch klar darüber, daß entweder vor Abschluß des Krieges oder unmittelbar nach Abschluß des Krieges die Demokratisierung in dieser umfassenden Weise erfolgen mußte, daß wir zu einer Republik gelangen würden. Und wie eine Republik, so werden wir — wenn auch nicht im Augenblick — so doch ganz sicher auch eine **sozialistische Republik** errichten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Herr Minister des Auswärtigen hat gestern hervorgehoben, daß die Regierung entschlossen sei, auch die sozialpolitischen Forderungen in den Friedensvertrag aufnehmen zu lassen. Wir haben das in unserer Resolution vom 19. Juli 1917 ebenfalls schon gefordert. Aber das bringt uns noch nicht die sozialistische Republik; es werden noch harte soziale Kämpfe — wenn es nach unserem Wunsche geht: unblutige Kämpfe — zu diesem Zwecke ausgefochten werden müssen. Herr Scheidemann hat in seiner Programmrede gemeint, daß es die Aufgabe der Regierung sei — er sprach von „wir" — die Klassenunterschiede aufzuheben. Es wäre eine Utopie, wenn er wirklich glauben sollte, daß diese mit Demokraten und Zentrum zusammengesetzte Regierung in der Lage wäre, die Klassenunterschiede aufzuheben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Klassenunterschiede werden bestehen, solange der Kapitalismus besteht, solange es Besitzer von Produktionsmitteln gibt, die Besitzlose in ihren Dienst zwingen und aus ihnen den Mehrwert herausschöpfen können. Wir wollen die Klassenunterschiede beseitigen, wir wollen keine neue

Klassenherrschaft aufrichten, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wir werden die Sozialisierung vorbereiten. Sie durchzuführen, wird nicht gelingen, solange die Arbeiterklasse nicht eine noch größere Kraft entfaltet. Aber wir sind durchdrungen, wie früher von dem Erscheinen der Republik, so jetzt von dem sieghaften Gedanken, daß das Vorwärtsschreiten der Arbeiterklasse unaufhaltsam ist in allen Ländern, und daß wir schließlich kommen werden zu einer Republik, die sich füllen wird mit sozialistischem Inhalt, in der es nicht mehr geben wird Ausbeuter und Ausgebeutete, nicht mehr Unterdrücker und Unterdrückte, sondern nur noch Freie und Gleiche. (Beifall und Händeklatschen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister Noske.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Das **Programm,** das die **Regierung** der Nationalversammlung vorgelegt hat, stellte — darüber ist nicht einen Augenblick jemand im Zweifel gewesen — lediglich ein Arbeitsprogramm für die verfassunggebende Nationalversammlung dar; nur für ein Stück gemeinsamen Weges mit den bürgerlichen Parteien, mit denen wir uns koalierten, ist es gedacht. Das, was Herr Gröber für seine Fraktion aussprach, darüber sind sich auch die sozialdemokratischen Minister vom ersten Augenblick an vollständig klar gewesen: daß wir nicht gewillt waren, eine Ehe auf Lebenszeit untereinander einzugehen. Daß Herr Haase das Arbeitsprogramm der Regierung bemängelt, ist eine Selbstverständlichkeit. In dem Programm, das die jetzige Regierung vorlegt, könnte stehen, was immer wolle: Herr Haase würde es doch schlecht finden. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Haase sagt, es sei bekannt, daß er und seine Freunde die grundsatztreuesten Verfechter des Sozialismus seien. Das bestreite nicht ich allein; in der „Roten Fahne" lese ich beinahe jeden Tag neben den üblichen Artikeln, die mir gewidmet sind, auch Betrachtungen darüber, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten die faulste Kompromißlergesellschaft seien, die man sich nur vorstellen könne. (Große Heiterkeit.)

Herr Haase hat versichert, daß seine Partei allein das unselige Ende des Krieges lange vorhergesehen habe. In Wahrheit haben Herr Haase und seine Freunde in ihren Reichstagsreden bis in die letzte Zeit des Krieges immer wieder von einem deutschen Eroberungskrieg gesprochen (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), selbst noch in einer Zeit, als absolut feststand, daß das deutsche Volk für die nackte Existenz kämpfte. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben uns aber von ihnen dadurch unterschieden, daß wir versuchten, mit dem Aufgebot aller Kraft die Niederlage abzuwehren, von der wir voraussahen,

wie furchtbar sie sich für das deutsche Volk gestalten würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Tatsachen lehren uns, wie sehr wir die Niederlage zu besorgen hatten.

Was Herr Haase über die Zahlung einer Entschädigung an die Daimlerwerke sagte, wird selbstverständlich nachgeprüft werden.

Herr Haase klagte über das **Verhältnis zu Rußland**, das die Regierung geschaffen habe. Ein Kollege teilte mir mit, daß in einer Kabinettssitzung im November 1918, an der Herr Haase teilnahm, Kautsky vorgeschlagen habe, die Beziehungen zu dem bolschewistischen Rußland *nicht wieder aufzunehmen* (hört! hört!), weil man sich dadurch *bei der Entente noch mißliebiger machte*. (Hört! hört!) Dem hat *Herr Haase zugestimmt*. (Erneute Rufe: Hört! hört!) Als der Berliner Vollzugsrat *Radek* und den aus Berlin vorher ausgewiesenen Botschafter *Joffe* zum Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte einlud, hat das Kabinett, das vollbesetzt war, dem also Herr Haase und Herr Dittmann angehörten, mit 5 gegen 1 Stimme beschlossen, die Zureise als unerwünscht abzulehnen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Es ist selbstverständlich, daß wir mit dem russischen Volke in Frieden und Freundschaft leben wollen. Voraussetzung dafür ist, daß abgeschlossene Verträge gehalten werden. Dafür setzt sich ja Herr Haase ganz besonders ein. Herr Joffe hat aber, nachdem er als Botschafter aus Berlin weggegangen war, *sich offen gerühmt*, daß er entgegen der Vertragspflicht, die bestand, sich nicht in deutsche Verhältnisse einzumischen, mit allen Mitteln bemüht gewesen ist, *in Deutschland den Bürgerkrieg entfesseln zu helfen*. (Wiederholte Rufe: Hört! hört!)

Meine Damen und Herren, die Sorge für Deutschlands Wehr, Heer und Marine ist mir übertragen worden, nachdem des Reiches Wehrhaftigkeit restlos zusammengebrochen ist. Die Flotte liegt interniert in fremden Gewässern. Nicht vernichtend geschlagen, aber körperlich und seelisch zermürbt angesichts wachsender feindlicher Übermacht an Menschen, besonders aber an Material, fluteten Millionen unserer Männer aus Belgien und Frankreich zurück. Das Heeresgefüge zersprang innerhalb weniger Wochen vollständig. *Das alte* **deutsche Heer** *besteht nicht mehr*. Daß noch viele ehemalige Soldaten die Uniform tragen, gibt von der deutschen Wehrmacht ein total falsches Bild. (Sehr richtig! links.) Mit der *größten Dankbarkeit* gedenken wir auch heute noch der Tapferkeit, der Opfer und Entbehrungen der Männer unseres Volkes, die die Waffen während der langen Kriegsdauer tragen mußten. (Bravo!) Daß für die *Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen* gesorgt wird, soweit es die finanzielle Kraft des Reiches nur einigermaßen zuläßt, ist eine Selbstverständlichkeit. (Bravo!) Eine Kleinigkeit will ich erwähnen, von der ich aber

weiß, daß sie vielen als bedeutend erscheinen wird. Das Ministerium hat beschlossen, daß nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen das Eiserne Kreuz und die Rote Kreuz-Medaille an verdiente Männer und Frauen weiter verliehen werde (sehr gut!), besonders auch an die heimkehrenden Gefangenen. (Bravo!)

Meine Damen und Herren, höchste Anerkennung verdienen die Männer, Offiziere, Beamte und Soldaten, die unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen den Rückmarsch der Heeresmassen nach Deutschland bewältigt und die Demobilisierung durchgeführt haben. (Bravo!) Rückmarsch und Demobilisierung sind etwas besser von statten gegangen, als wir es in mancher sorgenvollen Stunde glaubten hoffen zu dürfen. Zu dem Gelingen haben — das möchte ich auch mit allem Nachdruck feststellen — zahllose **Soldatenräte** redlich beigetragen. (Bravo!) Mit großer Opferfreudigkeit haben viele Soldaten in der Zeit stärksten Durcheinanders für die Erhaltung von Reichseigentum und öffentlicher Sicherheit sich eingesetzt. Es ist gar nicht abzusehen — ich glaube sagen zu können, daß ich auf dem Gebiete des Soldatenratswesens so ziemlich die größte Praxis und Erfahrung habe sammeln müssen —, wie furchtbar der Zusammenbruch des Reiches geworden wäre, wenn in jenen Tagen, als alle alte Autorität dahingeschwunden war, nicht zahlreiche Soldatenräte in die Bresche gesprungen wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vom **Zentralrat der Marine** hätte der Herr Haase allerdings besser nicht reden sollen; denn die Tatsache ist peinlich, daß aus eigener Machtvollkommenheit sich anfänglich 53 Mann, später 25 Mann im Marineamt festsetzten und sich dort eine monatliche Entlöhnung von 1215 Mark neben freier Wohnung und Kleidung, das heißt 14 500 Mark Jahreseinkommen, sicherten und daß es in den letzten Tagen erst eines Machtgebotes bedurft hat, um diese große Zahl von Leuten aus dem Marineamt zu entfernen. In der heutigen Nummer der „Freien Presse“ schreibt das Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie Vogtherr doch wieder im Tone der Anklage davon, daß die Regierung darauf hingedrängt habe, diesen Zentralrat auf sieben Mitglieder herabzudrücken.

Viele Soldatenräte haben häufig, so gut sie konnten, mit den **Offizieren und Beamten** zusammengearbeitet. Gegen Offiziere sind in den letzten Monaten häufig sehr heftige Vorwürfe erhoben worden. Fehler des alten militärischen Systems werde ich nicht beschönigen; als Abgeordneter habe ich sie oft genug bekämpft. Aber es geht nicht an, Tausende von Männern, die in den Kriegsjahren immer wieder pflichtgetreu ihr Leben für das Reich einsetzten, in Bausch und Bogen zu verdammen. (Leb-

haftes Bravo.) Seit dem 3. November habe ich in Kiel, später an anderer Stelle viel mit Offizieren zusammengearbeitet. Sie haben sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt. Vor mir selber müßte ich mich schämen, wenn ich nicht auch von dieser Stelle aus versichern würde, daß diese Männer opfervoll mit einem außerordentlich hohen Maße von Selbstüberwindung dem Reiche und dem deutschen Volke loyal und pflichtgetreu gedient haben. (Lebhaftes Bravo.) Hier möchte ich einschalten, daß das Reichsministerium fest entschlossen ist, den Satz des Arbeitsprogramms so gut wie möglich zu verwirklichen, der lautet: Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere. Erworbene Rechte werden respektiert, Existenzen nicht leichtfertig vernichtet werden. (Erneuter Beifall.)

Meine Damen und Herren, unser wertvollster Bestand an Wehrmacht sind jetzt in der Hauptsache die **Verbände an Freiwilligen.** Berechtigte Befürchtungen sind wegen der Aufstellung dieser Formationen gehegt worden. Es ist nicht wahr, daß diese Truppen der Konterrevolution dienen. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist nicht wahr, daß es in Deutschland eine weiße Garde gibt. (Lachen und Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Unser Volk schuldet den Männern hohen Dank (lebhaftes Bravo), die sich bereit gefunden haben, weiter die Waffen zu tragen, um bedrohtes deutsches Land zu schützen und um die freiheitlichen Errungenschaften der Revolution vor Gewalt zu bewahren. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, **Errungenschaften der Revolution** sind Versammlungsfreiheit, Preßfreiheit, wahre Demokratie, so daß überall gemäß dem Willen des Volkes gehandelt wird. Diese Errungenschaften sind bisher nur da **verletzt** worden, wo **Spartakisten** und Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie die Gewalt ausübten. (Lebhafte Zustimmung. Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In Berlin haben wir durch Truppenaufgebot die Preßfreiheit wieder erzwingen müssen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Demokraten), nachdem der „Vorwärts“ und andere Blätter eine Woche lang von den Spartakisten unterdrückt worden waren, denen sich Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie als Kämpfer angeschlossen hatten. (Lebhafte Zustimmung. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, unter der Mitwirkung des Mitgliedes dieser Versammlung, des Herrn Henke aus Bremen (hört! hört! bei den Mehrheitsparteien), ist in Bremen meinen Parteigenossen die „Bremer Bürgerzeitung“ gestohlen (Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), sind wiederholt schärfste Eingriffe in die

Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit verübt worden. (Pfuirufe bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Meine Damen und Herren, in Cuxhaven ist seit Monaten unter spartakistischer und unabhängiger Leitung ein Blatt seinen Eigentümern vorenthalten worden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ein anderes Mitglied der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion in diesem Hause wirkt in Braunschweig noch heute mit an der Aufrechterhaltung der Zustände, die darin bestanden haben, daß auch dort wiederholt schärfste Eingriffe in die Preßfreiheit verübt worden sind, daß auch dort meinen Parteigenossen ein Parteiunternehmen gestohlen worden ist. (Pfuirufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren, der Ausdruck „Pfui" ist bis jetzt als nicht ordnungsmäßig angesehen worden. Ich bitte, es dabei zu belassen, also den Ausruf zu unterlassen!

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren, gegen solche skandalösen Zustände ist eingeschritten worden (bravo! bei den Mehrheitsparteien), nachdem alle Mahnungen vergeblich geblieben waren!

Wo die neue Freiheit noch von einer Minderheit vergewaltigt wird oder wo solche Versuche unternommen werden sollten, wird der Mehrheit der Bevölkerung von der Regierung zu ihrem Rechte verholfen werden. (Stürmischer Beifall.) Wenn dabei Gewalt angewendet werden muß, bedauert die Regierung das sehr; die Verantwortung aber dafür haben diejenigen zu tragen, die sich gegen Freiheit und Demokratie auflehnen und versuchen, ihr Unrecht, gestützt auf Waffengewalt, fortzusetzen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will in diesem Zusammenhange, obwohl mein Vorredner nicht davon gesprochen hat, darauf eingehen, daß wiederholt Vorwürfe gegen einzelne Leute der **Freiwilligenkorps** erhoben worden sind. Ich gebe zu, daß manches Element in die Freiwilligenverbände eingedrungen ist, das unangenehm und übel war. Bei der Aufnahme wird möglichst sorgfältig geprüft. Es geht dabei anders zu als bei der Aufnahme in den Berliner Sicherheitsdienst unter Eichhornscher Leitung. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber daß wir üble Elemente angeboten bekommen, ist erklärlich. Am Mittwoch, den 5. Februar, forderte das Mitglied des Vollzugsrats, zugleich Mitglied der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, Wegmann, in einer Versammlung auf, revolutionäre Arbeiter sollten in die Freiwilligenregimenter eintreten und dann im gegebenen Moment die Gewehre umdrehen. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Das be-

deutet die Zumutung, einen Meineid zu leisten (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten); denn alle die Leute, die sich für die Freiwilligenkorps verpflichten, gehen die Bindung ein, daß sie die Nationalversammlung, die von ihr beschlossenen Gesetze sowie die von der Nationalversammlung gestützte Regierung schützen wollen.

Meine Damen und Herren, es erfolgt — um auch das kurz in diesem Zusammenhang zu erwähnen — die **Aushebung Wehrpflichtiger** in geringer Zahl **im Osten.** In zwei Grenzbezirken wird für den Heimatdienst eine an sich geringe Zahl von Leuten einberufen. Das ist unumgänglich notwendig. Gegen polnischen Imperialismus ist bis heute noch deutsche Erde zu verteidigen! (Sehr wahr!) Die Maßregel der Einberufung mußte aber in den letzten Tagen deswegen beeilt werden, weil bei den Waffenstillstandsverhandlungen von der Entente gefordert worden ist, daß eine unbedingte militärische Sicherung der Eisenbahn von Danzig bis zur polnischen Grenze wegen des Lebensmitteltransports für Polen geschaffen werde. Schaffen wir diesen Bahnschutz nicht, werden Truppen der Entente diese Bahnstrecke besetzen. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Das würde die vollständige Abschnürung Ostpreußens vom übrigen Deutschland bedeuten. Selbstverständlich muß das unter allen Umständen verhindert werden.

Daß die Regierung für den **Grenzschutz im Osten,** dem sie genügend Aufmerksamkeit geschenkt hat, bisher nicht mehr tun konnte, ist außerordentlich bedauerlich. Eine ganze Anzahl Städte, Dörfer und Güter ist von polnischen Scharen besetzt worden. (Hört! hört!) Polnischer Imperialismus ist es, der in jenen Gebieten die Waffen gegen die deutsche Republik führt. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Der polnische Eroberungskrieg hat übrigens dadurch einen besonderen Schwung erhalten, daß der katholischen Bevölkerung des Landes innerhalb der deutschen Grenzen immer wieder gesagt werden konnte, sie kämpfe für ihre religiösen Ideale. In den von den polnischen Scharen bedrohten Gebieten lagern große Mengen von Nahrungsmitteln für mitteldeutsche Gebiete. Es ist nicht abzusehen, wie wir unsere Bevölkerung über schwierige Monate hinbringen sollen und hinbringen können, wenn diese Lebensmittel, zu deren Lieferung die polnischen Gutsbesitzer auf Grund abgeschlossener Verträge verpflichtet sind, nicht der Bevölkerung zugeführt werden. Deshalb haben wir Männer für den Ostschutz aufgerufen. Anfangs kamen wenige, und ich gebe zu, daß es nicht immer die besten waren. Als dann aber begonnen werden konnte, militärische Formationen aufzustellen, begannen **deutsche Soldatenräte die Transporte zu stören;** Transporte wurden angehalten, Mannschaften entwaffnet und die Waffen nicht herausgegeben. In dem Organ der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der Berliner „Freiheit", wurde ich im wüstesten Tone beschimpft, weil ich Minenwerfer anforderte, die an die Ostgrenze gehen sollten. Die

Werbung von Freiwilligen wurde verhindert. Bei der Verhinderung von Aufstellungen zum Grenzschutz tun sich besonders die Orte hervor, in denen Soldatenräte der Unabhängigen Sozialdemokraten den Ton angeben. Das gilt besonders für Leipzig, Halle, Braunschweig und anderen Orten. (Zuruf: Münster!) — Ich rede gleich von Münster. —

Die Arbeiter- und Soldatenräte des Niederrheins haben in mehreren Sitzungen, wie sie bekanntgeben, sich einstimmig gegen militärischen Grenzschutz gewendet. Sie erklären: Wir werden der Werbung und dem Abtransport von Truppen mit allen Mitteln entgegentreten. Die Zeitungen werden verwarnt; es werden ihnen 10 000 Mark Geldstrafe angedroht, wenn sie ein Werbeinserat für den Ostschutz aufnehmen. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Als vor zwei Wochen die Reichsleitung durch Wolffs Bureau eine Mahnung an alle Soldatenräte ergehen ließ, Transporte für den Ostschutz nicht zu verhindern, veröffentlichte das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie diese Notiz unter der Überschrift: „Verhindert den Zuzug!", und es knüpfte daran die Mahnung: Die Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reich haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Transport von Truppen unterbunden wird (hört! hört! rechts), von der Erfüllung dieser Pflichten werden sie auch die Drohungen der Blutsozialisten nicht abhalten können. (Ruf rechts: Unerhört!)

Meine Damen und Herren, **der Korpssoldatenrat in Münster,** 17. Korps — ich wurde darauf aufmerksam gemacht — lehnte sich noch bis zum letzten Tage gegen die Anordnungen der Regierung auf. Er erklärte, die Kommandogewalt in seinem Bezirke habe lediglich er auszuüben. Liebliche Zustände! Jeder Soldatenrat regiert in seinem eigenen Lande, wie es ihm behagt! Das bedeutet die Zertrümmerung, die Zersetzung des Reichs! Auch dort wird gesagt: Im Bereiche des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden, jede Werbetätigkeit ist zu unterbinden, die Abreise von Freiwilligen zu verhindern. Selbstverständlich ist, sobald sich die Möglichkeit dazu bot, gegen diesen Soldatenrat eingeschritten worden. (Stürmisches Bravo.) Das gibt dem Blatte der Unabhängigen Sozialdemokratie, der „Freiheit", Anlaß zu schreiben, das Generalkommando — nicht etwa der Soldatenrat — habe sich eine herausfordernde Leistung erlaubt. (Ganz recht! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ferner wird gesagt, mit dieser Tat habe die sozialistische Regierung ein neues Schandblatt in ihren wenig ehrenvollen Ruhmeskranz eingeflochten. Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion bezeichnen das als sehr gut, daß Mittel angewendet werden, um Freiwillige an der Abreise zu verhindern, die deutsche Dörfer und deutsche Städte gegen die Besetzung durch polnische Imperialisten ver-

hindern wollen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es erübrigt sich, ein Wort dazu zu sagen. Man hat nur notwendig, diese Tatsache vor unserem ganzen Volke festzustellen. (Stürmisches Bravo. — Erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein Telegramm, das mir vor wenigen Minuten in die Hand gegeben wurde, erklärt, daß 500 Teilnehmer von einer Versammlung von Spartakisten und Unabhängigen beschlossen haben, sich für den Generalstreik einzusetzen, weil diesem Münsterischen Soldatenrat sein Handwerk gelegt worden ist. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, einen Aufruf für den Ostschutz beantwortet der Vollzugsausschuß des Landes- und Soldatenrats Bayern mit einer Kundgebung, in der es heißt: „Wir warnen die bayrischen Soldaten, auf diesen Schwindel hineinzufallen." (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die bornierte Anmaßung in diesen Worten wird durch die politische und wirtschaftliche Einsichtslosigkeit dieser Männer übertroffen, denen die oberste Kommandogewalt und das oberste Kontrollrecht im Reich zugestanden werden soll. Dieses Treiben bedeutet die gewissenloseste Preisgabe deutschen Bodens und die Verschärfung der Ernährungsschwierigkeiten in großen Teilen unseres Landes. (Lebhafte Zustimmung. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, in Berlin, in Bremen, in Breslau und anderen Orten ist Blut geflossen. Not, Arbeitsmangel, Nahrungsmangel schaffen bei einer Anzahl von Menschen eine geradezu verzweifelte Stimmung. Jahrelanges Kriegsleben hat die Moralbegriffe einer Anzahl von Leuten verwüstet. Das hat zu üblen Vorkommnissen geführt. Um Räubereien und Plünderungen zu unterdrücken, hat — ich brauche nur Magdeburg, Bremen und andere Städte zu nennen — wiederholt Waffengewalt angewendet werden müssen, was außerordentlich beklagenswert ist. In **Berlin** und in **Bremen** haben die **Kämpfe** zum Teil einen politischen Charakter gehabt. Ich gebe ohne weiteres Herrn Haase zu, daß in den letzten Wochen in Berlin manches vorgekommen ist, was bedauerlich ist, und ich mache kein Hehl daraus, daß auch von einzelnen Leuten der Truppen, die zum Schutz der Regierung aufgestellt worden sind, dies und jenes getan worden ist, das ich nicht verantworten will und daß ich mißbillige. (Sehr richtig! — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im Falle Liebknecht ist das Rechtsverfahren im Gange; es ist ganz selbstverständlich, daß jede festgestellte Schuld, ganz gleich, von wem sie verübt worden ist, restlos nach der Strenge des Gesetzes ihre Ahndung finden wird. (Bravo! — Zurufe bei den Un-

abhängigen Sozialdemokraten.) Wir haben in Berlin Truppen aufbieten müssen. Das war das beklagenswerteste, was einer sozialistischen Regierung zugemutet werden konnte. Aber als ich nach Berlin kam, da waren es nicht meine Parteigenossen, die Waffen getragen haben, sondern Gewalt wurde angewendet von einer verschwindenden Minderheit gegenüber der großen Masse der Berliner Bevölkerung. (Sehr richtig!) Ich bedauere jedes Menschenleben, das auch durch den Bürgerkrieg verloren geht. Wenn ich aber vor die Wahl gestellt werde, ob um einiger Tollköpfe willen das Schicksal Hunderttausender geschädigt wird, dann muß zugepackt werden. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Selbstverständlich, nachdem sich Mahnungen und Zureden als wirkungslos erwiesen haben. Die Verantwortung für das, was getan ist, trägt die Regierung nicht gern; es gibt angenehmere Aufgaben zu lösen, als wir sie zum Teil in den letzten Wochen zu lösen hatten. Aber ich schließe mich der Erklärung meines Kollegen Scheidemann durchaus an, daß die Regierung mit gutem Gewissen Rechenschaft ablegen kann, und auch ich glaube, mit gutem Gewissen und absolut sauberen Fingern vor der Nationalversammlung zu stehen (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten), um Rechenschaft ablegen zu können für das, was ich getan habe. (Lebhaftes Bravo. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wochenlang ist in Berlin durch eine geradezu wahnwitzige Agitation die Masse der Berliner Bevölkerung auf das schwerste beunruhigt worden; unter Hochdruck von Angst haben wochenlang Hunderttausende von Menschen in Berlin gelebt. Wer konnte gut dafür sagen, daß die wochenlange Aufpeitschung der Leidenschaften, die auf allen Straßen getrieben wurde, nicht eines Tages zu einer wüsten Metzelei führen würde. Ich war am Sonntag, den 1. Januar, Unter den Linden als Zuhörer, als dort vom Wagen herunter in der unglaublichsten Weise die niedrigsten Instinkte, der Blutdürst dermaßen aufgepeitscht worden ist. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Ich habe am Montag an der Siegessäule und im Tiergarten wiederholt die Scharen durchkreuzt, die dort als Demonstranten auftraten, das Gewehr in der Faust, das Maschinengewehr auf dem Lastautomobil. Wo waren da die um Menschenleben so besorgten Herren Haase und seine Parteigenossen? (Stürmische Zustimmung und Beifall bei der Mehrheit. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ihr Blatt, die „Freiheit“, hetzte an jedem Tage mit der „Roten Fahne“ um die Wette, und im Polizeipräsidium gab der erste Mann der Partei, Herr Eichhorn, der vor Herrn Haase auf

der unabhängigen Kandidatenliste als bester Mann der Partei stand, die Waffen wahllos aus. (Hört! hört! und Zurufe bei der Mehrheit. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich frage noch einmal: Wo waren denn da die Herren, die mich in ihren Blättern in Berlin täglich als Bluthund schelten ließen, weil die Regierung bemüht gewesen ist, dieses verbrecherische Treiben zu beheben? Sie tragen die Mitschuld daran, daß auf den Berliner Straßen Blut geflossen ist. (Stürmische Zustimmung und Beifall bei der Mehrheit. — Große Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Herr Haase hat einen Schießerlaß kritisiert. Dieser Schießerlaß ist nicht mein Erlaß; sondern ich wiederhole: er enthält die wörtliche Wiedergabe längst geltender Bestimmungen, und er hat nicht einen Augenblick eine Bedrohung für friedliche Bürger in Berlin dargestellt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Es war sehr lieb von der „Freiheit", ihn für ihre Leser abzudrucken. Ich hoffe, daß das nicht ganz ohne Eindruck auf jene Leute geblieben ist, die Neigung verspürt haben, auf den Berliner Straßen mit dem Maschinengewehr spazieren zu gehen. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Der Redner der Unabhängigen Partei hätte sich nicht entrüsten sollen. Ich wäre ihm dankbar gewesen — und einer seiner Freunde kann ja das Versäumte nachholen —, wenn er uns den Schießerlaß vorgetragen hätte, den Sie an diejenigen Leute verteilt haben, die nach der Erklärung des Herrn Joffe unstreitig mit russischem Geld bezahlt worden sind, um in Deutschland den Bürgerkrieg zu entfesseln. (Lebhafte Rufe: Sehr gut! und Beifall bei der Mehrheit. — Andauernde Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es wäre mir interessant zu hören (erneute Unterbrechungen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), ob Herr Haase damals mit seinem juristischem Verständnis sich hingesetzt hat, um einen allen Freiheiten der Revolution entsprechenden Schießerlaß auszuarbeiten. (Heiterkeit bei der Mehrheit. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich glaube, daß Sie ziemlich lange vorhin gesprochen haben. (Heiterkeit.) Ich möchte Sie bitten, jetzt Herrn Noske reden zu lassen.

Noske, Reichswehrminister: Ich will von der geradezu schreckenerregenden Unsicherheit, die leider heute noch in manchen Teilen Berlins besteht, nicht sprechen. Auch sie hat dazu geführt, daß Zusammenstöße stattgefunden haben. Im Gefolge dieser Zusammenstöße ist die Leidenschaft der Arbeitslosen in einer geradezu wahnsinnigen Weise aufgepeitscht worden. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Aber Herr **Henke** hat sich ein paarmal dort (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) bemerkbar gemacht, und ich will nicht versäumen, da ich gerade das Wort habe, mit einigen Worten über **Bremen** zu reden. In der Presse der Unabhängigen war Tag für Tag zu lesen, als die Division Gerstenberg gegen Bremen anrückte, was das eigentlich für eine Wirtschaft sei, in Bremen herrsche ja vollständige Ruhe und Ordnung! Daß gegen Bremen marschiert werden mußte, geschah um wichtigster Reichsinteressen willen. In Bremen war die Preßfreiheit in der schändlichsten Weise vergewaltigt worden. Von dem glatten Diebstahl der Zeitung meiner Parteigenossen habe ich vorhin erst gesprochen. Bürgerliche Blätter sind wiederholt vergewaltigt worden. Die Versammlungsfreiheit in Bremen wurde in der stärksten Weise beeinträchtigt. In Bremen sind wiederholt Arbeiter gegen ihren Willen zum Streik gezwungen worden. Geraubt wurde der Kassenbestand unserer Partei. (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! hört!) Abgepreßt wurde der Bank das Guthaben der „Bremer Bürgerzeitung". (Hört! hört! bei der Mehrheit.) In gemeinster Weise und unter schändlichem Treubruch wurde das Bremer Regiment, als es aus dem Felde heimkehrte, entwaffnet. Vor den Toren der Stadt war verhandelt worden und der Truppe der ehrenvolle Einzug in die Stadt mit den Waffen gestattet worden. Aber als das Regiment auf den Kasernenhof rückte, wurde es von den Bremer Spartakisten mit Maschinengewehren begrüßt, und die Waffen wurden ihm abgenommen. Auf der Weserwerft wurden Betriebsbeamte derartig eingesperrt, daß sie bei dem zu erwartenden Kampfe wehrlos die Opfer der Geschosse geworden wären. (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Hört! hört! — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Herr Haase redet über unsere Gewaltpolitik, er redet davon, daß Menschenleben bedroht wurden. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In Bremen ist wiederholt der Belagerungszustand verhängt und Todesstrafe angedroht worden. Die Bremer Banken sind wiederholt bedroht gewesen. Ich will heute nicht davon sprechen, welche Mittel wir haben anwenden müssen, um die wertvollen Goldbestände, die in der Bremer Bank lagen, vor Raub zu sichern. Daß solche Besorgnis am Platze war, geht daraus hervor, daß noch in den letzten Wochen ein Bremer Führer bekanntlich den Putsch in Wilhelmshaven geleitet hat, bei dem die Bank um große Summen bestohlen worden ist. (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Hört! hört!) Schließlich stellte die absolute Unsicherheit der Verhältnisse die Zufuhr von Lebensmitteln nach Deutschland ernstlich in Frage. Eine Änderung der Verhältnisse in Bremen ist von der Reichsleitung wiederholt gefordert worden. Wie aus Braunschweig, so haben wir auch aus Bremen wiederholt nur höhnische Antworten erhalten. *Also mußte im Interesse des Reichs gehandelt werden. Dabei haben wir ein Höchstmaß von Geduld an den Tag*

gelegt. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Unsere Ablehnung, die Bremer Waffen unter die Kontrolle des Korpssoldatenrates des IX. Armeekorps zu stellen, war eine Selbstverständlichkeit, nachdem dieser Armeekorpssoldatenrat der Regierung in aller Form eine Art von Kriegserklärung übermittelt hatte. Ich brauche nur darauf hinweisen, daß dieser famose Korpssoldatenrat aus Anlaß der Bremer Vorgänge sich anmaßte, in aller Form das IX. Armeekorps gegen die Regierung mobil zu machen, Krieg gegen das Reich und die Regierung zu führen. (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Hört! hört! — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es hat sich glücklicherweise ergeben, daß meine Beurteilung der Verhältnisse zutreffend war, daß nämlich dieser Soldatenrat nichts hinter sich hatte. Er hat vor dem Unwillen der eigenen Soldaten das Feld räumen müssen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Aber welches Maß von Verantwortungslosigkeit hätten wir an den Tag gelegt, die Waffen, die in Bremen in unrechten Händen waren, diesen Händen zu überliefern! (Sehr wahr! bei der Mehrheit. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Kein Tropfen Bluts ist in Bremen vergossen worden!) — Herr Henke soll noch ein klein wenig geduldig sein. — Der den Bremer Kommunisten gewiß nicht ungünstig gesinnte Hamburger Dr. Laufenberg, der die Hamburger Mobilmachung gegen die Regierung zur Hilfe für Bremen wohl am lebhaftesten mit befürwortete, hat — wie ich nach dem „Hamburger Echo" zitiere — das Regiment der Bremer Kommunisten, wobei er Herrn Henke, das Mitglied der Nationalversammlung, nicht ausgeschlossen hat, ein Gemisch von Schwäche und Unfähigkeit, Dilettantismus und Putschismus übelster Art genannt. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) In dem Falle hat Herr Dr. Laufenberg zutreffend charakterisiert. (Zustimmung und Heiterkeit bei der Mehrheit. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und noch ein Wort an Herrn Henke. In einer Versammlung der Soldatenräte von Groß Hamburg, über die im „Hamburger Echo" ausführlich berichtet worden ist, wurde von Soldaten, die während der Kampftage in Bremen weilten, berichtet, es sei absolut einwandfrei dargetan, daß ohne das unverantwortliche Verhalten gewisser Leute aus Hamburg und einzelner Leute in den sogenannten Korpssoldatenräten in Altona es in Bremen zu Kämpfen nicht gekommen wäre. (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Hört! hört! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und was hat das „Hamburger Echo" über Sie geschrieben?) — Das hat das „Hamburger Echo" nachher zurückgenommen, es hat eingelenkt, es hat gesehen, daß es unrecht gehabt hat. Das ehrt das „Hamburger Echo". (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Besonders beachtenswert ist, **was die Hamburger Soldaten auf Grund eigener Wahrnehmung über das Verhalten der Bremer Spartakisten oder Kommunistenführer mitzuteilen wußten.** Von Herrn Henke, Mitglied der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie dieser Versammlung, sagte der Soldat Rusch, er finde es wirklich eigenartig, daß gerade der Genosse Henke in den kritischen Tagen von Bremen abwesend (Rufe: Aha! und Hört! hört!) und nach Weimar gefahren war. Verschiedene Redner in der Hamburger Soldatenversammlung haben festgestellt, daß die Bremer Kommunisten die Abmachungen über Waffenruhe vor Bremen nicht eingehalten haben, daß sie trotz des vereinbarten Waffenstillstandes auf unsere Truppen feuerten und dadurch dazu beigetragen haben, daß ein Höchstmaß von Erbitterung in die Truppen hineingetragen wurde. Schließlich sagte der Soldat Rusch in seinem Schlußwort:

> Unter den Bremer führenden Genossen der radikalen Richtung war kein Mensch, der eine Organisation aufbauen konnte, nicht einmal ein Kommando konnte man den Leuten anvertrauen.

Der Soldat Wrede stellte fest:

> Die Bremer Kommunisten haben die Abmachungen nicht gehalten. Sie tragen die Schuld an dem furchtbaren Blutbad. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er habe den Führer der Kommunisten, Bäumer, gefragt, ob seine Genossen die Waffen abliefern würden. Dieser sei aber einer klaren Antwort ausgewichen. Bäumer habe ihn gefragt, was nun mit den bisherigen Bremer Volksbeauftragten geschehen solle. Diese Frage war von einer gewissen Angst diktiert. Er habe Bäumer erklärt, daß er jetzt an die Spitze der Massen gehört, die er monatelang in unerhörtester Weise mit Reden aufgestachelt hat. Nachher war Bäumer verschwunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Über einen anderen Bremer Führer sagte Rusch:

> Ein geradezu unerhörter Terror habe in Bremen geherrscht. Auch in der Revolution kann Ruhe und Ordnung herrschen, wenn nicht unverantwortliche Personen fortgesetzt Unruhe stiften, aber im Augenblick der Gefahr den Kugeln nicht ihre Brust bieten. Dann sind sie nicht zu haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade der Genosse Breitmeier, der Stadtkommandant in Bremen war, war, als die Kugeln pfiffen, nicht dort, wo er gebraucht wurde. Nach seinem Verbleib gefragt, habe er Angaben gemacht, die sich nachher als unwahr erwiesen. (Hört! hört!)

Meine Damen und Herren, **das sind die Revolutionshelden**, für die sich hier die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie begeistert. (Sehr richtig! links. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben schließlich in **Bremerhaven** Truppen einrücken lassen — um einen vollständigen Rechenschaftsbericht abzulegen —, weil von

Bremerhaven bewaffnete Leute nach Bremen gefahren waren zum Kampf gegen die Truppen der Division Gerstenberg. Die Regierung ist erfreut, daß bei Bremen und bei Bremerhaven kein Schuß gefeuert wurde. Nachdem die Elemente, die in Cuxhaven monatelang ein Schreckensregiment leiteten, sich davongemacht haben, wird es hoffentlich auch in Cuxhaven ohne Kämpfe abgehen. Wie es in Cuxhaven getrieben wurde, davon will ich Ihnen nur ganz wenige Beispiele aus einem geradezu bergehohen Material anführen. In dem Blatt der Cuxhavener Spartakisten — es trägt den Titel „Die neue Zeit", es ist das seit Monaten beschlagnahmte, das heißt den rechtmäßigen Eigentümern weggenommene „Cuxhavener Tageblatt" — wurde aus Anlaß der Expedition gegen Bremen tagelang zum Kampf mit Waffen gegen die Regierung aufgerufen. Dieses den rechtmäßigen Eigentümern weggenommene Blatt trägt am Kopf den Titel: „Amtliches Organ des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrats", darunter das Motto — in der geraubten Zeitung! — „Freiheit, Wahrheit, Recht". (Große Heiterkeit.)

Ende Januar nahm der Arbeiter- und Soldatenrat Cuxhaven, der jetzt von der Bildfläche verschwunden ist, der sich immer wieder selbst als spartakistisch bezeichnete, drei mit 2300 Tonnen Kohle beladene Prähme weg. Die Kohlen waren für die Dampfer bestimmt, welche die in Konstantinopel und Südrußland in den traurigsten Verhältnissen lebenden Soldaten abholen sollten. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Durch diesen Gewaltakt wurde die Abfahrt der Dampfer unmöglich gemacht. Wie viele deutsche Soldaten durch den verlängerten Aufenthalt in ungünstigem Klima und harter Gefangenschaft diesen spartakistischen Streich mit dem Leben bezahlen werden, wird wahrscheinlich statistisch nie festgestellt werden können.

Im Hafen von Cuxhaven lagen und liegen noch jetzt 30 Minenschiffe. In den Tagen, als der Streit um Bremen ging, sind von Hamburg für die Geschütze einzelner dieser Minenboote Verschlußstücke herausgegeben worden. Das ist ein grober Verstoß gegen die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland eingegangen ist, wonach alle Schiffe der Kriegsflotte desarmiert werden müssen. Dieser Streich ist verübt in den Tagen, in denen im Hamburger Hafen Kriegsschiffe der Entente lagen, und ich weiß — ich habe die Akten und das ganze Material in Händen —, daß sowohl in Bremen wie in Hamburg diese Leute wußten, daß es sich um einen Bruch der Waffenstillstandsbedingungen handelt. (Hört! hört!) Das ist ein Verbrechen am deutschen Volke, das diese Leute verübten. Sie konnten dem Reich eine Unmenge Schaden zufügen (sehr richtig!), weil eine weitere Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen, die doch wahrlich hart genug sind, uns auferlegt worden wäre. (Große Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, es gibt noch manchen Bezirk im Reich, in dem es nicht so aussieht, wie gewünscht werden muß. Von der Masse des deutschen Volkes wird nach so viel Not und Schrecken, nach den gräßlichsten Blutopfern ein friedlicher Zustand im Innern ersehnt, ja, gebieterisch gefordert, und aus allen Teilen des Reichs wird die Regierung bestürmt, nicht zuletzt von Arbeitern, Arbeiterführern und Arbeiterorganisationen, dem Wirrwarr, der Unordnung und Gewalttätigkeit ein Ende zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben den lebhaften Wunsch, daß das durch Verhandlungen und Mahnungen zu erreichen ist. Deshalb mahnen und dringen wir auch von dieser Stelle aus zur Einsicht und Vernunft. Deutschland kann nicht gesunden, kann sich nicht aus Elend und Not herausarbeiten, wenn der Wirrwarr in einem großen Teile des Landes andauert. Es ist nur eine ganz geringe Minderheit, die zum Bruderkampf hetzt. (Sehr richtig!) Wollen die Verblendeten oder Böswilligen nicht hören und sich dem Willen der großen Mehrheit des Volkes nicht fügen, so muß und soll ihnen mit aller Kraft entgegengetreten werden. (Bravo!) Wir hoffen und haben das Vertrauen in den gesunden Sinn unseres Volkes, der nicht verloren gegangen ist, daß die Androhung weiterer Gewaltmaßregeln in Deutschland hoffentlich für alle Zeiten unterbleiben kann. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Rießer.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Worte des Herrn Haase geben auch meiner Fraktion Anlaß zu einigen Bemerkungen. Wir sprechen eine andere Sprache wie Herr Haase und werden uns deshalb niemals verstehen. Das gilt zunächst von seiner Logik. Diese gipfelte in den köstlichen Worten: „Wäre die Revolution nicht nötig gewesen, so wäre sie nicht ausgebrochen." Also die bloße Tatsache der Revolution genügt Herrn Haase als Beweis für ihre Notwendigkeit. Er wird also seinerseits ohne weiteres auch den Satz unterzeichnen müssen: Wäre die Monarchie nicht nötig gewesen, — so würde sie nicht errichtet worden sein.

Wir sprechen aber auch eine verschiedene Sprache nach der Richtung des vaterländischen Gefühls. Herr Haase hat ohne jedes Bedauern, vielmehr mit einer gewissen Genugtuung und Behaglichkeit ausgeführt, daß man in der zivilisierten Welt, daß man insbesondere auch bei den Neutralen die Schuld am Kriege Deutschland beimesse. Daran reiht sich würdig die vor der Öffentlichkeit ausgesprochene Behauptung von den Gewaltfrieden, die wir geschlossen hätten. Dagegen hat er nicht ein Wort verloren über die Einkreisungspolitik unserer

Feinde vor dem Kriege und ihre Unmenschlichkeiten im Kriege, kein Wort gesagt gegen die Gewalttaten seiner Freunde, obwohl er wußte, daß alles das geschehen ist, was Herr Noske soeben in vernichtender Anklagerede ihm vorgehalten hat. Wer russisches Gold annimmt, um das eigene Vaterland in eine Schmach sondergleichen zu versetzen, wer dann im gegebenen Augenblick, Herr Henke, bei den von ihm angezettelten traurigen Vorgängen nicht zu finden ist, weil er seine Hände in Unschuld waschen will, der hat wenig Sinn für vaterländisches Empfinden, worauf der wohl auch keinen Anspruch erhebt, der einmal im Reichstag vom „sogenannten Vaterland" gesprochen hat. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wer kein Wort der Kritik gegen die übrig hat, die Herrn Radek haben kommen lassen, um mit ihm zu beratschlagen über die besten Wege, um außer Berlin auch die Provinz in Revolution und in Straßenkämpfe zu versetzen; wer ein naher Freund des Herrn Eichhorn ist, der für Berlins Sicherheit zu sorgen hatte und sie dahin verstanden hat, daß er, allerdings nicht Studenten, wohl aber Verbrechern die Waffen in die Hand gedrückt hat, der hat kein Recht, hier so zu sprechen, wie es Herr Haase getan hat. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben im übrigen kein Interesse daran, uns in die besonderen Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien zu mischen, aber Sie, die Herren Unabhängigen, sind gewiß nicht berufen, der Regierung vorzuwerfen, sie treibe „Bolschewismus"! Da kommt denn doch der Satz zu seiner Geltung: Wer ertrüge es, daß die Gracchen sich darüber beklagen, daß andere Revolution machen! (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Und dann verlangen Sie noch Amnestie für diejenigen, welche, wie Sie sich ausdrückten, „im Übermaß revolutionärer Leidenschaften gefehlt" haben!

Herr Haase hat sich heute und auch bei anderen Gelegenheiten, wie ich anerkenne, theoretisch scharf von den **Spartakusleuten** getrennt. Er muß doch wohl empfunden haben, daß sie nicht nur in ihren Theorien, sondern auch in anderen Dingen noch weiter gegangen sind wie diejenigen, die aus dem Unabhängigenlager heute von Herrn Noske des Diebstahls, des Raubes, der Erpressung beschuldigt worden sind. Wenn Sie sich aber wirklich von der Spartakusgruppe trennen wollen, wenn Sie wirklich glauben, daß sie das zulässige Maß des Erträglichen überschritten hat, welches Sie selbst unsagbar weit stecken, nun, dann sagen Sie ihr doch, sie möge nicht auf dem Schlachtfelde, auf dem das Vaterland blutend daniederliegt, die Rolle der Schlachtenhyänen spielen. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.) Sagen Sie der Spartakusgruppe, wenn Sie es ehrlich meinen, daß, wenn sie es so fort treibt, für sie umgewandelt das Dichterwort gilt: Es wird die Schmach von ihren Erdentagen nicht in Äonen unter-

gehen! (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und nun gehe ich, bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, mit zwei Worten über auf den **Gesetzentwurf wegen der 25 Milliarden.** Wir müssen uns vorbehalten, den Antrag zu stellen, daß dieser Gesetzentwurf an einen Ausschuß verwiesen wird. Es ist eine solche Menge von Punkten in diesem Entwurf enthalten, die eine nähere Erläuterung, und zwar in einer Kommission, nicht in der Öffentlichkeit, wo man nicht alle diese Dinge besprechen kann und darf, nötig machen, daß ich wohl glaube, daß wir im Interesse der Sache dazu gelangen werden, eine Ausschußberatung zu verlangen, die ja beschleunigt werden kann.

Wir sind bereit, die **Bauforderung von 300 Millionen,** von der ich voraussetze, daß sie noch etwas mehr, als es in der Begründung geschehen ist, uns mündlich begründet wird, auch ohne Ausschußberatung zu bewilligen, und auch da, wo uns nachgewiesen wird, daß es absolut notwendig ist, über die 300 Millionen hinaus bis zu einer Milliarde oder etwas mehr sofort zu bewilligen, damit nicht etwa der Gang der Staatsmaschine irgendwie gestört wird. Aber wir glauben, daß Dinge wie die Banknotenausgabe von 35 Milliarden statt der Friedensausgabe von 2,2 Milliarden, die Angaben über die Ausgaben der A.- und S.-Räte und über die Verwertung der Heeresbestände, die statt 8 Milliarden nur 3 Milliarden — sie wird sich wohl schließlich auf nur eine Milliarde herabmindern — ergeben hat oder ergeben wird, doch einer näheren Beleuchtung in einem Ausschuß dringend bedürfen. Die Statistik, die der Herr Reichsminister nach dieser Richtung angekündigt hat, ist ja noch nicht erledigt, die Unterlagen auch noch nicht vollständig herbeigeschafft, aber jedenfalls müssen uns in dieser Beziehung diejenigen näheren Angaben gemacht werden, die heute gemacht werden können.

Damit komme ich zu dem Thema, das ich zu behandeln habe.

Die **Revolution vom 9. November 1918** traf die Kreise, die man unter dem etwas unklaren, aber doch von der Sozialdemokratie als technischer Begriff eingebürgerten Worte „Bürgertum“ zusammenfaßt, im Zeichen fast völligen Zusammenbruchs. Die deutschen Fluren waren im großen und ganzen frei geblieben vom Feinde; aber die Seelen waren verwüstet durch den mehr als vierjährigen Krieg, durch die demoralisierende und entnervende Zwangswirtschaft, die Not in Lebensmitteln, Kohlen und Rohstoffen und die mit elementarer Gewalt wie ein Meteor aus heiterem Himmel herabgestürzte Notwendigkeit des Waffenstillstands. Alles das war für das Bürgertum genügend, um wie hypnotisiert dieser Revolution gegenüberzustehen. Das deutsche Volk aber durfte sich damals auch im Rück-

blick auf den verlorenen Krieg nach unserer Überzeugung sagen, daß es diesen Krieg weder gewollt, noch herausgefordert, noch verschuldet hat.

Wenn der vom Vertrauen des bayerischen Volkes nicht übermäßig belästigte bayerische Ministerpräsident (Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei) unsere Schuld am Weltkriege durch einseitige Veröffentlichung aus nicht maßgebenden Tagen hat erweisen wollen — wir tragen ja vielfach den Feinden selbst die Scheite zu, aus denen sie uns dann den Scheiterhaufen bereiten — (sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei), dann mag demgegenüber lediglich auf das alte Wort Macchiavellis verwiesen werden, das da lautet: „nicht wer zuerst die Waffen ergreift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötigt".

Auch die Revolution hat das deutsche Volk als ganzes nicht gewollt und, abgesehen von den sozialdemokratischen Kreisen, auch nicht gemacht, wie der Volksbeauftragte Ebert am 6. Februar d. J. hier behauptete. Es ließ vielmehr die Revolution aus den Gründen, die ich angedeutet habe, willenlos über sich ergehen (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), ohne daß es die Notwendigkeit dieser Revolution hat einsehen können. Hatte doch der Reichstag kurz vorher in den wichtigsten Fragen so gewaltige Fortschritte angebahnt, wie sie ein Volk sonst in langen Jahren nicht zu machen pflegt. Der Parlamentarismus war eingeführt, der verantwortliche Reichskanzler und ein verantwortliches Reichsministerium bestellt worden, die Kommandogewalt unter die Zivilgewalt gestellt, das Zivil- und Militärkabinett beseitigt und das Recht des Kaisers, allein Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, aufgehoben worden. Und das alles ist im Wege friedlicher Evolution erreicht worden, die zudem, wie man damals auch allerseits betont hat, den weiteren Fortschritt nach keiner Richtung ausschloß und ausschließen sollte.

An Stelle dieser friedlichen Evolution, die für eine ruhige Weiterentwicklung durchaus Raum ließ, trat dann urplötzlich die Revolution ohne erkenbaren ethischen Grundgedanken (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei) und ohne ein wesentliches anderes soziales und wirtschaftliches Ziel als die Sozialisierung, die allerdings von sozialdemokratischen Kreisen seit sehr langer Zeit nicht als ein Mittel, sondern als das Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klasse betrachtet wurde. Diese Revolution aber hatte bis zum Tage, an dem die provisorische Verfassung in Kraft getreten ist, gerade das getan, was die Sozialdemokratie früher unter dem alten System auf das heftigste bekämpft hatte: sie hat — das ist zweifellos — eine nackte Klassenherrschaft und eine Klassendiktatur hervorgerufen (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), welche Zustände zur Folge hatte, die so schlimm niemals unter dem alten System geherrscht hatten.

Unter den heute sichtbaren „Ergebnissen" der Revolution ist in erster Linie die **Schaffung der Republik** hervorzuheben. In bezug darauf habe ich für die Fraktion der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung abzugeben:

„Die durch die Revolution im Deutschen Reiche und seinen monarchischen Einzelstaaten geschaffene Staatsform der Republik kann und wird erst durch die von der Nationalversammlung zu beschließende endgültige Verfassung eine rechtliche Grundlage erhalten. Jede geschichtswidrige Kritik an den ruhmreichen Leistungen und Überlieferungen der deutschen Monarchie lehnen wir ab. Wir erkennen jedoch an, daß im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Erhaltung der monarchischen Staatsform ausgeschlossen ist, und sind daher bereit, der verfassungsmäßigen Einführung der republikanischen Staatsform unsere Stimme nicht zu versagen und an dem weiteren Ausbau der Verfassung mitzuwirken." (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir, meine Damen und Herren — das möchte ich unserer Erklärung hinzufügen — werden stets in aufrichtiger Dankbarkeit weiter der Monarchen gedenken, die als erste Diener des Staates zusammen mit großen Staatsmännern und Feldherren in treuer und unermüdlicher Arbeit und Pflichterfüllung die Kraft und die Einheit Preußens und damit des Reichs begründet und befestigt haben. (Bravo! rechts.)

Wir glauben, daß die Worte, die der jetzige Reichspräsident Ebert am 6. Februar d. J. gesprochen hat:

Die Revolution lehnt jede Verantwortung ab für das Elend, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten . . . das deutsche Volk gestürzt hat; . . . sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot

— wir glauben, daß diese Worte den Tatsachen nicht entsprechen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich stelle folgendes fest: Als die Revolution vom 9. November 1918 ausbrach, war die Organisation unserer Industrie, soweit nicht Stilllegungen und Fehler der Zwangswirtschaft sie gelähmt hatten, war ferner die Organisation unserer Banken und die Organisation des öffentlichen und privaten Kredits im wesentlichen intakt. Die Betriebe arbeiteten, die Schornsteine rauchten und von der „kapitalistischen Unordnung", die, wie ein Regierungsflugblatt nach der Revolution meinte, durch die „sozialdemokratische Ordnung" ersetzt werden sollte, war recht wenig zu bemerken. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Dagegen artete die **Revolution**, wie mit Bedauern auch von mehreren Mitgliedern der sozialdemokratischen Mehrheitspartei festgestellt worden ist, sehr rasch in eine wüste **Lohnbewegung** aus, auf die man nur die Worte anwenden kann: „Jeder schien nur besorgt, es bliebe was übrig für morgen!" Ein Streik folgte dem andern. Die

mit vollem Rechte vielgerühmte sozialdemokratische Erziehung und Organisationskunst versagte fast völlig. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Die Mahnungen der Gewerkschaften, die Großes geleistet hatten, wurden in den Wind geschlagen. Trotz der Forderung auf Abkürzung des Arbeitstages und ohne jede Rücksicht auf die Lage des Unternehmens wurden maßlose, natürlich auch sofortige Preiserhöhungen verursachende Lohnerhöhungsforderungen gestellt — wir haben heute schon Beispiele genug davon gehört —, die durchgesetzt wurden durch rohe Gewalt, insbesondere durch Verhaftungen der Betriebsleiter, Erhöhungen, die selbst bei einem so gut fundierten Werke wie zum Beispiel dem Stahlwerk Hösch, allein im Monat Dezember 1918 einen Betriebsverlust von 3 Millionen Mark, bei einem anderen Werke allein im Monat Dezember 1918 einen solchen von 9 Millionen Mark verursachten. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Im Kohlenbezirk Oberschlesien wurden die Tageslöhne nach amtlichen Berichten von 4,85 Mark im Jahre 1913 auf 19 Mark im Jahre 1918 hinaufgetrieben, also, wenn man 1913 mit 100 einsetzt, um mehr als 391 Prozent, und ähnlich ging es im Ruhrkohlengebiet und im Braunkohlengebiet Halle zu. In Berlin setzten die Müllkutscher einen Tageslohn von 21 Mark, also von über 7500 Mark im Jahre, durch, die Soldaten erhielten eine Löhnung von 30 Mark im Monat und 90 Mark Vergütung für besondere Dienstleistungen, Stalldienst, Wachen usw., also von 120 Mark monatlich nebst freier Bekleidung und Verköstigung, die man mit 150 Mark bewerten kann, also im ganzen 270 Mark im Monat, während ein Leutnant nur ein immobiles Gehalt von 125 Mark bezog und sich selbst kleiden und verköstigen mußte.

Mit den wilden Streiks und den vielfach erpreßten Lohnerhöhungen gingen **„wilde" Sozialisierungen** Hand in Hand. In der Zeche „Viktoria" der Harpener Bergbaugesellschaft, um nur ein Beispiel zu nennen, setzte der Arbeiterrat kurzer Hand die Direktion ab, nahm selbst — die Herren glauben ja immer, daß die Leitung aller Verwaltungen ohne Sachkenntnis vor sich gehen kann — (sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei) die Leitung in die Hand, stellte ohne Prüfung der Sachkenntnis Beamte an, die für die Sicherheit des Betriebs, für das Leben der Arbeiter verantwortlich sind (hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei), Beamte, die verantwortlich für die Abbaumethoden sind, die, wenn sie planlos vorgenommen werden, in wenig Tagen die Arbeit von Jahren zerstören können! Die Verwaltung sieht heute den Ruin vor Augen, und ist nicht in der Lage, Millionen von Werten zu retten und für die Sicherheit von Tausenden von Arbeitern die Verantwortung weiter zu tragen. Und angesichts aller dieser Verhältnisse glaubte der damalige Volksbeauftragte Ebert, dessen Person ich, ebenso wie die seiner Kollegen, außerordentlich hoch stelle, am 6. Februar d. J. an die Industrie dennoch

einen dringenden Appell richten zu müssen, „die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern!"

Man darf wohl die Frage aufwerfen — und sie ist von einem Redner schon gestellt worden —, was sich denn ereignet hätte, wenn unser bewährtes, pflichteifriges treues Beamtentum zusammen mit unserer Industrie nach Ausbruch der Revolution nicht weiter gearbeitet hätte. (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.) Und dabei die beständigen Einbrüche in Munitions- und Lebensmitteldepots, die namenloseste **Verschleuderung von Heeresgerät**, Pferden, Maschinengewehren und Automobilen unter den Augen der Soldatenräte und leider auch der Regierung! (Hört! hört! rechts.) Es sind Fälle bekannt geworden, in denen Soldaten um wenige Mark ein Pferd, um hundert Zigaretten ein Maschinengewehr verkauft haben, als ob es keinen Richter mehr gäbe, an die man solche Burschen und ihre Mittäter, Begünstiger und Hehler zur gründlichen Ausheilung hätte verweisen müssen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Milliarden sind auf diese Weise verschleudert worden, bei der nur die eine Parole zu gelten schien: „erlaubt ist, was gefällt!" In keinem Staate der Welt würde man wohl mit solchen Leuten so nachsichtig verfahren sein. Dabei die wahnwitzigsten **unkontrollierten Ausgaben**, über die wir näheres in einer Kommission hören wollen (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), die Milliarden verschlangen und über deren Höhe man nach den heutigen Mitteilungen des Herrn Reichsministers Schiffer erst am 13. Januar 1919, also erst nach drei Monaten seit Beginn der Revolution, statistische Erhebungen veranlaßt hat. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob die Ausgaben zu Lasten des Reichs, zu Lasten der Kommunen oder anderer geschehen sind. Denn die Steuerzahler im Reich haben ja schließlich doch alles zu tragen. So ist am letzten Ende die kaum noch zu überbietende Produktion der Banknotenpresse die einzige blühende Produktion gewesen, und wir treiben, wenn wir nicht schon darin sind, einer Katastrophe sondergleichen zu, wir treiben dem Bankerott zu, wenn nicht in energischer Weise, wozu glücklicherweise der Reichsminister Noske einen guten Anfang gemacht hat, endlich einmal alle geschützt werden, nicht nur das Bürgertum in dem spezifischen Sinne, sondern auch die Arbeiter, die arbeiten wollen, wenn nicht überhaupt jeder, der arbeiten will, vor jenen namenlosen Erpressungen und Bedrohungen geschützt wird. Ich glaube, daß man wohl der ehemaligen Regierung einen schweren Vorwurf daraus machen kann, daß sie nicht früher energisch eingegriffen hat (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), daß sie nicht früher die Verbrecher, die ich hier erwähnte, an den Richter verwiesen hat, damit sie einmal einen Begriff davon bekommen, daß „die revolutionären Leidenschaften" nicht, wie Herr Haase heute bei seiner Forderung der Amnestie zu meinen schien.

davor schützen, daß man sich schweren Strafen auch in der Revolutionszeit aussetzt, wenn man in rechtswidriger Absicht rechtswidrige Handlungen begangen hat.

Die frühere Regierung hat aber auch im Reich und in den Einzelstaaten einen Zustand beständigen Durcheinanders zwischen der regierenden und vollziehenden Gewalt lange völlig tatenlos zugelassen, der zu den bedenklichsten Zuständen von Willkür, Gewalt und Rechtsunsicherheit geführt hat.

Sie hat aber ferner zu unserem lebhaften Bedauern **Maßnahmen** beschlossen und zugelassen, welche die **Reste unseres Heeres zertrümmert** haben und die Disziplin untergraben mußten. In Berlin nicht nur, sondern an tausend anderen Stellen sind Flugblätter erschienen, durch welche die Offiziere, die in vorbildlicher Weise jahrelang ihr Leben für uns eingesetzt haben, mit Schmutz beworfen wurden.

Offenbar ist man vor dem Fortbestande und vor der Bildung größerer Heeresmassen zurückgeschreckt. Aber man sollte doch nicht vergessen, daß ohne Ruhe, Ordnung, Autorität und Sicherheit des Eigentums auf die Dauer kein Staatswesen denkbar ist, und daß darum das Heer, wenn es nach außen oder nach innen zum Schutze solcher Güter berufen wird, nicht etwa nur als ein Machtmittel, sondern in erster Linie als ein Organ des Rechtes selbst zu betrachten ist. (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.) Es ist uns ein Bedürfnis, den Mannschaften und den Offizieren, welche jahrelang für uns gekämpft haben, unseren tiefstgefühlten Dank auszudrücken (bravo! bei der Deutschen Volkspartei), und dieser Dank soll auch den Gefallenen gelten, die gestorben sind, damit wir leben, und deren bleiches Haupt wir mit dem Lorbeerkranze schmücken möchten, den das Vaterland nur an seine Besten und Edelsten vergibt. (Erneuter Beifall.) Wir sind bereit — und wir freuen uns, daß dies auch ein Punkt des Regierungsprogramms ist —, mit allen übrigen Parteien die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Gefallenen und die Kriegsbeschädigten, soweit wie irgend denkbar, zu fördern, weil uns dies als unsere gemeinsame Ehrenpflicht erscheint.

Es ist kein Zufall, daß die bedauerliche **Schwäche der früheren Regierung** — mehr will ich nicht sagen, zumal diese Regierung sich inzwischen staatsrechtlich für uns verflüchtigt hat — allen diesen Vorgängen gegenüber so lange angedauert hat, bis endlich einmal der jetzige Reichsminister Noske anfing durchzugreifen. Vielmehr ist diese Schwäche im wesentlichen aus drei Momenten zu erklären. Einmal daraus, daß sie in einer alle angemessenen Grenzen überschreitenden Weise Rücksicht und abermals Rücksicht und

immer wieder Rücksicht auf die linksstehenden Parteien genommen hat. Sie hat ja damit aufhören müssen, als niemand mehr übersehen konnte, was freilich von vornherein mit Sicherheit zu erwarten war, daß diese Langmut doch nur ein immer größeres Anschwellen der Versuche bewirkt hat, gegen jede Ordnung und gegen jede Ruhe mit Gewalt vorzugehen. Der zweite Grund der Schwäche war nach meiner Auffassung die beständige Rücksicht auf die Arbeiterinternationale, die man jetzt wieder zusammenzuleimen sucht. Und endlich hat man offenbar Angst gehabt, Truppen nach außen und innen zu verwenden, weil man dem „Militarismus" damit keine Nahrung geben wollte. Ich glaube nicht, daß Herr Ebert und die anderen Volksbeauftragten einer früheren Regierung, falls sie ähnliche Nachsicht bewiesen hätte, eine auch nur annähernd so lange Schonzeit als Reichstagsabgeordnete zugebilligt hätten, als sie dieselbe jetzt für sich selbst in Anspruch nahmen. Es sind überdies außerordentlich schlimme Folgen dadurch hervorgerufen worden, daß man auch nach außen, obwohl vielfache Mahnungen dazu aufforderten, nicht rechtzeitig disziplinierte Truppen entsandt hat zum Schutze gegen Polen, gegen Tschecho-Slowaken und russische Bolschewisten, die sich bereits wieder melden, um Hand in Hand mit den Spartakisten unser armes Vaterland wiederum zu zerfleischen.

Ich glaube, daß diese Schwäche der früheren Regierung in den meisten in die neue Regierung übergetretenen Mitgliedern fortbestehen wird und daß sie gar nicht in der Lage sind, sie völlig zu überwinden, wenn sie es auch zweifellos versuchen. Wir sind deshalb der Meinung, daß die Sozialdemokratie genügend bewiesen hat, daß sie nicht berufen ist, dauernd allein die Zügel der Regierung zu führen (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), und daß es aus den geschilderten Gründen die größten Bedenken hat, wenn sie in der künftigen Regierung auch nur die ausschlaggebende Stimme hat. Unsere Ansichten über unsere Politik nach innen und nach außen haben wir in zwei Anträgen zum Ausdruck gebracht, die einer meiner politischen Freunde demnächst begründen wird. Aber ich möchte diesen Teil meiner Ausführungen nicht beenden, ohne auch meinerseits den **Anschluß Deutsch-Österreichs** an das Deutsche Reich aufs wärmste zu begrüßen. Wir haben in meiner Fraktion folgenden Beschluß gefaßt:

> Den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich begrüßt die Fraktion der Deutschen Volkspartei auf das wärmste. Sie sieht in dieser Vereinigung einen dauernden Gewinn für beide Teile in staatlicher, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung, eine glückliche Ergänzung der beiderseitigen Eigenart und eine starke Bürgschaft für eine fruchtbare und hoffnungsreiche gemeinsame Zukunftsarbeit. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren, die Revolution hat die alten Parteiformen gesprengt. Die Revolution und ihre Lehren

konnten und können nicht an irgendeiner Person, nicht an irgendeiner Partei, auch nicht an Parteiprogrammen spurlos vorübergehen. Innerhalb der bürgerlichen Kreise, die zunächst zur Ohnmacht verurteilt waren, bildeten sich, im Anschluß an alte Richtungen, mit neuen Programmen neue Gruppen, Gruppen, die auch durch neue Namen, wie es scheint, andeuten wollten, daß sie die Erbschaft der früheren nur cum beneficio inventarii anzutreten gedachten. Aber auch damit dürfte nicht das letzte Wort der Entwicklung gesprochen sein, da es sich überall nach unserer Ansicht um Gärungsprodukte einer gärenden Zeit handelt. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß einmal doch noch eine **einheitliche liberale Bürger- oder Volkspartei** sich bilde, die alle nichtsozialistischen und freiheitlich gesinnten Kreise zusammenfaßt. (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Das hätten Sie ja haben können.) — Nein, eine demokratische, aber nicht eine liberale, ich komme ja eben darauf, — eine Partei, deren jetzige Bildung durchaus nicht, wie man gesagt hat, aus persönlichen Gründen — diese würden unser Handeln niemals beeinflussen können und auch jedenfalls das meinige nicht —, sondern aus sachlichen Gründen leider nicht zustande kommen konnte. Wir, die wir uns zu der Nachfolgerin der alten nationalliberalen Partei rechnen, der ich selbst seit meinem 18. Lebensjahre angehöre — lang, lang ist's her! —, wir haben uns der Deutschen Volkspartei angeschlossen, weil wir uns bewußt dazu bekennen wollten, daß wir eben nicht Demokraten, sondern daß wir Liberale sind. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Steht ja in Ihrem Programm!) — Ich komme auch darauf, und zwar sofort. —

Mag auch unter dem Einfluß der demokratischen Revolutionswelle in manchem Programm, nicht nur in dem unserigen, vorbehaltlich der endgültigen Fassung durch einen Parteitag, auch von demokratischen Grundlagen die Rede sein, mag auch der Liberalismus — die Unterschiede sind wirklich zu tief, als daß man sie im Wege des Zurufs abmachen könnte — mag auch der Liberalismus längst manche demokratische Einrichtung, wie das allgemeine gleiche Wahlrecht im Reich, angenommen haben, so ist doch der Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie — ich polemisiere damit nicht gegen eine Partei, sondern will nur Klarheit schaffen, die uns notwendig erscheint — so ist doch der **Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie** nicht nur ein „Wortspiel", wie man in Zeitungsartikeln glaubte sagen zu können. Das wird der nicht verkennen, der die Geschichte unserer deutschen Parteien aufmerksam verfolgt hat und nicht nur an der Oberfläche der Dinge haften will. Es kommt lediglich darauf an, welchen Charakter die ganze Grundlage, das Wesen und die Ziele einer Partei tragen; denn sie allein können ihr Handeln und das ihrer Mitglieder bestimmend beeinflussen. Der Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie ist und war nie lediglich ein Unterschied der politischen Taktik, sondern

ein Unterschied der politischen Gesinnung und Grundanschauung. Diese kann und muß sicherlich manche Umbildung bei großen Umwälzungen erfahren, die auch ohne weiteres bewirken können, daß manche demokratische Einrichtungen auch von liberaler Seite angenommen oder hingenommen werden. Wir aber unsererseits — das mögen Sie uns schon glauben — wäre es nicht wahr, ich würde mich nicht dazu hergeben, es auszusprechen — sind durchdrungen von der lebendigen Kraft und der fortdauernden Notwendigkeit des Liberalismus (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), der mit uns verwachsen ist und mit dem wir verwachsen sind, der neben und mit der Demokratie, aber unabhängig nach links und rechts bestehen kann und wird, sich aber doch von der Demokratie in vielen praktischen Fragen unterscheidet.

Wir werden insbesondere auch ferner mit aller Energie dafür eintreten, daß die Persönlichkeit in dem Sinne, wie sie heute der Reichsminister Schiffer gekennzeichnet hat, auch im Staatsleben neben der Menge die ihr gebührende Würdigung und Stellung erfahre; daß überall ein gerechtes Verhältnis zwischen Leistung und Leistungsbewertung bestehe und daß, wo immer es im Staate angängig ist, die Einzelpersönlichkeit nicht durch das Gewicht und die Zahl der Masse erstickt werde. Wir wollen dafür sorgen, daß jedem sein Recht nicht etwa nur „nach seinem Bedarf" werde, wie es nach 1875 im sozialdemokratischen Parteiprogramm heißt, sondern „nach seinem Verdienst", wie es bis 1875 im sozialdemokratischen Parteiprogramm gestanden hatte. Die Förderung der Lebenshaltung und der Lebensinteressen der Massen selbst, der Voraussetzung ihres Emporsteigens und ihre wirtschaftlichen Fortschritte werden nach allen Richtungen Gegenstand auch unserer wie aller anderen Parteien eingehendsten Fürsorge sein. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.) Wir halten eine gesunde und energische Mittelstandspolitik, insbesondere zugunsten der kleineren und mittleren Landwirte, Bauern und Kleingewerbetreibenden, der Handwerker, Beamten, Arbeiter und Angestellten für eine unserer wichtigsten und dringlichsten Aufgaben. Ohne solche Fürsorge und Förderung könnten wir uns nicht einen sozialen Staat denken, den wir wünschen, denn wir wollen, um es ganz scharf auszusprechen, einen sozialen, aber nicht einen sozialdemokratischen Staat. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.) Von der Demokratie trennt uns eben deshalb auch die alte Erfahrung, daß stets demokratische Parteien ihrem Wesen nach notwendigerweise und in wachsendem Umfange Konzessionen an die Sozialdemokratie machen müssen, die ja eben eine sozialistische Demokratie ist, Konzessionen, die wir unsererseits nicht mitmachen können. Das bezieht sich nicht nur auf rein politische Fragen, das bezieht sich auch auf die Hauptfrage, die jetzt im Vordergrunde unserer wirtschaftlichen

Sorgen steht und stehen muß, auf die **Sozialisierungsfrage,** obwohl programmmäßig auch die deutsche demokratische Partei, wie alle übrigen bürgerlichen Parteien, grundsätzlich die Sozialisierung ablehnt. Ich habe absichtlich die politischen Tagesfragen meinerseits nicht im einzelnen behandelt, teils, um nicht dem zweiten Vertreter meiner Fraktion, der sie erörtern wird, vorzugreifen, teils, weil wir glauben, daß doch weithin darüber Übereinstimmung besteht, daß man in der gegenwärtigen Lage die wirtschaftlichen Fragen, von denen der Wiederaufbau unserer Wirtschaft abhängt, in die erste Reihe der Erörterung stellen soll.

Gerade in der Frage der Sozialisierung, der Vergesellschaftung, handelt es sich nach unserer Überzeugung für das Bürgertum, besonders für Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie, um die ganze Zukunftsmöglichkeit, um Leben oder Vegetieren, um Hoffnung auf Wiederaufbau unserer Wirtschaft oder um Siechtum und Untergang, während es sich dabei, wie wir zugeben, für die Sozialdemokratie nach ihrer bisherigen Grundauffassung und ihrem Programm um das wesentlichste Ziel der revolutionären Bewegung handelt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Darüber wollen wir uns eben ganz sachlich auseinandersetzen. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, ehrlich überzeugt, daß, wenn die Produktionsmittel, alles das, was wir unter dem Begriff „Kapital" zusammenfassen, also insbesondere die industriellen Betriebe, der Grund und Boden, die Verkehrsanstalten, die Maschinen, die Rohstoffe usw., aus dem Privateigentum ausscheiden und in das Eigentum und in die Verwaltung des Staates, der Gemeinde usw. übergehen, eine Steigerung und Verbilligung der Produktion, eine Verminderung des Preises der Rohstoffe, Waren und Lebensmittel, die für die Arbeiter notwendig sind, eine Verbesserung der Bezüge und der sonstigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter eintreten werde. Jedenfalls, meine Damen und Herren, handelt es sich gerade hier um eins der höchsten Ideale der Sozialdemokratie, das, nach Widerlegung mancher anderen Theorie, wie z. B. der Verelendungstheorie, auch heute noch festgehalten wird, heute sogar mehr denn je. Wenn es sich aber um Ideale handelt, muß man solche Anschauungen achten, auch wenn man die Überzeugung selbst, die ihnen zugrunde liegt, nicht teilen kann. Denn es dreht sich dabei um den Inbegriff der Hoffnung von Millionen, die bisher ehrlich überzeugt waren, auf keinem anderen Wege zu dem auch von uns begrüßten Ziele angemessener und menschenwürdiger Existenzbedingungen für die Arbeiter gelangen zu können; um die Überzeugung von Millionen, die für ihre sozialdemokratische Überzeugung unter der Herrschaft früherer törichter Ausnahmegesetze oft genug Hunger, Elend und Gefängnis durchgekostet haben.

Es kann keine Rede davon sein — und namentlich nicht bei der vorgerückten Zeit —, daß ich auch nur versuchen wollte, diese Frage

erschöpfend hier zu begründen. Wir unsererseits glauben aber — und das will ich mit großem Ernst voranstellen —, daß die seitens der Sozialdemokratie von der Sozialisierung erwarteten Vorteile nicht eintreten werden, dagegen Nachteile eintreten müssen, die letzten Endes nicht nur für die Gesamtheit, sondern auch für die Arbeiter selbst vernichtend wirken werden (sehr richtig! rechts), obwohl auch wir davon durchdrungen sind, daß man den wirtschaftlichen Faden jetzt nicht etwa an demselben Ende aufnehmen kann, wo er mit dem Kriege gerissen ist.

Einige **Gegengründe gegen die Sozialisierung** lassen Sie mich andeuten:

Die Sozialisierung, Vergesellschaftung, ist nach unserer Überzeugung wie die Todesstrafe ein irreparables Mittel. Leistet sie nicht, was von ihr erwartet wird, dann ist die Privatwirtschaft, nachdem sie einmal völlig oder zum großen Teil in die Hände des Staates, der Gemeinden usw. übergeführt ist, nie wieder zu gesundem Leben zu erwecken. Es handelt sich also dabei um ein unsagbar gefährliches Experiment, und für solche Experimente ist die Widerstandskraft des Patienten, nämlich unseres heutigen Wirtschaftskörpers, bei weitem zu schwach. Operationen auf Leben und Tod verträgt unsere aus tausend Wunden blutende Wirtschaft unter keinen Umständen mehr (sehr richtig! rechts), ganz abgesehen davon, daß unsere Feinde, wie der frühere Staatssekretär Dr. August Müller mit Recht einmal hervorhob, verstaatlichte Betriebe ohne weiteres als Pfand für ihre maßlosen Forderungen betrachten, womit diese Betriebe unserer freien Verfügung entzogen sein würden.

Auch die Sozialisierungskommission, die eingesetzt worden ist, unter dem Vorsitze des wissenschaftlich sehr bekannten Herrn Kautsky und der Demokraten Professor Franke und Dr. Vogelstein, hatte ihre Tätigkeit mit einem grundsätzlichen Bekenntnis für die Sozialisierung eingeleitet. Sie hatte aber damals vorsichtig hinzugefügt, daß man die Ausführung noch hinausschieben müsse, weil heute die Industrie nicht so kräftig sei, daß man eine Sozialisierung vornehmen könne. Die Sozialisierungskommission hat jedoch allmählich ganz offensichtlich diese Ruhe und diese Vorsicht und damit das erforderliche Gleichgewicht verloren. Offenbar veranlaßt durch die wilden Sozialisierungen hat sie gefürchtet, daß ihr die Zügel völlig aus den Händen gleiten würden, und hat sich für verpflichtet gehalten, nun die Regierung zu raschen, tiefgreifenden staatssozialistischen Maßnahmen, teilweise vorbereitender, teilweise tief einschneidender Natur, zu veranlassen, die nicht etwa alle ungünstig von mir kritisiert werden sollen. Aber die damalige Regierung hatte versprochen, keine einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung vorzunehmen, und das ist auch der Standpunkt, den wir bei Prüfung dieser Maßnahmen ein-

nehmen müssen. Infolge dieser veränderten Haltung der Sozialisierungskommission wurden dann wieder die tollsten Eingriffe von Soldatenräten und anderen Körperschaften vorgenommen, so daß ich nur vollständig den weiteren Worten des Herrn Staatssekretärs Dr. August Müller zustimmen kann, daß die Einsetzung der Sozialisierungskommission — ich zitiere wörtlich — „wesentlich dazu beigetragen hat, die Sozialisierungswut anzufachen und die Begehrlichkeit anzuspornen". Die Kommission hat nach Zeitungsmeldungen, als ob ihre Mitglieder Staatssekretäre oder Minister wären, ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Wir können nur dringend raten, ihrem Rückzuge keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. (Sehr richtig! rechts.) Nach unserer Überzeugung muß die **Privatwirtschaft** die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleiben, muß, soweit es irgend angängig ist — hier hat weder die Sozialisierungskommission, noch die frühere Regierung sich zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen können —, die Zwangswirtschaft und müssen die Kriegsgesellschaften in weitestem Umfange aufgehoben, muß der freie Handel wieder eingeführt werden, der ja ohnehin durch den Krieg auf äußerst enge Verhältnisse gebannt gewesen ist. Die Privatwirtschaft — sage ich — muß die feste Grundlage bleiben (Zustimmung rechts), jene Privatwirtschaft, die unsere Gesamtwirtschaft von 1870 bis zum Kriege zu einer so glänzenden Höhe geführt hat, zu einer derart glänzenden Höhe, daß der Wohlstand des Reichs nicht nur gestattet hat, kulturelle und militärische Ausgaben in sehr weitem Umfange vorzunehmen, sondern auch jene gewaltigen sozialen Ausgaben auf dem Gebiete der sozialen Versicherungsgesetzgebung, in der noch heute Deutschland an der Spitze der Nationen marschiert. Eine Ursache zu einem völligen Verlassen dieser Grundlage wäre nur dann gegeben, wenn anzunehmen und bewiesen sein würde, daß die Privatwirtschaft selbst nicht imstande ist, das zu tun, was man fordern muß: billigere, raschere, größere und rationellere Produktion und angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiter und Angestellten zu schaffen. Aber eine solche Annahme ist nach allen Richtungen irrig. Zweifellos haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten seit 1870 bis zum Kriege wesentlich gebessert. Daß sie jetzt unzulänglich sind, steht fest, weil ja unter anderem der Geldwert ungemein gesunken ist und die Preise für Lebensmittel, Rohstoffe usw. ungeheuer gestiegen sind. Aber die Arbeitsgemeinschaft, von der viele heute überhaupt noch nichts wissen, die sich im November vorigen Jahres gebildet hat und von der ich nachher einige Worte sagen will, wird angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeiter und Angestellte ohne jede Schädigung der Gesamtwirtschaft schaffen können, da Arbeitnehmer und Arbeitgeber hier gemeinsam auf dieses hohe Ziel mit allen Kräften ehrlich hinarbeiten werden.

Was aber die anderen Fragen betrifft, so hat ein sehr unverdächtiger Zeuge, Herr Dr. Rathenau, bekannt, daß unsere Fabrikeinrichtungen in Deutschland, wie sie die Friedenswirtschaft ausgebildet hat, neuer, besser und durchdachter seien als in England, Frankreich und Belgien. Er gibt ferner zu, daß „die kalorische Krafterzeugung in zwei Jahrzehnten ihren Wirkungsgrad verdoppelt", daß „die Kosten des elektrischen Stroms sich gedrittelt" haben, daß „die Transporteinrichtungen zu einer Wissenschaft geworden sind", und daß es heute „nur wenige Vorrichtungen gibt, die sich dem Griff der Maschinen entziehen". Und er rühmt Amerika und England deshalb, weil sie erreicht haben, was wir in der Zukunft angeblich auch erreichen müßten, daß sie Standardtypen, gleichartige Typen, die man natürlich billiger bauen kann, herstellen. Er erwähnt aber nicht, daß alles dies gerade in Ländern der freien Privatwirtschaft geschehen ist, womit u. a. der Beweis geliefert ist, daß auch die Privatwirtschaft derartige Normaltypen herrichten kann, wenn sie abgehen will oder mit Rücksicht auf die notwendige Verbilligung der Produktion abgehen muß von dem bei uns seitens der Industrie bisher meist aus sehr guten Gründen, wenn auch unter Verteuerung der Selbstkosten, gegenüber der ausländischen Konkurrenz festgehaltenen Grundsatz, daß man dem Kunden nicht Standardtypen, sondern die seinem Geschmack und seinen besonderen Bedürfnissen entsprechenden besonderen Typen liefern müsse.

Endlich sind während des Krieges gerade von der Industrie ungemein große wissenschaftliche Institute, namentlich auf dem Gebiete der Kohle, des Eisens usw., auf Kosten der Industrie errichtet worden. Ganz zweifellos werden die Ergebnisse der Industrie wiederum weitere Reformen bringen in bezug auf den Wirkungsgrad der Kraftanlagen, die Leistungsfähigkeit der Maschinen und die Wirtschaftlichkeit des ganzen Arbeitsvorganges.

So liegt nach unserer Überzeugung angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit, daß auch die Privatwirtschaft von sich aus diejenigen Reformen hervorbringen wird, die man mit Recht verlangt hat **kein Grund zu einer gewaltigen wirtschaftlichen Revolution vor** (sehr richtig rechts), deren Ergebnisse unter Umständen vernichtend sein werden und vor denen man daher, solange man noch Atem hat und solange es noch Zeit ist **im Interesse der Gesamtwirtschaft eindringlichst und feierlich warnen** soll. (Sehr richtig! rechts.)

Die Antithese: hie Privatwirtschaft, hie Gemeinwirtschaft, ist lediglich ein Schlagwort. Nie ist der einzelne überhaupt völlig frei gewesen. Der einzelne Industrielle hängt ja, wie man mit Recht betont hat, vom Standort, den Produktionskosten, den Rohstoffen, der Konkurrenz und anderen Dingen ab, von der Konkurrenz auf dem heimischen

und auf dem Weltmarkt. Nie ist der so viel geschmähte und doch unentbehrliche Erwerbstrieb, der zugleich die Mutter des für die Gesamtheit gleich notwendigen Spartriebs ist, völlig frei gewesen; der Erwerbstrieb liegt und muß im steten Kampf liegen mit dem Erwerbstrieb der anderen auf dem heimischen und dem Weltmarkt. Nie ist auch der einzelne Unternehmer völlig frei gewesen und nie darf er es sein. Denn er muß sich bändigen und beschränken lassen durch das, was uns alle bändigt, durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl. (Sehr richtig! rechts.) Wer das nicht tut, das gilt auch von der Industrie, wird wohl einmal vorübergehend vorwärts kommen können, aber dauernd nicht, er wird unerbittlich herabgedrückt oder ausgemerzt. Jedenfalls ist die Privatwirtschaft kein Gegensatz zum Gemeinwohl; sie muß es beachten und hat es auch in immer steigendem Umfange beachtet, und umgekehrt ist die Gemeinwirtschaft nicht etwa identisch mit dem Gemeinwohl, wie schmerzliche Erfahrungen der Kriegswirtschaft erwiesen haben. Diesem Gemeinwohl müssen wir uns alle beugen, insbesondere auch die Unternehmer und Arbeiter, die beide nicht Selbstzweck, sondern dienende Glieder der Gesamtheit sind.

Für die Erhaltung der Privatwirtschaft spricht also das Ergebnis, das sie erzielt hat, und die Möglichkeit, die Mängel, die in ihr vorgeherrscht haben, aus eigener Kraft abzustellen. Und zuletzt, aber nicht als letztes spricht für die Erhaltung der Privatwirtschaft die Tatsache, daß wir gerade in Deutschland in der **Persönlichkeit des Unternehmers** von jeher mit Recht die stärkste Wurzel unserer wirtschaftlichen Kraft gesehen haben. (Sehr wahr! rechts.) Die Initiative, die Energie, der Wagemut, die Entschlußfähigkeit, die Gestaltungskraft und Schaffensfreude des einzelnen Unternehmers, der auch innerlich mit seinem Unternehmen verbunden ist, der für seine Arbeit und seine Arbeiter verantwortlich ist, der entweder sein Kapital oder, wenn er lediglich Leiter einer Privatunternehmung ist, seinen Namen und sein Ansehen zu Markte trägt, und gerade deshalb erst wägen und dann erst wagen muß, das ist eine Kraftquelle, die nach meiner Überzeugung nie durch die Leitung mechanisierter staatlicher Betriebe auch nur annähernd ersetzt werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Max Weber betont in dieser Richtung besonders, daß jeder staatliche und jeder kommunale Betrieb bureaukratisch verwaltet werden müsse, daß jeder Kampf und, wie ich hinzufügen möchte, selbst jede Beschwerde gegen eine solche Bureaukratie im allgemeinen machtlos ist, daß die Lebensformen der Angestellten in den preußischen Eisenbahn- und Bergwerksbetrieben unfreier gewesen sind als in den großen privatkapitalistischen Betrieben und daß in diesen Staatsbetrieben die sozialen Einrichtungen lange nicht in dem Umfange geschaffen worden sind,

wie sie der private Großbetrieb geschaffen hat. Er hätte hinzufügen können, daß auch, womit er sicherlich übereinstimmt, die Leiter solcher sozialisierten Monopolbetriebe, welche letzteren meist gleichmäßig und schematisch von einer Zentralstelle aus geführt werden müssen, abhängig sind sowohl von dem Vorgesetzten, der bekanntlich präsumtiv alles besser weiß als der Untergebene, wie von dem Oberrechnungshof, der leider bei den Ausgaben, die wir heute erwähnt haben, nicht jeden Pfennig nachgeprüft hat, wie dies bei Staatsbetrieben geschieht. Leiter großer Staatsunternehmen, die im allgemeinen persönlich nicht Namen und Ansehen einsetzen, weil sie hinter dem Staate verschwinden, den sie vertreten, können sich deshalb nicht so frei bewegen wie Leiter von Privatbetrieben. Sie können nicht große Risiken übernehmen, wie sie stets in der Finanzierung von Erfindungen und Entdeckungen liegen, auf die wir doch angewiesen sind. Sie können nicht rasch und plötzlich das Unternehmen oder das einzelne Geschäft umstellen, den wechselnden Konjunkturen nicht so rasch Rechnung tragen. Es fehlt ihnen auch mangels jeder Konkurrenz jeder Anreiz zu raschem Vorwärtsdrängen, zur Verbesserung der Methoden, zur Erhöhung des Ertrags. Umgekehrt wird ein Monopolleiter, wenn der Ertrag zurückgeht, viel eher geneigt sein, zu Lasten der Allgemeinheit die Preise in die Höhe zu setzen, während in solchem Falle der Privatleiter zunächst die Produktionsmethoden verbessern wird.

Zweifellos wird bei den Staatsbetrieben, wie wir das auch bei der Kriegszwangswirtschaft gesehen haben, eine wachsende Vernichtung der Mittel- und Kleinbetriebe ebenso vorkommen, wie sie bei Privatbetrieben vorkommen kann, eine Tatsache, gegen die man aber bei beiden Systemen Vorkehrungen treffen kann und muß. Ebenso müssen und können Vorkehrungen gegen die bei beiden Systemen möglichen Ausbeutungen wirtschaftlich Schwacher getroffen werden. Solche Ausbeutungen werden leider bei beiden Systemen nie völlig auszuschalten sein, weil eben Menschen an der Spitze der Unternehmungen stehen.

Entscheidend aber sollte für alle, welche die allgemeinen und nicht ausschließlich die vermeintlichen sozialdemokratischen Interessen berücksichtigen wollen, auch die Tatsache ins Gewicht fallen, daß ja gerade unsere **ausländischen Konkurrenten,** speziell unsere heutigen Feinde, die **freie Privatwirtschaft** haben, und sie nicht aufgeben werden, daß wir also unsererseits im Falle der Sozialisierung, also der Staatswirtschaft, mit gebundenen Händen und Füßen gerade in der jetzigen schweren Zeit, nach Abschluß des Friedens, den feindlichen Konkurrenten gegenüberstehen, die sich ihrerseits hüten werden, den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen, den Arm zu lähmen, dessen Kraft sie bedürfen, den Boden zu unterhöhlen, auf dem sie fest und sicher stehen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Was soll daraus werden, wenn wir, denen die Welt ohnehin

nicht sympathisch gegenübersteht, in dieser Weise gebunden den Feinden ausgeliefert werden! Denn so läge es.

Die Pensionsfragen haben die **Angestellten** früher veranlaßt, sich dem Monopolbetriebe sympathisch gegenüberzustellen. Heute jedenfalls mit Unrecht; denn die Gleichstellung der Angestellten in bezug auf die Pensionsfragen mit den entsprechenden Staatsbeamten kann auch in Privatbetrieben erreicht werden und ist, wie mir aus der letzten Zeit bekannt ist, in einer großen Reihe von Privatbetrieben bereits durch Vereinbarungen beider Teile erreicht worden. Aber das sollten die Angestellten nicht vergessen, daß nur im Privatbetriebe die Möglichkeit vorhanden ist, daß sie sich allmählich zu selbständigen Unternehmern emporarbeiten, während in Staatsbetrieben das nun einmal hier unentbehrliche Anciennitätsprinzip die besondere Berücksichtigung besonders Tüchtiger, mindestens nicht erleichtert.

Das jedenfalls, meine Damen und Herren, dürfte aus meinen Darlegungen hervorgehen, daß das Regierungsflugblatt vom 2. Januar 1919 — mit offiziösen Flugblättern wird auch unter dem neuen Regierungssystem fleißig gearbeitet —, welches die köstliche Wendung enthält: „unsere Regierung weiß, was uns nottut —", Satz für Satz unrichtig ist, wenn es behauptet: „daß die Sozialisierung ein Ansporn für unser Wirtschaftsleben ist, daß sie die Wiederbelebung der Arbeitsfreude und damit die Erhöhung der Produktion und unseres ganzen Volkslebens zur Folge haben wird". Das Gegenteil nach allen diesen Richtungen hin ist der Fall. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Ganz abgesehen davon, daß man nicht ohne weiteres, wie das Rathenau tut, behaupten kann, die **Produktion** werde **in der Gemeinwirtschaft** auf das Doppelte vermehrt werden können. Das kann man selbst dann nicht, wie Richard Calwer mit Recht ausgeführt hat, wenn überall die technische Möglichkeit einer solchen Steigerung vorliegen würde. Die Vermehrung der Produktion hängt vielmehr in erster Linie von dem Bedürfnis ab, das sich nicht kommandieren läßt. Der Sozialisierungsgedanke ist also grundsätzlich abzulehnen, wie dies auch die Programme aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen Demokratischen Partei, soweit ich sehen kann, tun, wobei freilich zu beachten ist, daß Programme Wechsel auf die Zukunft sind, die mitunter bei Sicht nicht akzeptirt werden. (Sehr richtig! rechts.) Auch ist die Ablehnung in den verschiedenen Programmen und Parteierklärungen mehr oder minder scharf ausgedrückt worden. Die hie und da ausgedrückte Bereitschaft zum Beispiel, **„sozialisierungsreife" Betriebe** zu vergesellschaften — derartiges steht auch im Regierungsprogramm —, läßt, wie ich glaube, bewußt oder unbewußt, die Hauptfrage offen, nämlich: unter welchen Voraussetzungen denn ein Betrieb „sozialisierungsreif" ist? Sie sagt also entweder zu viel oder gar nichts.

Das geht deutlich auch aus der Erklärung des früheren „unabhängigen“ preußischen Finanzministers Simon hervor, daß alle Betriebe sozialisierungsreif seien, in denen große Gewinne erzielt werden.

Man wird also, damit ich, wie es der Herr Kollege Hoch einmal im Reichstag verlangt hat, nicht nur kritisiere, sondern auch positive Vorschläge mache, von unserem Standpunkte aus nur dazu kommen können, zu sagen: wenn kein anderer Weg gegeben ist, wird man, nachdem allgemein eine Erholung der Industrie eingetreten ist, Sozialisierungen nur in bestimmten und eng begrenzten Ausnahmefällen zulassen dürfen, etwa da, wo infolge von Privatmonopolen oder aus natürlichen Gründen eine dauernde ungehörige Überteurung des Verbrauchs vorliegt, und wo zugleich durch die Sozialisierung eine erhebliche Besserung dieses Mißstandes sowie ein höherer Ertrag des Unternehmens und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erwartet werden können. Ich sagte ausdrücklich: wenn nicht ein anderer Weg gegeben ist. Und da darf ich zum Schlusse dieser Darlegungen darauf hinweisen, daß sich ein Ereignis vollzogen hat — ich habe es vorhin angedeutet —, welches viele, die auf diesem Gebiete selbst sonst sehr beschlagen sind, entweder nicht kennen oder nicht genügend würdigen.

Es ist am 15. November 1918, wenige Tage nach dem Ausbruch der Revolution, aber auf Grund monatelanger vorheriger Besprechungen und Erörterungen, die große **„Arbeitsgemeinschaft“** — so lautet es wörtlich — „der industriellen und gewerblichen **Arbeitgeber und Arbeitnehmer** Deutschlands“ zustande gekommen. Danach werden unter anderem — ich will nur die Hauptpunkte andeuten — die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt, was freilich schon lange hätte geschehen sollen, wird ferner jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen als unzulässig bezeichnet, eine gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises geschaffen und weiter vereinbart, daß die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gemäß den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen, Tarifverträge, mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festgesetzt werden. Der Achtstundentag wird für alle Betriebe als Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit festgesetzt, und zur Durchführung der Vereinbarung, zur Regelung der Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiter und zur Entscheidung aller grundsätzlichen Fragen, die sich aus der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, wird ein paritätischer Zentralausschuß eingesetzt, dessen Entscheidungen für beide Teile verbindlich sind, wenn nicht Anfechtung innerhalb einer Woche erfolgt. Diese Vereinbarung gilt sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und den Angestelltenverbänden.

Sie bezieht sich erfreulicherweise nicht nur auf sozialpolitische, sondern auch auf wirtschaftspolitische Fragen, und ihr sind beigetreten alle führenden industriellen Organisationen einerseits und andererseits eine große Reihe von Vertretungen der Arbeiter und Angestellten, unter anderem die Generalkommission der Gewerkschaften, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Verband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die Arbeitsgemeinschaften der kaufmännischen Verbände, der Freien Angestelltenverbände und der Technischen Verbände. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sagt über diese Arbeitsgemeinschaft:

> „Die Arbeitsgemeinschaft verbürgt eine Verständigung über alle Streitfragen, die zu erbitterten Kämpfen hätten führen können . . . Mit leichtem Herzen können sich jetzt alle Kräfte dem wirtschaftlichen Aufbau widmen, da die Gewähr gegeben ist, daß alle Fragen in Selbstverwaltung der Beteiligten fachmännisch und paritätisch entschieden werden."

Meine Damen und Herren, hier ist der Weg vorgezeichnet, auf dem das, was die Arbeiterschaft will und was wir auch wollen, vor allen Dingen die Schaffung menschenwürdiger Arbeits- und Lohnbedingungen, auf eine andere Weise, auf eine für die Gesamtheit meines Erachtens gefahrlose Weise durchzusetzen versucht werden kann, und zwar versucht werden kann durch ein gemeinsames vernünftiges, organisches Zusammenarbeiten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ich freue mich, daß dies, wenn auch spät, doch endlich zustande gekommen ist. — Auf diesem Wege, der zu einer gesunden „neuen Zeit" führen wird, kann die Wiedergesundung unserer Wirtschaft wirklich erreicht werden, während das angebliche Allheilmittel der Sozialisierung, deren vernichtende Wirkungen keine verspätete Reue mehr beseitigen kann, diese Wiedergesundung nach unserer Auffassung ausschließt.

Wir weisen daher den billigen Einwand zurück, als ob die Gegner der Sozialisierung, die „neue Zeit" nicht verständen und ihre Anzeichen zu verstehen nicht lernen wollten oder könnten. Nicht die öde Mechanisierung, Bureaukratisierung und Formalisierung unseres ganzen Wirtschaftslebens kann das Ideal sein, für das wir kämpfen. Diese unausbleibliche Eigenschaft monopolisierter Unternehmungen wird sich auch dann nicht wesentlich ändern, wenn man nach der Andeutung des Regierungsprogramms zur Durchführung der Sozialisierung etwa gemischtwirtschaftliche Unternehmungen bildet, oder, wenn man an die Spitze sozialisierter Unternehmungen Kaufleute stellt. Ein Kaufmann, der sich, wie der köstliche Ausdruck lautet, „verbeamtet", ist nach kurzer Frist kein Kaufmann mehr.

Zum **Wiederaufbau unserer darniederliegenden Wirtschaft,** die

doch nach unser aller Urteil mit allem Sehnen, mit aller Kraft und mit aller Macht zu erstreben ist, genügt und ist erforderlich die Durchführung der Arbeitsgemeinschaft auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Rezept, welches einst Freiherr von Stein dem niedergetretenen Preußen mit so wunderbarem Erfolg verschrieben hat: die Entfesselung aller produktiven Kräfte der Nation! (Bravo! rechts.) Freie Bahn für jede ehrlich ringende Kraft, freie Bahn für die Landwirtschaft, die auf die Dauer keinen Zwang und insbesondere keinen Produktionszwang vertragen kann (bravo! rechts), freie Bahn für das Handwerk, für Gewerbe, Handel und Industrie, die nur durch stete Rücksicht auf das Gesamtinteresse zu beschränken sind! Öffnen wir die Tore des Zukunftsgebäudes des mit aller Macht einheitlich zu erhaltenden Deutschen Reichs für jeden, der mitarbeiten will an einer freiheitlichen Ausgestaltung unserer Zukunft, für jeden, der helfen will, unser Volk zu dem Bewußtsein zu bringen, was leider mit jedem Tage mehr verloren geht, daß es ohne unermüdliche Arbeit, ohne größte Sparsamkeit, ohne Fleiß, Ordnung und Disziplin verloren ist! Öffnen wir die Tore weit für jeden, der weiß oder lernen will, daß diese vaterländische Arbeit ohne bedingungslose nationale Gesinnung nicht fruchtbar sein kann, sondern auf die Dauer nur ein trostloses Gefühl der Isolierung und der Heimatlosigkeit erzeugt, die den Menschen entwurzeln und verbittern muß! Schließen wir die Tore vor jedem, der nicht in jeder Minute seines Lebens seiner besonderen deutschen Pflicht gedenkt, Wahrer, Hüter und Mehrer jenes echt deutschen Idealismus zu sein, den wir zu treuen Händen von unseren Vorfahren erhielten und wie eine ewige Gesundheit forterben wollen von Geschlecht zu Geschlecht. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.) Das Gebäude des neuen Deutschen Reichs wird dann bis zum Giebel erfüllt sein mit freien Gedanken und freien sozialen Einrichtungen, wird getragen sein von dem Vertrauen eines freien Volkes, das, keiner Polizeiaufsicht und keiner obrigkeitlichen Bevormundung bedürftig, ruhig und sicher seinen Weg verfolgt mit der versöhnenden, die Menschen aneinanderschließenden und sie nicht auseinander treibenden Parole: Jeder denke auch an des anderen Not; einen Weg, auf dem ein jeder die Pflicht fühlt, des Vaterlandes furchtloser und getreuer Eckhart zu sein und es zu neuer Kraft und zu neuem Ansehen zu führen.

Mit diesen Vorsätzen und Hoffnungen gehen wir erhobenen Hauptes, zuversichtlich und unverzagt, unserer weltgeschichtlichen Aufgabe gläubig sicher, einer großen und schönen Zukunft unseres heute darniederliegenden Vaterlandes entgegen, einer Zukunft, die wir als Bürger einer neuen Zeit mit neuen Gedanken zu erfüllen wissen werden. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, hier die Erörterung abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Henke.

Henke, Abgeordneter: Mein Parteifreund Haase ist leider verhindert, eine persönliche Bemerkung zu machen. Er hat mich ersucht, sie in seinem Namen hier abzugeben. (Heiterkeit.) Der Herr Präsident wird das unter diesen Umständen zulassen, und sie wird ganz kurz sein.

Herr Noske hat aus einer Kabinettssitzung Mitteilungen gemacht über Äußerungen von Kautsky und Haase, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Er hat aber den Gegenstand dabei verschoben; denn Haase hat wörtlich nach dem Stenogramm gesagt: „Man konnte eine gewisse Zeit vorübergehen lassen, um die diplomatischen Beziehungen wieder anzuknüpfen. Längst hätte man in Verhandlungen mit der russischen Regierung eintreten müssen." Es besteht also kein Unterschied zwischen dem, was Herr Haase hier und was er in jener Kabinettssitzung gesagt hat.

Dann hat der Minister Noske gegen mich persönliche Angriffe gerichtet, die ich natürlich in Form einer persönlichen Bemerkung nicht alle zurückweisen kann. Ein weniges davon aber muß ich mir doch gestatten, heute und hier schon zurückzuweisen. Er hat zunächst das Mitglied des Hamburger Soldatenrats Rusch zitiert, der es eigenartig gefunden haben will, daß ich bei dem Eindringen des Korps Gerstenberg nicht in **Bremen** war. Ich bin am Abend des 3. Februar von Bremen abgereist. Das ist geschehen, nachdem am Vormittag des 3. Februar vom Rate der Volksbeauftragten, von dem Vollzugsrat sowie den Vertretern der Hamburger und Bremerhavener Truppen ein Beschluß gefaßt worden war, der nicht nur von mir, sondern auch von den Mehrheitssozialisten als Grundlage für eine Verständigung mit der Regierung angesehen worden ist. Ich bin abgereist, um an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen zu können, erst nachdem dieser Beschluß am Nachmittag des 3. Februar auch von einer Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats einstimmig bestätigt worden war.

Herr Noske hat dann weiter Angriffe gegen mich in bezug auf die Zwangsmaßnahmen gegen die Presse in Bremen, in bezug auf den Raub der „Bremer Bürgerzeitung", in bezug auf die Bewaffnung der Arbeiter in Bremen, auf Putsche usw. gerichtet. Ich erkläre in Form einer persönlichen Bemerkung, daß die Darstellungen Noskes, soweit sie gegen mich gerichtet waren, im einzelnen und in ihrer Gesamtheit falsch sind. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Eine Richtigstellung dieser Behauptungen kann ich jetzt nicht vornehmen (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten); sie wird aber erfolgen. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Wenn Sie dafür sorgen wollen, daß ich mich hier darüber aussprechen darf, bin ich sofort bereit, die Richtigstellung

vorzunehmen, Herr Keil! (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Das eine nur noch möchte ich sofort konstatieren: die bewaffneten Arbeiter Bremens haben die Waffen nicht dazu benutzt, aus eigenem Antriebe vor dem Eintritt des Korps Gerstenberg auch nur einen Tropfen Blut zu vergießen. Wenn Herr Noske mich mit angeblichem Mißbrauch der Waffen durch die Arbeiter in Zusammenhang gebracht und den Versuch unternommen hat, meinen Parteifreunden und mir auch nur einen Teil der Schuld an dem Blutvergießen aufzuhalsen, so stellt das nur die Anwendung des bekannten Tricks jener Leute dar, welche „Haltet den Dieb!" rufen, wenn man ihnen selbst auf den Fersen ist.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, nach der Geschäftsordnung des Reichstags die als maßgebend für die Behandlung unserer Geschäfte anzusehen ist, war es meiner Erinnerung nach bisher nicht gestattet, daß jemand im Namen eines Dritten eine persönliche Bemerkung machte. (Sehr richtig! rechts.) Soeben hat der Herr Abgeordnete Henke eine persönliche Bemerkung im Namen des Abgeordneten Haase gemacht. Ich möchte um Auskunft bitten, ob in Zukunft nach dieser Richtung hin eine Änderung eintreten soll, und ob dies ein Präzedenzfall sein soll.

Präsident: Die Auffassung des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) ist richtig. Ich habe nur, weil ich weiß, wie es bei Unterbrechungen geht, um die Sache möglichst kurz abzumachen es dabei bewenden lassen, und so, wie die Sache mit der persönlichen Bemerkung verlaufen ist, glaube ich, habe ich im Interesse einer raschen Abwicklung der Sache gehandelt. Es soll aber in Zukunft natürlich bei der Behandlung der persönlichen Bemerkungen verbleiben wie es in der Vergangenheit war: man darf persönliche Bemerkungen nur für seine eigene Person machen. (Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung zu halten Montag, den 17. Februar, nachmittags 2 Uhr, und als Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung, in Verbindung mit der ersten und zweiten Beratung des dritten Nachtrages zum Haushaltsplan für 1918.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 32 Minuten.)

9. Sitzung.

Montag den 17. Februar 1919.

Erklärung der Reichsregierung über die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Geschäftliches.

Vor der Tagesordnung: Erklärung der Reichsregierung.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums, schlägt vor, den Bericht Erzbergers jetzt entgegenzunehmen — Wird angenommen. —

Erzberger, Reichsminister: Das Abkommen von Trier. — Demarkationslinie im Osten. Keine Milderung. — Waffenstillstand unbefristet verlängert. — Deutsche Denkschrift. — Keine Freigabe der Kriegsgefangenen. — Wehrlos, nicht ehrlos.

Die Besprechung wird vertagt.

Tagesordnung der nächsten Sitzung: v. Graefe (D. nat. Vp.), kleine Anfragen betr. — Gröber (Ztr.), zur Geschäftsordnung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 25 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten Herrn Kahmann für 1 Tag, Frau Mende für 2 Tage, Frau Blos für 8 Tage, Herrn Merges für 8 Tage. Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Herr Ministerpräsident ums Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Es ist gestern abend in Trier zu einem **neuen Abschluß des Waffenstillstands** gekommen. Wir hatten die Absicht, dem Hause vorzuschlagen, daß morgen gleichzeitig mit der Beantwortung der Interpellation des Herrn Abgeordneten Heinze und seiner Freunde über diesen neuen Abschluß berichtet werden sollte. Ich finde es aber durchaus verständlich, wenn der Wunsch geäußert worden ist, daß man bereits heute einiges über diesen neuen Abschluß hören will. Ich habe mich deshalb mit dem Herrn Erzberger in Verbindung gesetzt und habe ihn gefragt, ob er, wenngleich er erst heute morgen von der strapaziösen Reise zurückgekommen sei, trotzdem in der Lage wäre, jetzt schon Mitteilungen machen zu können. Herr Erzberger hat sich dazu bereit erklärt, und ich schlage Ihnen deshalb vor, diesen Bericht des Herrn Erzberger jetzt entgegenzunehmen und weiter sich damit einverstanden zu erklären, daß morgen die Beantwortung der Interpellation des Herrn Abgeordneten Heinze stattfindet.

Präsident: Das Haus ist damit einverstanden. — Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich also das Wort dem Herrn Minister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Das hohe Haus hat ein Recht darauf, den **Wortlaut des gestern abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommens** alsbald von mir zu erfahren und im Anschluß daran einige erläuternde Bemerkungen zu fordern.

Das Abkommen, das gestern abend 6 Uhr 30 Minuten in Trier abgeschlossen ist, lautet wörtlich:

Die unterzeichneten Bevollmächtigten — Admiral Wemyß ist durch Admiral Browning, General v. Winterfeldt durch General v. Hammerstein und der bevollmächtigte Minister Graf v. Oberndorf durch den bevollmächtigten Minister v. Haniel ersetzt — haben, mit den Vollmachten versehen, kraft derer das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 unterzeichnet worden ist, folgendes Zusatzabkommen geschlossen:

I. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. Zu diesem Zweck wird ihnen untersagt, folgende Linien durch ihre Truppen überschreiten zu lassen:

Gegen Süden die Linie: die ehemalige Grenze Ost- und Westpreußens gegen Rußland bis Luisenfelde, dann von diesem Punkte an die Linie: westlich von Luisenfelde, westlich von Groß-Neudorff, südlich von Brzoze, nördlich von Schubin, nördlich von Exin, südlich von Samosin, südlich von Chodziesen, nördlich von Czarnikow, westlich von Mialla, westlich von Birnbaum, westlich von Bentschen, westlich von Wollstein, nördlich von Lissa, nördlich von Rawicz, südlich von Krotoszyn, westlich von Adelnau, westlich von Schildberg, nördlich von Wieruchow, dann die schlesische Grenze.

Beiliegende Karte mit grüner Linie.*)

II. Der durch die Abkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 bis zum 17. Februar 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 11. November 1918 wird neuerdings für eine unbefristete kurze Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

III. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919, soweit dieselben derzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit des Waffenstillstandes zu den von der Internationalen Permanenten Waffenstillstandskommission nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten festgesetzten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

Folgen die Unterschriften:

gez. Foch, gez. Browning, gez. Erzberger, gez. von Haniel, gez. General von Hammerstein, gez. Kapitän Vanselow.

---

*) Wir geben als Anlage unten am Schluß dieses Sitzungsberichts eine entsprechende Übersichtskarte.

Der Vertrag ist alsbald in Kraft gesetzt worden. Zu dem Vertrage selbst und zu den einzelnen Artikeln möchte ich heute nur folgende kurze Ergänzungen beifügen.

Ich wünsche den Mitgliedern des hohen Hauses nicht, daß sie in ihrem Leben die schweren Stunden durchkosten müssen, wie sie mir in Trier auferlegt waren. Ich fragte mich: kann ein Waffenstillstandsvertrag mit diesen Bedingungen überhaupt angenommen werden, oder ist es nicht besser, man fügt sich dem Diktat von Marschall Foch und den Alliierten? Der raschen Beantwortung dieser Fragen, zu deren Beantwortung wir in Trier ebenso wie die Reichsregierung verpflichtet waren, stellten sich ungemeine technische Schwierigkeiten in den Weg dadurch, daß die Depesche, die alsbald von mir am Freitagabend aufgegeben worden ist, und in welcher der Reichsregierung die Bedingungen der Waffenstillstandsverlängerung unterbreitet worden sind, bis Sonnabend unerklärlicherweise nicht in die Hände der Regierung in Weimar gelangt ist. (Hört! hört!)

Ich hatte deshalb Marschall Foch um eine **Fristverlängerung** von 24 Stunden gebeten. Marschall Foch hat diese Fristverlängerung aber rundweg abgelehnt und sie dann mit der Bedingung gewährt: wenn bis abends 6 Uhr der Waffenstillstand nicht verlängert sei, werde er sofort an seine Truppen den Befehl geben, daß das ganze Waffenstillstandsabkommen mit dem heutigen Montag 5 Uhr sein Ende erreicht.

Gleichzeitig ließ Marschall Foch mich in Beantwortung eines mit ihm ausgetauschten Notenwechsels wissen, daß er nicht in der Lage sei, irgend etwas an den mir mitgeteilten **Bedingungen** zu ändern, sie zu verbreitern, denn diese Bedingungen seien festgesetzt von den Chefs der alliierten und assoziierten Regierungen. Sein Dolmetscheroffizier teilte mir noch mit, daß auch Wilson ausdrücklich diese Bedingungen genehmigt habe. (Hört! hört!)

Dadurch war der Tätigkeit der deutschen Kommission eine enge Grenze geschoben. Trotzdem haben wir versucht, eine Reihe von **Milderungen** durchzusetzen. Von einer Ausnahme abgesehen, ist uns das zu unserem lebhaftesten Bedauern nicht gelungen. Diese eine Ausnahme bezieht sich auf den Art. 1. Am Freitagnachmittag, als uns die ersten Bedingungen überreicht wurden, wurde uns gleichfalls die Karte übergeben, welche das von uns zu räumende bzw. von uns nicht zu überschreitende Gebiet umschließt. Ich lege die Karte auf den Tisch des Hauses nieder. Daraus ersehen die Mitglieder der Nationalversammlung, daß die erste Forderung der Alliierten, bereits unterhalb der Weichsel von Thorn beginnend, der Linie folgt, wie sie im Vertrage vorgesehen ist, dann nach Süden sich bis Oppeln erstreckt, bis an die Oder gehend und ganz Oberschlesien umfassend. Ich habe sofort erklärt, daß auf Grund dieser Vorschläge von den deutschen Unterhändlern nicht verhandelt werden könne; denn diese Gebiete seien von den Polen nicht

besetzt, wie Marschall Foch wohl irrtümlich annehme. Es fand eine Aussprache der deutschen und französischen militärischen Sachverständigen statt, die dazu führte, daß das **Netzegebiet bei Bromberg** nicht einbezogen wird und namentlich ganz Schlesien ausgeschlossen bleibt. Mehr war angesichts der Verhältnisse nicht zu erreichen. Die Forderung, daß die deutsche Stadt **Birnbaum** nicht von uns geräumt werden müsse, wurde von Marschall Foch abgelehnt. (Hört! hört!) Dasselbe gilt bezüglich **Bentschen.** Wir haben lediglich das eine erreicht, daß der **Bahnhof Bentschen** von den deutschen Truppen nicht geräumt werden muß.

Die Alliierten haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, zu gewährleisten, daß auch die **Polen** sich an die verabredete Linie strikt halten und sie nicht verletzen. Eine interalliierte Kommission geht zur Regelung aller weiteren Fragen nach Warschau. General Dupont, als Verbindungsglied zwischen der deutschen Regierung und der interalliierten Kommission in Warschau, weilt in Berlin. Die Bemühungen, daß zum Schutze der Deutschen in diesen Gebieten Bestimmungen im Waffenstillstandsvertrag aufgenommen werden möchten, waren erfolglos. Marschall Foch hat nur in Aussicht gestellt, daß alle diese Fragen bei der interalliierten Kommission vorgetragen werden könnten, daß er geneigt sei, für eine Lösung in unserem Sinne einzutreten. Er erklärte positiv, daß das ganze Abkommen in seinem I. Artikel eine rein militärische Maßnahme darstelle und keinerlei politische Maßnahmen nach sich ziehen könne, daß namentlich durch die Abgrenzung des Gebiets in keiner Weise vorgegriffen werde der Erledigung des 13. Punktes des Wilson-Programms und den Forderungen, die ich aufgestellt habe. Es bleibt den in Berlin aufzunehmenden Verhandlungen überlassen, dafür mit aller Entschiedenheit einzutreten, daß genügend Schutz den Deutschen in den zu räumenden und zu verlassenden Gebieten geleistet wird, daß zunächst die deutschen Geiseln und die Verurteilten alsbald freigelassen werden. Wichtig ist, daß die Alliierten die Gewähr übernehmen, daß die Polen ihrerseits jede Offensivbewegung gegen Deutschland einstellen.

Artikel II enthält im Gegensatz zu den früheren Waffenstillstandsabkommen nicht die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zu einer bestimmten Frist — das war ein Monat —, sondern nur die **Verlängerung für eine unbefristete Zeitdauer,** wobei die Alliierten sich das Recht vorbehalten, das Waffenstillstandsabkommen mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen. Mein erster Antrag war, in diesem Vorschlage das Wort „kurz" zu streichen, ferner den Waffenstillstand auf unbestimmte Frist zu verlängern und ihm keine Kündigungsmöglichkeit zu geben. Die Anträge wurden von Marschall Foch abgelehnt. Ich fragte, warum die Alliierten die kurze Zeitdauer verlangten. Zunächst erhielt ich keine Antwort. Auf meine weitere Frage: Darf ich annehmen, daß die kurze Zeitdauer dieses Mal vorgeschrieben werde, weil man in für-

zester Frist zu einem Präliminarfrieden zu kommen hoffe? — antwortete Marschall Foch: Ich denke, ich vermute es.

Marschall Foch ist heute zur Sitzung des Obersten Kriegsrats nach Paris abgereist. Nach Mitteilungen, die mir geworden sind, und die ich als richtig annehmen darf, wird in diesen Tagen in Paris über die Bedingungen eines Vorfriedens verhandelt werden.

Artikel III ist die wörtliche Wiederholung des Artikels II in der Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vom 13. Dezember 1918 und des Artikels II in der Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Januar 1919. Er hätte also von uns trotz der anscheinenden Härte und brutal klingenden Forderung nach der näheren Instruktion des Oberkommandos der Alliierten unterzeichnet werden können.

Die Verhandlungen in Spaa aber haben sich in der letzten Zeit vielfach so zugespitzt, daß Vertreter der Alliierten verlangten, daß sie das alleinige und ausschließliche Recht über die **Auslegung der Verträge** hätten, und daß wir darüber nicht mitzusprechen in der Lage wären. (Hört! hört!) Angesichts der neuen Forderungen der Alliierten habe ich es für richtig und notwendig gehalten, eine Klärung über diese Frage herbeizuführen. In längerer Debatte ist festgestellt worden, daß an den bisherigen Verhältnissen in Spaa, wo wir über die Auslegung der Verträge als gleichberechtigt einander gegenüberstehen, nichts geändert werden soll, und daß deshalb die Formulierung „nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten" keine neuen Lasten und keine neuen Beschwerungen für Deutschland darstelle. Befürchtungen, die in dieser Beziehung geäußert wurden, sind nach den bestimmtesten Äußerungen des Marschalls Foch als unbegründet anzusehen. Ich habe die Überzeugung, daß Marschall Foch sein gegebenes Wort loyal einhalten wird.

Wir haben uns nicht begnügt, nur über diese drei Punkte, die Marschall Foch vorgeschlagen hat, in Verhandlungen einzutreten, sondern wir haben **Gegenvorschläge** gemacht, die ich in ihren Einzelheiten Ihnen jetzt nicht mitteilen kann; sie werden in einer **Denkschrift** dem hohen Hause zugehen. Marschall Foch hat erklärt, daß er nicht in der Lage sei, irgend eine wesentliche Änderung in dem Entwurf zu vollziehen, die einzige Änderung sei die über die Ziehung der Linie, die ich mitgeteilt habe. Ich hielt es daher für meine Pflicht, da die deutschen wohlbegründeten Wünsche und Forderungen an einem formalen Hindernis scheitern sollten, die Sache weiter zu verfolgen, und habe Marschall Foch vor der Unterzeichnung des Vertrages folgende **Note** übergeben:

Da die Chefs der verbündeten und assoziierten Regierungen die neuen Bedingungen festgesetzt haben und Marschall Foch nicht in der Lage ist sie zu ändern noch sie zu verbreitern, erklärt sich Marschall Foch bereit, die deutschen Vorschläge zur Verlängerung des Waffenstillstands-

abkommens, niedergelegt in dem Schreiben des Reichsministers Erzberger vom 15. Februar,

zu Art. IV: sofortige Freigabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen,

zu Art. V: Straflosigkeit Deutscher wegen Kaufs von Maschinen und Material aus den ehemals besetzten Gebieten,

zu Art. VI: Indienststellung einiger deutscher Kriegsschiffe zur Unterstützung des Kampfes gegen den Bolschewismus,

zu Art. VII: Freigabe der Küstenschiffahrt,

zu Art. VIII: Rechtsgarantien für die deutsch gesinnte Bevölkerung in Elsaß-Lothringen,

zu Art. IX: Verkehrsfreiheit zwischen besetztem und nicht besetztem Gebiet,

zu Art. X: niedrige Bemessung der Unterhaltungskosten der Besatzungstruppen,

den alliierten und assoziierten Regierungen alsbald zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Von dem Beschluß der alliierten Regierungen wird die deutsche Waffenstillstandskommission baldigst benachrichtigt werden.

Marschall Foch hat sich bereit erklärt, diese Note bereits heute dem Obersten Kriegsrat der Alliierten zur Beschlußfassung zu unterbreiten und mir Nachricht zukommen zu lassen.

Zu meinem lebhaften Bedauern ist es nicht gelungen, irgendwelche definitive Zusage über die sofortige **Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen** zu erlangen. (Bewegung.) Ich habe in einer Reihe von Vorstellungen und zuletzt in persönlichem Briefwechsel mit Marschall Foch die Frage immer wieder verfolgt. Marschall Foch übergab mir am Freitag seine Antwort, die im Inhalt dahin geht, daß die alliierten Regierungen einen Beschluß über die sofortige Freigabe nicht herbeigeführt hätten, daß aber Frankreich bereit sei, 2000 schwerkranke und schwerverletzte Kriegsgefangene alsbald in die Heimat zu entlassen. (Bewegung.) Auch England würde 2000 kranke und schwerverletzte Kriegsgefangene nach Hause entsenden. Ich erwiderte Marschall Foch, daß diese Antwort in Deutschland nur mit tiefster Trauer und größter Entrüstung aufgenommen werden würde (allseitige Zustimmung); denn von 800 000 Kriegsgefangenen im ganzen 4000, die elendsten unter den ganzen Kriegsgefangenen, freizugeben, könne als Entgegenkommen auf die wohlberechtigte deutsche Forderung nicht angesehen werden. (Allseitige Zustimmung.)

Die Verhandlungen drängten gestern abend zum Abschluß. Ich bekam die Vollmacht der Reichsregierung, zu unterzeichnen und gleichzeitig vor der Unterzeichnung folgende **Erklärung zu Protokoll** zu geben:

Die deutsche Regierung ist sich der schweren Folgen bewußt, die sowohl die Annahme wie die Ablehnung des Abkommens nach sich

ziehen müßte. Wenn sie ihre Delegierten angewiesen hat, zu unterzeichnen, so geschah dies in der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen jetzt ernstlich bestrebt sind, innerhalb der kurzen Frist, für die sie den Waffenstillstand verlängert haben, der Welt den ersehnten Frieden wiederzugeben.

Die deutsche Regierung ist aber genötigt, ihren Standpunkt zu den drei Bedingungen des Abkommens durch folgende Bemerkungen klarzustellen:

1. Das Abkommen ignoriert die aus dem Volkswillen in geordneten Formen hervorgegangene deutsche Regierung. Es legt den Deutschen in Form schroffer Befehle und Verbote zugunsten der aufständischen Polen die Pflicht auf, eine Anzahl wichtiger Plätze, darunter Birnbaum und die Stadt Bentschen, ohne weiteres zu räumen. Diese Plätze sind in deutscher Hand, überwiegend deutsch besiedelt und von wesentlicher Bedeutung für den Verkehr mit dem deutschen Osten. Dabei leisten die alliierten und assoziierten Mächte nicht einmal Gewähr dafür, daß die Polen es ihrerseits unterlassen, neue Angriffe zu unternehmen oder vorzubereiten, daß sie die deutsche Bevölkerung, auf deren Schutz wir verzichten sollen, menschenwürdig behandeln, daß sie die deutschen Geiseln freigeben, deren Festhaltung jetzt jeden Sinn verliert, und daß sie den bisherigen Lebensmittelverkehr nach dem Westen hin aufrechterhalten. Wenn wir auch bereit sind, jede militärische Angriffshandlung in Posen und anderen Gebieten einzustellen und die gegenwärtige militärische Lage dort als Basis anzuerkennen, so müssen wir doch erwarten, daß auch die aufständischen Polen die Demarkationslinie einhalten, andernfalls müssen wir befugt sein, uns mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen.

2. Deutschland darf darauf hinweisen, daß es sich bis zur völligen Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte und bis zur Zerrüttung seiner Verkehrsverhältnisse bemüht hat, den Waffenstillstandsbedingungen nachzukommen. Es will auch jetzt versprechen, die Punkte zu erfüllen, in denen ihm die Durchführung bisher nicht gelungen ist, dabei darf es aber annehmen, daß seine Verpflichtungen nicht in einer Weise ausgelegt werden, die mit den beiderseits anerkannten Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika unvereinbar ist und den Gedanken des Rechtsfriedens im voraus zunichte macht.

3. Wenn Deutschland jetzt an Stelle bestimmter Fristen für den Waffenstillstand, die es gestatteten, sich auf die Erfüllung der Bedingungen einzurichten, nur eine kurze, unbestimmte Frist mit einseitiger dreitägiger Kündigung gewährt wird, die geeignet ist, die Ruhe und Ordnung in Deutschland in hohem Maße zu gefährden, so bedeutet das eine ungerechtfertigte Erschwerung unserer Lage. Wir vermögen die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die alliierten und assoziierten Regierungen es für tunlich halten, unter Verlängerung des Waffenstillstands bis zum Präliminarfrieden in Verhandlungen über die deutschen Gegenforderungen einzutreten. (gez.) Scheidemann.

Diese deutsche Erklärung ist vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes Marschall Foch übergeben und von demselben angenommen worden. Sie ist damit von unserem Standpunkt aus als ein Teil und als eine Erläuterung des neuen Waffenstillstandes anzusehen.

Das ist die wenig erfreuliche, traurige Botschaft, die ich aus Trier mitzubringen habe. Die Welt weiß, daß Deutschland einen neuen Krieg

nicht führen will und einen neuen Krieg nicht führen kann. Wenn man uns wehrlos macht, dann soll die Welt aber das eine wissen: ehrlos darf man uns nicht machen! (Beifall. — Zurufe und Unruhe rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir alle stehen unter dem schmerzlichen Eindrucke der Mitteilungen, die der Herr Minister Erzberger uns über die Verhandlungen vom gestrigen Tage gemacht hat. Ich weiß auch, daß das ganze deutsche Volk jetzt von der vordringlichen Sorge über die Waffenstillstandsverhandlungen und deren Folgen beherrscht ist. Unter diesen Umständen würde ich es für wenig angezeigt halten, wenn wir jetzt unmittelbar nach diesen schmerzlichen Mitteilungen in die Fortsetzung der Debatte eintreten wollten, die wir am letzten Samstag abgebrochen haben. (Zustimmung.) Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, für heute auf die Fortsetzung dieser Debatte zu verzichten. Auch der Herr Preußische Justizminister und der Herr Kriegsminister, die sich schon am letzten Samstag zwecks Mitteilung wichtiger Tatsachen zum Worte gemeldet hatten, haben sich entschlossen, jetzt ihre Mitteilungen nicht zu machen, um nicht in die Erörterung dieses Gegenstandes einzutreten, sondern ihre Mitteilungen bis auf später, etwa übermorgen, zu verschieben. Ich möchte Ihnen also vorschlagen, die Beratung jetzt abzubrechen und auf die morgige Tagesordnung als einzigen Gegenstand zu setzen: Interpellation Dr. Heinze. Der Herr Präsident des Reichsministeriums hat sich ja bereit erklärt, diese Interpellation morgen zu beantworten.

Ich schlage Ihnen also vor, morgen auf die Tagesordnung zu setzen: die Interpellation Dr. Heinze und im Zusammenhang damit die Erörterung über die Waffenstillstandsverhandlungen von gestern und von den früheren Tagen. (Zuruf rechts: Zur Geschäftsordnung!) — Einen Augenblick, sobald ich fertig bin. — Das möchte ich Ihnen vorschlagen, meine Damen und Herren. Es würde dann voraussichtlich die Fortsetzung der am Samstag abgebrochenen Debatte für übermorgen zu erwarten sein.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Herr Präsident, nachdem wir die Geschäftsordnung des alten Reichstags zur Grundlage unserer Verhandlungen gemacht haben, habe ich die Auffassung, über deren Unrichtigkeit ich mich gern belehren lasse, daß auch die §§ 31 a und 31 b der Geschäftsordnung des alten Reichstags für unsere Verhandlungen grundlegend sind. Daher würden nach meiner Auffassung morgen auf die Tagesordnung auch zu setzen sein die **kleinen Anfragen,** die eingereicht worden sind. Ich lege darauf deshalb besonderen Wert, weil die kleine Anfrage Nr. 7, die ich mit meinem Parteifreunde Deglerk gestellt habe,

durchaus im Zusammenhang mit der morgen zu beantwortenden Interpellation steht. Ich beantrage deshalb, morgen die kleinen Anfragen auch auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident: Es besteht nach wie vor die Absicht, auch diese Bestimmungen der §§ 31 a und 31 b über die **kleinen Anfragen** hier in der Nationalversammlung zu beobachten. Aber ich mache den Herrn Vorredner darauf aufmerksam, daß der Herr Präsident Dr. Kämpf in der Sitzung vom 20. Juli 1917 — und seinen Ausführungen hat das ganze Haus Zustimmung gegeben — folgendes ausgeführt hat:

> Ich glaube im Sinne des Reichstags zu handeln, wenn ich festsetze, daß die Anfragen bis zum Dienstag beziehungsweise Freitag 12 Uhr mittags eingereicht sein müssen, wenn sie an dem darauf folgenden Anfragetage zur Beantwortung kommen sollen.

Wie mir soeben von dem Herrn Direktor des Bureaus mitgeteilt wird, ist die Einreichung dieser Anfragen erst nach dem letzten Freitag mittags 12 Uhr erfolgt; sie sind deshalb auch erst auf den nächsten Freitag ganz geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung zur Beantwortung gesetzt.

Ich mache weiter auf folgendes aufmerksam — ich weiß nicht, ob es Gegenstand der Besprechung in diesem hohen Hause oder nur im Ältestenausschuß gewesen ist —: es ist gesagt worden, daß man hier in Weimar die kleinen Anfragen nicht mit der Raschheit erledigen kann, wie dies in Berlin geschehen ist. Die Anfragen berühren vielfach Spezialressorts, bei denen zunächst das Einvernehmen mit den Berliner Behörden zu erfolgen hat. Das dauert bei den jetzigen Postverhältnissen immer einige Zeit, und man kann nicht dafür garantieren, daß die Anfragen gleich am nächsten Termin beantwortet werden können.

Ich glaube, damit die Anregung des Herrn Abgeordneten v. Graefe zur Genüge beantwortet zu haben.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Gröber.

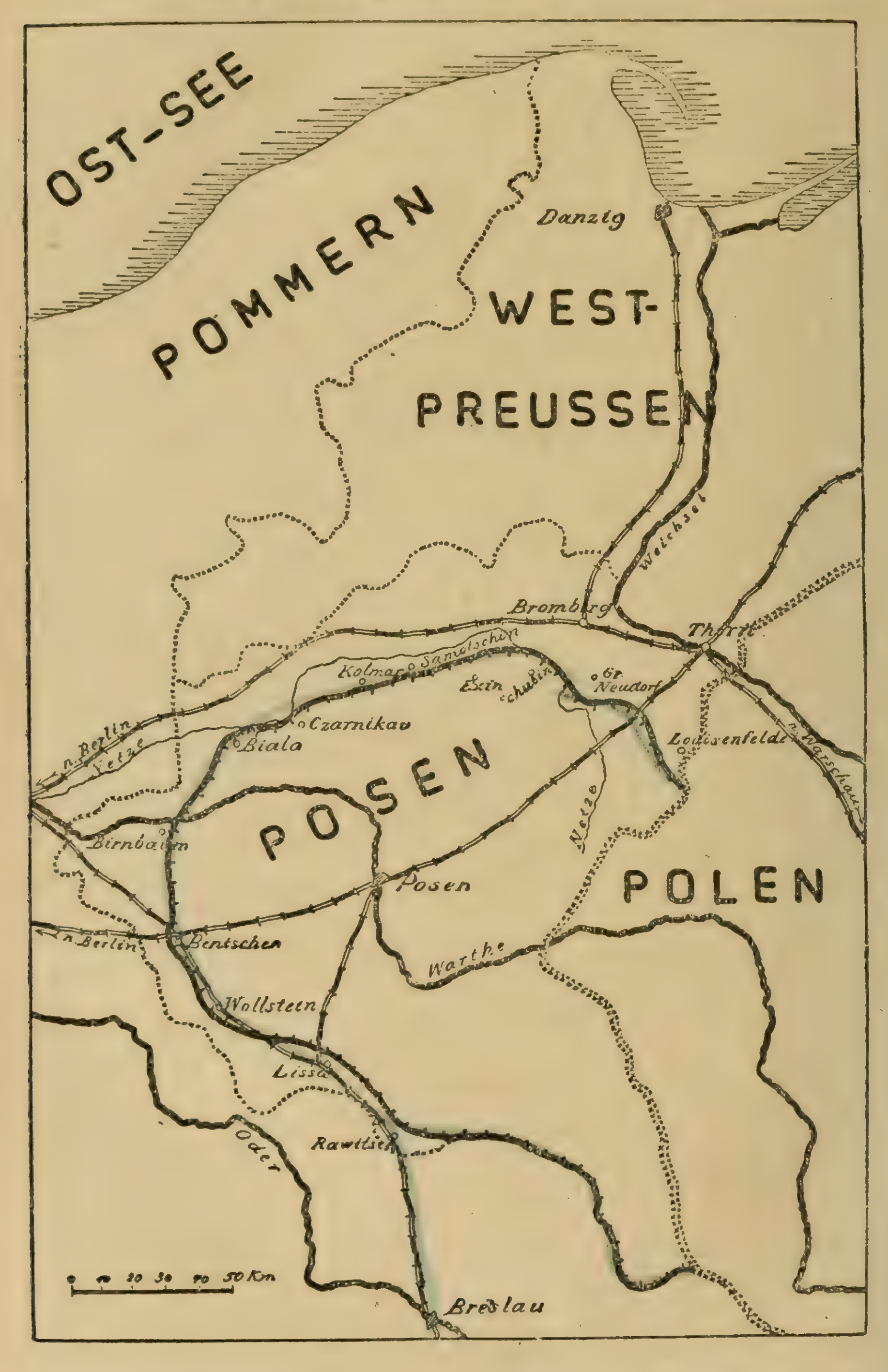
Gröber, Abgeordneter: Herr Präsident, ich mache noch darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung § 31 b Abs. 2 Satz 2 der Aufruf der Frage dann unterbleiben muß, wenn die Anfrage einem Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung vorgreift. Nachdem der Herr Abgeordnete v. Graefe hervorgehoben hat, daß ein Teil dieser Anfragen mit der Interpellation unmittelbar zusammenhängt, darf ich auf diese Bestimmung hinweisen. Das ist ein weiterer Grund, um von der Behandlung der betreffenden Anfragen abzusehen.

Präsident: Ich glaube, daß damit auch dieser Zwischenfall erledigt ist. Nun glaube ich, wohl annehmen zu dürfen, daß das Haus meinem Vorschlage, jetzt die Sitzung abzubrechen, zustimmt. — Es ist das der Fall. Dann haben wir festzusetzen die n ä ch st e S i tz u n g. Ich schlage

vor, sie zu halten morgen, den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Interpellation der Herren Dr. Heinze und Genossen.

Das Haus ist einverstanden. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 52 Minuten.)



Demarkat. Linie — Eisenbahn — Poln. Grenze

10. Sitzung.

Dienstag den 18. Februar 1919.

Interpellation Heinze über die Waffenstillstands-verhandlungen in Spaa.

Geschäftliches. Mitteilung über Einläufe.

Interpellation Dr. Heinze und Genossen: Vorlegung einer Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen usw. (Nr. 21 der Anlagen.)

Vögler (D. Vp.) Interpellant: Ob die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen unbedingte Notwendigkeit? — Warum bei Wirtschaftsfragen in Spaa nicht Sachverständige zugezogen? — Ungeheure Schäden durch Unterbindung vom Rechts- und Linksrhein. — Auslieferung der Handelsflotte. Niemals Sachverständige zur rechten Zeit zugezogen. — Kirchhofsfrieden.

Erzberger, Reichsminister: Die Interpellation von Nutzen, wenn an Foch gerichtet. — Wer dem Wilsonfrieden im Wege stand, weiß man. — Hat Tag für Tag Sachverständige gehört. Ist für deren Zuziehung zu den Verhandlungen eingetreten. — Der wahre Sachverhalt um Herrn Stinnes usw. — Protestiert gegen das Schlagwort „Auslieferung der Handelsflotte". Deutsche Handelstonnage soll für Zuführung von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden. — Waffenstillstandsverhandlungen durften nicht scheitern. Ohne Schiffe kein Brot. — Finanzfragen. — Aufruf an Arbeiter wie an Kapitalisten. — Nicht die Arbeit erschweren. Krieg verloren. — Glaube an des Volkes Zukunft. —

Dr. Heinze (D. Vp.) zur Geschäftsordnung.

Müller (Breslau) (S.): Zuziehung der Kapitalisten hätte nicht genützt, wohl geschadet. — Diktat des Feindes nach Niederlage erwartet. — Mahnung gegen Tanzwut des deutschen Volkes. — Kriegsgefangenenfrage. Unser Gewissen nicht rein. — Rechtsfriede. Vier Jahre lang hat die Entente die Völker getäuscht, wenn das Versprechen nicht wahrgemacht wird. — Die Entente bereitet den Boden für den Bolschewismus. — Untergang der ganzen europäischen Kultur. —

Gröber (Ztr.): Attacke der Schwerindustrie nicht gerechtfertigt. — Das Vaterland ruft nach Einigkeit.

Haußmann (D. D.): Offenheit der Verhandlungen. — Die Verantwortung der Nichtunterzeichnung der Waffenstillstandsverhandlungen größer als die der Unterzeichnung. — Keine Angriffe im Rücken! Nach außen geschlossen! — Deutschlands Eingehen auf Wilsons Punkte ein völkerrechtlicher Vorvertrag auf Frieden. —

v. Graefe (D. Nat.): Deutschlands Ehre engagiert. — Warum nicht Aufruf zur nationalen Verteidigung am 10. November? — Kein Wunder, daß die Feinde die Situation ausnützen. — Auch in der Diplomatie Dilettanten an Stelle von Fachleuten. — Die mysteriöse Depesche in der Sachverständigenfrage. — Auslieferung der Handelsflotte. — Restlose Aushöhlung der Wilsonpunkte. — Feiger Meuchelmord am deutschen Volke.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Verantwortung für ein Nein unmöglich. — Die unverantwortliche Kriegspolitik am Zusammenbruch schuld. — Stets auf einen Verständigungsfrieden gerichtet. — Die Politik des Prinzen Max. — Das Volk selbst der Schmied seiner Zukunft.

Erzberger, Reichsminister: Erwiderung auf die Angriffe des Abg. v. Graefe. — Der Schuldige ruft: Haltet den Dieb! — Wilson stimmt den Alliierten zu. — Schaden der Interpellation. —

Haase (U. S.): Die Chauvinisten des Auslands wenden nur die Regeln unserer Kriegspolitiker an. — Frühere Friedensschritte. — Freiwilligenkorps. — Kampf gegen den Bolschewismus. — Nemesis für Belgien. — Wo die Erneuerung des Geistes? — Das Volk will unter allen Umständen Frieden. —

Dr. Stresemann (D. Vp): Rheinlandindustrie das Rückgrat des Wirtschaftslebens. — Sachverständige aus den geschichtlich gewordenen Organisationen. — Das Telegramm. — Auslieferung der Handelsflotte. — Schuld am Zusammenbruch. — Ludendorff. — Täuschung über Seelenstimmung anderer Völker.

Erzberger, Reichsminister: Erwiderung gegen Dr. Stresemann.

Dr. David, Reichsminister: Verständigungsfriede durch die Diktaturpolitik verhindert. — U-Boot-Krieg. — Wie der Zusammenbruch kam. Vor der Revolution. — Ursachen der Zermürbung des Heeres —

Persönliche Bemerkungen: v. Graefe (D. Nat.); Erzberger, Reichsminister.

Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Legendre für 5 Tage, Binder (Pfalz) und Engelhard für 8 Tage. Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Herren Abgeordneten Dr Wendorff für 14 Tage zur Teilnahme an den Sitzungen des Mecklenburg-Schwerinschen Verfassunggebenden Landtags, Dr. Jasper für 3 Wochen zur Teilnahme an der braunschweigischen Landesversammlung. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Es sind verschiedene Telegramme eingelaufen, die ich wenigstens kurz dem Inhalt nach skizzieren will.

Von Bromberg, Birnbaum und Bentschen sind von verschiedenen Behörden und Einzelpersonen Telegramme und Zuschriften eingegangen wegen der Demarkationslinie im Osten mit Protest und Aussprache von Wünschen.

Von Rheine in Westfalen ist ein Telegramm eingegangen bezüglich der Erneuerung des Waffenstillstandes und der dadurch herbeigeführten systematischen, absichtlichen Erdrosselung und Vernichtung des deutschen Volkes.

Von Hamburg ist von der Exekutive des Hamburger Ausschusses für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft ein längeres Telegramm eingegangen, betreffend die 14 Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms.

Von der „Düsseldorfer Zeitung" ist ein Telegramm eingegangen, daß das Erscheinen der bürgerlichen Presse von Spartakus wieder verhindert werde; sie erhebt schärfsten Protest.

Von einem Herrn aus Berlin ist ein Telegramm eingetroffen, das sich in scharfen Worten gegen den Vergnügungspöbel wendet (sehr richtig! und bravo!) und verlangt, daß die baldige Anordnung eines Tages der Landestrauer und des Verbots übermäßiger Tanz- und Faschingsbelustigungen erfolge. (Sehr gut!)

Von dem Herrn Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission ist folgende Zuschrift eingegangen:

> Auf meine Forderung bei den Alliierten, für die aus dem besetzten Gebiet kommenden Mitglieder der Nationalversammlung Dauerpässe auszustellen, ist folgende Antwort seitens der Franzosen eingetroffen:
>
> Es ist bereits mitgeteilt worden, daß Verkehrserleichterungen den Abgeordneten aus den besetzten Gebieten gewährt werden sollen.
>
> Man ist ihrerseits des weiteren damit einverstanden, daß denselben seitens der Kommandanten der Okkupationsarmeen Dauerpässe ausgestellt werden können für die Hinreise nach Weimar und für die Rückkehr während der ganzen Dauer der Tagung der gesetzgebenden Nationalversammlung Deutschlands.
>
> Die gegebenen Instruktionen geben daher keinen Anlaß, die Punkte 2 und 3 der Note Nr. 892 vom 12. Februar zurückzuziehen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand derselben ist die

Interpellation Dr. Heinze und Genossen, betreffend Vorlegung einer Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen usw. (Nr. 21 der Drucksachen.)

Als Kommissare sind von der Reichsregierung angemeldet Herr Kapitän z. S. Vanselow und Herr Dr. Hemmer.

Die Reichsregierung hat bereits erklärt, daß sie zur Beantwortung der Interpellation bereit ist. Zur Begründung der Interpellation erteile ich das Wort namens der Interpellanten dem Herrn Abgeordneten Vögler.

Vögler, Interpellant, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Sorge um die nächste Zukunft hat uns veranlaßt, die Interpellation einzubringen. Wir hatten die Hoffnung, sie schon in der vergangenen Woche hier zur Besprechung gelangen zu sehen. Leider war es wegen der kurzen Zeit nicht mehr möglich, diesen unseren Wunsch zu erfüllen. An und für sich sind wir nun wohl durch die Vorgänge des letzten Sonntags der Begründung für die Notwendigkeit unserer Interpellation mehr oder weniger enthoben worden; denn was sich am Sonntag ereignet hat, wird wohl jedem die Augen darüber geöffnet haben, wohin wir zusteuern. (Sehr richtig!) Der Pulsschlag der deutschen Wirtschaft wird schwach und schwächer, schon stockt er hier und da ganz, schon setzt der Erstarrungsprozeß an vielen Punkten unseres wirtschaftlichen Lebens ein. Mit grau-

samer Sicherheit weiß der Feind die Punkte zu wählen und zu treffen, die uns dem sicheren Ruin entgegenführen müssen. Er weiß, daß, wenn er unsere Verkehrsadern durchschneidet, wenn er unsere Betriebsmittel nimmt, wenn er die Hand nach unseren Schiffen ausstreckt, er sich um den weiteren Fortgang des Zerstörungsprozesses keine Sorge zu machen braucht — er folgt von selbst. Wenn der Herr Reichsminister des Auswärtigen Amts Anfang Januar schon erklärte, dem deutschen Volke gehen allmählich die Augen über, daß die Wilsonschen Bedingungen vielleicht doch nur gestellt worden sind, um es erst zum Waffenstillstand zu bringen und uns dann zu vergewaltigen, dann hat er nur ausgesprochen, was große Kreise aus Industrie, Handel, Schiffahrt und Gewerbe schon längst als ganz bestimmte Sicherheit wußten. (Sehr richtig!) Schon bei den ersten Waffenstillstandsverhandlungen, als dem aufhorchenden Deutschland bekannt wurde, daß Tausende von **Lokomotiven**, daß Hunderttausende von **Wagen** dem Feinde ausgeliefert werden mußten, legte es sich wie ein Alp auf alle deutschen Lande.

Ich will nicht darüber sprechen, ob die Annahme dieser ersten **Waffenstillstandsbedingungen** eine absolute Notwendigkeit war, wir wollen sie als gegeben hinnehmen; aber ich wende mich scharf gegen die Art und Weise der Durchführung dieser Bestimmungen, ich wende mich scharf dagegen, daß nicht auch ein **Programm von sachverständiger Seite** ausgearbeitet worden war, um überhaupt die Möglichkeit der Durchführung der Bedingungen zu sichern. (Sehr richtig! rechts.) Als die ersten Lokomotiven, als die ersten Wagen von der Mitte Deutschlands nach dem Westen gerollt waren, zeigte es sich, daß die Franzosen nur 3, 4, später 6, 7 Abnahmestationen benannt hatten, an denen die Abnahme, die Durchschleusung von gewaltigen Verkehrsmitteln zu erfolgen hätte. Ein Oberbahnhofsvorsteher, befragt nach der Möglichkeit dieser Ablieferung, hätte ohne Besinnen ihnen gesagt: es ist eine technische Unmöglichkeit, in der gestellten Frist dieses gewaltige Wagenmaterial zu bewältigen. (Sehr richtig!) Und weiter, meine Damen und Herren, nicht eine technische Vorschrift war den Eisenbahndirektionen noch bis Mitte Januar bekannt, nach der die Ablieferung des Wagenparks erfolgen sollte. Als Tausende und aber Tausende von Wagen aus dem Innern Deutschlands nach dem Westen rollten, und Tausende und aber Tausende Wagen wegen der kleinsten Mängel an der Ausrüstung, ja der Lackierung dem Feinde den Vorwand gaben, die Abnahme zu verweigern, und die Wagen, die eben erst Tausende von Kilometern zurückgelegt hatten, auf demselben Wege wieder nach dem deutschen Gebiet zurückgejagt wurden: ich brauche Ihnen wohl nicht auszumalen, welche Verkehrsstockungen allein durch den Hin- und Hertransport erfolgt sind. Ich richte an den Herrn Reichsminister Erzberger die Frage, ob es denn nicht möglich

war, ob es denn nicht selbstverständlich war den Eisenbahndirektionen bestimmte Anweisungen zu geben, um diese in den Stand zu setzen, das Wagenmaterial auch so zur Ablieferung zu bringen, wie es der Feind verlangt.

Dann aber, meine Damen und Herren, hebe ich folgendes hervor. Wir haben einen vierjährigen Krieg gehabt, unser ganzes **Eisenbahnmaterial** war im Kriegszustand. Was tat der Feind? Er stellte Friedensansprüche an die Wagen, die innerhalb von wenigen Wochen mitten aus dem Betrieb ihm abgeliefert werden mußten. Ich wiederhole: im Januar, ich wiederhole: selbst im Februar waren den Eisenbahndirektionen, als den abliefernden Stellen, die Vorschriften noch nicht bekannt.

Ich gestatte mir, Ihnen aus einem Bericht der **Eisenbahndirektion Essen** ganz kurz hervorzuheben, was diese große Eisenbahndirektion noch am 8. Februar meldet. Sie schreibt etwa:

> Heute müssen wir feststellen, daß durch die Hin- und Rückläufe die schwersten Schäden für unser Revier eingetreten sind. Wir müssen feststellen, daß zurzeit allein im Essener Bezirk 9000 wiederherzustellende Fahrzeuge stehen, die wegen Überfüllung unserer sämtlichen Werkstätten mit Arbeiten an Fahrzeugen, die zur Abgabe an den Verband bestimmt sind, nicht wieder betriebsfähig hergestellt werden können. (Hört! hört! rechts.)

Und der Bericht sagt weiter, daß diesen 9000 Reparaturwagen nur 13 000 bis 18 000 gestellte gute Wagen für den deutschen Verkehr gegenüberstanden, und stellt dem gegenüber: im Frieden stellten wir 30 000 Wagen und hatten nur 1700 Reparaturwagen.

Meine Damen und Herren, die Eisenbahnwerkstätten haben schier übermenschliches geleistet, wir haben in Tag- und Nachtarbeit versucht, den unerhörten Anforderungen nachzukommen, sie haben das wertvollste Material, das im deutschen Eisenbahnbetrieb war, herausgesucht, um den grausamen Feind zufrieden zu stellen. Aber die Ablieferung wurde, wie ich schon betonte, verhindert durch die schikanöse Art der Behandlung seitens des Feindes. Die Ablieferung wurde auch dadurch verzögert, daß plötzlich Amerikaner, Engländer, Franzosen drei besondere Bezirke einteilten, und in jedem einzelnen Bezirk ergaben sich neue schwere Stockungen für die deutsche Ablieferung.

Ich richte an den Herrn Reichsminister Erzberger die Frage, ob ihm diese Dinge nicht bekannt sind (Heiterkeit rechts), und wie er diese Sache mit der ausdrücklichen Erklärung in Einklang bringt, die er gestern hier abgegeben hat, die **Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen** würde in beiderseitigem Einverständnis erfolgen. Ich frage den Herrn Reichsminister, ob diese Auslegung in beiderseitigem Einverständnis erfolgt ist.

Und dann las mit einem Male das erstaunte deutsche Volk, daß, da die Ablieferung der Wagen sich verzögert habe — ich sagte Ihnen meine Damen und Herren: in erster und letzter Linie durch die Schuld der Feinde — nunmehr eine **Konventionalstrafe** erhoben werden solle, eine Konventionalstrafe, die bedingt, daß zehn Prozent Wagen und Lokomotiven mehr geliefert werden müssen. Wieder ging ein Aufhorchen durch das Land. Man hatte nichts von einer Konventionalstrafe gehört. Und wiederum muß ich an den Herrn Reichsminister Erzberger die Frage richten: war eine solche Konventionalstrafe im ersten Waffenstillstandsvertrag ausgemacht oder war sie es nicht? Und wenn nicht: warum haben wir sie angenommen, wo doch klar — ich rufe alle Eisenbahndirektionen zu Zeugen an — feststeht, daß nicht durch unsere Schuld, sondern durch die Schuld der Feinde die Ablieferung des Materials nicht rechtzeitig erfolgen konnte?

Dann kam plötzlich zur Beruhigung der Öffentlichkeit die Pressenachricht: wir brauchen die 10 Prozent Wagen, wir brauchen die 10 Prozent Lokomotiven nicht zu liefern; wir haben es erreicht, daß nur 50 000 **landwirtschaftliche Maschinen** abgeliefert zu werden brauchen (hört! hört! rechts) und daß wir Wagen und Lokomotiven behalten dürfen.

Ich richte an den Herrn Reichsminister Erzberger die Frage, ob wir in der Lage sind, diese 50 000 Maschinen zu liefern, ob er sich davon überzeugt hat, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie auch in der Lage ist, das Eisen und den Stahl zur Herstellung dieser Maschinen zur Verfügung zu stellen. Denn, meine Damen und Herren, bei uns im **rheinisch-westfälischen Eisenhüttenbezirk** sieht es nicht gut aus; wir haben einen Ofen nach dem anderen ausblasen müssen. Als ich gestern hörte, daß ich heute hier die Interpellation zu vertreten hätte, habe ich gleich an das Revier telegraphiert und vorhin die Antwort über den augenblicklichen Zustand unserer Werke bekommen. Einiges Wenige will ich Ihnen daraus vorlesen. Der „Phönix" meldet, daß er zwei Öfen seit dem 9. November aus Mangel an französischer Minette — denn die französische Minette können wir im Revier nicht entbehren, wenn wir arbeitsfähig bleiben sollen — ausgeblasen hat. „Haspe" meldet, daß es drei Öfen ausgeblasen hat. Die „Rheinischen Stahlwerke" melden, daß sie vier Öfen ausgeblasen haben, das Eisen- und Stahlwerk „Hösch" meldet, daß es drei Öfen ausgeblasen hat, das „Hüstner-Werk" meldet, daß es vollständig still liegt, und das „Mannstädt-Werk" meldet, daß es einen Ofen in Betrieb hat und morgen ganz still liegen wird. (Hört! hört! rechts.) Insgesamt sind 21 Hochöfen seit dem 9. November aus Mangel an französischer Minette nicht mehr im Betrieb. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört!)

Meine Damen und Herren, und nun komme ich zu dem zweiten Punkte, den ich auf das Schuldkonto des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission setzen möchte. Als im Dezember vorigen Jahres durch die Presse — ich glaube, es war die ausländische Presse — die Mitteilung ging, daß **wirtschaftliche Fragen** über Erz- und Kohlen-, über Eisen- und Stahllieferungen in **Spaa** verhandelt werden sollten, da hat die „Nordwestliche Gruppe“ des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf, die das Arbeitsgebiet von ganz Rheinland und Westfalen umfaßt, an den Herrn Staatssekretär Erzberger eine Depesche gerichtet, in der sie ausführte:

> Wir hören, daß Wirtschaftsfragen in Spaa zur Verhandlung stehen. Wir richten an den Herrn Staatssekretär Erzberger die dringende Bitte um **Zulassung von Sachverständigen**.

Das war am 19. Dezember. Am 20. Dezember ging folgende Antwort ein:

> Über Verkehrsvereinbarungen zwischen Links- und Rechtsrhein wird diese Woche in Spaa beraten. Sachverständige auch des rechtsrheinischen Gebietes sind in Spaa anwesend.

Die „Nordwestliche Gruppe“ rief darauf ein Werk nach dem andern an. Es dauerte nur einige Stunden, und sie hatte festgestellt, daß nicht ein einziger Sachverständiger aus der Montanindustrie Rheinlands und Westfalens anwesend war. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört! — Zurufe links: Interessenten!) — Interessenten für die Erz- und Kohlenfragen sind die gegebenen Sachverständigen ihres Arbeitsgebietes. (Zurufe links.) Als festgestellt worden war, daß Sachverständige nicht zugegen waren, Sachverständige, die den Herrn Staatssekretär Erzberger in seinen Bemühungen unterstützen sollen, telegraphierte die Gruppe:

> Wir haben festgestellt, daß Sachverständige nicht anwesend sind. Wir bitten erneut um Ernennung von Sachverständigen, und ebenso bitten wir um die Namen der in Spaa Anwesenden.

Das Telegramm des Herrn Reichsministers Erzberger lautete:

> Die **Verhandlungen** in Spaa sind abgebrochen und werden am 23. in **Luxemburg** fortgeführt. Vorschläge von Sachverständigen alsbald hierher erbeten. (Zurufe links: Na also!)

Die Gruppe gab umgehend 5 Namen von führenden Leuten aus Rheinland-Westfalen an. (Zurufe links: Welche?) — Die Namen will ich Ihnen gern nennen. Es waren Herr Generaldirektor Dr. Haßlacher von den Rheinischen Stahlwerken, Herr Kommerzienrat Dr. Reusch von der Guten-Hoffnung-Hütte, Herr Direktor Pönsgen vom Phönix, Herr Generaldirektor Vögler von der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft und Herr Hugo Stinnes aus Mülheim an der Ruhr. Bei der Wichtigkeit der Frage für die Erhaltung der ganzen Industrie haben wir es für nötig gehalten, weiterhin die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Düsseldorf zusammenzurufen. Wir haben mit

den Vertretern der drei Metallarbeiterverbände sehr eingehend verhandelt und haben uns mit den Vertretern dieser drei Verbände dahin geeinigt, nochmals einen Versuch zu machen, um Sachverständige nach Spaa zu bekommen. Es wurden Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorgeschlagen. Wir haben aber weiter in dem Telegramm, weil uns der Herr Reichsminister Erzberger mitgeteilt hatte, es wären zwei Sachverständige anwesend, auf das dringendste gebeten, uns die Namen dieser Sachverständigen zu nennen. Als wir gehört hatten, daß zwei bekannte Herren nach Spaa berufen worden waren, nämlich der Bankdirektor einer großen Bank und der Leiter einer großen Eisenfirma, beide in ihrem Fach anerkannte Größen, aber nicht im Bilde über die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen (hört! hört! rechts), telegraphierten wir, wir hätten die Absicht, diese Herren zu unterrichten, und bäten um die Namensnennung. Der Herr Staatssekretär Erzberger telegraphierte uns wieder:

> Ihre Vermutung über Auswahl von Sachverständigen ist unzutreffend.

Daraufhin hat die Gruppe nochmals ein Telegramm an den Herrn Staatssekretär Erzberger gerichtet und noch einmal um Angabe der Namen gebeten. Das Antworttelegramm lautete:

> Verhandlungen in Luxemburg bereits abgeschlossen. Sobald **Protokoll** fertiggestellt ist, geht es Ihnen zu. (Hört! hört! rechts.)

Nun lag es doch der ganzen Industrie daran, zu erfahren, was in Spaa und in Luxemburg verhandelt worden war. Es handelt sich dabei um Lebensfragen für die Werke. Es war aber nicht möglich, die Abmachungen zu erhalten, die in Luxemburg getroffen waren.

Am 25. Dezember waren die Verhandlungen zum Abschluß gekommen. Am 6. Januar haben wir wiederum an den Herrn Reichsminister Erzberger telegraphiert:

> Da in Aussicht gestelltes Protokoll über Verhandlungen in Luxemburg bisher nicht eingetroffen, erbitten wir telegraphisch Mitteilung über Verhandlungspunkte sowie getroffene Vereinbarungen und Zusagen.

Die Antwort, die kam, zeugt von keiner weitblickenden Staatsweisheit. Sie lautet:

> Protokoll wird zugesandt, sobald Druck beendet ist. (Rufe rechts: Unerhört!)

Am 10. Januar, also abermals eine Woche später, als das Protokoll immer noch nicht eingegangen war, hat die Nordwestliche Gruppe nochmals gebeten: Teilt uns mit, was Ihr ausgemacht. In dem Telegramm heißt es zum Schluß:

> Erbitten nochmals und wiederholt Zusendung des Luxemburger Protokolls oder kurze amtliche Mitteilung über getroffene Vereinbarungen und Zusagen.

Hierauf ist keine Antwort mehr erfolgt. (Hört! hört! rechts.) Am 16. Januar, also über drei Wochen nach Abschluß der Luxemburger

Verhandlungen, hat die Nordwestliche Gruppe, die Trägerin der ganzen rheinisch-westfälischen Montanindustrie, das erste Protokoll zugesandt bekommen. (Hört! hört! rechts.)

Nun aber weiter. Die Gruppe hatte doch noch ein großes Interesse daran, die Namen der Herren kennen zu lernen, die sie vertreten hatte. Sie hat dann bei der Regierung angefragt, wer von uns in Spaa und in Luxemburg war. Vorgestern ist die Antwort eingegangen: sie war an Herrn Geheimrat Beuckenberg, dem Vorsitzenden der Nordwestlichen Gruppe gerichtet, der sie mir telephonisch hat mitteilen lassen, und lautet einfach und klar:

> An den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission über Austausch von Eisen und Erz und Koks haben Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie nicht teilgenommen. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! hört!)

Wenn der Herr Reichsminister Erzberger gestern hier in ernster Stunde erklärt hat: das deutsche Volk hat ein Recht darauf, sofort zu erfahren, wie die Waffenstillstandsbedingungen geworden sind, dann sage ich — hoffentlich mit demselben Recht —: die deutsche Eisenindustrie hat ein Recht darauf, sofort zu erfahren, welche Bedingungen über ihr Geschick in Luxemburg und in Spaa beschlossen worden sind. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Auf die Kriegsverlängerung komme ich vielleicht gleich noch zu sprechen, wenn es nötig ist. Wir sprechen hier über die Waffenstillstandsbedingungen, nicht über Kriegspolitik. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Nein, das ist mir gar nicht unangenehm.

Nun hat gestern der Herr Reichsminister Erzberger weiter erklärt, es wären sehr schwere Stunden gewesen, die er in Trier durchgemacht habe, eine schwere Last hätte auf seinen Schultern gelegen. Ich nehme das auch an, aber ich frage: warum hat denn der Herr Reichsminister Erzberger keine Sachverständigen hinzugezogen, um sich von dem ungeheuren Druck, der auf seinen Schultern ruhte, zu entlasten? Ich frage den Herrn Reichsminister Erzberger weiter, woher er das Recht nimmt, allein über so wichtige Fragen unserer Industrie zu entscheiden, die wichtige Fragen unseres ganzen Volkes sind? (Sehr richtig! rechts.)

Weiß denn der Herr Reichsminister Erzberger nicht, welch ungeheure Schäden angerichtet werden durch die Abschnürung des linksrheinischen vom rechtsrheinischen Gebiet? Und wenn er es weiß, warum werden keine Maßnahmen getroffen, um dem abzuhelfen? In Art. 5 der ersten Waffenstillstandsbedingungen steht kein Wort davon, daß der **Verkehr nach rechts- und linksrheinisch** gestört werden soll. Es heißt vielmehr ganz deutlich darüber hinaus, daß die Gebiete am linken Rheinufer durch die örtlichen Behörden weiter verwaltet werden sollen und nur unter Aufsicht der Besatzungs-

truppen gestellt werden sollen. Herr Reichsminister Erzberger, wenn Sie sagen, Sie hätten jetzt dem deutschen Volke die Möglichkeit gegeben und gerettet, auf **paritätischer Grundlage** mit den Feinden zu verhandeln, dann frage ich Sie: wo ist die paritätische Grundlage bei der Durchführung der Abkommen, die Sie in Spaa, Trier und Luxemburg getroffen haben?

Der Austausch der Güter vom linken zum rechten Rhein ist von ungeheuerer Bedeutung und meist wenig oder gar nicht bekannt. Sie müssen schon gestatten, daß ich mit einigen Zahlen darauf zurückkomme. Der Rechtsrhein liefert dem Linksrhein 800 000 bis 900 000 Tonnen **Brennstoffe** monatlich. Der Linksrhein liefert dem Rechtsrhein fast dieselbe Menge. Das kommt daher, daß die Art der Brennstoffe verschieden ist. Was Rechtsrhein liefert, ist Koks; was Linksrhein liefert, ist Braunkohle, und beide Arten müssen sich ergänzen, sonst können die Betriebe, die einmal darauf eingerichtet sind, nicht existieren. Dieser Austausch ist auch erforderlich durch die örtliche Lage der Bezirke.

Ich erinnere daran, daß Süddeutschland in erster Linie von der Saar bedient werden muß, weil eben die Saar nach Süddeutschland näher liegt als Rheinland und Westfalen. Nun verlangen die Franzosen, daß diese rechtsrheinischen Mengen in voller Höhe weiter geliefert werden. Sie stellen dagegen in Aussicht, daß 70 000 Tonnen monatlich vom Linksrhein nach Rechtsrhein geliefert werden, also etwa 10 Prozent der Mengen, die sonst im Monat geliefert worden sind. Trotz dieses Mißverhältnisses haben die Deutschen alles getan, um selbst diesen Bedingungen nachzukommen. So sind im Januar allein weit über 100 000 Tonnen Brennstoffe von der rechten zur linken Rheinseite geliefert worden, aber umgekehrt haben die Franzosen zur rechten Rheinseite keine Tonne gelangen lassen.

Wiederum frage ich den Herrn Reichsminister Erzberger: Ist es denn nicht möglich, bei diesen Anstrengungen deutscherseits wenigstens ein kleines Äquivalent von den Franzosen zu erhalten? Ist das die paritätische Art der Behandlung, die uns zugesichert worden ist und die Sie auch jetzt wieder dem deutschen Volke nach ihrer Erklärung gerettet haben? Auch die Zufuhr an Erzen ist gleich Null geworden, und dabei sollten nach dem Luxemburger Abkommen für jede Tonne Koks, die wir lieferten, 1¼ Tonnen Minette an uns geliefert werden. Wir haben im Januar weit über 100 000 Tonnen Brennstoffe geliefert, aber keine Tonne Erz erhalten. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Also bei uns wieder eine Erfüllung der Verpflichtungen, so gut es nur eben geht. Denn da werden Sie mir recht geben: wenn bei dieser katastrophalen Kohlennot wir es noch fertig gebracht haben, über 100 000 Tonnen über den Rhein zu

werfen, dann haben wir unser Möglichstes getan. Dabei ist die Kohlenförderung auf der linken Rheinseite kaum zurückgegangen. Die Franzosen müssen in Kohlen ersticken. Und trotzdem es im Waffenstillstandsvertrage heißt: es darf nur das aus dem besetzten Gebiete genommen werden, was für die Kriegführung notwendig ist, so haben doch wir die Überzeugung, daß diese deutschen Kohlen weit über das besetzte Gebiet hinein nach Frankreich, vielleicht sogar ins Ausland gehen. Wiederum muß ich den Herrn Reichsminister Erzberger fragen: ist das eine paritätische Behandlung des Abkommens, das Sie in Luxemburg getroffen haben?

Ganz kurz noch eine Zahl über **Eisen und Stahl.** 5 Millionen Tonnen Eisen und Stahl werden linksrheinisch erzeugt. Von diesen 5 Millionen gehen 3 Millionen nach Rechtsrhein. Diese 3 Millionen werden dort verarbeitet in den unzähligen Betrieben unserer Fertigindustrie. Bleibt das Eisen aus, so können wir nicht arbeiten. Ich kann Ihnen die Versicherung geben: seit dem 9. November ist kaum eine Tonne Eisen mehr von Linksrhein nach Rechtsrhein gegangen.

Im Zusammenhange mit diesen für uns so wichtigen Verkehrsfragen muß ich doch auch kurz auf das **Waffenstillstandsabkommen** eingehen, das die **Handelsschiffe** betrifft. Auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten D. Naumann hat Herr Erzberger hier bereits eine Erklärung abgegeben. Ich bin leider genötigt, festzustellen, daß diese Erklärung in wesentlichen Punkten nicht zutreffend ist. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Zunächst eine kleine, vielleicht nicht unwichtige Äußerlichkeit. In dem amtlichen Protokoll über diese Waffenstillstandsverhandlungen ist das Datum unrichtig. Die Verhandlungen des zweiten Tages haben nicht am 15., sondern am 16. Januar in Trier stattgefunden. Das nebenher. Aber in den einleitenden Verhandlungen der ersten Sitzung am 15. Januar — und das bitte ich sehr genau zu beobachten — hat Marschall Foch — ich will mich hier an meine Aufzeichnungen halten, damit ich richtig wiedergebe, was das amtliche Protokoll enthält — mitgeteilt, daß eine weitere Unterkommission von Technikern tagen müsse, welche die Aufgabe habe, die deutsche Handelsflotte für die Beschaffung von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. Foch bietet also hier die Hand, die wirtschaftlichen Vereinbarungen von den militärischen zu trennen. Herr Reichsminister Erzberger hat sich sofort ganz unverständlicherweise bereit erklärt, in die Verhandlungen einzutreten, obwohl, wie er selbst im amtlichen Protokoll niederschreibt, die deutschen Sachverständigen nicht zur Stelle waren. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Und noch einmal, am Nachmittag desselben Tages, gibt Herr Salter, der Führer der englischen Reedereiinteressen, eine Erklärung ab, die in ihrer Klarheit für das Wohlwollen bezeichnend ist, das jedenfalls an diesem Tage bestand. Herr Salter betont ausdrücklich, daß

das abzuschließende Abkommen ein solches nicht militärischer Art sein sollte und unabhängig vom Waffenstillstandsvertrage und unabhängig von sonstigen Staatsverträgen sei. (Hört! hört! rechts.) Die Tonnage, sagte er ausdrücklich, soll sofort für die Transporte verfügbar gemacht werden. Man kann sich e i n e k l a r e r e **Trennung zwischen Waffenstillstandsvertrag** h i e r **und Wirtschaftsvertrag** d a k a u m d e n k e n? Auch dieser Augenblick ist verpaßt worden. Die deutschen Unterhändler haben aus Gründen, die gar nicht zu ersehen sind, plötzlich Fragen an die Unterhändler gestellt, von denen die **vereinigten Hamburger Reeder** wörtlich schreiben:

> Unsere Unterhändler haben in leichtfertigster Weise die Feinde geradezu eingeladen, uns in den Hauptpunkten Schwierigkeiten zu machen. (Hört! hört! rechts und bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren, man kann diese sehr scharfe Stellungnahme der Hamburger Reeder wohl begreifen. Ich wiederhole: Erst bietet Herr Marschall Foch, dann Herr Salter an, hier nun endlich einmal den Krieg — schließlich ist es doch noch ein halber Krieg — von der Wirtschaft zu trennen. Hier war vielleicht zum ersten Male Gelegenheit gegeben, daß wieder Hand in Hand Sachverständige, das heißt Handel- und Schiffahrttreibende zu einem Privatabkommen kommen konnten. Es war hier vielleicht zum ersten Male die Möglichkeit gegeben, wieder gewisse kaufmännische Beziehungen anzubahnen, und diese vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit ist gründlich verpaßt worden. Wenn die deutsche Reederei heute in einer hellen Aufregung ist, wenn sie mit Entrüstung die Abgeordneten über die Art und Weise, wie unsere Verhandlungen in Trier geführt worden sind, unterrichtet, so müssen Sie begreifen: die Sorge um das ganze Überseegeschäft, die Möglichkeit des Wiederaufbaues hängt doch von unseren Schiffen ab. Hunderte von Millionen gekaufter Waren liegen in Übersee. Wie sollen denn die Besitzer die Waren, die doch für Deutschland von größtem Interesse sind, überhaupt in die deutschen Häfen bringen?

Noch weitere Punkte gerade über die **Sachverständigenfrage** bei den Waffenstillstandsabkommen sind merkwürdig. In dem amtlichen Protokoll heißt es an einer Stelle —:

> Es wurde daher der folgende deutsche Vorschlag für die Fassung eines kurzen Artikels für die Aufnahme in den Waffenstillstandsvertrag aufgestellt, dem die beteiligten Sachverständigen und die Vertreter der Reichsressorts ihre Zustimmung gaben.

Alle beteiligten Sachverständigen werden dann aufgeführt, u. a. die Herren Generaldirektor Heinecken und Stapelfeld. Ich bin berechtigt, hier zu erklären, daß die beiden Herren an der Sitzung überhaupt nicht teilgenommen haben. (Hört! hört! rechts und bei der Deutschen Volkspartei.) Und zum Schluß dieses selben Abkommens heißt es:

> Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, und Generaldirektor Heinecken vom Norddeutschen Lloyd erklärten, daß sie zwar Deutschlands Zwangslage einsehen, daß sie aber Wert darauf legen, den Vertrag nicht selbst zu unterschreiben, und daß sie der Schlußkonferenz beiwohnen möchten.

Demgegenüber erklären nun die beiden genannten Herren, daß sie auf das allerschärfste Protest gegen dieses Abkommen einlegen müßten, und zwar als Vertreter der gesamten im Kriegsausschuß der deutschen Reederei zusammengeschlossenen Schiffahrtsgesellschaften. Sie erklären ferner, daß sie Verwahrung erheben gegen die Art der Behandlung dieser für unser ganzes Wirtschaftsleben so unsagbar wichtigen Fragen. Sie erklären ferner, daß sie die deutsche Reichsregierung für alle den deutschen Reedereien entstehenden Folgen verantwortlich machen müssen.

Im Anschluß an diesen in der denkbar schärfsten Weise erhobenen Protest haben die Herren dann hinzugefügt, daß sie nicht in der Lage seien, den Vertrag zu unterschreiben, daß sie es vorziehen müßten, der Schlußkonferenz am nächsten Tage überhaupt nicht mehr beizuwohnen. (Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.) Herr Generaldirektor Heinecken fügt noch hinzu:

> „Ich will mich nicht dem Verdacht aussetzen, auch nur indirekt an dem Zustandekommen des für die deutsche Handelsschiffahrt und damit für die gesamte deutsche Wirtschaft so verhängnisvollen Trierer Abkommens auch nur beigetragen zu haben."

Und wiederum, Herr Reichsminister Erzberger, wer gab Ihnen das Recht, die angebotene Trennung zwischen Waffenstillstands- und Wirtschaftsfragen abzulehnen und in die Verhandlungen einzutreten, ohne daß die deutschen Sachverständigen da waren? Und wer gab Ihnen das Recht, dieses Abkommen zu unterschreiben, wo die eingeladenen Sachverständigen auf das schräffste Protest dagegen einlegten? (Sehr richtig! rechts.)

Wenn dann in der Sitzung in der vorigen Woche, die ich wiederholt erwähnte, Herr Reichsminister Erzberger erklärte, der Marschall Foch habe am Abend die sofortige Unterzeichnung verlangt, dann frage ich Sie: war denn nach dem, was ich Ihnen hier nach dem amtlichen Protokoll vorgetragen habe, die Sachlage nicht ganz klar, daß anfangs Marschall Foch bereit war, mit Sachverständigen zu verhandeln, und nur durch die Führung der deutschen Geschäfte am Schluß der Verhandlungen (lebhafte Zustimmung rechts und bei der Deutschen Volkspartei) wiederum zu der unerhörten Forderung kam, daß sofort und unter allen Umständen abgeschlossen werden müsse?

Meine Damen und Herren, die **„Frankfurter Zeitung"** teilt, nachdem sie diese Sachen kurz geschildert hat, in einem Leitartikel mit:

> Herr **Erzberger** will beweisen, daß Deutschland nicht anders kann. Aber er beweist nur, daß er nichts Besseres vermocht hat. (Sehr richtig! rechts.)

Und das Blatt fährt dann fort:

> Es ist nachträglich schwer festzustellen, was in solchem Falle versierte Sachkenner erreicht hätten. Daß Herr Erzberger die Verhandlungen ohne die Sachkenner führte, ist der schwere Vorwurf, der ihn trifft. In seiner Selbstüberschätzung ist er überzeugt, daß niemand es besser machen kann als er selbst. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Reichsminister Erzberger hat in der vergangenen Woche auf einen Zuruf von der linken Seite her erklärt: „Sie schädigen die deutschen Interessen", und wenige Minuten später hat er hier in demselben Saal die Erklärung abgegeben: „Wir dürfen kein Risiko mehr übernehmen." Danebenhergehend hat er in aller Öffentlichkeit folgendes in die Welt hinausgerufen:

> Wenn wir noch einmal einen Waffenstillstand abschlügen, so werde das bisher besetzte Gebiet zu einem feindlichen werden, das linksrheinische Gebiet würde verloren gehen, das deutsche Volk würde von seinen kargen Lebensmitteln auch die Besatzung verpflegen müssen, und die gesamte wehrpflichtige männliche Bevölkerung würde der Kriegsgefangenschaft unterworfen werden, und eine finanzielle und wirtschaftliche Versklavung würde bis zum letzten Sinne des Wortes eintreten.

An diesen Herzenserguß Erzbergers knüpft die „Frankfurter Zeitung" die Bemerkung:

> Diese Kundgebung des Herrn Erzberger ist so ziemlich das Schlimmste und Verkehrteste, was am Vorabend neuer Verhandlungen dem Feinde gesagt werden könnte. (Sehr richtig! rechts.)

Die genannte Zeitung folgert dann:

> Nach unserer Meinung ist die Abberufung des Herrn Reichsministers Erzberger die einzige Antwort.

Mit diesem geistigen Rüstzeug ist der Herr Reichsminister Erzberger zu den letzten Verhandlungen nach Trier gefahren. Jetzt ist er wieder da (Heiterkeit) und hat der neuen jungen Regierung Vereinbarungen mitgebracht, die sie sicher am Sonntag in Stunden versetzt haben so schwer, wie ich sie ihr im weiteren Verlauf nicht viele wünschen möchte. Die Entscheidung, ob Annahme oder Ablehnung, ist sicher nicht leicht. Sie hat angenommen. Sie mußte vielleicht annehmen; denn diese Bedingungen waren das letzte Schlußglied in der Kette, die Herr Reichsminister Erzberger in monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat (sehr gut! rechts), das Schlußglied in der Kette, die das deutsche Volk erwürgen wird. (Sehr richtig! rechts.)

Durch die Reden der letzten Tage hier im hohen Hause ging eigentlich ein Leitmotiv: wir müssen arbeiten, wir müssen schaffen, nur durch Arbeit kann Deutschland genesen. Und der Herr Ministerpräsident hat das gute Wort gefunden: man soll uns den Arm freilassen, dann werden wir der Welt zeigen, daß wir ihr mehr geben können, als sie uns nehmen kann. Sie, Herr Reichsminister Erzberger, haben diesen Arm in Fesseln

geschlagen, und wenn heute das ganze Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot ächzt und stöhnt, wenn heute ein Betrieb nach dem anderen ausgeht, wenn heute der Erstarrungsprozeß eingesetzt hat, von dem ich anfangs sprach, so ist das nicht nur — das muß hier betont werden, — eine Folge der wilden Streiks, die keiner mehr verurteilt als wir, sondern es ist in erster Linie die Folge davon, daß die Erzeugung nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann. Heute liegen allein auf den Zechen des rheinisch-westfälischen Ruhrgebietes fast zwei Millionen Tonnen Brennstoffe und harren der Abfahrt. (Hört! hört!) Und heute haben schon Tausende von Arbeitswilligen gefeiert, weil es nicht möglich ist, ihnen Arbeit zu geben, und aus diesen Tausenden werden bald Hunderttausende werden, und wenn neulich der Politiker der „Vossischen Zeitung" das Wort prägte: den Krieg haben wir verloren, wir werden auch den Frieden verlieren, so möchte ich hinzufügen: wir haben den Frieden verloren, und gegen Sie, Herr Reichsminister Erzberger, erheben wir schweren Vorwurf. Wir werfen Ihnen vor, daß sie in wichtigen Lebensfragen unseres Volkes allein verhandelt haben, wir werfen Ihnen vor, daß Sie niemals Sachverständige zur rechten Zeit in den so wichtigen Erz- und Kohlenfragen aus den Kreisen der Interessenten zu den Waffenstillstandsverhandlungen hinzugezogen haben. (Stürmische, andauernde Unterbrechungen und große Unruhe im Zentrum und links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Vögler, Abgeordneter: — Ich bin kein Hetzer, meine Herren, ich habe Ihnen aus einem amtlichen Protokoll — (andauernde erregte Zurufe im Zentrum und links). — Ja, meine Herren, ist das im neuen Deutschland die neue Sitte? (Fortgesetzte stürmische Entrüstungsrufe im Zentrum und links.) — Ich bin neu im Parlament. Kann man hier nicht frei weitersprechen? (Fortdauernde Unterbrechungen im Zentrum und links.) — Ich habe hier an einem amtlichen Protokoll — (fortgesetzte stürmische Zurufe im Zentrum) Herr Präsident — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Sie haben durch die Art Ihrer persönlichen Angriffe den Entrüstungssturm entfesselt. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nun bitte ich, nachdem ich das dem Herrn Redner gesagt habe, das hohe Haus, den übrigen Ausführungen des Herrn Redners in Ruhe zuzuhören.

Vögler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, ich bedauere, daß der Herr Präsident mein letzten Ausführungen nicht mehr als sachliche, sondern als persönliche bezeichnet hat. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich habe aber doch — und da haben Sie mir ruhig zugehört — nur die Schlußfolgerung gezogen, daß in den hier angeführten Fällen,

die ich Ihnen unterbreitet habe, Sachverständige seitens der berufenen Interessenten nicht rechtzeitig oder nie zur Stelle waren. Weiter habe ich kein Wort gesagt. (Zurufe im Zentrum und links.) Das stelle ich mit aller Deutlichkeit fest. (Andauernde Zurufe im Zentrum.) — Das amtliche Protokoll wird ja nachweisen, was ich gesagt habe. Ich bedauere sehr, daß meine Ausführungen, die wirklich eingegeben sind, um der Sache zu dienen, Ihren Unwillen erregen. (Erregte Zurufe im Zentrum und links.) — Ich kenne Herrn Erzberger gar nicht, ich habe mit ihm noch nie etwas zu tun gehabt, aber ich spreche hier als **Vertreter einer Industrie,** die am Erstarren ist (lebhafte Zurufe im Zentrum), und ich habe die Pflicht, Ihnen hier zu sagen, wie die Sache bei uns steht. Wenn ich das nicht täte, dann stände ich hier nicht auf meinem Platze.

Ich will zum Schluß kommen. Die letzten Waffenstillstandsbedingungen sind angenommen, und wenn es richtig ist, was durch die Presse ging, daß Herr Reichsminister Erzberger Herrn Marschall Foch gefragt hat, ob denn diese letzten Bedingungen zum Frieden führen würden, und wenn es richtig ist, daß der Marschall dann eisig, vielleicht sogar höhnisch gesagt hat: Ich vermute es, — so sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Wir vermuten, daß wir bald, sehr bald Frieden haben, wir vermuten, daß der Frieden von selbst kommt, wir vermuten aber auch, daß es ein Frieden des Kirchhofs ist (große Unruhe und stürmische Zurufe bei den Mehrheitsparteien), vielleicht nur unterbrochen von dem gellenden Geheul der bolschewistischen Hyäne. (Erneute stürmische Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Meine Damen und Herren, wir sprechen hier über das — (Stürmische Unterbrechungen und große Unruhe bei den Mehrheitsparteien. — Schlußrufe.)

Präsident: Ach, meine Damen und Herren, der Herr Redner ist ja bereit, jetzt zum Schluß zu kommen; nun lassen Sie ihn doch!

Vögler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, wir richten hier an den Herrn Reichsminister Erzberger die Frage — und weiter nichts —: wie ist es möglich, daß das deutsche Volk, das die Waffen mit Rücksicht und im Hinblick auf den Wilsonschen Frieden aus der Hand gelegt hat, nach drei Monaten in einem Waffenstillstand sich befindet, der diesen Wilsonschen Frieden unmöglich macht?

Meine Damen und Herren, ich frage Sie nur und weiter frage ich nichts —: haben wir denn, als wir Frieden schlossen, auf Wilsonsche Versprechungen gebaut oder haben wir es nicht getan? — Wir haben es getan! Und konnten wir denn nach den Wilsonschen Punkten annehmen, daß wir zu einem Waffenstillstandsvertrage wie dem heutigen kommen würden? (Wiederholte Unterbrechungen und Schlußrufe bei den Mehrheitsparteien. — Große Unruhe.) — Ich weiß nicht, meine Damen und

Herren, ich meine, Sie müßten alle mit mir einer Meinung sein! (Lachen und erneute Zurufe bei den Mehrheitsparteien.)

Wenn gestern das hohe Haus unter dem niederschmetternden Eindruck der Erklärung des Herrn Reichsministers Erzberger vertagt worden ist, so ist doch das der beste Beweis dafür, was vorgegangen ist, und ich möchte nur an die Herren von der Regierung die dringende Bitte richten: wenn der Feind einsieht, daß er mit dem Grabe, das er uns geschaufelt hat, sich selbst sein Grab schaufelt, wenn noch einmal die Hoffnung gegeben ist, zu einem wirklichen, vernünftigen Verhandeln zu kommen, dann, meine Herren von der Regierung, rufen Sie die besten Köpfe des Volkes, die Sie haben (Zurufe von den Mehrheitsparteien: Sie!), sie kommen gerne. — Ich nicht! Ich rechne mich nicht zu den besten Köpfen des Volkes. (Erneute Zurufe.) Sie kommen gerne, sie helfen dem Herrn Reichsminister Erzberger sehr gern, die schwere Last zu tragen, sie helfen ihm gern, das letzte noch herauszuholen, was aus dieser schweren, verfahrenen Situation herauszuholen ist. (Lebhafter Beifall rechts. — Zischen bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Die Rede des Interpellanten hätte für Deutschland irgend einen Nutzen erwirken können, wenn er sie statt an meine Person an Marschall Foch gerichtet hätte, dann aber nicht mit der Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit, mit der er hier mit Tatsachen umgesprungen ist (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien — Zurufe rechts), — mit einer Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, wie ich sie in meiner sechzehnjährigen parlamentarischen Tätigkeit nicht erlebt habe. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Der Vorredner sagte, die Augen seien ihm am letzten Sonntag geöffnet worden, wohin wir steuern. Uns sind sie schon längst geöffnet, und zwar zu einer Zeit, als wir noch stark waren, und wo die Gruppe, die heute dem Interpellanten zujubelte, den Ruin des Vaterlandes herbeigeführt hat. (Stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Erregte Zurufe rechts.) Sie wagen es, die Gruppe Vögler wagt es, in der Nationalversammlung vom **Schuldkonto eines Ministers** zu sprechen, der für den Frieden der Verständigung und Versöhnung eingetreten ist in einer Zeit, wo Sie (nach rechts) die Leidenschaften aufpeitschten und unser armes Volk weiteren Blutopfern ausgeliefert haben. (Erneute stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Erregte Zurufe rechts.) Wer dem Wilsonschen Frieden im Wege stand, das waren Sie auf der Rechten, meine Herren! Heute wagt es ein Herr dieser Richtung, auf die Tribüne der Nationalversammlung zu treten und sich an den Wilsonschen Frie-

den zu klammern, den er noch vor vier Wochen verhöhnt hat. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.)

Der Herr Vorredner fragt, woher ich das Recht nehme, Verhandlungen zu führen. Von Ihnen (nach rechts) nicht, — will ich es nie haben. Beauftragt bin ich einmütig von der alten Regierung; die Verhandlungen habe ich im Einverständnis mit der Revolutionsregierung und dem neuen Kabinett weitergeführt. Das wußten Sie ja; die Frage wäre also überflüssig gewesen.

Sie verlesen hier Kundgebungen, die gar nicht von mir stammen, Sie unterschieben mir Äußerungen, die ich nie gemacht habe, und Sie wagen den dreisten Satz, ich hätte „niemals **Sachverständige**" gehört, während der größte Teil meiner Amtstätigkeit seit November Tag für Tag dahin geht, daß ich Sachverständige höre. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts und bei der Deutschen Volkspartei.) — Ich liefere den Beweis! (Erneute Zurufe.) — Auch darauf komme ich noch! Zunächst muß ich aber meiner amtlichen Aufgabe obliegen und die Interpellation so beantworten, wie sie gestellt ist.

Die erste Frage, ob der Deutschen Nationalversammlung unverzüglich eine **Denkschrift** über die bisher seitens der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen und getroffenen Abmachungen zugehen wird, habe ich mit Ja zu beantworten. Die Denkschrift ist nahezu fertig und wird den Mitgliedern der Nationalversammlung in den nächsten Tagen bereits zugehen. Sie umfaßt sämtliche Drucksachen der Waffenstillstandskommission, war längst vor Einbringung der Interpellation vorbereitet worden und wird beschleunigt hergestellt. Wir teilen die amtlichen Drucksachen selbst mit, da wir die Geheimdiplomatie ablehnen.

Die Frage, ob die Regierung in der Lage ist, die **Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen** zu tragen, beantworte ich mit einem offenen und uneingeschränkten Ja, mit folgender Maßgabe. Für den ersten Waffenstillstand und seine Einzelheiten trägt die Verantwortung die Regierung des Prinzen Max von Baden, die auf eisernes Drängen der Obersten Heeresleitung sich zu diesem schweren Schritt entschlossen hat, trägt die Verantwortung der Feldmarschall von Hindenburg. Ich werde Ihnen nachher im Laufe der Debatte die Depesche vorlesen, die er mir in den Wald von Compiègne nachgeschickt hat. Für die Verlängerung des Waffenstillstandes trägt die Verantwortung die Revolutionsregierung, für den neuen Waffenstillstand trägt die Verantwortung das jetzige Kabinett. Für alle vier Waffenstillstandsabkommen aber trage ich die Verantwortung, und als solcher stehe ich vor der Nationalversammlung!

Zuziehung von **Sachverständigen!** Kein einziges für unser deutsches Wirtschaftsleben entscheidendes Abkommen ist von der Waffenstill-

standskommission ohne rechtzeitige Befragung und ausreichende Mitwirkung der zur Verfügung stehenden Sachverständigen behandelt worden; im Gegenteil, jede wirtschaftliche Frage, die in den Aufgabenkreis der Waffenstillstandskommission hineinfällt, ist dem Urteil der Sachverständigen in zahlreichen Besprechungen in Berlin und Spaa unterbreitet worden. Auch zu den Verhandlungen mit den Alliierten sind Sachverständige so zahlreich und so frühzeitig als möglich zugezogen worden.

Zu den **Luxemburger Verhandlungen** haben die Alliierten überhaupt nur drei Personen zur Teilnahme zugelassen. (Zurufe rechts: Namen nennen! — Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) — Kommt noch alles! — Ich wiederhole: überhaupt nur drei Personen zugelassen. (Erneute Zurufe rechts.) — Nur drei Personen! Das scheint Ihnen neu zu sein. (Widerspruch rechts.) — Lassen Sie mich doch weiterreden! Es ist mir dann gelungen, die Zuziehung von noch zwei weiteren Personen zu erreichen. 3 plus 2 gibt 5, Herr Generaldirektor — ich bitte um Verzeihung, Herr Abgeordneter Vögler! Wer hat die Verhandlungen geführt? Nicht der Reichsminister Erzberger, sondern der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Herr Dr. Müller! (Hört, hört! bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Das ist mir sehr gut bekannt!) — Aber gesagt haben Sie es nicht, und doch greifen Sie mich wegen des Luxemburger Abkommens an, das ohne meine Mitwirkung abgeschlossen ist! An ihm haben als Sachverständige teilgenommen der Herr Reichskohlenkommissar, dem Sie Sachverständnis doch wohl nicht absprechen wollen, der Generalreferent des Reichswirtschaftsamts, dessen Zuziehung der Herr Staatssekretär verlangt hat, Geheimrat Flach. Ferner hat an den Luxemburger Verhandlungen teilgenommen namens der Textilindustrie für Linksrhein einer der anerkanntesten Führer der Textilindustriellen, Kommerzienrat Hardt, für die Fragen der Eisen- und Erzversorgung nicht ein Bankdirektor, sondern Herr Dr. Fischer, der seit vier Jahren in der Kriegsrohstoffabteilung im Demobilmachungsamt die sämtlichen Eisen- und Erzfragen behandelt hat. Das war die Zusammensetzung der Kommission! Sie war also so gut mit Sachverständigen ausgerüstet, wie es bei fünf Köpfen überhaupt möglich war. Auf die einzelnen Fragen bezüglich des Luxemburger Abkommens werde ich nachher noch zu sprechen kommen.

Die **Termine für die Verhandlungen** wurden bisher immer einseitig von unseren Gegnern festgesetzt, es ließ sich nicht vermeiden — das lag an den schlechten Verkehrsverhältnissen in Deutschland —, daß nicht immer sämtliche Sachverständige rechtzeitig am Orte der Versammlung zur Stelle waren. Sie wurden aber ausreichend in Berlin gehört.

Was das **Schiffahrtsabkommen** betrifft, so mußte ich eine Reise nach Süddeutschland wegen der Abgabe des Verkehrsmaterials unternehmen. Sobald in Berlin die Depesche eingelaufen ist, daß Schiffahrts-

sachverständige mitwirken sollten, wurde die Depesche sofort telephonisch und telegraphisch an die Schiffahrtssachverständigen weitergegeben, die in Hamburg, Bremen und Flensburg sitzen. Dadurch sind die Herren erst einen Tag später als die Waffenstillstandskommission in Trier angekommen.

Im übrigen haben gerade mit den Schiffahrtssachverständigen bereits die Monate Dezember und Januar hindurch wiederholte und zahlreiche Besprechungen stattgefunden. Es ist daher eine geradezu unerhörte Anmaßung, wenn man von dieser Stelle zu behaupten wagt, ich hätte nicht mit Sachverständigen verhandelt und keine Sachverständigen zugezogen. Im Gegenteil, die Protokolle beweisen es, und der Herr Vorredner kennt diese Protokolle und mußte, wenn er sie gelesen hatte, wissen, welchen hohen Wert ich bei jeder Beratung mit dem Marschall Foch auf die Anwesenheit von Sachverständigen gelegt habe. Wie kann er es dann wagen, den Vorwurf auszusprechen, den er erhoben hat! Bei der Finanzkommission, der Ernährungskommission und der Schiffahrtskommission, wie bei dem letzten Abkommen in Trier, waren nicht weniger als 30 Sachverständige in Trier zugegen. Dem Herrn Abgeordneten Vögler genügt das nicht, wenn nicht auch noch Herr Hugo Stinnes zugezogen wird. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Darüber werde ich nachher noch Mitteilungen machen.

Die vierte Frage der Interpellation, **Unterstellung der Waffenstillstandskommission** unter das **Auswärtige Amt**, habe ich namens der Reichsleitung mit einem Nein zu beantworten. Das Auswärtige Amt hat bald nach dem Abschluß des ersten Waffenstillstandsabkommens durch seinen damaligen Staatssekretär gebeten, daß die Weiterführung dieser Verhandlungen ihm nicht angegliedert würde. Es wurden sachliche Bedenken, die heute genau so fortbestehen, ins Feld geführt. Dem Herrn Vorredner scheint unbekannt zu sein, daß wir zwei deutsche Waffenstillstandskommissionen haben, und wenn man die Marinekommission hinzufügt, sind es drei deutsche Waffenstillstandskommissionen, eine in Berlin, deren Vorsitzender ich bin, eine in Spaa, deren Vorsitzender Herr General v. Winterfeldt war, jetzt Herr General v. Hammerstein, und die Marinekommission unter dem Vorsitz des Admirals Götte. Die Unterstellung dieser Kommissionen, der maritimen und militärischen, die ungemein weitgreifende wirtschaftliche Sachen zu behandeln haben, unter das Auswärtige Amt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Dem Herrn Vorredner scheint unbekannt zu sein, daß die Waffenstillstandskommission eine Reihe von Unterabteilungen besitzt, ein großes Bureau von bald über 40 Personen in Frankfurt, welches die Rückgabe der aus Frankreich und Belgien weggeführten Materialien zu regeln hat. Im übrigen ist die Regierung der äußersten Rechten dankbar, daß sie bei dieser Frage zum Ausdruck gebracht hat, daß sie

volles Vertrauen zum Auswärtigen Amt besitzt, indem sie diesem die Waffenstillstandskommission untergliedern wollte. (Heiterkeit.) Die Verbindung zwischen der Waffenstillstandskommission und dem Auswärtigen Amt ist durch tägliche Konferenzen und mündliche Besprechungen gewährleistet. Die Unterstellung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt ist aber auch nach der provisorischen Verfassung unmöglich; denn nach dieser Verfassung ist jeder Reichsminister der Nationalversammlung direkt und unmittelbar verantwortlich, deshalb kann ein Reichsminister und sein Ressort einem anderen nicht unterstellt werden. Lesen Sie doch die Verfassung durch, ehe Sie solche unzulänglichen Fragen einbringen! (Heiterkeit und sehr gut! im Zentrum und links.)

Die fünfte Frage, die haben Sie vergessen, aber in der Begründung gaben Sie sie, und die hieß: **wann geht Erzberger weg?** (Heiterkeit.) Das ist der Zweck der Übung. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Ich kenne die Pappenheimer, die alten und die jungen. Ich gehe, wenn meine politischen Freunde es fordern. Nie aber, wenn die Gegner es verlangen. (Bravo! im Zentrum und links.) Das können Sie sich ein für allemal merken.

Damit hätte ich die Frage nach ihrem sachlichen Inhalt erschöpfend beantwortet.

Die Rede bietet mir aber Veranlassung zu weiteren Ausführungen. Ob durch solche Reden die Stellung der deutschen Unterhändler erleichtert wird, überlasse ich dem Urteil der Öffentlichkeit. (Sehr richtig!) Mindestens wird sie erschwert, wenn unrichtige Behauptungen in aller Welt verbreitet werden.

Auch in den **kleinen Anfragen** in diesem Hause spiegeln sich diese Dinge wider, Anfragen, denen der Charakter des Ammenmärchens auf mehrere Kilometer anzusehen ist. (Heiterkeit und sehr richtig! im Zentrum und links.) Anfrage Nr. 7 stützt sich auf einen Zeitungsartikel; sie ist eingebracht von einem „alten, lieben Freunde“, dem Herrn Abgeordneten **v. Graefe.** (Heiterkeit.) Sie stützt sich auf einen Artikel der **„Schlesischen Zeitung“** vom 25. Januar 1919, welcher lautet:

> Am 7. November d. J. spät abends überschritt die deutsche Waffenstillstandskommission, von Fourmies her kommend, bei Clairfontaine die französische Vorpostenlinie und fuhr über La Capelle nach St. Quentin. Bei den ersten Verhandlungen war die Entente zu einem entschädigungslosen Frieden bereit. Dieses Angebot meldete das militärische Mitglied der deutschen Kommission, General v. Winterfeldt, unserer Obersten Heeresleitung, die alsbald ihre Zustimmung gab. Inzwischen brach in Deutschland die Revolution aus, und als General v. Winterfeldt wieder zu General Foch kam, erklärte dieser: „Ich habe eben die telegraphische Meldung erhalten, daß in Deutschland die Revolution ausgebrochen ist. Das ändert die ganze Lage.

> Nun ist Deutschland erledigt, das frühere Angebot ist hinfällig. Deutschland hat nun für die Gewährung eines Waffenstillstandes folgende Bedingungen anzunehmen" — und dann gab er die zerschmetternden Bedingungen bekannt, unter denen wir jetzt schon zusammenzubrechen drohen.

Herr v. Graefe vermißt — und darum stellt er seine Anfrage — eine amtliche Stellung der Regierung zu dieser Behauptung. Von der Anfrage unter Nr. 7 ist nur ein einziges Wort wahr, nämlich das, daß wir am 7. November abends die deutsche Front verlassen haben. Alles andere ist Dichtung. Ich gebe den **Sachverhalt**, wie er sich in der Tat ereignet hat.

Am Freitag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, hatten wir im Walde von Compiègne die erste Unterredung mit Marschall Foch, die nach Prüfung unserer Vollmachten folgendermaßen begann. Marschall Foch fragte: „Was führt die Herren hierher, was wünschen Sie von mir?" Ich antwortete: „Die Bevollmächtigten sehen den Vorschlägen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes zu Wasser, zu Lande und in der Luft an allen Fronten entgegen." Foch erwiderte: „Ich habe keine Vorschläge zu machen." Ich entgegnete: „Wir sind gekommen auf Grund der letzten Note vom 5. November von Präsident Wilson." Der Bevollmächtigte Graf Oberndorf verlas dieselbe. Marschall Foch gab dann seinem Generalstabschef Weygand den Befehl, die Bedingungen vorzulesen, sie sind in der Hauptsache Gegenstand des Abkommens vom 11. November geworden mit den Änderungen, die wir erreicht haben. Es war weder von einem Frieden noch von einem entschädigungslosen Frieden die Rede. Das Wort „Friede" fiel überhaupt nicht, sondern die ersten Verhandlungen begannen mit der Mitteilung der außerordentlich harten Bedingungen des Waffenstillstandes. Diese Bedingungen wurden alsbald nach Empfangnahme durch den Kurier an die deutsche Oberste Heeresleitung gesandt. Am Nachmittag desselben Tages hatte General v. Winterfeldt eine Unterredung mit dem französischen Generalstabschef Weygand, in der er die Unmöglichkeit der Durchführung der gestellten Bedingungen darlegte. Den Rest des 8. und den Vormittag des 9. November benutzten die deutschen Delegierten zur Abfassung der deutschen Gegenbemerkungen, die am 9. überreicht worden sind. Am Abend des 9. November teilte uns ein französischer Hauptmann den Funkspruch des Reichskanzlers über Nauen mit, wonach der Kaiser abgedankt und der Kronprinz auf die Krone verzichtet habe. In der Nacht auf den 10. November teilte uns das französische Oberkommando die Ausrufung der Republik und die Umwälzung in Deutschland mit. Eine Mitteilung der deutschen Obersten Heeresleitung war noch nicht eingegangen. Aus einer Unterredung der Delegierten der deutschen Waffenstillstandskommission, des Kapitäns Vanselow, mit dem englischen Marinedelegierten geht hervor, daß die Delegierten an keine vollständige Umwälzung glaubten, sie waren der Meinung, die

deutsche Regierung hätte noch alle Gewalt in den Händen. Am 10. November vormittags hatte General v. Winterfeldt eine neue Unterredung mit dem französischen Generalstabschef Weygand. Eine Äußerung in dem Sinne, als ob nach der Revolution die Bedingungen noch schärfer für Deutschland ausfallen würden, fiel nicht. Solche neuen Bedingungen sind uns nicht gestellt worden. 7 Uhr 30 Minuten abends wurde die französische Antwort auf die deutschen Gegenbemerkungen überreicht. Immer noch war keine Antwort von der deutschen Obersten Heeresleitung eingegangen. Vorher wurde mir ein Schreiben des Marschalls Foch übermittelt, in dem dieser fragte, ob die deutschen Delegierten die Erlaubnis zur Unterzeichnung der mitgeteilten Bedingungen von der Regierung erhalten hätten. Am Sonnabend erreichte mich folgender **Funkspruch der deutschen Obersten Heeresleitung,** den ich heute hier bekannt gebe:

An die deutschen Bevollmächtigten zu Händen des
Generals v. Winterfeldt.

Zu den Waffenstillstandsverhandlungen muß versucht werden, Erleichterung in folgenden Punkten zu erreichen:

1. Verlängerung der Räumungsfristen auf zwei Monate, wobei die Hauptzeit auf die Räumung der Rheinprovinz, der Pfalz und Hessen fällt, sonst Zusammenbruch des Heeres, weil technische Ausführung absolut unmöglich, ebenso geordnete Übergabe.
2. Durchmarsch rechten Heeresflügels durch Maastricht-Zipfel.
3. Wegfall neutraler Zone aus Ordnungsgründen, zum mindestens Verringerung auf 10 Kilometer.
4. Ehrenvolle Kapitulation Ostafrikas.
5. Erhebliche Verringerung des abzugebenden Eisenbahnmaterials, sonst schwerste Gefährdung der Wirtschaft, Belassung Personals gemäß Artikel VII in kleinem Umfang möglich, nähere Abmachung darüber nötig.
6. Lastkraftwagen im Heer nur 18 000, davon 50 Prozent betriebsfertig vorhanden. Abgabe in der geforderten Höhe würde völligen Zusammenbruch der Heeresversorgung bedeuten.
7. Jagd- und Bombenflugzeuge nur 1700 vorhanden.
8. Bei einseitiger Kriegsgefangenenabgabe müssen wenigstens Vereinbarungen über Kriegsgefangenenbehandlung bestehen bleiben.
9. Blockade für Lebensmittel öffnen, zur Regelung Verpflegungsfrage sind Kommissare unterwegs.

Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. Bei Gegenablehnung der Punkte 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben. Bitte Entschluß Regierung in diesem Sinne schleunigst herbeizuführen.

von Hindenburg II 11386 geheim op.

Ich habe diese Depesche zum ersten Male der Öffentlichkeit bekanntgegeben, weil heute eine Gefahr nicht mehr vorliegt, sondern nur die Gefahr, daß innerpolitische Agitationen und Hetzreden gehalten werden,

wenn man diese Stellungnahme der Obersten Heeresleitung nicht mitteilen würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Für uns Delegierte — das bin ich verpflichtet im Namen der Herren auszusprechen, die mit mir gearbeitet haben — war diese Instruktion nach einer Richtung angenehm; denn sie hat uns gezeigt, daß wir alle Punkte, auf deren Behandlung und Milderung die Oberste Heeresleitung Wert legte, bereits in den Kreis unserer Erörterungen gezogen hatten, und daß wir eine Reihe weiterer Forderungen bereits durchgesetzt hatten, also tatsächlich Neues uns durch diese Depesche nicht mitgeteilt worden ist, abgesehen davon, daß die Oberste Heeresleitung unter allen Umständen auf dem sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes bestand. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

So war der Verlauf der Dinge. Was steht nun fest? Die Behauptung, die Entente wäre in den ersten Verhandlungen zu einem **entschädigungslosen Frieden** bereit gewesen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Die Behauptung einer Zustimmung der Obersten Heeresleitung zu einem solchen Angebot ist ebenfalls aus der Luft gegriffen und gegenstandslos. General v. Winterfeldt hat Marschall Foch privatim überhaupt nicht in Compiègne gesprochen, sondern nur in den Vollsitzungen. Marschall Foch hat eine Äußerung, nach der der Ausbruch der Revolution Anlaß zu harten Bedingungen gegeben habe, nie getan. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Tatsache ist: die Verhandlungen begannen sofort mit der Mitteilung der schweren Waffenstillstandsbedingungen, wie sie in dem Abkommen niedergelegt sind. Der Ausbruch der Revolution hat daran nichts geändert. (Hört! hört!) Die Alliierten haben keine neuen Bedingungen gestellt. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat sich zu diesen Bedingungen geäußert, daß Erleichterungen anzustreben seien, daß aber, wenn sie nicht zu erreichen seien, trotzdem in dieser Nacht abgeschlossen werden müßte. Das ist die einzige Stellungnahme der deutschen Obersten Heeresleitung, die uns im Walde von Compiègne zugegangen ist.

Nun, meine Herren, überlasse ich ihrem Urteil, ob es richtig ist, eine Pressenotiz von dem Charakter der Darstellung in der „Schlesischen Zeitung" in diesen ernsten Zeiten zum Gegenstande einer kleinen Anfrage zu machen (lebhafte Zustimmung), wo jeder einzelne Bürger des deutschen Volkes, der die Zeitungen seit dem 11. November nur einigermaßen verfolgt hat, sich über die vollkommene Unhaltbarkeit dieser Behauptung klar sein mußte. (Lebhafte Zustimmung.) Ich muß mich nur wundern, daß gerade diejenigen Herren, die den entschädigungslosen Frieden noch am 24. Juni 1918 im Sturm gegen den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann als nationales Unglück bezeichnet haben, heute

hier auftreten und sich als Bekenner des entschädigungslosen Friedens vorstellen. (Lebhafte Rufe: Sehr gut!) Mich freut jede Reise, die jemand von Jerusalem nach Damaskus unternimmt, nur möge er kein Retourbillet dabei nehmen. (Heiterkeit und sehr gut!)

Meine Herren, die Regierung hätte wirklich viel zu tun, wenn sie jeder solchen Pressedarstellung entgegentreten müßte. Die Regierung darf voraussetzen, daß die Öffentlichkeit ein gewisses Maß von Kritik besitzt. Daß sie bei Abgeordneten diese Voraussetzung nicht immer unbedingt gelten lassen kann, hat die Anfrage des Herrn Abgeordneten v. Graefe bewiesen. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Soeben erhalte ich noch von Herrn General **v. Winterfeldt,** der in Berlin weilt, folgende **telephonische Benachrichtigung:**

> General v. Winterfeldt ermächtigt den Reichsminister Erzberger, in der Nationalversammlung zu erklären: Die Angaben der „Schlesischen Zeitung", auf die sich die Anfrage des Abgeordneten v. Graefe stützt, sind von A bis Z erfunden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Somit sind alle Schlußfolgerungen der „Schlesischen Zeitung" unzutreffend.

> General v. Winterfeldt hat von General Foch nie andere Bedingungen oder Vorschläge erhalten, als die im Abkommen vom 11. November enthaltenen. Die „Schlesische Zeitung" hätte sich leicht bei Winterfeldt erkundigen können, ob die ihr zugegangene Meldung richtig war.

General v. Winterfeldt bestätigt damit meine Darstellung. Er ist zu höflich, um das, was er dem Blatte sagt, an die richtige Adresse in diesem Hause weiterzugeben.

Damit glaube ich die erste der falschen Behauptungen, die in der Öffentlichkeit umgehen und die aus innerpolitischen Gründen in Umlauf gesetzt werden, erledigt zu haben.

Ich wende mich dem Interpellanten, dem Herrn Abgeordneten Vögler zu. Er beschwert sich darüber, daß die Ausführungsbestimmungen über die **Ablieferung des Eisenbahnmaterials** den Eisenbahndirektionen nicht bekannt seien. Diese Beschwerde ist begründet. Die Ausführungsbestimmungen sind auch mir nicht bekannt. Alle Bemühungen, von den Alliierten diese Ausführungsbestimmungen zu bekommen, sind mit einem Nein beantwortet worden. Die Alliierten stützen sich auf den Waffenstillstandsvertrag, in welchem die Bestimmung enthalten ist, daß dieses Verkehrsmaterial in „gutem Zustande" abzugeben sei. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten, daß die Ausführung der ganzen Übergabe des Verkehrsmaterials in Händen hat, leidet selbst am meisten unter der Unsicherheit, daß viele Hunderte von Lokomotiven — bis jetzt über 5000 — vergebens gefahren sind und viele Tausende Wagen vergebens fahren mußten. Aber

trifft deshalb das Eisenbahnministerium ein Vorwurf? Trifft ein Vorwurf die Waffenstillstandskommission? (Zurufe rechts.) — Sie scheinen das letztere anzunehmen. Dann teile ich Ihnen folgendes mit. In den ersten Besprechungen über die Abgabe des Verkehrsmaterials haben wir bereits Marschall Foch gebeten, zum Studium der Verhältnisse nach Deutschland Sachverständige zu entsenden, welche die ganzen Verhältnisse prüfen und ihm Bericht erstatten könnten. Die Alliierten haben das rundweg abgelehnt. Ein Zwangsmittel habe ich nicht, um Sachverständige nach Deutschland zu bringen, und Herr Vögler hat mir leider auch kein Zwangsmittel angegeben. (Zuruf rechts: Wann war die erste Besprechung?) — Das war am 11. November 1918, bereits vor Abschluß des Vertrages. Dann ist während der Ausführung des Vertrages in Spaa wiederholt dieser Vorschlag gemacht worden; er wurde immer ignoriert. Der Herr Abgeordnete Vögler stellt sich auf den bequemen Standpunkt: Kritisieren ist leicht, Bessermachen ist schwer. Ich wäre ihm wirklich dankbar, wenn er im Interesse des deutschen Volkes, das schwer unter dem Waffenstillstandsvertrag leidet, heute auch nur einen einzigen positiven Vorschlag hätte machen können. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist nicht geschehen.

Der Herr Abgeordnete Vögler beschwert sich über die **Strafbestimmungen.** Im ersten Waffenstillstandsvertrag waren sie nicht enthalten, sie sind uns zur conditio sine qua non für die Verlängerung des Waffenstillstands gemacht worden, trotz meines Protestes bei dem zweiten Waffenstillstandsvertrag. Der Herr Abgeordnete Vögler fragt: warum haben wir trotzdem angenommen? Weil wir hier der Gewalt weichen mußten. Wenn im dritten Waffenstillstandsabkommen als Ersatz für die 500 Lokomotiven und die 19000 Eisenbahnwagen **landwirtschaftliche Maschinen** geliefert werden mußten, so war das kein Erschwernis für unser gesamtes deutsches Wirtschaftsleben, sondern die Abgabe von 500 weiteren Lokomotiven und 19000 Wagen hätte die deutsche Wirtschaft schwerer belastet als die gewiß sehr unerfreuliche Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können die landwirtschaftlichen Maschinen liefern, ohne daß eine einzige Maschine dem deutschen Bauer weggenommen werden muß. (Hört! hört!) Die Notlage in der Industrie für landwirtschaftliche Maschinen ist sehr groß. Ich kann im Interesse des Deutschen Reichs die Einzelheiten an dieser Stelle, wo ich vor der ganzen Welt spreche, nicht mitteilen, weil dadurch unsere eigene Position erheblich geschädigt würde, wenn ich diese Mitteilungen machen wollte. (Sehr richtig!) Ich bin aber gern bereit, in einer Kommission darüber Einzelheiten mitzuteilen. Ich konstatiere hier nur: keinem deutschen Landwirt wird irgendeine Maschine weggenommen, keinem einzigen, und auch sein Bedarf an neuen Maschinen kann durch die getroffenen Anordnungen noch gedeckt werden. (Hört! hört!)

Nun kommt der Herr Abgeordnete Vögler heute mit dem Vorschlag und fragt, ob ich wüßte, wie wir zu dem nötigen **Rohmaterial** kommen könnten. Wenn er die Berichte der Waffenstillstandskommission, die täglich veröffentlicht werden, genau verfolgen würde, dann wüßte er, daß von uns zur Voraussetzung für die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen zwei Bedingungen gemacht worden sind:

1. Entsendung der Saarkohle für die Herstellung der landwirtschaftlichen Maschinen,

2. Freigabe des Gießereieisens aus dem linksrheinischen besetzten Gebiet,

um eben das nötige Material für die Herstellung dieser Maschinen zu bekommen. Das ist alles geschehen, ohne daß ich den klugen Rat des Herrn Abgeordneten Vögler vorher einholen mußte.

Was er über die traurige Lage der deutschen Eisenindustrie sagt, ist mir bekannt. Ich bedauere das. Es fehlt nur die Anklage, daß ich auch daran schuld sein soll.

Nun zu den **Verhandlungen,** die in **Luxemburg** stattgefunden haben. Ich muß hier etwas weiter ausholen. Gegen meinen Willen und ohne mich vorher zu fragen, ist als Sachverständiger Herr **Hugo Stinnes** nach Spaa entsandt worden. Ich habe protestiert und die Abberufung dieses Herrn durchgesetzt. Ich vertrete sie aus folgendem Grunde. Ich kann als Sachverständigen nicht einen Herrn verwenden, der an der Ausräumung Belgiens so hervorragend beteiligt ist wie Herr Hugo Stinnes. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Ich kann nicht den Belgiern und Franzosen einen Sachverständigen gegenüberstellen, der die Ausbeutung der Campine und ähnlicher Projekte zwei bis drei Jahre in zahlreichen mündlichen Besprechungen bei der Obersten Heeresleitung durchzusetzen suchte. (Hört! hört! und sehr richtig!) Ich kann nicht einen Herrn entsenden, der — und das ist mir vom alten Reichstag her bekannt — von der Regierung als die hauptsächlich treibende Kraft erklärt worden ist für die von der großen Mehrheit des Reichstags bekämpfte Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, für die Evakuierung von 60 000 Leuten, die so unendlich viel böses Blut gemacht hat und auf Deutschland so schwer lastet. (Anhaltende große Unruhe.) Daß ich angesichts dieser Tatsachen den genannten Herrn abberufen mußte, dafür trage ich die Verantwortung. Ich habe im Interesse des Reichs gehandelt. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum. — Zurufe rechts.)

Nun kommen die Verhandlungen in Luxemburg. Ich habe bereits einleitend gesagt, daß überhaupt nur drei Herren zugelassen werden sollten, wir aber erreicht haben, daß wenigstens fünf kommen konnten. Diese fünf Herren waren so gut ausgewählt, wie sie überhaupt nach Lage der Sache ausgewählt werden konnten.

Der **Depeschenwechsel,** den der Herr Abgeordnete Vögler verlesen hat, ist interessant. Nur fehlte eine sehr wichtige Depesche. Er sagte, er hätte ein gutes Gedächtnis. Das hätten Sie, Herr Abgeordneter Vögler, nicht sagen sollen; denn damit geben Sie zu, daß Sie diese Depesche absichtlich nicht mitgeteilt haben. Die Depesche lautet dem Sinne nach folgendermaßen: wenn Herr Hugo Stinnes nicht als Sachverständiger zugezogen wird, entsenden wir überhaupt keine Sachverständigen zu der Waffenstillstandskommission. (Stürmische Rufe: Hört! hört! und Unerhört! links und im Zentrum. — Andauernde große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, wir wollen wieder ruhig weiterverhandeln; es ist genug der Kundgebungen.

Erzberger, Reichsminister. Das Telegramm befindet sich in den Akten der Waffenstillstandskommission in Berlin. Wenn Sie (nach rechts) keine Abschrift haben, bin ich sehr gern bereit, sie Ihnen übermitteln zu lassen. (Zuruf rechts: Das wäre mir sehr angenehm! — Lachen links.) Es haben Herr Beuckenberg und andere Herren, an welche wir uns gewandt haben, abgelehnt, als Sachverständige teilzunehmen, und zwar mit der Motivierung, daß Herr Hugo Stinnes abgelehnt worden sei. Unter einen solchen Terrorismus suchen Sie (nach rechts) die Regierung zu versetzen. Ihre Herrschaft ist vorüber, glauben Sie mir das. Restlos. (Stürmischer Beifall links und im Zentrum. — Lebhafte Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vögler, jetzt hat der Herr Reichsminister das Wort; er hat Sie während Ihrer langen Rede auch nicht unterbrochen.

Erzberger, Reichsminister: Der Herr Abgeordnete Vögler klagt über die **Verzögerungen der Herstellung des Protokolls.** Das ist nicht meine Schuld. Wer in den Januartagen in Berlin war und mit Buchdruckereien zu arbeiten hatte, der weiß, welche Schwierigkeiten es bereitete, überhaupt ein Protokoll gedruckt zu bekommen. Gelesen hat der Herr Abgeordnete das Protokoll bis heute nicht, sonst hätte er wissen müssen — er macht mich für das Abkommen von Luxemburg verantwortlich —, daß ich in Luxemburg überhaupt nicht dabei gewesen bin, sondern daß der Herr Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt dieses Abkommen abgeschlossen hat. Ich wüßte nicht, wen man als kompetenteren Sachverständigen nach Luxemburg zu gehen bitten könnte als den Staatssekretär des Ressorts, das das ganze Wirtschaftsleben umfaßt.

Was die Auswahl der übrigen Sachverständigen für Luxemburg betrifft, so habe ich das Nötige bereits gesagt.

Nun aber noch ein Wort zur Interpellation selbst, weil auch der Herr Abgeordnete Vögler auf diesem Gebiet eine vollkommen unzutreffende Darstellung gegeben hat. Die Interpellanten haben es für nützlich befunden, ein Wort in ihre Interpellation aufzunehmen, das dem deutschen Volk schweren Schaden verursachen wird: das bitterböse Wort von der **„Auslieferung" der deutschen Handelsflotte.** Ich lege im deutschen Interesse den schärfsten Protest gegen dieses Schlagwort der Agitation und der Verhetzung ein. (Beifall links und im Zentrum.) Es ist geradezu unverantwortlich, solche Worte hier in der Nationalversammlung zu gebrauchen und sie in amtlichen Schriftstücken niederzulegen; um so unverantwortlicher, wenn man, wie der Herr Vorredner selbst, das Abkommen zu kennen vorgibt. Denn im Abkommen ist von einer „Auslieferung" der deutschen Handelsflotte nicht die Rede. Im Abkommen selbst heißt es ausdrücklich — Sie können den deutschen oder französischen Text nehmen —, daß die deutsche Handelsflotte der Kontrolle und der Flagge der Alliierten und Assoziierten zu unterstellen sei; daß ein deutscher Delegierter vorhanden sei, daß angemessene Preise gezahlt werden müssen und daß ein Spezialabkommen getroffen werden soll; es ist die Rede von Vereinbarungen. Und da sprechen Sie hier von der „Auslieferung"! Das tat in keinen Verhandlungen ein Engländer oder Amerikaner, aber ein deutscher Abgeordneter wagt es diesen Satz hier auszusprechen. Ich weiß nicht, wie ungeheuer er deutsches Interesse schädigt und wie er Bahnbrecher ist für Aspirationen der Gegner. (Sehr richtig!) Die Verantwortung tragen die Herren, die ihren Namen unter ein solches Wort gesetzt haben. (Sehr gut!)

Wie war der historische Werdegang? Bei der großen Bedeutung, welche die Handelsflotte für die Gegenwart und Zukunft unseres Volkes hat, werden Sie es entschuldigen, wenn ich etwas eingehender auf diese Sache zu sprechen komme, um damit auch der Öffentlichkeit gegenüber ein Bild der tatsächlichen Vorgänge einwandfrei zu zeichnen.

In Artikel 26 der ersten uns von Marschall Foch überreichten Waffenstillstandsbedingungen war die Aufrechterhaltung der Blockade von den Alliierten gefordert. Es war eine der wenigen Errungenschaften die wir im Wald von Compiègne erreicht hatten, daß auf unseren Antrag hin ein weiterer Satz hinzugefügt wurde:

> Die alliierten und vereinigten Staaten nehmen in Aussicht, während der Dauer des Waffenstillstandes **Deutschland** in dem als notwendig erkannten Maße **mit Lebensmitteln zu versorgen.**

Das war die Basis der weiteren Verhandlungen.

Bei den Verhandlungen am 13. Dezember in Trier hat Marschall Foch mir Kenntnis gegeben von einem Schreiben des amerikanischen

Lebensmittelkontrolleurs Hoovers, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die deutsche Handelstonnage in Höhe von 2,5 Millionen Tonnen zur Verfügung gestellt werden müsse unter Kontrolle der Alliierten — nicht ausgeliefert.

Ich fragte: Was heißt das Wort „Kontrolle"?

Der englische Admiral antwortete: Kontrolle heißt, daß die Schiffe mit den Schiffen der Alliierten gemeinsam verwendet werden, und daß in diesem Pool bestimmt wird, wie die Verteilung der Frachten vor sich geht.

Ich antwortete: Es ist also von vornherein als selbstverständlich anzusehen, daß das deutsche Eigentum der Schiffe gewahrt bleibt und die Schiffe unter deutscher Besatzung fahren.

Foch und Admiral Wemyß erklärten: Selbstverständlich.

Dann erklärte ich, daß wir bereit seien, in weitere Verhandlungen auf dieser Basis einzutreten. Das war im Dezember. Nach dieser Erklärung habe ich Schiffahrtssachverständige nach Berlin gebeten, eingehend mit ihnen verhandelt und bei der Entente beantragt, die ganze Frage der Lebensmittelversorgung und der Schiffohrt von Spaa wegzuverlegen nach Kopenhagen oder dem Haag; denn sie paßte nicht in den Rahmen der Waffenstillstandsverhandlungen hinein.

Ich habe auf diesen meinen positiven Antrag leider von den Alliierten keine Antwort bekommen. Die Sache blieb in der Schwebe, trotz wiederholter Anfrage seitens der Alliierten bis zum Januar hinein. Von deutscher Seite war alles vorbereitet. Wir hatten auf deutscher Seite drei Kommissionen von **Sachverständigen** vereinbart, für den Fall, daß die Kommission in Spaa tagen sollte und wenige Herren kommen könnten, für den Fall, daß die Kommission im Haag tagen sollte, und viele kommen könnten, und für den Fall, daß die Kommission nach London berufen werden sollte und nur ein Delegierter zugelassen werden sollte. Für alle diese Eventualitäten hatten wir mit den Schiffahrtssachverständigen feste Vereinbarungen getroffen. Angesichts dessen wagt der Herr, zu sagen, wir hätten sie nicht gehört. (Zuruf.) — Sie haben gesagt, wir hätten niemals Sachverständige gehört.

Wir konnten und mußten annehmen, daß auf diesen von mir gestellten Antrag, in Spaa, im Haag oder in London zu verhandeln, wo die Zentralkommission der Alliierten sitzt, eine befriedigende Antwort kommen werde. Das war bis 15. Januar nicht der Fall. Ich habe bereits erklärt, daß ich einige Tage vorher nach Süddeutschland verreisen mußte. Am 13. Januar traf im Auswärtigen Amt die Depesche ein, Schiffahrtssachverständige möchten in Trier an den Verhandlungen teilnehmen. Ich wiederhole: das Auswärtige Amt hat die uns bezeichneten Schiffahrtssachverständigen, mit denen wir alles durchgesprochen

hatten, telephonisch und telegraphisch benachrichtigt, sich auf dem schnellsten Wege nach Trier zu begeben. Wir haben von Trier aus durch Stellung eines Extrazuges von Berlin nach Trier gesorgt, daß die Herren noch schnell herüberkommen konnten.

Nun aber die **Verhandlungen in Trier.** Herr Abgeordneter Vögler kennt die Protokolle. Aber einen schmählicheren Mißbrauch von Protokollen habe ich noch nie erlebt (hört! hört! bei den Mehrheitsparteien), daß man einzelne Sätze herausgreift, den ganzen Zusammenhang dadurch entstellt und in ein schiefes Licht stellt. (Hört! hört! im Zentrum.) Was war der Hauptvorwurf? Der Hauptvorwurf des Herrn Abgeordneten Vögler war der: „Die Alliierten waren bereit, das Schiffahrtsabkommen aus dem Waffenstillstandsabkommen herauszubringen, durch Ihr — Reichsminister Erzberger — Handeln ist aber das Gegenteil erreicht worden." Meine Damen und Herren, das genaue Gegenteil davon steht in dem Protokoll, das Ihnen allen in den nächsten zwei bis drei Tagen zugehen wird. Marschall Foch hat an der Spitze — auf der ersten Seite steht es —, bevor überhaupt Waffenstillstandsverhandlungen begonnen wurden, erklärt: Zwei Unterkommissionen müssen heute eingesetzt werden, eine über finanzielle Fragen, eine zweite über die Schiffahrtsfragen. Dann hat er im Anschluß daran — jetzt bitte ich, gefälligst umzuwenden, auf die nächste Seite! — die Bedingungen überreicht, die in das Waffenstillstandsabkommen aufgenommen werden müßten, sie waren von ihm selbst mit einem blauen Strich bezeichnet worden. Die Bedingung lautete:

> Das alliierte Oberkommando setzt das deutsche Oberkommando davon in Kenntnis, daß eine alliierte Unterkommission mit einer deutschen Unterkommission zusammentreten wird, um die **Bedingungen** festzulegen für die **Gestellung der deutschen Handelsmarine** zur Verfügung der alliierten und assoziierten Regierungen zum Zwecke der Mithilfe bei der Lebensmittelversorgung Deutschlands und Europas. Die Ergebnisse der Arbeiten dieser Kommission werden an das alliierte Oberkommando geleitet werden.

Marschall Foch stand bei Aufnahme der Verhandlungen bereits auf dem Standpunkt, daß dieser Teil — er hat ihn bezeichnet als zu Art. XXX gehörig — in das Waffenstillstandsabkommen aufgenommen werden mußte. *Es war gar keine Möglichkeit* gegeben, auch wenn die Sachverständigen vorhanden gewesen wären, irgendwie *das Schiffahrtsabkommen aus dem Waffenstillstandsvertrag herauszubekommen.* Irgendwie verpaßt worden ist gar nichts auf diesem Gebiete, denn auch hier war das Diktat der Gegner.

Wie ging es nun weiter? Ich erklärte mich sofort bereit, wenn auch die Sachverständigen nicht da seien, in Verhandlungen einzutreten.

Da Sie das Protokoll (Drucksache 9) in Händen haben, so müssen Sie ja wissen, daß auf Seite 12 der Amerikaner mit dem Satz eröffnete:

> Bei der Prüfung der Transportfrage sind „Relief Council" und die alliierte Kriegsleitung zu dem definitiven Beschluß gekommen, daß es erforderlich sei, die gesamte deutsche Handelstonnage der jetzt für die Weltversorgung verfügbaren Tonnage hinzuzufügen, um die Transporte sicherzustellen usw.

Mein Vertreter, der die Verhandlungen leitete, Herr Kapitän Vanselow, hat sofort Fragen gestellt:

1. „Ist das deutsche Eigentum gewährleistet?" — Antwort: „Ja, das Eigentum wird durch diesen Vertrag nicht berührt."
2. „Behalten die Schiffe deutsche Besatzung?" — Antwort: „Die Frage deutscher Besatzung ist keine Frage, die grundsätzlich verneint wird, sondern die Besatzung wird nach praktischen Grundsätzen der einzelnen Macht, der ein Schiff anvertraut wird, geregelt werden. Wir müssen unbedingt in der Lage sein, unsere Häfen vor dem Hineintragen des Bolschewismus schützen zu können. Für Repatriierung abgemusterter einzelner Besatzungen wird im Einzelfall gesorgt werden."
3. „Werden die deutschen Schiffe in bezug auf Frachtraten ebenso behandelt wie andere Schiffe, die von den Alliierten-Organisationen gechartert sind?" — Antwort: „Deutschland soll keine niedrigeren Frachtsätze erhalten als die niedrigsten irgendeiner Nation für Schiffe derselben Art und Größe."

Das waren die Vorfragen, die der deutsche Delegierte überhaupt gestellt hat, ehe er in die Verhandlungen eingetreten ist. Dann haben ihm die Amerikaner und Engländer die **Shipping terms** überreicht, die die Forderungen aufstellen, unter welchen Voraussetzungen die deutsche Handelsflotte zur Verfügung der Alliierten zu stellen sei. Das waren dieselben Forderungen, unbekümmert darum, ob sie mit der Waffenstillstandskommission vereinbart oder mit Reedern vereinbart worden sind. Das ist aus dem Protokoll so klar ersichtlich, daß ich überrascht bin, daß ein Herr, der im Besitz des Protokolls ist, überhaupt anderes behaupten kann.

Die Sachverständigen waren aus den erwähnten Gründen nicht rechtzeitig zur Stelle. Das hat niemand mehr bedauert als wir, aber wir konnten es nicht ändern. Sie kamen um ½ 5 Uhr an. Am Vormittag hatte Marschall Foch erklärt, er schließe unter keinen Umständen die Verlängerung des Waffenstillstandes ab — das finden Sie im Protokoll —, wenn nicht vorher eine Verständigung und Vereinbarung über das ganze Schiffahrtsabkommen herbeigeführt sei. Als ich um 12 Uhr sagte, die Sachverständigen seien noch nicht da, erklärte er: ich gebe Ihnen Frist bis heute abend 5 Uhr: dann muß der Waffenstillstand mit den einzelnen Shipping terms abgeschlossen sein. Die Verhandlungen fanden um ½ 5 Uhr statt in kurzer Besprechung. Insgesamt 10 **Sachverständige** kamen. Ich kenne nicht alle die Herren persönlich; das kann

niemand von einem verlangen. In der Redaktion des Protokolls ist unrichtig — das gebe ich ohne weiteres zu —, daß Generaldirektor Heinecken dabei gewesen ist (Zuruf rechts) — und Herr Stapelfeld auch. Es waren immer noch 10 Herren als Sachverständige vorhanden, die angekommen sind. (Zuruf rechts.) — Das ist kein Irrtum. Ich habe das Protokoll hier. Es waren mindestens 10 Herren da, die Sachverständigen für Ernährung, die Sachverständigen für Schiffahrt, die Sachverständigen für Finanz. Wir haben eine kurze Besprechung mit den Herren gehabt, haben ihnen die Sachlage geschildert und von meiner Seite aus vorgeschlagen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, daß sie in der kurzen Frist von einer halben Stunde alle die einzelnen Sätze des ganzen von den Alliierten vorgeschlagenen Abkommens durchlesen, geschweige denn Stellung dazu nehmen könnten. Andererseits konnte ich unter keinen Umständen daran die Verlängerung des Waffenstillstandes scheitern lassen, daß jetzt die Schiffe nicht zur Verfügung gestellt würden. Das würde niemand vor der großen Mehrheit des deutschen Volkes verantworten können, weil es ohne Schiffe kein Brot gibt.

Dann haben wir uns verständigt in einem kleinen Kreise über die **generelle Formulierung,** die ich vorgeschlagen habe. Marschall Foch hat zu meinem Bedauern zunächst diesen generellen Satz überhaupt nicht annehmen wollen, sondern er verlangte, die einzelnen Sätze, welche er tags zuvor übergeben hätte, müßten in das Waffenstillstandsabkommen aufgenommen werden. Ich weigerte mich dessen, weil unsere Sachverständigen nicht Stellung genommen hätten. So ist nach langen Verhandlungen, wiederum mit Unterbrechung der Gesamtverhandlungen, dann abends um 7 Uhr die Klausel aufgenommen worden, die ich bereits zur Kenntnis des Hauses gebracht habe, welche ich jetzt nicht mehr wiederholen will.

Das ist der tatsächliche Hergang. Irgendeinen Vorwurf aus diesem Abschluß der Verhandlungen und der Art, wie diese Verhandlungen geführt worden sind, herzuleiten, ist bei ruhiger und objektiver Prüfung der Sachlage nicht möglich. Die deutsche Regierung ist aber auch entschlossen, die Bedingungen, die sie im Waffenstillstand auf diesem Gebiete übernommen hat, ganz loyal auszuführen, aber auch nicht mehr. Nach dem Waffenstillstandsabkommen muß, um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu sichern usw., die deutsche **Handelsflotte der Kontrolle der Alliierten** usw. unterstellt werden.

Die Sicherung der deutschen Lebensmittel ist für uns aber nur unter zwei Voraussetzungen gegeben: erstens, wenn die Alliierten sich verpflichten, das für uns absolut notwendige **Quantum von Lebensmitteln** bis zur neuen Ernte zu liefern. Das Reichs-

ernährungsamt stellt hohe Anforderungen auf diesem Gebiet: 400 000 Tonnen Weizen jeden Monat ab Monat März nebst 100 000 Tonnen Fett oder Fleisch und dazu 1 Million Tonnen Futtermittel vom März bis August.

Das ist die erste Voraussetzung; die zweite Voraussetzung, um die Lebensmittelversorgung mit Deutschland zu sichern, ist die: es muß auch die Finanzfrage befriedigend geregelt werden. Leider ist diese Finanzfrage bis jetzt noch nicht zu einer befriedigenden Regelung gekommen. Die Kosten des Lebensmittelbedarfs für das deutsche Volk bis zur neuen Ernte dürften sich auf zirka 5 Milliarden Mark belaufen. Die erste Forderung, die unsere Finanzsachverständigen erhoben haben, ging dahin, daß die Alliierten im Wege des Vorschusses und des Darlehens die **Finanzierung dieses Lebensmittelquantums** ermöglichen möchten. Das ist rundweg abgelehnt worden. Sie verlangten Bezahlung gegen Kasse, gegen sofort verfügbare Werte. Darauf schlugen wir vor, die Ausfuhr deutscher Industrieartikel unter Aufhebung der Blockade so zu steigern, um mindestens bis zum August auf eine Gesamtausfuhr von zirka einer Milliarde zu kommen. Ich habe die Hoffnung, daß diese Forderung akzeptiert wird. Wir sind weiter bereit, zur Finanzierung die Forderungen, welche das Deutsche Reich an fremde Staaten hat, zur Verfügung zu stellen. Wir haben weiter vorgeschlagen, daß auf das abgegebene Material an Geschützen, an Eisenbahnmaterial und Schiffen, das einen Gesamtwert von $4\frac{1}{2}$ Milliarden Mark umfaßt, Lebensmittel geliefert würden. Die Alliierten haben es abgelehnt; sie verlangen immer eines, daß ihnen die fremden Wertpapiere, welche die Deutschen besitzen, zur Verfügung gestellt werden. Die Entscheidung für die Regierung ist eine ungemein harte, schwere und verantwortungsvolle.

Aber ein Leitsatz gilt für die Regierung: unser Volk darf nicht verhungern! (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Das steht im Vordergrunde. Hunger ist der Schrittmacher für den Bolschewismus. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, um das deutsche Volk über die schwerste Zeit, die ihm bis zur neuen Ernte bevorsteht, hinwegzuhelfen. Das ist auf der einen Seite ein Aufruf und **Mahnruf an die Arbeiter**, zur Arbeit zu gehen, um Waren — Ausfuhrartikel — herzustellen, besonders auf dem Gebiete von Kohle, Kali, Keramik, Optik, Chemie. Alle diese Artikel werden nach ausdrücklicher Aussage der Alliierten gern genommen. Die Arbeiter müssen aber auch wissen, daß, wenn diese Waren nicht zur Verfügung gestellt werden, sie selbst die Schuld tragen, wenn sie im Mai, Juni, Juli bitterbösen Tagen entgegengehen.

Aber ein Zweites. Genau so scharf muß der **Aufruf** auch gemacht werden **an die Kapitalisten**. Im neuen Deutschland kann es niemand

mehr geben, der von seinen Zinsen lebt, während ihm Arbeitskraft, -möglichkeit und -gelegenheit geboten ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Unsere Kapitalisten müssen ihre fremden Werte in diesen Tagen bereits dem Reiche zur Verfügung stellen, damit unser Volk nicht verhungert. Jede Rücksicht auf das reine Privatinteresse muß hintangestellt werden, und die Deutschen, welche im Besitz fremder Werte sind — darüber finden bereits heute in Berlin mit Zuziehung von Sachverständigen Verhandlungen statt —, müssen diese fremden Werte in solchem Umfang zur Verfügung stellen, daß wir vor dem Hungertode vor der Ernte gerettet sind. An Arbeit und Kapital ergeht in gleicher Weise der Aufruf, das Höchste einzusetzen, um unser Volk vor dem Untergang zu retten. Wir müssen jetzt über den toten Punkt hinwegkommen; nur kurze Frist ist uns noch gestellt, um die Finanzierung in dieser Weise durchzusetzen. Wenn der Appell, der heute in Berlin in Übereinstimmung mit Bankfachverständigen beschlossen wird, und der Appell aus diesem Hause heraus keine Wirkung haben sollte, und wenn die fremden Werte in deutschem Besitz nicht in genügendem Umfang zur Verfügung gestellt werden sollen, so müßte sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßnahmen einzuleiten, um den genügenden Erfolg herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Geht unser Volk zugrunde, dann ist es mit der Schiffahrt und mit den fremden Werten aus. Darüber muß sich heute jeder Deutsche klar sein, daß er sein Privatvermögen nur retten kann, wenn er es der Allgemeinheit gegen Entgelt zur Verfügung stellt. Wer sein egoistisches Interesse über das Interesse der Allgemeinheit stellt, der versündigt sich nicht nur an seinem Volke, sondern er schadet auch seinen eigenen Interessen am allermeisten.

Wir haben bei den Verhandlungen eins erreicht — das ist dem Herrn Abgeordneten Vögler vielleicht unangenehm zu hören, aber es muß gesagt werden —: daß die Flotte nicht eher auszulaufen braucht, bis eine **Übereinstimmung über die Ernährungsfrage** und über die **Finanzfrage** herbeigeführt ist. Wenn aber eine Übereinstimmung nicht in kurzer Frist erzielt wird, dann laufen wir die Gefahr, keine Lebensmittel zu bekommen und die Flotte letzten Endes dennoch zu verlieren. Das darf nicht sein, darum brauchen wir dieses Zusammenarbeiten, wie ich es eben geschildert habe.

Die harten Waffenstillstandsbedingungen braucht mir der Herr Abgeordnete Vögler nicht nochmals ins Gedächtnis zurückzurufen. Ich habe jeden einzelnen Paragraphen entstehen sehen und habe an denselben mitarbeiten müssen. Aber eins nehme ich in Anspruch — nicht für mich, ich stehe meinen Mann —: daß die **Arbeiten**, die die einzelnen **Beamten** bei den Waffenstillstandsverhandlungen in

Berlin, in Spaa und sonst geleistet haben, anders gewertet werden als durch das wegwerfende Urteil des Herrn Abgeordneten Vögler; sonst finden Sie keinen Mann mehr, der seine Arbeitskraft in den Dienst der Waffenstillstandskommission stellt. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Ein Mann, wie der General von Winterfeldt, der seine ganze Kraft bis zum Zusammenbruch eingesetzt hat, verdient eine andere Beurteilung. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) — Ach, Sie haben nur mich gemeint? Dann bin ich wenigstens dankbar, daß ich nicht noch meine Beamten zu verteidigen brauche, und nehme die Angriffe auf mich. Es war mir auch ganz klar, daß es sich hier wieder um den Auftakt zu einer „Hetze gegen Erzberger" handeln sollte. Eine Bitte habe ich: mögen Sie mich kritisieren — das Recht haben Sie, dann werde ich mich verantworten —, aber erschweren Sie uns unsere Arbeit im Interesse des deutschen Volkes nicht! (Zurufe rechts.) — Das haben Sie so reichlich getan, daß auf diesem Gebiete nichts mehr zu tun übrig bleibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

An sämtliche Mitglieder der Nationalversammlung richte ich ganz allgemein eine Bitte. Es ist mir gestern ein Interview vorgelegt worden, das ein Mitglied dieses hohen Hauses gegeben haben soll, und das dahingeht, daß Deutschland unter dem Vorwande, die östlichen Grenzen gegen die Bolschewisten und die Polen zu verteidigen, eine Armee von 600 000 Mann konzentriert habe. Es heißt dann weiter: Es würde gut sein, wenn die Großmächte diese Armee etwas unter die Lupe nehmen würden, und daß sie, wenn möglich, darauf bestehen würden, daß die Größe dieser Armee durch die Notwendigkeit der Verteidigung der Grenzen beschränkt werde. (Lebhafte Zurufe: Wer hat das gesagt?) — Dieses **Interview** stand im „Excelsior" am 14. Januar, veröffentlicht als eine Unterredung mit dem Herrn Kollegen **Haase.** (Zuruf des Abgeordneten Haase: Kein Wort wahr!) — Es freut mich, daß Sie ausdrücklich erklären, daß diese Behauptung vollkommen unzutreffend ist. (Zuruf des Abgeordneten Haase: Vollkommen!) — Er bestätigt das ausdrücklich. Es würde auch direkt deutschen Interessen zuwidergehandelt sein, wenn man solche unzutreffenden Behauptungen aufstellen würde; denn wir haben nicht einmal den zehnten Teil von den 600 000 Mann, die hier erwähnt sind.

Durch die Rede des Herrn Abgeordneten Vögler zog sich eines hindurch: Er hat immer die eine nicht ganz kleine Tatsache vergessen, daß wir leider den Krieg verloren haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Das hat er bis heute noch nicht in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen (Zuruf rechts), sonst könnte man eine solche Rede nicht halten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete Vögler scheint auch heute noch nicht zu wissen, welcher schweren Prüfung unser Volk unterworfen ist. Schimpfend und polternd hinter dem Reichswagen herzulaufen, das schadet heute dem Vaterlande. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Arbeit für das Gemeinwohl ist die erste Pflicht, die jeder Deutsche hat, ohne Unterschied der Partei. Ich glaube, das deutsche Volk, dem die schweren Waffenstillstandsbedingungen auferlegt sind, muß mannhaft das tragen, was die Gewalt der Gegner ihm diktiert, in der Überzeugung, die wir gerade aus der Vergangenheit unseres Volkes schöpfen, daß immer auf den Wellenberg der günstigen Entwicklung das Wellental der Erniedrigung gefolgt ist. Ich habe die Überzeugung, daß wir an der Talsohle angekommen sind, und daß es von uns abhängt, ob es weiter herunter gehen soll oder ob es aufwärts geht. Man mache unserem Volke keinen Vorwurf. Nach vierjährigem Kriege mit der Aussaugung aller Volkskräfte, mit der Anspannung der Nerven bis zum Höchsten, wie die Geschichte sie nie gekannt hat, nach der Nichterfüllung aller der vielen glänzenden Versprechungen und Verheißungen (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), die gerade von den Gesinnungsfreunden des Herrn Vögler gemacht worden sind (stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), da ist es psychologisch erklärlich, wenn eine Reaktion eintritt. Aber ich habe das Vertrauen zu unserem Volke, daß es Energie und Kraft und sittliches Pflichtbewußtsein genug hat, um sich wieder emporzuraffen. Wenn unser Volk gereinigt von dem Rost der Vergangenheit einer neuen Zukunft als freies Volk entgegengehen kann, gleichberechtigt neben allen anderen Völkern, für sein eigenes Wohl und für das Wohl der ganzen Menschheit arbeitend, dann werden sich auch die harten Tage der Prüfung überwinden lassen. Ich für meine Person glaube an unser Volk und glaube an seine Zukunft. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien. — Zischen rechts. — Wiederholtes Bravo bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Heinze.

Dr. Heinze, Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der Interpellation. (Zurufe im Zentrum: Wozu?)

Präsident: Der Antrag auf Besprechung bedarf der Unterstützung durch 50 Mitglieder. Ich bitte die Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus. Wir treten also in die Besprechung ein.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Müller (Breslau).

Müller (Breslau), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben gestern nach den Mitteilungen des Herrn Reichsministers Erzberger die Verhandlung abgebrochen wegen des schmerzlichen Inhalts, den diese Mitteilungen für das gesamte deutsche Volk haben. Ich glaube, wir sind heute, wo wir über die **Waffenstillstandsbedingungen**, die abgeschlossen werden mußten, verhandeln, verpflichtet, nicht nur einiges über die wirtschaftlichen Fragen, die damit zusammenhängen, zu sagen, sondern auch einiges Allgemeine dabei mit zu besprechen.

Ich möchte aber zunächst einige Worte zu dem sagen, was die Interpellation fordert. Die Forderung der Denkschrift ist durch die Mitteilungen des Herrn Reichsministers Erzberger, daß eine solche Denkschrift kommt, erledigt. Es wird weiter eine vermehrte **Zuziehung von Sachverständigen** bei künftigen Verhandlungen gefordert. Ich glaube, soweit das möglich ist, muß das geschehen, und wir können nach dieser Richtung die Interpellation unterstützen. Aber ich möchte doch das Reichsministerium darauf aufmerksam machen, daß es bei der Auswahl dieser Sachverständigen außerordentlich vorsichtig vorgehen möchte (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und daß man nicht allein die Generaldirektoren auf die Franzosen und Engländer loslassen möchte (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), sondern daß man auch aus den Reihen der Angestellten und Arbeiter Vertreter zuziehen möchte. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Warum sage ich das? Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich daran: die Kreise, die die Agitation für die Einbringung dieser Interpellation getrieben haben, sind dieselben Kreise, die die Führer der sechs Verbände vom Ende des Jahres 1914 ab gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind dieselben Kreise, die die Raub- und Plünderpolitik gegen Belgien und Nordfrankreich getrieben haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Das sind die Leute, die Briey und Longwy annektieren wollten, und ich glaube nicht, daß diese Herren, wenn sie heute den Franzosen und Engländern gegenübertreten würden, besonders viel Günstiges für das deutsche Volk herausschlagen würden. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich muß den Mut und den Optimismus bewundern, den Herr Abgeordneter Vögler an den Tag gelegt hat. Er hat gesagt, es wäre vielleicht die letzte Gelegenheit verpaßt, daß französische und deutsche Handelsherren und Industrievertreter zusammenkommen könnten, um etwas Gutes auch für uns dabei herauszuschlagen. Ich bin vor einigen Tagen von den Verhandlungen in Bern gekommen, und ich weiß, welche Unstimmigkeiten unter den Arbeitern zu überwinden waren und noch zu überwinden sind, und ich kann mir beim besten Willen nicht denken, daß die kapitalistische Internationale nach dem, was vorgegangen ist, eher zu-

sammenkommen kann als die sozialistische Internationale. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube also, das, was uns hier Herr Vögler in Aussicht gestellt hat für den Fall, daß es zu diesen Besprechungen gekommen wäre, war reichlich optimistisch und stimmte mit den Tatsachen nicht überein. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Interpellation verlangt ferner, daß die **Waffenstillstandskommission dem Auswärtigen Amte unterstellt** werden soll. Nach den Erklärungen des Herrn Reichsministers Erzberger geht das schon aus Verfassungsgründen nicht an. Aber ich möchte doch bei der Gelegenheit namens meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, daß wir den größten Wert darauf legen, daß die Waffenstillstandskommission und das Auswärtige Amt in vollem Einklang miteinander arbeiten. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Wir haben im Kriege genug darunter gelitten, daß die Instanzen gegeneinander gearbeitet haben, die Zivilbehörden gegen die Militärbehörden, und wo zweierlei Militärbehörden vorhanden waren, wie in Belgien, auch noch die beiden Militärbehörden, die Marine- und die Etappenbehörde gegen das Gouvernement und umgekehrt auch gegeneinander. Wir haben von alledem genug, und wir wünschen eine einheitliche Politik auch bei den Waffenstillstandsverhandlungen (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien) nach den Richtlinien, wie sie Herr Graf Brockdorff-Rantzau, unser Außenminister, in der Freitagssitzung hier dargelegt hat.

Nun aber doch ein paar Bemerkungen zu dem: was sollte eigentlich mit diesem Vorstoß bezweckt werden? (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Der Herr Reichsminister Erzberger hat bereits gesagt, daß die Parole heißt: **Weg mit Erzberger!** Aber ich glaube, das ist noch nicht alles, was bezweckt werden soll, sondern Ersatz des Reichsministers Erzberger durch einen Herrn, der der Richtung des Interpellanten genehm ist. Das ist der Zweck der Übung. (Ohorufe rechts.) — Ja, ich halte Sie (nach rechts) nicht für so harmlos, daß Sie diesen Gedanken nicht hätten. (Rufe von rechts: Nein! nein!) Oder wollen Sie einen Sozialisten an Stelle von Erzberger setzen? (Zurufe rechts: Jawohl! — Heiterkeit.) — Das ist erfreulich für uns zu hören; aber es ist doch entschieden etwas Neues! Ich sehe doch, die **Interpellanten**, die hier **für das deutsche Volk auftreten** zu können glaubten, sind doch die bekannten Namen. Sehen Sie sich die Interpellationsunterschriften an: Herr Dr. Stresemann hat sie unterschrieben, Herr v. Graefe hat sie unterschrieben, Herr Warmuth hat sie unterschrieben. Das sind doch dieselben Leute, gegen die wir das deutsche Volk bis in die letzten Tage hinein verteidigen mußten.

Wie oft ist mir in Bern gesagt worden: Seht doch was die

„Deutsche Tageszeitung" immer noch schreibt, was die „Tägliche Rundschau" und was der schwerindustrielle „Lokalanzeiger" noch schreiben! Immer wieder mußten wir den Leuten sagen, daß die Herren eine einflußlose Minderheit im heutigen Deutschland sind, und es war deshalb erfreulich, daß die deutsche Nationalversammlung in ihrer überwiegenden Zahl die Angriffe und das Vorgehen des Herrn Vögler mit der Energie abgewiesen hat, mit der sie es vorhin getan hat.

Im übrigen aber, wo nehmen Sie denn das Mandat her, in dieser Beziehung gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandes aufzutreten? Wer sind Sie denn, meine Herren? Sie sind doch die Verfechter des Tirpitzfriedens, Sie sind doch die Lehrmeister der Pichon und Clemenceau, der Foch und Lloyd George — und wie sie alle heißen! (Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.) Bei jeder Gelegenheit müssen wir das deutsche Volk dagegen verteidigen, daß es mit jenen gegangen sein soll, die diesen Tirpitzfrieden verlangt haben. Sie waren es doch, denen der Brester Frieden nicht schlimm genug war, denen der Bukarester Friede nicht hart genug erschien! Und soll ich Sie erinnern an jene Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Reichstags, wo am Nachmittag mitgeteilt wurde, daß Bulgarien aus dem Vierbund ausgetreten sei, und jeder Konservative, so blind er sein mochte, mit dem Krückstock fühlen konnte, wie es mit Deutschland stand? Da hat noch am Vormittag Ihr Führer die Annexion der flandrischen Küste verlangt! So liegen doch die Dinge. Deshalb bestreite ich Ihnen das Mandat, im Namen des deutschen Volkes hier so für die Interpellation zu reden, wie Herr Vögler es getan hat.

Ich will nicht näher auf die Angriffe eingehen, die gegen den Reichsminister Erzberger erhoben worden sind. Er hat sie selbst widerlegt. Im übrigen waren es ja maßlose Übertreibungen, und manchmal konnte man der Überzeugung sein, daß vielleicht Herr Foch der Führer unserer Waffenstillstandskommission und Herr Erzberger der Generalissimus der alliierten Streitkräfte gewesen sei. Herr Vögler hat ganz übersehen, daß er ein sehr großes Vertrauen zu den Machthabern hat, die heute noch an der Spitze der Alliierten stehen. Ich weiß aus den Zusammenkünften, die ich in der letzten Zeit mit auswärtigen Freunden und Bekannten gehabt habe, daß besonders in Amerika und England entschieden die Zahl der Leute wächst, die für die neue deutsche Republik günstigere Bedingungen haben wollen. Aber darüber sind sie sich alle klar, daß die Leute, die heute noch in Frankreich und England die Macht haben, uns nach keiner Richtung hin wohlgesinnt sind.

Es ist nicht meine Absicht, nach den ausführlichen Darlegungen des Herrn Reichsministers Erzberger im einzelnen auf das einzugehen, was uns der Waffenstillstand gebracht hat, darauf einzugehen, wie wir leider

gezwungen waren, bis zu einem gewissen Grade unsere Handelsflotte in die Hand unserer Gegner zu geben, darauf einzugehen, was das Lokomotiv-Abkommen und das Abkommen über die landwirtschaftlichen Maschinen für uns bedeutet. Denn darin sind wir alle einig, daß es allerschwerste **Bedingungen** sind, die dem deutschen Volke auferlegt sind. Aber sie sind ihm auferlegt worden, weil wir in diesem Kriege unterlegen sind und gründlich unterlegen sind, und weil wir das Diktat des Gegners nach der Schwere unserer Niederlage zu erwarten haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Bisher haben Sie das bestritten!) — Daß wir unterlegen sind? Wann haben wir das bestritten? Auch haben wir niemals bestritten, daß nach der Niederlage das Diktat des Siegers möglich ist. Niemals haben wir die kapitalistischen Regierungen der feindlichen Länder günstiger eingeschätzt als Herrn Tirpitz und die Leute, die bei uns diese Gewaltpolitik vertreten haben. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.) Trotzdem glaube ich, daß die Reichsregierung nicht anders konnte, als auch diese schweren Bedingungen am letzten Sonntag anzunehmen, und zwar, wie es sehr richtig in der offiziösen Notiz hieß, weil das deutsche Volk nicht darauf vorbereitet ist, daß es in eine so verzweifelte Situation kommt, wie es kommen würde, wenn auf einmal der Krieg gegen uns wieder losgehen würde.

Ich war sehr angenehm berührt von den Bemerkungen, die im Namen der Reichsregierung der Reichsminister Erzberger zuletzt darüber gemacht hat, was nötig ist, um uns aus dieser Situation zu retten, und daß auch insbesondere das Kapital herangezogen werden muß, um uns aus der verzweifelten Lage herauszubringen, in der wir uns befinden. Auch in bezug auf die Arbeiter haben, glaube ich, die Sozialdemokraten in den letzten Wochen und Monaten das Nötige gesagt. Denn es ist richtig, daß weite Kreise unseres Volkes sich der Schwere unserer Lage nicht bewußt sind. In bezug auf die Finanzfrage hat der Herr Reichsfinanzminister neulich mit zwingender Deutlichkeit das Nötige gesagt. Auch in bezug auf die Ernährungsfrage, in bezug auf die Frage der Kreditbeschaffung und der Rohstoffversorgung ist unsere Situation ähnlich schlimm wie in bezug auf unsere Finanzlage. Es muß alle Kraft herzugenommen werden, um uns zu retten. Und dabei erleben wir es, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes bei vielen Gelegenheiten getanzt wird, als ob wir nicht einen Aschermittwoch hätten, auf den ein langes, langes Fasten folgen wird. (Sehr richtig!) Das muß einmal gesagt werden, damit das deutsche Volk sich klar wird über das, was kommen kann.

Ich glaube aber, wir haben auch keine Ursache, dem Ausland gegenüber unsere Situation zu verheimlichen. Man ist geradezu erstaunt

über die Äußerungen, die man über die **Lage Deutschlands** im Auslande hört, wie unsere militärische Kraft dort noch eingeschätzt wird. Ich habe es deshalb für unmöglich gehalten, daß Abgeordneter Haase die Äußerungen getan haben könnte, die im „Excelsior" veröffentlicht worden sind. Wir mußten in Bern den Leuten immer wieder auseinandersetzen, wie es mit der militärischen Macht Deutschlands wirklich steht, da insbesondere die Franzosen immer noch Angst haben. Und noch viel merkwürdiger berührt es einen, daß nicht nur von französischer und englischer Seite, sondern auch von neutraler Seite, wie zum Beispiel von argentinischer, immer wieder die ängstliche Frage kommt, ob nicht nach dem Friedensschluß von seiten Deutschlands das Dumping, die Schleuderkonkurrenz, wiederkehren wird, als ob wir in Deutschland bei der Situation, in der wir uns befinden, bei dem Währungssatze, zu dem wir die Rohstoffe einführen müssen, überhaupt in der Lage wären, noch Dumping zu treiben, wenn wir es auch wollten. Die Industrie kann das unter den heutigen Zuständen gar nicht mehr. Das muß dem Auslande gesagt werden, und hoffentlich wird es gehört werden. Ich bin aber in dieser Beziehung kein Optimist.

Das Ausland und insbesondere das mit uns Krieg führende Ausland hört noch nicht allzusehr auf das, was wir sagen. Das wird uns am deutlichsten klar, wenn wir an die Frage der **Kriegsgefangenen** denken, die in der gestrigen Sitzung vom Reichsminister Erzberger angeschnitten worden ist und im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen steht. Das deutsche Volk ist sich einig darüber, daß es eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist, daß die Kriegsgefangenen baldigst zu uns zurückkehren und unter keinen Umständen über den Friedensschluß hinaus in Frankreich zurückbehalten werden dürfen. Weite Kreise in Frankreich und auch in Belgien wollen das. Der Nationalversammlung liegt ja zurzeit ein Antrag aller Parteien vor, in dem das Gewissen der Welt in dieser Frage aufgerufen wird und auf die Neutralen eingewirkt werden soll. Aber ich möchte auch in dieser Beziehung sagen: wenn wir hier an die Menschlichkeit appellieren, wenn wir darauf hinweisen, daß es barbarisch ist, über das Aufhören des Kriegszustandes hinaus die Gefangenen zurückzubehalten, so macht das auf die kriegführenden Länder keinen allzu großen Eindruck. Darüber sollten wir uns klar sein. Bei jeder Gelegenheit kriegen wir von dort zu hören, daß wir die Deportationen in Belgien und Frankreich auf dem Gewissen haben. Mit diesen Argumenten treten die Machthaber den Versöhnungspredigern in Frankreich gegenüber. Mit diesen Argumenten arbeiten sie, um die Leidenschaften aufzupeitschen, so daß es nicht zu dem wünschenswerten Abbau des Hasses kommt, der ja doch notwendig ist, wenn wir wieder zu klaren Beziehungen kommen sollen. Daher sind wir auf die Hilfe der Neutralen angewiesen.

Der Herr Abgeordnete Vögler hat die Frage aufgeworfen: wird dieser Friede ein **Rechtsfriede** werden? Nach dem, was wir in der letzten Zeit gehört haben, müssen wir ernste Zweifel darin setzen, und darum haben wir das Recht, und wir mehr als die andern, von der Tribüne der Nationalversammlung aus an das Ausland zu appellieren. Vier Jahre lang ist in England und insbesondere in Frankreich den Soldaten gesagt worden: Ihr kämpft für das Recht und die Gerechtigkeit —, und vier Jahre lang ist von drüben her auch in Flugblättern unseren Soldaten gesagt worden: wenn der preußische Militarismus niedergebrochen ist, habt Ihr auch den Frieden der Gerechtigkeit, schafft erst die Republik! Mancher Gefangene ist auf Grund eines solchen Flugblattes übergelaufen, weil er es geglaubt hat. (Zuruf rechts.) — Nein, wir haben es nicht geglaubt. Wir haben uns dagegen immer gewehrt.

Wir sind heute in dem neuen Deutschland und sollen deshalb in allen unseren Äußerungen und allen unseren Taten nach außen zeigen, daß wir ein wirklich neues Deutschland haben, weil nicht nur in Frankreich, sondern auch in Amerika von seiten der Jingos damit gearbeitet wird, daß die deutsche junge Republik schließlich nur Camouflage, Blague oder Schwindel sei.

Aber wir haben auch das Recht, uns an die Völker jenseits der Grenzen zu wenden, und auf Grund der Tatsache, daß wir mit dem alten System grundsätzlich gebrochen haben, zu verlangen, daß uns der Rechtsfriede wird. Und wenn uns ein Rechtsfriede nicht wird, haben wir das Recht zu behaupten, daß die Reden vom „Kriege fürs Recht" nur eine elende Phrase gewesen sind, und daß die Völker jenseits der Grenzen vier Jahre getäuscht worden sind, wenn das nicht wahr gemacht wird, was man uns versprochen hat. (Sehr richtig! links.)

Mir ist nicht klar, was eigentlich beabsichtigt wird, wenn uns Waffenstillstandsbedingungen auferlegt werden, die so unerhört in das Wirtschaftsleben Deutschlands einschneiden. Als wir in Bern mit unseren sozialistischen Genossen der anderen Länder zusammengewesen sind, sind es gerade die rechtsstehenden französischen Sozialisten gewesen, wie Renaudel und Thomas, der frühere Munitionsminister, die immer wieder verlangt haben, daß die internationale sozialistische Konferenz gegen den Bolschewismus Stellung nehme. Wir müssen hier sagen, daß die **Waffenstillstandsbedingungen,** die uns auferlegt sind, für unsere Industrie wie für unser Staatsgefüge zur Folge haben könnten, daß der Boden bei uns für den **Bolschewismus bereitet** wird. (Sehr richtig! links.) Wir haben daher Ursache, in aller Deutlichkeit die Arbeiter in den anderen Ländern hierauf aufmerksam zu machen. Diejenigen, die ein staatsmännisches Wissen haben, wissen,

worum es sich handelt. Auf der Berner internationalen Sozialistenkonferenz hat der Führer der englischen Sozialisten, Mac Donald, ausgeführt:

> Die Idee einer dauernden Bestrafung der besiegten Zentralmächte, die heute in Paris von einigen Leuten vertreten wird, müßte in diesen Ländern geradezu zur Anarchie führen, und das Ende davon wäre, daß die Erscheinungen des Ostens weiter vorrücken würden nach dem Westen. Keine Regierung, auch die stärkste nicht, könnte es verhindern, daß nach einer sechsmonatigen Arbeitslosigkeit nicht unfehlbar gleiche Zustände eintreten würden, wie sie jetzt in Osteuropa und zum Teil in Zentraleuropa herrschen. Deshalb warnen wir die in Paris versammelten Regierungen vor Beschlüssen, die sie verantwortlich machen würden für die weitere Ausbreitung bolschewistischer Ideen.

Hoffentlich kommt diese Warnung aus Bern an die richtige Adresse und findet ihre Berücksichtigung bei dem Vorfrieden, der in Bälde abgeschlossen werden wird.

Ich möchte zum Schluß noch einige Bemerkungen machen über die **Note**, die die **Regierung** zur Einschränkung angefügt hat, als sie die scharfen, schweren **Waffenstillstandsbedingungen** annahm. Ich glaube, diese Worte waren offen und eindeutig, und ihr Sinn war: wir wollen das erfüllen, was überhaupt zu erfüllen menschenmöglich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und was wir bisher nicht erfüllt haben und was wir in Zukunft nicht erfüllen können, das haben wir nicht erfüllt und können es nicht erfüllen, weil es wirklich und wahrhaftig über unsere Kraft ging. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichsminister Erzberger hat gestern bereits ausgeführt, daß das deutsche Volk jetzt keinen Krieg führen will und keinen Krieg führen kann (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und ich möchte für meine Fraktion hinzufügen, daß wir nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft keinen Krieg führen werden und keine Kriege führen wollen (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), daß wir — und nicht zuletzt mit Hilfe unserer Frauen — in der heranwachsenden Generation alle Gewaltinstinkte ertöten wollen (bravo! bei den Sozialdemokraten), daß wir ein Geschlecht heranwachsen sehen wollen, das den dauernden Frieden der Welt schon durch seine Erziehung garantiert (bravo! bei den Sozialdemokraten), so daß kein Völkerbund es nötig haben wird, mit Machtmitteln gegen uns aufzutreten, um den Frieden zu erzwingen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Aber diese Erziehungsarbeit wird erschwert durch das Vorgehen der alliierten Regierungen gegen uns (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), weil dieses Vorgehen den Machtpropheten der alten Schule ein gewisses Recht gibt, der kommenden Generation zu sagen, daß der feierlichst versprochene Rechtsfriede uns nicht geworden ist, daß Deutschland schnöde vergewaltigt worden ist. Das mögen die Völker in Frankreich

und England beachten, die auch den Krieg satt haben. Es ist höchste Zeit, es zu beachten. Es handelt sich in diesen Fragen nicht nur um den eventuellen Ruin Deutschlands, sondern um den Untergang der ganzen europäischen Kultur. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Gröber.

Gröber, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Tiefe Trauer hat unser deutsches Volk über die Waffenstillstandsbedingungen erfaßt, und was wir über die neuesten Bedingungen der Waffenstillstandsverlängerung erfahren haben, hat uns noch tiefer in Trauer versetzt. Noch immer müssen unsere bemitleidenswerten Kriegsgefangenen in den Übeln der Gefangenschaft schmachten; nicht die geringste Verbesserung ist in absehbarer Zeit leider zu erwarten.

In diesen Umständen ist es begreiflich, daß im Unglück unseres Volkes weniger hochsinnig denkende Personen das Bestreben zeigen, irgendeinen Sündenbock zu finden, einen wirklichen oder einen fingierten, auf den man den Haß und den Groll des Volkes abladen kann. (Sehr gut! im Zentrum.) Selbstverständlich wird mit einem solchen Bestreben an dem Unglück, in dem wir uns befinden, auch nicht das allergeringste gebessert. Im Gegenteil: das Volk wird von der richtigen Einschätzung seiner Lage nur weggelenkt und irregeführt (sehr richtig! im Zentrum), und deshalb halte ich die ganze heutige **Interpellation** für grundverkehrt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Es war eine schwere **Attacke der Schwerindustrie** (lebhafte Zustimmung im Zentrum und links): falsch in ihrem Ausgangspunkt, falsch in ihrem Kampfmittel, falsch in ihrem Angriffsziel. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Falsch im Ausgangspunkt! Zu unserer nicht geringen Überraschung hat der Begründer der Interpellation, Herr Vögler gesagt, er stehe hier als Vertreter der Industrie. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Das hat er wörtlich gesagt. (Sehr richtig im Zentrum.) Bisher sind wir immer der Meinung gewesen, daß man im Reichstag und in der Nationalversammlung als Vertreter des gesamten Volkes dasteht (sehr richtig! im Zentrum) und nicht als Vertreter der Industrie. (Zurufe rechts.) — Sie sagen, es sei ein noch junger Mann. Das habe ich aus seiner Rede auch herausgehört. (Heiterkeit im Zentrum.) Aber so viel hätte ich ihm doch zugetraut, daß er sich aus der alten Reichsverfassung des Satzes im Artikel 29 erinnert hätte: die Mitglieder des Reichstags sind Vertreter des gesamten deutschen Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden, — auch nicht an Aufträge und Instruktionen des Herrn Stinnes. (Sehr gut! im Zentrum.)

Falsch war die Attacke in der Auswahl der Kampfmittel. Zwei Hauptangriffspunkte hat der Begründer der Interpellation zur Ausführung zu bringen versucht, einmal die angebliche Nichtzuziehung oder nicht genügende **Zuziehung von Sachverständigen.** (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, was der Herr Staatsminister Erzberger darauf erwidert hat, war so durchschlagend, daß von dem ganzen leidenschaftlich vorgetragenen Material kaum ein Quentchen übriggeblieben ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) Was ist denn übrig geblieben? Ein kleiner, nebensächlicher Irrtum eines Protokolls. Es ist für uns wirklich nichts Neues, daß einmal in einem Protokoll eine kleine Unrichtigkeit steht. Wer im Protokolleben erfahren ist, der weiß, wie allzu leicht kleine Ungenauigkeiten entstehen. Wäre es dem Herrn Interpellanten darum zu tun gewesen, die Wahrheit über das Sachverhältnis zu erfahren, dann hätte eine kleine Erkundigung bei der zuständigen Stelle genügt und hätte ihn vor dem Irrtum bewahrt. (Zurufe rechts.) Der Herr Abgeordnete Vögler hat aber in einer Weise gesprochen, als wenn das nun eine urkundlich feststehende Tatsache wäre. Davon kann ja im Ernst gar keine Rede sein. Wenn zwei Sachverständige irrtümlich als anwesend angeführt sind, in Wirklichkeit aber zehn andere Sachverständige in dem einzelnen Falle, um den es sich speziell gehandelt hat, anwesend waren, so spielt das ja gar keine Rolle. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Es war eine Jungfernrede!) — Ja, aber nicht mit den Vorzügen einer Jungfernrede. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Der zweite Punkt, den der Begründer der Interpellation hauptsächlich angeführt hat, war die Behauptung von der **„Auslieferung" der Handelsflotte.** Herr Vögler kennt ja das Protokoll der Waffenstillstandskommission; er hat daraus verschiedenes zitiert. Er kennt auch den Wortlaut des grundlegenden Abkommens vom 16. Januar dieses Jahres. Es wird genügen, wenn ich auf den Art. 8 dieses Abkommens Bezug nehme. Der Herr Minister Erzberger hat ja schon darauf hingewiesen, er hat den Wortlaut nicht mitgeteilt. Ich will die Ergänzung noch machen. Es heißt im Art. 8:

> Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europas sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alle nötigen Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstands die ganze deutsche Handelsflotte der Kontrolle und der Flagge der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten, denen ein deutscher Delegierter beigegeben ist, zu unterstellen. Diese Vereinbarung greift in keiner Weise der endgültigen Verfügung über diese Schiffe vor. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten können, falls sie dies für nötig erachten, die Bemannung teilweise oder ganz ablösen. Die auf diese Weise zurückgeschickten Offiziere und Schiffsmannschaften sollen nach Deutschland zurückbefördert werden. Für die Verwendung dieser Schiffe wird eine angemessene Vergütung gewährt, die durch die alliierten Regierungen festgesetzt wird.

Ich glaube, daß nach diesem Wortlaut . Maßlosigkeit, wie die Interpellation b. wirklich nicht rechtfertigen läßt. bei den Mehrheitsparteien.)

Falsch war auch der Angriff in dem Ziel, . Dieses Ziel ist richtig dahin gekennzeichnet worden: ... (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. viel kürzer gewesen, als die ganze, lange Rede. (Sehr gut keit bei den Mehrheitsparteien.) Der Kern des kurzen S... war doch das Interesse des Herrn **Stinnes**. (Große Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Der weiß von der ganzen Interpellation nichts!) — Jawohl, Sie haben gehört, Herr Vögler, daß Ihnen von Herrn Minister Erzberger das Telegramm mitgeteilt worden ist: Wenn Herr Stinnes nicht als Sachverständiger bestellt wird, dann wird aus unseren Reihen überhaupt kein Sachverständiger gestellt. (Zuruf rechts: Wo ist das Telegramm?) — Das Telegramm liegt bei den Akten, da können Sie es einsehen, das ist Ihnen ja angeboten worden. (Zurufe und Unruhe rechts.)

Meine politischen Freunde können mit dem Verlauf der Interpellation ganz zufrieden sein. Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn **Erzberger** zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und mit so riesigem Fleiß für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre. (Bravo! im Zentrum.) Das ist unsere Überzeugung. Wir weisen die Vorwürfe zurück, die gegen ihn erhoben worden sind und die höchst mangelhaft zu rechtfertigen versucht wurde, die wir als unbegründet charakterisieren müssen. Uns gibt die heutige Verhandlung nur den Anlaß, an die Partei der Interpellanten das Ersuchen zu richten, in eine sachliche Erörterung, wie wir sie heute doch haben wollten, nicht eine solche persönliche Note hineinzutragen, wie der junge Begründer der Interpellation es getan hat. (Sehr gut! im Zentrum.) Das trägt nicht zur sachlichen Förderung so heikler Fragen bei. Das kann nur zur Erbitterung führen, das kann nur im Auslande gerade bei den Feinden Freude erwecken, wenn ein Zwist in einer so wichtigen Frage in der Bedeutung hier in der Nationalversammlung ausbricht. Wir haben unsererseits allen Anlaß, zusammenzuhalten, wo es nur irgend möglich ist. Das geringe Material, das uns vorgetragen worden ist, scheint uns wahrhaftig keinen Anlaß zu geben, uns zu streiten und von allen möglichen schweren Versäumnissen und Verfehlungen zu reden, die die Phantasie erfunden hat, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Das Vaterland ruft in tiefster Not um unsere Einigkeit. Wir in der Zentrumspartei sind bereit, diese Einigkeit zu wahren, und deshalb weisen wir

einen solchen Angriff als durchaus ungerechtfertigt mit aller Entschiedenheit zurück. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußmann.

Haußmann, Abgeordneter: Der Augenblick gebietet, offen zu sprechen mit der Regierung, mit dem Volk, mit der Entente und mit der Opposition, die sich hier geltend gemacht hat. Wir haben gestern die Verhandlungen angesichts der Schwere der Entschließungen abgebrochen, die durch die Regierung getroffen worden sind, nicht zu dem Zweck, um dem Angriff einer Minderheit hier einen Spielraum zu geben. Ich bin mit meinem Herrn Vorredner der Ansicht, daß die Bedeutung dessen, was wir als Nationalversammlung in diesem Moment zu sprechen haben, nicht gewinnt, sondern *leidet durch die Ablenkung auf ein persönliches Gebiet.* (Zustimmung links und im Zentrum.)

Deutschland und seine Vertreter befinden sich in einer unerhörten Zwangslage, die von der Entente und ihren Vertretern unerhört ausgenutzt wird. Der **Waffenstillstand** und seine Verlängerungen sind das schmerzliche Schauspiel der Wehrlosigkeit Deutschlands, und das ist, was uns ans Herz greift. Dabei können wir sagen, daß wir all diese unsere Schmerzen hier in einer *Offenheit* mit der Regierung behandeln, wie sie noch niemals größer zwischen einer Regierung und einer Volksvertretung zutage getreten ist. (Sehr richtig!) Wenn der Herr Außenminister gesagt hat, daß er *der Geheimpolitik*, der Geheimdiplomatie und allen ihren Werken *absagen* wolle, so ist diese Zusage in den letzten Tagen und heute *in einem Maße eingelöst* worden, das nicht übertroffen werden kann. (Sehr richtig!) Ich glaube, es gibt kein Parlament der Welt, in welchem die schwerwiegendsten Dinge offener verhandelt werden, in welchem der Volksvertretung mehr und rascher Rechenschaft von der Regierung gegeben wird, als es in dieser Nationalversammlung der Fall gewesen ist. (Sehr richtig!)

Die Entscheidung, welche die Regierung getroffen hat, ist *deshalb so schwer*, weil sie so außerordentlich folgenschwer ist, und zwar, ob sie mit Ja oder mit Nein getroffen worden wäre. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) **Gegen die Verlängerung des Waffenstillstandes** *sprach die Erfahrung, daß die Schraube kein Ende habe*, und die Gefahr eines Mißbrauchs der zu anderen Zwecken ausgelieferten Flotte, vielleicht unter dem Gesichtspunkt eines Retentionsrechtes wegen angeblich nicht erfüllter Forderungen, diese große Gefahr tritt klar in Erscheinung, die wir von Anfang an gefühlt haben. Sie liegt darin, daß unerfüllbare Bedingungen gestellt worden

sind, die von uns für unerfüllbar erklärt worden sind und deren Nichterfüllung dann nachher zum Grund oder zum Vorwand unerhörter Auflagen gemacht wird.

Es sprach weiter gegen den neuesten Waffenstillstand das Verbot, unser Naturrecht, die Notwehr in den Ostmarken, auszuüben gegenüber einem räuberischen Einbruch der Polen (sehr richtig! links und im Zentrum), und es sprach endlich für die Ablehnung die Zumutung, daß wir unterschreiben müssen: Der Vertrag kann jederzeit einseitig und ohne Grundangabe gekündigt werden. Während wir also den Hauptwert in der Herstellung eines Vertragszustandes mit dem Schutze, den ein Vertragsrecht gewährt, erblicken, hat sich der Gegner ausbedungen und abgenötigt das Recht, zu unseren Ungunsten jeden Tag die Vertragslosigkeit und die Schutzlosigkeit eintreten zu lassen. Das ist das Schauspiel der Rechtlosigkeit, das die Entente der Welt und uns gibt.

Es ist deshalb wohl begreiflich gewesen, daß der Herr Außenminister sich dreimal besonnen hat, ob er die Zumutung dieses Waffenstillstandsvertrages hinnehmen könne und hinnehmen wolle.

Aber die **Kehrseite der Medaille** war von einer verantwortlichen Regierung nicht zu übersehen. Es besteht die Gefahr, nein Gewißheit ist, daß völkerrechtlich der Kriegszustand wieder eintritt und daß mit der Aufhebung des Waffenstillstandes der Gegner, die Entente, zu Okkupationen weitergehender und weitestgehender Art übergehen werde, die Städte, Gebiete und weitere Volksteile zu Millionen unter die unerhörte Drangsal stellen wollen, über welche das Saargebiet und das linksrheinische Deutschland jetzt seufzen und uns gegenüber klagen. Es bestand aber auch die Gewißheit, daß in dem Augenblicke, wo der Feind im Westen einmarschiert, der Angriff der Polen vom Osten nicht geschwächt, sondern gestärkt sein werde, daß also auch dort die Gefahr nicht abgewendet, sondern erhöht werden würde. Es bestand die weitere Gefahr, daß das Ruhrgebiet von dem Gegner mit Sicherheit besetzt werden würde, und das bedeutete für uns nach dem Verlust der Saar und der Saarkohle auch den Verlust des Ruhrgebietes und der Ruhrkohlen, und damit wäre unsere furchtbar leidende Industrie an der Wurzel getroffen, von ihrer Wurzel abgeschnitten worden in dieser Zeit, wo ihre höchste Aufgabe darin besteht, Arbeit zu verrichten und Arbeit zu schaffen. Nicht nur das, sondern es wäre auch die Gefahr der Besetzung der schlesischen Kohlengebiete wegen des eben angedeuteten Zusammenhanges auf das höchste nahegerückt.

So kann man also nach meiner Meinung sagen, daß die Gefahren, die mit der Nichtunterzeichnung eingetreten wären, wie der Gegner genau wußte, noch größer sind als diejenigen, die mit der Unterzeichnung über uns gekommen sind.

Abgewendet ist die auch noch größere Gefahr gar nicht. Nein, wir wollen im Gegenteil diesen ernsten Anlaß dazu benutzen, um der Bevölkerung der betreffenden Gebiete zu sagen, daß sie sich täglich auf die größten Gefahren gefaßt machen muß; denn sie ist in die Hand und in die Willkür des Gegners gegeben, welcher innerhalb dreier Tage einseitig den Vertrag aufheben und in die Gebiete einrücken kann.

So ist aber doch die Abwägung der Regierung mit Recht dahin gefallen, daß die Verantwortung der Nichtunterzeichnung des Waffenstillstandsnachtrags noch größer ist als die Verantwortung der Unterzeichnung. Die Nationalversammlung wird richtig handeln, wenn sie hinter den Entschluß der Regierung tritt, wenn sie die Regierung in dieser außerordentlich bitteren Aufgabe unterstützt und nicht angreift, wenn sie ihrerseits ihren Teil von Verantwortung mit übernimmt, eine Verantwortung, die sich noch steigern kann mit dem Mißbrauch, den der Gegner von seinem einseitigen Kündigungsrecht zu machen in der Lage ist.

Die Einwendungen, die von der rechten Seite heute lebhaft geäußert wurden, haben sich nun formell nicht gegen die Regierung gewendet, weil sie diesen Vertrag unterzeichnet hat, obwohl der ganze Geist des Angriffes mit der Stimmung rechnet, die sich gegen diese Waffenstillstandsverlängerung natürlich auflehnt. Es ist aus dem Angriff gegen die Regierung ein **Angriff auf den Unterhändler der Regierung** gemacht. Ich bedauere mit meinen beiden Vorrednern, daß die Rechte es für richtig gehalten hat, einen derartigen Frontangriff im jetzigen Augenblick zu machen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das ist in der gegenwärtigen Stunde aufs höchste zu bedauern. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Denn man fällt den politischen Truppenführern nicht in den Rücken in dem Augenblick, wo sie die Hauptfront gegen den auswärtigen Feind nehmen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Frankfurter Zeitung!) — Von dem, was Zeitungen schreiben, haben wir uns häufig während des Krieges vergewissern können, daß es einseitig und verfehlt ist, und zwar sind diese schmerzhaften Erscheinungen in allen Lagern vorgekommen.

Die Hauptsache ist aber die Frage, ob eine Kausalität besteht zwischen dem Inhalt des Waffenstillstandsvertrages und der Tätigkeit oder Unterlassung des Unterhändlers, den die frühere Regierung aufgestellt und die jetzige bestätigt hat. Wenn wir uns die Frage vorlegen, falls die Regierung anstatt den Abgeordneten Erzberger den Abgeordneten Vögler zum Unterhändler bestellt haben würde, hat irgendein Mensch die Ansicht

oder die Überzeugung, daß dadurch der Inhalt des Waffenstillstandsvertrages von Foch anders und günstiger gestellt worden wäre? (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wäre nicht im Gegenteil der Herr Abgeordnete Vögler mit der Gruppe, hinter die er sich hier laut seines von Herrn Gröber zitierten Ausdrucks ausdrücklich gestellt hat, ein unendlich viel ungünstigerer Unterhändler gewesen als derjenige, den die Regierung aufgestellt hat? (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es ist in der Tat ein schmerzlicher Eindruck, die **„Schwerindustrie“** hier erscheinen zu sehen und dem Vertreter, den sie mit dem Proporz in die Nationalversammlung zu senden in der Lage war, zu gestatten, einen Frontangriff wegen schlechter, Deutschland schädigender Politik zu machen, den Ankläger zu spielen, während die Schwerindustrie, die annexionistisch, kriegsverlängernd tätig war, auf die Anklagebank gehört (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien); der 19. Januar hat ein Verdikt des deutschen Volkes über diese Politik gesprochen, wie es stärker nicht hätte eintreten können. (Na, na! rechts. — Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Es wäre verlockend, diese provozierenden Angriffe, von denen einer oder zwei hier explodiert sind, zum Anlaß einer großen Abrechnung zu machen mit einem urkundlichen Material auch gegenüber der Legendenbildung, die sie lanzierten, das erdrückend ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber es ist nicht die Aufgabe der heutigen Stunde, eine Generalabrechnung zwischen der Mehrheit und den Parteien der Rechten abzuhalten. Es ist die Aufgabe dieser Auseinandersetzung, sich nicht im Innern anzugreifen, sondern nach außen eine geschlossene und einheitliche Stellung einzunehmen. Wenn die Rechte diese staatliche Pflicht verleugnet, so wollen doch wir uns an diesem politisch schädlichen Fehler nicht mitschuldig machen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Ich begnüge mich also auch meinerseits, wie es der Herr Abgeordnete Müller und der Herr Abgeordnete Gröber getan haben, den Eindruck festzustellen, daß der Angriff vollständig zusammengebrochen ist, daß eine Kausalität über Versäumnisse und über Ungunst des Inhalts der Verträge nicht nachgewiesen, sondern widerlegt worden ist. Es ist deshalb weder für dieses Haus noch außerhalb des Hauses nötig, auf das angebliche und bereits widerlegte Beweismaterial weiter einzugehen.

Das deutsche Volk, das diese Verhandlungen mithört und liest, ist der Ansicht: wir sollen jetzt keine Streitigkeiten im Innern haben, sondern wir sollen dem Feinde, der uns diese Grausamkeiten zufügt, eine geschlossene, einheitliche Politik entgegenstellen. Unser Volk fragt uns: **warum mißhandelt die Entente das** wehrlose und leidende **deutsche Volk?** — fragt uns: warum läßt der Sieger Frauen und Kinder

weiter hungern und frieren seit 5 Monaten? Ja, hungern und frieren! Denn die Fortdauer der Blockade hat die Absicht, uns weiter zu schwächen und mürbe zu machen, nachdem wir die Waffen niedergelegt haben, und die Entziehung der Transportmittel hat die bewußte Wirkung, uns die Zufuhr von alledem, was das eigene Land braucht, und vor allem von Kohle, unmöglich zu machen oder aufs allerhöchste zu erschweren.

Wenn man sich nun nach dem psychologischen Punkte fragt, wie die Entente zu dieser ganzen Politik kommt, so ist hier eine Mehrheit von Beweggründen tätig. Einer ist bereits von dem Herrn Abgeordneten Müller hervorgehoben worden: weil Deutschland heimlich ein Heer gegen die Entente sammle, deshalb müßte es weiter niedergeworfen und geschwächt werden. Man muß angesichts dieses Widersinnes, der ohne jeden tatsächlichen Grund ist, sagen: der Verfolger leidet an Verfolgungswahn, wenn er ernstlich mit diesem Argument operiert, wie man es vor allem nach der französischen Presse annehmen muß, und der Sieger hat Angst vor dem besiegten und gefesselten Deutschland. Wenn wir gegenüber dem Einfall der Polen uns zur Wehr setzen und gegenüber dem Aufstand der Spartakisten die Sicherheit herstellen und, nachdem unser Heer entlassen war, Mannschaften aufrufen, so war das doch ein Gebot der Notwehr und der Selbstachtung, und alle Länder der Entente würden uns weniger geachtet haben, wenn wir diese Notwehr nicht organisieren würden.

Ist dieser eine Grund wie jeder Deutsche weiß und wie jeder Ausländer wissen sollte, sachlich und tatsächlich aufs höchste verfehlt, so kommt noch der zweite hinzu: eine Unzufriedenheit und Enttäuschung der Entente darüber, daß wir noch Lebenszeichen eines sich aufrichtenden Staatslebens geben, eine Unzufriedenheit darüber, daß wir noch Anziehungskraft ausüben auf Deutsch-Oesterreich, das zu uns kommen will, und eine Unzufriedenheit darüber, daß die Nationalversammlung den Willen Deutschlands, seine nationale Kraft aufs neue zu sammeln, in die Tat umsetzt.

So blind und verblendet macht der Haß und das Mißtrauen, und so schädigend wirken sie nicht nur für uns, sondern auch für die Entente. Frankreich und England hätten ihre Heere schon längst in die Heimat entlassen können. Es ist nicht wahr, daß sie diese Mobilmachung noch nötig hätten wegen der militärischen Rüstungen Deutschlands. Es ist ein Scheingrund, den sie geltend machen. Die Folgen aber dieser Politik sind, daß Frankreich und die Entente die Aufgabe der Demokratisierung in Deutschland aufs höchste erschweren, daß sie Wind machen einerseits für die Bolschewisten und andererseits für die heimlichen Hoffnungen der Reaktion (sehr richtig! bei den Demokraten), also beides Wirkungen, die vom Standpunkt ihrer eigenen Politik aus die verfehltesten sind.

Der Herr Kollege Müller hat vorhin mit Recht gesagt, daß wir vor der großen Aufgabe der **Erziehung der Völker** stehen. Diese Erziehung der Völker aber ist nur gegenseitig möglich, weil der Gegenstand der Erziehung gerade die Beziehungen der Völker zueinander sind. Wenn das eine Volk den Geist des Mißtrauens und des Hasses sät, ist es dem anderen Volke unmöglich, sich den schlimmen Rückwirkungen dieses Tuns zu entziehen. Was die Entente seit fünf Monaten zeigt, ist keine Staatskunst, das ist militärisches Handwerk, das ist Verlegenheit, das ist Nichteinigwerden unter sich und mangels eines klaren Plans der Trieb, das zertretene Deutschland noch weiter zu zertreten, weil sie die Ideen, für die sie behaupten, in den Krieg gezogen zu sein, zu gestalten und lebendig zu machen bisher nicht die Kraft gefunden haben. Deshalb darf und muß öffentlich ausgesprochen werden: Die Gegner wüten heute gegen Deutschland weiter, wie sie früher gewütet haben, als sie behauptet haben, sie führen den Krieg nur gegen den Imperialismus und gegen den Militarismus. Der Imperialismus ist nicht mehr, und der Militarismus ist nicht mehr, und sie kämpfen weiter. Wilson hat in seiner Note vom 23. Oktober ausdrücklich erklärt: der wichtigste und entscheidendste Punkt sei, zu wissen, „ob einzig und allein die echten Vertreter des deutschen Volkes die Friedensverhandlungen führen können und die Macht in Deutschland in Händen haben“. Nun, die Nationalversammlung und die Regierung, die sie eingesetzt hat, ist eine Vertretung, die von sich behaupten kann, daß keine freier gewählt ist, daß sie „einzig und allein die echten Vertreter des Volkes“ umfaßt. In jener Note hat Wilson uns geschrieben, es komme jetzt auf „ein gerades Handeln“ an. Das aber ist nicht ein gerades Handeln (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten), was wir seit fünf Monaten erleben. Der Weg des Waffenstillstandes ist kein gerader Weg zum Frieden, sondern ist eine absichtliche Verzögerung des Friedens. (Sehr richtig!)

Der Gegner benutzt den Waffenstillstand als eine Kulisse, um den Frieden dahinter zu verbergen. Er sucht in dem Waffenstillstand vorweg Vorteile in die Scheune zu bringen (sehr richtig!), von denen er fürchten muß, daß er sie nach den 14 Punkten von Wilson nicht bekommen würde. (Sehr wahr!) Er **verschleppt den Frieden** so, wie Frankreich den Prozeß gegen die Mörder von Jean Jaurès seit vier Jahren verschleppt, er verschleppt den Frieden gegen Treu und Glauben und gegen das Recht. Denn wir haben ein Recht auf Frieden. Wir haben uns am 5. Oktober wegen Waffenstillstandsverhandlungen zu Friedensunterhandlungen an Wilson gewandt, und Wilson hat darauf die Annahme der 14 Punkte verlangt. Deutschland hat diese 14 Punkte angenommen und gefragt, ob auch die Entente diese 14 Punkte angenommen habe, was für Deutschland eine Voraussetzung seines Handelns sei, und hat darauf die Antwort bekommen, daß auch

die Völker der Entente wie Nordamerika diese 14 Punkte als Grundlage der Friedensverhandlungen annehmen. Das ist das Abkommen, auf Grund dessen wir in Waffenstillstand eingetreten sind und demobilisiert haben. Das ist ein weltpolitischer Vertrag und ein **völkerrechtlicher Vorvertrag auf Frieden,** auf Grund dessen wir Anspruch auf Frieden zu erheben berechtigt sind. (Sehr richtig!)

Ich lade den Herrn Reichsminister des Auswärtigen Amtes ein, diesen Anspruch mit allem Nachdruck geltend zu machen und darauf eine bestimmte Politik zu gründen. Man kann leidend und wehrlos sein und doch nicht bloß passiv werden und abwarten müssen. Ich habe den Herrn Minister neulich in seinem interessanten Exposé dahin verstanden, daß er die Linie klar und bestimmt ziehen will. Ich verstehe die Aufgabe der deutschen Politik dahin: Wir müssen bestimmt und förmlich erklären, wie weit wir im Friedensvertrag freiwillig gehen, was wir als Äußerstes ertragen können und wobei wir loyal die Konsequenzen des Vorvertrags ziehen wollen. Das gibt uns dann das Recht und die Kraft, alles weitere abzulehnen, alles was entwürdigend, was selbstmörderisch, was auspowernd an Bedingungen uns auferlegt werde, als außerhalb unseres Willens zu erklären. Wenn wir wehrlos gezwungen werden, so wird unser Wille nicht hinter diesem Vertrage stehen, — und nur unser Wille und nur der Geist kann den Friedensvertrag dahin fruchtbar machen, daß die Gesinnungen, die ihn allein tragen können, sich aus ihm entwickeln werden. Als Gegenleistung können wir zusagen im ersten Falle: die fruchtbare Mitarbeit an einem Frieden der Volksannäherung, im zweiten Falle: den Fluch der inneren Friedlosigkeit der Völker. Das ist eine Politik, welche ein klares Handeln erlaubt, welche Konsequenzen ziehen läßt und Perspektiven zeigt und ermöglicht, sich nachher auf sie zu berufen, was wirksamer und würdiger ist als nachträgliche Proteste. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Politik, die wir mit heißem Herzen und mit kühlem Kopfe machen können. Wie auch die Dinge weiter gehen, wir sind auch besiegt, stolz, Deutsche zu sein, und dieser Stolz muß uns durch alle Leiden führen und emporführen. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Vizepräsident **Schulz** (Ostpreußen): Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Der Herr Reichsminister Erzberger hat die Liebenswürdigkeit gehabt, meinen gestern hier aus formalen Gründen abgelehnten Wunsch doch nachträglich zu erfüllen, indem er die **kleine Anfrage,** die ich mit meinem Parteifreunde Deglerk gestellt habe, doch schon heute beantwortet hat. Das ist einmal ein ausnahmsweise sympathischer Zug an Herrn Erzberger, und ich würde ihm dafür ganz besonders dankbar gewesen sein, wenn er nicht die liebenswürdige Seite

sofort durch eine entgegengesetzte wieder ausgeglichen hätte. Denn ich muß es nun leider doch auf das allerbestimmteste ablehnen, Herr Erzberger, auch wenn Sie inzwischen die sella curulis bestiegen haben (Heiterkeit), daß Sie die Selbständigkeit des Abgeordneten in seiner Entscheidung über das, was er in kleinen Anfragen zu fragen beliebt, in irgend einer Weise beschränken wollen. (Sehr richtig! rechts.) Sie haben, als Sie selbst noch lediglich Abgeordneter und weiter gar nichts waren (Heiterkeit), die Tätigkeit des Abgeordneten scheinbar etwas höher eingeschätzt und auch sein Verantwortlichkeitsgefühl etwas höher bewertet als jetzt, wo Sie der ganze Glorienschein des Ministerpostens umgibt. Also ich lehne es entschieden ab, mir in dieser Beziehung Vorschriften machen zu lassen, und ich weiß auch nicht, ob man es in der Presse als besonders liebenswürdig empfunden haben wird, wenn Sie ein Blatt wie die „Schlesische Zeitung" mit einer Handbewegung einfach abtun zu können glauben und erklären: was in einem Blatte dieses Schlages steht, darauf braucht die Regierung nicht zu reagieren. Nun, ich weiß nicht, ob die Presse, der Sie früher ihre Geistesfrüchte zuführten, an Bedeutung so wesentlich höher stand als diejenige, die unter dem Titel der „Schlesischen Zeitung" erscheint.

Ich bin im übrigen aber, wie gesagt, sehr dankbar, daß Sie die Anfrage beantwortet haben. Das war der Zweck der Sache. Sie hätten ihn freilich, wie ich glaube, sehr viel schneller erreichen können, wenn Sie von selbst seitens der Regierung eine derartige, doch immerhin Aufsehen erregende Äußerung der Presse unbefragt beanwortet hätten.

Ich komme nun zur Interpellation. (Zurufe links.) — Ja, wundert Sie das? Ich habe die Absicht, mehr zur Sache zu sprechen als Herr Haußmann. Darum sage ich das von vornherein. (Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, man kann das ganze Weh und Ach dieser ewigen Waffenstillstandserneuerungen nicht richtig beurteilen, wenn man sich nicht die ganze Bedeutung und die Entstehungsgeschichte dieses sogenannten **Waffenstillstandes** selbst vergegenwärtigt. Der Graf Posadowsky hat neulich bereits in seinen Ausführungen treffend nachgewiesen, daß dieser Waffenstillstand ja gar kein Waffenstillstand sei, sondern daß diese Bezeichnung geradezu einen Hohn bedeute auf das, was uns tatsächlich in ihm vorliegt. Ich glaube auch meinerseits, daß die Geschichtsschreibung einmal mit denjenigen, die diese unaufrichtige Bezeichnung für eine tatsächliche vollkommene Unterwerfung, diese Täuschung der öffentlichen Meinung und der öffentlichen Erkenntnis, verschuldet haben, sehr herb abrechnen wird. (Sehr richtig! rechts.)

Ich darf Sie daran erinnern, meine Damen und Herren, daß noch am 22. Oktober des Jahres 1918 in der bekannten Reichstagssitzung, in

welcher der Prinz Max von Baden als Kanzler die Notwendigkeit des Waffenstillstandsvorschlages begründete, die sämtlichen Vertreter der Parteien des damaligen Regierungsblocks, der ja inzwischen aus seiner Asche in so schöner Verjüngung ziemlich unverändert wieder emporgestiegen ist (Lachen bei den Mehrheitsparteien), sich darüber einig waren, daß unter keinen Umständen ein Waffenstillstand angenommen werden dürfe und solle, welcher eine Unterwerfung von uns fordere. Es war sich der Herr Abgeordnete Herold mit dem Herrn Abgeordneten Naumann vollkommen einig darin, beinahe in den Ausdrücken sogar übereinstimmend, daß es Grenzen gäbe, über die hinaus Deutschlands Ehre nicht engagiert werden dürfe, und es war der jetzige Herr Reichspräsident, der damalige Abgeordnete Ebert, welcher bekanntlich in derselben Sitzung sich ausdrücklich darauf berief, daß unsere Widerstandskraft noch nicht gebrochen sei, daß, wenn wir einen Unterwerfungsfrieden annehmen würden, die deutsche Arbeiterschaft — wie er sich wörtlich ausdrückte — um Jahrhunderte in ihrer Entwicklung zurückgeworfen würde (hört! hört! rechts), und daß Sie sich deshalb nach wie vor wie am 4. August 1914 zur nationalen Verteidigung bekennen müßten, wenn eine derartige Forderung an uns herantrete. (Sehr gut! rechts.) Es ist nicht nebensächlich, daran zu erinnern; denn die Geschichte kam doch so, daß tatsächlich die vollständige Unterwerfung von uns gefordert wurde. Wenn nun alle diese Reden vom 22. Oktober, alle die Reden der Vertreter der Mehrheitsparteien nicht tönendes Erz und nicht klingende Schellen sein sollten, so hätte man allerdings im Volke erwarten müssen, daß auf diese Forderung hin ein Waffenstillstand nicht eingegangen würde.

Wenn es trotzdem geschah, so kann ich dafür nur zwei Möglichkeiten erblicken. (Zuruf links: Ludendorff!) — Ich komme gleich auch darauf; nur nicht so ungeduldig! — Entweder wäre der Aufruf zur **nationalen Verteidigung** auch noch am 10. und 11. November erfolgreich gewesen. Dann allerdings, meine Damen und Herren, wäre der Erfolg — oder was Sie Erfolg nennen — der Revolution in Frage gestellt gewesen. Dann wäre allerdings das nationale Gewissen wieder zusammengeschweißt worden, und das, was Sie von der Revolution erwarteten, wäre in dem allgemeinen Umsturz nicht mehr in die Erscheinung getreten. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch links.) Oder aber, die nationale Verteidigung war am 10. November tatsächlich nicht mehr möglich, auch nach der Meinung der Obersten Heeresleitung, wie Sie vorhin in Ihren Zwischenrufen behaupteten, — und zwar das in dieser kurzen Frist seit dem 22. Oktober! Ja, meine Damen und Herren, dann war vor aller Welt erwiesen, daß es die Revolution war, die uns daran gehindert hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.) Und wenn man sich diese beiden Möglichkeiten vergegenwärtigt, dann findet man vielleicht ein Verständnis dafür, daß Sie

es für notwendig hielten, diese tatsächliche Unterwerfung nicht als das zu bezeichnen, was sie war, sondern ihr das Mäntelchen eines sogenannten Waffenstillstands umzuhängen, der im Volke noch den Glauben wachhalten sollte, als sei damit noch nicht das geschehen, was man am 22. Oktober so stolz abgelehnt hatte, nämlich die widerstandslose Kapitulation vor der Entente!

Nun aber sage ich: wenn die Entwicklung dieses sogenannten Waffenstillstands so gekommen ist, wie ich sie eben gezeichnet habe, dann kann man sich allerdings nicht darüber wundern, daß die Feinde diese unsere Situation ausnützen. Mir ist es immer unverständlich, warum man sich jetzt so erstaunt darüber zeigt, daß die Daumenschraube immer fester angezogen wird, daß, nachdem man sich restlos unterworfen hat, der Feind nun nicht so töricht ist, wie Sie es von ihm erwartet haben, sondern daß er die Situation zu seinen Zwecken ausnützt. (Sehr richtig! rechts.) Das hätten Sie sich meiner Meinung nach eher überlegen müssen.

Aber allerdings bedauerlich — das muß ich dem Herrn **Erzberger** offen sagen — erscheint es mir, wenn der Vertreter der Regierung diese Tatsache in einem solchen **trockenen Ton** vorträgt, wie wir es gestern hier gehört haben, wenn aus diesem Ton nichts von dem Zorn herausklingt, der doch heute durch die ganzen Volksseele zittert, wenn man das vielmehr mit einer solchen Nüchternheit mitteilt, wie bei sonstigen gleichgültigen, nur mit einem kleinen „leider" verzierten Mitteilungen über dieses und jenes nebensächliche Geschehen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.) Ich erwarte von einem Regierungsvertreter wahrhaftig nicht, daß er hier im Tone der Volksversammlung die kochende Volksseele darstellt, aber etwas von dem Empfinden des ganzen deutschen Volkes, für das doch der Regierungsvertreter in solchem Augenblick vor der ganzen Welt sprechen soll, etwas von dem hätte man doch erwarten sollen, ja ich glaube, selbst ein Herr v. Bethmann würde sich in solchem Augenblicke dazu aufgeschwungen haben! (Wiederholte Zurufe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.)

Nun gebe ich dem Herrn Erzberger freilich vollkommen zu, daß er gegenüber der Situation, in der wir uns befinden, eine gewaltsame Zurückweisung der Forderungen der Feinde ja nicht mehr durchführen kann; das ist eben die traurige Situation, in die uns die unselige Politik des Prinzen Max von Baden und der Reichstagsmehrheit hineingeführt hat. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ihre Politik!) Aber an zwei Dinge möchte ich Sie doch erinnern, erstens an einen Artikel des „Vorwärts", dem der jetzige Herr Ministerpräsident wohl nicht ganz fern gestanden haben wird, ein Artikel, der kurz vor der Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen erschien und in welchem es hieß:

wir werden voraussichtlich waffenlos, aber nicht wehrlos sein. Ich sage, Herr Ministerpräsident: hic Rhodus, hic salta! Jetzt beweisen Sie, daß wir nicht wehrlos sind! Ich habe nie daran geglaubt, daß, wenn man die Waffen gestreckt hätte, man dann nicht wehrlos sei. Sie aber haben das behauptet. Dann zeigen Sie also gegenüber diesen unerhörten Forderungen, die die Entente in zunehmendem Maße uns gegenüber stellt, daß Sie ihr gegenüber tatsächlich nicht wehrlos sind. (Sehr richtig! rechts.) Bis jetzt haben wir von solcher Wehrhaftigkeit verteufelt wenig gehört; es hieß immer nur: wir konnten leider nichts machen! Das ist der ewige Refrain der Berichte. Darin liegt eine schmerzliche Rechtfertigung des stets von meinen Freunden eingenommenen Standpunktes.

Ich erinnere zum anderen daran, daß der Herr Vertreter des Auswärtigen Amtes, der ja doch für unsere auswärtige Politik neben Herrn Erzberger noch etwas Verantwortung mit trägt, daß der „Graf malgré lui" beim Antritt seines Postens eine sehr stolze Rede gehalten hat, — Herr Staatsminister Graf Brockdorff, Sie haben damals ausdrücklich erklärt, Sie würden niemals einen Frieden der Gewalt unterzeichnen. Ja, wenn Sie das versprochen haben, dann muß ich annehmen, daß sie auch noch Mittel wußten, wie man eine derartige Vergewaltigung verhindern könnte; aber ich merke nichts davon. Ich meine, wer solche Hoffnungen im Volke erweckt und dem Volke solche Versprechungen macht, der hätte auch die Pflicht, nunmehr zu zeigen, daß er wenigstens die Versuche macht, Taten seinen Worten folgen zu lassen. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Es hat in der Geschichte auch schon Völker gegeben, die schwer geschlagen waren und vielleicht auch wehrlos erschienen, und die doch in ihrem Friedensschluß noch immer annehmbare Bedingungen durchgesetzt haben. Ich will nur an das Jahr 1815 und an das Jahr 1871 erinnern, wo die geschlagenen Franzosen sich mit ganz anderem Stolz zur Wehr zu setzen gewußt haben und dabei auch nicht ohne Erfolg geblieben sind.

Zweierlei allerdings scheint mir dazu zu gehören, wenn man dabei etwas Erfolg erwarten will. Zunächst das eine, worüber ich mit Herrn Erzberger theoretisch übereinstimmen werde: es muß derjenige, der die Verhandlungen leitet, auch selbst von diesen Dingen allgemein das Nötige verstehen. Ich habe auch zu denjenigen gehört, wie sich die älteren Herren des Hauses erinnern werden (Lachen links) — verzeihen Sie, ich habe nicht die Überschätzung wie andere Leute, daß ich meinte, ich hätte in diesen Dingen eine überragende Fachkenntnis, nein, solche Selbstüberschätzung überlasse ich ganz anderen Leuten —, aber ich habe zu den Leuten gehört, welche die **alte Diplomatie** recht scharf im alten Reichstage angegriffen haben, und ich gebe auch offen

zu — das wird Herr Graf Brockdorff selbst mir nicht übelnehmen —, daß die letzte, über Nacht vielleicht auch schon geborstene Säule dieses alten diplomatischen Regimes nach ihrer jüngsten Rede nicht gerade dazu geeignet erscheinen dürfte, in mir ein besonderes Vertrauen zu erwecken. Aber das eine werden wir unserer alten Diplomatie nicht absprechen können: sie waren wenigstens Leute vom Fach. (Große Heiterkeit und Zurufe.) Sie wußten wenigstens in den Dingen Bescheid, wenn sie ihr Wissen auch manchmal oder sogar allermeist herzlich ungeschickt betätigt haben. Ich kann nicht finden, daß die Versuche, die bisher gemacht sind, an die Stelle von Fachleuten Dilettanten zu setzen, besonders glückliche Eindrücke im Volke hervorgerufen haben. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Aber vielleicht wird es immerhin einmal als das einzige ausgesprochene Verdienst des Herrn Erzberger aus seiner amtlichen Ministertätigkeit erscheinen, daß er in erster Linie zu denjenigen gehört, die dem Volke die Augen am schnellsten darüber geöffnet haben, wie die Austreibung des Teufels durch Beelzebub oder die Ablösung der Fachleute durch Dillettanten in verhängnisvoller Weise total versagt hat. (Sehr gut! rechts. — Widerspruch und Zurufe links.)

Das zweite Erfordernis — und in dieser Beziehung liegt der Hauptvorwurf, den die Interpellation der Regierung und speziell Herrn Erzberger macht — ist, daß man auch für die Einzelheiten **Spezialfachleute** braucht, und zwar in jedem Falle auch die wirklich geeigneten. Da scheint nun ein gewisser Widerspruch zu bestehen zwischen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Vögler und denen des Herrn Erzberger. Der Herr Reichsminister Erzberger hat mir vorhin in liebenswürdiger Weise das Zeugnis ausgestellt, wir seien alte Freunde — natürlich in Anführungsstrichen, wie ich hinzufügen möchte, denn das kann man auf den Lippen nicht sehen. Deshalb wird er mir auch das Recht zugestehen, daß ich sage: alte Freunde kennen sich, und ich kenne Herrn Erzberger in der Beziehung sehr genau: wenn er sehr viel Worte macht und wenn er sehr lang über unendlich viel Dinge redet und dabei möglichst viel auch noch von außen heranholt und über das eigentliche Thema verhältnismäßig schnell mit einem entsprechenden Aufwand von Entrüstung hinweggeht, dann ist gewöhnlich an der Sache etwas nicht ganz richtig gewesen. (Lebhafte Rufe rechts: Sehr gut! Sehr richtig!)

Da bin ich nun auch heute der festen Überzeugung: wenn wir erst die uns gütigerweise in Aussicht gestellte Denkschrift in den Händen haben werden, und wenn wir wahrscheinlich zu dieser Denkschrift noch einige Informationen persönlich einzuholen genötigt sein werden, wenn wir dann also das Material etwas vollständiger haben werden, dann werden wir ja wohl auch über die **mysteriöse Depesche** näheres erfahren; dann wird uns der Herr Abgeordnete Erzberger — leider hat er ja

das Material, obwohl er wußte, daß heute die Interpellationsbesprechung war, nicht recht vollständig mitgebracht — diese Depesche vielleicht auch etwas näher erklären können. Vorläufig — das werden Sie mir zugeben, Herr Erzberger — haben Sie mir auch auf meine vorhin persönlich gestellte Anfrage nicht einmal sagen können, wer sie unterschrieben hat. Sie haben nur gesagt: es waren dieselben Leute! Auf meine Frage: wer war es denn genau? — erwiderten Sie: ich kann es im Moment nicht wissen. Und auf die weitere Frage: wie war denn der Wortlaut? — erwiderten Sie: das kann ich nicht im Kopfe haben, und alle Akten kann ich nicht mitbringen. Wenn eine derartige Interpellation, zu deren Beantwortung Sie 14 Tage Zeit haben, auf die Tagesordnung gesetzt wird mit Ihrer Zusage, sie beantworten zu wollen, dann sollte es bei dem außerordentlich guten Eisenbahnverkehr, der namentlich für die Regierung zwischen Berlin und hier besteht, doch wohl möglich gewesen sein, das Material der einschlägigen Depeschen usw. einigermaßen vollständig hier zu haben. Solange ich den Wortlaut der Depesche nicht kenne, und die Absender nicht genau weiß, mag ich einen Widerspruch zwischen dem, was Herr Vögler gesagt hat, und was Sie gesagt haben, noch nicht als bestehend annehmen, sondern so lange vermute ich, daß diese Depesche entweder von anderen Kreisen ausgegangen ist oder eine Fassung hat, die vielleicht so lauten könnte: wir haben keinen besseren vorzuschlagen als Stinnes! Wie gesagt, jedenfalls muß der Wortlaut der Depesche vorliegen, ehe Sie einem Abgeordneten vorzuwerfen sich erlauben dürfen, daß er absichtlich Material unterschlagen habe. Einen derartigen Vorwurf muß ich — ich habe zwar kein Mandat dazu, den Herrn Kollegen Vögler persönlich zu vertreten, aber ich muß es im allgemeinen Interesse der Abgeordneten und deshalb auch in meinem eigenen Interesse — auf das energischste zurückweisen; es geht nicht an, daß vom Regierungstische derartige Unterstellungen gegen Abgeordnete erfolgen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Die Berichterstattung, Herr Erzberger, die Sie uns hier vorgelegt haben, ist auch nicht vollständig. Ich will im Interesse nicht Ihrer Person — denn Personenfragen sind mir aktiv und passiv gleichgültig —, ich will im Interesse der allgemeinen Lage auf eine Sache nicht näher eingehen, die ich Ihnen nur andeuten will, weil Sie sie verstehen werden: ob Sie nicht zwischen dem 4. Dezember 1918 und dem 15. Januar 1919 mehr Zeit gehabt hätten, mit den Ihnen doch angebotenen **Sachverständigen** über diese Dinge zu verhandeln, wo Sie aus der Situation von Anfang Dezember an doch wissen mußten, nicht nur wissen konnten, daß bei den neuen Verlängerungen der Waffenstillstandsbedingungen Fragen unserer Handelsflotte entschieden mit auf das Tapet kommen würden. Das, meine ich, sollten Sie doch noch klarstellen. Ich erwähne dabei, daß Ihnen ja nicht ein Namen genannt

war, sondern daß Ihnen fünf Namen genannt waren. Ich erwähne dabei, daß Sie auch die Gründe — das ist mir vorhin mitgeteilt worden —, warum Sie Stinnes ablehnten, die Sie uns hier dargelegt haben, nicht den Herren mitgeteilt hatten. Die Herren wußten sie nicht, und man konnte auch auf andere Vermutungen kommen. Deshalb war es notwendig, daß Sie die Gründe klipp und klar darlegten. Das ist — wie mir gesagt worden ist — nicht geschehen, also die Vollständigkeit Ihrer hiesigen Berichterstattung muß ich entschieden bestreiten. Ich gebe Ihnen ja zu, daß Ihnen vielleicht die politische Lage manches dabei erschwerte. Aber dann sollten Sie nicht mit der Entrüstung die Stimme des Volkes zurückweisen — — (Große Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Ich weiß es längst, daß für Sie (zu den Sozialdemokraten) Volk nur Proletariertum heißt; Sie werden mir gestatten, daß ich andere Auffassungen habe, und daß ich auch auf die Stimme, die aus anderen Lagern als dem Ihrigen kommen, höre. (Sehr richtig! rechts.) Vielleicht sind aber auch grade Ihre eigenen Kreise sehr an der Frage interessiert; denn wenn Sie von Herrn Vögler gehört haben, daß 21 Hochöfen ausgeblasen sind, so trifft das die Arbeiterschaft mindestens ebenso wie die Schwerindustriellen. Es werden also die Interessen auch derjenigen Teile des Volkes, die Sie als das alleinige Volk ansehen, von dieser Frage auf das allerernsthafteste berührt. — Ich sage daher, wenn aus dem Volke heraus Stimmen kommen, die durch diese Handhabung der Dinge beunruhigt sind, und wenn diese Stimmen auf dem legalen und legitimen Weg einer Interpellation zum Ausdruck gebracht werden, um Ihnen, der Regierung, Gelegenheit zu geben, sich zu rechtfertigen, dann kann ich nur sagen: ein Mann, der sich dann mit solchem Zorn hier auf dieser Bühne hinstellt, der fällt für mich unter das französische Sprichwort: Tu te fâches, donc tu as tort. Nein, Sie hatten wirklich keinen Anlaß, so zornig zu werden, wenn Sie bei Ihren Darlegungen das absolut gute Gewissen auf Grund Ihrer Leistungen wirklich im Herzen gehabt hätten; dann konnten Sie das alles mit größter Seelenruhe sachlich widerlegen und nicht mit derartigen gereizten persönlichen Spitzen — es war ja kein Satz ohne eine persönliche Spitze — antworten. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe und Unruhe bei den Mehrheitsparteien.)

Jedenfalls besteht bei sämtlichen — und das sollte doch auch denjenigen, die dem Herrn Erzberger hier beispringen, auffallen — offiziellen Vertretern unserer volkswirtschaftlichen Kreise die einmütige Klage, daß Herr Erzberger die Sachverständigen nicht genügend hinzugezogen hätte. Ich nenne z. B. die „Seeberufsgenossenschaft“, die Vereinigung sämtlicher Reeder Deutschlands. Diese „Seeberufsgenossenschaft“ macht Ihnen doch diesen Vorwurf, und zwar sehr deutlich. Und dann sagen Sie einfach: das stimmt nicht, ich habe immer Sachverständige da gehabt. Es sind ferner die offiziellen Verbände der Schwer-

industrie, die Ihnen denselben Vorwurf machen, und zwar sämtlich, ohne Ausnahme. Ja, daß Sie hier und da einen Mann für einen Sachverständigen halten, der es vielleicht auch sein mag, der aber nach Ansicht der betreffenden Verbände nicht für diese oder jene Spezialfrage ausreicht, und daß Sie damit glauben, der Sache Genüge getan zu haben, kann ich nicht als maßgebend anerkennen; merkliche Beweise haben Sie nicht gebracht. Den Eindruck wischen Sie nicht ab, Herr Erzberger, der in den weitesten Kreisen herrscht, daß Sie bei den Friedensverhandlungen mit einer Souveränität vorgehen, die nicht den Interessen der beteiligten Kreise und der gesamten deutschen Volkswirtschaft genügt. Dieser Eindruck besteht, und diesen Eindruck haben Sie nach meiner Auffassung durch Ihr zorniges Auftreten heute in keiner Weise verwischt, sondern vielmehr bekräftigt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es ist ja doch auch kein Zufall — das möchte ich speziell dem Herrn Kollegen Haußmann sagen —, daß es gerade die „Frankfurter Zeitung" ist — fragen Sie doch einmal bei Herrn v. Payer an, ob die „Frankfurter Zeitung" bisher nicht zu den Freunden des Herrn Erzberger gehört hat — — (Zuruf von den Demokraten: Was weiß ich!) — Doch es stimmt, die „Frankfurter Zeitung" hat doch immer die Politik des Herrn Erzberger vertreten. — Also ich sage: es ist kein Zufall, daß die „Frankfurter Zeitung" in diesen Tagen mit der ganzen Schärfe ihrer Feder, die sehr scharf sein kann, gegen Herrn Erzberger vorgeht. Das sind keine Zufälligkeiten, das hat seine inneren Gründe. Ich habe selten Gelegenheit gehabt, mit der „Frankfurter Zeitung" einverstanden zu sein, aber in diesem Falle, muß ich sagen, scheint sie mir doch die richtige Stimmung der Kreise wiederzugeben, deren Interessen hier nicht gewahrt worden sind, womit auch die Interessen der Gesamtheit unseres Vaterlandes geschädigt werden.

Ich behaupte nun, daß diese Souveränität der **Waffenstillstandskommission,** die sie sich beigelegt hat, auch nicht in den **Besprechungen,** die **am vorigen Sonntag** hier stattgefunden haben, eine genügende Abänderung erfahren hat. Diese Besprechungen, die die Entschlüsse des Herrn Erzberger durch ein Votum gewissermaßen der maßgeblichen Vertreter der Parteien dieses hohen Hauses decken sollten, sind nicht zustandegekommen in einer Weise, die wirklich dem Verantwortlichkeitsgefühl und den Pflichten dieses hohen Hauses entspricht. Wenn so in letzter Stunde die Einladungen an einzelne Persönlichkeiten, nicht einmal an die Parteien, ergehen, dann kommt ein Gremium zusammen, das eigentlich keine Legitimation hat. Meine Freunde sind dadurch nicht in die Lage gekommen, zu den Bedingungen, die in der letzten Waffenstillstandsverlängerung verlangt worden sind, Stellung zu nehmen, und wir lehnen die Verantwortung absolut dafür ab. (Zustimmung rechts. — Zurufe und Unruhe bei den Mehrheitsparteien.) Wir sind der Überzeugung — da uns das

nähere Material nicht zugänglich gemacht worden ist, müssen wir unsere Stellungnahme auf das gründen, was uns eben bekannt ist —, daß, wenn die Sachverständigen in dem nötigen Umfange herangezogen worden wären, eine Zustimmung zu diesen Bedingungen nicht hätte erfolgen dürfen und nicht erfolgt wäre. (Zurufe.) — Wir hätten Sie dann abgelehnt. (Zurufe: Was dann?) — Seien Sie doch nicht so ungeduldig; ich gehe schon darauf ein. Wir sind uns selbstverständlich ebenso wie Sie der schweren Verantwortung vollauf bewußt, die damit verbunden ist. (Zurufe und Lachen links.) Aber ich darf mich ja auf unseren Herrn Ministerpräsidenten berufen, der selbst neulich hier von dieser Stelle aus erklärt hat, daß der Augenblick kommen könne und vielleicht kommen würde, wo es ein weiteres Jasagen nicht mehr gebe und wo endlich einmal diese Verantwortung der Ablehnung übernommen werden müßte.

Worauf — so frage ich nun —, Herr Ministerpräsident, worauf, Herr Erzberger, warten Sie nun eigentlich noch? (Sehr gut! rechts.) Wer die Forderungen, die jetzt noch zu all den Bedingungen der früheren Stadien gestellt worden sind, betrachtet, der muß doch zu der Überzeugung kommen: dies ist tatsächlich der letzte Todesstoß, der uns versetzt wird. Wir haben bis jetzt noch nichts erreicht, wir haben alles zugestanden, und jetzt kommen noch die Forderungen in einem Sinne, der uns den letzten Rest der Möglichkeit nimmt, wieder emporzukommen. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Erzberger hat vorhin sehr entrüstet getan, daß man mit der in der Interpellation gegebenen Darstellung von der **Auslieferung unserer Handelsflotte** dem allgemeinen Interesse in diesem Augenblick schade. Nein, Herr Erzberger, das glaube ich nicht. Mit diesem ewigen Sichverkriechen hinter irgend einem Wort, von dem man annimmt, daß es einmal zu unseren Gunsten ausgelegt werden könne, lachen uns die Feinde schließlich aus. (Sehr richtig! rechts.) Ich stehe da vollkommen auf dem Standpunkt der „Hamburger Nachrichten", die geschrieben haben:

> Wenn Herr Erzberger glaubt, daß es sich nicht um eine Auslieferung schließlich handeln wird, so scheint Herr Erzberger noch etwas zu sehr deutscher Michel zu sein, wenn er in die Ehrlichkeit unserer Feinde ein so großes Vertrauen setzt.

Wir haben dasselbe Theater ja schon damals erlebt, als es sich um die Auslieferung unserer Marine handelte. Auch da hieß es in der Presse immer wieder — von Herrn Erzberger inspiriert —: Um Gottes willen nicht behaupten, sie wäre ausgeliefert, sie soll ja nur in Sicherheit liegen; es ist eine Art Schutzhaft, in die sie genommen wird. Damit wurden wir damals vertröstet, und damit werden wir jetzt auch wieder mit der Handelsflotte vertröstet. Herr Erzberger, liegt das nicht auf der Hand? Wenn die Feinde — sie können **es** ganz ehrlich

meinen — auch sagen, das Eigentumsrecht soll nicht angetastet werden, so sagen sie wohl später: wir meinen natürlich das Eigentumsrecht der Privatbesitzer; mag das Deutsche Reich sie entschädigen, wir nehmen jetzt diese Schiffe doch als Entgelt dafür, daß diese und jene Bedingung nicht erfüllt worden ist. (Zurufe: Unerhört!) Das liegt so klar auf der Hand, daß wir, wenn Sie solchen Bedingungen immer zustimmen, schließlich keine Möglichkeit mehr haben, das zu verschweigen. Denn sonst geht es immer so weiter, wenn kein Widerspruch von unserer Seite erfolgt. Unsere Feinde regen wir damit nicht erst dazu an. (Zurufe links.) Die sind nicht so dumm, daß sie nicht selbst auf diese Idee kommen. Aber wir haben die Pflicht, der Regierung vorzuhalten, daß sie in diesen Fällen immer Zugeständnisse macht, deren Folgen sie ableugnen will, aber gar nicht ableugnen kann. Wir haben als Vertreter des Volkes die Pflicht, Ihnen vorzuhalten, welche Sorgen im deutschen Volke bestehen. (Zurufe links.)

Ich frage Sie weiter: was soll kommen, wenn uns durch die Wegnahme unserer Handelsschiffe die Wiederaufrichtung unseres ganzen Wirtschaftslebens unmöglich gemacht wird, wenn Sie uns durch die neuen Bedingungen an unseren Ostgrenzen Zustände schaffen, die als schmachvoll für das deutsche Volk bezeichnet werden müssen, wenn Sie dem Feinde durch die dreitägige Kündigungsfrist geradezu noch die Möglichkeit geben, in jedem Augenblick in einer so kurzen Zeit, daß Sie natürlich wieder keine Sachverständigen heranbekommen können, jede neue Daumenschraube anzuziehen? Dann sind wir eben wehrlos ausgeliefert, überhaupt wenn uns immer Forderungen gestellt werden, deren Unerfüllbarkeit Sie zugeben müssen, gegen die Sie zwar protestieren, die Sie aber schließlich doch annehmen und wodurch die Feinde dann in der Lage sind zu sagen: Seht, das ist das deutsche Volk, das seine ganzen Versprechungen nicht hält und uns womöglich bei Wilson noch diskreditiert! Ich weiß nicht, Herr Erzberger, worauf Sie noch warten, um endlich zu erklären: Wir können nicht zustimmen.

Es stellt doch diese ganze Methode zur Vernichtung des deutschen Volkes nichts anderes dar als eine restlose **Aushöhlung der Wilsonschen Punkte,** und wenn die Wilsonschen Punkte auch wahrhaftig kein Frieden waren, der uns beglücken konnte, es war doch gegenüber der Situation, in die wir allmählich hineingedrängt werden, immer noch unsere letzte Hoffnung, daß Wilson nicht die völlige Vernichtung unseres Volkes dulden würde. (Zuruf: Mit einem Male!) — Nicht mit einem Male! Aber wenn wir jetzt in der Lage sind, daß wir uns — nicht mit der Zustimmung meiner Freunde — restlos unterworfen haben, ja, dann sind wir allerdings in einer Zwangslage, in der ich sage, daß die

Wilsonschen Bedingungen noch ein Etwas sind gegenüber dem, was Herr Erzberger uns verschafft. (Zurufe links.) — Ja, voriges Jahr waren wir noch nicht in der Lage. Das scheinen Sie nicht bemerkt zu haben; das scheinen Sie noch gar nicht erfaßt zu haben, daß damals unsere Lage eine andere war.

Nun frage ich Herrn Erzberger: Wie bleibt überhaupt noch für Wilson eine Möglichkeit, uns seine Punkte zuzubilligen bei den Friedensverhandlungen, für sie einzutreten, wenn wir schon vorher bei den Waffenstillstandsbedingungen einen dieser Punkte nach dem anderen mit unserer Zustimmung aufgegeben haben, wenn wir geradezu das Harakiri begangen haben, daß wir zu unserem Totschlag auch immer noch selbst die Hand reichen? Wir machen es damit einfach unmöglich, daß Wilson nachher die Sache durchsetzt. Wir machen uns in seinen Augen verächtlich, und wir machen es ihm unmöglich, überhaupt für uns einzutreten, weil wir alles selbst aufgegeben haben.

Nun, meine Damen und Herren, ich komme im Hinblick auf die Interpellation zu dem Resultat, daß es vollkommen berechtigt ist, wenn der Antrag dahin geht, daß eine **Waffenstillstandskommission,** die diese Folgerungen der ewigen neuen Bedingungen entweder nicht übersehen kann oder nicht übersehen will, nicht richtig und **nicht zweckmäßig zusammengesetzt** ist, sondern daß wir eben verlangen müssen, daß andere Kräfte hinzutreten, welche tatsächlich in der Lage sind, über diese Dinge in einer anderen Weise zu verhandeln, zum mindesten bei den Verhandlungen der übrigen Welt, und vielleicht gerade im besonderen Herrn Wilson klar vor Augen zu führen, welch unendliche, fürchterliche Folgen die endlosen Zumutungen an uns haben, Männer, die schließlich auch den richtigen Moment zu erkennen vermögen, wo wir endlich einmal zu einem Nein kommen müssen und uns nicht weiter an dieser Zustimmung beteiligen dürfen.

Ich bin deshalb überzeugt, daß die Nationalversammlung schon heute gut daran getan hätte, anstatt diese Interpellation aus persönlicher Empfindlichkeit zu bezeichnen als etwas, was der Regierung in den Rücken fiele, sie lieber so aufzufassen, daß sie als eine Stärkung für unsere Unterhändler gegenüber der Entente dienen konnte. (Stürmischer Widerspruch links.)

Gewiß, das hätte sie gekonnt, wenn die Herren nicht so viel Empfindlichkeit gezeigt hätten, wenn sie nicht so viel Persönliches hineingetragen hätten; Sie hätten wohl durch einen Beschluß, mit dem eine andere Zusammensetzung der Waffenstillstandskommission verbunden sein konnte, auch eine Erklärung abgeben können, daß wir jetzt einig sind, daß wir bis zum Äußersten — ja nach Ansicht meiner Freunde schon über das Äußerste hinausgegangen sind mit der Zustimmung zu einem derartigen Mord an unserem Volk.

Herr Erzberger hat sich gestern stolz hingestellt und hat gesagt: Wir wollen nicht ehrlos zugrunde gehen. Aber, Herr Erzberger, wenn wir das nicht wollen, dann ist es die 12. Stunde, daß wir diese Politik verlassen, daß wir diese Politik nicht weiter verfolgen. (Zurufe links: Was dann?!) — Sie sind furchtbar ungeduldig, zu hören, was ich meine. Sie wissen doch, daß ich mit meiner Meinung sowieso nicht zurückhalte; es bedarf Ihrer besonderen Anregung wirklich nicht. Sie sehen schon heute aus den letzten Reden, die Wilson vor dem Friedenskongreß gehalten hatte, daß er geradezu unglaubliche Abänderungen seiner 14 Punkte bereits proklamiert. Was er da über unsere Kolonien sagt, das läßt allerdings schon erkennen, daß er aus unserem Verhalten entschieden nicht mehr die Achtung für uns zu haben scheint, die notwendig ist, wenn er gegen die übrigen Brüder der Entente für unsere Interessen eintreten will. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir über Rotterdam aus einer Depesche erfahren, daß die neuen Bedingungen auch schon den Bestand des deutschen Heeres und der zulässigen Rüstungen an Waffen und Munition festlegen sollen, daß sogar die Lage der Garnisonen der deutschen Armeekorps vorgeschrieben werden soll, ja, dann sehen Sie, daß alles immer weiter von dem Eintreten Wilsons für einen Rechtsfrieden absteuert, wie er die Grundlagen Ihrer Phantasien bei den Waffenstillstandsverhandlungen war.

Darum sage ich: die Politik, die nach meiner Meinung — und damit komme ich dazu, die Frage der Herren und Damen: was dann? zu beantworten — in diesem Augenblick, als in der 12. Stunde notwendig erscheint, das wäre die, daß endlich einmal unsere Vertreter dem Herrn Marschall Foch und den anderen Unterhändlern der feindlichen Kommission entgegenträten und ihnen klarmachten: wenn ihr den traurigen Mut besitzt, das deutsche Volk jetzt, wo es in einem verblendeten Vertrauen auf euere offensichtlich nur geheuchelte edle Zusage des Rechts- und Versöhnungsfriedens (Lachen links) freiwillig alle seine Waffen niedergelegt hat, hinterhältig totzuschlagen, so tut es; wir können euch leider Gottes nicht mehr mit Gewalt daran hindern (stürmische Zurufe und Unruhe links); aber wir weisen mit Verachtung die Zumutung fürderhin zurück, daß wir selbst zu solchem Verbrechen unsererseits immer noch de- und wehmütig Ja und Amen sagen sollen. Wir beschuldigen euch vielmehr vor aller Welt und für alle Zeiten des feigen Meuchelmords, für den die Weltgeschichte, so wahr ein Gott im Himmel lebt, euch einmal zum Weltgerichte werden möge, wenn sich vielleicht einmal die Erfüllung des Gebetes des Großen Kurfürsten wiederholen wird: Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor! (Lebhafter Beifall rechts. — Stürmische Zurufe und große Unruhe bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Präsidenten des Reichsministeriums.

Scheidemann, Präsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Abgeordneten v. Graefe ist mir zum Teil vorgekommen wie das berühmte Posthorn, das sehr verspätet wieder aufgetaut ist. (Große Unruhe und Zurufe rechts.) Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat geredet, als wenn wir nicht nach dem furchtbaren Zusammenbruch hier ständen, sondern als wenn wir noch in den Zeiten lebten, wo Herr v. Graefe und seine Freunde im Reichstage zu Berlin die wildesten Kriegsreden gehalten haben. (Lebhafte Zustimmung links.)

Herr v. Graefe hat heute gesagt unter Hinweis auf Ausführungen, die ich neulich gemacht habe — er zitierte anscheinend wörtlich —, es könne der Augenblick kommen, wo wir Nein sagen müßten. Wahrscheinlich habe ich das gesagt, denn es entspricht ganz meiner Auffassung. Es entspricht aber auch vollkommen meiner Auffassung, daß wir in diesen Tagen zu den Bedingungen, die uns jetzt gestellt wurden, so schwer sie waren, und so schwer es allen Unterhändlern angekommen sein muß, sie zu unterzeichnen, in diesem Augenblick die Verantwortung für ein Nein nicht übernehmen können. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Graefe hat sich bemüht, über den Kriegsschluß und den ersten Abschluß des Waffenstillstandes eine Darstellung zu geben, auch unter Heranziehung einer Rede des jetzigen Reichspräsidenten Ebert, von der ich nur sagen kann: ich gehe mit einer Handbewegung darüber hinweg. (Ah! Ah! rechts.) Es lohnt sich nicht, auf derartige Insinuationen auch nur mit einem einzigen Worte einzugehen. (Zurufe rechts: bequem!) Ich will Ihnen einiges andere sagen, Herr v. Graefe, und Sie werden mir dann zugeben, daß Sie nicht zu kurz gekommen sind. **Wie ist denn das Kriegsende gekommen?** Mit einem totalen Zusammenbruch unseres armen, vier Jahre lang in der furchtbarsten Weise mißhandelten Volkes. Unser Volk hat diesen furchtbaren Zusammenbruch erleben müssen dank der unverantwortlichen Kriegspolitik, die Herr v. Graefe und seine Freunde im Deutschen Reichstage getrieben haben. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Lachen rechts.) Ich meine also, Herr v. Graefe sollte sehr vorsichtig sein, derartige Äußerungen, wie er es hier getan hat, von sich zu geben.

Als am 9. November die Revolution ausbrach, war das deutsche Volk vollkommen zermürbt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts: von wem? von den Sozialdemokraten!) — Durch den unglückseligen Krieg, an dessen Ausbruch und an dessen Fortsetzung Sie ein gerüttelt Maß an Schuld zu tragen haben. (Starker Beifall bei den Mehrheitsparteien. — Leb-

hafte Rufe rechts: Unerhört!) Am 9. November stellte sich heraus, daß nicht nur das Volk infolge der furchtbaren Kriegsnöte zermürbt war, sondern es stellte sich auch heraus, daß das ganze alte System, für das Sie heute noch gute Worte zu finden suchen, total morsch und verfault war. Wir hätten zu diesem furchtbaren Kriegsende nicht zu kommen brauchen; das ist meine feste Überzeugung. (Sehr richtig! rechts und links.)

Deshalb haben meine Freunde und ich 1915 schon unsere Stimme erhoben für einen Frieden der Verständigung. Wir haben nicht geruht und nicht gerastet. Wir haben unsere Stimme weiter erhoben, und was ist die Folge davon gewesen? Die Folge davon war, daß Sie (nach rechts) uns in der schlimmsten Weise beschimpft und verlästert haben. Wir haben uns nicht irre machen lassen, wir haben weiter gewirkt, weiter für die Verständigung gearbeitet. (Zuruf von den Demokraten: Viel deutlicher werden!) — Nein, deutlicher will ich nicht werden. — Es ist dann so weit gekommen, daß wir zusammenbrechen mußten dank der Politik, die die Stempel trägt: Schwerindustrie, Alldeutsche und Ludendorff. (Rufe rechts: Sozialdemokraten, Cohn und Radek!) Ich will es wiederholt offen heraussagen: Sie tragen Ihr gerüttelt Maß an Schuld dabei. (Zurufe rechts: Sie waren in der Regierung, nicht ich! — Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Wann war ich denn in der Regierung? — Meine Damen und Herren, wenn ich in diesem Zusammenhang den Namen Ludendorff genannt habe und auf die Schwerindustrie hinwies, so glaube ich, nur eine Pflicht der Loyalität zu erfüllen, wenn ich, nachdem auch Herr v. Graefe den **Prinzen Max** genannt hat, ausdrücklich feststelle, daß Sie diesem Mann, dessen politische Grundanschauung eine ganz andere gewesen ist als meine, Unrecht tun, wenn Sie ihn auch nur im geringsten für sich in Anspruch nehmen wollen. Prinz Max gehörte, wie ich weiß, schon jahrelang im Krieg zu der kleinen Gruppe von Männern, Gelehrten und Diplomaten, die durchaus mit der Politik einverstanden waren, die auf einen Verständigungsfrieden gerichtet gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Es ist auch nicht wahr, daß dann, als das Kriegsende kam, als der Waffenstillstand erbeten wurde, etwa der Prinz Max eine Rolle gespielt hätte, von der Sie sagen können, sie gereiche ihm nicht zur Ehre. Es tut mir leid, daß ich auch in dieser Stunde noch nicht die ganze Wahrheit sagen darf. Ihnen gegenüber, Herr v. Graefe, hätte ich es gern getan. Wir können es leider nicht. Wir sind auch heute noch in derselben Situation wie so oft im Kriege, wo wir sogar als Abgeordnete mitunter den Mund halten mußten. Wir sind auch heute noch nicht in der Lage, alles sagen zu können. Aber das eine will ich Ihnen sagen: sprechen Sie nicht vom Prinzen Max, fassen Sie sich an die eigene Nase

und denken Sie dabei an General Ludendorff. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe rechts.)

Die **Waffenstillstandsbedingungen,** von denen Herr v. Graefe wieder gesprochen hat, sind sehr schwer. Glauben Sie denn oder glaubt einer Ihrer Freunde, daß er in der Lage gewesen wäre, bessere Bedingungen herauszuholen? Ich bin der festen Überzeugung: Wenn einer von Ihnen zu Marschall Foch gekommen wäre, Sie wären einfach zum Teufel gejagt worden (lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien; Unruhe und Zurufe rechts), mit Ihnen hätte man überhaupt kein Wort gewechselt. Ihre Zeit ist ausgespielt (bravo! bei den Mehrheitsparteien), Ihre Zeit ist vorüber (bravo! bei den Mehrheitsparteien), und wenn es Ihnen schwer fällt, sich an diesen Gedanken zu gewöhnen, so verstehe ich das; aber geben Sie sich Mühe, es zu begreifen! Die Demokratie ist in Deutschland so fest verankert, daß Ihre Zeit ein für allemal ausgespielt ist. Generaldirektorenpolitik, Schwerindustriellen- und Alldeutschenpolitik ist in Deutschland unmöglich geworden. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Das ist vielleicht das einzige Erfreuliche, was uns der Krieg gebracht hat: daß jetzt durch das Volk selbst die Politik gemacht wird, daß jetzt das Volk durch seine Vertretung, die gewählt wird auf Grund eines Wahlrechts, wie es nirgends in der Welt besteht, selbst in der Lage ist, der Schmied seiner Zukunft zu sein. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Einige **Ausführungen,** meine Damen und Herren, des Herrn Abgeordneten **v. Graefe** nötigen mich noch zu einer kurzen Erwiderung. Herr v. Graefe bedauert, daß ich gestern nicht im Tone des Zornes geredet habe. Das steht auf derselben Höhe wie die Äußerungen gewisser Blätter, die bedauern, daß ich noch gut aussehe und nicht die Gewohnheit habe, mich weiß zu schminken, um Leuten einen Gefallen zu erweisen.

Er bedauert ferner, daß ich eine persönliche Spitze in die Debatte gebracht habe. Wenn man bedenkt, wie der Herr Abgeordnete Vögler vorgegangen ist, so muß man zugestehen: ich habe nur das Mindestmaß der Abwehr angewandt. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) — Glauben Sie denn, Sie hätten einen Freibrief für Angriffe und die Regierung wehre sich nicht? Sie werden in diesem Hause noch anderes zu hören bekommen. (Sehr gut! im Zentrum.) Sie haben gar kein Recht, eine Anklage zu erheben. (Oho! rechts.) Sie sind die Schuldigen, welche das deutsche Volk ins Unglück hineingeführt haben.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien; Unruhe rechts.) Ich belege diese Behauptung sofort mit Beweisen. Als am 12. Dezember 1916 Herr v. Bethmann Hollweg, der damalige Reichskanzler, das erste Friedensangebot dem Reichstage mitteilte, da war es der Abgeordnete v. Graefe, der rief: „Skandal! Unerhört!" (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Das glaubte vor dem ganzen deutschen Volke ein Abgeordneter aussprechen zu dürfen bei einer Friedensaktion der Regierung, die getragen war von dem einmütigen Wunsche des deutschen Volkes, von wenigen Kreisen abgesehen! (Zuruf rechts.) — Was ich selbst gehört habe, das widerlegt mir keine Zeitung. — Wer war es denn, der ununterbrochen die Risikopolitik des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gefordert und herbeigeführt hat? Gerade Ihre Herren. Wenn Sie sich heute darüber beschweren, daß die deutsche Handelsflotte je einmal verloren geht, so sind es die Förderer des uneingeschränkten U-Boot-Krieges allein gewesen, die die Schuld daran haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) — Wenn Sie von Dilettanten sprechen, so lege ich auf ein Zeugnis über meine Befähigung von konservativer Seite oder von seiten der Deutsch-nationalen Volkspartei, wie Sie sich jetzt zu nennen belieben, gar keinen Wert, das können Sie sich ein für allemal merken. (Sehr gut! im Zentrum.)

Herr v. Graefe ist dann zurückgekommen auf die nicht genügende **Heranziehung der Spezialfachleute** und macht mir einen Vorwurf daraus, daß ich eine **Depesche** nicht hier habe. Ich bin am letzten Donnerstag von hier nach Trier gereist und kam gestern hierher zurück. Heute war ich sofort bereit, die Interpellation zu beantworten. Ich konnte nicht wissen, daß der Herr Abgeordnete Vögler Vorgänge, die im Dezember gespielt haben, aktenmäßig hier vorbringen würde. Ich habe die Akten nicht hier, sie werden in Berlin gebraucht, damit das Amt weiterarbeiten kann. Aber die Depesche ist eingelaufen und wird veröffentlicht werden, sobald ich die Zeit dafür finde, und zwar ganz genau mit Unterschriften; dieser Wunsch wird nach jeder Richtung hin erfüllt werden. Ich habe im damaligen Kabinett die Depesche vorgetragen und habe erklärt, daß ich mich unter keinen Umständen den Weisungen der Großindustrie beugen werde. Die Zeiten sind vorüber! (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

Der Herr Abgeordnete v. Graefe deutete weiter ein **Vorkommnis vom 4. Dezember** an und fügte bei, das müsse mir bekannt sein. Herr Abgeordneter v. Graefe, das ist unwahr. Dieses Vorkommnis vom 4. Dezember ist mir erst in den letzten Tagen des Monats Januar bekannt geworden, nicht früher. Ich bedauere, daß ich nicht mehr sagen darf. Ich finde es nicht im nationalen Interesse gelegen, wenn solche Dinge hier nur andeutungsweise behandelt werden können. Es wird dadurch vielleicht einer gewissen Sensationslust gedient.

Aber durch die weitere Erörterung wird das nationale Interesse schwer geschädigt. Der Herr Abgeordnete v. Graefe ist selbst der Auffassung gewesen, daß er die Sache nicht hier in der breiten Öffentlichkeit ausführen kann: dann darf er in dieser für unser Vaterland ernsten Stunde auch nicht andeutungsweise über diese Dinge sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Ich habe vorhin schon gesagt, ich sei bereit, in jeder Kommission über alle diese Fragen Auskunft zu geben, muß aber Gewähr dafür haben, daß nicht an das Ohr des Feindes etwas kommt, was dem deutschen Interesse nachteilig ist.

Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat dann behauptet, durch die Waffenstillstandsabkommen hätten wir bestimmte **Punkte Wilsons** aufgegeben. Den Beweis dafür hat er nicht erbracht. (Zuruf rechts.) Ich sehe dem Beweis entgegen, wie durch das Waffenstillstandsabkommen und durch welche Einzelparagraphen (Zurufe rechts: Polen!) bestimmte Punkte des Wilsonschen Programms aufgegeben seien. Die Behauptung genügt nicht, damit können Sie in Agitationsversammlungen auskommen, hier müssen Sie Beweise liefern. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Sie haben dazwischen gerufen: Polen! Ich hätte es lieber gesehen, wenn mit den **Polen** eine Verständigung vor Verlängerung des Waffenstillstands hätte herbeigeführt werden können. Das habe ich vertreten. Ich wußte, daß, wenn man nicht zu einer Verständigung kommt, der Feind diktiert, daß es dann schlimmer ist als das Unangenehme der direkten Verständigung. Als die Forderung über Polen kam, ist sofort zwischen Marschall Foch und mir festgestellt worden, daß die jetzige Demarkationslinie — um den nicht ganz richtigen Ausdruck zu gebrauchen — in keiner Weise den 14 Punkten Wilsons vorgreift, daß es sich um eine rein militärische Maßnahme, wie ich gestern ausführte, handelt, die keinerlei politischen Charakter hat. Es besteht also Übereinstimmung zwischen beiden Kontrahenten, daß durch das Ziehen dieser Linie in gar keiner Weise weder nach den Abstimmungsbezirken, noch in bezug auf das tatsächlich zu erfolgende Ausscheiden polnischer Landesgebiete den Friedensbestimmungen irgendwie vorgegriffen wird. (Zuruf rechts.) Wenn Sie jetzt rufen: Polen, so geben Sie das wiederum preis, was in den Verhandlungen erreicht worden ist. (Sehr richtig! links.)

Noch unerhörter vom nationalen Standpunkt aber ist es, wenn der Herr Abgeordnete **v. Graefe** hier auftritt, offen die **Gegner ermuntert** und direkt **zu neuen Forderungen** aufstachelt. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Das hat er zweimal getan. Er sagte: Ich wundere mich nicht, wenn der Feind, dem man alles Geforderte bewilligt, noch mehr fordert, und das zweite Mal hat er gesagt: Es mag im Waffenstillstandsabkommen die Auslieferung der Flotte nicht verlangt sein, aber wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß es doch so kommt.

Meine Herren, das nenne ich vom nationalen Standpunkt aus den Unterhändlern für die Friedensverhandlungen in den Rücken fallen. Ein größerer Schaden kann den Friedensunterhändlern nicht zugefügt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) Diese Sätze werden den Unterhändlern entgegengehalten werden, als aus der Nationalversammlung stammend. Darum sage ich: Das sind nicht Sätze der großen Mehrheit des deutschen Volkes, das sind Sätze des Vertreters der Desperadopolitik in Deutschland. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Die übergroße Mehrheit der Nationalversammlung muß im Interesse Deutschlands solche Sätze zurückweisen. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.) Sie muß von vornherein erklären, daß der Wunsch eines Vertreters der Gewaltpolitik — und das ist der Herr Abgeordnete v. Graefe, er nimmt doch die Wilsonschen Grundsätze heute nur aus Opportunität an — (sehr richtig! links — Zuruf rechts: selbstverständlich!), sie muß vor aller Welt zum Ausdruck bringen, daß dieser Standpunkt nur von einer verschwindend kleinen Minderheit in der Nationalversammlung geteilt wird und daß sich das deutsche Volk dagegen wehrt, daß der am Verlust des Krieges eigentliche Schuldige, um die eigene Schuld von sich abzuwälzen, in die Welt schreit: haltet den Dieb! (Bravo! bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.)

Der Herr Abgeordnete v. Graefe hat angedeutet, ich hätte nicht unterzeichnen sollen. Glauben Sie, daß ich mir diese Frage nicht sehr eingehend, eingehender als Sie, Herr v. Graefe, überlegt habe mit allen Konsequenzen? Aber ich sage Ihnen: So lange ich etwas zu sagen habe, unbekümmert, ob hier auf der Ministerbank oder unten in der Versammlung: die Politik des Würfelspiels mache ich nicht mit. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.) Das wäre eine Unverantwortlichkeit gegenüber den Interessen unseres deutschen Volkes. Sie mögen reden, was man Marschall Foch alles sagen soll, — glauben Sie, daß Sie damit irgend etwas erreichen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und glauben Sie, daß, wenn in der ersten Aufwallung dieser oder jener Teil unseres Volkes solchen Reden und dementsprechenden Verhandlungen zustimmen würde, — Sie sagen: wir beschuldigen die Gegner, daß alles dieses Unglück über Deutschland gekommen ist — glauben Sie, daß dafür das deutsche Volk nachher irgendwelchen Dank und irgendwelche Anerkennung haben wird? Die Stimmung würde im selben Augenblick in das gerade Gegenteil umschlagen.

Die Grenzen für die Waffenstillstandsbedingungen seien nicht eingehalten worden; die 14 Punkte Wilsons dürften nicht überschritten werden! — Ich glaube, Sie können bis jetzt keinen Punkt anführen, trotz der ungemein harten Bedingungen, in welchem über diese 14 Punkte

hinausgegangen ist. Die Härte der Bedingungen verurteile ich genau so stark wie Sie. (Zurufe rechts.) — Ich rede darüber nicht, weil eine solche Debatte gerade über diesen Punkt gewissen künftigen Entscheidungen vorgreifen müßte. Die Grenze ist innegehalten worden und wird auch ferner eingehalten werden. Etwas anderes sagen auch die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten nicht. Es gibt eine Grenze, wo man nicht mehr weiter gehen kann. Aber ob sie in dem einen oder in einem anderen Augenblick gegeben ist, kann nicht nach dem einen oder dem anderen Augenblick gegeben ist, kann nicht nach sondern nur auf Grund der Totalität der Verträge und der gesamten Situation, wie sie vorliegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie auf die **Uneinigkeit der Gegner spekulieren,** wenn auch in der Presse behauptet wird, es sei ein Leichtes, durch Ablehnung der Verhandlungen — das ist mir auch gesagt worden —, durch Ablehnung der Unterzeichnung den Block der Gegner zu sprengen und dadurch eine bessere Situation für Deutschland hervorzurufen, so stehe ich nicht einen Augenblick an, jetzt eine Mitteilung hier zu geben, die mir in authentischster Weise von einem der Führer unserer Gegner gemacht wurde, nämlich, daß die **neuen Waffenstillstandsbedingungen** nur nach schwerem Kampfe innerhalb der Alliierten zustande gekommen seien, daß sie aber die **restlose Zustimmung** nicht nur der Amerikaner, sondern auch **des Präsidenten Wilson gefunden** haben, und daß man sich direkt wundern würde, wenn unter diesen Umständen eine Unterzeichnung nicht zustande kommen würde. Was hätten Sie mit einer Nichtunterzeichnung erreicht? Ich gehe nicht auf die Folgen ein, die hätten eintreten können. Eins steht fest: Clemenceau hätte dann zweifellos den größten Triumph erreicht: er wäre die lästigen Grundsätze der 14 Punkte Wilsons losgeworden (Zustimmung), und zwar durch unsere Schuld, indem der Waffenstillstand, der auf Grund der 14 Punkte Wilsons eingeleitet worden war, für alle Zukunft hinfällig geworden wäre. Die ganze Note vom 5. November 1918, welche die Basis für die Friedensverhandlungen bilden muß, welche auch die für Deutschland so wichtige Entschädigungsfrage regelt, welche diese Entschädigungsfrage begrenzt und bindet, alle diese Zusagen der Alliierten wären durch einen Federstrich hinfällig geworden, und den rabiatesten Forderungen auf Ersatz der Kriegskosten, auf Ersatz aller U-Bootschäden, die auf drei-, vier-, fünfhundert Milliarden — je nach der Phantasie der Gegner — berechnet werden, wäre damit vollkommen freier Spielraum gewährt gewesen.

Wer das verantworten will, der wird im Lichte der Geschichte einstens schlechter dastehen als der, der durch die Not der Zeit sich derartige Waffenstillstandsbedingungen aufzwingen lassen muß. (Hört! hört! rechts.)

Ein Wort noch zur **Heranziehung der Fachleute!** Eben nach meiner Rede habe ich aus Spaa die Depesche erhalten, in welcher der französische General unseren Herren sein Erstaunen darüber geäußert hat, daß wir dauernd 60 Herren in Spaa haben, er bittet, eine kleinere Zahl dort zu halten. Der Vertreter der deutschen Regierung erwiderte sofort, wir brauchten diese große Zahl, um alle Interessenkreise heranziehen zu können. Sie haben keine Ahnung von den unendlich großen Schwierigkeiten, unter denen wir in der Waffenstillstandskommission verhandeln müssen. Es wird diktiert; es war anfangs kein Verhandeln. Erst in zäher, mühsamer Arbeit ist es den deutschen Unterhändlern schließlich gelungen, formelle Verhandlungen zustande zu bringen. Es ist ja eine eigenartige Situation, in die ich durch die Interpellation der Deutschen Volkspartei gedrängt werde. Ich muß indirekt die Brutalitäten verteidigen, die unsere Gegner uns auferlegt haben, um nicht ein vollständig falsches Bild im deutschen Volke aufkommen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Das ist die große historische Schuld, die Ihre (nach rechts) Interpellation hat. (Erneute Zustimmung. — Unruhe und Zurufe rechts.)

Zum Schluß noch ein kurzes Wort wegen der **kleinen Anfragen.** Es fällt mir nicht ein, irgend jemand zu verbieten oder vorzuschreiben, er solle keine kleinen Anfragen stellen. Kein Wort habe ich in meiner Rede davon gesagt. Worum ich gebeten habe, ist nur, man möchte kleine Anfragen nicht stellen, welche dem Vaterlande Schaden zufügen können. Im übrigen blamiert sich ein jeder so gut, wie er kann. (Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.) Es fällt mir auch nicht ein, dem Herrn Abgeordneten v. Graefe Vorschriften zu machen. Dazu kenne ich den Herrn viel zu lange, um zu wissen, daß das bei ihm gar nichts nützen würde. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Die Herren Abgeordneten v. Graefe und Vögler haben es für klug gehalten, zum Angriff überzugehen, während alle Welt weiß, daß gerade diejenigen Parteien, denen sie angehören, seit langem in schwerer Verteidigungsstellung sind; denn — darüber kann kein Zweifel sein — sie haben das meiste dazu beigetragen, daß unser Volk in sein Verderben gestoßen worden ist. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Chauvinisten des Auslandes wenden ja nur Ihre eigenen Regeln an. (Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Chauvinisten des Auslandes sind Fleisch von Ihrem Fleisch und Blut von Ihrem Blut! Es klingt geradezu komisch, wenn der Interpellant Vögler von einem **entschädigungslosen Frieden** spricht, auf den er und

seine Freunde gerechnet hätten. Sie sind es gewesen, die Jahre hindurch in die Welt hinausposaunt haben, ein entschädigungsloser Friede bedeute einen Hungerfrieden, stelle einen Schmachfrieden dar. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie haben bis zum letzten Augenblick, noch Ende Oktober, Annexionen und Kontributionen verlangt, und nun, da man im Auslande dieselben Methoden gegen Sie anwendet, schreien Sie auf.

Ich will nur an weniges erinnern. Sie haben in Denkschriften immer wieder erklärt, unter allen Umständen müßten Longwy und Briey dem deutschen Industriegebiet angegliedert werden! Sie forderten die flandrische Küste, sie hatten auch Appetit auf die Bergwerke in Kongreßpolen! Wir kennen die Denkschrift aus Oberschlesien. Sie hatten das geflügelte Wort in die Welt gesetzt, der Friede müsse uns eine Linie von Calais bis Bagdad bringen. Sie haben nicht nur geschwiegen, als die belgischen Männer und Frauen weggeschleppt wurden, sondern Sie haben diese Art der Kriegspolitik geradezu begünstigt und gefördert. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ferner haben Sie verlangt, daß Litauen und das Baltikum an das Deutsche Reich angegliedert werden, und haben zu diesem Zweck nicht jene häßliche Art verabscheut, die Völker zu täuschen und um das Selbstbestimmungsrecht zu betrügen.

Freilich wollen wir in dieser Stunde nicht vergessen, daß die anderen **bürgerlichen Parteien** und auch die **Rechtssozialisten während der Kriegsdauer** keineswegs in so blütenweißer Unschuld gewesen sind, wie sie sich heute präsentieren. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich erinnere nur daran, daß Herr Spahn als Führer des Zentrums nicht nur für die Zentrumspartei, sondern namens der gesamten bürgerlichen Parteien im Reichstage gefordert hat, daß Belgien militärisch, finanziell, wirtschaftlich fest in deutscher Hand bleiben müsse. (Hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Er hat also versteckt die Annexion Belgiens für die gesamten bürgerlichen Parteien gefordert. Und Herr Erzberger war es doch, der sehr lebhaft den Frieden von Brest-Litowsk gerechtfertigt und für ihn gestimmt hat. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auch diese Tatsachen, Herr Erzberger, sind nicht aus der Welt zu schaffen! Sie, der Sie viel mit ausländischen Kreisen in Berührung gekommen sind, wissen, daß man Ihnen das mit Recht vorhält wie manches andere. Man hat im Auslande, Herr Erzberger, nicht vergessen, daß Sie es waren, der zuerst das Abwerfen von Bomben auf die sogenannte Festung London rechtfertigte. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Man hat nicht vergessen die Stellung, die Sie anfangs gegenüber Belgien eingenommen haben. Man betont auch immer wieder im Auslande, daß sich die sozialdemokratische Partei mit ihren Kriegszielforderungen, die sie in den Beschlüssen der Fraktion und des Parteiausschusses ange-

nommen hat, keineswegs auf den Boden Wilsons gestellt hat, sondern sich dabei nach der Kriegskarte richtete und auch in bezug auf Belgien keine einwandfreie Haltung eingenommen hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Zuruf: Eingabe von 15!) Die Kriegszielforderungen, die David damals aufstellte, sind jetzt noch immer im Auslande ein Agitationsmaterial gegen das deutsche Volk. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erinnere ferner daran, daß Generalfeldmarschall **Hindenburg** noch im Sommer des vorigen Jahres in einem Telegramm versichert hat, daß auch im Westen **kein weicher Friede** geschlossen werden soll. Er hat damit gar nicht lange Zeit, bevor wir um Waffenstillstand nachsuchen mußten, den Gegnern geradezu erklärt, daß er bereit und gewillt sei, ihnen harte Bedingungen aufzuerlegen. Infolgedessen ist es begreiflich, daß das Ausland nicht allen Erklärungen jetzt ohne weiteres Vertrauen schenkt. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Solange Hindenburg auch unter der neuen Regierung nur zu dem Zweck gehalten wurde, um die Demobilisierung durchzuführen, war das begreiflich. Aber Hindenburgs Rolle ist doch darüber wieder hinausgewachsen. Er steht an der Spitze der Obersten Heeresleitung zur Kriegführung im Osten; es werden Tag für Tag Kriegsberichte veröffentlicht, und da die Regierung diesen Mann, der einen harten Frieden im Westen vertrat, behält, so entsteht im Auslande selbstverständlich Verstimmung. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf: Eichhorn!) — Wenn Sie Eichhorn an die Spitze stellten, würde es bei den Gegnern im Auslande eine bessere Aufnahme finden. (Große Heiterkeit.)

Wieweit die Geistesverwirrung in den Kreisen der **Schwerindustrie** geht, beweist ja die Forderung, daß Herr Stinnes an den **Friedensverhandlungen** teilnehmen soll. Ich stimme mit Herrn Erzberger vollständig überein, daß das Erscheinen des Herrn Stinnes in der Waffenstillstandskommission geradezu wie eine Provokation wirken würde. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Darin hat allerdings Herr Vögler recht, daß das Kapital in Deutschland vielleicht eine solche Gelegenheit klug ausnützen könnte, um sich mit den Kapitalisten der feindlichen Länder in Verbindung zu setzen. Das internationale Kapital, das vor dem Kriege versippt war, sucht auch jetzt wieder nach einer engen Verflechtung. Aber Herr Erzberger hat eins vergessen, und so feinhörig, wie er ist, durfte ihm das nicht entgehen, nämlich: daß doch im Auslande auch andere Persönlichkeiten, die nicht der Schwerindustrie angehören, als Unterhändler nicht gerade willkommen sind. Man verhandelt mit ihnen, wie man auch vielleicht mit Herrn Stinnes verhandeln würde; aber das Ausland hat oft genug ausgesprochen, daß auch die gegenwärtigen Unterhändler und diejenigen, die jetzt schon designiert sind, als Teilnehmer auf dem Friedenskongreß

keineswegs diejenige Achtung genießen und vor allem nicht die Gewähr für Zuverlässigkeit darbieten, wie es nach den Ausführungen des Herrn Erzberger scheinen könnte. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist richtig, es gibt keinen einzigen, der als Unterhändler einen guten, uns alle befriedigenden Frieden schaffen könnte, aber glimpflicher als jetzt dürfte der Friede doch wohl ausfallen, wenn man keine Personen wählen würde, die jemals die annexionistische Regierung der Herren v. Bethmann, Michaelis und Graf Hertling unterstützt haben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger erinnerte, und das war nicht klug, an den **Friedensschritt der Regierung** vom Dezember 1916. Das Ausland wirft uns, und zwar nach den Tatsachen, die Herr Schulze-Gävernitz der Welt bekanntgegeben hat, mit Recht vor, daß dieser Schritt nicht ehrlich gemeint war, daß man damals bereits dazu überging, den verschärften U-Boot-Krieg vorzubereiten. Wenige Zeit darauf hat man zwar mit den Amerikanern noch ein Fest gefeiert und der amerikanischen Regierung Freundschaft gelobt, dabei zugleich in Mexiko gegen Amerika ein Bündnis herstellen wollen und zugleich den verschärften U-Boot-Krieg in die Wege geleitet. Es ist Erstaunen darüber — und das ist auch in der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten an die Entente, die die Waffenstillstandskommission überreicht hat, zum Ausdruck gekommen —, daß die Entente auch jetzt die Regierung, die auf dem Volkswillen beruhe, ignoriert hat. Ja, darin äußert sich das Mißtrauen, das noch jetzt besteht. Es ist kein Zweifel, daß namentlich die Franzosen von der Sorge erfüllt sind, daß Deutschland doch eines Tages wiederum zu den Waffen greifen könnte. Die Franzosen verkennen vollständig unsere objektive Lage. Es ist unmöglich, nach dem Westen hin Krieg zu führen. Aber woher kommt denn dieses Mißtrauen, diese Sorge? Es kommt daher, daß auch jetzt noch bei uns viel zu oft mit dem Säbel gerasselt wird und bramarbasierende Reden gehalten werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Äußerungen, die zum Teil Herr v. Graefe zitierte: das werden wir uns nicht gefallen lassen, dann werden wir dem Gegner zeigen, was wir können, — sind vollständig deplaciert. Und Herr Haußmann hat mit seiner Rede uns auch keinen Dienst geleistet. Er ist ganz und gar nicht imstande, die Psychologie der Gegner zu verstehen; ohne Kenntnis der Seelenzustände bei den Gegnern schlägt er drauf los. Glauben Sie nicht, daß das Eindruck machen kann.

Der zweite Grund, der uns aus dem Auslande entgegengehalten wird, ist die Bildung der vielen **Freiwilligenkorps**, die geradezu wie Pilze aus der Erde schießen; ein Aufruf folgt auf den andern. Jetzt werden z. B. in Berlin und in anderen Orten die Chinakämpfer und die Hererokrieger zu einem besonderen Freiwilligenkorps aufgerufen.

Was macht sich das Ausland für Vorstellungen davon! Mir ist vor kurzem von den Mitgliedern einer Kommission der aus der neutralen Zone auszuweisenden Personen folgende Mitteilung gemacht worden, die vollkommen authentisch ist: „Als Mitglieder dieser Kommission den französischen Oberst Wimpffen in Speyer aufsuchten, um ihn zu bitten, er sollte nicht darauf bestehen, daß aus der neutralen Zone alle Militärpersonen weggehen müßten, da antwortete ihnen dieser französische Oberst: Es tut mir leid, es geht aber nicht anders, sehen Sie sich doch Ihre Freiwilligenkorps an und achten Sie auf Ihre Hetzpresse!" (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das sind die Gründe, weshalb die Sorge auf der gegnerischen Seite nicht einschläft. Sollte allerdings — das können wir dem Auslande heute sagen — wirklich eine Regierung versuchen, den Krieg von neuem zu entfesseln, so würde zwar ein Teil des Volkes auch wiederum in Kriegsrausch sich versetzen lassen, aber die Überzeugung habe ich, daß die Massen der Arbeiter nach den Leiden dieser viereinhalb Jahre allen diesen Versuchen zum Trotz sich weigern würden, ein solches Abenteuer mitzumachen (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), auch wenn man sie als Landesverräter brandmarken würde. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr v. Graefe hat behauptet, daß die **Revolution** die **nationale Verteidigung**, die Massenerhebung des Volkes **unmöglich gemacht** habe, mit der man ja das Volk bereits vertraut zu machen unternommen hatte. Das ist eine völlig falsche Darstellung der Tatsachen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nein! Lange vor der Revolution hatten Ludendorff und Hindenburg die Überzeugung gewonnen, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg auch nur kurze Zeit weiterzuführen. Sie haben diese Erklärung an die Regierung abgegeben, und wir haben heute vernommen, daß Hindenburg noch während der Verhandlungen der Waffenstillstandskommission dieser die Instruktion gegeben hat, sie müßte auch die harten Bedingungen der Gegner annehmen.

Aber diese ganze Massenerhebung war ja ein rein phantastischer Gedanke. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Woher sollten denn die Massen kommen? Wußte doch jeder Mann in Deutschland, daß man schwache Knaben, Bucklige, Verkrümmte längst in die Reihen des Militärs gebracht hatte. Woher sollten denn noch die Reserven genommen werden? Auf der anderen Seite dagegen war ein unerschöpfliches Menschenreservoir. Bei uns ein Versagen der Mittel für das Kriegsmaterial, auf der anderen Seite eine gewaltige Überlegenheit der Kriegsmittel, die noch Tag für Tag gesteigert werden konnte. Dieser Erkenntnis konnte sich auch Ludendorff zuletzt nicht entziehen, so daß er bei der Regierung beantragte: schafft nur den Waffenstillstand! Es ist also eine Verdrehung der Tatsachen — die Wahrheit

liegt aktenkundig fest —, wenn es so dargestellt wird, als ob die Möglichkeit bestanden hätte, den Krieg noch länger fortzusetzen.

Meine Freunde und ich sind völlig damit einverstanden, daß der **Waffenstillstand verlängert** worden ist. Ich kann allerdings auch heute nur sagen, es wäre nicht nötig gewesen, daß wir uns dazu hätten zwingen lassen müssen. Politiker hätten voraussehen müssen, daß wir dahin kommen werden. Wir hätten ein Abkommen mit den Polen viel billiger und viel besser haben können. Zu diesem Zweck ist es freilich notwendig, daß man die Politik des Prestiges, die Politik der Schneidigkeit ein für allemal aufgibt. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr v. Graefe will die Verantwortung für alle Folgen übernehmen, die aus der Nichtverlängerung des Waffenstillstandes etwa entstanden wären. Nun, es wird ein kleines Häuflein um ihn sein, das mit ihm diese Verantwortung zu tragen bereit ist. Als Trotzki bei den Brest-Litowsker Verhandlungen mit einer genialen Geste erklärte: ich unterschreibe nicht, wir wollen weder Krieg noch Frieden —, da konnte das damals imponieren. Aber auch die russische Sowjetrepublik hat schließlich unterschreiben müssen und hat zugegeben, daß sie durch die Nichtunterschrift in eine schlimmere Lage gekommen ist. Wenn Herr v. Graefe etwa jetzt die Entscheidung hätte und dieses Beispiel nachahmen würde, so wäre das ein bloßes Nachklappern ohne jede Wirkung auf die Gegner, dagegen von der unheilvollsten Wirkung auf unser Volk.

Es scheint mir erforderlich zu sein, daß man sich jetzt völlig klar darüber wird: was soll nun mit den **Freiwilligenkorps** geschehen? Unseren Polen gegenüber werden sie nicht gebraucht, und ich nehme an, daß man sie auch nicht gegen die Russen wird führen wollen. Man spricht allerdings immer wieder davon, daß wir die Aufgabe hätten, den **Kampf gegen den Bolschewismus** zu führen, und man bildet sich ein, daß man diesen Kampf auf dem Schlachtfelde führen könne. In Wahrheit steht hinter denjenigen, die den Kampf gegen den Bolschewismus führen, die Angst vor der Sozialisierung der Gesellschaft. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber wenn sie sich einbilden, daß es möglich wäre, auch nur die russischen Truppen auf dem Schlachtfelde zur Niederlage zu bringen, so irren sie sich gewaltig. Sie haben wohl gelesen, daß die Sozialrevolutionäre, die von den Bolschewiki noch vor kurzem verfolgt wurden, jetzt in einem Aufrufe gefordert haben, daß alle ihre Anhänger mit den Bolschewiki gemeinsame Sache machen, um das Land zu verteidigen. (Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! hört!) Damit werden die Bauern, die bis jetzt passiv waren, in eine aktive Rolle hineingedrängt (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten); und wenn die Bauern erst mit Begeisterung, ihren Führern, den Sozialrevolutionären, folgend, sich zusammenschließen mit

den Bolschewiki, dann sollten Sie den Traum, den Militaristen und Imperialisten haben, daß sie mit den Freiwilligenkorps und vielleicht auch mit Zwangsaushebungen den Bolschewismus niederschlagen könnten, doch endlich aufgeben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nein, unsere Aufgabe mußte es von vornherein sein, so schnell wie möglich den letzten deutschen Soldaten aus den russischen Gebieten herauszubringen. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auch nicht die Knochen eines einzigen deutschen Mannes dürfen dort im Osten weiter geopfert werden. (Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich bedauere es sehr, daß in dem ersten Waffenstillstandsvertrag die Forderung, die die Entente am Anfang stellte, daß wir unsere Truppen auch im Osten bis zu einem bestimmten Termin zurückziehen müßten, nicht angenommen worden ist. Wäre das geschehen, so hätten wir zwar einige Wochen gehabt, in denen unsere Truppen im Osten wie im Westen stramm hätten marschieren müssen, aber es wären alle bereits in ihrer Heimat, bei ihren Angehörigen, und es wären Hunderte, die inzwischen ihr Leben gelassen haben, gerettet worden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Bestimmung, die unsere Waffenstillstandskommission — wie ich annehmen will, in bester Absicht — in den Waffenstillstandsvertrag hineingebracht hat, daß wir das Recht haben sollen, unsere Truppen länger dort zu lassen, hat uns nichts genützt. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diese Bestimmung wird vor allen Dingen von jenen vorher gekennzeichneten Imperialisten und Militaristen zum Teil unter dem Einflusse der baltischen Barone dazu ausgenutzt, dort noch zu kämpfen, mit dem Hintergedanken, daß es gelingen könnte, Einfluß im Osten zu behalten und namentlich die baltischen deutschen Barone, obwohl sie höchstens 5 bis 6 Prozent der ganzen Bevölkerung bilden, in ihrer bevorrechteten Stellung zu halten. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dafür aber auch nur einen einzigen Soldaten zu opfern, ist geradezu verbrecherisch. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Vögler hat angegeben, daß wir uns in einem **Erschlaffungsprozeß** befinden. Ganz richtig. Er hat zutreffend dargelegt, daß dieser Erschlaffungsprozeß nicht eine Folge der wilden Streiks sei. Es war uns die Tatsache, die er heute mitteilte, bekannt, daß 2 Millionen Tonnen Kohlen lagern und auf die Wegschaffung harren. Das ist nicht ein Zeichen dafür, daß die Arbeiter schuld daran sind, daß nicht genügend Kohlen bisher aus den Gruben gefördert worden sind. 21 Hochöfen sind aus M a n g e l n i c h t a n K o h l e, sondern aus **Mangel an Minette** seit dem November vorigen Jahres ausgeblasen worden. Aber das ist ja gerade die abscheuliche Wirkung Ihrer Politik, die Sie immer während des Krieges getrieben haben. Haben Sie doch die ganzen

Minettelager nicht nur als Ihr Ausbeutungsobjekt, sondern schon als Ihr künftiges Eigentum betrachtet. Und da erwarten Sie nun, daß, nachdem die deutschen Heere unterlegen sind, die Gegner sich beeilen werden, Ihnen diese Minette zu liefern! Dazu kommt, daß gerade Sie es mit Ihren Hintermännern gewesen sind — die Protokolle liegen da und sind sogar den Gegnern bekannt —, die verlangt haben, daß man die belgischen Fabriken demoliere, die belgischen Maschinen wegschaffe, damit das wirtschaftliche Leben Belgiens auch noch bis über das Kriegsende hinaus geschädigt werde (hört! hört! bei den Unabängigen Sozialdemokraten), damit Ihre kapitalistischen Interessen in Deutschland gefördert würden gegenüber den Belgiern. Können Sie nun erwarten, daß die Gegner etwa in den Waffenstillstandsbedingungen Ihnen entgegenkommen, Ihnen wieder zum Aufbau helfen, während in Belgien wie in Frankreich noch alles verwüstet ist? Jetzt zeigt sich die Nemesis in fürchterlicher Weise. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Daß das deutsche Volk darunter leiden muß, ist die Schuld aller derjenigen Parteien, die die Regierungen, die diese annexionistischen Pläne hatten oder wenigstens mit ihnen liebäugelten, bis zum letzten Augenblick unterstützt haben. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Als jene belgischen Arbeiter weggeschleppt wurden, als ganz klar wurde, daß man Longwy und Briey nehmen wollte, als noch im Sommer 1918 die Verwaltungstrennung in Belgien durchgeführt und damit aller Welt gezeigt wurde, daß die deutsche Regierung — auch die Regierung Hertling! — beabsichtigte, Belgien nicht ganz freizugeben, da durften diejenigen, die den Krieg rasch zu Ende bringen wollten, dieser Regierung keine Folge leisten, durften ihr nicht noch Mittel in die Hand geben. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute wie in anderen Tagen hat der Herr Ministerpräsident erklärt, daß **Ludendorff** ein Harzadeur gewesen sei. Das ist doch aber nicht erst seit heute und seit gestern bekannt. Das lag klar zutage und wurde im Reichstage nicht nur monate-, sondern schon jahrelang vor der Katastrophe ausgeführt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und diesem Ludendorff wurden weiter unbeschränkt Mittel für seine Politik in die Hand gegeben. Eine politische Partei, die den Mann erkannte — und jede mußte ihn erkennen —, hatte mindestens die Verpflichtung zu erklären: keinen Pfennig mehr, wenn nicht wenigstens dieser Mann von seinem Posten weggejagt wird. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alle diese Sünden lasten nun auf dem Volke. Die Welt wartet auf eine Erneuerung des Geistes, und wo zeigt sich diese Erneuerung des Geistes? Man wird da gar zu lebhaft an den alten Reichstag erinnert, wenn man den alten Mehrheitsblock sieht, wie er in

derselben Art Politik treibt. (Zuruf: Unabhängige!) — Jawohl, wir treiben unsere alte Politik, und wir haben, wie auch die Neutralen anerkennen, ein moralisches Recht darauf erworben, daß wir Sie angreifen (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), ein Recht darauf, anerkannt zu werden als diejenigen, die schon unter den Wirren des Krieges immer und immer wieder die Politik der Verständigung getrieben haben und gegen die Kriegsverlängerung nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten aufgetreten sind. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr v. Graefe hat heute gezeigt, wie er in der Verhandlungskommission auftreten würde. Nun, ich glaube, wenn er sich dort so verhalten würde, wie er es hier empfiehlt, dann würde ihm die Gegenseite einfach die Tür zeigen. Er meint, die alten Diplomaten seien zwar nicht gut gewesen, aber es sei doch immer besser, diese alten Diplomaten für die Verhandlungen einzuspannen als Dilettanten zu nehmen. Er hat allerdings den Beweis erbracht, daß es ein Unglück wäre, wenn gewisse Nichtfachmänner diese Mission auf sich nehmen würden. Aber es gibt doch eine Reihe von Politikern, denen man nicht den Vorwurf des Dilettantismus machen kann. Und in anderen Ländern ist es gang und gäbe, daß in die höchsten Stellen der Regierung, auch in den diplomatischen Dienst, Männer hineinkommen, die nicht vom Fach sind, die lediglich als Journalisten und als Politiker sich diejenigen Kenntnisse erworben haben, welche notwendig sind, um solche Aufgaben zu erfüllen.

Das deutsche Volk bedankt sich in seiner großen Masse dafür, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in der Art getrieben werden, wie hier vorgeschlagen worden ist. Das deutsche Volk wird in seiner Masse wachsam sein, hoffe ich, daß man nicht in das alte nationalistische Denken zurückfällt. Wir wollen nicht, daß Anmaßung und Überhebung uns in die Lage bringen, daß die Heere der Gegner, weil wir die Waffenstillstandsbedingungen, die wir erwarten müssen, nicht unterschreiben, weiter in unser Land eindringen und zu dem alten Elend neues Elend schaffen. Das Volk in seiner Masse will den Frieden, will jetzt unter allen Umständen den Frieden. Wer will es wagen, zu der alten Abenteurerpolitik eine neue Abenteurerpolitik hinzuzufügen? (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann.

Dr. Stresemann, Abgeordneter: Meine Damen und Heeren! Der Herr Abgeordnete Gröber hat heute mit Recht getadelt, daß mein Kollege Vögler im Laufe seiner Ausführungen einmal den Satz gebraucht hat: Ich stehe hier als Vertreter der Industrie. Er wird das auch seinerseits restlos preisgeben, aber ihm — der Herr Kollege Gröber hat das

ja angedeutet —, als einem Neuling auf dem Gebiete des parlamentarischen Kampfes, darf vielleicht hingehen, daß er in einem solchen Augenblicke glaubte, darauf hinweisen zu müssen, wie gewaltige Wirtschaftsinteressen in Betracht kämen bei denjenigen Dingen, die er hier behandelte. Was mich aber bei dem Herrn Kollegen Gröber, ihm, dem alten Gralshüter der geschriebenen und ungeschriebenen Geschäftsordnung des Reichstags, doch in Erstaunen gesetzt hat, das war, daß er in einen ähnlichen Fehler verfallen ist, als er die **Interpellation** einer Fraktion dieses hohen Hauses als eine Aktion einer bestimmten Interessengruppe hinstellte und von der schweren **Attacke der Schwerindustrie** gesprochen hat. Gestatten Sie mir, weil diese Worte gefallen sind, Ihnen ein Wort über die Entstehung dieser Interpellation zu sagen. Sie ist nicht angeregt worden von dem Herrn Kollegen Vögler, sondern von meinem Fraktionskollegen Witthoefft, dem Präses der Handelskammer Hamburg, die, wie Sie ja alle genau wissen, ebenso wie die Bremer Kreise und ebenso wie die Kreise unserer Hansestädte, auf das tiefste erregt waren über die Frage der Verwendung der deutschen Handelsschiffe. Auf seine Anregung hin hat die Fraktion diese Interpellation eingebracht, und wenn der Herr Kollege Witthoefft nicht durch einen Todesfall in seiner Familie außerstande wäre, heute hier zu stehen, dann hätte er die Interpellation begründet, zu deren Begründung der Herr Kollege Vögler erst letzter Tage eingesprungen ist. Ich bitte deshalb, davon doch Notiz zu nehmen, daß diese Interpellation eine politische Aktion war, daß aber niemals meine Fraktion sich dazu hergeben würde, hier irgendwie irgend einem bestimmten Interessenkreise die Möglichkeit zu geben, etwa für irgend welche von ihm vertretene Spezialinteressen die Tribüne dieses Hauses zu gebrauchen. (Zurufe links.)

In der Beziehung darf ich hier vielleicht auf eins hinweisen. Es wird hier das Wort „**Schwerindustrie**" gerade in der heutigen Debatte oft so gebraucht, als sei mit diesem Wort an sich eine Anklage erhoben gegenüber denjenigen, die etwa zu den Führern dieser Industrie gehören. Auch der Herr Abgeordnete Haußmann hat so etwas durchklingen lassen in seiner Rede. Soweit Sie einmal die Politik verfolgen, die die Führer dieser Gruppe unseres Wirtschaftslebens treiben, so werden Sie die Schwerindustrie und ihre Führer vertreten finden in allen bürgerlichen Parteien dieses Hauses. Ich glaube, Herr Kollege Haußmann, Ihre Freunde in Düsseldorf sind sehr stolz darauf gewesen, daß der Generaldirektor der Mannesmann-Röhrenwerke sich als Kandidat der Deutschen Demokratischen Partei hat aufstellen lassen. Wir haben auch im Zentrum hervorragende Führer der Schwerindustrie. Mögen die Herren, namentlich früher, in ihren sozialpolitischen, in ihren politischen Anschauungen Grund zu Angriffen gegeben haben, so mögen diese Gegensätze politisch ausgetragen werden; aber vergessen Sie darüber das eine nicht, daß nicht nur für das Wirtschaftsleben, soweit das

Unternehmertum in Betracht kommt, sondern für das deutsche Wirtschaftsleben, soweit auch die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in Betracht kommt, doch an der Tatsache nicht vorbeigegangen werden kann, daß diese Gruppen der Industrie von Rheinland und Westfalen gerade gegenwärtig, wo irgendwelche Beziehungen zum Weltmarkt gar nicht angeknüpft werden können, das Rückgrat des Wirtschaftslebens bilden, das wir noch aufrecht erhalten können. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Lassen Sie mich in dieser Beziehung gerade in bezug auf den Kollegen Vögler, der hier schweren Angriffen ausgesetzt gewesen ist, auch ein Wort hinzufügen. Herr Vögler ist der Mitbegründer jener **sozialen Arbeitsgemeinschaft**, die sich unter Abwendung von der alten überlebten Tradition der Schwerindustrie mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammengefunden hat, um eine Grundlage zu finden (Zurufe von den Sozialdemokraten: zu spät!), um in allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Möglichkeit zu haben, ein Zusammengehen herbeizuführen. — Wenn Sie das Wort „zu spät" aussprechen, so kann ich das von meinem persönlichen Standpunkt aus ruhig unterschreiben; denn ich bin vielen Angriffen ausgesetzt gewesen, als ich vor einer ganzen Reihe von Jahren versucht habe, der Industrie darzulegen, daß sie mit den Gewerkschaften zusammengehen und das Verhandeln mit ihnen nicht ablehnen sollte. — Aber wenn jemand, der gerade zu den jungen Führern der Schwerindustrie gehört, wie Herr Vögler, sich gegen manche Widerstände durchsetzt und auf diesem Gebiete das gewiß in vieler Beziehung epochemachende Werk der Gründung der sozialen Arbeitsgemeinschaft geschaffen hat, wenn hier zum erstenmal Persönlichkeiten wie Legien und Stegerwald mit der Schwerindustrie zusammenwirken, dann bitte, glauben Sie auch, daß, wenn ein solcher Mann als Mitglied dieses hohen Hauses hier spricht, er nicht nur als Generaldirektor eines Werkes spricht, sondern als ein Mann, der von seinem Gesichtspunkte aus die großen Fragen des deutschen Wirtschaftslebens sich vor Augen führt und sich fragt, ob nicht sehr große Schäden durch Verhandlungen eintreten können, bei denen nach seiner Auffassung der Rat der Sachverständigen in entscheidender Stunde nicht in dem Maße eingeholt wird, wie es notwendig wäre.

Es ist in diesem Zusammenhange hier gesagt worden, der Angriff, den Herr Vögler in bezug auf das Nichthören der Sachverständigen hier vorgebracht habe, sei vollständig zusammengebrochen, man brauche aus diesem Grunde nicht weiter darauf einzugehen. Ist das wirklich der Fall? Darf ich vielleicht zunächst einmal den Kern der Interpellation herausschälen? Dieser Kern läßt sich nicht auf das Schlagwort bringen: Weg mit Erzberger!, sondern der Kern dieser Interpellation war: Weg mit der **Souveränität des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission** und Unterstellung dieser Waffenstillstandskommission

unter diejenige Behörde, die uns für die Leitung der auswärtigen Politik verantwortlich ist, die doch jetzt kein größeres Werk als das Werk der Herbeiführung des Friedens vor sich sieht. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Der Herr Kollege Müller von der Sozialdemokratie hat ja seinerseits ausdrücklich ausgeführt, auch er lege Wert darauf, daß ein enges Zusammenarbeiten zwischen dem Auswärtigen Amt und der Waffenstillstandskommission stattfinde. Das war das eine.

Das zweite war die rechtzeitige und ausreichende **Heranziehung von Sachverständigen** bei Fragen von großer Tragweite für das Wirtschaftsleben. Ich darf dabei auf eines hinweisen. Sie haben auch an unsere Fraktion appelliert, als es sich darum handelte, die Verantwortung für den Abschluß des letzten Waffenstillstandes mit zu übernehmen. Wir haben uns nicht etwa in die bequeme parteipolitische Lage begeben, zu sagen: übernehmt die Verantwortung selbst —, sondern haben, obwohl wir nach der ganzen Art der Regierungsbildung und der Situation in diesem hohen Hause zur Opposition gehören, die Verantwortung auch hierfür als Fraktion durch unsere Vertreter mit übernommen. Wenn wir das tun, dann müssen wir uns aber auch das Recht vindizieren, daß wir sagen: bei dem, was nun weiter verhandelt wird, wobei wir nicht wissen, ob nicht in den nächsten acht Tagen Forderungen kommen, die auf das tiefste in das eingreifen, was von unserem Wirtschaftsleben noch geblieben ist, wünschen wir von der Regierung die Gewähr zu haben, daß nicht nur diejenigen uns vertreten, die durch eine große parlamentarische und formale Geschicklichkeit, durch ein vielleicht schnelles Erfassen einer momentanen Situation sich auszeichnen, sondern auch diejenigen, die die Fundamente des wirtschaftlichen Wissens durch ihre praktische Erfahrung in sich bergen, genügend und ausreichend herbeigezogen werden. Der Unterschied scheint mir der zu sein, daß die Waffenstillstandskommission der Meinung ist, mindestens das Sachverständnis für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, ihrerseits die richtigen Leute zu finden, während man — ich freue mich, Herr Reichsminister Erzberger, wenn Sie anderer Meinung sind — meiner Meinung nach auf dem Standpunkt stehen muß, daß man in bezug auf das Heranziehen von Sachverständigen nicht vorbeigehen kann an den gewissermaßen geschichtlich gewordenen großen Organisationen unseres deutschen Wirtschaftslebens. (Sehr richtig! rechts und bei der Deutschen Volkspartei.) Eine solche geschichtlich gewordene Organisation ist die nordwestliche Gruppe des Vereins der Eisen- und Stahlindustrie, die ich hier erwähnt habe, und was dort von dem Herrn Kollegen Vögler vorgetragen wurde, das zeigte doch meiner Meinung nach das eine, daß der Herr Reichsminister Erzberger in Verhandlungen mit dieser bedeutsamen Gruppe des Wirtschaftslebens ein gewisses Spiel treibt in der Form des Austausches von Telegrammen, aus denen

nirgends hervorgeht: ist die Benennung von Sachverständigen erwünscht oder nicht, habe ich sie schon genannt oder wollt ihr mir sie nennen, und wen bin ich bereit zu nehmen?

Da ist die ganze Debatte auf ein falsches Gleis geschoben worden, indem plötzlich der Name **Stinnes** und, wie man wohl daraus entnehmen sollte, Beziehungen zwischen dem Kollegen Vögler und Herrn Stinnes in die Debatte geworfen wurden. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Beziehungen zwischen Ludendorff und Stinnes!) — Ich weiß nun wirklich nicht, was etwa Beziehungen zwischen Ludendorff und Stinnes zu tun haben mit jetzigen wirtschaftlichen Abmachungen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen, daß der Herr Kollege Vögler mit Recht hier erklären konnte, daß Herr Stinnes mit dieser Interpellation gar nichts zu tun hat, weil diese Interpellation aus dem Wunsch hanseatischer Kreise hervorging, die über das Schiffahrtsabkommen besorgt waren. Aber ich darf das eine hier sagen: was ist denn nun hier so ganz Eigenartiges, das der Debatte eine andere Wendung gegeben hat. Der Herr Reichsminister Erzberger stellte es so hin, als wäre hier vorgebracht worden, daß eine Gruppe von wirtschaftlich mächtigen Menschen der Regierung ein Ultimatum gestellt und gesagt hätte: entweder nimmst du diesen Hugo Stinnes oder wir machen nicht mit. Die politischen Gründe, die Sie, Herr Reichsminister Erzberger, gegen eine Beteiligung des Herrn Hugo Stinnes anführten, haben politisches Gewicht. Das irgendwie abzustreiten, will ich gar nicht unternehmen. Ich frage mich allerdings das eine, ob Sie nicht hier wie in vielen Fragen die schädliche Einwirkung überschätzen, die Persönlichkeiten bei der heutigen politischen Lage Deutschlands gegenüber der Entente überhaupt noch haben können. Wir sehen doch aus all den Verhandlungen, daß die Entente, ehe sie uns hört, das Maß ihres Willens festsetzt, und daß Sie gerade darüber klagen, daß es Ihnen unmöglich wäre, an dem, was Ihnen vorgeschrieben wird, irgend etwas maßgebend zu ändern. Ist das aber der Stand der Dinge, dann ist auch Ihrem eigenen politischen Einwand gegenüber irgendeiner Persönlichkeit, die Sie als belastet ansehen, gewissermaßen der Grund entzogen. Denn, sind wir nicht mehr in der Lage, irgend etwas Wesentliches zu ändern, kommt es weniger auf die Persönlichkeit an. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Dann brauchen wir auch keine Sachverständigen!) — Bitte, lassen Sie mich ausreden. Ich habe ja gar nicht die Absicht, für Herrn Hugo Stinnes, der mir persönlich vollkommen fern steht, von dem ich auch nicht weiß, wo er irgendwo politisch steht, der sich seinerzeit in der Öffentlichkeit politisch nur betätigt hat durch Unterzeichnen eines Aufrufes zu einem demokratischen Volksbunde, hier irgendwie einzutreten. Ich habe gesagt: ich würdige, daß gewisse Gründe ein politisches Gewicht gegen die Beteiligung des Herrn Stinnes haben, aber überschätzen Sie auch diese

Gründe nicht. Die Aufgabe der Sachverständigen beruht im übrigen hauptsächlich darin, für eine Durchführung der Ausführungsbestimmungen zu sorgen; auch dabei handelt es sich um wichtige Interessen unseres Wirtschaftslebens.

Ich habe im übrigen heute im Laufe dieser Verhandlung die Mitteilung erhalten, daß nach den Verhandlungen in Spaa, es die Herren Mitglieder dieses Hauses Legien und Stegerwald gewesen seien, die ihrerseits erklärt hätten, die Sachkunde des Herrn Stinnes sei bei den Verhandlungen überhaupt nicht zu entbehren. (Hört! hört! rechts.) Es ist mir mitgeteilt worden — und dadurch klärt sich vielleicht die ganze Frage, daß Herr Vögler sagt, er kenne das **Telegramm** nicht, auf der anderen Seite aber gesagt wird, es existiere —, daß auf Veranlassung führender Gewerkschaftskreise in der sozialen Arbeitsgemeinschaft die Anregung gegeben worden ist, Herrn Stinnes heranzuziehen, während dieses Telegramm in der Nordwestlichen Gruppe, wie ich sie kurz nennen möchte, in den Akten, die Herrn Vögler übersandt worden sind, sich nicht befindet. Also stellen Sie sich zu Herrn Stinnes, wie Sie wollen, an der Tatsache kommen Sie nicht vorbei, daß es hier gerade die mit den Unternehmern zusammenarbeitenden Gewerkschaftsführer gewesen sind, die auf seine Sachkunde Wert gelegt haben, und Sie kommen ja sonst auch gar nicht über den Widerspruch hinweg, daß Herr Vögler hier aus den Akten dargelegt hat, daß die von ihm vertretene Gruppe fünf Mitglieder zur Vertretung angeboten hat und fortgesetzt auf Mitteilung darüber drängte, ob es erwünscht sei, daß sie sich betätige, — was doch in dem Augenblick ausgeschlossen sein müßte, wenn dieser Telegrammwechsel stattgefunden hätte. Daß die Regierung und die Waffenstillstandskommission sich nicht bestimmte Persönlichkeiten aufdrängen läßt, wenn sie glaubt, daß sie ihr politisch schädlich sind, das ist ihr Recht. Aber daß sie andererseits, wenn eine so große Wirtschaftsgruppe ihre Mitarbeit zur Verfügung stellt, von anderen Persönlichkeiten auch diese Mitarbeit nehmen muß, das ist ihre Pflicht.

Nach dieser Richtung hin ist ausgeführt worden, daß bei diesen Fragen, die doch nun in unser Wirtschaftsleben aufs tiefste eingreifen, neben dieser Unterlassung, die beklagt wird, noch ein zweites steht, Herr Reichsminister Erzberger. Über eines habe ich mich gewundert, und ich habe mir überlegt: was würde der Abgeordnete Erzberger früher einem Staatssekretär an Kritik gesagt haben, wenn er mit dem Einwand gekommen wäre, das Protokoll hätte sich nur so langsam drucken lassen? Ich bezweifle ja gar nicht, daß es vielleicht unmöglich war, es drucken zu lassen. Aber es handelt sich ja gar nicht um die Formalität und um die Möglichkeit, daß man es vielleicht hätte drucken lassen, sondern wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Vertreter dieser Industrie ein Lebensinteresse daran haben,

zu wissen, was denn über ihre Interessen abgemacht worden ist, dann hätte es wohl Mittel und Wege gegeben, ihnen auch auf mündlichem Wege von den Verhandlungen Kenntnis zu geben (sehr richtig! rechts), sie aufzufordern, sich mit der Regierung in Beziehung zu setzen und die Wünsche zu erfüllen, die sie doch schließlich nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten geschäftlichen Dispositionen Deutschlands haben, von denen doch auch wieder ein Stück Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens abhing.

Ebenso liegen die Dinge doch wesentlich anders auch bei den Verhandlungen, die getroffen worden sind wegen unserer Schiffe. Herr Reichsminister Erzberger verwahrt sich mit großer Entschiedenheit dagegen, daß von der **„Auslieferung" der Handelsflotte** gesprochen werde. Ich möchte demgegenüber zunächst einmal betonen, daß das Wort „Auslieferung der Handelsflotte" zweierlei Bedeutung zuläßt, die temporäre und die endgültige. Aber ich wundere mich über das eine, daß Herr Erzberger, der doch sonst den Wert der öffentlichen Meinung gut einzuschätzen weiß und auf dem Instrument der öffentlichen Meinung ganz anders zu spielen weiß als die Minister des alten Regimes, hier vollkommen an der Tatsache vorbeigeht, daß das, was er den Interpellanten zum Vorwurf macht, ja schon längst von einem großen Teile der deutschen Presse zum Ausdruck gebracht worden ist, ohne daß man jemals in der Lage war, eine Entgegnung des Reichsministers Erzberger zu lesen. Wenn große Protestversammlungen vor sich gehen in Hamburg und Bremen, wenn die dort in ihrem merkantilen Charakter so konservativen Börsen dieser Handelsstädte aus ihrer hanseatischen Ruhe herauskommen und diese Kundgebung veranstalten, wenn wir hören, daß die Seeleute die Schiffe nicht ausliefern wollen, wenn wir lesen, was die „Frankfurter Zeitung", die „Münchener Neuesten Nachrichten" und andere Organe, die uns gewiß nicht nahe stehen, an Sorgen des deutschen Volkes und an scharfer Kritik zum Ausdruck bringen, dann dürfen Sie doch nicht, ebenso wie gegenüber der „Schlesischen Zeitung", einfach mit dem Satze antworten: das deutsche Volk ist politisch so weit reif, daß es das zu übersehen vermag, so daß sich eine Antwort erübrigt. (Zustimmung rechts.) Sie hätten angesichts der tiefgreifenden Erregung, die weit über die Kreise der Interessenten hinaus über diese Fragen der Zukunft unserer deutschen Handelsflotte sich zeigte, die Pflicht gehabt, zu reden und nicht erst auf die Interpellation zu warten, die aus der Mitte dieser Versammlung zunächst der Kollege Naumann in einer Anfrage Ihnen gegenüber zum Ausdruck brachte.

Und dann kommen wir doch über die Art nicht hinweg, wie versucht worden ist, eine gewisse **Zustimmung** der Führer unserer deutschen Handelsschiffahrt **zu dem Abkommen** herbeizuführen oder es nach außen hin so erscheinen zu lassen. Es handelt sich

da doch um Widersprüche, die man auch nicht dadurch aus der Welt bringt, daß man sagte: ich kann nicht alle zehn Herren kennen, die dort waren. Ich muß den Angriff gegen Sie richten, weil Sie der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission sind. Ich weiß nicht, wer verantwortlich für die Führung eines solchen Protokolls ist; aber ich meine, das Protokoll, das darüber Auskunft gibt, ob und inwieweit wir noch über den Rest der deutschen Handelsflotte verfügen können, ist doch ein Dokument von so geschichtlichem Wert, daß man da nicht eine Zustimmung des Generaldirektors des Norddeutschen Lloyd feststellen darf, wenn sich nachher herausstellt, daß dieser Generaldirektor an der Sitzung nicht teilgenommen hat. (Sehr richtig! rechts.) Herrn Heineken kennt man; wer Herr Heineken ist, weiß man, er ist nach dem Tode Ballins doch vielleicht der Führer in der deutschen Schiffahrt, ob er und Herr Cunow anwesend sind oder nicht, das kann keinem amtlichen Reichsprotokoll entgehen bei einer Abfassung von einem so großen politischen und geschichtlichen Wert. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie in bezug auf diese Frage, wo Sie uns vorwerfen, wir dienten mit dieser Kritik nicht den Interessen der Allgemeinheit, immer sagen: Was sind das für Schichten, die hinter Ihnen stehen? So kommen Sie an der Tatsache nicht vorbei, daß diese gesamten Vertreter der deutschen Schiffahrt mit den größten Sorgen diesem Abkommen entgegensehen und bitter darüber enttäuscht sind, daß, als sie über dem ersten Paragraphen saßen, Ihnen mitgeteilt wurde, das Abkommen sei unterzeichnet. Ich gebe Ihnen zu, daß Sie in diesem Augenblick in der Zwangslage waren, unterzeichnen zu müssen. Aber ich vermag doch nach ihren Darlegungen nicht anzunehmen, daß Sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, da Sie wußten, daß ein solches Schiffahrtsabkommen unzweifelhaft mit der von Ihnen vorgebrachten Frage der Lebensmittelversorgung verbunden war, dafür zu sorgen, daß die Sachverständigen zugleich mit Ihnen eintrafen, und daß Sie von vornherein Ihnen zur Seite standen, um dann die Möglichkeit deren Mitwirkung zu haben.

Das sind die beiden Kardinalpunkte, um die es sich handelt. Wir wissen nicht, ob nicht andere Fragen von gleich großer Bedeutung, in bezug auf die Grundprodukte unserer Industrie oder in bezug auf unsere Schiffahrt, in 72 Stunden an Sie herantreten können. Wir haben ja nur einen Waffenstillstand auf kurzfristige Kündigung, und daß wir da den dringenden Wunsch aussprechen, daß wir nach diesen Vorkommnissen, die wir erlebt haben, Kautelen dafür erhalten, daß rechtzeitig und in ausreichender Weise die Sachverständigen hinzugezogen werden, das dürfen Sie uns in keiner Weise verübeln, ebensowenig wie daß wir den politischen Wunsch gehabt haben, daß wegen der außergewöhnlichen Tragweite der Entscheidung, die in Ihrer Hand liegt, das ganze Amt der Waffenstillstandskommission derjenigen Behörde unterstellt wird, die uns für die politische Führung der ganzen Geschäfte verantwortlich ist.

Es ist dann in der Debatte gegenüber denen, die diese Interpellation eingebracht haben, gesagt worden: Wie habt ihr das Recht, überhaupt als Ankläger aufzutreten, ihr, die ihr die Schuld an dem Kriegsende habt? Würden wir nicht gut tun, uns einmal vor Augen zu führen, daß zur Beurteilung einer solchen Frage, wer denn an diesem **Zusammenbruch des Reiches die Schuld** trägt, auch eine Distanz zu den Dingen notwendig ist, eine Offenlegung aller Dinge, die viele von uns heute nicht kennen? Sehen wir doch nur das eine an: Wenn Sie die Geschichte der Parteien und die Geschichte der Fraktionen ansehen: von großer Konsequenz ist die Haltung der Parteien im alten Reichstag während der Dauer des Krieges nicht immer gewesen, und wer hier dem einen den Vorwurf machte, daß er bis zum Schluß an seinen Grundsätzen festgehalten hat, vergißt vielleicht, daß es Zeiten gab, die noch nicht weit zurückliegen, wo dieselben Angriffe, die er gegen andere gerichtet hat, gegen ihn gerichtet wurden. Herr Erzberger, Sie wiederholen mit großer Leidenschaftlichkeit diese Vorwürfe, aber Sie wissen auch, daß es viele Leute gibt, die in dem **Frieden von Brest-Litowsk**, den sie den Gewaltfrieden nennen, die Ursache des Zusammenbruchs sehen, und diesen Frieden von Brest-Litowsk haben Sie, Herr Erzberger, im alten Reichstage verteidigt und haben von ihm erklärt, daß er nach Ihrer Auffassung völlig mit der Friedensresolution des Hauses zu vereinbaren sei. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auch andere Mitglieder des Hauses haben darauf hingewiesen, daß dasjenige, was schließlich am meisten angegriffen wurde, die **Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände** sei. In der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung sitzen hervorragende Mitglieder, die diese Eingabe mitunterzeichnet haben (hört! hört! rechts und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und die Zentrumspartei dürfte doch nicht vergessen, daß der christlich-katholische Bauernverein — ich weiß nicht, ob ich ihn recht zitiere — unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Trickel diese Eingabe mitveranlaßt hat. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und rechts.) Ich glaube, man wird in allen diesen Dingen das eine sagen müssen: warten Sie einmal diejenige Distanz ab, aus der sich allein ersehen läßt, wie diese Dinge militärisch, wirtschaftlich und politisch gelaufen sind.

Ich bedaure auch das eine, daß heute zum zweiten Male der Herr **Ministerpräsident** seine Angriffe gegen den General **Ludendorff** gerichtet hat. Ich möchte ihn daran erinnern, daß es ein sozialistisches Blatt war, die Wochenschrift „Die Glocke", die gerade in bezug auf diese Fragen sich auf den Standpunkt gestellt hat, ob einmal die Geschichte Ludendorff verurteilen oder ob sie ihm den Lorbeerkranz um die Stirne winden wird, — das sollten wir der Geschichte überlassen. Der Herr Ministerpräsident wird, mag er den Politiker Ludendorff verurteilen, wie er wolle, an der Tatsache doch

nicht vorbeikommen, daß auch die von ihm anerkannte militärische, strategische Genialität desselben Ludendorff in der Zeit, als der Russeneinfall drohte, weit über Ostpreußen hinweg unsere deutschen Lande zu verwüsten, sie vor diesem Schicksal bewahrt hat. (Bravo! rechts.) Wer nach seinen besten Kräften sein vom Auslande und der Welt anerkanntes militärisches Können für sein Land eingesetzt hat, wie es Ludendorff getan hat, der sollte dann mindestens sicher sein, daß nun nicht, ohne daß irgendwie im einzelnen die Möglichkeit gegeben ist, auf die Beweise einzugehen, der Name Ludendorff so mit einer gewissen Geste der Verachtung in die Welt geschleudert wird, wie es in den Ausdrücken geschehen ist, die der Herr Ministerpräsident neulich gebraucht hat und heute wieder unterstrichen hat. Ich glaube, daß Sie damit auch dem Ansehen Deutschlands vor der Welt keinen Dienst erweisen; denn unsere Feinde werden dafür kein Verständnis haben, daß ein Volk seine großen Männer, zu denen Ludendorff doch zählen wird, trotz der Fehler, die Sie ihm persönlich vorwerfen, in der Stunde im Stich läßt, wo ihnen der Enderfolg nicht beschieden war.

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß wir bereit sind, an der Verantwortung mitzutragen, daß wir uns nicht in irgendwelche unverantwortliche Opposition gerade in den Fragen der Verlängerung des Waffenstillstandes begeben wollen. Ich bitte deshalb, auch unsere Kritik unter dem Gesichtspunkt anzusehen, daß wir bewußte Mitträger der Verantwortlichkeit sind, daß wir aber auch wünschen, uns davor zu sichern, daß die jetzt beschlossene Verlängerung des Waffenstillstandes uns zu ähnlichen verhängnisvollen Einwirkungen auf unser Wirtschaftsleben durch Nichtbeachtung sachverständiger Kreise führen könnte, wie es geschehen ist. So bedauere ich, daß von der Regierung die Erklärung abgegeben worden ist, daß die Unterstellung unter das Auswärtige Amt nicht beliebt wird, obwohl ich der festen Überzeugung bin, daß diese Frage, weit davon entfernt, eine Parteifrage zu sein, vielleicht in weiten Kreisen als eine Notwendigkeit gerade im Interesse der Zielsicherung unserer auswärtigen Politik empfunden wird.

Eines möchte ich zum Schluß noch in bezug auf die **Weltpsychologie** sagen, von der kürzlich der Herr Ministerpräsident oder Graf Brockdorff-Rantzau sprach: wir hätten den Krieg verloren, weil wir uns in der Weltpsychologie, das heißt in der Seelenstimmung anderer Völker geirrt hätten. Das ging auch wohl mit gegen diejenigen, die man heute angegriffen hat. Vielleicht erkennt man doch in der Gegenwart, daß es in der Beziehung mindestens doch heißt: peccatur intra et extra muros. Denn wenn ich daran denke, wie der Herr Kollege Naumann von Wilson noch vor wenigen Tagen sprach als dem neuen, aber besseren Führer einer wirklichen heiligen Völkerallianz, der nichts zu tun habe mit einem

Alexander vergangener Jahrhunderte, sondern einen neuen von Amerika übernommenen Typ der Völkerversöhnung hereinbringe in die nach Völkerversöhnung dürstende Welt, und wenn ich dann an die heftigen Kritiken denke, die heute von denjenigen ausgingen, die gerade auf Wilson ihre ganze Hoffnung gesetzt haben, dann, glaube ich, muß man anerkennen, daß gerade diejenigen sich in der Psychologie fremder Völker getäuscht haben, die da glaubten, daß der in dem deutschen Volke vorhandene Idealismus von den Feinden erwidert werde, die sich von jedem Idealismus in dem Augenblick frei wußten, als sie die Macht in Händen hatten. Hoffentlich werden wir aus diesen Irrungen in der Frage der Weltpsycholgie auch unsererseits die Folgerungen für die Zukunft ziehen. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann veranlassen mich zu ganz wenigen Bemerkungen. Herr Stresemann stellt die Sache so dar, als ob die **Waffenstillstandskommission** nahezu systematisch **Sachverständige** nicht heranziehe. Das ist ein Grundirrtum, dem ich mit aller Entschiedenheit widerspreche. Die erste Bemängelung, die mir vorgekommen ist, ist die aus der rheinischen Industrie — das habe ich inzwischen aufgeklärt —, und die zweite, daß in Trier die Sachverständigen aus der Schiffahrt nicht rechtzeitig angekommen seien. Hier liegt aber nicht eine Verfehlung meinerseits vor. Die Waffenstillstandskommission muß das mit besonderer Entschiedenheit schon deswegen zurückweisen, weil mehr Funktionäre aus Industrie und Handel bei ihr tätig sind als aus der eigentlichen Beamtenschaft. Gerade die Rückführung der Maschinen, die wir aus Belgien und Nordfrankreich weggeführt haben, ist ausschließlich Industriellen übertragen worden. Kein einziger Beamter, nur Angehörige der Industrie und der Arbeiterschaft — der württembergische Arbeitsminister Schlicke hat sich freundlicherweise zur Verfügung gestellt — leiten diese ganze Arbeit. Die Zurückführung der Werte und Dokumente nach Belgien und Nordfrankreich, zu der wir verpflichtet sind, wird nur von Angehörigen des freien Handels und des Bankgewerbes geleitet; kein einziger Beamter ist dabei beschäftigt. Ich wüßte also wirklich nicht, was die Kommission in dieser Beziehung noch mehr hätte tun oder wie sie noch mehr Personen hätte heranziehen sollen. Aber Sie stellen es immer so dar, als ob die Waffenstillstandskommission ein Ressort sei wie andere, bei denen man seine regelmäßigen Eingänge und Ausläufe hat, und wo man weiß, was man heute zu erledigen hat; was heute nicht kommt, kommt morgen. Leider vollzieht sich die Arbeit in der Waffenstill-

standskommission nicht so. Da kommen telephonische Anrufe und Anfragen, daß jemand morgen in Spaa sein soll. So ergibt sich die Notwendigkeit, sofort Berliner Herren hinzuschicken. Natürlich nehmen wir auch Sachverständige aus den Hansestädten; aber vielfach ist es gar nicht möglich, in der kurzen Zeit jedesmal die Herren herüberreisen zu lassen. Das erweist sich als technisch unausführbar. Entsende ich aber nicht sofort die Sachverständigen, dann reisen mir wieder die englischen und französischen Sachverständigen ab und machen uns den Vorwurf: ihr sucht die Waffenstillstandsbedingungen nicht durchzuführen, denn ihr entsendet keine Sachverständigen. Die Arbeit in der Waffenstillstandskommission ist eben eine ganz andere als in einem Ressort mit täglichen Ein- und Ausgängen; da ist man nicht Herr seiner Dispositionen, sondern der Gegner. Daß der Gegner die Termine stellt, daß der Gegner die Zahl der Personen nennt, dafür kann ich doch nicht, ebensowenig dafür, daß nur drei Mitglieder nach Luxemburg gehen durften, und daß es mir nur mit Mühe und Not gelungen ist, durchzusetzen, daß schließlich fünf mitgehen durften.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann, daß Sachverständige nicht zu Worte kommen, sind durch und durch irreführend. Ich wiederhole, ich lasse mir von keiner Gruppe einen bestimmten Sachverständigen aufzwingen. Dafür habe ich die Verantwortung zu tragen, und deshalb muß ich auch die Entscheidung treffen. Ich habe die Sachverständigen nicht ausgewählt, sondern die Verbände sind an mich herangetreten, nachdem sie die Auswahl getroffen hatten. — Ich glaube, daß damit dieser Vorwurf zurückgewiesen ist.

Nun sagt Herr Dr. Stresemann, wenn die Sachverständigen in 72 Stunden wieder abreisen müssen — ich weiß es nicht, würde es allerdings bedauern —, dann wissen sie nicht, welche Fragen behandelt werden sollen; sie müßten sich doch vorbereiten können. Ich habe mir eine Liste aufstellen lassen, die 60 bis 70 Personen umfaßt; denn ich kann sie natürlich nicht dauernd hier oder in Berlin haben. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit bei unseren Verkehrsverhältnissen und bei der Schnelligkeit, mit der das entschieden werden muß. Selbstverständlich geschieht alles, um Sachverständige zu hören; und das ist auch geschehen. Ich weise also den Vorwurf, der erhoben worden ist, mit aller Entschiedenheit zurück.

Herr Stresemann hat, wie auch Herr Haase, gesagt, ich hätte dem **Vertrage von Brest-Litowsk** zugestimmt, ich hätte ihn als im Rahmen der Friedensresolution liegend bezeichnet. Das ist zutreffend. Aber beide Kollegen vergessen den entscheidenden Nachsatz, den ich damals gemacht habe. Ich hatte zugestimmt und erklärt: der Friede läßt sich rechtfertigen im Rahmen der Friedensresolution unter einer Voraussetzung: wenn das **Selbstbestimmungsrecht** der Völker

gewährleistet ist. Das habe ich ausdrücklich im Reichstage hinzugefügt. Von da an habe ich den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Polen, Litauer und Letten mit Entschiedenheit geführt. Herr Stresemann, ich will Ihr Gedächtnis auffrischen. Sie selbst haben uns nicht nur nicht Unterstützung geleistet zur Durchführung des Selbstbestimmungsrechts, und die Herren, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, das waren unsere größten Gegner. Das ist der Vorwurf, der die alte Regierung trifft, daß sie den Vertrag akzeptiert hat, daß sie aber, was sie vor dem Abschluß des Vertrages erklärt hatte, das Selbstbestimmungsrecht der Polen und Litauer zu achten, nicht respektierte. (Zuruf: Der Balten!) — Auch der Balten. Sie haben nicht das Selbstbestimmungsrecht, sondern eine Vorherrschaft proklamiert, daß fünf Prozent das Land beherrschen sollen. Wenn im Osten die Katastrophe so schlimm eingetreten ist, so bedauere ich gewiß alle die Deutschen, die unter den Vorgängen, die sich dort ereignet haben, so schwer gelitten haben. Hätte man aber den Vorschlägen der alten Reichstagsmehrheit, die auch die Mehrheit der Nationalversammlung ist, im Jahre 1917/18 Folge gegeben, hätte man die Volksvertretung auf die breite Basis gestellt, wie wir es früher immer gewünscht haben, so hätte die baltische Frage ein anderes Gesicht bekommen, und Litauen und Lettland würden in anderen Verhältnissen stehen als jetzt. Auch hier war die Folge der Gewaltpolitik ein Zusammenbruch.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister Dr. David.

Dr. **David,** Reichsminister: Meine Herren, ein paar Bemerkungen nur. Das Charakteristische dieser Interpellation, die ein Angriff sein soll auf die Regierung und von der Unterstellung ausgeht, daß sie nicht ihre volle Pflicht erfülle bei den Verhandlungen mit ihren Gegnern, ist, daß sie ausgeht von den Männern, die in allererster Linie die Schuld trifft an dem ganzen Jammer. (Sehr richtig! — Widerspruch rechts.) Alles Schmerzliche, was in dem Waffenstillstandsvertrage bei seinem ersten Abschluß und in seinen Verlängerungen für uns entstanden ist, fällt den für die frühere Politik Verantwortlichen, in erster Linie den **Militärpolitikern** — denn die haben die Politik geführt — zur Last (Zuruf rechts: die Mehrheitsparteien!), und die Herren auf der Rechten des Hauses tragen die schwerste Mitverantwortung an der Politik jener Herren. (Widerspruch und Zurufe rechts.) Der Prinz Max von Baden hat die Situation treffend damit gekennzeichnet, daß die Politik während des Krieges mehr und mehr, trotz des Gegenkampfes der Mehrheit im Reichstag, eine Diktaturpolitik geworden ist, diktiert von Ludendorff. (Sehr richtig!) Angetrieben und unterstützt aber wurde sie von den Herren auf der Rechten, den Alldeutschen, den Vaterlandsparteilern, und was dazu gehört. (Zurufe rechts.) Sie

haben eine schwere Schuld. Wir hätten zu einem **Verständigungsfrieden**, zu einem Frieden der beiderseitigen Integrität kommen können, wenn eine ehrlich darauf abzielende Politik erfolgt wäre zu einer Zeit, als wir noch aufrecht standen, als unsere militärische Position noch unerschüttert war. (Sehr richtig! links.) Diese Zeit war gegeben im Sommer 1917. Im Juli 1917, als die Verständigungsresolution im Reichstage gefaßt wurde und zum erstenmal eine Mehrheit sich zu dieser Politik bekannte, war die Möglichkeit gegeben, zu einem Frieden des Rechts und der beiderseitigen Integrität zu kommen, wenn diese Resolution bestimmend und maßgebend geworden wäre bei den Männern, die die Politik als Diktatoren hinter den Kulissen geleitet haben. (Sehr richtig! links.) Wir haben jene Verständigungsrichtlinien angenommen, und Sie, meine Herren (nach rechts), haben alles aufgeboten, diese Politik zu vereiteln (Zuruf rechts), Sie haben alles getan, um den Militärdiktatoren, die auf diese Resolution gepfiffen haben, den Rücken zu stärken und sie noch anzutreiben auf der verhängnisvollen Bahn. (Sehr richtig! links.)

Dabei war Herr Dr. **Stresemann** einer der schlimmsten. (Sehr richtig! links.) Auf ihm lastet diese Verantwortung am allerschwersten. Während andere Herren, wie Graf Westarp und Herr v. Heydebrand, das offenbar wohl auch gefühlt und die Konsequenz daraus gezogen haben (sehr richtig! links), glaubt er, daß schon jetzt die Stunde gekommen sei, wo man das vergessen hat. (Sehr gut! links.) Wenn er meinte, die Geschichte sei noch nicht lange genug weiter geflossen, wir hätten noch nicht die gehörige Distanz, um diese Dinge festzustellen, so ist gerade das das Gute, daß die Geschehnisse noch nicht so weit zurückliegen, um im Gedächtnis der Mitwelt auszulöschen, was auf das Schuldkonto der Herren Dr. Stresemann und seiner Freunde kommt. Er war einer der Vorkämpfer der Tirpitz-Politik und des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. Er ist im Lande herumgereist und hat im Reichstag gesagt: bei diesem **U-Boot-Krieg** ist die Zeit für uns und gegen England; England — das war seine beliebte Ausdrucksweise — stehe da mit der Uhr in der Hand, die Not steige dort immer höher, und wenn wir nur einmal eine Weile aushielten, sei England verloren; darum müsse man aushalten! — aushalten! — aushalten! (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) — Da sind Sie sehr schief gewickelt. Wir haben den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aufs allerschärfste bekämpft, und in der entscheidenden Sitzung im Hauptausschuß haben wir noch einmal alle unsere Bedenken zusammengefaßt und gesagt: das ist ein Vabanque-Spiel, wir warnen Sie dringend und lehnen unsererseits jede Verantwortung ab. (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.) Wir haben unsere Bedenken in dieser entscheidenden Situation aufrecht erhalten. Also selbst da ist offenbar Ihr Gedächtnis nicht mehr klar genug

geblieben, um die Tatsache festzustellen. (Erneuter Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.) — Wir haben nicht zugestimmt. Wenn Sie das Protokoll aus jener Sitzung des Hauptausschusses nachlesen, werden Sie dokumentarisch überführt sein, daß Sie sich im Irrtum befinden.

Dann hat aber Herr Dr. Stresemann und seine Freunde diese verhängnisvolle Politik, die uns von Monat zu Monat dem Abgrunde näher bringen mußte, verfochten und aufrechterhalten bis in den Sommer 1918 hinein. Und als Herr v. Kühlmann es wagte, auszusprechen, daß der Krieg nicht allein mit Waffengewalt, sondern mit Verhandlungen zu Ende geführt werden müßte, da wollen Sie sich der Szene entsinnen, wie Herr Dr. Stresemann wie ein Berserker aufsprang, und als ob er der parlamentarische junge Mann von Ludendorff sei, Kühlmann an die Gurgel faßte und nicht ruhte, bis dieses Opfer Ludendorffs gefallen war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das war noch Sommer 1918. Noch damals erkannte Herr Stresemann die Lage nicht. So kam es denn, daß wir in die Situation des vollen **militärischen Zusammenbruchs** gerieten. Ludendorff hat im Osten die Tür in Bulgarien nicht genügend bewacht. Während man im weiten Osten auf Abenteuer ausging, vernachlässigte man die Saloniki-Front. Im Moment, wo diese Schlüsselstellung zusammenbrach, waren Bulgarien und die Türkei zu Ende. Und dem schloß sich der Zusammenbruch Österreichs an. Im Westen aber kamen monatlich 300 000 Amerikaner über das Meer, so daß nunmehr an einen Sieg überhaupt nicht mehr zu denken war. Die vollkommene Isolierung und militärische Niederwerfung Deutschlands war eine unabwendbare Tatsache geworden. (Sehr richtig!) Und in dieser Situation, in die wir durch Ihre (nach rechts) Politik hineingerissen worden sind, ist dieser Waffenstillstand geschlossen worden, ein Waffenstillstand, der nur noch auf Gnade und Ungnade zu schließen möglich war. (Lebhafte Zustimmung. — Große Unruhe und Zurufe rechts.) — Nein, meine Herren, Bulgarien und die Türkei waren abgefallen, bevor die Revolution war; Österreich war abgefallen, bevor die Revolution war, die Amerikaner haben ihre 300 000 Mann monatlich herübergebracht, bevor die Revolution war. (Lebhafte Zustimmung.) Militärisch stand fest — und das wußte die Armee von den Führenden bis zum gemeinen Mann —, daß wir nicht mehr siegen konnten. Das war der Zusammenbruch. (Unruhe und Zurufe rechts: Wer hat das Heer zertrümmert?)

Wer das Heer zermürbt hat? (Wiederholte Zurufe rechts.) Das will ich Ihnen auch sagen. Dieses Heer trug einen schweren Fehler in sich selbst, im System. Das **Heeressystem** war gedacht für junge

Leute von 20 bis 22 Jahren. Dieses System wurde während des Krieges angewandt auf Männer von 30, 40 bis 50 Jahren. (Sehr richtig bei der Mehrheit.) Das war die Quelle der schärfsten Dissonanzen und schließlich des Auseinanderfallens von Offizier und Mann. (Zurufe rechts.) Wir haben uns bemüht, diese Schäden zu heilen. Wir haben Ihnen die Tausend und aber Tausend Klagen vorgetragen und Abhilfe gesucht. Sie waren es, die sich uns in den Weg stellten, die das System gedeckt haben. Und dann: Es gab eine Linie, auf der unser Heer einig war. Das war die Verteidigung unseres Landes mit dem Ziele eines Verständigungsfriedens, der uns unser Land unversehrt ließ und unsere Entwicklungsfreiheit gewährleistete. Diese einzige Basis der Einigung haben Sie, die Alldeutschen, die Vaterlandsparteiler, unterwühlt und zertrümmert. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Agitation, die Sie gegen die Verständigungsresolution, wie sie von der Mehrheit gefaßt worden war, getrieben haben, der bekannte **Aufklärungsdienst** hat die Armee zersetzt. In dieser Agitation wurde den Leuten gesagt: die Verständigungspolitiker sind Landesverräter; das wäre noch schöner, wenn wir uns in dieser Weise mit der Verteidigung unseres Landes abfinden wollten, nein, darüber hinaus müssen wir Eroberungen machen, müssen wir Kriegsentschädigung bekommen; dafür kämpfen wir. Dagegen haben sich die Millionen aufgelehnt und gesagt: Was? So ist das gemeint, das ist also das Ziel der Herren da oben? Sie wollen uns für Eroberungen, für gewaltpolitische Ziele hier noch länger bluten lassen! Von da aus hat die Zersetzung der Armee begonnen. Sie also (nach rechts) haben es gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Erregte Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren, ich wollte gar nicht so lange sprechen. Da Sie (nach rechts) mich aber durch Zurufe ermunterten, habe ich es für nötig gehalten, wenigstens das wichtigste zu sagen. Es wird sich ja Gelegenheit finden, noch öfter dieses Thema aufzurollen und manches nachzuholen.

Zum Schluß noch ein Wort über die **Weltpsychologie**. Sie haben sich gründlich in der Weltpsychologie verrechnet, Herr Abgeordneter Stresemann, das fühlen Sie jetzt wohl selber. Ich glaube, daß es jetzt aber notwendig ist, uns in der Weltpsychologie nicht mehr zu täuschen. Wenn draußen der Eindruck erweckt würde, daß Sie, meine Herren von der Rechten, Sie, die die Alldeutschen waren, Sie, die Sie die Gewaltpolitik getrieben haben, noch heute einen maßgebenden Einfluß im deutschen Volke hätten, so würde uns das allerdings in der Weltpsychologie außerordentlich schweren Schaden tun. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Deshalb war es not-

wendig, diesen Eindruck nach außen möglichst gründlich auszuwischen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist deshalb geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Herr Erzberger hat an einen Zwischenruf erinnert, den ich in der Sitzung vom 12. Dezember 1916 getan habe. Er hat den **Wortlaut des Zwischenrufs** richtig zitiert, aber er hat den Moment des Zwischenrufs falsch zitiert. Die „Frankfurter Zeitung", die seinerzeit dieselbe Behauptung, die jetzt Herr Erzberger getan hat, aufgestellt hatte, hat das seinerzeit in loyaler Weise aufgeklärt. Wenn das Gedächtnis des Herrn Erzberger so gut wäre, wie er es nach seiner Behauptung hat, dann würde er diese Richtigstellung vielleicht auch in Erinnerung gehabt haben. Der Zwischenruf ist nicht erfolgt zum Friedensangebot, sondern zur Ablehnung der Besprechung des Friedensangebots. Das wollte ich hier nur feststellen. Die Rückschlüsse, die man allgemein auf Herrn Erzbergers Wiedergaben daraus ziehen kann, stelle ich dem hohen Hause anheim.

(Reichsminister Erzberger bittet zu einer persönlichen Bemerkung als Abgeordneter ums Wort.)

Präsident: Als Abgeordneter, nicht als Minister; sonst wäre die Diskussion wieder eröffnet, wenn Sie als Minister reden wollten. Als Abgeordneter haben Sie natürlich das Recht zu einer persönlichen Bemerkung, und ich erteile es Ihnen.

Erzberger, Reichsminister: Ich muß gegenüber der Darstellung des Herrn Abgeordneten Graefe bei meiner Erinnerung bleiben, daß der **Zwischenruf** „Skandal" gefallen ist, als der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg das Friedensangebot mitteilte. In dem Zusammenhang nur hatte dieser Ruf einen Sinn. Die Richtigstellung in der „Frankfurter Zeitung" ist mir bis zur Stunde unbekannt.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Die Behauptung des Herrn Erzberger, daß der Zwischenruf nur in dem von ihm behaupteten Zusammenhange einen Sinn gehabt hätte, verstehe ich nicht. Wollen Sie mir nicht das Recht zugestehen, die Ablehnung der Besprechung einer Sache als „Skandal" zu bezeichnen? Das ist mein gutes Recht. Im übrigen verweise ich auf das Protokoll der Sitzung. Wenn der Zwischenruf gefallen wäre — und er geschah laut genug, so daß ihn jeder hören konnte

— in dem Momente, wie Sie es behaupten, dann würde er vermutlich auch im Protokoll zu finden sein. Sehen Sie bitte das unkorrigierte Protokoll nach, dann werden Sie ihn dort nicht finden, denn er ist erst nach Schluß der Sitzung gefallen; da habe ich — und das bereue ich nicht — mit der Faust auf den Tisch geschlagen und behauptet, das sei ein Skandal, — und das behaupte ich noch heute!

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die nächste Sitzung zu halten morgen, Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung:

1. Erste und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen vom 1. Februar 1919.

2. Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Fortsetzung der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 40 Minuten.)

---

11. Sitzung.

Mittwoch den 19. Februar 1919.

Besprechung der Regierungserklärung und des Reichshaushalts.

Geschäftliches.

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen vom 1. Februar 1919.

Erzberger, Reichsminister: Zur Aufklärung über die Vertretung durch Sachverständige in Spaa.

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung, verbunden mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über einen dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1918.

Bauer, Reichsarbeitsminister: Wohnungsnot. — Zusammenhang zwischen Industrie und Wohnungswesen. — Mangel an Baustoffen. Kohle. Löhne. — Baukostenzuschüsse nur für Flachbauten. — Zustrom von der Industrie zur Landwirtschaft. Pachtland. — Fünf wichtige Maßnahmen: Behebung der Wohnungsnot; Siedlungsland; Baukostenzuschüsse; Erbbaurecht; besondere Abteilung im Reichsarbeitsamt.

Reinhardt, Oberst, preuß. Kriegsminister: Enttäuschung der heimkehrenden Kämpfer. Neuer Feind in Spartakus. — Fall Luxemburg-Liebknecht. Nur Wunsch nach Gerechtigkeit. — Zukünftiges Volksheer, Übergangseinrichtungen. — Nicht trennen, sondern einigen. — Gradabzeichen, Kokarde. — Gemeinsam vorwärts.

Frau Juchacz (S.): Das Staatsbürgerrecht der Frauen; Frauenfrage besteht nicht mehr. — Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst. — Auseinandersetzungen mit Graf v. Posadowsky, den Unabhängigen, Spartakus. — Demokratie verbietet ungesetzliche Wege. — Das Unrecht an unseren Kriegsgefangenen. — Unser einziger Reichtum unsere Arbeitskraft.

Dr. Mayer (Schwaben) (Ztr.): Dank an den Heiligen Stuhl. — Das Regierungsprogramm für das Zentrum meist nichts Neues. — Weltwirtschaft und Friedensliebe. — Maßnahmen der Feinde, Folgen für Europa, Bolschewismus, Völkerbund. — Amerika nach dem Bürgerkrieg von Deutschland unterstützt. — Lage des deutschen Wirtschaftslebens. Finanzen. Steuerquellen. Kriegsanleihe. — Wiederaufbau: beschränkter Export, Bodenpolitik. Bedürfnisse und Stände. — Ländlicher Arbeitermangel und Arbeitslosenunterstützung. — Eine Frage der sittlichen Volkskraft. — Förderung der Produktion und Sparsamkeit. — Arbeitspflicht.

Falk (D. D.): Nöte und Treue der Rheinlande. — Polen und Grenzschutz. — Soldatenrat in Düsseldorf. — Feinde sollen den Bogen nicht überspannen. Sonst Entstehen einer Irredenta. — Völkerpsychologie und Schuldfrage. — Aufgabe: Frieden nutzen, im Innern Ruhe und Arbeit. — Die drei großen Parteien der Mehrheit. Grundlage: Demokratie und Republik. — Gegen Rießer: Liberalismus und Demokratie. Dankbar, daß die Sozialdemokratie im Dienste des Vaterlands. — Gegen Terror.

Erzberger, Reichsminister: Dank an die Rheinländer. Geistige Blockade unmöglich. — Zusage des Gewünschten. — Wortbruch der Feinde. — Behinderung der Abwehr des Bolschewismus. — Unsere Kriegsgefangenen. Größte Barbarei der Menschheitsgeschichte.

Haase (Berlin) (U. S.) persönlich; Dr. Rießer (D. Vp.) desgl.; Vögler (D. Vp.) desgl.

Weiterberatung vertagt. Nächste Tagesordnung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Als Vorlage ist eingegangen der

Entwurf eines Übergangsgesetzes.

Drucklegung und Verteilung ist veranlaßt.

Ein Schreiben des Reichsministeriums des Innern bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen. Auf ein Telegramm des Reichsministers Erzberger antwortete der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission wie folgt.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

> Wie zuvor durch die Oberste Heeresleitung der Verbündeten erklärt worden ist, wird jede mit dem Kriegszustand vereinbarte Freiheit gewährt werden, um, soweit wie möglich, den Verkehr zwischen der Nationalversammlung und den besetzten Gebieten zuzulassen. Einen ganz freien, unbeschränkten Briefverkehr zu erlauben, kommt jedoch für die Verbündeten nicht in Frage, und infolgedessen kann auch die von der deutschen Regierung in dieser Beziehung verlangte Zusicherung nicht gegeben werden.

Präsident: Es sind einige Telegramme eingegangen, die zur Einsicht beim Herrn Schriftführer ausliegen.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Silberschmidt für 4 Tage, Grünewald und Dr. Herschel für 5 Tage, Dr. Quidde für 8 Tage. Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Geck für 14 Tage wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die

erste und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen vom 1. Februar 1919 (Nr. 40 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Ich bitte das hohe Haus, den vorliegenden Gesetzentwurf annehmen zu wollen. Er ist eine Folge der Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, auf den gestrigen Wunsch des Herrn Abgeordneten Vögler zurückzukommen, der auf einen Zwischenruf bestritten hatte, daß es die Industrie abgelehnt habe, einen **Sachverständigen** zu entsenden, wenn Herr **Stinnes** nicht entsendet würde. Daraufhin habe ich dem hohen Hause folgendes mitzuteilen. Am 15. Dezember ist mir von der Reichsregierung folgendes Schreiben überreicht worden:

> Dem Herrn Staatssekretär Erzberger zur Kenntnis und mit dem Anheimstellen der weiteren Veranlassung.
>
> gez. Ebert. Haase.
>
> Abschrift zu Rk. 5218.
>
> Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes.
>
> Berlin, den 13. Dezember 1918.
>
> Dem Rat der Volksbeauftragten beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß nach der Ablehnung des Herrn Hugo Stinnes als Sachverständigen für die Waffenstillstandskommission in Spaa nunmehr der von mir vorgeschlagene Sachverständige Direktor Vögler seinerseits sich geweigert haben soll, an den Beratungen in Spaa teilzunehmen. (Hört! hört!) Wie ich höre, ist auch der allein als Sachverständiger noch in Betracht kommende Direktor Reuß der „Gute Hoffnungs-Hütte" zur Ablehnung entschlossen. Andere Persönlichkeiten, die nach ihren umfassenden wirtschaftlichen Kenntnissen als Sachverständige besonders geeignet erscheinen, sind nicht vorhanden.

Nun muß ich einen Passus in dem amtlichen Briefwechsel auslassen, weil eine Persönlichkeit bezeichnet wird, an derselben aber amtlich Kritik geübt wird. Ich halte mich nicht für berechtigt, diese Kritik der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Das Schreiben fährt fort:

> Zudem bezweifle ich, ob

— der eben erwähnte Herr —

> unter den augenblicklichen Verhältnissen zur Annahme bereit sein wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde die Waffenstillstandskommission Sachverständige für die Bezirke Rheinland und Westfalen nicht zur Verfügung haben.
>
> gez. Dr. August Müller, Staatssekretär.
>
> An den Rat der Volksbeauftragten, Berlin.

Daraufhin erfolgte meinerseits ein Schreiben am 16. Dezember, also den Tag darauf:

> An die Reichsregierung
>
> Berlin.
>
> Hierdurch wird der Empfang des Schreibens vom 15. des Monats bestätigt. Daraufhin ist folgendes Schreiben an das Reichswirtschafts-

amt ergangen: Die Reichsregierung übersendet mir das Schreiben vom 15. Dezember. Ich schlage als Sachverständige vor: Herrn Dr. Hermann Röchling, der an Stelle des erkrankten Herrn Louis Röchling abgereist ist, Herrn Generaldirektor Müller von den Stummschen Werken und Generaldirektor Teis von Thyssen-Hagendingen. Diese Sachverständigen dürften ausreichen, zumal auch Bankdirektor Solmsen aus Cöln bereits abgereist ist. Ich bin überzeugt, daß die Herren annehmen werden. Auch dürften politische Bedenken nicht vorliegen, da die Herren politisch sich nicht betätigt haben.

gez. Erzberger, Staatssekretär.

Ich habe damit den Beweis erbracht, daß es diese Industrie abgelehnt hat, nach Ablehnung des Herrn Stinnes Leute nach Spaa zu entsenden, und darunter Herrn Generaldirektor Vögler, der jetzt Abgeordneter und Mitglied der Nationalversammlung ist. (Unruhe rechts.) Der einzige Gedächtnisfehler ist der, daß ich gestern, wo ich die Akten nicht zur Hand hatte, von einem Telegramm sprach, heute aber viel weiter gehen kann, indem ich von einem amtlichen Schreiben eines Ressorts spreche. (Erneute Unruhe und Zurufe rechts.) — Der Terrorismus liegt darin, daß die Industriellen erklärten, wenn von der Regierung Herr Stinnes nicht angenommen wird, entsenden wir überhaupt keinen Sachverständigen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links. — Unruhe und Zurufe rechts.) — Wo das steht? Hier in dem Schreiben von Staatssekretär Dr. August Müller an den Rat der Volksbeauftragten, in einem amtlichen Schreiben, das mir zur Erledigung übergeben worden ist. (Erneute lebhafte Zurufe rechts.) — Das habe ich nicht behauptet. (Zurufe rechts: Jawohl!) — Ich habe gestern gesagt: es sei mir ein Telegramm zugegangen. Ich gebe zu, daß das nicht ein Telegramm ist, sondern ein amtliches Schriftstück des Reichswirtschaftsamtes. (Erneute lebhafte Zurufe rechts.) — Es ist geradezu lächerlich, daß Sie mit solchen Zwischenreden kommen, wo ich den Wahrheitsbeweis liefere, auf Grund amtlicher Urkunden, daß sich die Industrie geweigert hat, Sachverständige zu entsenden. (Erneute lebhafte Zurufe rechts.) — Damit können Sie Ihre Niederlage nicht mehr verkleiden! (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links. — Große Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Erzberger, Reichsminister: Ich erkläre weiter, daß, obwohl der Schwerindustrie bekannt war, daß Herr Hugo Stinnes von der Reichsregierung als Sachverständiger aus den gestern dargelegten Gründen nicht akzeptiert werden konnte, auch weiterhin nicht akzeptiert werden wird, daraufhin am 22. Dezember nochmals die Schwerindustrie — jetzt kommt die Depesche der Gruppe — eine Depesche an mich richtete, worin sie mir eine Reihe von Leuten vorschlug und am Schluß sagte:

Wir legen in allererster Linie Wert auf Berufung Hugo Stinnes als besten Kenner unserer Absatzverhältnisse für Kohle und Eisen, so

weit seine Ernennung als Sachverständiger für Kohle noch nicht erfolgt ist.

Ich stelle also folgende Tatsache fest, — (Zuruf rechts: daß alles Schwindel war!) — Ein solcher Zwischenruf steht so tief, daß ich darauf keine Antwort habe. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich stelle folgende Tatsachen fest. Das Reichswirtschaftsamt teilte mir am 15. Dezember in einem amtlichen Schreiben mit: Nachdem Herr Hugo Stinnes von Ihnen abgelehnt worden ist, lehnt ab, an den Verhandlungen teilzunehmen Direktor Vögler — identisch mit der Person des gestrigen Interpellanten —, lehnt ab Direktor Reuß von der „Gute Hoffnungs-Hütte", lehnt ab ein weiterer Herr, dessen Namen ich nicht nenne. Das Reichswirtschaftsamt erklärte darauf: Durch diese Stellungnahme — alles herausgegangen aus der von der Reichsregierung erfolgten Ablehnung des Herrn Stinnes — wird es dazu kommen, daß überhaupt ein Sachverständiger für Rheinland und Westfalen nicht zur Verfügung steht. Das ist der Inhalt des amtlichen Schreibens. Meine Maßnahme darauf ist, daß ich das Recht der Reichsregierung auf Auswahl der Sachverständigen unbedingt aufrechterhalte und mich darin keinem Terrorismus irgend einer Industriegruppe beuge. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Zurufe rechts: Wo ist das Telegramm der Gruppe?) — Meine Herren, wenn jemand nicht verstehen will, dann kann ich nicht deutlicher reden. (Erneute lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Ich gehe einen Schritt weiter. Ich habe mich daraufhin nun nicht auf den Standpunkt gestellt: wenn die Industrie mir keine Sachverständigen benennt, dann brauche ich keine Sachverständigen — auf diesen Standpunkt habe ich mich nicht gestellt —, sondern ich habe umgekehrt meinerseits sofort drei hervorragende Sachverständige nach Spaa entsendet, die aus den besetzten Gebieten sind und die die Verhältnisse sehr genau kennen. Diese Sachverständigen sind: Herr Dr. Hermann Röchling — zuerst war es Herr Louis Röchling, der Vorsitzende des Stahlwerksverbandes, der aber erkrankt war und infolgedessen nicht abreisen konnte —, dann Herr Generaldirektor Müller von den Stummschen Werken, der abgereist ist —, dann Herr Generaldirektor Teis, über dessen Abreise mir keine Nachricht zugegangen ist. Diese Sachverständigen sind in Spaa gewesen. Es ist also auch der zweite Vorwurf vollständig unbegründet, daß überhaupt ohne die Zuziehung von Sachverständigen beraten worden sei.

Durch dieses aktenmäßige Material glaube ich den Angriff, der gestern erhoben worden ist, so zurückgewiesen zu haben, daß auch nicht die Spur einer Berechtigung noch übrig bleibt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. — Lachen und Rufe: Oho! rechts.)

Präsident: Zu dem zur Beratung stehenden ersten Gegenstand der

Tagesordnung liegen weitere Wortmeldungen nicht vor; — ich schließe daher die erste Lesung.

Die Überweisung des Gesetzentwurfs an einen Ausschuß ist nicht beantragt. Wir können deshalb sofort in die

zweite Beratung

eintreten.

Ich eröffne die Diskussion in der zweiten Lesung zu § 1, — § 2, — Einleitung und Überschrift. — Das Wort wird nicht verlangt. Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wenn von keiner Seite ein Widerspruch erfolgt, wären wir berechtigt, gleich auch die

dritte Lesung

vorzunehmen. Das scheint mir bei der Dringlichkeit des Gesetzentwurfs zweckmäßig zu sein, und ich möchte das deshalb der Versammlung vorschlagen. — Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Dann treten wir in die dritte Lesung des Gesetzentwurfs ein. Generaldiskussion — Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich rufe in der Spezialdiskussion auf § 1, — § 2, — Einleitung und Überschrift. — Das Wort wird nicht verlangt. Damit ist die dritte Lesung beendet.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die dem Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz ist angenommen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit der

Fortsetzung der ersten und eventl. zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918 (Nr. 20 der Drucksachen).

Die Besprechung ist wieder eröffnet, zugleich die erste Beratung über den dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan.

Ich möchte den Damen und Herren folgendes mitteilen. Das Reichsfinanzamt legt großes Gewicht darauf, die Kreditvorlage möglichst bald zur Erledigung zu bringen. Durch die Inanspruchnahme der letzten zwei Tage mit anderen Debatten ist das etwas hinausgeschoben worden. Ich gedenke, am Schluß des heutigen Tages zu versuchen, die erste und eventuell — je nach den Anträgen, die aus dem Hause kommen, — die zweite Beratung zu erledigen, und mache davon jetzt schon Mit-

teilung. Es geschieht das in Übereinstimmung mit einer Besprechung im Ältestenausschuß.

Wir treten in die Beratung ein.

Das Wort hat zunächst der Herr Reichsarbeitsminister Bauer.

Bauer, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Durch den dem hohen Hause vorliegenden Entwurf eines **Gesetzes**, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918, wird ein außerordentlicher Kredit von 300 Millionen Mark zur Gewährung von **Baukostenzuschüssen** angefordert. Diese Baukostenzuschüsse sollen zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit und zur Errichtung von Behelfsbauten und Notwohnungen verwendet werden.

Ich war der Meinung, daß eine mündliche Begründung dieses Kredits nicht notwendig sei, weil die Vorlage auf einen einmütigen Wunsch des Reichstags zurückzuführen ist. Der Deutsche Reichstag hat am 10. Mai v. J. eine Entschließung angenommen, wonach im ganzen 500 Millionen Mark Reichsmittel zur Behebung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt werden sollen. 300 Millionen werden jetzt als erste Rate angefordert. Da aber aus der Nationalversammlung der Wunsch an mich herangetreten ist, Aufschluß über die Grundsätze zu geben, die für die Verwendung der Mittel maßgebend sind, komme ich dem Wunsche gern nach und will einige Mitteilungen nach dieser Richtung hin machen.

Eine beträchtliche **Wohnungsnot** machte sich in Deutschland schon vor dem Kriege bemerkbar. Das vorhandene Bedürfnis für den Bau von Wohnungen hat sich während des Krieges aber erheblich verschärft infolge des Aussetzens der Bautätigkeit während des Krieges und des Zusammenströmens großer Arbeitermassen in denjenigen Orten, in denen die Rüstungsindustrie die Möglichkeit eines guten Verdienstes bot. Jetzt nach der Einstellung der Feindseligkeiten muß daher mit allen Mitteln versucht werden, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen und die Wiederaufnahme einer umfassenden Bautätigkeit möglich zu machen.

Das dauernde Bedürfnis für Wohnungen ist gegenwärtig in den meisten Städten mit Sicherheit nicht festzustellen. Über das Bedürfnis an Wohnungen ist zwar während des Krieges sehr viel geschrieben und noch mehr geredet worden. Aber die Schätzungen für die notwendigen Neubauten gingen doch immer sehr erheblich auseinander. Die Berechnungen gingen alle von der Voraussetzung aus, daß der Krieg einen glücklichen Ausgang für uns nehmen würde. Nun, da der Krieg für uns verloren ist, besteht keine Aussicht, daß die Industrie in der nächsten Zeit in erwünschtem Umfange wieder in Gang gesetzt werden kann. Schon das Fehlen von Rohstoffen und Absatzmöglichkeiten hindert eine große Tätigkeit der Industrie. Die Folge ist, daß mit einer starken Ab-

wanderung aus den Industriebezirken auf das flache Land hinaus gerechnet werden muß. Die in den großen Städten und Industriebezirken zusammengezogenen Arbeitskräfte werden demnächst Arbeitsgelegenheit auf dem Lande finden.

Wer sich mit dem Wohnungswesen beschäftigt hat, kennt auch den engen **Zusammenhang zwischen Industrie und Wohnungswesen** und weiß, daß die städtischen Wohnungsverhältnisse schlecht sind, wenn es der Industrie gut geht. Es kommt daher, daß bei guter Konjunktur die Arbeiterbevölkerung vom Lande in die Stadt strebt, während bei schlechter Konjunktur sie wieder auf das Land abzieht. Auch richtet sich die private Bautätigkeit nicht nach dem Bedürfnis, sondern nach dem Preise des Geldes. Bei teurem Geldstande haben wir stets eine gute Zeit für die Industrie, aber keine Bautätigkeit gehabt, obwohl wir sie dann am nötigsten brauchten. Es kann nach diesen Erfahrungen ohne weiteres angenommen werden, daß bei der zu erwartenden rückläufigen Konjunktur der Industrie das städtische Wohnungswesen eine Entlastung erfahren wird. Selbst da, wo das Wohnungsbedürfnis zweifelsfrei ist, ist eine umfangreiche Neubautätigkeit kaum möglich, weil die nötigen Baustoffe nicht beschafft werden können. Nach Lage der Verhältnisse kann nicht damit gerechnet werden, daß dem Mangel an Baustoffen — es handelt sich ja in der Hauptsache um Ziegel — in absehbarer Zeit wird abgeholfen werden können.

Von den 18000 Ziegeleien, die wir in Deutschland in Betrieb hatten, sind gegenwärtig nur wenige Hundert beschäftigt, so daß die Ziegelproduktion eine ganz minimale ist. Die **Baustoffindustrie** bedarf aber für ihre Tätigkeit, wie es eben bei allen Industrien der Fall ist, in erster Linie der **Kohle.** Die Kohlenförderung ist aber, wie ja allgemein bekannt, nach Abschluß des Waffenstillstandes erheblich zurückgegangen. Immerhin würde es schließlich möglich sein, die Baustoffindustrie, wenn auch in geringem Umfange, mit Kohlen zu versorgen, wenn wir über die notwendigen Transportmittel verfügten; aber durch den uns aufgezwungenen Waffenstillstand, durch die Ablieferung einer so großen Zahl von Lokomotiven und Eisenbahnwagen ist das Transportwesen so sehr heruntergekommen, daß unser ganzes Wirtschaftsleben schließlich lahmgelegt wird und die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag steigt. Durch die hohen Baustoffpreise und die namentlich infolge der Kriegsteuerung enorm gestriegenen Löhne ist die Bautätigkeit zu einem völlig unrentablen Geschäft geworden. Für die Baukosten ist die Lohnhöhe in großem Umfange entscheidend. Etwa 45 vom Hundert sämtlicher Baukosten sind unmittelbar Löhne und weitere 35 vom Hundert bestehen wieder mittelbar aus Löhnen. Es ist deshalb ein Sinken der Baukosten nicht zu erwarten, so lange die hohen Löhne weiter bestehen. Wenn

heute die Ausführung eines Neubaues überhaupt möglich ist, dann werden die Baukosten ungefähr dreimal soviel betragen wie vor dem Kriege.

Es fragt sich nun, was zurzeit überhaupt zu tun möglich ist. Möglich ist zunächst die Errichtung von **Not- und Behelfsbauten** in vorhandenen Häusern. Diese Art der Beschaffung von Wohnungen kann aber nur als äußerster Notbehelf angesehen werden. Deshalb muß, so unerwünscht die Herstellung von Wohnungen aus Ersatzstoffen, wie Zement mit Beimischung von Lehm, Holz usw., ist, doch versucht werden, mit den vorhandenen Baustoffen zu bauen, falls man nicht so lange warten kann, bis die Ziegeleien in genügendem Maße wieder ihre Tätigkeit aufnehmen und ausreichend Ziegel herstellen können. Verhältnismäßig befriedigend kann mit Ersatzstoffen der **Flachbau** ausgeführt werden, während das beim Hochbau nicht in gleichem Maße der Fall ist. So weist uns die Baustoffnot darauf hin, den Flachbau zu begünstigen, was vom Standpunkt der allgemeinen Wohnungsfürsorge sicherlich auch nur zu begrüßen ist. In der Übergangszeit, in der nur mit Zuhilfenahme von öffentlichen Mitteln gebaut werden kann, sollte man den Bau von großen Mietskasernen überhaupt möglichst vermeiden und nur siedlungs- und wohnungstechnisch Musterhaftes leisten. Dies um so mehr, als das dauernde Bedürfnis an Wohnungen mit unbedingter Sicherheit, wie ich schon einmal sagte, sich nicht feststellen läßt. Wenn sich dann später herausstellt, daß die Bautätigkeit nicht unbedingt einem dauernden Bedürfnis entsprochen hat, so ist wenigstens insofern keine überflüssige Arbeit geleistet worden, als Wohnungen geschaffen sind, die besser sind als die alten und deswegen Berechtigung haben.

Deshalb sollen die Baukostenzuschüsse grundsätzlich nur für Flachbauten gegeben werden. Soll der Flachbau schon bald wenigstens in einem einigermaßen befriedigenden Umfange ausgeführt werden, so ist es notwendig, ihm die Bahn frei zu machen. Das ist zum Teil insofern schon geschehen, als die Bauordnungen den Bedürfnissen des Kleinbaues Rechnung tragen.

Wie die Verhältnisse liegen, durfte man sich aber nicht scheuen, einen starken Eingriff in die bestehenden Zustände zu machen. Dieser Eingriff ist durch die vom Reichsarbeitsamt ausgearbeitete Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar d. J. erfolgt, abgedruckt im Reichsgesetzblatt Nr. 14. Diese Verordnung machte den Landeszentralbehörden zur Pflicht, **Bezirkswohnungskommissare** zu bestellen. Diese Bezirkswohnungskommissare sind mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet. Dem Bezirkswohnungskommissar steht das Recht zur Enteignung von Land, von Bauholz und anderen Naturerzeugnissen, wie Lehm, Kies, Sand usw.,

zu. Er hat das Recht, für die zur Durchführung von Bau- und Siedlungsvorhaben erforderlichen Genehmigungsverfahren Fristen zu setzen, innerhalb deren die Beteiligten sich zu einigen haben, und nach vergeblichem Ablauf der Frist die Genehmigung selbst zu erteilen. Das war notwendig, weil in der Regel die Genehmigungsverfahren viele Monate, ja in einzelnen Fällen auch Jahre gedauert haben.

Dieses Mittel hätte aber allein auf dem Lande nicht genügt, um die dort mit Sicherheit unmittelbar zu erwartende, schon bestehende Not zu beheben. Unzweifelhaft wird nach dem Kriege wegen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse eine starke **Binnenwanderung** stattfinden, insbesondere ein starker Zustrom von der Industrie in die Landwirtschaft, von der Stadt auf das Land. Diese Bewegung ist aus sozialen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten durchaus zu begrüßen. Die Reichsregierung ist entschlossen, sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern.

Doppelt wichtig wird dadurch die Lösung der Frage, wie diese neuen Elemente neben den schon bisher nach Ansiedlung drängenden auf dem Lande untergebracht werden können. Um daher die innere Kolonisation weit energischer fördern zu können als vor dem Kriege, mußte in erster Linie **Siedlungsland** sichergestellt werden. Von diesem leitenden Gedanken geht die vom Reichsarbeitsamt ausgearbeitete Verordnung vom 29. Januar dieses Jahres zur Beschaffung von Siedlungsland aus. Sie ist ein Rahmengesetz, das Organisation und Durchführung des Siedlungswesens nach wie vor den einzelnen Bundesstaaten überläßt. Zur Durchführung haben diese gemeinnützige Siedlungsgesellschaften zu gründen, soweit nicht solche oder ihnen gleichzustellende staatliche Einrichtungen bereits bestehen. Als Siedlungsland sind in erster Linie Staatsdomänen, in zweiter Linie Moor- und Ödländereien vorgesehen. Sodann wird den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften ein Vorkaufsrecht auf alle Besitzungen von mehr als 20 Hektar eingeräumt. Soweit aus diesen drei Quellen noch nicht genügend Land freigemacht werden kann, haben die sogenannten **Landlieferungsverbände** den Siedlungsgesellschaften solches zu beschaffen. Die Landlieferungsverbände sind rechtsfähige Vereinigungen der Besitzer der großen Güter über 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Diese Verbände sind da zu gründen, wo der Großgrundbesitz mehr als 13 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche des betreffenden Siedlungsbezirks umfaßt. Die Landlieferungsverbände haben das Land aufzubringen, einmal zunächst durch freihändigen Aufkauf aus dem Bestande des Großgrundbesitzes, sodann durch Ausübung des für ihr Gebiet ihnen übertragenen Vorkaufsrechts. Wenn aber auch durch die Ausübung des Vorkaufsrechts genügend Siedlungsland nicht beschafft werden kann, dann haben die Landlieferungsverbände das Ent-

eignungsrecht. Es soll natürlich das Land nicht ohne Entschädigung enteignet werden. Es soll in der Regel der gemeine Wert vergütet werden, jedoch ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen infolge von Kriegskonjunkturen. Für den Kaufpreis der Domänen sowie für das Moor- und Ödland ist bei jenen nur der Ertragswert zugrunde zu legen.

In der gleichen Richtung, die dichtere Besiedlung des Flachlandes zu erreichen, wirken die in der Verordnung getroffenen Bestimmungen über die **Gewährung von Pachtland** an ständig beschäftigte landwirtschaftliche Arbeiter. Die damit den Gemeinden auferlegte Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn Pachtland bis zu 5 Prozent des Umfanges der landwirtschaftlich benutzten Gemeindemark zur Verfügung gestellt ist. Notfalls kann die Gemeinde eine solche im Wege der Enteignung oder der Zwangspachtung beschaffen, wobei sie in erster Linie auf die betreffenden Arbeitgeber selbst zurückzugreifen hat. Infolge der geringen Ansprüche, oder wenigstens der geringeren Ansprüche, die auf dem Lande an die Wohnungen im allgemeinen gestellt werden, steht zu hoffen, daß mit den auch für das ländliche Siedlungswesen zuständigen **Baukostenüberteuerungszuschüssen** das Erforderliche sich wird erreichen lassen. Für die Wirtschaftsgebäude werden solche Zuschüsse allerdings nicht gewährt. Die Frage, ob statt dessen Zuschüsse für die Beschaffung des im Preis heutzutage ja auch geradezu unerschwinglichen Inventars gewährt werden können, muß noch weiter geprüft werden. Bisher können die Baukostenzuschüsse nur für Wohnungsbauten verwandt werden.

Die allgemeine Baukostenüberteuerung hat die breite Öffentlichkeit bereits in weitgehendem Maße beschäftigt. Der Nachweis der Notwendigkeit einer Hilfe dürfte sich demnach wohl erübrigen. Ich habe mich für diese Maßnahme seit meiner Amtsübernahme ganz besonders eingesetzt, und es sind ja, wie Sie aus meinen bisherigen Ausführungen schon ersehen haben, auch für das ganze Reich durchgreifende Verordnungen ergangen, so daß die Vorbedingungen für eine Bautätigkeit in großem Umfange geschaffen sind. Derjenige, der eine finanzielle Hilfe in Anspruch nimmt, hat die Verpflichtung, die bei Festsetzung der Mieten zu vereinbarenden Höchstbeträge nicht zu überschreiten. In bestimmtem Umfange kann aber solchen Hausbesitzern auch die Einmietung kinderreicher Familien zur Pflicht gemacht werden. Bei Gewährung der öffentlichen Hilfe ist im Einzelfall natürlich mit besonderer Vorsicht zu verfahren. Nur für die dringendsten Bauten und nur für die eigentliche Notzeit kann die Hilfe in Frage kommen. Sie ist auch praktisch nur dann durchführbar, wenn die Gemeinden und Gemeindeverbände an den Unterstützungen beteiligt werden. Die städtischen Gemeinden haben in den Stadtbauämtern, die Landratsämter in den unteren Verwaltungsbehörden geeignete Stellen, welche die erforderlichen Voraussetzungen

prüfen und feststellen können. Die dauernde Erfüllung der übernommenen Verpflichtung wird durch entsprechende Grundbucheintragungen gesichert. Die Baupläne, Kostenanschläge und Ertragsberechnungen sind vor Inangriffnahme des Baues durch das Stadtbauamt oder die betreffenden Stellen der unteren Verwaltungsbehörden zu prüfen und sodann der vorgesetzten Behörde mit dem Antrag auf Bewilligung der Bauzuschüsse einzureichen. Einen Gradmesser für die dringende Erforderlichkeit des Neubaues bildet die Tatsache, daß die Gemeinde beziehungsweise der Gemeindeverband sich bereit erklären muß, aus eigenen Mitteln einen Teil der Baukostenüberteuerung zu tragen. In Preußen ist dieser Anteil auf ein Viertel festgesetzt worden. Der Staat gibt seinerseits ein weiteres Viertel als Zuschuß, während das Reich die restliche Hälfte übernimmt. Die **Anteile des Reichs an den Baukostenzuschüssen** werden automatisch fällig, wenn die Landeszentralbehörde sich ihrerseits zur Gewährung der auf sie entfallenden Rate einverstanden erklärt. Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfe soll sein, daß die beteiligten Bundesstaaten und Gemeinden sich zusammen mindestens mit dem gleichen Betrage wie das Reich an den erforderlichen Baukostenzuschüssen beteiligen. Den Wortlaut der Bestimmungen über die Gewährung dieser Baukostenzuschüsse finden Sie in der Drucksache 20. Dort können Sie die Einzelbestimmungen durchsehen. Ich kann es mir wohl ersparen, auf diese Einzelbestimmungen hier des näheren einzugehen.

Meine Damen und Herren, mit diesen Maßnahmen sind die finanziellen Schwierigkeiten, wenn auch nicht behoben, so doch wesentlich gemildert worden. Ob allerdings die Bautätigkeit durch diese finanzielle Hilfe bald in erheblichem Maße wieder in Gang kommen wird, ist, wie bereits angeführt, überaus zweifelhaft. Jedenfalls ist von seiten der Reichsregierung alles geschehen, um die Vorbedingungen für eine Wiederbelebung der Bautätigkeit zu schaffen.

Erwähnt sei an dieser Stelle noch die im Reichsarbeitsamt ausgearbeitete **Verordnung über das Erbbaurecht** vom 15. Januar dieses Jahres. Mit der Neuregelung des Erbbaurechts wird den Gemeinden ein praktisches Mittel an die Hand gegeben, mit dem sich erheblich besser arbeiten läßt, als es bisher der Fall war. Über die Ausarbeitung eines Heimstättengesetzes schweben zurzeit noch Erwägungen. Um die Bearbeitung des Wohnungs- und Siedlungswesens zweckmäßig und gründlich von seiten des Reichs fördern zu können, ist übrigens im **Reichsarbeitsamt** auch eine besondere **Abteilung für das Wohnungs- und Siedlungswesen** errichtet worden. (Bravo!)

Man kann also sagen, daß fünf wichtige Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens durch das Reich ergriffen worden sind, nämlich erstens die Verordnung vom

15. Januar zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot, zweitens die Verordnung vom 29. Januar zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, drittens die Gewährung von Baukostenzuschüssen, für die jetzt 300 Millionen Mark erbeten werden, viertens die Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar und fünftens die Errichtung einer besonderen Abteilung für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge im Reichsarbeitsamt. Innerhalb dieses Gesamtprogramms bilden die Baukostenzuschüsse einen wesentlichen Teil. Ich bitte Sie deshalb dringend, die Bewilligung der erbetenen 300 Millionen Mark aussprechen zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn preußischen Kriegsminister.

Reinhardt, Oberst, Preußischer Kriegsminister: Meine Damen und Herren! Zahlreiche Heeresfragen sind in den Ausführungen der Mitglieder dieses hohen Hauses in den letzten Tagen angeschnitten worden, und der Herr Reichswehrminister hat die Stellung der Regierung zu den wichtigsten Heeresfragen kundgegeben. Ich kann daher, ohne allgemeines vorauszuschicken, gleich auf die Behandlung einiger strittiger Fragen meines Arbeitsgebietes eingehen, um den Damen und Herren als Mitglied der Reichsregierung hierüber Rede und Antwort zu stehen.

Die **Verwendung der Truppe zur Aufrechterhaltung** oder zur Wiederherstellung **der inneren Ordnung** ist unerfreulich, und zwar ganz besonders für die beteiligten Truppen. Führer und Soldaten kamen nach den fast übermenschlich schweren Schlußkämpfen und nach den anstrengenden Rückzügen von der Schelde, von der Aisne, von der Maas in die Heimat; sie sahen mit erwartungsvoller Spannung den neuen Verhältnissen in der Heimat entgegen und erwarteten und erhofften ganz besonders Frieden und freie friedliche Aufnahme der Arbeit. Dies zu gewähren, waren die Männer der neuen Zeit gewiß von der ehrlichsten Absicht; alle aber waren wir bitter enttäuscht, einen neuen Feind in Gestalt von Spartakus uns gegenüberzusehen. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Von Rußland her mit Menschen, Geld und Werbemitteln unterstützt, entfachten die Spartakusleute gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des arbeitenden deutschen Volkes nach der Novemberumwälzung einen neuen Bürgerkrieg. Truppen und Freiwillige mußten notgedrungen wieder an die Kampfarbeit. Die erweiterten Freiheiten der Novemberumwälzung müssen erneut verteidigt werden; dieser Kampf ist unerquicklich, er ist militärisch nicht leicht zu führen und er ist häßlich verschärft durch die **tückische bolschewistische Kampfesweise** der Ruhe-

störer, die von ungemein gefährlichen Schwärmern aufgestachelt und angeführt werden. (Sehr richtig! im Zentrum. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf diesem Untergrunde vollzog sich die **Tötung der Frau Luxemburg und Liebknechts.** Welches auch immer das rein menschliche und das politische Urteil über die Bedeutung der Schuld und des Todes dieser beiden Persönlichkeiten für den Frieden unseres Volkes sein mag: als Soldat kann ich nur auf das lebhafteste bedauern, daß es den Begleitmannschaften und den begleitenden Offizieren nicht gelungen ist, die Häftlinge unversehrt vor ihren Richter zu bringen, wie es ihre Aufgabe war. (Stürmische Unterbrechungen durch die Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich verstehe diesen Ausbruch der Leidenschaft nicht gegen die einfache objektive Feststellung des Herrn Kriegsministers. (Fortgesetzte stürmische Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich bitte um Ruhe! (Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Reinhardt, Oberst, Preußischer Kriegsminister: Sobald mir die bedauerliche Tatsache bekannt war, habe ich mich persönlich davon überzeugt, daß der kommandierende General v. Lüttwitz meine Auffassung, mein Bedauern über diesen militärischen Fehlgriff teilte (erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten), was ich nicht bezweifelte und was ich sofort bestätigt fand. Darin erblickte ich die nächste und für mich maßgebende Gewähr, daß bei der dem Korps des Generals unterstellten Garde-Kavallerie-Schützen-Division alles Nötige zur Feststellung des Falles und zur Bestrafung der Schuldigen geschieht. (Erneute stürmische Unterbrechungen durch die Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte nun entschieden um Ruhe! (Andauernder Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Wenn sich die Herren nicht dazu bequemen, endlich Ruhe herzustellen, so werde ich von meinem Recht, Ordnungsrufe zu erteilen, Gebrauch machen (fortdauernder Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), damit wir in Ordnung und Ruhe unsere Verhandlungen fortsetzen können. Ich bitte jetzt um Ruhe und bitte, mich nicht zu äußersten Zwangsmaßregeln zu zwingen. (Andauernder Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Reinhardt, Oberst, Preußischer Kriegsminister: Der Gerichtsherr General v. Hofmann leitete auch sofort das **Ermittlungsverfahren** gegen die mit dem Gefangenentransport beauftragten Mannschaften und Offiziere ein. Entsprechend der eigenartigen Bedeutung des Falles

traf sich der eigene Wunsch des Generals mit dem Bestreben der Reichsregierung, dem Verfahren eine über den gewohnten Rahmen hinausgehende Öffentlichkeit zu geben. Dies fand seinen Ausdruck in der Zuziehung je eines Mitgliedes des Berliner Vollzugsrats und des Zentralrats der Deutschen Republik. Ich bedauere, daß diese Herren ihren Platz verlassen haben (sehr richtig! bei den Demokraten), im wesentlichen, weil sie in der Frage der Nichtverhängung der Untersuchungshaft den bisher rechtlich zu begründenden Standpunkt des Gerichtsherrn nicht teilten. (Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Als die „Rote Fahne" vom 12. Februar eine Reihe von Behauptungen zu der Ermittlungssache aufstellte, gab ich sofort telegraphisch die Weisung, wenn es noch nicht geschehen sei, auch diese sämtlichen Punkte in das Ermittlungsverfahren einzubeziehen. Das Verfahren wurde nicht eingestellt, es ruhte auch nicht und geht vorwärts. Ich muß es daher entschieden ablehnen, mich über das Ergebnis dieses schwebenden Verfahrens auszusprechen. Ich halte mich aber für verpflichtet, vor einseitigem Urteil auf Grund von Darstellungen zu warnen, die um so gefährlicher sind, je mehr sie festgestellte Tatsachen mit kleinen Abstrichen und Beimischungen aus dem Gebiete des Unbewiesenen entstellend vermengen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Ich habe nach Prüfung des Falles den Eindruck gewonnen, daß das Gericht vom eifrigsten pflichtgemäßen Bestreben beseelt ist, Klarheit und Sühne zu schaffen, (Zurufe und Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und daß seine bisherigen Schritte und Ablehnungen rechtmäßig und begründet waren. Neue Feststellungen werden neue Schritte nötig machen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in dem Falle der **Tötung der Verhafteten im Tegeler Forst.** Ich bekomme eben darüber die Meldung: das Verfahren gegen die Begleitmannschaften ist von der Kommandantur Spandau eingeleitet. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Eingeleitet!) Die Beschuldigten sind in Untersuchungshaft. (Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Vorlage eines näheren Berichts ist verzögert, weil auf Antrag des Rechtsanwalts Haase noch weitere Zeugen vernommen werden müssen. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: „Verzögert?!" — Große Heiterkeit. — Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe.) Die Reichsregierung weiß sich mit dem ganzen deutschen Volke einig in dem alleinigen Wunsche nach Gerechtigkeit. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Diese aber muß unbeirrt auch den Beschuldigten gelten. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren, eine billig denkende Gerechtigkeit muß ganz allgemein auch für diejenigen gelten, die in der täglichen Spannung des drohenden Wiederaufloderns der spartakistischen Unruhen bei den Abwehrmaßnahmen kleinere **Rechtsformfehler** begehen mögen. (Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir dürfen nicht vergessen, daß Offiziere keine Juristen, Soldaten keine gewiegten Polizeibeamten sind. (Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Truppe kommt aus jahrelangem Krieg und kann es schwer verstehen, daß ein tückischer Gegner alle Mittel anwenden darf, sie selbst aber die Rechtsform aufs peinlichste bewahren soll. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Gleichwohl dringt die Regierung und dränge ich in ihrem Dienste und als ihr Mitglied wie alle Führer mit dem äußersten Ernst auf die Vermeidung jedes Übergriffs. Ich werde den Tag segnen, wo die Verwendung der Truppe als Polizei aufhören kann. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten und dem Zentrum.)

In diesem Sinne darf ich einen Schritt weiter gehen und mitteilen, daß die Reichsregierung schon den Plan gefaßt hat, die **Militärstrafgerichtsordnung** so umzuwandeln, daß rein bürgerliche Straftaten vor den bürgerlichen Richter kommen sollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es wird dies einen Teil der inneren Umgestaltung bilden, die das zukünftige Volksheer vom jetzigen unterscheiden werden.

Dieses **Zukunftsheer**, meine Herren und Damen, wird sehr bescheiden sein; aber wir können es trotzdem noch nicht aufbauen, weil wir noch im Kriegszustande mit unseren Feinden leben. Wir müssen daher im wesentlichen vorläufig mit Übergangseinrichtungen auskommen, wie es Freiwilligenformationen und Volkswehren sind. Diese sollen aber alsbald als Reichswehr einheitlich zusammengefaßt und gegliedert werden.

Auch die inneren Einrichtungen des Übergangsheeres werden zunächst noch einen vorläufigen Charakter im Sinne der **Verordnung über die Kommandogewalt** vom 19. Januar 1919 haben. Diese Verordnungen haben mir viel Anfechtung eingetragen. Die Offiziere glaubten sich herabgesetzt, die Soldatenräte nicht weniger. Vielleicht beweist dies, daß die richtige Mittellinie für die Bedürfnisse des Augenblicks gefunden wurde, und darauf kam es dem Zentralrat und der Regierung in diesem Augenblicke an. Meine Damen und Herren, ich meine, wir müssen in dieser ernsten Zeit nicht trennen, wir müssen einigen. (Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erregte Gegenrufe von den Sozialdemokraten. — Andauern-

der Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Reinhardt, Oberst, Preußischer Kriegsminister: Die Soldatenräte und die Vertrauensleute werden bei Verwaltung der Truppe in ihrem ganzen inneren Leben ebenso ehrlich und nützlich mitwirken können, wie sie die Führung und Verwendung der Truppen den Kommandeuren überlassen müssen, die fest auf die Republik zu verpflichten sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Andauernde lärmende Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Gegenrufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte doch, die freundschaftlichen Aussprachen, auch die nach hinten, zu unterlassen. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) von vorn nach hinten rufen, dann antworten auch die von hinten wieder nach vorn, und so kommen wir nie zu einer geordneten Verhandlung.

Reinhardt, Preußischer Kriegsminister: Den Offizieren war das Ablegen der alten **Gradabzeichen** besonders schmerzlich. (Sehr richtig! rechts und bei den Mehrheitsparteien.) Ich kann das wohl selbst am wärmsten mitempfinden. Manche Kameraden sahen darin eine Entwürdigung (erneute Zustimmung) und vermuteten, ich hätte mir diese Maßnahme abdrängen lassen. Ich muß auch hier feststellen, daß das nicht der Fall ist. Die Abzeichenfrage wurde ganz sachlich von der Regierung, vom Zentralrat und vom Kriegsministerium erwogen. Das Abreißen der Abzeichen durch halbwüchsige zuchtlose Burschen im November hat von keiner ernsten Seite Beifall erfahren. (Sehr wahr! rechts.) Es hatte sich namentlich gegen die unschuldige **Landeskokarde** gerichtet, deren Farben nach dem schönen Preußenliede doch gerade anzeigen sollen, daß für die Freiheit unsere Väter starben! Diese Kokarde wurde vom Zentralrat und von den Volksbeauftragten durch die umstrittene Verfügung ohne weiteres wieder in Ehren gesetzt, bis die Nationalversammlung neues bestimmen mag. Damit müßte meines Ermessens jeder Vorwurf der Entehrung fallen. Im Ablegen der **Achselstücke** sollte eine solche jedenfalls nicht gefunden werden. Dieses Ablegen entsprach meines Erachtens dem ganz berechtigten Bedürfnis, ein äußeres Zeichen der Anerkennung der neuen Zustände von denen zu erlangen, deren Anhänglichkeit an das Alte nicht zu ihrer Unehre allgemein vorausgesetzt wurde. (Sehr gut! rechts.)

Die **neuen Abzeichen** sind schmucklos; sie sind aber den heutigen bitteren Tagen der Not und der schleichenden Fremdherrschaft angemessen. Möchten wir bald über diese Notzeiten hinaus in eine sonnigere Zukunft blicken können. Ich glaube, wir erreichen das am besten, wenn

wir, statt einsam rückwärts, gemeinsam vorwärts blicken. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Juchacz.

Juchacz, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! (Heiterkeit.) Es ist das erste Mal, daß in Deutschland die **Frau** als freie und gleiche im **Parlament** zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Frauen besitzen heute das ihnen zustehende Recht der Staatsbürgerinnen. Gemäß ihrer Weltanschauung konnte und durfte eine vom Volk beauftragte sozialistische Regierung nicht anders handeln, wie sie gehandelt hat. Sie hat getan, was sie tun mußte, als sie bei der Vorbereitung dieser Versammlung die Frauen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen anerkannte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte hier feststellen — und glaube damit im Einverständnis vieler zu sprechen —, daß wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollte die Regierung eine demokratische Verfassung vorbereiten, dann gehörte zu dieser Vorbereitung das Volk, das ganze Volk in seiner Vertretung. Die Männer, die dem weiblichen Teil der deutschen Bevölkerung das bisher zu Unrecht vorenthaltene Staatsbürgerrecht gegeben haben, haben damit eine für jeden gerecht denkenden Menschen und für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht erfüllt. Unsere Pflicht aber ist es, hier auszusprechen, was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten werden wird, daß es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Durch die politische Gleichstellung ist nun meinem Geschlecht die Möglichkeit gegeben zur vollen Entfaltung seiner Kräfte. Mit Recht wird man erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen können und von der Souveränität des ganzen Volkes. Durch diese volle Demokratie ist aber auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Politik in Zukunft kein Handwerk sein soll. Scharfes, kluges Denken, ruhiges Abwägen und warmes menschliches Fühlen gehören zusammen in einer vom ganzen Volke gewählten Körperschaft, in der über das zukünftige Wohl und Wehe des ganzen Volkes entschieden werden soll.

Der Herr Ministerpräsident hat in seinem Regierungsprogramm einen Ausblick gegeben für unser Arbeiten in der Zukunft. Er hat

aber auch zu gleicher Zeit einen besonderen Ausblick gegeben für das Wirken der Frauen im neuen Deutschland. Er hat uns weiter hoffnungsvolle Perspektiven gegeben für unser Arbeiten. Ich möchte hier sagen, daß die **Frauenfrage,** so wie es jetzt ist in Deutschland, in ihrem alten Sinne nicht mehr besteht (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß sie gelöst ist. Wir werden es nicht mehr nötig haben, mit Versammlungen, mit Resolutionen, mit Eingaben um unser Recht zu kämpfen. Der politische Kampf, der immer bestehen bleiben wird, wird sich von nun an in anderen Formen abspielen. Innerhalb des durch Weltanschauung und selbstgewählte Parteigruppierung gezogenen Rahmens haben wir Frauen nunmehr Gelegenheit, unsere Kräfte auswirken zu lassen.

Aber damit begeben wir uns nun keineswegs des Rechts, anders geartete Menschen, weibliche Menschen zu sein. Es wird uns nicht einfallen, unser Frauentum zu verleugnen, weil wir in die politische Arena getreten sind und für die Rechte des Volkes mitkämpfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Kein Punkt des neuen Regierungsprogramms ist da, an dem wir sozialdemokratischen Frauen ohne Interesse wären.

Ich begrüße es ganz besonders, daß im Regierungsprogramm bekundet wird, daß auch das Verwaltungswesen demokratisiert werden soll, so daß in Zukunft den Frauen auch Gelegenheit gegeben sein wird, mit in alle offen stehenden Ämter einzutreten. (Sehr richtig! links.) Ich betrachte den Punkt des Arbeitsprogramms, der da sagt: **Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst,** entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben, nur als eine Konsequenz des jetzt gegebenen Zustandes. (Sehr richtig! links.) Ich bringe diesem Passus durchaus kein Mißtrauen entgegen, sondern betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, daß auch in der neuen Verfassung, die wir mit schaffen helfen werden, die Frau als gleichberechtigte und freie Staatsbürgerin neben dem Manne stehen wird. Ich wünsche ganz besonders, daß bei den jetzt schon fälligen Aufgaben im Verwaltungswesen die Frauen mit herangezogen werden, und denke dabei in allererster Linie an eine Stelle, die nach meinem Dafürhalten im Arbeitsamte des Reichs eingerichtet werden müßte, wo Frauen selbständig arbeiten, bei der **Witwen- und Waisenfürsorge,** bei der Regelung der **Fürsorge für Kriegshinterbliebene.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein Gebiet, in welches die Frauen einfach hineinpassen und hineingehören nach ihrer ganzen Veranlagung, und wo sie für das Wohl des Volkes Ersprießliches leisten können.

Wir Frauen werden mit ganz besonderem Eifer tätig sein auf dem **Gebiete des Schulwesens,** auf dem Gebiete der allgemeinen Volksbildung, und ich glaube, hier aussprechen zu dürfen, daß die Mütter es ganz besonders begrüßen, daß auch nun wir Frauen Gelegenheit

haben werden, unsere Kinder den Bildungsanstalten zuzuführen, welche das neue Deutschland ihnen öffnen wird.

Die gesamte **Sozialpolitik** überhaupt, einschließlich des Mutterschutzes, der Säuglings-, der Kinderfürsorge wird im weitesten Sinne Spezialgebiet der Frauen sein müssen. Die Wohnungsfrage, die Volksgesundheit, die Jugendpflege, die Arbeitslosenfürsorge sind Gebiete, an denen das weibliche Geschlecht ganz besonders interessiert ist und für welche das weibliche Geschlecht ganz besonders geeignet ist. (Sehr richtig! links.)

Hier möchte ich eins einflechten und glaube, damit einem Wunsche weiter großer Kreise Ausdruck zu geben: es ist jetzt schon im Moment bitter notwendig, daß die **Bezüge unserer Alters- und Invalidenrentner** aufgebessert werden. (Sehr richtig! links.) Es ist sobald keine Kategorie von Menschen da, die so unter der Not des Krieges, unter dem Elend, den Folgeerscheinungen des Krieges leiden muß, wie diese Ärmsten und Bedauernswerten. (Erneute Zustimmung links.)

An einem gesunden **Aufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens** sind wir Frauen gleicherweise interessiert wie die Männer, und jede einzelne Frau wird in ihrer Parteigruppe nach ihrer Weltanschauung das Beste dazu geben, daß wir wieder zu einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens kommen. Wissen doch gerade wir Frauen und Mütter am besten, was auf dem Spiele steht, wenn es uns nicht gelingt, uns wieder aus diesem Elend zu erheben, in dem wir uns jetzt befinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir Frauen sind uns sehr bewußt, daß in zivilrechtlicher wie auch in wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind. Wir wissen, daß hier noch mit sehr vielen Dingen der Vergangenheit aufzuräumen ist, die nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sind. Es wird hier angestrengtester und zielbewußter Arbeit bedürfen, um den Frauen im staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Leben zu der Stellung zu verhelfen, die ihnen zukommt.

Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet. Jetzt heißt es, diese Wege zu beschreiten und das zu schaffen, was zum Glück unseres Volkes in der Zukunft notwendig ist.

Zum Glück dieses Volkes, zur vollen Befreiung des Volkes ist es aber notwendig, daß alle Parteien wissen, worauf es in jeder Stunde ankommt, und da möchte ich ganz besonders sagen, daß wir den Zug der Zeit nicht aufhalten dürfen, daß wir nicht bremsen dürfen, sondern immer mit vorwärtsschreiten müssen, daß wir den Strömungen der Zeit ein psychologisches Verständnis entgegenbringen müssen. Diese Strömungen, die aus der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung

geboren werden, sind lange genug mit Gewalt, mit starrer Gewalt, die in unserem alten System wurzelte, zurückgehalten worden und konnten nicht zur Entfaltung kommen, bis es explodierte.

Es ist hier in der politischen Debatte so manches gesagt worden, was mich zum Widerspruch reizte und zum Nachdenken gebracht hat. Herr Graf **v. Posadowsky** hat z. B. hier die Frage gestellt: was ist unter **Junkerherrschaft** zu verstehen? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das weiß alle Welt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) mit Ausnahme einer ganz kleinen Gruppe, die sich bisher gegen dieses Wissen verschlossen hat. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte Herrn Grafen v. Posadowsky-Wehner den Rat geben, einmal bei den deutschen Frauen anzufragen, was man unter den Junkern bisher in Deutschland verstanden hat und auch noch heute versteht. Dieses freieste Wahlrecht, unter dem diese Nationalversammlung hier gewählt worden ist, hat die Stärke der Gruppe des Herrn Grafen v. Posadowsky und seiner Freunde gezeigt, und wir alle wissen — und es hat mich gewundert, daß es niemand bisher hier gesagt hat —, daß auch unter dem demokratischen Wahlrecht zum Deutschen Reichstage es nicht möglich gewesen ist, der Volksmehrheit so zu ihrem Recht zu verhelfen, wie es eigentlich hätte sein müssen, weil unsere Verfassung das nicht zugelassen hat. Der Einfluß der Junker war stets stärker, als er ihnen zahlenmäßig gebührte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Die Unterhaltung wird hinter dem Präsidialtische mit einer derartigen Lebhaftigkeit geführt, daß es dem Präsidium nicht möglich ist, die Rednerin zu verstehen, daß die Rednerin dadurch in ihrer Rede beeinträchtigt wird, und daß auch auf den Tribünen nicht ordentlich gehört werden kann. (Sehr richtig!) Der Zustand hier muß geändert werden; er lockt zu eingehenden und ziemlich laut geführten Verhandlungen. Ich kann das nicht weiter dulden. Ich bitte, hier Ruhe zu halten! (Beifall.) Dann bitte ich die Rednerin, fortzufahren.

Frau **Juchacz**, Abgeordnete: Es ist weiter von Herrn Graf von Posadowsky gefragt worden, warum wir uns diesen **Waffenstillstand** haben gefallen lassen. Die Antwort ist bisher in diesem Hause schon gegeben worden, aber ganz kurz will ich meine Meinung dazu sagen. Herr Graf v. Posadowsky und seine Freunde wissen ganz genau, warum wir uns diesen Waffenstillstand gefallen lassen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weil dieser Krieg durch ihre Politik bis zum moralischen Zusammenbruch unseres Volkes geführt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts: Weltrevolution!) — Und die Revolution! Ja, meine Herren, Sie werden diese Revolution nicht verstehen, Sie werden sie niemals

buchen als das, was sie ist, als eine geschichtliche Tatsache, die herauswachsen mußte aus den Verhältnissen, zu denen Sie getrieben haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Wilsons Urteil früherer Zeit ist hier angeführt worden. Warum wird es denn nicht in Vergleich gestellt mit dem, was Wilson jetzt sagt. Das ist doch das Maßgebende, daß er nicht verhandeln und nicht Frieden schließen wollte mit einer Regierung, die nicht aus der Demokratie hervorgegangen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Nicht, was vor Jahren gesagt worden ist, sondern was gesagt wurde mit Bezug auf die heutigen Zustände, das ist das Maßgebende, nach dem man sich richten muß.

Es ist die Frage gestellt worden, woher denn plötzlich die **vielen Feinde** gekommen seien, mit denen Deutschland zu rechnen hatte. Es ist gesagt worden, der Deutsche sei vor dem Kriege geehrt und geachtet gewesen. Ja, eine Gegenfrage: War das nicht Selbsttäuschung, sind diese Feinde nun plötzlich aus dem Boden herausgewachsen, nachdem der Krieg da war, oder ist es nicht vielleicht so, daß das, was gedacht und gefühlt worden ist, nunmehr zum Ausdruck kam? Preußen-Deutschland hatte keine Sympathien im Auslande (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), das hat uns der Krieg gezeigt. Wenn wir dafür sorgen helfen, daß Deutschland wieder zu vernünftigen Zuständen kommt, daß Deutschland wieder das Land wird, in dem alle seine Bewohner Gerechtigkeit genießen und sich wohl fühlen können, wenn wir auf Grund demokratischer Verhältnisse zu anderen Zuständen kommen, als wir sie heute haben (ironische Zurufe rechts: Sehr richtig!), vielleicht ist es dann einmal möglich, eine geachtete Stellung im Auslande zu bekommen (Zurufe rechts), aber mit einer ganz anderen Politik, als sie unter dem alten Regiment mit Ihrer Hilfe gemacht worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Graf v. Posadowsky sagte, die **staatliche Ordnung** würde jetzt gestört, alle öffentliche Ordnung läge darnieder, Mord, Raub, Plünderung, Diebstahl, Verbrechen aller Art wären an der Tagesordnung. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wie war es denn im Kriege? Hat denn das alte Regiment vermeiden können, daß täglich neue Plakate an die Litfaßsäulen unserer Großstädte geschlagen wurden, worin 100 000, 50 000, 20 000 Mark, 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt wurden für Diebe, Räuber, Mörder aller Art? Ist das eine Erscheinung, die jetzt erst aus den revolutionären Zuständen herausgewachsen ist, oder ist es nicht vielleicht so, daß wir all diese schlimmen Zustände infolge des Krieges bekommen haben? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon zu Anfang des Krieges und während der Kriegsjahre sind ganze Postzüge ausgeraubt worden, und es ist begreiflicherweise nicht alles, was geschehen ist, in

die Zeitungen gekommen. Aber all das ist unter dem alten Regiment geschehen. Ich verwahre mich von vornherein ganz stark dagegen, daß ich etwa unsere Beamtenschaft verunglimpfe, wenn ich hier feststelle, daß auch Beamte an dieser Ausplünderung ganzer Eisenbahnwaggons mitbeteiligt waren. Ich will nur feststellen, daß sich auch unter dem alten Regiment Raub, Mord, Diebstahl und Verbrechen aller Art in so erschreckender Weise gehäuft haben (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten — Widerspruch rechts), daß wir wirklich nicht mit Stolz auf die vier Kriegsjahre zurückblicken können.

Ich werte alle diese Erscheinungen rein menschlich; sie sind geboren aus der Not und dem Elend des Volkes. Der Krieg ist kein Jungbrunnen der Moral. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Physisch und moralisch hat das Volk unter diesem Kriege ganz ungeheuer gelitten und leidet heute noch unter seinen Folgeerscheinungen. Deshalb soll man nicht wie ein Philister über die verschiedensten Taten, die uns nicht gefallen, herziehen. Man soll von ihnen sprechen und soll auf Abhilfe sinnen.

Von dem Herrn Grafen v. Posadowsky wurde auch die **Unterdrückung der Presse** als etwas ganz Neues angeführt. Wir billigen die Unterdrückung der Presse von heute durchaus nicht; das brauche ich nicht besonders festzustellen. Aber wo war denn die Pressefreiheit während des Krieges? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer erinnert sich nicht der endlosen Zensurdebatten, die wir bis zum Überdruß in den Zeitungen gelesen haben. Wir haben niemals einen Erfolg der vielen Proteste zu sehen bekommen, bis das alte System zusammengebrochen ist. So lange hatten wir die schimpflichste Knebelung der Presse, auch in politischer Beziehung. (Zuruf rechts: In den anderen Ländern war es schlimmer!) Die Zeitungen der verschiedensten Richtungen, auch die Zeitungen Ihrer Partei (nach rechts), haben ja bitter darüber Klage geführt. Deshalb mutet es heute ganz sonderbar an, wenn gerade der Herr Graf v. Posadowsky als Ihr Vertreter sich über die Knebelung der Presse beklagt.

Wir stellen die Freiheit der Presse und die Freiheit der Versammlungen über alles. Während des Krieges aber ist es hundertfach vorgekommen, daß auch Abgeordnete des Reichstags aufgefordert wurden, die Manuskripte ihrer Vorträge in Versammlungen einzureichen, und daß sie mit einer Unmenge behördlicher Schikanen kämpfen mußten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dem Tüchtigsten freie Bahn. Das ist die Parole, die auch wir zu jeder Zeit anerkennen. Aber es ist in Preußen-Deutschland nicht so gewesen, wie der Herr Graf v. Posadowsky es hier hat hinstellen wollen. Wo waren denn die sozialdemokratischen Schöffen und Geschworenen, wo hat man denn sozialdemokratische Lehrer gefunden in

dem Lande, in dem nicht einmal ein sozialdemokratischer Nachtwächter angestellt werden konnte? Ein Aufatmen ist durch die Reihen der **Beamtenschaft** und der **Lehrer** am 9. November gegangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das können wir am allerbesten beurteilen. Die Tausende von Zuschriften, die wir bekommen haben, die vielen Anmeldungen für unsere Bewegung (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die wir aus diesen Kreisen erhalten haben, sind uns Beweis, und das Gros der Beamtenschaft zweifelt gar nicht daran, daß sie unter der neuen Regierung und unter dem neuen System sich zweifellos in Zukunft auch wirtschaftlich besser stehen werden. Die Sozialdemokratie hat es in der Zeit ihres Wirkens, schon bevor sie eine solche Machtstellung eingenommen hat wie heute, bewiesen, daß sie die Interessen der Beamtenschaft wohl zu wahren weiß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ähnlich verhält es sich mit dem **Mittelstand.** Die Beamtenschaft ist politisch geknebelt worden, und die warmen Befürworter des Mittelstandes, sie haben ihre Machtstellung in der Vergangenheit mit dazu benützt, auch den Mittelstand vor ihren Wagen zu spannen, indem sie ihn wirtschaftlich in Fesseln schlugen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit den **einfachen und mittleren Verhältnissen,** aus denen die **höheren Staatsbeamten** hervorgegangen sind, ist es auch nicht allzuweit her. Ich habe noch nicht oft davon gehört, daß Söhne und Töchter von Arbeitern und von Taglöhnern in höhere staatliche Dienste genommen worden wären. (Widerspruch rechts und Ruf: Beispiele!) Welche Geheimräte, welche Landräte, welche Regierungspräsidenten, welche Staatssekretäre und Minister sind denn unter dem alten System aus so einfachen Verhältnissen hervorgegangen? Können Sie solche nennen? Ich bezweifle es. Hatten wir Offiziere aus Arbeiterkreisen? Nein, die hatten wir nicht. (Rufe rechts: Giesberts! Erzberger! — Heiterkeit.)

Es ist ja wunderbar, wie wir jetzt von allen Seiten **Helfershelfer für die sozialpolitischen Arbeiten** bekommen, nur sieht man bei all den Vorschlägen, die Sie (nach rechts) machen, sehr den Pferdefuß. Es ist der ganzen Welt bekannt, daß es in unserm sozialpolitischen Leben immer so gewesen ist, daß es uns nicht genug war, was geschehen, aber Ihnen (nach rechts) stets zu viel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir Frauen können uns ja dessen nur freuen, wenn Sie jetzt plötzlich den Hang verspüren, fruchtbare sozialpolitische Arbeit zu leisten. Wir können dabei ja gar nicht genügend Bundesgenossen bekommen. Wenn alle Parteien bis zum äußersten rechten Winkel hier den starken Willen zur Sozialpolitik bekunden, dann kann

es ja mit dieser Fortentwicklung in Deutschland nicht schlecht bestellt sein.

Ganz naiv mutete es mich an, als an die bürgerlichen Parteien hier von dem Herrn Grafen das Ersuchen zum Zusammenschluß gerichtet wurde, nach einem so starken **Bekenntnis zur Monarchie.** Ich habe die Ansicht, daß es ganz konsequent ist nach diesem starken Bekenntnis zur Monarchie, wie es hier abgelegt worden ist, daß Ihre Partei isoliert bleiben muß in diesem Hause. Es ist selbstverständlich Sache der bürgerlichen Parteien selbst, sich gerade dazu zu äußern. Aber ich möchte hierbei doch sagen, daß es ganz komisch anmutete, und zwar roch es sehr stark nach der alten Kampfmaxime gegen die Sozialdemokratie. Ich bin überzeugt, daß Sie sich keinen Augenblick bedenken würden, diese große Mehrhe . des deutschen Volkes auch heute noch nach dem alten Muster zu vergewaltigen, wenn Sie dazu die Macht hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte noch einiges andere sagen. Es ist hier von Herrn **Haase** einiges über die **Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie** ausgesprochen. Nach seinem Dafürhalten müssen wir Deutsche stillehalten, unter allen Umständen, auch wenn wir sehen, daß — und ich gebrauche mit Absicht dieses so viel benutzte Schlagwort — die Errungenschaften der Revolution kaputt gemacht werden, daß Preßfreiheit und Freiheit der Staatsbürger, Versammlungsfreiheit vernichtet werden, daß der Demokratie mit Maschinengewehren und bedrohlichen Umzügen das Grab gegraben wird. Dazu haben wir nicht den Willen; das Bekenntnis zur Demokratie, welches ich im Anfang meiner Ausführungen hier für uns abgelegt habe, verbietet es uns, und macht es uns grundsätzlich zur Unmöglichkeit, die Wege einzuschlagen, wie sie von jener Seite beliebt werden. (Sehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es muß noch einmal festgestellt werden, obwohl es schon des öfteren geschehen ist, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die **Spartakuspolitik** unterstützt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß zwischen dem 6. und 13. Januar d. J., als die Presse in Berlin geknebelt war, die Aufrufe, die von der Spartakusgruppe, von den revolutionären Obleuten und von der Unabhängigen Sozialdemokratie unterzeichnet waren, die Volksgenossen, die Arbeiter zur Bewaffnung aufgefordert haben. Ich meine, daß das — mit dem vielen anderen zusammengenommen, was hier gesagt worden ist — die Rechtfertigung dafür abgibt, daß eine solche Politik von der Sozialdemokratie nicht gutgeheißen werden kann, weil sie all dem widerspricht, was uns in den langen Jahren vor dieser Zeit von den Führern und Führerinnen der Unabhängigen

Sozialdemokratie gesagt und gelehrt worden ist, die sich jetzt auf der anderen Seite befinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist gesagt worden, in dem **Programm der Regierung** fehle jeder Tropfen **Sozialismus.** Darauf möchte ich erwidern, daß das heißt, die Augen vor den Realitäten des heutigen Lebens zu schließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Demokraten.) Wir sind es der Arbeiterschaft einfach schuldig, eine solche Politik zu verfolgen, wie wir es heute tun, weil wir es vor der Masse der Arbeiter, vor den Männern, Frauen und vor unseren Kindern nicht verantworten könnten, wenn wir durch eine derart verfehlte Politik, wie es von jener Seite beliebt wird, dazu beitragen würden, daß alles das, was die Arbeiterschaft in den ersten Novemberwochen sich errungen hat, die Freiheit des Staatsbürgers bis zur letzten Konsequenz, wieder verscherzt würde, und daß damit dem Fortschritt die Wege wieder verschlossen würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die befreiten Frauen Deutschlands sollten den Söhnen, Vätern, Brüdern, Freunden, die sich im Feindesland befinden, heute hier von dieser Stelle ihre herzlichsten Grüße zurufen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir bedauern es aufs tiefste, daß noch immer **deutsche Volksgenossen** sich **im Ausland** befinden, daß sie dort die ganzen seelischen und körperlichen Qualen der Gefangenschaft durchmachen müssen, und wir bedauern die vielen Angehörigen hier in unserem armen, unglücklichen Deutschland, die auch heute noch bangen müssen um ihre Lieben da draußen, denen der Krieg noch immer nicht zu Ende gegangen ist, weil sie ihre Lieben noch nicht in die Arme schließen können, weil die Frauen, die hier in Seelenqual um ihre Männer bangen, das Verlangen danach haben, all die Qualen der letzten 4½ Jahre auszulöschen in den Herzen derer, mit denen sie verbunden sind. Das soll hier mit diesen Worten zum Ausdruck gebracht werden. Wir wollen unsere Stimme laut ertönen lassen, damit auch die Frauen in den anderen Ländern, damit die Völker der anderen Länder es hören, daß es deutsche Frauen, deutsche Männer und Frauen sind, die sich innerlich empören gegen dieses furchtbare Unrecht, das uns hier geschieht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und den Demokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist nicht berechtigt, daß man unsere Volksgenossen uns so lange fernhält.

Wir wenden uns auch hier an dieser Stelle gegen die furchtbare **Blockade,** die uns auch heute noch und jede Stunde mit dem Hungertode bedroht. Dieser Hunger, der schon so viele unserer Volksgenossen hinweggerafft hat, weicht auch heute noch nicht von unserer Seite, trotzdem der Friede vor der Türe stehen sollte, und trotzdem der Völkerhaß heute schweigen müßte; und es ist das Furchtbarste, was die Entente

sich heute in dieser Stunde noch zuschulden kommen läßt, daß sie dieses wehrlose deutsche Volk auch noch weiter dem Hunger überliefert, nachdem sie 4½ Jahre und länger diese Blockade aufrechterhalten hat.

Unser einziger wirtschaftlicher Reichtum ist unsere **Arbeitskraft**. Nur vermöge dieser Arbeitskraft und ihrer Anwendung, ist es möglich, uns wieder aus diesem tiefen Elend zu erheben. Aber wenn man uns nicht die Nahrungsmittel und unserer Industrie nicht die Rohstoffe gibt, wenn man uns nicht in anderer Weise durch Gewährung von Kredit und anderen Hilfsmitteln entgegenkommt, dann macht man uns dieses Aufrichten so bitter schwer, und die Völker der ganzen Welt benachteiligen sich selbst. Denn, was ein Volk leistet in der Welt, kommt dem anderen zugute. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Genau so, wie der einzelne Mensch arbeiten muß, um die Volkskraft zu stärken in dem Lande, dem er angehört, so sollten auch die Völker zusammenwirken zu ihrem eigenen Wohl und Besten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Mayer (Schwaben).

Dr. **Mayer** (Schwaben), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen es, daß die deutsche Frauenwelt in der Deutschen Nationalversammlung auf allen Seiten dieses Hauses vertreten ist. Die Meinungen darüber, ob die **Frau** in die **politische Arena** gehöre oder nicht, waren vor dem Kriege geteilt nicht nur zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien, sondern auch innerhalb der deutschen Frauenwelt selbst. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Erfahrungen des Krieges, die bewundernswerten Leistungen der Frau in diesem Kriege haben die Bedenken beseitigt. Schon vor der Revolution hatten sich die drei Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstags, denen sich die Nationalliberalen in diesem Punkte angeschlossen hatten, geeinigt, der Frau das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren, und sie hatten bereits entsprechende Verfassungsabänderungsanträge entworfen und unterzeichnet, als die Revolution ausbrach. Heute, wo es gilt, das zerschlagene Vaterland neu aufzurichten, gehört auch nach unserer Auffassung an die Seite des Mannes die Frau. Beide Geschlechter müssen gemeinsam die Verantwortung tragen für all das, was geschaffen werden soll für eine lange Zukunft, für Kind und Kindeskind. Möge die Zusammenarbeit von Frau und Mann in diesem Hause unserm Vaterland reiche Früchte tragen!

Gestatten Sie mir nun zunächst einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen einiger meiner Herren Vorredner. Der Herr Reichs-

minister des Auswärtigen hat in seiner Rede vom letzten Freitag den neutralen Mächten, die sich durch ihre Fürsorgemaßnahmen für die Kriegsgefangenen so große Verdienste um unser Vaterland erworben haben, den Dank des deutschen Volkes ausgesprochen. Wir schließen uns diesem Danke von ganzem Herzen an, haben es aber vermißt, daß der Herr Reichsminister **Graf Brockdorff-Rantzau** in diesem Zusammenhang nicht auch derjenigen neutralen Macht gedacht hat, deren Vermittlungstätigkeit die Internierung unserer Kriegsgefangenen auf neutralem Boden und damit die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens vieler Tausender unserer Kriegsgefangenen in erster Linie zu verdanken ist, nämlich des **Heiligen Stuhls**. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich darf sicher annehmen, daß der Herr Reichsminister des Auswärtigen lediglich versehentlich unterlassen hat, in diesem Zusammenhang auch der Tätigkeit des Papstes zu gedenken. Haben doch die alte Reichsregierung und der alte Reichstag zu wiederholten Malen einmütig dem Heiligen Stuhl den Dank des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht. Ich möchte jedoch nicht unterlassen, den Ausführungen des Herrn Reichsministers des Auswärtigen auch in diesem Hause den Dank des deutschen Volkes an den Heiligen Stuhl noch ausdrücklich beizufügen. (Bravo! im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete **Keil** hat am gleichen Tage ausgeführt, die **Zentrumsfraktion** habe erst infolge der Revolution sich dazu durchgerungen, das **Regierungsprogramm über die Sozialisierung** anzuerkennen; das Zentrum habe früher auf einem wesentlich anderen Standpunkt gestanden. Er hat dabei das Regierungsprogramm in diesem Punkte zur Verlesung gebracht. Ich will mit dem Herrn Abgeordneten Keil nicht darüber rechten, ob es richtig und angebracht ist, ein auf Grund von Kompromißverhandlungen zustande gekommenes Regierungsprogramm hier gegen eine koalierte Partei auszuspielen. (Sehr gut! im Zentrum.) Aber ich darf feststellen, daß der Herr Abgeordnete Keil ebenso wie einige Tage vorher der Herr Reichspräsident Ebert bei seiner Ansprache an die Pressevertreter einem großen Irrtum zum Opfer gefallen ist. Er hat nämlich hier nicht das Regierungsprogramm, sondern einen von uns abgelehnten Entwurf eines Regierungsprogramms verlesen. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich stelle die beiden Texte einander gegenüber. Der Herr Abgeordnete Keil hat die Ziffer 9 des Entwurfs des Arbeitsprogramms der Regierung verlesen, die wie folgt lautete:

> Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen. Insbesondere sind Bergwerke und

die Erzeugung von Energie der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen oder in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen.

Das definitive und allein maßgebende Regierungsprogramm sagt aber in seiner Ziffer 7 etwas ganz anderes. Dort heißt es:

Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

Es ist wohl ohne weiteres einleuchtend, daß zwischen dem Entwurf und dem definitiven Regierungsprogramm gerade in diesem Punkte ein sehr erheblicher Unterschied besteht. Nach der endgültigen Fassung ist in erster Linie die öffentliche Kontrolle für die privatmonopolistischen Wirtschaftszweige vorgesehen, also etwas, was das Zentrum schon vor 10 Jahren in seinem vom Deutschen Reichstag inzwischen schon dreimal angenommenen Kartellantrag verlangt hat. Erst in zweiter Linie ist vorgesehen, daß solche Betriebe privatmonopolistischer Art, welche sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, wenn sie hierfür reif geworden sind, in öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden übernommen werden sollen, auch hier also etwas, was meiner Partei und Fraktion durchaus nichts Neues ist, was wir bei Post, Eisenbahn, auch bei Bergwerken und anderswo im Reich und in den Einzelstaaten schon seit Jahrzehnten so gehandhabt und durchgeführt haben. Wenn sich übrigens der Herr Abgeordnete Keil für die Stellung meiner politischen Freunde zu dieser Frage besonders interessiert, so möge er einmal die vor vielen Jahren geschriebenen Ausführungen des Paters Pesch über „Solidarismus" lesen, und er wird finden, daß *in dem Regierungsprogramm für uns in diesem Punkte auch nicht das geringste Neue enthalten ist.* (Sehr richtig! im Zentrum.)

Auch die Ziffern 2 und 10 des Regierungsprogramms hat der Herr Abgeordnete Keil gegen uns ausgespielt. Aber auch hier darf ich feststellen, daß wir von jeher im Reich und in den Einzellandtagen für die freie Bahn des Tüchtigen, auch auf dem Gebiete der Schule, eingetreten sind, und ich stelle weiter fest, daß wir auch für das Vereinigungsrecht der Beamten eingetreten sind, daß wir im Reichstag sogar **Beamtenausschüsse** immer wieder im Hauptausschuß verlangt und befürwortet haben. Das Streikrecht allerdings haben wir den Beamten nicht ausnahmslos zuerkennen können. Darüber, verehrte Versammlung, steht aber auch in dem Regierungsprogramm meines Wissens kein Wort. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

So viel zu den Ausführungen meiner Herren Vorredner.

Nachdem bereits ein Redner meiner Fraktion die politischen Fragen behandelt hat, obliegt es mir, zu den wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen. Ich werde dabei das **Bild unserer wirtschaftlichen Lage** und dessen, was uns in Zukunft erforderlich scheint, nur in großen Zügen zeichnen können und alle Einzelheiten späterer Prüfung und Beratung vorbehalten müssen. Die Fragen der Sozialisierung und der Sozialpolitik werde ich ausscheiden. Mit diesen Fragen wird sich ein anderer Redner meiner Fraktion nach mir befassen.

Meine Damen und Herren, das wirtschaftliche Deutschland von heute ist etwas ganz anderes geworden, als das wirtschaftliche Deutschland vor dem Kriege war. Wir werden fast auf keinem Gebiete da wieder anfangen können, wo wir im Jahre 1914 aufgehört haben. Denn die Grundlagen unserer gesamten Volkswirtschaft haben sich gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich verschoben, und wir wissen noch nicht, inwieweit weitere Verschiebungen durch den Friedensschluß eintreten werden. Auch die Bedingungen unseres Wirtschaftslebens sind heute gegenüber denen der Vorkriegszeit außerordentlich verschlechtert. Ja noch mehr! Wir stehen heute vor einer katastrophalen Gefährdung unseres ganzen Wirtschaftslebens, deren Abwendung nur durch die äußerste Anstrengung aller Glieder unserer Volkswirtschaft möglich ist, und auch dann noch davon abhängt, ob unsere Feinde uns einen Frieden gewähren, der uns die notwendigen Grundlagen unseres Wirtschaftslebens beläßt und uns gestattet, als Wirtschaftskörper wieder frei zu atmen und zu leben.

Wir haben auf einen solchen Frieden ein Recht, nicht nur nach den ewigen Gesetzen der Menschlichkeit, sondern auch auf Grund der Vorverhandlungen mit Wilson, die zum Abschlusse des ersten Waffenstillstandes geführt haben, bei dessen Abschluß die Anwendung der 14 Grundsätze Wilsons ausdrücklich beiderseitige Voraussetzung gewesen ist. Diese Grundsätze schließen es, wenn Verträge noch etwas gelten, aus, daß man uns einen Frieden diktiert, der uns wirtschaftlich abwürgt, und sie sollten es auch ausschließen, daß man uns Waffenstillstandsbedingungen abnötigt, die auf das gleiche Ziel hinauskommen. Wir müssen jedenfalls von der Entente verlangen, daß sie bei den weiteren Verhandlungen und insbesondere bei den Verhandlungen über den Vorfrieden und den definitiven Frieden nicht einseitig militärische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt, welche die besondere Struktur der deutschen Volkswirtschaft unbeachtet und jede Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge unseres Wirtschaftskörpers vermissen lassen.

Deutschland ist ein überaus **komplizierter Wirtschaftskörper**, der heute aus tausend Wunden blutet. Jeder unüberlegte Eingriff von rauher Hand kann heute das deutsche Wirtschaftsgebäude zum Einsturz bringen. Die Eigenart des deutschen Wirtschaftslebens ist ein Produkt der besonderen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten dreißig Jahren. Nur wer diese Entwicklung kennt, kann es beurteilen, welche Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben die eine oder die andere Maßnahme haben kann.

Deutschland war noch in den achtziger Jahren im wesentlichen ein **Binnenwirtschaftsland.** Als solches konnte Deutschland, das, abgesehen von Kohle, mittelguten Erzen und Kali, fast keine Naturschätze besitzt, auf der heimischen Scholle etwa vierzig bis fünfzig Millionen Menschen ernähren. Eine Viertelmillion Deutscher etwa mußte alljährlich nach dem Wanderstabe greifen und fand den Weg vor allem in die Neue Welt. Noch Anfang der siebziger Jahre betrug die durchschnittliche **Auswanderung Deutschlands** jährlich über eine Viertelmillion Menschen. Erst in den neunziger Jahren begann die wirtschaftliche Umstellung Deutschlands. *Deutschland hatte gelernt, statt Menschen Waren zu exportieren.*

Es war für Deutschland keine kleine Aufgabe, Exportland zu werden, denn es fehlte ihm an zahlreichen Rohstoffen. Außer Kohle, mittelguten Erzen und Kali war so gut wie nichts vorhanden, kein Oel, keine hochprozentigen Eisenerze, kein Mangan, keine Baumwolle von nennenswerten Quantitäten in unseren Kolonien, fast kein Kupfer.

Der Export unserer Urerzeugnisse hätte aber niemals ausgereicht, um unseren Auswandererstrom zum Stocken zu bringen. Dazu war notwendig die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe in größtem Umfange, wobei der deutsche Arbeitszusatz nicht nur den ganzen Wert dessen bringen mußte, was uns die Beschaffung dieser auswärtigen Stoffe kostete, sondern darüber hinaus noch das hereinholen mußte. was zur Unterbringung unseres Bevölkerungszuwachses im eigenen Lande nötig war.

Dazu war weiter notwendig, daß der deutsche Unternehmer-, Erfinder- und Organisationsgeist auf fast allen Gebieten der Produktion neue Wege wies, und daß der deutsche Handel für die deutschen Produkte immer neue Absatzgebiete errang. **Handel und Industrie** haben, unterstützt von einer mächtig heranwachsenden Handelsflotte, an diesem Ziele dreißig Jahre hindurch gearbeitet und hatten vor dem Kriege Deutschland den Platz an der Sonne wieder errungen, den es seit den Tagen der Hansa verloren hatte. Unser Außenhandel stieg schließlich bis zu 21 Milliarden Mark jährlich, und das Tempo seiner Entwicklung war vor dem Kriege doppelt so schnell geworden als das Tempo der Entwicklung des Außenhandels des englischen Konkurrenten.

Der Auswandererstrom war zum Stocken gekommen, ein Bevölkerungszuwachs von jährlich 800 000 Menschen blieb im Lande. Es war eine Zeit wirtschaftlichen Aufstiegs, in der sich die deutsche Bevölkerung um rund 20 Millionen Menschen vermehrt hat. Zwei Milliarden Mark jährlich aus unseren Erübrigungen wurden dafür ausgegeben, den jährlichen Bevölkerungszuwachs im Lande anzusiedeln und selbständig zu machen. Unsere Städte wuchsen zu großen Gemeinwesen an, der Pulsschlag unseres Wirtschaftslebens wurde stärker und rascher, unsere Produkte wanderten in alle Teile der Welt, und unsere Wirtschaftsorganisation wurde von Jahr zu Jahr feiner geädert und geästelt und hing mit tausend Fasern an der Wirtschaft der ganzen Welt.

Der fortgesetzten Vermehrung der Bevölkerung und der Besserung der Lebenshaltung glich sich die Verbesserung und Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion in beispielloser Entwicklung an. Dieselbe **Landwirtschaft**, die vorher 40 Millionen Menschen ernährt hatte, brachte es dazu, nicht nur ein um ein Dritteil größeres Volk gleich gut, sondern doppelt so gut zu ernähren wie vorher. Denn unser Fleischkonsum, der von der heimischen Landwirtschaft zu 95 Prozent bestritten wurde, war seit dem Jahre 1870 von 25 Kilogramm auf 52 Kilogramm pro Kopf gestiegen.

Militärisch geschützt war bei Ausbruch des Krieges nur die deutsche Binnenwirtschaft, unser Außenhandel und der ganze Teil der Wirtschaft, die auf ausländische Rohstoffe aufgebaut war, konnte bei der überragenden Weltmachtstellung Englands als militärisch geschützt nicht angesehen werden. Wenn Deutschland sich trotzdem in immer größerer Abhängigkeit von der Weltwirtschaft begeben hat, so ist das der beste Beweis der Friedensliebe und der Friedenszuversicht der deutschen Nation. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Unsere Feinde haben den **Aufschwung Deutschlands** vor Kriegsausbruch und während des Krieges als imperialistische Drohung hingestellt und uns die Absicht unterschoben, uns nun auch militärisch die Welt dienstbar zu machen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß der wirtschaftliche Entwicklungsgang Deutschlands eine innere Notwendigkeit war. Ein tatkräftiges Volk kann nicht dauernd Millionen von Volksgenossen ans Ausland abgeben, wenn es die Möglichkeit sieht, sie im Lande zu behalten und zu ernähren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man kann auch einem Volke nicht zumuten, seine wirtschaftliche Tatkraft und Begabung ungenützt zu lassen und sich vom friedlichen Wettbewerb der Völker freiwillig auszuschließen. Übergriffe einzelner sind gewiß vorgekommen, vor allem Versuche, durch **Schleuderkonkurrenz** und unlautere Manöver neues Marktgebiet zu erobern, aber es waren Ausnahmen, und sie sind von der deutschen Öffentlich-

keit und sie sind auch im Deutschen Reichstag jederzeit bekämpft und verurteilt worden. Maßnahmen solcher Art sind — das gebietet die Gerechtigkeit, festzustellen — aber auch von unseren Konkurrenten auf dem Weltmarkte zur Anwendung gebracht worden. Es waren, wie gesagt, Ausnahmen; denn die wirtschaftliche Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkte hat letzten Endes auf der Überlegenheit seiner Produkte und auf nichts anderem beruht. Weit rascher und intensiver noch als Deutschland hat ja bekanntlich Amerika seine wirtschaftliche Entfaltung betrieben und gefördert, ohne daß die Welt daran besonders Anstoß genommen hätte. Der englische Publizist Henry Hauser hat am 19. Januar 1919 in der „New Europe" zugegeben:

> Schon vieles ist über die Art der Deutschen geschrieben worden, den Weltmarkt mit billigen Waren zu überschwemmen. Dieses System ist weder von den Deutschen erfunden worden, noch wenden sie es allein an.

Und ein norwegischer Fabrikant hat am 2. Februar 1919 in „Bergens Tidende" geschrieben:

> Weiter ermöglicht die Ringbildung den meisten amerikanischen Fabriken im Schutze der Zollmauern einen großen und sicheren Verdienst. Ein Produktionsüberschuß wird oft ausgeführt oder unter Herstellungspreisen in den eines Zollschutzes entbehrenden Ländern in Europa abgesetzt, das sogenannte **Dumping**. So konnten wir in Norwegen lange Zeit landwirtschaftliche Maschinen billiger kaufen als in Chikago, am Herstellungsorte.

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen Amts hat in seiner Rede vom vorigen Freitag die Maßnahmen des „Dumping", die auch deutscherseits, aber, wie ich dargetan habe, nur in Ausnahmefällen angewendet worden sind, mit Recht mißbilligt. Ich hätte aber gewünscht, daß er, wie ja auch gegnerische und neutrale Blätter es zugegeben haben, dargetan hätte, daß das nicht nur deutsches Verschulden, sondern Verschulden aller Konkurrenten auf dem Weltmarkte gewesen ist.

Was die Absicht Deutschlands betrifft, militärisch die Weltmacht an sich zu reißen, so beweist gerade der Umstand, daß Deutschland einen großen Teil seiner Existenz ohne militärische Sicherung auf dem Weltmarkte aufgebaut hatte, seine unbegrenzte **Friedensliebe** und **Friedenszuversicht**, ja, man kann sagen, seine uns heute ganz unverständlich gewordene Friedensseligkeit. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wohl hat es auch vor dem Kriege nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die auf die möglichen Folgen einer solchen Abhängigkeit für Deutschland hingewiesen haben. Der verehrte Kollege Herr Dr. Delbrück hat als Staatssekretär des Innern im Reichstag wiederholt auf die Gefahr allzu großer Abhängigkeit vom Auslande hingewiesen. Stärker aber als diese Warnungen war die unbegrenzte Frie-

denszuversicht des ganzen deutschen Volkes, das niemals im Ernste daran gedacht hat, daß einmal eine jahrelange Blockade einer gegen uns vereinten feindlichen Welt uns die Grundlagen rauben könnte, auf denen das Wirtschaftsleben Deutschlands in den letzten 30 Jahren sich aufgebaut hatte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bis zum Tage des Kriegsausbruchs hatten Industrie und Handel keine ihrer finanziellen Beziehungen zum Auslande gelöst, obwohl zum Beispiel Frankreich seine Gelder aus Deutschland schon über ein Jahr vor Kriegsausbruch zurückgezogen hatte. Unsere Schiffe liefen bis zum Tage der Mobilmachung auf hohe See aus. Die deutschen Guthaben an das feindliche Ausland betrugen bei Kriegsausbruch das Vielfache dessen, was das gesamte Ausland von Deutschland zu fordern hatte. *Das alles sind untrügliche Zeichen der Friedensliebe* und des Friedenswillens des deutschen Volkes, und wenn man jetzt im gegnerischen Lager die Schuldfrage untersucht, sollte man diese untrüglichen Beweise nicht außer acht lassen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Kriegsausbruch hat deshalb auch die deutsche Volkswirtschaft *panikartig überrascht.* Er untergrub mit einem Schlage die **überseeischen Rohstoffbezüge** und traf dadurch unsere Volkswirtschaft an der Wurzel. Die Zufuhr ausländischer Rohstoffe stockte zum Teil völlig, zum Teil wurde sie nur mühsam und unter immer größeren Erschwerungen aus den von der Blockade nicht berührten Ländern mit hohen Kosten zumeist auf dem Landwege hereingeholt. Auch diese Zufuhren haben mit der Ausdehnung der Blockade auf die Ostsee und der Verrammlung der Wege nach dem Orient seit November 1918 aufgehört. Heute herrscht in Deutschland an ausländischen Rohstoffen zumeist gähnende Leere, und die wenigen noch vorhandenen Lager stehen vor der Erschöpfung. Ein Teil unserer auf ausländischen Rohstoffen basierten Industrien steht heute still, ein anderer Teil kann nur noch auf Wochen in Betrieb bleiben. Kann aber der auf Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesene Teil unserer Industrie nicht mehr arbeiten, so werden Millionen von Arbeitern brotlos. Wir können sie weder aus Deutschland fortschaffen, noch können wir sie durch unsere Binnenwirtschaft ernähren.

Dazu kommt die **Unterbindung** auch unserer **Binnenwirtschaft,** vor allem durch die Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde. Der **Entzug** unserer besten **Lokomotiven und Wagen** lähmt heute die ganze Volkswirtschaft. Das Brot der Industrie, die **Kohle,** findet nur in ungenügenden Mengen den Weg zum Verbraucher. Der Herr Kollege Vögler hat gestern bei der Begründung der Interpellation Dr. Heinze darauf hingewiesen, daß in Rheinland-Westfalen zwei Millionen Tonnen Kohlen lagern, ohne daß sie abgeführt werden können. Die Zahl ist nach meinen Informationen etwas zu hoch gegriffen; es ist

aber bei dieser fundamentalen Frage unseres Wirtschaftslebens von Bedeutung, einmal die Ziffern von heute und dem Vorjahre gegenüberzustellen. Während an der Ruhr kriegsnormal und bis zur Revolution rund 24 000 Wagen Kohle arbeitstäglich abgefahren wurden, sind vor dem jetzt eingetretenen Generalstreik, also zu einer Zeit, als sich die Kohlenförderung und auch der Verkehr schon wieder etwas gebessert hatten, nur 15 000 bis 16 000 Wagen Kohle täglich abgefahren worden. Im Februar vorigen Jahres war die Zahl werktäglich 28 000 Wagen. Die Kohlenförderung an der Ruhr belief sich vor dem Generalstreik auf arbeitstäglich 240 000 Tonnen gegen 340 000 Tonnen im Februar 1918. Die Vorräte betragen nach meinen Informationen zurzeit nicht 1,3 Millionen Tonnen gegen 3,7 Millionen Tonnen im Vorjahre. In Oberschlesien betragen die Vorräte sogar nur 200 000 Tonnen gegen 1 200 000 Tonnen im Vorjahre. Die gesamte Monatsförderung an Kohle im Januar 1919 war an der Ruhr 5,8 Millionen Tonnen gegen 8,8 Millionen Tonnen im Januar des Vorjahres und in Oberschlesien 1,6 Millionen Tonnen gegen 3,3 Millionen Tonnen im Vorjahre.

Dabei ist das **oberschlesische Kohlengebiet**, das über ein Drittel unserer gesamten Kohlenförderung ausmacht, andauernd vom Feinde bedroht, und auch die Lieferungen des Saarbeckens werden vom Feinde größtenteils nach Frankreich und nach der Schweiz geleitet.

Durch die **Besetzung des linken Rheinufers** war monatelang der Tauschverkehr zwischen Koks und Erzen zwischen den Minettegebieten Lothringens und Luxemburgs einerseits und Rheinland und Westfalen andererseits unterbunden. Auch heute ist trotz der Erleichterungen der Austauschverkehr ganz unzureichend.

Außerdem haben uns die **Besetzung Posens** und die Bedingungen der letzten Waffenstillstandsverlängerung den größten Teil der Provinz Posen als Wirtschaftsgebiet entzogen, eins der reichsten landwirtschaftlichen Versorgungsgebiete für ganz Deutschland.

All das kann die deutsche Volkswirtschaft ohne katastrophale Folgen nicht länger ertragen. Wir müssen das heute in die Welt hinausrufen, damit unsere Feinde es wissen und hören. Wir müssen erreichen, daß *unsere Feinde sich der Folgen dieser Maßnahmen nicht nur für Deutschland, sonder für ganz Europa bewußt werden.* (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn in Deutschland Millionen von Arbeitern brotlos werden, wenn bei uns der Hunger einzieht, so bedeutet das eine politische Gefahr nicht nur für uns, sondern für die ganze Welt. (Sehr richtig im Zentrum.) Wenn unsere Feinde sich mit uns gegen den Bolschewismus wehren wollen, *so müssen sie uns die Mittel belassen, den Bolsche-*

wismus in Deutschland niederhalten zu können. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir hoffen, daß nunmehr bald die Verhandlungen zum wirklichen Frieden beginnen. Dabei werden sich unsere Unterhändler, aber auch unsere Feinde sagen müssen, daß es sich bei allen in Betracht kommenden wirtschaftlichen Abmachungen um volkswirtschaftliche Zusammenhänge mit unabsehbaren Folgen handelt, die nur der Wirtschaftspolitiker, nicht der Militär allein, überblicken kann.

Wenn man z. B. das Erzbecken Lothringens nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich Deutschland entziehen wollte, wenn man den Verkehr zwischen unserer rheinisch-westfälischen Industrie und dem Minettegebiet in Lothringen wirtschaftlich unterbinden wollte, so würde man eine der Pulsadern der deutschen industriellen Betätigung durchschneiden. Wollte man uns Oberschlesien im künftigen Frieden wegnehmen, so würde das den Zusammenbruch eines großen Teiles des deutschen Wirtschaftsgebäudes bedeuten.

In diesen Tagen ist der Entwurf des Vertrags bekannt geworden, den Wilson am 14. d. M. der Friedenskonferenz der Allierten über die **Gründung eines Völkerbundes** unterbreitet hat. Ich will auf den politischen Inhalt dieses Entwurfs nicht näher eingehen, sondern nur aussprechen, daß die in § 3 vorgesehene Inanspruchnahme der Führung dieses Völkerbundes durch die Entente und die in § 7 vorgesehene Gesinnungsquarantäne für Völker, die diesem Völkerbunde beitreten wollen, vor allem aber auch die Bestimmung in § 19 über die künftige Verwaltung unserer Kolonien es sehr schwer machen, die Hoffnung auf eine volle Verwirklichung des idealen Völkerbundgedankens aufrechtzuerhalten. (Sehr wahr! im Zentrum.) Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist es höchst auffallend, daß der Entwurf neben einigen sozialpolitischen Bestimmungen, vornehmlich Arbeiterschutzbestimmungen, das wirtschaftliche Gebiet völlig außer acht läßt, daß insbesondere die Rohstoffrage und die Frage der Unzulässigkeit wirtschaftlichen Boykotts mit keinem Wort erwähnt sind. (Hört! hört! im Zentrum.) Diese Lücke läßt auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für das Zustandekommen eines allen Teilen gleichmäßig gerecht werdenden Völkerbundes nicht allzuviel Hoffnung übrig.

Aber auch ohne alle diese Maßnahmen unserer Feinde ist der deutsche Wirtschaftskörper heute schwer krank. Nicht nur unsere Exportindustrie liegt im argen, sondern unsere ganze Volkswirtschaft zittert und bebt, auch soweit sie reine Binnenwirtschaft ist.

Die **Landwirtschaft** ist der wichtigste Teil unserer Binnenwirtschaft. Sie hat das deutsche Volk vor dem Kriege bis auf relativ geringe Mengen gut und ausreichend ernährt. Freilich war auch ihre Höchst-

leistung abhängig von der Zufuhr ausländischer Futter- und Düngemittel und zum Teil auch von der Verwendung ausländischer Arbeitskräfte. Im Kriege hat auch sie unter dem Mangel an ausländischen Futtermitteln, wie auch unter dem Mangel an Arbeitskräften und Düngemitteln schwer gelitten. Trotz ungeheurer Erschwerung des Anbaues, der Ernte, der Viehzucht, der Viehhaltung hat sie im Kriege das Höchste geleistet, was sie unter diesen Umständen leisten konnte. Aber auch sie steht heute am Ende der Kraft. Wir sind heute auch auf dem Gebiete unserer Ernährung auf rasche Zufuhr aus dem Auslande angewiesen; denn wir werden in diesem Jahre erstmals den Anschluß an die neue Ernte nicht finden. Millionen Menschen würden in Deutschland verhungern, wenn **Amerika** uns nicht die nötige **Lebensmittelergänzung** beschafft. Es ist erfreulich, daß uns endlich gewisse Mengen zugesagt worden sind. Außerordentlich hart aber ist das Verlangen der sofortigen Barzahlung in Gold oder in ausländischen Devisen; denn ihre Beschaffung ist uns in diesem Umfange heute unmöglich und, soweit sie möglich ist, kostet sie Deutschland viele Milliarden Mark. Dieses Verlangen Amerikas ruft die Erinnerung an die sechziger Jahre zurück, an die Zeit, wo die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Bürgerkriege in ganz ähnlichen Verhältnissen waren wie heute Deutschland (hört! hört! im Zentrum), an jene Jahre, wo die amerikanische Valuta auf 33 Prozent ihres Normalstandes stand, wo die amerikanische 6 prozentige Anleihe mit 40—44 Prozent ihres Nominalwertes gehandelt wurde. (Hört! hört! im Zentrum.) Damals war es Europa und war es vornehmlich Deutschland, das diese Anleihe Amerikas aufnahm und dadurch Amerika langfristige Kredite gewährte, die es den Vereinigten Staaten von Amerika möglich gemacht haben, durch Lieferung von Rohstoffen und Produkten im Laufe der Jahre langsam diese Schuld abzutragen und so wieder auf den aufsteigenden Ast zu kommen. (Hört! hört!) Ich möchte der Regierung und der Bevölkerung der Vereinigten Staaten nahelegen, einmal die Finanzgeschichte jener Zeit zu studieren und sich dann zu fragen, ob es im Leben nicht Momente gibt, wo die Erinnerung und die Dankbarkeit verpflichten, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. (Bravo!)

An dieser Stelle möchte ich aber noch darauf hinweisen, daß, auch wenn es uns gelingt, den Vertrag über die Zufuhr von Lebensmitteln zum Abschluß zu bringen, und wenn Amerika alles aufwendet, uns die zugesagten Mengen von Nahrungsmitteln zu verschaffen, wir noch keineswegs sicher sind, daß sie auch rechtzeitig nach Deutschland hereingebracht werden können. Auch wenn unsere ganze Handelsflotte der Entente zur Verfügung gestellt wird, steht zu befürchten, daß infolge der allgemeinen **Verkehrsmittelnot schwere und monatelange**

Stockungen dieser Lieferungen eintreten. Heute bezieht Frankreich erst die Lebensmittelraten von Amerika, die im November und Dezember in Frankreich eintreffen sollten, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß infolge der Schwierigkeiten des Seetransports, aber auch der Verkehrsverhältnisse im Inland mit Stockungen wird gerechnet werden müssen.

Diese Aussicht ist um so bedenklicher, als wir schon vom März ab einen außerordentlich empfindlichen Mangel an Lebensmitteln, insbesondere an Kartoffeln, haben werden. Unser Volk möge sich nicht darüber täuschen, daß wir mit der bloßen Zusage Amerikas, deren Erfüllung auch beim festen Willen aller Beteiligten noch lange nicht Tatsache ist, auch auf diesem Gebiete vor erheblichen Enttäuschungen nicht sicher sind.

Ähnlich wie mit unserer Ernährung steht es mit einer anderen wesentlichen Voraussetzung unseres Wirtschaftslebens, mit der Wohngelegenheit. Das Baugewerbe liegt darnieder. Trotz größter Anstrengungen will es nicht gelingen, die Bautätigkeit in Fluß zu bringen. Es fehlt an nahezu allen Baustoffen. Die Selbstkosten sind so hoch geworden, daß die Baukosten eine unerschwingliche Höhe erreicht haben. Die Unternehmungslust im Baugewerbe ist vollständig ins Stocken geraten. Die **Wohnungsnot** wächst und schafft unhaltbare Zustände. Wir begrüßen es daher, daß die Reichsregierung in Verfolg eines Antrags, den der alte Reichstag bereits gestellt hatte, von den damals vorgesehenen 500 Millionen Mark **Baukostenzuschüssen** 300 Millionen Mark in dem Nachtragskredit, den sie uns vorgelegt hat, anfordert. Wir sind gern bereit, diese Summe zu bewilligen. Wir wären auch bereit gewesen, die volle vom Reichstag seinerzeit verlangte Summe zu bewilligen, und wir erwarten, daß, sobald sich die Notwendigkeit einer Erhöhung ergeben sollte, auf diesem Gebiete nicht gespart wird. (Bravo! im Zentrum.) Wir erwarten aber auch eine zweckentsprechende und gerechte Verwendung dieser Baukostenzuschüsse. Wir verlangen, daß alle Teile des Deutschen Reichs gleichmäßig Berücksichtigung finden, und ich möchte als Vertreter Süddeutschlands hier vor allem darauf hinweisen, daß nicht nur in den Industriezentren Deutschlands und in den Städten Mittel- und Norddeutschlands, sondern auch in den Städten des deutschen Südens die Wohnungsnot ebenso schlimme Folgen zeigt wie anderwärts. (Zustimmung.)

Auch die **heimische Industrie**, soweit sie der Befriedigung des Inlandsbedarfs dient, arbeitet unter den größten **Schwierigkeiten**. Der Transport der Rohmaterialien und Produkte ist kaum noch durchführbar. Die Selbstkosten steigen ins Fabelhafte, und sie wirken lähmend auf den Konsum. Dabei fehlt es an Kohlen und Betriebsstoffen, so daß die Reparatur und Inganghaltung der Maschinen kaum noch möglich ist.

Die Folge dieser Verhältnisse ist eine allmähliche Erdrosselung und Lähmung der ganzen deutschen Volkswirtschaft. Es sind Sturmzeichen des deutschen Wirtschaftslebens, wenn die preußischen Eisenbahnen einen Fehlbetrag von 1,7 Milliarden aufweisen; es sind Sturmzeichen der deutschen Volkswirtschaft, wenn der Stahlwerksverband sich gezwungen sieht, mit Bewilligung der Regierung neuerdings seine Preise ins Ungeheuerliche zu erhöhen. Während z. B. Rohblöcke im Frieden mit 82,5 Mark bemessen waren, während sie noch im Kriegsjahr 1916 auf 127,5 Mark standen, haben wir im Januar/Februar dieses Jahres einen Preis von 285 Mark (hört, hört! rechts), und vom nächsten Monat ab 385 Mark. (Hört, hört! rechts.) Derlei Preise lassen der weiterverarbeitenden Industrie keinerlei Existenzmöglichkeit mehr. Sie werden in wenigen Monaten für alle Gebrauchsgegenstände ein Emporschnellen der Preise mit sich bringen, die das ganze Preisniveau zur Unerträglichkeit steigern. Genau so ist es bei Knüppeln, wo die entsprechenden Zahlen lauten: 95, 142,5, 300 und 400 Mark; bei Platinen 97,5 bis 147,5, 305, 405 Mark; bei Formeisen 110, 160, 320, 420 Mark.

Auch auf dem Mittelstand lastet die Zeit schwer. Ungezählte Existenzen sind durch den Krieg vernichtet, andere aufs schwerste geschädigt, und doch ist gerade die Erhaltung der Mittelschicht eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes auch in der Zukunft. Ich werde bei der Frage des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft auch zu diesem Kapitel noch einiges zu sagen haben.

So hängen heute düstere Wolken über dem **deutschen Wirtschaftsleben.** Der Herr Reichsminister der Finanzen hat in seiner Finanzrede vor wenigen Tagen das Hindenburgprogramm als ein Programm der Verzweiflung bezeichnet, und der Herr Ministerpräsident Scheidemann hat den General Ludendorff einen genialen Hasardeur genannt. Geehrte Versammlung, das Bild des deutschen Wirtschaftslebens ist heute schlimmer noch als das militärische Bild kurz vor dem Zusammenbruch. Wir leben heute auch wirtschaftlich in bedenklichster Weise von den allerletzten Reserven. (Sehr richtig! rechts.)

Was uns nottut, ist vor allem die sofortige Beseitigung der Ostseeblockade, die uns seit der Revolution von unserem bisherigen Eisenversorgungsgebiet Schweden abschließt. Wir brauchen ferner die sofortige Milderung der im Waffenstillstandsvertrag vorgesehenen Abschnürung zwischen Rechtsrhein und Linksrhein, und wir brauchen so rasch wie möglich den Vorfrieden und den definitiven Frieden. Deutschland ist heute militärisch erledigt und für unsere Feinde für absehbare Zeit keine militärische Gefahr mehr. Wir sind auch alle entschlossen, die Folgen unserer Niederlage zu tragen, aber wir verlangen vor aller Welt, daß die Fortsetzung einer Abwürgung, wie

wir sie derzeit erdulden müssen, möglichst rasch aufhört. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir wollen hoffen, daß die jetzt endlich vollzogene Bildung einer auf dem freien Willen der Nation beruhenden verhandlungsfähigen Regierung uns dem Ziele des Friedens näherbringt, um den wir seit 4½ Monaten vergebens bitten. Das ist die erste und dringendste Voraussetzung des Wiederaufbaues. Bleibt uns der Friede noch länger vorenthalten, so ist nicht nur der Wiederaufbau unmöglich gemacht, sondern auch die Katastrophe unvermeidlich geworden.

Meine Damen und Herren, ich habe bei meinen bisherigen Betrachtungen unsere **Finanzlage** nicht in den Kreis meiner Erörterungen gezogen, und doch ist gerade die Finanzlage das große Bleigewicht, das an unserem Wirtschaftskörper hängt und das seine rasche Beweglichkeit hemmt, das Bleigewicht, von dem der Vizekanzler Helfferich einst meinte, es würde uns unerträglich werden, und daher dürften nicht wir, sondern müßten es unsere Feinde tragen.

Bis jetzt sind Kriegskredite in Höhe von 146 Milliarden bewilligt; von den jetzt als Nachtragskredit geforderten 25 Milliarden Mark sind bereits 15 Milliarden Mark seit der Revolution verausgabt. 93 Milliarden Mark sind in Kriegsanleihe konsolidiert, der Rest mit über 65 Milliarden Mark ist schwebende Schuld. Aber noch mehr: die durch den Krieg veranlaßten jährlichen Renten für Kriegshinterbliebene und -invaliden, die der Herr Reichsfinanzminister nicht in Jahresziffern zum Ausdruck gebracht hat, werden mit 3 bis 4 Milliarden Mark jährlich einzusetzen sein, was einer Dauerbelastung von weiteren 75 Milliarden Mark gleichkommt.

Hinzu kommt der gewaltige Verlust an Nationalvermögen, der dadurch entstanden ist, daß von unserem Heeresgut, dessen Wert der Herr Reichsfinanzminister auf 8 Milliarden zur Zeit des Ausbruchs der Revolution geschätzt hat, dessen Wert nach einer anderen Quelle sogar auf 10 Milliarden Mark zu bemessen ist, so viele Werte unterschlagen, verschleudert und verloren sind (hört! hört! im Zentrum), daß heute nur noch ein Nutzwert von vielleicht 3 bis 4 Milliarden Mark an Heeresgut vorhanden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die gewaltigen Ausgaben seit der Revolution und die ungeheure **Verschleuderung** von Milliardenwerten an **Heeresgut** werden an anderer Stelle noch sehr genau nachzuprüfen sein. Die kurzen Angaben des Herrn Reichsministers der Finanzen genügen uns auf diesem Gebiete als Aufschluß nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Reichsregierung hat zur Verwertung des noch übriggebliebenen Teils des Heeresguts ein Reichsverwertungsamt geschaffen, das einen großen Stab von Mitarbeitern aufweist. Wir wünschen weder, daß die Kriegsgesellschaften verewigt werden, noch können wir billigen, daß neue große Gesellschaften ähnlicher Art ins Leben gerufen

werden, wenn und soweit das nicht absolut nötig ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch hierüber werden wir von der Regierung Aufklärung fordern.

Die Kosten der Arbeiter- und Soldatenräte allein für Unterhalt betragen im Reich nach einer mir gewordenen vorsichtigen Schätzung, auf das Jahr umgerechnet, mindestens 70 Millionen Mark. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Auch diese Ausgabe wird auf ihre Notwendigkeit hin eingehend zu prüfen sein.

Vor dem Kriege betrug die Gesamtbelastung an jährlich aufzubringenden öffentlichen Mitteln im Reich, in den Einzelstaaten und den Gemeinden etwa 5 Milliarden Mark. Diese Summe ist heute auf etwa 19 Milliarden jährlich angewachsen, eine Ziffer, die schon sagt, daß im Wege jährlich zu erhebender Steuern allein dieser Geldbedarf niemals wird aufgebracht werden können.

Dazu kommt, daß die bisherigen Steuerquellen, die schon während des Krieges großenteils versagt haben, auch in der nächsten Zeit nach dem Kriege zum größten Teil versagen werden, nicht nur die Zölle, Branntweinabgabe und ähnliche Steuern —, sondern auch die direkten Steuern werden in den nächsten Jahren im Ertrage wesentlich zurückgehen. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Bei alledem ist die **Kriegsentschädigung**, die wir an unsere Feinde zu zahlen haben werden, noch nicht berücksichtigt. Es ist unverständlich, bis zu welchen Summen sich bis vor kurzem wenigstens noch die französische und englische Presse in der Bemessung der voraussichtlichen Kriegsentschädigung Deutschlands verstiegen hatte. Dabei hat diese Presse aber auch, wie vielfach übrigens auch die deutsche Presse, vollständig außer acht gelassen, daß das Ausmaß der Entschädigungspflicht zwischen Deutschland und den Alliierten bereits heute vertraglich feststeht. Maßgebend ist die Note der Alliierten vom 5. November 1918. Hiernach hat Deutschland lediglich die durch seine Angriffe in den besetzten Gebieten verursachte Schädigung feindlichen Privateigentums wieder gutzumachen. Eine weitergehende Entschädigungspflicht ist ausgeschlossen. Diese durch deutsche Angriffe in den besetzten Gebieten verursachten Schädigungen des Privateigentums reichen aber nicht entfernt an die Schätzungen heran, die wir in der ausländischen Presse in der letzten Zeit lesen konnten. Nach vorsichtiger Schätzung betragen sie nicht einmal 10 Milliarden Mark.

Im übrigen bricht sich auch bei unseren Feinden allmählich die Überzeugung Bahn, daß die gewaltigen Beträge, die man im englischen Wahlkampf den Wählern genannt hat, und die man in der französischen Presse veröffentlicht hat, von Deutschland niemals geleistet werden können. Der „Daily Telegraph" vom 31. Januar 1919 hat sich bereits zu folgendem Satze durchgerungen:

Wir befürchten, die Idee, große Entschädigungen in barem Geld zu erhalten, muß von uns aufgegeben werden.

Auch eine Versklavung eines großen Volkes und eine Ausnutzung seiner Arbeitskraft auf Jahre hinaus im Dienste der Feinde ist nach allen ökonomischen und menschlichen Gesetzen eine Unmöglichkeit. Die Kosten dieses Krieges werden vielmehr alle Kriegführenden im wesentlichen selbst zu tragen haben, wenn auch Deutschland den Löwenanteil wird tragen müssen. Deutschland wird, wenn es Elsaß-Lothringen verliert, ohnehin ein Land verlieren, in welchem es Milliardenwerte aufgeschlossen hat, die im Jahre 1870 noch unausgenützt waren, und es wird, wenn es die polnischen Gebiete Posens abzutreten hat, auch im Osten eine schwere und klaffende Wunde haben, an der es auf Jahrzehnte hinaus schwer zu tragen haben wird.

Ich will das große Problem der **Kriegsanleihe**, durch die zwei Drittel der deutschen Bevölkerung dem anderen Drittel für einen Betrag von nahezu 100 Milliarden Mark zinspflichtig sind, nicht näher untersuchen. Sicher ist, daß diese Summe nicht als reine Belastung unseres Volksvermögens betrachtet werden kann, wenn auch zuzugeben ist, daß sie uns nach innen hin große Schwierigkeiten bereiten wird. Auch ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sie ins Ausland abwandert und dann zu einer reinen Belastung wird.

Eine sehr schwere Last ist es jedenfalls, daß wir einen schwebenden Kredit von etwa 65 Milliarden Mark haben werden und gezwungen sind, demnächst weitere 10 Milliarden Mark flüssig zu machen, wobei der Reichsfinanzminister in seiner Rede einen Weg, wie er sich die Deckung denkt, nicht einmal angedeutet hat.

Dazu kommt, daß wir kurz nach Friedensschluß an das Ausland erhebliche Beträge in ausländischer Währung zu zahlen haben werden, über die der Herr Finanzminister sich des näheren nicht ausgelassen hat, und daß wir insbesondere Milliardenbeträge für Lebensmitteleinfuhr aus Amerika in Gold oder ausländischen Devisen zahlen müssen.

Dabei ist der Wert der deutschen Reichsmark bekanntlich auf zwei Fünftel seines Friedenswertes gesunken und die Summe unserer Umlaufsmittel von 5 Milliarden im Frieden auf über 36 Milliarden angewachsen.

Überblicken wir die finanzielle Lage Deutschlands, so ergibt sich ein außerordentlich betrübliches Bild. Die Lage wäre trostlos, wenn die 93 Milliarden Mark Kriegsanleihe eine Schuld an das Ausland darstellten. Daß das nicht der Fall ist, erleichtert es uns, an einen Wiederaufbau Deutschlands zu glauben und ihn zu betreiben.

Der Herr Reichsfinanzminister hat in seiner Rede auch die Ursachen unseres Zusammenbruchs behandelt und das **Ausgabe- und das Einnahmewesen** des Reichs **während des Krieges** scharf kritisiert. Er

hat dargetan, daß die Behörden bei den Kriegslieferungen den Kopf verloren und Riesensummen verschleudert hätten, und daß es erst dem Eingreifen des Reichstags zu danken gewesen sei, wenn hierin im Laufe des Krieges eine Besserung eingetreten sei. Er hätte noch hinzufügen können, daß der Reichsregierung bei ihren Auftragserteilungen nicht etwa uninteressierte sachverständige Berater zur Seite standen, sondern ausschließlich die Interessenten selbst (sehr wahr! im Zentrum), und er hätte hinzufügen müssen, daß die Schuld daran die Reichsregierung selbst trifft. Meine Freunde haben schon vor zehn Jahren im Deutschen Reichstag den Kartellantrag eingebracht, der eine Reichsaufsicht über alle privatmonopolistischen großen Betriebe vorsah. In diesem Kartellantrag war verlangt, daß das Reich in den maßgebenden Organen dieser großen Gebilde Reichsbeamte als Vertreter haben sollte, die im Interesse der Öffentlichkeit das fehlende Korrektiv von Angebot und Nachfrage ersetzen sollten, die aber auch bestimmt waren, einen wirtschaftlichen Generalstab uninterressierter Sachverständiger abzugeben, welcher der Reichsregierung hätte zur Seite stehen können, als der Krieg die gewaltige Aufgabe der Vergebung aller Kriegslieferungen auf ihre Schultern legte. Der Antrag ist von zwei verschiedenen Reichstagen im ganzen dreimal zum Beschluß erhoben worden. Leider hat die Reichsregierung diesen Beschlüssen des Reichstags keine Folge gegeben. Milliarden Mark wären — ich habe das seinerzeit schon im Unterausschuß des Hauptausschusses ausgeführt — dem deutschen Volke erspart geblieben, wenn die Regierung diese Beschlüsse des Deutschen Reichstags in die Praxis übergeführt hätte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Heute lesen wir nun im Regierungsprogramm endlich die Erfüllung unserer Forderungen, wenn es in Ziffer 7 heißt:

> Wirtschaftszweige, die nach der Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen.

Der Herr Reichsfinanzminister hat dann noch unser Einnahmewesen getadelt. Er hat dem englischen System das Wort geredet und dargetan, daß es besser für Deutschland gewesen wäre, wenn es schon während des Krieges einen Teil seiner Ausgaben — und nicht nur die Zinsen dieser Ausgaben — aus Steuern geschöpft hätte. Der Herr Reichsfinanzminister hat hinzugefügt, daß wir alle früher unter einem gewissen Banne gestanden hätten, der uns das Richtige auf diesem Gebiete nicht habe erkennen lassen. Ich habe mich bei seiner Rede an einen Vorgang im Deutschen Reichstag erinnert, der sich in der 84. Sitzung vom 28. Februar 1917 abgespielt hat. Damals hat der Herr Abgeordnete Schiffer noch mit dem Gedanken gespielt, auch die **Zinsen unserer Kriegsanleihen auf Anleihen** zu nehmen. (Hört! hört! im Zentrum.) Er hat ausgeführt:

> Man könnte zweifelhaft sein, ob es überhaupt angebracht ist, in diesem Augenblick mit einer großen neuen Steuervorlage zu kommen.

Ich will diese Frage nicht vertiefen. Sie ist uns schon im vorigen Jahre gestellt worden, und nachdem wir sie im vorigen Jahre durch Annahme der Steuern bejaht haben, haben wir uns bereits präjudiziert. Ob also nicht angesichts der ungeheuren Beträge, um die es sich im ganzen Kriege handelt, selbst der erhebliche Betrag, vor dem wir bei diesen Steuern stehen, groß genug ist, um eine neue Vorlage zu rechtfertigen, ob es nicht doch richtiger gewesen wäre, alles auf die Anleihen zu nehmen, das lasse ich dahingestellt. (Hört! hört! im Zentrum.)

Ich habe damals dem Herrn Abgeordneten Schiffer erwidert:

Ich habe mich einigermaßen darüber gewundert, daß der Herr Kollege Schiffer noch mit dem Gedanken gespielt hat, die Verzinsung unserer Kriegsanleihen im Wege neuer Anleihen zu beschaffen. Meine Herren, ich glaube, die überwiegende Mehrheit des Reichstags ist heute nach den Erfahrungen, die wir mit der Entwicklung unserer Valuta gemacht haben, der festen Überzeugung, daß es eine außerordentliche Schädigung der deutschen Volks- und Finanzwirtschaft und unserer Valuta im besonderen wäre, wenn wir das von dem Herrn Kollegen Schiffer angedeutete Verfahren einschlagen wollten. Unsere Valuta und mit ihr unsere ganze Volkswirtschaft würde in kürzester Frist stark notleidend werden. Was das aber für unsere Kriegführung und unsere Zukunft bedeuten würde, das ist überhaupt nicht abzusehen. (Hört! hört! im Zentrum.)

Ich glaube, diese Erinnerung entbehrt bei der scharfen Kritik, die der Herr Reichsminister der Finanzen in der letzten Sitzung an der Finanzgebarung des Deutschen Reichstags geübt hat, nicht eines gewissen Interesses. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich komme nun zu der Frage des **Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft.** Es wird eine gewaltige Aufgabe sein, deren Gelingen von vielen Voraussetzungen abhängig ist.

Wir werden in der nächsten Zeit jedenfalls nur in sehr beschränktem Maße Exportland sein können. Im wesentlichen werden wir zunächst nur unsere Ureerzeugnisse an das Ausland abführen können, Chemikalien, Teerprodukte, Glas, Keramik, Maschinen, Kali und vielleicht einen gewissen Überschuß von Kohlen. Der Erlös aus diesem Export wird nicht entfernt hinreichen, um auch nur die in diesem Jahre notwendigen Lebensmittelzuschüsse des Auslandes bezahlen zu können. Wir werden auch zu arm sein, um in den nächsten Jahren uns mehr Import gestatten zu können, als für unsere Lebensnotwendigkeiten unbedingt erforderlich ist. Der starke Lebensmittelimport, der jetzt als Ausnahmemaßnahme notwendig ist, wird sich in den kommenden Jahren aus Finanzgründen von selbst verbieten. Schon daraus ergibt sich, daß der ganze Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft auf Jahre hinaus nur planmäßig und nicht mosaikartig durchgeführt werden kann. Dabei werden wir die wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte als ein Ganzes zu betrachten haben und gemeinsam dem Wiederaufbau zugrundelegen müssen.

Obenan steht die planmäßige Förderung des Exports, um ausländische Zahlungsmittel zu erhalten. Ihr entspricht auf der anderen Seite eine scharfe **Kontrolle der Einfuhr.** Es wird eine staatliche Beeinflussung der ganzen deutschen Einfuhr sich nicht umgehen lassen. Ob diese Beeinflussung, wie vielfach angenommen wird, die Monopolisierung der Einfuhr zur Folge haben wird, wobei diesen Monopolen und etwa sich ihnen anschließenden Vertriebs- und Verarbeitungsmonopolen vielleicht auch die Rolle von Finanzquellen zugedacht werden soll, diese Frage kann heute noch nicht beantwortet werden.

Im Innern wird die **Bodenpolitik** eine Hauptrolle zu spielen haben. Von der Heimatscholle muß die Gesundung ausgehen. Wir müssen unbedingt zu dem Ergebnis kommen, daß unsere heimische Landwirtschaft dem inländischen Konsum, soweit es irgend möglich ist, genügt, und wir werden die Lebenshaltung diesem Erfordernis anpassen müssen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Es wird unmöglich sein, alle Bodenprodukte wie in früherer Zeit der freien Wirtschaft zu überlassen. Jedenfalls werden die Elemente unserer Lebenshaltung, Getreide, Kartoffel und Fleisch, auf Jahre hinaus planmäßig veranschlagt, produziert und verteilt werden müssen. Selbst die Futtermitteleinfuhr wird in vollem Friedensumfange in den ersten Jahren kaum möglich werden, und der Fleischkonsum wird gegenüber der Zeit vor dem Kriege zurückgehen müssen. Zum Ersatz für Auslandswolle werden wir unsere Schafzucht, wo immer die Bodenverhältnisse es gestatten, wieder bedeutend vermehren müssen. Bei dem heutigen Stande unserer Valuta ist es außerordentlich viel leichter, für Inlandswolle einen die Produktion deckenden Preis zu zahlen, als Auslandswolle zu dreifachem Preise hereinzuholen. Auch die Einfuhr von Gespinststoffen werden wir kurz halten müssen durch vermehrten Anbau von Hanf und Flachs.

Ein außerordentlich bedenkliches Kapitel ist die **Versorgung unseres Volkes mit Fett.** Wir haben im Kriege, vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 1918, ganze Generationen von Jungvieh abgeschlachtet und sind von der Schlachtgewichtsgrenze von 9 Zentnern bis schließlich auf 4 Zentner hinuntergegangen. (Hört! hört! rechts.) Die Folge war, daß wir den Nachwuchs von Milchkühen so eingeschränkt haben, daß uns in den nächsten Jahren eine Milchnot droht (sehr richtig! im Zentrum und rechts), und es wird zu prüfen sein, ob und inwieweit durch planmäßigen Anbau von Ölsaaten genügend pflanzliche Fette als Ersatz für animalische Fette hergestellt werden können und ob und inwieweit nicht sogar ein Verbutterungsverbot zeitweilig notwendig werden wird. Denn, geben wir uns keiner Täuschung hin: Milchnot bedeutet **Kindertod!**

Unsere heimische Industrie wird vor allem auf die Herstellung von Gebrauchsgegenständen und solchen Dingen bedacht sein müssen, die neue Werte schaffen. Für Herstellung von Luxuswaren für den Inlandsbedarf wird im Deutschen Reiche auf Jahre hinaus kein Raum sein. (Sehr richtig! rechts.)

Überaus bedenklich ist die **Lage unseres** kaufmännischen und gewerblichen **Mittelstandes.** Auch in der Zeit der Not und Bedrängnis werden wir immer an unsere wirtschaftliche Mittelschicht denken müssen, deren Vorhandensein eine wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit für Deutschland bleibt. Wir werden dem Mittelstande unter allen Umständen die Hand zur Wiederaufnahme bieten, und wir werden erreichen müssen, daß er sich unter Ausbau seiner genossenschaftlichen Organisation, die sich im Kriege glänzend bewährt hat, in den Aufbau unseres Wirtschaftslebens als vollberechtigtes Glied wieder einreiht. (Sehr wahr! rechts.) Dazu wird es vor allem nötig sein, dem Handwerk, wie es schon von der Reichstagskommission für Handel und Gewerbe bei der Beratung der Übergangswirtschaft verlangt worden ist, in bevorzugter Weise Rohstoffe zur Verfügung zu stellen und dem genossenschaftlich organisierten Handwerk Staatsaufträge in tunlichst großem Maße zuzuweisen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Auch die Sicherung der Bauhandwerkerforderungen wird bei der Wiederbelebung des Baugewerbes erneut aktuell werden. (Zustimmung im Zentrum.) Daneben bleiben die alten Forderungen, betreffend den Befähigungsnachweis, die Kosten der Lehrlingsausbildung, die Beseitigung der Beschränkungen des § 100 q der Gewerbeordnung usw. bestehen.

Unbedingt erforderlich erscheint es uns auch, daß vor Erlaß von Verordnungen, die das Handwerk betreffen, die Handwerkskammern gehört werden. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Trotz aller dieser Maßnahmen werden wir um eine starke **Auswanderung aus Deutschland** nicht herumkommen. Es ist erwünscht, diese Auswanderung planmäßig zu gestalten und, soweit möglich, in hierfür geeignete eigene Kolonien zu leiten. Auch von diesem Standpunkte aus entspricht die Forderung der Beibehaltung unserer Kolonien einer Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes.

Wir werden auch bestrebt sein müssen, in der Heimat **landwirtschaftliches Neuland** zu gewinnen. Noch harren Hunderttausende von Hektar in Deutschland der Erschließung durch Flußkorrektionen, durch Öd- und Moorlandkulturen. Im Frieden haben wir diese Aufgabe, wie sich jetzt zeigt, viel zu leicht genommen und viel zu lange vernachlässigt. Den Großtaten eines Friedrich des Großen, der den Netzebruch und den Warthebruch kultiviert hat, haben wir seither nichts

Gleichwertiges gegenüberzustellen. Unser Bestreben muß sein, Millionen neuer Existenzen in der Landwirtschaft unterzubringen.

Freilich kann diese Bodenreform nicht ruckweise, sondern sie muß allmählich erfolgen; sie muß erfolgen unter Berücksichtigung der verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Teile des Deutschen Reichs.

Auf alle Fälle werden wir der Landwirtschaft die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung stellen müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es darf nicht ein Zustand eintreten oder bleiben, bei dem die Landwirtschaft die nötigen Arbeitskräfte entbehrt und auf der anderen Seite Landarbeiter, die vor dem Kriege in der Landwirtschaft tätig waren, in den Städten der Arbeitslosenunterstützung zur Last fallen. (Erneute Zustimmung im Zentrum.)

Es muß auch die Landflucht, unter der wir schon seit der Industrialisierung Deutschlands leiden, für die Zukunft möglichst verhindert werden. Insbesondere werden öffentliche Zuschüsse für die Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses in landwirtschaftlichen Lehranstalten auf dem Lande selbst gewährt werden müssen.

Unbedingt erforderlich ist die alsbaldige **Feststellung** und der Schutz der noch im Lande **vorhandenen Vorräte.** Wir fordern die sofortige Inventarisierung der noch in öffentlichen Händen befindlichen Rohstoffe und Fertigfabrikate, vor allem der Kleiderlager.

Wir fordern, daß keine der Kriegsgesellschaften aufgelöst wird, ohne daß ein eingehender Rechenschaftsbericht alle Aus- und Eingänge und die Geschäftsgebarung nachweist (lebhafte Zustimmung im Zentrum), und wir fordern, daß alle noch vorhandenen Vorräte gegen mißbräuchliche Zugriffe mit aller Macht geschützt werden.

Wir gehen schwierigen Ernährungszuständen in diesem Sommer entgegen. Schon sind im Lande da und dort Ausraubungen von Bauernhöfen und Plünderungen von Lagern vorgekommen. (Hört, hört! im Zentrum und rechts.) Wir möchten nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie verhängnisvoll derartige Ausschreitungen werden können, wenn sie sich besonders im Laufe des Sommers etwa noch mehren und dazu führen sollten, die nächste Ernte zu stören. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich habe schon auf die Sonderstellung der deutschen Kriegsanleihen als Schuld eines Teils des Volkes an den anderen Teil hingewiesen. Diese Sonderstellung der Kriegsanleihen muß sofort im Hinblick auf das Ausland sichergestellt werden, damit nicht unsere Volkswirtschaft durch unkontrollierten Übergang dieser Forderungen an das Ausland unabsehbaren Schaden erleiden. Die **Unterbringung von Kriegsanleihen im Auslande** muß ausschließlich Sache der Reichsbehörden bleiben. Es wird zu erwägen sein, ob die

Kriegsanleihen zur Verhinderung dieser Gefahr nicht ehestens in irgend einer Weise registriert werden müssen.

Viel gesprochen wird von der Notwendigkeit des alsbaldigen **Abbaues der Preise.** Man verlangt, daß zuerst die landwirtschaftlichen Produkte, dann die Arbeitslöhne im Preise sinken müßten, verkennt dabei aber, daß das Preisniveau für Ware und Arbeit einem Wasserspiegel vergleichbar ist, in den man kein Loch hineinhämmern kann, ohne daß das Wasser nachläuft. Hier kann nur das ganze Niveau der Preisbemessung steigen oder sinken, denn es handelt sich hier im wesentlichen um Fragen unserer Valuta und unserer Finanzen. Der Abbau der Preise muß daher eingeleitet werden durch eine großzügige Finanzpolitik. Wir werden unsere Finanzen nur in Ordnung bringen können, wenn wir uns von einer weiteren Verschuldung an das Ausland tunlichst frei halten, unsere Lebenshaltung im Innern möglichst zurückschrauben und unsere schwebende Schuld durch einmalige, wenn auch tief einschneidende Maßnahmen möglichst rasch abbürden. Hand in Hand damit muß die Sicherstellung des Zinsdienstes unserer Kriegsanleihen gehen, die aber nur durch starke steuerliche Maßnahmen möglich sein wird.

Alle diese Aufgaben bilden ein geschlossenes Ganzes. Es sind harte Notwendigkeiten, in die wir uns alle fügen müssen, wenn wir als Volk weiter leben wollen. Ob wir uns in diese Notwendigkeiten fügen, das ist die Frage, von der alles abhängt, und diese Frage ist nicht bloß eine Frage materieller Art, sondern *eine Frage der sittlichen Kraft unseres Volkes.* (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wird das **deutsche Volk** diese sittliche Kraft besitzen, um sich nach den Schlägen des Krieges und der Revolution zur **Selbstbesinnung** und zur **Pflicht** aufzuraffen? Manches im Lande spricht dagegen. Wir sehen, daß sich in der Produktionsnot unseres Vaterlandes ein Teil unseres Volkes nur darum zu kümmern scheint, die letzten Reserven unter sich zu verteilen. Wir sehen viele, die im Rausche der Revolution immer noch glauben, daß jetzt das goldene Zeitalter angebrochen sei, von dem wir aber in Wirklichkeit weiter entfernt sind als nach dem 30jährigen Kriege. Auf der anderen Seite stehen weite Kreise des Volkes noch unter dem betäubenden Eindruck der Niederlage und glauben, jetzt nicht mehr nach den alten Prinzipien der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit leben zu müssen, weil sie mit der Möglichkeit rechnen, daß doch alles verloren sei. Wir müssen uns von beiden Extremen frei machen und uns auch bewußt bleiben, daß *in dieser Übergangszeit kein Raum ist für kapitalistische und sozialistische Träume und Experimente* irgendwelcher Art (sehr richtig! im Zentrum), sondern daß in dieser Übergangszeit unser Wirtschaftskörper zittert und bebt, und daß es *die Pflicht*

jedes einzelnen ist, an seiner Gesundung freudig und mit aller Kraft mitzuarbeiten. (Bravo!) Alles muß von dem Geiste durchdrungen sein, daß wir heute zusammenstehen müssen, einer für alle und alle für einen, und daß die wichtigste Aufgabe ist die Förderung der Produktion und die Pflege der Sparsamkeit. (Wiederholter Beifall.)

Die Erkenntnis unserer Lage und der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten ist aber doch auf dem Marsche. Es ist bezeichnend, daß selbst der Vollzugsrat der Arbeiterräte Bayerns mit den Unterschriften Ernst Toller und Karl Kröpelin, also zweier Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten, an die Arbeiter einen offenen Brief gerichtet hat, in dem die Worte stehen:

> Ihr werdet wohl sagen: Pflichten? Dafür haben wir im Obrigkeitsstaate in der Kaserne genug schlucken müssen! Wir wollen jetzt nur Freiheit genießen! . . . . Verlangt nicht alles, um nachher nichts zu bekommen, sondern verlangt, was möglich ist, um später alles zu haben. Von was wollt Ihr leben, wenn nicht von dem Produkt Eurer Hände? Wollt Ihr Euch Papierhäuser bauen aus den Obligationen der Kapitalisten, wenn es keine Ziegelsteine mehr gibt? Wollt Ihr die Zwanzigmarkscheine der Staatsbank essen, wenn die Landwirtschaft wegen Arbeitermangels ihren Betrieb einschränken muß? Wollt Ihr Eure Kinder mit Staatsschuldverschreibungen kleiden, wenn die Textilindustrie keine Kohlen mehr aus den Bergwerken erhält?

Sehr bemerkenswert und erfreulich waren auch die Ausführungen des früheren Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts, Dr. Müller, die er am Ende vorigen Jahres vor einem Kreise von Pressevertretern über die Arbeitspflicht gemacht hat. Daß diese Erkenntnis immer weiter in unserem Volke vordringt, beweist auch die von dieser Stelle schon mehrfach erwähnte Bildung der großen **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Unternehmer und Arbeiter.** Nicht nur die Schwer- und verbrauchende Industrie haben sich in der Not der Zeit zusammengefunden und sich in dem Reichsverband der deutschen Industrie vereint. Auch die gesamte organisierte Industrie hat sich mit der organisierten Arbeiterschaft in einer Arbeitsgemeinschaft zur Zusammenfassung aller Kräfte verbunden.

Diese Anzeichen beleben die Hoffnung, daß es doch noch rechtzeitig gelingen möge, die Erkenntnis des Notwendigen in alle Kreise zu tragen, insbesondere die Erkenntnis, daß wir in diesem kritischen Augenblick nicht nur Rechte an den Staat, sondern in erster Linie Pflichten gegen den Staat haben. Es könnte den Anschein haben, als ob der in den letzten Tagen in **Rheinland-Westfalen** ausgebrochene **Generalstreik** das Gegenteil dessen beweisen würde, was ich als Hoffnung hier zum Ausdruck gebracht habe. Es ist aber nicht so, daß unsere Bergarbeiter in diesen Streik aus eigenem Willen eingetreten sind (sehr richtig!), sondern es handelt sich um Gewaltakte spartakistischer

Banden, welche unsere arbeitswilligen Arbeiter hindern, die Werke zu betreten und in die Gruben einzufahren. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen ist der Generalstreik ein Proteststreik gegen diese spartakistischen Übergriffe. Ich glaube, das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme ganz kleiner Kreise, ist sich darüber einig, daß diese Arbeitsverhinderung durch spartakistische Banden keinen Tag länger geduldet werden darf (erneute lebhafte Zustimmung); denn dieses Vorgehen bedeutet den Ruin des deutschen Wirtschaftslebens in wenigen Wochen. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß die Deutsche Nationalversammlung in den nächsten Tagen noch Gelegenheit haben wird, ihre Ansicht hierüber auch beschlußmäßig zum Ausdruck zu bringen. (Lebhaftes Bravo.)

Gerade diese Übergriffe haben die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung der deutschen Reichswehr als unerläßliche Voraussetzung unserer Selbstbehauptung erneut erwiesen. (Bravo!) Ich freue mich, daß das hohe Haus in dieser Beziehung, wie es scheint, in seiner großen Mehrheit einig ist.

Wir werden in Deutschland für die Dauer der nächsten Jahre und vielleicht Jahrzehnte zu einer einfacheren Lebenshaltung zurückkehren müssen. Aber, meine Damen und Herren, diese einfachere Lebenshaltung hat nichts Schreckhaftes an sich, sie birgt auch hohe ethische Werte. Es gilt überhaupt, dem Materialismus der Vergangenheit wieder die moralischen Kräfte gegenüberzustellen, es gilt, ein Rettungswerk zu vollbringen, von dessen Gelingen für unser Volk und für jeden einzelnen alles abhängt. Am Anfang des neuen Deutschland aber muß stehen die Arbeit als sittliche Pflicht! (Lebhaftes wiederholtes Bravo im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Potsdam): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Falk.

Falk, Abgeordneter: Meine Damen und meine Herren! Einer der tiefen Gedanken, die mein Herr Vorredner in seinen Ausführungen vorhin entwickelt hat, war die Begründung des Wortes „Alle für einen, einer für alle" auf wirtschaftlichem Gebiet. Ich will die Anwendung dieses Satzes auf diesem Gebiet nicht weiter verfolgen. Ich will aber — und das liegt mir als Cölner und als Rheinländer sehr nahe — von diesem Satze und seiner Bedeutung für das nationale Gebiet ausgehen.

Über die **Strömungen** und die Stimmungen, die **im Rheinland** herrschen, sind in ganz Deutschland, auch in dieser Versammlung, sind namentlich auch im Auslande bei unseren Gegnern vielfach falsche Meinungen verbreitet worden, an denen man vorübergehen könnte, wenn sie nicht vielleicht geeignet erscheinen könnten, sehr unheilvoll, nament-

lich im Auslande zu wirken. Meine Damen und meine Herren, wir Rheinländer lieben unser engeres schönes Vaterland mit unserem ganzen Herzen. Wir hängen an unseren großen, schönen, volkreichen Städten mit ihren erhabenen Bauten, wir erfreuen uns des frischen, fröhlichen und doch ernsten und arbeitsamen Charakters und der Eigenart unserer Brüder. Wir sind stolz auf den grünen Rhein, den der Zauber der Romantik mit seinen goldenen Fäden umsponnen hat, und der das Lebensmark und die Lebensstraße für uns und darüber hinaus für ganz Deutschland geworden ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Aber mit derselben Treue, mit derselben Hingebung bekennen wir uns zu unserem deutschen Vaterlande. (Bravo!) Wir wissen, daß die Rheinlande zu den Stammlanden des Deutschtums gehören. Vom Rheine aus ist Deutschland immer wieder gestärkt und befruchtet worden. Wenn jetzt der Übermut des Feindes die Hand nach rheinischem Gebiet ausstreckt, so mag der Feind wissen, daß er das gegen den Willen auch des letzten Rheinländers tut. (Lebhafter Beifall.)

Es sind Behauptungen aufgestellt worden, als ob **separatistische Strömungen** in meinem engeren Vaterlande diesen Wünschen der Entente entgegenkommen könnten. Es mag sein, daß irgend jemand, der weder an verantwortlicher Stelle steht, noch auch wahrscheinlich in der Lage ist, sich selbst Rechenschaft über das zu geben, was er tut und was er anrichtet, vielleicht mit Gedanken gespielt hat, die heute geradezu sündhaft sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das aber kann ich Ihnen versichern, im Bewußtsein der Verantwortung, hier vor der Deutschen Nationalversammlung zu stehen: daß wir Rheinländer mit Gut und Blut an unserem Vaterlande hängen. (Beifall.)

Wir haben im Kriege schwere Verluste bringen müssen, wir müssen auch heute noch schwere Opfer tragen. Wenn ich ein Bild gebrauchen darf: nach der Schlacht auf den Katalaunischen Gefilden sollen die Geister der Erschlagenen in den Lüften noch miteinander gekämpft haben. So kämpfen auch heute die Geister unserer gefallenen Helden fort und mahnen uns zur Treue zu Volk und Vaterland. Für uns Rheinländer handelt es sich um unsere nationale Hoffnung; damit durchdringen sich untrennbar bei uns die Erinnerungen an die, die für Deutschland gestorben sind.

Ich habe eben gesagt, daß wir schwere Opfer im Kriege gebracht und freudig gebracht haben wie jeder andere deutsche Stamm, wie jedes andere deutsche Land auch. Ich möchte Sie aber auch daran erinnern, daß wir jetzt genötigt sind, von den **Lasten des Waffenstillstandes** viel Herbes und viel Schweres für unser deutsches Volk zu tragen. Auch das

tun wir ohne Murren. Wir leiden unter den Verkehrserschwernissen, unter den Einquartierungslasten. Es werden materielle Opfer aller Art von uns verlangt. Die tragen wir; das muß so sein.

Das eine aber können wir verlangen, daß uns diese Opfer nicht durch ungeeignete Maßnahmen der Regierung erschwert werden. Und da ist in der Cölner Stadtverordnetenversammlung lebhafte Klage darüber geführt worden, daß die Reichsgetreidestelle entweder kein oder nicht genügend Brotgetreide und Mehl in die Rheinlande hineinliefere. Es wird wohl genügen, wenn ich diese Klage meiner Mitbürger hier zum Ausdruck bringe, damit die Sache untersucht und festgestellt wird, was daran ist, und damit sofort Wandel geschaffen wird.

Noch eine zweite Klage habe ich zum Vortrag zu bringen. Wir sind in allen unseren Kommunen gezwungen, dem Gegner Leistungen persönlicher und sächlicher Art auf den mannigfaltigsten Gebieten darzubringen. Dadurch wird die Leistungsfähigkeit der einzelnen oft übermäßig stark in Anspruch genommen, so daß die **Kommunen** gezwungen sind, mit **Vorschüssen** einzugreifen. Aber auch die Mittel mancher Kommunen, namentlich der kleineren, sind erschöpft oder drohen der Erschöpfung nahezukommen. Daher meine dringende Bitte an die Reichsregierung, den Kommunen ihrerseits Gelder hierfür zu bewilligen und nicht engherzig mit Vorschüssen an die Kommunen zu sein. Das ist eine Aufgabe, der sich die Regierung — wie ich glaube — gern und freudig in vaterländischem Sinne unterziehen sollte.

Von den materiellen Opfern, die uns zugemutet werden, komme ich auf schwerer zu tragende Eingriffe. Die **Behandlung**, die wir **seitens der Besatzungsarmee** erfahren haben, ist ganz verschieden. Bei uns in Cöln kann man im allgemeinen, wenn man die Verhältnisse des Krieges berücksichtigt, sagen: es ist erträglich. Anders ist es aber in anderen Gebieten. Namentlich erscheint unerträglich der Eingriff in die persönliche Freiheit und die Knebelung der Männer, die sich mißliebig gemacht haben. (Zustimmung links.) Sie haben in den Zeitungen gelesen, daß am 11. Februar der Herr **Oberbürgermeister Dr. Göttelmann in Mainz** durch den französischen Oberbefehlshaber, den General Mangin, gezwungen worden ist, auf sein Amt zu verzichten. (Hört! hört! links.) Was hat Herr Dr. Göttelmann getan? Er hat am 7. Februar in der Stadtverordnetenversammlung zu Mainz kraftvoll gegen die drohende Vergewaltigung, gegen eine etwaige Verwelschung gesprochen und hat sich dagegen aufgelehnt, daß der französische Unterricht in den Volksschulen eingeführt werden sollte. (Hört! hört! links.) Ich habe hier den Bericht einer Mainzer Zeitung über das, was er gesagt hat. Die Angelegenheit ist wichtig genug, um Ihnen den Wortlaut mitzuteilen. Der Herr Oberbürgermeister Dr. Göttelmann hat folgendes gesagt:

Meine Herren, gestern ist in Weimar die Nationalversammlung eröffnet worden. Es ist unser aller Wunsch, daß sie ihrer hohen Aufgabe nachkommt.

Dann wendet er sich zu einem Anfrager, der Auskunft darüber haben wollte, ob das linke Rheinufer in Gefahr stehe, Deutschland entfremdet zu werden — so will ich mich einmal ausdrücken —, und er sagt dabei wörtlich folgendes:

Was die Anfrage des Herrn Stratemeier anbelangt, so glaube ich nicht, daß diese Nachrichten ernst zu nehmen sind. Die Entente hat es laut vor aller Welt ausgesprochen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten werde. Also kann man uns nicht vergewaltigen. Unsere Stimme muß gehört werden, und die wollen wir so laut und so feierlich wie möglich erheben. Nichts, keine Macht der Welt, keine Wohltat und kein Zwang kann uns Rheinländer abwendig machen von unserem großen deutschen Vaterlande. (Lebhaftes Bravo.) Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben. Deutschlands Schicksal ist auch unser Schicksal. Wir wollen mit ihm leben und wollen mit ihm sterben. (Beifall.)

In Verbindung damit hat er sich dann dagegen gewandt, daß der französische Unterricht in den Mainzer Schulen eingeführt würde. Die Antwort auf diese Ausführungen, die doch jeder von uns wortwörtlich unterschreiben würde (Zustimmung), die also für jeden von uns in gleicher Lage die Gefahr der Entfernung von seinem Tätigkeitsgebiet mit sich bringen würde, war dieser schwere Eingriff des französischen Kommandanten. Ich meine, die Aufgabe der Waffenstillstandskommission wird nicht zu schwer belastet, wenn wir sie bitten, daß sie auch diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuwendet und daß sie, wenn es ihr möglich ist, derartige schwere Eingriffe von unseren führenden Leuten abwendet. (Beifall.) Wenn es nicht die Aufgabe der Waffenstillstandskommission ist, so die des Auswärtigen Amts. A b h i l f e m u ß a b e r g e s c h a f f e n w e r d e n. (Bravo!)

Die Frage, wie weit Frankreich seine Hände nach deutschem Boden auszustrecken geneigt ist, ist nicht ganz klar zu lösen. Das eine scheint aber sicher zu sein: daß **Frankreich** den festen Willen hat, sich das **Saargebiet anzugliedern.** (Hört! hört!) Ob es ihm möglich sein wird, diesen Willen durchzudrücken, ist allerdings eine ganz andere Frage. Die Angaben der Franzosen, daß das Saargebiet zu irgendeiner Zeit ein integrierender Bestandteil von Elsaß-Lothringen gewesen und daß deswegen ein Grund, wenigstens ein Scheingrund, gegeben sei, es jetzt, nachdem Elsaß-Lothringen von den Franzosen begehrt wird, auch zu verlangen, sind vollkommen abwegig. (Sehr richtig! links.) Das Saargebiet hat einmal zu Lothringen gehört, nämlich unter der Herrschaft der berüchtigten Reunionskammern Ludwigs XIV. von 1679 bis 1697. Aber vier Friedensschlüsse, vier völkerrechtliche Verträge haben ausdrücklich ausgesprochen, daß das Saargebiet deutsches Gebiet ist: der westfälische

Friede, der Friede zu Nymwegen, der Friede zu Rijßwyk und der Pariser Friede. Ich meine also, daß alle Versuche, die die Franzosen auf historische Tatsachen aufbauen wollten, kläglich scheitern müssen. (Beifall.)

Wir wissen aber weiter, daß die Gefahr sich nicht nur auf das Saargebiet beschränkt. Ich will nach dieser Richtung keine weiteren Ausführungen machen. Aber das eine möchte ich sagen, daß der Nachteil, der Deutschland bei einer Abtrennung linksrheinischen Gebiets drohen würde, ganz ungeheuerlich ist und von Deutschland nicht getragen werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt merken wir, meine Damen und Herren, die ganze Grausamkeit des Siegers. Jetzt sehen wir, daß der Übermut dem Wehrlosen gegenüber, wie so oft, zügellos wird. Das lehrt uns ja die Weltgeschichte auf jeder Seite, und das ist der beste Beweis dafür, wie recht diejenigen hatten, die den Frieden zu einer Zeit haben wollten, zu der wir noch nicht vollkommen wehrlos waren. (Sehr richtig! links.) Das ist der Gesichtspunkt, den wir in all diesen Dingen festhalten müssen.

Dieser Übermut des Siegers zeigt sich auch in der Frage der Festhaltung der Gefangenen. (Sehr richtig!) Ich will nicht weiter davon sprechen — in diesem hohen Hause ist schon von verschiedenen Seiten die Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden, daß der Gegner unsere Gefangenen überhaupt zu Unrecht zurückhält —, ich will von der **Behandlung** sprechen, die der Feind **unseren Gefangenen** zuteil werden läßt. In dieser Beziehung haben sich nämlich die Verhältnisse auch seit dem Tage geändert, seit dem die Franzosen keine Repressalien mehr zu fürchten brauchen. Sie wissen, daß man Tausende unserer Kriegsgefangenen zu Fronarbeit in Nordfrankreich und Belgien verurteilt hat. Aber, was Sie auch wissen müssen, das ist die Tatsache, daß die Postverbindung zwischen diesen armen, unglücklichen Menschen und ihren Angehörigen in der Heimat so schlecht ist, daß man kaum noch von einer Verbindung sprechen kann. (Hört! hört!) Briefe, die im November vorigen Jahres an deutsche Kriegsgefangene nach Frankreich gerichtet worden sind, sind vor kurzem mit dem Vermerk „décédé" zurückgekommen; und wenn dann die Absender der Briefe anfragen, wenn sie dann ein Telegramm über die Schweiz schickten, um sich Sicherheit zu verschaffen, dann war das einzige was sie erfuhren, die Bestätigung, daß ihr Sohn oder ihr Vater oder ihr Bruder irgendwann und irgendwo in der Gefangenschaft gestorben war. Wann der Mann zugrunde gegangen war, warum er zugrunde gegangen war, wer in seinen letzten Stunden bei ihm war, ob überhaupt jemand bei ihm war oder ob man ihn einfach hat zugrunde gehen lassen, das erfährt niemand bei uns. (Rufe: Pfui! Unerhört!) Das ist eine unsägliche Marter für die Gefangenen und eine unsägliche Marter für diejenigen, die zu Hause sitzen und die Hände nach denen ausstrecken, die sie nicht erreichen können. (Ruf: Unmenschlich!)

Da, meine ich, meine Damen und meine Herren, es sollte eine Aufgabe der Waffenstillstandskommission oder derjenigen Behörde, die sich damit zu befassen hat, sein, da so bald wie möglich einzugreifen. (Sehr richtig! links.)

Meine Damen und meine Herren, dem Übermute der Gegner steht gleich der **Übermut der Polen** an unseren Ostgrenzen. Wir haben es uns gefallen lassen müssen, auf die harten Waffenstillstandsbedingungen einzugehen, über die wir uns ja in diesen Tagen so lebhaft unterhalten haben, auf die harten Waffenstillstandsbedingungen einzugehen, die unsern Brüdern in der Ostmark die Abwehr so außerordentlich erschweren. Wir haben es uns gefallen lassen müssen, daß kerndeutsches Land oder doch Land, das seinen heutigen Wohlstand deutscher Arbeit und deutscher Kultur, deutschem Fleiß in hervorragendem Maße verdankt, aufgegeben werden muß, und darüber besteht doch auch heute, wenn ich wenigstens die Dinge richtig sehe, die große Gefahr, daß dem Einfall der russischen Bolschewisten im Osten Preußens nicht mit genügender Kraft begegnet werden kann (sehr richtig! links), die Gefahr, daß Ostpreußen, das schon zweimal so außerordentlich unter dem Einfall des Feindes gelitten hat, einem dritten schmählicheren, gefährlicheren und verderblicheren Einfall ausgesetzt wäre. Wir können gegen diese Dinge nichts anderes tun als das eine, daß wir unsern **Grenzschutz** verstärken auf der Demarkationslinie, wie sie nun einmal gegeben ist. Da sollte doch nun, meine ich, der einmütige Wille ganz Deutschlands sein, dahin zu wirken, daß dieser Grenzschutz so fest und so stark gemacht wird, wie es unter den obwaltenden Verhältnissen möglich ist, um Einfälle in unser Land zu verhindern. (Sehr richtig! links.) Ich verstehe es daher nicht, wie der Arbeiter- und Soldatenrat in Düsseldorf am 13. Februar d. J., also noch vor wenigen Tagen, verboten hat, daß in den Zeitungen Werbeinserate für Freiwillige überhaupt aufgenommen werden (hört! hört!) und daß er diejenigen Zeitungen, die gleichwohl ein solches Werbeinserat aufnehmen, mit einer Geldstrafe von 10 000 Mark bedroht (hört! hört!), an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle die Schließung des Zeitungsbetriebes erfolgen soll. (Hört! hört!) Ich meine, wer ruhig und vorurteilsfrei, ohne Parteileidenschaft die Dinge ansieht, wie sie in unserer Ostmark geworden sind, der hätte sich unmöglich zu einer derartigen Kundgebung entschließen können, wie es der Arbeiter- und Soldatenrat getan hat. Sie sehen, meine Damen und Herren, ich bin in meinem Urteil außerordentlich milde.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Düsseldorf wird widerlegt durch die Kundgebung des Volksrats zu Breslau vom 8. Februar, die wir alle bekommen haben — wir haben sie alle mit den Drucksachen dieses hohen Hauses zugesandt bekommen —, in der der Volksrat zu Breslau — das ist der Zentralrat für die Provinz Schlesien und der Zentral-Soldatenrat

für die Provinz Schlesien — uns und ganz Deutschland auseinandersetzt, weshalb dieser Grenzschutz geschaffen werden muß, daß dieser Grenzschutz mit inneren Streitigkeiten nichts zu tun hat, sondern daß er nur berufen ist, deutsches Land und deutsches Leben an den Grenzen zu schützen. (Sehr richtig!)

Uns sind die Hände gebunden, wir müssen über uns ergehen lassen, was mit oder ohne unsere Schuld über uns gekommen ist. Aber im Inneren lehnen wir uns auf gegen den Zwang, der uns droht. Die **Waffenstillstandsverhandlungen** müssen wir nach den Ausführungen, die die Herren Vertreter der Reichsregierung uns gemacht haben, lediglich als militärische Maßnahmen ansehen, die dem Friedensschluß in keiner Weise vorgreifen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Insofern mögen sie, so hart und so schwer sie sind, und so sehr sie uns auch drücken, schließlich von uns ertragen werden, weil wir dann ja wissen, daß es sich nur um vorübergehende Dinge handelt, die hoffentlich bei einem baldigen Friedensschluß wieder abgebaut werden können.

Wenn aber derselbe Geist, der in diesen Waffenstillstandsbedingungen zutage tritt, auch bei den **Friedensverhandlungen** auf seiten unserer Gegner zum Vorschein kommen sollte, so müssen wir uns stemmen und müssen uns wehren gegen das, was uns droht. Wir brauchen nicht zu bitten und zu betteln und brauchen nicht, wie der hochmütige Engländer gesagt hat, in unserem Unglück verächtlich zu werden. Wir haben ein Recht darauf — auch mein Herr Vorredner hat es vorhin angedeutet —, bei dem Friedensschluß unter Zugrundelegung der Punktationen Wilsons behandelt zu werden. Wir haben freiwillig, nicht vom Feinde gezwungen — das muß festgehalten werden —, unsere Waffen niedergelegt. Wir haben uns wehr- und waffenlos gemacht, auf Grund von vertraglichen Bedingungen, auf die wir uns berufen können. Die Gegner sowohl wie wir haben beide erklärt, daß die **Wilsonschen 14 Punkte** die Grundlage der Friedensverhandlungen bilden sollen. Die Vereinbarungen, die auf Grund dieser Zusicherungen zustande gekommen sind, sind, wie mein Freund Haußmann gestern durchaus zutreffend ausgeführt hat — diese Ausführungen scheinen mir nicht genügend in diesem hohen Hause beachtet worden zu sein —, ein **völkerrechtlicher Vorvertrag**, auf Grund dessen wir Ansprüche gegen den Vertragsgegner haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Also wir brauchen nicht zu bitten, wir brauchen nicht zu betteln, wir können verlangen, daß die Wilsonschen Gedanken für uns zur Anwendung gebracht werden, so wie sie unsere Gegner gegen uns zur Anwendung bringen wollen. Diese Gedanken schützen uns und sollen uns gegen Annexionsgelüste unserer Feinde schützen wie gegen die maßlosen Ansprüche der Polen, von denen ich vorhin gesprochen habe.

Wir sind in der Lage, gestützt auf diesen völkerrechtlichen Vorvertrag, der Entente zu sagen: bis zu dem Punkte können wir mit euch

gehen, bis zu dem und dem Punkte können wir Friedensverhandlungen mit euch pflegen und freiwillig ertragen, was in den Verhandlungen niedergelegt wird, bis zu einem gewissen Punkte können wir Zugeständnisse machen, die wirkliche Zugeständnisse sind; darüber hinaus aber können wir infolge unserer Wehrlosigkeit gezwungen werden, aber dieser Zwang wird immer Zwang bleiben; er wird niemals auf unserer Zustimmung beruhen, und die Tatsache, daß eventuell die Bedingungen uns aufgezwungen sind, würde aller Welt heute und in Zukunft ununterbrochen und ewig vor Augen stehen. Diesen großen Unterschied sollen die Gegner nicht verkennen. An die Großmut unserer Gegner glaube ich nicht. Der Geist des Galliers Brennus lebt fort in Marschall Foch: vae victis! Die Frage ist nur die: ist es nicht Sache der Klugheit und Sache der Völkerpsychologie — es ist hier so viel von Psychologie gesprochen worden —, die unseren Gegnern sagen sollte, daß sie den Bogen nicht überspannen und uns nicht Bedingungen auferlegen sollen, die wir im Innersten nicht ertragen können? (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Die nüchterne Erwägung, das Schwergewicht dieser Erwägungen, von denen ich eben gesprochen habe, sollte doch alle diejenigen, die zukünftige Kriege vermeiden wollen, die den Völkerbund wollen, zu dem Gedanken führen, daß wir nicht belastet werden dürfen mit Dingen, die uns nur die äußere Not wider unseren Willen ertragen läßt. (Sehr richtig bei den Demokraten.) Würde uns das linke Rheinufer geraubt, so würde — das kann man sagen — eine Irredenta entstehen, mit der verglichen die italienische Irredenta kaum von Bedeutung gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Niemals würde das deutsche Volk über diesen Gedanken hinwegkommen können! (Wiederholter lebhafter Beifall und Zustimmung.)

In der wunderbaren Rede, die mein Freund Naumann uns neulich gehalten hat, sagte er, wir hätten bei der Kriegsführung übersehen, daß man den Krieg nicht ohne die Seele des Volkes führen kann. Das ist durchaus richtig. Mögen aber unsere Gegner daran denken, daß man auch keinen Frieden schließen kann, ohne dabei auf die Seele der Völker Rücksicht zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Nicht die Tinte und das Papier, sondern der Geist muß den Boden schaffen, auf dem der Friede geboren wird, der Geist, der den Frieden erst tragfähig machen soll, ein Geist, der erst selbst geschaffen werden muß, der Geist der Versöhnung und des Völkerbundes.

Nun, meine Damen und Herren, man hat ja jetzt erkannt, daß die **Psyche der Völker** das hohe Gut ist, um das alles Ringen und Kämpfen in der Welt sich drehen muß, daß die Psyche der Völker der Ausgangspunkt aller öffentlichen Betätigung ist. Das Ringen um die Seele des deutschen Volkes war wohl die Signatur dieses Wahlkampfes, der nun glücklich hinter uns liegt. Ich meine aber, daß dieses Ringen um die

Psyche des deutschen Volkes — auch da drücke ich mich außerordentlich milde aus — seine Fortsetzung heute und gestern und all diese Tage auch noch hier in dieser Versammlung findet. Meine Freunde sind nicht der Meinung, daß es sich jetzt noch um **rückschauende Betrachtungen** handeln könnte. Wir glauben nicht, daß es an der Zeit ist die **Schuldfrage** aufzurollen, zu untersuchen, warum das alles gekommen ist, und wer die Schuld trägt. Wir wollen nach der Richtung hin weder nach links noch nach rechts in diesem Augenblick irgend ein Urteil fällen. Herr Kollege Stresemann hat nicht ganz unrecht, wenn er gesagt hat, daß wir in mancher Beziehung den Dingen zu nahe stehen, um ganz objektiv zu sein. Aber das Urteil ist ja gefällt; das Urteil hat das deutsche Volk am 19. Januar dieses Jahres gesprochen. Da hat das deutsche Volk deutlich zu erkennen gegeben, wie es zu den Dingen der Vergangenheit steht, und hat deutlich zu erkennen gegeben, wie es für alle Zukunft diese Dinge vermieden wissen will. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Damit, glaube ich, kann man dieses Kapitel ruhig schließen und sich den Aufgaben zuwenden, die dringlicher sind als derartige retrospektive Betrachtungen, die mir wenigstens zunächst zu praktischen Ergebnissen nicht zu führen scheinen.

Ich will mich mit diesen Zukunftsaufgaben in aller Kürze beschäftigen. Wir haben zwei Aufgaben zu lösen. Wir müssen dafür sorgen, daß Deutschland möglichst bald zum Frieden kommt, und wir haben dafür Sorge zu tragen, daß **Deutschland** im Innern möglichst bald **zur Ruhe und zur Arbeit kommt.** Beide Aufgaben werden wechselseitig voneinander durchdrungen und durcheinander bedingt. Unsere Gegner wollen keinen Frieden mit uns schließen, weil sie sagen, daß sich unsere Verhältnisse im Innern noch nicht gefestigt haben. Und dabei sperren sie uns die Nahrungsmittel und die Rohstoffe ab. Die Folge davon ist, wie wir gestern und heute schon oft gehört haben, Arbeitslosigkeit, Hunger, Streik, Unzufriedenheit, Putsche. Will man diesen Schwierigkeiten entgegentreten, will man sie überwinden, so ist dazu das Zusammenarbeiten des ganzen Volkes erforderlich, und wenn das nicht zu erreichen ist, so muß man für diese Arbeit wenigstens soviel Kräfte im Volke freimachen, als nur möglich ist. Jeder einzelne Deutsche muß wissen, daß er in Zukunft nicht für sich und seine Familie allein zu sorgen hat, sondern jeder muß bei jedem Schritt an das gemeine Wohl denken, wenn Deutschland überhaupt einmal wieder zu gesunden Verhältnissen kommen soll.

In der Erkenntnis, daß nur durch eine große zusammenfassende gemeinsame Arbeit die beiden Aufgaben, von denen ich eben gesprochen habe, ihrer Lösung entgegengeführt werden können, haben die drei großen **Parteien der Mehrheit sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen,** deren Programm Sie kennen.

Diese Arbeitsgemeinschaft der drei Parteien wird außerhalb dieser Parteien nicht überall sehr freundlich begrüßt. Der Zusammenschluß war aber doch nötig; denn auch die parlamentarische Arbeit muß auf möglichst breiter Basis aufgebaut werden, wenn sie gedeihlich, fruchtbringend, schaffend sein soll und wenn sie namentlich dem Verbande zeigen soll, daß die erdrückende Mehrheit des Volkes sich in Deutschland ordnend und schirmend zusammengefunden hat. Man braucht nur daran zu erinnern, daß diese drei Parteien über 22½ Millionen Wähler verfügen, während die Minderheitsparteien zusammen nur ungefähr 7½ Millionen zählen. Damit ist festgestellt, daß drei Viertel der Wähler in ganz Deutschland von den Parteien vertreten werden, die sich zu der Mehrheit zusammengeschlossen haben, daß hinter diesen Parteien also drei Viertel des ganzen deutschen Volkes stehen. Das wirkt nach außen; das wirkt auch auf die Regierung, die sich auf eine außerordentlich starke Mehrheit stützen kann und auf das Vertrauen der überwiegend großen Mehrheit des deutschen Volkes. Das wird uns zweifellos auch die Friedensverhandlungen erleichtern.

Die Grundlage dieser drei Parteien ist die Demokratie und die **Republik.** Die Feststellung dieser Tatsache nötigt mich, auf die Ausführungen einzugehen, die der Herr Kollege Rießer am vorigen Samstag gegen uns gerichtet hat. Ich habe volles Verständnis für diejenigen, die noch an den alten Traditionen hängen. Ich weiß, es war der Traum von Generationen, die in der deutschen Kaiserkrone den Hort der deutschen Einheit und das einigende Band für Deutschland gesehen haben. Die Zeiten sind aber vorbei. (Widerspruch rechts. — Sehr richtig! links.) Wer heute Deutschland einig sehen will, wer heute das deutsche Volk, so geschmälert und so verblutet es auch ist, zusammenhalten will, der ist gezwungen, sich auf den Boden der Republik zu stellen (lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten), und wer Deutschland heute vor dem größten Schrecken, der uns kommen könnte, bewahren will, vor dem Bürgerkrieg, der ist gezwungen, die Republik zu stützen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wer das nicht tut, der übernimmt eine Verantwortung so schwer und so groß, wie es kaum eine größere augenblicklich geben kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren, Republik und Demokratie, diese beiden Begriffe gehören zusammen, Herr Kollege Rießer hat gesagt: der **Liberalismus** lehnt die **Demokratie** grundsätzlich ab. (Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.) Er hat ausgeführt, daß der Liberalismus der Gegensatz zur Demokratie sei und daß der Liberalismus sich mit der Demokratie erst recht in den heutigen Zeiten nicht verständigen könne. Wie man seitens eines Mitglieds der Deutschen Volkspartei — das ist

also wohl der Standpunkt der Deutschen Volkspartei — sagen kann, daß der Liberalismus die Demokratie grundsätzlich ablehnt. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ich habe kein Wort davon gesagt!) — Verzeihen Sie, Herr Kollege, das haben Sie gesagt. (Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.) — Verzeihen Sie, wenn in dem Programm der Deutschen Volkspartei steht: „Sie erstrebt den Wiederaufbau des Reichs auf nationaler und wahrhaft demokratischer Grundlage", das ist schwer verständlich. Es ist auch schwer verständlich, wie man Demokratie und Liberalismus in Gegensatz zu einander bringen will. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) — Das sind überhaupt inkommensurable Größen. Aber diese Auffassungen treten uns heute nicht zum ersten Male entgegen, sondern es sind Auffassungen, die uns im ganzen Wahlkampf entgegengehalten worden sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Bei jeder Gelegenheit mußten wir hören, daß wir, weil wir Demokraten seien, Gegner des Liberalismus seien. Herr Rießer hat weiter gesagt, man dürfe nicht an den Worten des Programms kleben, in den Programmen sei manches ein Wechsel auf die Zukunft, der bei Sicht nicht eingelöst werde. Vor meinem Parteiprogramm habe ich eine größere Ehrfurcht. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Ich sehe in meinem Parteiprogramm mehr. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) Ich stelle es höher. Aber ich folge jetzt dem, was der Herr Kollege Rießer gesagt hat. Also auf die Worte des Parteiprogramms soll ich nichts geben, das soll nicht entscheidend sein. Was ist dann entscheidend? (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Die Männer!) — Die Männer, schön, die hinter dem Programm stehen, zum Beispiel Herr Fuhrmann (Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten), der bekanntlich einer der Führer oder vielleicht der enragierteste Führer unter den Wahlrechtsgegnern im preußischen Landtag gewesen ist (sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten) und jetzt ja aufgefordert hat, es möchte sich doch die Deutsche Volkspartei mit der Deutschnationalen Volkspartei verschmelzen. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten.)

Also, wenn Sie meinen, daß es auf die Männer ankommt, so habe ich ja meinen Standpunkt demgegenüber gekennzeichnet. (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Wo ist Herr Fuhrmann?) — Bei Ihnen ist er. (Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.) Meine Damen und Herren, auf die Weise kann man den Liberalismus nicht betonen. Es hätte auch der Mahnung des Herrn Kollegen Rießer wirklich nicht bedurft, der gesagt hat, daß linksgerichtete Parteien wie wir sich zu weitgehenden Konzessionen an die Sozialdemokratie genötigt sehen würden. Wir wissen ganz genau, wie weit wir zu gehen haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir sind Deutschdemokraten und keine Sozialdemokraten! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir sind Deutschdemokraten und keine Zentrumsleute! (Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Daß man Kon-

zessionen machen muß, meine Damen und meine Herren, das ist selbstverständlich, und das hat auch die nationalliberale Partei in der Zeit ihrer Blüte sehr oft mit bestem Erfolge und zum Wohle des Deutschen Reichs getan. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Aber, wenn Sie sagen, wir stehen in der Gefahr, nach links zu starke Konzessionen machen zu müssen, so darf ich vielleicht einmal sagen, daß Sie denn doch auch in der Gefahr stehen, nach rechts zu starke Konzessionen machen zu müssen. Ich meine, Sie sehen die eine Gefahr, meine Herrschaften, wir sehen die andere Gefahr. Seien wir doch objektiv und lassen wir beides gelten. (Zurufe von der Deutschen Volkspartei.) — Das kommt darauf an, welche! Ich sehe diese Gefahr viel näher als Sie, meine Herren!

Der Herr Kollege Rießer hat sich dann dagegen gewendet, daß wir in der **Sozialisierung** viel zu weit gegangen seien. Ich weiß nicht, Herr Kollege Rießer, ob es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist, daß in diesem Programm auf die gemischtwirtschaftliche Unternehmung Wert gelegt wird. Sie haben nämlich nicht davon gesprochen, als Sie neulich das Wort hatten. Aber ich will etwas anderes sagen. Herr Kollege Rießer hat uns vorgehalten, wir seien in der Frage der Sozialisierung den Mehrheitssozialisten viel zu weit entgegengekommen, und Herr Kollege Haase hat den Mehrheitssozialisten gesagt: Ihr seid ja in dieser Frage Euren bürgerlichen Verbündeten viel zu weit entgegengekommen. Es scheint also, daß wir die Diagonale richtig gezogen haben. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, der **alte Liberalismus**, der seine großen Verdienste gehabt hat, sollte heute nicht mehr so oft erwähnt werden. Für diesen alten Liberalismus gibt es heute keinen Raum mehr. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) — Erlauben Sie, meine Herren! Lassen Sie mich doch aussprechen, was ich Ihnen noch zu sagen habe. — Der Liberalismus hatte zur Aufgabe die Erkämpfung der Volksrechte und ihre Behauptung gegen die Regierung. Das war Inhalt, Wesen und Ziel des Liberalismus. Von diesem Inhalt, Wesen und Ziel kann doch heute keine Rede mehr sein. Heute herrschen andere Gedanken; heute haben wir andere Ziele, heute müssen andere Wege gegangen werden. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Heute handelt es sich darum, die Anforderungen, die an jeden einzelnen im Volke gestellt werden — und sie sind so außerordentlich hoch, daß der einzelne darunter zu erliegen scheint —, dadurch einigermaßen auszugleichen, daß wir jedem, auch dem letzten Mann, der letzten Frau im deutschen Volke den weitgehendsten Anteil an den Kulturgütern, an politischen Rechten und an politischer Macht einräumen. Das sind die Rechte, die wir ihnen einräumen müssen, gegenüber den schweren Pflichten, die wir ihnen im Interesse des deutschen

Vaterlandes auf die Schultern legen. Wenn Sie nun wissen wollen, was das deutsche Volk verlangt, so ist es dies: das deutsche Volk verlangt keine Theorien, keine langen Reden, es verlangt aber eins — und das verlangen auch wir —: daß der alte Herrenstandpunkt verschwindet. Dieser Standpunkt muß verschwinden aus der Verwaltung und aus der Volkswirtschaft, und in dem Augenblick, in dem das geschehen ist, können wir hoffen, zu gedeihlichen Verhältnissen zu kommen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir glauben daher, meine Damen und Herren, daß wir richtig gehandelt haben, als wir in diesen „Dreibund" eingetreten sind, der stark genug ist und Kräfte genug besitzt, um den schweren Aufgaben und der ungeheuren Verantwortlichkeit, die auf uns lastet, nachzukommen. Deshalb müssen wir zu unserem Bedauern die Einladung des Herrn Grafen v. Posadowsky-Wehner mit Entschiedenheit zurückweisen, an die **Bildung einer bürgerlichen Mehrheit** in diesem Hause gegen die Sozialdemokratie zu denken (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) oder gar daran mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir waren außerordentlich überrascht, aus dem Munde des Herrn Grafen v. Posadowsky-Wehner derartige Ausführungen zu hören, nicht, weil wir noch an den Wahlkampf denken und an die Form, in der der Wahlkampf von der Deutschnationalen Volkspartei gegen uns geführt worden ist. Das wollen wir vergessen. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Nein!) — Ja, ich vergesse das! Ich bin ein gutmütiger Mensch und kann darüber hinwegkommen, wenn es sich um so große Dinge handelt wie die, mit denen wir jeden Tag hier zu tun haben. Das kann ich vergessen, das macht mir nichts aus! — Aber wie denken Sie sich die bürgerliche Front? Wollen Sie wirklich die Sozialdemokratie mit ihren 11½ Millionen Wählern ausschalten und zur Untätigkeit verurteilen? Wollen Sie die Partei vielleicht in die Opposition treiben, wollen Sie vielleicht dafür sorgen, daß die Mehrheitssozialisten sich auf die Seite der Unabhängigen stellen? Glaubt wirklich auch nur ein Mensch unter Ihnen, daß diese Dinge tatsächlich möglich wären? Wer dem deutschen Volke heute dienen will, der darf an den treibenden Kräften in der Sozialdemokratie nicht vorbeigehen, der muß diese Kräfte mitheranziehen und dafür dankbar sein, daß sie sich freiwillig in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Und ich möchte das eine sagen: wenn wir dem Vorschlage des Herrn Grafen v. Posadowsky-Wehner gefolgt wären, eine Mehrheit nach rechts zu bilden, dann würden wir über das Interesse des Vaterlandes das Interesse einer Partei gestellt haben (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und nicht einmal das Interesse unserer Partei, sondern das Interesse der Herren von

rechts. (Erneute Zustimmung.) Das kann aber doch wahrhaftig kein Mensch von uns verlangen.

Ich will mich mit dem Herrn Grafen v. Posadowsky-Wehner auch nicht eingehend auseinandersetzen über das, was er als laudator temporis acti gesagt hat; nur zwei Bemerkungen dazu. Der Herr Graf v. Posadowsky sprach von der **Möglichkeit der Entwicklung**, wie sie **im preußischen und deutschen Beamtentum** gewesen sei. Nun, meine Damen und Herren, Sie kennen die Dinge ja auch. Bitte, sehen Sie sich einmal unsere Reichsminister an! Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, würde keiner dieser Herren in der Lage gewesen sein, die hohe Stufe eines königlich preußischen Regierungsreferendars zu erklimmen. Es sind nur ganz wenige, die dazu in der Lage gewesen wären, und ich glaube, daß kaum einer darunter ist, der diese hohe Würde erlangt hat. Aber wenn ich nun mal ganz ernst über die Dinge spreche und den Punkt herausgreife, der mir gerade so am Herzen liegt wie dem Herrn, gegen den ich mich jetzt habe wenden müssen, — der Herr Graf Posadowsky hat doch selber feststellen müssen, bei allem Lob der alten Regierung und des alten Regimes, daß die ganze Sozialpolitik, daß namentlich die Wohnungs- und die Siedlungsfragen unter dem alten Regime nicht zu ihrem Rechte gekommen sind. Damit ist diese Sache wohl abgetan.

Wir ziehen einen scharfen Strich zwischen der Gegenwart mit ihren Zukunftsaufgaben und der Vergangenheit. Wir reichen jedem die Hand, der diesen Strich mit uns zieht, jedem, der bereit ist, mit uns am Aufbau zu arbeiten, und wir ziehen den scharfen Strich zwischen uns und jedem, der das nicht kann, der sich nicht dazu aufschwingen kann, das zu vergessen, was nun einmal gewesen ist, der sich nicht umstellen kann, der nicht in dem Sinne, wie ich es vorher anzudeuten die Ehre gehabt habe, arbeiten kann an dem Aufbau des neuen Staates.

Meine Damen und Herren, es war sehr erfreulich, daß Herr Haase sich als Gegner der kommunistischen Partei offen erklärt hat. Dagegen bedauere ich sehr, daß Herr Haase, der doch so scharfe Worte der Verurteilung gefunden hat, wenn es sich sonst um Blutvergießen und Menschenleben handelt, kein Wort des Tadels gefunden hat für die von Spartakisten, manchmal auch in Verbindung mit Anhängern des Herrn Abgeordneten Haase, an so manchen Orten vorgekommenen Handlungen des Terrors. (Sehr gut! bei der Deutschen Demokratischen Partei.) Diese **Gewalttaten** und Terrorisierungen dürfen in dieser Zeit nicht geduldet werden. (Sehr richtig! bei der Deutschen Demokratischen Partei.) Ich brauche nach der Richtung weitere Ausführungen nicht zu machen, denn das Material, das der Herr Reichsminister Noske vorgetragen hat, war doch geradezu zerschmetternd, und

die stürmischen Zwischenrufe, die von rechts und links gegen die Herren von der Unabhängigen Partei erhoben worden sind, zeigten, mit welchem Widerwillen das ganze deutsche Volk, abgesehen von ganz wenigen, diesem Treiben gegenübersteht, das mit Demokratie und vernünftiger Volkswirtschaft nichts zu tun hat, aber, meine Damen und meine Herren — sagen Sie mir, ob das nicht richtig ist! — auch mit dem Marxismus nichts zu tun hat. Wenn Marx heute auferstehen könnte und sehen könnte, was da in seinem Namen getan und gesündigt wird, er würde sich von Ihnen wenden. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt, daß es nur einen Weg gibt, um Deutschland zum Frieden und zur Ruhe zu bringen, und das ist der Weg der Arbeit, und diesen Weg der Arbeit, den wollen wir gehen. Wir wollen uns von dem **Geiste der Versöhnlichkeit** leiten lassen, den in so wunderbarer Weise, in einer so herrlichen Weise, geradezu wie ein Prophet, mein Freund Naumann neulich über diese Versammlung gegossen hat. Wenn dieser Geist der Versöhnlichkeit Platz greift zwischen Hohen und Niederen, zwischen rechts und links, wenn es uns gelingt, uns von diesem Geiste der Versöhnlichkeit so weit erfassen zu lassen, daß wir unsere Meinungsverschiedenheiten, unsere Streitigkeiten wenigstens so weit zurückstellen können, bis wir den Frieden gesichert haben, dann verzweifle ich an Deutschlands Zukunft nicht. Wenn uns das aber nicht gelingt, wenn wir uns nach wie vor im Innern zerfleischen, anstatt alle Kraft zusammenzunehmen gegen das, was uns von außen droht, dann weiß ich nicht, wie wir Deutschland retten können. Gelingt uns das aber, dann will ich hoffen, daß dieser Geist der Versöhnlichkeit auch über Deutschlands Grenzen hinaus Platz gewinnt in den Herzen und in den Gemütern unserer Feinde, und daß an Stelle der Grausamkeit und des Siegestaumels jetzt Platz greift nicht der Geist der Brüderlichkeit und der Herzlichkeit — das glaube ich nicht —, aber der Geist des ruhigen Verstandes und der ruhigen Überlegung, der es uns ermöglicht, zu einem Frieden zu kommen, der Deutschland in den Stand setzt, wenigstens zu leben. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Die herzerfrischende, klare Rede des Herrn Vorredners erfordert eine sofortige Antwort von der Reichsregierung, und zwar aus einem ganz besonderen Grunde. Mit dem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Falk, hat zum ersten Male in der Nationalversammlung gesprochen ein Mitglied, das aus dem **besetzten Gebiet** entsendet worden ist. Die Reichsregierung sieht es als ihre Pflicht an, die Gelegenheit zu ergreifen,

um an die **Brüder in Linksrhein**, die unter der Besetzung schwer leiden, herzliche Grüße und aufrichtigen Dank zu senden. (Bravo!) Die linksrheinischen Gebiete bringen schwere, harte Opfer für die Gesamtheit unseres deutschen Vaterlandes, sie müssen den Feind in Haus und Herd ertragen, damit das übrige Deutschland die Vorzüge oder ich will sagen: die geringen Vorteile des Waffenstillstandes einheimsen kann. Das darf und wird das deutsche Volk den Linksrheinern nicht vergessen. (Wiederholter Beifall.) Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit weiß sich eins mit den Brüdern auf dem linken Rheinufer. Wenn auch momentan **die Rheingrenze als Blockade** von den Gegnern gezogen worden ist, so wird doch **eine geistige Blockade** zwischen Links- und Rechtsrhein nicht aufgerichtet werden können. (Bravo!)

Ich danke aber auch für meine Person dem Herrn Vorredner, weil er in so überaus geschickter Weise die Arbeiten der Waffenstillstandskommission erleichtert und weil er die besonders begründeten Beschwerden und **Wünsche der Bevölkerung des linksrheinischen Gebiets** so zutreffend geschildert hat. Was er an einzelnen Beschwerden vorbrachte, wird alsbald im Kreise der Regierung eingehender Erwägung unterzogen werden. Ich kann auch erklären, daß die meisten der Wünsche, die er zum Ausdruck gebracht hat, ihre volle Berücksichtigung finden werden. (Bravo!)

Was zunächst den Wunsch betrifft, daß die Reichsgetreidestelle veranlaßt werden solle, mehr als bisher **Getreide** in die besetzten Gebiete in **Linksrhein** zu führen, so sind die notwendigen Vorbereitungen inzwischen schon getroffen. Wenn eine Zeitlang eine Stockung in der Sendung von Gütern von Rechtsrhein nach Linksrhein eingetreten ist, so war es nicht böser Wille der Reichsgetreidestelle, sondern die Unmöglichkeit, in die die englischen und französischen Gewaltmaßnahmen uns versetzt haben, zu liefern. Der zweite Wunsch, **Vorschüsse an die** hart leidenden **Gemeinden** dort zu geben, ist bereits teilweise erfüllt worden. Es wird dem Herrn Vorredner aus der eigenen Tätigkeit in der Kommune Cöln nicht ganz unbekannt sein, daß die Reichsleitung der Kommune Cöln einen Vorschuß von 30 Millionen bereits gegeben hat, ebenso der Stadt Aachen, Crefeld und anderen. Aber mit vollem Recht hat der Herr Vorredner darauf hingewiesen, daß die kleinen Gemeinden auf dem linksrheinischen Gebiet in eine finanziell geradezu unhaltbare Situation bereits hineingekommen sind und weiter geraten würden, wenn sie die schweren Lasten der Besatzung länger allein zu tragen hätten. Einzelne Dörfer des linksrheinischen Gebiets mit einer Kopfzahl von 800 Einwohnern haben eine Einquartierungslast von 2500 Personen zu tragen. (Hört! hört!) Die Reichsregierung wird daher bereits übermorgen einen Beschluß fassen, um entsprechend den Wünschen des

Herrn Vorredners diese Lasten zu mildern und Vorschüsse in weitherziger Weise zu gewähren.[1]) (Bravo!)

Auch der dritte Wunsch, den der Herr Vorredner geäußert hat, findet die nachdrücklichste Unterstützung der Reichsregierung. Was in der Beschränkung der persönlichen Freiheit entgegen den bestimmten Zusagen des Waffenstillstandsvertrages namentlich die französische Okkupationsarmee sich erlaubt hat, überschreitet alles denkbare Maß. (Hört! hört!) Der Fall in Mainz ist einer der vielen, gegen welche die Waffenstillstandskommission Protest eingelegt hat. Heute ist mir ein anderer noch krasserer Fall vom preußischen Eisenbahnminister berichtet worden. Der **Eisenbahndirektionspräsident in Saarbrücken** ist mit acht Tagen **Stubenarrest** bestraft worden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Grund: Weil er nach der Meinung der Franzosen nicht energisch genug auf die Eisenbahnarbeiter gewirkt hat, damit an Stelle des bisherigen Achtstundentages wieder der Zehnstundenarbeitstag eingeführt wird. Begreifen die Franzosen nicht, wie sie durch eine solche Maßnahme die Autorität einer Stelle herabsetzen, die gerade für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens in dem besetzten Gebiet unentbehrlich ist? (Sehr richtig!)

Ganz besonders dankbar bin ich aber dem Herrn Vorredner dafür, daß er mit so klarer Entschiedenheit darauf hingewiesen hat, daß das deutsche Volk ein unveräußerliches Recht auf einen gerechten Frieden bereits in seiner Tasche hat, daß der **internationale Vertrag** vom 5. November 1918 [2]) ein **völkerrechtlich bindender Vertrag** ist, und daß jede Überschreitung der Grenzen, die in der Note der Alliierten am 5. November niedergelegt sind, direkt als ein Wortbruch bezeichnet werden müßte. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk kann angesichts der Vergewaltigungspläne einzelner Alliierter nicht oft und laut genug seine Stimme erheben und darauf hinweisen, daß wir nur unter dieser Voraussetzung den Waffenstillstand abgeschlossen haben, nur unter dieser Voraussetzung bereit waren, in Friedensverhandlungen einzutreten. (Sehr richtig!)

Die Worte, die der Herr Vorredner im Anschluß daran gegen bestimmte Absichten der französischen Regierung auf **Annexion des Saarbeckens** zum Ausdruck gebracht hat, fanden die allgemeine Zustimmung

[1]) Gemeint ist das inzwischen von der Nationalversammlung erlassene Gesetz „über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet und über die vereinfachte Abschätzung von Kriegsleistungen für das deutsche Heer" vom 2. März 1919 (RGBl. 1919 S. 261).

[2]) Gemeint ist die in der geschichtlichen Einleitung abgedruckte Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing auf das deutsche Friedensangebot. (Vgl. oben Einleitender Teil.)

des Hauses von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Das Saarbecken ist deutsch und bleibt deutsch und kann unter keinen Umständen von Deutschland weggerissen werden, wenn man zum kommenden Frieden die innere Zustimmung des deutschen Volkes finden will. Wenn man aber nur äußere Zustimmung durch Unterschriften herbeiführen will, so ist das kein Frieden, sondern ein unerträglicher Zwang. (Sehr richtig! — Zuruf: Erpressung!) — Sehr richtig! Ich nehme den Zwischenruf „Erpressung" auf. — Der Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß gemeinsame Maßnahmen zum **Kampfe gegen den Bolschewismus** getroffen werden müßten. Auch dazu hat er die restlose Zustimmung der gesamten Versammlung. Bereits am 12. Dezember ist eine bestimmt gehaltene Note von der Waffenstillstandskommission an die Alliierten überreicht worden mit dem Antrag, gemeinsam gegen den Bolschewismus im Osten zu kämpfen. Die Alliierten haben auf diese Note vom 12. Dezember keine Antwort gegeben. (Lebhafte Zurufe: Hört! hört!) Sie erklären immer wieder, daß sie es für wichtig halten, daß der Kampf gegen den Bolschewismus eine gemeinsame Kulturaufgabe der ganzen gesitteten Welt sei. Aber sie nehmen uns bei jedem Schritt, den wir in diesem Kampfe unternehmen wollen, die Möglichkeit dazu. So ist kürzlich noch beantragt worden, man möge der deutschen Marine doch gestatten, einen oder zwei kleine Kreuzer, einige Torpedoboote wieder in Dienst stellen zu dürfen, damit von Libau aus der Kampf gegen die anstürmenden Sowjettruppen aufgenommen und unterstützt werden kann. Auch diese kleine bescheidene Bitte, die wir nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern im Interesse ganz Europas gestellt haben, ist von der Entente abgelehnt worden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! — Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Unruhe und Pfuirufe bei der Mehrheit.) Meine Herren, das Gesuch der deutschen Regierung, diese Aktion durchführen zu können, ist so selbstverständlich, daß ich eine Begründung dafür nicht anzuführen brauche. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir können doch nicht abwarten, bis die Sowjettruppen in Ostpreußen, in der Heimatstadt des Herrn Abgeordneten Haase, stehen (sehr gut!) und uns dann erst wehren und versuchen, sie hinauszuwerfen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Große Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Den warmen Worten, welche mein geehrter Herr Vorredner über **die Linderung des Loses der Kriegsgefangenen** gesprochen hat — er hat die sofortige Zurückgabe gefordert —, stimme ich nach jeder Richtung bei. Die Waffenstillstandskommission hat keine Woche vergehen lassen, in der sie nicht immer und immer wieder — namentlich nach Zurückgabe der feindlichen Kriegsgefangenen — auf die Einlösung der Zusage gedrängt hat, die im ersten Waffenstillstandsabkommen bereits

enthalten ist. Ich erinnere auch an den Briefwechsel zwischen mir und Marschall Foch. Ich stehe nicht an, offen zu erklären: ich bin enttäuscht darüber und überrascht, daß die Alliierten ihren siegreichen Marschall so im Stich gelassen haben, daß sie seiner Bitte — gemäß meinem Antrage — auf **Freilassung unserer Kriegsgefangenen** in so geringem Umfange entgegengekommen sind, daß von 800 000 Kriegsgefangenen nur 4000 zurückgegeben worden sind. Ich bin fest überzeugt: im umgekehrten Fall, wenn ein siegreicher deutscher Marschall das deutsche Volk bitten würde: gib die feindlichen Kriegsgefangenen frei —, daß dann im ganzen deutschen Volke nur ein Ruf bestehen würde: dem siegreichen Marschall wird seine Bitte erfüllt! (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Regierung hat in den letzten Wochen alles getan, was in ihren Kräften stand, zur Linderung des Loses der Kriegsgefangenen, und um ihre Freigabe zu erlangen. Es ist die Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gebildet worden, welche unter der bewährten Leitung des Herrn Abgeordneten Stücklen steht, der seine ganze Arbeitskraft eingesetzt hat, um alle Bestrebungen zur Linderung des Loses der Kriegsgefangenen zusammenzufassen. Ich halte es für meine Pflicht, den Dank der Regierung für diese Arbeit dem Herrn Abgeordneten Stücklen hier auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Die deutschen Bischöfe haben sich in den letzten Tagen in einer Eingabe an den Heiligen Stuhl gewandt, damit der Heilige Vater direkt seinen Einfluß einsetzen möge auf sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen. (Beifall.)

Ich richte von dieser Stelle aus einen offenen Appell an das Rote Kreuz in Genf, das während des Krieges nicht immer die neutrale Haltung eingenommen hat, wie wir sie von ihm erwartet haben (sehr richtig!), daß es seine internationalen Beziehungen und seine hohe sittliche Mission nun dahin auffassen und ausüben möge, daß die deutschen Kriegsgefangenen möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren können. (Beifall.) Dieser Appell enthält nur eine Pflicht der internationalen Organisation des Roten Kreuzes. (Sehr richtig!) Die internationale Organisation des Roten Kreuzes in Genf hat nach den getroffenen Abmachungen über das Rote Kreuz die internationale Verpflichtung übernommen, für die Linderung des Loses der Kriegsgefangenen tätig zu sein. Wenn die Zentralstelle des Roten Kreuzes in Genf ihre übernommenen internationalen Verpflichtungen loyal und ernsthaft durchführt, dann dürfen Dinge, wie sie der Herr Vorredner geschildert hat und wie sie zutreffend sind, einfach nicht mehr vorkommen. (Lebhafte Zustimmung.) Vor aller Welt stelle ich zum Schluß das eine fest, was ich gegenüber Marschall Foch zum Ausdruck gebracht habe: wenn jetzt, nachdem Deutschlands Volk weder einen Krieg führen will noch einen Krieg führen kann, unsere Kriegsgefangenen noch zurückbehalten werden, dann gibt es für ein solches Verhalten nur ein Wort

vor der ganzen Welt, vor der ganzen Geschichte der Menschheit: das ist die größte Barbarei, welche die Menschheitsgeschichte kennt. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Erörterung jetzt abzubrechen. (Unruhe.) Ich wollte — ich habe das am Anfang der Sitzung gesagt — die Kreditvorlage heute zur Erledigung, wenigstens zur teilweisen Erledigung, zu bringen suchen. Nun werde ich von den Herren der Deutschnationalen Volkspartei darauf aufmerksam gemacht, daß bisher noch kein Redner ihrer Fraktion Gelegenheit hatte, nach Einbringung der Kreditvorlage ein Wort darüber zu sagen. Ich halte mich aber für verpflichtet, jeder Partei die Möglichkeit zu geben, sich, bevor wir über die Kreditvorlage beschließen, dazu zu äußern. Ich habe heute bei Beginn der Sitzung unterstellt, daß der Redner der Deutschnationalen Partei heute noch zum Worte kommen würde. Die Sitzung hat sich aber so hinausgezögert, daß das nicht gut mehr möglich gewesen ist. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, mein Vorhaben vom Beginn der Sitzung jetzt nicht zur Ausführung zu bringen, sondern die Verabschiedung der Kreditvorlage bis auf morgen zu vertagen. — Das Haus ist damit einverstanden. Damit ist die Erörterung für heute geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Der preußische Herr Kriegsminister hat in seiner Rede die Mitteilung gemacht, daß wegen der **Tötung der vier Spandauer Gefangenen** das Verfahren eingeleitet sei. Er hat hinzugefügt, daß ich das Verfahren durch Benennung von Zeugen verzögert hätte. Nach dem natürlichen Verstande pflegt jemand, der einer Untersuchungsbehörde Zeugen zur Aufklärung des Sachverhalts angibt, das Verfahren zu fördern und nicht zu verzögern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn der preußische Herr Kriegsminister aller Logik zum Trotz von einer Verzögerung des Verfahrens durch mich gesprochen hat, so kann er nur eine persönliche Herabsetzung beabsichtigt haben. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Seine Ausführungen mußten aber auch in der Sache selbst irreführen. Ich habe nämlich bereits vor ungefähr vier Wochen dem Militärgericht etwa drei Zeugen namhaft gemacht, die innerhalb 48 Stunden vernommen werden konnten. Wenn jetzt erst das Verfahren wegen Tötung der vier Spandauer Gefangenen eingeleitet ist, so hat diejenige Behörde, welche sich mit dieser Sache befaßt, in unverantwortlicher Weise das Verfahren aufgehalten (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), das sie auch ohne meine Anregung sofort nach der fürchterlichen Tat einzuleiten und energisch zu verfolgen die Pflicht hatte. Ich kann deshalb die gegebene Darstellung nur als eine schamlose Verdeckung des wahren

Sachverhalts bezeichnen. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit.)

Präsident: Das Wort hat der preußische Herr Kriegsminister.

Reinhardt, Oberst, preußischer Kriegsminister: Meine Damen und Herren! Es liegt ein Irrtum vor. Ich habe nicht davon gesprochen, das Verfahren sei verzögert worden. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Doch!) Ich habe die mir gewordene Meldung vorgelesen, ich darf sie wiederholen:

> Das Verfahren gegen die Begleitmannschaften ist vom Kommandanturgericht Spandau eingeleitet. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wann?) Die Beschuldigten sind in Untersuchungshaft genommen. Die Vorlage des Berichts ist verzögert, weil auf Antrag des Rechtsanwalts Haase noch neue Zeugen vernommen werden mußten. (Wiederholte Zurufe von den Unabh. Sozialdemokraten.)

Also die Berichterstattung an mich, die mir erlaubt hätte, dem Herrn Abgeordneten Haase genaue Auskünfte zu geben, ist verzögert worden. Weiter nichts. (Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident: § 48 der Geschäftsordnung bestimmt:

> Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schluß der Diskussion das Wort, so gilt diese aufs neue für eröffnet.

Die Diskussion ist demnach wieder eröffnet. — Es ergreift niemand das Wort.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Falk hat zunächst die **Stellung der Deutschen Volkspartei zur Republik und Monarchie** berührt (Zurufe: Persönlich!), — also damit auch meine Stellung hierzu — berührt. Ich habe ausdrücklich eine Erklärung verlesen, worin ich nicht nur für meine Partei, sondern auch für mich — und das berechtigt mich zu dieser persönlichen Bemerkung — gesagt habe, daß wir uns „gegen jede geschichtswidrige Kritik“ der Monarchie wenden, daß wir aber „anerkennen, daß im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Erhaltung der monarchischen Staatsform ausgeschlossen ist“, daß wir uns also auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen und somit der Republik unsere Stimme nicht versagen würden, sondern gewillt sind, uns an dem Ausbau der Verfassung zu beteiligen.

Was den **Liberalismus** und die **Stellung zur Demokratie** betrifft, so entspricht es nicht den Tatsachen — ich will mich sehr milde ausdrücken —, daß ich gesagt hätte: „der Liberalismus lehnt grundsätzlich

die Demokratie ab", was ein Unsinn wäre. Ich habe vielmehr ausdrücklich ausgeführt, daß der Liberalismus auch heute noch — das ist meine tiefste Überzeugung — neben und mit der Demokratie marschieren könne, daß er sich aber auch in manchen Fragen grundsätzlich von ihr unterscheide. Ich habe als Ideal die Bildung einer großen liberalen, alle freiheitlich gesinnten, nichtsozialistischen Elemente zusammenfassenden Bürger- oder Volkspartei bezeichnet und habe ausdrücklich betont, daß wir uns unsere Stellung nach links wie nach rechts vollkommen vorbehalten müssen, daß wir unabhängig sein wollen und sind nach links wie nach rechts. (Zurufe: Persönlich!) — Ich zitiere nach dem stenographischen Protokoll das, was ich persönlich ausgeführt habe und was entstellt wurde.

Warum der Herr Kollege Falk mir den Herrn Fuhrmann vorgehalten hat, dem ich politisch vielleicht mindestens ebenso fern stehe als er, das verstehe ich nicht. Ich weiß gar nicht, ob Herr Fuhrmann meiner Partei überhaupt angehört (Zurufe: Persönlich!), aber das weiß ich, daß er von jeder Kandidatur ferngehalten worden ist, und daß er auch keinem Vorstand bei uns angehört. Der Verschmelzungsantrag des Herrn Fuhrmann ist bereits am nächsten Tage offiziell abgelehnt worden.

Der Herr Kollege Falk hat dann (Zurufe: Persönlich!) — warum er dies mir gegenüber betonte, weiß ich nicht — von dem **„Herrenstandpunkt" der Schwerindustrie** gesprochen, den ich nie vertreten, sondern, wo er auftrat, bekämpft habe. (Lebhafte Zurufe: Persönlich!) — Das ist persönlich. Meine sozialpolitischen Ausführungen in der Rede vom 15. Februar d. J. zeigen, daß ich himmelweit entfernt bin von jedem etwaigen Herrenstandpunkt der Schwerindustrie, die ihren Sitz übrigens in allen vier Parteien hat, einschließlich der Deutschen Demokratischen Partei. Ich habe allerdings gesagt — und das halte ich aufrecht —, daß die Demokratie als solche naturgemäß in Gefahr stehe, der Sozialdemokratie, die ja eine sozialistische Demokratie ist, Konzessionen zu machen, die wir nicht machen könnten, und ich nehme auch davon nichts zurück.

Wenn der Herr Kollege Falk gesagt hat, wir stünden ja auch in der gleichen Gefahr gegenüber rechts, so bemerke ich, daß wir nicht in Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschnationalen Partei stehen, was bei der Deutschen Demokratischen Partei gegenüber den Sozialdemokraten der Fall ist. (Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das letztere war keine persönliche Bemerkung. (Zurufe: Das Ganze nicht!)

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: — Das Ganze war es, das Letzte ist ein wenig darüber hinausgegangen. — Aber lassen Sie mich mit den

versöhnenden Worten schließen: Ich bin der Überzeugung, daß Liberalismus und Demokratie, wie früher, so auch jetzt, ihre selbständige Stellung behalten und behaupten werden, wir wollen den Liberalismus hochhalten, halten Sie die Demokratie hoch, ich habe nichts dagegen, wenn nur die Arbeit bei beiden Parteien geschieht im Interesse des Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Es ist mir eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Haase vorhin im Laufe seiner persönlichen Bemerkung nicht ganz genau dem Wortlaut nach zu Gehör gekommen. Ich habe mir inzwischen das Stenogramm geben lassen. Die Äußerung hat gegenüber dem preußischen Herrn Kriegsminister gelautet: „Ich kann die gegebene Darstellung nur als schamlose Verdeckung des wahren Sachverhalts bezeichnen." Dieser Ausdruck verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe den Herrn Abgeordneten Haase deshalb nachträglich zur Ordnung!

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Vögler.

Vögler, Abgeordneter: Der Herr Reichsminister Erzberger hat heute eine Erklärung abgegeben, die meinen Namen enthält. Danach hat der Herr Staatssekretär Dr. Müller in einem Briefe, der am 15. Dezember in die Hände des Herrn Erzberger gelangt ist, gesagt, ich würde eine Berufung als Sachverständiger abgelehnt haben, falls nicht auch Herr Stinnes berufen würde. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vögler, ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: Ihre persönliche Bemerkung scheint sich zu beziehen auf die Ausführungen des Herrn Reichsministers Erzberger, die er zum ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung gegeben hat. Die Debatte über den ersten Gegenstand der Tagesordnung ist aber erledigt; und wenn persönliche Bemerkungen nicht unmittelbar nach dieser gemacht werden, so können sie nachher nicht mehr stattfinden. Sie können nur stattfinden am Schluß einer Sitzung dann, wenn die Debatte abgebrochen wird. Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung können und müssen persönliche Bemerkungen jetzt gemacht werden. Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung können persönliche Bemerkungen jetzt nicht mehr gemacht werden. Wenn Ihre persönliche Bemerkung sich, wie ich unterstellen muß, auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung bezieht, dann muß ich sie für unzulässig erklären. (Zuruf rechts: Sehr bedauerlich!) — Herr Abgeordneter v. Graefe, das müssen Sie mit der Geschäftsordnung ausmachen! —

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen nunmehr vor, die

nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung:

> Fortsetzung der allgemeinen Besprechung in Verbindung mit der ersten und eventuell zweiten Beratung des Nachtragsetats.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 39 Minuten)

---

12. Sitzung.

Donnerstag den 20. Februar 1919.

Weitere Besprechung der Regierungserklärung und des Reichshaushalts.

Geschäftliches. Eingänge: Protest aus Tondern gegen Abtretung. Protest aus Schönlanke, betreffend die polnischen Linien. Ragnit bittet um Schutz der ostpreußischen Heimat. Gewerkschaft König Ludwig schildert die Spartakus-Unruhen. Telegramm der Stahlindustriellen in Düsseldorf.

Erklärungen vor der Tagesordnung: Vögler (D. Vp.), Erzberger, Reichsminister, betreffend Schreiben des Reichswirtschaftsamts. —

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Fortsetzung der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 (Nr. 20 der Drucksachen).

D. Traub (D. Nat.): Freundlichkeit Japans gegen die deutsche Mission. — Vordringen der Jugoslawen in Österreich. — Die Deutschen im Ausland. — Methode der Feinde. — Politik der Verzweiflung. — Protest des deutschen Volkes gegen Erpresser-Politik. — Der Weg der öffentlichen Schuldbekenntnisse ist ein falscher. — Man will das deutsche Volk vor der Welt als ein unwürdiges hinstellen. — Wahrung der Reichseinheit. — Unser Heer demoralisiert. — Revolutionierung der Fronttruppen. — Peinlichste Rechenschaft über die Finanzen verlangt. — Geist des Materialismus und Mammonismus. — Hoffnung auf die deutsche Jugend. —

Schiffer, Reichsfinanzminister: Die Ablehnung des gewünschten Kredits würde das Reich völlig mittellos hinstellen. — Nicht durch Kommissionsberatung aufhalten. — Pflicht der Gerechtigkeit gegen die aus dem Schützengraben. —

Gothein, Reichsminister: Zwang unserer Politik. — Das alte System brachte uns in Gegensatz zu dem Kulturempfinden der übrigen Völker. — Verdacht, daß Deutschland den Krieg wollte. — Englands Bündnisangebote. — Schuld bei Panslawisten und französischen Revanchepolitikern. — Bebel und die Monarchie. — Spartakus-Verbrechen am Vaterlande. — Pfeiler des Volksstaats: Freiheit und Ordnung.

Erzberger, Reichsminister: Regierungspolitik der kühlen Vernunft und des klaren Rechts. — Grenzen sind die angenommenen 14 Punkte Wilsons. — Entschädigungsverpflichtung nur für Schäden an Privateigentum. —

Dr. Kahl (D. Vp.): Eintritt der Frauen in das politische Leben willkommen. — Das Streiten oft vaterländische Pflicht. — Warum hat der Reichspräsident sich nicht direkt mit Wilson ins Einvernehmen gesetzt? — Das Koalitionsprogramm der Regierungsparteien. — Schwäche und Planlosigkeit der Regierung. — Es gibt kein Recht auf Revolution. — Der neue Volksstaat ist Klassenherrschaft. — Die Schuld am Kriegsausbruch und an der Niederlage. — Frei gegenüber der Zukunft, treu der Vergangenheit. — Unklarheit über das geltende Recht. — Nationale Erneuerung. —

Landsberg, Reichsjustizminister: Erwiderung gegen Dr. Kahl. — Vieles durch das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu erklären. — Das Recht der Mehrheit auf Revolution. — Unmöglichkeit einer nationalen Verteidigung. — Deutscher Übermut hat die Katastrophe herbeigeführt. — Widerlegung gegen D. Traub. — Sünden der Alldeutschen. — Wie die Revolution kam. — Kräfte frei gemacht, die Großes wirken werden.

Schultz (Bromberg) (D. Nat.): Zur Geschäftsordnung. —

Vertagung abgelehnt.

Frau Zietz (U. S.): Beschwerde über die Freiheit in Weimar. — Koalitionsregierung. — Behandlung politischer Gefangener. — Eingriffe der Regierungstruppen in Berlin. — Bremer Vorgänge. — Noske-Garde in Gotha und Ruhrrevier. — Grenzschutz unnötig. — Das Eiserne Kreuz ein Blutmal. — Die Regierung mit dem Kainsmal des Brudermordes. (Ordnungsruf.) —

Noske, Reichswehrminister, gegen Frau Zietz.

Zur Geschäftsordnung: Schiele (D. Nat.), v. Payer (D. D.).

Zur zweiten Beratung § 1: Bock (U. S.), Dietrich (Potsdam) (D. Nat.). —

Zur Geschäftsordnung: Haase (U. S.), Dr. Cohn (U. S.), Dr. Blunck (D. D.). — Noske, Reichswehrminister, Dr. Löwengard, Vertreter der Regierung von Coburg-Gotha, Erzberger, Reichsminister.

Zu § 3: Haase (Berlin) (U. S.), Dietrich (Potsdam) (D. Nat.) —

Zur dritten Beratung: v. Payer (D. D.) zur Geschäftsordnung, Dr. Cohn (U. S.) persönlich, D. Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner (D. Nat.) desgl. —

Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 26 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten: Oertel und Koch (Hamburg) für 5 Tage, Dr. Most, Heimann, Staroſſon für 8 Tage.

Es sind wieder verschiedene Telegramme eingegangen, die ich dem Inhalt nach kurz skizzieren will. Von Tondern ein Protest gegen die eventuelle Abtretung der deutschen Stadt Tondern an Dänemark. (Bravo! rechts.) Von Schönlanke ein Protest, betreffend die polnischen Linien. (Bravo!) Der Kreisverein der Deutschen Demokratischen Partei in Ragnit bittet um Schutz unserer ostpreußischen Heimat. Ein Telegramm der Gewerkschaft König Ludwig geht in der Richtung, die die Presse schon veröffentlicht hat. Von Düsseldorf liegt ein Telegramm der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vor, worin gegen eine Behauptung des Herrn Reichsministers Erzberger protestiert wird. (Aha! rechts.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat das Wort zu einer Erklärung der Herr Abgeordnete Vögler.

Vögler, Abgeordneter: Der Herr Reichsminister Erzberger hat gestern eine Erklärung abgegeben, die auch mich betrifft. Danach hat der Herr Staatssekretär Dr. Müller in einem Briefe, der am 15. Dezember in die Hände des Herrn Erzberger gelangt ist, unter anderem dem Sinne nach von mir geschrieben, ich solle eine **Berufung als Sachverständiger** abgelehnt haben, falls nicht auch Herr Stinnes berufen würde.

Ich stelle demgegenüber fest, daß niemals eine solche Anfrage seitens des Reichswirtschaftsamts an mich gelangt ist (hört! hört! rechts) und ich niemals eine derartige Stellung eingenommen habe. (Hört! hört! rechts.) Ebensowenig ist das von der Nordwestlichen Gruppe Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller geschehen. Diese hat vielmehr noch am 23. Dezember, also acht Tage nach dem Briefe des Herrn Staatssekretärs Müller, fünf Herren der rheinisch-westfälischen Montanindustrie, darunter auch mich, und zwar mit meiner Zustimmung, als Sachverständige in Vorschlag gebracht. (Hört! hört! rechts.)

Aus der Erklärung des Herrn Reichsministers Erzberger geht weiter hervor, daß entgegen seiner Behauptung am Dienstag niemals ein **Telegramm** oder ein **Schreiben** seitens der genannten Gruppe an ihn abgesandt worden ist, in welchem mit einem Versagen der Sachverständigen für den Fall der Nichtberufung des Herrn Hugo Stinnes gedroht worden wäre.

Präsident: Vor Eintritt in die Tagesordnung hat das Wort der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Herren! Ich habe mich bei meinen Darlegungen gestützt auf das **amtliche Schreiben des Reichswirtschaftsamts.** Ich habe keinen Anlaß, an diesem amtlichen Schreiben des Reichswirtschaftsamts irgend etwas abstreiten zu lassen. Der Herr Reichsminister des Reichswirtschaftsamts, Herr Wissell, hat mir aber soeben die Erklärung abgegeben, daß er seinerseits in seinem Ressort sofort feststellen wird, auf welche Tatsache sich die Behauptung in dem Schreiben vom 15. Dezember an mich stützt. (Zuruf rechts: Stand auch nur: soll!) — Ich habe es wörtlich verlesen, darum ist die Korrektur sehr überflüssig und sehr deplaciert. (Stürmische Rufe rechts: Oho!)

Ich habe nicht von einem **Telegramm an mich** gesprochen, sondern ich habe von einem Telegramm gesprochen. (Zuruf rechts: Wo ist das?) — Das wird ja eben im Reichswirtschaftsamt festgestellt, wie ich Ihnen gesagt habe. Haben Sie etwas Geduld!

Der Herr Abgeordnete Vögler hat weiter gesagt, daß am 23. Dezember nochmals eine Depesche an mich abgesandt worden sei. Ich habe diese Depesche gestern verlesen. Die Zuziehung von Sachverständigen, die hier vorgeschlagen sind, konnte am 23. Dezember aus dem einfachen Grunde nicht mehr erfolgen, weil am 23. Dezember bereits die Ver-

handlungen in Luxemburg begonnen und am 25. ihren Abschluß erreicht haben. Somit ist also auch dieser Tatbestand richtig gestellt. (Zurufe rechts.) — Jawohl, richtig gestellt! (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Reichsminister Erzberger, auf etwaige Zurufe nicht einzugehen. Es handelt sich hier um ausnahmsweise Zulassung von Erklärungen vor der Tagesordnung. Ich lasse eine Debatte darüber hernach nicht zu. Ich bitte deshalb auch, auf etwaige Zurufe, die ich nun einmal nicht verhindern kann, nicht weiter zu reagieren.

Erzberger, Reichsminister: Ich werde dem Wunsch des Herrn Präsidenten sehr gern Folge leisten, so angenehm es manchmal auch sein kann, auf unbegründete Zwischenrufe einzugehen. — Wenn der Herr Abgeordnete Vögler geglaubt hat, daß aus meiner Behauptung vom Dienstag ihm ein persönlicher Vorwurf zu machen sei, als ob er ein Telegramm absichtlich unterschlagen habe, nachdem er hier erklärt hat, daß ein solches Telegramm von ihm nicht abgesandt worden sei, so nehme ich gar keinen Anstand zu erklären, daß diese Behauptung sich nicht auf ihn persönlich beziehen kann.

Alles weitere behalte ich mir vor nach den Aufklärungen des Reichswirtschaftsamts. (Bravo! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand der Tagesordnung ist die

Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit der

Fortsetzung der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918

(Nr. 20 der Drucksachen).

Die Besprechung ist wieder eröffnet, zugleich die erste Beratung über den dritten Nachtrag des Haushaltsplans.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Traub.

D. **Traub,** Abgeordneter: Wir beantragen die Überweisung der Nachtragsforderung von 25 Milliarden zum Reichshaushaltsetat an den Haushaltsausschuß. Ich behalte mir die Begründung im einzelnen vor.

Verehrte Versammlung! Ungeheure Not liegt auf unserem deutschen Vaterland. Die größte Not ist wohl die, daß große Teile

unseres deutschen Volkes diese Not auch heute in ihrer ganzen Tragweite noch nicht erkennen. Trotz alledem ist es Pflicht und Aufgabe, sich immer die Fähigkeit zu erhalten, auch mitten in solcher Riesennot über die eigene Grenze des Vaterlandes hinauszublicken. Wenn ein Volk diese Fähigkeit verliert, an den Fragen der äußeren Politik auch in den Tagen der höchsten Ermattung teilzunehmen, so scheidet es sich aus dem übrigen Rat der Völker aus und wird sein eigenes Geschick riskieren. Darum möchte ich zuerst den Blick über die Grenzen unseres eigenen Vaterlandes hinaus lenken.

Es hat uns erfreut, daß **Japan**, wie wir vom Protestantischen Missionsverein hören, gerade diesem deutschen Missionsverein während der Zeit des Krieges freundlich entgegengekommen ist, ganz anders als England gegenüber Basel und den übrigen deutschen Missionen. Aber wir haben noch eine größere Freude dort erlebt. Während bisher in den japanischen oberen Schulen und Gymnasien nur bestimmte Abteilungen Unterricht im Deutschen genossen haben und in den Mittelschulen vom deutschen Unterricht überhaupt keine Rede gewesen ist, hat nun die japanische Regierung den englischen, französischen und deutschen Unterricht wahlfrei gestellt und ausdrücklich auch den **Unterricht in der deutschen Sprache** in ihren Schulen eingeführt.

Gehen wir vom Osten weiter herüber! Ich bedaure, wie wenig Interesse innerhalb Deutschlands dem Vordringen der **Jugoslawen** in Österreich geschenkt wird. Klagenfurt, Villach und St. Veit sind bereits von den Jugoslawen besetzt. Die slowenischen Klerikalen haben sich den Jugoslawen angeschlossen. Diese Tatsache wird wahrscheinlich mit der Zeit die alte Wahrheit doppelt unterstreichen, daß, wenn einmal der österreichisch-ungarische Staat von der Bildfläche verschwunden ist, eine unendlich größere Fülle von Reibungsmöglichkeiten in Mitteleuropa sich einstellen wird. Was man früher vom Balkan gesagt hat, das kann künftig von Mitteleuropa wahr werden. — Große Gegensätze der Interessen tun sich auf zwischen den Jugoslawen und den Italienern. Wir haben als Deutsche alles Interesse, gerade diesen Interessengegensätzen, die sich zwischen Italien und diesen anstürmenden Völkermassen auftun, unsere größte Aufmerksamkeit zu schenken. — In den westungarischen Gespanschaften macht sich eine große Bewegung zugunsten des Anschlusses an Deutsch-Österreich geltend. Die Gespanschaften Eisenfeld, Weißenburg, Ödenburg und vor allen Dingen die Bewohner im alten Heanzenland wünschen den Anschluß an Deutsch-Österreich.

Abgesehen von diesen Einzelheiten wäre es für unsere ganze Orientierung in der äußeren Politik sehr gut, man würde die Liste derjenigen Staaten, die im letzten großen Weltkrieg uns den Krieg nicht erklärt

haben, aufmerksam verfolgen. Jedenfalls haben wir vom deutschen Standpunkt aus Einspruch dagegen zu erheben, daß die **neutralen Staaten** bei den gegenwärtigen Verhandlungen der **interalliierten Konferenzen** so wenig berücksichtigt werden. Es liegt auch mit in unserem Interesse, daß wir dies ausdrücklich betonen. Wir danken Herrn Grafen Brockdorff-Rantzau, daß er in dieser Richtung ein deutliches Wort geredet hat.

Wir wären aber keine Deutschen, wenn wir nicht an unsere **deutschen Brüder außerhalb unserer deutschen Reichsgrenzen** denken würden. Das steht ja heute unter keinem Verdacht irgendwelchen „alldeutschen Imperialismus". Es ist nichts anderes als eine Kultur- und Dankespflicht, die wir gegenüber den deutschen Stammesgenossen in der Welt erfüllen und zu erfüllen haben. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Zuerst aber möchte ich in dem Zusammenhang auf die Deutschen unser Augenmerk hinlenken, die aus Rußland ausgewiesen sind, und die als Reichsdeutsche innerhalb unserer Grenzen wohnen. Wir haben von Rußland 203 Millionen Rubel erhalten. Die Hälfte dieser Summe ist verwandt worden für die Einlösung der Kupons der russischen Staats- und Eisenbahnanleihen. Es liegen uns Bitten vor von dem geschäftsführenden Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen dahin, die andere Hälfte dieser Summe möglichst bald dazu zu verwenden, den **aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen** volle Entschädigung zukommen zu lassen, die sie für ihre großen Schäden, die sie erlitten haben, wahrhaftig reichlich verdienen. Ich möchte diese Bitte der Reichsdeutschen lebhaft unterstützen.

Wenn die Revolution unser deutsches Ansehen draußen in der Welt besonders an einem Punkte geschädigt hat, so in Brüssel und in Warschau. Wenn ich an die deutschen Familien denke, die heute noch in Belgien wohnen, und wenn ich mich besonders an unsere Deutschen in Polen erinnere — wie müssen diese unter dem Eindruck in alle Ewigkeit leiden, daß in Brüssel und in Warschau die Kokarde in den Dreck getreten worden ist! Das ist eine so unendliche Schmach für unser deutsches Bewußtsein (lebhafte Zustimmung rechts), daß ich mich viel weniger noch für unsere Leute zu Hause schäme als dafür, was wir an Ansehen für die Deutschen im Ausland, an Beeinträchtigung für alle Zeiten dadurch hervorgerufen haben. (Sehr wahr! rechts.) Nur mit innerem Herzklopfen kann ich denken an die Balten in Riga und in Reval, an die Zipser Deutschen und an das Banat. Wenn jetzt die Siebenbürger hinübergetreten sind in den rumänischen Staat, so möchte ich sie bitten, daß sie künftig als loyale Untertanen dieses Staates nicht vergessen mögen, daß sie eine alte ruhmreiche Geschichte hinter sich haben, die auch in Deutschland unvergessen bleibt

So möchte ich versuchen, die Fenster wieder aufzumachen, damit wir uns auch hier in unserer deutschen Nationalversammlung mit allen Vorgängen lebhaft beschäftigen, die außerhalb Deutschlands vor sich gehen; wenn wir diese Fähigkeit verlieren, haben wir uns von selbst ausgeschaltet aus der **äußeren hohen Politik.** Es mag gesagt werden: „Ein solch geknechtetes und am Boden liegendes Volk hat dazu nicht mehr die Fähigkeit, wie kannst du reden von solchen Dingen?" Ich antworte: Man „treibt" äußere Politik, auch wenn man getrieben wird; man „treibt" äußere Politik, auch wenn man sich bloß treiben läßt. Ich wünschte aber, daß man wenigstens die klare Empfindung habe: unsere verantwortlichen Leiter der Geschicke treiben wirklich äußere Politik. Ist es falsch, wenn ich ausspreche, daß vielleicht durch sämtliche Staaten des kontinentalen Europa, auch bei den uns jetzt feindlich gegenüberstehenden Staaten, ein geheimes Zittern hindurchgeht darüber, daß die ganze **kontinental-europäische Politik** verschoben wird und nicht bloß ihren Schwerpunkt verlieren, sondern vielleicht zu ihrem Ende kommen könnte? Wir in Deutschland haben alles Interesse, auf solche inneren Überlegungen auch bei unseren Feinden genau zu horchen. Es gibt immer noch ein kontinentales Europa, das seine eigenen Interessen zu verfolgen hat. (Sehr wahr! rechts.)

Von da aus komme ich zur Besprechung des gegenwärtigen Waffenstillstands, wie er sich nach seiner neuen Formulierung und Annahme gestaltet. Wir haben durch unseren Sprecher, Herrn v. Graefe, erklären lassen, daß wir diese **neuen Waffenstillstandsbedingungen** abgelehnt hätten. Es ist uns darauf in der Presse der Vorwurf gemacht worden, daß wir „die tiefernstesten Vorgänge der Gegenwart für Parteizwecke ausnutzten". (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Eine solche Unterstellung weise ich zurück (bravo! rechts) und werde überhaupt nicht weiter darauf eingehen, denn sie steht mir zu niedrig. (Zurufe links.) Für unsere Stellung war nicht ausschlaggebend ein „imperialistischer Rausch" oder irgend welcher „Haßgedanke", sondern ganz realpolitisch-nüchterne Überlegungen der feindlichen Methode. Wir haben auch das Recht, über die Art, wie die Methode der Feinde uns allmählich von allen Möglichkeiten der Gegenwehr abschneidet, unser eigenes Urteil zu bilden. (Sehr gut! rechts.) Die Frage liegt doch einfach so: will Frankreich uns wirklich den Krieg erklären (Zurufe bei den Demokraten), wenn wir die Waffenstillstandsbedingungen ablehnen? Will Frankreich das wirklich tun, dann kann es das auch jetzt schon nach drei Tagen. Es wird gesagt, „wir haben noch Krieg und sind noch im Kriegszustand". Das ist akademisch richtig und theoretisch unanfechtbar (Zurufe bei den Deutschen Demokraten), aber ich möchte Herrn Haußmann fragen, ob er denn einen Zustand für möglich hält derart, daß Frankreich uns von neuem gewissermaßen den Krieg erklärt oder den

alten Kriegszustand aufnimmt, wobei Frankreich und die Welt genau wissen, daß sie einer wehrlosen Bevölkerung ohne jedes Militär gegenüberstehen? (Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) Eine solche Sachlage halte ich für ein Unding (Heiterkeit), daß eine kultivierte Nation der Welt vorspiegeln wollte, daß sie noch einen Krieg aufnehmen und führen wolle mit einer Nation, die nach ihrer eigenen Kenntnis ohne jede Möglichkeit des Sichwehrens ist. (Zurufe von den Mehrheitsparteien.) Eben darum habe ich auch auf den Vorwurf zu erwidern, wir „steigerten den Imperialismus von Clemenceau noch." Wie wir den Imperialismus von Clemenceau noch steigern könnten, wenn wir betonen, es muß doch einmal deutlich gesagt sein, daß sich das deutsche Volk nicht alles gefallen läßt, diese Schlußfolgerung kann ich in keiner Weise anerkennen. (Sehr gut! rechts.)

Wenn Herr Reichsminister Erzberger uns das Wort von der **Desperadopolitik** entgegengeworfen hat (Zurufe links), so möchte ich das ins Deutsche übersetzen: Es heißt doch wohl die Politik der Verzweiflung. Ist nicht das vielmehr eine Politik der Verzweiflung, wenn man schließlich alles zugibt? (Sehr wahr! rechts.) Ist das nicht eine Politik der Verzweiflung, wenn man dem deutschen Volke nicht mehr die Fähigkeit zuerkennt, daß es an einer letzten Grenze der Verstumpfung ankommen könnte, wo es sich dann wirklich alles gefallen läßt? Der Herr Reichsminister Erzberger sollte uns dankbar dafür sein, daß wir dem deutschen Volke ins Gewissen spielen, daß es eine Grenze gibt. Es ist taktisch betrachtet, nur der Unterschied vorhanden, daß Sie von der Reichsregierung in diesem Augenblick noch gesagt haben: Jetzt halten wir diese Grenze noch nicht für erreicht. (Sehr richtig! rechts.) Nicht auf Grund von irgendwelchen in den Wolken hängenden Gedanken, sondern aus rein nüchterner Beobachtung der raffinierten Technik der Waffenstillstandsbedingungen heraus sagen wir dem deutschen Volke schon heute: rüste dich auf ein Nein! Tun wir das, so haben wir der Regierung nur einen Dienst getan. (Bravo! und Zustimmung rechts.) Wir bekämpfen das Verfahren, daß man das deutsche Volk von den ungeheuren Gefahren, die ihm drohen, immer ablenkt und da und dort auch die Stimmung irreführt.

Der größte Fehler, der nach meiner Meinung — und ich werde nachher noch darauf zurückkommen — uns in die jetzige heillose Lage gebracht hat, beruht darin, daß wir im deutschen Volke die **innere Politik** in die erste Linie gestellt haben. So hat man auch jetzt wieder die Leidenschaft des deutschen Volkes rein auf die innere Politik hin abgestellt. Wir haben die Wahlen und die Vorbereitungen zu den Wahlen vorgenommen, die unser aller Herz erfüllt haben. Zuletzt aber ist in dieser Lage der äußeren Not unseres Vaterlandes nicht der Wahlzettel das Entscheidende, sondern allein die Art und Weise, wie unsere Interessen draußen gegenüber den alliierten Feinden ver-

treten werden. (Sehr richtig! rechts.) Darum bedaure ich es, daß in der offiziösen oder auch amtlichen Presse der Ernst unserer Lage — ich will nicht den Ausdruck gebrauchen — verhüllt wird, aber daß er nicht jeden Tag dem deutschen Volk mit allen seinen Folgen immer aufs neue vor Augen gestellt wird. (Sehr gut! rechts.) Das deutsche Volk ist reif, zu tragen; man soll es nicht unmündig behandeln. (Unruhe und Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist in der letzten Erwiderung der deutschen Regierung auf die Waffenstillstandsbedingungen ein Ausdruck gefallen, der gerade in diese Linie der Ablenkung und der Stimmungsmache hineinfällt. Die Regierung erklärt, daß wir Deutsche uns von **„Angriffshandlungen" gegenüber den Polen** fernhalten werden. Gegen die Polen haben wir Deutsche überhaupt keine Angriffshandlungen begangen. (Sehr richtig! rechts.) Was wir in den Ostmarken getan haben, ist nur die Abwehr der polnischen Angriffshandlungen! Wir haben gar keinen Grund, daß wir in einem amtlichen Schriftstück den Ausdruck übernehmen, der uns von seiten der Alliierten her untergeschoben wird. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn die Frist, die nun wie ein Damoklesschwert als dreitägige Kündigung über unserem Haupt schwebt, als eine „ungerechtfertigte Erschwerung" unserer Verhältnisse bezeichnet worden ist, so wünschte ich, daß auch unsere Diplomatie endlich einmal einen schärferen und klareren Ausdruck finden würde. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe mich über Herrn Reichsminister Erzberger gefreut, daß er gestern das ihm zugerufene Wort **„Erpresserpolitik"** aufgenommen hat. (Erneute Zustimmung rechts.)

In zwei Punkten kann der Protest des deutschen Volkes gar nicht oft und laut genug ausgesprochen werden. Ich möchte das nochmals tun, nicht aus Parteiinteresse, sondern im allgemeinen Interesse des deutschen Volkes, nämlich zunächst in der **Frage der Blockade.** Wie hat einstens Deutschland gegenüber Frankreich gehandelt? In dem Wortlaut des Generalstabswerkes 1870/71, Band 5, lesen wir folgende Ausführungen:

> Um dem Ausbruch einer Hungersnot in Paris vorzubeugen und den dringendsten Anforderungen der Bevölkerung bis zum Eintreffen französischer Proviantzüge gerecht werden zu können, wurden den Pariser Behörden die in den deutschen Magazinen entbehrlichen Vorräte zur Verfügung gestellt. Zur Herbeiführung möglichst schleuniger Verproviantierung der Hauptstadt erhielten ferner sämtliche Oberkommandos, Generalgouvernements und Generaletappeninspektionen die Weisung, den französischen Behörden die Herstellung der in Betracht kommenden Eisenbahnen und die sonstigen Kommunikationen zu gestatten, sowie die Torpedos aus den Flüssen entfernen zu lassen.

So handelten die „Boches" im Jahre 1871! (Sehr gut! rechts.)

Und genau so, wie unser Protest gegenüber der fortdauernden Blockade ein einheitlicher in der ganzen Nationalversammlung ist, genau ebenso gut ist es der Schrei für die Not unserer **Kriegsgefangenen.** Gestern erhielt ich die Mitteilung, daß **in Nikolajew** 2000 **Kriegs**gefangene vollständig ohne jede Arzneimittel leben müssen. Dringend wird gebeten, Arzneimittel dorthin zu befördern.

Es ist ein Vorschlag aufgetaucht, der wert ist, daß wir ihn auch in der Nationalversammlung ernst prüfen. Er scheint an ein ungeheures Maß von Opfermut zu apellieren. Aber wir leben in einer Zeit, in der man einen solchen Appell ertragen darf. Das ist der Vorschlag, daß man die **Kriegsgefangenen,** wenn sie nun einmal kontraktmäßig von **Frankreich** gezwungen werden sollten, dort die zerstörten Häuser und Gebiete wieder herzustellen, durch freiwillig gestellte Hilfskräfte in Deutschland ablösen lassen sollte (Zuruf von den Deutschen Demokraten), und daß wir unsererseits einen Weg finden sollten, auf dem wir denen, die nun zwei oder drei oder vier Jahre die Heimat nicht gesehen haben, es ermöglichen, wieder nach der Heimat zurückzukommen. (Sehr richtig! rechts.) — Es wird mir zugerufen: „Aussichtslos!" Ich kenne die praktischen Schwierigkeiten; aber ich kenne auch die Pflicht, daß man einen solchen Vorschlag nicht einfach in den Papierkorb wirft, sondern daß man sich ernstlich überlegt, was in dieser Beziehung zu tun ist. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Ich komme zu der Rede des Herrn Reichsministers, die er uns über die ganze Lage und über seine Beurteilung dieser Lage gehalten hat. Der Herr Reichsminister würde es nicht angenehm empfinden, wenn er von der Deutschnationalen Volkspartei gelobt würde. Trotzdem möchte ich mich darüber freuen, daß er die Stellung, die er in einzelnen Fragen zum Schluß eingenommen hat, so einnahm, wie er es getan hat. Ich hatte nur immer den Eindruck, daß bei jedem Schritt vorwärts immer wieder zwei rückwärts getan werden. (Sehr gut! rechts.) Ich habe den Wunsch, daß sich der Herr Reichsminister **Graf Brockdorff** möglichst in die Nähe setzen möchte von Herrn Noske mit seiner urwüchsigen Frische und daß er von dem unreflektierten deutschen Stolz des Herrn Noske möglichst viel herübernehmen möchte. (Sehr gut! rechts.)

Ganz grundsätzlich möchte ich sagen: der Weg, der in dieser Regierungserklärung eingeschlagen ist, nämlich der **Weg der öffentlichen Schuldbekenntnisse** ist ein falscher. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben diesen Weg der öffentlichen Schuldbekenntnisse schon unmittelbar nach dem Kriegszusammenbruch angefangen. Wir haben nichts für eiliger gehalten, als daß wir, die wir doch unendlich viel Zeugnisse davon hatten, unter welchen Qualen unsere deutschen Kriegsgefangenen geschmachtet haben, sofort eine Kommission einsetzten, um von unserer

Seite aus festzustellen, ob in dem oder jenem deutschen Barackenlager vielleicht einmal ein Übergriff gegenüber den Kriegsgefangenen unserer feindlichen Länder stattgefunden hat. Jetzt finden wir wieder denselben Weg der öffentlichen Schuldbekenntnisse in drei Punkten: der amtlichen Rede über Haag, bei der Eingeborenenbehandlung in unseren Kolonien und über Brest-Litowsk. Warum sind wir grundsätzlich gegen diesen Weg? Weil diese Schuldbekenntnisse ja gar nicht ethisch verwertet werden. Es handelt sich gar nicht darum, daß sie in der Welt der hohen Diplomatie und Politik als Kräfte sittlicher Selbstbesinnung erscheinen. Sie werden hervorgelockt zu politischen Zwecken und zur diplomatischen Verwertung als Eingeständnis unserer deutschen Minderwertigkeit. Wir sind nicht frei von Schuld oder Fehlern in einzelnen Punkten. Wir sind keine Engel (Lachen und Zurufe bei den Deutschen Demokraten) — und haben diese Bezeichnung nie für uns in Anspruch genommen. (Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) — Ja meine Herren, Sie fallen alle unter dasselbe Urteil. Aber es ist grundsätzlich falsch, gegenüber einem Feind zu meinen, daß man so sein innerliches Wohlwollen sich erwerben könnte.

Es ist das aber auch taktisch verhängnisvoll, weil unser deutsches Volk so leicht daran gewöhnt wird, auch den letzten Schritt noch zu tun, nämlich das Eingeständnis der Schuld an diesem Weltkriege auf die deutsche Seite zu übernehmen. Dieser Tag wäre unsere höchste Schmach. Dieses kaudinische Joch wird uns aufgerichtet werden. Deshalb bedaure ich diese ganze Methode, wonach wir Schritt für Schritt unser Volk daran gewöhnen, daß es seine Schuld und Sünden vor den Völkern möglichst bekenne.

In dem Zusammenhange steht die Beurteilung, die wir **Wilson** zuteil werden lassen. Wenn die Hoffnungen, die ein großer Teil dieses Hauses auf Wilson baut, in der Weise und in dem Grad in Erfüllung gehen, wie es ein großer Teil dieses Hauses meint, dann freue ich mich um des gesamten deutschen Volkes willen und will mich gern von Ihnen auslachen lassen und will gern den Schimpf auf mich nehmen. Aber ich habe nicht das mindeste Zutrauen trotz dem, was gestern gesagt worden ist, es bestehe ja ein völkerrechtlicher Vertrag und eine völkerrechtliche Abmachung, und daß wir auf Grund einer solchen völkerrechtlichen Abmachung den besten Hintergrund für unsere ganze Stellung hätten. Was wir in unseren deutschen Gelehrtenstuben als Völkerrecht ansehen, ist etwas anderes als das, was der angelsächsische Wille als Völkerrecht diktieren wird. (Sehr rechtig! rechts.)

Lesen Sie den Entwurf für das Völkerrecht. Nach § 3 des zukünftigen **Völkerbundes** ist der ausführende Rat — und um den handelt es sich — aus Vertretern der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches,

Frankreichs, Italiens und Japans zusammengesetzt und außerdem aus Vertretern von vier, dem Völkerbunde angehörenden Staaten. Hier wird der endgültige Einfluß der angelsächsischen Welt für alle Streitfälle festgestellt. (Sehr richtig! rechts.) In § 7 wird die Zulassung zu diesem Völkerbunde bestimmt. Welche Staaten werden zugelassen? Alle diejenigen Staaten nicht, welche den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnen. Diesen gegenwärtigen Vertrag aber, wie er jetzt vorliegt, kann ja Deutschland gar nicht unterschreiben; denn dieser Vertrag ist ja schon unterzeichnet in dem Augenblick, in dem wir vielleicht zu dem Friedensdiktat zugelassen werden, um es entgegenzunehmen. Dazu kommen zweitens die **Qualitätsbestimmungen.** Es werden ja hübsche Qualitäten für diejenigen Völker mitgeteilt, welche in diesen Völkerbund aufgenommen werden dürfen. Es können nur Länder zugelassen werden, die die Selbstregierung besitzen. Kein Volk kann zugelassen werden, wenn es nicht in der Lage ist, „wirksame Bürgschaften für seine loyalen Absichten" zu geben, die internationalen Verpflichtungen zu beobachten, und endlich drittens, wenn es sich nicht den Grundsätzen entsprechend verhält, die der Völkerbund hinsichtlich seiner Streitkräfte und seiner militärischen und maritimen Rüstungen festsetzen kann.

Welches ist nun der Richter, der darüber urteilen wird, in welchem Augenblick Deutschland „wirksame Garantien für seine loyalen Absichten" gibt, die internationalen Verpflichtungen zu beobachten? Ich sehe von hier aus den Weg, den Wilson nach meiner Meinung ganz folgerichtig gegangen ist, indem er alle die Waffenstillstandsbedingungen mitgemacht hat, die bisher die Alliierten uns auferlegt haben. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine ganz gerade Linie. Erinnern wir uns noch besonders an den § 19, auf den ich nachher bei den Kolonien noch ausführlich zu sprechen kommen werde. Die Hauptsache ist die: der Völkerbund soll nach diesen amtlichen Erklärungen nur für die „fortgeschrittenen" und nur für die „mündigen Völker" gelten. Es wird nur die große Frage sein, ob Deutschland, wie Graf Brockdorff gesagt hat, nach der „internationalen neuen Moral" als „fortgeschrittenes" und als „mündiges" Volk anerkannt wird. Von hier aus sage ich, daß die Methode, auf die wir uns eingelassen haben, gefährlich wirken muß, nämlich die Methode, daß wir bis an die Grenze der Würdelosigkeit in den Waffenstillstandszugeständnissen gingen; denn ihre letzte Absicht geht nur dahin, unser deutsches Volk vor der Welt als ein unwürdiges hinzustellen (sehr richtig! rechts), und von diesem Gesichtspunkte aus uns dann auch künftig den gleichberechtigten Eintritt in den Völkerbund unmöglich zu machen.

In der Rede des Herrn Grafen Brockdorff war aller Wert darauf gelegt, die **Wahrung der Reichseinheit** durchzuführen. In diesem Ge-

sichtspunkte sind wir alle von den verschiedenen Parteien aus einig. Nach der Rede des Herrn Abgeordneten Falk von gestern möchte ich die einzelnen Ausführungen in dieser Beziehung möglichst beschränken. Nicht um der Partei willen sage ich es: nicht laut genug kann von der Nationalversammlung dem gesamten **linksrheinischen Gebiet** zugerufen werden: wir vergessen euer nicht und ihr seid nicht vergessen! (Bravo!) Wir haben den Eindruck, daß manchmal im linksrheinischen Gebiet die Meinung aufgekommen ist, als ob es von Deutschland vergessen sei. Dem ist nicht so, seine Not ist unsere Not, den Rohstoffmangel und die Nahrungsnot teilen wir alle. Ich möchte nur einer einzelnen Bitte gegenüber dem Herrn Reichsminister Erzberger Ausdruck geben: die **Abgeordneten,** besonders **aus der Rheinpfalz,** sind außerordentlich beschwert durch die Tatsache, daß sämtliche Briefe, die von ihnen an ihre Familien gerichtet werden, zurückgewiesen sind. Jeder briefliche Verkehr der Abgeordneten der Nationalversammlung nach ihrer Heimat ist vollständig unterbunden. (Hört! hört!)

In diesem Zusammenhang aber möchte ich im Namen unserer Fraktion die ernstliche Warnung und die dringliche Bitte aussprechen, daß alle Bestrebungen zur Gründung einer **rheinisch-westfälischen Republik** niemals Gestalt annehmen möchten (Bravo! rechts), und daß die verschiedenen Motive, die in dieser Bewegung zusammenlaufen, ja nicht zu einer Schädigung des gesamten Reichsinteresses auslaufen. (Sehr richtig! rechts.) Aus vielen protestantischen Kreisen des Rheinlandes habe ich geradezu empörende Äußerungen darüber gehört, daß man diese Bestrebungen zur Gründung einer rheinischen oder, wie man kurzweg sagt, rheinisch-westfälischen Republik auch heute noch fortzuführen wagt.

Was gestern vom **Saargebiet** geredet worden ist, unterschreiben wir. Es ist nicht wahr, daß vom Saargebiet aus jemals eine Volksabstimmung zugunsten von Frankreich und der Angliederung an Frankreich stattgefunden hat. Allerdings hat im Saarbrücker Land einmal eine Volksabstimmung stattgefunden; aber sie hatte nicht zum Gegenstand, ob das Land zu Frankreich gehören will oder nicht, sondern die Abstimmung sollte darüber entscheiden, ob Napoleon Kaiser werden sollte oder nicht. Ich halte es für nötig, daß man gegenüber verschiedenen Versuchen, auf einen solchen früheren Modus der Volksabstimmung nach Vorgängen zurückzugreifen, von vornherein Widerspruch erhebt.

Und wir denken an **Elsaß-Lothringen.** Wir möchten auch hier unserer schweren Enttäuschung Ausdruck geben, daß diejenigen, welche aus Elsaß-Lothringen hierher gekommen sind, um in der deutschen Nationalversammlung die Interessen von Elsaß-Lothringen aus ihrem eigenen Herzen heraus zu vertreten, nicht an unseren Verhandlungen teinehmen konnten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir stehen auch

heute noch auf dem Standpunkt: wenn Frankreich einen Wetterlé und einen Weill, die damals als Landesverräter hinübergekommen sind, in ihr Abgeordnetenhaus aufgenommen haben, dann können wir unsererseits ohne weiteres diejenigen hier hören, die nichts anderes tun wollen, als Zeugnis abzulegen für den deutschen Charakter von Elsaß-Lothringen. Denn der deutsche Charakter dieses Landes steht unbezweifelt fest. Ohne mich weiter in Erörterungen einzulassen, möchte ich nur die ganze politische Tragweite der Angliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich mit einem alten Dokument verdeutlichen, nämlich mit der Äußerung des früheren württembergischen Königs Wilhelm, der einstmals zu Bismarck gesagt hat:

> Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten. Solange Straßburg aber ein Ausfallstor ist für eine stets bewaffnete Macht, so lange muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor der deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Der Knotenpunkt liegt in Straßburg. Solange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich einer deutschen Einheit, einer deutschen nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben. Solange Straßburg ein Ausfallstor für eine stets waffenbereite Armee ist, wird Deutschland nie rechtzeitig mit ebenso starken Kräften am Oberrhein eintreten können. Die Franzosen werden stets früher da sein.

Was damals der recht kluge König von Württemberg gesagt hat, beweist, daß die sogenannte Mainlinie nicht nur politischer Natur gewesen ist, sondern daß sie sich auf ganz realpolitische Erwägungen der militärischen Machtstellung gründete. Ich glaube, es ist nötig, daß wir an jenes Wort des Königs uns wieder zurückerinnern, um große Politik zu treiben. (Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

Und im Norden! **Schleswig-Holstein** hat im Gesamtbewußtsein unseres deutschen Volks heute viel zu wenig die Stimmung hinter sich. Nordschleswig fällt nach seiner ganzen Gesamtschichtung nicht unter die 14 Punkte von Wilson. (Sehr richtig!) Es handelt sich dort um ein sprachliches Mischgebiet, aber um ein wirtschaftlich und staatspolitisch vollständig einheitliches Gebiet. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ein festumrissenes Gebiet, das in vollkommener Einheit Schleswig-Holsteins auf 500 Jahre stolzer Kraft zurücksieht. Dort oben entscheiden sich ja nicht nur die Schicksale von Nordschleswig, es entscheidet sich mit das Schicksal des Kaiser Wilhelm-Kanals, es entscheidet sich die ganze Ostseefrage. Wir haben vom Westen und vom Süden alles Interesse daran, daß wir diese Sorgen ja nicht vergessen und uns erinnern an den 9. Juni 1848, als ein Dahlmann damals von Frankfurt aus seine Sympathie für Nordschleswig zum Ausdruck bringen konnte. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Dann gehen wir kurz hinüber nach dem Osten, dem schwergeprüften,

vielverkannten. Wenn an irgend einem Punkt einwandfrei aufgezeigt werden kann, was die Revolution Ungeheures verschuldet hat, so an den **Ostmarken.** (Sehr richtig! rechts.) Alles, was wir an Erniedrigung in den Ostmarken heute erleben, was wir an Hilflosigkeit dort sehen, den deutschen Brüdern im Osten Schutz zu bringen, das ist das „Verdienst" der Revolution! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Eine Kornkammer ist preisgegeben durch die Revolution. Das deutsche Volk soll es sich merken! Für den Ostschutz müssen ausreichende Mittel von der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Wir haben gezittert, als wir den Namen „Birnbaum" lasen, als wir hörten, daß auch diese deutsche Stadt preisgegeben werden solle. Man weiß vielleicht gar nicht, welcher Knotenpunkt, von welch großer Bedeutung gerade **Birnbaum** für die ganze Stellung unserer Ostmarken ist. (Zurufe links: Bentschen!) Wir möchten hoffen, daß es den Bemühungen des Herrn Reichsministers Erzberger gelingen möge, Birnbaum, das nicht besetzt gewesen ist, aus dieser Grenzlinie wieder herauszubringen. (Erneute Zurufe links: Bentschen, nicht Birnbaum!)

Wenn ich in diesem Zusammenhange zuletzt noch auf die **Kolonien** zu sprechen komme, so darf ich feststellen: bei den Kolonialgründungen des Deutschen Reichs haben wir als Deutsche ein reines und gutes Gewissen. (Unruhe links.) Wenn man die Kolonialgeschichte der Völker aufschlagen will — und die Blätter dieser Geschichte sind manchmal beschmutzt —, dann haben wir bei den Blättern unserer deutschen Kolonialgeschichte den klaren Eintrag: Deutschland hat seine Kolonien alle auf völkerrechtlich-friedlichem Wege erworben. (Rufe links: Na! na!) Es gibt in deutscher Kolonialgeschichte kein Faschoda. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Als Bismarck seine Kolonialpolitik durchsetzte, da hat er sie durchgesetzt gegen links. Wir wollen das heute nicht vergessen. Wenn die einzelnen Kolonien da und dort verzettelt hin und her lagen, so brachte es das Geschick der Erwerbung so mit sich. Das Geschick hat wahrscheinlich Bismarcks Politik unterstützt, weil er nicht durch ein einheitliches, mächtiges Kolonialreich den Neid der Gegner hervorrufen wollte. (Unruhe links.)

Wenn aber nun in § 19 des Völkerbundes bestimmt werden soll über die künftigen Kolonien, dann möchte ich doch die Herren, die auch heute noch immer für Wilson eintreten, fragen, wie sie denn diese Stellung des Völkerbundes sowohl als auch **Wilsons** persönliche Stellung mit ihren Voraussetzungen vereinigen können. In § 19 heißt es:

> Die beste Methode, um diesen Grundsatz praktisch durchzuführen, ist, den Schutz dieser Kolonialvölker den fortgeschrittenen Nationen anzuvertrauen, die durch ihre Hilfsmittel und ihre Erfahrungen und ihre geographische Lage am besten geeignet sind, diese Verantwortung auf sich zu nehmen.

Wir haben gestern gehört, was die Zeitungskorrespondenz Havas über Wilsons Rede berichtet. Es heißt da:

> Die große Macht, die glücklicherweise jetzt niedergeschmettert ist, hat unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auf die hilflose Bevölkerung der Kolonien niedergeben lassen, die sie sich angegliedert hat. Das Interesse dieser Macht hat mehr der Ausrottung als der Entwicklung dieser Kolonialvölker gedient. Ihr Wunsch war, dieses Land für europäische Zwecke zu benutzen.

So wagt Wilson über deutsche Kolonien zu reden! Er weiß genau, wie Theodor Roosevelt, der doch wahrhaftig während des Krieges Deutschland geschmäht hat, über die deutschen Kolonien urteilte:

> Ich war nicht vorbereitet auf die interessanten Typen unter den Deutschen, die Pflanzer, die Offiziere. Es waren Männer von unzweifelhafter Fähigkeit und Tatkraft. Es sind erstklassige Männer, diese Engländer und Deutschen, und beide verrichten in Ostafrika ein Werk, das der ganzen Welt zugute kommt. (1910 in seinem Buch: Afrikanische Wanderungen.) (Hört! hört! rechts.)

Heute verteilt der Völkerbund die Kolonien unter sich. Wir halten den Anspruch auf unsere Kolonien aufrecht; denn wir haben unser gutes Recht darauf. (Beifall rechts.)

Ich möchte hier fragen, was die Reichsregierung eigentlich gegenüber Herrn Kurt **Eisner** in Bayern getan hat, der erklärt hat, daß Deutschland gar kein Interesse an Kolonien habe, wie er sich auch herausnahm, den Abzug freiwilliger Truppen zum Ostschutz zu untersagen; denn schließlich ist doch die Reichsregierung auch dafür verantwortlich, was die einzelnen Leiter in den jetzigen Freistaaten, früheren Bundesstaaten, an Schädigung der auswärtigen Politik treiben. (Sehr gut! rechts.)

Lassen Sie mich diesen Abschnitt schließen und sagen: wir wünschen unsererseits, daß bald Frieden kommt, damit wir wissen, woran wir sind. Aber wir haben uns das eine gemerkt, daß *die Revolution uns den Frieden nicht nur nicht gebracht, sondern daß sie uns ihm entfernt hat.* (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.) Denn die Revolution hat *unser Heer nicht nur demobilisiert, sondern demoralisiert.* (Sehr richtig! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten und links.)

Nun würde ich an und für sich das Gebiet der inneren Politik gern nicht streifen. Aber die Reden, die vor allen Dingen von seiten der Regierung sowohl von dem Herrn Ministerpräsidenten Scheidemann wie von dem Herrn Reichsminister Dr. David, gehalten worden sind, zwingen meine Partei, auf das **Gebiet der inneren Politik** einzugehen. Es hat sich darin die ganz klar ausgesprochene Methode gezeigt, die ganze Last des verlorenen Krieges auf die Rechtsparteien abzuwälzen.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Man hat das nicht nur von seiten Ihrer Partei aus (nach links) getan — da würde ich es vom Parteiinteresse aus verstehen —, sondern man hat es vom Regierungstisch aus getan. Deshalb sprechen wir den deutlichen Wunsch aus, daß „das alte System" insofern beibehalten werden möge, daß man vom Regierungstisch aus staatsmännische Reden höre und keine Parteireden. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Vom Regierungstisch aus sind Reden gegen die Rechtspartei, die ich zu vertreten die Ehre habe, gehalten worden, mit dem Vorwurf, daß die **Rechtspartei** nichts anderes sei als Vaterlandsparteiler und Alldeutsche. Ich erwidere: Vaterlandsparteiler saßen in allen Parteien, Alldeutsche saßen und sitzen in allen Parteien. (Widerspruch links.) Am Regierungstisch hat man die Verpflichtung, zunächst mit denjenigen Parteien zu rechnen, wie sie amtlich im Hause vertreten sind. (Sehr gut! rechts.) Wir sind als Deutschnationale Volkspartei eine neue Partei. (Große Heiterkeit links.) — Das hat mich ja nicht überrascht, meine Herren, daß Sie lachen. Ich möchte Sie wieder versöhnen und offen aussprechen: Wir haben gar nicht die Absicht, die Zusammenhänge zu leugnen, die uns mit den früheren politischen Rechtsparteien oder mit der Vaterlandspartei verbinden. Wir sind nicht so charakterlos, daß wir von ihnen abrücken wollten (stürmische Unterbrechungen und Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien); aber wir beanspruchen, daß wir als neue Partei in diesem Haus das Recht haben, von seiten des Regierungstisches als solche behandelt zu werden. (Zurufe links.) Ich möchte auch nicht ohne weiteres, wie Herr Dr. Stresemann, daß wir die sogenannte „Distanz der Geschichte" abwarten, um gegen die Betrachtungen, die von seiten des Regierungstisches über den Weltkrieg angestellt werden, aufzutreten. Es mag akademisch richtig sein, daß eine gewisse Distanz der Geschichte gegenüber den gegenwärtigen Fragen ein vielleicht objektiveres Urteil ergibt, aber ob das sogenannte „objektive" Urteil der Geschichtsschreiber immer das wirklich gerechtere und lebenswahrere ist, bezweifle ich. Wir, die wir den Verhältnissen noch unmittelbar nahe stehen, haben volles Recht, uns über die Fragen des Weltkrieges zu äußern, die vom Regierungstisch angeschnitten worden sind. Der Vorwurf lautet: daß das **alte System** am **Zusammenbruch** schuldig gewesen sei, und daß wir darum den Krieg verloren haben.

Lassen Sie mich kurz darauf eingehen und sagen: Ich weiß bis zum heutigen Tage trotz der Erklärungen der verschiedenen Parteien nicht genau, *was eigentlich das alte System ist*. (Lachen links.) Wir sehen keineswegs überall Hassenswertes in dem, was zusammengebrochen ist. Wir begrüßen nicht mit dem Jubel, mit dem viele in die neuen Verhältnisse hineingegangen sind, die neue Zeit. Ich möchte zuerst das eine betonen: Das System der Parteiregierung, wie wir es jetzt in diesem Hause erleben, ist jedenfalls das „alte System".

(Sehr wahr! rechts. — Widerspruch links.) Wir haben auch heute wieder in der Deutschen Nationalversammlung — leider — den alten Bethmannschen Block (sehr richtig! rechts), Sie haben auch jetzt wieder die Rechte, unsere deutschnationale, jetzige Volkspartei, von der Regierung im wesentlichen ausgeschlossen. Also das System der Parteiregierung ist heute noch genau so wie damals — „das alte System". Auch kann unter dem alten verhaßten System nicht ohne weiteres das Militär verstanden werden; denn heute sehnt sich das deutsche Volk wieder nach der Manneszucht früherer Tage, und in all den Kreisen, die nicht scharf genug gegen den Militarismus wettern konnten, wünscht man, daß wiederum ein Heer dastehen möchte mit fester Kommandogewalt in Tüchtigkeit und Unterordnung, um uns gegenüber der gegenwärtigen Rechtsunsicherheit zu schützen. (Bravo! rechts.) Also dieses alte System ist nicht schlecht!

Daß wir an den früheren Verhältnissen vieles zu tadeln haben, soll nicht bestritten werden. Aber das Schlechte des „alten Systems" lag ganz wo anders, das ruhte viel mehr in dem **Partikularismus** und der **Überbureaukratie** einzelner Staatsressorts. Die einzelnen Ressorts haben untereinander nicht die genügende Fühlung miteinander gehabt. Dazu kam das Gegenspiel und manchmal die Gegenarbeit der bundesstaatlichen Einflüsse, wie wir das während des Krieges erlebt haben. Ob das nun in Zukunft anders werden wird? Wir bezweifeln es und wollen einmal abwarten. (Sehr gut! rechts.) Wir werden ja sehen, ob in Zukunft die einzelnen Reichsressorts, die heute mit einer ganzen Masse von Ministersesseln bedacht worden sind, ihrerseits nicht ebenso in den Fehler der Bureaukratie und des Partikularismus verfallen. (Sehr gut! rechts.)

Wir erkennen auch gewisse Auswüchse der Militärbureaukratie ohne weiteres an. Wir sind nicht blind gewesen gegenüber dem, was in Intendantur und Etappe an großen Fehlern da und dort vorgekommen ist. Aber warum vergißt man denn, daß die Feinde in ihrem Heer genau die gleichen Mißstände gehabt haben, aber, daß die Feinde ausgehalten und darum gesiegt haben? (Sehr richtig! rechts.)

Das schlechte alte System hing nach unserer Meinung am allerwenigsten an der Monarchie. Der „**Klassengeist**" wird nicht dadurch ausgejagt, daß man sich rühmt, man hätte ein paar Monarchen weggejagt: mit ein paar Königen, die Sie, wie Sie sich ausdrückten, „zum Teufel gejagt haben", ist der Klassengeist noch lange nicht zum Teufel gejagt. Wir erleben heute erschreckende Äußerung von Klassengeist. Wir wünschen ernstlich, daß „ein Klassengeist von oben", wie man gesagt hat, nicht noch mehr abgelöst wird durch den Klassengeist von unten. (Sehr gut! und Bravo! rechts.) Ob die Leistungen des Hohenzollerngeschlechts in ihrer ruhmvollen jahrhundertelangen Geschichte von den

Vertretern der jetzigen Regierung erreicht und die Regierung ihrerseits in gleicher Tüchtigkeit nachher auch nur ähnliche Leistungen aufweisen wird, das wollen wir ruhig der geschichtlichen Entwicklung überlassen. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden in keine Gegenrevolution eintreten. (Ah! Ah! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Rechtsunsicherheit und die revolutionäre Tätigkeit, die gegenwärtig durch das ganze Land hindurchgehen, sind der allerbeste Schrittmacher für die Monarchie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie selbst sind diejenigen, die die Monarchen viel früher wieder auf den Thron bringen werden, als Sie denken (erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten); denn das Volk sagt sich heute in Stadt und Land: früher war es viel besser, als es heutzutage ist. (Beifall und Zustimmung rechts.)

In diesem Zusammenhang wurde die Frage nach den **Ursachen des Kriegsendes** aufgeworfen. Ich will nicht im einzelnen darauf eingehen. Für mich ist die Hauptsache dies: Wir hatten während des Krieges keinen großen Staatsmann. Wir haben die Bismarckschen Mahnungen, die Grenzen der politischen Macht zwischen König und Volksvertretung mitten in Reichsgefahr nie zu verschieben und den Polizeigeist nicht Herr werden zu lassen, in den Wind geschlagen. Wir haben den Rechtsinstinkt unseres deutschen Volkes in dem Augenblick auf die schwerste Probe gestellt, als wir auf der einen Seite mit den Bolschewiki von Petersburg verhandelten und auf der anderen Seite die Bolschewiki in der Ukraine als die Verbrecher an der Rechtsordnung bekämpften. Von diesem Augenblick an fraß sich die Rechtsunsicherheit in unser deutsches Empfinden hinein. Diese Rechtsunsicherheit haben sich dann die zunutze gemacht, die Deutschland verderben wollten.

Der Hauptgrund, warum wir den Krieg verloren haben, beruht nämlich darin, daß in unserem deutschen **Heer** in einer unverantwortlichen Weise **gewühlt** worden ist. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Rufe von den Sozialdemokraten: Vaterlandspartei!) Ich brauche mich in dieser Beziehung gar nicht zu berufen auf irgendwelche fremden Quellen. Die Sozialisten haben das selbst zugestanden. Herr Kurt Eisner hat nicht vor dem deutschen Volk, sondern sogar vor dem Ausland in Bern festgestellt: „die revolutionäre Gesinnung in Deutschland ist nicht das feige Werk des Zusammenbruchs, sondern das Ergebnis einer im Stillen und Dunklen unermüdlich vorwärts drängenden Arbeit" (hört! hört! rechts); verfolgen Sie die einzelnen Belege auch im „Vorwärts". Am 4. Februar 1919 lesen wir im „Vorwärts", daß „die Revolution vom 9. November — auch das muß einmal rund heraus gesagt werden — ein Kinderspiel war, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr des alten Regimes verhindert hat." (Hört! hört! rechts.)

Es läuft in derselben Linie, wenn wir schon am 6. November 1917 die Klage des „Vorwärts" vernommen haben. „wir müssen uns darüber klar werden, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt". (Hört! hört! rechts.) Wenn diese Zeugnisse noch nicht ausreichten, dann möchte man einmal einem Ledebour zuhören, wie er auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin ganz offen erklärt hat, daß seit 1916 von sozialdemokratischer Seite aus die Revolutionierung der Fronttruppen systematisch organisiert und durchgeführt worden ist. (Hört! hört! rechts.) Er hat offenherzig erzählt, wie die Urlauber durch Agitatoren in Berlin aufgeklärt worden sind, und daß sie dann zusammen mit eingezogenen Reklamierten aus den Fabriken, mit allem erforderlichen Material versehen, an die Front zurückgeschickt worden sind. (Hört! hört! rechts.)

Wer in solcher Art und Weise das Werkzeug zunichte macht, mit dem ein Volk sich in der äußersten Not überhaupt noch helfen kann, der braucht nicht mehr zu fragen: warum haben wir den Krieg verloren? (Lebhafte Zustimmung rechts.) So kam es zu dem 9. November. Dieser Tag bleibt für uns Deutsch-Nationale und für die weitesten deutschen Kreise ein Tag der nationalen Schmach. (Erneute lebhafte Zustimmung rechts.)

Von hier aus lassen Sie mich übergehen zu den vorliegenden Vorlagen. (Zurufe bei den Deutschen Demokraten.) — Ich meine, wir haben das Recht der freien Aussprache, und ich habe dieses Recht der freien Aussprache genau so wie die anderen Parteien. — (Sehr richtig! rechts.) Wir haben vorhin von unserer Partei aus die Verweisung der Vorlage, welche **25 Milliarden als Nachtragsforderung** für den Reichshaushalt einstellt, in den Haushaltsausschuß beantragt. An und für sich ist es doch bisher gerade bei den Parteien, die heute die Regierung unterstützen, und die Vorlage rasch unter Dach und Fach bringen wollen, auch nicht Sitte gewesen, daß man solche ungeheuren Summen schlankweg genehmigt, ohne daß man dem Volk gegenüber möglichst peinliche Rechenschaft abzulegen imstande ist. (Sehr wahr! rechts.)

Wir erweisen der Regierung nur einen Dienst, wenn wir ihr die Gelegenheit geben, daß sie ihrerseits innerhalb einer Kommission die Auskünfte gibt, die nötig sind, um das Vertrauen in die Finanzgebarung der Regierung in weiten Kreisen des Volkes zu erhalten. (Zustimmung rechts.) Es gibt doch eine ganze Fülle von einzelnen finanztechnischen Fragen, die vor der Öffentlichkeit nicht in der Ausführlichkeit behandelt werden können. Darum müssen wir innerhalb der Kommission Auskunft fordern. Es wäre eine ungeheure Zumutung, die man dem

Volk gegenüber nicht vertreten kann, wenn diese Summe ohne sorgfältige Überlegung und Prüfung gerade in dieser Zeit der Not bewilligt würde. Dazu kommt, daß eine ganze Menge verschiedenster Ausgaben da zusammengekoppelt sind. Daß wir die 15 Milliarden für die Kriegskosten genehmigen, ist selbstverständlich. Daß wir ebenso die 300 Millionen für die Erstellung von Wohnungen genehmigen, ist ebenso klar. Auch daß ein entsprechender Teil für die Ausgaben seit November anzufordern ist, sehen wir ein. Daß wir aber unserem Volke gegenüber die Verantwortung auf uns nehmen könnten, alle die übrigen Summen zu bewilligen, die hier in Verfolg der Revolutionsregierung und ihrer Soldatenratswirtschaft uns auferlegt werden, ohne klar zu sehen, — nein! Das deutsche Volk kann von uns verlangen, daß wir zuerst eine genaue Prüfung anstellen und eine Rechnungslegung verlangen, nicht bis auf den letzten einzelnen Schein, aber über die großen Posten; das gehört zu einer geordneten Führung der Geschäfte. (Sehr richtig! rechts.)

Zwei Gesichtspunkte muß ich im Namen meiner Fraktion noch aussprechen. Man möge doch vor allen Dingen die Besitzer möglichst schonen, welche ihr kleines Vermögen in Kriegsanleihe angelegt haben! Das andere: Jede Finanzgebarung ist falsch, welche den Sparsamen mehr leiden läßt, als den Vergeuder. (Sehr richtig! rechts.) Jede Finanzgebarung wirkt abträglich, ja verhängnisvoll, welche die Unternehmungen am meisten trifft, die am umsichtigsten und am sichersten gearbeitet haben. Deshalb weisen wir das Wort, das von dem jetzigen Reichspräsidenten, damals noch in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden hier im Haus, gefallen ist, das Wort von der „mangelnden Initiative des Unternehmers“ mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall rechts.) Wenn wir gestern gehört haben, daß 21 Hochöfen im Industriegebiet Westfalens ausgeblasen werden mußten, so liegt die Ursache nicht an mangelnder Unternehmungslust der Arbeitgeber, sondern ganz wo anders! (Sehr wahr! rechts.) Sie wissen ganz genau, warum heute die Unternehmungsfreudigkeit der Unternehmer gesunken ist. Nicht darum, weil sie keine mehr hätten, sondern weil die sozialistische Regierung und die Revolutionserscheinungen sie ihnen unterbindet. (Sehr richtig! rechts.)

Darum wenden wir uns gegen alle die unglaublichen Rechtsunsicherheiten in unserem Volke und gegen die Verordnungen, die eingeführt worden sind zur Revolutionierung der Gemeinden und Kreisvertretungen. Vor allen Dingen legen wir entschieden Verwahrung dagegen ein, daß, was noch nicht erwähnt worden ist, die **Arbeiter- und Soldatenräte** sich eine Menge von Übergriffen selbst in die anderen Arbeiterorganisationen haben zuschulden kommen lassen. (Sehr richtig! rechts.) Die Arbeiter- und Soldatenräte greifen unbefugt über in das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften und der Berufsverbände bei Regelung

von Lohnfragen und stören die Abmachungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; sie zwingen unter Ausnützung ihrer heutigen amtlichen Stellung die Arbeiter und Angestellten zum Beitritt zu einer einzigen Form der Gewerkschaften, nämlich zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften (sehr richtig! rechts), sie bevorzugen diese und bezeichnen sie als die allein verhandlungsfähigen. Ich will Ihre Geduld nicht mehr in Anspruch nehmen und Ihnen nicht all das Material, das mir als Beweis hierfür aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen zur Verfügung gestellt worden ist, im einzelnen vorführen. Ich bin aber gern bereit, wenn meine Behauptung angefochten werden sollte, es im einzelnen mitzuteilen.

Auch auf die verschiedenen Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in die Kirchengewalt, besonders in Frankfurt am Main, will ich nicht mehr eingehen; die Rechtsunsicherheit unserer Zustände ist unerträglich geworden. Manchmal erscheint mir alles, was wir hier reden, an Verwaltungsmaßregeln vorschlagen und an Kritik üben, fast wie ein Kinderspiel gegenüber der Notwendigkeit der militärischen Sicherung unserer künftigen Ernte. Wenn wir die **nächste Ernte** in Deutschland nicht militärisch sicherstellen, dann ist alles, was wir in Weimar miteinander überlegt haben, vollständig nutzlos. (Sehr richtig! rechts.) Es wird die unabweislich erforderliche Tat der Regierung sein, daß sie uns den Schutz unserer elementarsten Lebensbedingungen innerhalb unseres deutschen Landes einwandfrei sichert. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn ich heute viel Kritik geübt und viele Ausstellungen gemacht habe, so habe ich es getan aus Zwang der Verhältnisse, nicht um dem Ausland eine Freude zu bereiten. Zum Schluß wollen wir auf ein positives Ideal hinweisen. Was das deutsche Volk, wenn ich es recht verstehe, von der Nationalversammlung erwartet, das ist ein Verständnis für die innere Not der Zeit und den deutlichen Drang, es möchten Haß und Neid, Gier und Habsucht in Zukunft nicht mehr die gleiche Rolle spielen können. (Zurufe links.) Es geht eine Sehnsucht durch das Volk, daß der **Geist des Materialismus** und der Geist des **Mammonismus** zu Ende kommen. (Zurufe links. — Sehr richtig! rechts.) In diesem Bestreben stehen wir von der Deutschnationalen Partei unmittelbar mit in der Reihe aller derer, die dieses Ziel ernstlich wollen. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.) Aber gerade darum, weil wir gegen diesen Geist des Materialismus und Mammonismus ankämpfen, gerade darum wenden wir uns gegen das sozialistische Regiment. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen links.)

Wir wollen kämpfen um die Aristokratie des Seins gegenüber der Aristokratie des bloßen Habens. Der tiefste Grund unseres Kampfes gegen das gegenwärtig herrschende sozialistische System liegt darin, daß

hier vor allen Dingen in den Massen die materialistischen Motive und die materialistischen Agitationsmethoden eine ausschlaggebende volksverwüstende Kraft besitzen (sehr wahr! rechts, Zurufe links); denn das Gleichmachen und die Lust zum Gleichmachen verdirbt jeden Sinn für die Leistung. (Sehr richtig! rechts.) Reichtum ist in meinen Augen ein Fluch für den, der ihn nicht verdient (Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten); aber aller Reichtum ist auch ein wohlerworbenes Recht für den, der sich ihn in Arbeit und Fleiß verdient hat. Es ist keine Schande, reich zu sein, und es ist gar keine Schande, wenn man diese Anschauung heute mit allen den Folgen, die sich daraus ergeben, vertritt. Gerade, daß man sich heutzutage einbildet, es gäbe eine Gleichheit des Verteilens und ein einheitliches Maß des Habens, das bringt uns in Zustände derart, daß schließlich überhaupt keiner mehr etwas hat. (Sehr richtig! rechts.)

Und wenn gestern gesagt worden ist, daß jetzt der **Liberalismus** keine Aufgaben mehr habe, weil er seine Aufgaben jetzt in die demokratische Volksregierung hinein abgegeben hätte, die in dem jetzigen Regierungsblock verankert sei, dann möchten wir dagegen sagen: dann ist eben der Geist des Liberalismus nach rechts hin ausgewandert. (Heiterkeit und Zurufe links.) Die Vertretung der Volksrechte ist heute eine Aufgabe der Rechten, die wir erfüllen. (Erneute Heiterkeit und Zurufe links.) Wenn ich mir den Gesamtgeist besehe, in welchem z. B. die Wohnungsvorlage hier vertreten worden ist, dann sehe ich darin zuletzt gerade den Geist, den wir bekämpfen, nämlich den Geist einer schablonenhaften Zentralregierung, welcher mit der ursprünglichen selbständigen Gemeinde- und Städteverwaltung und ihren einzelnen wohlbegründeten Rechten aufräumt. Der alte Geist der Steinschen Verfassung lebt nicht in diesem Entwurf. Wir wehren uns gegen eine solche rein zentralisch-mechanistische Verwaltungsmaschine. Wir wollen von unserer Partei aus dieses alte Erbe des Liberalismus besser wahren (Heiterkeit und Zurufe links.) Wir sind in Ihren Augen die Hüter eines veralteten Systems und damit veraltete Leute; das ficht uns nicht an. Wir pflegen aber bewußt und froh die guten, alten Kräfte und lassen uns darin nicht irremachen. (Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Ohne diese guten, alten Kräfte wird auch das neue Deutsche Reich nicht gebaut. Ich meine die Kräfte der Unterordnung unter das Ganze, der Achtung, des Gehorsams, des Rechts nach der Leistung und nicht nach gleichmachender Demokratie. (Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Wenn ich von da aus unsere Arbeit in Weimar überblicke, dann möchte es mir manchmal so vorkommen, als ob alles fast vergeblich wäre gegenüber der ungeheuren äußeren und inneren Not, in der wir stehen.

Ich habe auch nur die eine Hoffnung, daß uns die Jugend Wege weisen wird, um in jenen Kräften neu zu bauen. (Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Wenn ich diesen Glauben an die deutsche Jugend nicht hätte, dann hätte ich keinen Glauben mehr. (Lebhaftes Bravo rechts. — Zischen bei den Mehrheitsparteien. — Erneuter lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen am Schlusse der heutigen Debatte, wie gestern schon angekündigt ist, zu der Erledigung der Kreditvorlage. Ich teile Ihnen deswegen die Anträge mit, die zu der Kreditvorlage gestellt worden sind, soweit sie nicht gedruckt vorliegen. Es liegt Ihnen gedruckt vor der Antrag auf Nr. 46 der Drucksachen der Herren Arnstadt und Genossen. Ebenso liegt Ihnen gedruckt die Entschließung auf Nr. 42 der Drucksachen vor, die auch zur Kreditvorlage von den Herren Arnstadt und Genossen beantragt worden ist. Jetzt geht mir soeben ein Antrag der Herren Abgeordneten Haase (Berlin) und Genossen ein:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, in § 1 und § 3 statt „25 Milliarden 300 Millionen" zu setzen „300 Millionen".

Es wird wohl nicht nötig sein, daß ich den Antrag zur Drucklegung gebe; das ist ja mit Schwierigkeiten verbunden. Der Antrag ist ja sehr einfach zu verstehen; ich habe ihn deshalb schon jetzt mitgeteilt.

Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsfinanzminister Schiffer.

Schiffer, Reichsminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Ich muß Sie bitten, alle diese **Anträge** abzulehnen. Am kürzesten wird die Begründung für diesen meinen Wunsch jedenfalls für den zuletzt verlesenen Antrag. Daß Sie ernsthaft die 25 Milliarden ablehnen und damit das Reich vollständig mittellos gegenüber den Anforderungen, die es zu erfüllen hat, hinstellen sollten, ist eine Unmöglichkeit, über die ich mich nicht weiter zu verbreiten brauche. Aber auch die Herabsetzung auf 18 Milliarden Mark wäre nicht erträglich. Ich habe Ihnen dargetan, daß von den 25 Milliarden Mark bereits 15 Milliarden verbraucht sind. Wie ich die noch laufenden und kommenden Bedürfnisse erledigen sollte mit einem Betrag von 3 Milliarden Mark, ohne nach ganz kurzer Zeit wiederum an das hohe Haus heranzutreten, ist mir nicht faßbar. Die geforderten Summen sind gewiß sehr traurig, aber die Verhältnisse sind so, daß sie notwendig werden. Es hilft das Klagen über die Summen doch nichts gegenüber der krassen Notwendigkeit, der wir uns fügen müssen. Deshalb muß ich darauf bestehen, das Haus zu bitten, mir die volle Summe zu gewähren. Die laufenden Einnahmen reichen kaum aus, um die etatsmäßigen ordentlichen Ausgaben zu decken. Die außeretatsmäßigen Ausgaben sind, wie ich Jnen bereits darzulegen die Ehre hatte, nicht in

einem Maße heruntergegangen, daß wir auf umfängliche Mittel verzichten können. Deshalb muß ich gegenüber allen, zum Teil auch nicht vorherzusehenden Eventualitäten auf die Bereitstellung ausreichender Mittel Wert legen.

Es kommt aber noch ein anderes hinzu. Ich habe Ihnen gesagt, daß 15 Milliarden bereits vor etwa einer Woche ausgegeben waren. Was in der Zwischenzeit hinzugekommen ist, kann ich natürlicherweise jetzt nicht im einzelnen feststellen. Es ist aber auch bereits über einen Betrag von 3 Milliarden Mark weiterhin verfügt worden — zwar nicht durch Ausgaben, wohl aber dadurch, daß die Wechselverpflichtungen des Reichs, von denen ich Ihnen gesprochen habe, beinahe diesen Betrag über die 15 Milliarden hinaus erreicht haben. Wir können nämlich nicht so wirtschaften, daß die Reichsbank bei jeder Ausgabe, die sie zu machen hat, an das Reichsschatzamt herantritt, sondern es muß eine gewisse, und zwar elastische, Reserve da sein, um einem vielleicht plötzlich eintretenden Ansturm der Öffentlichkeit gewachsen zu sein. Diese Reserve allein beträgt etwa 3 Milliarden Mark, sodaß, wenn nun dieser Antrag angenommen würde, wir im Endergebnis der Gegenwart und Zukunft gegenüber finanziell vollständig ungerüstet gegenüberstehen würden.

Ich muß aber auch bitten, von einer **Kommissionsberatung** Abstand zu nehmen, nicht als ob ich nicht willens wäre, jede Auskunft, die zu erteilen ich in der Lage bin, Ihnen zu erteilen; aber ich habe bereits gesagt, daß wir unter dem Drange der Verhältnisse und unter dem Druck der Zustände, die wir hinter uns haben und in denen wir zum Teil noch mitten inne stehen, gar nicht in der Lage sind, Ihnen wirklich irgendwie erschöpfendes Material mehr zu geben, als ich es Ihnen bereits gegeben habe.

Der Herr Vorredner irrt sich, wenn er sagt, daß bei den früheren Nachtragskrediten regelmäßig eine kommissarische Beratung stattgefunden hat. Das war nicht der Fall. Der Verlauf war vielmehr der, daß regelmäßig in vertraulicher Sitzung vorher der Staatssekretär des Reichsschatzamts den Parteien über die Sachlage Aufklärungen gegeben hat und dann die Vorlagen ohne Kommissionsberatung angenommen wurden. Diese Aufklärungen aber haben sich durchaus nicht in weiterem Rahmen bewegt als diejenigen, die ich dem Hause selbst vorzutragen die Ehre hatte. Ich wäre auch in der Tat nicht in der Lage, dem Hause viel mehr als vielleicht noch diese oder jene Einzelheit mitzuteilen, erkläre mich aber jetzt schon bereit, sobald ich die Möglichkeit habe, eine zusammenfassende gründliche Darstellung zu geben, sie dem Hause dann sofort vorzulegen. Spätestens wird sich diese Möglichkeit bei dem **Notetat** ergeben, den ich sobald als möglich Ihnen unterbreiten werde; denn mein Bestreben geht gerade dahin, auf diesem Gebiete Ordnung zu

schaffen, nicht nur dadurch, daß ich nach Möglichkeit die Ausgaben beschneide, die Mittel, die wir haben, das Heeresgerät und alles, was Reichseigentum ist, zusammenzuhalten gegenüber unzulässigen und unberechtigten Eingriffen, sondern ich will auch für die Vergangenheit die Aufklärung schaffen, die zu schaffen überhaupt noch möglich ist, und werde nicht verfehlen, dem Hause auch darüber dann Bericht zu erstatten.

Aus demselben Grunde muß ich bitten, auch den Antrag der Deutschen Volkspartei abzulehnen, der ja sogar darauf abzielt, eine Denkschrift von mir zu verlangen, ehe überhaupt die Bewilligung der Kredite erfolgen soll. Das ist mit der Geschäftslage der Reichsfinanzverwaltung unverträglich.

Ich will endlich nur mit zwei Worten noch auf eine kurze Bemerkung eingehen, die der Herr Vorredner bezüglich der zu erwartenden **Steuern** gemacht hat. Er hat es gerügt, daß man zu wenig auf die **Sparsamkeit** Rücksicht nehme, und daß man den Sparsamen im großen und ganzen ebenso wie den Verschwender behandeln wolle. Er hat den Gegensatz also aufgestellt: auf der einen Seite der Verschwender, auf der anderen Seite der Arbeitsame, der Fleißige, der Sparsame. Ich habe für diesen Gegensatz vollständiges Verständnis und bin auch gewillt, soweit das möglich ist, diesem Gegensatz Rechnung zu tragen. Sie werden sehen, daß bei den Vorlagen — darüber wird sich später reden lassen — darauf auch eine durchaus erhebliche Rücksicht genommen ist. Aber der Herr Vorredner hat eine dritte Kategorie vergessen. Das ist die Kategorie derjenigen unserer Mitbürger, die sehr gern fleißig gewesen wären, die sehr gern gespart und etwas zurückgelegt hätten, die aber draußen im Schützengraben gelegen haben und nicht arbeiten und nicht sparen konnten. Auf die Empfindungen dieser Leute Rücksicht zu nehmen, auf die zerstörten Existenzen, die ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Zeit und ihr Vermögen geopfert haben und jetzt vor dem Ruin ihrer Verhältnisse stehen, das scheint mir auch eine Pflicht der Gerechtigkeit zu sein. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herren Reichsminister Gothein.

Gothein, Reichsminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete D. **Traub** hat der Regierung einen schweren Vorwurf daraus gemacht, daß sie die Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes angenommen habe. Er hat sich für seine Partei besonders dagegen gewehrt, daß eine derartige **Desperado-** oder **Verzweiflungspolitik** hier getrieben werde. Der Regierung ist die Stellungnahme gegenüber diesen furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen nicht

leicht geworden, sie hat das Für und Wider eingehendst erörtert, und sie findet sich in ihrer Stellungnahme von der erdrückenden Mehrheit des Hauses unterstützt. Es ist ja bloß die Zahl der Anhänger des Herrn Abgeordneten D. Traub, die einen anderen Standpunkt einnehmen, Wir sind eben in der verzweifelten Lage, diese Politik führen zu müssen, da wir etwas anderes nicht können. Wenn er aber dabei gesagt hat, nicht auf Grund von in den Wolken hängenden Gedanken, sondern von rein nüchternen Erwägungen aus sei seine Partei zu diesem Entschluß gekommen, — so ist ja recht interessant, daß jetzt endlich bei seinen Parteigenossen nüchterne Erwägungen Platz gegriffen haben. (Sehr gut bei den Deutschen Demokraten.) In den Jahrzehnten vor dem Kriege und in den langen Jahren des Krieges hat gerade die gesamte Rechte, haben alle die Gruppen, aus deren Resten sich heute die Deutschnationale Volkspartei zusammengefunden hat, eine Politik der Illusion, nicht der nüchternen Erwägungen geführt; Sie (rechts) haben eine Politik geführt, die durch die Tatsachen aufs grausamste desavouiert worden ist. (Sehr richtig!)

Der Abgeordnete D. Traub hat gesagt, es sei der große Fehler, der uns in diese Lage gebracht habe, daß man alles auf die **innere Politik** stütze und gestützt habe. Das war ja gerade der große Fehler unserer Politik, daß insbesondere die Parteien der Rechten es nie Wort haben wollten, daß ein innerer Zusammenhang zwischen der inneren Politik und der auswärtigen Politik bestünde (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), daß man keine gute auswärtige Politik führen könne, wenn man nicht eine gute innere Politik führe (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten), daß die Politik, die wir im Innern geführt haben, uns tatsächlich die Sympathien der Welt gekostet hat. Ja, meine Damen und Herren, das ist wohl die fürchterlichste Enttäuschung, die das deutsche Volk während des Krieges erlebt hat, sehen zu müssen, in welcher Weise dieses Volk, das in ehrlicher Arbeit bestrebt war, seinen Kulturzielen nachzugehen, dieses Volk, das der Welt so Unsagbares an Kulturgütern geliefert hatte, das durchaus bestrebt war, in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn zu leben, den Haß einer ganzen Welt auf sich vereint hatte. Und warum? Nicht, weil dieses Volk an sich so war, sondern weil ein altes System der Regierung bestand, das eine auswärtige Politik und eine Gewaltpolitik nach innen trieb, die es in Gegensatz zu dem Kulturempfinden der übrigen Völker brachte. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Abgeordnete D. Traub hat es für zweckmäßig gehalten, zu sagen, man solle doch nicht das deutsche Volk jetzt darstellen als das schuldige, und er hat davon gesprochen, daß die **Methode**, die jetzt von den Mehrheitsparteien und von **der Regierung** geübt werde, eine

solche sei, die bis an die Grenze der *Würdelosigkeit* gehe, indem sie unser deutsches Volk als ein unwürdiges hinstelle. (Sehr richtig! rechts.) Ich lege aufs entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß seitens der Regierung eine derartige Methode geübt werde. Nicht das deutsche Volk ist von irgend einer Seite der Regierung oder der Mehrheitsparteien als ein unwürdiges hingestellt worden, sondern es sind die Methoden eines vergangenen Systems zum Teil als gefährlich, teils als unwürdig hingestellt worden. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Widerspruch rechts.)

Jawohl, jene Methoden, die eben den Haß der Welt auf uns geladen haben, jene Methoden der Gewaltpolitik. Und wenn der Herr Abgeordnete D. Traub darauf hingewiesen hat, man solle doch nicht daran erinnern, wie unsere Haltung im Haag gewesen sei: ja, seit wann datiert denn die Auffassung der übrigen Welt, daß Deutschland ein Staatswesen sei, von dem man absolut erwarten könne, daß es in dem ihm günstig erscheinenden Moment die Welt überfallen würde, daß es der Friedensstörer, der Kriegsvorbereiter sei? Lediglich von der Haager Friedenskonferenz, der zweiten Haager Friedenskonferenz, die vollständig gescheitert ist, lediglich an dem Widerspruche der deutschen Regierung, nicht des deutschen Volkes. Nicht des deutschen Volkes, können wir um so mehr sagen, als gerade auch der damalige Deutsche Reichstag in seiner Mehrheit eine Resolution angenommen hat, die verlangte, daß wir uns nicht ablehnend verhalten sollten gegenüber den Bestrebungen der übrigen Welt, zu einer Völkerverständigung und zu einer Verständigung auch über die Rüstungsabgrenzung zu kommen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Und wer waren diejenigen, die alle diese Bestrebungen, die das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hatte, konterkariert haben? Das waren die Parteien der Rechten, die heute vereint sind mit dem Abgeordneten D. Traub, der ja hinübergezogen ist von der Fraktion, der ich angehört habe (Zurufe), zur Partei der Rechten, der eine Wandlung entwickelt hat, um die man ihn nicht gerade zu beneiden braucht. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren, alle diese Schuld beruht doch auf jener verfehlten Politik, auf jener Auffassung, daß allein ein scharf geschliffenes Schwert die beste Sicherheit des Friedens sei. Das hat ja tatsächlich immer wieder den *Verdacht bei den anderen Völkern hervorgerufen, daß Deutschland es sei, welches den Krieg beabsichtige.*

Und hat nicht gerade eine Politik, die von der Rechten, von den jetzigen Freunden des Herrn Abgeordneten D. Traub gegenüber England immer verlangt worden ist, die unglückliche Mächtekonstellation herbeigeführt? War es nicht jene Politik, die uns in einen vollständigen

Gegensatz zu England gebracht hat? Jene Politik, die sich an den Namen Tirpitz knüpft und immer von der Rechten unterstützt worden ist? Heute wissen wir, daß **England** uns wiederholt das **Bündnis** angeboten hat. (Sehr richtig! — Zurufe rechts.) — Das wissen Sie nicht? Ja, das steht doch heute aktenkundig fest, daß dieses Bündnis wiederholt angeboten worden ist. Haben Sie nicht das Buch von dem Wirklichen Geheimen Rat Hammann gelesen, wo doch tatsächlich festgestellt ist, daß diese Bündnisanträge von England gekommen sind (sehr richtig), daß England gedroht hat, daß, wenn es nicht in den Dreibund aufgenommen würde, ihm nichts anderes übrig bliebe, als schließlich das Bündnis mit Rußland und Frankreich einzugehen, daß wir es systematisch geradezu in die Reihe unserer Gegner hineingetrieben haben. (Sehr richtig!) Dann unsere Großmannssucht mit der Flotte, die uns so bitter not sein sollte und so bitter geworden ist!

Ja, meine Damen und Herren, waren das nüchterne Erwägungen oder gefährliche Illusionen, Gedankengänge, die in den Wolken hingen!

Wenn wir heute an diese Dinge erinnern, so machen wir nicht das deutsche Volk für diese Tatsachen verantwortlich, nicht das Volk stellen wir als unwürdig dar, sondern wir dokumentieren damit, daß das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit der Meinung ist, daß es auf jenem Wege nicht weitergehen konnte.

Wenn Sie uns oder denjenigen, die den Waffenstillstand verhandelt haben, heute den Vorwurf machen, Deutschland in diese verzweifelte Situation gebracht zu haben, so sagen wir: Jenes **alte militaristische System.** Unter Militarismus verstehen wir nicht, wie Herr D. Traub meinte, Manneszucht oder Disziplin. Ein Heer ohne Disziplin halten auch wir für die größte Gottesgeißel. (Aha! rechts.) Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß die Disziplin im Heere alsbald wieder hergestellt wird. Daß dafür die Regierung wirkt, ist selbstverständlich, und wir wären nicht in diese Regierung eingetreten, wenn wir nicht die vollste Überzeugung gehabt hätten, daß die Regierung gewillt ist, sie mit allen Mitteln durchzusetzen. Was wir unter Militarismus verstanden haben, das war diese unselige Beeinflussung der Politik durch die militärischen Ratgeber. Der Herr Abgeordnete Konrad Haußmann hat jahrelang vor dem Krieg das Wort gesprochen, daß die Politik nicht nur bei uns, sondern auch in den anderen Großstaaten des europäischen Kontinents eigentlich nicht von den Diplomaten, sondern von den Generalstäblern und Marinestäblern gemacht werde. Das war eben das Gefährliche, was zum Kriege trieb.

Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß die Schuld am Kriege etwa ausschließlich auf deutscher Seite läge. Wir wissen eben sehr wohl, daß dieser Krieg gewollt ist von den

Panslawisten in Rußland, daß er seit Jahrzehnten gewollt ist von den Revanchepolitikern in Frankreich. Das wissen wir sehr wohl, aber gerade deshalb war eine vorsichtige, eine weitausschauende, kluge Politik eine Notwendigkeit, nicht eine Politik, die lediglich an das Schwert appellieren wollte, und die in vollständiger Unterschätzung der gegnerischen Kräfte immer einzig und allein auf dem System der starken Rüstungen fußte, das mit Naturnotwendigkeit einmal dazu führen mußte, diese ungeheure Katastrophe heraufzubeschwören. Wenn die große Mehrheit der deutschen Volksvertretung sich zu diesen Gedankengängen bekennt, daß diese frühere Politik eine unglückliche und verfehlte war, so bekennt sie sich damit nicht dazu, daß die Schuld an dieser Katastrophe einseitig auf deutscher Seite gelegen hätte. Aber gewiß: das alte Regime, das Herr D. Traub gepriesen hat, hat einen wesentlichen Teil der Schuld daran.

Er hat gesagt, man solle nicht die Last des verlorenen Krieges auf die **Rechtsparteien** abwälzen, und es sei unwürdig, wenn das vom Regierungstisch geschehe. Er verlangt von unserer Seite staatsmännische Reden, keine Parteireden. Ja, waren denn die Reden, die im alten System etwa gegen links gehalten wurden, keine Parteireden? (Lebhafte Zurufe rechts: Nein!) Das waren sie in weit höherem Maße als heute unsere Reden, außerdem hat doch ein Wechsel insofern stattgefunden, als wir heute ein parlamentarisches System haben, während wir das früher nicht hatten. Die Regierung macht ja kein Hehl daraus, daß sie eine Regierung eines Blocks der Mehrheitsparteien ist, und daß sie sich im Widerspruch gegen die Opposition, die heute rechts steht, befindet.

Herr D. Traub verlangt, daß man seine Partei als eine neue Partei ansehe, er leugnet aber gleichzeitig nicht die Zusammenhänge, die zwischen den alten Parteien und seiner neuen Partei bestehen. Er verlangt damit etwas Unmögliches. Daß er das in einem Atem sagt, läßt allerdings einen bedenklichen Schluß auf die innere Logik dieser Gründe zu. Er hat gesagt, sie seien nicht so charakterlos, zu leugnen, daß sie die alten seien. Das freut mich! Ich habe allerdings aus der Rede des Herrn Abgeordneten v. Graefe entnommen, daß er ganz der alte ist, daß er aus dieser schweren Zeit nichts gelernt und nichts vergessen hat. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Der Herr Abgeordnete D. Traub ist mit dieser Wendung in gewisse Regeln des Wahlkampfes zurückgefallen, wo einmal gesagt worden ist: wir sind eine ganz neue Partei, man darf uns absolut nicht die Sünden der alten Parteien anhängen, damit haben wir nichts zu tun. Mir wurde sogar einmal erwidert: wir wollen diese belasteten Männer überhaupt nicht mehr aufstellen. In Mecklenburg war man allerdings anderer Ansicht.

Herr D. Traub verlangt, daß man mit dem Urteil über alle diese Fragen warten soll, bis eine gehörige **Distanz der Geschichte** vorliege; aber auch dann will er sich dem Urteil der Geschichte nicht beugen, weil er sagt, es sei nicht sicher, ob dieses Urteil ein gerechtes sein werde. Ich meine: das deutsche Volk hat schon sein Urteil gesprochen. Wenn man auf das Urteil der Geschichte warten will, bis vielleicht 100 Jahre vergangen sind, dann kommt dieses Urteil zu spät für die Erfahrungen und für die Lehren, die man für die Gegenwart braucht. (Sehr richtig! links.) Das ist gerade die Aufgabe der Politiker und der Politik überhaupt diese Lehren aus der unmittelbaren Vergangenheit zu ziehen.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Abgeordnete D. Traub ausgeführt hat, daß das schlechte System nicht auf der Monarchie beruht habe, so haben meine politischen Freunde diesen Standpunkt auch nicht vertreten. Selbst ein Mann wie August Bebel hat seinerzeit der Meinung Ausdruck gegeben, daß schließlich eine Monarchie auf demokratischer Grundlage wie die englische, mit einer monarchischen Spitze, ihm lieber sei als eine Republik auf kapitalistischer Grundlage wie die französische. Also das ist es nicht. Aber wir kommen nicht an der Tatsache vorüber, daß allerdings das **monarchische System** in der Politik vor dem Kriege und während des Krieges in Deutschland versagt hat (sehr richtig! links), das es sich immer auf die Seite derjenigen gestellt hat, die eine Politik führten, die diese unglückselige Mächtekonstellation gegen uns heraufbeschworen hat, und daß es während des Krieges sich immer auf die Seite derjenigen stellte, die jede Möglichkeit, den Krieg rechtzeitig zu liquidieren, verhindert haben. (Sehr wahr! links.)

Der Herr Abgeordnete D. Traub hat gemeint: Wir haben den Krieg verloren, weil wir keinen **großen Staatsmann hatten.** Ja, wie konnte denn ein großer Staatsmann aufkommen in einem System, das den Staatsmann immer abhängig machte von den militärischen Einflüssen, die sich in Kronräten und bei der Kabinettspolitik geltend machten? Das war ja gar nicht möglich. Wer hatte denn früher überhaupt die Möglichkeit, einen Staatsmann zu nominieren? Er wurde ja einfach von der Krone der Volksvertretung hingesetzt, wurde über sie aufgehängt — so hat Naumann einmal gesagt —, wie der Kronleuchter über der Versammlung, und er konnte ebenso abgeschnitten werden, ohne daß die Volksvertretung die Möglichkeit hatte, auch nur mit einem Wort sich dagegen zu wehren.

Der Herr Abgeordnete D. Traub hat weiter den Vorwurf erhoben gegen jene unglückliche Politik, daß sie mit den Bolschewisten auf der einen Seite verhandelt hat und auf der andern Seite in der Ukraine die Bolschewisten bekämpfte; damit sei das Rechtsbewußtsein im deutschen

Volke erschüttert worden. Ach, das Rechtsbewußtsein im deutschen Volke ist außer dieser durch viele Handlungen in diesem Kriege erschüttert worden (sehr richtig links), vor allem aber dadurch, daß der **Militarismus** von vornherein kein Empfinden für das hatte, was das **Völkerrecht** erlaubte. Wenn wir jetzt unsagbare Opfer bringen müssen, wenn jetzt auch unsere Gefangenen, die noch in Feindeshand sind, schwer zu leiden haben unter der Rache unserer Feinde, dann müssen wir uns auch darüber klar werden, daß vom Militarismus schwer gesündigt worden ist bei der Fortführung der Belgier in eine halbe Sklaverei, daß wir es ähnlich gemacht haben in den Ostseeprovinzen und an anderen Orten, wo wir auch die Bewohner zur Zwangsarbeit fortgeführt haben. Wir haben dagegen protestiert, zum guten Teil hinter verschlossenen Türen — weil man während des Krieges seine eigene schmutzige Wäsche unmöglich vor dem Ausland waschen darf — haben wir den Herren die Wahrheit gesagt. Besserung ist uns gelobt worden, aber leider war der Militarismus so eingefahren in seinen Gleisen, daß er es nicht fertig brachte. Aber gerade von der Seite der jetzigen Freunde des Herrn D. Traub sind wir bei diesen unseren Bestrebungen niemals unterstützt worden.

Der Herr Abgeordnete D. Traub sieht die Schuld allein darin, daß im **deutschen Heer** in unverantwortlicher Weise **gewühlt** worden ist. Wenn er sich dabei ausgerechnet auf die Feststellungen des Herrn Eisner beruft, so war es mir neu, daß er gerade diesen als absolute Autorität ansieht und alles, was dieser glaubt festgestellt zu haben, als absolut bare Münze annimmt. Gewiß, es ist unverantwortlicherweise von einem Teil der unabhängigen Sozialisten, von der Spartakusgruppe usw. zu dem Zweck gewühlt worden, den Zusammenbruch herbeizuführen. Das wollen wir nicht bestreiten. Es ist mit russischem Gelde geschehen. Das sehen wir als ein schweres Unglück, als ein Verbrechen am Vaterlande an. (Zustimmung links.) Aber diese Agitation hätte niemals diese Wirkung haben können, wenn sie nicht einen Nährboden gefunden hätte, der durch die beispiellosen Mißstände in der Etappe (sehr richtig! links), wie in der Illusorischmachung des Beschwerderechts vorbereitet war.

Vor allen Dingen hat diesen Nährboden aber auch die **Aufstellung von Kriegs- oder Friedenszielen** geschaffen, wegen deren das Heer, das jahrelang diese unsagbaren Strapazen erdulden mußte, weiter diese Opfer bringen sollte, wofür es weiter den aussichtslosen Krieg fortführen sollte: dieses vollständige Verkennen der militärischen Sachlage, für die der gemeine Mann vielfach einen sehr viel weiteren Blick hatte als diejenigen, die oben standen, und dann jene Agitation, jener Aufklärungsdienst, der ganz einseitig im Sinne der Vaterlandspartei und für deren Ziele getrieben wurde und der im höchsten Grade verbitternd und demoralisierend gewirkt hat.

Meine Damen und Herren, wenn aber der Herr Abgeordnete D. Traub gesagt hat, es sei unmöglich gewesen, diesen destruktiven Tendenzen entgegenzutreten, weil sich damals schon die Sozialdemokraten in der Regierung befanden, so weiß jeder, der sich mit diesen Fragen näher befaßt hat, daß die Anfänge der Zersetzung des Heeres bereits bis in das Ende des Jahres 1915 und in den Anfang des Jahres 1916 zurückreichen, wo die Sozialdemokraten noch nicht in der Regierung vertreten waren. Aber wer mit uns im Mehrheitsausschuß usw. mit den in die Regierung eingetretenen Sozialdemokraten zusammengearbeitet hat, der weiß, in welcher hingebenden Weise diese Männer immer bestrebt waren, den Geist aufrecht zu erhalten, der notwendig ist, den Geist der Manneszucht, der Hingabe an das Vaterland, den Zusammenbruch zu verhüten und rechtzeitig den Frieden herbeizuführen und den Krieg zu liquidieren. Allerdings für die Friedensziele, die Herr D. Traub vertreten hatte, traten sie nicht ein. Aber das hat ja am meisten zur Zermürbung beitragen. (Sehr richtig!)

Mit Herrn D. Traub sind wir durchaus der Meinung, daß es jetzt die heiligste Aufgabe ist, Ordnung und Sicherheit im Innern herzustellen, dafür Sorge zu tragen, daß die nächste Ernte hereinkommt, daß überall wieder Arbeitsfreudigkeit geweckt wird, daß der Arbeitswillige nicht an der Betätigung seines Arbeitswillens gehindert wird. Darin wollen wir alle zusammenarbeiten; ich hoffe, daß das ganze Haus in dieser Absicht einig ist.

Gewiß beklagen wir es aufs tiefste, wenn jetzt materialistische Methoden zur Aufwiegelung der Arbeiterschaft angewendet werden. Das ist aber auch von allen Mitgliedern der Regierung genau in demselben Sinne verurteilt worden, wie es der Herr Abgeordnete D. Traub getan hat.

Er meint, der **Geist des Liberalismus** sei nach rechts ausgewandert. — Er verwechselt sich mit dem Geiste des Liberalismus. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.) Der Geist des Liberalismus ist bei ihm in die Verdunklung geraten. Meine Damen und Herren, ein Liberalismus, der derartig wandlungsfähig ist, ist nicht der eigentliche Liberalismus, der die volle Gleichberechtigung aller, der die Freiheit und die Entwicklung der Persönlichkeit auf seine Fahne geschrieben hat. Er meint, die Vertretung der Volksrechte sei nach rechts ausgewandert. Wo war denn die Vertretung der Volksrechte auf der Rechten früher? Ich erinnere mich noch, als von dort das Wort erklang, daß die breiten Massen dazu da seien, die Objekte und nicht die Subjekte der Gesetzgebung zu sein, und daß damals Leute, die noch heute unter Ihnen sitzen (nach rechts), diesen Worten stürmischen Beifall zollten. (Hört! hört! links.) Sie stellen sich ja auch heute noch als die Hüter des alten Systems dar. Meine Damen und Herren, mit jenem alten System

wollen wir brechen. Wir wollen einen Volksstaat gründen, und wir haben ihn. Wir wollen diesen Volksstaat gründen auf die zwei Pfeiler, auf die er allein gegründet werden kann, auf Freiheit und auf Ordnung. (Bravo!) Und dem gilt alle Tätigkeit, die jetzt in der Regierung, die jetzt in der Mehrheit dieses hohen Hauses zur Geltung kommt. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Herren, der Herr Abgeordnete D. Traub hat im Anschluß an die Verhandlungen über den Waffenstillstand der Regierung vorgeworfen, daß sie eine **Desperadopolitik** treibe, genau wie ich dies gegenüber der Deutschnationalen Partei getan habe. Er hat das Wort „Desperadopolitik" übersetzt mit „Verzweiflungspolitik". Der Herr Abgeordnete D. Traub ist in einem sehr großen Irrtum. Die Regierung treibt eine Politik der kühlen Vernunft und des klaren Rechts, aber sie treibt unter keinen Umständen eine Verzweiflungspolitik. Das ist der große Unterschied, daß Sie uns zumuten, in den Fragen des Waffenstillstandes eine Verzweiflungspolitik zu treiben. Der große Unterschied zwischen der Politik, die wir in der Waffenstillstandskommission getrieben haben, und der Politik, die Sie uns zumuten, liegt darin, daß die Regierung sich vorher alles klar und eingehendst überlegt, was eintreten wird, je nachdem sie einem Vertrag zustimmt, ihn ändert oder ablehnt, und daraufhin ihre Entscheidungen trifft, während Sie uns zumuten, wir sollen kurzerhand Entscheidungen von weitesttragenden Folgen treffen, genau wie früher bei dem U-Boot-Krieg, und erst hinterdrein überlegen, welche Folgen aus solcher Desperadopolitik hervorgehen. Für die Politik der Regierung in der Waffenstillstandskommission gibt es eine Grenze. Ich halte mich für verpflichtet, das wiederholt zu sagen — es tut mir leid, daß ich es zweimal sagen muß —, damit das Ausland es hört. Die Grenzen sind die angenommenen 14 Punkte Wilsons[1]) mit allen dazu angenommenen Erklärungen. Diese Grenze ist nicht überschritten worden.

Herr Abgeordneter Traub, Sie haben dem deutschen Volke einen sehr schlechten Dienst erwiesen, als Sie soeben dazu übergegangen sind, die Rechtsbasis unserer ganzen Verhandlunngen zu durchlöchern und als null und nichtig zu bezeichnen. (Sehr richtig!) Sie haben erklärt, die festen **Abmachungen,** die am **5. November** 1918[2]) getroffen worden sind, die seien so gut wie gar nichts wert; das sei etwas Verschwommenes, da lege der Engländer alles mögliche hinein, Deutschland habe dann das Nachsehen. Meine Herren, ich bedauere sehr, wenn ein Mitglied der

[1]) Sie sind abgedruckt oben in der geschichtlichen Einleitung.

[2]) Vgl. ebenfalls oben Einleitender Teil.

Deutschen Nationalversammlung hier solche Ausdrücke gebraucht. Es leistet ungewollt — das gebe ich ohne weiteres zu — ungewollt, dem Imperialismus einiger der alliierten Gegner den größten Dienst. Sie haben im Zusammenhang mit den völkerrechtlichen Abmachungen vom 5. November gesprochen über den neuen Völkerbundsentwurf des Präsidenten Wilson und haben die beiden Dinge in eine Parallele gestellt. Das ist das durch und durch Nachteilige für Deutschland; denn ein Entwurf, wie Wilson und Paris ihn aufgestellt hat, ist ein Entwurf, an den wir nicht gebunden sind; das, was am 5. November verabredet worden ist, ist eine Verabredung, an die beide Parteien fest gebunden sind. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Dem Herrn Abgeordneten D. Traub scheint bis heute der Inhalt der Abmachungen noch nicht bekannt zu sein. (Zuruf rechts.) — Ja, dann haben Sie diese in Ihrer Rede vollständig ignoriert.

Die Abmachungen sind so klar und so ohne jeden Zweifel, daß ich Wert darauf lege, daß sie in das Stenogramm des Hauses aufgenommen werden. Es heißt in der **Note von Lansing** vom 5. November 1918:

> Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über den Notenwechsel

— zwischen Deutschland und Wilson —

> erhalten, das folgendermaßen lautet:
> Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der Deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind.

Das ist eine klare einwandfreie Basis zugunsten Deutschlands. *Diese Note war die erste Voraussetzung für den Abschluß des Waffenstillstandes* überhaupt, daß ich nur das eine beifügen kann: wer an diesen klaren beiderseitigen Rechtsverhältnissen das Geringste von uns aus zu ändern sucht, der erschwert die Situation des deutschen Volkes in einer geradezu unverantwortlichen Weise. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Unsere Feinde halten sich nicht daran!) — Dem Beweis sehe ich entgegen, daß sie sich nicht daran halten werden; dieser Zwischenruf ist eine ganz einseitige Behauptung, Herr Abgeordneter Graf v. Posadowsky. Ich bin begierig, wie Sie den Beweis dafür erbringen werden, daß bisher die 14 Punkte Wilsons überschritten worden sind; denn es besteht Übereinstimmung zwischen uns und den Alliierten, daß keine einzige Bestimmung des Waffenstillstandes überhaupt über die Dauer des Waffenstillstandes hinausgehen darf, daß keine einzige Belastung,

die uns hier auferlegt ist, irgendwie den endgültigen Abmachungen über den Frieden vorgreifen darf. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich kehre zurück zu der Note des Präsidenten Wilson. (Zuruf rechts: Ostmark!) — Gar nicht, Herr Graf Posadowsky, auch bei den Abmachungen über die Ostmark ist ausdrücklich wieder von Marschall Foch, wie ich kürzlich erklärt habe, dargelegt, daß auch das Ziehen der sogenannten grünen Linie keinerlei Einfluß auf die Friedensverhandlung und die endgültigen Abmachungen überhaupt haben solle und haben könne. (Zuruf links: Nur militärische Bestimmungen!) — Das war eine rein militärische Maßnahme.

Nun zurück zur Note von Staatssekretär Lansing. Er hat dann weiter erklärt, daß die Alliierten in einem Punkte sich Freiheit vorbehalten haben, nämlich in der Auslegung der Frage der **Freiheit der Meere.** Das ist die Konzession der Alliierten an England.

Dann kommt das zweite, was für uns vom deutschen Standpunkt aus so ungemein wichtig ist. Es ist die **Entschädigungsfrage**, die endgültig und erschöpfend bereits in diesem Notenwechsel seitens der Alliierten geregelt ist. Ich sage: endgültig und erschöpfend; denn wir sind nur verpflichtet, diejenigen Schäden an Privateigentum, nicht an Staatseigentum, zu ersetzen, die durch unsere Angriffe, nicht durch die der Gegner, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, nicht überall, sondern in den besetzten Gebieten von Belgien und Nordfrankreich, herbeigeführt worden sind. Das ist eine so klare Umschreibung des Schadenersatzes, den die Gegner von uns verlangen können, daß ich es in höchstem Grade bedauere, wenn ein Mitglied eines deutschen Parlaments irgendwie diese Rechtslage zu schmälern oder zu verschieben sucht. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

So treibt die deutsche Regierung auch in der Waffenstillstandskommission die klare Politik des Rechts und nichts anderes. Darum war es auch vollkommen unberechtigt, daß Sie (nach rechts) der Regierung zum Vorwurf gemacht haben, daß sie die **Kommission zur Untersuchung der völkerrechtswidrigen Behandlung der Kriegsgefangenen** eingesetzt hat. Diese Kommission war gerade vom deutschen Standpunkte aus eine absolute Notwendigkeit. Wenn der Kollege dieses Hauses, Herr Professor Völkerrechtslehrer Schücking an die Spitze derselben gestellt worden ist und dort ungemein schwierige Arbeit leistet, so, glaube ich, hätte diese Arbeit eine andere Würdigung verdient, als ihr aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Traub zuteil geworden ist. Warum haben wir diese Kommission eingesetzt? Zu unserem Schutze, nicht den Gegnern zuliebe. Davon sollte doch auch ein deutscher Abgeordneter überzeugt sein, wenn er auch der Oppositionspartei an-

gehört. Zu unserem Schutze haben wir sie eingesetzt, weil wir sagen: in dieser Kommission, die so weitgehende Machtbefugnisse hat, wie sie bisher eine deutsche Untersuchungskommission überhaupt nicht besessen hat — sie hat das Recht der uneingeschränkten Zeugenvernehmung, das Recht, daß ihr alle Behörden das Aktenmaterial zur Verfügung stellen müssen —, sollen die Beschuldigungen, mit welchen die Gegner die deutsche Militärverwaltung seit Jahr und Tag in der Gefangenenfrage überschüttet haben, objektiv geprüft und untersucht werden. Bei den Prüfungen und Untersuchungen haben die neutralen Staaten und haben sogar die feindlichen Regierungen ausdrücklich das Recht bekommen, allen diesen Verhandlungen beizuwohnen. Zu meiner Freude haben sie davon bei den öffentlichen Sitzungen auch Gebrauch gemacht. Was hat sich bisher herausgestellt? Daß die Anklagen, die uns überreicht worden sind und mit welchen die Öffentlichkeit gegen Deutschland fortgesetzt aufgepeitscht wird, in den allermeisten Fällen sich als total unrichtig erwiesen haben (lebhafte Rufe: hört! hört!), und daß, wo ein Versehen vorgekommen ist, subjektiv ein Versehen der deutschen Militärpersonen nicht nachgewiesen werden kann, wenn auch objektiv eine Verletzung des Völkerrechts konstatiert werden mußte. Meine Damen und Herren, gibt es denn ein wirksameres Mittel, um gerade uns vor der Welt gegenüber den vielen Anklagen zu rechtfertigen, als wenn wir eine solche Institution geschaffen haben? (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Aber ein zweites: Die Kommission ist der wirksamste Schutz für unsere eigenen, noch in der Kriegsgefangenschaft schmachtenden Leute. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben durch Einsetzung einer solchen Kommission bereits das moralische Anrecht darauf erworben, daß die anderen Staaten nach Friedensschluß ähnliche Kommissionen einsetzen müssen, und daß dann, wenn unsere Gefangenen zurückgekehrt sind und sie ihre Beschwerden vorbringen — und die Zahl derselben ist nicht klein —, wir die ganze öffentliche Meinung unter den Druck setzen können und setzen müssen, daß auch in England und Frankreich, Italien, Rußland und anderen Ländern, wo Deutsche in Kriegsgefangenschaft geschmachtet haben, solche ähnlichen, objektiven Kommissionen zum Schutz unserer Kriegsgefangenen tätig sein müssen. Glauben Sie, daß nicht mancher Mann in England und Frankreich, der heute mit der Bewachung der deutschen Kriegsgefangenen beauftragt ist, etwas zugunsten unserer Kriegsgefangenen wirkt, wenn schon diese Gefahr einer solchen Kommission ihm vor Augen schwebt? Das ist eines der wirksamsten Schutzmittel, die wir für unsere Gefangenen überhaupt anwenden konnten. Darum bedauere ich es sehr, daß hier in der Nationalversammlung von einem Mitgliede gerade diese Einrichtung bemängelt worden ist und der Wert dieser Einrichtung her-

abgesetzt wird. Wir versprechen uns von der Tätigkeit dieser Kommission außerordentlich viel für unsere eigenen Kriegsgefangenen und für die Wiederherstellung des guten Namens des Deutschen in der ganzen Welt. (Lebhafte Zustimmung.)

Sie machen uns den weiteren Vorwurf, indem Sie sagen: wir lenken von dem Ernst der Dinge ab; das tue die Waffenstillstandskommission, indem sie — (Zurufe rechts: Nicht die Waffenstillstandskommission, die offiziöse Presse!) — Gut, dann gehe ich darauf nicht ein, ich will Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen, als notwendig ist.

Der Herr Abgeordnete D. Traub glaubt dann, daß, wenn man **scharfe Reden gegen Foch** gehalten hätte, dadurch ein besseres Resultat erzielt worden sei. (Zuruf: Habe ich nicht gesagt!) — Doch, das haben Sie ausdrücklich gesagt. Damit, täuschen Sie sich nicht, damit würden Sie nur eine unnötige Vergiftung in die internationale Atmosphäre hineinbringen und Deutschland absolut nichts nützen. Was Sie über das Jahr 1870 und über die Verpflegung von Paris gesagt haben, habe ich bereits am letzten Freitag nachmittag Herrn Foch selber gesagt. Sie sehen also, daß von dem Material, das Sie bieten, schon im voraus Gebrauch gemacht wird, ehe es hier dargelegt wird.

Die Behauptung über **Polen** ist in der Waffenstillstandskommission auf das entschiedenste zurückgewiesen worden. Wir haben erklärt, daß wir unter keinen Umständen annehmen könnten, daß ein Angriff der Deutschen gegen die Polen überhaupt Platz finden könne in einem solchen Vertrag. (Zuruf rechts.) — Gewiß steht es drin, daß die Deutschen keine militärische Offensive gegen die Polen unternehmen dürften. An dem Wort kann man Verträge nicht scheitern lassen.

Noch eines! Die **Denkschrift**, welche ich in diesen Tagen zugesagt habe, wird dem hohen Hause bereits heute Abend oder morgen Vormittag zugehen; sie ist sehr umfangreich ausgefallen. Ich hoffe, daß dann die Debatte über den Waffenstillstand erheblich abgekürzt wird, wenn alle Damen und Herren diese Denkschrift von vorn bis hinten gründlich durchstudiert haben werden. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.) — Ich habe ausdrücklich hinzugefügt, Herr Abgeordneter Dr. Dernburg: wenn die Damen und Herren diese Denkschrift durchstudieren. Ich zweifle gar nicht an dem Fleiße aller Abgeordneten, nachdem so großer Wert auf die beschleunigte Drucklegung dieser Denkschrift gelegt worden ist. (Heiterkeit.)

Zum Schluß hat Herr Abgeordneter Traub dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der **Briefwechsel zwischen den Abgeordneten und ihrer Heimat in den besetzten Gebieten** uneingeschränkt zugelassen werden möge. Ich darf mitteilen, daß seitens der Waffenstillstandskommission solche Anträge schon vor geraumer Zeit gestellt worden sind. Wie der

Präsident zu Beginn der Sitzung mitgeteilt hat und Sie hören konnten, ist leider dieser bescheidene Wunsch von Marschall Foch rund abgelehnt worden. Ich kann das nur bedauern und möchte feststellen, daß dadurch die Freiheit der Nationalversammlung, soweit die besetzten Gebiete in Betracht kommen, in einer ganz unzulässigen Weise von Marschall Foch eingeengt worden ist. Ich begnüge mich, das vor aller Welt festzustellen. (Lebhafter Beifall bei den Merheitsparteien.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten D. Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl**, Abgeordneter: Meine Herren! (Zurufe: und Damen!) — Fernab von den schweren vaterländischen Sorgen lassen Sie mich wegen dieses Zurufs sogleich die kleine Äußerlichkeit zur **parlamentarischen Etikette** ins Reine bringen. Die **Frauen** wollen mich nicht falsch verstehen, wenn ich heute und so oft ich vielleicht die Ehre haben werde, hier zu sprechen, ausdrücklich nur die Herren in der Versammlung anspreche. Wir leben zwar nicht mehr unter dem Römischen Recht, aber das Römische Recht hat uns eine Reihe von überaus nützlichen und klugen Vorschriften überliefert. Da findet sich im 50. Buche (Heiterkeit) der Pandekten des seligen Kaisers Justinian (erneute Heiterkeit) eine Stelle — allen Wissensdurstigen und denen, die überhaupt noch ein corpus juris aufschlagen können, bin ich bereit, sie ganz genau zu bezeichnen —, diese Stelle sagt in ungefähr wörtlicher Übersetzung, daß, wenn in der Rede das männliche Geschlecht angesprochen wird darunter für alle Regelfälle beide Geschlechter zu verstehen sind. (Große Heiterkeit.) Diese Abkürzung ist vernünftig und die Gleichstellung echt demokratisch; sie paßt also außerordentlich gut in den Geist der Zeit. Ich besitze natürlich nicht das Ansehen in dieser Versammlung, die Anwendung der gleichen Abkürzung anderen zu empfehlen; aber ich für meine Person ziehe sie — quellenmäßig begründet — (Heiterkeit) bei ernster politischer Arbeit einer Anrede vor, die zur Hälfte französisch ist und zur anderen Hälfte unwillkürlich jedesmal die Erwartung einer Tischrede erregt.

Woran ich übrigens nun sachlich sogleich passend anfüge, daß auch wir den **Eintritt der Frauen in das politische Leben** willkommen heißen. Es ist nicht so, wie schon neulich der Herr Abgeordnete Keil und gestern auch Frau Juchacz sagte, daß diese Auffassung gewissermaßen ein Monopol der Sozialdemokratie sei. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Es war gestern die Rede von der „befreiten Frau", man hörte förmlich die bisherigen klirrenden Ketten von ihr abfallen. (Heiterkeit.) Es haben auch andere politische Parteien die politische Befreiung der Frau längst ins Auge gefaßt. Wir in der nationalliberalen Partei haben Frauen in dem Zentralvorstand gehabt und waren bereit, sie mög-

lichst bald in das politische Leben hereinzuziehen. Dagegen glaube ich mich zu erinnern, daß einmal in der früheren freisinnigen Partei ein diesbezüglicher Antrag abgelehnt worden ist. Allerdings bin ich persönlich — und ich glaube, auch meine Freunde — der Ansicht, daß der Sprung jetzt ein zu großer war. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, den ich im Jahre 1917 in einem Vortrage in Stuttgart vertreten habe, daß man die Frauen zunächst im weitesten Umfang im Kommunaldienste zu verwenden und sie so allmählich zum öffentlichen großen politischen Dienst vorzubereiten habe. Viele Frauen haben mir erklärt, daß sie das Geschenk der Revolution durchaus nicht als eine Wohltat empfunden haben. Wohl haben einzelne schon bisher auf bestimmten Gebieten, namentlich den sozialpolitischen, ganz Hervorragendes geleistet, und ich habe diesen meinerseits immer größte Anerkennung, ja Bewunderung entgegengebracht. (Zuruf links.)

Aber für den größeren Teil der Frauen war diese Ausstattung mit der ganzen politischen Vollmacht jetzt doch eine zu verantwortungsvolle, und manche haben Mühe, sich in die große neue Gedankenwelt einzuleben. (Widerspruch.) Solche, die keine Mühe haben, können sich ja für sich davon als ausgenommen betrachten. Jedenfalls sind auch wir der Überzeugung, daß das **Frauenwahlrecht** jetzt einen Bestandteil unserer öffentlichen politischen Gesamtverfassung bilden muß und bleiben wird. (Zuruf links.) Auch in die neuen protestantischen Kirchenverfassungen, die wir vorbereiten, führen wir es ein, allerdings mit einer anderen **Altersgrenze.** (Rufe links: Aha!) Das gilt freilich für die Frauen ebenso wie für zwanzigjährige Jünglinge. Bei jedem, der noch nicht die Reife der bürgerlichen Volljährigkeit hat, ist der Vollbesitz der höchsten staatsbürgerlichen Berechtigung nach meiner Auffassung ein Unding. Zwanzigjährige Männer sind noch nicht einmal eheschließungsfähig. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Welche Altersgrenze die richtige sei, will ich jetzt dahingestellt sein lassen. Ich will nicht so weit gehen, wie es mir als Kirchenrechtslehrer vielleicht nahe liegen könnte, das ehrwürdige kanonische Alter zu fordern. (Heiterkeit.) Ich wage kaum, die Zahl 40 in diesem Zusammenhang zu nennen. (Große Heiterkeit.) Ich will nur sagen, daß für das Wahlrecht zu der höchsten Volksvertretung auch diese Frage noch einmal geprüft werden muß. Sie ist in Wirklichkeit gar keine Parteifrage. Ihre Entscheidung ist einfach unter den Gesichtspunkt zu stellen: was ist dem Vaterlande am nützlichsten, unter welchen Bedingungen kann man das beste Ergebnis und die höchste Einsicht für die Entschließungen der Gesetzgebung erwarten? Das ist der einzige Entscheidungsgrund.

Ehe ich nun auf das politische Gebiet übergehe, erkläre ich im Auftrag meiner Partei die Zustimmung zu dem Antrag, den **Nachtragsentwurf** zum Reichshaushaltsplan für 1918 in eine **Kommission** zu verweisen. Die 25 Milliarden müssen wir nach unserer Ansicht bewilligen;

aber es handelt sich dabei um ein so außerordentlich großes Objekt, daß es ohne Kommissionsberatung nicht wohl geschehen kann. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Immerhin müssen doch auch einige Fragen über die bisherige Verwendung von Geldern seit dem November vorigen Jahres zur Aussprache gelangen. Aus diesen Gründen bitten wir die anderen Parteien, dem zustimmen zu wollen, daß — es braucht ja nicht zu lange Zeit in Anspruch zu nehmen — eine Kommissionssitzung darüber stattfindet.

Zur politischen Lage selbst muß ich, — ich könnte fast sagen: gewissenshalber, meine Ausführungen mit einer Erwägung beginnen, die mich seit dem Notverfassungsgesetz und seit dem Waffenstillstandsabschluß nicht mehr losläßt, die mich freilich unwillkürlich wiederum zurückführt in die bereits mehrfach verhandelte Waffenstillstandsfrage. Der Herr Kollege Haußmann, den ich mit Stolz zu meinen Schülern aus meiner akademischen Jugendzeit rechne, hat uns freilich vorgestern ermahnt, das deutsche Volk erwarte, daß wir uns jetzt nicht streiten, sondern Einigkeit bewahren. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ja, das wirkt nun freilich politisch nahezu naiv einer Minderheitspartei gegenüber, die nach den Konsequenzen des parlamentarischen Systems, wie sie hier streng gezogen sind, den Stempel der Oppositionspartei an sich tragen muß. Die Gewandung paßt mir an und für sich gar nicht (Lachen bei den Sozialdemokraten); ich bekenne mich nicht gern zu dem Geist, der stets verneint. Aber wenns sein muß, dann wohl! Ich kann mich für die Notwendigkeit des Streits auch auf die psychologische Stimmung berufen, in die wir durch einige Redner, nicht nur von den Mehrheitsparteien, sondern auch vom Regierungstische aus ununterbrochen versetzt werden (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), und die uns das Streiten geradezu zu einer vaterländischen Pflicht macht. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die angedeutete Erwägung selbst hat ihren Anlaß in der starken Empfindung einer Enttäuschung über den Erfolg der bisherigen Tätigkeit der Nationalversammlung nach einer ganz bestimmten Richtung. Wir haben eine **Notverfassung** beschlossen; wir haben einen Reichspräsidenten gewählt; dieser hat seinerseits ein neues Reichsministerium bestellt. Daran hatten wir die Erwartung einer alsbald spürbaren starken Reichsinitiative und Exekutive geknüpft. Diese Erwartung hat sich gerade an dem Punkte, der jetzt der entscheidende ist, nicht erfüllt. Wir müssen so schnell wie möglich — hieß es damals — die Verfassung verabschieden, um einen Reichspräsidenten zu wählen und eine gesetzmäßige Reichsregierung zu schaffen, aus allgemeinen Gründen und — so wurde ich wenigstens belehrt — weil unmittelbar der Ablauf des Waffenstillstandes vor der Türe steht. Da muß ein mit der ganzen Souveränität des deutschen Volkes ausgestattetes Reichsorgan vorhanden sein, das mit voller Wucht das Recht und die Ehre des Vaterlandes wahrzunehmen

in der Lage ist. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Notverfassung — ich darf mich ja wohl, ohne Widerspruch zu finden, so ausdrücken — durchgepeitscht. Diese Notverfassung war — von allen Seiten war das anerkannt, auch von seiten des Herrn Staatssekretärs des Innern — der Verbesserung sehr bedürftig; sie hatte vielerlei Unklarheiten und Lücken —, wußte man doch nicht einmal, was eine einfache Majorität bedeutet usw. Nun waren wohlüberlegte Abänderungsanträge dazu vorbereitet. Sie wurden zurückgestellt, weil keiner die Verantwortlichkeit für eine Verzögerung auf sich nehmen wollte, alles im Hinblick auf den Waffenstillstand. Es blieb auch gar nichts übrig, als die Anträge zurückzustellen, weil die Mehrheit es so wollte. Da gab es für die Minderheit nicht die Möglichkeit einer wirksamen Gegenwehr. Wir wollten es gar nicht tun. Wir haben eingewilligt in der Gewißheit und Voraussetzung, daß die Reichsregierung mit dem ganzen Gewicht ihrer neuen Autorität nunmehr bei dem **Waffenstillstand** am Platze sein werde. Auf diesem Platze habe ich sie vermißt. Auch dieser schwere Waffenstillstand ist in den ausgetretenen Gleisen der bisherigen Verhandlungen zustande gekommen.

Meine persönliche staatsrechtliche und politische Auffassung vom Gange der Dinge, wie er richtig und notwendig gewesen wäre, den ich gleich am Tage der Verabschiedung des Notverfassungsgesetzes zum Ausdruck gebracht, allerdings dann nicht zum Gegenstande einer Verhandlung in meiner Partei gemacht habe, so daß für das, was ich jetzt sage, ich allein die persönliche Verantwortlichkeit trage, ist die folgende. Es wäre meines Erachtens die erste und schönste politische Aufgabe des Ministerpräsidenten gewesen — den unverantwortlichen Reichspräsidenten apostrophiere ich überhaupt nicht persönlich —, seine Pflicht und Aufgabe wäre es gewesen, bei dem **Reichspräsidenten** dahin vorstellig zu werden, daß er unmittelbar persönlich mit der **Entente**, vor allem aber mit Wilson, sich in Verbindung setze und versuche, eine gerechte Verlängerung des Waffenstillstandes durchzusetzen. Unter allen Umständen mußte und konnte die Sache so gelenkt werden, daß wir nicht in die würdelose Lage einer Zwangserklärung binnen weniger Stunden versetzt wurden. Zwischen der Wahl des Reichspräsidenten und dem allen bekannten Tage des Ablaufs des Waffenstillstandes lagen anderthalb Wochen. Wozu die ganze Eile, wenn nicht eben diese Zeit für die Hauptfrage des Seins oder des Nichtseins des deutschen Volkes ausgenutzt wurde? Sollte die Ausnutzung vielleicht doch geschehen sein? Voraussetzen darf ich es nicht, weil ja eine Geheimdiplomatie nicht mehr besteht. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.) Daß es nicht geschehen ist, wie ich annehme, halte ich für einen ganz schweren politischen Unterlassungsfehler. Der Ministerpräsident hat durch diese Unterlassung den Reichspräsidenten um ein mächtiges Kapital von Vertrauen im deutschen Volke gebracht und um einen riesenhaften

Dienst am Vaterlande. Auch die Nationalversammlung um eine ihr zustehende Aufgabe. Nach dem Geiste, wenn auch nicht nach dem geschriebenen Buchstaben des jetzt bestehenden Rechtszustandes, mußte der Befehl zur **Unterzeichnung des Waffenstillstandes** von der **Nationalversammlung** ausgehen. Hätte man die Sache richtig inszeniert, so blieb dazu die Zeit vollkommen übrig.

Ich bemerke schon jetzt, daß ich mich von dieser Überzeugung nicht abdrängen lassen werde durch den etwa zu erwartenden Einwand, das sei nach der üblichen geschäftsordnungsmäßigen Behandlung nicht möglich gewesen. Neue Verhältnisse so großen, ungeheuren Stils erfordern neue Wege, die eben das Ingenium eines Staatsmannes finden muß. Ob das persönliche Eingreifen des deutschen Reichspräsidenten eine sachliche Erleichterung hätte herbeiführen können, kann man nicht wissen. Aber die Tatsache als solche war von ungeheuerem Wert, sie zeigte der Welt die Bedeutung unserer neuen demokratischen Einrichtungen, sie schuf an sich ein politisches Schwergewicht, um das die Entente unter keinen Umständen sich herumdrücken konnte. Aber auch wenn sachlich nichts zu erreichen war, so blieb um so mehr die letzte öffentliche Entscheidung durch die Nationalversammlung von dem allerhöchsten Werte. Ob hinwiederum diese Entscheidung der Nationalversammlung hätte anders ausfallen dürfen als die Entscheidung der Regierung, ist eine Frage für sich, auf die ich später komme. Ich verneine die Frage. Aber die Aufnahme des neuen Unglücks im Vaterlande war eine andere, wenn die Gründe für und wider hier erörtert wurden und wenn die Nationalversammlung selbst die furchtbare Verantwortung auf sich nahm. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Das beweisen mir zahlreiche Briefe der letzten Tage, aus denen die Verwunderung hervorgeht, daß die Nationalversammlung hier nicht mitzureden hatte. Denn daß man die einzelnen Fraktionsführer gehört hat, war dafür ein Ersatz nicht.

Ich wiederhole: die Wirkung der beschleunigten Einsetzung der neuen Reichsregierung ist an diesem entscheidenden Punkte weit hinter den Hoffnungen vieler Kreise zurückgeblieben. Wir haben der beschleunigten Verabschiedung der Notverfassung in der ausgesprochenen Voraussetzung zugestimmt, daß sie auf die Waffenstillstandserneuerung irgendeinen machtvollen Einfluß ausüben würde. Sonst hätten wir doch den Versuch einer genaueren Durchberatung der Notverfassung gemacht. Es wäre ja freilich wohl bei einem untauglichen Versuch, wie wir Juristen sagen, bei einem erfolglosen Versuch geblieben, wenn die Mehrheit es anders wollte.

Ich kann mir schon in dieser Gedankenverbindung nicht versagen, einige Eindrücke über das **Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten** unter dem neuen politischen System einzuschieben, ehe ich den

Hauptgedanken noch einmal aufnehme, weil Herr Kollege Falk aus Cöln gestern im Zusammenhange mit der geschlossenen Arbeitsgemeinschaft der Mehrheit auf dieses Fragengebiet gekommen ist. Bringen Sie mir, bitte, nicht das Vorurteil entgegen: du bist Neuling im Parlament. Ich habe in 45 jähriger außerparlamentarischer Tätigkeit und als Staatsrechtslehrer doch manches gelernt, was mich bescheiden zu einem Urteil hier berechtigen darf. Vielleicht kann ich mir sogar ein unbefangeneres Urteil zutrauen, weil ich nicht mit den Traditionen parlamentarischer Gepflogenheiten belastet bin.

So, wie ich beobachte, wird die volle Mitarbeit der Minoritäten durch das hier zum erstenmal aufgezogene **parlamentarische System** merkwürdig beeinträchtigt. Es kommt ganz von selbst dahin, daß der Mehrheitsblock der drei großen Parteien die gesamte Technik der Geschäftsbehandlung der Nationalversammlung wie eine Art von priesterlicher Geheimlehre in der Hand hält, allerdings dann in freundlicher Weise von den Ergebnissen seiner Beratung und Beschlußfassung auch den Minderheitsparteien eine Mitteilung nicht vorenthält. An diesem Punkte treten aber parlamentarisches System und die ihm vorangegangenen Verhältniswahlen in merkwürdigen Widerspruch, oder jedenfalls stoßen sie sich. Das System der Verhältniswahlen hat zum tiefsten Grund, die Rechte der Minderheiten unter allen Umständen zur Geltung kommen zu lassen. (Sehr richtig!) Das parlamentarische System in dieser Wirkung beeinträchtigt die gleichberechtigte Betätigung. Gewiß, auch die Vertreter der Minderheitsparteien können sich in den Vollversammlungen äußern, sie können auch nach einer merkwürdigen, arithmetisch genau aufgestellten Berechnung in bescheidenem Maße an den Kommissionsverhandlungen sich beteiligen. Aber in Beziehung auf die eigentlichen kollegialen Rechte des Hauses bleiben sie doch mehr oder weniger passiv gestellt. Ich mache mir darauf den Vers, daß auch die parlamentarische Regierungsform trotz aller Gleichheit gewisse „Vorrechte" nicht scheint entbehren zu können. (Sehr richtig!) Nochmals kanonisch gesprochen, ein Clerus minor und ein Clerus major, der erstere dargestellt durch die Mitglieder der Minderheitsparteien.

Die Deutsche Volkspartei muß sich mit dieser Lage vorläufig abfinden. Aber — und dieses Aber richte ich ebenso an den Regierungstisch wie an andere Redner der Mehrheit —: Sie hätten es nicht notwendig, bei jeder Gelegenheit uns vorzuhalten, daß hinter uns nur eine verhältnismäßig kleine oder ganz verschwindende Wählerzahl stünde. Nein, so liegt die Sache doch nicht. Gewiß sind wir bis jetzt nur ein kleines, bescheidenes Häuflein von Gesinnungsgenossen. Das wissen wir, und das brauchen Sie uns nicht allemal vorzurechnen. (Zuruf: Es wird noch kleiner!) — Das wird sich später zeigen. Klein durch das Verschulden eines Teils unserer früheren Führer (hört! hört!), durch das

wir verspätet auf den Plan getreten sind, aber getrost und arbeitsfreudig, durchglüht von der Überzeugung, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und daß viele, viele Millionen Deutsche, die gar nicht bei dieser merkwürdigen Wahl zum rechenmäßigen Ausdruck gekommen sind, in den nationalen, liberalen und wirtschaftlichen Grundsätzen, von deren Verwirklichung wir das neue Glück des unglücklichen Vaterlandes erhoffen, uns zustimmen, auch im Verlaufe der späteren Wahlen es rechenmäßig ausdrücken werden. Sie dürfen nicht immer sagen: der 19. Januar hat das große Gericht gehalten, mit einem Tone, daß man förmlich die Schauer des jüngsten Gerichts sich über den Rücken rieseln spürte. (Große Heiterkeit.) So liegen die Dinge nicht! Politische Entwicklungen rechnen mit ganz anderen Zeiträumen, und wenn es heißt: wir werden noch kleiner — warten Sie gefälligst ab! Es kommt manchmal anders.

Dazu tritt aber tröstlich die Überlegung, daß die **Gruppierung der Parteien** von heute keine endgültige ist und sein kann; denn für die bürgerlichen Parteien hat sich alles viel zu rasch vollzogen. Ich glaube nicht daran, daß sich der heutige Mehrheitsblock lange zusammenhalten wird. Vorahnungen sind doch schon in den wenigen Tagen unseres Zusammenseins hier aufgedämmert. Ich erinnere z. B. an die Auseinandersetzungen zwischen den Herren Keil und Gröber. Der „Vorwärts" ereiferte sich außerordentlich, daß Herr Gröber immer wieder geflissentlich betont habe, es dürfe nicht mehr von einer „sozialistischen Republik" die Rede sein, daß er sogar die Notwendigkeit, ja „den Segen der Revolution" nicht anerkannt habe. Herr Gröber habe eine „echte, rechte Reaktionsrede von beinahe provokatorischem Charakter" gehalten. (Hört! hört!) Das klingt für die Fortdauer der Koalition nicht unbedingt verheißungsvoll.

Vor allem aber gründet sich diese Vorahnung bei mir auf das **Koalitionsprogramm.** Es ist so gemäßigt, daß man es nicht nur mit viel Zustimmung, daß man es mit Beruhigung, ja mit einer gewissen Befriedigung an vielen Stellen lesen kann. Aber es ist doch ein Kompromißprogramm ersten Ranges. Wenn von unserer Seite — Sie fassen ja immer „rechts" zusammen, wiewohl es nicht ganz stimmt; es sind da doch einige Differenzen liberaler Auffassung — ein derartiges Programm vorgelegt würde, so würde es heißen — ich höre den Akkord förmlich in den Ohren: echt nationalliberal! (Große Heiterkeit.)

Außerdem hat dieses Programm so viele Allgemeinheiten, daß man außerordentlich viel hineinlegen kann, und ich glaube, daß die Belastungsprobe des Liebesverhältnisses (Zurufe bei den Demokraten: Es war nur Vernunft!) — sagen wir also: der Vernunftehe — doch erst kommen wird, wenn man einmal in die Einzelheiten einsteigen wird. Die Sozialdemokratie hat doch, wie sie selbst sagt, ihre eigenen letzten Ziele darin nicht ausgedrückt. Sie hat offen ausgesprochen, daß, wenn sie

allein das Programm aufgestellt hätte, es anders ausgefallen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun, meine Herren von der Demokratie, Konsequenz ist eine ganz hervorragende Eigenschaft der Sozialdemokratie. (Zuruf bei der Deutschen Demokratischen Partei: der Nationalliberalen!) — Ja, auch! Aber jetzt sage ich: der Sozialdemokratie. Auf Ihre Konsequenz kann ich, wenn Sie mich reizen, mit ein paar Worten sogleich zurückkommen. — Also Konsequenz ist eine hervorragende Eigenschaft der Sozialdemokratie, und so fürchte ich nicht, sondern ich hoffe, daß unvermeidlich der Fall eintreten werde, wo sich die Geister scheiden und die Bahn für eine natürlichere Gruppierung der bürgerlichen Parteien frei gemacht wird. (Zuruf links: Aha!)

Weil Sie es aber provozieren, möchte ich sogleich an die Demokratie noch ein besonderes Wort richten. Herr Falk hat uns gestern die Mitgliedschaft des Herrn Fuhrmann vorgehalten — schön war das nicht, es ist mehr eine Reminiscenz aus Wahlversammlungen, die man sich in der Nationalversammlung eigentlich nicht hätte leisten sollen. (Sehr richtig! rechts.) Ja, meine Herren, durch solche Zurufe und durch das gestrige Verhalten nötigen Sie uns ja geradezu, auch Ihnen vorzuhalten, aus welchen **disparaten Elementen** sich gerade die Deutsche **Demokratische Partei** zusammengesetzt hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Zu ihr zählen auch Vertreter von Verbänden, welche die bekannte weitgehende Kriegszielerklärung der sechs wirtschaftlichen Verbände mitunterzeichnet haben (hört! hört! rechts), bekannte Konservative, wie der Handwerkervertreter Herr Plate, das frühere Mitglied des preußischen Herrenhauses, Herr Rahardt, der Präsident der Berliner Handwerkskammer, große Gruppen der Schwerindustrie, der von uns persönlich hochgeschätzte Herr Staatsminister Friedberg, der stets einer der heftigsten Gegner des Parlamentarismus gewesen ist und diese Gegnerschaft noch im Jahre 1918 in schroffer Weise betont hat. (Hört! hört! rechts.)

Also bitte, lassen Sie das Persönliche! Ich meinerseits würde es gar nicht in die Debatte geworfen haben, wenn wir nicht angegriffen worden wären. Es ist durchaus wünschenswert, daß die Reibungsflächen unter uns nicht vermehrt werden. Ich habe gar kein Bedürfnis dazu, weil ich nämlich die Hoffnung habe, daß es — nicht mit den Herren, die hier sind, die sind verdorben (große Heiterkeit), sondern mit denen, die noch draußen sind, bei der Demokratie — einmal ein freundliches Wiedersehen gibt (erneute Heiterkeit), allerdings nicht in der Deutschen Demokratischen, sondern in der Deutschen Volkspartei. (Zustimmung rechts. — Zurufe und Heiterkeit links.)

Ich kehre noch einmal zu dem unterbrochenen Gedankengange zurück. Noch in einer anderen Beziehung liegt eine Enttäuschung vor. Es ist doch fast bedrückend und beschämend, zu beobachten, daß durch den

Zusammentritt der Nationalversammlung und die Bildung der neuen Reichsregierung sich in den Zuständen des Reichs im wesentlichen nichts geändert hat. Die Festnahme Radeks, die anderen Verhaftungen in Berlin sind den Beteiligten — sie waren ja wohl von dem hochverdienten Regiment Reinhardt — zum höchsten Verdienste anzurechnen. Aber die Spartakusleute und eine ganze Anzahl von Arbeiter- und Soldatenräten scheinen sich um die neu aufgerichteten Gewalten nicht das geringste zu kümmern. (Sehr richtig! rechts.)

Hiernach ist die Frage sehr berechtigt: wo bleibt denn die Stärke der **Reichsexekutive?** Gewiß, man kann die Wiederherstellung der völligen Sicherheit und Ordnung nicht an einem Tage verlangen. Aber das führt ja eben gerade auf den entscheidenden Punkt. Rasch und wirksam kann die Ruhe nur erreicht werden, wenn man das nötige Mittel hat. Das nötige Mittel ist die beschleunigte **Aufstellung eines** für diesen Zweck geeigneten **Heeres.** (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich verlange kein Heer zur Fortsetzung des Krieges, wiewohl ich für meine Person mit Scham und mit Schmerz feststellen muß, daß, wenn man aus Angst vor den sich immer steigernden Forderungen des Feindes darauf verzichtet, man den Anspruch auf nationale Selbständigkeit vor der Weltgeschichte eigentlich bereits preisgegeben hat. (Sehr wahr! rechts.) Ich weiß auch gar nicht, was die Rede oder Redensart bedeuten soll, man gehe über gewisse Grenzen der Demütigung nicht hinaus, wenn man nicht gewillt ist, eine Macht hinter sich zu haben. Ich bin auch überzeugt, daß, wenn der Ruf erginge, eine Masse jetzt noch verbitterter Soldaten und Offiziere folgen würde. Ich bin endlich auch des gewiß: zur Kenntnis würde es der Feind immerhin nehmen, daß ein durch seinen Haß und seinen Übermut zur Verzweiflung gebrachtes Volk sich noch zu wehren weiß, wenn es um sein Letztes, um sein Höchstes geht.

Ich verfolge den Gedanken der Wiederaufstellung eines Kriegsheeres nicht weiter. Aber mit Herrn Falk fordere ich auch im Namen meiner Freunde eine alsbaldige Vermehrung der **Reichswehr** zur verteidigungsweisen Verstärkung des Grenzschutzes, zur gleichzeitigen Bekämpfung des Spartakus überall im Reiche — denn überall taucht er wieder auf — und insonderheit zur Brechung des Streiks im Ruhrgebiet. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Die gänzliche Auflösung und Zertrümmerung unserer Wehrmacht, die planlose, totale Demobilisierung ist eines der Verbrechen der Revolution. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist mehrfach gesagt worden, daß die Nationalversammlung die Aufgabe habe, die Ergebnisse der Revolution sicherzustellen. Nein, solche Aufgabe hat sie nicht. Sie hat die andere, die Fehler der Revolution möglichst wieder gutzumachen. (Beifall rechts.) Die Hauptsache

für das Glück des Vaterlandes ist jetzt nicht die Aufrichtung des sozialistischen Staats, sondern Ordnung und Ruhe zu schaffen. Wenn die Revolution es hätte leisten können, — vier Monate Zeit hat sie gehabt. Dazu gehört aber eben in erster Linie ein zuverlässiges Heer. Wir sprechen die Bitte und Hoffnung aus, daß mit aller Energie endlich diese Vermehrung der Reichswehr zu den genannten Zwecken eintrete und in Vollzug gesetzt werde; und ich hoffe, ebenso eine freundliche Zusage vom Regierungstisch zu erhalten, wie sie gestern einem Vertreter der Mehrheitsparteien bei einer ähnlichen Bitte zuteil geworden ist.

Den öfteren temperamentvollen **Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Richtungen** stehen wir an sich unbeteiligt gegenüber. An sich kann es uns nur freuen, daß die Mehrheitssozialisten einen scharfen Trennungsstrich gegenüber den Unabhängigen gezogen haben. Wir hätten gewünscht, das wäre gleich von Anfang an geschehen. Es war wie eine Erlösung für die gesamte bürgerliche Welt, als die Unabhängigen endlich aus der anfänglichen Reichsregierung wieder ausgeschifft waren. (Hört! hört! und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie haben in kurzer Zeit genug Unheil angerichtet (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), was ich nachher an einem markanten Beispiel noch kurz berühren werde.

Insbesondere hat der frische, scharfe **Ton des Herrn Reichswehrministers** uns in tiefster Seele wohlgetan (Heiterkeit und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und ich habe mir gedacht, kein Kriegsminister des alten Regimes hätte eine bessere Rede über Zucht und Ordnung und über die Notwendigkeit eines guten Heeres halten können. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich wünsche nur, daß man dabei verbleibt, die bisherigen Methoden verläßt und, statt zum Verhandeln, sich zum Handeln entschließt. Vor allem hat es das Gerechtigkeitsgefühl in hohem Maße befriedigt, von Herrn Noske ein so scharfes und gerechtes Gericht über die **Soldatenräte** gehört zu haben, wie ich noch keines gehört habe. Das war eine wertvolle Ergänzung zu den Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers Schiffer. Ich erkenne ohne weiteres an, daß auch er mit voller Gerechtigkeit Licht und Schatten verteilt hat. Aber durch die Ergänzungen erst des Herrn Noske wird klar, wie berechtigt die allgemeine Erbitterung über die Soldatenräte ist. Wer will bestreiten, daß sie einzelne nützliche Dinge geleistet haben? (Rufe links: Viele!) Wenn freilich darunter insbesondere auch Verdienste beim Rückzug des Heeres genannt wurden, so habe ich vermißt, daß dabei nicht zu allererst der Name des Mannes genannt wurde, der das überragende Verdienst dabei hat, **Hindenburg**, wie ich denn überhaupt der Meinung bin, daß die Nationalversammlung sich selbst lediglich geehrt haben würde, wenn sie ihm in der ersten Stunde ihres Zusammenseins einen Gruß dankbarer Huldigung geschickt hätte, ihm, der allen, allen

in treuester und eisernster Pflichterfüllung vorangegangen ist. Aber um einzelner kleiner Dienstleistungen willen können die Soldatenräte nicht aufrecht zu erhalten sein. Ihr Fortbestand als politische oder auch nur als militärisch kontrollierende Organe ist dem deutschen Bürgertum schlechterdings nicht erträglich. Sie sind die Schöpfer und die Träger der Revolution, sie müssen auch mit dem Namen, der den Ursprungsstempel der Sache trägt, verschwinden. Sie mögen als militärische Vertrauensräte, als Vermittlungsorgane weiter bestehen bleiben, mehr aber nicht. Die Deutsche Volkspartei wird diese Forderung wiederholen, bis sie in irgend einer Form erfüllt ist, so wie dies in unseren Anträgen auf Drucksache Nr. 8 enthalten ist. Mit den ihnen verschwisterten **Arbeiterräten** beschäftige ich mich nicht. Ihr völliges Verschwinden ist für uns ebenfalls eine kategorische Forderung. Soweit sie übrigens Nützliches leisten können, mögen sie in den allgemeinen Arbeiterorganisationen, z. B. in den schon vorbereiteten Arbeitskammern, auf- und untergehen, aber sie haben nicht auf die Dauer ein selbständiges Existenzrecht.

Hat uns also der Prozeß, wie ich wohl sagen darf, Noske gegen Haase auf der einen Seite nur befriedigen können, so hat sich mir doch beim Anhören auf der anderen Seite eine Frage auf das Gewissen gelegt, die ich hier unmöglich unterdrücken kann. Die Reichsregierung macht **Spartakusleute** und **Unabhängige** dafür verantwortlich, daß sie gegen eine bestehende Staatsgewalt in der Absicht, sie zu stürzen, sich mit Waffengewalt aufgelehnt haben. Ja, muß ich da fragen, haben denn die sozialistischen Mehrheitsparteien der jetzigen Regierung gegenüber der damals bestehenden Staatsgewalt etwas anderes getan? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Wesen der Sache ist kein Titelchen Unterschied. Es gibt kein Recht auf Revolution. (Rufe von den Sozialdemokraten: Doch!) — Schön, wenn mir der Satz bestritten wird, wenn Sie annehmen, daß es ein Recht auf Revolution gäbe, dann wäre auch das Verhalten der Spartakisten und der Unabhängigen der jetzigen Regierung gegenüber durchaus berechtigt. (Zuruf vom Regierungstisch: Solche Sachen behandelt man nicht juristisch, sondern vom Standpunkt des Lebens der Nation aus!) — Ich danke, Herr Staatsminister Heine, Sie werden aber die Güte haben, das später zu sagen, wenn Sie das Wort haben. — (Bravo! und Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Freilich, die **Notwendigkeit der Revolution** ist ja versucht worden, aus inneren Gründen nachzuweisen. Ich will nur auf zwei eingehen. Herr Keil — ich habe mir die Worte damals genau notiert — sagt, sie wäre veranlaßt „durch die rücksichtslose Ausübung der **Klassenherrschaft** durch das Mittel **des Obrigkeitsstaats**", namentlich die „Niederhaltung der Arbeiterschaft". Übertreibungen strafen sich von selbst. Ich muß

zunächst tatsächlich berichtigen, daß der „mangelhaftest regierte Obrigkeitsstaat" — der Ausdruck „Obrigkeitsstaat" ist kein glücklicher, er traf nicht zu — nicht so mangelhaft regiert war, wie der beglückensollende Volksstaat vom 9. November bis zum 6. Februar. (Oho! bei den Sozialdemokraten.) Es fehlte an jedem Grundelement einer Staatsgewalt, und es war eine vollendete Klassenherrschaft gegenüber dem Bürgertum. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie nennen sich Historiker!) — Ich nenne mich nicht Historiker, ich bin Jurist. Was die früheren Verhältnisse anbetrifft — ich will gleich auf die historischen Verhältnisse eingehen —, so muß man bei dem Sozialistengesetz[3]) — denn auf das spielen Sie doch an — etwas anderes bedenken. Die Sozialdemokratie war damals in den achtziger Jahren etwas ganz anderes als heute. Auch sie hat sich entwickelt. Damals brachte sie viel Unruhe und Störung in das öffentliche Leben und gefährdete den Frieden. (Oho! und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Da bedurfte es eines Schutzes der Gesellschaft. (Rufe von den Sozialdemokraten: Nein! Ausnahmegesetz!) Ob ihn das Sozialistengesetz richtig geboten habe, gebe ich preis. Aber das Sozialistengesetz war nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, um unter diesem Schutze die sozialpolitische Gesetzgebung durchzuführen (erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten) — jawohl, und so mustergültig, daß sie Vorbild für die ganze Welt geworden ist und daß das, was Sie heute internationalisieren wollen — made in Germany! — alles von hier stammt.

Wo aber, muß ich doch fragen, ist denn seit dieser Zeit eine systematische, wie behauptet, Bedrückung des Arbeiterstandes in die Erscheinung getreten? — Ja, Sie schlagen die Hände zusammen. Fürsorge auf Fürsorge! Zählen Sie doch die unzähligen Novellen allein zu der Gewerbeordnung (wiederholtes Lachen bei den Sozialdemokraten), und besonders seit dem Kriegsbeginn. Schließlich und zuletzt hatte ja das Kaisertum selbst die demokratischsten Grundsätze proklamiert. Zu einer verbitterten Stimmung der Arbeiterschaft war eine Veranlassung nicht gegeben. Das Programm des Prinzen Max unterschied sich kaum von einem sozialdemokratischen Programm, wäre die Entwicklung eine ruhige geblieben, so hätten wir eine Monarchie, gepaart mit Volksfreiheit, erhalten, wie in keinem Staat der Welt. (Na! na! bei den Sozialdemokraten.) Ganz die Verwirklichung des altgermanischen Staatsgedankens. Eine Notwendigkeit, diese Entwicklung durch Gewalt zu unterbrechen, lag in keinem Sinne vor, sondern die Revolutionsbedürftigen haben nur eben die günstige Lage benutzt, ihr Programm durchzuführen.

---

[3]) Das Reichsgesetz vom 21. Oktober 1878 „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" war zunächst nur erlassen für die Zeit bis zum 31. März 1881, wurde dann wiederholt, zuletzt bis zum 30. September 1890, verlängert und trat mit diesem Tage durch Nichtverlängerung außer Kraft.

Sodann das Zweite: Die Notwendigkeit der Revolution ist zurückgeführt auf die **Schuld des alten Regierungssystems.** Ja, meine Herren, es tut mir leid, ich muß aber auch darauf, und nicht zu knapp, noch einmal eingehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) So oft hier nur das Wort „Schuld" fällt, deutet man förmlich mit Fingern nach rechts, als ob hier alles an Schuldigen säße. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Hören Sie mich, bitte, ruhig an: Hätte mich meine Überzeugung zu Alldeutschen und Vaterlandspartei geführt, so würde ich ihr beigetreten sein. Aber ich habe die Alldeutschen bekämpft, ich habe auch die Vaterlandspartei bekämpft, wie mein Freund aus der demokratischen Partei, Herr Hartmann, der Gewerkschaftsführer der Hirsch-Dunkerschen Genossenschaft, mir wird bestätigen können. Endlich bin ich auch kein Kriegsgewinnler, ich bin bereit, meinen Kriegsgewinn als Professor mit jedermann zu teilen. (Heiterkeit.) Also ich spreche in dieser Beziehung ganz unbefangen. Aber wird einmal — das ist meine innerste, heilige Überzeugung — wird einmal — und heute kann es allerdings noch nicht vollgültig geschehen — über die Schuldfrage gesprochen, so wird die Schuld auf Tausende und aber Tausende von Schultern verteilt werden müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es läßt sich heute nur Unzulängliches behaupten. Ich möchte aber, weil immer nur so allgemein von „Schuld" geredet wird, dreifach unterscheiden: die **Schuld am Kriege,** die Schuld für den Verlust des Krieges für uns Deutsche, endlich die Schuld an dem heute bestehenden nationalen Unglück des Vaterlandes. Das sind drei ganz verschiedene Dinge, und sie lassen sich nicht einheitlich beurteilen.

Für die erste Schuldfrage liegt das ganze Material noch nicht vor. Nur ist tief beklagenswert, daß es Deutsche gibt, welche ihre vornehmste Aufgabe darin zu erkennen scheinen, auf Grund einseitigen Materials das deutsche Volk falsch zu beschuldigen und das eigene Nest zu beschmutzen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Ich brauche die Namen nicht zu nennen. Einen habe ich im Stillen im Auge; dem würde ich, wenn er hier wäre, ins Angesicht sagen, daß ich ihn nicht für würdig halte, den Namen eines Deutschen zu führen. (Sehr richtig!) Kein Wunder, daß dadurch ermutigt unsere Feinde zu dem Wahnwitz vorschreiten, gegen den wir in unserer Drucksache Nr. 9 Ziffer 7 entschieden Widerspruch erhoben haben, daß sie Kommissionen einsetzen, um auf Grund ihres einseitigen Materials die deutsche Schuldfrage am Weltkrieg feststellen zu lassen. Und wie viele Deutsche fallen heute darauf herein! Merkwürdig! Ganz vergessen, versunken und verschwunden ist der Geist Edwards VII., die Revanche-

politik Frankreichs. Ich habe selbst in Marseille Enkel in der dortigen französischen Schule gehabt und selbst die Schulmittel genau gesehen, gelesen und beobachtet, wie das Kleinste, jedes Bild, jede Erzählung auf die Revanche und die spätere Abrechnung mit Deutschland berechnet war. (Sehr richtig!) Vergessen ist das Ergebnis des Suchomlinow-Prozesses hinsichtlich der russischen Mobilisierung und dergleichen! Wenn Sie hier von Schuld reden, so vergessen Sie auch das eine nicht: wir alle waren überzeugt von unserem gerechten Kriege, und ich bin es noch heute. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Für die zweite Schuldfrage, den **Verlust des Krieges**, fehlen uns natürlich nach der rein militärischen Seite hin heute noch die Unterlagen. Sonst gebe ich gern zu: es sind viele Fehler gemacht worden, zweifellos auch von seiten der Offiziere, die nicht den richtigen Ton getroffen haben, auch dadurch, daß das Beschwerderecht nicht zu seiner vollen Geltung gekommen ist, daß die Ernährungsverhältnisse schlechte waren, durch die Dauer des Krieges u. a. Keinen der wirklichen Fehler möchte ich irgendwie beschönigen. Aber klar vor aller Augen liegt doch eine Schuld, die Schuld des Bolschewismus, der unsere früher so herrliche Marine vergiftet und dann Teile unserer Front wankend gemacht hat. Hier beginnt auch die Blutschuld derer, die mit russischem Gold gearbeitet haben. (Sehr wahr! rechts.) Aber es kommt noch eine dritte Schuld hinzu. Trotz des Kriegsverlustes hätte das Trümmerfeld, auf dem wir heute stehen und trauern, nicht einzutreten brauchen.

Eine selbständige Zwischenfrage bleibt es, ob dieser Verlust selbst vermeidbar gewesen wäre. Hier kann kein Mensch Behauptungen aufstellen, man kann nur Eindrücke wiedergeben. Nach den meinigen war dieses schreckliche Ende, das, uns alle überraschend, sozusagen über Nacht gekommen ist, dann zu vermeiden, wenn zu richtiger Zeit — ich denke an die Zeitgrenze spätestens des 22. Oktober —, wie uns versprochen wurde, auch von einem Vertreter der Sozialdemokratie, die **nationale Verteidigung** organisiert worden wäre. Die Maaslinie war zu halten. Diese Annahme stützt sich auch bei mir auf gute Informationen. Inzwischen wäre der Feind selbst in die bedrängteste Lage geraten und hätte nicht die erforderlichen Mittel zur Fortsetzung des Kampfes aufbringen können. Man mußte allerdings noch einige Zeit das Kriegselend ertragen. Aber ich glaube, darin sind alle einig: das dann noch fortzusetzende und eintretende Kriegselend wäre nicht der hundertste Teil von dem Waffenstillstandselend gewesen, das wir jetzt zu erdulden haben.

War aber selbst der Kriegsverlust nicht zu vermeiden, so war es doch das Trümmerfeld, auf das wir in immer steigender Not versetzt wurden, und dafür gibt es nur einen Schuldigen, und dieser Schuldige war und ist die **Revolution**. (Lebhafte Zustimmung

rechts. — Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die absolute Unsicherheit und Unzuverlässigkeit der Verhältnisse war das größte Hindernis eines beschleunigten Friedensschlusses. Es ist gar keine Rede davon, daß die Sozialdemokratie jetzt plötzlich als Retterin der Gesellschaft aufgetreten wäre, daß, wie gesagt wurde, die sozialdemokratische Partei nun „die staatserhaltendste Partei" gewesen wäre. So hat Herr Keil gesagt, daß ohne sie alles zugrunde gegangen wäre. O nein, die wirkliche Lage ist die, daß die ganze Revolution ein großer Putsch gewesen wäre, wenn nicht, um noch das Äußerste zu retten, das deutsche Bürgertum selbst und vor allem das deutsche Beamtentum mit seiner großen Treue und Pflichterfüllung aufgetreten wäre. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Ihres Widerspruchs ungeachtet, das steht fest; ohne die Revolution lebten wir heute in ruhigen und gesicherten Verhältnissen. (Sehr richtig! rechts. — Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß, daß wir uns über die Bewertung des Revolutionsvorgangs niemals verständigen können (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); aber verstehen Sie auch mich, nachdem bei jeder Gelegenheit seit der ersten Stunde unseres Zusammenseins, die Sozialdemokratie mit den allerschärfsten Tönen, ja aufreizend geradezu ihre eigene Verherrlichung hier betrieben hat (sehr gut! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten) und glaubt, alles geringschätzig behandeln zu dürfen, was vor der Revolution lag. Da ist es mir eine Verpflichtung und mein Recht, in dieser Versammlung klipp und klar auszusprechen, daß diese Methode der Geschichtsklitterung und -konstruktion (Zuruf von den Sozialdemokraten) von Millionen Deutscher abgelehnt wird.

Meine Herren, es gibt auch noch ein deutsches Volksgewissen, welches außerhalb der Sozialdemokratie und der Arbeiter- und Soldatenräte schlägt (stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten), und dieses Volksgewissen fordert genau soviel Respekt wie das Ihrige. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wollen Sie die soziale Versöhnung und wollen Sie die gemeinschaftliche Arbeit beim Wiederaufbau des Vaterlandes, dann geben Sie es auf, in immer wieder provokatorischer Weise eine einseitige Schuldverteilung hier vorzunehmen. (Zuruf links.) Ich hätte die Frage nicht mehr berührt, wenn nicht die Redner aller sozialistischen Parteien und auch Minister wiederum dieses System befolgt hätten.

Meine Herren, der Besitz der Souveränität hat unter Umständen Wirkungen wie ein berauschendes Getränk. Es ist höchste Zeit, daß eine Ernüchterung auf diesem Gebiete eintrete. (Sehr gut! rechts.) Freilich hat gestern Herr Falk ermahnt, man solle doch nicht immer wieder von der alten Schuldfrage anfangen (sehr richtig!), keine retrospektiven Betrachtungen mehr anstellen. Er hat aber alsbald unmittelbar und so-

gleich retrospektive Betrachtungen über die **Stellung der Deutschen Volkspartei zur Monarchie** angestellt. Mein Freund Rießer hat ja die Sache an sich erledigt, und ich gehe nicht näher darauf ein; aber ein kurzes Wort müssen Sie mir doch gestatten; denn das ist für mich der Hauptpunkt, der mich von der Demokratie trennt. Ich kann kein grundsätzliches Bekenntnis zur Republik ablegen. Sie muß ihren Befähigungsnachweis erst erbringen (sehr richtig! rechts), und ich möchte das Urteil darüber der weltgeschichtlichen Entwicklung vorbehalten haben. Die geringschätzige Beurteilung des Monarchischen ist uns unerträglich. Ich bin der Meinung, die beste Ausstattung, die die junge Republik auf ihren, wills Gott, glücklichen Lebensweg mit fortnehmen kann, wird sie vom preußischen Königtum empfangen haben. (Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Jawohl, lernen Sie, was der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große geschaffen haben, dann sind Sie in der Lage, ein Urteil darüber abzugeben. (Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ja, meine Herren, wo ist denn eigentlich die Gleichheit der Demokratie und die Respektierung der anderen? Sie müssen auch unser Gefühl verstehen. Einem Mitkämpfer vom Jahre 1870/71 und einem, der den 18. Januar 1871 nicht nur miterlebt, sondern auch mitgesehen hat, müssen Sie es nachfühlen, daß — (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Nein, das werde ich nicht tun; beängstigen Sie sich nicht! — daß, als hier erstmalig ein sozialdemokratischer Reichspräsident proklamiert wurde, einem solchen eine ganze, große Welt versunken ist. Wir stehen frei gegenüber der Zukunft, aber treu gegenüber der Vergangenheit. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.) Das müssen Sie verstehen. So, nun gehen Sie (zu den Sozialdemokraten) meinetwegen weiterhin als überzeugte Republikaner Ihren Weg und werfen Sie Steine auf solche, denen das Kaisertum und das Königtum noch heute nicht bloß ein geschichtlich vorübergehender, sondern ein dauernder Besitz ist! (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Vollkommen einverstanden sind wir mit dem Regierungsprogramm, soweit es die Herbeiführung eines sofortigen Friedensschlusses auf den angegebenen Grundlagen verheißt. Wir haben es außerordentlich begrüßt, daß seit dem Eintritt des Grafen Brockdorff in das Auswärtige Amt auch dem Feinde gegenüber wieder diejenige Sprache der Ehre, Würde und Wahrhaftigkeit gefunden worden ist, die eine Zeitlang verloren gegangen schien. Nur gegen eine Ausführung möchte ich meinen Widerspruch anmelden, da, wo von **Elsaß-Lothringen** gesprochen wurde. Ich empfehle doch noch einmal Bismarcks Reden zum Frankfurter Friedensschluß und zum Reichsgesetz vom 9. Juni 1871 nachzulesen. Von der Wiedergutmachung

eines Unrechts unsererseits Elsaß-Lothringen gegenüber kann in keinem Sinne gesprochen werden. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wir haben die uns geraubten Provinzen wiederum rechtmäßig in einem Kriege zurückgewonnen, und mit dieser Zurücknahme haben wir uns nur in einen Teil desjenigen Besitzes eingesetzt, der aus dem Erbteil des alten regnum Lotharii je und je zum Deutschen Reiche gehört hat. Der damalige Akt — das möchte ich dem Herrn Staatssekretär noch besonders hervorheben — kann eben nicht nach den Selbstbestimmungstheorien der Völker gemessen werden, die sich in der Zwischenzeit durchgesetzt haben, — teilweise verständig, teilweise bis zum Unsinn gesteigert. An diesem Punkte ist meines Erachtens Frankreich eine Konzession gemacht, die geschichtlich und positiv rechtlich keinen Grund hat.

Inzwischen ist ja nun wahrhaft niederschmetternd der **neue Waffenstillstand** eingetreten. Nur sehr ungern greife ich noch einmal darauf zurück. Aber ich muß in ruhiger Feststellung folgendes hervorheben. Ein Erstes: Unserem Vertreter wurde neulich bei der Interpellation der Vorwurf gemacht, daß er gereizt habe. Es wäre mir lieber gewesen, er hätte die mehrfache persönliche Apostrophierung, die man als Reizung auffassen konnte, unterlassen. Aber das ist nichts gewesen gegen das Maß von persönlichen Angriffen, das dann — und ich betone das besonders — vom Regierungstische aus gegen die Minderheitspartei ausgeschüttet worden ist (lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und rechts), sowohl vom Herrn Minister Erzberger und vom Herrn Ministerpräsidenten, wie vom Herrn Reichsminister David. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich spreche das absichtlich und bestimmt aus: mir war leid, daß der hohe Eindruck, den ich von der ersten Rede des Herrn David in seiner Eigenschaft als Präsident der Nationalversammlung hier empfangen habe, dadurch gänzlich bei mir verwischt wurde. (Erneute Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.) Unter dem alten Regierungssystem haben sich die Herren des Regierungstisches eines solchen Tones gegen die Minderheitsparteien nicht bedient (Widerspruch bei den Mehrheitsparteien) und, meine Herren, das war besser, weil es mehr Vertrauen zur Regierung gab.

Ein Zweites, ein sehr schwer Wiegendes: daß Herr Minister **Erzberger** uns höhnisch zugerufen hat: „Die Hauptfrage haben Sie unterlassen: wann geht Erzberger?“ — also die Unterstellung eines persönlichen Motivs in einer durchaus vaterländisch gedachten und ausgeführten Sache. Das weise ich vor der ganzen Welt zurück. Wenn auch durch die Gunst der Verhältnisse und die Kunst der Dialektik er zuerst einen kleinen Sieg erfochten zu haben schien, so ist der Lorbeerkranz durch den heutigen und jetzigen Ausgang der Sache doch wieder durchaus seinem Haupte entwunden. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und endlich in der Sache selbst bekennen wir uns auch heute in ernstester Stimmung zu der Entscheidung der Regierung. Wir wollten unter keinen Umständen der furchtbaren materiellen Verantwortlichkeit irgendwie ausweichen. Man hat uns bange gemacht, dann würden noch mehr Freunde von uns abfallen, wir würden noch kleiner werden, als wir so schon sind. Nun, um der Wahrheit willen, müßte auch das schließlich ertragen werden; ich glaub's aber nicht, denn das Gewicht der Gründe ist zu schwer. Die Ablehnung bedeutete Verwandlung des Okkupationsgebietes in ein erobertes Gebiet, furchtbare Mehrung der Leiden unserer westlichen Provinzen, Verlust unermeßlicher Werte, weitere Entfesselung aller schlimmen Elemente und Leidenschaften innerhalb des Landes, sichere Abschneidung der Lebensmittel und damit Ausbreitung des Bolschewismus, Preisgabe eines Rechtsfriedens auf Grundlage wenigstens der Wilsonpunkte. Wer das verantworten kann, muß es verantworten; wir konnten's nicht.

Was dann freilich kommen soll, wenn man uns auch das noch kündigt, das weiß ich nicht, oder ich spreche es hier nicht aus. Ich weiß nur das eine, daß ich bereit bin, auch als Siebzigjähriger den Ehrensäbel von 1870, den man mir neulich bei einer Haussuchung nach Waffen bei mir noch übriggelassen hat, wieder umzuschnallen.

Ich nehme die Zeit nicht mehr in Anspruch, um noch weiter auf unsere eigenen Wünsche, die in unseren Drucksachen 8 und 9 niedergelegt sind, einzugehen, wiewohl vieles darunter wäre, das mir sehr am Herzen liegt. Gern hätte ich ein besonderes Wort über die Lage und Aufbesserung der Beamten und Angestellten, namentlich auch der Unterbeamten, gesprochen, dann über eine vernünftige Bodenreform die mir außerordentlich am Herzen liegt, ferner Einspruch erhoben gegen jede Abtrennung deutschen Bodens an Dänemark — ausdrücklich und feierlich unterstrichen — und endlich hätte ich auch gern noch ein Wort über den Völkerbund ausgeführt. Das will ich jetzt unterlassen und nur das eine noch sagen: Wenn der **Völkerbund** den **ewigen Frieden** bringen soll, an den ich nicht glaube, so ist das jedenfalls nicht möglich, wenn Deutschland zuerst geknebelt, unterdrückt und gedemütigt werden soll, so wie es jetzt im Laufe ist; dann sollen wir gnädigst in diesen Völkerbund unter den im neuen Vertrage enthaltenen Bedingungen zugelassen werden. Dann wird es allerdings der ewige Friede nicht. Denn das deutsche Volk ist nicht zur Knechtschaft geboren, sondern zur Freiheit geboren. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Also auf diese Dinge gehe ich nicht mehr ein. Aber ein Letztes allerdings muß ich als Vertreter des Rechts pflichtmäßig noch vorbringen.

Vermißt habe auch ich im Regierungsprogramm irgend einen

Hinweis auf **Recht und Rechtspflege.** Es ist darin wohl viel die Rede von der Sicherheit der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, die die Hauptsache sind in einer Republik, aber nichts von dem noch höher stehenden Schutzbedürfnis der Gesellschaft. Man kann nun sagen: der Schutz des objektiven Rechts versteht sich von selbst in jedem anständigen Staate und bedarf nicht erst besonderer Zusicherung. Das mag für jeden Staat gelten, nur nicht unbedingt zuverlässig für einen Staat, der aus den schweren Erschütterungen eines Krieges und einer Revolution hervorgegangen ist. Von allen Kulturgütern hat im Kriege und unter der Revolution keines so schweren Schaden gelitten wie das Recht, während des Krieges schon durch die teilweise Unvernunft der Wirtschaftsgesetzgebung, die den einzelnen geradezu nötigte, das Gesetz zu umgehen, und durch die mit dem Kriege an sich zusammenhängende stets beobachtete Steigerung der Kriminalität. Vollends aber ist durch die Revolution dem Recht der Todesstoß versetzt und hier auch ein wahres Trümmerfeld geschaffen. Das liegt im Wesen der Revolution; sie ist Verneinung des Rechts, die Aufhebung des Rechts, und insoweit hätte ich keine Veranlassung, mich dabei als einer allgemeinen Erscheinung auch nur einen Augenblick aufzuhalten. Aber ich habe Veranlassung zu besonderer Beschwerde, nicht im Interesse eines Standes, sondern im Interesse der Gesamtheit des deutschen Volks.

Am 31. Dezember 1918 ist dem Rate der damaligen Volksbeauftragten folgende **Erklärung** eingereicht worden. „**Deutsche Rechtslehrer, Richter** und **Anwälte** erklären einmütig das Folgende:

> Das Vertrauen des deutschen Volks zur **Rechtssicherheit** darf durch die eingetretene politische Umwälzung nicht erschüttert werden. Wir deutschen Juristen, die der Rechtspflege und Rechtslehre dienen, müssen fordern, daß über alle Erschütterungen der Gegenwart hinaus das heilige Volksgut des Rechts unverletzt erhalten bleibt. Darum erheben wir aus Gewissenspflicht warnend die Stimme, daß nicht Gesetzgebung, Richtergewalt und Rechtseinheit willkürlichen Eingriffen irgendwelcher Art preisgegeben werden. Wir erkennen an, daß, wo immer öffentlicher Notstand eine unaufschiebbare Änderung des Rechts im wohlverstandenen Interesse des Ganzen erheischt, auch einer nur tatsächlich bestehenden Staatsgewalt die Befugnis zum gesetzlichen Einschreiten nicht verwehrt werden kann. Wir bestreiten aber eine solche Berechtigung überall da, wo ohne eine wirtschaftliche oder sonstige Notlage nur zur Sicherung parteipolitischer Ziele die gegenwärtige Gesetzgebungsgewalt in Tätigkeit tritt und damit in die Rechte der zukünftigen deutschen Nationalversammlung oder der von ihr zu schaffenden ordentlichen Organe der Gesetzgebung übergreift. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist durch Erlaß der vorläufigen provisorischen Regierung vom 16. November 1918[4]) zugesagt. Bei der

[4]) Gemeint ist der Erlaß der Preußischen Regierung vom 16. November 1918, in welchem darauf hingewiesen ist, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden dürfe. Es sei daher unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrates, wie es vorgekommen sei, angeordnet werde, daß die Urteile der Gerichte dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Genehmigung vorzulegen seien.

Gewährleistung des allgemeinen Grundsatzes allein können wir uns aber n.ch Lage der Dinge nicht beruhigen. Es muß auch Gewähr dafür geboten sein daß seine unveräußerlichen praktischen Folgerungen unbedingt gesichert bleiben, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, daß Ausnahmegerichte unstatthaft sind, daß Eingriffe der Verwaltung in die Rechtspflege nicht stattfinden, daß die Ernennung der Richter auf längere Zeit geschieht, daß sie gegen ihren Willen nicht abgesetzt oder versetzt werden können aus den Gründen oder unter den Formen, die das Gesetz bestimmt. Diese Bürgschaften sind Grund- und Eckstein staatsbürgerlicher Freiheit und Rechtssicherheit. An ihnen darf nicht gerüttelt werden." (Zurufe links: Und so weiter!)

— O nein, nicht „und so weiter". Spricht ein Vertreter der sogenannten Minderheitsparteien, so sprechen dazwischen mindestens drei Regierungsvertreter. Ich lasse mich nicht beschränken. (Sehr richtig! rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Haußmann:** Ich bitte, keine Unterbrechungen vorzunehmen, sonst wird die Verlesung noch länger.

D. Dr. **Kahl**, Abgeordneter: Die Sache ist so wichtig, daß ich meinen sollte, eine Minute werden Sie darauf verwenden können. (Sehr wahr! rechts.)

„Endlich legen wir verschärfte Rechtsverwahrung dagegen ein, daß örtliche Organisationen der gegenwärtigen Staatsgewalt gelegentlich versuchen, in die Unabhängigkeit der nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte eigenmächtig einzugreifen oder die deutsche Rechtseinheit dadurch zu gefährden, daß sie sich der Regelung von Gegenständen bemächtigen, die der Reichsgesetzgebung vorbehalten sind und zugehören. Wir erwarten von der Reichsleitung, daß sie nach wie vor in jedem solchen Falle das bestehende Recht anerkennen, wahren und schützen wird." (Zurufe links.)

— Es kommt noch mehr. Diese Eingabe ist von folgenden gemacht — und jetzt lese ich erst recht die Gesamtheit derjenigen vor, die beteiligt sind. (Große Heiterkeit.) Das sollte doch auf Sie Eindruck machen. Es haben diese Eingabe unterzeichnet:

1. die Präsidenten des Reichsgerichts in Leipzig und des Bayrischen Obersten Landesgerichts in München, (hört! hört! rechts)

— ich werde jeden Satz wiederholen, in dem ich gestört werde —

2. die Präsidenten der Oberlandesgerichte zu Augsburg, Bamberg, Braunschweig, Breslau, Cassel, Celle, Cöln, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Jena, Kiel, Königsberg i. Pr., Marienwerder, München, Naumburg, Nürnberg, Oldenburg, Posen, Rostock und Stuttgart,
3. die Präsidenten des Preußischen, des Sächsischen und des Thüringischen Oberverwaltungsgerichts, sowie des Bayrischen und des Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes,
4. die juristischen Fakultäten der Universitäten.

— hier will ich Ihnen die Namen der einzelnen Universitäten schenken —

5. die Vorstände der Anwaltskammern in Augsburg, Bamberg, Berlin, Braunschweig, Breslau, Cassel, Cöln, Frankfurt a. Main, Hamm, Kiel, Königsberg i. Pr., Marienwerder, München, Naumburg, Nürnberg, Rostock, Stettin und Stuttgart.

Darauf ist folgende **Antwort der Reichsregierung** eingetroffen:

„Auf die uns mit der Zuschrift vom 31. vorigen Monats übermittelte Erklärung erwidern wir, was folgt: Die Gesetzgebungsgewalt liegt bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung in den Händen der Reichsregierung. Die Verwahrung gegen eine Ausübung dieser Gewalt zur Sicherung parteipolitischer Ziele, womit nach Lage der Sache offenbar eine Tendenz der Gesetzgebung gegen das Gemeininteresse behauptet werden will, richtet sich also gegen die Reichsregierung. Die in dieser Verwahrung enthaltene Unterstellung muß als unbegründet zurückgewiesen werden. Die Reichsregierung wendet die ihr zustehende Gewalt auf jedem Gebiet ausschließlich zu dem Zweck an, dem Gemeinwohl zu dienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einer Belehrung darüber, daß die in den letzten beiden Absätzen der Erklärung ausgesprochenen Grundsätze die Fundamente der staatsbürgerlichen Freiheit und Rechtssicherheit sind, hätte es nicht bedurft. Die Reichsregierung ist nicht gewillt, an diesen Grundsätzen rütteln zu lassen. Sie kann dabei nicht unterlassen, ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß die Herren Unterzeichner der Erklärung nicht in Fällen, in denen die frühere preußische Regierung in die Rechtspflege eingegriffen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und die Unabhängigkeit der Richter angetastet hat, mit Protesten auf dem Plan erschienen sind (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), Fälle, wie der des Landgerichtsrats Schmidt, des Landgerichtsdirektors Denzau, des Landrichters Schücke, des Landgerichtsrats Unger, des Amtsrichters Havenstein, um nur einige wenige zu nennen, hätten hierzu genügende Veranlassung gegeben.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

gez. Ebert.

— Sie rufen: sehr gut! Ich gestatte mir, meine abweichende Meinung kurz auszuführen. Diese Antwort weise ich im Namen aller derer, die sie unterzeichnet haben, als eine unsachgemäße nachträglich mit aller Bestimmtheit zurück. (Bravo! rechts.) Vertrauensvoll und in tiefster Sorge haben die für die Rechtspflege und die für die Rechtslehre im Reich verantwortlichen Kreise sich warnend, bittend und verwahrend an die damalige Reichsregierung gewandt. Die Anfänge der Eingabe liegen schon Ende November. Es dauerte natürlich einige Wochen, bis bei den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen eine Verständigung der Beteiligten aus allen Teilen des Reichs zu erzielen war. Zu unserer Vorstellung hatten wir hundertfachen Grund. Verfassungseinrichtungen des Reichs und der Einzelstaaten waren von kurzer Hand beseitigt, Gesetze ohne wirtschaftlichen oder sonstigen Notstand im Verordnungswege einfach aufgehoben oder abgeändert. (Sehr richtig! rechts.) Wir Rechtslehrer waren überhaupt nicht mehr in der Lage, gegenüber der allgemeinen Rechtsauflösung unseren Studierenden das geltende und das nicht mehr

geltende Recht vorzutragen. Kein Wort des Vorwurfs gegen die Reichsregierung war ausgesprochen, sondern ihre Oberaufsichtsgewalt im Reich und in den Einzelstaaten von uns in Anspruch genommen. Nicht um die Reichsregierung zu belehren, haben wir das Wort genommen, sondern um ihr die tiefe **Rechtsnot des Volks** vor Augen zu stellen und um Fürsorge zu bitten. Dazu hatten wir wahrlich Beruf.

Jetzt allerdings erkenne ich, daß eine Belehrung sehr wohl am Platze gewesen wäre. (Sehr gut! rechts.) War es der damaligen Regierung unbekannt, daß — um nur ein Beispiel hervorzuheben — der verflossene Kulturminister Adolf Hoffmann nichts Eiligeres zu tun wußte, als das Staatsgesetz über den Austritt aus der Kirche im Verordnungswege abzuändern? Er war der große Organisator der Berliner Kirchenaustrittsbewegung. War diese Gesetzesänderung vielleicht nicht ein Mißbrauch der Gesetzgebungsgewalt zur Sicherung parteipolitischer Ziele? (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein!) Bekannt war der Reichsregierung, daß Arbeiter- und Soldatenräte sich angemaßt hatten, in die Rechtspflege einzugreifen durch Bestätigung oder Kassierung von Urteilen, ja sogar durch Absetzung von Richtern. Sie selbst hat sich ja in einzelnen Fällen — erfolglos wie immer — dagegen gewendet. Durften wir dagegen nicht Verwahrung einlegen?

Ich will nunmehr weiter dahin Belehrung erteilen, daß der zeitweise Beigeordnete im Reichsjustizamt Cohn in der „Berliner Juristischen Gesellschaft" erklärte, daß man bei der Reform der Gerichtsverfassung an der **Unabsetzbarkeit der Richter** nicht haltmachen werde (hört! hört! rechts), sondern die Bestellung der Richter durch Volkswahl einführen würde.[5]) (Hört! hört! rechts. — Unruhe links.) Das würde aber das Ende der richterlichen Unabhängigkeit darstellen. Herr Cohn wurde zwar von dem Vorsitzenden, meinem Kollegen von Gierke, alsbald auf das gründlichste abgeführt. Aber war das vielleicht nicht ein Grund zu der allergrößten Beunruhigung?

Statt nun hier eine beruhigende Zusicherung zu geben, wird an uns die verletzende Gegenfrage des Bedauerns gerichtet, warum wir früher mit Protesten nicht auf dem Plan erschienen seien, in den Fällen eines Herrn Landrichters Schmidt und in anderen Fällen. Uns hat es sich bei der Frage der Unabhängigkeit der Rechtspflege nicht gehandelt um etwaige einzelne Fehler oder Mißgriffe der Justizverwaltung. Jene Einzelfälle sind mir trotz meiner Bemühungen nicht bekannt geworden; haben wohl früher ihre Erledigung gefunden. Sollten sie wirkliche Ein-

---

[5]) Punkt 8 des Erfurter Programms vom Oktober 1891 lautet: „Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter".

griffe der Justizverwaltung in das Richteramt enthalten haben, so würde ich sie auf das schärfste mißbilligen und kann mich da auf Zeugnisse aus der Lehre meines ganzen Lebens berufen. Aber mit der Eingabe vom 31. Dezember, die wir vorgelegt hatten, hatten diese Einzelfälle nichts zu tun. Zudem lebten wir damals, als jene Fälle sich ereigneten, noch in einem Rechtsstaate, in dem man die Möglichkeit einer geordneten Austragung der Sache bei etwaigen Verfehlungen hatte. Als wir diese Eingabe gemacht haben, lebten wir in einem Unrechtsstaate (Lachen links), oder jedenfalls in einem rechtlosen Staate.

Nimmt man alles in allem, so kann ich nur wiederholen, daß die Antwort des damaligen Volksbeauftragten verständnislos und nicht geeignet war, das Vertrauen auf die Rechtssicherheit zu stärken. Der damalige Leiter der Reichsjustizverwaltung, Herr von Krause, ist bei der Beantwortung sicherlich nicht zu Rate gezogen worden, — wieder ein Mangel an Zuziehung von Sachverständigen, wo es notwendig wäre.

Ich füge ausdrücklich hinzu, daß wir diese Beschwerde in keinem Sinne mehr auf die durch die Nationalversammlung geschaffene Rechtslage der Gegenwart übertragen. Wir haben sowohl zum Leiter der Reichsjustizverwaltung als zum Leiter des preußischen Justizministeriums das vollste Vertrauen und sind auch durchaus nicht etwa gewillt, dem Reichspräsidenten das nachzutragen, was er als Volksbeauftragter gesündigt hat. Umsomehr aber muß ich Veranlassung nehmen, das, was im Regierungsprogramm nicht steht, von der künftigen Reichsverfassung zu fordern. Dort wird allerdings auf Garantien der Rechtssicherheit zurückzukommen sein.

Der Herr Abgeordnete Haase hat im Programm auch den Hinweis auf die **Reform des Strafrechts und des Strafprozesses** vermißt. Das sind wohl Einzelheiten, die absichtlich weggelassen worden sind. Sachlich stimme ich ihm vollkommen bei, namentlich in der Notwendigkeit alsbaldiger Reformen auf diesem Gebiete. Das liegt mir schon als ehemaligem Vorsitzenden der deutschen Strafrechtskommission am Herzen. Im Interesse des deutschen Volkes wünsche ich, daß diese jahrelange sorgfältige Vorarbeit, die auf Strafprozeß und Strafrecht verwendet worden ist, nicht verloren geht.

Nun eins noch: Nicht übereinstimmen kann ich mit dem Herrn Abgeordneten Haase, wenn er in diesem Zusammenhang unter die dringlichsten Aufgaben auch den Erlaß einer neuen Amnestie gestellt hat. An Amnestien haben wir vorläufig nach unserem Eindruck Genügendes genossen. (Heiterkeit.) Ich rede natürlich nicht von Begnadigungen im Einzelfalle; diese müssen nach Billigkeit und Würdigkeit immer vorbehalten bleiben. Aber Amnestie ist die Freigabe ganzer Klassen von Übeltätern, und dazu ist im gegenwärtigen Augenblick auch nicht die geringste Veranlassung. Ganz im Gegenteil, die Autorität des Rechts

wird noch weiter herabgesetzt, wenn die Amnestie gewissermaßen als Regelerscheinung, als etwas Selbstverständliches gilt. Die Spartakusleute haben bei der Öffnung der Gefängnisse genügend fragwürdiges Publikum auf die Straße entlassen. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Justiz ihr strenges und ernstes Antlitz zeigt. Das Volksbewußtsein könnte ganz sicher eine gerade jetzt eintretende Amnestie lediglich wieder als ein Zeichen der Schwäche der Staatsgewalt, nicht aber als einen Ausdruck der höheren, ausgleichenden Gerechtigkeit erkennen.

Meine Herren, im Wiederaufbau unseres Staatslebens und unglücklichen Vaterlandes spielen militärische und wirtschaftliche Kräfte eine grundlegende Rolle. Aber wir dürfen die Lösung der sittlichen, idealen und religiösen Kräfte nicht übersehen, von denen gestern in einer mir ansprechenden Weise der Herr Abgeordnete Mayer aus Kaufbeuren in seiner ausgezeichneten Wirtschaftsrede gesprochen hat. Auch auf die Lösung dieser sittlich-religiösen Kräfte werden wir, wenn einmal von Staat und Kirche die Rede sein wird, bei der Verfassung zurückkommen. Ich weiß noch nicht, was die künftige Verfassung bringen wird. Wenn sie nicht mehr bringt als den jetzigen kümmerlichen § 19 des ersten Entwurfs, dann müßte ich schon jetzt den Kampf ansagen. (Beifall rechts.) Soll das Volk wieder aus der Tiefe in die Höhe geführt werden, sollen unsere Enkel und Urenkel wieder singen können, was wir heute nicht singen können: „O Deutschland hoch in Ehren", dann bedarf es einer national-sittlich-religiösen, tiefgreifenden, aufrichtigen Erneuerung, einer Öffnung all der Schleusen und idealen Ströme auf Volksgemüt und auf Volksgewissen. (Bravo!) Auch bei dieser Arbeit werden Sie die Deutsche Volkspartei stets in den vordersten Reihen der Mitkämpfer für eine glücklichere Zukunft des deutschen Vaterlandes finden. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Haußmann:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister Landsberg.

Landsberg, Reichsjustizminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kahl hat mir in meiner Eigenschaft als Reichsminister der Justiz ein Vertrauensvotum erteilt, ich kann sagen, beinahe ehe ich die Geschäfte meines Amts übernommen habe. Ich bin ihm dafür dankbar, und ich kann erklären, daß ich bestrebt sein werde, Vertrauen zu verdienen, namentlich in dem Sinne, daß ich nicht eine Minute in meinem Amt bleiben werde, wenn ich sehen sollte, daß von irgendeiner einflußreichen Seite die **Unabhängigkeit der Richter** angetastet wird. (Bravo! rechts!) Sie ist eins der höchsten Güter unseres Volks. (Bravo!) Aber ich will den Herrn Abgeordneten Kahl auch darüber beruhigen, daß niemand in der Regierung dieses Rechtsgut

antasten will. Ich hatte bei der Eingabe der Professoren und Richter wirklich den Eindruck, daß es den Herren darum zu tun war, der Reichsregierung zu unterstellen, daß sie gewillt sei, das Recht zu vergewaltigen oder doch wenigstens seine Vergewaltigung zu dulden. Dieser Eindruck ist nicht schwächer geworden durch das Material, das nach der Mitteilung des Herrn Abgeordneten Kahl die Eingabe der Professoren und Richter veranlaßt hat. Man mag die Bedeutung des Herrn Kollegen Dr. Cohn verschieden bewerten, man kann sie außerordentlich hoch einschätzen, aber daß die Äußerung, die er in der Juristischen Gesellschaft in Berlin getan hat, Veranlassung geben konnte zu einem Protest an die Adresse der Reichsregierung, das vermag ich nicht zuzugeben. Wenn also die Herren nicht gewillt gewesen sind, der Reichsregierung zuzutrauen, daß sie die Hand zu einer Antastung der Unabhängigkeit der Gerichte bieten könnte, gut, ich nehme dankbar davon Kenntnis. Der Ton, der die Musik macht, klang aber etwas verletzend und rechtfertigte meiner Meinung nach die erteilte Antwort.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Kahl hat uns gesagt, seine Partei — und damit meinte er wohl nicht die Deutsche Volkspartei, die ja eben erst aus der Taufe gehoben ist, sondern die Nationalliberale Partei — sei stets für das **Frauenwahlrecht** gewesen. Ich habe merkwürdigerweise von der Sympathie seiner Partei für das Frauenwahlrecht niemals etwas gemerkt. Am 8. November 1918, am Tage vor der Berliner Revolution, haben wir Sozialdemokraten im interfraktionellen Ausschuß des alten Reichstags, dem damals auch die Nationalliberale Partei angehörte, den Antrag gestellt, ein Wahlrecht herauszubringen, wie es dem jetzt durch die Revolutionsregierung eingeführten entspricht, und da haben sich sämtliche bürgerliche Parteien gegen den Gedanken des Frauenwahlrechts ausgesprochen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Ruf bei den Deutschen Demokraten: Stimmt nicht!) — Doch, es ist wahr! (Erneuter Ruf: Nein!) Die Herren Fortschrittler haben uns gesagt, daß einige von ihnen Anhänger des Frauenwahlrechts seien, daß aber die Gesamtheit der Fraktion sich nicht dazu entschließen könne, für das Frauenwahlrecht einzutreten.

Das **Wahlrecht der Zwanzigjährigen** ist von dem Herrn Abgeordneten Kahl bemängelt worden. Er hat gesagt, daß er den Parteistandpunkt bei der Erörterung dieser Frage vollkommen ausscheide. Das tun wir genau so. Für uns sind Wahlrechtsfragen keine Parteifragen, sondern Rechtsfragen. Glauben Sie nicht, daß wir von dem Wahlrecht der Zwanzigjährigen großen Vorteil gehabt haben. (Widerspruch rechts.) Das französische Sprichwort: Wer mit zwanzig Jahren nicht Revolutionär ist, der hat kein Herz —, gilt auch in Deutschland. Das Wahlrecht der Jugend begünstigt die radikalste Richtung. Unserer Meinung nach ist es aber außerordentlich gut, das Wahlrecht mit dem Beginn des Alters der Reife zu verknüpfen; denn worauf kommt es

jetzt für uns an? Sie, Herr Abgeordneter Kahl, haben meinen hochverehrten Lehrer v. Gierke zitiert. Ich folge Ihnen darin. Er hat das Wort gesprochen, daß es darauf ankommt, den Staat in das Volk zurückzuverlegen. Ein schönes, wahres Wort! Wenn dieses Wort aber verwirklicht werden soll, so kann die Politisierung der Jugend beider Geschlechter gar nicht früh genug beginnen. Wenn man mit 18 Jahren König von Preußen werden konnte, wird man wohl mit zwanzig Jahren das Wahlrecht zum Reichstag haben können. Es gibt kein besseres Mittel zur Politisierung des Volkes, als das Wahlrecht möglichst früh beginnen zu lassen.

Der Herr Abgeordnete Kahl hat dann einen Widerspruch zwischen dem parlamentarischen System und der **Verhältniswahl** feststellen zu müssen geglaubt. Ich habe seine sonst außerordentlich klaren Ausführungen in diesem Punkte nicht verstehen können. Eine Volksvertretung, Herr Abgeordneter Kahl, muß das Spiegelbild der Wähler sein. Jede irgendwie beachtliche Strömung im Volk muß im Parlament zum Ausdruck kommen können. Deshalb ist das Verhältniswahlrecht berechtigt. Aber eine Regierung soll doch kein Debattierklub sein. Sie hat zu handeln, und ein Handeln ist nur dann möglich, wenn es von einem einheitlichen Willen getragen ist.

Wenn ich mir nun vergegenwärtige, Herr Abgeordneter Kahl, daß Sie heute noch das **Sozialistengesetz** verteidigen — (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: habe ich nicht getan! ich habe es ausdrücklich preisgegeben!) — ich glaube, Sie waren früher Anhänger dieses Gesetzes und konnten von der alten Liebe noch nicht ganz lassen. Ihre Ausführungen klangen wie eine Verteidigung. — (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich mir vorstelle, daß Sie etwa mit uns, die wir unter dem Sozialistengesetz zu leiden gehabt haben und von denen sehr viele die Spuren dieses Gesetzes noch an sich tragen, in einer Regierung zusammenarbeiten sollten, dann muß ich bezweifeln, daß es möglich ist.

Um auf das Sozialistengesetz noch mit einem Satz zurückzukommen: sehr viele von den unerfreulichen Erscheinungen, die wir während des Krieges haben erleben müssen, sind nur durch das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu erklären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit Interesse habe ich von dem Herrn Abgeordneten Kahl gehört, daß das **Regierungsprogramm** sehr gemäßigt, ich glaube, er sagte sogar: zu gemäßigt sei. (Zuruf: Nationalliberal! — Heiterkeit.) Es würde also radikaler geworden sein, wenn er an der Ausarbeitung hätte teilnehmen können. (Wiederholte Heiterkeit.) Er meinte auch, das Programm sei echt nationalliberal. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: das meinte ich nicht!) — Sie sagten zunächst, man könne es national-

liberal nennen. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ich sagte: die Kompromißnatur sei echt nationalliberal!) Ich habe geglaubt, daß der Herr Abgeordnete Kahl mit dieser Bezeichnung des Programms als ehrliche Bekenntnis zur republikanischen Staatsform und zur Demokratie ablegen wolle. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: nein, leider nicht! — Heiterkeit.) Aber er hat allerdings — und das mag echt nationalliberal gewesen sein — ganz anders gesprochen, nachdem er diese Kennzeichnung des Regierungsprogramms vorausgeschickt hat. Er hat gesagt: ohne die Revolution würden wir ein freiheitliches Deutschland unter einer monarchischen Gewalt gehabt haben. Glauben Sie das wirklich, Herr Abgeordneter Kahl? Wer ein Freund eines freiheitlichen Deutschlands ist, der darf die Revolution nicht bedauern.

Ich will kein Wort über den gewesenen **Deutschen Kaiser** sagen. Es liegt mir nicht, einen Mann anzugreifen, der vom Unglück schwer getroffen ist und von dem ich gar nicht verkennen will, daß seine Absichten gute, reine gewesen sind (bravo! rechts), wenn er auch die geistigen Kräfte weit überschätzt hat, die ihm zur Verfügung standen. Kein Wort gegen ihn! Aber damit tue ich ihm sicher nicht unrecht, wenn ich sage: dieser Mann, der an der Schwelle der Sechzig stand, war nicht mehr imstande umzulernen; niemals würde er sich unter eine freiheitliche Verfassung gebeugt haben. Und es hätten sich Parteien gefunden, die ihm plausibel gemacht hätten, wie jenem unglücklichen Friedrich Wilhelm IV., daß es die Pflicht der Könige sei, demokratische Verfassungen zu brechen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und das uneingeschränkte Gottesgnadentum wieder herzustellen, da, wo es angetastet, wo es beseitigt sei. Ich glaube, daß ich mich auf gute geschichtliche Erfahrungen berufen kann.

Ich müßte dann eigentlich noch meinen Freund und Kollegen Noske gegen das Lob des Herrn Abgeordneten Kahl in Schutz nehmen. (Heiterkeit.) Aber ich denke, er wird es überstehen (erneute Heiterkeit), zumal dieses Lob teilweise durch ein Mißverständnis beeinflußt war. Noske hat ausdrücklich anerkannt — und das konnte und mußte er —, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich große Verdienste erworben haben. Wenn ich nicht irre, hat er sogar gesagt, daß ohne ihr verdienstliches Wirken in den ersten Tagen der Revolution alles drunter und drüber gegangen wäre, daß einfach alles zusammengebrochen wäre. (Zuruf: Das hat Keil gesagt!) Jedenfalls hat Noske ähnliche Wendungen gebraucht.

Und nun, meine Herren, einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kahl über das **Recht auf Revolution!** Er hat dieses Recht durchaus bestritten. Herr Abgeordneter Kahl, ich gestatte mir, Sie darauf hinzuweisen, daß darin ein Tadel, den Sie gegen Ihre

eigenen Großväter ausgesprochen haben, gelegen hat. Wünschenswert ist eine Revolution nie; das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu. Ich bin kein Revolutionsnarr. Sicher ist es gut, wenn die Verfassung eines Volkes so ausgezeichnet ist, daß es allmählich evolutionistisch fortschreiten kann. Die Entwicklung ist nicht antithetisch, sondern synthetisch. Die Weltgeschichte hat so wenig Neigung zu Sprüngen wie die Natur. Es ist durchaus wünschenswert, daß sich der natürlichen Entwicklung keine Hindernisse entgegenstellen, daß also Revolutionen nicht nötig sind. Aber wenn eine Mehrheit des Volks von den Rechten, die sie auf die Welt mitgebracht hat, gewaltsam durch eine gewalttätige Minderheit ferngehalten wird, dann besteht das Recht der Mehrheit auf Revolution. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jubeln Sie denn nicht dem sagenhaften Schweizerhelden Tell zu? Er war ein Revolutionär. Denken Sie an das schöne Macaulaysche Wort: wenn die Völker fortschreiten und die Verfassungen stille stehen, dann kommen die Revolutionen (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und dann sind die Revolutionen nötig. Ich glaube, Sie werden mir nach diesen Ausführungen zugeben müssen, daß Ihre Verteidigung der Spartakisten, für die sie Ihnen sehr dankbar sein werden (heitere Zustimmung links), sehr unangebracht gewesen ist. Denn hier handelt es sich unzweifelhaft um eine kleine Minderheit, die sich gegen eine Mehrheit auflehnt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dazu haben weder Junker noch Arbeiter das Recht. (Sehr gut! und Bravo! links.)

Eine Ausführung des Herrn Abgeordneten Kahl, dessen Rede ich sonst mit großem Vergnügen angehört habe, hat mir einige Bedenken verursacht. Er sagte nämlich, es würde durch eine Zusammenfassung der gesamten Kräfte des deutschen Volkes noch im Oktober 1918 eine **nationale Verteidigung** möglich gewesen sein. Ich finde diese Ausführung nicht sehr staatsmännisch angesichts der Tatsache, daß die schweren Waffenstillstandsbedingungen, die uns auferlegt sind, von der Entente immer und immer wieder mit der Furcht davor begründet werden, daß wir den Krieg noch einmal fortsetzen könnten. Diese Auffassung kann durch die Behauptung des Herrn Abgeordneten Kahl neue Nahrung erhalten. Diese Ansicht des Herrn Abgeordneten Kahl ist vollkommen falsch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Stellen Sie sich doch die Situation vom Oktober 1918 vor: Bulgarien war abgefallen, die Türkei folgte; die Frage, wann Oesterreich auf Gnade oder Ungnade sich ergab, hing von Tagen ab. Das italienische Heer wurde dann für die Westfront frei, die süddeutschen Städte waren bedroht, das sächsische Industrierevier ebenfalls, die Amerikaner schickten jeden Monat 300 000 Mann auf den westlichen Kriegsschauplatz. Und da sollte eine nationale Verteidigung noch möglich sein? Den Wunderglauben muß man aus der Politik ausschalten, Herr Abgeordneter Kahl. Im übrigen

gestatte ich mir, Sie darauf hinzuweisen, daß die Oberste Heeresleitung anderer Meinung gewesen ist als Sie, daß sie jeden weiteren Widerstand für nutzlos hielt.

Nun, meine Damen und Herren, noch einige Worte an die Adresse des Herrn **Abgeordneten Traub!** Er hat für sich und seine Freunde das Recht auf eigenes Urteil in Anspruch genommen. Dieses Recht erkennen wir jedem zu, auch wenn er nicht imstande ist, davon Gebrauch zu machen (Heiterkeit und sehr gut!), also auch Herr Traub; aber er will, wie mir scheint, das gleiche Recht uns nicht zuerkennen. Er hat Bemerkungen, die vom Regierungstische gefallen waren, heftig getadelt, weil sie sich gegen die alldeutsche Sache richteten, und er hat uns aufgefordert, keine Partei-, sondern staatsmännische Reden zu halten. (Sehr richtig! rechts.)

Das ist ganz eigenartig! Sie greifen uns vom Standpunkte Ihrer Partei an, und Herr Abgeordneter Traub tut das mit dem Eifer, der charakteristisch ist für Männer, die ihre Parteistellung gewechselt haben (sehr gut! und Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten), und wir, die wir stolz sind auf die Zugehörigkeit zu unseren Parteien, sollen, wenn wir Ihnen antworten, unseren Parteistandpunkt einfach verschwinden lassen und etwa in der Art der Generalanzeiger reden. Das können Sie wirklich nicht von uns verlangen. Und wenn Sie — Herr Kahl hat sich das hinterher zu eigen gemacht — uns sagen, früher sei vom Regierungstisch niemals ein derartiger Ton angeschlagen worden wie jetzt, so sage ich Ihnen, meine Herren, daß Ihre parlamentarische Erfahrung sehr gering ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir, die Mitglieder der jetzigen Regierung, erkennen ohne weiteres jedem hier in diesem Hause die Ehrlichkeit seiner Gesinnung, die Ehrlichkeit seines Standpunktes zu. Was haben wir aber unter früheren Regierungen erlebt? Haben Sie es vergessen, daß der Reihe nach beinahe alle Parteien als Reichsfeinde hingestellt wurden, als vaterlandslose Gesellen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß man so und so oft die besten deutschen Männer, wie beispielsweise Ludwig Bamberger, vom Regierungstisch als bezahlte Agenten des Auslandes hingestellt hat? (Sehr richtig! links.) Einen derartigen Ton werden Sie von uns niemals hören. (Zuruf rechts.) — „Staatsmännisch reden?" — In dieser Zeit kann man meiner Überzeugung nach nicht staatsmännischer reden, als wenn man sich gegen diejenigen wendet, die den negativen Befähigungsnachweis zum Staatsmann erbracht haben (sehr gut! bei den Sozialdemokraten) und dennoch den entscheidenden Einfluß in Deutschland hatten und sich diesen entscheidenden Einfluß auch jetzt nach dem Zusammenbruch nicht entreißen lassen wollen, sondern die — sagen wir einmal — geschickt genug sind, andere mit den Folgen ihrer eigenen Handlungen zu belasten. (Sehr gut! links.)

Herr Traub spricht immer noch so, wie er früher gesprochen hat — das heißt als Konservativer, nicht als Fortschrittler —. Es hat mir eine Enttäuschung bereitet, als die **Deutschnationale Volkspartei** entstand und die führenden Männer der Konservativen sich in das Privatleben zurückzogen — Herr von Graefe ist ja eigentlich die einzige stolze Säule, die noch von verschwundener konservativer Pracht zeugt —, da habe ich das als ein Zeichen von Selbsterkenntnis betrachtet. Die Herren wurden ja auf einmal auch Anhänger des Gedankens des Verständigungsfriedens. Sie bedachten nur nicht, daß der Gedanke des Verständigungsfriedens nur dann Wert hat, wenn zwei Völker in den gleichen Kräfteverhältnissen sich gegenüberstehen, daß aber eine Partei, die, solange sie ihrem Lande die militärische Überlegenheit zutraute, einen Gewaltfrieden schließen wollte, nun und nimmer berechtigt ist, nachdem das Kriegsglück gegen sie entschieden hat, einen Verständigungsfrieden anzustreben. (Sehr richtig! links.) Die Herren waren also Anhänger des Verständigungsfriedens geworden.

Und das war nicht die einzige Beziehung, in der sie umgelernt zu haben schienen. Wenige Tage nach der Revolution verschwand auf einmal vom Kopfe der „Kreuzzeitung“ der alte Spruch, der sie stets geschmückt hatte, „Mit Gott für König und Vaterland“. (Zuruf rechts: Sie ist dazu gezwungen worden!) — Nein, das ist nicht wahr. Ohne jede Not, ohne jeden äußeren Zwang ist das geschehen! Und genau so hat ohne jeden Druck von außen die „Deutsche Tageszeitung“ die Worte „Für Kaiser und Reich“ vom Kopfe des Blattes entfernt! (Zuruf rechts: Zensur der Spartakisten!) — Ach, das ist ja nicht wahr, von Spartakisten war ja damals kaum die Rede. (Widerspruch rechts.) Im übrigen: ein tapferer deutscher Mann läßt sich doch von ein paar Spartakisten nicht imponieren, und die beiden Zeitungen hätten ja doch längst Gelegenheit gehabt, den alten Satz wieder herzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber meine Damen und Herren, ich habe mich in der Annahme getäuscht, daß die Herren mit dem neuen Namen auch neue Anschauungen angenommen haben. Sie sprechen immer noch die alten Anschauungen, allerdings etwas sehr gemäßigt, aus. Wenn man sich früher immer als Triarier des Throns bezeichnet hat — Prätorianer wäre übrigens besser gewesen — (sehr gut! links) und wenn man immer bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit geschworen hat, daß nur über die eigene Leiche der Weg zur Republik geht, dann hätten die Herren in der deutschen Republik ein etwas kräftigeres Bekenntnis zur Monarchie ablegen sollen, als das zu Papier gebracht ist. Das Bekenntnis klang etwas matt. (Oho! rechts.)

Indessen habe ich deswegen mit ihnen nicht zu rechten. Jedenfalls habe ich mich in der Fähigkeit der Herren, umzulernen, getäuscht. Was wir an ihnen erlebt haben, die Ersetzung des Namens „konservative

Partei" durch den Namen „Deutsch-nationale Volkspartei" war nichts anderes, als was man im Handelsgewerbe so oft erlebt, daß nämlich ein Kaufmann, der unter seiner Firma keinen Erfolg gehabt hat, diese ändert. (Zuruf rechts: Staatsmännisch!) — Herr Schiele, unsere Anschauungen über das, was staatsmännisch ist, werden immer auseinandergehen, damit müssen Sie sich schon abfinden, und ich gebe Ihnen die Versicherung, ich bin sehr froh darüber. (Zuruf rechts: Wir auch!) — Wenn aber die Herren keine anderen geworden sind, so erwächst daraus für uns die Notwendigkeit, daß wir sie auf das entschiedenste bekämpfen müssen. Selbstverständlich sage ich das nicht als Minister, sondern als Parteimann. (Zuruf rechts: Wahlrede!) — Weshalb bewerten Sie die Wahlreden niedriger als andere Reden? Schließen Sie da von sich auf andere? Ist das Niveau Ihrer Wahlreden niedriger als das Ihrer parlamentarischen? (Heiterkeit und sehr gut! links.) Ich halte überall politische Reden, auch in Wahlversammlungen.

Meine Herren, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Traub fordern direkt dazu heraus, auf die **Politik** einen kurzen **Rückblick** zu werfen, die uns dahin gebracht hat, wo wir jetzt stehen. Was hat Herr Traub heute dem Sinne nach ausgeführt? „Alles war in Deutschland gut, wir Alldeutschen waren im Begriff, Deutschland einer herrlichen Zukunft entgegenzuführen, da kam die Revolution, sie war verursacht durch Wühlerei im Heer, und sie war erfolgreich, weil die Regierung nicht schießen ließ." — Herr Traub bestätigt mir, daß ich mit diesen Worten seine Ausführungen richtig wiedergegeben habe. Was für eine profunde Geschichtsauffassung ist Ihnen eigen, Herr Traub! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer geschichtliche Ereignisse derart würdigt wie Sie, der hat für sie keinen anderen Maßstab als die eigene Kleinheit. (Sehr gut links. — Heiterkeit rechts.)

Können Sie leugnen, daß die **Alldeutschen** am Weltkrieg, der unseren Zusammenbruch zur Folge gehabt hat, ein gerüttelt Teil der Schuld tragen? (Zurufe rechts.) — Meine Herren, ich möchte nicht falsch verstanden sein, nur ein vollkommener Narr kann behaupten, daß auf deutscher Seite die Schuld am Kriege allein gelegen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß die Kriegshetzer drüben — es hat in allen Ländern ja Januschkiewicz's und Suchomlinows gegeben —, ich glaube, daß die Kriegshetzer jenseits der Grenzen sich wie die Auguren anlächeln werden, wenn sie lesen, daß ihnen ihre gänzliche Schuldlosigkeit bescheinigt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber tölpelhafter sind die Schürer des Krieges nirgendwo gewesen als die Alldeutschen. (Sehr richtig! links.) Wo in der Welt ist Gott für den Krieg gedankt worden? Nur in Deutschland war es möglich. (Zuruf rechts: Der englische König!) — Er hat für den Sieg gedankt, aber nicht für den Krieg. Und später, als die

Regierung Bethmann Hollweg ihr Friedensangebot machte und es zurückgewiesen wurde, da haben verschiedene Alldeutsche das Bedürfnis verspürt, Gott dafür zu danken, daß die Staatsmänner der Entente das Friedensangebot abgelehnt haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg sollte fortgesetzt werden bis zu einer ungeheuren Kriegsentschädigung, bis zu weitgehenden Eroberungen. Sehen Sie sich nur die Lehmannschen Kriegsbroschüren an, die in Millionen Exemplaren verbreitet worden sind, auch im Heere, und Sie beschweren sich jetzt über Politisierung des Heeres. Kein weichlicher Frieden, nur nicht Nachgeben, das klang immer aus Ihren Reden und Artikeln heraus. Nirgendwo in der Welt hat man sich ferner Mühe gegeben, den Kreis der Teilnehmer am Kriege auf der eigenen Seite zu verringern. Man war im Gegenteil bestrebt, ihn zu erweitern — und mit nur zu gutem Erfolge! Was haben unsere Alldeutschen getan? Wir hatten ihnen immer noch zu viel Bundesgenossen, wir hatten immer noch zu wenig Feinde! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Amerika mußte in den Krieg hineingerissen werden. Das amerikanische Heer konnte ja nicht schwimmen und nicht fliegen; es sollte infolgedessen unmöglich sein, daß es auf dem Kriegsschauplatz in Europa erschien. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.) — Das hat Herr Hergt gesagt, dem die Herren so viel staatsmännische Fähigkeit zutrauen, daß sie ihn in die preußische Nationalversammlung hineingewählt haben. Weiter, als Österreich Frieden suchte, aus Gründen, die jedem von uns bekannt sind, wurde von alldeutscher Seite die Parole ausgegeben „Los von Österreich!" Es kam eben auf einen Bundesgenossen weniger den Herren mit dem Grundsatz „Immer feste druff!" nicht mehr an. Sie glaubten, ganz allein den Sieg erringen zu können. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wie wir für Sie auf dem Kriegsschauplatze noch zu wenig Feinde hatten, so wollten Sie auch noch die Mehrheit des eigenen Volkes während des Krieges zum Feinde machen. Denken Sie nur an das erlauchte Mitglied der konservativen Partei, an den Herrn Amtsrichter Gräf, der in der „Kreuzzeitung" Bethmann Hollweg den Vorwurf machte, daß er nicht die Stimmung in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 dazu benutzt habe, den Reichstag aufzulösen und unter der Parole „Nieder mit der Sozialdemokratie!" Neuwahlen veranstalten zu lassen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dann die Geschichte der **Wahlrechtsreform!** In einer Zeit, in der Massen unerhört bluteten, in der sie sich die schwersten Entbehrungen auferlegen mußten, sollten sie eine Erweiterung der politischen Rechte nicht zu verzeichnen haben. Und da sagt uns der Herr Abgeordnete Traub, die Vertretung der Volksrechte sei nach rechts ausgewandert. Meine Herren, was Ihnen (nach rechts) in den Köpfen steckte, und

was das deutsche Volk ruiniert hat, das war die Hybris, das war jener Dämon, *der Übermut*, der so oft bei den griechischen Tragikern die Ursache der Katastrophe des Helden ist, nur daß leider Gottes diese Katastrophe sich nicht auf Sie beschränkt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Wahlreform sollte vertagt werden, bis die Männer aus dem Schützengraben wiederkamen. Sie würden sich nämlich die Haare ausgerauft haben, wenn sie wiedergekommen wären und das Dreiklassenwahlrecht nicht mehr vorgefunden haben würden. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.) Aber das Fideikommißgesetz sollte während des Krieges durchgepeitscht werden. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.) Und da kommt Herr Graf v. Posadowsky und sagt uns, die Herren seien stets für kräftige Siedlungspolitik eingetreten. (Erneute Zustimmung und Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.)

Herr Abgeordneter Traub hat sich als Verteidiger des **alten Systems** vorgestellt. Ich verstehe da nicht recht, weshalb er es früher auf der äußersten bürgerlichen Linken bekämpft hat. (Zurufe von den Deutschen Demokraten und Heiterkeit.) Das alte System! Was war unter ihm nicht alles möglich? Haben Sie etwas davon gehört, daß ein Engländer verrückt genug gewesen wäre, um zwischen Lloyd George und Marschall French Feindschaft zu entfesseln? Bei uns in Deutschland haben wir es erlebt, daß eine Verschwörung im „Hotel Adlon" zusammengetreten ist mit der ausgesprochenen Absicht, *auf künstlichem Wege Zwiespalt zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler hervorzurufen* (hört, hört! bei den Mehrheitsparteien) und den Reichskanzler zu Fall zu bringen. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.) Und das Mitglied dieses Hauses, Herr v. Graefe, bekannte sich mit Stolz dazu, daß er zu den Verschwörern gehört hat. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Wie können Sie es angesichts solcher Umstände, angesichts einer Tatsache von solchem Gewicht wagen, Herr Traub, das parlamentarische System, das derartige Dinge unmöglich macht, als minderwertig zu bezeichnen! (Zuruf rechts.) — Ja natürlich, besser! Gut ist nur das System, bei dem Sie sich in der Regierung behaupten können. — Das herrliche alte System! Die **russische Revolution** war ausgebrochen. Sie war ein Gottesgeschenk für Deutschland. Jetzt war durch einen redlichen, ehrlichen Verständigungsfrieden mit Rußland *die Gelegenheit gegeben, den allgemeinen Frieden herbeizuführen.* (Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.) Die breiten Massen in den Ländern der westlichen Demokratien würden aufgeatmet haben, wenn sie gesehen hätten, daß die Vorstellungen, die sie sich vom deutschen Wesen gemacht hatten, falsch waren, wenn sie erkannten, daß die Deutschen nichts anderes als einen ehrlichen Frieden der Verständigung erstrebten. Und

wie hat das alte System dieses Gottesgeschenk in den Schmutz zu treten gewußt! (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Meine Herren (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten), sind Sie der Ansicht, daß Sie den Alldeutschen sekundieren müssen? (Wiederholte erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Herren konnten damals nicht genug bekommen. Überall entdeckten sie deutsches Land. In einem Gebiet, das zu drei oder vier oder sieben Prozent Deutsche hatte, war deutsche Kultur zu retten, das mußte unbedingt annektiert werden. Das Geschenk, das die russische Revolution bedeutete, wurde vergeudet. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), und das Schicksal Deutschlands war damit besiegelt.

Herr Traub hat gegen **Mammonismus** und Materialismus gewettert. Herr Traub, ich glaube, Sie haben in Ihren Reihen eine ganze Reihe von Adressen, an die Sie sich wenden können mit Ihrer Predigt (Heiterkeit) — ach Verzeihung, ich wollte damit keine Anspielung auf Ihren früheren Beruf machen; das ist mir nur so entfahren —: mit Ihrer Rede. Denken Sie an Ihre Lebensmittelpolitik; denken Sie daran, wie oft während des Krieges aus den Reihen Ihrer Freunde der Gedanke ausgesprochen worden ist: nur durch höchst gesteigerte Preise kann man den Landwirt zu größerer Produktion im Interesse unseres hungernden Volkes anspannen! War das nicht ein Zugeständnis an den Materialismus und Mammonismus? Und dann diese ganze annexionistische Politik! Ich will Ihnen glauben, daß bei Ihnen das Motiv Ihrer annexionslüsternen Gesinnung politische Verstiegenheit gewesen ist. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.) Aber bei anderen Leuten waren es sehr konkrete materielle Interessen. (Erneute Zustimmung.) Die, die Longwy und Briey annektieren wollten und die flandrische Küste, sind sehr gute Rechner gewesen. Und Herr Traub, ich glaube, so sehr wir uns sonst unterscheiden, darin werden wir übereinstimmen: nichts ist so ekelhaft als der Gedanke, Massen bluten zu lassen, um einen Frieden herbeizuführen, bei dem man materielle Geschäfte machen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zuruf rechts: Und wo sind wir jetzt hingekommen?!) — Ich sage Ihnen ja: dank Ihnen sind wir dahin gekommen, wo wir stehen.

Mit einem Wort des Herrn Abgeordneten Traub bin ich sehr einverstanden gewesen. Er sagte, man solle das Volk nicht als unmündig behandeln, man solle ihm den Ernst der Lage vorstellen. Hätten Sie diese Weisheit nur früher gehabt! (Sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien.) Was haben Sie früher gesagt? In zwei Monaten, in drei Monaten, längstens in sechs Monaten sollte England durch

den U-Boot-Krieg ausgehungert sein. Als die Frühjahrsoffensive des Jahres 1918 zunächst Erfolge hatte, da waren angeblich die ganzen französischen, englischen und amerikanischen Reserven vernichtet, auf weitere amerikanische Hilfe sollte nicht mehr die geringste Aussicht bestehen. Und dann kam eines Tages bei den Massen draußen die Erkenntnis: man hat uns belogen (sehr wahr! bei den Mehrheitsparteien), und da gab es kein Halten mehr, da kam der Zusammenbruch, und da mußte er kommen. Das ist der aktenmäßige Verlauf **dieses Zusammenbruchs.**

Wie können Sie es wagen, immer wieder die Revolution dafür verantwortlich zu machen, wenn schon vor der Revolution Ludendorff hierher telegraphiert hat: wir müssen jeden Frieden schließen, wir müssen unter jeder Bedingung einen Waffenstillstand haben. (Zurufe rechts.) — Acht Tage darauf hat er anders gesprochen? Nun, dann scheint ja die Revolution den Zustand des Heeres zum mindesten nicht verschlechtert zu haben.

Auf dem Zusammenbruch des Heeres folgte die Revolution Durch die Mängel seiner Staatsverfassung war Deutschland ruiniert worden. Diese Mängel mußten beseitigt werden. Schießen konnte man damals nicht lassen. Es hätte sich niemand gefunden, der geschossen hätte (sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien), — oder es wäre nach einer anderen Richtung geschossen worden.

Der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowsky hat die **Mangelhaftigkeit der früheren deutschen Verfassung** bestritten. Er will nicht zugeben, daß in Deutschland eine Junkerherrschaft bestand. Wir haben in Deutschland, so sagt er, das freieste Wahlrecht gehabt, wir haben ein freies Vereinsrecht gehabt — er hätte auch hinzufügen können, daß in der preußischen Verfassung stand: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt." Er hat vollständig recht mit dem, was er sagt, wir haben eine Reihe vortrefflicher freiheitlicher Gesetze gehabt. Aber es entschlüpfte ihm einmal ein Geständnis, das er sich, glaube ich, nicht genügend überlegt hatte. Er sagte nämlich, das freiheitliche Vereinsrecht sei durch Torheiten und Taktlosigkeiten einzelner Verwaltungsbehörden verschandelt worden. Und, sehen Sie, Herr Abgeordneter Graf v. Posadowsky, so ist es in Deutschland stets gewesen. (Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien.) Kein anderer als der nationalliberale Abgeordnete Gneist hat als Charakteristikum der deutschen Zustände bezeichnet, daß die Verfassung durch die Verwaltung in ihr Gegenteil verkehrt würde. (Hört! hört! und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Reichstagswahlrecht half dagegen nicht, es wurde entwertet, und damit beantworte ich Ihre Frage, welches

denn die Grundlagen der **Junkerherrschaft** gewesen sind, durch die Kreisordnung, durch die Provinzialordnung, durch das Dreiklassenwahlsystem, durch das Herrenhaus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Sie von den freiheitlichen Gesetzen Deutschlands sprechen, so vergessen Sie, bitte, nicht, daß immer aus den Reihen der Nutznießer dieser reaktionären Gesetze Drohungen herausklangen, einmal die frivole Drohung mit dem Leutnant und den zehn Mann, ein anderes Mal der Hinweis darauf, daß Alexander den gordischen Knoten zu durchschlagen verstanden habe usw. Die freiheitlichen Gesetze waren stets bedroht und wären mit Gewalt beseitigt worden in dem Augenblick, in dem sie sich als Hindernis der Aufrechterhaltung der Junkerherrschaft erwiesen hätten. (Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.) Ich muß sagen: jemand, der trotz aller dieser Mängel der früheren deutschen Verfassung bestreitet, daß in Deutschland eine Minderheits- und eine Gewaltherrschaft bestanden habe, der erweckt in mir Zweifel, ob seine Partei wirklich mit Recht sich den Namen einer Volkspartei beigelegt hat (sehr richtig! links), und es entsteht bei mir der fernere Zweifel, ob nicht dieser Partei, die ja jetzt auf dem Gebiete der Produktion von Anträgen eine geradezu unheimliche Fruchtbarkeit entwickelt (sehr richtig! links), vor der Annahme ihrer eigenen Anträge graut. (Zuruf rechts: Nehmen Sie sie doch an!) — O, mit dem größten Vergnügen, um so mehr, als Sie alle unsere früheren Anträge abgeschrieben haben. (Heiterkeit.)

Ein Wort des Herrn Abgeordneten Grafen v. Posadowsky unterschreibe ich rückhaltlos, das Wort: das deutsche Volk wird meine Hoffnungen nicht täuschen. Das ist auch meine Überzeugung. Die deutsche Revolution hat Kräfte, die gebunden waren, frei gemacht, und diese Kräfte werden meiner unerschütterlichen Überzeugung nach — und deshalb sehe ich mit leuchtendem Auge in die Zukunft — Großes wirken. (Lebhafter Beifall.) Zwei Eigenschaften wünsche ich meinem Volke, und ich bin überzeugt, es wird sie aufweisen, die Eigenschaften, deren der Pilger in dem herrlichen Gedicht Goethes „Pilgers Morgenlied“ sich rühmt: Freude zu leben und Mut! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich hatte vor, die zweite Reihe der Parteiredner heute noch zu erledigen; es ist aber schon sieben Uhr. (Zurufe.) — Es wird mir gesagt, daß die Rednerin, die jetzt noch an der Reihe ist, etwa zwei Stunden sprechen wird. (Rufe: Weiter reden!) Die Presse hat mit Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse dem Präsidium gegenüber den dringenden Wunsch ausgesprochen, schon um 6 Uhr jeweils zu schließen. Das ist nach Lage der Sache nicht möglich, man kann das nicht jeden Tag tun. Ich hoffe — ich fürchte zwar selber, in meiner Hoffnung getäuscht zu werden —, daß wir einmal in kürzerer Frist unsere Tagesordnung erledigen können, wenn die Herren Abge-

ordneten einschließlich der Herren Minister-Abgeordneten so weit sind, ihre langen Gedanken auf den kürzesten Ausdruck zu bringen. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Vorläufig sind wir aber noch nicht so weit. Wenn ich nun bedenke, daß wir jetzt etwa bis 9 Uhr noch eine Rede anhören und eine Abstimmung über die Kreditvorlage erledigen müssen, so weiß ich nicht, ob ich Ihnen das zumuten kann. (Zurufe: Weiter tagen! — Gegenrufe: Vertagen!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, der Herr Reichsminister Landsberg hat das Wort außerhalb der Reihe der Fraktionsredner bekommen. Er hat nach unserer Überzeugung daher als Minister gesprochen und zu sprechen gehabt. Er hat aber in seiner Rede, wenn ich ihn recht verstanden habe, ausdrücklich gesagt: ich spreche jetzt als Parteimann. Das geht nicht an, als Parteimann und als Minister zugleich zu sprechen. Sonst wäre an der Reihe ein Redner der Unabhängigen Sozialdemokraten gewesen. Darüber muß irgendeine Klarheit geschaffen werden, sonst kommen die Minderheitsparteien noch weniger zu ihrem Recht.

Präsident: Herr Abgeordneter Schultz (Bromberg), die Geschäftsordnung sieht ausdrücklich vor, daß in jedem Zeitpunkte der Debatte die Herren Minister das Recht auf das Wort haben. — (Zurufe.) — Meine Damen und Herren, ich kann vorher keine Gewissenserforschung mit den einzelnen Ministern anstellen, ob sie als Minister oder als Parteimänner sprechen wollen. (Sehr richtig!) Das ist nicht möglich.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Reichsminister Landsberg.

Landsberg, Reichsminister: Ich bin nicht von meiner Partei als Redner bestimmt worden, sondern habe in meiner Eigenschaft als Reichsminister gesprochen. Zur Beruhigung des Herrn Abgeordneten Schultz (Bromberg) will ich sagen, daß meine Bemerkung, daß ich als Parteimann spreche, sich nur auf den Satz bezogen hat, in dem diese Worte vorkommen, also auf die Ankündigung des Kampfes gegen die Rechte.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Nach dieser Aufklärung habe ich nichts mehr zu sagen. Der Herr Präsident hat richtig gehandelt, daß er dem Herrn Minister Landsberg das Wort erteilt hat. Aber ein Minister kann nicht als solcher und als Parteimann, also zugleich in zwei Rollen sprechen. Das mußte festgestellt werden für die Zukunft.

Präsident: Die Diskussion ist, nachdem ein Minister gesprochen hat, wieder eröffnet. Nun werden wir zur Frage kommen, ob weiter getagt werden soll oder nicht. (Zurufe: Weiter tagen! — Gegenrufe: Vertagen!) Die Ansicht des Hauses scheint verschieden zu sein. Ich kann von hier aus nicht übersehen, wohin die Mehrheit sich neigt. Wir stimmen ab.

Ich bitte diejenigen, die für Weitertagen sind, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das Bureau ist einig, daß die große Mehrheit steht.

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Geehrte Versammlung! Nachdem in der Novemberrevolution die Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht erobert hatten, wurde mit verdächtiger Eile nach der Einberufung der Nationalversammlung gerufen (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und als die Nationalversammlung dann ausgeschrieben wurde, geschah dies unter der Devise: für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!

Schon die rein äußeren Verhältnisse, unter denen wir hier tagen, strafen diese Devise Lügen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Regierung, die sich stolz eine sozialistische nannte, flüchtete vor der Arbeiterschaft Berlins nach Weimar (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und berief auch die **Nationalversammlung** nach **Weimar.**

Aber Weimar ist seit der Einberufung der Nationalversammlung nicht mehr das stille beschauliche Städtchen von einst. Es gleicht *einem Heerlager, in dem die weiße Garde Noskes herrscht.* (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Weimar ist von der ganzen anderen Welt abgeschlossen, der Bahnhof mit Militär besetzt, in die Stadt darf niemand, der nicht einen besonderen Ausweis hat, und wenn wir hier auf den Theaterplatz kamen, starrten uns von den Balkons der umliegenden Häuser die Schlünde der Maschinengewehre entgegen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Dann noch ein weiteres: das Unwürdige, daß die Abgeordneten sich hier auf dem Theaterplatz legitimieren mußten vor den Polizisten! Da oben auf den Galerien sind unter das Publikum Geheimpolizisten gemischt (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), Berliner Geheimpolizisten (Unruhe und Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Hu! hu!) aus der berüchtigten politischen Abteilung. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Andauernde Unruhe.) — Ja, meine Herren und Damen, wenn Sie sich nicht als freie aufrechte Bürger fühlen, sondern als Untertanen, dann mögen Sie nichts Unwürdiges daran finden. Wer sich als freier aufrechter Bürger fühlt, wird das

als unwürdig der Nationalversammlung empfinden. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Andauernde Unruhe und Zurufe bei den Mehrheitsparteien. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Darf ich bitten, die Rede der Frau Abgeordneten mit etwas mehr Ruhe anzuhören.

Zietz, Abgeordnete: Das ist also die Freiheit, die wir hier genießen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber weit schlimmer als um diese äußeren Verhältnisse ist es um den Geist bestellt (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), der unsere Debatten und unsere Beschlüsse beherrscht. Wenn nicht nur die Bürgerlichen — abgesehen von drei Aufrechten aus der Fraktion der Demokraten —, sondern auch die Rechtssozialisten es ablehnen, Deutschland in der Verfassung als Republik anzusprechen, wenn sie die Souveränität des Volkes, auf die sie so stolz sind, sofort wieder einschränken durch die Aufrichtung eines Staatenhauses, wenn sie es ablehnen, sich zu der sofortigen Beseitigung der Geheimverträge zu bekennen und dies zu modifizieren, wenn sie es ablehnen, den Arbeiter- und Soldatenräten, den Trägern der Revolution, auch nur die Rechte zuzuerkennen, die ihnen von der Regierung auf dem Rätekongreß feierlichst zugesprochen sind (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), dann zeigen diese Tatsachen nicht minder als das Regierungsprogramm, daß sozialistischen Geistes auch nicht ein Hauch zu spüren ist. (Bravo! und sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die politische Stellungnahme der bürgerlichen Parteien ist immerhin begreiflich, weil sie ja das Interesse ihrer Klasse, des Kapitalismus, vertreten. (Unruhe und Zurufe.) Bei den Rechtssozialisten wird diese Stellungnahme zur Sünde wider den Heiligen Geist des Sozialismus (lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten; Unruhe bei den Mehrheitsparteien); zu einer verderblichen Politik gegen die Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Indem die Rechtssozialisten mit den Demokraten und mit dem Zentrum eine **Koalitionsregierung** bilden, werden sie zum Bollwerk gegen die Verwirklichung des Sozialismus. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden der bestehenden Eigentumsordnung und Gesellschaftsordnung stehen, die bestenfalls Reformen durchsetzen wollen und demokratische Freiheiten erstreben, können durch den Eintritt in eine Koalitionsregierung an Macht gewinnen. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sozialdemokraten, die eine ganz andere Weltanschauung vertreten oder mindestens vertreten sollten als die Bürgerlichen, die ernstlich die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsordnung in

die sozialistische durchsetzen wollen, können durch den Eintritt in ein Koalitionsministerium nur an Grundsatztreue und an Macht verlieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie werden von Kompromiß zu Kompromiß gedrängt, immer tiefer auf die schiefe Ebene. Der Eintritt ins Koalitionsministerium stand Euch frei, beim weiteren seid Ihr Knechte der bürgerlichen Parteien. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie sind um so mehr Knechte der bürgerlichen Parteien, als Sie es mit so gewiegten, so zielklaren und so hartnäckigen Politikern zu tun haben, wie es die Vertreter des Zentrums sind. (Bravo! im Zentrum.)

Herr Gröber hat ja mit erfrischender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, wie er sich die Wirksamkeit des Koalitionsministeriums denkt, als er sich ganz kategorisch gegen die Bezeichnung „sozialistische Republik" gewandt hat, und als er das Wort von der „überflüssigen Revolution" prägte, übrigens eine Auffassung, die er mit dem Reichspräsidenten, dem Herrn Ebert, teilt, der uns gegenüber in einer schwachen Stunde dieselben Ausführungen gemacht hat. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sozialdemokraten, die in eine Koalitionsregierung eintreten, hemmen auch die politische Stoßkraft ihrer eigenen Partei. Der Kampf gegen die Regierung, in der ihre eigenen Vertreter an hervorragender Stelle stehen, die ihr Ja und Amen zum politischen Programm oder zu einzelnen Maßnahmen gegeben haben, wird von der sozialdemokratischen Partei sicher nicht unternommen, um so weniger, weil die Denkrichtung vieler ihrer Führer sich nur wenig von der der bürgerlichen Parteien unterscheidet. (Hört! hört! rechts.)

Von bürgerlicher Seite ist denn auch offen ausgesprochen worden, daß man den Rechtssozialisten willig den Reichspräsidentenposten und den Ministerpräsidentenposten überlassen hat, um die Arbeiter in der Illusion zu erhalten, als seien sie politisch an der Macht, und sie von weiteren revolutionären Kämpfen abzuhalten. Im „Leipziger Tageblatt" heißt es:

> Die Arbeiterschaft kann sich an der weithin leuchtenden Tatsache dieser Präsidentenwahl klarmachen, daß von einer Verkümmerung ihrer Rechte wahrlich keine Rede mehr ist (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß sie Gewaltiges erreicht hat (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), da der erste Präsident von Volkes Gnaden, der das Gottesgnadentum abgelöst hat, aus ihren Reihen aufgestiegen ist. Sie, die Sozialdemokratie, hat also allen Grund zur Genugtuung, aber auch Anlaß, daraus vernünftige Entschlüsse abzuleiten.

Das bedeutet also: man erwartet von der Sozialdemokratie, daß sie für das Linsengericht der Präsidentschaft ihr Erstgeburtsrecht des Sozialismus preisgibt.

Naumann hat etwas anderes gesagt. Naumann hat erklärt, daß die Bürgerlichen zunächst mit den Rechtssozialisten zusammengegangen seien —, und von einer anderen Seite ist das Wort von den „Platzhaltern“ gefallen. Ich weiß nicht, ob ich das so verstehen soll, daß man den Rechtssozialisten zunächst den Reichspräsidentenposten überlassen hat, solange ihm noch der Ludergeruch der Revolution anhaftet, und daß er nachher von bürgerlicher Seite aus beansprucht wird. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Dann einige Worte zu dem **Programm der Regierung.** Ich will nur weniges herausgreifen, um zu zeigen, wie vage und ohne sozialistischen Geist dieses Programm ist, was den Rechtssozialisten ja auch von anderer Seite bereits bestätigt wurde.

In dem Programm heißt es: Hebung der allgemeinen Volksbildung durch Entwicklung des Schulwesens von unten auf, Aufstieg der Tüchtigen.

Darunter kann viel verstanden werden und auch sehr wenig. Die Sozialdemokratie vertrat bis vor wenigen Jahren nicht nur ein ganz bestimmtes Schulprogramm, sondern ein ganz bestimmtes großes, nationales Erziehungsprogramm (Zurufe von den Sozialdemokraten: Heute immer noch!), und in diesem großen, nationalen Erziehungsprogramm bildete die Forderung der **Einheitsschule** das Kernstück. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Heute noch!) Davon steht kein Wort in dem Programm. Von uns wurde als durchaus sozialistisches Postulat verlangt, daß diese Einheitsschule, durch die alle Kinder gehen müßten, eine Arbeitsschule sein sollte, damit neben der geistigen Ausbildung auch die Ausbildung der Hand Platz greife, damit die Kinder nicht rein gedächtnismäßig Theorien erlernen, sondern bei der praktischen Arbeit die Theorien unter Leitung von Pädagogen selbst entwickeln lernen (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), damit sie mehr und mehr die Befähigung bekommen sollten, mit Hand und Kopf im Produktionsprozeß tätig sein zu können, dort, wo ihre Veranlagung sie hinweisen wird. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Von all diesen Dingen kein Wort. Kein Wort von der Arbeitsschule, kein Wort von der Einheitsschule, kein Wort von der Weltlichkeit der Schule; das letztere werden die Bundesgenossen im Zentrum den Sozialdemokraten schon ausgetrieben haben. (Heiterkeit.) Kein Wort über Trennung von Staat und Kirche.

Über die Frauen heißt es: Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst, entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben. Zu dieser Fassung hat sich Frau Juchacz in ihrer gestrigen Rede ausdrücklich bekannt. Bisher faßten Sozialdemokraten die staatsbürgerliche **Gleichberechtigung der Frau** nicht so auf, daß bestimmte Gebiete des öffentlichen Lebens für die Betätigung der Frau abgetrennt und

ihr zugewiesen würden, um so gewissermaßen aufs neue ein Frauensegment zu errichten, sondern wir Sozialdemokraten haben stets unter der politischen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau verstanden, daß die Frau neben dem Mann überall gemeinsam sich betätigen soll und daß durch die Mitarbeit der Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unsere Kultur durch das bereichert wird, was auf allen diesen Gebieten weibliche Eigenart zu geben hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In verschiedenen bürgerlichen Zeitungen, so zum Beispiel im „Leipziger Tageblatt", wird ausdrücklich hervorgehoben, daß man nur mit dem Vorbehalt, den die Regierung in ihrem Programm gemacht hat, die Mitarbeit der Frau nur für die besonderen Frauenaufgaben heranzuziehen, die Betätigung der Frauen im öffentlichen Dienst wünsche. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Einen solchen Standpunkt zu vertreten, kann nur Ignoranz und männlicher Hochmut fertig bringen.

Die sogenannten Sozialisierungsbestimmungen des Programms sind nicht nur Bestimmungen, die ganz vag gehalten sind, sondern es sind Bestimmungen gegen die Sozialisierung. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dann weiter: daß keine Reform des Strafgesetzbuchs und keine **Amnestie** in Aussicht genommen ist, hat mein Parteifreund Haase bereits gebührend kritisiert. Diese Tatsache wird in der ganzen Welt, der ganzen sozialistischen Welt mindestens, ungeheures Aufsehen erregen.

Eine Regierung, die ihr Amt der Revolution verdankt, hat gegen Arbeiter, die im revolutionären Kampfe unterlegen sind und verhaftet wurden, keinen andern Standpunkt als den der rücksichtslosesten Härte nach Strafbestimmungen der vorrevolutionären Zeit. Hunderte von Jahren Gefängnis sind bereits insgesamt verhängt worden über Berliner Arbeiter, die in der sogenannten Spartakuswoche verhaftet wurden, während die feigen Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht heute noch auf freiem Fuße sind, obgleich man ihre Namen kennt und weiß, daß Offiziere darunter sind. (Zurufe.) Ich verweise ferner darauf, daß man, weil man die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht verhaftet hat, es einigen bereits gelungen ist, sich durch die Flucht der Verantwortung zu entziehen (hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), dagegen hat man den Genossen Ledebour bereits vor Wochen verhaftet, trotzdem bei ihm wahrhaftig kein Fluchtverdacht vorliegt. Ledebour ist noch immer zu seinem Wort und zu seiner Tat gestanden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Eichhorn!) — Eichhorn ist auch nicht geflüchtet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo ist er denn?) — Eichorn ist nicht geflüchtet, um sich der Bestrafung zu entziehen, nein, Eichhorn ist bis auf den letzten Tag in Berlin gewesen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo?) — Bitte, er wird schon erscheinen, dann können Sie ihn selbst befragen, wo er geblieben ist. Ich spreche ja übrigens in diesem Augenblicke von Ledebour. Der alte 68jährige Mann Ledebour ist nachts aus dem Hause geholt — seiner Frau hat man nicht einmal mitgeteilt, wohin er gebracht wurde — und ins Gefängnis geführt worden. Die vielen, vielen andern, die mit ihm ins Gefängnis gewandert sind (Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Düsseldorf!), die müssen im Gefängnis hungern, und viele sind infolge des Hungerns erkrankt und sind dem Tode nahe. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Sie rufen „das ist in Ordnung"; das kennzeichnet Sie vor der ganzen Welt. (Lachen und Zurufe von den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterschaft Berlins ist maßlos erbittert über diese Grausamkeiten, die auf das schlimmste mit der Milde und dem Schutze kontrastieren, den man den Meuchelmördern Liebknechts und Rosa Luxemburgs angedeihen läßt. (Unruhe und Zurufe.) — Ihre Zurufe sind bezeichnend!

Ebenso steht im Programm der Regierung kein Wort von der Beseitigung der **Militärgerichtsbarkeit.** Es gab eine Zeit, in der die Rechtssozialisten Seite an Seite mit uns für diese Forderung kämpften, die eine der primärsten unseres Aktionsprogramms ist. Aber lang, lang ist's her! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Heute tritt niemand von den Rechtssozialisten auf und verlangt, daß die Militärgerichtsbarkeit beseitigt werden soll. Im Programm ist kein Wort davon enthalten. Aber es ist bezeichnend; gestern hat hier der Herr Kriegsminister, nachdem wir Kritik geübt haben, eine Reform zugesagt, nicht Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit!

Die Führer der Rechtssozialisten in der Regierung sind ja eifrig am Werke, den **Militarismus** wieder aufzurichten. Wie sollte man da erwarten, daß sie die Militärgerichtsbarkeit beseitigen wollen! Jenes System des Militarismus richten Sie wieder auf, das alles Edle und alles Eigene im Soldatentum zerbrochen hat (andauernde große Unruhe und stürmische Unterbrechungen), jenes System richten Sie wieder auf, das in seiner Volksfeindlichkeit bis zur Unerträglichkeit schon vor der Revolution gesteigert war. (Rufe von den Sozialdemokraten: Ihr zwingt dazu!) Jenes System, durch das die ganze Welt sich bedroht gefühlt hat und weshalb wir der ganzen Welt verhaßt waren. Jenes System, das, weil wir es getragen haben, uns im Auslande als eine Nation feiger Sklavenseelen erscheinen ließ. (Erneut große Unruhe.) Die Revolution hat dies System vernichtet, und Sie richten es gegenwärtig wieder auf. (Andauernde Zurufe der Sozialdemokraten: Ihr schießt Arbeiter nieder, die arbeiten wollen! Ihr verhängt das Standrecht!)

Die Oberste Heeresleitung ist wieder eingesetzt. Ihr sind kriegerische Aufgaben im Osten zugewiesen. (Zuruf von den Sozialdemokraten:

Gott sei Dank!) — Ich nehme davon Akt, daß ein Vertreter der Rechtssozialisten sagt: Gott sei Dank! weil es im Osten wieder Krieg geben soll.

Die Kommandogewalt ist wieder errichtet.

Die Orden und Ehrenzeichen sind wieder eingeführt, und das Eiserne Kreuz, dieses Blutzeichen! — — (Erregte andauernde Zurufe: Pfui! Heraus mit ihr! Schluß! — Die folgenden Worte der Rednerin gehen im Lärm unter. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Frau Abgeordnete Zietz, das Eiserne Kreuz — (erneute Rufe aus dem Hause: heraus! heraus!) — ich bitte um Ruhe! — das Eiserne Kreuz ist die Auszeichnung für manche ruhmvolle, opferbereite, zum Tod bereite Tat (lebhafter Beifall und Zustimmung); und das so zu bezeichnen, verstößt gegen jede Würde dieses Hauses. (Lebhafter Beifall.) Frau Abgeordnete, ich rufe Sie zur Ordnung! (Wiederholte Rufe: heraus mit ihr! Schluß!)

Zietz, Abgeordnete: Ich will Sie nur bitten, viele der Soldaten, die an der Front gewesen sind, nach ihrem Urteil zu fragen. Weiter will ich hierzu nichts sagen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Wehrminister Noske hat die Arbeiter entwaffnet und die Bourgeoisie bewaffnet. Es sind überall Werbebureaus errichtet, die einen **Grenzschutz** organisieren sollen, einen Ostschutz und einen Heimatschutz. Ich will Ihnen hier sagen, ich bin der Meinung, es wäre sehr gut — und darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Traub, der sonst mein politischer Antipode ist, voll und ganz überein —, wenn Werbebureaus errichtet würden, um Freiwillige zu sammeln, die, wenn wir unsere Kriegsgefangenen nicht zurückbekommen, dann hinaus gehen würden, um sie abzulösen.

Auch eine zwangsweise Einberufung findet statt. (Auf verschiedene Rufe „heraus!" verlassen die Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums sowie auch einige der Deutschdemokratischen Partei den Saal.) Vor mir liegt ein Gestellungsbefehl, der lautet:

> Sämtliche im Kreis Guhrau befindlichen deutschen militärpflichtigen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1886 bis 1888 haben sich zwecks Verwendung im Grenzschutz unverzüglich im Geschäftszimmer des Infanterie-Regiments 47 in Guhrau zu melden. Die Löhnung erfolgt nach Dienstgraden und sechs Mark tägliche Zulage für alle Grenzschutzformationen, mobile Verpflegung. Dann heißt es zum Schluß: Nichtbefolgung dieses Gestellungsbefehls zieht schwere Bestrafung nach den Kriegsgesetzen nach sich. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wozu werden nun diese Freiwilligen, die sich für den Grenzschutz melden, verwendet? Es liegt hier vor mir ein Protokoll, das von Soldaten aufgenommen worden ist, die für den Grenzschutz für Glogau und

Insterburg angeworben waren. Dort wurden sie einem Major vorgestellt, der ihnen erklärte, daß sie nicht als Grenzschutz verwendet würden, sondern sich der 45er Reserve-Division anzugliedern hätten, die sich 4½ Jahre gut bewährt hätte, und man hoffe, daß sie zu den alten Ruhmesblättern ein neues durch **Räumung des Baltikums** hinzufügen würden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dieses Protokoll — das will ich noch bemerken — ist von 12 Soldaten unterzeichnet.

Einem anderen Soldaten ist mitgeteilt worden, sie sollten zur Räumung des Baltikums verwendet werden, und wenn sie dort drüben sich tapfer zeigten, dann würden sie nicht nur eine Treuzulage bekommen, sondern die baltischen Barone werden ihnen eine Extrabelohnung zukommen lassen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und in der „Vossischen Zeitung" vom 18. Februar ist ein Artikel enthalten, der ebenfalls dazu auffordert, daß sich Soldaten zur Eisernen Division, nicht zur Eisernen Brigade — die habe sich nicht bewährt, die sei aufgehoben — melden. Jeder tüchtige, pflichttreue Offizier und Soldat, der die bolschewistische Gefahr erkannt habe und sie bekämpfen wolle, solle in die Eiserne Division eintreten, er befinde sich in guter Kameradschaft, habe gute Löhnung und Verpflegung und außerdem die Aussicht, sich hier in Kurland eine sichere Existenz zu schaffen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dem Führer der Division ist von der Regierung Land zur Verteilung zu sehr günstigen Bedingungen als Belohnung für die Kämpfe zur Verfügung gestellt worden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So verfährt man also, und dann wundern Sie sich, wenn die Entente Deutschland weiter mit Mißtrauen betrachtet, wenn insbesondere Frankreich sich bedroht fühlt und keine versöhnliche Stimmung uns gegenüber Platz greift. Hochinteressant waren die gestrigen Mitteilungen des Herrn Ministers Erzberger, daß die Waffenstillstandskommission am 12. Dezember bei der Entente nachgesucht habe, **Deutschland** zu gestatten, **Schiffe gegen Rußland rüsten** zu dürfen, was von der Entente abgelehnt wurde. Die Regierungen der Entente haben sicherlich volles Verständnis für die Gefahren, die dem Weltkapital durch den Bolschewismus drohen; aber sie wenden mehr Verständnis an bei seiner Bekämpfung, sie sehen ab von einem kapitalistischen Kreuzzug nach Rußland und versuchen es mit gütlichen Verhandlungen, zu denen sie alle Regierungen der im Bürgerkrieg befindlichen Teile Rußlands eingeladen haben. *Die deutsche Regierung aber* und die bürgerlichen Parteien und die rechtssozialistische Partei *wollen den Krieg nicht zu Ende kommen lassen* (große Heiterkeit), sie haben ja gestern Herrn Erzberger zugerufen, daß sie alle einverstanden sind mit der Bekämpfung des Bolschewismus (große Unruhe), und sie wollen womöglich noch etwas von dem Baltikum und von Litauen aus der Konkurs-

masse des deutschen Eroberungskriegs erraffen und machen deshalb unsere Soldaten gegen die Ehre und die Würde des deutschen Volkes zu Landsknechten in allen Gassen der Welt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich frage den Herrn Minister v. Brockdorff-Rantzau — na, ich sehe, er ist nicht da — (Heiterkeit), wie er seine Zusicherung, daß wir mit Rußland schleunigst zu friedlichem Verkehr kommen müssen, einzulösen gedenkt, wenn der Herr Minister Erzberger, wie er sagte, im Einverständnis mit der ganzen Regierung den Krieg gegen Rußland proklamiert. (Große Unruhe.) Ich möchte bescheidentlich fragen, wer denn eigentlich die Stimmung und Anschauung der Regierung uns hier mitgeteilt hat, Herr v. Brockdorff-Rantzau oder Herr Erzberger. Einer kann doch nur das Richtige gesagt haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Wiederaufrichtung des Militarismus, die für unsere auswärtige Politik im höchsten Maße verderblich ist, ist es ebenfalls für unsere **innere Politik.** Die Anbahnung friedlicher Verhältnisse mit dem Ausland wird dadurch verzögert und die friedliche Entwicklung im eigenen Lande unmöglich gemacht.

Die blutige Januarwoche in Berlin kommt auf dieses Konto, desgleichen der Feldzug gegen Bremen, gegen den Westen, gegen Gotha und noch vieles andere mehr. Viele kostbare Menschenleben sind zu beklagen (stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten), eine ungeheure Erbitterung ist in der Arbeiterschaft erzeugt, und das Ansehen Deutschlands ist schwer geschädigt worden.

Der **Kampf in Berlin** erwuchs aus dem Protest der Arbeiter gegen die Politik der bisherigen Regierung. (Andauernde stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Die Regierung tat nichts, um endlich einen Anfang mit der Sozialisierung zu machen, sie fiel im Gegenteil überall den Arbeiter- und Soldatenräten in den Arm. Dazu kam, daß die Rechtssozialisten alle Ämter an sich rissen, so schließlich auch das Polizeipräsidium in Berlin. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die arrangierten Demonstrationen am Sonntag, den 4. Januar, galten dem Protest gegen dieses Vorgehen. Am Montag wuchs die Bewegung an, es wurde eine Anzahl Zeitungen, darunter der „Vorwärts", besetzt und auch sonst noch verschiedene andere. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An demselben Montag, als diese Vorgänge zu verzeichnen waren, hat der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, um Blutvergießen zu verhüten, seine Vermittlung angeboten. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Beide Seiten, die Arbeiter und die Regierung, stimmten grundsätzlich zu; aber als wir in der Nacht um 12 Uhr in die Reichskanzlei kamen und bis morgens um 3 Uhr verhandelt hatten, da zeigte

sich, daß die Regierung Ebert-Scheidemann nicht gewillt war, zu verhandeln, nicht einmal Waffenstillstandsverhandlungen anzubahnen. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Die Regierung erklärte, daß sie verlange, erst sollten alle Positionen von den Arbeitern wieder preisgegeben werden (Zurufe von den Sozialdemokraten), sonst würde sie nicht verhandeln. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Preßfreiheit!) Wenn die Arbeiter, die im wirtschaftlichen Kampfe standen, so vom Arbeitgeber früher abgefertigt wurden, dann haben die Rechtssozialisten das mit Recht als einen unerträglichen Herrenstandpunkt gebrandmarkt. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Hier haben Sie genau denselben Standpunkt eingenommen, den die Unternehmer einnahmen und (Zuruf von den Sozialdemokraten) die brutale Gewalt hinzugefügt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Der Spartakisten!) Diese trat an die Stelle der Verständigung. Ich behaupte gewiß nicht, daß im Laufe der Berliner Blutwoche alle Handlungen von Arbeitern oder von denen, die sich ihnen zugesellt hatten, zu billigen sind. Das kann man um so weniger, weil sich im Bürgerkrieg stets Elemente einmischen, die nicht für politische Ideale kämpfen (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten), sondern die Gelegenheit benutzen wollen, um im Trüben zu fischen, und es gibt auch Menschen, die beim Kampfe im Affekt Taten begehen, die man nicht gutheißen, die man aber begreifen kann. Wenn sie in der Erbitterung über die Hetze, die in den bürgerlichen Blättern und im „Vorwärts" vor der Spartakuswoche gegen Spartakus unternommen worden, die Zeitungen besetzten, dann ist es begreiflich. In ihrer Empörung sind sie dann zu dem gekommen, was sie getan haben. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Vor allen Dingen, soweit der „Vorwärts" in Frage kam, kam hinzu, daß der Zorn wieder aufs neue dagegen aufloderte, daß der alte Parteivorstand den Berliner Arbeitern den „Vorwärts" entwendet hatte (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten) und eine Redaktion eingesetzt hatte, die nicht der Meinung der großen Mehrheit der Arbeiter entsprach. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Übrigens wenn ich erklärt habe, es sind natürlich Dinge vorgekommen, die man nicht gutheißen kann aus den Gründen, die ich erwähnt habe, dann möchte ich aber doch auch bemerken: wer strafbare Handlungen begangen hat, wird ja ohnehin (Zurufe von den Sozialdemokraten: begnadigt!) wahrlich nicht milde bestraft von den Richtern, die Sie eingesetzt haben. Aber wir protestieren dagegen, die Arbeiter als Räuber und Mörder hinzustellen (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), gegen die Waffengewalt notwendig wäre. Eure Politik hat die Arbeiter in diesen Kampf getrieben, und man kann hier auch das Wort anwenden: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein. (Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es war empörend, daß die Regierung nicht verhandeln wollte. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Sie konnte alle Menschenleben retten, sie brauchte kein Blutbad anzurichten. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.) Sie hat es abgelehnt, zu verhandeln, und warum? — Weil Noske unterwegs war und die Truppen nach Berlin holte. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Der „Vorwärts" kündigte an: nur noch 24 Stunden, dann kommt die Abrechnung! (Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Was hat man alles nach Berlin hereingeholt? Die schwere Artillerie, neben Maschinengewehren Flammenwerfer, neben Minenwerfern Gasgranaten, alle die Mordwerkzeuge, die im Kriege benutzt worden waren (stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten); und jubelnd berichteten die Blätter, vom Dach bis Keller sei eine Mine im Vorwärtsgebäude durchgeschlagen und habe die Kellerdecke mit heruntergerissen, und die Verwundeten derjenigen, die den „Vorwärts" besetzt hatten, die im Keller untergebracht waren, seien alle miterschlagen und verschüttet worden. (Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Dann die Behandlung der Gefangenen! Nicht wie Menschen, sondern wie Raubtiere hat man die Gefangenen behandelt. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Daß Sie das noch verteidigen in der ersten Nationalversammlung nach der Revolution, kennzeichnet Sie vor der ganzen Welt. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn es die schlimmsten Verbrecher gewesen wären, wenn es Gefangene sind, dann haben sie Anspruch auf den Schutz der Gesetze. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Sie rufen „nein"! Das will ich feststellen. Die Gefangenen sollen also keinen Anspruch auf den Schutz der Gesetze haben? Das wollen wir tiefer hängen.

Die Gefangenen hat man aufs schlimmste mißhandelt; man hat ihnen buchstäblich die Knochen zerschlagen. (Zurufe von den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.) Man hat sie an die Wand gestellt und erschossen. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Schämt Euch! (Große Heiterkeit und Lachen.) Ihr wollt Mitglieder der Nationalversammlung sein! Schämen Sie sich vor der ganzen Welt! (Erneute Zurufe.) Ich würde einen anderen Ausdruck gebrauchen; ich will mir aber den zweiten Ordnungsruf nicht zuziehen.

Weiter hat man die Gefangenen, die weiblichen und die männlichen, zusammen in einem lichtlosen Keller untergebracht, in einem Keller ohne Aborte; man hat ihnen keine Decken und keinen Strohsack gegeben. Man hat sie ohne genügende Nahrung gelassen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das alles gegen Arbeiter, mit denen eine Regelung der ganzen Verhältnisse durch Verständigung möglich war! (Stürmische Zurufe von den

Sozialdemokraten.) Die Regierung im maßlosen Autoritätsdünkel lehnt diese Verständigung ab und läßt die Ordnungsbestie los. (Erneute erregte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wie haust seitdem die Soldateska in Berlin? Eine Anzahl Soldaten unter Führung eines Offiziers ist in unser Bureau nachts eingebrochen. Sie haben alles zerschlagen, was da war, drei Schreibmaschinen zertrümmert, den Rotari zerschossen. Sie haben geraubt, was zu rauben war, unsere Kassetten, einen Mantel, einen Hut, den ein Genosse dagelassen hatte. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Alle unsere Schriftstücke haben sie unter die Füße getrampelt. (Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Also auch das heißen Sie gut! das ist ja sehr interessant, daß Sie auch so etwas gut heißen. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Im Reichstage haben die Regierungstruppen „Baumeister", die zum besonderen Schutz der Regierung herangeholt sind, wie die Vandalen gehaust (Zurufe von den Sozialdemokraten und Demokraten: Das geschah vorher!), alle Schränke erbrochen, alles ausgeraubt; das Leder von den Sitzen zerschnitten. Das alles ist nichts?

Geehrte Versammlung! Es ist doch wohl ein Unterschied, ob Arbeiter in ihrem revolutionären Kampfe Übergriffe machen, oder ob die Regierung mit ihren Truppen so haust, die doch über die Innehaltung der Gesetze wachen soll. (Andauernde Zurufe.) — Wenn Sie das nicht auseinanderhalten, dann verstehe ich nicht, was für Rechtsbegriffe bei Ihnen bestehen! (Erneute lebhafte Zurufe.) — Nein, die kämpfenden Arbeiter haben nicht geraubt! (Stürmischer Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Dann das **Blutbad in der Weinmeisterstraße,** weshalb geschah das? Waren da auch Spartakisten und Unabhängige beteiligt? Da waren von der Reinhardttruppe die Soldaten zusammengetrieben, um die Arbeiter zu entwaffnen. Es war ein ganzes Heerlager auf der Straße, und Neugierige sammelten sich an. Um ein Uhr kam ein Offizier neu hinzu und erklärte: sofort von der Straße! In demselben Augenblick, wo diese Aufforderung erfolgte, wurde auch bereits geschossen (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), es wurden Menschen erschossen. Einer der Offiziere hat direkt auf ein junges Mädchen angelegt und es erschossen — ein Offizier von den Reinhardttruppen! (Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten: Haben Sie das gesehen?) — Das glaube ich, daß Ihnen diese Feststellung nicht angenehm ist! (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Und was geschieht im übrigen noch? In Berlin hat Reinhardt bekanntlich, nachdem **Radek** verhaftet und mit Ketten gefesselt im Keller untergebracht worden war — (Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Aha, das heißen Sie auch noch gut! Wir wollen es fest-

stellen vor der ganzen Welt, daß Sie einen politischen Gefangenen mit Ketten gefesselt und in einen Keller geworfen haben wollen. (Andauernde stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.) Der Verteidiger von Radek hatte vom Untersuchungsrichter die Erlaubnis, mit Radek zu sprechen; aber Reinhardt verbot, daß der Verteidiger zu dem Gefangenen gehen durfte. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Erst auf wiederholte Beschwerden ist ihm dies gestattet worden. So hat also die Reinhardtgarde und hat ihr Meister, ihr Anführer, die angeblich Ruhe und Ordnung schaffen und die Rechte schützen sollten, das Verteidigungsrecht Radeks zerstört!

Und wenn Sie immer davon sprechen, es müsse die Preßfreiheit, die **Versammlungsfreiheit** gewahrt werden — (Rufe von den Sozialdemokraten: Für Verbrecher?), dann dürfen sie auch nicht von Regierungstruppen uns unterbunden werden! (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Was aber haben wir vor einigen Wochen in Berlin erlebt, als wir Versammlungen unter freiem Himmel abhalten wollten, die öffentlich bekanntgegeben waren, im Tiergarten und auf anderen freien Plätzen? Da haben die Regierungstruppen diese friedlichen Versammlungen auseinandergetrieben, mit Waffen auseinandergejagt! (Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Das halten Sie auch für gut? (Erneute Zurufe.) — Jawohl, eine friedliche Versammlung, die zur Wahl zur Nationalversammlung Stellung nahm, ist auseinandergetrieben worden!

Als Liebknecht begraben werden sollte, war die Aufstellung des Trauerzuges an der Siegessäule vereinbart. Was geschah? Regierungstruppen kamen, besetzten den ganzen Platz und trieben das Trauergefolge auseinander. Selbst vor der Majestät des Todes hat man keine Achtung. Die Empörung derjenigen, die aus allen Gegenden des Reichs zum Begräbnis Liebknechts gekommen waren, war eine ungeheure, und auch das heißen Sie gut? — Das wollen wir uns merken.

Dann zu **Bremen.** Noske hat im Tone höchster Entrüstung von den Arbeitern Bremens gesprochen als von Menschen, die jeder Schandtat fähig wären und sich vieler Schandtaten schuldig gemacht hätten, die „Bremer Bürger-Zeitung" sei besetzt worden, und 35 000 Mark seien dem Parteivorstande der Rechtssozialisten in Bremen mit Gewalt abgenommen worden. Wie liegen die Dinge? Im Jahre 1918 hat die Bremer Opposition dem Parteivorstande die Beiträge verweigert als Protest gegen die Kriegspolitik, die der Parteivorstand betrieb. Daraufhin wurde die Bremer Opposition gegen alles Parteirecht für außerhalb der Partei stehend erklärt, und es wurde ihr ihr Geld, 30 000 Mark, vorenthalten. Dieses Geld war auf der Bank belegt, und der damalige Sekretär, der jetzt in der Bremer Regierung sitzt, hat dieses Geld gesperrt, das rechtmäßig den Parteigenossen gehörte. Ebenfalls hat man damals die „Bremer Bürger-Zeitung" den Arbeitern genommen, den

Genossen Henke, der Redakteur war, ohne Kündigung entlassen und ohne Entschädigung gelassen. Der Genosse Henke hat ebensowenig wie die Redakteure des „Vorwärts“ Gehalt bekommen, und in dem „Vorwärts“-Falle hat das Gericht entschieden, daß die Redakteure einen Anspruch auf ihr Gehalt für 3 Monate hätten.

Diese Tatsachen waren vorgegangen, und nun begreifen Sie, daß jetzt, nach der Revolution, die Arbeiter in Empörung über das damalige Unrecht sich die „Bremer Bürger-Zeitung“ wiedergeholt haben und sich die 35 000 Mark auch wiedergeholt haben. Ich möchte einmal sehen: wenn Noske heute abend beraubt würde und hätte nicht die Macht, dem Räuber das Geld wieder abzujagen, morgen würde ihm aber die Möglichkeit gegeben, es sich wiederzuholen, und er täte es, — würden Sie dann Noske auch als Räuber bezeichnen? (Heiterkeit.) Wir erklären hier: die Arbeiter, die sich wiedergeholt haben, was ihnen widerrechtlich genommen war, das waren keine Räuber.

Es kommt ferner dazu: Noske hatte erklärt, die **Lebensmitteltransporte** seien **gefährdet** gewesen, deshalb habe man einschreiten müssen. Ich stelle fest, daß Noske in Berlin mit dem Genossen Henke über diese Dinge verhandelt hat, und Noske hat Henke versprochen, daß er die Mitteilung, es müsse Garantie für den Lebensmitteltransport gegeben werden, schriftlich bekäme, eine solche schriftliche Mitteilung an die Bremer Regierung, zu der Henke gehörte, ist bis heute in Bremen nicht eingegangen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es kommt übrigens hinzu, daß die Schiffe mit den Lebensmitteln nicht von Bremen, sondern von Bremerhaven kamen, wo nicht Spartakisten und Unabhängige das Heft in der Hand halten, sondern Freunde des Herrn Noske, Rechtssozialisten. Ohne irgendwie mit den Bremern zu verhandeln, erschien plötzlich die **Division Gerstenberg** vor den Toren Bremens. Henke hat sich sofort auf den Weg nach Verden gemacht und eine Besprechung mit dem Stab Gerstenberg herbeigeführt. Der Stab Gerstenberg erklärte aber, e r k ö n n e s i c h a u f n i c h t s e i n l a s s e n (sehr richtig!), er habe Befehl, in Bremen einzumarschieren, und das, trotzdem in Bremen alles ruhig war (Lachen), und absolut nichts vorgekommen, was irgendwie einen Anlaß zum Einmarsch gegeben hätte. Ich frage, weshalb es nicht möglich war, mit der Bremischen Regierung, wenn man sonst noch Wünsche hatte, zu verhandeln. Dabei will ich nochmals wiederholen, daß selbstverständlich, nachdem es zu Kämpfen gekommen ist, auch von seiten der Bremer Arbeiter dies oder jenes geschehen sein mag, was besser unterblieben wäre. Aber wenn der Ministerpräsident hier vorgestern für die Soldaten, die im Solde der Regierung stehen, erklärt hat: natürlich können auch Übergriffe vorkommen, es könne nicht neben jedem Soldaten ein Minister stehen, — wenn also Soldaten, die in bestimmten Formationen zusammengefaßt sind, unter einer bestimmten Leitung stehen, Übergriffe begehen, Mord und Meuchelmord verüben,

wie im Falle Luxemburg und Liebknecht, im Falle Spandau, darf man nicht pharisäerhaft Übergriffe von Arbeitern verurteilen und sie ins Riesenhafte übertreiben. In revolutionären Perioden sind besondere Maßstäbe anzulegen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe.)

Aber etwas kommt in der Bremer Angelegenheit noch hinzu. Die Bremer Mehrheitssozialisten haben nach eigenem Geständnis das Eingreifen der Truppen veranlaßt. Um Noske für die Aktion scharf zu machen, spielte ein **Geheimprotokoll** eine Rolle, das Noske Henke gegenüber erwähnt hatte, als er während der Reichskonferenz der Freistaaten mit ihm sprach. Nach diesem Protokoll sollte die Bremische sozialistische und kommunistische Regierung in ihrer Zustimmung zu der Einberufung der Bremischen Nationalversammlung nur ein taktisches Manöver beabsichtigt haben. Henke erklärte Noske gegenüber, daß ihm von einer solchen Hinterhältigkeit der Bremer Regierung nichts bekannt sei und ebenso nichts von einem solchen Protokoll. Nach dem Einmarschieren der Noske-Truppen hat das Mitglied der Nationalversammlung und der jetzigen provisorischen Regierung in Bremen, Herr Deichmann, das sogenannte Geheimprotokoll in einer Mitgliederversammlung des sozialistischen Parteivereins verlesen und sich und andere damit entrüstet. Inzwischen haben Mitglieder der früheren Bremischen Regierung — auch Henke — in der Presse erklärt, daß ihnen von einem solchen Protokoll nichts bekannt ist. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es handelt sich also bei diesem Protokoll entweder um eine Fälschung oder um eine Mystifikation.

Um so schlimmer, daß dieses Protokoll zweifellos Herrn Noske in dem Entschluß bestärkt hat, gegen Bremen vorzugehen. (Unruhe.) Ich erklärte schon, daß in Bremen Henke versucht hat, zu vermitteln, daß der Gerstenbergstab sich auf nichts einließ. Inzwischen waren die **Forderungen der Regierung** eingegangen, und diese Forderungen der Regierung lauteten:

> Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Demokraten.) Es ist im Laufe des Montags eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei den Nationalratswahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Demokraten.) Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg überliefert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Demokraten.) Sind die Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und den Demokraten.)

Daraufhin hat eine Sitzung des Rats der Volksbeauftragten in Bremen stattgefunden. Sie hat zu diesen Forderungen Stellung genommen, und sie hat folgende Entschließung gefaßt, die auch von den Vertretern der Hamburger und Bremerhavener Truppen einstimmig

gebilligt wurde, ebenso wie vom Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen, in dem nicht nur Kommunisten und Unabhängige, sondern auch Mitglieder der Rechtssozialisten waren:

1. Rücktritt der jetzigen Bremischen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die anrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsbald die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu verhindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Diese Entschließung war einstimmig von den in Frage kommenden Organisationen akzeptiert worden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Henke und alle, die diese Entschließung angenommen haben, waren der Meinung, daß damit die Basis zur Verständigung geschaffen sei. Henke ist dann zur Nationalversammlung abgereist, und der Herr Wehrminister Noske hat es für gut befunden, die Sache so darzustellen, als ob Henke in den kritischen Tagen von Bremen abgereist sei, um sich der Verantwortung zu entziehen. (Widerspruch und Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Nach der eben gegebenen Darstellung überlasse ich dem Hause das Urteil darüber, wie eine solche Unterstellung zu bewerten ist. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wie die eigenen Parteigenossen über Noskes Feldzug denken — nicht die Spartakisten und nicht die Unabhängigen, sondern die eigenen Parteigenossen —, das beweist ein Artikel im „**Hamburger Echo**". (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) In diesem Artikel heißt es:

> Die Regierung ist in ihrer Not dazu gekommen, dem Affen des Militarismus Zucker geben zu müssen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie verrechnete sich nicht. Aber auch der Militarismus kam auf seine Rechnung, der Militarismus war wieder da, und damit man ihn nicht sofort wieder nach Hause schicken konnte, suchte er nach Betätigung, nach Aufgaben, in denen er sich betätigen konnte, um seine Unentbehrlichkeit zu beweisen. Er fand sie schnell. Sie lautete: Ostschutz, Heimatschutz. Die Werbebureaus taten sich auf. Freikorps entstanden, und die alten Phrasen militärischer Selbstherrlichkeit und Unverschämtheit flatterten wieder umher.

Dann heißt es an einer anderen Stelle:

> Wir haben das Empfinden, daß die Regierung oder wenigstens einige ihrer Mitglieder, vor allem der Genosse Noske, auf dieser schiefen Bahn nur deshalb vorwärts zu gehen sich entschlossen haben, weil ihm geschäftige Militaristen in geschickter Weise dabei die Führer machten.

An einer andern Stelle heißt es in bezug auf den Bolschewismus:

> Nun, fragt unsere aus der Ukraine heimkehrenden Truppen, ob die Bolschewisten die Räuberbanden sind, vor denen uns Antibolsche-

wisten graulich machen wollen. Wir vertreten gewiß nicht die bolschewistischen Methoden. Wir halten sie in Deutschland für unmöglich. Aber die Ziele der Bolschewisten sind unsere Ziele. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Lieber mit ihnen verhandeln, als mit dem preußischen Militarismus paktieren. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann ist Noske hierher gekommen und hat in der Fraktion der Rechtssozialisten sich verteidigt und ein herzerbarmendes Jammerlied angestimmt (Heiterkeit), daß während dieser Kämpfe die eigenen Genossen ihm in den Rücken gefallen seien. (Hört! hört! rechts.) Er hat dann ja auch ein Vertrauensvotum von der Fraktion bekommen. Aber das „Hamburger Echo" sagt dazu: In die Weimarer Tagung fällt schwer und dunkel das Bremer Ereignis hinein. (Rufe: Hu! hu! bei den Mehrheitsparteien.) — Bitte, das haben nicht wir gesagt, das haben die Rechtssozialisten gesagt. (Lachen und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Weiter heißt es dann:

Das Bremer Ereignis ist für uns Sozialisten nur schwer zu ertragen. Wir werden die Sorge um die Konsequenzen nicht los. Noch einige solcher Siege wie die in Berlin und Bremen, und das Offizierkorps und die bürgerlich-aristokratische Reaktion hat das, was sie braucht: ein mit neuem Selbst- und Kraftbewußtsein ausgerüstetes Instrument. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Mehrheitsparteien.)

Von diesen Konsequenzen hat Noske nicht gesprochen. Sie sind aber die wichtigsten. Wenn die Offizierkaste wieder ihr Haupt erhebt, dann recken sich die anderen Elemente der Reaktion ebenfalls. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das gilt es zu bedenken und zu verhindern.

In dem Artikel heißt es dann weiter, in der Nationalversammlung werde darüber wohl noch ein ernstes Wort zu reden sein. (Unruhe und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Wir haben dazu geredet. Die Rechtssozialisten dagegen unterstützen das, was Noske getan hat. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Dafür aber hat ja auch der Herr Noske seine Anerkennung gefunden. Wir haben hier heute gehört, wie ihm von Herrn Kahl — wenn ich mich recht erinnere — erklärt worden ist: kein früherer Kriegsminister hätte besser reden können, als der Herr Noske hier geredet hat. Und ein noch besseres Lob hat Herr Noske bekommen. Oldenburg-Januschau war auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte und hat dort erklärt, Herrn Noske mit seinem Grundsatz, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, hätte er lieber an der Seite des Kaisers gesehen als den Prinzen Max von Baden.

Ich beneide Herrn Noske nicht um diese beiden Komplimente. (Zurufe und Heiterkeit.)

Dann habe ich Ihnen weiter mitzuteilen, daß in **Gotha** eine **Noske=Garde** ihren Einzug gehalten hat. In Gotha sind keine sogenannten Spartakistenputsche gewesen. In Gotha ist die Order gekommen, die Arbeiter zu entwaffnen. Der Arbeiter= und Soldatenrat hat — ich nehme an, blutenden Herzens — diesem Befehl Folge geleistet. Die Waffen sind eingesammelt worden und sind, wie der Polizeikommissar, der vor zwei Tagen hier war, uns erklärte, unter der Aufsicht der Polizei im Schloß in Gotha. In der vorigen Nacht aber ist in Gotha ein Trupp von 1200 bis 1500 Soldaten einmarschiert und hat gegenüber einer großen Waggon= und Lokomotivenfabrik Stellung genommen. (Zurufe.) — Ich muß immer wieder betonen, daß Sie das alles gut heißen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß dem Volke die Augen darüber geöffnet werden, wer hier in der Nationalversammlung sitzt. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nachdem das Heer einmarschiert war, sind morgens die Arbeiter zur Arbeit gekommen und waren auf das höchste empört, daß die Fabrik besetzt, daß Maschinengewehre in den Eingängen aufgestellt waren. Die Soldaten haben die Waffe auf die wehrlosen Arbeiter gerichtet (Zurufe) und haben zwei Arbeiter angeschossen und schwer verletzt; und nun ist die ganze Arbeiterschaft zum Protest gegen diesen Überfall in den Streik getreten. (Zurufe und Lachen.) — Ich weiß nicht, ob nur ich, wenn ich eine Bemerkung mache, die gegen die Geschäftsordnung verstößt, einen Ordnungsruf bekomme, und ob diejenigen, die hier als Zuhörer sind, mir unterstellen können, daß ich lüge. Mir ist hier eben zugerufen worden: „das ist nicht wahr, das glaubt Ihnen keiner"! (Zurufe und Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Frau Abgeordnete Zietz, Sie scheinen sich beschwert zu fühlen über den Ordnungsruf, den ich Ihnen habe zuteil werden lassen. (Abgeordnete Zietz: Nein!) — Nicht? — Aber daß man noch sagen darf „das ist nicht wahr!", das sollten Sie doch begreifen. Dafür kann ich einen Ordnungsruf nicht erteilen. (Heiterkeit. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zietz, Abgeordnete: Mir ist zugerufen worden: „Das ist nicht wahr, Sie schwindeln!"

Präsident: Ich habe den Zuruf vom „Lügen" nicht gehört. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Es ist gesagt worden: „Sie schwindeln!") — Eben hat die Frau Zietz, die die Äußerung wiedergegeben hat, sie nur dahin wiedergegeben, es sei nicht wahr, was sie gesagt hat. Etwas anderes habe ich nicht gehört.

Zietz, Abgeordnete: Es ist gesagt worden: es ist nicht wahr, ich schwindle, das glaube man mir nicht. (Heiterkeit.)

Diese Mitteilungen über Gotha sind uns von dem bürgerlichen Ratsherrn von Gotha geworden und von dem Gothaer Polizeikommissar. Beide Herren haben diese Mitteilungen in Gemeinschaft mit unserem Genossen Bock dem Herrn Noske überbracht, haben Noske aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Soldaten aus Gotha fortkommen, und haben gefragt, warum man die Soldaten nach Gotha gesandt habe. Noske hat darauf geantwortet: Die Waffen sollten abgeliefert werden. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Noske ist erwidert worden: Die Waffen sind abgeliefert. (Zurufe: An wen denn!) Noske hat erklärt, er glaube, sie seien wohl nicht alle abgeliefert (Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Sehen Sie!), und wenn Sie meinen, daß sie nicht alle abgeliefert waren, braucht man da 1200 bis 1500 Soldaten hinzuschicken? Braucht man auf die Arbeiter schießen zu lassen, die in die Fabrik gegangen waren, um ihrer Arbeit nachzugehen?

Die Arbeiter haben geschlossen die Arbeit eingestellt. (Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Vorher! — Nein, nicht vorher, sondern als Protest gegen den Einmarsch der Soldaten (Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Wie im Ruhrgebiet!), und sie erklären: Solange die Soldaten da sind und die Maschinengewehre nicht aus der Fabrik heraus sind, nehmen wir die Arbeit nicht wieder auf. Das ist Noske mitgeteilt worden, und er erklärt: Das kann ich nicht ändern.

Hier wird uns täglich erklärt, es fehlt uns an rollendem Material, an Waggons, an Lokomotiven usw., um Kohlen befördern zu können, und dort tut man nichts, um diesen Proteststreik zu beendigen durch Erfüllung der berechtigten Arbeiterforderungen, sondern Noske hat erklärt, da könne er nichts daran ändern. Bis heute streiken die Arbeiter noch. Heute abend ist uns aus **Erfurt** die Nachricht zugegangen, daß auch dort die Arbeiter in heller Empörung sind wegen der Besetzung Gothas. (Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Dafür haben Sie gesorgt!) — Das ist unerhört, eine solche Unterstellung! Uns ist eben telephonisch mitgeteilt worden, daß die Arbeiter in Erfurt aufs höchste empört sind wegen der Militärsendung und erklärt haben, wenn das Militär bis morgen früh nicht weg ist, dann werden sie in einen **Proteststreik** eintreten. Die Empörung über das Hausen der Nosketruppen ist allgemein. (Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Das ist ja der Zweck Ihrer ganzen Agitation; dazu reden Sie ja bloß! Wir kennen das!)

Hier in **Weimar** hat vor einigen Tagen eine Soldatenversammlung stattgefunden. An dieser Soldatenversammlung haben auch Mitglieder des Soldatenrats sich in der Diskussion beteiligt. Am andern Tage ist ihnen von Noske und von General Maerker befohlen worden, den **Soldatenrat aufzulösen.** (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist die Versammlungsfreiheit, wie

Sie sie verstehen (Lachen); wenn gesprochen wird in der Versammlung, was Ihnen nicht paßt, wenn Kritik an ihren Taten geübt wird, dann heißen Sie es gut, wenn den Kritikern das Versammlungsrecht genommen wird.

Aus allen Ecken und Enden des Reichs kommen die Protestkundgebungen der Arbeiter- und Soldatenräte, weil sie von hier aus aufgelöst werden und weil überall für den Heimatschutz zu reaktionären Zwecken geworben wird.

Dann komme ich zum Ruhrrevier. Am 6. und 7. Januar wurde im **Ruhrrevier** der **Generalstreik** von den Bergarbeitern beschlossen (Zuruf bei den Mehrheitsparteien: Ist ja nicht wahr!), nachdem Wochen vorher schon Einzelstreiks gewesen waren. Die Bezirksleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat sich gewandt an die Organisation der Sozialdemokratischen Partei und an die Organisation der Kommunisten und sie aufgefordert, mit ihnen gemeinsam Verhandlungen mit den Bergarbeitern zu pflegen, um den Generalstreik zu verhindern. Die Bergarbeiter aller Richtungen sind am 11. Januar zusammengewesen, und am 12. Januar wurde dann der Streik beigelegt bis auf einige wenige Ausstände. Es wurde dadurch erreicht, daß man den Bergarbeitern versprochen hatte, bei der Regierung energisch dafür einzutreten, daß die Sozialisierung der Bergwerke ernstlich in die Hand genommen wird.

Nun will ich hierbei bemerken, daß die Bergarbeiter ebensogut wie wir alle wissen, daß man nicht von heute auf morgen die Bergwerke sozialisieren kann (hört! hört! und Zurufe), daß die Sozialisierung der Bergwerke (erneute Zurufe) ein langwieriger Prozeß ist. (Andauernde Zurufe und Zustimmung.) Aber in Angriff nehmen muß man die Sozialisierung, man muß damit beginnen, man muß den ernsten Willen zeigen (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß man sozialisieren will, und nicht vage Versprechungen abgeben.

Dann haben vom 13. bis 21. Januar **Verhandlungen** in Berlin **über die Forderungen der Bergarbeiter** stattgefunden. An diesen Verhandlungen haben, soviel mir bekannt ist, Herr Giesberts, Herr Dr. Wilbrandt und Herr Hue als Reichskommissare teilgenommen. Es wurde den Bergarbeitern nicht zugestanden, daß sie Zechenräte wählen können. Es wurden ihnen nur Ausschüsse zugestanden, weil sie den Arbeitskammern angegliedert werden sollen, nicht Betriebsräte. Die Funktionen der Neunerkommission, die eingesetzt worden ist, um die Sozialisierung mit einzuleiten, sollten beschränkt werden. Die weitergehenden Wünsche der Arbeiter wurden abgelehnt. Am 21. war Berichterstattung über diese Verhandlungen im Ruhrgebiet. Es erfolgte die einstimmige Ablehnung der Angebote, die nicht weitgehend genug waren.

Es wurde beschlossen, darauf zu bestehen, daß die Zechenräte nach Essener System zu wählen seien und daß am 2. Februar diese Wahlen durchgeführt sein müßten, daß die Neunerkommission ihre alten Rechte behalte. Es wurde einstimmig beschlossen, dagegen zu protestieren — die Absicht war bekannt —, daß Truppen nach dem Ruhrrevier transportiert würden. Es wurde erklärt, daß die Bergarbeiter dann die Verantwortung für alles weitere ablehnen würden, wenn diese Wünsche nicht erfüllt würden. (Zuruf aus dem Zentrum: Reden Sie doch nicht von den Bergarbeitern!) — Jawohl, die Bergarbeiter (lebhafte Rufe bei den Mehrheitsparteien: Nein!) haben erklärt, daß sie nicht dasselbe Schicksal erdulden wollen, was die Bergarbeiter in Königshütte erduldet haben, wo sie mit Maschinengewehren zusammengeschossen wurden. (Erneute Zurufe: Ist ja nicht wahr!)

Hue, der zugegen war, hat zugesagt, er wolle diese Forderungen vertreten. Hue hat an den Beschlüssen mitgewirkt, Hue hat diesen Beschlüssen zugestimmt, und er hat sich dann mit den übrigen Mitgliedern der Regierung in Verbindung gesetzt. Es ist aber nichts geschehen. Hier in Weimar haben dann weiter Verhandlungen stattgefunden, aber die Unterhändler sind mit leeren Händen ins Ruhrgebiet zurückgekommen (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), und statt der Zugeständnisse, die man ihnen hätte machen sollen, sind die Truppen einmarschiert, um den Anschein zu erwecken, als handle es sich im Ruhrrevier um Niederhaltung von Spartakisten. Dann ist von den Bergarbeitern beschlossen worden, in den Generalstreik einzutreten. (Stürmische Rufe: Ist nicht wahr!) Das ist von vielen Bergarbeiterversammlungen beschlossen worden. (Erneuter lebhafter Widerspruch.) Am gestrigen Tage wurde bereits in 120 Zechen gestreikt. (Zurufe von den Mehrheitsparteien: Mit Gewalt! Mit Revolvern gezwungen! Verbrecherbanden haben das gemacht!) — Ach, Sie erklären immer: man kann Arbeiter nicht zur Arbeit zwingen. (Rufe: aber von der Arbeit abhalten!) Sie erklären den Franzosen gegenüber, und ganz mit Recht, wenn diese unsere Kriegsgefangenen behalten und sie zur Zwangsarbeit verwenden wollen: daß man gezwungen nie Gutes leisten kann. Das gleiche gilt für die Bergarbeiter, die man mit Waffengewalt zur Arbeit zwingen will, wenn sie streiken, weil Sie Militär nach dort senden (erneute lebhafte Unterbrechungen) und ihre berechtigten Wünsche nicht erfüllen. Sie werden die Folgen zu tragen und zu verantworten haben, wenn wir bald keine Kohlen mehr haben, wenn unsere Elektrizitätswerke versagen, und wenn im Ruhrrevier die Hochöfen ausgehen müssen, weil keine Kohlen da sind. (Zurufe: Das will ja Spartakus!)

Und nun noch ein Wort, nachdem ich dargelegt habe, wie die **Noskegarde** überall auftritt. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Den haben Sie ins Herz geschlossen! — Heiterkeit.) Es ist klar: wenn eine solche Garde geschaffen worden ist, dann will sie auch Beschäftigung

haben, und die Folge ist, daß Zwischenfälle von Tag zu Tag mehr sich ereignen.

Hier an dieser Stelle ist von verschiedenen Herren erklärt und von dem Herrn Staatsminister Erzberger unterstützt worden, daß wir noch mehr **Grenzschutz** und noch mehr Heimatschutz haben müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Nun, ich will Ihnen sagen, wenn Sie die ganzen Arbeiter noch mehr aufbringen wollen, als es schon geschehen ist, wenn Sie es zu einem Bürgerkrieg kommen lassen wollen, dann fahren Sie so fort, wie Sie es bisher gemacht haben. (Rufe: Sie wollen das!)

Wie werden diese **Truppen** gehalten? Das sind besondere Truppen, die werden auch **besonders verpflegt.** Alle zwei Tage bekommen die Truppen 120 Gramm Butter, außerdem Marmelade, während das übrige Publikum die Woche 60 Gramm bekommt. Die Soldaten bekommen täglich Fleisch, und zwar in Rationen, wie sie selbst die Feldsoldaten nicht höher bekamen. Ich gönne ganz gewiß jedem eine gute Ernährung. Aber dagegen, daß die Soldaten, wenn sie zu solchem Zweck verwendet werden, auf Kosten unserer Kinder und der werdenden Mütter Fleisch und Fett bekommen, protestiere ich. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich habe gern, mit Freuden und aus innerem Drang heraus die Erklärung mit unterzeichnet, die die Frauen der sämtlichen Fraktionen hier in der Nationalversammlung unterzeichneten, in der sie die Aufhebung der Blockade besonders im Namen der Kinder und der werdenden Mütter, sowie die sofortige Zurückführung unserer Kriegsgefangenen verlangten. Ich protestiere aber dagegen, daß Soldaten auf Kosten unserer Kinder und werdenden Mütter besser verpflegt werden als das übrige Publikum. (Zuruf: Spartakisten in Berlin!) und ich protestiere dagegen, daß die Gefangenen hungern müssen und die Soldaten hier so viel besser verpflegt werden.

Und dann noch eins: Es sind hier die ausländischen Journalisten, unter deren Augen die bessere Verpflegung vor sich geht, und in demselben Augenblick stoßen Sie Tag für Tag die Hungerschreie aus und erklären: wir haben nichts mehr zu leben für unsere Kinder, für unsere Frauen und unsere Kranken. Was soll denn das Ausland davon denken? Es muß ja wiederum zweifeln an Ihrer Wahrhaftigkeit.

So zerstören Sie immer auf der anderen Seite alles, was auf der einen Seite gut gemacht wird.

Indem Sie mehr Grenzschutz verlangen, zerstören Sie das sich anbahnende Wohlwollen bei der Entente, (große Heiterkeit) und indem Sie mehr nach Heimatschutz verlangen, zerstören Sie die ruhige Entwicklung im Innern, treiben die Arbeiter zur Verzweiflung. (Erneute große Heiterkeit.)

Sie bemühen sich vergeblich, die Auswirkungen der Revolution zu verhindern oder in die Bahnen einer heuchlerischen Gesetzlichkeit

zu lenken. Hinter allen Ihren Rufen nach Wahrung der **Errungenschaften der Revolution**, wie Sie sie verstehen, nach Sicherung der Preßfreiheit, nach Achtung vor dem Willen der Mehrheit hört eine täglich wachsende Zahl von Männern und Frauen aus allen Schichten des Volks nur die Angst vor der Revolution und vor der Erfüllung ihrer sozialistischen Forderungen. Diese Angst hat die Rechtssozialisten noch in den letzten Tagen vor dem 9. November 1918 die Revolution bekämpfen und dringende Warnungen an die Arbeiter richten lassen, hat Herrn Noske (Heiterkeit) noch von Kiel aus die Eisenbahnschienen aufreißen lassen, um die Matrosen, die Pioniere der Revolution, am Vordringen in andere Garnisonen zu hindern. Dieselbe Angst zwingt die Rechtssozialisten, die sich jetzt mit den bürgerlichen Parteien in der Regierung verbinden, zur Verleugnung der sozialistischen Vergangenheit, zur völligen Aufopferung jeder ernsthaften Bemühung um die Verwirklichung sozialistischer Forderungen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist schließlich die gleiche Angst, die die regierenden Rechtssozialisten zu den alten Kräften und Trägern des Militarismus bestimmt, deren Diener und deren Gefangene sie sind, während der Herr Reichsminister und Oberkommandierende Noske (Heiterkeit) sich der Herr der Offiziere dünkt, sich dünkt als der Herr der Offiziere, weil er ihre schnarrende Sprechweise (große Heiterkeit) und ihr Säbelrasseln und ihre Anwendung von Gewalt angenommen hat.

Über diese Politik der Angst gehen die wirklichen Kräfte der Revolution zur Tagesordnung, nein zur Weltordnung über, zur sozialistischen Weltordnung. Diesem Ziel streben die Kräfte der Revolution zu. Die Zustände in den Menschen selbst, in ihrer Wirtschaft — im weitesten Sinne gemeint —, die Zustände, wie sie der Krieg geschaffen hat, dieses ungeheuerste Erlebnis der Menschheitsgeschichte, — diese Zustände erzeugen und entfalten dauernd die Kräfte der Revolution, die sich auswirken werden nach ihren eigenen Gesetzen und nicht nach den Regeln, die ihr die Angst und die Kurzsichtigkeit der Parteien vorschreiben wollen (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), die sich zur Regierung und zum Abbau der Revolution verbündet haben.

In welchen Formen sich die revolutionären Kräfte auswirken, das wird wesentlich abhängen von dem Maße der Vernunft und des politischen Anstandes (große Heiterkeit und Zurufe bei den Sozialdemokraten), das die Gegner der Revolution einschließlich der Rechtssozialisten aufbringen werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Diesen Maßstab haben die rechtssozialistischen Herren, als sie noch nicht auf der Regierungsbank saßen, sehr oft den bürgerlichen Parteien entgegengebracht. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Jetzt ist der Maßstab ihren Händen

entglitten. Wir und nur wir — haben das Recht und die Pflicht, ihn wieder aufzunehmen. (Schallende Heiterkeit.)

Die Geschichte wird ihren eigenen und endgültigen Maßstab an das Tun und Lassen der bisherigen Regierung legen. Was immer die Regierung noch an Material zur Gestaltung des Urteils der Geschichte liefern mag, eine Seite des Urteils steht heute schon fest. Schon heute ist der jetzigen Regierung aufgebrannt das Kainszeichen des Brudermords. (Lebhaftes Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zischen bei den übrigen Parteien.)

Präsident: Frau Abgeordnete Zietz, Sie haben am Schlusse Ihrer Rede gesagt, daß der jetzigen Regierung aufgeprägt sei das Kainszeichen des Brudermords. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist ein grober Verstoß gegen die Ordnung des Hauses, ich rufe Sie zur Ordnung!

Es ist der Ausdruck der Frau Zietz von einem der Herren Abgeordneten eben bestätigt worden durch den Zuruf „Sehr richtig!". Wer rief das? (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es wird mir gesagt, es sei der Herr Abgeordnete Dr. Cohn. (Abgeordneter Dr. Cohn: Das ist richtig!) Ich rufe dafür den Herrn Abgeordneten Dr. Cohn zur Ordnung! (Abgeordneter Simon: Auch ich habe es gesagt!) Ebenso rufe ich den Herrn Abgeordneten Simon zur Ordnung! (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Wort erteile ich dem Herrn Reichswehrminister Noske.

Noske, Reichswehrminister: Meine Damen und Herren! Was über die furchtbare Schuld der Spartakisten und der Unabhängigen Sozialdemokraten am Bürgerkrieg zu sagen ist, das habe ich am Sonnabend ausgeführt. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich habe nichts davon zurückzunehmen. Hinzufügen könnte ich nach den Vorgängen der letzten Tage sehr viel. Ich will mich darauf beschränken, in dieser Stunde ganz wenige Sätze zu sagen.

Die **freiwilligen Truppen,** deren reichliche Ernährung Frau Zietz bemängelt, erhalten lediglich die **Verpflegung** mobiler Formationen. (Hört! hört! — Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Noske: Reichswehrminister: Frau Zietz hat behauptet, daß der **Weimarer Soldatenrat aufgelöst** worden sei, weil er an einer Versammlung teilgenommen habe. Diese Behauptung ist absolut falsch. (Hört! hört!) Es hat für die kleine Formation, die in Weimar bestand und noch besteht, ein Soldatenrat von nicht weniger als 21 Köpfen bestanden. (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Der General Maercker hat aller-

dings in Übereinstimmung mit mir dafür Sorge getragen, daß dieser Soldatenrat auf die Zahl reduziert wird, die nach dem Erlaß der Regierung über die Kommandogewalt vorgesehen ist. (Bravo! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Es ist falsch, daß der Vorsitzende des Soldatenrats verhaftet worden ist. Ich weiß, daß er sich in Freiheit befindet. Es hat kein Mensch daran gedacht, einen Haftantrag gegen ihn zu erwirken. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein paar Worte über **Gotha.** Die **Truppen,** die nach Gotha einmarschiert sind, haben keinen Auftrag gehabt, sich irgendwie in die politischen Verhältnisse Gothas einzumischen oder gegen die Gothaer Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. In Gotha hat vor ungefähr sechs, es können auch acht Tage gewesen sein, das dortige Bataillon einen Marschbefehl bekommen und hat sich geweigert, diesen Befehl auszuführen. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.) Daraufhin ist von mir angeordnet worden, daß diesem Befehle unter allen Umständen Nachdruck verschafft werde. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten und rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Zu diesem Zwecke sind Truppen nach Gotha geschickt worden. Die Gothaer Arbeiterschaft, die seit Jahr und Tag im unabhängig-sozialdemokratischen Sinne bearbeitet wird, hat diese rein militärische Aktion mit einem Streik beantwortet. (Hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Über den Zustand im **Kohlenrevier** ist die Versammlung genügend unterrichtet. Sie wissen, wie schamloser Terror dazu beigetragen hat, daß dort eine teilweise Arbeitseinstellung erfolgt ist. Ich freue mich, feststellen zu können, daß nach den neuesten Berichten der Streik im Abflauen begriffen ist.

Im übrigen kann ich mich darauf beschränken, zu erklären: die maßlosen Übertreibungen und Verdrehungen der Frau Zietz haben die am Sonnabend von mir festgestellten Tatsachen in nicht einer einzigen Hinsicht zu erschüttern vermocht. (Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien und rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abegordneter Bock meldet sich zum Wort. — Rufe und Gegenrufe.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir wissen doch, daß die Rednerliste nach Maßgabe der Stärke der Parteien festgesetzt wird. Alles ist damit einverstanden. Ich kann nicht irgendeinen beliebigen Redner aus irgendeiner Partei zwischendurch sprechen lassen. Das ist ausgeschlossen. Ich kann Ihnen das Wort jetzt nicht geben. (Abgeordneter Bock: Dann zur persönlichen Bemerkung!)

Zu einer persönlichen Bemerkung bekommen Sie hernach am Schluß der Debatte das Wort, wenn Sie sich dazu melden, aber nur, wenn Ihr Name in der Besprechung genannt worden ist; sonst können Sie auch zu einer persönlichen Bemerkung das Wort nicht bekommen.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, nunmehr über die Kreditvorlage abzustimmen. — Sie sind damit einverstanden.

Ich erkläre die erste Beratung der Kreditvorlage für beendet. Wird ein Antrag gestellt, die Kreditvorlage an eine Kommission zu verweisen?

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Der Antrag ist bereits durch meinen Kollegen Traub gestellt.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Wir halten die Sache für spruchreif und widersprechen der Verweisung an eine Kommission.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Verweisung der Kreditvorlage an eine Kommission.

Ich bitte diejenigen Herren, die für die Verweisung an eine Kommission sind, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit (Heiterkeit und Zurufe); damit ist die Verweisung an eine Kommission abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage, jetzt in die zweite Lesung einzutreten.

Präsident: Herr Abgeordneter v. Payer, die zweite Lesung steht schon auf der Tagesordnung; es bedarf demnach eines besonderen Antrages nicht.

Wir treten also in die

zweite Lesung

ein. Ich rufe auf: Außerordentlicher Haushalt, Ausgabe, I.: Reichswirtschaftsamt, Kap. 1 Tit. 1 bis 3, 300 Millionen; — II.: Allgemeine Finanzverwaltung, Kap. 6, aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung 25 Milliarden.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bock.

Bock, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Ja, es wird schon stimmen! — Es ist beantragt worden, die Vorlage hier anzunehmen. Ich stimme nicht dafür, und

zwar aus dem Grunde, weil die Dinge, wie sie sich abgespielt haben, ganz besonders durch den Herrn Reichswehrminister Noske, denn doch derart dargestellt sind, daß Sie jedenfalls ein falsches Bild davon bekommen haben. Was der Herr Minister über Gotha gesagt hat — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, wir stehen jetzt in der Spezialdiskussion in der zweiten Lesung, und eben habe ich aufgerufen: Kap. 6, aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung 25 Milliarden. Nur dazu dürfen Sie reden. Auf die Erörterungen Noske über das Ruhrrevier und alle die Sachen, die Gegenstand der Erörterungen gewesen sind, dürfen Sie jetzt hier nicht zurückkommen. Sie haben sich ausschließlich an die Anforderung der 25 Milliarden zu halten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dietrich (Potsdam).

Dietrich (Potsdam), Abgeordneter: Herr Präsident, ich nehme an, daß die Spezialberatung in der zweiten Lesung mit dem Aufruf des Gesetzes beginnt und nicht mit der Zusammenstellung, die eine Anlage zu § 1 ist.

Präsident: Das Gesetz kommt erst zum Schluß, wie es bei jeder Etatsberatung ist. Zuerst werden die einzelnen Etatstitel aufgerufen, dann kommt das Gesetz. — Ich nehme an, daß Sie Ihren Widerspruch zurückziehen. Es liegt ja ein Antrag vor hernach bei §§ 1 und 3 des Gesetzes.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Bock hat ausdrücklich erklärt, er wolle begründen, weshalb er diese Vorlage nicht genehmigen könne, und in dieser Beziehung muß ihm Spielraum gewährt werden. Er wird übrigens nur ein paar Minuten Zeit in Anspruch nehmen. Leitet er die Begründung für seine Weigerung aus den Vorgängen her, die sich vorher abgespielt haben, so ist er durchaus nicht gehindert, auch diese seine Gründe hier zur Sprache zu bringen. Es darf ihm die Möglichkeit nicht entzogen werden, das darzulegen.

Im übrigen, Herr Präsident, läßt sich erwägen, ob nicht bei § 1, wie es üblich ist, in der zweiten Lesung eine Generaldebatte stattfindet, in der der Redner alles das vorbringen kann, was er in dieser Beziehung zu sagen hat.

Präsident: Herr Abgeordneter Haase (Berlin), wir stehen jetzt in der zweiten Lesung, und die befaßt sich mit der Diskussion über die einzelnen Etatsanforderungen bezw. über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes. Die Generaldiskussion kommt dann hernach bei der

dritten Lesung. Dort kann der Herr Abgeordnete Bock seine allgemeinen Bemerkungen anbringen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Herr Präsident, ich möchte feststellen, daß auch in diesem Hause bereits in diesen Tagen als anerkannter Brauch galt, in der zweiten Lesung bei § 1 allgemeine Gesichtspunkte geltend zu machen, und ich würde bitten, an diesem Brauch festzuhalten, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, die das Haus bestimmen, ein für allemal diesen Brauch über Bord zu werfen. Aber wir können unmöglich im einen Falle so, im andern anders vorgehen.

Präsident: In dieser Tagung ist noch gar nicht Gelegenheit gegeben gewesen (Widerspruch von den Unabhängigen Sozialdemokraten), daß über § 1 in der zweiten Lesung irgendeine Generaldiskussion hätte stattfinden können. (Erneuter Widerspruch von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Im Gegensatz zur Meinung des Herrn Präsidenten muß festgestellt werden, daß wir den früheren Brauch, den wir aus dem alten Reichstag übernommen haben, bereits in diesen wenigen Tagen geübt haben, und zwar bei Gelegenheit der Beratung über die vorläufige Reichsgewalt. Da habe ich namens meiner Freunde in der zweiten Lesung zur allgemeinen Aussprache — ich glaube, von dem jetzt amtierenden Herrn Präsidenten — das Wort erhalten. Aber man kommt vielleicht auch vom Standpunkt des Herrn Präsidenten zum gleichen Ergebnis. Ich bin der Meinung, daß selbst vom Standpunkt des Herrn Präsidenten aus dem Herrn Abgeordneten Bock das Wort nicht entzogen werden kann. § 1 der Vorlage, die uns beschäftigt, stellt fest, daß durch die diesem Gesetz als Anlagen beigefügten Nachtragsetats 25 Milliarden 300 Millionen in Einnahme und in Ausgabe dem Reichshaushaltsplan hinzutreten sollen. Wenn man nun Einnahmen und Ausgaben miteinander vergleicht, so sollen aus der Anleihe entnommen werden 25,3 Milliarden Mark, um mit 300 Millionen dem Reichswirtschaftsamt und mit 25 Milliarden Mark der allgemeinen Finanzverwaltung aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung zugeführt zu werden. Der Herr Abgeordnete Bock hat nach meiner Kenntnis der Dinge die Absicht, aus den Verwendungszwecken des Geldes, der 25 Milliarden oder eines Teils davon, wenigstens soweit dieses Geld verwendet werden soll für die Expedition nach Gotha, darzulegen, daß dieser Verwendungszweck allein schon ihn hindern müsse, der Anforderung zuzustimmen. Unter

diesen Gesichtspunkten kann ihm gar nicht versagt werden, sich gegen die Vorlage auszusprechen. Es muß ihm das Wort bewilligt werden, auch vom Standpunkt des Herrn Präsidenten.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Blunck.

Dr. **Blunck,** Abgeordneter: Ich wollte nur darauf hinweisen, daß allerdings im früheren Reichstag die Übung geherrscht hat, wenn ein Gesetz oder irgendeine andere Vorlage an die Kommission verwiesen war und dann aus der Kommission zurückkam, in der zweiten Lesung beim § 1 eine allgemeine Besprechung zuzulassen. Das entsprach aber nicht der Geschäftsordnung, und es ist wiederholt im Reichstag darauf hingewiesen worden, daß man sich da eine gewisse Beschränkung auferlegen müsse. Ich glaube, wir haben nicht ohne weiteres Veranlassung, für die Nationalversammlung diese Übung wieder einreißen zu lassen.

Präsident: Ich stelle nur fest: vorerst ist die ganze Diskussion unnötig; wir sind noch bei einem Etatstitel und nicht bei § 1 des Gesetzes, auf den sich die Herren Abgeordneten Dr. Cohn und Bock beziehen. Es kann also, wenn ich das Gesetz in zweiter Lesung aufrufe, diese Streitfrage bei § 1 ausgetragen werden.

Was die Zulassung einer Generaldiskussion in der zweiten Lesung anbelangt, die ausdrücklich der Geschäftsordnung widerspricht, so liegt die Sache so, daß eine solche in zweiter Lesung nur in Übereinstimmung mit den Parteien vorgenommen wurde, und eine solche Übereinstimmung liegt jetzt nicht vor. Ich sehe also wirklich nicht ein, wozu diese Zeitverschwendung. (Sehr gut!) Es soll ja unmittelbar nachher die dritte Lesung stattfinden, dort gibt es reichlich Gelegenheit, eine Generaldiskussion abzuhalten.

Das Wort zur Geschäftsordnung — aber ich möchte da auf den § 44 unserer Geschäftsordnung hinweisen und bitten, die Bemerkungen möglichst kurz zu halten — hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn.

Dr. **Cohn,** Abgeordneter: Ich stelle mich wieder, ohne ihn zugeben zu wollen, auf den Standpunkt des Herrn Präsidenten und unterstreiche, was ich von diesem Standpunkt aus vorhin schon dargelegt habe. Der Herr Abgeordnete Bock will gegen einen Etatstitel sprechen, für den das Dispositiv ausdrücklich lautet, daß einzelnen Reichsverwaltungen die erforderlichen Teilbeträge der 25 Milliarden überwiesen werden. Der Herr Abgeordnete Bock will der Überweisung eines entsprechenden Betrages der 25 Milliarden an das Kriegsministerium, an dieses Kriegsministerium namentlich, widersprechen, und dieses Recht muß ihm gewährt werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen muß ich noch ein Wort gegen den Herrn Abgeordneten Blunck und damit leider auch gegen den Herrn Präsidenten sagen. Was Herr Dr. Blunck über die Übung ausgeführt hat, daß eine Generaldebatte in zweiter Lesung nur dann stattfindet, wenn das Gesetz in der Kommission gewesen ist, führt zu dem Ergebnis, daß die Rechte der Minderheit größer sind, wenn man schon in der Kommission Gelegenheit gehabt hat, über das Gesetz zu reden, und enger und beschränkter, wenn man des guten Friedens wegen oder aus anderen Gründen sich dazu herbeigelassen hat, die Sache nicht an die Kommission zu verweisen. Das ist ein Weg zur Mundtotmachung der Minderheit. Das kann nicht die Absicht der Geschäftsordnung sein, und gegenüber diesem Zustande kann ich auch nicht verstehen, wenn der Herr Präsident auf eine Abrede mit den Parteien Bezug nimmt. Ich beuge mich der überlegenen Geschäftskenntnis des Herrn Präsidenten, muß aber in aller Ehrerbietung feststellen, daß mir von einem solchen Brauch nichts bekannt ist, wonach nur auf Vereinbarung mit den Parteien eine solche Generaldebatte zulässig wäre.

Präsident: Ich stelle fest, daß die Geschäftsordnung eine Generaldiskussion in zweiter Lesung nicht zuläßt. Es ist nur möglich, eine andere Übung eintreten zu lassen durch Verabredung mit den Parteien. Darauf halte ich.

Ich rufe auf Einnahme, Reichsschuld Kap. 4 Tit. 1 bis 3. — Angenommen.

Ich rufe nunmehr auf § 1 des Gesetzes. Hier liegt ein Antrag von seiten der Herren Abgeordneten Haase und Genossen vor, die 25 Milliarden zu streichen und nur 300 Millionen zu bewilligen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bock.

Bock, Abgeordneter: Ich habe bereits vorhin ausgeführt, daß ich nicht für die Bewilligung der 25 Milliarden stimmen kann, weil diese Gelder teilweise zu Zwecken verwendet werden, mit denen ich nicht einverstanden sein kann. Es ist der **Fall Gotha** erwähnt worden, aber nicht zum Ausdruck gekommen, wie in Wahrheit die Verhältnisse dort liegen, und ich glaube ganz bestimmt, in Ihrer aller Interesse zu handeln, wenn ich das Ministerium darauf aufmerksam mache, daß der Weg, den das Kriegsministerium eingeschlagen hat, ein total verfehlter ist. Ich spreche nicht von Bremen und Berlin, sondern nur von Gotha. Was Herr Noske bezüglich der Nichtausführung des Befehls seitens des 95. Regiments ausgeführt hat, stimmt nicht. Zu welchem Zweck ist denn das Militär in die friedliche Waggonfabrik einmarschiert und hat sie gestürmt? Ich glaube, von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl annehmen zu dürfen, daß, wenn Sie die Verhältnisse, wie sie sich in Gotha abgespielt haben, kennen würden, ein jeder von Ihnen sagen würde: in diesem Falle hat der Reichswehrminister vollständig falsch gehandelt.

Selbst der bürgerliche Stadtrat, Oberbürgermeister Liebetraut, hat seiner Verwunderung Ausdruck gegeben über die Maßregel Noskes und daß er es nicht verstehe, daß nach Gotha 1200 Soldaten mit Kanonen, Maschinengewehren und Minenwerfern geschickt wurden, wo doch die Bevölkerung in Gotha nicht den geringsten Anlaß dazu gegeben hätte und die Arbeiterbevölkerung durchaus friedlich sei. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was die **Waffenablieferung** betrifft, so hat der Arbeiter- und Soldatenrat vor 10 Tagen bekanntgegeben, daß die Waffen binnen einer bestimmten Frist an einer bestimmten Stelle abzuliefern seien, widrigenfalls Bestrafung eintrete. Noske sagte aber, er hätte keine Garantie gehabt, daß alle Waffen abgeliefert sind. Darauf habe ich ihm entgegnet, wenn er ein Detachement von 10 bis 15 Mann mit einem Offizier nach Gotha schicke, das die Kontrolle ausübe, dann würde sicher festgestellt werden, ob noch Gewehre draußen seien. Statt dessen ist aber die Truppe nicht in die Kaserne des 95. Regiments eingezogen, sondern ist über das Geländer in die Waggonfabrik eingedrungen, während die Arbeiter morgens friedlich ohne irgend eine Ahnung an ihre Arbeit gegangen sind. Um 8 Uhr kommt nun das Militär, übersteigt das Geländer, schlägt die Tore ein — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bock, das heißt aber nicht mehr zu den 25 Milliarden sprechen. Sie können ausführen, daß Sie dem Kriegsministerium keine Mittel bewilligen wollen; aber hier auf alle Details in Gotha einzugehen, das geht nicht. (Abgeordneter Dr. Cohn: Das ist eine Vergewaltigung der Minderheit.) — Herr Abgeordneter Dr. Cohn, es wird mir gesagt, daß Sie meine Geschäftsführung kritisiert und sie als eine Vergewaltigung der Minderheit bezeichnet haben. Von einer Vergewaltigung ist keine Rede, das fällt mir nicht ein; aber ich lasse auch die Mehrheit nicht durch die Minderheit vergewaltigen. (Lebhaftes Bravo!)

Bock, Abgeordneter: Es ist nicht meine Absicht, meine Gegner zu vergewaltigen. Ich will nur noch erklären, daß die Gesamtbevölkerung in Gotha empört ist über das Vorgehen der Soldaten. So kommt unter anderem ein Mann aus seiner Werkstatt, es kommen ihm die Soldaten mit Gewehr im Anschlag; er sagt, was passiert sei. Da packt ihn auch schon ein Soldat, einen sechzigjährigen Mann, wirft ihn zu Boden und setzt ihm das Bajonett auf die Brust. (Rufe: Pfui! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dadurch ist es nun gekommen, daß die **Arbeiter** in dieser Fabrik mit einem Schlag die **Arbeit niedergelegt** haben, weil in jeder Werkstatt ein Maschinengewehr aufgestellt ist und die Arbeiter unter diesem Druck, und zwar mit Recht, nicht arbeiten wollen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Also die Tatsachen stimmen mit der Aussage des Herrn Reichswehrministers

nicht überein, daß die Truppen wegen der 95er eingerückt sind. Die Arbeiter sind in ihrer friedlichen Arbeit überfallen worden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe bei den Mehrheitsparteien.) Darüber ist die ganze Stadt empört. Wenn heute nicht bloß Gotha, sondern auch die Städte der Umgebung Eisenach, Waltershausen, Zella, Mehlis, Langensalza und Erfurt in Streik treten, dann geschieht das aus Sympathie, weil friedliche Leute zusammengeschossen worden sind. Deshalb können wir einem solchen Regime nicht bedingungslos eine so große Summe bewilligen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Noske, Reichswehrminister: Der Herr Abgeordnete Bock hat eine sehr lebhafte Phantasie (lebhafter Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), wenn er von einem Sturm auf eine Waggonfabrik in Gotha spricht. Die idyllischen **Zustände in Gotha,** von denen er spricht, hat Herr Abgeordneter Bock vor gar nicht langer Zeit sehr treffend dadurch charakterisiert, daß er erklärte, er könne für die Wirtschaft dort die Verantwortung nicht mehr tragen (lebhafte Zurufe bei den Mehrheitsparteien: Hört! hört!) und er scheide aus der Regierung in Gotha aus. Diese Idylle in Gotha hat ihren Ausdruck darin gefunden, daß in beträchtlicher Menge Waffen an die Zivilbevölkerung ausgegeben worden sind. (Lebhafte Rufe bei den Mehrheitsparteien: Hört! hört! — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Zurückgabe dieser Waffen ist allerdings vor einiger Zeit angeordnet worden. Es ist mir mitgeteilt worden, daß sie erfolgt sei. Wieweit das der Fall ist, weiß ich nicht. Aber das weiß ich, daß einer von den Leuten, die dieser Tage zu mir kamen, um zu erklären, daß die Waffenabgabe erfolgt sei, mir hinterher lächelnd ins Gesicht erklärte: na, das eine oder andere Gewehr hat natürlich eine ganze Anzahl von Leuten noch zu Hause. (Große Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Daß das eine starke Bedrohung der Bevölkerung ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist Tatsache, daß der **Marschbefehl nach Gotha** lediglich erteilt worden ist, weil sich das dortige Bataillon geweigert hat, der Anordnung Folge zu leisten, vorübergehend die Garnison zu wechseln. Es ist ein ganz undenkbarer Zustand, daß die Reichsregierung sich eine solche Weigerung gefallen lassen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die bloße Tatsache, daß am Morgen früh in Gotha auf den Straßen der Stadt Soldaten waren, hat allein dazu beigetragen, daß sich eine

beträchtliche Erregung der Arbeiterschaft bemächtigte. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist kein Wunder, wenn seit Wochen in der schamlosesten Weise die Leute, die pflichttreu dem Lande dienen (erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) dadurch, daß sie Ordnung schaffen helfen, immer wieder von den Herren Haase und Genossen als weiße Garde und als Bluthunde verschrien werden. (Stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Andauernde erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das erste Wort, das die **Soldaten** auf den Straßen von Gotha gehört haben, war das **Schimpfwort: Bluthund.** (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) Glücklicherweise ist es trotzdem in Gotha nicht zu beträchtlichem Blutvergießen gekommen. (Andauernde Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Als Herr Bock vor zwei Tagen zu mir kam, sprach er von Toten in Gotha. In Wirklichkeit gibt es keine Tote; sondern diese Toten leben. Lediglich ein paar Leuten, die die Soldaten tätlich angegriffen haben, ihnen sogar die Gulaschkanone umgeworfen haben, ist ein Denkzettel gegeben worden. (Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es kann gar keine Rede davon sein, daß in Gotha der Bevölkerung Gewalt angetan worden ist. Aber durch diese niederträchtige, unglaubliche, demagogische, verlogene Art, in der gegen die Regierung und besonders auch gegen diejenigen Truppen, die der Regierung und dem Lande dienen, ist ein Maß von Mißstimmung, von Verärgerung und Mißtrauen in die Bevölkerung hineingetragen, das unverantwortlich ist. (Andauernde erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich wiederhole den Vorwurf, den ich schon einmal ausgesprochen habe: für all das Blut, das auf den Straßen von Deutschland fließt, tragen die Leute die Verantwortung — (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien. — Große Unruhe und erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Noske, Reichswehrminister: Ich sage noch einmal: Für all das kostbare Blut, das auf den deutschen Straßen fließt, tragen die Leute die Verantwortung, die sich nicht schämen, um kleinlicher Parteivorteile, um agitatorischer Vorteile willen dieses Maß von Verhetzung in unser Volk hineinzutragen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist ein Maß von Brandstiftung, das gar nicht scharf genug gegeißelt werden kann. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Wiederholte erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dagegen wehren wir uns und werden uns mit allem Nachdruck wehren.

(Stürmisches Bravo bei den Mehrheitsparteien. — Erregte gegenseitige Zurufe.) Wenn Sie dieses gemeingefährliche Treiben fortsetzen, dann dürfen Sie sicher sein, daß Sie an uns Ihren Mann finden werden. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bock.

Bock, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das, was der Herr Reichswehrminister soeben gesagt hat, daß die spartakistische Richtung diese Dinge verschuldet habe, entspricht nicht den Tatsachen. Er hat angeführt, daß ich aus der Regierung ausgeschieden sei. Ich erkläre hier ganz offen, daß das geschehen ist, weil ich mit einer Anzahl Genossen in Gegensatz geraten bin. (Hört! hört! bei den Mehrheitsparteien.) Ich habe nun zu erklären, daß mir derartige Dinge, wie sie der Herr Reichswehrminister soeben ausgeführt hat, vollständig ferngelegen haben. Die Dinge liegen so, daß die gesamte Bevölkerung — der Herr Noske hat das ja selbst von der Stadt und Stadtbehörde unter Zeugen bestätigt erhalten —, daß die **Arbeiterschaft Gotha** friedlich gesonnen ist und nicht der geringste Anlaß dazu vorliegt, in dieser Weise militärisch vorzugehen. (Lebhafter Widerspruch bei den Mehrheitsparteien.) Das ist ganz besonders dem Herrn Reichswehrminister vorgestern, wo wir mit ihm verhandelten, mitgeteilt worden. Der Herr Polizeikommissar Gison bestätigte ausdrücklich, daß die Bevölkerung in Gotha nicht den geringsten Anlaß zu einem militärischen Vorgehen geboten hat. (Erregte Zurufe zwischen den Mehrheitsparteien und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Reichswehrminister erklärt, daß die **Truppen beschimpft** worden seien, so will ich hier bestätigen, daß ein oder zwei Lehrlinge in der Waggonfabrik (Zurufe von den Mehrheitsparteien) — bitte sehr — auf einem Holzstoß gesessen haben, als die Soldaten anmarschiert kamen, und daß einer von diesen Lehrlingen gerufen hat: Bluthunde und dergleichen. (Wiederholte erregte Zurufe zwischen Mehrheitsparteien und Unabhängigen Sozialdemokraten.) Als ich nun dem Herrn Noske erklärte, daß das doch kein Grund sei, auf die Arbeiter zu schießen, daß man wegen eines Schimpfwortes, das von Jungen ausgehe, doch nicht auf ältere Leute, Familienväter, schießen könne — zwei davon sind, wie gesagt, stark verwundet worden (Zurufe von den Mehrheitsparteien: Vorhin wurde von Toten gesprochen!), da wurde mir gesagt — — (Erregte gegenseitige Zurufe zwischen den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Mehrheitsparteien.) — Meine Herren, mit Ihnen ist überhaupt nicht mehr zu verhandeln. Sie sind ja schlimmer als ungebildete Menschen. — Dann ist beim General Maercker in Gotha verhandelt worden. Der Stadtrat hat sich ins Mittel gelegt und erklärt, es sei ratsam und wünschenswert, daß die Truppen wenigstens zum größten Teil zurückgenommen werden, weil infolge des

Einmarsches der Truppen bereits allgemeine Streiks ausgebrochen seien. Meine Heren, Sie sind ja der Auffassung, der auch wir zustimmen, daß unser Wirtschaftsleben nur durch Arbeit in die Höhe gebracht werden kann, gleichwohl treiben Sie die Menschen tatsächlich mit Gewalt in den Streik hinein. Das können sich die Leute in den Werkstätten nicht gefallen lassen, daß hinter ihrem Rücken Maschinengewehre aufgepflanzt werden. Das müssen Sie als Sozialdemokraten (zu den Mehrheitssozialisten gewendet) den Leuten nachfühlen, daß Sie sich das nicht gefallen lassen können.

Meine Damen und Herren, die Dinge liegen anders, als sie der Herr Reichswehrminister schildert. Er hat auch nicht den geringsten Grund, in **Gotha** irgendwie diese Militärmacht aufrecht zu erhalten. Als ich ihm sagte, daß Streiks ausbrechen würden, daß sogar unter Umständen ein **Generalstreik** ausbrechen würde, erwiderte er mir: Daran kann ich nichts ändern. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ob es angeht, in dieser leichten, nonchalanten Art ein verantwortungsvolles Amt zu führen, wie es der Herr Noske tut, überlasse ich Ihrem Urteil. Jedenfalls werden wir unsere Schuldigkeit tun. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Vertreter der Regierung von Coburg-Gotha, Herrn Dr. Löwengard.

Dr. **Löwengard**, Vertreter der Regierung von Sachsen-Coburg-Gotha: Ich bitte das hohe Haus, folgendes festzustellen. Am Dienstagmorgen rückten drei **Regimenter** Maerker mit Maschinengewehren, Flammenwerfern und Artillerie in **Gotha** ein. Als erste Handlung besetzten sie die Gothaer Waggonfabrik (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und die Werkzeugfabrik. Bei der Besetzung wurden zwei Arbeiter verwundet. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Als nächste Handlung besetzten sie die Eingänge zum Regierungsgebäude. Auf Protest gab General Maerker die Eingänge zum Regierungsgebäude wieder frei. Auf Protest zog General Maerker auch die Truppen von der Waggonfabrik wieder zurück. Die Arbeiter traten in den Generalstreik in demselben Augenblick, als die Truppen die Waggonfabrik besetzten. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Vorher ist in Gotha niemals Blut vergossen worden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es fand auch nirgendswo ein Streik statt. Seit heute sind alle Beamte, alle Arbeiter im ganzen Lande Gotha in den Generalstreik getreten. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe aus der Zentrumspartei: Wozu denn? Schämen Sie sich! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Cohn: Herr Noske hat gelogen! Wo ist der Lügner Noske? — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Cohn, Sie haben wiederholt den Herrn Reichswehrminister Noske als Lügner bezeichnet. Ich rufe Sie hiermit zur Ordnung! Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Herr Präsident, gestatten Sie mir die Anfrage, auf Grund welcher Legitimation der unbekannte Herr vorhin gesprochen hat. (Sehr richtig! im Zentrum. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe.)

Präsident: Der Herr ist zu mir heraufgekommen, hat einen Ausweis der Coburger Regierung mit seiner Photographie vorgewiesen, hat mir seinen Namen genannt und hat behauptet (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten), er sei Vertreter von Coburg-Gotha. (Zurufe.) Es war mir nicht möglich, die Legitimation des Herrn sonst zu prüfen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unerhört!)

Das Wort hat Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Das Reichsministerium hat beschlossen, angesichts der Verhältnisse in Coburg-Gotha, wo die früher bestehende Personalunion zwischen Coburg und Gotha gelöst worden ist und ordnungsmäßige, vom Vertrauen des Volks getragene Regierungen gemäß dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt nicht vorhanden sind, einstweilen einen Vertreter dieses Staates nicht zuzulassen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! im Zentrum und rechts. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Mir ist folgender Ausweis mit der Photographie vorgewiesen worden:

> Ausweis für Dr. Joseph Löwengard, wohnhaft zu Gotha, über dienstliche Entsendung nach Weimar, für die Zeit der Tagung der Nationalversammlung — vom 3. Februar 1919 ab. Zweck der Entsendung: Vertretung Sachsen-Coburg-Gothas in der Nationalversammlung. Weimar, den 20. Februar 1919. Reichsamt des Innern, Bureaudirektor. In Vertretung: (Unterschrift.) (Hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß die Verhältnisse in der Zwischenzeit eine Änderung erfahren haben, — (Stürmische Unterbrechungen durch die Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich bitte um Ruhe, wenn der Präsident spricht (Erregte Zurufe der Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich hoffe, daß Sie wenigstens noch vor der Gewalt, die der Präsident hier auszuüben hat und leider ausüben muß, so viel Respekt haben, daß Sie die Verhandlungen hier überhaupt noch möglich machen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Ich habe meiner vorherigen Erklärung nichts hinzuzufügen. Der Beschluß des Reichsministeriums ist in der vorgestrigen Sitzung einstimmig gefaßt worden. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich natürlich dem Vertreter von Coburg-Gotha das Wort nicht gegeben. (Stürmische Rufe: Hinaus! Hinaus! — Große Unruhe. — Dr. Löwengard verläßt den Sitzungssaal. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die Tatsache kann nicht aus der Welt geschafft werden!)

Der Herr Reichsminister Erzberger hat das Wort.

Erzberger, Reichsminister: Meine Herren, für mich als Mitglied des Reichsministeriums kann es sich in diesem Augenblick nicht darum handeln, ob die Darstellung des Herrn, der vorhin gesprochen hat, richtig ist oder ob sie nicht richtig ist. Das gehört nicht in mein Ressort; ich kann die Sache nicht prüfen. Für mich handelt es sich aber darum, daß ich mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten habe, daß das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt von jedermann respektiert wird. (Beifall.) Wenn ich Kenntnis von dem Beschluß des Kabinetts habe, daß es dem angeblichen **Vertreter von Coburg-Gotha** vorläufig nicht gestattet ist, hier an den Verhandlungen teilzunehmen, so habe ich — ich bitte mich nicht mißzuverstehen, als ob ich dem Präsidenten irgend einen Vorwurf machen dürfte und machen wollte —, so habe ich das Recht und die Verpflichtung, für strikteste Einhaltung dieses von der Nationalversammlung beschlossenen ersten grundlegenden Gesetzes der Nationalversammlung meinerseits Sorge zu tragen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bock.

Bock, Abgeordneter: Meine Herren! Der Vertreter für den Staat Gotha, Dr. Löwengard, ist von unserer provisorischen Regierung schon vor einigen Wochen dazu ernannt worden, daß er den Staat im Staatenhaus vertritt. Gotha wurde bisher mit den verschiedenen thüringischen Staaten zusammen vom Geheimrat Paulsen im Bundesrat vertreten. Nachdem durch die Revolution die Staaten auseinandergefallen sind, Reichstag und Bundesrat nicht mehr bestehen, haben wir — wir wissen nicht, ob die anderen Regierungen das genau so gemacht haben — für unsern Staat Dr. Löwengard von der Provisorischen Regierung als Vertreter ernannt. Das Gesetz, auf das der Herr Minister Erzberger sich beruft, ist erst vorgestern beschlossen worden. Auch ist es noch nicht publiziert. Es kann also deshalb auf den vorliegenden Fall noch gar nicht zur Anwendung kommen. (Große Unruhe.) Bis heute wußte doch niemand von dem Beschlusse des Reichsministeriums etwas, er müßte veröffentlicht werden. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das machen sie im Geheimkabinett ab!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! In vorgerückter Stunde sind wir in eine schwierige staatsrechtliche Diskussion hineingekommen. Es dürfte nach den Angaben, die uns Abgeordneter Bock gemacht hat, feststehen, daß seinerzeit Dr. **Löwengard** ein gültiges Mandat des früheren **Bundesstaates Gotha** erhalten hat. Nun überrascht uns heute der Herr Reichsminister Erzberger mit der Mitteilung eines Beschlusses, wenn ich recht gehört habe, von vorgestern. (Zuruf: Vom Kabinett!) Das Reichsministerium hat darnach einen Beschluß gefaßt, einen Herrn hier zuzulassen oder nicht zuzulassen. Ich glaube, daß ich die vorläufige Verfassung etwas kenne; aber ich zerbreche mir vergebens den Kopf darüber, woher vom Boden der vorläufigen Verfassung auch das Reichsministerium das Recht nimmt, einen Mann hier zuzulassen oder nicht zuzulassen. (Zuruf rechts.) — Der Staatenausschuß, aber nicht das Reichsministerium, das ist etwas ganz anderes. Herr Reichsminister Erzberger hat uns hier zweimal gesagt, daß das Reichsministerium den Beschluß gefaßt habe.

Soweit ich die Verfassung kenne, ist es Sache des Staatenausschusses. (Zuruf: Nein, der Reichsregierung!) Aber wenn der Beschluß im Wege Rechtens gefaßt ist, so kann er erst wirksam werden, wenn er der Nationalversammlung und vor allem der Regierung in Gotha formell mitgeteilt wird, damit sie Gelegenheit hat, den Vertreter abzuberufen und einen neuen mit ausreichender Vollmacht herzuschicken. Bis das nicht geschehen ist, bis nicht der Beschluß von vorgestern nach Gotha formell mitgeteilt ist, bis dahin ist die Legitimation des Dr. Löwengard in keiner Weise zu beanstanden.

Aber das ist nur eine formelle staatsrechtliche Frage. Der Herr Reichsminister Erzberger ist ja viel zu klug, um nicht einzusehen, daß das Gewicht der Tatsachen, die Dr. Löwengard vorgetragen hat, nicht abgeschwächt werden kann durch den Beschluß des Reichsministeriums. Nun erklärt der Herr Reichsminister Erzberger (Schlußrufe), drei Monate nach der Revolution, daß jemand seine Legitimation zum Vortrag von Tatsachen erst dadurch bekommen könne, daß irgendeine Behörde ihn abstempelt. Wenn Sie, Herr Reichsminister Erzberger, diesen Standpunkt einnehmen, dann können wir Ihren Nachrichten fortan nicht sehr viel Glauben schenken.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister Erzberger.

Erzberger, Reichsminister: Meine Herren! Ich gebe nun doch meiner großen Überraschung Ausdruck, daß ein Mitglied des Hauses einen Angriff gegen die Reichsregierung richtet, ohne zuvor auch nur einen einzigen Blick in die heute geltende Reichsverfassung zu werfen. Das war

im alten Reichstag nicht üblich und dürfte auch in einem Parlament der Welt sonst nicht üblich sein. Artikel 2 der derzeitigen Reichsverfassung lautet nämlich:

> Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

Also nicht die Zustimmung der Nationalversammlung ist erforderlich, sondern das hohe Haus hat die alleinige Entscheidung der Reichsregierung übertragen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Reichsregierung hat von dieser Machtbefugnis Gebrauch gemacht. Sie mußte im vorliegenden Falle Gebrauch machen; denn die alte Reichsverfassung kennt nur einen **Bundesstaat Coburg-Gotha.** Nun meldet sich bei der Reichsregierung ein neuer Bundesstaat Gotha, da Coburg und Gotha sich getrennt haben. Wir hätten also, wenn wir auf diesem Wege weitergegangen wären, prinzipiell dazu übergehen müssen, statt früher 26 Freistaaten vielleicht im Laufe der Zeit 45 oder 50 Freistaaten zu bekommen, weil jede örtliche Republik mit demselben Recht wie Gotha sich dann hätte anmelden und einen Vertreter hätte hierher senden können. Ich bedaure, daß dem Abgeordneten Cohn das Verständnis hierfür abzugehen scheint. Ich glaube, damit ist die staatsrechtliche Seite vollkommen klargestellt.

Wenn der Herr Abgeordnete Cohn nun weiter sagt, es sei uns unangenehm, daß hier gewisse Tatsachen vorgebracht seien, so sage ich: wodurch unterscheidet sich denn die Schilderung des unbekannten Herrn, der in unserer Mitte hier erschienen ist, von dem, was der Herr Reichsminister Noske dargelegt hat? Nur dadurch, daß der unbekannte Herr nicht beigefügt hat, was der Herr Reichsminister Noske erklärte, daß die deutschen **Soldaten** mit dem beschimpfenden Ausdruck „Bluthunde" **in Gotha** empfangen worden sind. Sonst ist ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiderseitigen Schilderungen nicht vorhanden.

Wenn der Herr Abgeordnete Cohn noch weiter sagte, es sei drei Monate nach der Revolution unerklärlich, daß man sich dagegen wehre, daß hier bestimmte Tatsachen vorgetragen würden, so würde die Anerkennung dieses Satzes die vollständige Anarchie bedeuten. In dieser hohen Versammlung hat niemand zu sprechen als die erwählten Vertreter des Volkes, als die Reichsregierung und die anerkannten Vertreter der Freistaaten. Mehr aber nicht. Ein Dritter oder Vierter hat in dieser hohen Versammlung das Wort nicht zu ergreifen. Ich habe die Rechte der Nationalversammlung vertreten, wenn ich mich gegen die Einmischung eines Unbefugten wehre und wenn ich dem Herrn Präsidenten dafür danke,

daß er dafür gesorgt hat, daß dieser Unbefugte das Haus verlassen mußte. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Die Diskussion über § 1 ist geschlossen. Neben dem Antrage Haase liegt zu § 1 auch ein Antrag Arnstadt und Genossen vor, anstatt 25 Milliarden 18 Milliarden zu setzen. — Es scheint dazu das Wort nicht ergriffen werden zu wollen.

Dann bringe ich den § 1 zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den weitestgehenden Antrag Haase und Genossen abstimmen, der nur 300 Millionen genehmigen will. Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrage Haase zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag Arnstadt und Genossen abstimmen, der die 25 Milliarden auf 18 Milliarden kürzen will. Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nun bitte ich diejenigen Herren, die für die 25 Milliarden und die 300 Millionen stimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Zuruf rechts.) Das ist die Mehrheit; angenommen. — Während der Abstimmung gibt es keine Anträge zur Geschäftsordnung und keine Worterteilung.

Ich rufe weiter auf § 2. — Angenommen.

§ 3. Hier liegt wieder der Antrag Haase vor, nur 300 Millionen, und der Antrag Arnstadt, anstatt 25 Milliarden 18 Milliarden einzusetzen. (Rufe: ist erledigt!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Berlin).

Haase (Berlin), Abgeordneter: Ich stelle fest, daß unser Antrag durch die frühere Abstimmung erledigt ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dietrich (Potsdam).

Dietrich (Potsdam), Abgeordneter: Herr Präsident! Über unseren Antrag, 18 Milliarden zu setzen, ist durch die Abstimmung zu § 1 entschieden. Wir bitten aber, über den Paragraphen nicht insgesamt abstimmen zu lassen, sondern getrennt über die beiden Forderungen 25 Milliarden und 300 Millionen.

Präsident: Jawohl. — Ich werde zunächst bei § 3 über den Antrag der Herren Arnstadt und Genossen abstimmen lassen, statt 25 Milliarden zu setzen 18 Milliarden. Ich bitte diejenigen Herren, die dafür sind, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Die Mehrheit für die 25 Milliarden ist doch wohl durch die Abstimmung zu § 1 schon festgestellt. (Zustimmung.)

Nun werde ich aber über die 300 Millionen noch getrennt abstimmen lassen. Ich bitte diejenigen Herren, die den 300 Millionen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf: § 4, — § 5, — § 6, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Damit ist die zweite Lesung erledigt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete von Payer.

v. Payer, Abgeordneter: Ich beantrage Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Die dritte Lesung kann sofort vorgenommmen werden, wenn ein Widerspruch nicht erfolgt. — Es erfolgt ein solcher nicht. Wir treten deshalb in die

dritte Lesung

des Etats und des Gesetzes ein.

Ich eröffne die Generaldiskussion. — Ich schließe sie, da sich niemand zum Worte meldet.

Ich rufe in der Einzelberatung auf: Ausgaben, Reichswirtschaftsamt Kap. 1 Tit. 1 bis 3: 300 Millionen, — allgemeine Finanzverwaltung Kap. 6: 25 Milliarden, — Einnahmen, Reichsschuld Kap. 4 Tit. 1 bis 3: aus der Anleihe 25 Milliarden 300 Millionen, — Entwurf eines Gesetzes: § 1, — § 2, — § 3, — § 4, — § 5, — § 6, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Nun bitte ich diejenigen Herren, die dem Gesetz im ganzen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. — Ich stelle die Annahme der Kreditvorlage fest.

Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen vorschlagen, die Abstimmung zu den Entschließungen auf Nummer 42 morgen vorzunehmen, nach dem Abschluß der allgemeinen Debatte. Ich befürchte, daß vielleicht, wenn Trennung der einzelnen Punkte beantragt wird, uns die Abstimmung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird; und die Zeit ist so vorgerückt, daß ich glaube, wir können die Abstimmung über die Nummer 42 verschieben. Ebenso den Antrag auf Nummer 49. — Das Haus ist damit einverstanden.

Dann schließe ich für heute die Debatte und gebe zu einer persönlichen Bemerkung das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Cohn.

Dr. **Cohn**, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Bei der Debatte vorhin, die sich zwischen dem Herrn Abgeordneten Kahl und dem Herrn Reichsminister Landsberg entsponnen hat, haben beide Herren auf eine Äußerung Bezug genommen, die ich vor einigen Monaten in der Juristischen Gesellschaft in Berlin gemacht habe. Diese Äußerung ging dahin, daß ich damals allerdings in Aussicht gestellt habe, wenn mir ein Einfluß darauf bliebe, daß eine neue Gerichtsverfassung wohl den bisherigen Grundsatz der **Unabsetzbarkeit der Richter** nicht heilig zu halten brauche. Nun hat sich heute Herr Abgeordneter Dr. Kahl dagegen gewendet, desgleichen Herr Reichsminister Landsberg. Beide haben aber den Begriff der Unabsetzbarkeit offenbar mit dem der Unabhängigkeit der Gerichte verwechselt und haben aus meinem Verlangen nach Absetzbarkeit gefolgert, daß ich etwa die Unabhängigkeit der Gerichte antasten wollte.

Ich brauche den Herrn Reichsminister Landsberg nur auf das zwischen ihm und mir doch gemeinschaftliche Parteiprogramm vom Jahre 1891, gegeben zu Erfurt, zu verweisen. Er wird daraus ersehen, daß es eine alte Programmforderung von ihm und von mir ist, die Richter wählbar durch das Volk, das heißt absetzbar, zu machen.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Cohn, das ist keine persönliche Bemerkung.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.

Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter: Herr Reichsminister Erzberger hat sich über meinen Zwischenruf, daß die Wilsonschen 14 Punkte nicht befolgt, sondern fortgesetzt verletzt würden, gewundert. Unsere Feinde umgehen eben die Wilsonschen Punkte, indem sie unter der Firma eines Waffenstillstandes fortgesetzt sachliche, in die Friedensverhandlungen fallende Forderungen erpressen, die in den Wilsonschen Punkten nicht enthalten sind.

Der Herr Reichsminister Landsberg hat ferner gesagt, ich hätte mir die Äußerung wohl nicht genügend überlegt, daß durch politische Kurzsichtigkeit oder Engherzigkeit in einzelnen Fällen das Vereins- und Versammlungsrecht falsch ausgelegt worden sei. Ich habe mir diese Äußerung sehr wohl überlegt. Ich meine aber, dadurch, daß gegenüber einem Gesetz Fehlurteile ergehen, wird der Wert des Gesetzes nicht herabgesetzt. Ebensowenig kann man aus einzelnen solchen Fehlurteilen schließen, daß die gesamte Rechtsprechung eine schlechte und ungerechte gewesen sei.

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag, den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. erste und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggegbenden deutschen Nationalversammlung;
3. Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Abstimmung über die Anträge auf Nr. 42 und Nr. 49 der Drucksachen. —

Das Haus ist damit einverstanden; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr 42 Minuten.)


UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 13 13 06 004 5